Institut für Kulturpolitik
der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.)

Jahrbuch für Kulturpolitik 2002/03

Klartext

Jahrbuch für Kulturpolitik 2002/03 · Band 3

INSTITUT FÜR KULTURPOLITIK
DER KULTURPOLITISCHEN GESELLSCHAFT (Hrsg.)

Das Jahrbuch Kulturpolitik

- greift ein besonders bemerkenswertes Thema der kulturpolitischen Diskussion als Schwerpunkt auf;
- reflektiert wichtige gesellschaftliche Entwicklungen im Lichte der Kulturpolitik;
- dient als Plattform, um Perspektiven der Kulturpolitik – jenseits des hektischen Tagesgeschäfts – zu diskutieren;
- versteht sich als Instrument der Politikberatung im kommunalen Bereich, wie auf Länder- und Bundesebene;
- stellt zentrale Ergebnisse der kulturstatistischen Forschung zusammen und widmet der Kulturstatistik ein besonderes Augenmerk;
- dokumentiert wichtige Daten und Ereignisse der Kulturpolitik des abgelaufenen Jahres;
- verweist in einer umfangreichen Bibliographie auf Veröffentlichungen zur Bundes-, Landes- und lokalen Kulturpolitik;
- als laufende Berichterstattung entwickelt es sich zur umfassenden Dokumentation der Kulturpolitik in der Bundesrepublik.

Herausgegeben für das
Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft
von Thomas Röbke und Bernd Wagner

Jahrbuch für Kulturpolitik 2002/03

Band 3

Thema: Interkultur

- *Kulturstatistik*
- *Chronik*
- *Literatur*
- *Adressen*

Klartext

Die Doppelzählung »2002/03« bei diesem Jahrbuch hat den pragmatischen Grund, dass zukünftig das Titeljahr mit den Erscheinungsjahr identisch ist. Am jährlichen Erscheinungsrhythmus hat sich nichts geändert. Wie dieses »Jahrbuch 2002/03« in einjährigem Abstand auf das vorherige, das »Jahrbuch 2001« folgt, wird das nächste, das »Jahrbuch 2004« in etwa einem Jahr erscheinen.

Das »Jahrbuch« wird aus Mitteln der Beauftragen der Bundesregierung
für Kultur und Medien gefördert.

Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter http://dnd.ddb.de abrufbar.

© 2003, Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V., Bonn
Klartext Verlag, Essen
Alle Rechte vorbehalten
Umschlaggestaltung: Juliane Bentz
Satz + Gestaltung: Karin Dienst, Wolfgang Röckel
Printed in Germany

ISBN 3-89861-184-1

Inhalt

CHRISTINA WEISS,
Vorwort 9

OLIVER SCHEYTT
Vorwort 11

THOMAS RÖBKE, BERND WAGNER
Kulturelle Globalisierung, Multikultur und interkulturelle
Kulturpolitik – Einleitung 13

RITA SÜSSMUTH
Zuwanderung: Kulturelle Chancen und Herausforderung für Politik,
Gesellschaft und Wirtschaft 57

WOLFGANG THIERSE
Vielfalt, Dialog und Gerechtigkeit –
Kulturelle Herausforderungen der Globalisierung 69

PETER MÜLLER
Zwischen Bereicherung und Bedrohungsängsten 77

KLAUS BADE
Fremde in Deutschland. Geschichte und Gegenwart der Migration 89

FRANZ NUSCHELER
Die globalisierte Migration als Bedrohungsszenario – und Medium
der kulturellen Hybridisierung 103

ALBERT MAXIMILIAN SCHMID
Aufgabenfelder der Migrationspolitik in Deutschland 115

CHRISTINA WEISS
Herausforderung Interkulturalität – eine kulturpolitische Perspektive 125

KERSTIN MÜLLER
Die Rolle der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik
im Dialog der Kulturen 131

MARIELUISE BECK
Kulturelle Herausforderungen in der Einwanderungsgesellschaft 135

EROL YILDIZ
Segregation oder Integration. Zusammenleben in einer
multikulturellen Stadt 139

FARUK ŞEN, DIRK HALM
Kulturelle Infrastrukturen türkischstämmiger Zuwanderer
in Deutschland 155

CARMINE CHIELLINO
Von der »Gastarbeiterkultur« zur »Kulturellen Vielfalt« in
Deutschland als Kernland der Europäischen Union 165

MARK TERKESSIDIS
Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft 173

TORSTEN GROSS
Kulturelle Herausforderungen in der Einwanderungsgesellschaft 187

Interkultur.
Eine Umfrage unter kulturpolitischen Akteuren
TCHEKPO DAN AGBETOU, PANTEA BAHRAMI, SIIR ELOGLU, NIKŠA ETEROVIC,
ANNA IKRAMOVA, ANDY DINO IUSSA, NURI KARADEMIRLI, MARIO DE MATTEIS,
SAFETA OBHODJAS 197

BETTINA HEINRICH
Globalisierung, Migration, Integration, Segregation – Herausforderungen
für eine moderne Stadtgesellschaft, Stadtpolitik und Kulturpolitik 213

NASEEM KHAN
Migration, Integration und der gemeinsame öffentliche Raum 231

KATHARINA NOUSSI-SCHEBA
Kunst und Kulturarbeit der afrikanischen Diaspora in Wien 237

DOROTHEA KOLLAND
»Kiez International« in der »Contact Zone«.
Interkulturelle Konzepte in Berlin-Neukölln 247

THOMAS FLIERL
Interkultur als Aufgabe der Kulturpolitik 263

INKA MANTHEY
Interkultur als Aufgabe Hamburger Kulturpolitik 265

OLIVER SCHEYTT
Interkulturelle Kulturarbeit in Essen – eine Defizitanalyse 269

JÖRG STÜDEMANN
Multiethnische Stadtgesellschaft und Kulturpolitik in Dortmund 275

IRIS MAGDOWSKI
Zum Beispiel Stuttgart. Von der Normalität interkulturellen
Zusammenlebens 285

JÜRGEN MARKWIRTH
»moving cultures in model city«.
Einblicke in das interkulturelle Nürnberg 291

FRANZ KRÖGER, NORBERT SIEVERS
Interkulturelle Kulturarbeit als neues Aufgabenfeld der Kulturpolitik 303

MICHAEL VESPER
Interkulturelle Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen 321

PETER FRANKENBERG
Interkultur als Aufgabe der Kulturpolitik 329

ECKHARDT BARTHEL
Kulturelle Integration als politische Aufgabe 333

GÜNTER NOOKE
Wir und die anderen. Migration – Religion – Interkultur 337

HANS-JOACHIM OTTO
Grenzen und Chancen interkultureller Kulturarbeit 343

THOMAS KRÜGER
Raus aus der Schublade: Neue Perspektiven für die interkulturelle politische Bildung 347

ANNETTE HEILMANN, ROBERTO CIULLI
Bastardo – Irgendwo in Italien 357

TOBIAS J. KNOBLICH
Interkulturalität in der Soziokultur 363

MAX FUCHS
Interkultur in der kulturellen Bildung 371

KLAUS-PETER BÖTTGER, GEORG RUPPELT
Bibliotheken: Portale zu den Kulturen der Welt 379

Kulturstatistik, Chronik, Literatur, Adressen

MICHAEL SÖNDERMANN
Wie hat sich die öffentliche Kulturfinanzierung weiterentwickelt? Ergebnisse aus der Kulturstatistik 2002 383

CHRISTOPH WECKERLE
Kulturwirtschaft und Kulturpolitik – Neue Ansätze am Beispiel einer Studie Schweiz – Deutschland – Österreich 409

Chronik wichtiger kulturpolitischer und kultureller Ereignisse 2002 419

Bibliographie kulturpolitischer Neuerscheinungen 2002 432

Wichtige Adressen aus Kunst, Kultur und Kulturpolitik 477

Kunst und Kultur im Internet 483

Autorinnen und Autoren 489

Christina Weiss

Zum Geleit »Jahrbuch für Kulturpolitik 2002/2003«

Das Thema dieser Ausgabe des »Jahrbuchs für Kulturpolitik« verweist auf eine zentrale Dimension künftiger gesellschaftlicher Entwicklungen. Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass der Umgang mit kultureller Pluralität zum Maßstab eines friedlichen und freiheitlichen Zusammenlebens wird – in einer globalisierten Welt ebenso wie innerhalb zunehmend multikulturell geprägter Gemeinwesen. Kultur umgrenzt das Feld der Auseinandersetzung in einer Gesellschaft, sie leitet ihre Verständigung über Werte, Ziele, Konflikte und Visionen. Innerhalb dieses Rahmens wird der Aspekt der Interkulturalität gewichtiger. Er eröffnet und verlangt zugleich neue Optionen der Wahrnehmung, des Denkens und der Kommunikation. Die Berührungsstellen zwischen den Kulturen verschieben und verbreitern sich. Wir sind aufgefordert, diese Grenzbereiche zu erkunden und zu überschreiten.

Vor diesem Hintergrund begrüße ich es sehr, dass das »Jahrbuch für Kulturpolitik« das Thema interkulturelle Kulturarbeit mit einem breiten Spektrum von Beiträgen aufgreift. Wie die Resonanz auf die ersten beiden Ausgaben belegt, hat sich das Jahrbuch als kulturpolitisches Forum bewährt.

Das »Jahrbuch für Kulturpolitik« bietet in seinem allgemeinen Teil allen, die mit Kulturpolitik direkt oder indirekt zu tun haben, wertvolle Hintergrundinformationen. Und mit seinen Schwerpunktthemen bündelt es Sichtweisen auf zentrale kulturpolitische Fragen, die sonst überwiegend in mehr oder weniger fein separierten Fachdiskursen entwickelt und debattiert werden. Dies gilt insbesondere für das diesjährige Thema interkulturelle Kulturarbeit, das quer zu den politischen Ressortzuständigkeiten, zu den Sparten des Kulturbereichs und zu den Grenzziehungen der wissenschaftlichen Disziplinen liegt. Ich bin sicher, dass der vorliegende Band einen Beitrag dazu leisten wird, diese Schranken durchlässiger zu machen.

Oliver Scheytt

Vorwort

»Ein blinder Fleck« – das war der Titel eines Beitrages zur »Kulturpolitik in der multikulturellen Gesellschaft« beim Kongress der *Kulturpolitischen Gesellschaft* »Blick zurück nach vorn. 20 Jahre neue Kulturpolitik« im Jahre 1993. Der Kongress spürte der Wirkung der Erklärung des *Deutschen Städtetages* von 1973 nach, mit der Kultur als Element der Stadtentwicklung ins allgemeine Bewusstsein gebracht worden war. Beate Winkler hat als Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft* und Referentin des *Ausländerbeauftragten der Bundesregierung* kritisiert, dass es »in den vergangenen zwanzig Jahren kaum langfristige Ansätze gab, die für den Umgang mit kulturellen Unterschiedlichkeiten sensibilisieren«.

In den letzten zehn Jahren ist deutlich geworden, dass es auf diesem Feld viele blinde Flecken gibt, es handelt sich aber nicht mehr um eine von Kulturpolitik gänzlich unbearbeitete Thematik: In der kulturellen Praxis sind verschiedene Elemente einer »Ausländerkulturarbeit«, beispielsweise kleinere Festivals und Sommerprogramme sowie verschiedene praktische Initiativen im Rahmen der »Stadtteilkulturarbeit«, entwickelt worden. Seit ihrem Bestehen hat die *Kulturpolitische Gesellschaft* hierzu mehrere Tagungen durchgeführt und Publikationen veröffentlicht. Gleichwohl haben die Kulturen nichtdeutscher Bevölkerungsgruppen in den konzeptionellen Ansätzen der Kulturpolitik und ihrer praktischen Umsetzung bis zu den neunziger Jahren kaum eine Rolle gespielt. Ihre Förderung schlug folglich in den Kulturhaushalten selten mit mehr als einem marginalen Betrag zu Buche.

In den neunziger Jahren sind, vor allem im soziokulturellen Bereich, die Aktivitäten »interkultureller Kulturarbeit« ausgebaut worden. Zudem hat sich die kulturelle Situation gewandelt. Gegenüber der geringen öffentlichen Präsenz der Kulturen von Migranten in den siebziger und achtziger Jahren und ihre Reduzierung auf Themen von Einwanderung und Gastarbeiterdasein sind die Kulturschaffenden nichtdeutscher Herkunft mittlerweile in allen Feldern von Kunst und Kultur anzutreffen: Literatur, Film, Musik, Malerei, Theater, Kabarett sind durch die kulturellen Aktivitäten und Einflüsse der »zweiten und dritten Migrantengeneration« mitgeprägt. Die bundesrepublikanische Kulturlandschaft ist so-

mit interkulturell geworden. Wir sollten genauer hinsehen und hinhören, Sensibilität entwickeln auch für interkulturelle Qualitäten.

Angesichts dieser Entwicklung macht sich die kulturpolitische Leerstelle heute besonders deutlich bemerkbar, und Kulturpolitik steht vor einer großen Herausforderung: Wenn »Kultur für alle« als Zielsetzung für kulturpolitisches Handeln noch gelten soll und das »Bürgerrecht Kultur« nicht eingeschränkt wird auf die Bürger deutscher Abstammung, dann erfordert das von ihr neue Antworten für eine Gesellschaft mit sieben Millionen Menschen nichtdeutscher Herkunft, mit Millionen Zuwanderern aus Osteuropa, die zwar deutscher Herkunft aber kaum einen Bezug dazu haben, sowie mit Hunderttausenden vor allem junger Leute, die mindestens in zwei kulturellen Traditionen aufwachsen. Diese veränderte kulturelle Landschaft gilt es nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern sie auch in die Kultur- und das heißt auch die Förderpolitik einzubeziehen.

Wie dies geschehen soll, ist eine umstrittene Frage, auf die es viele unterschiedliche Antworten gibt. Die *Kulturpolitische Gesellschaft* hat die Herausforderungen einer »Kulturpolitik in der multiethnischen Gesellschaft« zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht, heißt es doch unter der Überschrift »Multikulturelle Gesellschaft und interkultureller Dialog« im Programm der *Kulturpolitischen Gesellschaft* von 1998: »Aufgabe der Kulturpolitik ist es, zum Verständnis der kulturellen Differenzen und damit zur Tolerierung und Anerkennung des Anderen und Andersartigen beizutragen. ... Produktive Konfrontation und Grenzüberschreitung zwischen den unterschiedlichen Kulturen, Lebensarten und Künsten zu ermöglichen, ist eine Aufgabe der Kulturpolitik. Eine besondere Verantwortung besteht darin, die Vielfalt der Kulturen auch durch die verstärkte Förderung der marginalisierten und neu entstehenden Kulturformen zur Geltung zu bringen.«

In den letzten drei Jahren hat die *Kulturpolitische Gesellschaft* mehrere Projekte zu diesem Schwerpunktthema durchgeführt, nicht nur das vorliegende »Jahrbuch für Kulturpolitik«, auch der zweite kulturpolitische Bundeskongress im Juni 2003 mit dem Titel »Inter.Kultur.Politik« ist dieser Thematik gewidmet. Die Beiträge in diesem Jahrbuch spiegeln die Bandbreite der Diskussionen über eine (Kultur-)Politik in der multiethnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland – allerdings unter der Prämisse, dass nach Jahrzehnten der Verdrängung anzuerkennen ist, dass Deutschland auch eine Einwanderungsgesellschaft ist, wenn auch eine andere als die »klassischen«. Die *Kulturpolitische Gesellschaft* wird sich auch in Zukunft für eine öffentlich verantwortete und auf allen institutionellen Ebenen aktiv gestaltete interkulturelle Kulturpolitik einsetzen, um die kulturelle Vielfalt als Grundlage einer demokratischen, multikulturellen Gesellschaft zu sichern und den interkulturellen Dialog zu fördern.

Herzlich danken möchte ich an der Spitze dem Herausgeber- und Redaktionsteam sowie den Autorinnen und Autoren der Beiträge und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des »Serviceteils« für ihr Engagement. Ein besonderer Dank gebührt der *Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien* für die finanzielle Förderung und die Unterstützung bei der Herausgabe dieses Jahrbuchs.

THOMAS RÖBKE, BERND WAGNER

Kulturelle Globalisierung, Multikultur und interkulturelle Kulturpolitik – Einleitung

Heimat, Fremdsein und Nationalstaat

»Heimat ist ein Zuordnungsgefühl«, das im Lauf der Geschichte schnell wechseln kann. Der Bayer Gerhard Polt führt als schlagendes Beispiel den Alpenraum an: »Früher Heimat der Dinarier, der Kelten, der Römer, der Helvetier, der Alemannen, der Bajuwaren: jetzt die Heimat teutonischer Zahnärzte sowie von deren Steuerberatern und Rechtsbeiständen aus der norddeutschen Tiefebene.« Heimat sei bedroht. Wer nicht mobil und flexibel reagiere, habe es schwer, mahnt der Schlierseer Kabarettist. Wiederum als Beispiel: »der Steinadler, im Alpenraum beheimatet, aber leider ausgestorben«. Wenn Heimat aufgehört hat, Heimat zu sein, entsteht das Heimatmuseen und das Bedürfnis nach dem Eigenheim. »Eine Heimatvision ist zum Beispiel: 531 Quadratmeter in Lochham.« Heimat ist also paradox. Je mehr wir uns nach ihr sehnen, desto ferner blickt sie zurück. Je mehr sie uns entgleitet, desto dringender brauchen wir das Heimatgefühl. (Polt 2002: 151)

Die andere Seite der Medaille hat Polts kongenialer Vorfahr im Geiste, Karl Valentin, in seinem Dialog über die Fremden aufgedeckt. Das Fremdsein ist genauso wenig eine feststehende Größe wie das Heimatgefühl. »Fremd ist der Fremde nur in der Fremde.« Aber in der »Fremde ist er doch nur solange fremd, bis er alles kennt, dann ist im nichts mehr fremd«. Hingegen kann auch einem Einheimischen etwas fremd sein. »Gewiss, manchen Münchner zum Beispiel ist das *Hofbräuhaus* nicht fremd, während ihm in der gleichen Stadt das *Deutsche Museum*, die *Glyptothek*, die *Pinakothek* und so weiter fremd sind.« Dieses ständige Wechselspiel von Fremdsein und Heimischfühlen gerät erst dann in Stillstand, wenn der Einheimische den Fremden erblickt. Dann sind die Fronten klar: »Der

Einheimische kennt zwar den Fremden nicht, erkennt aber am ersten Blick, dass es sich um einen Fremden handelt.« (Valentin 1985: 230)

Beide Satiren, am Anfang und am Ende des 20. Jahrhunderts verfasst, zeigen uns, wie skurril grundlegende Unterscheidungen von Fremdheit und Heimat für unser modernes Lebensgefühl geworden sind. Es ist ein Lebensgefühl, in dem sich eindeutige Rückbindungen an Orte und sozial abgeschlossene Kreise aufgelöst haben. Die unsicher gewordenen Individuen machen sich dann auf die Suche nach authentischen Gefühlen und Zuordnungen, die letztlich vergeblich bleiben muss oder zu Surrogaten führt. Was heißt schon fremd, was heimisch, wenn alles in Bewegung geraten ist! Jede Eigenschaft kann sich dann leicht in ihr Gegenteil verkehren, wenn man sie genauer betrachtet. Und doch ängstigt dieses Verschwimmen der Unterschiede und weckt das Verlangen nach klaren Kriterien und dauerhaften Beziehungen.

Was ist an diesem Lebensgefühl aber das eigentlich Neue? Welche sozialen Konstellationen und Entwicklungen begünstigen es? Die Mobilität der Menschen allein kann es nicht sein. Natürlich gibt es seit Menschengedenken Wanderungen einzelner Individuen, sozialer Gruppen, ja ganzer Völkerscharen. Die Existenz von Händlern oder viehzüchtenden Nomaden bezeugt, dass Mobilität und Migration schon immer zum Kennzeichen sozialen Lebens gehören. Schließlich hatten auch frühe Gesellschaften wie das antike Griechenland genaue Vorstellungen des Fremdseins und der damit verbundenen Rechte und Pflichten des Gastes. (Siehe dazu Loycke 1992)

Aber zu Beginn der Moderne scheint sich etwas Wesentliches zu verändern. Dies betrifft zum einen das Ausmaß und die Gründe der Mobilität. Zum anderen die Definition dessen, was uns als fremd und was als einheimisch gilt. Zunächst erstarken die Wanderungsbewegungen im Industriezeitalter in einem bis dahin unbekannten Ausmaß. Sie entwickeln sich erst ganz organisch aus Traditionen der Arbeitsmigration und der Saisonarbeit, wie sie schon im 17. und 18. Jahrhundert gebräuchlich waren. Im 19. Jahrhundert nehmen sie allerdings durch die rasche Bevölkerungsexplosion und den damit einhergehenden Armutsdruck enorm zu. Die Bevölkerung Europas stieg zwischen 1800 und 1913 von ca. 187 Millionen auf 468 Millionen. (Bade 2000: 64; siehe auch Sassen 1996) Eine Folge dieser Entwicklung war der Massenexodus aus Europa, vor allem in Richtung Amerika. Nach verlässlichen Schätzungen wandern in diesem Zeitraum 50 bis 55 Millionen Europäer dauerhaft nach Übersee aus. (Bade 2000: 165) Überdies nahm die innereuropäischen Binnenwanderung zu, vor allem in die industriellen Ballungszentren. Das uns wohl bekannteste Beispiel sind die Polen, die sich im Ruhrgebiet ansiedelten. Es sind Migranten, die anfangs zwischen Heimat und Arbeitsort pendeln und dabei auch weite Wege in Kauf nehmen. Je radikaler die Industrialisierung dann die regionalen Gewichte verlagert, je weiter die Schwerpunkte der Arbeits- und Subsistenzmöglichkeiten vom Land in die Stadt verschoben werden, desto häufiger wird aus der zeitweiligen eine dauerhafte Ansiedlung.

Der Soziologe Georg Simmel hat in seinem 1908 erschienenen Exkurs über den Fremden in einer überraschend hellsichtigen Form dargestellt, welche Erfahrungen mit dieser wachsenden Mobilität verbunden sind: Er unterscheidet den Fremden vom Wandernden, »der heute kommt und morgen geht«. Der Fremde hingegen kommt heute und bleibt morgen. Er ist »sozusagen der potentiell Wandernde, der obgleich er nicht weitergezogen ist, die Gelöstheit des Kommens und Gehens nicht ganz überwunden hat. ... Die Einheit von Nähe und Entferntheit, die jegliches Verhältnis zwischen Menschen enthält, ist hier zu einer, am kürzesten zu formulierenden Konstellation gelangt. Das Fremdsein bedeute, dass der Ferne nah ist.« Das Fremdsein, so Simmel, sei eine soziale Wechselwirkungsform. Die Bewohner des Sirius seien uns nicht fremd. Sie gingen uns eigentlich nichts an, im Gegensatz zum Fremden, der Element der Gruppe sei. (Simmel 1992: 764 f.)

Mit der enormen quantitativen Ausweitung der Mobilität wird also das Fremdsein und der Umgang mit dem Fremden zu einer Erfahrung, die viele Menschen teilen. Wanderung, dauerhafter Ortswechsel, Verlust von »Heimat« sind nicht mehr auf eine kleine soziale Schicht oder Ausnahmesituationen wie Kriege oder religiöse Verfolgungen beschränkt. Das moderne Individuum, sagt Simmel, ist geradezu dadurch gekennzeichnet, dass es sein Leben im Wechsel vielfältiger sozialer Kreise gestalten muss. (Ebd.: 456 ff.) Es ist vor allem die sich vollständig durchsetzende kapitalistische Wirtschaftsweise, die diese Mobilität hervorbringt und verlangt.

Polt, Valentin und Simmel bringen humorvoll oder ernst auf den Punkt, dass Fremdsein keine Eigenschaft, sondern eine besondere Form der sozialen Dialektik, man könnte auch sagen: einer interkulturellen Beziehung ist. Man muss auch den anderen Pol dieser dialektischen Spannung betrachten, um zu begreifen, wie sich dieses moderne Lebensgefühl, von dem die Rede ist, bilden konnte. Es liegt nicht nur in der verstärkten Mobilität und der verallgemeinerten Erfahrung von Fremdheit begründet, sondern auch in der schärferen Definition dessen, was »Heimat« heißt.

Die »Erfindung der Nation« (Benedict Anderson) im 19. Jahrhundert versucht nunmehr diejenigen, die durch Blutsbande oder territoriale Verbundenheit dazugehören, von jenen abzugrenzen, die fremd sind und fremd bleiben, auch wenn sie unter uns leben. Vieles verändert sich durch diese Grenzziehung: So erhält zum Beispiel die Vertreibung von religiös oder ethnisch verfolgten Gruppen einen neuen »nationalen« Charakter. Gerade in der Entstehungsphase der modernen Nationalstaaten kommt es zu ethnischen Übergriffen – von staatlich verordneten Umsiedlungen und Deportationen bis hin zu systematischen Versuchen der Ausrottung. Zudem entstehen neue Konfliktfelder innerhalb der Nationalstaaten durch Minderheiten, die ethnisch nicht der Mehrheitskultur angehören. Während der Balkankriege und des Ersten Weltkriegs am Beginn des 20. Jahrhunderts mussten Millionen von Menschen dauerhaft umsiedeln: Vom Balkan in die Türkei, von der Türkei nach Griechenland, von Belgien in die Niederlande und so weiter. Völkerscharen verlassen Osteuropa, um sich zum großen Teil nach Amerika einzuschiffen, in der Hoffnung, Armut und Hunger hinter sich zu lassen.

Diesen durch die Bildung der Nationalstaaten mit ausgelösten menschlichen Katastrophen stehen zweifellos positive Aspekte gegenüber. Der Nationalstaat schafft durch die klare Grenzziehung eine höhere Sicherheit für seine Bürger. Er spielt in der Herausbildung des modernen Rechtsstaates die Rolle des Katalysators. »Das nationale Selbstverständnis hat den kulturellen Kontext gebildet, in dem aus Untertanen politische Bürger werden konnten«, schreibt Jürgen Habermas (1996: 135). Erst die patriotischen Gefühle stellen nämlich eine emotionale und motivierende Bindung her, die das abstrakte Konstrukt des Rechtsstaates vermissen lässt oder erst langsam aus eigener Kraft ausbilden kann. Der republikanische Rechtsstaat hat aber noch einen weiteren Geburtsfehler, den er durch seine Verbindung mit der Nationalität wettmacht. Rational ist nicht definierbar, wie weit seine Institutionen und Gesetze reichen sollen. Grundsätzlich ist der Rechtsstaat ein abstrakter Kosmopolit. Erst der Begriff der Nation setzt ihm pragmatische Grenzen.

Die Herausbildung des Nationalstaates ist also ambivalent zu beurteilen. Er kann einerseits zur Abwehr des Fremden, zu Ausgrenzung, Chauvinismus und ethnischer Verfolgung, anderseits zu gesellschaftlichem Engagement, Rechtssicherheit und Wahrung der Teilhaberechte seiner Bürger beitragen, zumindest solange es keine politischen Alternativen gibt (wozu Europa vielleicht werden könnte), die diese Bindekräfte erzeugen können. Heute hat der Nationalstaat wohl keine ernstzunehmende Konkurrenz. Jede Fußballweltmeisterschaft beweist dies aufs Neue. Verschüttet geglaubte Nationalgefühle kommen wieder zum Ausbruch, wenn die »eigene« Nationalmannschaft auf dem Platz steht.

Ziehen wir ein *Zwischenresümee*: Mit dem 19. und beginnenden 20. Jahrhundert ist die soziale, politische und kulturelle Grundkonstellation entstanden, die unser modernes Lebensgefühl bis heute bestimmt. Sie legt unsere Kategorien fest, mit denen wir Fremdheit ab- oder gar ausgrenzen und umgekehrt festlegen, was zu unserer eigenen, unserer nationalen Identität gehört. Sie erzeugt die Unsicherheiten unseres lokalen und sozialen Zuordnungsgefühls, die schließlich im Nationalbewusstsein einen möglichen Halt finden. Diese Konstellation ist noch heute in Kraft – trotz der vielen Katastrophen der letzten hundert Jahre, an denen das erweckte Nationalgefühl und seine Übersteigerung im Nationalismus großen Anteil hatten. Die staatlichen Verfallsprozesse des ehemaligen Jugoslawien oder der Sowjetunion verdeutlichen, welche Sogwirkung die Verbindung von ethnischer Zugehörigkeit, Territorium und staatlicher Organisation besitzt.

Und doch gibt es unübersehbare Anzeichen einer Krise, die in der widersprüchlichen Ausgangskonstellation schon angelegt ist. Ihre beiden Pole klaffen weit auseinander: Während die vor allem durch unsere Wirtschaftsweise erforderte wachsende Mobilität (siehe dazu Nuscheler in diesem Band) in eine weltumspannende Bewegung von Waren, Kapital und Arbeit einmündet; während Informationen dank moderner Medien unseren Globus im Bruchteil einer Sekunde umrunden, besitzen wir im Nationalstaat immer noch – trotz Europa, *Vereinten Nationen* oder anderen internationalen Vereinigungen – das scheinbar feste Funda-

ment unseres politischen, sozialen und kulturellen Lebens. Während die Globalisierung, durch den starken Motor kapitalistischer Wirtschaftsweise angetrieben, jede nationale Grenze sprengt, mühen sich Nationalstaaten um offenkundig immer kompliziertere Definitionen von nationaler Zugehörigkeit und politischer Grenzziehung. Viele europäische Staaten haben, ganz im Gegensatz zu ihren wirtschaftlichen Expansionsbestrebungen, die Grenzen für Einreisende undurchlässiger gemacht, so dass schon von einer »Festung Europa« gesprochen wird.

Zweifellos: Entfesselte Mobilität erzeugt die Notwendigkeit der Steuerung, bei der der Nationalstaat aber immer weniger der Herr im eigenen Haus ist. Trotzdem ist er in Bezug auf Zuwanderungs- und Integrationspolitik weiterhin die entscheidende Größe. Man kann sagen: Er betreibt eine Politik der Ein-, Ab- und Ausgrenzung – und zwar nicht nur nach außen gegenüber anderen Nationen und ihren Angehörigen, sondern auch nach innen, gegenüber ethnischen Minderheiten, Arbeitsmigranten oder Flüchtlingen – schon allein durch seine Existenz. Da ist es besser, eine ausdrückliche, verlässliche Einwanderungs- und Integrationspolitik zu gestalten, die Rechtssicherheit gewährt und die Steuerung von Zuwanderung und zur Integration so einrichtet, dass sie den Bedingungen einer mobiler und globaler gewordenen Welt Rechnung trägt. Deutschland hat dies jahrzehntelang versäumt.

Die Formulierung dieser Politik ist schwierig. Ein aktueller Beweis ist der Streit um das neue Zuwanderungsgesetz, der an den Disput um das mühsam novellierte Staatsbürgerschaftsrecht nahtlos anschließt. Das Problem liegt nicht allein in durchaus zu diskutierenden pragmatisch politischen Fragen, wie hoch die Altersgrenze beim Nachzug von Kindern angesetzt werden soll oder wie viel Arbeitsmigration ein Land mit einer beängstigend hohen Arbeitslosigkeit vertragen kann, ohne den sozialen Frieden zu gefährden. Es liegt wohl auch nicht an den unterschiedlichen Auffassungen über den Begriff der »Steuerung von Zuwanderung«, und ob dieser auch die »Begrenzung von Zuwanderung« logisch beinhalte, wie es die Regierung sieht, oder eben nicht beziehungsweise nicht in der genügenden Deutlichkeit, die die Opposition und die B-Länder im Bundesrat wünschen. Dies sind alles Streitpunkte, die durch die Festlegung von Quoten, Verfahren, Altersgrenzen oder einfache Texterweiterungen zu einem politischen Kompromiss geführt werden können.

Warum die politische Einigung so schwierig ist, obgleich doch alle politischen Beobachter immer wieder betonen, die Vorschläge, die die »Süssmuth-Kommission« für die Bundesregierung zum Zuwanderungsgesetz erarbeitet hätten, seien gar nicht so weit von der durch die *CDU/CSU* eingesetzten »Müller-Kommission« entfernt, (siehe auch die Beiträge von Rita Süssmuth und Peter Müller in diesem Band), erschließt sich erst auf den zweiten Blick. Die Debatten um das neue Staatsbürgerschafts- und Zuwanderungsrecht haben den Modernisierungsbedarf wahrscheinlich nicht in der ganzen Tiefe ausgelotet, wie es eigentlich notwendig wäre. Sie können nur ein Anfang sein.

Die Kampagnen um die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft zur Landtagswahl in Hessen 1998, der Streit darum, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei, ob es eine neue Leitkultur brauche oder ob Deutschland eine multikulturelle Zukunft bevorstünde, über die die Menschen sich freuen oder erschaudern sollten, veranschaulichen eine verdeckte, aber höchst kraftvolle kulturelle Dimension. Sie rührt an die Grundfesten jener Nationalstaatlichkeit, die, wie wir gesehen haben, eine wichtige emotionale Bindekraft unserer Gesellschaft und unseres Rechtsstaates enthält. In dieser kulturellen Dimension geht es um wesentliche Veränderungen unseres Alltagslebens, die wir täglich spüren, wenn wir mit offenen Augen durch unsere Städte gehen und hören, in wie vielen fremden Sprachen sich die Passanten und Geschäftsleute unterhalten. Es geht um die Frage nach dem Selbstverständnis unseres Gemeinwesens, was wohl auch im unglücklichen Begriff der Leitkultur mitschwingt. Und es geht nicht zuletzt um massive Veränderungen unseres Lebensgefühls, ja unserer Identität und ihrer Bildungsprozesse. Und das ist keineswegs nur eine Angelegenheit der Zuwanderungspolitik und des Staatsbürgerschaftsrechtes, sondern muss ernste Konsequenzen für alle Politikfelder haben, auch für die Kulturpolitik.

Das vorliegende »Jahrbuch für Kulturpolitik« sammelt Stimmen und Positionen wichtiger (kultur-)politischer Akteure und Wissenschaftler, um herauszufinden, worin der Modernisierungsbedarf von Kulturpolitik und interkultureller Kulturarbeit besteht. Wir stehen hier am Beginn einer Debatte. Auch in der Kulturpolitik zeigt sich eine Zentrierung um ein spezifisches Erbe, das sich in den Finanzierungsverhältnissen öffentlicher Kultureinrichtungen niederschlägt. Die aus den Traditionen der deutschen Kleinstaaterei und des nationalstaatlichen Einigungsprozesses im 18. und 19. Jahrhunderts erwachsenen Einrichtungen, allen voran die großen Staats- und Stadttheater, die Kunstmuseen und ihre historischen, natur- und völkerkundlich ausgerichteten Verwandten dominieren heute fast vollständig, was wir als öffentliche Kulturpolitik fördern. Nur wenige Stimmen gaben bisher zu bedenken, dass angesichts eines großen Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland und einer sich ausbreitenden kulturellen Globalisierung auch die Kulturpolitik auf dem Prüfstand steht.

Einige deutliche Signale kulturpolitischer Akteure, die nach Repräsentanz und Rolle von Traditionen und lebendigen Ausdrucksformen fremder Kulturen im öffentlichen Kulturbereich fragen, kamen vom *Deutschen Städtetag*, der *Kultusministerkonferenz*, der *Kulturpolitischen Gesellschaft* und dem *Deutschen Kulturrat*. Ihre Stellungnahmen fanden nur geringen öffentlichen Widerhall, die Feuilletons ignorieren das Thema fast vollständig, ganz zu schweigen von der eigentlichen Strukturpolitik, die interkulturelle Ansätze höchstens in Spurenelementen aufgenommen hat. Von der Brisanz, die das Thema mittlerweile zum Beispiel in der Bildungs- oder Sozialpolitik spielt, ist die Kulturpolitik meilenweit entfernt. Verständlich ist das natürlich, weil jene Politikfelder diesem Thema nicht ausweichen können und sich mittlerweile ein massiver Druck in Bildungseinrichtungen

und sozialen Institutionen aufgebaut hat, der zum Handeln zwingt. Enttäuschend ist es freilich, dass vor allem Kulturpolitik und die traditionellen Kulturinstitutionen, die sich doch immer ein besonders feines gesellschaftliches Sensorium zugute halten, sich offenbar so blind, taub und stumm gegenüber diesen gravierenden kulturellen Veränderungen verhalten können.

In den ersten Beiträgen dieses Jahrbuchs geht es um die gesellschaftspolitischen Zusammenhänge, in denen eine entsprechende Neuorientierung der Kulturpolitik stattfindet. Mit *Wolfgang Thierse* und *Albert Schmid*, *Rita Süssmuth* und *Peter Müller* kommen dabei exponierte politische Vertreter der Diskussion zu Wort. Die Wissenschaftler *Klaus Bade* und F*ranz Nuscheler* lieferrn mit ihren Beiträgen zu Migration und Globalisierung sozialwissenschaftliche Grundlagen für die Debatte. Im zweiten Komplex geht es um die Formulierung kultureller und kulturpolitischer Aufgaben der Integration und des »Dialogs der Kulturen« durch die beiden Staatsministerinnen *Christina Weiss* und *Kerstin Müller* sowie die *Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Marieluise Beck*.

Erol Yildiz, Faruk Şen gemeinsam mit *Dirk Halm*, *Carmina Chiellino* und *Mark Terkessidis* sowie *Torsten Gross* setzen sich als wissenschaftliche und politische Akteure aus unterschiedlichen Blickwinkeln mit verschiedenen Realitäten der multikulturellen Einwanderungsgesellschaft auseinander und formulieren entsprechende politische und theoretische Anforderungen.

In einer kleinen Umfrage haben wir Künstlerinnen und Künstler mit Migrationshintergrund danach gefragt, was ihrer Ansicht nach Kunst und Kulturarbeit zum Gelingen des friedlichen Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen beitragen können, welche kulturpolitischen Weichenstellungen sie für erforderlich halten und ob es eine besondere Förderung der Kunst von Migrantinnen und Migranten geben soll.

Der Block zu den Anforderungen einer zeitgemäßen Integration an kommunale Kulturpolitik eröffnet *Bettina Heinrich* vom *Deutschen Städtetag* mit einem »Problemaufriss«. Mit den Beiträgen von *Naseem Khan* (London) und *Katharina Noussi-Scheba* (Wien) folgt ein »Blick über die Grenzen« sowie (in der Reihenfolge der Städtegröße) die Darstellung des kulturpolitischen Umgehens mit den Anforderungen der multikulturellen Großstadtgesellschaft in Berlin (*Dorothea Kolland*, *Thomas Flierl*), Hamburg (*Inka Manthey*), Essen (*Oliver Scheytt*), Dortmund (*Jörg Stüdemann*) und Stuttgart (*Iris Magdowski*) sowie Nürnberg (*Jürgen Marktwirth*).

Die Beiträge von Kulturminister *Michael Vesper* sowie *Franz Kröger* und *Norbert Sievers* behandeln die Situation und die Aufgaben interkultureller Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen und der Artikel des baden-württembergischen Kulturministers Peter Frankenberg Interkultur in seinem Land. Mit *Eckhardt Barthel*, *Günter Nooke* und *Hans-Joachim Otto* kommen drei kulturpolitische Sprecher von Parteien auf der Bundesebene zu Wort. Den Abschluss bilden Beiträge, die sich mit dem Stand und den Anforderungen interkultureller Arbeit in einzelnen Sparten auseinandersetzen, so *Thomas Krüger* mit der politischen Bildung und *Tobias Knoblich* mit der Soziokultur und *Annette Heilmann* und *Roberto Ciulli* (Theater), *Max Fuchs*

(kulturelle Bildung) und *Georg Ruppelt* gemeinsam mit *Klaus-Peter Böttger* (Bibliotheken).

Wir wollen in dieser Einleitung in vier Schritten den Horizont der Debatte weiter ausloten. Wir werden am Beispiel kultureller Globalisierung im *ersten Abschnitt* aufzeigen, wie grundlegend sich unsere Alltagskultur in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Zum *zweiten* wollen wir am öffentlich verbreiteten begrifflichen Gegensatz von »Multikultur« und »Leitkultur« demonstrieren, welches Niveau unsere gegenwärtige kulturelle Debatte angenommen hat und warum sie so in die Irre laufen muss. Als Alternative wollen wir *drittens* auf die vor allem im kanadischen Raum entwickelten Ansätze einer kulturellen »Politik der Anerkennung« eingehen, um *schließlich* einige Schlussfolgerungen für die Kulturpolitik zu ziehen.

I. Unser Alltag in einer auch kulturell globalisierten Welt

Nahezu jede unserer Aktivitäten verbindet uns mit einer entfernten Gegend und ist inzwischen zunehmend abhängig von der immer stärkeren internationalen Verflechtung von Gütern, Menschen, Ideen und Kulturen, der weltweiten Vernetzung der Produktions-, Distributions- und Kommunikationsprozesse. Dabei sind diese Verbindungen in den größeren Städten bedeutend vielgestaltiger als in den Kleinstädten und im ländlichen Raum.

Der Funkwecker, der uns am Morgen aus den Träumen reißt, stammt aus Hongkong, das Radio, das uns langsam in die Wachheit bringen soll, aus Südkorea. Die Musik, die es spielt, besteht meist aus englisch gesungenem Pop, je nach Art des Programms mit einigen deutschen Titeln durchmischt. (Auch bei dem letztjährigen *Grand Prix de la Chanson de Europe* wurden 20 der 24 Lieder englisch vorgetragen.) Im Badezimmer fällt beim bewussten Hinsehen auf, dass die schon jahrzehntelang benutzte Zahnpasta aus Belgien stammt. Der Aufdruck des Shampoos weist es als Produkt der Firma *Procter & Gamble*, »Made in E. U.«, aus. Die Seife, die Duschcreme und der Haarfestiger haben zwar deutsche Herstellungsorte, aber dafür allesamt ausländische, meist französisch klingende Namen. Bei den Kleidungsstücken ist es gerade umgekehrt: Wenn sie einen »deutschen« Firmennamen tragen, dann sind sie meist im fernen Osten hergestellt – genauso wie die edlen Stücke der renommierten italienischen Marken oder die Massenware der schwedischen Billigkette *Hennes & Mauritz*. Am Frühstückstisch fällt auf, dass die Milch für die Cornflakes ausgegangen ist, aber glücklicherweise hat der junge türkische Kaufmann, der im lange leerstehenden Ladenlokal um die Ecke eingezogen ist, schon offen. Wenn man schon Milch braucht, dann wird noch etwas Obst für den Tag gekauft, das teils aus der Umgebung, teils aus anderen Ländern und Kontinenten stammt, und für den Abend noch etwas vom griechischen Feta und einige portugiesische Oliven.

Auf dem Weg zurück fällt beim bosnischen Kioskbetreiber der Blick auf die Überschriften und Bilder der in vielen Ländern und Sprachen gedruckten Zeitungen. Bevor es dann in die U-Bahn geht, ist noch kurz Zeit für die Nachrichten im

Frühstücksfernsehen. Gerade übergibt der sympathische, leger gekleidete Cerno mit seinem langen Zopf, der dunklen Hautfarbe und dem schwer aussprechlichen Nachnamen an die »Tagesschau« nach Hamburg und begrüßt dabei den Nachrichtensprecher selbstverständlich mit Vornamen und unformellem »Du«, das noch vor einigen Jahren in den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten nur in Kindersendungen gebräuchlich war.

Bei der U-Bahnfahrt zur Arbeit wird das Gewirr der unterschiedlichen Sprachen von der Kanak-Sprak der Jugendlichen aus Migrantenfamilien und dem HipHop-Sound und Technobässen aus Walk- und Discmen übertönt. Die Kleidung der Mitfahrenden ähnelt einander wie die der internationalen Bekleidungsketten und Sportmarkenfirmen. Doch zeigen sich Besonderheiten, etwa verschiedene Formen von Kopftüchern und neuerdings wieder verstärkt getragene Halsketten mit christlichen Kreuzen, vor allem bei Leuten mit osteuropäischem Spracheinschlag. Vor dem Büro vielleicht noch schnell eine Tasse Kaffee beim neu aus den USA importierten *Starbucks-Coffee* oder lieber doch einen vertrauten italienischen Latte macciato bei *Lavazza?* Die Kolleginnen und Kollegen, die sich hier schon vor Arbeitsbeginn flüchtig Hallo sagen, stammen sowieso schon lange aus unterschiedlichen Ländern. Diese Mischung herrscht mittlerweile überall, wobei die Branche noch darüber entscheidet, aus welcher Weltgegend die Mitarbeiter vornehmlich kommen. Und wenn in kleinen Betrieben die Belegschaft rein »deutschstämmig« ist, dann gibt es in der Regel darunter Mitarbeiter mit Auslandsausbildung oder Auslandsberufserfahrung.

Aber das alles fällt inzwischen vielen so wenig auf wie der gemischt ethnische Freundeskreis der Kinder, wie die koreanische Krankenschwester, der iranische Arzt, der polnische Softwarespezialist und die kroatische Kassiererin, die von einem Slowenen eröffnete Änderungsschneiderei, der von einem Portugiesen betriebene Schusterladen der *Mister Minit*-Kette und der Blumenladen einer Türkin. Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen sind heute so multinational, wie es vor einer Generation nur die Arbeiterschaft der Großbetriebe war, ganz zu schweigen von der Vielfalt der Gastronomie. In der kurzen Mittagspause steht die Entscheidung zwischen einer türkischen Pizza, Pasta beim Italiener oder vielleicht einer kleinen Auswahl der Sushi-Bar; auch das Angebot des einheimischen Metzgers hat sich der internationalen Palette angepasst. Vielleicht ist auch nur Zeit für *Fingerfood* beim neuen *Fish- & Chips*-Stand, für ein Kebab oder eine Currywurst. Abends beim Ausgehen mit Freunden heißt die Frage, ob einem der Sinn mehr nach mediterraner oder ostasiatischer Küche oder zur Abwechslung mal nach einem südamerikanischen Lokal steht. Tibetanische oder afghanische Küche, die kulinarisch wahrscheinlich eher uninteressant sind, werden in manchen Kreisen als Insidertipp gehandelt.

Wir alle leben dieses globalisierte multikulturelle Leben tagtäglich, ohne es uns bewusst zu machen, weil es unser Alltag und nichts Ungewöhnliches und Fremdes mehr ist.

Die nahe Ferne

Wenn wir den Blick zurückwerfen und fragen, wie unser Alltag vor 30 Jahren aussah, wird uns der Unterschied bewusst. Nicht wenige der heute gebräuchlichen Alltagsprodukte gab es nicht oder waren purer Luxus. Die Kleidung wurde zum Teil auch schon im »Ostblock« genäht, aber an ihr war meist noch erkennbar, woher sie kam. Die Menschen aus anderen Ländern waren weitgehend »Gastarbeiter« und lebten als solche meist abgeschottet abseits der alltäglichen Lebenswelten der Mehrheitsgesellschaft. Sollte es einmal eine »nichtdeutsche Küche« sein, dann gab es die Wahl zwischen dem »Italiener«, dem »Griechen« oder dem »Jugoslawen«, vielleicht noch einem »Spanier«, deren Wirte eben aus jenen »Anwerbeländern« stammten, die oft auch identisch mit den Haupturlaubsländern waren. Die ersten Stühle im Freien – außerhalb der traditionellen Biergärten – gab es in den italienischen Eisdielen. Insgesamt war das Leben hier sehr »deutsch«, wie es in Frankreich »französisch« und in Italien »italienisch« war.

Blicken wir nicht zurück, sondern vergleichen wir unseren heutigen Alltag mit unseren Auslandserfahrungen. Vieles im fremden Land ist uns sehr vertraut. Wir können dort die gleichen oder ähnliche Marken kaufen, wir kennen die Standardgerichte auf den Speisekarten, die Musik im Radio ist uns zumindest teilweise bekannt: Auf Bahnhöfen, Flughäfen und in den Großstädten kaufen wir in denselben Einkaufsketten wie hierzulande. Die Orientierung im öffentlichen Nahverkehr funktioniert in Berlin oder München genauso wie in Madrid, Paris oder Seoul. Natürlich gibt es auch die Ballermann-Kneipen auf Mallorca, wo die deutschen Touristen deutsches Bier trinken und deutsches Eisbein essen, wie englische Touristen auf der Südspitze von Korfu unter sich bleiben beim englischen »Lager« und *Fish & Chips*. Ähnliche »heimische« Kolonien gibt es auch in den weiter entfernten »exotischen« Urlaubsgebieten in Südostasien oder der Karibik.

Insgesamt ist für viele Menschen aus den industrialisierten Ländern des Nordens die Fremde sehr vertraut geworden. Viele unserer Produkte und technologischen Errungenschaften prägen auch dort das Leben, und viele der uns vormals fremden Waren – Kolonialwaren, wie sie früher bezeichnenderweise hießen – gehören inzwischen zu unserem Alltagsrepertoire. Und was wir noch nicht aus eigener Anschauung kennen, ist uns vielfach aus Fernsehen, Kino und Internet bekannt.

Für uns ist die Welt zusammengeschrumpft, viel radikaler und schneller als selbst die kühnsten Denker voraussehen konnten. Heinrich Heine schrieb vor 170 Jahren anlässlich der Eröffnung der Eisenbahnlinie von Paris nach Rouen, dass der »Raum getötet (worden ist), und es bleibt uns nur noch die Zeit übrig. ... In Vierthalbstunden reist man jetzt nach Orleans, in ebenso vielen Stunden nach Rouen. Was wird das erst geben, wenn die Linien nach Belgien und Deutschland ausgeführt und mit den dortigen Bahnen verbunden seyn werden! Mir ist als kämen die Berge und Wälder aller Länder auf Paris angerückt. Ich rieche schon den Duft der deutschen Linden; vor meiner Thüre brandet die Nordsee.« (Zit. n. Wolbring 1996: 87 f.)

In viereinhalb Stunden von Paris nach Orleans! In dieser Zeit fliegen wir nach Westafrika, den Nahen Osten oder Finnland, vor unserer Tür brandet die Südsee und wir riechen die karibische Frische – wenn nicht live, so doch als ständiges Versprechen jeden Abend in der Fernseh- und Kinowerbung. Wir leben in einer gemeinsamen globalen Warenwelt und können uns in weniger als einem Tag an nahezu alle Orte der Welt bewegen.

»Kulturelle Globalisierung«[1] ist nichts, was irgendwo außerhalb stattfindet, was die »Davos culture« der Manager-»Yuppie internationale« und »faculty club culture« (Peter L. Berger) der globalen Wissensgesellschaft betrifft, sondern wir selbst leben sie tagtäglich, wir sind immer schon »zwischen den Kulturen« (Alexander Düttmann), hybride und multikulturell. Wir, in den technisch hoch entwickelten Ländern des Nordens, sind die Akteure, Agenten und Profiteure der kulturellen Globalisierung. Das trifft auf die Menschen, die in den von uns besuchten und mit Produkten der globalen Warenwelt belieferten Weltgegenden leben, nur mit Einschränkungen zu. Auch sie sehen im Fernsehen (sofern sie Zugang zu einem haben) teilweise die gleichen *Sitcoms* und auf *MTV* die gleichen Videoclips wie wir, werden von den gleichen internationalen Firmen – die manchmal einen »heimatlichen« Namen haben – für dieselben Produkte umworben und tragen die gleichen Markenklamotten, auch wenn vielleicht das Logo gefälscht ist.

Ein Blick hinter die Kulissen macht freilich die Unterschiede deutlich: Viele internationale Konzerne produzieren ihre weltweit begehrten Markenprodukte in Ländern des Südens unter erbärmlichen Arbeitsbedingungen. Aber die, die sie herstellen, können sie nicht kaufen, da sie für sie zu teuer sind. Darauf hat Noami Klein in ihrem globalisierungskritischen Weltbestseller »No Logo« (2001) mit drastischen Beispielen aufmerksam gemacht.

Gefahr der Amerikanisierung in der McWorld?

Es wäre dennoch verkehrt, Globalisierungsprozessen unter geografischen Gesichtspunkten eindeutig Opfer und Täter zuzuordnen. Auch im kulturellen Bereich zeigen Entwicklungen, dass Menschen in Ländern des Südens beziehungsweise Schwellenländern aus der weltweiten kulturellen Vernetzung einen zum Teil beträchtlichen Nutzen ziehen. Die beiden Kulturanthropologinnen Joana Breidenbach und Ina Zukrigl haben in ihrem Buch »Tanz der Kulturen. Kulturelle Identität in einer globalisierten Welt« (1998) dies an zahlreichen Beispielen aufgezeigt. Das trifft etwa auch auf die viel geschmähte »Hamburger«-Kette zu, die als

1 Weder »Globalisierung« noch »kulturelle Globalisierung« sind wissenschaftliche oder auch nur politische Begriffe, mit denen konkretere Aussagen verbunden sind, als die, dass Ökonomie, Technik, Politik, Kultur und die Menschen heutzutage weltweit in so engen Austausch- und Kommunikationsbeziehungen stehen wie noch nie bisher in der Geschichte. Über den Charakter und die Reichweiten dieser Verflechtung von Menschen, Gütern, Orten, Dienstleistungen und Kapital, die dadurch hervorgerufenen Veränderungen und die Entwicklungsperspektiven sowie die damit verbundenen Chancen und Gefahren ist damit noch nichts gesagt. Sie sind Arbeitsbezeichnungen für sehr unterschiedliche Entwicklungen und keine eindeutig definierten Begriffe, da »Globalisierung«, wie Anthony Giddens schreibt, ein »komplexes Gemisch mehrerer Vorgänge ist, die häufig in Widerspruch zueinander geraten und Konflikte, Verwerfungen und neue Formen der Schichtenbildung nach sich ziehen« (Giddens 1997: 23).

»McDonaldisierung« dieser Ausbreitung kultureller Konsumartikel und Gewohnheiten einen ihrer Namen gab. Breidenbach und Zukrigl zeigen etwa, dass die Schnellrestaurants in ostasiatischen Ländern zu Treffpunkten von Frauen und jungen Menschen geworden sind, denen sonst keine öffentlichen Orte des Austauschs zur Verfügung stünden.

Zudem ist die scheinbar weltweite Dominanz US-amerikanischer Marken und Unterhaltungsprodukte bei weitem nicht so stark wie noch vor ein oder zwei Jahrzehnten. Zwar sind auf der Rangliste der 75 Markenfirmen mit einem Marktwert von mindestens einer Mrd. US-Dollar für das Jahr 2000 40 in amerikanischem Besitz. An der Spitze stehen *Coca Cola*, *Microsoft* und *IBM*. Mit *Disney* (Platz 8) und *MTV* (37) sowie den drei Internet-Firmen *Yahoo* (38), *AOL* (47) und *Amazon* (48) sind auch fünf große Marken der Kulturindustrie dort postiert.[2] Aber anders würde das Bild aussehen, wenn nicht nach Einzelmarken sondern ihrer Bündelung in Konzernen gerechnet wird, bei der »sich klar eine europäische Führung gegenüber den Vereinigten Staaten im Verhältnis drei zu zwei ergibt« (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.8.2000).

Schon auf dem Musikmarkt, der von fünf multinationalen Konzernen mit einem 75-prozentigen Weltmarktanteil beherrscht wird, liegt der Umsatz von *Warner* (USA) hinter dem von *Sony* (Japan) und *Polygram* (Niederlande) und nur knapp vor *BMG/Bertelsmann* (Deutschland) und *EMI-Music* (Großbritannien). (Vgl. D'Angelo 1998) Auf dem internationalen Buchmarkt dominiert der Medienkonzern *Bertelsmann*, der inzwischen auch Marktführer in den USA ist. In wichtigen Bereichen der weltweiten Kulturindustrie sind es weniger us-amerikanische als trans- und multinationale Konzerne, die Produktion und Vertrieb von Weltkultur beherrschen. In einigen Fällen kommt die Konkurrenz auch aus Ländern des Südens. So werden etwa in Bombay mit 800 jährlich hergestellten Spielfilmen viermal mehr Filme als in Hollywood produziert, der brasilianische Medienkonzern *Globo* ist innerhalb weniger Jahre bei TV-Umsätzen weltweit auf Platz 11 vorgerückt.

Unter den zehn größten Medienkonzernen der Welt haben zwar sechs ihren Hauptsitz in den USA und je einer in Deutschland, Frankreich, Australien und Japan. Aber bezogen auf die 50 Größten relativiert sich diese Dominanz, denn von diesen haben nur noch 19 ihren Hauptsitz in den USA, neun in Großbritannien, sieben in Japan und sechs in Deutschland, gefolgt von drei in Frankreich, zwei in Italien und je einem in Australien, den Niederlanden, Kanada und Brasilien. (Angaben nach der Rankingliste bei Hachmeister/Rager 2002: 31 f.)

Konnten die US-amerikanischen TV-Konzerne um 1990 noch das meiste, was sie an Serien produzierten, in die übrige Welt verkaufen, so gibt es unter den nach Zuschauerzahlen gemessenen Top-10-TV-Serien des Jahres 2000 keine einzige US-amerikanische Produktion mehr. Weltweit ist der Anteil an Produktionen aus den USA unter den jeweiligen Top-10 auf 10 Prozent zurückgegangen, lediglich

2 27 Markenfirmen sind europäische, davon fünf deutsche, neun englische und je drei französische und italienische. Asien ist mit vier japanischen und einer koreanischen Marke vertreten.

im Ostblock liegt er noch bei 19 Prozent. (Vgl. Kramer 2001: 209) Bei den Kinobesucherzahlen liegen Filme aus Hollywood weiterhin an der Spitze, trotz zahlenmäßig stark gestiegener indischer und ostasiatischer Konkurrenz. Mehr als zwei Drittel der Filme in europäischen Kinos kommen aus Hollywood und umgekehrt beträgt der Anteil ausländischer Filme auf dem US-Markt nicht mehr als zwei Prozent. (Volker Schlöndorff, in: *Spiegel*, Heft 7/1999) Aber was ist Hollywood heute anders als eine Metapher, wo mit japanischem, europäischem und australischem Geld Regisseure aus China, Korea, Deutschland oder England Filme drehen, die mit dem *American Way of Life* oft nur noch wenig zu tun haben.

Auf dem Weg zur Einheitskultur?

Was bedeutet die Wirklichkeit der globalisierten Welt für unser kulturelles Verständnis? Ob ich meine Zähne mit einer Zahnpasta aus Belgien putze, wo meine Hemden genäht sind und meine Regale herkommen, hat wenig Auswirkung auf mein Denken und Fühlen – es sei denn, man ist ethisch so sensibel, dass man manch unmenschliche Produktionsbedingungen oder ökologische Rohstoffverschwendung kritisiert. Aber viele unserer Produkte des alltäglichen Lebens sind gleichermaßen Gebrauchsgegenstände und ästhetisch-kulturelle Kennzeichen. *Nike*-Schuhe oder *Adidas*-Hosen zu tragen, *Coca Cola* zu trinken und bei *McDonalds* zu essen, symbolisiert inzwischen weltweit einen Lebensstil. Diese Waren sind »sowohl Gegenstände wie Ikonen, ebenso ästhetische Kennmarken wie Markenerzeugnisse«. (Barber 1999: 21)

Noch mehr trifft dies auf die universellen Bilderwelten und uniformen Muster einer transnationalen Kulturindustrie zu: Im oberhessischen Dorf oder auf den ostfriesischen Inseln werden die gleichen *soap operas* gesehen wie in London, New York, Seoul oder in den brasilianischen Favelas. 800 Millionen Barbiepuppen propagieren weltweit das Schönheitsideal der weißen US-amerikanischen Mittelschicht, und in 120 Ländern stammeln die Teletubbies ihr »Winkewinke« über die Bildschirme. *MTV* und *StarTV* senden die gleichen Videoclips der Stars und Sternchen der fünf Majorlabels in nahezu allen Ländern der Erde und prägen damit den Musikgeschmack von vielen Millionen Menschen.

Aber auch kleine Firmen können große Wirkung erzeugen. Das von einer holländischen Produktionsfirma entwickelte Fernsehformat »Big Brother« läuft mittlerweile in 22 Ländern.[3] Universelle Bilder-, Kultur- und Konsumwelten verbinden unterschiedliche Lebenswelten in allen Gegenden des Globus. Es kommt zu einer Angleichung kultureller Symbole und Lebensformen.

Verfehlt wäre es, daraus den Schluss zu ziehen, dass sich dadurch eine uniforme Weltkultur herausgebildet hat, die an die Stelle der lokalen Kulturen tritt und diese zum »Einheitsbrei« der »McDonaldisierung« oder der »McWorld« einkocht. Eine solche Sicht überschätzt Teilaspekte. Die angenommene Homogenität des

3 In Argentinien, Australien, Belgien, Brasilien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Großbritannien, Ungarn, Italien, Mexiko, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Südafrika, Spanien, Schweden, Schweiz und den USA. (*Frankfurter Rundschau* 16.4.2003)

nordamerikanischen oder westlichen Konsumangebotes wird eindimensional auf das Bewusstsein übertragen. Sie übersieht die oft eigenwillige Rezeption US-amerikanischer und westeuropäischer Kulturprodukte in anderen Kulturen und unterschätzt die Ambivalenz kultureller Prozesse. Wir werden darauf im Hinblick auf kulturelle Globalisierungsprozesse zurückkommen.

Trotz dieser Einschränkungen bleibt die enge Verflechtung unserer kulturellen Produkte, Symbole und Aktivitäten eine nicht zu übersehende Tatsache. Die Internationalisierung von Kulturen, Kunst und Alltagswelt hat heute eine neue Qualität erreicht, die zudem die gesamt Erde umfasst und selbst bis in lange verschlossene Weltwinkel reicht. Diese neue Qualität kultureller Globalisierung geht vor allem auf drei zentrale gesellschaftliche Veränderungen zurück, die alle Länder, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, prägen: die ökonomische Globalisierung, die technologischen Entwicklungen im Kommunikations- und Medienbereich und die weltweiten Migrationsprozesse.

Ökonomische Globalisierung

Die Globalisierung der Finanz- und Warenmärkte hat neue Zusammenhänge und Abhängigkeiten geschaffen, die die Bedeutung der bisherigen nationalstaatlichen Strukturen von Ökonomie, Politik und Gesellschaft zurückgedrängt haben. Wir leben in einer Welt, in der eine Finanzkrise in Asien die Wirtschaft in Nordamerika beeinflusst, ein Streik in Südamerika die Autoproduktion in Europa und Japan beeinträchtigt, Zinserhöhungen in Washington und Börsenstürze in New York Arbeitsplätze in New Delhi und Kuala Lumpur vernichten und die Ankündigung eines multinationalen Konzerns von Stellenstreichungen irgendwo auf der Welt die Kurse in London, Frankfurt am Main und New York in die Höhe gehen lässt.

Kapital und Waren bewegen sich nahezu grenzenlos über die gesamte Erde, die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen ist immer weniger an bestimmte Orte gebunden. Die Verflechtung von Ökonomie und Finanzen bringt auch eine neue Mobilität der Menschen hervor. Führungskräfte und mittleres Management transnationaler Konzerne jetten um die Welt, Fachkräfte arbeiten an unterschiedlichen Produktionsstätten auf verschiedenen Kontinenten und Computerspezialisten werden weltweit an- und abgeworben. Der Internationalisierung der Arbeit folgt auch zunehmend eine der Qualifizierung. Studium und Fachkräfteausbildung schließen immer häufiger Auslandspraktikas ein. Teil dieser ökonomischen Globalisierung ist auch die internationale Kulturwirtschaft, die Medienkonzerne und Reiseunternehmen, die nicht nur Waren, sondern auch kulturelle Ausdrucksformen, Images und Vorstellungswelten verbreiten.

Die Globalisierung der Finanz-, Waren-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte und der damit einhergehenden globalen Wissensgesellschaft und – was in diesen Diskussionen meist verdrängt wird – der ökologischen Weltrisikogesellschaft ist inzwischen in zahlreichen Studien beschrieben. Allein die Literaturliste des Endberichts der *Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages »Globalisierung der Weltwirtschaft«* umfasst ca. 1 000 Titel. (Deutscher Bundestag 2002)

Unstrittig ist die neue Qualität der Weltwirtschaftsverflechtung, umstritten ihre Bewertung, an der sich unter anderem eine neue weltweite Protestbewegung entzündet hat.

Informationstechnische Revolution

Die ökonomisch-finanzielle Verflechtung wird durch technologische Entwicklungen erst ermöglicht, vor allem durch eine neue Informations- und Kommunikationstechnologie, die mit Digitalisierung und Internet einen Quantensprung gemacht hat. Dies hat die Weltwirtschaft in einen nahezu zeitgleichen Fluss und Austausch von Kapital und Information miteinander verzahnt, die Produktion und Konsum umgewälzt und eine neuartige Netzwerkgesellschaft mit vielen Verknüpfungen hervorgebracht (Castells 2001/2002).

Die Veränderungen der Informations- und Kommunikationstechnologien haben auch die Unterhaltungsmedien revolutioniert. Mehr als 500 Satelliten bestreichen gegenwärtig mit vielfach uniformen Fernsehbildern, Videoclips und Popmusik die Erde. Sportgroßveranstaltungen, Musiksendungen und Nachrichtenübertragungen von allgemeinen Weltbrennpunkten werden fast zeitgleich weltweit ausgestrahlt. Die technologischen Entwicklungen und die gestiegene Verbreitung der audiovisuellen Massenmedien haben eine neue Stufe grenzüberschreitender Vermittlung von Kulturen hervorgebracht. Sie haben gleichzeitig auch die Herausbildung transnationaler Medienunternehmen befördert, die immer mehr kulturelle Angebote immer mehr Menschen in der Welt anbieten, von denen jeder einzelne dann wiederum über eine wachsende Zahl kultureller Produkte verfügen kann.

Der Weg von Buch- und Schriftmedien zu Bild-, Wort- und Tonmedien (Fotografie, Telefon, Schallplatte) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ihre Weiterentwicklung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Radio, Film), der dann in der zweiten Hälfte Fernsehen, Tonkassetten und Video folgten, prägen die bisherigen Stufen der kulturellen Globalisierung. Gegenwärtig befinden wir uns an einer erneuten medialen Epochenschwelle, in der das Leitmedium »Computer« die kulturellen Globalisierungsprozesse weiter beschleunigen wird.

Das Gefälle zwischen industrialisierten und ökonomisch weniger entwickelten Ländern ist bei der Verfügung über die traditionellen audio-visuellen Kommunikations- und Informationsmedien beträchtlich. 1996 kamen auf 1000 Einwohner in den Industriestaaten 1005 Radio- und 524 Fernsehgeräte, in den »Entwicklungsländern« hingegen 185 Radio- beziehungsweise 145 Fernsehgeräte. (Thomaß/Kleinsteuber/Gries 2001: 184) Allerdings geht die Ausstattung mit audiovisuellen Medien in sehr raschem Tempo vor sich. So weist beispielsweise Peter L. Berger darauf hin, dass 1970 lediglich 10,3 Prozent der Chilenen über einen Fernseher verfügten, während es 1999 91,4 Prozent waren. (2002: 6)

Die Asymmetrie beim Zugang zu Informationstechnologien erhöht sich noch bei den neuen Medien. Lediglich 5,2 Prozent der Bevölkerung in den Drittweltländern verfügten Mitte der neunziger Jahre über einen Telefonanschluss (gegenüber

52,3 Prozent in den Industrieländern) und 0,7 Prozent über einen PC (gegenüber 8,7 Prozent in den Industrieländern). In Ballungsgebieten wie New York und Tokio gibt es beispielsweise mehr Telefonanschlüsse als in ganz Afrika. Auf die zehn reichsten Länder mit 20 Prozent der Weltbevölkerung kommen drei Viertel aller Telefonanschlüsse. Telefonanschlüsse bilden aber (noch) die Zugangsvoraussetzung, um an den neuen Kommunikationsmedien teilhaben zu können. Zwar sind inzwischen alle 54 Länder Afrikas an das Internet angeschlossen, aber von den 800 Millionen Bewohner dieses Kontinents können lediglich 2,5 Millionen das Netz nutzen, davon leben 80 Prozent in Südafrika. Nach einer *OECD*-Analyse entfielen 1999 65 Prozent der Internetzugänge auf die USA und Kanada, gefolgt von Europa mit 22 Prozent und Australien, Neuseeland und Japan mit sechs Prozent sowie dem sonstigen asiatisch-pazifischen Raum mit knapp vier Prozent und Lateinamerika mit zwei Prozent. Das Schlusslicht bildet Afrika mit 0,3 Prozent. (*Frankfurter Rundschau*, 22.12.2000; Betz/Brüne 2000)

Trotz dieser schroffen Ungleichheit haben sich die Chancen für eine Partizipation gerade wegen der anderen technologischen Basis der neuen Medien für die Bewohner in den Ländern des Südens verbessert. Da der Welttelekommunikationsmarkt heute schon zu 80 Prozent aus Kommunikationsdienstleistungen und Software und nur noch zu 20 Prozent aus Ausrüstung/Hardware besteht, sind diese Hoffnungen auch berechtigt, wie das Beispiel Indien zeigt. Heute exportiert Indien bereits mehr Software als alle EU-Staaten zusammen.

Zeitalter der Migration

Die dritte Ursache für die gegenwärtig verstärkte kulturelle Durchmischung bilden die weltweiten Migrationsprozesse. (Vgl. hierzu auch die Beiträge von Bade und Nuscheler in diesem Band.)

Die aus sozialen, ökonomischen und politischen Gründen erzwungene Mobilität hat in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts ein Ausmaß erreicht, das – trotz Völkerwanderung und Siedlungskolonialismus in früheren Jahrhunderten – bislang unbekannt war. Als »Zeitalter der Migration« (Stephen Castles) wird inzwischen das letzte Jahrzehnt des 20. und das erste des 21. Jahrhunderts bezeichnet. Nach dem Migrationsbericht der *Internationalen Organisation für Migration* (*IOM*) gab es 1975 75 Millionen Migranten, 20 Jahre später war die Zahl auf 105 Millionen gestiegen und beträgt nach UN-Schätzung heute 150 Millionen. Dabei finden diese Wanderungsbewegungen vor allem zwischen den Ländern des Südens, innerhalb der so genannten »Dritten Welt«, statt, davon ein Drittel in Afrika. Nur fünf Prozent betreffen Europa. Als Folgen des disproportionalen Wachstums – nach dem »Human Development Report« der *UN-Entwicklungsorganisation* lebten 1996 1,6 Mrd. Menschen schlechter als 15 Jahre zuvor –, der weiter steigenden Weltbevölkerung, der zunehmenden Umweltzerstörung und der kriegerischen Auseinandersetzungen ist eine Steigerung der internationalen und interkontinentalen Wanderungsbewegungen absehbar. (Angaben nach: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.11.2000 und Bade 2000) So ist »trotz der hohen Unsicherheit

über das globale Ausmaß der internationalen und Binnenwanderungen unbestritten, dass viele hunderte Millionen Menschen sich in der Situation freiwilliger oder erzwungener Migration befinden, dass ihre Zahl und der Anteil weiblicher Migranten steigt und dass sich diese Bevölkerungsbewegungen auf jene Regionen konzentrieren, die mit dem diffusen Begriff des ›Südens‹ bezeichnet werden«. (Fleisch 2001: 101)

Diese, in der Regel erzwungenen Migrationsbewegungen gehören zu den Schattenseiten der Globalisierung, da die viele Migranten unfreiwillig für längere Zeit oder endgültig ihren Heimatort wechseln müssen. Sie tragen erheblich zur kulturellen Globalisierung und der Vermischung der Kulturen bei.

Die ökonomischen, medientechnischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der vergangenen drei Jahrzehnte haben die heutigen Formen kultureller Globalisierung hervorgebracht beziehungsweise ermöglicht. Dabei umfassen sie im Unterschied zu früheren kulturellen Austauschprozessen heute vor allem mit den Konsumgütern große Bereiche der Alltagskulturen und die verschiedenen Popularkulturen. Für die Menschen in den entwickelten und in den ökonomisch weniger entwickelten Ländern ist dadurch der Umfang kultureller und allgemeiner Konsumangebote, über die sie verfügen können beziehungsweise die ihnen angepriesen werden, enorm gewachsen, auch wenn einige einheimische Produkte unter dem Druck der globalen Konkurrenz verschwunden sind.

Merkmale kultureller Globalisierung

Allgemeines Charakteristikum gegenwärtiger kultureller Globalisierungsprozesse – im Unterschied zu früheren Formen kulturellen Austausches und kultureller Ausbeutung – ist ihre stärkere Ausdehnung über die Künste hinaus auf die Alltagskultur und die damit verbundenen Werthaltungen. Das hängt vor allem auch damit zusammen, dass die ökonomisch weiter entwickelten Länder des Nordens die des »Südens« nicht nur als Ressourcenpool, sondern zunehmend als Absatzmärkte, unter anderem für ihre Konsum- und Kulturprodukte, begreifen. Dabei bleibt ein asymmetrischer Austausch weiterhin bestehen, auch wenn diese Asymmetrie gerade im Kulturbereich geringer wird.

Über diese allgemeinen Kennzeichen hinaus, die kulturelle Globalisierungsprozesse mit der ökonomisch-finanziellen Globalisierung teilen, sind es drei besondere Merkmale, die heutige Kultur in Zeiten der Globalisierung charakterisieren: *Erstens* ein neues Verhältnis von Lokalem und Globalem, *zweitens* eine rapide Steigerung der kulturellen Hybridisierung und *drittens* die breite Herausbildung multikultureller Identitäten.

Das neue Verhältnis von Lokalem und Globalem: Die Ausbreitung westlicher Konsumgüter und Kulturmuster über den Globus geht oft mit einer Rückbesinnung auf lokale Traditionen und ihre Wiederentdeckung einher. In Anbetracht der Dominanz weltweit gleicher Kulturangebote werden die Besonderheiten der eigenen Kultur hervorgehoben. Kulturelle Identitätssuche bildet nicht nur bei Migranten,

nationalen Minderheiten und in Ländern des Südens die andere Seite der Globalisierung. Lokal-, Regional- und Nationalkulturen sollen ein Zusammengehörigkeitsgefühl vermitteln und den Menschen Orientierungspunkte bieten.

Die Kehrseite dieser Rückbesinnung kann, wie gewaltsame Konflikte in vielen Teilen der Welt zeigen, zur ideologischen Begleitung und Legitimation von Unterdrückung, Unterwerfung und Kriegen dienen. »Stolz und Hass, Kulturfestivals und ethnische Säuberungen, Befreiungskampf und *killing fields* hier nicht nur unmittelbar neben einander liegen, sondern auch mit bestürzender Leichtigkeit ineinander übergehen«. (Geertz 1996: 75)

Für die enge Verknüpfung von Globalisierung mit einer neuen Betonung des Lokalen hat der englische Soziologe Roland Robertson die Bezeichnung »Glokalisierung« (1998) geprägt. Glokalisierung meint nicht mehr den »alten« Frontverlauf zwischen Einheimischem und Fremdem, sondern zielt auf die Verankerung des Globalen im Lokalen wie umgekehrt: des Lokalen im Globalen.

Wie notwendig diese Sichtweise geworden ist, erfahren zum Beispiel viele multinationale Konzerne, wenn sie die kulturellen Kontexte eines neuen Absatzmarktes ignorieren. Das reicht von Produktnamen über die Werbestrategien bis zum Design und den Verkaufsformen. Nahezu alle weltweit agierenden Konzerne umschreiben inzwischen ihre Werbe- und Absatzstrategien mit »globale Lokalisierung«, »lokale Globalisierung« oder ähnlichen Begriffen.

Dieses Wechselspiel trifft auch auf den engeren Bereich der Kultur zu. Die Entwicklung der Popmusik in den neunziger Jahren macht dies besonders deutlich. Gerade im Zuge ihrer globalen Ausbreitung setzte sie auf »örtliche Färbung«, »ethnische Hervorhebung« und die »Poesie des Lokalen« (George Lipsitz) und erzeugt dadurch ein eigenartiges »Globalkolorit« (Ruth Mayer/Mark Terkessidis). Der Musiksender *MTV* als weltweit größter Anbieter musikalischer Popularkultur hat aus diesem Grund auch recht bald von seinem einheitlichen Sendekonzept und für alle gleichen Videoclips Abstand nehmen müssen und erreicht seine Zuschauer von Brasilien bis Japan, Großbritannien bis Indien inzwischen mit 28 regionalspezifischen *MTV*-Sendern, die lokale Besonderheiten und einheimische Stars und Hits in das Programm einbauen.

Durch die veränderte Verbindung von Lokalem und Globalem wandeln sich sowohl die globalen Produkte als auch das Verständnis von Örtlichkeit und Tradition. Im Prozess von »De-Lokalisierung« durch globale Kultur und »Re-Lokalisierung« als erneute Rückbindung lösen die lokalen Kulturen ihre Fixierung an den konkreten Ort und werden zu weltweit abrufbaren Kulturangeboten.

In diesem dialektischen Prozess zeigt sich aber auch, dass ohne das globale Bezugssystem eine Anzahl von lokalen Kulturen überhaupt nicht überleben würden. Sie sind erst bei der Suche nach den eigenen kulturellen Wurzeln angesichts der vielen attraktiven Möglichkeiten der globalen Kulturindustrie oder als Attraktionen für den globalen Kulturmarkt, zum Beispiel für den Tourismus, wiederentdeckt oder gar neu erfunden wurden. Das Lokale ist so nicht nur ein konstitutiver Bestandteil des Globalen, sondern entsteht teilweise erst mit ihm. Auf diesem Hin-

tergrund der neuen Beziehung von Lokalem und Globalem bildet sich eine »Struktur gemeinsamer Unterschiede« heraus (Breidenbach/Zukrigl), auf der sich die kulturellen Besonderheiten abbilden lassen und die Opposition von »lokal – global«, »authentisch – oberflächlich«, »indigen – importiert« an Bedeutung einbüßt.

Hybridisierung: Von aufgeschlossenen Menschen wird für die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft gern das Bild vom »Mosaik« der Kulturen benutzt, in dem jedes Steinchen seine eigene Farbe und seinen eigenen Charakter hat. Es basiert – auch wenn es den Protagonisten nicht behaglich ist – auf den gleichen Prämissen wie die Vorstellung von der Nationalkultur, gegen die sie sich wendet. Beide gehen davon aus, dass Kulturen etwas weitgehend Festes, in sich geschlossenes sind, eng verknüpft mit einer Gegend und den dort lebenden Menschen. Sie definieren sich durch ihre Differenz gegenüber anderen Kulturen.

Diese Vorstellung stammt aus dem späten 18. beziehungsweise dem 19. Jahrhundert und ist eng verknüpft mit der kulturellen Herausbildung des Nationalstaates. Johann Gottfried Herder hat in seinem Hauptwerk »Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit« (1784-91) dafür das Bild von der »Kugelgestalt« der Nationalkulturen geprägt.[4]

Bei der »Erfindung der Nation« im 19. Jahrhundert spielten Kunst und Kultur eine zentrale Rolle als Bezugspunkte, mit denen eine eigene kulturelle Tradition geschaffen wurde. Hier verbanden sich Volk und Heimat, Mensch und Landschaft, Kultur und Identität zu einem einheitlichen, unauflöslichen Motiv. Die Pluralität bäuerlicher Regionalkulturen und der Universalismus der Elitenkultur der vorindustriellen Welt wurden in den jeweiligen Nationalkulturen eingeebnet. Die Erfindung der Nation ging so einher mit der Erfindung einer Nationalkultur, mit der sich von anderen entstehenden Nationalstaaten abgegrenzt wurde.

Ein solches Verständnis weitgehend eigenständiger, »reiner« Kulturen steht im Widerspruch zur realen Entwicklung, nach der alle Kulturen ein Produkt des Austausches von Ideen, Dingen und Menschen, Ergebnisse von Wanderungs- und Migrationsprozessen sind. Alle Kulturen sind in ihrem Ursprung multikulturell, weil sie aus dem Zusammenfließen verschiedener Kulturen entstanden sind, auch wenn eine nationalstaatliche Homogenität behauptet wird. Kultur bedeutet immer schon »zwischen den Kulturen« (Garcia Düttmann), ist nie rein und homogen, sondern hybrid und »ein Bastard«. Ihr Wesensmerkmal ist das Kombinieren und Neuzusammensetzen. »Die Welt besteht nicht aus einem Mosaik der Kultu-

4 Wolfgang Welsch hat die Kritik an der Herderschen Kulturvorstellung treffend zusammengefasst: »Der Herdersche Kulturbegriff ist durch drei Punkte charakterisiert: durch die ethnische Fundierung, die soziale Homogenisierung und durch die Abgrenzung nach außen. ... Herder beschreibt Kulturen als Kugeln oder autonome Inseln, die jeweils dem territorialen Bereich und der sprachlichen Extension eines Volkes entsprechen sollten. Wie wir aber nicht nur aus der deutschen Geschichte des vergangenen Jahrhunderts wissen, sind solche völkischen Definitionen hochgradig imaginär und fiktiv. Die Kugelvorstellung und das Reinheitsgebot bereiten politischen Konflikten und Kriegen einen Nährboden – wie wir gerade heute zu erkennen Anlass haben, wo die Berufung auf ethnische und kulturelle Identität weltweite Separatismen und Kriege produziert. Heute kommt es darauf an, die Kulturen jenseits des Gegensatzes von Eigenkultur und Fremdkultur zu denken.« (Welsch 2002)

ren, sondern ist ein sich ständig wandelnder Fluss der Kulturen, dessen verschiedene Strömungen sich dauerhaft mischen.« (UNESCO 2000)

Dieser Prozess des bislang eher allmählichen Vermischens hat im Zuge der Globalisierung, der gestiegenen Mobilität und der informationstechnologischen Revolution eine neue Dynamik bekommen. In immer kürzeren Abständen entstehen aus der Vermischung unterschiedlicher kultureller Stile und Traditionen neue Kulturformen, eine »globale Melange«, für die der Begriff »Hybridisierung« steht.

Heute gibt es viele Beispiele solcher neuentstandenen hybriden Kulturen, und die Entgrenzung bisher voneinander getrennter Sparten, Stile und Traditionen, ist ein Kennzeichen unserer Zeit. Zentren der kulturellen Hybridisierung bilden gegenwärtig die multikulturellen Gesellschaften in den Einwanderungsländern, die Kulturen in den Ländern des Südens und diejenigen populären Kulturformen, die weltweit Anklang und Absatz finden wollen.

In den *neuen »Migrantenkulturen«* in den Einwanderungsländern greifen besonders Jugendliche der zweiten und dritten Migrantengeneration – teilweise auch als Reaktion auf fortgesetzte Diskriminierung und Ausgrenzung – auf kulturelle Traditionen aus den Herkunftsländern ihrer Eltern zurück und verbinden sie mit Kulturformen des Einwanderungslandes und vor allem mit solchen der internationalen Popkultur. Literatur, Film, Musik, Malerei, Theater, Kabarett – in nahezu allen Kunstsparten und Kulturformen haben sich durch die Aktivitäten von Migranten auch in der Bundesrepublik neue Stile, Richtungen und Kulturen herausgebildet, die nichts mehr mit den geduldeten und sozialfürsorglich behandelten Nischen der »Gastarbeiterkultur« der sechziger und siebziger Jahre zu tun haben.

Auch viele *Kulturen in den Ländern des Südens*, in denen die ökonomische Potenz und die attraktive Vielfalt der globalen Kulturindustrie auf eine weniger »bunte« und ökonomisch nicht konkurrenzfähige Kultur trifft, zeichnen sich durch die Aufnahme vielfältiger kultureller Impulse von außen aus. Dabei kommen die wichtigsten Einflüsse, die aufgenommen, verarbeitet und integriert werden, über Film, Radio, Fernsehen und zunehmend auch über Internet. Es entstehen neue Kulturen, in die eigene Traditionen ebenso einfließen wie die Produkte, Stile und Bilder der globalen Kultur euro-amerikanischer Provenienz.

Einen dritten Schwerpunkt der Hybridisierung bildet die *internationale Popmusik*. Seit über 40 Jahren touren Popstars und Rockbands durch die Welt, füllen auf allen Kontinenten Fußballstadien, Arenen und Festhallen und bringen die Fans zum Mitrocken und Mitsingen – unabhängig von Sprachschranken und kulturellen Traditionen. Denn mit der Pop-Rockmusik hat sich seit den sechziger Jahren eine Kulturform herausgebildet, die länder- und kulturübergreifend nicht mehr an enge traditionelle Bezugsfelder gebunden ist und Impulse aus allen Kontinenten aufnimmt. Dadurch verliert sie schrittweise ihre westeuropäisch-nordamerikanische Prägung und nimmt immer internationaleren Charakter an.

Multikulturelle Identitäten: Hybridisierung als Signatur unserer Zeit ist nicht nur ein Wesensmerkmal der Kulturen der Gegenwart, sondern – damit zusammen-

hängend – auch der individuellen Identitäten. Nicht nur »Kultur« heißt immer schon »zwischen den Kulturen«, sondern auch »Identität«.

Identitäten sind in Kulturen verankert. Sie sind geprägt vom Ort, der Herkunft, der sozialen Lage, den Alltagserfahrungen, den kulturellen Zusammenhängen und helfen der Verortung der eigenen Person in den gesellschaftlichen Kontexten. Sie sind aber nichts Wesenseigenes, sondern entwickeln sich in Auseinandersetzung mit der sozialen, kulturellen und politischen Umwelt immer weiter, nicht linear und eindimensional. »Der Mensch, sagt Kant, ist aus krummem Holz geschnitzt; so auch die Kultur, so auch die ›authentische‹ Identität.« (Glaser 2001: 5)

In der heutigen Zeit der Mobilität, Enttraditionalisierung und Pluralisierung werden Identitäten zunehmend widersprüchlicher und bekommen als Selbstpositionierung in einem immer komplexeren Beziehungsgeflecht selbst einen »Patchwork«-Charakter. Diese neuartige »plurale Identität« ist in der Selbstdarstellung und im sozialen Handeln eine Quelle von Spannung, da Identität – stärker als Rollen, die Menschen immer schon wahrnehmen (Hausfrau, Mutter, Angestellte, Nachbarin etc.) – ein Element von »Sinnproduktion« ist. »Identitäten sind aufgrund des mit ihnen verbundenen Sinns der Selbst-Konstruktion und Individuation stärkere Quellen von Sinn, als es Rollen sind. Einfach gesagt organisieren Identitäten Sinn, während Rollen Funktionen organisieren.« (Castells 2002: 9)

Kulturelle Globalisierungsprozesse und kulturelle Hybridbildungen haben diese Entwicklungen zu weniger festen Identitäten wesentlich beeinflusst, da diese Vermischungen ihre Bindung an feste kulturelle Bezugspunkte relativiert und teilweise löst. Zudem ist in der heutigen Zeit der gesellschaftliche Zwang, sich für die eine oder andere Kultur entscheiden zu müssen, durch die veränderten »sozialen Mischungen« geringer geworden. So ist heute bei jeder sechsten Eheschließung in der Bundesrepublik einer der Partner ausländischer Herkunft gegenüber jeder 25. Ehe vor vierzig Jahren. Mehr als ein Viertel aller heute in Deutschland geborenen Kinder hat einen ausländischen Elternteil. (Leggewie 2000: 888) Eine solche Situation befördert die Herausbildung eines trans- oder bikulturellen Bewusstseins, das sich der ethnischen Identitätszuschreibung entzieht etwa wenn heute Kinder aus Migrantenfamilien sich selbstbewusst als »Deutschtürken« und »anatolische Schwaben« bezeichnen. Damit stellen sie sich sowohl gegen gesellschaftliche Diskriminierungen in ihrer neuen Heimat als auch gegen Tendenzen der Selbstethnisierung von Migrantengruppen.

II. Multikulturalität als Alltag und Aufgabe

Die oben erwähnte selbstverständliche Alltagsnormalität des multikulturellen Zusammenlebens in einer auch kulturell globalisierten Bundesrepublik ist die eine Seite unserer Wirklichkeit. Gleichzeitig bestehen aber im Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zum Teil auch massive Vorbehalte, Ängste und Abwehrhaltungen von Seiten der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Menschen anderen Aussehens, anderer Kulturen und anderen Glaubens. Die da-

raus folgenden Auseinandersetzungen gehen über die üblichen Probleme des Zusammenlebens von Menschen mit unterschiedlichen Lebensvorstellungen hinaus und entzünden sich beispielsweise am Kopftuch einer Lehrerin, dem Bau eines islamischen Bethauses, am Schächten – dem unbetäubten Schlachten von Tieren. Gerade die geringe Akzeptanz dieser drei Ausdrucksformen islamischen Glaubens, zu dem sich in der Bundesrepublik etwa drei Millionen Menschen bekennen (Unabhängige Kommission »Zuwanderung« 2001: 235), zeigt, wie dünn der Firnis alltäglich gelebter Multikulturalität in der Bundesrepublik noch ist. Dabei äußern sich diese Ängste in einer Vielzahl unterschiedlichen Formen, von der alltäglichen, oft auch unbewussten Aus- und Abgrenzung als »Fremde« über bewusste Diskriminierungen in Schule, Beruf und Alltagsleben und rechtlicher Ungleichbehandlung bis zu Rassismus und Fremdenhass mit gewalttätigen Übergriffen.

In der Bundesrepublik lebten Ende 2001 7,3 Millionen Menschen nichtdeutscher Herkunft, das sind knapp neun Prozent der bundesrepublikanischen Bevölkerung. Über die Hälfte wohnen mindestens acht Jahre, darunter ein Drittel schon seit 20 Jahren und länger in der Bundesrepublik. Die zwei Millionen Menschen türkischer Herkunft machen davon mehr als ein Viertel aus, gefolgt von neun Prozent aus Serbien und Montenegro, 8,5 Prozent aus Italien, fünf Prozent aus Griechenland und vier Prozent aus Polen.

Seit Mitte der neunziger Jahre ist der prozentuale Anteil der »ausländischen Bevölkerung« an der Gesamtbevölkerung nahezu gleich geblieben, in den achtziger Jahren lag er um die sieben Prozent, in den Siebzigern zwischen fünf und 6,5 Prozent. Hinzu kommen noch (Anfang 2000) 3,2 Millionen in Deutschland lebende Aussiedler und Spätaussiedler und ca. 1 Million eingebürgerte Deutsche mit ausländischen Eltern. (Angaben nach: Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2002: 389, sowie Unabhängige Kommission »Zuwanderung« 2001: 31)

In den siebziger und achtziger Jahren gab es zwar auch immer wieder Diskussionen über das »Gastarbeiterproblem«, die »zu vielen Ausländer« und »Fremdenfeindlichkeit«, aber sie wurden doch eher als gesellschaftliche Randprobleme begriffen, mit denen sich kirchliche Kreise, Sozialarbeiter und Sozialwissenschaftler beschäftigten. Das änderte sich Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre, wobei die Deutsche Einigung dieses Thema erst einmal wieder auf der Agenda nach hinten schob, bis es durch die fremdenfeindlichen Überfälle und Gewalttaten in den neuen Bundesländern eine drängende und traurige Aktualität bekam.

In den vergangenen zehn Jahren haben wir inzwischen fünf große gesellschaftliche Debatten über die veränderte multikulturelle Wirklichkeit der Bundesrepublik gehabt, die den Kern des bisherigen Selbstverständnisses der bundesrepublikanischen Gesellschaft berührten. Auf die Debatten über Fremdenfeindlichkeit und Rassismus infolge der Brandanschläge, Morde und Überfälle in Solingen, Mölln, Hoyerswerda, Rostock und anderswo Anfang/Mitte der neunziger Jahre sowie die Auseinandersetzungen um die Grundgesetzänderungen zur Einschränkung des Asylrechts 1992/93 folgte der Streit um die Veränderung des Staatsbürgerschaftsrechts und die »Doppelpass«-Kampagnen der *CDU/CSU*

1997/99. Im Herbst 2000 entzündete sich anlässlich einer Äußerung des damaligen *CDU*-Fraktionsführers Friedrich Merz eine intensive politische Kontroverse über den Sinn oder Unsinn einer deutschen beziehungsweise europäischen »Leitkultur« als Grundlage gelingender Integration. Im Jahr 2002 folgte als vorläufig letzter Akt die heftige politische Debatte um das Zuwanderungsregelungsgesetz mit dem entwürdigenden Bundesrat-»Theater« und der Nichtanerkennung des Gesetzes durch das *Bundesverfassungsgericht*.

Die Auseinandersetzungen über Zuwanderung und die multikulturelle Gesellschaft nehmen inzwischen einen zentralen Platz in der öffentlichen Diskussion ein. Das ist aber in erster Linie nicht Ausdruck einer veränderten Wirklichkeit, sondern eines überfälligen Wahrnehmungswechsels. Man kann nicht mehr leugnen, dass Deutschland eine – wenn auch nicht klassische – Zuwanderungsgesellschaft ist, für die eine entsprechende Politik des Zusammenlebens entwickelt werden muss. Die »Politik der *doppelten Negation*« (Birgit Rommelspacher) wurde unhaltbar: Die einen waren keine richtigen EinwandererInnen, weil sie ja Deutsche waren, und die anderen waren keine, weil sie ja nur Gäste waren und wieder gehen würden. Deutschland konnte so von sich das Bild eines ethnisch homogenen Staates weiter pflegen und aus dieser Logik heraus über Jahrzehnte kontrafaktisch behaupten, Deutschland sei kein Einwanderungsland.« (Rommelspacher 2002: 152 f.)

Die Kontroversen um die Anerkennung der Bundesrepublik als einer Einwanderungsgesellschaft waren von Beginn an eng verknüpft mit dem Streit um die Bezeichnung »Multikultur«, sei es als Zustandsbeschreibung einer »multikulturell gewordenen Gesellschaft« oder als politische Strategie der »Multikulturalität«.

Multikulturelle Gesellschaften

Eine multikulturelle Gesellschaft ist vom reinen Wortsinn her zunächst nichts anderes als eine Gesellschaft, in der eine Vielzahl von Kulturen nebeneinander existiert. In diesem Verständnis sind auch alle ethnisch homogenen Gesellschaften multikulturell, denn ab einer bestimmten Stufe der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bestehen dort immer mehrere Kulturen nebeneinander. Das reicht von der Antike bis in die Gegenwart, wo allein schon bei einem engen Kulturbegriff neben der Hochkultur verschiedene Formen von Breiten-, Sub- und Alternativkulturen, vielfältige Jugend-, Frauen-, Senioren- und sonstige Kulturen, die Kulturen der jeweiligen Lebensstilgruppen und Milieus u. a. nebeneinander existieren und sich oft je eigene »Parallelgesellschaften« herausgebildet haben.

Diese innere »multikulturelle« Situation betrifft heute alle nationalen Kulturen und Kulturkreise. Die vielen Unterschiede und die geringe Homogenität im Inneren der Kulturen haben ihre Entsprechung in großen übergreifenden Gemeinsamkeiten zwischen Kulturen, die in keinem scharfen Kontrast zueinander stehen, wie die Rede vom »Kampf der Kulturen« glauben machen will. Darauf hat Thomas Meyer in seiner neuen Studie zur Identitätspolitik auch anhand empirischer Daten aufmerksam gemacht. In allen großen Weltkulturen und -religionen

sieht er mit »Traditionalismus«, »Modernismus« und »Fundamentalismus« drei grundlegende Zivilisationsstile, die jeweils miteinander mehr Gemeinsamkeiten haben als mit den entsprechenden Kulturen, auf die sie sich beziehen. (Meyer 2003: 115 ff.)

Eine multikulturelle Gesellschaft im engeren, heute gebräuchlichen Sinn meint eine multiethnische Gesellschaft. Da sich die meisten Ethnien in Mehrheitsgesellschaften nicht vollständig assimilieren und zumindest teilweise ihre eigenen Traditionen, Gewohnheiten, Werte und kulturellen Praxen beibehalten, ist jede multiethnische Gesellschaft auch eine multikulturelle Gesellschaft.

Als solche gibt es multikulturelle Gesellschaften schon lange. Die großen Reiche wie das römische, das osmanische oder das Habsburger waren bis zu ihrer Auflösung Anfang des 19. beziehungsweise des 20. Jahrhunderts davon ebenso geprägt wie viele kleinere Territorialherrschaften. So gab es zum Beispiel im Königreich Polen im 17. Jahrhundert sechs offizielle Staatssprachen, und das Zusammenleben der zahlreichen Völker, Kulturen und Religionen im Römischen Reich nahm erst von dem Zeitpunkt den Charakter kriegerischer Kulturkonflikte an, als mit dem Christentum eine »Leitkultur« offiziell etabliert wurde. (Vgl. hierzu Ackermann/Müller 2002; Hartmann 2001)[5]

Auch die Zerschlagung der großen Reiche in der nationalstaatlichen Formierung im 19. und 20. Jahrhundert änderte nur wenig an der multikulturellen Zusammensetzung der neuen Staatsgebilde. Trotz aller ideologisch-kultureller Bemühungen zur »Erfindung der Nation« war es schwer möglich, das Territorialprinzip mit der Vorstellung eines politischen Gemeinwesens und einer gemeinsamen kulturellen Tradition zur Deckung zu bringen.

Was im 19. Jahrhundert nicht, beziehungsweise nur in Ausnahmefällen gelang, nämlich dass ein Staat eine einzige »Nation« und nur eine Ethnie umfasste, hatte erst recht im 20. Jahrhundert mit den grundlegenden politischen Neuordnungen nach den beiden Weltkriegen keine Basis mehr. Zudem verliert in der Globalisierung die nationalstaatliche Organisationsform zunehmend an Bedeutung. Nach Schätzung der *UNO* gab es Anfang der neunziger Jahre 640 verschiedene Ethnien, 8 000 unterschiedliche Sprachen und rund 200 Staaten. (Gellner, zit. n. Rommelspacher 2002: 42) Auch wenn sich die Zahl der Staaten seit 1945 inzwischen etwa vervierfacht hat und mit dem Zerfall des sowjetischen Herrschaftsbereiches noch einmal mehrere Staaten hinzugekommen sind, ist der Staat, der mehrere Ethnien umfasst, auch gegenwärtig die Normalität. Benjamin Barber weist darauf hin, dass heute weniger als zehn Prozent der Staaten durch und durch homogen sind und sich wie Dänemark und Holland nicht weiter ethnisch

5 Dem multikulturellen Zusammenleben im Inneren entsprach der staatenübergreifende Charakter der Herrscherdynastien. So lautete beispielsweise der Titel des letzten Habsburger Herrschers »Kaiser von Österreich, apostolischer König von Ungarn, König von Böhmen, von Dalmatien, Kroatien, Slawonien, Galizien, Lodomereien und Illyrien; König von Jerusalem; Erzherzog von Toskana und Krakau; Herzog von Lothringen, von Salzburg, Steyer, Kärnten, Krain und der Bukowina; Großfürst von Siebenbürgen, Markgraf von Mähren; Herzog von Ober- und Niederschlesien, von Modena, Parma, Piacenza und Guastalla ... etc. « Zu den 2047 Vorfahren des Erzherzogs Franz Ferdinand gehörten 1486 Deutsche, 124 Franzosen, 196 Italiener, 89 Spanier, 52 Polen, 47 Dänen, 20 Engländer sowie vier andere Nationalitäten. (Anderson 1996: 28, 220)

untergliedern lassen. In nur der Hälfte aller Staaten umfasst die größte ethnische Gruppe 75 Prozent der Bevölkerung oder mehr. Multikulturalität ist, so folgert er, die Regel, Homogenität die Ausnahme. (Barber 1999: 18)

Diese ethnische Vielfalt der allermeisten Staaten wurde in der Vergangenheit durch große Auswanderungsbewegungen, die nicht nur die reinen Einwanderungsgesellschaften wie USA, Kanada und Australien sondern viele Nationalstaaten betrafen, gewaltig erhöht. Mit dem »Zeitalter der Migration« (Stephen Castles), auf das schon hingewiesen wurde, hat die multiethnische und multikulturelle Durchmischung der allermeisten Staaten eine neue Stufe erreicht.

Auch Deutschland ist mit zahlreichen Aus- und Einwanderungsströmen im 19. und 20. Jahrhundert davon geprägt. (Vgl. Bade 1992) Seine heutige multikulturelle Zusammensetzung ist wie die der meisten modernen Gesellschaften eine Folge von Migrationsbewegungen und Globalisierungsprozessen, demographischen Verschiebungen und wirtschaftlicher Entwicklung, von politischer Verfolgung, kriegerischen Auseinandersetzungen, sozialer Not und ökologischem Raubbau.

Dabei ist »Multikultur« zunächst einmal weder eine Norm noch ein Wert an sich, sondern die Bezeichnung der Tatsache, dass verschiedene Kulturen in einem Gemeinwesen zusammenleben. Darüber hinaus bezeichnet sie eine eher vage politische Konzeption, die diese Wirklichkeit zur Grundlage des politischen Handelns macht. Dem entsprechend zielt eine »Politik der Multikulturalität« auf den Zusammenhalt pluraler, ethnisch gemischter und kulturell vielfältiger Gesellschaften und auf Verfahrensregelungen für ein friedliches Zusammenleben mit möglichst großen Freiheitsrechten in einer derart veränderten Gesellschaft.

»Multikulturalität« als politisches Konzept

»Multikulturalität« ist kein einheitlicher politischer Begriff, sondern steht für eine Reihe von nicht widerspruchsfreien Überlegungen und Ideen. Deshalb gibt es nahezu so viele Konzepte und Bewertungen der Multikulturalität wie es politische Strömungen gibt. (Vgl. hierzu beispielsweise als neuere Beiträge: Marko/Burkert-Dottolo 2000, Neubert/Roth/Yildiz 2002)

Der Begriff tauchte Anfang der siebziger Jahre in den klassischen Einwanderungsländern USA, Kanada und Australien als Sammelbezeichnung für verschiedene Projekte ethnischer Gleichstellung auf. Zuvor hatte in den USA in den sechziger Jahren, hervorgerufen durch die Studie zweier Havard Professoren »Beyond the meltingpot« eine Debatte um die »Identität« der USA begonnen. Nachdem Präsident Lyndon B. Johnson bereits in den sechziger Jahren die USA als »a nation of nations« bezeichnet hatte, sprach mit Jimmy Carter auf dem Parteitag der Demokraten 1976 erstmals ein ranghoher Politiker von der »multikulturellen Gesellschaft« Amerikas. Damit war vom quasi offiziellen Staatsmythos des »Schmelztiegels« Abschied genommen, dessen Name aus einem sentimentalen Theaterstück Anfang des Jahrhunderts entliehen wurde. Mitte der siebziger Jahre erstellten Wissenschaftler die »Harvard-Enzyklopädie der ethnischen Gruppen«, nach der die Vereinigten Staaten aus mehr als 100 Gemeinschaften besteht (wobei allein die

indianische Urbevölkerung sich noch einmal in 170 Stämme und Sprachen untergliedert) und die Bürger englischer Herkunft nur mehr eine Minderheit von 15 Prozent darstellen.

Die Kenntnisnahme der ethnischen Vielfalt der Einwanderungsländer und die darauf aufbauende »Politik der Differenz« war in den USA eine Reaktion auf die amerikanische Geschichte mit den »Sünden des Rassismus und Kolonialismus« (Berndt Ostendorf) vor allem gegen die drei großen marginalisierten Gruppen Schwarze, Indianer und Chicanos, die sich in den sechziger und siebziger Jahren gegen das an ihnen begangene Unrecht verstärkt und zunehmend militant wehrten. Gegen rassistische Diskriminierung setzten sie nicht mehr nur auf den integrationistischen Weg, sondern auf die Aufwertung der eigenen Kultur als gleichwertig und den Aufbau eigener politischer und wirtschaftlicher Institutionen. »I'm black and I'm proud«, sang James Brown damals, als die Black-Panther-Bewegung starken Zulauf hatte, die Sioux-Indianer »Wounded Knee« besetzten und die Chicanos sich zu einer machtvollen Landarbeitergewerkschaft zusammenschlossen.

In den achtziger Jahren wurde die staatliche Politik gegen ethnische Diskriminierung unter dem Stichwort »Multikultur« erweitert durch »affirmativ actions« – ein Begriff, den Harry Truman bereits 1953 als Ausdruck einer Politik der Nichtdiskriminierung gebraucht hatte. Darunter wird die besondere Förderung bisher unzureichend berücksichtigter ethnischer Bevölkerungsgruppen, und die Einbeziehung ihrer Traditionen und Kulturen in die Curricula von Schulen und Hochschulen sowie die Medien verstanden. (Zu den Erfahrungen dieser Art Gleichstellungspolitik in den USA vgl. Rommelspacher 2002: 193-204 sowie zur Politik der Multikultur in den USA insgesamt Ostendorf 1996, Harpprecht 2000)

Gemeinsam mit den USA und Australien hat Kanada die meisten Erfahrungen mit einer expliziten Politik der Multikulturalität. 1988 wurde hier erstmals ein Gesetz verabschiedet, in dem der Multikulturalismus als grundlegendes Charakteristikum der kanadischen Gesellschaft anerkannt wird. (Siehe hierzu ausführlich Teil III)

Die in den siebziger und achtziger Jahren in den klassischen Einwanderungsländern entwickelten multikulturellen Gleichstellungsprojekte basierten auf einer »Politik der Identität« auf der Grundlage ethnischer Herkunft. Dadurch kam eine neue Dynamik innergesellschaftlicher Entwicklung in Gang, die nicht nur zu besseren Integrationschancen führte, sondern auch mit einer »Ethnisierung« beziehungsweise »Selbstethnisierung« einherging. Deshalb bewerten viele politische Akteure diese ersten Konzepte eher ambivalent.

In der Bundesrepublik tauchte der Begriff Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre zuerst in kirchlichen Diskussionen über eine integrative Ausländerpolitik auf. Bezugspunkt war hier die Kulturethnologie, in die Levi-Strauss Multikulturalität einführte, um die Gleichwertigkeit der verschiedenen Weltkulturen gegenüber der bis dahin traditionellen eurozentrischen Sichtweise hervorzuheben. Seit dieser Zeit wird über das richtige Verständnis gestritten. Die Debatte wurde mit der weiter steigenden Zahl von Migranten zunehmend intensiver, vor allem

aber mit der langsam in der Gesellschaft wachsenden Einsicht, dass die in den sechziger und siebziger Jahren ins Land geholten Arbeitskräfte auch Menschen waren, die hier lebten und sich nach getaner Arbeit nicht einfach wieder abschieben lassen wollten. Der Abschied vom »Gastarbeiter-Modell« (»Wir haben Arbeitskräfte gerufen und es kamen Menschen« – Max Frisch) markiert hierzulande den Beginn der Diskussion über die »multikulturelle Gesellschaft« wie in den USA der Abschied vom »Schmelztiegelmythos«.

Grundlegend ist allen Vorstellungen von Multikultur, dass sie auch für die Bundesrepublik von der Realität einer Einwanderungsgesellschaft ausgehen und den verschiedengestaltigen Vorstellungen einer Homogenität der bundesrepublikanischen Nation eine Absage erteilen. Gemeinsam ist ihnen auch die Forderung nach öffentlicher Anerkennung und Unterstützung individueller und kollektiver Rechte von Migranten gegenüber Assimilations- und Abschiebungsdruck sowie ihrem Schutz vor Diskriminierung und Benachteiligung. Damit ist die Forderung nach Gleichberechtigung ihrer kulturellen Ausdrucksformen mit denen der Mehrheitskultur verbunden.

Von parteipolitischer Seite wurde der Begriff »Multikultur« Ende der achtziger Jahre einerseits vom damaligen *CDU*-Generalsekretär Heiner Geißler und einigen anderen *CDU*-PolitikerInnen, anderseits von den *Grünen* aufgegriffen und propagiert. (Vgl. zur Diskussion in den achtziger Jahren den Überblick in Schulte 1990). Beide bewerteten ihn positiv im Sinne einer Anerkennung bestehender Realitäten, die große Chancen bergen. Während Heiner Geißler aber der Wind seiner eigenen Partei heftig ins Gesicht wehte (»Zugluft« heißt bezeichnenderweise das Buch, in dem er unter anderem die innerparteiliche Kritik an seinem Plädoyer der »Multikultur« beschreibt), machten sich die *Grünen* den Begriff von der »multikulturellen Gesellschaft« zu eigen. Seit ihrem Parteitag im Mai 1989 unter dem Motto »Mut zur multikulturellen Gesellschaft – Gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit« gehören der Begriff wie das Eintreten für die Belange von Flüchtlingen und Migranten zu den Grundüberzeugungen der Partei. Allerdings wurde der Begriff »Multikultur« und die Debatte um Ausländer hierbei auch erheblich ideologisiert.

Neben den ernsthaften Auseinandersetzungen über Regelungen und Probleme des multikulturellen Zusammenlebens gab es in dieser Zeit auch folkloristische »Multikultur-Diskurse«, die eine Bereicherung der für sie öden, farblosen Bundesrepublik durch die fremdartigen Kulturen erhofften. Vieles war in diesen Anfängen von Romantisierung und Idealisierung geprägt, nach dem Motto: »Ausländer, lasst uns mit den Deutschen nicht allein!«. Die Alltagsrealität mit ihren Problemen wurde weitgehend ausgeblendet, da man vielfach sowieso nicht davon berührt war und lediglich die kulinarischen und künstlerisch-kulturellen Aspekte zur Kenntnis nahm.

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre sind zum Thema »Multikultur« eine Reihe von Büchern entstanden und Symposien durchgeführt worden, mit denen die Diskussion der achtziger Jahre über das »Ob« des Zusammenlebens in einer

multikulturellen Gesellschaft zu einem »Wie« konkretisiert wurde: Wie und unter welchen Bedingungen kann ein Zusammenleben zwischen einheimischer Bevölkerung und zugewanderten Minderheiten ohne soziale Diskriminierung und Isolation, aber auch bei Berücksichtigung der Schwierigkeiten dieses Zusammenlebens auf beiden Seiten gestaltet werden?

Von denen, die sich seither im Rahmen eines gesellschaftspolitischen Konzeptes für eine »multikulturelle Demokratie« einsetzen und daran arbeiten, gibt es niemand, der meint, dass ein solches Zusammenleben konfliktfrei und ein »großer linker Ringelpiez mit Anfassen« (Thomas Schmid) oder »ein linker Kuscheltraum« (Marcela Heine) sei. Es geht um »Spielregeln für eine Vielvölkerrepublik« (Leggewie 1990) und »Konturen einer Einwanderungsgesellschaft« (Brumlik/Leggewie 1992). In all diesen Überlegungen stehen die Probleme des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und divergierender kultureller Traditionen im Mittelpunkt: das »Wagnis der multikulturellen Demokratie«, wie der Untertitel des für die damalige Diskussion einflussreichen Buches »Heimat Babylon« von Daniel Cohn-Bendit – damals Frankfurter »Dezernent für Multikulturelle Angelegenheiten« – und Thomas Schmid heißt. Schwierigkeiten und Konflikte bei Migranten und einheimischer Bevölkerung waren also Bestandteil der Multikulturdiskussion und wurden nicht, wie von »Leitkultur«-Befürwortern ins Feld geführt, geleugnet: »Eine Gesellschaft, die von Einwanderung geprägt ist«, heißt es in »Heimat Babylon«, »untergräbt ihre Grundlagen, wenn sie es bei einem Nebeneinander der Zuwandererkulturen und Ethnien belässt, wenn sie also auf Integration und die Herausbildung eines für *alle* verbindlichen Wertekanons verzichtet.« (Cohn-Bendit/Schmid 1992: 318) Mit vielen weiteren Einwänden gegen die multikulturelle Gesellschaft wird also schon Anfang der neunziger Jahre diskutiert: das unverbundene Nebeneinander, die aus unterschiedlichen Kulturen und Gewohnheiten entstehenden Konflikte, der religiöse Fundamentalismus, Sprachprobleme, höhere Kriminalitätsrate.

»Multikultur« war und ist Anlass für zahlreiche Kontroversen. Dabei betrifft ein durchgehender Einwand die eingeschränkte Vergleichbarkeit der Bundesrepublik mit den klassischen Einwanderungsländern USA, Kanada und Australien oder den früheren Kolonialländern Großbritannien, Frankreich und Niederlande. Auch wenn die Bundesrepublik Deutschland inzwischen ein Land mit einer erheblichen Zahl von Zuwanderern ist, so unterscheidet es sich von traditionellen Einwanderungsländern dadurch, dass in ihr bis auf die Sorben und eine kleine dänische Bevölkerungsgruppe keine nationalen Minderheiten und keine durch eine eigene Sprache, Kultur und Traditionen abgegrenzte vorstaatliche Urbevölkerung oder Bevölkerungsschicht aus ehemaligen Kolonien beheimatet ist. Die geringe Beachtung dieser Unterschiede markiert eine Schwäche bisheriger Ausarbeitungen über Multikulturpolitiken für die Bundesrepublik.

Von konservativer Seite wird gegen Vorstellungen einer multikulturellen Gesellschaft vor allem eingewendet, dass sie die nationale und kulturelle Identität und die »Wertegemeinschaft des christlichen Abendlandes« untergraben würde

und zu »Parallelgesellschaften« und zu einem »Mischmasch« führe. Das hat sich seit dem Vorschlag des damaligen *CDU*-Generalsekretärs Heiner Geißler bis zur »Leitkulturdebatte« wenig geändert.

Nicht weniger schroff sind Kritiken an der »multikulturellen Gesellschaft« von links, denn diese Vorstellungen sind weit davon entfernt, ein genuin unumstrittenes »linkes Projekt« zu sein. Die Einwände von dieser Seite betreffen vor allem die mit dem Konzept verbundene Ethnisierung und Kulturalisierung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und die Form der Identitätspolitik. (Vgl. z. B. Bourdieu/Waequant 2000: 7, sowie insgesamt zu den Kritikpunkten Wagner 2001)

Besonders die Kritik der ethnisch fundierten Identitätspolitik ist nicht von der Hand zu weisen, denn eine Politik der Multikultur reproduziert immer auch die ethnischen und kulturellen Differenzen, indem sie die Diskriminierungen bekämpft, die sich daran festmachen. Wie bei aller Identitätspolitik werden Gruppenunterschiede, die als Diskriminierungsgrund aufgehoben werden sollen, paradoxerweise festgeschrieben. Deshalb sucht eine Politik der Multikultur immer einen Weg zwischen der Gefahr des Negierens von Differenzen und deren Ideologisierung (Rommelspacher), bewegt sich immer, wie Pnina Werbner schreibt, zwischen der »Skylla des homogenisierenden Universalismus und der Charybdis eines xenophoben kulturellen Nationalismus« (zit. n. Rommelspacher 2002: 176)

»Leitkultur« als Basis multikulturellen Zusammenlebens?

Der Inhalt multikultureller Gesellschaftsentwürfe besteht in der gleichwertigen Anerkennung aller Kulturen und Ethnien auf der Basis eines gemeinsamen Wertekonsenses und in der Schaffung vernünftiger Verfahren, mit den kulturellen Differenzen umzugehen.

Dass für das Zusammeleben der Menschen eine Basis gemeinsam anerkannter Werte und Normen notwendig ist, wird von niemandem bestritten. Umstritten ist allerdings die Frage, was diese Wertebasis umfasst: das »allgemeinverbindliche politische Institutionengefüge der Republik« (Ulrich Preuß) oder weitergehende inhaltlich verpflichtende Normen, die aus der spezifischen Tradition des Einwanderungslandes stammen? Diese Debatte geht über den Bereich »Multikulturalität« hinaus und thematisiert die Frage »Was die Gesellschaft zusammenhält« (Heitmeyer). Die Diskussion und die Klärung der Frage nach dem »normativen Minimalkonsens« wird die zukünftige Prägung der bundesrepublikanischen Gesellschaft entscheidend mitbestimmen. In diesem Sinn ist die Auseinandersetzung über »Multikultur« die Fortsetzung der Debatten über »Postmoderne« und »Kommunitarismus«. Gefragt wird nach den Bindekräften in Zeiten der Individualisierung, Multikulturalität und Globalisierung, danach, welche verbindlichen Normen für das gesellschaftliche Zusammenleben festgelegt werden müssen, was also zur gemeinsamen Grundlage eines republikanischen Gemeinwesens und was zur kulturellen Freiheit und Pluralität einer demokratischen Gesellschaft gehört.

Die Debatte über die Anerkennung einer »Leitkultur« als Voraussetzung für eine gelingende Integration im Herbst/Winter 2000/2001 war ein Versuch, diese

Wertebasis zu bestimmen. Bei der Vorstellung der Eckpunkte für ein Zuwanderungskonzept des *CDU*-Parteivorstandes im November 2000 hat die *CDU*-Vorsitzende Angela Merkel von der »Lebenslüge der multikulturellen Gesellschaft« (*Frankfurter Rundschau*, 7.11.2000) gesprochen. Die Ablehnung einer »multikulturellen Gesellschaft« war auch das einigende Band der meisten Beiträge zur »Leitkultur-Debatte«. Ausgelöst wurde sie durch eine eher beiläufige Bemerkung des *CDU*-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz, der die Anerkennung der »deutschen Leitkultur« als Voraussetzung für die Integration nichtdeutscher Zuwanderer auf einer Pressekonferenz erwähnte.[6]

Danach gingen die Vorstellungen, was mit »Leitkultur«[7] gemeint sei, munter durcheinander, und es ist bis heute trotz vielfältiger Um- und Beschreibungen höchst unklar und widersprüchlich, wofür die Bezeichnung in der politischen Debatte steht. Genannt wurden u. a. die »zur Identität unserer Freiheitsordnung gehörende, in Jahren und Jahrzehnten erkämpfte Stellung der Frau in der Gesellschaft«, »Frieden, Freiheit und Identifikation mit der europäischen Einigung ... basierend auf Demokratie und sozialer Marktwirtschaft« (Merz, *FR*, 26.10.2000) oder die »Achtung des Rechts und der Gesetze, der Freiheit und Menschenwürde, der Gleichberechtigung und religiösen Toleranz«. (Thomas Goppel, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 29.10.2000) Zwischen deutscher Gemütlichkeit, Gründlichkeit und Seelentiefe einerseits und Huntingtons »Kampf der Kulturen« mit dem Islam andererseits bewegte sich die inhaltliche Füllung der Leerstelle »(deutsche) Leitkultur«.

Und auch bei den weiteren Diskussionen innerhalb der *CDU/CSU* im Rahmen der Erarbeitung von Vorschlägen für gesetzliche Regelungen zur Zuwanderung im Frühjahr und Sommer 2001 wurden die damit beschriebenen Inhalte nicht deutlicher, bis auf den Begriff schließlich im gemeinsamen Schlusspapier zur Zuwanderung ganz verzichtet wurde. Stattdessen wird von der »Werteordnung der christlich-abendländischen Kultur« (gemeinsames CDU/CSU-Papier vom 10.5. 2001) gesprochen.

Auch wenn die Rede von der »Leitkultur« die politische Debatte um Zuwanderung gerade mal ein halbes Jahr prägte, so sind die damit bezeichneten Vorstellungen nicht verschwunden. Sie bleiben als Kampfbegriffe gegen die vermeintliche »Wertebeliebigkeit« der »multikulturellen Gesellschaft« (Jörg Schönbohm) erhalten.

6 Vgl. hierzu die Feuilletons der überregionalen Zeitungen und Zeitschriften zwischen Oktober und Dezember 2000 sowie das Schwerpunktthema in den *Kulturpolitischen Mitteilungen*, Heft 91 (IV/2000): »Weltkultur – Multikultur – Leitkultur«.

7 Der Begriff »Leitkultur« geht vermutlich auf Bassam Tibi, einen in Syrien geborenen Moslem deutscher Staatsangehörigkeit, zurück, der ihn ursprünglich 1997 bei den *Frankfurter Römerberggesprächen* zum Thema »Europa und der Rest der Welt« gebraucht hatte. Dabei sprach er von der Notwendigkeit einer »übergreifenden internationalen Moral« und einer »europaweit gültigen Leitkultur«. In seinem Buch »Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft« präzisiert er seine Vorstellungen eines »verbindlichen Normen- und Werte-Kataloges«, den er Leitkultur nennt und zusammenfasst mit »Primat der Vernunft vor religiöser Offenbarung, das heißt vor der Geltung absoluter religiöser Wahrheiten, individuelle Menschenrechte (also nicht Gruppenrechte), säkulare, auf der Trennung von Religion und Politik basierende Demokratie, allseitig anerkannter Pluralismus sowie ebenso gegenseitig zu geltende säkulare Toleranz. Die Geltung dieser Werte macht allein die Substanz einer Zivilgesellschaft aus.« (Tibi 1998: 183)

Im Rückblick auf die junge Geschichte der »Leitkultur« wird deutlich, dass das Adjektiv »deutsche« zunehmend durch »europäisch-abendländisch« abgelöst wurde. Ansonsten sind die Vorstellungen genauso vielstimmig wie bei seinem Pendant »Multikultur«: mal sind es »Normen«, die gemeinhin eingehalten werden sollen, und »Werte«, an denen sich orientiert wird, dann wieder »Kulturen«, die gelebt und ausgeübt werden, oder »Gefühle«, die empfunden werden, »Gewohnheiten«, die sich ausgebildet haben, dann »Sprachen«, die gesprochen werden, oder »Traditionen«, die vorhanden oder gefährdet sind. Aber eins ist den Beiträgen gemeinsam: die Ablehnung der »multikulturellen Gesellschaft«. Bayerns Innenminister Günther Beckstein hat diese Frontstellung in einem Beitrag Ende der neunziger Jahre unter dem Titel »Annäherung an die Leitkultur« sehr anschaulich zusammengefasst: »Mit dem Begriff ›multikulturell‹ wird meist die Vorstellung verknüpft, dass verschiedene ausländische Kulturen gleichberechtigt neben der deutschen stehen und, ausgestattet mit Schutz- und Förderansprüchen, als Teil unserer Nationalkultur anerkannt werden. Dies läuft auf die Bildung eines ›offiziellen Vielvölkerstaates‹ hinaus, der die Belange der deutschen Mehrheitsbevölkerung in nicht akzeptabler Weise vernachlässigt. Folgen wären letztlich eine Preisgabe der Nation als Rechts- und Schicksalsgemeinschaft, ein Verlust an Identität und Zusammengehörigkeitsgefühl, ein beliebiges Nebeneinander statt des notwendigen Miteinanders und die Entwicklung in sich abgeschotteter Parallelgesellschaften.« (Beckstein 1999: 44)

III Anerkennung und Integration

Zweifellos treffen die Befunde einer größeren Durchlässigkeit und Vielfalt von Kulturen im Zeitalter der Globalisierung die Wirklichkeit besser als die Vorstellung einer reinen, in sich geschlossenen Kugel-Kultur, die Herder vertrat. Für die Gestaltung von Politik, namentlich von Kulturpolitik und der damit verbundenen öffentlichen Förderung von Kunst und Kultur hat dies natürlich Konsequenzen. Sie muss mit Ansprüchen umgehen, die aus unterschiedlichen Sub- und Teilkulturen an sie herangetragen werden. Diesen Ansprüchen muss sie nicht nachkommen, aber sie braucht vernünftige Kriterien, wie sie mit ihnen umzugehen hat. Dazu muss sie aus dem eher unsinnigen Streit Multikultur versus Leitkultur herausfinden und endlich zur Formulierung verbindlicher Grundsätze politischen Handelns und politischer Gesetzgebung kommen.

Und hier stößt man auf ein weiteres, sehr virulentes Problem: In welcher Beziehung steht der Staat zur Verschiedenheit der Kulturen, die auf seinem Gebiet ansässig sind? Für Herder und viele seiner Zeitgenossen war die Sache klar: Nationale Kultur und staatliche Organisation sind zwei Seiten derselben Medaille oder sollten es doch sein, da ein Staat sich davor hüten sollte, fremde Kulturen zu beherrschen. Sie hatten den Nationalstaat, der in einer Volksnation verankert ist, ganz im Unterschied zu Welschs aktueller Deutung, als friedensstiftend und emanzipationsfördernd verstanden. In Anbetracht der vielen europäischen Kriegsschau-

plätze, die er miterlebte, sollte dieses Prinzip verhindern, dass sich ein Staat zum Machthaber über fremde Völker aufwerfen dürfe. Er sollte vielmehr auf das eigene Gebiet beschränkt sein, das durch den Lebensraum der Volksnation definiert ist. Erst dadurch entstünde aus der »seelenlosen Staatsmaschine« ein durch den Nationalgedanken zum Leben erweckter patriotischer Staat. (Vgl. Herder 1784-1791/ 1995: 244)

Die Amalgamierung von Staat und nationaler Kultur hatte zweifellos, wie schon angedeutet, eine wichtige Funktion in der Herausbildung des Rechtsstaates und einer zivilen Gesellschaft gleichberechtigter Bürger. Dass sie fragwürdig geworden ist, ist natürlich seit längerem bekannt[8] und die modernen, liberalen Demokratien haben darauf auch schon eine Antwort gegeben. Sie lautet in etwa: Der Staat soll zwar die Rechte jedes einzelnen Bürgers garantieren, er sollte sich aber zugleich neutral gegenüber den kulturellen oder religiösen Anliegen von Individuen und Gruppen verhalten. Dazu hat er insbesondere einen überschaubaren Umfang von Grundrechten zu schützen und zu achten, die universell gültig sind, wie Meinungsfreiheit, Unversehrtheit der Person usw. Solange besondere kulturelle Verhaltensweisen und religiöse Überzeugungen nicht dazu führen, dass Grundrechte anderer eingeschränkt oder gar missachtet werden, gewährt der Staat seinen Bürgern sowohl freie Ausübung der Religion als auch ein Leben nach den jeweiligen kulturellen Überzeugungen und Verhaltensmustern. Der moderne liberale Staat ist also in diesem Sinn kulturell indifferent.

Aber reicht diese Antwort aus? Vor allem seit den neunziger Jahren wurden die Zweifel an diesem Staatsverständnis immer lauter. Das Tragen von Kopftüchern muslimischer Mädchen in französischen Schulen entfachte einen Streit darüber, ob staatliche Bildungseinrichtungen es dulden dürfen, wenn durch Kleidungsstücke besondere kulturelle Wertvorstellungen zum Ausdruck gebracht würden. Dies war vielleicht das prominenteste, beileibe aber nicht das einzige Beispiel. Es gibt zahlreiche ähnliche, meist lokal begrenztere Debatten, die sich an sichtbaren kulturellen Symbolen entzündeten. In der Bayerischen Kleinstadt Lauingen etwa erbosten sich Bürger über den Bau einer Moschee. Der eigentliche Skandal war vor allem die Sichtbarkeit des Bauwerks, das neben den vielen Kirchtürmen nun mit einem stattlichen Minarett in den Himmel ragt. Bürgermeister Georg Barfuß, der die muslimische Gemeinde unterstützte, wollte keinen verschämten Betraum im Hinterhof einer aufgelassenen Fabrik, wie er in vielen deutschen Städten üblich ist. Was für die Christen recht und billig sei, so der überzeugte Christ und bekennende »schwäbische Sturkopf« Barfuß in einem Vortrag an der *Tutzinger Akademie* (Barfuß 2003), das sollte auch für andere Religionen gelten. Bis heute sind die teils offenen, teils versteckten Anfeindungen gegen diese auch vom Stadtrat getragene Entscheidung nicht verstummt. Georg Barfuß ist sich sicher, dass der

8 Man würde die vormals so fortschrittliche Herdersche Position, die die intellektuelle Erfindung der Nationen maßgeblich vorbereitete, heute vielleicht als reaktionäre Variante eines Ethnopluralismus à la Schönhuber oder Le Pen brandmarken, die ja angeblich nichts gegen Türken oder Marokkaner haben, solange sie in der Türkei oder in Marokko leben.

Bau der Moschee nach dem 11. September wohl nicht mehr politisch durchsetzbar gewesen wäre. Die kulturellen Differenzen hätten sich wieder verschärft.

Der Fall Lauingen macht klar, dass die kulturelle Neutralität des Staates, von der das liberale Demokratiemodell ausgeht, wohl eine Fiktion oder doch nur schwer einzulösen ist. Ob eine Kirche oder eine Moschee gebaut wird, macht einen wesentlichen Unterschied. Es gibt eine dominante Kultur, die den Staat in seinem Aufbau, seinen Entscheidungen, Gesetzen und Institutionen prägt, auch bei Zusicherung freier Religionsausübung und kultureller Entfaltung. Ihre Schwerkraft zu überwinden, um wirklich neutrale politische Entscheidungen zu treffen, wie es der Lauinger Stadtrat tat, ist nicht selbstverständlich, sondern benötigt Zivilcourage und günstige historische Umstände.

Die Erkenntnis der Schwachstellen des liberalen Staatsmodells führte vor allem auf dem nordamerikanischen Kontinent zu immer schärferen und gravierenderen Auseinandersetzungen. In den neunziger Jahren beschäftigte sich die politische Öffentlichkeit in Kanada mit den Autonomiebestrebungen der französischsprachigen Provinz Quebec. Zudem hatte Kanada zu dieser Zeit die höchste Einwanderungsquote weltweit. Die betont pragmatische Integrationspolitik des Landes kam dadurch unter einen immer größeren politischen Rechtfertigungsdruck. Man hatte das Gefühl, dass sie einer grundsätzlichen Überprüfung unterzogen werde müsste.

Die Werte der liberalen Demokratie, also Meinungsfreiheit, politische Teilhabe, ökonomische Chancengleichheit usw. (vgl. Kymlicka 2000: 32 ff.) waren nicht der Streitpunkt im Falle Quebecs, denn den französischsprachigen Québécois ging es weder wirtschaftlich signifikant schlechter als den anderen Kanadiern noch hatten sie eine minderwertige rechtliche Position. In Bezug auf politische Befugnisse gab es sogar Zugeständnisse der Zentralregierung, die Quebec mehr autonome Gestaltungsmöglichkeiten einräumte als den englischsprachigen Provinzen. Offenkundig ging es um kulturelle Faktoren, für die das liberale Politikschema kein Sensorium parat hatte: nationale Identität, offizielle Verkehrssprache, Pflege der eigenständigen kulturellen Traditionen usw. Der Wunsch nach Anerkennung dieser besonderen Gegebenheiten in Quebec führte wiederum im englischsprachigen Bereich zu Missgunst gegenüber den vermeintlichen Sonderrechten. Der Konflikt endete fast im Auseinanderbrechen Kanadas.

Auch in den USA erhöhte sich die Sensibilität für kulturelle Besonderheiten. Vor allem an den Universitäten wurde Kritik an der einseitigen Ausrichtung des Lehrangebotes laut. Die staatlichen Institutionen boten in den Augen ihrer Kritiker eben kein kulturell neutrales Lehrprogramm, sondern favorisierten einen bestimmten Kanon, den sie mit der ihnen gegebenen Macht durchsetzten. Texte von Frauen kamen darin ebenso wenig vor wie Denkrichtungen aus Kulturkreisen, denen ethnisch benachteiligte Gruppen angehören.

Dieser Streit nahm mancherorts sehr rigide Züge an. Die Kontrahenten stachelten sich in schon fast fundamentalistischem Eifer gegenseitig an. Ihre Unversöhnlichkeit führte dazu, dass der Begriff der »political correctness« heute zum

nicht weiter befragten Schimpfwort in den Feuilletons werden konnte. Natürlich, so die Princeton-Professorin Amy Gutman (1993), überzogen die »Dekonstruktivisten« ihren Standpunkt, wenn sie hinter den Auswahlkriterien des Lehrstoffs nur eine reine Machtfrage sahen. Wenn man vernünftig über die Kern-Curricula hätte reden können, dann wäre schon deutlich geworden, dass die Gedanken der »toten weißen Männer« wie Aristoteles, Machiavelli, Kant oder Marx keinesfalls kanonische Texte seien und auch nicht in kanonischer Absicht gelehrt würden. Die Studenten sollten sie ja nicht als geheiligte Schriften behandeln, sondern sich kritisch mit ihnen auseinandersetzen. Gutman tadelt aber auch die Haltung der Gegenseite, die nicht eingestehen wollte, dass Rousseau vielleicht weniger Scharfsinniges zur Geschlechterfrage gesagt haben könnte als die im Curriculum ignorierten Schriftstellerinnen Simone de Beauvoir oder Toni Morrisson. Warum in der politischen Ethik zwar Thomas von Aquin, aber nicht Hannah Arendt oder Martin Luther King berücksichtigt würden, könne ebenso wenig rein rational begründet werden.

Jeder philosophische oder literarische Text ist auch durch seine Zeit und ein bestimmtes soziales Milieu geprägt und deshalb relativ. Wenn wir diese kulturelle Gebundenheit ernst nehmen, so Gutman, dann sollten wir andere Traditionen auch anerkennen und im Lehrplan aufnehmen. Sie zu berücksichtigen heißt aber nicht, dass wir sie auch unbesehen wertschätzen oder gutheißen müssen.

Amy Gutman nimmt hier ein Argument des kanadischen Philosophen Charles Taylor auf: Wir sollten ruhig annehmen, dass alle menschlichen Kulturen, die über einen längeren Zeitraum existieren, uns etwas Wichtiges mitteilen können. Deshalb müssen wir nicht ungeprüft an ihren Wert glauben: Anerkennung ja, ein selbstverständliches Recht auf Respekt nein. Erst diese Unterscheidung ermöglicht überhaupt Neugier auf fremde Kulturen. (Vgl. Taylor 1993: 62 ff.) Nur so können Lernprozesse in Gang kommen.

Die dazu nötige Offenheit lässt aber nicht nur der Nationalismus vermissen, der von vornherein andere Völker für minderwertig erklärt. Auch eine vermeintlich edle und tolerante Einstellung, die unbesehen alle Kulturen für ethisch gut und mindestens ebenbürtig hält, ist problematisch. Wenn wir uns auf interkulturelle Verständigung ernsthaft einlassen, dann dürfen wir nicht zu Beginn schon festlegen, wie dieser Prozess ausgehen wird. Zuerst werden wir eine Kultur erst schemenhaft wahrnehmen, bis es vielleicht nach intensiven Erfahrungen zu einer geglückten »Horizontverschmelzung« (Gadamer) kommt, die unsere Erkenntnis erweitern kann. Ob uns diesen Gewinn aber jede Kultur gewähren kann, steht nicht fest. Wir müssen auch damit rechnen, dass wir manche Kulturen verabscheuungswürdig finden. Dieses Urteil a priori auszuschließen, wäre doch kein Zeichen von Vorurteilsfreiheit, sondern im Gegenteil Ausdruck höchster Arroganz.

Es geht aber nicht nur um individuelle Lernprozesse. Taylor setzt sich für eine Politik der Anerkennung ein, die als Möglichkeit enthält, ethnische Minderheiten in ihren kulturellen Existenzbedingungen staatlich zu unterstützen. Wir sind kulturell nicht neutral, sondern von den Maßstäben der europäisch-nordameri-

kanischen Zivilisation geprägt. Wir besitzen eine offizielle Landessprache, die für alle staatlichen Institutionen verbindlich ist und ohne deren Beherrschung die beruflichen Chancen enorm sinken. Wir lernen im Geschichtsunterricht ausgewählte Traditionen und Ereignisse kennen, die auf ein bestimmtes Gebiet und bestimmte Bevölkerungsschichten bezogen sind, die nicht einmal die Mehrheit in einem Land bilden müssen. Der Zugang zu wichtigen Informationen durch unsere Medien (auch der öffentlich-rechtlichen) ist nicht nur von der technischen Beherrschung der Sprache, sondern von kulturellen Codierungen abhängig, die zum Beispiel darüber entscheiden, welche Informationen berichtenswert erscheinen und welche Art der Berichterstattung als objektiv gilt: »Erst die Teilhabe an derartigen gesellschaftlichen Kulturen«, so der kanadische Philosoph Will Kymlicka, »erschließt ein Repertoire sinnhafter Lebensmuster, die den gesamten Bereich menschlicher Tätigkeiten abdecken, Soziales, Erziehung, Religion, Freizeit und Wirtschaft.« (Kymlicka 2000: 48)

Das herkömmliche liberale Politikmodell belügt sich also selbst. Es gibt eine gesellschaftlich dominante Kultur, die einer besonderen historischen Tradition verpflichtet ist. Die Individuen sind nicht die geschichtslosen und atomisierten Wesen, die nur mit gleichen universellen Rechten auszustatten sind. Menschliche Identität wird unter kulturellen Voraussetzungen dialogisch, das heißt in Auseinandersetzung des Individuums mit der Gesellschaft entwickelt. »Wenn menschliche Identität dialogisch erzeugt und konstituiert wird, dann gebietet die öffentliche Anerkennung unserer Identität eine Politik, die Raum lässt dafür, dass wir uns öffentlich über jene Aspekte unserer Identität miteinander beraten, die wir mit anderen Bürgern teilen oder teilen könnten. Eine Gesellschaft, die individuelle Identität anerkennt, wird eine auf gemeinsamer Beratung gründende, demokratische Gesellschaft sein, weil individuelle Identität teilweise durch kollektive Dialoge gestiftet wird.« (Gutman 1993: 123)

Für unsere deutsche Debattenlage heißt das: Es gibt in jedem Land eine sehr kräftige gesellschaftliche Leitkultur, die in jeder Verästelung und in jeder Ritze unseres politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens beheimatet ist. Gerade dass sie in scheinbarer Neutralität und nicht als offensichtliche Werthaltung auftritt, sichert ihre Macht. Es war wohl das erste Missverständnis der deutschen Leitkulturdebatte, dass in ihr immer nach ausdrücklichen Werten und Einstellungen gesucht wurde, die entsprechend bekenntnishaft sein mussten. Das zweite, schwerer wiegende Missverständnis aber war, dass man diese Debatte immer so führte, als ob es nur um die Stärkung der einen Leitkultur und ihre Anerkennung durch Minderheiten aus anderen Kulturkreisen ging, nie aber um die umgekehrte Frage, welchen öffentlichen Raum die Minderheitenkulturen für sich beanspruchen können, ohne die Integrationskraft und das friedliche Zusammenleben einer pluralistisch sich verstehenden Gesellschaft zu gefährden.

Gerade diese Wechselbeziehung ist aber das Entscheidende bei der Neuformulierung der Grundsätze des demokratischen Rechtsstaat, der mit einer zunehmenden multikulturellen Realität umgehen können muss. Ein erweitertes liberales Po-

litikmodell ist dabei mit zwei Rechtsansprüchen konfrontiert: Mit dem Schutz der Grundrechte der Individuen als allgemein menschliche Wesen und mit besonderen Bedürfnissen und Ansprüchen von Individuen, die Angehörige bestimmter kultureller Gruppen sind. Es hat einerseits die Achtung der Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Religionszugehörigkeit und ihres Geschlechtes sicherzustellen. Andererseits muss es die Achtung garantieren »vor jenen Handlungsformen, Praktiken, Spielarten von Weltauffassung, die bei den Angehörigen benachteiligter Gruppen hohes Ansehen genießen oder mit ihnen besonders eng verbunden sind, wobei zu diesen benachteiligten Gruppen die Frauen ebenso gehören wie die asiatischen Amerikaner und eine Vielzahl anderer Gruppen«. (Ebd.: 125)

Nun steht zur Debatte, ob sich diese beiden Rechtssphären nicht völlig widersprechen, gerade hierauf lief ja die fundamentalistische Überspitzung des Streits um politische Korrektheit und »Leitkultur« hinaus. In diesem Lärm konnten die Zwischentöne und Schattierungen nicht mehr wahrgenommen werden, um die es eigentlich geht. Erst eine genauere Differenzierung der konkreten Rechte und konkreten politischen Maßnahmen macht sie sichtbar.

Zunächst: Es ist durchaus legitim, wenn in einer auch pluralistisch und tolerant sich verstehenden Gesellschaft eine dominante Kultur existiert, die möglicherweise aus einer besonderen historischen Traditionslinie (zum Beispiel der weißen angelsächsischen Bevölkerungsgruppe in den USA) stammt. (Vgl. Kymlicka 2000: 39) Ohne diese »gesellschaftliche Kultur« (Kymlicka) wären letztlich Integration, gemeinsame Verständigung, wirtschaftlicher Erfolg und gute Bildung, also das Gedeihen der gesamten Gesellschaft nicht vorstellbar. Diese hegemoniale Stellung darf aber nicht dazu genutzt werden, dass andere Kulturen, mit denen sich besondere Gruppen und Minderheiten eines Landes identifizieren, in ihren menschlichen Grundrechten verletzt werden. Keine Gruppe darf institutionell als minderwertig eingestuft oder vom sozialen Leben ausgeschlossen werden. Umgekehrt gilt auch für jede einzelne Kultur und innerhalb jeder einzelnen ethnischen Gruppe, dass kein Verhalten geduldet werden kann, das einzelne Mitglieder oder Untergruppen in ihren Grundrechten verletzt oder ihrer individuellen Selbstbestimmung beraubt. (Vgl. ebd.: 97) Diese beiden Grundsätze sind gleichsam Stoppregeln, die nicht verletzt werden dürfen: Die universellen Grundrechte der Individuen als allgemein menschlicher Wesen sind in jedem Fall das letztentscheidende Rechtsgut. Darüber hinaus lassen sie aber viel Spielraum für die Gestaltung des sozialen und kulturellen Zusammenlebens. Sie sind nicht die Zauberformel, mit der jede Lebensäußerung einer Gesellschaft zu beurteilen wäre.

Auf diesem Fundament kann eine Politik der Anerkennung positiv aufbauen. Wie wir sahen, ging sie vom Prinzip aus, dass Anerkennung nicht blinde Wertschätzung sein kann, sondern einen dialogischen und symmetrischen Lernprozess in Gang zu setzen erlaubt. Diese »skeptische Form der Achtung« (Margalit 1997) korrespondiert mit dem Verbot, Personen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu identitätsstiftenden Gruppen, die moralisch legitimiert sind, auszuschließen oder herabzuwürdigen. Dies gilt insbesondere für die hegemoniale Kultur einer

Gesellschaft und ihre jeweiligen politischen Strukturen sowie die sie vertretenden Personen. Eine »anständige Gesellschaft«, so der israelische Philosoph Avishai Margalit, darf keine institutionelle Form der Demütigung zulassen.

Mit den Begriffen »Demütigung«, »Würde« und »Anerkennung« ist die kulturelle Einbettung des Individuums angesprochen. Menschen können aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft oder ihres Geschlechtes diskriminiert werden, ohne dass universelle Grundrechte offensichtlich verletzt sind, zum Beispiel durch eine systematische ökonomische Schlechterstellung oder durch das Verbot, kulturelle Symbole – man denke an das Kopftuch muslimischer Mädchen – zu benutzen, die für die identitätsstiftende Gruppe wichtig sind.

In der Tat bewegen sich gerade die umstrittenen Maßnahmen einer Politik der Anerkennung auf dieser Ebene: Es geht zum Beispiel um den Zugang zu Bildung, um ökonomische Chancen, um die Entfaltung kultureller Eigenarten. Was sich auf der Ebene der Gleichberechtigung der Geschlechter durch den Grundsatz des »gender mainstreaming« durchgesetzt hat, ist hinsichtlich der ethnischen Gruppen weiterhin höchst umstritten.[9] Die Angst vor Neid auf Sonderrechte ist genauso lebendig wie die Befürchtung, dass durch die Förderung multikultureller Strukturen Parallelgesellschaften entstehen könnten, die sich von der gesellschaftlichen Leitkultur abkoppeln. (Siehe hierzu den Beitrag von Bettina Heinrich in diesem Band beziehungsweise Gegenargumente bei Faruk Şen)

Will Kymlicka hat sich für die kanadischen Verhältnisse die einzelnen Maßnahmen einer multikulturellen Politik der Anerkennung angesehen und bewertet. Er unterscheidet insgesamt neun Vorgehensweisen, die auch bei uns in zum Teil abgewandelter Form angewandt oder diskutiert werden (Vgl. Kymlicka 2000: 98 ff.):

1. »Gezielte Fördermaßnahmen, mit denen der Anteil erkennbarer Minderheiten (oder von Frauen und Behinderten) in den wichtigeren Institutionen des Bildungswesens und der Wirtschaft erhöht werden soll;
2. Änderung der Lehrpläne für die Fächer Geschichte und Literatur an öffentlichen Schulen, damit den ethnokulturellen Minderheiten als historischen und kulturellen Protagonisten größere Anerkennung zuteil wird;
3. Neuordnung der Werktage und Stundenpläne unter Einbeziehung der religiösen Feiertage von Einwanderungsgruppen. Manche Schulen legen zum Beispiel die Berufsorientierungstage auf hohe jüdische oder muslimische Feiertage. Zudem sind jüdische und muslimische Geschäfte vom Sonntagsverkaufsverbot auszunehmen;
4. Änderung von Kleidervorschriften, um die religiösen Überzeugungen von Einwanderungsgruppen zu berücksichtigen. Eine Einschränkung der *RCMP* (königlich kanadische berittene Polizei) – Kleidungsvorschrift zum Beispiel, so dass Sikhs ihren Turban tragen können, oder die Befreiung der Sikhs von der Motorradhelmpflicht bzw. von Helmvorschriften auf Baustellen;

9 Man denke zum Beispiel an die scharfe öffentliche Debatte um das Schächten von Tieren. Hier kollidieren religiöse Vorschriften des Islam mit denen des deutschen Tierschutzes.

5. Antirassistische Unterrichtseinheiten im Bildungswesen;
6. Normen für das Verhalten am Arbeitsplatz oder in der Schule, die den Kollegen bzw. Schülern Äußerungen untersagen, die eine rassistische (sexistische, homosexuellenfeindliche) Belästigung darstellen;
7. Staatliche Finanzierung ethnischer Kulturfestivals und ethnischer Forschungsprogramme;
8. Angebot bestimmter Dienstleistungen in der Muttersprache erwachsener Einwanderer, anstatt ihnen Englisch- oder Französischkenntnisse als Vorbedingung für den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen abzuverlangen;
9. Angebot eines zweisprachigen Unterrichts für Kinder von Einwanderern, so dass ihre ersten Schuljahre – als Übergangsphase zum späteren Unterricht der Sekundarstufe oder der weiterführenden Bildung, die Englisch oder Französisch voraussetzen – teilweise muttersprachlich geprägt sind.«

Kymlicka betont, dass mit all diesen Maßnahmen der Hegemonialanspruch gesellschaftlicher Kultur überhaupt nicht verletzt wird: Keine diese Strategien will eine spanischsprachige Armee aufstellen, Universitäten mit vietnamesischer Lehrsprache einführen oder Ukrainern in Kanada eine kommunale Selbstverwaltung erlauben. Der Vorwurf, es würden damit politisch autonome Teilkulturen geschaffen, ist für Kymlicka grotesk. Wichtig hingegen ist die Frage, ob diese Maßnahmen im Einzelnen eine integrierende oder marginalisierende Wirkung haben. Das aber ist eine Sache empirischer Überprüfung und nicht unbesehener Prinzipienentscheide. Kymlicka hält alle aufgeführten Maßnahmen letztlich für integrationistisch, weil sie helfen, dass Einwanderer ihre berufliche Positionen verbessern können oder sich darin wohler fühlen, weil ihre kulturellen Hintergründe berücksichtigt werden, soweit andere Gruppen dadurch weder gefährdet noch gedemütigt werden. Selbst das Angebot eines zweisprachigen Eingangsunterrichts hat sich in der Praxis als integrationsfördernd erwiesen. Untersuchungen haben eindeutig belegt, dass die Zweisprachigkeit sowohl die Beherrschung der englischen bzw. französischen Verkehrssprache als auch der eigenen Muttersprache verbessert hat, und zwar wirksamer als beim herkömmlichen einsprachigen Unterricht.

Kymlickas Resümee ist eindeutig: die multikulturelle Politik der Anerkennung führt nicht zur Bildung marginalisierter Gruppen oder teilautonomer Parallelkulturen. Diese Gefahr ist weit größer, wenn die Hegemonialkultur den Minderheiten diese Anerkennung und Förderung verweigert und nur auf einen einseitigen Konformitätszwang setzt.

Georg Barfuß kann diesen Befund übrigens auch für seine Stadt Lauingen bestätigen. Seit die Moschee steht, fühlen sich die Lauinger Muslime als Bürger von der Stadt besser angenommen. Ein sichtbarer Beweis ist, dass sich die muslimische Gemeinde an der Restauration des alten Lauinger Stadtturms beteiligt. Ihr sei ja auch beim Bau ihrer Moschee unter die Arme gegriffen worden. Eine Politik der multikulturellen Anerkennung und der sozialen und kulturellen Integration widersprechen sich nicht, sie ergänzen sich.

Gerade dieser Sachverhalt muss auch für die öffentliche Kulturpolitik ausbuchstabiert werden. Seit Samuel Huntingtons »Kampf der Kulturen«, seit den ethnischen Konflikten auf dem Balkan, seit dem 11. September sind die Bedingungen nicht besser geworden. Zunehmend wurden Kultur und Identität wieder auf eindimensionale ethnische Charakteristika zugespitzt. Diesem Stereotyp, mit dem der Reichtum der Person und seine vielfältigen kulturellen Bezüge auf eine »mörderische Identität« (Malouf) reduziert wird, muss ein Persönlichkeits- und Kulturkonzept entgegengestellt werden, das in der europäischen Aufklärung verwurzelt ist. Es sieht im Austausch und der Durchdringung von Kulturen die Bedingung für eine Bereicherung der Erfahrungen und unserer Sichtweisen der Welt. Die ausgelösten kulturellen Lernprozesse (siehe auch Fuchs in diesem Band) können Persönlichkeiten formen, die gerüstet sind, den Eigenwert jeder Kultur nicht nur anzuerkennen und zu achten, sondern sich auch in verschiedenen Kulturen zu bewegen, also: ihre jeweiligen Begrenzungen zu überschreiten. Nichts anderes hat Eduard Glissant übrigens unter »Kreolisierung« verstanden: »Die Kreolisierung ist nicht das, was eine Kultur von innen heraus zerstört, selbst wenn wir wissen, dass viele Kulturen beherrscht, assimiliert, an den Rand des Verlöschens gebracht wurden und werden. Ihre Leistung ist, über all diese zumeist verheerenden Bedingungen eine Beziehung zwischen zwei oder mehreren kulturellen Zonen zu unterhalten, die in einem Ort der Begegnung zusammengerufen werden. ... Die Kreolisierung ist nicht vorhersehbar, sie kann nicht erstarren, stehen bleiben, sich in eine Essenz, in absolute Werte der Identität einschreiben. Anzuerkennen, dass das Seiende sich verändert und dabei bestehen bleibt, heißt: sich keiner Absolutheit zu nähern. Was im Wandel bleibt oder ihn verändert oder austauscht, das ist vielleicht vor allem der Hang oder der Mut zur Veränderung.« (Glissant 1999: 20 f.)

IV Multikultur als Aufgabe der Kulturpolitik

Im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Ethnien spielt kulturelle Dimension der Integration eine immer wichtigere Rolle. Dies zeigt schon der Streit um Begriffe wie »multikulturelle Gesellschaft«, »Leitkultur« oder eine »Politik der Anerkennung«, in dem es vor allem um kulturelle Gemeinsamkeiten und Differenzen geht. Trotz dieses Gewichtes kultureller Fragen wird die Kulturpolitik in diesen Debatten weitgehend ignoriert. Daran sind die kulturpolitischen Akteure nicht unschuldig, weil sie selbst die Bedeutung von Kunst, Kulturarbeit und Kulturpolitik für die gesellschaftliche Integration zu wenig reflektieren und beachten.

Zwar entstand auf der Ebene der kulturellen Praxis in den letzten Jahren eine große Zahl von Aktivitäten, die sich um den »Dialog der Kulturen« kümmern und interessante interkulturelle Projekte durchführten. Meist bleibt es allerdings bei vereinzelten Aktivitäten, bei Festivals und anderen Sonderveranstaltungen. In der öffentlichen Kulturpolitik einer Stadt oder eines Landes wird – von Ausnahmen abgesehen – dieses Thema nur selten aufgegriffen. (Siehe hierzu besonders die

Städteberichte aus Berlin, Hamburg, Essen, Dortmund, Stuttgart und Nürnberg in diesem Band) Es ist aus den konzeptionellen kulturpolitischen Überlegungen – sofern heute für solches Nachdenken überhaupt Raum vorhanden ist – weitgehend ausgeschlossen. Kulturpolitik ist auf das herkömmliche, eurozentrierte kulturelle Erbe fixiert, sei es in Gestalt der traditionellen Kultur- und Bildungseinrichtungen oder seiner soziokulturellen Erweiterung.

Diese kulturpolitische Leerstelle wird besonders deutlich, nachdem sich in den letzten Jahren ein erheblicher Wandel der kulturellen Landschaft der bundesrepublikanischen Einwanderungsgesellschaft vollzogen hat. Gegenüber der geringen öffentlichen Präsenz der Kulturen von Migranten in den siebziger und achtziger Jahren und ihrer Reduzierung auf eine Gastarbeiterkultur sind Kulturschaffende nichtdeutscher Herkunft mittlerweile in allen Sparten anzutreffen, besonders ausgeprägt in der Literatur, beim Film und im Fernsehen, in der Musik und im Kabarett-/Comedy-Bereich. Vor allem von der zweiten und dritten Migrantengeneration gehen vielfältige Impulse aus. Sie haben neue Stile, Richtungen und Kulturen herausgebildet. Das kulturelle Schaffen der Menschen nichtdeutscher Herkunft hat die Nischen, in die es früher meist verbannt war, längst verlassen.[10]

Zudem sind in den letzten beiden Jahrzehnten eigene migrantenspezifische kulturelle Infrastrukturen entstanden, etwa Discotheken und Festivals mit Musik und Musikgruppen verschiedener Herkunftsländer, über die eine immer größere Zahl eigener Print- und audiovisuelle Medien in zahlreichen Sprachen berichtet.

Angesichts dieser Entwicklung steht die öffentliche Kulturpolitik vor einer großen Herausforderung: Wenn »Kultur für alle« (Hilmar Hoffmann) als Zielsetzung für kulturpolitisches Handeln noch gelten soll und das »Bürgerrecht Kultur« (Hermann Glaser) nicht eingeschränkt wird auf die Bürger deutscher Abstammung, dann muss die durch die sieben Millionen Menschen nichtdeutscher Herkunft veränderte kulturelle Landschaft nicht nur zur Kenntnis genommen werden, sondern sie ist auch in die kulturelle Förderpolitik einzubeziehen. Eine »angemessene Repräsentation« auf der öffentlichen Ebene als Form der Anerkennung der kulturellen Identität von Migrantengruppen erfordert auch ihre Einbindung als gleiche und gleichwertige Formen kultureller und künstlerischer Betätigung.

In der Resolution der »VI. Konferenz der europäischen Kulturminister« von 1990 in Palermo wurde eine entsprechende kulturpolitische Leitlinie formuliert. Darin wird gefordert: »1. Veranstaltungen, Einrichtungen und Institutionen zu unterstützen, deren Aufgabe die Förderung spezifischer kultureller Identitäten ist, unabhängig davon, ob es sich um solche lokaler, regionaler, in der Volkskultur verwurzelter oder auch solche ethnischer und sprachlicher Minderheiten handelt, und dies mit besonderer Betonung des Dialogs zwischen den Kulturen. 2. Raum und Gelegenheiten für Begegnungen und Dialog zu schaffen, damit die Verbindungen und Interaktionen deutlich werden, die zwischen den verschiedenen Kul-

10 Einen sehr informativen Überblick über diese Entwicklung – konzentriert auf Literatur aber auch unter Einbeziehung anderer Sparten – gibt das von Carmine Chiellino herausgegebene Handbuch »Interkulturelle Literatur in Deutschland« (Chiellino 2000); vgl. auch Mayer/Terkessidis 1998, Terkessidis 2000: 74-91.

turen bestehen. 3. Bessere Kenntnis von und Achtung vor alten und neuen Zivilisationen – in denen einige regionale oder andere Gemeinschaften ihre Wurzeln haben – zu fördern, damit die Gesamtbevölkerung den Beitrag, den diese Gemeinschaften zur Kultur der Mehrheit leisten können, aus einem neuen Blickwinkel sehen und positiver beurteilen kann.« (Zit. n. Turgay 1992: 235 f.)

Diese Forderungen sind heute so aktuell wie vor 13 Jahren, nur waren sie bislang kaum Leitlinien kulturpolitischen Handelns. Notwendig ist zuallererst, die traditionellen Kulturen der Einwanderungsgruppen und die neuentstandenen »hybriden« Kulturen der zweiten und dritten Migrantengeneration als gleichwertige Kultur- und Kunstformen der bundesrepublikanischen Kulturlandschaft wahrzunehmen und als solche auch in den Bereich der Förderpolitik einzubeziehen. Das setzt voraus, dass die traditionellen und soziokulturellen Fördermaßstäbe daraufhin überprüft werden, inwieweit sie nicht auf einem Kulturverständnis beruhen, das diese Einbeziehung erschwert oder gar verunmöglicht. Damit ist nicht eine Aufgabe von qualitativen Maßstäben gemeint, sondern die Überprüfung der theoretischen Prämissen des Fördersystems und ihres zugrunde liegenden Kulturverständnisses mit seinen traditionellen Bezügen und seinem nationalen Kontext.

Die Einbeziehung kultureller Angebote von und für Migranten in die kulturpolitische Förderung kann, aber muss nicht heißen, eigene Fördertöpfe zu schaffen oder Fördermitteln zu quotieren. Solche Formen sind gerade wegen der damit verbundenen Ethnisierung nicht unproblematisch und – wie auch in der allgemeinen Darstellung der Politik der Multikultur deutlich wurde – zu Recht umstritten.[11] Die Gefahr ist nicht auszuschließen, dass ethnische Zugehörigkeit an die Stelle künstlerischer und kultureller Qualität tritt.

Gleichwohl sollte eine solche Form »positiver Diskriminierung« nicht ausgeschlossen werden, nicht nur weil in anderen Ländern damit gute Erfahrungen gemacht wurden. Sie haben auch hierzulande, vor allem in der von der Frauenbewegung thematisierten Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter, in die Poli-

11 Hier gehen die Auffassungen auch bei den Befürwortern multikultureller Konzepte sehr auseinander. Beispielsweise plädiert Micha Brumlik bei seinen Vorschlägen für einen »individualistischen Multikulturalismus« für eine »klare Absage an Gruppenrechte« mit Ausnahme von Ureinwohnern und geschlossenen Flüchtlingsgruppen. (Brumlik 1998: 952) Brumlik argumentiert damit ähnlich wie Jürgen Habermas, der die subpolitische Ebene kollektiver Identitäten strikt von der Neutralität der Rechtsordnung gegenüber der Vielfalt der Lebensformen abgrenzt und einen »administrativen Artenschutz« ablehnt. (Habermas 1993: 173)
Demgegenüber sieht der Staatsrechtler Ulrich K. Preuß – bei aller Skepsis, die er den gegenwärtigen Umsetzungsmöglichkeiten entgegenbringt – gerade in der Relativierung der Unterscheidung zwischen besonderen Eigenschaften der Individuen (Rasse, Herkunft, Geschlecht etc.) und der öffentlichen Sphäre des Rechts und der Politik sowie in der Forderung nach angemessener öffentlicher Repräsentation auf Grund der »eigen-artigen Identität von Individuen und Gruppen« die multikulturelle Gesellschaft als eine »produktive Herausforderung des republikanischen Verfassungsideals« und Möglichkeit seiner Fortentwicklung »in Richtung auf eine höhere Empfindsamkeit und Antwortfähigkeit gegenüber den politischen Bedürfnissen der Bürger«. (Preuß 1998: 74f.) In eine ähnliche Richtung argumentiert auch der Staatsrechtler Erhard Denninger, der dafür plädiert, das Spannungsverhältnis zwischen »dem ›alten‹ Ideal einer nationalstaatlich fundierten *Gleichheit* aller Bürger und dem ›neuen‹ Ideal der Koexistenz einer ethnischen, kulturellen und sprachlichen *Vielfalt*« aufzulösen und den Rechtsstaat »angesichts des in ›neuen sozialen Bewegungen‹ und in Entwicklungen zur ›Multikulturalität‹ zum Ausdruck kommenden neuen Pluralismus weiterzuentwickeln«. (Denninger 1994: 111, 113)

tik Eingang gefunden und heute allgemein akzeptierte Förderinstrumente geschaffen. Die vorschnelle ideologische Abwehr dieser Diskussion ist deshalb nicht akzeptabel.[12]

Dabei ist die kulturpolitische Überprüfung im Hinblick auf die Förderung von Migrantenkulturen nur ein Teil einer allgemeinen Inventur bestehender Kulturförderung und ihrer Institutionen. Auch die künstlerischen und kulturellen Entwicklungen einer wachsenden spartenübergreifenden »Cross-Culture« verlangen den Ausbruch aus dem Gefängnis spartenorientierter Förderpolitik.

Migration und multikulturelles Zusammenleben sind Form und Ausdruck der heutigen Gesellschaften in einer globalisierten Welt. Wenn von der vielgestaltigen ethnischen und kulturellen Zusammensetzung der bundesrepublikanischen Gesellschaft ausgegangen wird und davon, dass die meisten dieser über sieben Millionen Menschen auf Dauer hier leben wollen, ohne mit ihrer Kultur brechen und sich vollständig assimilieren zu müssen, dann ist es unumgänglich, dass auch die Kulturpolitik ihren Anteil zum Zusammenleben der Kulturen durch eine entsprechende Praxis beiträgt. In diesem Sinne muss sie sich auf die neue multiethnische und multikulturelle Wirklichkeit des Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland einlassen und ihre bisherigen konzeptionellen Grundlagen und vor allem auch ihre praktische Förderpolitik revidieren.

Literatur

Ackermann, Andreas/Müller, Klaus E. (Hrsg.) (2002): *Patchwork. Dimensionen multikultureller Gesellschaften. Geschichte, Problematik und Chancen*, Bielefeld: transcript Verlag

Anderson, Benedict (1996): *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt am Main/New York: Campus

Bade, Klaus (2000): *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München: C. H. Beck

Bade, Klaus (Hrsg.) (1992): *Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart*, Frankfurt am Main/Wien: Büchergilde Gutenberg

Barber, Benjamin (1999): *Demokratie im Würgegriff. Kapitalismus und Fundamentalismus – eine unheilige Allianz*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag (ursprünglich erschienen unter dem Titel *Coca Cola und heiliger Krieg. Wie Kapitalismus und Fundamentalismus Demokratie und Freiheit abschaffen*, Bern/München/Wien: Scherz Verlag 1996)

Barfuß, Georg (2003): »Gelebte Multikulturalität«. Vortrag auf der Tagung »Stadtgestalt – ihre kulturellen Dimension« der *Evangelischen Akademie Tutzing* in Zusammenarbeit mit der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, Landesgruppe Bayern vom 7.- 9.2.2003

Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (2002): *Bericht der Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn

Beckstein, Günther (1999): »Annäherung an die Leitkultur«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 3/1999, S. 44.45

12 Diese Diskussion kann durch die gerade veröffentlichte »politisch-philosophische Kontroverse« zwischen Nancy Fraser und Axel Honneth unter dem Titel »Umverteilung oder Anerkennung« (Fraser/Honneth 2003) einen neuen Impuls bekommen. Auf den Ebenen der Moralphilosophie, der Gesellschaftstheorie und der politischen Analyse wird hier über einen angemessenen Begriff der »Gerechtigkeit« gestritten und darüber, inwieweit die Kategorie der »Anerkennung« auch eine Politik der Umverteilung umfasst. Dabei werden zentrale Kritiken linker Gesellschaftstheorie am politischen Konzept der Multikulturalität und ihrer Verknüpfung mit einer »Politik der Anerkennung« diskutiert.

Berger, Peter L. (2002): »Introduction: The Cultural Dynamics of Globalization«, in: Berger, Peter L./Huntington, Samuel P. (Ed.): *Many Globalizations. Cultural Diversity in the Contemporary World*, Oxford: University Press, S. 1-16

Betz, Joachim/Brüne, Stefan (2000): »Globale Kommunikation und kulturelle Moderne – Die Reformagenda des Südens«, in: *Jahrbuch Dritte Welt 2001*, München: Verlag C. H. Beck (Beck'sche Reihe, 1384), S. 7-18

Bourdieu, Pierre/Waequant, Loïc (2000) : »Schöne neue Begriffswelt«, in: *Le Monde diplomatique*, Mai 2000, S. 7

Breidenbach, Joana/Zukrigl, Ina (1998): *Tanz der Kulturen. Kulturelle Identität in einer globalisierten Welt*, München: Kunstmann

Brumlik, Micha (1998): »Selbstachtung und nationale Kultur. Zur politischen Ethik multikultureller Gesellschaften«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 8/1998, S. 941-952

Brumlik, Micha/Leggewie, Claus (1992): »Konturen der Einwandungsgesellschaft: Nationale Identität, Multikulturalismus und ›Civil Society‹«, in: Bade, Klaus J. (Hrsg.): *Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart*, München: C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, S. 430-442

Castells, Manuel (2001): *Das Informationszeitalter I: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, Opladen: Leske + Budrich

Castells, Manuel (2002): *Das Informationszeitalter II: Die Macht der Identität*, Opladen: Leske + Budrich

Castles, Stephen (1992): »Verunsicherte Bevölkerung, Migranten und wachsender Rassismus. Massenhafte Wanderungsbewegungen erfassen die gesamte Welt«, in: *Frankfurter Rundschau*, 12. Oktober 1992

Chiellino, Carmine (Hrsg.) (2000): *Interkulturelle Literatur in Deutschland. Ein Handbuch*, Stuttgart/Weimar: J. B. Metzler Verlag

Cohn-Bendit, Daniel/Schmid, Thomas (1992): *Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie*, Hamburg: Hoffmann und Campe

D'Angelo, Mario (1998): »Vom Gedeih und Verderb der Independent Labels«, in: *Le Monde diplomatique*, Juni 1998, S. 12-13

Denninger, Erhard (1994): »Sicherheit/Vielfalt/ Solidarität: Ethisierung der Verfassung?, in: Preuß, Ulrich K. (Hrsg.): *Zum Begriff der Verfassung. Die Ordnung des Politischen*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 95-129

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002): *Schlussbericht der Enquete-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft«*, Opladen: Leske + Budrich

Düttmann, Alexander García (1997): *Zwischen den Kulturen. Spannungen im Kampf um Anerkennung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (es 1978)

Fleisch, Herbert (2001): »Weltbevölkerung und Verstädterung«, in: Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.): *Globale Trends 2002. Fakten, Analysen, Prognosen*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 93-111

Fraser, Nancy/Honneth, Axel (2003): *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Geertz, Clifford (1996): *Welt in Stücken. Kultur und Politik am Ende des 20. Jahrhunderts*, Wien: Passagen Verlag

Giddens, Anthony (1997): *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Zweite Moderne)

Glaser, Hermann (2001): »Kultur und Identität«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 50/2001, S. 3-5

Glissant, Éduard (1999): *Traktat über die Welt*, Heidelberg: Das Wunderhorn

Gutman, Amy (1993): »Kommentar«, in: Taylor, Charles: *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt am Main: S. Fischer, S. 117-145

Habermas, Jürgen (1993): »Anerkennungskämpfe im demokratischen Rechtsstaat«, in: Taylor, Charles: *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag, S. 147-196

Habermas, Jürgen (1996): »Der europäische Nationalstaat. Zu Vergangenheit und Zukunft von Souveränität und Staatbürgerschaft«, in: ders.: *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Hachmeister, Lutz/Rager, Günther (Hrsg.) (2002): *Wer beherrscht die Medien? Die 50 größten Medienkonzerne der Welt. Jahrbuch 2003*, München: Verlag C. H. Beck

Harpprecht, Klaus (2000): »Arche Nova der Menschheit«, in: *Süddeutsche Zeitung* 14.11. 2000

Hartmann, Peter C. (2001): *Kulturgeschichte des Heiligen Römischen Reiches 1648 bis 1806. Verfassung, Religion, Kultur*, Wien u. a.: Böhlau

Herder, Johann Gottfried (1784-1791/1995): *Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit*, Bodenheim: Syndikat

Huntington, Samuel (1996): *Der Kampf der Kulturen – The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München/Wien

Klein, Naomi (2001): *No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht*, München: Riemann

Kramer, Dieter (2001): »Kulturkonflikte und interkultureller Dialog«, in: Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.): *Globale Trends 2002. Fakten,Analysen, Prognosen*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 199-215

Kymlicka, Will (2000): *Multikulturalismus und Demokratie. Über Minderheiten in Staaten und Nationen*, Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg

Leggewie, Claus (2000): »Hybridkulturen«, in: *Merkur*, Heft 617/618 (9-10/2000), S. 878-889

Leggewie, Claus (1990): *Multi Kulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik*, Berlin: Rotbuch Verlag

Lipsitz, George (1999): *Dangerous Crossroads. Popmusik, Postmoderne und die Poesie des Lokalen*, St. Andrä-Wördern: Hannibal

Loycke, Almut (Hrsg.) (1992): *Der Gast der bleibt. Dimensionen von Georg Simmels Analyse des Fremdseins*, Frankfurt am Main/New York: Campus

Margalit, Avishai (1997): *Politik der Würde. Über Achtung und Verachtung*, Berlin: Alexander Fest Verlag

Marko, Joseph/Burkert-Dottolo, Günther R. (Hrsg.) (2000): *Mulikulturelle Gesellschaft und Demokratie*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft

Mayer, Ruth/Terkessidis, Mark (Hrsg.) (1998): *Global kolorit. Multikulturalismus und Populärkultur*, St. Andrä/Wördern: Hannibal Verlag

Meyer, Thomas (2003): *Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede*, Frankfurt am Main: edition suhrkamp

Neubert, Stefan/Roth, Hans-Joachim/Yildiz, Erol (Hrsg.) (2002): *Multikulturalität in der Diskussion. Neuere Beiträge zu einem unstrittenen Konzept*, Opladen: Leske + Budrich

Ostendorf, Berndt (1996): »Probleme mit der Differenz. Historische Ursachen und gesellschaftliche Konsequenzen der Selbstethnisierung in den USA«, in: Heitmeyer, Wilhelm/Dollase, Rainer: *Die bedrängte Toleranz*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 155-178

Polt, Gerhard (2002): »Kleine Heimatkunde«, in: ders.: *Circus Maximus. Das gesammelte Werk*, Frankfurt am Main: Zweitausendeins

Preuß, Ulrich K. (1998): »Die Belagerung des liberalen Verfassungsstaates durch die multikulturelle Gesellschaft«, in: *Leviathan*, Heft 1/1998, S. 60-76

Robertson, Roland (1998): »Glokalisierung: Homogenität in Raum und Zeit«, in: Beck, Ulrich (Hrsg.): *Perspektiven der Weltgesellschaft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Zweite Moderne), S. 192-220

Rommelspacher, Birgit (2002): *Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft*, Frankfurt am Main, New York: Campus

Sassen, Saskia (1996): *Migranten, Siedler, Flüchtlinge. Von der Massenauswanderung zur Festung Europa*, Frankfurt am Main: Fischer

Schulte, Axel (1990): »Multikulturelle Gesellschaft: Chance, Ideologie oder Bedrohung?«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 23-24, S. 3-15

Simmel, Georg (1992): *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Gesamtausgabe Band 11, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Taylor, Charles (1993): *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt am Main: S. Fischer

Terkessidis, Mark (2000): *Migranten*, Hamburg: Europäische Verlagsanstalt/Rotbuch Verlag

Thomaß, Barbara/Kleinsteuber, Hans J./Gries, Werner (2001): »Medien und Wissensgesellschaft«: in: Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.): *Globale Trends 2002*, Frankfurt am Main, S. 181-197

Tibi, Bassam (1998): *Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft*, München

Turgay, Mehmet Nyazi (1992): »Arbeitgruppe 3: Kultur und ihre Vermittlung«, in: Haerdter, Michael u. a. (Hrsg.): *Facetten des Fremden. Europa zwischen Nationalismus und Integration*, Berlin: Argon Verlag, S. 235-237

Unabhängige Kommission »Zuwanderung« (2001): *Zuwanderung gestalten. Integration fördern. Bericht der Unabhängigen Kommission »Zuwanderung«*, Berlin

UNESCO (2000): *World Culture Report 2000 – Cultural Diversity, Conflict and Pluralism*, Paris

Valentin, Karl (1985): *Die Fremden. Gesammelte Werke in einem Band*, München: Piper

Wagner, Bernd (2001): »Multikultur als Aufgabe kulturpolitischen Handelns in Zeiten der Globalisierung«, in: ders. (Hrsg.): *Kulturelle Globalisierung. Zwischen Weltkultur und kultureller Fragmentierung*, Frankfurt am Main/Essen: Klartext Verlag, S. 142-169

Welsch, Wolfgang (2002): »Netzdesign der Kulturen«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 1/2002

Wolbring, Barbara (1996): »›Auch ich in Arkadien!‹ Die bürgerliche Kunst- und Bildungsreise im 19. Jahrhundert«, in: Hein, Dieter/Schulz, Andreas (Hrsg.): *Bürgerkultur im 19. Jahrhundert. Bgildung, Kunst und Lebenswelt*, München: C. H. Beck, S. 82-101

RITA SÜSSMUTH

Zuwanderung: Kulturelle Chancen und Herausforderung für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft

Einleitung

Wir leben erneut in einer Zeit weltweiter Migration. Das ist ein unwiderlegbarer Tatbestand, auf den wir uns einzurichten haben. Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland, in dem Zugewanderte inzwischen in der zweiten und dritten Generation leben.

Menschen verlassen ihre Heimat, wandern über Grenzen hinweg, suchen Aufnahme in einem Land ihrer Hoffnung. Mehr als 12,15 Millionen sind auf der Flucht, überwiegend in den Nachbarländern ihrer Heimat. Politische Verfolgung, Krieg, Armut und Naturkatastrophen haben sie zur Flucht gezwungen.

Andere sind freiwillig unterwegs in andere Länder: Wissenschaftler, Künstler, Sportler, Musiker sowie Fachkräfte und Vertreter der Wirtschaft nutzen ihre Chancen in einer globalisierten Welt, die weltweite Kommunikation und Mobilität ermöglicht. Sie kommen aus allen Erdteilen: Asien, Afrika, Osteuropa, Lateinamerika.

Bevorzugte Länder und Kontinente für Neuzuwanderer sind USA, Kanada, Australien und Europa. Dabei begegnen sich unterschiedliche Kulturen und Religionen, Menschen mit verschiedensten Sprachen, eigener Lebensart und Lebensgewohnheiten.

Das empfinden viele als Bedrohung der eigenen kulturellen Identität und nur eine Minderheit eher als Bereicherung. Von daher wird Fremden, dem Andersartigen eher ablehnend als bejahend begegnet. Es besteht ein dringender Handlungsbedarf umzulernen – im Bildungsprozess wie im täglichen Miteinander. Denn wir haben es nicht nur mit einem Zeitalter der Migration, sondern zugleich mit einem Zeitalter interkulturellen Lernens zu tun, der Auseinandersetzung mit der eigenen und mit fremden Kulturen.

Deutschland – ein Zuwanderungsland

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Zuwanderungsland und wird auch in nächster Zukunft eins bleiben. Die deutsche Politik hat diese Tatsache jahrelang nicht anerkannt und Integrationspotential verschwendet. Weil Deutschland den dauerhaften Aufenthalt von Migranten und die kulturelle Vielfalt ihrer Gesellschaft verneinte und kein politisches Konzept der langfristigen Einbindung der Migranten verlangte oder verfasste, wurde viele Jahre die Integration vernachlässigt. Ohne eine klare Aufenthaltsperspektive in der Bundesrepublik Deutschland haben auch viele Zuwanderer Chancen verspielt, die deutsche Sprache zu lernen und sich in die Gesellschaft zu integrieren.

Im September 2000 beauftragte Bundesinnenminister Otto Schily die *Unabhängige Kommission »Zuwanderung«* unter meinem Vorsitz mit der Aufgabe, konkrete Empfehlungen für eine zukünftige Zuwanderung und Integration zu erarbeiten. Die überparteiliche Kommission mit Vertretern aus den Bereichen Wirtschaft, Gewerkschaft, mit Experten aus verschiedenen Wissenschaftsbereichen, der Kirchen, des *Städtetags*, des *UNHCR* wie auch aus den Parteien entwickelte von September 2000 bis Anfang Juli 2001 ein Gesamtkonzept für ein Zuwanderungsgesetz.

Unsere Aufgabe war es, ein ganzheitliches Konzept zur arbeitsmarkt- und demographisch bedingten Zuwanderung, zu notwendigen Neuregelungen im Bereich der humanitären Verpflichtungen, zur Integration und zur besseren Organisation der Zuständigkeiten und Verwaltung vorzulegen. Unser Bericht trägt den Titel »Zuwanderung gestalten – Integration fördern«.

Unser Ziel war es, nicht nur auf kurzfristige, sondern gerade auf die mittel- und längerfristigen Anforderungen und Entwicklungen Antworten oder zumindest teilweise Antworten zu geben. Dazu waren wir auf Expertenwissen und verfügbare Forschungsergebnisse angewiesen. Wir haben eine Reihe von Gutachten in Auftrag gegeben und Anhörungen mit Experten aus dem In- und Ausland durchgeführt. Zu den wichtigen Experten bei den Anhörungen zählten die in der Praxis Tätigen, Deutsche wie Nichtdeutsche, unmittelbar und mittelbar Betroffene.

Wir verfolgten einen ganzheitlichen Ansatz, bei dem Zuwanderung und Integration eine Einheit bilden, aber auch Öffnung und Begrenzung, Rechte und Pflichten. Wir fragten nach dem Verhältnis von Bereicherung und Belastung, nach Möglichkeiten, Abwehr zu verringern und Akzeptanz zu erhöhen, nach guten Integrationskonzepten und den dazu erforderlichen Maßnahmen. Wir entwickelten Vorschläge zur Durchlässigkeit unseres Systems, das heißt Zuwanderung nicht nur von außen, sondern auch für die bei uns seit vielen Jahren lebenden Flüchtlinge.

Der darauf folgenden Gesetzesinitiative »zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern« (»Zuwanderungsgesetz«) hat den Willen gezeigt, den bisherigen Zuwanderungskurs deutlich ändern zu wollen. Die Art, in der dieses Gesetz vom Bundesrat verabschiedet wurde und woran das Gesetz im

Dezember 2002 mit dem Urteil des *Bundesverfassungsgerichtes* scheiterte, unterstreichen, dass die deutsche Politik nur am Anfang eines Paradigmenwechsels steht.

Das Zuwanderungsgesetz wurde im Januar erneut unverändert von der Bundesregierung in den Bundesrat eingebracht. Die *CDU/CSU* hat mit 137 Änderungsanträgen eine grundlegende Neuausrichtung des Gesetzes gefordert. Die wichtigsten Forderungen sind:

- *Arbeitsmigration*: Der Anwerbestopp soll aufrecht erhalten werden, hochqualifizierte Arbeitskräfte sollen einwandern dürfen mit einer Aufenthaltserlaubnis zunächst befristet auf fünf Jahre und nach dem Prinzip des Vorrangs von deutschen und EU-Bürgern.
- *Ehepartner*: Ehepartner sollen erst nach einem vierjährigen Aufenthalt (statt vom Gesetz vorgeschlagen zwei Jahren) ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bekommen.
- *Familiennachzug*: Das Familiennachzugsalter soll gesenkt werden auf zehn Jahre ohne Ausnahmeregelung.
- *Flüchtlinge*: Opfer von nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung sollen keinen verbesserten Aufenthaltsstatus bekommen. Sie sollen weiterhin ihren ungefestigten Flüchtlingsstatus behalten.
- *Integration*: Änderungsanträge aus Bayern und Saarland verlangen die Übernahme der Integrationskosten durch den Bund und eine Kostenverlagerung auf die Zuwanderer. Sie sollen am Anfang des Visumverfahrens eine Art »Kaution« hinterlegen, die zum Teil nach der Teilnahme an den Integrationskursen zurückgegeben werden.
- *Staatsangehörigkeitsrecht*: Dieses Recht soll nur an in Deuschland geborene ausländische Kinder verliehen werden, wenn bereits ein Elternteil in Deutschland geboren wurde. Dies bedeutet, dass Ausländer der dritten Generation erst durch das *ius-soli*-Prinzip Staatsbürger werden könnten.
- *Straftäter*: Ausländische Jugendliche, die in einem Jugendstrafverfahren mehr als ein Jahr Haft bekommen, sollen ausgewiesen werden können.

Das bisherige Gesetz ist bereits ein Kompromißgesetz. Die geforderten Verschärfungen werden zu sehr schwierigen Verhandlungen führen. Die Entscheidung über das Zustandekommen eines modifizierten Zuwanderungsgesetzes fällt im Vermittlungsausschuss. So dringlich die Gestaltung der Zuwanderung und der Integration ist, der Ausgang der Beratung bleibt weiterhin offen.

Das *Bild der Zuwanderer* wird oft vereinfacht in Politik, Gesellschaft und den Medien dargestellt. Zu oft wird die Frage der Zuwanderung ausschließlich in einem Kosten-Nutzen-Schema diskutiert und als Basis für die Meinungsbildung verwendet. Aspekte der kulturellen Bereicherung, des internationalen Wissensaustauschs und der Vernetzung sowie der demographischen Notwendigkeit stehen als Entscheidungskriterien weniger im Vordergrund.

Dabei ist die Frage der Zuwanderung in Deutschland kein Nullsummenspiel. Das bedeutet, dass sich die Zuwanderer nicht unabhängig von der Entwicklung

der einheimischen Gesellschaft verhalten, sondern dass sich die Gesamtgesellschaft gemeinsam und abhängig von ihrem Zuwandereranteil verändert. Die Entwicklung der Zuwanderer und der Gesamtgesellschaft gehören untrennbar zusammen. Infolgedessen kann der politische und gesellschaftliche Umgang mit der Zuwanderung als eine Art Zugewinngemeinschaft verstanden werden, weil in der Zukunft die Teilgesellschaften (Zugewanderte und Ansässige) entweder gemeinsam gewinnen oder gemeinsam verlieren. Nach den neuesten Statistiken aus dem Jahr 2000 liegt der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung bei 8,9 Prozent. Das sind ca. 7,3 Millionen Menschen.

Ein Maßstab, an dem die *Integration* gemessen werden kann, ist die Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems, Schüler mit Migrationshintergrund erfolgreich auszubilden und dadurch die Chancengleichheit zu verbessern. Die Integration wird erleichtert, wenn neben kulturellen Unterschieden keine zusätzlichen und massiven »social cleavages« wie ökonomische und sozial bedingte Bildungsunterschiede zwischen den Zugewanderten und den deutschen Jugendlichen die Zusammenführung erschweren. Diese Aufgabe im Bildungsbereich ist besonders wichtig für die zweite und nachfolgende Zuwanderungsgenerationen. Diese Generationen sind in der deutschen Gesellschaft aufgewachsen und bieten die Möglichkeit, von ihr gesteuert und geprägt zu werden.

Die bessere Integration in die deutsche Gesellschaft kann aber nicht nur durch die neue Gesetzgebung stattfinden. Die aktive Teilnahme der deutschen Bürger und der Zuwanderer an diesem Prozess ist unverzichtbar. Die aktive Teilhabe der Gesellschaft an der Integration wird für die Zukunft des Zusammenlebens mit Jugendlichen entscheidend sein.

Obwohl Deutschland kein klassisches Einwanderungsland ist, wurde es – wie auch andere Zuwanderungsländer dieses Jahrhunderts – zum Zielland von Zuwanderung. Gegenwärtig gibt es nirgendwo auf der Welt ein Land, das noch ein Einwanderungsland im klassischen Sinne ist – mit offenen Grenzen, das die Verfolgten und Armen anderer Länder rekrutiert. Der einzige Unterschied heute zwischen Deutschland und den ehemaligen »klassischen« Zuwanderungsländern ist, dass die Zuwanderungssteuerung in der Bundesrepublik Deutschland erst eine Tradition zu bilden beginnt.

Weil Deutschland in Zukunft ein *Zielland der globalen Zuwanderung* bleiben wird, ist die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit und der Dialog über dieses Thema weiterhin dringend, bis ein augenscheinlicher Paradigmenwechsel in Gesellschaft, Politik und Medien vollzogen ist. Die Bearbeitung dieses Themas und der Umgang mit Zuwanderung wird den zukünftigen Erfolg der deutschen Gesamtgesellschaft bestimmen. Die große Aufgabe, eine Tradition der Zuwanderungssteuerung und Integration in Deutschland zu bilden, stellt insbesondere angesichts der kulturellen Vielfalt eine Herausforderung und eine Chance zugleich dar. Es gibt über 120 Staaten, die in der Bundesrepublik diplomatisch und kulturell vertreten sind. Ende 2000 waren 25,7 Prozent aller in Deutschland lebenden Ausländer Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten. Interessant ist, dass die Herkunft der

zwei größten Zuwanderungsgruppen sich außerhalb der EU befindet. Die größte Zuwanderungsgruppe bildeten Ende 2000 die türkischen Staatsbürger mit 2 Mio. Personen (27,4 % der ausländischen Bevölkerung), die zweitgrößte waren Staatsangehörige der Bundesrepublik Jugoslawien mit 662 495 Personen (9,1 % der ausländischen Bevölkerung). In Deutschland leben 3 Millionen Muslime, in Frankreich 6 Millionen, in der Europäischen Union insgesamt 20 Millionen.

Der Umgang mit kultureller Vielfalt

Je mehr Menschen auf der Flucht sind und Zuflucht in sicheren Ländern suchen, desto schärfer wird die Frage der Aufnahmefähigkeit und der Integrationsmöglichkeit gestellt.

Die Debatten beziehen sich nicht nur auf die hohen Sozialkosten, sondern mit oft noch größerer Leidenschaft auf die Frage, welche Kulturen miteinander vereinbar und unvereinbar seien. Nach den Terroranschläge vom 11. September 2001 wurde immer häufiger die These von der Unvereinbarkeit der muslimischen und der europäischen Kultur zum Thema gemacht: Die politisch Verantwortlichen in Deutschland riefen zum Dialog der Kulturen auf, aber in der Öffentlichkeit wurde das Trennende zwischen den Kulturen zur Hauptfrage erhoben. Es bedarf großer geistiger Anstrengungen, um das Verbindende zwischen den Kulturen überzeugend herauszuarbeiten und zu vermitteln. Auf der einen Seite sind die Grenzen zum Fundamentalismus im Islam deutlich zu ziehen, andererseits gilt es, den muslimischen Glauben nicht pauschal als fundamentalistisch einzustufen, sondern als Weltreligion besser kennen zu lernen.

Es ist dringend erforderlich, den Dialog zwischen den verschiedenen Kulturen und Religionen, insbesondere zwischen Christen, Juden und Muslimen zu führen, um mit den gemeinsamen Werten und den Unterschieden vertraut zu werden. Kenntnisse allein genügen nicht. Entscheidend sind die Einstellung, die Akzeptanz und die prinzipielle Wertschätzung der Religion und Kultur des Anderen.

Ein friedliches Miteinander ist aber nicht möglich ohne die Anerkennung der Verfassung und Gesetze durch alle, die in einem Land leben. Das ist kein leicht zu erreichendes Ziel. Der Prozess geht einher mit Spannungen und Konflikten, Fremdheiten und Annäherungen, Abgrenzungen und Offenheit auf der Seite aller Beteiligten. Wer für sich in Anspruch nimmt, den allein wahren Standpunkt, die Wahrheit, zu vertreten, der schließt kulturelle Vielfalt aus. Dort kann ein friedliches Miteinander nicht gelingen. Insofern ist der Frage der kulturellen Grenzen nicht einfach mit Abwehr zu begegnen, sondern sie ist argumentativ aufzunehmen und zu erörtern. Wo von Grenzen die Rede ist, haben wir es zugleich mit Begrenzungen und Entgrenzungen zu tun.

Staatliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Grenzen sind von Menschen gemacht; anders ist es bei Grenzen, die wir in Form von Meeren, Bergen oder auch Wüsten vorfinden. Aber selbst diese versucht der Mensch technisch zu überwinden. Grenzen dienen der Absicherung des eigenen Staatsgebietes. Die Be-

deutung des eigenen Staats in gesicherten Grenzen ist umso zentraler, je weniger dessen Existenz gewährleistet ist. Beispielhaft sind hier Polen, Israel und Palästina zu nennen. Polen mit seiner 120-jährigen Geschichte von Eroberung und Teilung hat bis 1990 um die Anerkennung seiner Grenzen gekämpft. Es geht um Sicherheiten und Zugehörigkeit der Bürgerinnen und Bürger, um nationale und kulturelle Identität wie auch um die Beziehungen zu den angrenzenden Nachbarstaaten.

Jede einzelne Nation hat ihre eigene Geschichte, ihre Tradition, ihre Sprache und Religion(en), ihre Rechtsordnung, Lebensart und Lebensgewohnheiten. Wir sprechen von der jeweils eigenen Kultur, die gewachsen ist im Austausch mit Menschen anderer Kulturen. In der Vergangenheit wurde zu wenig darüber aufgeklärt, in welchem Maße die verschiedenen Kulturen von außen beeinflusst worden sind, welchen Beitrag dazu gerade auch die europäische und außereuropäische Migration geleistet hat.

Die Annahme, dass Menschen möglichst homogene Kulturen brauchen, ist eine Fiktion. Einheitliche Sprache, eine Religion, eine Nationalität und einheitliche Lebensart sind Konstrukte, spiegeln aber nicht die Realität menschlichen Zusammenlebens. In den meisten Staaten der Welt haben wir es mit heterogenen Kulturmustern und Lebensformen zu tun: Vielfalt der Sprachen, der Religionen, der Geschichte und dennoch eine für alle verbindliche Verfassung, verbindliche Gesetze mit verbindlichen Werten und Normen, die den Alltag des Zusammenlebens prägen.

Menschen sind es, die Grenzen öffnen und sie verschieben, sie sogar aufheben, aber auch abschotten und blockieren. Grenzen können ebenso offene wie verschlossene Tore sein. So hat die Europäische Union Grenzen abgebaut, Grenzkontrollen zur Ausnahme gemacht, aber gleichzeitig die Außengrenzen verstärkt, den Zugang für Angehörige aus Drittstaaten erschwert. Innerhalb der EU sind die Binnengrenzen fast bedeutungslos. Was die Angehörigen innerhalb der EU verbindet, ist mehr als der freie Warenverkehr, die Freizügigkeit der EU-Bürger. Entscheidend ist bei allen kulturellen Unterschieden die gemeinsame Wertegemeinschaft, die kulturelle Identität.

Kulturelle Identität entsteht durch Aneignung der eigenen Geschichte und durch Vergleich mit anderen Kulturen. Die Frage lautet: Wer bin ich im Vergleich zu anderen, zu unseren westlichen und östlichen Nachbarn, zu Amerikanern, Asiaten oder Afrikanern. Dabei wird bewusst, wie schwierig die genauen Abgrenzungen sind, wie stark die eigene Kultur von anderen Kulturen immer wieder beeinflusst wurde, von der griechischen, römischen, der jüdischen und arabischen Kultur.

Wo Menschen von einem zu einem anderen Land wandern, kommt es zu kulturellen Begegnungen. So haben die Hugenotten französisches Denken und Leben nach Brandenburg gebracht. Der Preußenkönig Friedrich der Große holte französische Philosophen und Literaten in sein Land.

Die Polen brachten ihre Kultur nach Deutschland und umgekehrt die Deutschen ihre Kultur nach Polen, Russland, in die Ukraine und in die baltischen Staa-

ten. Vieles geschah freiwillig, vieles auch durch Fremdherrschaft. Viel älter als die nationalen Kulturen ist die europäische Kultur.

Die europäische Kultur mit Ihren Facetten aus Ost und West, Nord und Süd war höchst heterogen, nicht homogen. Und doch gibt es bestimmte dominante Merkmale, die sie von anderen unterscheidet.

Mit europäischer Kultur verbinden wir: den antiken und den modernen Humanismus mit stark philosophischer Verankerung, die jüdische und christliche Religion mit ihren Menschenbildern, ihrer Eschatologie, ihrer Freiheits- und Verantwortungsethik, ihrer Liebes- und Erlösungsbotschaft, der christlichen Soziallehre, der Identität und Würde der Person. Hinzu kommt die hohe Bedeutung des Rechts und des Rechtsstaats, die Aufklärung, die Entstehung der Demokratie und der Menschenrechte sowie der – wenn auch späten Anerkennung – Gleichberechtigung von Mann und Frau, des Rechtsschutzes der ethnischen und kulturellen Minderheiten, der Religionsfreiheit wie der Meinungsfreiheit.

In den europäischen Verfassungen sind die gemeinsamen, die Europäer verbindenden, Werte festgehalten. Der Zugang zur Europäischen Union ist an zentrale Voraussetzungen gebunden: an die Anerkennung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, freie- und soziale Marktwirtschaft sowie die Einhaltung der Menschenrechte, den Minderheitsschutz und den Flüchtlingsschutz.

Im Streit um die Zuwanderungspolitik der Europäischen Union wird gefragt: Wer sollte in Europa zuwandern? Wie viel kulturelle Vielfalt vertragen die Mitgliedstaaten der EU? Bei diesen Fragen werden die alten Ängste und Abwehrmechanismen deutlich verstärkt. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York, terroristische Anschläge in verschiedenen Regionen der Welt vertiefen die Kluft zwischen den Kulturen – insbesondere die zu den muslimischen Kulturen. Sie werden pauschal als unvereinbar mit der europäische Kultur, ihren Werten und Normen beurteilt. Zuwandern sollen ausschließlich Migranten aus Europa oder europäischen Kulturen wie Lateinamerika, so lauten Forderungen aus EU-Mitgliedstaaten, auch aus Deutschland.

Aber in Europa leben 20 Millionen Muslime, europäisch und demokratisch gesinnte, gut integrierte mit qualifizierten Schul- und Berufsabschlüssen, gläubig und säkular ausgerichtete Muslime, die die Verfassung wie auch die Gesetze kennen und achten. Daneben gibt es fundamentalistische Minderheiten.

Dennoch kommt es entscheidend darauf an, den Blick nicht einseitig auf das Andersartige und Trennende, sondern auf das Gemeinsame und Verbindende zu richten, sich mit dem Koran und seiner Interpretation vertraut zu machen, statt auf der Grundlage von vermeintlichem Wissen und Vorurteilen eine Unvereinbarkeit apodiktisch und pauschal zu behaupten.

Insofern leben wir nicht nur in einer Zeit der Migration, sondern vor allem auch in einer Zeit des interkulturellen Lernens und der Auseinandersetzung mit der eigenen und den uns fremden Kulturen.

Das ist eine immense Herausforderung, ein schwieriger, konflikthafter aber auch bereichernder Prozess, der unser Denken und Handeln erweitert. Je schwä-

cher unsere eigene Identität ist, je weniger wir von uns selbst wissen, desto geringer ist die Bereitschaft, sich dem Unbekannten gegenüber zu öffnen, sich mit ihm vertraut zu machen und es anzuerkennen. Dabei gibt es Grenzen des Verstehens wie auch Grenzen der Toleranz. Die Verweigerung der Menschenrechte, die Absage an Gleichberechtigung von Mann und Frau, die willkürliche Gewaltanwendung, Unterdrückung und Folter können und dürfen nicht hingenommen werden. Das Miteinander in Europa erfordert die in unseren Verfassungen und Gesetzen verankerten Werte und Normen. Aber kulturelle Unterschiede sind nicht gleichzusetzen mit kulturellen Grenzen, die als unüberbrückbar erscheinen. Grenzen wahrzunehmen kann nicht beinhalten, sie hinzunehmen und zu belassen wie sie sind.

Manche Menschen bauen mentale Grenzen auf, um sich vor Veränderungen zu schützen und das Andersartige fernzuhalten. Jeder hat das Recht, seinen Grad der kulturellen Öffnung selber zu bestimmen, solange er oder sie sich an die Werte der Verfassung und die Gesetze halten. Das heißt, dass die von diesen Personen gebildete kulturelle Grenze nicht zur Abwertung der Kultur des Anderen und zur Anwendung von Gewalt führen darf und damit zu verfassungswidrigem Verhalten. Die Verfassung mit ihren Normen und Werten muss für alle verbindlich sein. Gleichzeitig gilt es, die Vielfalt der Kulturen zu ermöglichen. Je neugieriger und offener Menschen miteinander umgehen, desto stärker können gesellschaftliche Bindung und gesellschaftliche Integration verwirklicht werden.

Interkulturelles Lernen

Wir kennen es nicht nur aus den so genannten klassischen Einwanderungsländern wie den USA, Kanada oder Australien: Durch Zuwanderung werden neben der Lösung der drängendsten Probleme der Arbeitsmärkte auch ganz entscheidende Anstöße in Wissenschaft, Forschung und Technik, in der kulturellen Entwicklung und allen gesellschaftlichen Teilbereichen ausgelöst. Kulturelle Vielfalt und interkultureller Austausch sind eine *Chance zur Innovation*.

Zuwanderer, die gebraucht werden, sind in aller Regel eher akzeptiert als jene, die in ihrer Not auf Hilfe und Schutz im Aufnahmeland angewiesen sind. In Deutschland werden Ausländer vor allem in den beiden letzten Jahrzehnten als Belastung, nicht als Bereicherung gesehen, mehr als Bedrohung der eigenen kulturellen Identität denn als Erweiterung der eigenen Identität. Nie zuvor haben so viele Menschen über das Fernsehen und durch Reisen in die entferntesten Länder einen vergleichbaren Zugang zu fremden Kulturen gehabt. Aber Urlaubs- und Studienreisen sind etwas anderes als mit Menschen unterschiedlicher Kulturen im Alltag zu leben. Die Tatsache, dass in Deutschland seit mehr als drei Jahrzehnten viele Türken leben – gegenwärtig sind es 2 Millionen[1] –, hat uns mit türkischer Kultur und islamischer Religion nicht vertrauter gemacht. Wir wissen zu wenig über die regionalen und sozialen Unterschiede, über die religiös gebundenen oder

1 Nach Angaben des *Statistischen Bundesamtes* lebten am 31.12.2001 1 974 938 Türken in Deutschland.

die säkular ausgerichteten Türken. Moscheen sind in großer Zahl entstanden, aber vielerorts keineswegs akzeptiert. Die Vorstellung vom Inhalt des Korans beruhen stärker auf Vorurteilen und Klischees als auf Kenntnissen.

Austausch zwischen den verschiedenen Kulturen, interkultureller Dialog, das sind Themen, die in Verbindung mit der Globalisierung und nach den fundamentalistisch motivierten Terroranschlägen hoch im politischen Kurs stehen, aber keine entsprechende Resonanz in der Bevölkerung finden. Es ist nicht die Zeit der Offenheit für fremde Kulturen, der Neugier und des Verstehens. Vorherrschend sind in weiten Bevölkerungsteilen gegenwärtig Ängste, Abwehr und Abgrenzung. Die Zahl der Fremden, der Zuwandererinnen und Zuwanderer soll stärker begrenzt, die Anforderung an Integration soll eher verschärft werden.

Die jüngste Gesetzgebung in Dänemark ist ein Beispiel für den konflikthaften und zurückweisenden Umgang mit Migranten, vor allem aus außereuropäischen Kulturkreisen. Die Maßnahmen beinhalten: Ausschluss von dänischen Sozialleistungen für einen Zeitraum von acht Jahren; Heraufsetzung des Heiratsalters bei Heirat mit einem Ausländer auf 24 Jahre; kein Aufenthaltsrecht ohne Sprachkenntnisse, die dem Sprachvermögen eines 14-jährigen Dänen in der 9. Klasse entsprechen; kein Aufenthalt für Ehepaare, sofern ein Partner seiner nichteuropäischen Herkunft verbunden ist; Verlust des Aufenthaltsrechts, wenn sich ein Zuwanderer verschuldet.

Dänemark ist nur eines von mehreren Beispielen für eine verstärkte Anti-Zuwanderungspolitik in EU-Mitgliedstaaten. Diese Tendenz wird durch die erhöhte illegale Zuwanderung aus Armuts- und Spannungsgebieten Osteuropas und des Nahen Ostens verstärkt. Die Antwort auf Integrationsdefizite lautet zum Beispiel in Dänemark nicht, verbesserte Angebote und wirksamere Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung und Beteiligung am Arbeitsmarkt zu schaffen. Es werden stattdessen rigide, abschreckende Anforderungen und die Ausgrenzung von der Minimalversorgung in Notlagen beschlossen.

Die Kriterien für Integration sind klar vorgegeben: Eine Chance auf ein befristetes Aufenthaltsrecht haben hochqualifizierte, über ein eigenes Berufseinkommen abgesicherte und kulturell assimilierte Migranten. Integration wird hier als einseitige, vom Zuwanderer zu leistende Anpassung an das Aufnahmeland verstanden, nicht als zweiseitiger Prozess von Rechten und Pflichten. Die Chancen eines interkulturellen Austauschs sowie der Innovation durch interkulturelle Kreativität und Problemlösung im wissenschaftlichen, technischen, wirtschaftlichen oder sozialen Bereich haben unter diesen Voraussetzungen keinen nennenswerten Stellenwert. Es geht vielmehr ausschließlich um den Erhalt der eigenen Kultur. Diese gilt als fortschrittlich und modern, während die Kultur der Anderen als rückständig und entwicklungsbedürftig eingestuft wird. Die Fragen, wie viel an Pluralität, an Verschiedenheit akzeptabel ist und wie viel an gemeinsamen Werten und Normen für ein friedliches Miteinander erforderlich ist, stehen nicht zur Diskussion. Es geht vielmehr darum zu gewährleisten, dass die eigene Kultur vor fremden Einflüssen und vor Überfremdung geschützt wird.

Integration ist abhängig von der Bereitschaft, sich an den Werten, Normen und Lebensweisen des Aufnahmelandes zu orientieren, diese anzuerkennen und zu berücksichtigen. Aber sie ist auch abhängig von der Achtung der Kulturen, aus welchen Migranten kommen. Sie wollen ihre kulturelle Identität nicht verleugnen müssen, sondern diese auch mitteilen und pflegen können. Wenn wir selbst weiter lernen, uns weiter entwickeln wollen, brauchen wir die Begegnung und den Austausch mit Menschen aus anderen Kulturen, verbunden mit dem Wissen um Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

Über alle Unterschiede in der Religion, Kultur, Weltanschauung, Sprache oder Hautfarbe hinweg, verbindet uns die gemeinsame menschliche Natur. Wenn wir auf dem Weg zur modernen Informationsgesellschaft die Kommunikationsfähigkeit zwischen den Menschen, die Entwicklung der Medienkompetenz, soziales und interkulturelles Lernen stärken, schaffen wir zugleich auch die Voraussetzungen für die politische und die moralische Entwicklung in unserer Gesellschaft, die wir für eine demokratische Streitkultur brauchen, die ein friedliches Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Wertvorstellungen, Identitäten und kulturellen Lebensentwürfen möglich macht.

Immer deutlicher wird auch, dass interkulturelle Kompetenz und Weltoffenheit die wesentlichen Standort- und Entwicklungsfaktoren für die Zukunft sind. Das gilt für neue Investoren ebenso wie für »begehrte« Fachkräfte. Wer bei uns hochmotiviert und erfolgreich arbeiten soll, der braucht aber auch ein Gefühl, angenommen und anerkannt zu sein. Wenn wir international auf den globalen Märkten heute und in Zukunft erfolgreich sein wollen, müssen wir in der Lage sein, Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen und die bekannten Integrationsprobleme zu lösen. Die internationale Kooperation von Firmen, Organisationen und Institutionen erfordert nicht nur Sprachfähigkeit, sondern umfassende interkulturelle Kompetenzen und Integrationspotentiale, über die wir bisher noch nicht hinreichend verfügen. Kulturelles und Wirtschaftliches verbinden sich auf das Engste, wenn wir uns die international zusammengesetzten Teams in der Forschung vor Augen führen. Es geht um wechselseitige Inspiration, um intuitives und deduktives Denken, um System- und Erfahrungslernen. Nur so kommt neues Denken, kommen neue Erfindungen und Problemlösungen zu Stande.

Dazu ein Alltagsbeispiel: Obwohl die Akupunktur nach westlichem Wissenschaftsverständnis in der Medizin nicht anerkannt ist, lässt sich ihre Wirksamkeit faktisch nachweisen. Nach jahrelangem Widerstand stößt sie auf wachsendes Interesse bei deutschen Ärzten, die sich auf diese Methode einlassen, ohne sie nach dem in der Wissenschaft geltenden Ursache-Wirkungsprinzip erklärt haben zu wollen.

Verschiedene Kulturen haben unterschiedliche Zugänge zur Erschließung und zum Verstehen von Mensch und Welt. Sie ergänzen sich, erweitern unsere Lern- und Erkenntnismöglichkeiten, unsere Handlungsspielräume und unsere Chancen zur Veränderung. Wir sollten den Geist schärfen und wachsam sein gegen alles, was zur Herrschaft über Menschen führt, zu ihrer Unterdrückung und

Manipulation, wachsam sein gegenüber Allmachtsansprüchen und Heilsideologien pseudoreligiöser oder säkularer Ausprägung. Aber wir sollten offen und neugierig bleiben gegenüber dem, was wir nicht kennen, was andersartig und Neuland für uns ist.

Wie wir mit Zuwanderung, Flucht und Asyl rechtlich umgehen, können wir nicht allein auf nationaler Ebene regeln. Hier bedarf es gemeinsamer europäischer Entscheidungen. Das war bisher kein gern diskutiertes Thema. Aber auch hier zeichnet sich ein Wandel ab. Die produktive Suche nach Lösungen hat allerdings erst begonnen. Ein gutes Stück Weg liegt dabei noch vor uns.

Wie wir aber miteinander leben, bestimmen wir selbst. Hier können wir ohne gesetzgeberische Maßnahmen viel verändern. Kommunikation und Vermittlung der jeweils anderen Kultur, Abbau von Ängsten durch Begegnung und die Stärkung des Bewusstseins, dass das »Andere« für alle eine Bereicherung sein kann, helfen hier schon viel weiter. Gefragt ist aber auch ein mutiges Auftreten gegen alle fremdenfeindlichen Aktivitäten in Wort und Tat.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Gestaltung von Einwanderung zu den zentralen politischen Themen der nächsten Jahre gehört. Wer über Einwanderung redet, spricht über die Zukunft Deutschlands und Europas. Das Thema ist nicht zuletzt auch deshalb ungeeignet für Abgrenzung und Abschottung. Was wir brauchen ist eine Konsenslösung, die über die Politik hinaus eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz findet. Komplexe Fragen sind nicht einfach zu beantworten.

Integration kann gelingen, wenn wir die kulturelle Vielfalt in unserem Land schätzen lernen, bereit sind, den Beitrag der Zugewanderten als Bereicherung unseres eigenen Lebens zu begreifen und wenn andererseits die Zuwanderer unsere Grundwerte respektieren und leben.

Es ist eine neue Einübung in ein Miteinander der Vielfalt und der Gemeinsamkeit, die die eigene Kultur nicht schwächt, sondern erweitert. Das ist eine große und auch spannende Herausforderung. An die technischen Revolutionen scheinen wir uns nach anfänglicher Ablehnung zu gewöhnen. Gegenüber den sozial-kulturellen Veränderungen leisten wir teilweise noch immer massiven Widerstand. Wir haben Angst vor den damit einhergehenden Veränderungen in unserem Zusammenleben.

Noch wollen wir dem Wandel ausweichen, die Menschen in unserem Land vor den Realitäten schützen, mit falschen Fakten und Zahlen den Weg der Abwehr zu verlängern. Dieser Weg mag kurzfristig erfolgreich sein und auf Zustimmung stoßen. Aber er trägt weder mittel- noch langfristig.

Menschliche Vernunft und die eigenen Interessen werden sich durchsetzen. Das machen uns verantwortliche Kräfte in der Gesellschaft vor: Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbände, Kultur und Sport sowie engagierte Vereine von Migranten und Einheimischen. Die Politik sollte hinter diesem breiten gesellschaftlichen Konsens nicht länger zurückstehen und die Entscheidung treffen, die angesichts der Zukunftserfordernisse überfällig ist.

Fazit

Alle Teile der Gesamtgesellschaft müssen sich mit dem Thema kulturelle Vielfalt, Zuwanderung und Integration in Deutschland auseinandersetzen. Jeder hat eine Teilverantwortung im Zuwanderungs- und Integrationsprozess: Es gilt, ein Verständnis für die kulturelle Vielfalt zu entwickeln, sich in seiner individuellen Identität an die Grundwerte der deutschen Gesellschaft zu binden und Chancengleichheit für alle Einwohner dieses Landes zu sichern. Dies verlangt eine Öffnung jedes Individuums und Mut. Die sozialen Ängste müssen abgebaut werden und die Menschen müssen die Herausforderung annehmen, mit der Vielfalt zu leben. Mit der aktiven Anerkennung, dass Deutschland ein Zuwanderungsland bleibt, kann man ein Migrationsbewusstsein und eine Tradition der Zuwanderungssteuerung und Integration bilden und die Chancen unserer vielfältigen Gesellschaft besser nutzen.

Kulturelle Grenzen waren und sind kein statisches Gebilde. Diese haben sich immer geändert und werden sich auch zukünftig ändern. Das kulturelle Zusammenleben fand mehrfach in Deutschland erfolgreich statt und ist kein Wunschbild. Dieser Prozess braucht aber Zeit und die Anstrengung sowie Bereitschaft aller Beteiligten. Der Prozess lebt von Gegenseitigkeit: Jeder Zugewanderte und jeder Einheimische ist auf wechselseitige Akzeptanz und Toleranz angewiesen. Friedliches Zusammenleben braucht Toleranz, Neugier, Kommunikation und Interaktion. Kulturelle Grenzen sind nicht Grenzen unserer Handlungsfähigkeit, sondern veränderbare Grenzen zur Erweiterung des Austausches zwischen Menschen und Völkern. Die Erweiterung kultureller Grenzen erfolgt nicht über einen Machtkampf zwischen den Kulturen, sondern über Kommunikation, Kooperation, wechselseitige Anerkennung und Wertschätzung. Kulturelle Grenzen sind geschichtlich entstanden, durch Menschen festgelegt. Aber sie waren nie statisch, sie wurden verschoben, erweitert, neu definiert. Sie veränderten sich über Jahrtausende hinweg bis zum heutigen Tag.

Neue Kulturen wurden entdeckt, die zum Teil auf alten Kulturen aufbauten. In unserem Jahrhundert hat der Austausch zwischen den Kulturen erheblich zugenommen. Er hat das Zusammenleben verändert und wird es weiter verändern. Interkulturelles Lernen und Leben wird für uns alle bestimmend und prägend sein.

WOLFGANG THIERSE

Vielfalt, Dialog und Gerechtigkeit – Kulturelle Herausforderungen der Globalisierung

Die europäische Kultur der Offenheit und ihre Grenzen

Fragen der Globalisierung rückten in den neunziger Jahren ins Zentrum vieler wissenschaftlicher und politischer Diskurse. Vor dem 11. September 2001 bezogen sich diese zumeist auf Wirtschaft, Finanzen und Umwelt. Seitdem richtet sich der Blick in verstärktem Maße auf die kulturelle Dimension der Globalisierung. Im Versuch, die Ursachen des Terrorismus zu verstehen (und zu bekämpfen), wurde auf eingängige Interpretationen vom Kampf der Kulturen von Samuel Huntington, Benjamin Barber, Manuel Castells und andere zurückgegriffen. Das – nicht gänzlich falsche – Bild verbreitete sich, im religiös-kulturellen Fundamentalismus die Rückseite der Globalisierung, der ungehinderten Ausweitung von Märkten, Informationen und kulturellen Mustern des *american-way-of-life*, zu sehen.

Verhängnisvoll wäre es jedoch, kulturelle Unterschiede per se mit feindseligem Konflikt gleichzusetzen. Gerade Fragen nach Unterscheidung und Zusammenhang von kultureller Selbstbehauptung einerseits und fundamentalistischer Politisierung kultureller Identität andererseits sind zentral geworden. Der Politikbegriff der Demokratie besteht eben nicht nur (anders als bei Carl Schmitt oder im Filmgenre des Westerns) aus Verfeindung, Kampf und *showdown*. Gerade in der globalisierten Welt muss Politik auch Verständigungsprozess zwischen Menschen sein, die sich bei aller kultureller Differenz prinzipiell als Gleiche gegenüberstehen.

Die politisch-kulturelle Identität der Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur durch ihre nationale Geschichte, sondern vor allem durch ihre europäische Einbettung bestimmt. Nicht das Konstrukt einer »deutschen Leitkultur«, sondern unsere europäische Kultur basiert auf grundlegenden Werten des demokra-

tischen Rechtsstaates, der unbedingten Achtung der Menschenwürde, der Toleranz gegenüber »Anderen« und der mitmenschlichen Solidarität mit den anderen europäischen Nationen. Es geht nicht um Gegnerschaft gegen die außereuropäische Welt, nicht um einen Monopolanspruch für die Gestaltung der Welt, wohl aber darum, dass die gemeinsame Kultur der Europäer auf der Anerkennung verbindender Grundwerte der öffentlichen Kultur und des politischen Gemeinwesens – als unbedingte Verpflichtung für das Zusammenleben im eigenen Geltungsbereich – basiert.

In diesem Sinne plädieren wir für eine Kultur der Offenheit, für Dialog und nicht für Kampf. Doch bleibt wichtig, über Voraussetzungen, Probleme, ja auch über Grenzen kultureller Dialoge nachzudenken. Was ist mit denen, die sich nicht auf den Dialog einlassen, die ihren Kulturkampf mit einem doch irgendwie ungebrochenen Verhältnis zur Gewalt gewinnen wollen? Beim internationalen, fundamentalistisch motivierten Terror reichte kulturelle Abwehr offenbar nicht aus, darüber war sich eine weltanschaulich heterogene Koalition von Staaten in aller Welt einig. Doch jenseits davon, terroristische Netzwerke nicht dulden zu dürfen, gibt es zum Dialog wohl keine Alternative. Der Dialog muss auch da, wo Skepsis gegenüber den Ergebnissen überwiegt, immer wieder versucht werden, alles andere wäre ein Sieg der militärischen Logik des aggressiven Fundamentalismus.

Auch in Deutschland geht es um kulturelle Auseinandersetzung: zwischen dem durch die Personalisierung der Massenmedien begünstigten Gestus autoritärer Führung auf der einen Seite und den Werten einer demokratischen, offenen und toleranten Gesellschaft auf der anderen Seite. Kulturelle Stichworte unserer Politik sind hier jedenfalls die Akzeptanz des Anderssein, das Eintreten gegen jede Form von Rassismus, die kulturelle Begründung nationalen Bewusstseins im europäischen Kontext sowie die Stärkung unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts auch dadurch, dass sich Minderheiten verstärkt in der Kunst und in der Alltagskultur wiederfinden können.

Wahrscheinlich gibt es auch einen Zusammenhang zwischen zunehmender Mobilisierungskraft des Kulturellen und zunehmenden weltwirtschaftlichen Abhängigkeiten. Unter den Bedingungen der Globalisierung und jenseits des ideologischen Zeitalters sind große ökonomisch begründete Systemalternativen verblasst. Nationale Wirtschaftspolitik, die auf Probleme wie den Konjunkturverlauf der Weltwirtschaft oder die Höhe regionaler Arbeitslosigkeit nur noch begrenzt einwirken kann, taugt weniger zur leidenschaftlichen Identifikation und zum parteiischen Engagement. Neue Gefährdungen der Demokratie von Wahlenthaltung und populistischem Trotz drohen, wenn Orientierung und Zukunftsperspektive verloren gehen, wenn sich die sozial Schwachen an den Rand gedrängt fühlen, wenn in der Mitte der Gesellschaft Unsicherheit und Angst zur Kehrseite von Flexibilisierung werden, wenn sich viele durch die Beschleunigung des »digitalen Kapitalismus« nicht mehr mitgenommen fühlen. Politische Erfolge von Rechtspopulisten und des aggressiven Flügels konservativer Parteien haben in vielen Ländern Europas mit der politischen Indienstnahme eines nationalen bis

nationalistischen Kulturkampfes zu tun, sind gegen das Fremde und gegen die demokratischen Institutionen gerichtet, üben sich in bewussten Grenzüberschreitungen von *political correctness*.

Auf das Verständnis von Kultur kommt es an

Hinter der Zuspitzung vom Dialog oder Kampf der Kulturen steht eigentlich die Auseinandersetzung um verschiedene Kulturbegriffe. Kultur als das Gesamt der Werte, Sitten und Gebräuche, Überzeugungen und Praktiken, die die Lebensweise einer Gruppe ausmachen: diese Definition klingt noch ganz harmlos. Problematisch wird es, wo dieser Kulturbegriff zur Verabsolutierung einer gefühlten, nicht mehr hinterfragbaren Empfindungsgemeinschaft wird, die sich aggressiv nach außen richtet. Wo mythologische und religiöse Überlieferung klare Grenzen zwischen Zugehörigkeit und Abgrenzung zieht, wo Pluralismus verteufelt und der individuelle Verstand schon unter dem Pauschalverdacht von Abweichung steht. Wo Kultur ausschließlich der Bejahung und nicht auch der Überschreitung einer spezifischen – nationalen, ethnischen, regionalen, religiösen – Identität dient. Zugespitzt: »In Bosnien oder Belfast ist Kultur nicht das, was man in den Kassettenrekorder schiebt; es ist das, wofür man tötet«, so ein provozierender Satz des englischen Literaturtheoretikers Terry Eagleton.

Die sichere und provinzielle kulturelle Gemeinschaftsidentität begegnet der modernen Gesellschaft, in der kulturelle Vielfalt zu einer universellen Macht, irritierend diffus und instabil, geworden ist. Hier liegt wohl die Grundkonstellation so manches »Kulturkampfes«. Die Konstruktion einer reinen kulturellen Identität, die primär durch die aggressive Ausschließung des Anderen erzeugt wird, um reinigende Erklärungen, stärkende Gewissheiten, scheinbar widerspruchsfreie Identifikationschancen, greifbare Heilserwartungen und klare Zuweisungen von Schuld und Sünde zu schaffen, wurde von Thomas Meyer treffend mit dem Etikett »Identitätswahn« versehen.

Dem steht auf der anderen Seite, gewissermaßen gegenläufig, eine positive kulturelle Wirkungsrichtung gegenüber: Kulturelle Ressourcen ebnen in der globalisierten Welt der Gegenwart auch die Wege für die kulturübergreifende Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern, wie die wachsende Bedeutung transnationaler Netzwerke und zivilgesellschaftlicher Organisationen zeigt. Darum geht der politische Konflikt, wenn man so will der Kampf *um* die Kultur: Was setzt sich durch – Tendenzen der identitätspolitischen Abschottung oder Tendenzen der kosmopolitischen Öffnung kultureller Traditionen?

Ein demokratischer Begriff von Kultur ist offen und tolerant, Kultur wird als integratives und integrierendes System verstanden. Es geht – in den Worten von Geoffrey Hartmann – um die »konzentrierte Anstrengung, Zugang zur Welt zu finden und deren quälende Unheimlichkeiten symbolisch zu bearbeiten und zu verwinden: symbolischer Ackerbau, Partizipation«. Es geht um den Sinn für die mögliche, für eine andere, eine bessere Wirklichkeit. Kunst und Kultur sind –

sinnlich und intellektuell – Räume menschenverträglicher Ungleichzeitigkeit, und damit entscheidendes Lebensmittel für jede demokratische Zivilgesellschaft. Auch wenn sie nicht immer direkt gesellschaftskritisch und politisch auftreten, schaffen Kunst und Kultur Gegengewichte in einer Welt aus Zweckbestimmungen und Funktionalisierungen. Kunst und Kultur sind Erfahrungsräume für den Menschen jenseits seiner beiden marktgerechten Rollen als Arbeitskraft und Konsument. In Kunst und Kultur drückt sich der Wunsch nach individueller Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aus. Das offene Kulturverständnis lässt sich zusammenfassen als niemals abgeschlossenes, prozessuales Selbstgespräch in der demokratischen Gesellschaft; als schöpferische, künstlerische, literarische, musikalische, kritisch-intellektuelle Auseinandersetzung auf der Grundlage von Werten, Erfahrungen, tradiertem Wissen und von Weltdeutungen. Dies geht kaum ohne utopischen Überschuss, auch auf der Suche nach der besten Form politischer Ordnung.

Damit ist ein kritischer und demokratischer Kulturbegriff abgegrenzt vom Kulturkonzept des Fundamentalismus, des Nationalismus und des Ethnozentrismus. Ein dogmatisch-intolerantes, Feindbilder brauchendes Identitätskonzept, das aus einer Partikularität ein Substrat der Notwendigkeit macht – das war etwa die (Un-)Kultur der Taliban in seiner extremsten Form. Es gilt, wachsam zu sein, ob es nicht Elemente hiervon, etwa wenn die »Achse des Bösen« beschworen wird, auch im freien Westen gibt.

Aber wird Kultur nicht auch aus gewissermaßen entgegengesetzter Richtung gefährdet? Benjamin Barber analysiert ja den *Dschihad*, den heiligen Krieg, als die eine und *McWorld* als die andere Seite der globalen Bedrohung von sozialer Demokratie. Es gehe um die »vom expansionistischen Kommerz hervorgetriebene Massenkultur«.

Doch lassen wir die Kirche im Dorf. Sicher erlebte die angelsächsisch dominierte globale Popkultur einen schier unaufhaltsamen und grenzenlosen Aufstieg. Horst W. Opaschowski spricht davon, Freizeit werde immer mehr als »Kultur-Konsum-Unterhaltungszeit« erlebt: »Warenkonsum, Erlebniskonsum und Kulturkonsum lassen sich kaum mehr voneinander trennen, zumal Wirtschaft und Industrie in Produkt-Werbung und Promotions-Marketing gezielt und verstärkt mit kulturellen Elementen und kulturellen Zusatznutzen arbeiten.« Dies hat natürlich Vorteile: Vergessen wir nicht, der kulturelle »Lange Weg nach Westen« (so das zweibändige Werk deutscher Geschichte von Heinrich August Winkler) bedeutete eben auch die Überwindung eines autoritär-deutschen Charakters, des von Heinrich Mann 1918 so treffend geschilderten »Untertan«. Kultur wird demokratisiert, wird zum normalen Bestandteil von Freizeit und Tourismus, Kultur ist nicht mehr eine elitäre Angelegenheit, die Aufhebung der U- und E-Grenzen bringt auch der traditionellen bürgerlichen Hochkultur Vorteile.

Trotzdem bleibt Kulturkritik zu Recht ein wesentliches Element des kulturellen Prozesses: Wie sehr geht es nur noch um seichte Unterhaltung? Welches Niveau hat diese und wo spielen Sinnfragen noch eine Rolle? Gibt es noch Freiräume

für die politische Funktion und das utopische Korrektiv des Intellektuellen und Künstlers? Müssen wir nicht auch die Sphäre des Privaten, der zivilgesellschaftlichen Beziehungen, der freien musischen Tätigkeit gegen den totalen Zugriff von Massenmedien und Kulturindustrie verteidigen?

Kein Kulturkampf gegen den Islam

Das – globale wie lokale – Aufeinandertreffen von Kulturen ist zu einem vorrangigen Feuilletonthema geworden. Die radikalsten Sichtweisen dieser – übrigens weltweiten – Debatte (bei der die Verurteilung des Terrorismus natürlich außer Frage stand) kamen auf der einen Seite von der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy, die um Verständnis für das Gefühl der Demütigung der unterentwickelten Welt warb: »Außerhalb der eigenen Grenzen die Freiheit zu dominieren, zu erniedrigen und zu unterwerfen – gewöhnlich unter die wahre Religion Amerikas, den ›freien Markt‹.« (*Der Spiegel* 44/2001) Auf der anderen Seite überspitzte der französische Philosoph Bernard-Henri Levy: »Der Islam in seiner fundamentalistischen Form ist in gewisser Weise der dritte Faschismus, der grüne Faschismus nach dem braunen und dem roten.« (*Der Spiegel* 49/2001)

Auch in Deutschland äußerten sich Schriftsteller und Intellektuelle in Aufrufen, Statements und Aufsätzen dazu, was moralische Politik im Spannungsverhältnis von Fremdheit und Integration sein könnte. Eine zentrale Aussage war sicher, den Terror als Form »privatisierter Gewalt« (Erhard Eppler) nicht mit berechtigter Globalisierungskritik zu verwechseln. Eine andere Erfahrung ist, dass jetzt auch manche Illusionen eines oberflächlichen Multikulturalismus auf dem Prüfstand stehen. Denn bei aller kulturellen Toleranz führt kein Weg an einem normativen Minimalkonsens vorbei, der durchaus als universelle Geltung von Menschenrechten unter allen Regierungen und kulturellen Religionen beschreibbar ist.

Doch geht es eben nicht um den »Kampf der Kulturen« im Sinne von Samuel Huntington, an dessen Buch wir bei dieser Formulierung ja eigentlich immer denken. Es erweist sich bei genauerer Betrachtung als wenig hilfreich. Denn Huntington legitimiert – und sei es wider Willen – den Missbrauch kultureller Argumente für die Entfachung und Rechtfertigung von Konflikten, deren Ursache entgegen dem ersten Anschein gerade nicht in der prinzipiellen Unverträglichkeit unterschiedlicher Kulturen zu finden sind. Er bietet allen, die den Kampf der vermeintlichen kulturellen Identitäten an die Stelle von Kooperation, Verhandlung und Verständigung setzen wollen, ein Arsenal von Berufungsgründen. Und was es besonders folgenreich macht, dies gerade für die USA, der Führungsmacht des Globalisierungsprozesses.

Die westliche Zivilisation steht nicht einfach gegen *den* Islam, sondern es geht darum, sich unserer gemeinsamen kulturellen Grundbestände zu vergewissern. Es geht um Humanität, um Demokratie und Freiheit, um Menschen- und Bürgerrechte – was es übrigens alles ohne ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit

nicht gibt. Aber sind nicht Elemente dieser universalistischen Prinzipien in allen Religionen und großen Philosophien zu finden? Dann ginge es darum, in diesen Kulturen diese Seite von Weltoffenheit, Toleranz und Menschlichkeit zu fördern und dort gegenzuhalten, wo Unterdrückung, apokalyptische Sehnsüchte, Gewaltbereitschaft und arroganter Alleinvertretungsanspruch gedeihen.

Zehn Thesen zum interkulturellen Dialog

Erstens haben wir gelernt, dass wir eine fanatische, global operierende Minderheit an weiteren Morden hindern müssen. Wenn dies nicht ohne Gewaltanwendung geht, muss uns im Bewusstsein bleiben, dass es sich dabei um den unzureichenden, aber leider notwendigen Versuch handelt, verlorene Sicherheit wieder herzustellen. Gewalt kann ein notwendiges, darf aber niemals das einzige Mittel der Konfliktbearbeitung sein. Ergänzend brauchen wir internationale Kriminalitätsbekämpfung und eine internationale Gerichtsbarkeit, der sich auch die USA nicht entziehen dürfen.

Zweitens ist es selbstverständlich höchste Zeit, sich des interkulturellen Dialogs konkreter als in Sonntagsreden zuzuwenden. Hoffnungsvollen Ansätzen, wie etwa der Demokratieerklärung des *Islamrats für die Bundesrepublik Deutschland*, gilt es, Dauer zu verleihen. Auch die europäische Perspektive für die Türkei zählt hierzu.

Drittens geht es darum, keine falschen Feindbilder zu zeichnen. Die Inanspruchnahme von Religion, von Kultur zur Begründung von Terror ist deren schlimmster Missbrauch. Zu klären wäre, wie ein richtig, weil umfassend verstandener »Dialog der Kulturen und Religionen« geführt werden kann. Der Dialog sollte sich nicht darin erschöpfen, dass sich Geistliche und Gelehrte aus Islam und Christentum, aus Buddhismus und Judentum an einen runden Tisch setzen und über Unterschiede und Gemeinsamkeiten ihrer Religionen reden. Das ist gewiss wichtig, aber es reicht nicht.

Denn *viertens* führt die voran schreitende Globalisierung unweigerlich zu einem intensiveren Austausch und zur Vermischung verschiedener Kulturen, der oft erwünscht und fruchtbar ist, manchmal aber auch erzwungen und konfliktträchtig. Um das Mindeste und doch Wichtigste zu erreichen – nämlich friedliche Koexistenz – müssen wir lernen, religiöse Differenzen und interkulturelle Spannungen auszuhalten. Ist es nicht eine Stärke unserer offenen Gesellschaften, über das Verstehen-Wollen des Anderen, Fremden, Gegensätzlichen angemessene Antworten auf diese Herausforderung zu finden? Sicher: Toleranz ist eine schwierige, herbe Tugend, die so ziemlich das Gegenteil ist von bequemem *laissez-faire*, von Werterelativismus, von Überzeugungslaxheit. Die notwendige Voraussetzung für einen Dialog der Kulturen kann Toleranz nur dann sein, wenn sie nicht auf Indifferenz, sondern auf gegenseitigem Respekt beruht. Eine richtig verstandene Toleranz liegt in dem Versuch, immer wieder neu die unterschiedlichen Werthaltungen, Entscheidungsgrundlagen und Erwartungen auszuloten, die die Ursache so

vieler Konflikte sind. Die dafür notwendigen Kommunikations-, Verständigungs- und Übersetzungsprozesse zu organisieren, ist die eigentliche und wichtigste Aufgabe des Dialogs der Kulturen.

Fünftens ist dieser Dialog nicht nur eine abstrakte, internationale Aufgabe, er muss hier und heute geführt werden: Nahezu 3 Mio. Muslime leben in Deutschland – ist uns diese Herausforderung wirklich bewusst? Was tun wir gegen das Entstehen von »türkischen Wohnghettos« in unseren Städten? Wie gehen wir mit dem komplizierten Geflecht von Religionsfreiheit und dem Schutz Jugendlicher vor religiös-fundamentalistischer Indoktrination um? Wie können wir die deutschen Sprachkenntnisse als Integrationsvoraussetzung verbessern? Bildungsdefizite, siehe PISA-Studie, Spitzen der Jugendarbeitslosigkeit treten ja konzentriert auf. Wie ist Zuwanderung steuerbar, niemanden überfordernd und trotzdem der humanen Verantwortung gerecht werdend? Es geht nicht nur um Bedrohungen, sondern auch um Chancen. Dazu müssen wir mehr *Kulturforen* schaffen, auf denen in Deutschland Christen, Atheisten, Moslems und Juden miteinander produktiv und friedlich streiten können.

Sechstens besteht für den Islam die wohl größte Zumutung darin, sich der Konfrontation mit der westlichen Offenheit, mit Säkularisierung und Religionsfreiheit auszusetzen. Der Weg dahin, also zur Trennung von Kirche und Staat, zur deutlichen Unterscheidung von Religion und Politik, der Prozess der Aufklärung also, hat in Europa einige hundert Jahre Zeit gebraucht, und nun wird er den islamischen Gesellschaften binnen kürzester Frist abverlangt. Dies als Zumutung zu erkennen, heißt nicht, sie den islamischen Gesellschaften zu ersparen. Doch es heißt anzuerkennen, dass jedes Land seinen eigenen Weg in die Moderne finden muss. Und dass wir ungeduldig und geduldig zugleich sein müssen.

Siebtens: Die Vermischung und Durchdringung verschiedener Kulturen – man kennt den ethnologischen Begriff der *Kreolisierung* – findet keineswegs unter gleichen Voraussetzungen, mit gleichen Kräften statt. Was wir heute als Globalisierung verstehen, ist eine westlich dominierte Wirtschaftsmacht, die sich über entgrenzte Märkte ausbreitet, die in alle Kulturen eindringt und die gewissermaßen versucht, die Menschen auf ihre ökonomischen Funktionen als Konsumenten und Produzenten zu reduzieren. Der Drang nach immer höheren Profiten als oberste Maxime menschlichen, gesellschaftlichen Handelns – diese gar nicht so fiktive Vorstellung verursacht selbst in den westlichen Gesellschaften, die als Quellen und Ausgangspunkte der Globalisierung dingfest gemacht werden können, eine gute Portion Unbehagen. Wie sehr muss sie dann die Gesellschaften irritieren, die sich als Opfer einer Entwicklung begreifen müssen, die sie selber nicht beeinflussen können? Wirtschaftliches Handeln schafft und befördert von jeher Kontakte zwischen Kulturen, bewirkt aber auch Übervorteilungen und Spaltungen in Erfolgreiche und Erfolglose und begründet dabei Konflikte, in deren Dienst kulturelle und religiöse Gefühle und Überzeugungen geraten.

Achtens hat der Westen viel zu lange die Augen davor verschlossen, welche Folgen die ökonomische Globalisierung interkulturell hat, ja haben muss – gerade

für die Menschen in den Ländern der südlichen Hemisphäre: Kulturelle Verletzungen sind die andere Seite der Medaille »Globalisierung«. Wenn Menschen glauben, die eigene Kultur werde verdrängt, die Religion missachtet, ihre Bindungen würden aufgelöst, dann folgen ihre Reaktionen bekannten Mechanismen – übrigens nicht nur in den islamischen Ländern, sondern auch bei uns. Hier wie dort besteht die Gefahr, dass Überforderungsängste und Vereinfachungsbedürfnisse radikale Antworten suchen.

Neuntens geht es um Gerechtigkeit als Perspektive der Politik. Es ist kein Geheimnis, dass – mehr als alles andere – verweigerte Anerkennung, soziale Benachteiligung, gesellschaftliche Ausgrenzung und politische Hoffnungslosigkeit dem ethnischen und religiös-kulturellen Fundamentalismus die Anhänger zutreiben. Sie suchen in ihm, was sie in ihrer sozialen Erfahrungswelt nicht finden können: Lebenschancen, Anerkennung und Gerechtigkeit. Kulturelle Differenz und nationale Identität sind nicht die eigentlichen Ursachen der Verfeindung, sondern nur das Medium, in dem Erfahrungen verweigerter Anerkennung und sozialer Ungerechtigkeit ihren Ausdruck finden. Chauvinistischer Nationalismus und kultureller Fundamentalismus sind immer ein Risiko für das menschliche Zusammenleben, ganz gleich von welcher Kultur, Religion oder Gesellschaft sie ausgehen. In einer Welt der Globalisierung werden sie zur akuten Bedrohung. Sie sind jedoch nirgends in der gegenwärtigen Welt das eigentliche Wesen der Nationen, Religionen und Kulturen; aber keine von ihnen ist vor ihren Exzessen gefeit, wo politische Macht sie lohnenswert findet und soziale Krisen ihren Erfolg wahrscheinlich machen.

Zehntens brauchen wir eine »Weltinnenpolitik« als politische Steuerung der Globalisierung zur Bekämpfung von Ausbeutung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, von Hunger, Not und Seuchen. Davon hatte schon Willy Brandt gesprochen. Das erfordert auch eine »Weltsozialpolitik«, die unter Wahrung kultureller Eigenheiten menschenwürdige Lebensbedingungen, ein Mindestmaß an materieller, sozialer Sicherheit und bessere Bildungschancen schafft. Die Forderung, der Globalisierung ein humanes Gesicht zu geben, kann nicht länger als ideologische oder gar weltfremde Pauschalkritik am Kapitalismus abgetan werden. Der unbestreitbare Markterfolg der westlichen Wirtschaft darf nicht als Rechtfertigung für ihre ungehemmte, ungezügelte Expansion dienen – schon gar nicht mit dem Ziel einer »global homogenisierten Kultur«, von der etwa der amerikanische Philosoph Richard Rorty schwärmte. Erfüllen wird sich diese Hoffnung einer kooperativen, friedlichen, menschen- und kulturverträglichen Welt nur, wenn der ökonomischen Globalisierung die kulturellen, religiösen, zivilisatorischen Bedingungen beigebracht werden, durch welche die in sich vielfältige »eine Welt« mehr sein kann als nur ein globaler *Markt* – und mehr als *eine* globale Kultur. Deshalb brauchen wir eine weltweit verträgliche, zivilisatorische *corporate identity*, die sich gründet auf gleichberechtigte Zusammenarbeit, auf den Respekt vor unterschiedlichen Kulturen und Lebensformen und auf einer gemeinsamen Orientierung an den universalen Menschenrechten.

PETER MÜLLER

Zwischen Bereicherung und Bedrohungsängsten

Die Herausforderung der Integration und Migration in Deutschland

Zuwanderung – Testfall für die politische Kultur in unserem Land

Kaum eine Frage der politischen Kultur in Deutschland ist so von emotionalen Sentiments, von oftmals geradezu hysterischen Vorurteilen geprägt wie die Diskussion um unsere nationale Identität. Vom Historiker-Streit über die Goldhagen-Debatte bis hin zu Martin Walser, dem inzwischen personifizierten Literatur-Skandalon vom Bodensee – stets brechen hinter semantischen, wissenschaftlichen oder literaturästhetischen Streitfällen politische Wunden auf, welche mehr oder weniger den konstitutiven Kernbestand unserer demokratischen Identität in Deutschland betreffen. Welche politisch-ethischen Verpflichtungen sind aus unserem historischen Selbstverständnis als Bundesrepublik abzuleiten, und wie halten wir es vor diesem Hintergrund mit den nationalen Interessen Deutschlands im Zeitalter der Europäisierung und Globalisierung? Gibt es bei uns mittlerweile ein gewachsenes, identitätsstiftendes und belastbares Demokratieverständnis, und wo verlaufen die Grenzen zwischen einem gesunden nationalen Selbstbewusstsein und verantwortungsloser Geschichtsvergessenheit? Die vielstimmige Schar derer, die Vergangenheit endlich vergehen lassen und in der sogenannten Normalität ankommen wollen, scheint von Jahr zu Jahr größer zu werden.

Die zwischen irrationaler Überzeichnung und illusionärer Verniedlichung oszillierende Debatte über die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland wirft ein bezeichnendes Licht auf diese Identitätsproblematik, auf diesen Mangel an nationaler Souveränität und Gelassenheit. Mit sehnsüchtiger Melancholie betrachten wir Deutsche demgegenüber den selbstverständlichen Stolz unserer französischen Nachbarn auf ihre *Grande Nation*, auf ihre gewachsene französische

Leitkultur, die *civilisation française*. Wolf Biermann fragt in der Tageszeitung *Die Welt*: »Wie soll man ein Volk lieben, das sich selbst verachtet? ... Wir sind nicht mit uns selbst im reinen ... Es ist in diesem Punkte wohl mit den Völkern wie mit den einzelnen Menschen: Wer wirklich bei sich selber ist, der kann sich gelassen auch mit anderen einlassen.« Recht hat er! Dabei wäre Biermannsche Gelassenheit ein großer Segen, wenn es um die praktische Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen, der politischen und kulturellen Folgewirkungen der Zuwanderung in unser Land geht. Denn zur Bewährungsprobe für die politische Kultur wird die Migrationsproblematik deshalb, weil einerseits die Probleme und Belastungen einer weitgehend ungesteuerten Zuwanderung und die damit verbundenen Sorgen der Menschen ernster genommen werden müssen als bisher und weil gleichzeitig zu vermitteln ist, dass Zuwanderung für unsere Gesellschaft auch eine große Chance der Bereicherung bietet – und zwar nicht nur in ökonomischer Hinsicht.

Die vor mehr als zwei Jahren angestoßene Diskussion um eine »deutsche Leitkultur« hat gezeigt, wie schwierig es in Deutschland ist, einen vernünftigen Mittelweg zu finden zwischen multikultureller Beliebigkeit und identitätsfixierten Assimilierungserwartungen gegenüber den Zuwanderern. Dabei hat bereits der eigentliche Erfinder dieser politischen Semantik, der Göttinger Islamwissenschaftler Bassam Tibi, nicht von einer deutschen, sondern von einer »europäischen« Leitkultur gesprochen und eine hilfreiche politische Differenzierung herausgearbeitet: Ihm geht es nämlich weder um eine kulturelle Hegemonisierung von Einwanderern durch die bundesrepublikanische Aufnahmegesellschaft noch um die Tolerierung, geschweige denn Förderung zum Beispiel islamischer Parallelgesellschaften unter Berufung auf das Toleranzgebot des Grundgesetzes; sehr zu Recht wendet er sich gleichermaßen gegen naives, multikulturelles Gutmenschentum wie gegen bornierte, »leitkulturelle« Zwangsassimilierung.

Die Debatte zeigt: Es ist durchaus mühsam, auf dem Gebiet der Integrationspolitik in Deutschland für einen gesunden Mittelweg zwischen Bedrohungsängsten und Bereicherungschancen zu plädieren. Bassam Tibi, Hochschullehrer mit deutschem Pass und syrisch-muslimischer Herkunft, empfiehlt als Antwort auf die fundamentalistische Bedrohung der liberalen Gesellschaften des Westens eine (Rück-)Besinnung auf die Integrationsklammer gemeinsamer europäischer Werte: »Primat der Vernunft vor religiöser Offenbarung oder anderen absoluten Wahrheiten; individuelle Menschen- statt Gruppenrechte; Glaubensfreiheit, Demokratie, Pluralismus, Toleranz.« Für eine umfassende Integrationspolitik, die sowohl die berechtigten Erwartungen der Migranten als auch die sozialen, kulturellen und ökonomischen Interessen der Aufnahmegesellschaft berücksichtigt, reicht dies für meine Begriffe aber noch nicht. So hilfreich und wichtig diese akademische Einmischung für die Versachlichung der Debatte war – es bleibt zu bezweifeln, ob ein solcher zivilgesellschaftlicher Konsens, ob Verfassungskonformität und Kulturpluralismus allein schon für eine tragfähige und moderne Integrationspolitik im Deutschland des 21. Jahrhundert ausreichen.

Ausländer in Deutschland – Zwischen Ausgrenzung und Selbstausgrenzung

Eine weitere Versachlichung der Debatte wäre zu erwarten, wenn die unterschiedlichen ideologischen Lager die zuwanderungspolitischen Realitäten in unserem Land endlich zur Kenntnis nehmen würden. Dazu zählt zunächst die Tatsache, dass Deutschland längst zu einem Einwanderungsland geworden ist und sich diese Tendenz im Zuge der Osterweiterung der EU fortsetzen wird. In der Bundesrepublik lebten zu Beginn des Jahres 1999 weit über 7 Mio. Ausländer und über 4,5 Mio. Spätaussiedler. Der Anteil von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit beträgt rund 9 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die ausländische Wohnbevölkerung ist aufgrund einer in der Regel langen Aufenthaltsdauer ein fester Bestandteil der Bevölkerung Deutschlands. So lebten Ende 1997 30 Prozent aller Migranten schon 20 Jahre und länger in Deutschland, 40 Prozent hatten Aufenthaltszeiten von mehr als 15 Jahren und 50 Prozent von mehr als 10 Jahren nachzuweisen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen aus den ehemaligen Anwerberländern ist sogar noch länger: Fast zwei Drittel aller Türken und Griechen, 71 Prozent der Italiener und 80 Prozent der Spanier leben schon 10 Jahre und länger in Deutschland.

Trotz dieser langen Aufenthaltszeiten sind die sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse insbesondere von Zuwanderern aus Nicht-EU-Staaten bisher weitgehend unbefriedigend. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass die nach wie vor ungeregelte Zuwanderung nach Deutschland viel zu wenig Rücksicht darauf nimmt, ob Migranten die Bereitschaft und die Fähigkeit mitbringen sowie die Möglichkeit erhalten, sich in unsere Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zu integrieren. Doch nicht bloß der Umfang der Zuwanderung ist ein Problem, verschärft wird die Problematik vor allem durch das sozio-demografische Profil vieler Zuwanderer mit spezifischen Defiziten in den Bereichen Sprachkompetenz, Qualität der beruflichen Ausbildung, Arbeitsmentalität und Integrationsbereitschaft. Die daraus resultierende Negativbilanz bei der Eingliederung von Migranten in bundesrepublikanische Lebensverhältnisse ist in statistischen Befunden ablesbar.

- Überdurchschnittlich hoher Anteil der ausländischen Bevölkerung am Kriminalgeschehen (ca. 20 %)
- Überdurchschnittlich hohe Ausländer-Arbeitslosigkeit (ca. 20 %)
- Überdurchschnittlich hoher Anteil an ausländischen Sozialhilfe-Empfängern (Tendenz zur Verarmung)

Kein Wunder, dass viele Deutsche die bisherige Art der weitgehend ungeregelten Zuwanderung weniger als Bereicherung, sondern eher als Bedrohung empfinden. Auf Seiten der Zuwanderer findet dagegen – ebenso verständlich – ein Prozess der Abschottung und der Selbstausgrenzung statt, der mit dem Schlagwort »Re-Ethnisierung« etikettiert wird. Im Wechselspiel von Ausgrenzung und Selbst-Ausgrenzung erheben sich vor allem in den bundesdeutschen Großstädten und hier

insbesondere bei türkischen Zuwanderern immer stärkere Tendenzen zur Ghettoisierung und zu in sich abgeschotteten Nischen-Kulturen.

Inzwischen hat die Einwanderungsgeschichte in Deutschland migrantenspezifische Infrastrukturen geschaffen, die es zum Beispiel türkischen Bevölkerungsgruppen erlauben, ein von der deutschen Gesellschaft losgelöstes, autonomes Lebenskonzept zu verwirklichen. Türkische Läden, Discos und Dienstleistungsanbieter – von türkischen Ärzten bis hin zu türkischen Anwaltskanzleien – ermöglichen im Alltag einen fast vollständigen Verzicht auf Kontakt mit der deutschen Bevölkerung; ein fester Bestandteil der eigenen Infrastruktur sind darüber hinaus eigene Medien, so dass im Prinzip nur geringe Anpassungsleistungen gegenüber der Aufnahmegesellschaft notwendig sind (was insbesondere eine Integration der weiblichen Zuwanderer vor dem Hintergrund des oftmals patriarchalischen Familienverständnisses praktisch unmöglich macht). Insgesamt entsteht so ein deutlich abgegrenztes sozio-kulturelles Milieu, das sogar Wirtschaftskonzerne inzwischen als attraktive Kundenschicht entdeckt haben und mit Großanzeigen z.B. in türkischen Zeitungen zu erreichen suchen. Es steht also außer Frage, dass sich Parallelgesellschaften etabliert haben – und zwar nicht nur türkische. Ein ähnlicher Prozess ist bei Aussiedlern zu beobachten, die zwar Deutsche sind, aber dennoch nicht wirklich dazu gehören.

Zur Bewältigung dieser Problematik reicht es jedoch nicht, fehlenden Integrationswillen oder die Unfähigkeit zur Integration zu beklagen. Seit Jahrzehnten beschäftigen sich Politik und Gesellschaft in Deutschland mit der Integrationsproblematik; der darauf verwendete ideologische Eifer steht in umgekehrt proportionalem Verhältnis zu den praktischen Erfolgen der bisherigen Integrationspolitik. Erst zum Jahrtausendwechsel hat sich – quer durch alle Parteien und politischen Lager – die Erkenntnis durchgesetzt, dass es nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückgangs und der Überalterung unserer Gesellschaft ein erhebliches nationales Interesse an einer erfolgreichen Integrationspolitik geben muss. Wir brauchen ein modernes, mehrdimensionales Integrationsverständnis, weil Einwanderungsprozesse heute anders als in der Vergangenheit verlaufen. Im Gegensatz zum Beispiel zu den polnischen Bergarbeitern, die vor mehr als 100 Jahren ins Ruhrgebiet immigriert sind und dort ein erfolgreiches Integrationsmodell geschaffen haben, sind Einwanderer heute nicht mehr von ihrem Herkunftsland abgeschnitten, weil Kommunikations- und Transportwege frei verfügbar sind und gleichzeitig die mitgebrachten Wurzeln bewahrt und weitergepflegt werden können. Andererseits wird zunehmend klar, dass auch die Aufnahmegesellschaft in erheblich größerem Umfang als bisher Anpassungsleistungen von den Zuwanderern erwarten kann und darf. Insofern stehen wir in Deutschland am Beginn einer neuen Integrationskultur, die für alle Beteiligten – Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft – in Zukunft erhebliche Anstrengungen nach sich ziehen wird.

Integration – keine Einbahnstraße, sondern gemeinsame Verantwortung

Die Chance, dass Zuwanderung dem Wohle unseres Landes dient, zu nutzen und die Risiken einer unzureichenden Integration zu minimieren, setzt eine konsequente Integrationspolitik voraus. Derzeit fehlt in der Bundesrepublik ein solches Konzept. Ein zukunftsweisendes Integrationsmodell zur Bewältigung der angesprochenen Probleme ist das von Professor Oberndörfer vertretene Konzept der »Republikanischen Integration«, dessen wichtigstes Merkmal die grundlegende Unterteilung des Integrationsprozesses in eine öffentliche und eine private Sphäre ist. In Bezug auf die öffentliche Sphäre wird dabei von den Einwanderern eindeutig eine Anpassungsleistung an die wesentlichen, politisch-rechtlichen Normen des Aufnahmelandes erwartet; hierunter fallen vor allem das Respektieren der öffentlichen Grundordnung sowie eine kulturelle Angleichung in dem Maße, in dem sie für das gleichberechtigte Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten unabdingbar ist. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Beherrschung der Sprache des Aufnahmelandes zu. Denn eine bessere und schnellere Integration der rechtmäßig und auf Dauer in Deutschland lebenden Migranten wird vor allem durch entsprechende Sprachkenntnisse erheblich erleichtert. Nur wer hinreichend gut Deutsch kann, hat auf dem deutschen Arbeitsmarkt und in der deutschen Gesellschaft eine Chance.

Auf der anderen Seite wird den Migranten nach diesem Verständnis von »republikanischer Integration« genauso eindeutig in ihrer Privatsphäre die Bewahrung bestimmter ethnisch-kultureller Besonderheiten zugestanden, sofern diese nicht in Konflikt mit grundlegenden Normen des Aufnahmelandes geraten. Die Angehörigen der Aufnahmegesellschaft schulden den Einwanderern in diesem Verständnis Toleranz und Respekt für ihre im privaten Bereich eventuell unterschiedlichen Lebensweisen. Moderne Nationalstaaten wie die Bundesrepublik Deutschland sind auch ohne Zuwanderung de facto keine kulturell homogenen Gebilde, vielmehr sind sie von Hause aus durch schichtenspezifisch, religiös und regional bedingte Unterschiede in sich selbst »kulturell« heterogen. Kulturelle Einheitlichkeit und Abgeschlossenheit entsprechen nicht dem empirischen Gehalt moderner Gesellschaften, sondern unser modernes Leben ist vielmehr von einer Vielfalt möglicher Identitäten gekennzeichnet.

Integration muss also von vornherein als ein zweiseitiger Prozess angelegt sein. Sie setzt die Bereitschaft und den aktiven Einsatz um die Einbeziehung von Zuwanderern auf Seiten der aufnehmenden Gesellschaft, aber auch auf Seiten der Zuwanderer selbst voraus. Den notwendigen Bemühungen der Migranten, sich in die gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland einzufügen, muss auf deutscher Seite die Toleranz gegenüber anderen Lebensformen, kulturellen Traditionen und religiösen Überzeugungen gegenüberstehen. Integration ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie kann nur im Zusammenwirken von Parteien, Verbänden, Vereinen, politischen und gesellschaftlichen Institutionen, Kirchen, Hilfs- und Selbsthilfeorganisationen, aber auch vieler Einzelner gelingen.

Der Integrationsprozess ist in diesem Sinne auch eine Herausforderung an die aktive Bürgergesellschaft. Politisch handelt es sich nicht nur um eine Herausforderung an die Sozialpolitik, sondern um eine echte Querschnittsaufgabe.

Die Gestaltung der Integrationsprozesse erfordert erheblich größere finanzielle Aufwendungen als bisher. Letztlich sind aber die Kosten gelungener Integration geringer als die gesamtgesellschaftlichen Kosten im Falle eines Scheiterns der Integration. Die bisherigen Ergebnisse des Integrationsgeschehens in Deutschland sind unterschiedlich und größtenteils unbefriedigend. Dies gilt keinesfalls nur für die erste Zuwanderergeneration; auch in der zweiten und dritten Generation ist Integration kein selbstverständlicher oder zwangsläufiger Prozess. Der Integrationsprozess muss deshalb in Zukunft insgesamt verbindlicher ausgestaltet werden und dem Prinzip »Fördern und Fordern« folgen. Integrationsangebote müssen zudem stärker an den Bedürfnissen der einzelnen Zielgruppen orientiert werden. Eine erfolgreiche Gestaltung des Integrationsprozesses setzt eine erhebliche Intensivierung der Integrationsbemühungen voraus – und zwar auf Seiten der Aufnahmegesellschaft ebenso wie auf Seiten der Zuwanderer und ihrer Organisationen.

Erfolgreiche Integration setzt eine Kultur der Toleranz und des Miteinanders voraus, auf deren Grundlage Deutsche und Zuwanderer auf dem Boden unserer Verfassungswerte aufeinander zugehen. Integration bedeutet die Einbindung in das gesellschaftliche, wirtschaftliche und geistige Gefüge des Aufnahmelandes ohne Aufgabe der eigenen kulturellen Identität. Ein erfolgreicher Integrationsprozess beinhaltet die Chance zur Bereicherung der Aufnahmegesellschaft, zu kultureller Vielfalt und zu einer Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit. Ziel der Integration ist die gleichberechtigte Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen, sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Leben in Deutschland. Sie setzt Gesetzestreue, Sprachkompetenz und das Respektieren der Grundlagen des Zusammenlebens in der Aufnahmegesellschaft voraus. Sie beinhaltet aber auch die Möglichkeit zur Bewahrung der eigenen kulturellen und religiösen Prägung im Rahmen der geltenden Rechts- und Verfassungsordnung. Gelungene Integration bedeutet also gesellschaftliche Koexistenz in kultureller Toleranz und sozialem Frieden. Sie führt im Ergebnis zur sozialen und ökonomischen Gleichstellung mit Blick auf Einkommen, Bildung, Rechtsstellung, Wohnungssituation, Teilhabe und sozialer Sicherheit. Integration bedeutet nicht Assimilation. Ihr Ziel ist nicht die vollständige Anpassung der Zuwanderer an die Kultur und Lebensformen des Aufnahmestaates. Integration ist aber auch mit der Entstehung von Parallelgesellschaften unvereinbar. Eine multikulturelle Gesellschaft im Sinne eines dauerhaften, unverbundenen Nebeneinanders unterschiedlicher gesellschaftlicher oder ethnischer Gruppierungen ist auf Dauer nicht akzeptabel; auch in einer offenen, pluralistischen und liberalen Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland gibt es einen Identitätskern, den es – bei aller Bejahung von kultureller Vielfalt und sozialer Heterogenität zu bewahren und gegen multikulturelle Beliebigkeit zu schützen gibt.

Sprache als Brücke der Verständigung

Zum Identitätskern der bundesrepublikanischen Gesellschaft im 21. Jahrhundert gehört nicht nur die Werteordnung der christlich-abendländischen Kultur, die von Christentum, Judentum, antiker Philosophie, Humanismus, römischem Recht und Aufklärung geprägt wurde; zum Kernbestand unserer politischen und gesellschaftlichen Verfassung gehören auch die historischen Erfahrungen des zurückliegenden 20. Jahrhunderts: der Zusammenbruch der Weimarer Republik, die Katastrophe der national-sozialistischen Verbrechensherrschaft und vor allem die kulturelle, wirtschaftliche und politische Integration der Bundesrepublik Deutschland in die Staaten- und Wertegemeinschaft der westlichen Völker.

Unser politisch kulturelles Selbstverständnis ist das einer pluralen, offenen und freiheitlichen Gesellschaft; das ist das verbindende und verbindliche Fundament für einen Pluralismus ethnischer Kulturen innerhalb unseres Staatsgebietes. Deutschland ist ein weltoffenes und gastfreundliches Land, dessen Kultur seit Jahrhunderten von Zuwanderung und gelungenen Integrationsprozessen geprägt ist – von den nach Brandenburg zugewanderten Hugenotten im 17. Jahrhundert über die polnischen Bergleute im Ruhrgebiet bis hin zu den italienischen Gastarbeitern der sechziger und siebziger Jahre. Die Geschichte zeigt: Unverbundene und unverbindliche Multikulturalität allein entfalten noch keine Integrationswirkung; es bedarf zusätzlich einer »Integrationskultur«, die zumindest einen kleinen gemeinsamen Nenner nationaler Werte und Traditionen am Leben erhält. Was dazu nicht gehört sind rechtsfreie Räume in ethnischen Ghettos, Frauenfeindlichkeit bis hin zur Zwangsverheiratung und Beschneidung junger Frauen oder religiöser Fanatismus. Es geht also nicht um kulturelle Homogenität, sondern um Mindeststandards der Rechtsordnung und der Zivilgesellschaft, wenn von einem integrativen Kulturpluralismus die Rede ist.

Ein solches Integrationsverständnis ist unabdingbar verbunden mit der Möglichkeit der sprachlichen Verständigung. Verstehen, Verständnis und Verständigung bedürfen der kulturellen Verklammerung durch eine gemeinsame Sprache. Jahrhunderte setzten die Einwanderer in den kulturpluralistischen Vereinigten Staaten ihre Ehre daran, spätestens in der zweiten Generation fließend Englisch zu sprechen. Ohne diese Gemeinsamkeit hätten sich immer neue Ethnien aus allen Erdteilen kaum zu einer Staatsnation (*melting pott*) integrieren lassen, die trotz aller Mängel und Konflikte bis heute immer wieder Beispiele eindrucksvoller Geschlossenheit hervorbringt. Tatsache ist: Nur auf der Basis ausreichender Sprachkenntnisse werden Zuwanderer jene Lebens- und Berufschancen nutzen können, die sie sich von einer Aufnahmegesellschaft wie der unsrigen versprechen. Tatsache ist aber auch, dass die Kenntnis der deutschen Sprache bei Zuwanderern stagnieren und teilweise sogar zurückgehen. Rund ein Drittel der türkischen Kinder verfügt bei der Einschulung über keine oder nur geringe Deutschkenntnisse; bei einer Umfrage in Nordrhein-Westfalen unter Türken erklärte mehr als die Hälfte der Befragten, nur schlecht oder mittelmäßig Deutsch sprechen zu können. Viele

junge Türken sprechen nur noch gebrochen Deutsch, mitunter schlechter noch als ihre Eltern, weil das türkische Satellitenfernsehen ihnen genügt; viele türkische Mütter können nach Jahrzehnten in Deutschland kaum ein Wort der Landessprache, weil das traditionelle Rollenverständnis der türkischen Familie eine aktive gesellschaftliche Funktion von Frauen außerhalb des familiären Rahmens nicht vorsieht.

Das vom *Bundesverfassungsgericht* vorläufig für ungültig erklärte »Zuwanderungssteuerungs- und -begrenzungsgesetz« der Bundesregierung legt deshalb endlich – unabhängig von seinen konzeptionellen Mängeln – einen Schwerpunkt auf die Sprachförderung und kulturelle Integration. Ausländer, die sich »nicht auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen« können, sind zur Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen verpflichtet (§ 45); darin sollen sie »an die Sprache, die Rechtsordnung, die Kultur und die Geschichte in Deutschland« herangeführt werden. Dies setzt eine bedarfsgerechte Ausweitung der Mittel voraus, damit ein Umfang von etwa 600 Deutschstunden pro Teilnehmer zur Vermittlung derartiger Grundkenntnisse gewährleistet ist. Besondere Bedeutung kommt darüber hinaus aber auch Angeboten für ausländische Mütter zu, die aktiver als bisher in die Integrationsprozesse einbezogen werden müssen. Dem können beispielsweise »Mütterkurse«, die für Mütter schulpflichtiger Kinder am Vormittag in den Schulen der Kinder durchgeführt werden, oder der Einsatz von Integrationshelferinnen in den Familien Rechnung tragen.

Gerade bei Jugendlichen und Kindern ist die Integrationschance besonders hoch. Im Widerspruch dazu ist festzustellen, dass die Sprach- und Integrationskompetenz der Kinder ausländischer Herkunft in den letzten Jahren nicht gestiegen ist. Bezeichnend dafür ist die stagnierende Zahl interethnischer Freundschaften: 69 Prozent der deutschen Jugendlichen erklären, selten oder nie Kontakt mit ausländischen Jugendlichen gehabt zu haben. Die Frage, ob es zu viele Ausländer in Deutschland gibt, beantworten insgesamt 62 Prozent der Jugendlichen in Deutschland mit Ja. Die Folgen fehlenden Austausches bei Jugendlichen und Kindern ist eine wachsende Tendenz zur Segregation, innerer Differenzierung und Polarisierung. Es findet ein Prozess der Rückbesinnung auf die Heimatländer, die eigene Kultur und die eigenen Glaubensüberzeugungen statt. Damit in Zukunft die Integrationschancen junger Zuwanderer auch tatsächlich genutzt werden, sollten Kinder ausländischer Herkunft frühest möglich, das heißt schon im Vorschulalter an die deutsche Sprache herangeführt werden. Ziel muss es sein, spätestens bei Schuleintritt über ausreichende Sprachkenntnisse zu verfügen, wobei sogar die Mütter dieser Kinder durch entsprechende Angebote an den Kindergarten- und Grundschulstandorten in die Maßnahmen zur Vermittlung der Sprachkompetenz einbezogen werden könnten. Daneben sind Vereine, Verbände und gesellschaftliche Organisationen aufgefordert, gerade auf ausländische Jugendliche und Kinder zuzugehen und Möglichkeiten gemeinsamen Kontaktes und gemeinsamer Aktivitäten anzubieten.

Integration als ganzheitliches Konzept

Von zentraler Bedeutung für den weiteren Verlauf des Integrationsprozesses ist vor allem aber die Eröffnung schulischer und beruflicher Perspektiven. Es ist alarmierend festzustellen, dass die Zahl ausländischer Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen tendenziell rückläufig ist. Die Zahl ausländischer Jugendlicher ohne Hauptschulabschluss ist überproportional hoch. So liegt die Quote der ausländischen Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss bei fast 20 Prozent im Vergleich zu rund 8 Prozent bei den deutschen Jugendlichen. Mehr als die Hälfte der 18- bis 20-Jährigen nicht-deutscher Herkunft haben keinen Berufsabschluss, so dass die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger eine logische Konsequenz dieser Qualifikationsdefizite ist.

Ob und in welchem Umfang die bestehenden Integrationsdefizite der ausländischen Wohnbevölkerung in Deutschland korrigiert werden können, entscheidet sich im Wesentlichen im Bereich der schulischen und beruflichen Bildung sowie auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb gilt: Unabhängig von Umfang und Qualität eines integrationspolitischen Konzeptes werden alle noch so gut gemeinten Eingliederungsprogramme in ihrer Wirkung versanden, wenn sie nicht durch entsprechende bildungs- und arbeitsmarktpolitische Programme ergänzt werden. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Chance einer erfolgreichen Gestaltung des Integrationsprozesses auch dadurch erhöht werden kann, dass die Steuerung der Zuwanderung im limitierbaren Bereich integrationsorientiert erfolgt. So sollte bei der Auswahl der Zuwanderer möglichst eine Berücksichtigung des Vorhandenseins deutscher Sprachkenntnisse erfolgen; dies gilt auch für Spätaussiedler und deren Familienangehörige. Zu prüfen ist in diesem Zusammenhang, ob und inwieweit die Vermittlung von Sprach- und sonstigen Kenntnissen bereits in den Herkunftsländern erfolgen kann. Schließlich liegt eine weitere Möglichkeit integrationsorientierter Steuerung der Zuwanderung in der Absenkung des Nachzugsalters für Kinder, weil die Integrationschancen bei Kindern ohne deutsche Sprachkenntnisse in geringerem Alter deutlich höher sind als bei einer Zuwanderung in höherem Alter.

Es ist begrüßenswert, dass im Jahre 2002 Bewegung in die bundesdeutsche Integrationsdebatte gekommen ist und die Zeit ideologischer (Schein-)Debatte und semantischer Eiertänze zu Ende geht. Auf absehbare Zeit wird es in Deutschland ein »Zuwanderungssteuerungs- und -begrenzungsgesetz« geben, dass zwar den Zuwanderern deutlich stärkere Anpassungsleistungen abfordert, dafür aber sowohl Rechtssicherheit als auch Integrationschancen verbessert. Dies gilt insbesondere für die grundsätzlich verpflichtende Teilnahme an den Integrationskursen, die – besonders wichtig – mit einem Anreizsystem verbunden werden sollen. Wer diese Kurse absolviert, soll durch eine Verbesserung seiner Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnissituation belohnt werden: Denkbar sind die zeitlich vorgezogene Erteilung der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis beziehungsweise der Aufent-

haltsberechtigung, kürzere Einbürgerungsfristen oder die Verkürzung der Wartezeit für die Erteilung einer Arbeitsberechtigung beziehungsweise die Gewährung von Ansprüchen auf berufliche Fortbildungsmaßnahmen. Gleichzeitig muss jedoch auch der Verstoß gegen die Teilnahmepflicht sanktioniert werden: Denkbar sind hier der Verlust des Anspruchs auf soziale Transferleistungen, die Verlängerung der Fristen für die Verbesserung des Aufenthaltsstatus, die Versagung der Aufenthaltsverlängerung oder Auflagen und Befristungen des Aufenthaltsstatus. Die flächendeckende Durchführung von solchen Integrationskursen für künftige, zeitlich unbefristet aufhältige Zuwanderer wird damit zu einem zentralen Instrument einer verbesserten Integrationspolitik und erhöht die Chance einer erfolgreichen Gestaltung von Integrationsprozessen. Darüber hinaus darf allerdings der Aspekt der »nachholenden Integration« nicht vernachlässigt werden. Genau dies war ein zentraler Mangel des rot-grünen Zuwanderungsgesetzes.

Das *Bundesverfassungsgericht* hat im Dezember 2002 wegen nicht ordnungsgemäßem Zustandekommen die Verfassungswidrigkeit des von der Bundesregierung vorgelegten Zuwanderungsgesetzes festgestellt. Dadurch besteht die große Chance, durch Korrektur einiger konzeptioneller Mängel eine parteiübergreifende politische Einigung und damit einen großen gesellschaftlichen Konsens für eine gesteuerte und begrenzte Zuwanderung nach Deutschland zu bekommen. Nachbesserungsbedarf besteht nicht zuletzt in den integrationspolitischen Regelungsbereichen des Zuwanderungsgesetzes. Dies betrifft zum einen die klare Regelung der Kostenfrage der Integration, damit eine gerechte Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern gewährleistet ist. Von besonderer Bedeutung ist darüber hinaus die Forderung, dass nicht nur diejenigen Zuwanderer, die neu nach Deutschland kommen, sondern insbesondere auch die bereits hier lebenden Ausländer in die verpflichtenden Eingliederungsprogramme einbezogen werden. Im Übrigen sollte noch einmal geprüft werden, ob und inwieweit das holländische Modell der Integrationspolitik auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen werden kann und einen sinnvollen Ansatz zur Umsetzung der Integrationspläne darstellt. Dort wird versucht, durch den Abschluss von Verträgen mit den Zuwanderern den Integrationsprozess zu strukturieren. Nach Ablauf eines umfassenden Eingliederungsprogramms verpflichten sich die Zuwanderer durch den Abschluss eines solchen Integrationsvertrages zur Einhaltung der Pflichten aus dem Eingliederungsprogramm; kommt der Zuwanderer seinen Pflichten nicht nach, sind Sanktionen bis hin zur Anordnung von Geldstrafen vorgesehen. Gleichzeitig werden die Zuwanderer aber auch umfassend im Hinblick auf die Wahrnehmung ihrer Eingliederungschancen betreut. Für meine Begriffe ein interessantes Modell.

Identität und Identifikation – Zwei Seiten der gleichen Medaille

Die Debatte um die Zuwanderungspolitik war in Deutschland viel zu lange von ideologisch-dogmatischen Zügen geprägt und durch die Denkverbote der *political correctness* blockiert. Dies liegt weder im Interesse der Zuwanderer noch im Sinne

der aufnehmenden Gesellschaft. Für die Zukunft gilt es zu erkennen, dass weder Multikulturalität noch kulturelle Homogenität einen Wert an sich darstellen. Zuwanderung und Integration sind hochkomplexe Prozesse, die eine vernünftige Balance erfordern zwischen humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen gegenüber den Immigranten und den legitimen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen des Aufnahmelandes. Die Zuwanderungsdebatte in Deutschland kann nicht nur darüber geführt werden, was die Aufnahmegesellschaft den Einwanderern schuldet; es ist legitim und auch notwendig, zu definieren, was die Aufnahmegesellschaft von den Einwanderern erwarten kann. Denn es ist die Aufnahmegesellschaft, die frei und souverän darüber entscheidet, in welchem Umfang sie welche Einwanderer aus welchen Ursprungsländern aufnimmt und unter welchen integrationspolitischen Bedingungen Einwanderung nach Deutschland erfolgen soll. Im Übrigen haben auch die Zuwanderer selbst geradezu einen Anspruch darauf, zu erfahren, was von ihnen im Aufnahmeland erwartet wird und was umgekehrt sie vom Aufnahmeland erwarten dürfen.

Das Konzept der multikulturellen Gesellschaft ist sowohl praktisch als auch theoretisch fragwürdig. Der Versuch, Multikulturalismus zur politischen Ideologie zu erheben, ist zum Scheitern verurteilt. Die große Schwäche dieses Konzeptes besteht darin, einen künstlichen Gegensatz aufzubauen zwischen den beiden Identifikationsmodellen eines aufgeklärt-republikanischen Demokratieverständnisses im Sinne des Habermasschen Verfassungspatriotismus auf der einen Seite und dem gewachsenen national-kulturellen Identitätsbewusstsein der Deutschen auf der anderen Seite. Das Beispiel unseres Nachbarlandes Frankreich zeigt, dass beides nicht voneinander zu trennen ist, dass die Republik geradezu eine Synthese von historisch-ethnisch geprägter Nationalkultur und demokratischer Verfassung ist. Mit anderen Worten: Die republikanische Idee ist zwar ethnisch relativ offen, weil sie den universalistischen Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet ist; kulturell jedoch ist sie festgelegt, und zwar auf die jeweilige nationale Kultur, welche im Zeitalter von Europäisierung und Globalisierung niemals nur eine homogene, sondern immer auch eine multikulturell geprägte Kultur sein wird. Den landläufigen Missverständnissen zum Trotz verlangt deshalb gerade das demokratisch-republikanische Modell von den »Immigranten eine weitgehende Identifikation mit den Normen und Werten des Ankunftslandes ebenso ... wie eine weitgehende Aufgabe ihrer kulturellen Herkunft«, bemerkt zutreffend der multikulturelle Befürworter Micha Brumlik in seinem Vorwort zum in deutscher Übersetzung erschienenen Buch »Multikulturalismus und Demokratie« des kanadischen Philosophen Will Kymlicka.

Unsere politische Kultur in Deutschland ist seit Jahrzehnten und wird auch noch viele Jahre lang durch Zuwanderung geprägt sein. Es liegt sowohl an den Zuwanderern wie auch an uns selbst, ob wir Migration als Bedrohung oder als Bereicherung empfinden. So viel ist klar: Zumindest aus demografischen und ökonomischen Gründen muss die bundesrepublikanische Aufnahmegesellschaft ein hohes Interesse an einer erfolgreichen Integrationspolitik haben. Eine bloß for-

male, institutionell getragene Integration, die auf Rechts- und Verfassungstreue, Staatsbürgerschaft oder Wahlrechten beruht, wird dazu allein aber nicht genügen. Hinzu kommen muss die Teilnahme am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in unserem Land, was ohne die Kenntnis der deutschen Sprache nicht möglich sein wird; hinzu kommen sollte darüber hinaus ein Bewusstsein der Zusammengehörigkeit, das sich auf die Gesellschaft und das Land als Ganzes bezieht, das eine neue Heimat bietet. Erfolgsmodelle der Integration von Zuwanderern haben gezeigt, das durch dieses Zusammengehörigkeitsgefühl das Aufnahmeland zu einer neuen Heimat werden kann. Umgekehrt müssen wir als aufnehmende Gesellschaft mit klaren Integrationserwartungen und -angeboten und vor allem aber mit offenen Armen auf die Zuwanderer zugehen, damit auch auf deren Seite ein Bewusstsein von Zusammengehörigkeit wachsen kann. Die Bewältigung der Zuwanderung als eine Verantwortung der aktiven Bürgergesellschaft zu begreifen und die Chancen einer ebenso fordernden wie fördernden Integrationspolitik zu nutzen, darin liegt eine große Herausforderung für die politische und kulturelle Identität der Bundesrepublik Deutschland im 21. Jahrhundert.

KLAUS BADE

Fremde in Deutschland

Geschichte und Gegenwart der Migration

Der Umgang der Deutschen mit Fragen von Zuwanderung und Eingliederung könnte geschichtserfahren, pragmatisch und gelassen sein; denn in der Geschichte haben Deutsche im Ausland und Ausländer in Deutschland alle Formen des transnationalen Wanderungsgeschehens und die damit verbundenen Probleme erlebt, verursacht oder erlitten. Aber der Umgang mit Migration und Integration und die Begegnung zwischen Mehrheit und zugewanderten Minderheiten werden in Deutschland durch historische Erinnerung auch erschwert; denn die Geschichte der Deutschen kannte nicht nur friedliche transnationale Bewegungen und interkulturelle Begegnungen. Sie kannte auch aggressive Grenzüberschreitungen. Und sie kannte die Ausgrenzung und Verfolgung von Minderheiten innerhalb der eigenen Grenzen sowie, nach der gewaltsamen »Entgrenzung« des eigenen Raumes, auch in anderen europäischen Räumen. Juden, Sinti und Roma sind die bekanntesten Beispiele dieses in der letzten Konsequenz mörderischen Kapitels deutscher Geschichte.

Begriffe wie Aus-, Ein- und Transitwanderung, Arbeitswanderung, Flucht- und Zwangswanderung umschreiben im historischen Rückblick auf hohem Abstraktionsniveau eine kaum überschaubare Vielfalt von Bewegungen zwischen geographischen und sozialen Räumen seit der Frühen Neuzeit: Neben den grenzüberschreitenden Bewegungen über weite Distanzen stand die Welt der kleinräumigen Wanderungen in jedermanns Alltag, zum Beispiel Arbeitswanderungen vom Land in die Stadt oder in den nächstgrößeren Ort, Ausbildungswanderungen oder Heiratswanderungen. Dazu gehörten aber auch Bewegungen über nicht notwendig staatliche, aber zum Beispiel regionale, ethnische, konfessionelle, sprachliche und im weitesten Sinne kulturelle Grenzen sozialer Räume hinweg.

Überblickt man, von der unübersehbaren Vielfalt der alltäglichen und allgegenwärtigen kleinräumigen Wanderungen einmal abgesehen, die unterschiedlichen Gewichtungen im Wanderungsgeschehen nach und aus Deutschland von

der Frühen Neuzeit bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts, dann treten markante säkulare Schwerpunkte hervor: Dazu zählen vor allem die frühneuzeitlichen Zuwanderungen von Glaubensflüchtlingen beziehungsweise Vertriebenen aus Glaubensgründen, die kontinentalen Auswanderungen nach Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa bis ins frühe 19. Jahrhundert, die transatlantische Massenauswanderung bis ins späte 19. Jahrhundert und die dann langfristig zunehmende Umkehr der Wanderungsrichtungen bis zur konstanten Dominanz von Zuwan derungen nach Deutschland im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert.

Deutschland aber war in seiner Geschichte meist Aus- und Einwanderungsland zugleich, allerdings mit gewaltigen Unterschieden in der epochalen Bedeutung der beiden großen Wanderungsrichtungen und der damit verbundenen Probleme.

Einwanderungsland – Auswanderungsland – »Arbeitseinfuhrland«

Frühe Einwanderer auf dem Territorium des späteren Deutschen Reichs waren zum Beispiel die Niederländer, Hugenotten, Waldenser und Salzburger, die in der Frühen Neuzeit als Glaubensflüchtlinge aufgenommen wurden. Ihrer besonderen Fähigkeiten und Fertigkeiten wegen waren sie zum Teil so begehrt, dass man von einer Art konfessionsbedingtem Technologietransfer sprechen könnte. Die Eingliederung der Fremden wurde – trotz vieler Reibungen mit den Einheimischen im Alltag aufgrund der verschiedensten Konkurrenzsituationen – erleichtert durch das eigene, zunächst vorwiegend obrigkeitliche Interesse am Neuen von außen und durch die Eingliederungsbereitschaft der Fremden, auch wenn der Sozial- und Kulturprozess der Eingliederung dieser Einwanderer mit ihren starken religiös-konfessionellen, aber auch sprachlich-kulturellen Gruppenbezügen (z. B. Hugenotten) Generationen übergriff.

Frühe kontinentale Auswanderer aus dem deutschsprachigen Raum waren zum Beispiel die Vorfahren der Siebenbürger-Sachsen im heutigen Rumänien, deren Ansiedlung im damaligen Königreich Ungarn zurückreicht bis in die Mitte des 12. Jahrhunderts. »Sachsen« wurden sie von ihren ungarischen Nachbarn genannt. Sie kamen aber vorwiegend von Rhein und Mosel. Seit dem 18. Jahrhundert rückten aus dem deutschsprachigen Raum andere Siedlergruppen nach: aus dem südwestdeutschen, aber auch aus dem mitteldeutschen Raum die »Banater Schwaben«, aus dem Oberschwäbischen und dem Badischen die »Sathmarer Schwaben«. Sie alle sollten durch Siedlung Land erschließen und sichern. Dafür bekamen sie einladende wirtschaftliche und kulturelle Sonderrechte, die allerdings nicht von Dauer waren. Auch andernorts in Südost-, Ostmittel- und Osteuropa hatten Einwanderer aus dem deutschsprachigen Raum lange mit besonderen Privilegien ausgestattete Siedlungsgebiete.

In den 1830er Jahren erst trat der kontinentale Oststrom aus Deutschland zurück hinter den säkularen Weststrom der transatlantischen Massenauswanderung, die in der zweiten Jahrhunderthälfte zu rund 90 Prozent in die Vereinigten

Staaten führte. Als nächstwichtige überseeische Auswanderungsziele folgten mit weitem Abstand Kanada, Brasilien, Argentinien und Australien. Zwischen 1816 und 1914 wanderten rund 5,5 Millionen und seither nochmals mehr als 2 Millionen Deutsche in die Vereinigten Staaten aus. Die in Deutschland geborene Bevölkerung der USA stellte zwischen 1820 und 1860 mit rund 30 Prozent nach den Iren die zweitstärkste, zwischen 1861 und 1890 sogar die stärkste Einwandergruppe in den Vereinigten Staaten.

Hochflut in der transatlantischen Massenbewegung herrschte in den fünf Jahrzehnten von 1846 bis 1893 mit oft über 100 000, in den 1850er und 1880er Jahren auch über 200 000 Auswanderern im Jahr. Zwischen 1880 und 1893 wurden noch fast 1,8 Millionen Überseeauswanderer in Deutschland gezählt. Dann lief die säkulare transatlantische Massenauswanderung des 19. Jahrhunderts aus. Das wachsende Erwerbspersonenpotential wurde in der Hochindustrialisierungsperiode zunehmend absorbiert vom sprunghaft steigenden Erwerbsangebot im Reich; denn die wirtschaftliche Wachstumsperiode, die Mitte der 1890er Jahre einsetzte, dauerte – über zwei kurze Kriseneinbrüche (1900/02, 1907/08) hinweg – bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs. Die Anziehungskraft des überseeischen Haupteinwanderungslandes trat zurück hinter das stark wachsende Chancenangebot auf den Arbeitsmärkten im Auswanderungsland. Von den frühen 1890er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg blieb die überseeische Auswanderung auf niedrigem Niveau und schwenkte gewissermaßen ein in den Strom der Binnenwanderungen aus ländlichen in städtisch-industrielle Arbeits- und Lebenswelten.

Nachgerade gegenläufig zum Steilabsturz der deutschen Massenauswanderung stieg Anfang der 1890er Jahre die ost-, südost- und südeuropäische Amerika-Auswanderung zur Massenbewegung auf. Man nannte sie in Deutschland »Durchwanderung« und in den Vereinigten Staaten abfällig »Neue Einwanderung« (»New Immigration«), im Gegensatz zu der »klassischen« Einwanderung aus West-, Mittel- und Nordeuropa. Je mehr die deutsche Überseeauswanderung seit Anfang der 1890er Jahre zurückging, desto wichtiger wurde für die hanseatischen Transatlantiklinien diese von der internationalen Überseeschifffahrt in harter Verdrängungskonkurrenz umkämpfte Transitwanderung. Bis zum Ersten Weltkrieg passierten mehr als 5 Millionen Auswanderer aus Russland (besonders Polen und Juden) und aus Österreich-Ungarn das Reich auf dem Weg zu den Seehäfen. Die meisten schifften sich in Hamburg und Bremen in die Vereinigten Staaten ein.

Die »neue« Amerika-Auswanderung aus Süd-, Südost- und Osteuropa wurde in ihren Ausgangsräumen von einem legal und illegal operierenden Heer von Auswanderungsagenten umworben und rücksichtslos stimuliert. Um die deutschen Auswandererschiffe zu füllen, übernahmen Agenten deutscher Schifffahrtslinien über ein Netz von Vertrauensleuten, Helfern und Schleppern dabei in den Auswanderungsräumen jene Rolle, die strafrechtlich verfolgte nordamerikanische Auswandererwerber im 19. Jahrhundert in Deutschland gespielt hatten – nicht minder erfolgreich, nicht minder bedenkenlos in ihren Werbemethoden und deswegen ebenso beargwöhnt von den Regierungen der Auswanderungsländer. Man

kooperiere hier zum Beispiel in Galizien, berichtete der Direktor des *Norddeutschen Lloyd*, Wiegand, mitunter mit dem »Abschaum der Menschheit«.

Migration war eben seit jeher nicht nur kalkuliertes Risiko, unkalkulierbares Abenteuer oder erlittenes Schicksal von Migranten, sondern meist auch ein scharf kalkuliertes oder auch spekulatives Geschäft – seinerzeit nicht nur für Auswanderungsagenten mit Lizenz, für Transportunternehmen und Schifffahrtsgesellschaften, sondern oft auch für zwielichtige Gestalten und Machenschaften. Für Migration als profitables Geschäft am Rande der Legalität und im Bereich von Illegalität und Kriminalität liefert auch die deutsche Migrationsgeschichte zahlreiche Belege – von der Auswandererwerbung bis hin zu der zum Teil ebenfalls illegalen Anwerbung von »ausländischen Wanderarbeitern« im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert.

Der zentrale Angelpunkt in dem gewaltigen Umbruch im transnationalen Wanderungsgeschehen um die Jahrhundertwende war in Deutschland der Wandel von der transatlantischen Auswanderung auf Dauer zur kontinentalen Zuwanderung auf Zeit. Sie ließ das Reich, dem Schwergewicht der Migrationsbewegungen nach, innerhalb weniger Jahre vom Auswanderungsland zum nach den Vereinigten Staaten »zweitgrößten Arbeitseinfuhrland der Erde« (I. Ferenczi) werden:

Im kaiserlichen Deutschland, das weltwirtschaftlich an die Spitze drängte, kam es im späten 19. Jahrhundert zu einer Umkehr der Angebot-Nachfrage-Spannung auf dem Arbeitsmarkt, die vordem die wichtigste wirtschaftliche Antriebskraft der überseeischen Auswanderung gewesen war. »Leutenot« in der Landwirtschaft, »Arbeiternot« in Industrie-, Straßen- und Kanalbau steigerten seit den 1890er Jahren die landwirtschaftlichen Saisonwanderungen und industriellen Arbeitswanderungen aus dem europäischen Ausland nach Deutschland und insbesondere nach Preußen zur Massenbewegung. Die wichtigsten Gruppen stellten Polen aus dem russischen Zentralpolen, Polen und in geringerem Umfange auch Ruthenen aus dem österreichischen Galizien sowie Italiener und Niederländer. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs gab es im Reich ca. 1,2 Millionen ausländische Arbeitskräfte beiderlei Geschlechts.

Die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg brachten so den Umbruch vom transatlantischen Massenexodus deutscher Auswanderer zur kontinentalen Massenzuwanderung »ausländischer Wanderarbeiter«. Das Reich blieb aber Auswanderungsland und wurde zugleich »Arbeitseinfuhrland«. In der Weimarer Republik lief die Ausländerbeschäftigung auf niedrigerem Niveau fort und endete fast ganz zur Zeit der Weltwirtschaftskrise. Sie nahm auch im nationalsozialistischen Deutschland von 1933 bis 1938 zunächst nur verhalten zu. Seit 1939 hingegen mündete sie in die bald millionenfache Sklaverei von deportierten »Fremdarbeitern« und Kriegsgefangenen im »Ausländer-Einsatz« der NS-Kriegswirtschaft. Die überlebenden Opfer stellten nach Kriegsende das Gros der 10 bis 12 Millionen »Displaced Persons« (DPs). Die in der Weimarer Zeit auf der Grundlage zwischenstaatlicher Verträge betriebene Anwerbung »ausländischen Wanderarbei-

ter« lebte in anderer und nur bedingt vergleichbarer Form wieder auf in der »Gastarbeiterperiode« der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland (1955–1973), aber auch in der DDR.

Flucht- und Zwangswanderungen

Das Land, das in seiner Geschichte oft ausländischen Flüchtlingen Aufnahme geboten hatte, zwang im 19. und 20. Jahrhundert selber viele Bürger zur Flucht ins Ausland. Die deutsche Erfahrung von Verfolgung, Flucht, Asyl und Exil reichte zum Beispiel im 19. Jahrhundert von den »Demagogenverfolgungen« nach den »Karlsbader Beschlüssen« von 1819 über die Flucht verfolgter Revolutionäre von 1848/49 ins europäische Ausland und nach Übersee bis zu den Spuren deutscher Sozialisten, die zur Zeit von Bismarcks Anti-Sozialistengesetz (1878–1890) ins europäische, aber auch ins überseeische Ausland führten.

Das alles geriet nach l933 in den historischen Schatten der politisch, weltanschaulich und rassenideologisch bedingten Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland. Sie führte weltweit in mehr als 80 Emigrationsländer, unter denen schließlich die Vereinigten Staaten am wichtigsten wurden. Für viele, vor allem für die jüdischen Emigranten, war die Flucht ins Exil Rettung aus tödlicher Bedrohung.

Im Zweiten Weltkrieg folgten Fluchtwanderungen und Zwangsumsiedlungen aus den im »Hitler-Stalin-Pakt« 1939 den jeweiligen Interessensphären zugeschlagenen Gebieten, dann Zwangsumsiedlungen, Vertreibungen und Deportationen im von Deutschland besetzten Europa (z. B. »Warthegau«), aber auch auf der sowjetischen Seite (z. B. »Wolgarepublik«). Am Ende standen Lagerhaft, Zwangsarbeit und Wiedereingliederung der deutschen Kriegsgefangenen und, noch in den 1950er Jahren, der »Spätheimkehrer« aus der Sowjetunion, vor allem aber die größten Massenzwangswanderungen der europäischen Geschichte in Gestalt von Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten.

Im Westen sprach man appellativ von »Heimatvertriebenen«, im Osten schönfärberisch von »Umsiedlern«. Was im Westen jahrzehntelang von einflussreichen Vertriebenenorganisationen öffentlich als »Recht auf Heimat« eingefordert wurde, blieb in der DDR als »Umsiedlerproblematik« tabuisiert mit Rücksicht auf die östlichen Nachbarn. Während die Vertriebenenverbände im Westen noch in der Diskussion um die deutsche Vereinigung 1989/90 ein Mitspracherecht reklamierten, war die »Umsiedlerproblematik« in der DDR schon Anfang der 1950er Jahre für »abgeschlossen« erklärt worden. Wer sie fortan öffentlich zum Thema machte, geriet in den Verdacht, ein Agent westlicher »revanchistischer Kreise« und damit staatsfeindlicher Bestrebungen zu sein, öffentliche kollektive Erinnerung an das Vertreibungsschicksal konnte zum Straftatbestand werden.

Migration und Integration im geteilten und vereinigten Deutschland

Von der Nachkriegszeit bis zum Ende der 1950er Jahre dominierten als Migrations- und Integrationsthemen die Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie Spätheimkehrern und die grenzüberschreitende Migration im geteilten Deutschland, vornehmlich in Gestalt der millionenstarken Bewegung von Übersiedlern und später Flüchtlingen aus SBZ und DDR in die westlichen Besatzungszonen und in die Bundesrepublik. Es gab aber auch eine – im Westen offiziell totgeschwiegene – insgesamt immerhin ca. 400 000 Menschen umfassende Übersiedlung in umgekehrter Richtung, also aus den westlichen Besatzungszonen und der frühen Bundesrepublik in die SBZ und DDR.

Seit den späten 1950er Jahren dominierten vor allem drei große Zuwanderungs- und Eingliederungsprozesse in Deutschland: Arbeitswanderungen mit – im Westen – fließenden Übergängen zur Einwanderung; die Zuwanderung von Asylsuchenden und anderen Flüchtlingen sowie die Zuwanderung und Eingliederung der Aussiedler, die im Westen an die Geschichte der organisierten Vertreibungen anschloss.

Auch dabei dominierten im geteilten Deutschland oft unterschiedliche und zum Teil gegensätzliche Erfahrungen. Deshalb brachten die einander fremd gewordenen Deutschen in den Prozess der Vereinigung auch unterschiedliche bis gegensätzliche Erfahrungen im Umgang mit zugewanderten Fremden ein:

Während im Westen die Zuwanderung von »Aussiedlern« aus Ost- und Südosteuropa das Ende der Vertreibungen überdauerte, gab es im Osten jenseits der »Umsiedlerintegration« vergleichsweise wenig Aussiedlerzuwanderung. Wenig bedeutend war auch die Zuwanderung von asylsuchenden Flüchtlingen, die im Westen seit den frühen 1980er Jahren stark wuchs. Insgesamt dominierten in der DDR nicht Zuwanderung und Eingliederung, sondern Abwanderung und Ausgliederung durch Übersiedlung oder Flucht in den Westen. Das wiederum wurde im Kalten Krieg vom Westen ausdrücklich begrüßt; denn »Flucht aus dem kommunistischen Machtbereich« war Abstimmung mit den Füßen in der Konkurrenz der Systeme und wünschenswerter – im Osten beklagter und im Westen dementierter – Arbeitskräftezufluss zugleich.

In der DDR hingegen war der illegale Weg in den Westen, insbesondere nach dem Bau des schwer armierten »Friedenswalls«, als »Republikflucht« ein Straftatbestand und wurde in der öffentlichen Diskussion nach Möglichkeit ebenso totgeschwiegen wie seit Anfang der 1950er Jahre die »Umsiedlerproblematik«. Viele mit Zuwanderung und Eingliederung, mit Ausgliederung und Abwanderung zusammenhängende Fragen fielen in der DDR mithin öffentlicher Verdrängung anheim. Verdrängungen und Tabuisierungen in Migrations- und Integrationsfragen aber gab es auch im Westen.

Arbeitswanderer und Einwanderer

Der deutsch-italienische Vertrag von 1955 gab den Auftakt zur amtlich organisierten Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ins Land des »Wirtschaftswunders«. Der Mauerbau im Osten beschleunigte im Westen den Weg zum Einwanderungsland wider Willen; denn die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte wurde nach dem Ende des – im Westen nur als politisch motivierte Flucht aus dem kommunistischen Machtbereich in die freiheitliche Demokratie des Westens interpretierten – Zustroms aus der DDR 1961 um so mehr forciert.

»Gastarbeiter« wurden sie im öffentlichen (nicht im amtlichen) Sprachgebrauch genannt, in Abgrenzung zu den »Fremdarbeitern« im nationalsozialistischen und zu den »ausländischen Wanderarbeitern« im kaiserlichen Deutschland. Von 1955 bis zum »Ölpreisschock« von 1973 und dem dadurch ausgelösten »Anwerbestop« dauerte die Anwerbeperiode im Westen. Rund 14 Millionen ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – es gab auch viele weibliche »Pioniermigranten« – kamen in dieser Zeit, etwa 11 Millionen davon kehrten zurück. Der Rest blieb, zog die Familien nach und lebte zum Großteil schon in den späten 1970er Jahren in einem gesellschaftlichen Paradox – einer Einwanderungssituation ohne Einwanderungsland.

Das wiederum wurde im Westen regierungsamtlich dementiert, im politischen Entscheidungsprozeß verdrängt und im Verwaltungshandeln tabuisiert. Die überfälligen Großkonzepte für Einwanderungs- und Eingliederungsfragen blieben, ganz folgerichtig, aus; denn was man tabuisiert, das kann man nicht gestalten. Und doch gestaltete sich vieles, mit unnötigen Reibungsverlusten, gleichsam von selber: durch das pragmatisch-unspektakuläre ›Durchwursteln‹ (»muddling through«), in der Verwaltungspraxis (M. Bommes), auf Grund der hohen Eingliederungsbereitschaft der vielgestaltigen Zuwandererbevölkerung und auf Grund der – trotz aller politischen Skandalisierung (»Die Bundesrepublik ist kein Einwanderunsland!«) – nicht minder pragmatischen Akzeptanz der Einwanderungssituation durch die Aufnahmegesellschaft in der alltäglichen Begegnung mit den zugewanderten Fremden, die bestimmte Funktionen übernahmen und dann »irgendwann einfach dazugehörten«.

Auch in der DDR gab es, in geringem Umfang, Ausländerbeschäftigung auf der Grundlage von Regierungsabkommen. Die ausländischen Arbeitskräfte stammten hier zuletzt vorwiegend aus Vietnam und Mosambik. Sie schufteten, wie ehedem die »Gastarbeiter« im Westen, meist in den am wenigsten geschätzten Beschäftigungsfeldern mit den härtesten Arbeitsbedingungen, zum Beispiel zu drei Vierteln im Schichtdienst.

Diese Ausländerbeschäftigung wiederum wurde in der DDR offiziell totgeschwiegen, dementiert oder verharmlost als Ausbildungswanderung, die in Wirklichkeit nur zu Anfang dominierte. Für die mit befristeten Verträgen in den eingemauerten Staat geholten »ausländischen Werktätigen« gab es zwar administrativ geleitete, autoritäre »Betreuung«. Es gab insgesamt aber weniger soziale Integration als staatlich verordnete Segregation und sogar räumliche und soziale Ghettoi-

sierung: Die Ausländer wurden vielfach in separaten Gemeinschaftsunterkünften einquartiert und damit auch sozial auf Distanz gehalten. Nähere Kontakte waren genehmigungs- und berichtspflichtig.

Die demonstrative Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer im März 1989 war Ausdruck der enormen Politisierung von Migrations- und Integrationsfragen vor den Parlamentswahlen im März 1990 und eines der letzten Signale in der verblassenden innerdeutschen Systemkonkurrenz. Der Befreiungsschlag blieb Episode, weil im Prozess der Vereinigung, von Übergangsregelungen abgesehen, auch im Bereich des Ausländer- und Asylrechts die in der »alten« Bundesrepublik geltenden Regelungen auf die »neuen« Bundesländer übertragen wurden.

Asylsuchende und andere Flüchtlinge

Die Antwort der Nachkriegsdeutschen im Westen auf die Aufnahme – aber auch Nichtaufnahme – deutscher Flüchtlinge im Ausland 1933-45 war die berühmte Botschaft der vier Worte in Artikel 16 des Grundgesetzes: »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht«. Das weltweit offenste Asylrecht sollte allen, die glaubten, Anspruch darauf anmelden zu können, bis zur Entscheidung über ihren Antrag sicheren Aufenthalt bieten. Mit zunehmender Inanspruchnahme dieses Rechts durch Flüchtlinge aus aller Welt wuchs die Tendenz zunächst zu seiner Einschränkung in der Praxis und schließlich 1993 zur Einschränkung des Grundrechts selbst.

Auch in der DDR hatte es politische Flüchtlinge, Asylsuchende und Asylberechtigte gegeben, wenn auch in sehr viel geringerem Umfang. Auch hier war das Asylrecht in der Verfassung verankert, aber nicht als subjektives Recht der Asylsuchenden, sondern als Recht des Staates. Asyl wurde vom Ministerrat gewährt, war nicht an Begründungen bzw. Rechtfertigungen, geschweige denn gerichtliche Entscheidungen gebunden und konnte jederzeit, ebenfalls ohne nähere Begründung oder gar Rechtfertigung, widerrufen werden. Von der Staatsgründung bis Mitte der 1970er Jahre wurden vor allem sozialistische Flüchtlinge aus Griechenland, Spanien und Chile aufgenommen.

In den ersten Jahren des Vereinigungsprozesses, der von starken Ost-West-Wanderungen deutscher »Umsiedler« begleitet wurde, erreichten die Zahlen der jährlichen Asylanträge bislang nie gekannte Höhen – fast 440 000 wurden 1992 registriert. Darunter fielen freilich auch schon in starkem Maß Flucht- und Minderheitenwanderungen aus dem Raum Jugoslawien sowie aus Rumänien zugewanderte Roma, von denen noch zu reden ist. Aber der Kalte Krieg war vorbei und Flüchtlinge, zumal in Massen, waren nicht mehr Erfolgsnachweis in der politischen Systemkonkurrenz, sondern Zusatzbelastung im unter Krisendruck geratenen nationalen Sozialstaat, in dem der Kampf gegen den »Missbrauch des Asylrechts« zum Kampf gegen als politische Flüchtlinge getarnte Arbeitswanderer und Einwanderer geriet.

Seit der Grundrechtsänderung von 1993 hat in Deutschland in aller Regel keine Chance mehr auf Asyl, wer aus »verfolgungsfreien« Ländern stammt oder über

so genannte »sichere Drittstaaten« einreist, mit denen sich Deutschland lückenlos umgeben hat; dass trotzdem viele abgelehnte Asylsuchende auf längere Zeit oder auch auf Dauer bleiben konnten, hatte mit der Anerkennung von Flüchtlingseigenschaften im Sinne der »Genfer Flüchtlingskonvention«, mit anderen übergeordneten Gesichtspunkten und faktischen Abschiebehindernissen zu tun.

Die Abwehrmaßnahmen haben die Asylbewerberzahlen in Deutschland immer weiter gedrosselt, aber auch den Transitverkehr von Asylsuchenden durch Deutschland in andere europäische Länder – zum Beispiel in die Niederlande und nach England – verstärkt. Und sie haben die Zahl der illegalen beziehungsweise irregulären Inlandsaufenthalte erhöht, teils durch illegalen Grenzübertritt, teils durch Überschreiten der Aufenthaltsgenehmigung; denn je schärfer und unüberwindlicher die Abschottung, desto höher ist die Konjunktur des organisierten Verbrechens, das irreguläre oder illegale Zugänge eröffnet und in weltweiten Schleppernetzen operiert.

Aussiedler – deutsche Einwanderer aus Osteuropa

Die insgesamt mehr als vier Millionen Menschen umfassende Aussiedlerzuwanderung ist eine Art »Rückwanderung« über Generationen hinweg – in die Heimat von Vorfahren, zu deren Zeit es ein »Deutschland« oft noch gar nicht gab. Anerkannte Aussiedler beziehungsweise Spätaussiedler (seit 1993) haben im Sinne des Kriegsfolgenrechts zwar Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit mit allen Rechten und Pflichten. Sie sind aber kulturell, mental und sozial zugleich auch echte Einwanderer, also deutsche Einwanderer; ganz abgesehen von den – heute 75 Prozent der »Spätaussiedlerzuwanderung« stellenden – mitreisenden ausländischen Familienangehörigen nichtdeutscher Herkunft, die de facto reguläre osteuropäische beziehungsweise eurasische Einwanderer sind. Die Eingliederungsprobleme der Aussiedler beziehungsweise Spätaussiedler wurden durch ihre Unterschätzung oder gar durch die Gleichsetzung dieser Zuwanderer mit den Vertriebenen und Flüchtlingen nach 1945 nur erschwert.

Die Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre stark angestiegenen Zuwanderungszahlen wurden 1992/93 durch die Kontingentierung der Aufnahmebescheide auf maximal 220 000 abgebremst und schließlich seit 1998/99 unter die Marke von 100 000 jährlich gesenkt. Den administrativen Hintergrund bildeten gezielte Förderungen in den Ausgangsräumen und Erschwerungen der Zulassung, nicht zuletzt durch die 1996/97 eingeführten Sprachtests in den Herkunftsgebieten. Sie galten allerdings bis zum Zuwanderungsgesetz von 2002/03 nur für die Antragsteller deutscher Herkunft und nicht für die mitreisenden ausländischen Familienangehörigen nichtdeutscher Herkunft. Die aber brachten in aller Regel keinerlei sprachliche Voraussetzungen für den Eingliederungsprozess in Deutschland mit und hatten dennoch, ihres Ausländerstatus wegen, lange auch keinen Anspruch auf Sprachkurse als Eingliederungshilfen. Die Folge war eine weitere Stabilisierung russischsprachiger Enklaven – die viele Einheimische als Ausdruck bewusst integrationsfeindlicher Abkapselung missverstanden.

Insgesamt waren die Eingliederungsprobleme mit dem Aufstieg der Aussiedlerzuwanderung zur Massenbewegung seit den späten 1980er und insbesondere in den frühen 1990er Jahren gewachsen. Die Aussiedlerzuwanderung hatte lange als mustergültiges Modellunternehmen gegolten, empfehlenswert auch für die Eingliederung ausländischer Einwanderer. Das änderte sich im Zeichen der Massenbewegung und unter wachsendem Haushaltsdruck deutlich – auch wenn die Aussiedler, trotz der Kürzungen der Eingliederungshilfen, noch immer eine privilegierte Zuwanderergruppe sind. Bei der Integration der fremden Deutschen aus dem Osten und ihrer Familienangehörigen ist mithin längst ein neues echtes Einwanderungsproblem brisant geworden, während das alte, die schon Generationen übergreifende Eingliederung der einheimischen Ausländer, immer noch viele Probleme kennt.

Juden aus Osteuropa – Inklusion und Akzeptanz

Relativ jung erst ist die Zuwanderung von Juden aus Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion im Land des Holocaust. Vor dem Hintergrund des düstersten Kapitels der deutschen Geschichte finden sie Aufnahme analog zu Kontingentflüchtlingen, mit einem Status also, der annähernd demjenigen der Asylberechtigten entspricht. Die Zuwanderung von Juden hatte in der Zeit der Agonie der DDR zwischen dem Untergang des SED-Regimes Anfang November 1989 und der Vereinigung mit der BRD im Oktober 1990 begonnen.

In dieser oben schon erwähnten postrevolutionären Zwischenzeit erklärten sich 1990 die von der antizionistischen SED-Doktrin abgerückten Fraktionen der DDR-Volkskammer in einer gemeinsamen Erklärung bereit, »verfolgten Juden in der DDR Asyl zu gewähren«, was auch vom DDR-Ministerrat im Juli 1990 bestätigt wurde. Daraufhin beantragten bis Mitte April 1991 fast 5 000 Juden aus der Sowjetunion ihre Aufnahme im Staatsgebiet der ehemaligen DDR. Die ersten 8 500 jüdischen Einwanderer, die schließlich im vereinigten Deutschland 1991 mit einem Status analog zu dem der Kontingentflüchtlinge anerkannt wurden, waren seit April 1990 in die noch existierende DDR eingereist. Von der Öffnung des Eisernen Vorhangs bis Ende 2000 haben insgesamt rund 158 000 Juden aus der Sowjetunion beziehungsweise der GUS eine Einreisezusicherung erhalten, rund 137 000 sind von 1990 bis 2000 eingereist.

Zu den Eingliederungsproblemen der jüdischen Einwanderer aus Osteuropa zählen auch Identitätsprobleme der Einwanderer selbst. Sie wandern als Juden aus, werden als solche aufgenommen und von den jüdischen Gemeinden unterstützt, obgleich ein großer Teil von ihnen in der Herkunftsgesellschaft keine jüdische Identität im religiös-kulturellen Sinne mehr besaß und sie oft im Aufnahmeland erst wieder neu entdeckt.

Roma aus Osteuropa – Exklusion und Deportation:

Ein Gegenbild zur Integration von Juden aus der GUS bildet die Nicht-Integration von in den frühen 1990er zugewanderten Roma. Ihr Schicksal zeigte, dass in der

Bundesrepublik Schuldgefühle wegen nationalsozialistischer Massenverbrechen durchaus nicht bei der Behandlung aller davon betroffenen Minderheiten wirkten. Die Erinnerung, dass Sinti und Roma vom Holocaust nach den Juden am stärksten betroffen waren, bot hier keine Brücke nach Deutschland: Nach amtlichen Schätzungen gab es von Anfang 1990 bis zum Inkrafttreten des neuen Asylrechts am 1. Juli 1993 etwa 250 000 Romaflüchtlinge in Deutschland, vor allem aus Rumänien, aber auch aus Jugoslawien und Bulgarien. Ihre Behandlung zeigte ein strenges Gegenbild zu derjenigen von Aussiedlern und Juden aus Osteuropa: Bei Aussiedlern und Juden ging es um staatlich begleitete Migration unter den Leitperspektiven von sozialstaatlicher Inklusion und gesellschaftlicher Integration. Das Gegenteil galt für die unerwünschte Zuwanderung von »Zigeunern« aus Osteuropa: Exklusion, Zwangsrepatriierung bzw. amtlich geschönte Deportation zurück in Länder, in denen sie, wie zum Beispiel in Rumänien, zumindest ebenso ausgekreist sind wie Juden in der GUS.

Osterweiterung der EU und Wiederkehr alter Ängste

Die Angst vor »neuen Völkerwanderungen« aus dem Osten ist so alt wie die Geschichte der Ost-West-Wanderungen selber. Der deutschsprachige Raum aber war hierbei immer Aufnahme- und Transitraum zugleich. Diese Funktion geriet im Zeitalter des Kalten Krieges in Vergessenheit. Erst nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs erkannten viele, dass er auch ein Limes gegen die Ost-West-Wanderung gewesen war und sehnten sich vielleicht sogar im Stillen in dessen düsteren ›Schutz‹ zurück. Anstelle der als »Mauer« auch durch Deutschland selbst führenden und hier lange sogar mit Minenfeldern und Selbstschussanlagen armierten Grenze ist an den Ostgrenzen der Europäischen Union ein EDV-armierter neuer migratorischer Limes entstanden, der mit der Osterweiterung weiter nach Osten vorrücken wird:

Mit dem für den 1. Januar 2004 erwarteten Beitritt Polens zur EU wird die ungefähr 1 200 Kilometer lange Grenze Polens zu seinen östlichen Nachbarstaaten Weißrussland, Ukraine und zu der russischen Enklave Kaliningrad Teil der europäischen Ostgrenze sein. Zu deren Sicherung gegen illegale Einwanderung, Menschenschleusung, Menschenhandel und Schmuggelaktivitäten sollen – nach den am 30. Juli 2002 abgeschlossenen Brüsseler Beitrittsverhandlungen zum Kapitel »Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres« – unter anderem die internationale Kooperation der Grenzschutzbehörden weiter intensiviert und die Grenzkontrollen entscheidend verschärft werden: Diesen Abschnitt der neuen EU-Ostgrenze sollen dann 156 Wachtürme säumen. An jedem von ihnen werden an jedem Tag zehn Grenzpatrouillen eingesetzt. Im Abstand von maximal circa 20 Kilometer werden Grenzposten eingerichtet. Die Zahl der polnischen Grenzpolizisten wird bis 2006 um weitere 5 300 auf insgesamt 18 000 erhöht.

Trotz solcher neuer Migrationsgrenzen und der Vereinbarung von Übergangsfristen bis zur Gewährung der vollen Freizügigkeit am Arbeitsmarkt für die neuen

Mitgliedsstaaten der EU wächst die Angst vor den immer absehbarer werdenden neuen Herausforderungen. Erkennbar werden dabei – unterhalb einer nach wie vor an der Vision eines geeinten Europas orientierten supranationalen politischen Öffentlichkeit – an konkreten Interessen und absehbar unterschiedlichen Betroffenheiten oder entsprechenden Visionen und Projektionen orientierte nationale, regionale oder auch milieuspezifische Öffentlichkeiten. Die interne soziale und ideelle Bindungskraft dieser Teilöffentlichkeiten ist zum Teil durch projektive Konstruktionen, selektive Wahrnehmungen und die Verabsolutierung von Teilaspekten bestimmt, die indes alle für sich ihre perspektivische Legitimität haben.

Die Verbreitung von Horrorvisionen in Verbindung mit der ab 2004 anstehenden Osterweiterung der Europäischen Union ist zweifelsohne sachlich nicht begründbar und deshalb publizistisch verantwortungslos. Es gibt langfristig erkennbare demo-ökonomische Angleichungstendenzen, die Migrationsprozesse schon mittelfristig in Grenzen halten werden. Die maximal immerhin siebenjährigen Übergangsfristen werden ein Übriges tun als flexible Schutzschilder vor nationalen Arbeitsmärkten.

Das nach der Osterweiterung zu erwartende Wanderungsaufkommen mag makro-ökonomisch betrachtet – im Blick auf den derzeitigen EU-Gesamtraum und den Erweiterungsraum – auf einer Zeitachse von etwa 10 Jahren nach Schätzungen durchaus überschaubar erscheinen: Was bedeuten schon, und zwar ohne Übergangsfristen, einige Millionen zusätzliche Ost-West-Zuwanderer, zum Teil nur auf Zeit, für ganz Europa in 10 Jahren, abzüglich derer, die ohnehin schon illegal anwesend sind?

Aber das ist nur die halbe Wahrheit; denn potentielle Zuwandererzahlen erscheinen durchaus belangvoll, wenn man bedenkt, dass die einzelnen Staaten West- und insbesondere Mitteleuropas, trotz Übergangsfristen, nach gezielten Umfragen zur Wanderungsbereitschaft ganz unterschiedlich betroffen sein könnten: Deutschland zu mehr als einem Drittel (ca. 37 %) , Österreich zu rund einem Viertel (24,4 %), die Schweiz nur noch zu 9,1 Prozent, gefolgt von Großbritannien (6,4 %), Frankreich (4,1 %) und anderen europäischen Staaten mit noch niedriger liegenden Umfrageergebnissen (Faßmann/Münz 2002). Kein Wunder also, dass sich zum Beispiel viele Franzosen, trotz allen Lärms des *Front National*, im Blick auf die Osterweiterung wesentlich mehr Sorgen um die Agrarsubventionen machen als um Fragen der Zuwanderung.

In Deutschland ist das anders, gerade wegen der absehbaren oder befürchteten Unterschiede in der Betroffenheit. Das gilt auch innerhalb Deutschland selbst – von Betrieben und Arbeitsmärkten in grenznahen Räumen über ganze Branchen mit aktuellen Beschäftigungsproblemen wie zum Beispiel die Bauindustrie bis hin zu unbestreitbar absehbaren Problemen von unzureichend qualifizierten Anbeziehungsweise Ungelernten: Sie können am ehesten Opfer von Verdrängungskonkurrenz am Arbeitsmarkt werden, wenn bei schließlich unumschränkter Arbeitsmarktzulassung das nationale Privileg entfällt, als Ungelernter mit deutschem Pass gegenüber dem vielleicht sogar qualifizierten, sich aber auf der Ebene

ungelernter Tätigkeiten sogar billiger anbietenden ausländischen Ungelernten als eine Art gelernter Deutscher noch immer bevorrechtigt zu sein; denn, wie die Migrationsgeschichte vielfältig lehrt, sind ausländische Arbeitswanderer und Einwanderer oft bereit, auch harte Arbeitsbedingungen zu mitunter sogar mäßigem, aber im Schichtakkord steigerbaren Lohn zu akzeptieren, in der Hoffnung, so möglichst rasch zu den erstrebten Ersparnissen für den Lohngeldtransfer ins Herkunftsgebiet zu kommen oder aber im Einwanderungsland selber voranzukommen beziehungsweise aufzusteigen – auch wenn sie mit diesem sozialen »Aufstieg« unterhalb der eigenen Qualifikationsebene beginnen müssen.

Viele Ängste haben freilich auch mit dem notorischen Mangel an Transparenz in Migrations- und Integrationsfragen zu tun. Er hat seine Ursache in dem lange betriebenen politischen Versteckspiel mit der Wirklichkeit im widerwilligen Einwanderungsland Deutschland. Das neue Zuwanderungsgesetz kann hier wesentlich zur pragmatischen Entkrampfung des noch immer angespannten Verhältnisses zu Migration und Integration beitragen: durch transparentere Handlungsfelder und Abläufe in der Migrationsverwaltung, durch die Formulierung von Integration als gesetzlichem Auftrag sowie durch das Bemühen um eine im Rahmen des Möglichen geregelte – das heißt bei Migrationsdruck immer auch begrenzte – und in ihrem beruflich-sozialen Profil aktiv gestaltete Zuwanderung nach Deutschland.

Literatur

Bade, Klaus J. (2002): *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München (2. Auflage)

Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen (2003): *Normalfall Migration: Deutschland im 20. und frühen 21. Jahrhundert,* Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung, Reihe Zeitbilder)

Fassmann, Heinz/Münz, Rainer (2002): »Die Osterweiterung der EU und ihre Konsequenzen für die Ost-West-Wanderung«, in: Bade, Klaus J./Münz, Rainer (Hrsg.): *Migrationsreport 2002. Fakten – Analysen – Perspektiven,* Frankfurt am Main/New York, S. 61-97

Herbert, Ulrich (2001): *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge,* München

Franz Nuscheler

Die globalisierte Migration als Bedrohungsszenario – und Medium der kulturellen Hybridisierung

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Verflüchtigung des Feindbildes »Osten« tauchten schnell neue Feindbilder auf. Wenn von »neuen Bedrohungen«, auf die Sicherheitspolitiker mit dem Konzept der »erweiterten Sicherheit« reagierten, oder gar von einem neuen »Feindbild Dritte W*elt*« die Rede war, dann verkörperte sich das Bedrohliche beziehungsweise das als bedrohlich Perzipierte auch in der Annahme eines wachsenden Migrationsdruckes aus den Krisen- und Elendsregionen der Welt in die Friedens- und Wohlfahrtszone der »OECD-Welt«.

Ängste vor der »Invasion der Armen«

Besonders zu Beginn der 1990er Jahre, als im EG-Raum und im Besonderen in Deutschland die Zahlen von Asylsuchenden Rekordhöhen erreichten und gleichzeitig der Abbruch des Eisernen Vorhangs einen Massenexodus aus Osteuropa befürchten ließ, überboten sich Buchtitel und Schlagzeilen in den Medien in angstmachenden Horrorszenarien: »Die Invasion der Armen« (Werner 1992), »ansturm der Armen« (*Der Spiegel* v. 9.9.1991) oder »Sturm auf Europa – Asylanten und Armutsflüchtlinge« (Ritter 1990). *Geo* (vom Dezember 1991) überschrieb eine Kollektion von Reportagen und eindrucksvollen Farbbildern über die Dramatik des damaligen Fluchtgeschehens in aller Welt mit der Schlagzeile »Die neue Völkerwanderung: 500 Millionen unterwegs«. Die Bilder suggerierten den furchterregenden, aber völlig realitätsfernen Eindruck, als seien diese 500 Millionen gen Europa oder Nordamerika unterwegs. Das ganzseitige Foto, das den Titel untermalte, zeigte – wohl in Anspielung auf Spielszenen im Film »Der Marsch«, der damals die Ängste vor einer »neuen Völkerwanderung« nährte – eine afrikanische Menschenkolonne in einer Steinwüste auf dem »Aufbruch ins

gelobte Land«. Man musste auch das Kleingedruckte lesen, um entdecken zu können, dass nur rund 5 Prozent der weltweit registrierten Flüchtlinge Europa erreicht haben.

Solche Bedrohungsszenarien wurden vor allem aus dem Bevölkerungs- und Verelendungswachstum in einigen Weltregionen abgeleitet. Der vom *UN-Entwicklungsprogramm* (*UNDP*) besorgte »Human Development Report 1992« warnte davor, dass ohne schnelle und deutliche Verbesserung der Lebensbedingungen in der weltpolitischen Peripherie »die Welt im 21. Jahrhundert eine in der Geschichte der Menschheit beispiellose internationale Völkerwanderung« erleben könnte, die die großen Wanderungsbewegungen zur Zeit der Besiedlung der USA, Kanadas und Australiens weit in den Schatten stellen würde. Die globale Armut gehe auf Reisen, aber nicht auf den Wegen und zu Regeln, die Staaten für das reguläre Reisen vorschreiben.

Der Bestseller-Autor Paul Kennedy (1993: 67) entdeckte in der »demographischen Explosion« und in den von ihr angeschobenen Migrationsprozessen das größte und gefährlichste Problem der Weltpolitik im 21. Jahrhundert und in der ungleichen Verteilung der begrenzten Ressourcen die eigentliche Ursache der weltweiten Wanderungen: »Wenn (dagegen) die Entwicklungswelt in ihrer Armutsfalle gefangen bleibt, werden die weiterentwickelten Länder unter der Belagerung von vielen Millionen Auswanderern und Flüchtlingen geraten, die alles daransetzen werden, unter den wohlhabenden, aber alternden Bevölkerungen der Demokratien zu leben. So oder so werden die Resultate dieses Prozesses wahrscheinlich ungemütlich für das wohlhabende Sechstel der Erdbevölkerung, das im Moment unverhältnismäßige fünf Sechstel des Reichtums der Erde genießt.«

Ähnlich argumentierte auch der Politologe Peter J. Opitz (1997), der die Drohung eines »globalen Marsches« ebenfalls aus wachsenden Disparitäten der Bevölkerungs- und Wohlstandsentwicklung ableitete, oder der Historiker Michael Stürmer (1997: 32), der warnte: »Die Sozialsysteme des Nordens bleiben, selbst am unteren Ende, für große Teile der Elendswelten erstrebenswert. Das aber bedeutet, dass es für die Massenfluchten aus der ›Dritten Welt‹ nur eine Richtung gibt: nach Norden.«

Diese Richtungsangabe der Migrationsströme beruht jedoch auf realitätsverzerrenden Annahmen, nicht auf einer soliden Analyse verfügbarer Daten. Erstens kommen die meisten grenzüberschreitenden Migranten nicht aus den sprichwörtlichen Elendsregionen und zählen nicht zu den Ärmsten der Armen, die sich transkontinentale Passagen oder Schlepperdienste gar nicht leisten können. Zweitens hat sich die Dynamik der internationalen Migration auf relativ prosperierende Regionen innerhalb des Südens verlagert. Nicht die Süd-Nord-Migration, sondern die Süd-Süd-Migration unterfüttert das Bild vom »globalen Marsch«, das Peter J. Opitz (1997) in die Welt setzte.

Größenordnung der internationalen Migration

Der von der *International Organzation for Migration* (*IOM*) vorgelegte »World Migration Report 2000« schätzte die Zahl der internationalen Migranten – also der Personen, die nicht in dem Lande leben, wo sie geboren wurden – auf rund 150 Millionen. Dies sind rund 2,5 Prozent der Weltbevölkerung. Andere Schätzungen schwanken zwischen 120 und sogar 2000 Millionen. Auch der »World Migration Report«, der alle internationalen Daten und Studien auswertet, kann nur mit groben Schätzungen aufwerten, wie viele Migranten als »irreguläre Migranten« (nach *UN*-Sprachregelung) auf verschiedenen Wegen, Um- und Irrwegen in einem anderen Land ankommen und dort in einer prekären Situation der Rechtsunsicherheit leben.

Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts kamen jährlich etwa drei Millionen neue Migranten (beiderlei Geschlechts, etwa zur Hälfte Frauen) zum so genannten »*migration stock*« hinzu. Aber das internationale Migrationsgeschehen spielt sich weiterhin größtenteils innerhalb und zwischen Ländern der Dritten Welt ab: zu rund einem Drittel allein in dem von Krisen und Katastrophen heimgesuchten subsaharischen Afrika, zur Hälfte im bevölkerungsreichen Asien. Auch der Großteil der Flüchtlinge verbleibt in den jeweiligen Herkunftsregionen. Nicht die Industrieländer, sondern die afrikanischen und asiatischen Nachbarländer von Krisenregionen nehmen die meisten Flüchtlinge auf. Hier endet der »globale Marsch« meist in überfüllten und notdürftig von internationalen Hilfsorganisationen versorgten Flüchtlingslagern. Die Industrieländer finanzieren den *UNHCR*, um das Unheil von den eigenen Grenzen fern zu halten.

In Westeuropa stieg die Süd-Nord-Migration in den neunziger Jahren nur noch um 1 bis 2 Prozent, die Ost-West-Wanderung dagegen um 21 Prozent (vgl. Nuscheler 2002). Der Anwerbestopp für Arbeitsmigranten aus Ländern außerhalb der EU und eine restriktivere Asylgesetzgebung verengten die Migrationspfade aus den Weltregionen, die zum Süden gerechnet werden, und drängten die Mehrzahl der Migranten in die Grauzone der »irregulären Migration« ab: »Die Zuwanderung aus West- und Südasien sowie aus dem subsaharischen Afrika hat nach wie vor geringen Stellenwert. Immigration aus Ostasien und Lateinamerika findet praktisch nicht statt.« (Münz 1997: 43)

Diese Erkenntnisse widersprechen den Horrorszenarien einer »Invasion der Armen« aus allen Himmelsrichtungen, vor allem aus den Elendsregionen der Welt.

Migration, innere und internationale Sicherheit

Nach dem 11. September 2001, der auch die Verwundbarkeit der »OECD-Welt« durch Migranten verdeutlichte, schlug vor allem Migranten aus der arabisch-islamischen Welt das Misstrauen entgegen, Transporteure von Fundamentalismus und Terrorismus zu sein und die innere Sicherheit der unfreiwilligen Gastgesell-

schaften zu bedrohen. Nach den Terroranschlägen in New York und Washington erschien der von fundamentalistischen Mullahs in Moscheen – auch in solchen, die mitten in westlichen Großstädten liegen – gepredigte »heilige Krieg« gegen den »Satan Westen« nicht mehr als religiöse Metapher, sondern als todernste Bedrohung.

Samuel Huntingtons in aller Welt Aufsehen erregende Inszenierung eines internationalen Kulturkampfes schien früher, als er selbst erwartet hatte, eine neue Ära in der Weltpolitik und in der Ausländerpolitik der westlichen Länder einzuleiten. Die undifferenzierte Verquickung von Islam, Islamismus und Terrorismus nährte im Westen ein »Feindbild Islam«, das nach dem Ende des Kalten Krieges gewissermaßen Marx (sprich: Kommunismus) durch Mohammed (sprich: Islam) ersetzte und schon lange vor dem Herbst 2001 dafür sorgte, dass Huntingtons Buch zu einem Welterfolg werden konnte (vgl. Hippler/Lueg 2002).

Die latente Verdächtigung von Migranten aus dem Orient als potenzielle Terroristen aktualisierte auch die alte Streitfrage in der Migrationsdebatte, ob größere Migrations- und Fluchtbewegungen ein Problem für die internationale Sicherheit, im Besonderen für die innere Sicherheit in den Aufnahmeländern und deshalb ein Sicherheitsrisiko darstellen können. Die 35. *UN*-Vollversammlung bekundete in ihrer »Resolution 35/124« (vom 11. Dezember 1980), also damals, als der *UNHCR* (*UN*-Hochkommissar für Flüchtlinge) über Rekordzahlen berichtete, dass »massive Flüchtlingsströme nicht nur Auswirkungen auf die innere Ordnung und Stabilität der Aufnahmestaaten haben, sondern auch die Stabilität ganzer Regionen beeinträchtigen und somit Frieden und Sicherheit in der Welt gefährden könnten«.

Schon vor dem Herbst 2001 wurde die internationale Migration als neues Sicherheitsrisiko für Europa und den ganzen Westen gedeutet. Sie wurde deshalb in den Problemkatalog der »erweiterten Sicherheit« einbezogen und zu einem Thema, mit dem sich auch Verteidigungsministerien, *NATO*-Gremien und sicherheitspolitische Denkfabriken wie das Londoner *IISS* (*International Institute for Strategic Studies*) beschäftigten. Nach dessen Ansicht gefährdet der Migrationsdruck die innere Sicherheit und Stabilität der Zielländer sogar mehr als militärische oder terroristische Bedrohungen. Vor dem 11. September 2001 standen für solche terroristischen Bedrohungen zum Beispiel die Aktionen der algerischen *FIS* in Frankreich und der kurdischen *PKK* in ganz Westeuropa. Nach den monströsen Terroranschlägen in New York und Washington wurde internationaler Terrorismus in ganz anderen Dimensionen definiert.

Zu den Sicherheitsrisiken wurden auch die Betätigung von Migranten als Drogenkuriere, Aktivisten von kriminellen Organisationen oder Transporteure von tropischen Krankheiten und schließlich als Bedrohung der »gesellschaftlichen Sicherheit«, das heißt des kollektiven Bedürfnisses nach Homogenität und kultureller Identität, gezählt. Für Sicherheitsbehörden und Staatstheoretiker stellt schon die Erosion der staatlichen Kontrollfähigkeit durch die illegale Zuwanderung einen Verlust an innerer Sicherheit und Souveränität dar. Die Durchlöche-

rung der Grenzkontrollen durch Schleuserorganisationen, die aus der Illegalität ein lukratives Geschäft machen, beeinträchtigt den Anspruch eines jeden Staatswesens, alles zu wissen und unter Kontrolle haben zu wollen, was innerhalb seiner territorialen Grenzen und an seinen Außengrenzen geschieht (vgl. Bretell/Hollifield 2000). Manche Gesellschaftstheoretiker erkennen in der »Überfremdung« und in der Belastung der Sozialsysteme durch hilfebedürftige Zuwanderer eine schleichende Aufkündigung des Gesellschaftsvertrages zwischen dem jeweiligen Staatsverband und seinen ihn finanzierenden Steuerbürgern. Der Katalog von möglichen und situationsbedingten Sicherheitsrisiken ist noch länger (vgl. Lohrmann 2000).

Dies sind Sorgen um die innere Sicherheit, wie sie hierzulande diskutiert werden. Welche Sorgen haben aber Entwicklungsländer, die – obgleich häufig selbst bettelarm – mit den größten Fluchtbewegungen konfrontiert wurden? Gil Loescher (1997: 182 f.) gab die folgende Antwort: »Die große Mehrheit der Flüchtlinge sucht Zuflucht in den nächstgelegenen Ländern, die zumeist auch zu den ärmsten Staaten der Welt gehören. ... Gerade jene Staaten, die sich eine derartige Gastfreundschaft am wenigsten leisten können, tragen einen unverhältnismäßig hohen Anteil der Kosten. Die ohnehin knappen Ressourcen werden durch die Anwesenheit der Flüchtlinge stark belastet, die Armut im Gastland nimmt zu. Flüchtlinge und Vertriebene benötigen Wasser, Lebensmittel, Brennmaterial und Land; die Auswirkungen auf die Umwelt können in ökologisch fragilen Gebieten verheerend sein. Die Belastungen für die Sozialversorgung, die Infrastruktur und die lokale Ökonomie können viele schwache Entwicklungsländer destabilisieren.«

Wie größere Fluchtbewegungen eine ganze Region destabilisieren können, zeigten die Ereignisse in der zentralafrikanischen Region um die Großen Seen, die dem Bürgerkrieg und Völkermord in Ruanda folgten. Hier bewegten sich Menschen über viele Staatsgrenzen und die Herrschaftsgebiete lokaler Warlords über Menschen hinweg.

Ein inflationär gebrauchter Begriff der »erweiterten Sicherheit« ist einerseits problematisch, weil er Ängste verstärken, Feindbilder aufbauen und erst dadurch ein Sicherheitsproblem konstruieren kann. Andererseits kann er nicht nur Entwicklungspolitikern, die zunehmend Rechtfertigungsprobleme für ihren Politikbereich bekamen, dabei helfen, ihn mit der Funktion einer sozialen Vorwärtsverteidigung vor drohendem Unheil aufzuwerten. Er trug auch dazu bei und bewog die Friedens- und Konfliktforschung dazu, dass die Suche nach den bedrohlichen Potenzialen und Akteuren auch an den Ursachen internationaler Migration ansetzte. Dann gerät auch die Bedrohung der »menschlichen Sicherheit« (*human security*) auf Seiten der Migranten ins Blickfeld und befördert eine ganzheitliche Betrachtung des Migrationsgeschehens. Was »menschliche Sicherheit« im *UN*-Sprachgebrauch bedeutet, hat die »Präambel« der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« kurz und bündig als Befreiung von »Furcht und Not« umschrieben.

Wirkungszusammenhänge von Globalisierung und Migration

Die Geschichte der internationalen Migrationen lehrt, dass sie einerseits durch politische und sozio-ökonomische Erschwernisse in den Herkunftsländern in Gang gesetzt wurden, andererseits auf dem »Weltmarkt für Arbeitskraft« die Funktion hatten, möglichst billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen (vgl. Potts 1988). Sowohl Binnenwanderungen (»Landflucht«) als auch die grenzüberschreitenden Arbeitsmigrationen waren eng mit wirtschaftlichen Strukturveränderungen in den Herkunfts- und Zielregionen verbunden. Ohne den transkontinentalen Sklavenhandel wären der Aufbau von Plantagenökonomien in der »neuen Welt«, ohne die großräumige koloniale Arbeitsmarktpolitik nicht die Besiedlung von Kolonialterritorien und die Versorgung der Metropolen mit agrarischen und mineralischen Rohstoffen, ohne Urbanisierung und den Nachschub von billigen Arbeitskräften aus dem ländlichen Raum nicht ihre Industrialisierung und ohne Arbeitsmigranten aus Südeuropa, der Türkei, Jugoslawien, dem Maghreb und den ehemaligen Kolonien die Entwicklung der EWG zu einem florierenden Wirtschafts- und Sozialraum nicht möglich gewesen.

Die bereits von der »Europäisierung der Welt« eingeleitete und in den letzten Jahrzehnten beschleunigte Globalisierung hat die Ursachen, Formen und Folgen der internationalen Migration verändert. Sie bedeutet – wie der Bericht der »Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur ›Globalisierung der Weltwirtschaft‹« in umfangreichen Analysen herausarbeitete – die zunehmende Entgrenzung der nationalen Ökonomien, die Vermehrung und Verdichtung transnationaler Interaktionen und Interdependenzen sowie die durch das Regelwerk der *WTO* (*World Trade Organization*) forcierte Öffnung der Grenzen für Güter, Kapital, Dienstleistungen und Kommunikationsmedien. Obwohl das *WTO*-Regime den politisch sensiblen Bereich des Arbeitsmarktes ausklammerte und sich nicht daran wagte, auch der Freizügigkeit der Arbeitskräfte (mit Ausnahme des Führungspersonals von multinationalen Unternehmen) Bahn zu brechen, haben die viel dimensionalen Globalisierungsprozesse auch Auswirkungen auf das Migrationsgeschehen.

Erstens verengte die Revolutionierung des Verkehrswesens die Räume, vergrößerte die Mobilität der Menschen auch über größere Entfernungen und beförderte damit eine »Entregionalisierung« der internationalen Migration. Die Flugreise von Rio nach New York oder Europa benötigt weniger Zeit als die beschwerliche Busreise vom Inneren Brasiliens nach Rio. Die Erleichterung und Verbilligung auch weiter Reisen vergrößert die Migrationsanreize. Niemals zuvor in der Weltgeschichte konnten so viele Menschen in kurzer Zeit so weite Wege zurücklegen.

Zweitens hat die Auslagerung von Produktionsstätten in die sogenannten »Billiglohnländer«, die neben niedrigen Arbeitskosten in den »Weltmarktfabriken« auch die zunehmende Freizügigkeit von Kapital und Gütern nutzen kann, nicht nur Binnenwanderungen, sondern auch – wie beispielhaft in Südostasien – intraregionale Migrationsschübe ausgelöst. Die Globalisierung verstärkt die Margina-

lisierung peripherer Regionen und dort die Schubkräfte für interne und internationale Migration.

Drittens hat die Globalisierung der Produktions- und Arbeitsmarktstrukturen neben der Formenvielfalt auch eine soziale Klassendifferenzierung der Migration hervorgebracht. Manager und Ingenieure zirkulieren als hoch bezahlte Beschäftigte von multinationalen Unternehmen, Wissenschaftler als Angehörige der zunehmend internationalisierten *scientific community*, Diplomaten als Mitglieder der Vielzahl von internationalen Organisationen und das Führungspersonal der zunehmend transnational organisierten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) rund um den Globus. MigrantInnen mit geringen Qualifikationen – häufig gesucht von Wirtschaftsverbänden und bekämpft von Gewerkschaften – finden als billige Arbeitskräfte Beschäftigung in privaten Haushalten oder als Saisonarbeiter in der Gastronomie und Landwirtschaft. Am unteren Ende der sozialen Leiter stehen die »neuen Helden« der internationalen Arbeitsteilung: recht- und schutzlose illegale beziehungsweise irreguläre Arbeitsmigranten und die Opfer des internationalen Frauenhandels (vgl. Cohen 1987).

Diese Zusammenhänge verdeutlichen, dass Frauen im Besonderen von Wirtschafts- und Sozialkrisen betroffen sind, ob sie nun selbst die Entscheidung zur Migration treffen oder dazu gezwungen werden oder ob sie allein für die Familie sorgen müssen, während die Männer irgendwo auf Arbeitssuche sind. Wenn hier dennoch bei jeder Nennung von wandernden Personen auf eine geschlechtsspezifische Unterscheidung (Migranten und Migrantinnen) verzichtet wird, dann liegt dies allein am Versuch, der politischen Korrektheit kein übertriebenes Opfer zu bringen, das nur die Mühe des Lesens vergrößert. Der Migrant ist also kein ausschließlich männliches Wesen.

Viertens fördert die Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung und die Herausbildung einer globalen Wissensgesellschaft die Elitenmigration. Die Industrieländer, bisher allen voran die USA, picken sich aus allen Weltregionen die besten Köpfe heraus, fördern sie durch kapitalkräftige Stiftungen und Universitäten und können sich sogar erlauben, das eigene Bildungswesen zu vernachlässigen. Es zeichnet sich ein weltweiter Wettbewerb um diese »besten Köpfe« ab. Auf der anderen Seite der Medaille steht der *Brain Drain*, der in den Herkunftsländern zu einem schwerwiegenden Substanzverlust an Humankapital führen kann. Auch die Entwicklungshilfe fördert durch die Vergabe von Stipendien nicht nur die Herausbildung einer »globalen Lern- und Forschungsgemeinschaft«, wie sie der frühere Bundespräsident Roman Herzog etwas romantisierend herbeiwünschte, sondern auch einen absurden Kreislauf, der darin besteht, dass viele Wissenschaftler, Ärzte und Ingenieure nach dem Auslandsstudium im Ausland bleiben und durch Entwicklungshelfer ersetzt werden müssen.

Fünftens bewirkte die Globalisierung der Telekommunikation eine kommunikative Vernetzung der Welt. Sie erzeugt neben gewollten Wirkungen des Wertetransfers und der Konsumanreize auch ungewollte Migrationsanreize, weil sie die Bilder vom besseren Leben anderswo bis in die letzten Slumhütten transportiert

und das internationale Wohlstandsgefälle sichtbar und bewusst macht. Je schlechter die Lebensbedingungen sind, desto größer ist die Sogwirkung solcher Bilder, die alle Schwierigkeiten der Migration und des Lebens in den medial konstruierten Scheinwelten und Schlaraffenländern verschweigen. Andererseits kann man den Willen und gegebenenfalls die Entscheidung zur Migration durchaus als rationale Entscheidung bewerten. Den Auswanderern aus nördlichen Breitengraden wurden immer die Tugenden der Mobilität, Risikobereitschaft und kreativen Neugierde zuerkannt.

Sechstens hat die Globalisierung die Herausbildung von transnationalen Netzwerken befördert, zu denen – neben vielen geschäftlichen, beruflichen und persönlichen Beziehungen – auch das international organisierte Schlepperwesen gehört, das zu einem wichtigen Steuerungsinstrument der irregulären Migration wurde. In der Tat: »Einmal etabliert, erweisen sich solche Netze als extrem starke und kaum mehr kontrollierbare Kraft, durch die die Migrationsströme in Umfang, Richtung und Zusammensetzung erheblich beeinflusst werden können.« (Hödel u. a. 2000: 14)

Der Soziologe Ludger Pries (1997: 35) entdeckte das qualitativ Neue der Globalisierung in der Lockerung der Kongruenz von Territorialstaat und Lebensraum und im Anwachsen von »transnationalen sozialen Räumen«: »Auch die global operierenden Konzerne, die neuen Kommunikationstechnologien des Hyperspace, der weltumspannende Konsum massenmedialer Kulturproduktionen und der Ferntourismus spinnen am Geflecht der globalisierten Transaktion von Informationen, Gütern und Menschen. ... Aber die internationalen Wanderungsbewegungen haben die wohl umfangreichsten und nachhaltigsten neuen sozialen Verknüpfungen zur Folge ...«

Diese raumtheoretische Interpretation internationaler Migrationsprozesse behauptet eine »Abschottung und Einkapselung des Sozialraumes im Flächenraum«, auch in den *Global Cities*, obwohl diese Knotenpunkte der internationalen Migration bilden. Dieses bedeutet nichts anderes als die Herausbildung und Abschottung »ethnischer Kolonien«, die zu den Herkunftsländern engere Beziehungsgeflechte aufrechterhalten als sie zum »Flächenraum«, in dem die Migranten leben und arbeiten, zu gewinnen vermögen. Im Klartext bedeutet dies, dass die Integration versagt hat. Aber dieses Versagen kann schwerlich der Globalisierung angelastet werden.

Viele Migrationsforscher gehen davon aus, dass die Globalisierung in den nächsten Jahrzehnten Ausmaß und Richtung von Wanderungsbewegungen maßgeblich beeinflussen wird. So sagten Stephen Castles und Mark J. Miller (1993) vier Haupttendenzen im weltweiten Migrationsgeschehen voraus:

- eine weitere Globalisierung der Migration, das heißt die Einbeziehung von immer mehr Ländern, sei es als Herkunfts- oder Zielländer, in das Migrationsgeschehen;
- eine weitere Zunahme der Migrationsströme aufgrund der Verschärfung von strukturellen Schubfaktoren;

- eine weitere Differenzierung der Migration in Gestalt neuer Migrationsformen;
- eine zunehmende Feminisierung der Migration, die zwar schon immer viele Fluchtbewegungen kennzeichnete, aber auch zu einem Phänomen der legalen und illegalen Arbeitsmigration wurde.

Diese Prognose beruht auf der historischen Erfahrung, dass Migration immer eine Begleit- und Folgeerscheinung von innergesellschaftlichen und weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen war. Und sie verweist auf einen Aspekt der Migrationsgeschichte, den Sylvia Hahn (2000) mit dem Titel »Wie Frauen in der Migrationsgeschichte verloren gingen« trefflich umschrieben hat.

Hybridisierung der Kulturen: Migranten als Kulturkuriere

Bei der Globalisierung handelt es sich keineswegs nur um wirtschaftliche, sondern auch um kulturelle, soziale und politische Prozesse. Sozial- und Kulturwissenschaftler sehen in der verdichteten Kommunikation über alle Grenzen, Kontinente und Kulturen hinweg sogar ihre eigentliche Qualität und Tiefenwirkung. Ihre kulturelle Dimension erinnert auch daran, dass sie nicht etwas völlig Neues ist. Immanuel Kant sprach schon vor über zwei Jahrhunderten von einer *Weltbürgergesellschaft* und Goethe von einer *Weltliteratur*. Seit der Aufklärung ist jede Literatur von anderen Literaturen beeinflusst und wirkt wieder auf diese zurück. Auch die Religionen schöpfen aus verschiedenen Quellen und konnten sich auch deshalb auf gemeinsame Minimalstandards einer »Weltethik« verständigen. (Vgl. Küng 1997)

Im »Zeitalter des Globalismus« erhält die Vernetzung der Welt jedoch eine neue Qualität. Der zentrale Unterschied früherer und heutiger Formen der kulturellen Globalisierung besteht darin, dass sie erstens weit über die schönen Künste – also Literatur, Musik und die in Museen gespeicherten bildenden Künste – hinausreichen und mittels der globalisierten Telekommunikation (TV, Internet) auf die Alltagskulturen, auf Konsumgewohnheiten, Mode und Werthaltungen einwirken. Zweitens bringt die Globalisierung mit einer großen Geschwindigkeit und Intensität Kulturen bis in die letzten Ecken des Planeten in Kontakt zueinander. Die Migration und der Tourismus bringen Millionen von Menschen in wenigen Stunden zueinander, wo früher wochen- oder gar monatelange Reisen notwendig waren.

Der sich »ständig wandelnde Fluss der Kulturen«

1990 veröffentlichte der *Economist* die folgende Weltkarte der Kulturen (*siehe Seite 112*). Anstößig sind dabei nicht nur die verzerrten Größenordnungen, die Euro-Amerika und Euro-Asien vergrößern, aber das riesige Hinduland (Indien) und Confuciania (mit China, Japan, den beiden Koreas und Südostasien) verkleinern. Die Karte vermittelt auch den Eindruck, als hätten diese Kulturräume nichts miteinander zu tun. Das Gegenteil ist der Fall!

Weltkarte der Kulturen aus dem *Econonmist*

Nach dem »World Culture Report 2000« der *UNESCO* besteht »die Welt nicht aus einem Mosaik der Kulturen, sondern ist ein sich ständig wandelnder Fluss der Kulturen, dessen verschiedene Strömungen sich dauerhaft mischen«. Mit anderen Worten: Die Entwicklung der Kulturen findet durch den ständigen Austausch untereinander statt. Ohne diesen Austausch verarmen die Kulturen. Die Vielfalt der kulturellen Impulse, sei es in der bildenden Kunst, im Film oder in der Musik, vermehrt das kulturelle Angebot, das gerade zum Flair weltläufiger Gesellschaften gehört. Eine bunter werdende Kulturszene bedroht nicht den Kernbestand einer Kultur, verändert sie aber – und in dieser Veränderung liegt Dynamik und eine ständige Herausforderung, Neues zu entdecken und ausgetretene Pfade zu verlassen.

Kulturwissenschaftler sprechen von einer »Hybridisierung«, das heißt einer Vermischung verschiedener kultureller Traditionen und Stile, aus der dann etwas Neues, eine »globale Melange«, hervorgeht. Zentren dieser kulturellen Hybridisierung sind die multikulturellen Gesellschaften in den Einwanderungsländern (vgl. Wagner 2002). Auch die kulturellen Aktivitäten von Migranten haben dazu geführt, dass sich nicht nur in der Gastronomie, sondern auch in der Literatur und Musik neue Mischformen herausgebildet haben, die längst die Nische der »Gastarbeiterkultur« verlassen haben.

Auch in den Ländern des Südens hat die globale Kulturindustrie noch keine »Allerweltskultur« hervorgebracht, sondern eher die Rückbesinnung auf das Eigene befördert, was auch nicht durch die Angleichung von Konsumgewohnheiten verdeckt wird. Die Bewahrung von Differenz, also der kulturellen Verschiedenheit, wird zwar durch die Globalisierung erschwert. Aber Kultur ist widerstandsfähiger als der Konsum. Die Globalisierung wird deshalb nicht als »Kulturschmelze« einen kulturellen Einheitsbrei zustande bringen.

Die Janusköpfigkeit der kulturellen Globalisierung, die vor ihrer Verteufelung warnen sollte, liegt auch darin, dass sie dem Menschenrecht auf Information mehr zum Durchbruch verhilft als alle Menschenrechtsdeklarationen. Sie durchdringt Grenzen und öffnet Horizonte. Auch die chinesische Parteiführung kann sich nicht auf Dauer der Durchlöcherung der Kommunikationsbarrieren durch die globale Telekommunikation widersetzen.

Die globalisierte Migration als Bedrohungs-szenario – und Medium der kulturellen Hybridisierung

Schlussfolgerungen

Die kulturelle Globalisierung ist ebenso wie die wirtschaftliche Globalisierung und internationale Migration ein welthistorischer Megatrend, der auch durch Traditionalisten und Nationalisten nicht aufgehalten werden kann. Alle Kulturen sind ständig im Fluss, leben von Impulsen aus anderen Kulturen, vermischen sich und bringen durch diese Vermischungen Neues hervor. Die offene Begegnung mit anderen Kulturen ist eine Quelle von Vitalität. Unsere eigene Kultur muss noch leisten, was wir anderen Kulturen abverlangen: die Öffnung für andere Kulturen, die in Gestalt von Migranten unter uns leben.

Durch Migration veränderten ganze Kontinente ihr ethnisches und kulturelles Gepräge, so dass Stephen Castles/Mark J. Miller (1997) zutreffend von der »Formung der modernen Welt durch globale Migration« sprachen. Die durch die Globalisierung angeschobene internationale Migration wird diesen sozio-kulturellen Transformationsprozess fortsetzen und vertiefen. Die von der *International Organization for Migration* (*IOM*) auf 150 Millionen geschätzten Wanderer zwischen den Kulturwelten bringen nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern auch ihre Kulturen mit und mischen sie in die »Leitkulturen« der Gastländer ein. Diese verändern sich durch Zuwanderung, ob sie wollen oder nicht – nicht zu ihrem Nachteil, sondern Vorteil: Denn kulturelle Vielfalt im Gefolge von globaler Migration bereichert Kulturen und durchlöchert den provinziellen »Wahn des Nationalen«, in dem Dieter Oberndörfer (1991) einen Hemmschuh für den kreativen Umgang mit der Migration aus anderen Kulturkreisen erkennt.

Literatur

Angenendt, Steffen (Hrsg.) (1997): *Migration und Flucht*, Bonn

Bretell, Caroline B./Hollifield, James F. (Hrsg.) (2000): Migration *Theory. Talking Across Disciplines*, New York

Castles, Stephen/Miller, Mark J. (1993): *The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World*, New York

Castles, Stephen/Miller, Mark J. (1997): »Die Formung der modernen Welt durch globale Migration«, in: Pries, Ludger: »Neue Migration im transnationalen Raum«, in: ders. (Hrsg.): *Transnationale Migration*, Baden-Baden (Soziale Welt/Sonderband 12), S. 47-62

Cohen, Robin (Hrsg.) (1987): *The New Helots. Migrants in the International Division of Labour*, Aldershot

Hahn, Sylvia (2000): »Wie Frauen in der Migrationsgeschichte verloren gingen«, in: Husa, Karl/Parnreiter, Christof/Stacher, Irene (Hrsg.): *Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts?*, Frankfurt am Main, S. 77-96

Hippler, Jochen/Lueg, Andrea (Hrsg.) (2002): *Feindbild Islam*, Hamburg (2. Auflage)

Hödl, Gerald/Husa, Karl/Parnreiter, Christof/Stacher, Irene (2000): »Internationale Migration: Globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts?«, in: Husa, Karl/Parnreiter, Christof/Stacher, Irene (Hrsg.): *Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts?*, Frankfurt am Main, S. 9-24

Huntington, Samuel P. (1998): *Kampf der Kulturen*, München

Husa, Karl/Parnreiter, Christof/Stacher, Irene (Hrsg.) (2000): *Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts?*, Frankfurt am Main

Kennedy, Paul (1993): *In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert*, Frankfurt am Main (2. Auflage)

Küng, Hans (1997): *Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft*, München/Zürich

Loescher, Gil (1997): »Wanderungsbewegungen und internationale Sicherheit«, in: Angenendt, Steffen (Hrsg.): *Migration und Flucht*, Bonn, S. 181-189

Lohrmann, Reinhard (2000): »Migrants, Refugees and Insecurity: Current Threats to Peace?«, in: *International Migration*, vol. 38(4), S. 3-22

Münz, Rainer (1997): »Phasen und Formen der europäischen Migration«, in: Angenendt, Steffen (Hrsg.): *Migration und Flucht*, Bonn, S. 34-47

Nuscheler, Franz (2002): »Süd-Nord-Migration: ein ›globaler Marsch‹?«, in: *Migrationsreport 2002*, Frankfurt am Main, S. 99-118

Oberndörfer, Dieter (1991): *Die offene Republik. Zur Zukunft Deutschlands und Europas*, Freiburg i. Br.

Opitz, Peter J. (Hrsg.) (1997): *Der globale Marsch. Flucht und Migration als Weltproblem*, München

Potts, Lydia (1988): *Weltmarkt für Arbeitskraft*, Hamburg

Pries, Ludger (1997): »Neue Migration im transnationalen Raum«, in: ders. (Hrsg.): *Transnationale Migration*, Baden-Baden (Soziale Welt/Sonderband 12), S. 15-44

Ritter, Manfred (1990): *Sturm auf Europa: Asylanten und Armutsflüchtlinge. Droht eine neue Völkerwanderung?*, München

Stürmer, Michael (1997): »Völkerwanderungen und politische Stabilität in Geschichte und Gegenwart«, in: Angenendt, Steffen (Hrsg.): *Migration und Flucht*, Bonn, S. 27-33

Wagner, Bernd (2002): »Kulturelle Globalisierung«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B12/ 2002, S. 10-18

ALBERT MAXIMILIAN SCHMID

Aufgabenfelder der Migrationspolitik in Deutschland

Schwerpunkt Integration

Migrationspolitik im Wandel

Migration beschreibt ganz allgemein die Prozesse räumlicher Bewegung von Menschen. Dabei wird das jeweilige Erscheinungsbild von zahlreichen Faktoren bestimmt. Hierzu gehören geographische, klimatologische und demographische Aspekte ebenso wie ökonomische, ökologische, politische, soziale, religiöse und kulturelle Impulse und Bedingungen.

Deutsche Migrationspolitik hat sich zunehmend auch an internationalen Rahmenbedingungen auszurichten: Mit Inkrafttreten des »Vertrages von Amsterdam« sind die Asylpolitik, der freie Personenverkehr, die Visapolitik, Regelungen zum Überschreiten der Außengrenzen der EU, die Einwanderungspolitik und die Rechte von Drittstaatsangehörigen Zuständigkeitsbereiche der Europäischen Gemeinschaft geworden.

Der *Europäische Rat* hat in Tampere im Oktober 1999 verschiedene Ziele zum Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts definiert und Leitlinien hierzu erstellt. Eines der Ziele ist die Entwicklung einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik in der EU. Die rasche Umsetzung dieses Vorhabens hat der *Europäische Rat* zuletzt in Sevilla im Juni 2002 ausdrücklich bestätigt.

Die Ausgestaltung des Gemeinschaftsrechts verbleibt jedoch in der nationalen Kompetenz und wird weiter durch die innerstaatlichen Behörden umgesetzt.

Im Rahmen der Migrationspolitik sind vielfältige Aspekte zu berücksichtigen, wie zum Beispiel weltweite Wanderungsbewegungen, Fluchtursachen und Möglichkeiten ihrer Bekämpfung, Auswirkungen von Alterung und Bevölkerungsrückgang, die Globalisierung der Wirtschaft und die Notwendigkeit arbeitsmarktbezogener Zuwanderung, der Schutz von politisch Verfolgten, Fragen der inneren

Sicherheit, Fremdenfeindlichkeit oder die Integration als eine dauerhafte politische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Wichtig ist zunächst, dass ein umfassendes, ganzheitliches Verständnis des Migrationsgeschehens die Grundlage für eine effektive und gestaltende an Stelle einer bislang vornehmlich reaktiv geprägten Migrationspolitik bildet. An dieser ganzheitlichen Betrachtungsweise fehlte es bis zum so genannten *Paradigmenwechsel*, also der Abkehr vom Dogma »Deutschland ist kein Einwanderungsland« hin zu der Einsicht, dass Deutschland in gewissem Umfang sogar Zuwanderung benötigt.

Die *Green-Card-Initiative* des Bundeskanzlers für die Anwerbung hoch qualifizierter Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie hatte den Ausschlag gegeben und eine breite öffentliche Diskussion des legislativen Handlungsbedarfs in der Zuwanderungspolitik ausgelöst. Die von Bundesinnenminister Otto Schily einberufene *Unabhängige Kommission »Zuwanderung«* hat daraufhin in ihrem Bericht »Zuwanderung gestalten – Integration fördern« vom 4. Juli 2001 eine grundlegende Bestandsaufnahme des Migrationsgeschehens vorgenommen und wegweisende Rahmenbedingungen konzipiert und Empfehlungen ausgesprochen. Wesentliches hiervon findet sich in dem »Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz)« vom 20. Juni 2002 wieder.

Wie bekannt, wurde dieses Gesetz am 18. Dezember 2002 vom *Bundesverfassungsgericht* wegen seiner förmlichen Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz für nichtig erklärt. Gleichwohl werden die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes auch in einem neu zu verabschiedenden Zuwanderungsgesetz mehr oder weniger unverändert wieder zu finden sein, da die wesentlichen inhaltlichen Punkte auch parteiübergreifend konsensfähig waren und weiterhin sein werden.

Zum Beispiel, dass neben der Bündelung von Zuständigkeiten – wie in Zeiten knapper Haushaltsmittel geboten – erstmals Gestaltungsspielräume insbesondere im Bereich der Integration eröffnet werden. Dabei gilt es auch, in einem künftigen Gesamtkonzept die Interdependenzen zwischen den verschiedenen Zuwanderungskategorien der Arbeitsmigration, der Zuwanderung auf Grund von Rechtsansprüchen und der humanitären Aufnahme darzulegen und sinnvoll zusammen zu führen.

Dies zeigt sich auch in institutioneller Hinsicht, indem das aus dem *Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge* hervorgehende *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* mit einer umfassenden Konzeptkompetenz ausgestattet wird, zu der neben der Durchführung von Asylverfahren folgende Aufgabengebiete hinzugekommen wären:

- Fachliche Zuarbeit für die Bundesregierung zur Integrationsförderung und Erstellung von Informationsmaterial über Integrationsangebote für Ausländer und Spätaussiedler;
- Entwicklung von Grundstruktur und Lerninhalten des *Basissprachkurses* und des *Orientierungskurses* für Ausländer sowie des *Aufbausprachkurses* für Spätaussiedler;

- Durchführung dieser Kurse gegebenenfalls durch beauftragte private oder öffentliche Träger;
- Entwicklung eines bundesweiten *Integrationsprogramms*;
- nationale Kontaktstelle für die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten der EU bei der Gewährung vorübergehenden Schutzes und Führung des nationalen Registers hierzu;
- Verteilung der jüdischen Immigranten aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion;
- Führung des Ausländerzentralregisters;
- Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr;
- Koordinierung der Informationen über Erwerbsaufenthalte zwischen Ausländerbehörden, der *Bundesanstalt für Arbeit* und den Auslandsvertretungen;
- Durchführung eines optionalen Auswahlverfahrens zur Arbeitsmigration im Punktesystem.

Darüber hinaus wird beim *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* als unabhängige wissenschaftliche Forschungseinrichtung das *Bundesinstitut für Bevölkerungs- und Migrationsforschung* eingerichtet. Zielvorgaben sind anwendungsorientierte Forschungsergebnisse in den Bereichen Migration und Integration, die eine kompetente Beurteilung und daraus ableitbare Konsequenzen des gesamten Migrationsgeschehens ermöglichen.

Außerdem soll ein weisungsunabhängiger *Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration* (*Zuwanderungsrat*) gebildet werden. Der Rat hat die Aufgabe, die innerstaatlichen Aufnahme- und Integrationskapazitäten sowie die aktuelle Entwicklung der Wanderungsbewegungen regelmäßig zu begutachten. Dazu soll er ein jährliches Gutachten erstatten, in dem Aussagen zum Erfordernis der Zuwanderung im Auswahlverfahren und gegebenenfalls eine Empfehlung zur Höchstzahl enthalten sein sollen. Der *Zuwanderungsrat* soll durch seinen Sachverstand aktiv gestaltende Impulse geben und zugleich Ratgeber für Politik und Verwaltung sein.

Zwischen Migration und Integration besteht ein enger Zusammenhang: »Die innere Kehrseite von Migration heißt Integration. Migrations- und Integrationspolitik gehören zusammen wie zwei Seiten der gleichen Medaille.« (Bade 2001) Neben der Steuerung der Zuwanderung nach Deutschland wird die Integration der Zugewanderten zu den wichtigsten politischen Aufgaben der nächsten Jahrzehnte gehören. Deshalb soll diesem Schwerpunkt hier vorrangig Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Integration durch Identifikation

Bundespräsident Johannes Rau hat in seiner viel beachteten Rede »Ohne Angst und Träumereien: Gemeinsam in Deutschland leben« gesagt: »Integration: Das bedeutet nicht Entwurzelung und gesichtslose Assimilation. Integration ist auch die Alternative zum beziehungslosen Nebeneinander unvereinbarer Kulturen.

Integration: Das ist die immer wieder zu erneuernde Bindung aller an gemeinsame Werte. Wer dauerhaft in Deutschland leben will, braucht seine Herkunft nicht zu verleugnen. Er muss aber bereit sein, eine offene Gesellschaft nach dem Leitbild des Grundgesetzes mit zu gestalten. Das ist unser Angebot an alle ...« (Rau 2000)

Kulturelle Eigenständigkeit der Zuwanderungsgesellschaft wird von der Aufnahmegesellschaft häufig als ab- oder ausgrenzend empfunden und als problematisch erlebt. Dabei ist nachweisbar, dass mit jeder neuen Zuwanderungsgeneration die Angleichungsprozesse an die Aufnahmegesellschaft verstärkt zunehmen. Bei einer Vernachlässigung der kulturellen Identitätsbildung bei Migranten kann daraus ein Vakuum entstehen, das gekennzeichnet ist durch den Identitätsverlust auf der einen Seite und die fehlende Adaption einer neuen Identität auf der anderen Seite. Diese Lage, die sich am besten als »zwischen den Stühlen sitzend« beschreiben lässt, birgt erhebliches Konfliktpotenzial, und zwar in der Weise, dass auf der unausbleiblichen Suche nach Identität fundamentalistisch geprägte Ideologien jedweder Couleur, egal ob politisch oder religiös, Gefahr laufen, adaptiert zu werden. Als positive Beispiele, dass dies kein zwingender Prozess ist, können ausgewanderte Deutsche genannt werden, die sich Teile ihrer kulturellen Traditionen bis heute bewahrt haben, selbst dann, wenn sie deutsch als Sprache eher weniger beherrschen. Auch die zahlreichen deutschen Vertriebenen, die durch aktive Brauchtumspflege die Erinnerungen an die Heimat bereits in der dritten Generation wach halten, sind hier zu nennen.

Integration erfordert nicht die Aufgabe der Identität, wohl aber die Akzeptanz gemeinsamer Werte. Verlangt wird mithin die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft und den Grundwerten ihrer Verfassung, die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als Prämissen klar vorgezeichnet sind. (So auch Dieter Oberndörfer: »Was ist ein integrierter Deutscher?«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 24. Oktober 2000) Voraussetzung sind dabei staatsbürgerliche, soziale und kulturelle Gleichberechtigung der Zuwanderer und die Akzeptanz kulturell bedingter Identitäten durch die Aufnahmegesellschaft.

Integrationsfördermaßnahmen, wie sie erstmals vom Gesetz normiert werden sollten, verlaufen mehrgleisig: Hierzu gehört, wie im so genannten *Vier-Säulen-Modell* der Aussiedlerintegration beschrieben, eine Sprachqualifizierung in einer Grund- und Aufbaustufe, die gesellschaftspolitische Information, eine Integrationsbegleitung für die ersten zwei Jahre, eine notwendige Berufsorientierung und -qualifizierung und eine gemeinwesenorientierte Unterstützung der Aufnahmegemeinden. (Welt 2001: 35)

Integration konkret – »Im Anfang war das Wort«

Die vielfach als Schlüsselqualifikation bezeichnete Aneignung von Sprachkenntnissen ist Fundament und entscheidende Voraussetzung für die soziale und berufliche Integration sowie für eine bessere Akzeptanz durch die deutsche Bevölke-

rung. Wie wichtig der frühzeitige Erwerb deutscher Sprachkenntnisse für Zuwanderer ist, belegt neben vielen anderen Untersuchungen zuletzt auch die »*PISA-Studie*«. Auf dem Gebiet der Sprachförderung existiert nach Zuwanderungskategorien getrennt zwar ein vielfältiges Angebot der unterschiedlichsten Träger von Sprachkursen, aber es fehlte bislang ein einheitliches Konzept vergleichbarer Qualitäts- und Erfolgskriterien.

Die Einführung von Integrationskursen, gegliedert in *Basis-* und *Aufbausprachkurse* für alle Zuwanderungsgruppen gemeinsam, jedoch nach Leistungsgruppen differenziert, soll eine bedarfsgerechte sprachliche Integration der Zuwanderer mit dauerhafter Aufenthaltsperspektive gewährleisten. Die Entwicklung von Grundstrukturen und Lerninhalten des *Basissprachkurses* beziehungsweise dessen Koordination und Durchführung obliegt dabei dem neuen *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*, das sich hierzu privater oder öffentlicher Träger bedienen kann. Erstmalig besteht ein Teilnahmeanspruch korrespondierend mit einer Teilnahmeverpflichtung sowie Vergünstigungen bei Erreichen des Lernziels beziehungsweise Sanktionen bei einer Nichtteilnahme. Die Kurse werden zielgruppenorientiert mit differenzierten Modulen angeboten, um so unterschiedlichen Lernstilen und Lernvoraussetzungen gerecht zu werden. Es soll also ein Sprachverständnis vermittelt werden, das zum Umgang mit praktischen Alltagssituationen befähigt. Wichtig erscheint hierbei der Hinweis, dass es beim Sprachkurs nicht um eine kulturelle Homogenisierung mit Hilfe einer nationalen »Sprache der Gemeinschaft« geht, sondern um die Vermittlung von Sprach- und Schriftkompetenz im Sinne einer Verkehrssprache und damit vor allem um die Vermittlung von Teilnahmekompetenz. (Vgl. Maas/Mehlem 2002)

Weiterer Bestandteil des Integrationskurses ist der *Orientierungskurs* zur Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland, um die Integration in das wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Leben zu fördern.

Bei der Vorstellung und Vermittlung der Inhalte sollten sowohl politische Systeme, Kultur und Geschichte der Herkunftsländer als auch des Aufnahmelandes in die Unterrichtsgestaltung einfließen. Nur aus dem eigenen Verständnis im Vergleich mit dem System der Aufnahmegesellschaft werden Inhalte, Begriffe und daraus resultierende Schlussfolgerungen transparent und verständlich. Inhaltlich vermittelt der *Orientierungskurs* ein Grundverständnis für Staat und Gesellschaft. Dazu gehört, dass das Leben in einem demokratischen System Freiheit zur Entfaltung bedeutet und dass die Rechte der anderen respektiert und geachtet werden müssen.

Weitere Integrationsfördermaßnahmen

Integration zielt darauf ab, Zuwanderern eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu ermöglichen. Die künftigen Integrationskursangebote sind ein wesentlicher Schritt hier-

zu. Der weitere Integrationsprozess könnte dabei durch flankierende Maßnahmen unterstützt werden:

Das Integrationsprogramm – Vorhandenes zusammenführen
Für das im Gesetz vorgesehene bundesweite *Integrationsprogramm*, mit dessen Entwicklung das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* beauftragt ist, werden in einem ersten Schritt bestehende Integrationsangebote von Bund, Ländern und Kommunen sowie privaten Trägern für Ausländer und Spätaussiedler festgestellt. Es existieren bereits zahlreiche Projekte und Programme, die die Integration fördern, ohne dass dies an den Titeln explizit erkennbar ist. In einem weiteren Schritt werden dann Empfehlungen zur Weiterentwicklung und flächendeckenden Koordination der Angebote erarbeitet. Projekte sind vor allem auf ihre Anschubwirkung und ihre Nachhaltigkeit zu bewerten. Ein Hauptaugenmerk soll dabei der Verlagerung einer bislang eher problemorientiert definierten Integration zur aktiv gestaltenden, präventiven Integration zukommen, also Maßnahmen, die das Miteinander einüben, bevor es zu Ausgrenzung, Ghettoisierung, Rassismus und Gewalt, zu Verelendung, Kriminalität und Suchtverhalten kommt.

Das *Integrationsprogramm* ist als lebendes und lernendes System zu verstehen, das gesammelte Erfahrungen ebenso wie neue Ideen aufnehmen und kreativ umsetzen kann.

Gleichberechtigter Zugang und Teilhabe

- *durch Bereitstellung von Ressourcen*
  Ein wesentlicher Bestandteil von Integration ist die infrastrukturelle Bereitstellung von Ressourcen. Sie beinhaltet für die rechtmäßig und auf Dauer in Deutschland lebenden Zuwanderer den Zugang und die Inanspruchnahme aller gesellschaftsrelevanten Bereiche: Arbeits- und Wohnungsmarkt, Gesundheitssystem, Staatsangehörigkeit, politische und soziale Mitbestimmung, Bildungs- und Qualifizierungssystem. Äußere Rahmenbedingungen hierzu sind die Förderung eines Klimas der gegenseitigen Offenheit und der Integrationsbereitschaft auf Seiten der Aufnahmegesellschaft wie der Zugewanderten – Integration ist keine Einbahnstraße. Die *Integrationskapazität* unter den Aspekten finanzierbarer Angebote angesichts sich verknappender Ressourcen in nahezu allen oben aufgezählten Bereichen darf ebenfalls nicht übersehen werden. Bislang existieren keine validen Aussagen und Parameter, die eine nationale *Integrationskapazität* definieren, geschweige denn verbindlich beschreiben. Nach dem Gesetz wird dies eine relevante Aufgabe des neu zu bildenden *Zuwanderungsrates* sein. Allgemein formuliert, bietet eine erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik beste Voraussetzungen für gelingende Integrationspolitik. Solche Interdependenz lässt sich auch für die Kulturpolitik feststellen, ohne davon ablenken zu wollen, wie am Beispiel der »Gastarbeiter-Zuwanderung« inzwischen erkannt, dass damit kein Automatismus für erfolgreiche Integration in Gang gesetzt wird.

- *durch Bildung und Qualifizierung*
  Unter dem Stichwort Bildung findet sich eine weitere Schlüsselfunktion für das Gelingen von Integration. Bildung ist wichtig für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland, denn sie hilft, Fremdenfeindlichkeit abzubauen. Bildung vermittelt Wissen über fremde Kulturen. Dieses Wissen hilft, Ängste abzubauen. Bildung sichert den sozialen Status von deutschen und ausländischen Bürgern und ist damit eine Grundlage gegenseitiger Toleranz. Erst wenn allgemeine Bildung und berufliche Aus- und Weiterbildung für möglichst alle verwirklicht ist, wird soziale Ausgrenzung vermindert und Integration gefördert.
  Bei der Vermittlung von Bildung ist als Prämisse von einer Politik der gegenseitigen kulturellen Annäherung, der so genannten Akkulturation, auszugehen. Diese versteht sich als Einladung, Austausch, Werbung um Übernahme und Heranbildung neuer kultureller Muster. (Vgl. Heckmann: 15) Sie entscheidet sich gegen eine Minderheitenpolitik, die das Entstehen ethnischer Kolonien in der Mehrheitsgesellschaft bewusst zulässt und fördert und damit die generell unerwünschte Folge der Bildung von Parallelgesellschaften billigend in Kauf nimmt.
  Neue kulturelle Muster lassen sich unter Beibehaltung eines allgemein zu akzeptierenden Wertekonsenses – zum Beispiel freiheitlich demokratische Grundordnung, Gleichberechtigung der Geschlechter – vor allem in Bildungskonzepten und Curricula implementieren. Hierzu kann beispielsweise gehören, dass Bildungsmöglichkeiten, die auf die speziellen Bedürfnisse der Zugewanderten abgestimmt sind und die Mehrsprachigkeit und interkulturelle Begegnung fördern, flächendeckend entwickelt und unter Berücksichtigung der bereits vielfach bestehenden, meist als Pilotprojekte geführten Beispiele evaluiert und dann zielgerichtet angeboten werden. (Vgl. Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Demographischer Wandel« v. 22.4.02) Die gezielte Förderung und Eingliederung von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien ist durch die Verbesserung ihrer Sprachkenntnisse sowie ihrer schulischen Bildungschancen bis hin zu Betreuungsangeboten zu erreichen.
  Gleichwohl darf Bildung nicht ausschließlich defizitär verstanden werden, die es durch geeignete Methoden zu vermitteln und sich anzueignen gilt. Darüber hinaus ist für bereits in einem anderen, fremden Bildungssystem erworbene Bildung und den daraus resultierenden Qualifikationen ein möglichst flexibler Kompatibilitätsrahmen zu entwickeln, um so die vorhandenen Fähigkeiten individuell besser positionieren und weiter fördern zu können. Dies entspricht auch dem allgemeinen Postulat einer »lebenslänglichen Qualifizierung«, wie ihn der permanent kurzfristige technische Anpassungsprozess schon heute verlangt.

- *durch Zugang zum Arbeitsmarkt*
  Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation auf dem Arbeitsmarkt ist unter anderem durch das scheinbare Paradox gekennzeichnet, dass bei hoher allgemei-

ner Arbeitslosigkeit in bestimmten Bereichen ein Bedarf an Arbeitskräften besteht. Am deutlichsten zeigte das die von Bundeskanzler Gerhard Schröder angestoßene *Green-Card-Initiative*. Durch gezielte Steuerung der Arbeitsmigration, die ein optionales Auswahlverfahren vorgesehen hätte, sollte das neue Zuwanderungsgesetz die alte Anwerbestoppausnahmeverordnung ablösen, die hauptsächlich Saisonarbeitnehmer in der Landwirtschaft betrifft. Es wäre damit ermöglicht worden, wachstumshemmende Engpasssituationen zu beseitigen und zugleich Arbeitslosigkeit im Niedrigqualifikationsbereich abzubauen. Der Schlüssel zum Erfolg auf dem Arbeitsmarkt liegt nach wie vor in der beruflichen Qualifizierung. Für diverse Qualifizierungsoffensiven, wie sie derzeit von den unterschiedlichsten Trägern angeboten werden, und ihre Bewertung gilt das oben Gesagte. Zu prüfen bleibt, inwiefern Ausbildungsordnungen unter sich ständig wandelnden Berufsbildern noch adäquat sind und nicht einer flexibleren Handhabung zugänglich gemacht werden müssen. Dies vor allem unter dem Aspekt, den auf Dauer Zugewanderten den Zugang zu bisher nur schwer zugänglichen Gewerben und Berufen zu erleichtern, ohne dass eine Qualitätseinbuße zu befürchten ist.

- *durch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben*
  Soziale Integration ist einem osmotischen Prozess vergleichbar, der am intensivsten in Stadtteilen, Wohnquartieren, Nachbarschaften, also im lokalen Gemeinwesen stattfindet. Hier zeigen sich zugleich bedeutende Indikatoren für das Gelingen von Integration: die Mitgestaltung ihrer Lebensbedingungen vor Ort. Eng damit verbunden ist das Vorhandensein interkulturell geöffneter Institutionen, interkultureller Kompetenz und die Möglichkeit rechtlicher Partizipation in dafür zuständigen Planungs- und Entscheidungsgremien. Hier bietet das bundesweite Projekt »*Die soziale Stadt*« wichtige Ansätze, unter anderem Einzelmaßnahmen zu einem Gesamtpaket zu vernetzen, Bedarfslücken durch neue Angebote zu schließen und eine nachhaltige Verbesserung der Sozialräume zu erreichen.
  Im privaten Bereich existiert eine Vielzahl von Initiativen, Vereinen, Organisationen und Beratungseinrichtungen, die sich mit dem Thema Integration beschäftigen. Hier wurden und werden weiterhin qualitativ hervorragende Leistungen erbracht und beeindruckende Ergebnisse erzielt. Um Synergieeffekte zu nutzen und Doppelgleisigkeiten zu vermeiden, ist der Aufbau eines bundesweiten *Integrationsnetzwerks* ein konstruktiver Ansatz für eine zusammenwirkende, sich ergänzende Integrationsarbeit. Dazu gehört auch, diejenigen Einrichtungen, die sich in ihren Aktivitäten bewährt haben, als Partner zu gewinnen und bei der Gestaltung von Integrationspolitik mit einzubeziehen. Gerade ehrenamtliches Engagement bringt Migranten und Einheimische zusammen und bewirkt eine Öffnung der Aufnahmegesellschaft.

Gesellschaftliche Perspektiven eröffnen

Die Akzeptanz von Zuwanderern in der Aufnahmegesellschaft zu fördern, kommt hohe Priorität zu. Hier sind verstärkte Anstrengungen nötig, um das Zusammenleben von Zugewanderten und Einheimischen positiv zu gestalten und interkulturelle Konfliktlösungen zu entwickeln. Letztlich müssen alle integrationspolitischen Aufgaben das Ziel haben, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und zu stärken.

Ein zunehmend wichtiger Bereich wird in diesem Zusammenhang die *interkulturelle Öffnung* der Unternehmen, Organisationen, Verwaltungen und der sozialen Dienste sein. Als politisches Ziel formuliert fördert *interkulturelle Öffnung* in den Institutionen die Beschäftigung von Migranten. Dies gilt auch für den öffentlichen Dienst. Sie geht von der Prämisse aus, dass die Organe des Staates von allen Mitgliedern einer Gesellschaft akzeptiert werden sollten, dies aber nur möglich ist, wenn sich staatliche Institutionen als Teil der Gesamtgesellschaft verstehen und deren Angehörige die Möglichkeit haben, sich in ihnen wieder zu erkennen.

Eng damit verknüpft ist der Erwerb *interkultureller Kompetenz*, ohne die eine *interkulturelle Öffnung* nicht wirklich funktionieren kann. Bei der *interkulturellen Kompetenz* handelt es sich um eine Kombination aus Wissen, Einstellungen, Motivationen und Fertigkeiten, die bei der Interaktion zwischen Angehörigen unterschiedlicher Kulturen zu einem positiven, konsensfähigen Ergebnis führen kann.

Auch wenn es sich dabei nicht um grundlegend »neue« Kompetenzen handelt und sie hauptsächlich durch Bewusstmachung und Erweiterung der kulturellen Dimension auf bereits vorhandenen Fähigkeiten und Fertigkeiten aufbauten, so müssen sie doch geschult und trainiert werden. Im Bereich der Wirtschaft werden interkulturelle Trainings für den erfolgreichen Einsatz im Ausland bereits seit Jahren durchgeführt, für den inländischen Bereich, insbesondere die öffentliche Verwaltung, sind die Angebote und Maßnahmen bisher erst noch in Anfängen.

Kulturpolitik dient nicht nur der Kunst und Kultur, sondern dem Wohl des gesellschaftlichen Lebens insgesamt. Ein Anliegen der heutigen Kulturpolitik ist auch das friedliche Zusammenleben und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. In diesem übergeordneten Anliegen ist Kulturpolitik kongruent zur Migrationspolitik, ebenso wie in der Tatsache, dass es sich um eine Querschnittsaufgabe handelt, die sich immer auf die Gesellschaft als Ganzes auswirkt, denn damit eine Kultur der Toleranz und gegenseitigen Achtung und des Miteinanders im Alltag wachsen kann, ist das Engagement aller beteiligten Menschen nötig.

Literatur

Bade, Klaus J. (2001): Migration und Migrationspolitik, Vortrag vom 26.4.2001 in der *Stiftung Demokratie Saarland*

Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Demographischer Wandel« v. 22.4.02

Heckmann, Friedrich: *Integrationspolitische Aspekte einer gesteuerten Zuwanderung. Gutachten für die interministerielle Arbeitsgruppe der Bayerischen Staatsregierung*, München

Maas, Utz/Mehlem, Ulrich (2002): *Qualitätsanforderungen für die Sprachförderung im Rahmen der Integration von Zuwanderern*, Osnabrück

Rau, Johannes (2000): *Ohne Angst und Träumereien: Gemeinsam in Deutschland leben*, Berlin

Welt, Jochen (2001): »Von der gesellschaftlichen Selbsttäuschung zum Zuwanderungs- und Integrationskonzept«, in: Mehrländer, Ursula/Schultze, Günther (Hrsg.): *Einwanderungsland Deutschland*, Bonn: Dietz-Verlag

Christina Weiss

Herausforderung Interkulturalität – eine kulturpolitische Perspektive

I.

Diejenigen Prozesse, die unter dem Begriff der Globalisierung subsumiert werden, konfrontieren uns in anderer, bis dato unbekannter Weise mit dem Faktum kultureller Pluralität. Eine sich zunehmend ausformende Weltgesellschaft verlangt uns allen eine enorme, noch nie eingeübte Orientierungsleistung ab – was die Mobilität im Räumlichen betrifft wie auch die Beweglichkeit im Umdenken dessen, wie wirtschaftliche und soziale Strukturen auszusehen haben. Grundlegend ist aber – angesichts der Konfrontation mit einer Vielfalt von Sicht- und Lebensweisen – die Orientierung im Kulturellen. Die pluralistische Gesellschaft kann nicht mehr darauf angelegt sein, allein der westlichen Kultur des Individualismus den Vorrang zuzuerkennen und andere Kulturen mehr oder weniger tolerant zu behandeln, aber letztlich doch in die eigene zu vereinnahmen. Aus dem Nebeneinander muss auf gleichberechtigter Basis ein Miteinander werden. Im Dialog mit anderen Kulturen kommt es aber darauf an, die eigene Kultur zu verstehen und – wohlverstanden – zu relativieren. Relativieren, das heißt als eine unter anderen möglichen ansehen, kann man sie aber erst dann, wenn man selbst gut in ihr verwurzelt und aufgehoben ist. Die Angst vor Anonymisierung in einer für den Einzelnen zu weit gewordenen Welt lässt sich nur bewältigen, wenn dieser Einzelne seine kulturelle Position und mit ihr sein Selbstbewusstsein behaupten kann. In einer solchen Welt erhalten alte Worte und stabile Werte den Charakter eines Geborgenheitsortes. Ohne diese absolut setzen zu wollen, glaube ich, dass es überlebenswichtig ist, die Koordinaten des subjektiven Seins in der kulturellen Gruppe und Verwurzelung zu kennen.

Die Kunsterfahrung kann wichtige Grundlagen legen für den Umgang mit der Welt, in der wir leben, sie ist die Erfahrung einer positiv erlebbaren Pluralität par

excellence. In den Künsten gibt es eine vollkommen gleichberechtigte Koexistenz unterschiedlichster Gestaltungsmöglichkeiten, Weltsichten und Anschauungsformen. Die historischen Formen bleiben uneingeschränkt neben den neuesten gültig, auch dann, wenn Schulen einer Epoche miteinander im Streit liegen. Kunstdebatte ist vor allem auch Streit verschiedener Ansichten, der zu spannungsvoll widerstreitenden Produktionen führt. Aber die Bedeutung eines Rembrandt, eines Mozart, eines Shakespeare wird nicht dadurch gemindert, dass andere nach ihnen kommen, die ganz andere Kunstkonzepte realisieren. Es gilt grundsätzlich das eigene Maß, an dem die Qualität eines Werkes in seiner Balance zwischen Idee und Form zu bemessen ist.

Kunsterfahrung und ästhetisches Denken sind vor diesem Hintergrund besonders geeignet, die gegenwärtige Wirklichkeit zu erfassen. Sie machen die Variabilität heutiger Weltbezüge deutlich und werden so zum Labor interkultureller Verständigung. Neben Faktoren wie Subjektivitätsbildung, Sinnesschärfung und Wahrnehmungsfähigkeit entwickelt das Training im ästhetischen Prozess eine Reihe wichtiger Fähigkeiten, die im Alltag der heutigen Welt unabdingbar sind. Um sie auszuprägen gibt es keine Alternative zu den Künsten – die rein intellektuell erworbene Einsicht wird den Anteil der sinnlichen Wahrnehmung und des Spielerischen niemals aufwiegen können. Die politische Dimension dieser Überlegungen liegt auf der Hand: Es geht in der heutigen Gesellschaft insgesamt darum, Differenzen zuzulassen, die eigene Lebensform nicht absolut zu setzen, kulturelle – und das heißt vor allem auch interkulturelle – Lern- und Kommunikationsprozesse zu ermöglichen und zu fördern. Die Auseinandersetzung mit Kunst ist das Kraftwerk, aus dem sich die Energien der geistigen Offenheit speisen. Und geistige Offenheit ist elementare Voraussetzung eines friedlichen Zusammenlebens in multikulturell verfassten Gemeinwesen.

II.

Wenn Politik die Herausforderung Interkulturalität ernst nimmt, muss sie – nicht zuletzt angesichts der Folgen von Globalisierung – ressortübergreifend gedacht und gestaltet werden. Dies bezieht sich keineswegs allein, aber auch auf die Verschränkung von innerer und äußerer Kulturpolitik. Wir haben es in vielen Feldern mit einer Entsprechung von globaler und nationaler Konstellation zu tun. Interkulturelle Konflikte im internationalen Maßstab zum Beispiel – um hier nur ein negatives Beispiel zu nennen – spiegeln sich im Inneren einer multikulturell geprägten Gesellschaft.

Ich konzentriere mich im Folgenden auf das Thema »Migration und Kultur« in Deutschland. Der Aspekt der Interkulturalität kann selbstverständlich nicht auf den der Migration reduziert werden; klar ist aber auch, dass zentrale Fragen der interkulturellen Kulturarbeit den Migrationskontext betreffen.

Deutschland begreift sich – im Unterschied etwa zu den USA – immer noch nur bedingt als Einwanderungsland. Diese Selbsteinschätzung ist allerdings

durch die demografischen Fakten nicht gedeckt. Um nur eine Zahl zu nennen: 12 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen sind im Ausland geboren, in den USA dagegen beträgt der entsprechende Anteil nur 9 Prozent (so Rainer Münz in seinem Artikel »Kulturnation und Entwicklungsland« in Heft 6/2002 der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, S. 364 f.). Die bundesrepublikanische Gesellschaft hat lange gebraucht, um eine unverstelltere und den Realitäten gerechter werdende Sicht auf Migrantinnen und Migranten zu entwickeln, und dieser Prozess ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. Dies hat zweifellos damit zu tun, dass die Wurzeln dieser Konstellation in historischen Tiefenschichten liegen.

»In Deutschland dominierte im 19. und 20. Jahrhundert das Bild der weitgehend homogenen Kultur- und Abstimmungsnation. Schließlich war dies die historische Grundlage, auf welcher der deutsche Nationalstaat 1871 gegründet wurde: Ein Land, soweit deutsche ›Zunge‹ und Kultur reichten. Dies führte dazu, dass wir die Zuwanderung von mehreren Millionen Ausländerinnen und Ausländern wahlweise als temporär oder als Ausnahme von der Regel verstanden. Lange Zeit gab es daher keine klare Integrationsperspektive und klarerweise auch keine Kulturpolitik, die über die Pflege von Folklore des Herkunftslandes hinaus ging, auch wenn uns dies bisweilen als Demonstration von Multikulturalität erschien. Dies hatte mit unserer Perspektive zu tun. Wir sahen die Zugewanderten nicht als Einwanderer und zukünftigen Teil unserer eigenen Gesellschaft, sondern eben bloß als vorübergehend Anwesende, deren Zukunft im Herkunftsland lag.« (Ebd., S. 365)

Die Wahrnehmung von Migrantinnen und Migranten in Deutschland verengt sich vor diesem Hintergrund häufig auf ihren rechtlichen und sozialen Status. Sie ist zudem in vergleichsweise hohem Maße durchzogen von kulturellen Stereotypen. Voraussetzung für geistige Offenheit für von anderen Kulturen geprägten Menschen ist aber die Wahrnehmung der individuellen Lebensformen in ihrer Multidimensionalität.

Bei der Gestaltung einer pluralistischen, interkulturell offenen Gesellschaft können wir vieles von »klassischen« Einwanderungsländern lernen, von den USA zum Beispiel, aber auch von Frankreich oder Großbritannien. Dazu gehört die Einsicht, dass wirklich gelebte Pluralität nicht erreichbar ist, wenn wir kulturelle Gruppen nicht als Menge von Individuen betrachten, sondern als Kollektive umarmend integrieren und dadurch letztlich auflösen. Wir sollten uns jedoch – nicht zuletzt in Konzeption und Praxis der interkulturellen Arbeit – bewusst sein, dass wir, historisch bedingt, die Postkolonialismus-Modelle etwa unserer französischen oder niederländischen Nachbarn nicht einfach übernehmen können. Ein spezifischer Beitrag Deutschlands könnte – vor dem Hintergrund des Holocaust und seiner Bedeutung für das kulturelle Selbstverständnis Deutschlands nach 1945 – darin liegen, einen sensiblen wie kritischen Blick auf nationale Identitätskerne für den transkulturellen Diskurs fruchtbar zu machen.

So wie nach wie vor das Modell der »Hinterhof-Moschee« dominiert, so dominiert auch nach wie vor der Typus der »Hinterhof-Kulturinitiative«. Wesentliche

Aspekte des kulturellen Lebens von Migrantinnen und Migranten bleiben, trotz einer Reihe verdienstvoller Initiativen auf kommunaler und Länderebene in den letzten Jahren, immer noch unsichtbar, sie können sich nur subkutan entfalten. Themen wie Interkulturalität und kulturelle Aspekte von Migrationsbewegungen finden in der öffentlichen Diskussion, in den Wissenschaften und in der Praxis des Kulturbetriebs – insgesamt gesehen – immer noch zu wenig Aufmerksamkeit.

Ein Projekt, das die *Kulturstiftung des Bundes* als eines ihrer zentralen Initiativprojekte im vergangenen Jahr wesentlich mit angestoßen hat, zeigt Wege auf, wie man der skizzierten Herausforderung begegnen kann. Das »Projekt Migration« hat sich zum Ziel gesetzt, neue Modelle der Thematisierung von Migration zu entwickeln. Es wird alltagskulturelle Elemente umfassen, ebenso wie Beiträge aus der Bildenden Kunst, aus Literatur, Film, Theater und Musik. Neben der spartenübergreifenden ist die transdisziplinäre und Institutionen übergreifende Ausrichtung charakteristisch: Der *Kölnische Kunstverein*, das *Dokumentationszentrum zur Migration aus der Türkei* (*DOMiT*) und eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus verschiedenen Disziplinen kooperieren in der Ausgestaltung des Projekts. Bislang weitgehend separierte Perspektiven auf Migrationsprozesse werden so zusammengeführt, und durch das Ineinandergreifen von Kunst- und Wissenschaftskontexten entstehen neue Räume der Verhandlung und Vermittlung.

Das von der *Kulturstiftung des Bundes* geförderte Projekt leistet einen Beitrag zur Überwindung eines Defizits der deutschen Geschichtskultur, in der die Geschichte der Migration noch weitgehend unterbelichtet ist. Es geht hier um Sichtbarmachen und Spurensicherung im Sinne von Bewahrung des kulturellen Erbes, aber auch um eine Haltung der Anerkennung und des Respekts für die kulturelle Bereicherung, die wir Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund verdanken. Die Verbreiterung des historischen Blickwinkels insgesamt könnte das Bewusstsein dafür schärfen, dass Migration kein spezifisches Phänomen der Gegenwart, sondern historisch gesehen – gerade auch in Deutschland – eher der Normalfall ist. In der Frage der Aneignung von Geschichte geht es immer auch um die Bestimmung der kulturellen Identität eines Staates. Und es geht um eine zivilgesellschaftliche Perspektive, um die Ausgestaltung einer Kultur der recht verstandenen Integration.

Neben dem blinden Fleck der Geschichtskultur besteht aber auch ein Defizit, das die Gegenwart betrifft: Ein Überblick über den Beitrag von Migrantinnen und Migranten zur kulturellen Landschaft in Deutschland bleibt ein Desiderat. Dies gilt sowohl in quantitativer Hinsicht (Wie viele Kulturinitiativen zum Beispiel gibt es überhaupt?) als auch unter qualitativen Gesichtspunkten (Welche Ansätze verfolgen Kulturschaffende mit Migrationshintergrund?). In einer solchen Bestandsaufnahme liegt ein Ansatzpunkt einer sich ressortübergreifend verstehenden Kulturpolitik.

III.

Wenn die Bedeutung interkultureller Lern- und Kommunikationsprozesse zunimmt, kann die politische Konsequenz nur lauten, die Kulturlandschaft insgesamt weiter für transkulturelle Ansätze zu öffnen. Es geht dabei nicht um eine »Programmquote« für Künstlerinnen und Künstler mit Migrationshintergrund – die Bezeichnung »Migrantenkunst« wird von den Akteuren eher als Stigma empfunden –, sondern um eine tiefer ansetzende Veränderung unserer Sichtweisen. Ein solcher Ansatz setzt ein geschärftes Bewusstsein für die Fallen des Exotismus voraus. Statt vermeintliche Authentizität zu ideologisieren und kulturelle Differenzen zu essenzialisieren, kommt es darauf an, der Pluralität von heutigen Weltbezügen und Identitäten (was auch hybride Identitätsbildungen einschließt) gerecht zu werden. Migranten-Communities stellen nicht in sich geschlossene Enklaven dar, sondern sind prägender Teil der Gesellschaft, die sich unter ihrem Einfluss immer wieder neu definieren muss. Und das Training im ästhetischen Prozess bildet die beste Voraussetzung für die darin eingeschlossene wohlverstandene Relativierung der eigenen Lebensform.

Die institutionellen Instrumente einer interkulturellen Kulturpolitik sind allerdings erst zum Teil gefunden. Die (im Einzelnen schwer zu quantifizierenden) Anteile für interkulturelle Projekte in den Kulturhaushalten sind insgesamt gesehen gering. Und wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass viele Kulturinstitutionen – wie zum Beispiel Akademien oder Theater – strukturell nicht nur, aber auch von ihrer Entstehung im Kontext der Bildung eines möglichst homogenen Nationalstaates im 19. Jahrhundert geprägt sind. Dies spricht keineswegs per se gegen diese Einrichtungen, aber es zeigt – angesichts der Realitäten multikultureller Gesellschaften – doch einen Transformationsbedarf. Der Bedarf vergrößert sich dadurch, dass es immer noch die Tendenz gibt, interkulturelle Kulturarbeit primär der Soziokultur zuzuordnen. Eine solche Verkürzung der Perspektive ist in meinen Augen nicht begründbar; es kommt vielmehr darauf, beispielsweise die kulturelle Bereicherung, die wir durch Künstlerinnen und Künstler mit Migrationshintergrund erfahren, auch in den Einrichtungen der Hochkultur sichtbarer zu machen. Diese Forderung gilt auch vor dem Hintergrund, dass die Debatten über Inter- beziehungsweise Transkulturalität bislang überwiegend theoretisch geführt wurden – vor allem in den *cultural studies*. Jetzt kommt es darauf an, die entsprechenden Schritte in der kulturellen Praxis zu gehen.

Meine Rolle in diesen Zusammenhang verstehe ich als die einer Anwältin, die Diskussionsprozesse moderiert, aber auch Foren für die Weiterentwicklung interkultureller Arbeit fördert. Ich denke dabei insbesondere an zwei Institutionen aus dem Geschäftsbereich meiner Behörde: das *Haus der Kulturen der Welt* in Berlin und die *Kulturstiftung des Bundes*, die sich – über das »Projekt Migration« hinaus – gerade im internationalen Bereich der interdisziplinären Kooperation und der methodischen Reflektion verschrieben hat. Mit ihren Programmen tragen diese

Einrichtungen dazu bei, das zu entwickeln, was wir im interkulturellen Dialog dringend brauchen: Ebenen – lokale, regionale, nationale und internationale – durchlässiger zu gestalten und Mehrbahnstraßen des Austausches zu bauen.

Kerstin Müller

Die Rolle der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Dialog der Kulturen

»Interkulturelle Kulturpolitik«, das Thema dieses dritten *Jahrbuchs für Kulturpolitik*, deckt sich mit einer langjährigen Konstante und einem integralen Bestandteil deutscher Außenpolitik, nämlich der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

Die weltweiten Umbrüche, die wir unter das Stichwort der Globalisierung fassen, erzeugen bei vielen Menschen die Erfahrung einer tiefen Verunsicherung. Die Auflösung vertrauter Strukturen und das Eindringen der Sprache des Marktes in alle Poren der Gesellschaft verstärken das Bedürfnis nach kultureller Selbstdefinition, nach Kriterien der Selbstvergewisserung – ob Sprache, Ethnie, Glaube oder kulturelles Erbe. Während Politik und Wirtschaft durch die Globalisierung für den Einzelnen an identifikatorischer Bindungskraft verlieren, bleibt als Konstante häufig das Festhalten an einem kulturellen Bezugspunkt. Kultur jedoch, verstanden in einem weiten Sinne als Ausdruck der Selbstvergewisserung, ist nicht per se friedlich. Gerade Identitätskonflikte werden oft fundamentalistisch ausgetragen und schlagen in politische Konfrontationen um.

In dem weiter fortschreitenden Prozess der Globalisierung könnte Außenpolitik heute noch viel weniger als früher erfolgreich sein, wenn sie sich allein auf politische oder wirtschaftliche Aspekte beschränken wollte. Wenn wir Menschen weltweit ansprechen, wenn wir sie von Werten wie Freiheit und Toleranz überzeugen wollen, wenn wir sie für Demokratie, Frauen- und Menschenrechte, Minderheitenschutz, Herrschaft des Rechts, Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung etc. gewinnen wollen, müssen wir sie in ihrem persönlichen Erleben erreichen. Die bedrückende Möglichkeit eines tiefen kulturellen Konflikts in einer Welt von bald sieben Milliarden Menschen muß uns anspornen, nach praktischen Wegen zu mehr Zusammenarbeit zu suchen.

Dies ist das Tätigkeitsfeld der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Sie schafft und pflegt ein günstiges Umfeld für deutsche Zusammenarbeit mit dem Ausland in jedem Bereich und verschafft der deutschen Stimme Gehör im »Dialog

der Kulturen«. Die von Bundesaußenminister Fischer im Juli 2000 der deutschen Öffentlichkeit vorgestellte »Konzeption 2000« nimmt das Thema der Gestaltung der Globalisierung ausdrücklich auf. Die vielfältigen, auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit angelegten Austausch- und Förderprogramme der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik für verschiedene Altersgruppen und Bildungsstufen unterstützen das gegenseitige Kennenlernen und den Dialog von Menschen unterschiedlicher Länder ebenso wie die deutschen Auslandsschulen und die Programmarbeit. Die Förderung der deutschen Sprache im Ausland vermittelt den intensivsten Zugang zu Kultur und Lebensformen in Deutschland. Menschen in krisengeschüttelten Regionen der Erde sind dankbar für kulturelle Angebote, die ihnen die Rückkehr in eine normalere Welt erlauben. Daher kam und kommt dem Aufbau von neuen *Goethe-Instituten* zum Beispiel in Sarajewo oder Kabul hohe, auch politische Bedeutung zu. Der Wiederaufbau von Schulen in Kabul im Rahmen unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik verdeutlicht, dass diese Angebote nicht als kulturelle *l'art pour l'art* gesehen werden können, sondern dass sie für einen nachhaltigen Aufbau der Gesellschaft eines Landes zwingend sind.

Das Jahr 2001 hat der Welt eine fundamentale Ambivalenz offenbart: einerseits wurde es zum Jahr des »Dialoges der Kulturen« ausgerufen, andererseits ist durch die Anschläge vom 11. September 2001 die Gefahr eines »clash of civilizations«, wie Samuel Huntington ihn beschworen hat, enorm gewachsen.

Es wird für den Charakter des 21. Jahrhunderts entscheidend sein, ob es uns gelingt, diesen »clash of civilizations« – Okzident gegen Orient, West gegen Ost, Christentum gegen Islam – entschieden zu verhindern oder ob die Risse zwischen westlicher und islamischer Welt tiefer werden. Ein besseres interkulturelles Verständnis und die Achtung anderer Kulturen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verhinderung von gewaltsamen Konflikten. Unsere Welt wird immer von der Vielfalt der menschlichen Gesellschaften und ihrer Kulturen bestimmt. Wenn Unterschiede friedlich und tolerant akzeptiert werden, können sie bereichern. Wenn sie allerdings instrumentalisiert und politisch missbraucht werden, bringen sie furchtbares Unheil mit sich.

Ein intensivierter Dialog zwischen den Kulturen wird dazu beitragen, die universellen, allen Kulturen gemeinsamen Werte stärker ins allgemeine Bewußtsein zu heben. Wenn dieser Dialog fruchtbar sein soll, dann brauchen wir Klarheit über unsere eigenen Grundwerte, die wir verteidigen und zu denen wir stehen müssen. Deshalb dürfen wir auch im Dialog mit der islamischen Welt die schwierigen Fragen nicht verschweigen: Gibt es – auf beiden Seiten – die Bereitschaft, ernsthaft die Spannungen und Widersprüche zu erörtern, die zwischen einer strikten Auslegung und Anwendung der Scharia einerseits und elementaren Menschenrechten andererseits bestehen? Können wir uns auf die Rechte der Frauen verständigen, auf ihre volle gesellschaftliche und rechtliche Teilhabe, auf ihre gleichberechtigte Bildung und Ausbildung? Das ist ein Thema, das im Mittelpunkt unserer Aufbauarbeit in Afghanistan steht, das aber weit darüberhinaus eine Kernfrage ist, in der sich die komplexe kulturelle Identität, Demokratisie-

rung und Modernisierungsfähigkeit überschneiden. Es geht bei diesem Dialog nicht um eine Auseinandersetzung zwischen Christentum und Islam, sondern um ein ernsthaftes Ringen um die Lösung gesellschaftlicher und politischer Differenzen, ein Ringen, das gegenseitige kulturelle Anerkennung *ein-*, aber Gewalt unmissverständlich ausschliesst.

Um den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern, geht es auch darum, die Vertrautheit des Einzelnen mit unbekannten Lebensformen zu fördern, seine Fähigkeit zu stärken, auf Fremdes angemessen und offen anstatt abweisend und zurückweichend zu reagieren. Fremdes sollte in seinen oft vielfältigen Facetten besser dargestellt und bekannt gemacht werden. Es geht darum, die Toleranz zu fördern, Fremdes in seiner Andersartigkeit zu akzeptieren. Das friedliche Zusammenleben der Gesellschaften von morgen wird nicht durch möglichst lückenlose Verbreitung eines »mainstream-lifestyle« gesichert, sondern dadurch, dass die bestehende kulturelle Vielfalt akzeptiert und gefördert wird.

Der intensive Kultur- und Wissenschaftsaustausch, wie er vor allem durch den *Deutschen Akademischen Austauschdienst* (*DAAD*) und die *Alexander von Humboldt-Stiftung* und durch die vielfältigen Aktivitäten des *Goethe-Instituts/Inter Nationes* im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik getragen wird, leistet einen wichtigen Beitrag hierzu.

Immer wieder trifft man auf den offenbar verbreiteten Irrtum, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sei eine Art Dreingabe der Außenpolitik, ein Sahnehäubchen sozusagen, das zur Verfeinerung und Abrundung aufgesetzt werden könne. Ihr Inhalt, so die verkürzte Wiedergabe dieses Irrglaubens, beschränke sich im wesentlichen auf den Export deutscher Kultur, frei nach dem Motto: »Beethoven all over the world«. Von einem solchen Verständnis ist es dann meist nur noch ein kleiner Schritt zur der Empfehlung, dass man in Zeiten knapper Kassen auf Dreingaben verzichten und Sahnehäubchen streichen könne oder solle. Wer so denkt, der verkennt die Realitäten von heute und sägt zugleich an dem Ast, auf dem wir alle sitzen. Zweierlei ist ihm entgegenzuhalten:

Der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik geht es nicht um Kulturexport, sondern sie betont immer wieder die Bedeutung des Prinzips der Zweibahnstraße. Das Haus der Kulturen der Welt in Berlin, das *Goethe-Forum* in München, die Galerien des *Instituts für Auslandsbeziehungen* in Stuttgart, Bonn und Berlin, der *Deutsche Akademische Austauschdienst* mit seinem Berliner Künstlerprogramm leisten ihre Beiträge dazu. Das vom *Auswärtigen Amt* finanzierte Programm des Kulturerhalts in den Regionen der Dritten Welt trägt durch vielfältige konservatorische und restauratorische Projekte zur Wahrung der kulturellen Identität in den betroffenen Ländern bei.

Noch wichtiger ist jedoch der Aspekt der Binnenwirkung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik: Der Blick auf und der Austausch mit fremden Kulturen schärft auch die realistische Wahrnehmung des eigenen Landes, der eigenen Kultur. Auswärtige Kulturpolitik ist viel mehr als ein mehr oder weniger zweckorientiertes Marketing deutscher Kunst, Kultur oder gar Produkte – sie ist auch ein ent-

scheidender Beitrag zur Offenheit unserer eigenen Gesellschaft und zu ihrem inneren Frieden. Diese geistige Offenheit eines Landes ist eine elementare Voraussetzung für die Kreativität und die Innovationskraft unserer Gesellschaft. Diese Offenheit und Kreativität entscheiden auch über unseren künftigen Wohlstand und unsere Wettbewerbsfähigkeit. Ohne Austausch, ohne Neugier, ohne grenzüberschreitende Vernetzung werden wir in Wissenschaft und Wirtschaft verkümmern und kulturell verarmen. Nur wenn es uns gelingt, neue Ideen – und dass heißt auch Menschen – ins Land zu holen, nur wenn wir den Schritt von der »Belehrungskultur« zur »Lernkultur« (Wolf Lepenies) machen, werden wir im globalen Wettbewerb der Wissensgesellschaften bestehen können. Dafür aber müssen wir ein offenes, gastfreundliches, neugieriges Land sein.

Marieluise Beck

Kulturelle Herausforderungen in der Einwanderungsgesellschaft

Die Einwanderung der letzten Jahrzehnte hat Auswirkungen auf fast alle gesellschaftlichen Bereiche. Diese eigentlich kaum erwähnenswerte Selbstverständlichkeit ist bisher jedoch nur in geringem Maße in das Bewusstsein der Mehrheitsgesellschaft gedrungen. Natürlich kann kein gesellschaftlicher Bereich statisch bleiben, wenn die Bevölkerung sich signifikant ändert. Bis vor einigen Jahren leugnete die Politik sogar die Tatsache, dass eine dauerhafte Einwanderung stattgefunden hat und wiederholte wider dem Augenschein fortwährend den Satz: »Deutschland ist kein Einwanderungsland.«

Dabei war Deutschland auch schon in den letzten Jahrhunderten ein Einwanderungsland. Migration gibt es, solange es Menschen gibt. Durch den Globalisierungsprozess hat das Phänomen der Wanderungs- und Fluchtbewegungen jedoch eine neue Qualität gewonnen. Mit der Globalisierung wurden Verkehrsverbindungen schneller und billiger, sind Informationen und Bilder aus weit entfernten Gegenden allgemein zugänglich und ist Arbeit weniger denn je an einen Standort gebunden. So, wie die Welt zusammenwächst, sind die Menschen mobiler und die Gesellschaften heterogener geworden.

In Deutschland haben sich Zu- und Abwanderung in den letzten 50 Jahren fast verzehnfacht. Die deutsche Gesellschaft ist im Zeitalter der Globalisierung immer deutlicher geprägt von auch grenzüberschreitender Mobilität. Jährlich ziehen über 800 000 Menschen – Deutsche wie Ausländer – nach Deutschland und fast ebenso viele wieder fort. Ein Teil davon lässt sich dauerhaft nieder. Wir haben es also mit zwei Erscheinungen zu tun: Einer relevanten Einwanderung und einer grenzüberschreitenden Mobilität auf hohem Niveau. Migration hat das Gesicht unserer Gesellschaft verändert und ethnische wie kulturelle Vielfalt zum Alltag werden lassen.

Hierauf muss sich Politik einstellen. Wer sich weigert, die Tatsache dieser Einwanderung anzuerkennen, gibt Gestaltungsmöglichkeiten unnötig aus der

Hand. Denn in der Regelung der Zuwanderung und der Integration der Einwanderer liegt eine der zentralen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft.

Doch was ist Integration überhaupt und woran messe ich eine gelungene Integration? Ein einheitliches Verständnis davon, was Integration beinhaltet und ausmacht und wer integriert werden beziehungsweise sich integrieren soll, ist nicht vorhanden. Dies wurde auch deutlich in der Diskussion um die »deutsche Leitkultur«. Gefordert wurde von Migranten die Akzeptanz der »deutschen Leitkultur«, Maßstab und Ziel der Integration sollte die Assimilation an diese Leitkultur sein. Eine klare Definition der »deutschen Leitkultur« blieb naturgemäß aus. Denn »den Deutschen«, an dem sich die Integrationsleistungen von Migranten messen lassen müssten, gibt es nicht. Ein solches Verständnis von Integration bleibt im überkommenen Bild der ethnisch und kulturell homogenen Nation verfangen. Tatsache ist doch: Wir leben in einer Gesellschaft, in der eine Vielzahl von Lebensstilen und Lebensentwürfen nebeneinander existieren. Es gibt nicht *die* deutsche Musik oder *die* deutsche Kunst. Keiner wird doch auf die Idee kommen, den Jugendlichen, der lieber amerikanischen Hip-Hop als deutsche Volksmusik hört als desintegriert zu bezeichnen. Aber warum soll dann die Vorliebe für türkischen Pop nicht auch deutsch sein? Und ist die Tangowelle in Deutschland deutsch? Was ist mit Kaya Yanar?

Die Antwort ist einfach: Alles das, was in Deutschland gelebt wird, ist deutsch. Die Summe all dessen ist die deutsche Kultur. Kultur ist nie starr, Kultur lebt vom Austausch und entwickelt sich fortwährend weiter. Kultur kann daher auch nicht verordnet werden. Die Diskussion über die deutsche homogene Kultur, die es vor zu vielen fremden Einflüssen zu bewahren gilt, ist rein theoretischer Natur. Kulturelle Einflüsse unterschiedlichster Wurzeln kommen längst nicht mehr von außerhalb, sie gedeihen und entwickeln sich innerhalb Deutschlands und bilden neue Formen aus.

Die Verfassung schützt die Vielfältigkeit der Anschauungen und Lebensformen. Sie garantiert sowohl das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die Bundesrepublik ist also nicht nur faktisch, sondern auch rechtlich pluralistisch. Eine Festlegung einer »deutschen Leitkultur«, in die sich Zuwandernde einfügen sollen, ist daher – abgesehen von der Aussichtslosigkeit eines solchen Unterfangens – mit der Verfassung unvereinbar.

Integration kann und darf somit nicht Assimilierung bedeuten, sondern meint den beständigen Prozess der Verständigung über die gemeinsamen Grundlagen und Regeln des Zusammenlebens. In diesem Sinne ist Integration ein gesellschaftlicher Prozess, der nicht irgendwann abgeschlossen ist, sondern immer wieder neu gefördert werden muss. Integration richtet sich damit auch nicht allein an die zugewanderte Bevölkerung. Sie ist keine Einbahnstraße, sondern bezieht sich letztlich auf jeden Einzelnen in unserer Gesellschaft.

Voraussetzung für Integration ist die Akzeptanz der Zuwanderer in ihrer kulturellen Unterschiedlichkeit. Nur wer die Aussicht hat, als gleichberechtigt akzep-

tiert zu werden, wird die Anstrengungen der Integration auf sich nehmen und sich mit der Aufnahmegesellschaft identifizieren. Ausgrenzung und Benachteiligung wirken sich negativ auf den Integrationsprozess aus. Integrationsanstrengungen sind daher sowohl von den Zuwanderern als auch von der Aufnahmegesellschaft gefordert.

Integrationspolitik muss eindeutige Ansprüche formulieren, muss Kriterien für Integration definieren. Diese Ansprüche dürfen nicht die Aufgabe der eigenen Kultur beinhalten, sondern müssen darauf ausgerichtet sein, ein gleichberechtigtes und friedliches Miteinander zu ermöglichen. Zentral sind dabei die Anerkennung der Werte des Grundgesetzes und Kenntnisse der deutschen Sprache. Andererseits muss aber auch gewährleistet sein, dass diese Ansprüche erfüllt werden können. Wir müssen in einen neuen Abschnitt von Integrationspolitik eintreten, den man mit dem Motto »von der Fürsorge zur Partnerschaft« überschreiben könnte. Es geht nicht länger ausschließlich um die Beseitigung von tatsächlichen oder vermeintlichen Defiziten von Migranten, die durch Integration behoben werden müssten. Es muss uns vielmehr um eine neue Balance von Rechten und Pflichten in der Integrationspolitik gehen, bei der eindeutige und erfüllbare Erwartungen klaren und garantierten Ansprüchen gegenüberstehen.

Aber auch eine konstruktive Integrationspolitik wird Konflikte nicht verhindern können. Hier sei an die Kontroversen um den lautsprechergestützten Ruf des Muezzins oder das Tragen von Kopftüchern durch Lehrerinnen an staatlichen Schulen erinnert. Konflikte zu benennen und Lösungen dafür zu suchen, ist Teil des Integrationsprozesses. Entscheidend ist, dass diese Auseinandersetzungen demokratisch und gleichberechtigt ausgetragen werden.

Die wechselseitige Akzeptanz, Toleranz und die regelmäßige Verständigung über kulturelle Normen und Regeln des Zusammenlebens sind für die Integration eben so wichtig wie die Herstellung von Chancengleichheit beziehungsweise Gleichbehandlung in allen wichtigen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft.

In den Feuilletons werden Diskussionen über die Veränderung der kulturellen Werte bereits vielfältig und ausführlich geführt. Da Kultur davon lebt, Traditionelles zu überdenken und externe Einflüsse zu Neuem zu verarbeiten, viele Künstler begierig Impulse aufnehmen, ist hier oft der Ort, an dem Diskussionen über gesellschaftliche Veränderungen zuerst und jenseits des politischen Tagesgeschäfts stattfinden. Diese Debatten sind wichtig für die Modernisierung der Gesellschaft und eine Voraussetzung für die Integration verschiedener Kulturen.

Integrationsförderung ist eine Querschnittsaufgabe. Sie ist nicht allein Aufgabe des Staates, sondern eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Dem Staat kommt allerdings eine wichtige Funktion zu. Dabei geht es nicht nur um die Bereitstellung von Förderangeboten und Deutschkursen. Staatliches Handeln in einer Einwanderungsgesellschaft bedeutet, Migranten regelmäßig als Zielgruppe mit zu bedenken und Angebote auch für diese Gruppe anzubieten. Eine interkulturelle Öffnung der staatlichen Institutionen und deren Programme ist eine wesentliche Voraussetzung für Integration.

Auch die Kulturpolitik muss umdenken. Sie muss die ethnische Heterogenität der deutschen Gesellschaft anerkennen und die Bedürfnisse und Sichtweisen der Zuwanderer beachten. Bisher wird in den meisten Städten nur ein sehr geringer Anteil für die Kunst- und Kulturförderung der Migrantenkulturen verwendet, obwohl Migranten einen bedeutenden Anteil der städtischen Bevölkerung ausmachen. Eine sinnvolle Kulturförderung sollte aber weniger das Ziel haben, Herkunftskulturen zu konservieren und Rückzugsräume zu schaffen, sondern viel mehr ein bedarfsorientiertes, interessantes Angebot zu ermöglichen und kulturellen Austausch zu fördern.

Staatliche Aufgabe ist es – und hier sind alle Zuständigkeitsebenen in Bund, Ländern und Kommunen angesprochen –, Rahmenbedingungen für gesellschaftliche und persönliche Integration zu schaffen. Denn die föderale Organisation unseres Staates legt viele Bereiche der sozialen Integration in die Zuständigkeit der Länder.

Wir sollten uns aber darüber klar sein, dass Integration als Prozess von einer Vielzahl von Faktoren abhängt, die nicht alle staatlich plan- und steuerbar sind. So wichtig Integrationsförderung ist, garantieren kann der Staat einen gelungenen Integrationsprozess nicht. Aber diese Aufgabe ist eine gemeinsame Anstrengung wert.

EROL YILDIZ

Segregation oder Integration

Zusammenleben in einer multikulturellen Stadt

Einführend möchte ich zunächst auf eine ambivalente Deutung des urbanen Zusammenlebens hinweisen, die die Wahrnehmung der Einwanderungsthematik in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten in der Bundesrepublik Deutschland bis heute geprägt hat.

Auf der einen Seite wird immer wieder darauf hingewiesen, dass wir in einer Gesellschaft leben, die durch kontinuierliche Transformationsprozesse gekennzeichnet ist. So wird von der »Zweiten Moderne« (Ulrich Beck), der »Dritten Moderne« (Richard Münch), der »radikalen Moderne« (Anthony Giddens), der »Postmoderne« (Wolfgang Welsch) usw. gesprochen, die diese Wandlungstendenzen auf unterschiedliche Weise markieren und die als ein Zeichen für die Komplexität der Gesellschaft zu interpretieren sind. *Auf der anderen Seite* wird, besonders wenn es um die Einwanderungsthematik geht, ein anderer Blick auf die Gesellschaft sichtbar. Man beobachtet bei der Wahrnehmung und Behandlung von Themen, die im Migrationskontext diskutiert werden, eine *ethnisch-zentrierte* Sichtweise. Auffällig erscheint bei dieser Diskussion eine *kulturreduktionistische* und die Einwanderung *skandalisierende* Interpretation. Dabei entsteht oft der Eindruck, wir würden in einer *primär ethnisch organisierten* Gesellschaft leben, in der *ethnisch-kulturelle Spezifika* für die Organisation der Gesellschaft *konstitutiv* relevant seien. Auf diese Weise werden Probleme und Konflikte struktureller oder politischer Art unter ethnischem Vorzeichen behandelt. Das heißt, dass die Komplexität der Gesellschaft auf kulturelle Aspekte reduziert wird und andere gesellschaftliche Phänomene wie Strukturen oder zivilgesellschaftliche Aspekte ignoriert werden. Diese Doppelmoral kommt beispielsweise im doppelbödigen Verständnis von Mobilität und Migration deutlich zum Ausdruck, auf die Ulrich Beck aufmerksam gemacht hat. Einerseits werden Wanderungsbewegungen innerhalb von Nationalstaaten Mobilität genannt und hoch bewertet. Damit gehört Mobil- und Flexibelsein zu den Selbstverständlichkeiten des Alltagslebens. Andererseits wird Mobilität zwischen be-

stimmten Nationalstaaten allgemein als Migration, damit auch weitgehend als unerwünscht definiert. (Beck 1999: 35) Bei der einheimischen Bevölkerung wird das Phänomen Mobilität als Zeichen der Postmodernität gelobt, während dasselbe bei Flüchtligen, die ja eigentlich die mobilsten Menschen sind, als negative Eigenschaft bewertet wird. Bezüglich dieser Doppelbödigkeit habe ich an anderer Stelle von der »halbierten Postmoderne« gesprochen. (Yildiz 1997)

Erst vor diesem Hintergrund sind die Diskussionen über Integration, Segregation oder multikulturelles Zusammenleben zu verstehen, weil faktisch bis heute eine Desintegrationspolitik betrieben wurde und immer noch wird, obwohl offiziell von Integrationspolitik die Rede ist. Die Paradoxie ist, dass, je mehr die Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesellschaft ankommen, Ansprüche stellen, ja sogar die Integration auf ihre Weise selbst in die Hand nehmen und organisieren, in der Öffentlichkeit Stimmen laut werden, die Einwanderer seien nicht integrationsfähig und würden sich zunehmend in die eigene Ethnie zurückziehen. So spricht die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Marie-Luise Beck bezüglich der Integration von Türken von einem »Trend zu ethnischen Kolonien« im ganzen Land (Focus 16/2001, S. 40). Aus dieser Perspektive wird die Gesellschaft als ein *kultureller Block* betrachtet, in dem Integrationsprozesse auf kulturelle und normative Weise geschehen müssten.

Diese halbierte Wahrnehmung der Einwanderungssituation hat dazu geführt, dass Einwanderung als ein isoliertes Phänomen betrachtet wird und in der öffentlichen Diskussion fast nur als »Problemfall« erscheint. Wenn man aber hingegen einen Blick auf die Stadtquartiere wirft, sieht die Realität ganz anderes aus. Man sieht sich mit einem migrationssoziologischen Experiment konfrontiert. Man sieht, dass Menschen mit Migrationshintergrund ihre eigenen Lebensstile und Traditionen entwickelt haben, dass ein wesentlicher Teil der Infrastruktur von Einwanderern und deren Nachkommen organisiert wird und dass sich Menschen unterschiedlicher Couleur in Stadtteilen für gemeinsame Belange engagieren, gemeinsame Umgangsweisen entwickeln.

Wenn man über Integration, Segregation oder Zusammenleben in den Städten redet und dabei nicht kulturreduktionistisch oder ethnisch-zentriert verfahren will, dann sollte man die Konstitutionsbedingungen der Städte zum Ausgangspunkt machen und von da aus solche Phänomene interpretieren. Das heißt mit anderen Worten: Die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben, wie das Zusammenleben organisiert wird und welche Aspekte als *relevant* für das Zusammenleben erachtet werden, spielt für die Wahrnehmung und Deutung gesellschaftlicher Aspekte eine richtungsweisende Rolle. Wenn die Gesellschaft primär als ethnisch-zentriert beschrieben wird, dann wird auch das Phänomen Multikulturalität als ein ethnisches definiert und dabei ignoriert, dass die moderne Gesellschaft – auch ohne Einwanderung – durch kulturelle Vielfalt, unterschiedliche Milieus und Lebensformen geprägt, also multikulturell ist. Multikulturalität ist also kein ethnisches, sondern als ein strukturell erzeugtes Phänomen zu betrachten. Der Spruch »Jeder Jeck ist anders«, der in Köln gebräuchlich ist, bringt dies treffend zum Ausdruck.

Daher werde ich im ersten Teil zunächst die Frage diskutieren, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben, anschließend im zweiten Teil darauf eingehen, wie bisher mit der Einwanderung gesellschaftlich umgegangen wurde und wozu diese Umgangsweise geführt hat. Im dritten Teil soll eine Perspektivenumkehr vorgenommen und danach gefragt werden, wie Menschen in Wirklichkeit ihre Lebenswelten organisieren, wie sie sich die Orte, in denen sie sich bewegen, aneignen und wie sie miteinander umgehen. Mit anderen Worten: Wie sieht das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Biographien in einem Kölner Stadtteil im globalen Kontext aus? Dies werde ich exemplarisch am Zusammenleben in einem Kölner Stadtteil zeigen.[1] Im letzten Teil werden aus diesem Perspektivenwechsel einige Folgerungen gezogen.

In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?

In den letzten Jahren taucht in den Sozial- und Geisteswissenschaften immer wieder die Frage auf, wie man die Gesellschaft, in der wir leben, beschreiben kann. In den von Armin Pongs neuerlich herausgegebenen Sammelbänden wird die rhetorische Frage »In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?« einigen Wissenschaftlern (vor allem Soziologen, Pädagogen und Philosophen) gestellt. (Vgl. 1999, 2000) Die Antworten darauf fallen sehr unterschiedlich aus. Eine »eindeutige« Antwort darauf, in welcher Gesellschaft wir leben, scheint schwierig zu sein. Jeder versucht auf seine Art und Weise die Gesellschaft zu beschreiben, und fast jeder kommt zu einem anderen Ergebnis. Dies könnte als ein Hinweis darauf gedeutet werden, dass es eigentlich eine Gesellschaft *an sich* nicht gibt, sondern nur Perspektiven, aus denen die Gesellschaft beobachtet und beschrieben wird. Um einige Beispiele vorauszustellen: Man redet von der »Risikogesellschaft«, »Erlebnisgesellschaft«, »Multioptionsgesellschaft«, »multikultureller Gesellschaft«, »transkultureller Gesellschaft«, »funktional differenzierter Gesellschaft«, »desintegrierter Gesellschaft«, »Weltgesellschaft« usw.

Wenn man die Gesellschaftskonzepte insgesamt betrachtet, sieht man sich vor allem mit zwei Paradigmen konfrontiert: Entweder wird ein *normativer* oder ein *konstruktiver* Zugang gewählt, um gesellschaftliche Wirklichkeiten zu deuten. *Normative Vorgehensweise* heißt, dass man die Wirklichkeit mit vorgefertigten Musters interpretiert. *Konstruktive Perspektive* hingegen bedeutet, dass man den Alltag mit seinen unterschiedlichen Facetten zum Ausgangspunkt weiterer Überlegungen macht. Dass die Gesellschaft, in der wir leben, hoch individualisiert, hoch mobil ist und dadurch mit kontinuierlichen Wandlungsprozessen in verschiedenen Bereichen konfrontiert ist, wird von niemandem in Frage gestellt. Kontrovers diskutiert wird allerdings die theoretische und praktische Einschätzung dieser Trans-

1 Dabei handelt es sich um eine Studie, die von 1996 bis 1999 durchgeführt wurde. In der Studie wurde das Zusammenleben in Köln-Ehrenfeld aus verschiedenen Perspektiven untersucht. Daran waren Wolf Dietrich Bukow, Claudia Nikodem und Erika Schulze beteiligt. Die Studie wurde unter dem Titel »Multikulturelle Stadt. Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag« im Jahr 2001 bei Leske + Budrich veröffentlicht.

formationsprozesse. Die *konstruktive Deutung* des Alltagslebens, die in den Sozialwissenschaften bisher nur eine eher punktuelle Beachtung gefunden hat, erscheint mir für die vorliegende Fragestellung von besonderer Bedeutung.

Wie ist unsere Gesellschaft organisiert?

Es gibt drei wichtige Dimensionen, die zur Organisation der modernen Gesellschaft und des Alltagslebens gehören. Damit ist gemeint: Erstens geht es um *funktional ausdifferenzierte Systeme*, zweitens um die *Pluralisierung der Lebenswelten* und drittes um die *zivilgesellschaftlichen* beziehungsweise *diskursiven Kommunikationszusammenhänge*. Mit anderen Worten, wir leben in einer Gesellschaft, die aus *systemischer Perspektive* eine moderne, aus *lebensweltlicher Perspektive* eine multikulturelle und aus *diskursiver Perspektive* eine Zivilgesellschaft ist.

An die Stelle der Traditionen, die früher die Gesellschaft zusammengehalten haben, sind in der Moderne funktional differenzierte Sozialsysteme getreten, die ihrem Anspruch nach *ethnisch indifferent* organisiert, also *egalitär* ausgerichtet sind. Die Entstehung einigermaßen egalitär organisierter Systeme war eine notwendige und angemessene Reaktion auf die Pluralisierung der Lebenswelt, von Kulturen, Religionen usw., denn in systemischen Kontexten muss von den ethnischen oder kulturellen Aspekten abgesehen werden, um tendenziell eine demokratische Gleichheit herzustellen. Die strukturelle Einbindung wie rechtliche, ökonomische, politische etc. ist in der modernen Gesellschaft *konstitutiv* für die Vergesellschaftung des Einzelnen, weil die systemische Inklusion die Grundvoraussetzung für die Gestaltung der Lebenswelt, persönlicher Bindungen des Einzelnen darstellt. Auf diese Weise änderte sich die Situierung des Individuums in der Gesellschaft.

Der systemische Aufbau der Gesellschaft hatte zunächst die Enttraditionalisierung der Lebenswelt, die Individualisierung und die Entstehung neuer Spielräume im Alltag zur Folge. Das Herausdrängen der Individuen aus den Funktionssystemen und die Enttraditionalisierung der Lebenswelt führte zum Teil zu neuen Formen des Zusammenlebens, zur Entwicklung neuer kultureller Formen, zur neuen persönlichen Vernetzungen im Alltag. Kulturelle und ethnische Eigenschaften, die in systemischen Kontexten ihre prägende Kraft verlieren, also *konstitutiv belanglos werden*, haben hingegen bei der Gestaltung der Lebenswelt und Biographie des Einzelnen als individuelle Ressource und Kompetenz an Bedeutung gewonnen.

Der systemische Aufbau der Gesellschaft und damit einhergehend die Individualisierung bedeuten, dass das Individuum viele Angelegenheiten ab jetzt selbst in die Hand nehmen und organisieren muss. *Die biographischen Konstruktionen beziehungsweise die Biographisierung des Sozialen rücken in der Moderne in den Vordergrund und gewinnen für die Gestaltung des Sozialen immer mehr an Relevanz*. Um ein individuelles Leben in der modernen Gesellschaft zu führen, benötigen Menschen folgerichtig bestimmte »urbane Kompetenzen« (Werner Lindner), die erworben werden müssen. Das Hauptproblem dabei ist, dass die persönlichen und sozialen Ressourcen, entsprechende Kompetenzen zu entwickeln, *ungleich* verteilt sind.

Gegen Risiken und Krisen, die strukturell erzeugt werden, hat sich im Verlauf der Zeit auch eine »zivilgesellschaftliche Infrastruktur« (Jürgen Habermas) als Gegenmacht zu strukturellen Verwerfungen etabliert, die bei der Bearbeitung von Risiken und Krisen eine wichtige Rolle spielen kann und zum Teil auch spielt. Der zivilgesellschaftliche Kommunikationszusammenhang spielt als eine diskursive Plattform für den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt zunehmend eine wichtige Rolle. Zu der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur gehören u.a. Bürgerinitiativen, politische Gruppierungen, soziale Bewegungen, medial erzeugte Öffentlichkeiten.

Somit ist eine weitere Dimension der Gesellschaft sichtbar, nämlich eine Risikodimension. Die neu gewonnenen Freiheiten durch die funktional differenzierten Sozialsysteme waren und sind immer auch *riskante Freiheiten*. Aus dieser Perspektive betrachtet leben wir also auch in einer *Risikogesellschaft*: »Die Normalbiographie wird damit zur ›Wahlbiographie‹, zur ›reflexiven Biographie‹, zur ›Bastelbiographie‹ ... Bastelbiographie ist immer zugleich ›Risikobiographie‹. ... Bastelbiographie kann schnell zur Bruchbiographie werden.« (Beck/Beck-Gernsheim 1994: 13)

Der systemische Aufbau der Gesellschaft bedeutet eine zunehmende Abhängigkeit der Individuen von vielen Institutionen. Individualisierung heißt in diesem Zusammenhang eine *institutionalisierte Individualisierung*. Das heißt, man ist bildungsabhängig, arbeitsmarktabhängig, erziehungsabhängig, wissensabhängig usw. In dieser Situation kann man sich nicht mehr länger auf die Muster der »Normalfamilie«, der »Normalbeziehung«, der »Normalarbeit«, der »Normalbiographie« beziehen.

Ein weiterer Aspekt ist das in den letzten Jahren zum Teil kontrovers diskutierte Phänomen *Globalisierung*. Die globalen Entwicklungen – verstärkt durch technologische Innovationen – haben die gesamte Gesellschaft in den letzten 30 Jahren enorm verändert. Die Europäische Gemeinschaft ist ein gutes Beispiel für diese Entwicklung. Die gesamte Lebensführung des Einzelnen ist in grenzüberschreitende Vernetzungen und Ereignisse involviert. Unsere Konstruktionen der Wirklichkeit haben sich auf diese Weise auch gewandelt. Die Waren, die wir tagtäglich kaufen und konsumieren, kommen aus verschiedensten Ländern der Welt, unsere Lebensstile und kulturellen Muster sind kaum lokal definierbar und die Risiken und Krisen, mit denen wir im Alltag konfrontiert sind, haben häufig eine globale Dimension und erfordern eine globale Perspektive. Das heißt im Klartext: Das Motto »Global denken und lokal handeln« wird wichtiger denn je.

Die globale Vernetzung vollzieht sich in vielen Dimensionen; sie betrifft vor allem auch die Ebene sozialer Probleme, die vielfach nicht länger lokal zu begreifen sind (Armut, Arbeitslosigkeit, Migration und Flucht, neue Ungerechtigkeiten – um nur einige zu nennen). Man braucht also, auch wenn man lokal denkt, eine *globale Perspektive*, weil neue Phänomene neue Sichtweisen erforderlich machen. Die Problemstellungen, die sich daraus ergeben, können nur in einem globalen Kontext verortet, interpretiert und bearbeitet werden. Ulrich Beck hat in diesem Dis-

kussionszusammenhang Recht, wenn er von einer »Weltrisikogesellschaft« spricht. (Beck 2002)

Ein weiterer und für die vorliegende Fragestellung wichtiger Gesichtspunkt ist das Phänomen *Einwanderung*, die die Bundesrepublik Deutschland vor allem in den letzten 50 Jahren tiefgreifend verändert hat, auch wenn dies in der öffentlichen Diskussion aus politischen Motiven häufig ignoriert wird, weil die Anerkennung dieser Tatsache eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft darstellt. Diese *Nicht-Akzeptanz* der Einwanderung hat die Bundesrepublik Deutschland in verschiedenen Phasen der Einwanderung bis heute wesentlich geprägt. Darauf komme ich später zurück.

Gesellschaftlicher Umgang mit der Einwanderung

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft, die aber offiziell keine sein will. Offiziell hat man die Einwanderung also ignoriert und nicht als eine wichtige gesamtgesellschaftliche Herausforderung verstanden. Weder rechtlich noch politisch wurden Konsequenzen aus der Einwanderungssituation gezogen. Statt dessen konzentrierte man sich in erster Linie auf Kulturdifferenzen und auf Sortierungsprozesse. (Bommes 1999) So wird bis heute zwischen »Inländer« und »Ausländer« differenziert, was tiefgreifende Folgen auf die Lebensgestaltung der betroffenen Menschen hat (Gogolin 1996: 353): Diese Kategorisierung betrifft das Alltagsleben, biographische Konstruktionen, die Zugangsbedingungen zu gesellschaftlichen Systemen und Ressourcen und die Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen usw.

Lässt man die Jahre ignorierter Einwanderung Revue passieren, so kann man sehr schnell eine ganze Reihe von Phasen erkennen, die jeweils in sehr spezifischer Weise mit dem Ignorieren der Einwanderung zu tun haben. (Vgl. Bukow 2001: 39 ff.)

Die ignorante Haltung einerseits und die Thematisierung der Migration in Konfliktzusammenhängen andererseits haben zu einem Paradox geführt. Eine paradoxe Folge dieses Umgangs ist, dass der positive Beitrag der Migration sowie ihr Leistungs- und Modernisierungspotential entweder gar nicht zur Kenntnis genommen werden oder wenn überhaupt nur als desintegrative Faktoren gewertet werden. Diese spezifische Wahrnehmung führt dazu, dass die Chancen und Ressourcen der Migration außen vor bleiben. Wenn man aber einen Perspektivenwechsel vornimmt und einen Blick auf das Leben in den Stadtteilen wirft, sieht man sich plötzlich damit konfrontiert, dass Menschen mit Migrationshintergrund neue Lebensstile, biographische Muster und Traditionen entwickelt haben, dass die Infrastruktur in einigen Stadtteilen zum größten Teil von Menschen mit Migrationshintergrund organisiert wird. Das soll aber nicht bedeuten, dass Migration keine Krisen und Spannungen mit sich bringt. Nur wenn man die Perspektive wechselt und die positiven Elemente in den Vordergrund rückt, erscheinen die Probleme und Risiken in einem neuen Licht, bekommen eine andere Ge-

wichtung. Dadurch eröffnen sich auch neue und andere Perspektiven für die Beschreibung des Zusammenlebens.

Ethnisches Alltagswissen als Handlungsgrammatik der intersubjektiven Praxis

Meine These ist, dass diese Umgangsweise mit der Einwanderung zu einer binären Konstruktion »Inländer/Ausländer« einerseits und zur Etablierung eines ethnischen Alltagswissens als Rezeptwissen (Alfred Schütz) andererseits geführt hat. Das ethnische Alltagswissen scheint häufig die »Normalität« in fast allen Bereichen der Gesellschaft zu bestimmen. Damit ist insbesondere gemeint, dass eine bestimmte Normalitätsvorstellung zum Ausgangspunkt gemacht wird. So fließt das ethnische Alltagswissen als Deutungsangebot in die gewöhnliche und allvertraute Arbeit ein und strukturiert so den »sortierenden Blick des Alltags« (Bommes 1998: 365).

Die Orientierung an der binären Konstruktion »Inländer/Ausländer« erscheint selbstverständlich. Man spricht von »überforderten Nachbarschaften«, von »verdeckten Konflikten«; häufig wird das Niveau und die Wohnqualität eines Stadtteils mit der Zahl der Einwanderer gemessen. Man spricht von »Parallelwelten«. Bei solchen sozialen Konstruktionen handelt es sich nicht um relativ abgehobene symbolische Strukturen als »diskursive Effekte«, die sich als ideologische Konstrukte in den Köpfen der Individuen »niederschlagen«. Sondern vielmehr geht es um eine soziale Praxis, an der viele Instanzen und Akteure im Alltag beteilig sind. Die Konstruktion »Inländer/Ausländer« erscheint gerade deshalb eine so stabile Klassifikationskategorie, weil »Ethnizität« oder »Ausländer-Sein« kein biologisches oder natürliches Merkmal ist, sondern vielfältig in die sozialen Strukturen der Gesellschaft eingebettet ist. Dabei geht es um eine soziale Praxis, mit der Individuen in ihrem Alltagshandeln die Unterscheidung »Inländer/Ausländer« permanent produzieren und reproduzieren. Solche Alltagspraktiken und Regeln scheinen dem Bewusstsein der Akteure nur begrenzt zugänglich zu sein. Sie wirken größtenteils als Routinen, die erst da zur Disposition stehen, wo »Störungen« auftreten, wo unerwartete oder unbekannte Interaktionsverläufe die Teilnehmer dazu zwingen, ihre Handlungen zu reflektieren.

In einer Studie über die institutionelle Diskriminierung in den Grundschulen kommen Mechthild Gomolla und Frank-Olaf Radtke (2002) zu dem Ergebnis, dass Diskriminierung der Schüler mit Migrationshintergrund in den Grundschulen fast zur einer *Alltagsroutine* geworden sei. Der Mythos »Das Leben zwischen zwei Kulturen«, häufig als Leidensprozess interpretiert, der die Wahrnehmung der Einwanderer wesentlich prägt, ist ein gutes Beispiel, wie solche Kategorien im Alltag fortgeschrieben werden. Wenn man dekonstruktive Ansätze entwickeln will, muss man diese *soziale Praxis* immer vor Augen haben.

Erst jetzt, wo sich die Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die hier geboren und aufgewachsen sind, zu Wort melden und behaupten, in mehreren Kulturen zu leben und mehrere Identitäten zu haben und dies auch positiv deuten, ergeben sich Probleme für das soziale Handeln. Wie diese *soziale Praxis* funktioniert

und welche Rolle dabei das »*ethnische Alltagswissen*« spielt, möchte ich an einem aktuellen Beispiel demonstrieren.

Beispiel: Die Keupstraße in Köln

In einer Studie über die Keupstraße in Köln beispielsweise – eine Straße, in der sich mehrheitlich Einwanderer niedergelassen haben – bekam man diesen Grundton erneut zu hören. (Vgl. Dokumentation Keupstraße 1999) In dieser Studie wird vor einer möglichen Ghettoisierung dringend gewarnt. Man fordert in der Studie eine »ausgewogene Mischung der Wohnbevölkerung«, um die Verslumung der Straße zu stoppen. Insgesamt liegt der Studie die Annahme zugrunde, dass eine Präsenz von Einwanderern die soziale Benachteiligung und Belastung der Straße zwangsläufig verstärke. (Ebd.) In dieser Studie werden neben den offenen Konflikten vor allem die *verdeckten Konflikte* hervorgehoben. Nach Bekanntwerden dieser Studie hat man auf der Keupstraße eine Maßnahme installiert, die sich »Mühlheimer Dialog« nennt. Das Hauptziel der Maßnahme soll die Vorbeugung ethnisch-kultureller Konflikte sein.

Wenn man es genau betrachtet, sieht man, dass die Studie mit dem Leben auf der Keupstraße nicht im geringsten zu tun hat. (Bukow/Yildiz 2002: 81 ff.) Die Entscheidung, was problematisch ist und was nicht, wird bereits im Vorfeld getroffen und zwar durch vorher festgelegte Kategorien. Man deutet das Leben auf der Keupstraße als *problematisch*, spricht von einem *kulturellen Brennpunkt*, verweist auf verdeckte Konflikte, installiert eine *präventive Maßnahme*, um die verdeckte Konflikte sichtbar zu machen und Lösungskonzepte zu erarbeiten. Die ethnische Feststellung des Konflikts schafft ihre »eigene Wirklichkeit« und stellt die Grundlage für das weitere Vorgehen. (Dannenbeck/Eßer/Lösch 1999: 125)

So wird die Prävention in diesem Kontext zu einer rassistischen Strategie. Man instrumentalisiert bestimmte Gruppen, um eigene ökonomische Ressourcen zu sichern und benutzt dabei den Begriff »Ausländer« als eine soziale Kategorie. So fungiert *das ethnische Alltagswissen* als Rezeptwissen im Alltag oft als Wegweiser der Wahrnehmung. So laufen viele pädagogisch orientierte Integrationsmaßnahmen, die mit dem Label *präventiv* bezeichnet werden, auf eine rassistische Strategie hinaus, weil in der *präventiv konstruierten Wirklichkeit* bestimmte Gruppen von vornherein als »*an sich defizitär und abweichend*« gesehen werden und sich damit automatisch als »*problematische Fälle*« ins Blickfeld rücken. Auf diese Weise werden Kompetenzen und Fertigkeiten, die Menschen mit Migrationshintergrund mitbringen, zu Integrationsbarrieren degradiert. So mündet die *paternalistische Haltung*, die bisher in der Sozialarbeit mit Migranten dominant war, häufig in eine *alltagsrassistische Strategie* (Yildiz 2002: 24 ff.).

Ähnliche Argumente findet man auch in den Medien: Das aktuelle Modewort in den Medien und in der Politik lautet »Parallelgesellschaften«. Und so beschrieb auch das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* vom 4.3.2002 das Problem heutiger Gesellschaften wie folgt: »Das wahltaktische Gezerre um das neue Zuwanderungsgesetz verdeckt das wahre Problem: Mitten in Deutschland leben Millionen von Im-

migranten in blickdichten Parallelwelten nach eigenen Regeln von Recht und Ordnung.« In der *Süddeutschen Zeitung* im März 2002 war vom »Rückzug in die Kulturkolonie« die Rede. Man spricht von »verfallenden Werten«, einer »irritierenden Entwicklung« und von der »parallelen Lebenswelt«. Man verweist auf die so genannte Sprachproblematik. Die Satellitenschüsseln seien nach Istanbul gerichtet. Man bedauert, dass man als Türke bequem in Berlin leben könne, ohne ein Wort Deutsch zu reden. (Löwer 2001) Dass die Infrastruktur für Türken in Berlin so gut sei, dass sie im Extremfall vergessen würden, in Berlin zu leben: »Und selbst in Berlin aufgewachsene Mütter gehen dazu über, aus Angst vor dem Verlust der Wurzeln mit ihren Kindern türkisch zu sprechen.« (Ebd.)

Diese Perspektive hat bislang sowohl die Richtung der »Ausländerpolitik« als auch die der »Ausländerforschung« und der daran orientierten »Ausländerpädagogik« weitgehend bestimmt. Auch viele Maßnahmen und Projekte, die die Integration dieser Gruppen zum Ziel haben, gehen von solch einer Defizitannahme aus. Als Hauptziel wird oft der Abbau von »ausländerspezifischen Defiziten« definiert.

Auch die Begriffe »Integration« oder »Segregation«, um die es hier in erster Linie geht, werden in Wissenschaft, Politik, Medien oder Öffentlichkeit fast ausschließlich im Zusammenhang mit der so genannten »Ausländerthematik« gebraucht. Dies scheint mir eine sehr fragwürdige Strategie zu sein, weil auf diese Weise eine *bestimmte Vorstellung* über das Leben in der Stadt erzeugt wird, die mit den städtischen Realitäten nicht übereinstimmt. Auffallend in dieser Betrachtungsweise ist, dass die Einwanderergruppen oft als nicht integriert, als abweichend von den »hiesigen« Werten und Normen, also als »Fremde« definiert werden. Integration erscheint aus dieser Sicht nur denkbar, wenn die Eingewanderten ihre Fremdheit ablegen beziehungsweise überwinden.

Jetzt stellt sich die Frage, was hinter dieser spezifischen Umgangsweise mit der Einwanderung steckt und wozu sie führt.

Zum einen steht hinter dieser Strategie, dass man Zugewanderte als Menschen betrachtet, die eine zweite Sozialisation benötigen würden. Zweitens geht man davon aus, dass die Einwanderer und deren Nachkommen von vornherein »Integrationsdefizite« aufweisen würden. Drittens dient diese spezifische Wahrnehmung der Realität zur Legitimation der eigenen Überlegenheit gegenüber »Anderen« und zur gesellschaftlichen Organisation der Macht: Die »Deutschen« auf der einen und die »Fremden« auf der anderen Seite.

Zum anderen werden viele Aspekte des Zusammenlebens in der Stadt entweder ignoriert oder nach ethnischen Kriterien interpretiert. Diese Vorgehensweise hat zur Folge, dass Menschen in ethnische Kategorien eingeteilt werden (ethnische Sortierung): Erstens gibt es bestimmte Gruppen wie Engländer, Holländer oder Franzosen, die als *eigen* betrachtet werden, also von denen keine Integrationsleistung erwartet wird; zweitens gibt es Gruppen, die als *integrierbare Fremde* definiert werden wie Italiener, Griechen usw.; und drittens gibt es die »*Allzufremden*«, die oft als nicht integrierbar wahrgenommen werden, womit vor allem die Grup-

pen gemeint sind, die aus dem orientalischen Raum kommen. Zu den typischen »*Allzufremden*« gehören insbesondere die Türken. Auch wenn sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, spielt das keine Rolle. Sie bleiben immer fremd.

Obwohl es eine Reihe von Differenzen in der Gesellschaft gibt, die im Zeitalter der Globalisierung an neuer Qualität gewinnen, werden oft nur bestimmte Differenzen (ethnische Differenz) als eine relevante gesellschaftliche Kategorie wahrgenommen und sichtbar gemacht. In einer Gesellschaft, die zunehmend durch eine Pluralisierung im weitesten Sinne charakterisiert ist, erscheint mir diese ethnisch-zentrierte Strategie erklärungsbedürftig. So werden in der Öffentlichkeit »imaginäre Ghettos« inszeniert, die im Nachhinein als »Parallelwelten« interpretiert werden.

Da aus dieser spezifischen Sicht nur bestimmte Aspekte in den Vordergrund gerückt und unter ethnischem Vorzeichen interpretiert werden, ist in dieser Frage eine *Perspektivenumkehr* unvermeidlich, wenn man vor allem ein einigermaßen vollständiges Bild über das Leben in der Stadt bekommen will. Wenn die Phänomene wie Integration oder Segregation im städtischen Kontext zum Thema werden, dann sollte man zunächst die Stadt beziehungsweise das städtische Leben zum Ausgangspunkt weiterer Überlegungen machen. Wenn die Perspektive gewechselt wird und das Leben in der Stadt mit seinen unterschiedlichen Facetten in den Blick genommen wird, bekommt das städtische Leben ein völlig anderes Gesicht. Es wird deutlich, dass die Phänomene Integration oder Segregation keine normativen Kategorien sind, sondern, je nach Situation oder Zusammenhang, anders definiert werden können. Bei genauerer Betrachtung wird auch deutlich, dass Erfahrungen mit Fremdheit im städtischen Kontext eher eine Normalität darstellen als eine Ausnahme. Ähnlich sieht es mit dem Begriff »Integration« aus. Eine *normative* Integration in eine moderne Stadt kann es nicht geben. In einer ausdifferenzierten Stadt existieren verschiedene Integrationsformen, wobei die kulturelle Integration eine Variante wäre. Darüber hinaus gibt es andere Integrationsformen wie strukturelle und politische Integration, die für das Leben in der Stadt relevant sind.

Es ist paradox, wenn es um die Situation von eingewanderten Minderheiten geht, nur die kulturelle Integration in den Vordergrund zu rücken und kulturelle und ethnische Eigenschaften zu einer relevanten gesellschaftlichen Kategorie zu stilisieren. Dies führt dazu, dass viele Probleme, die eigentlich struktureller oder politischer Art sind, als kulturelle bzw. ethnische vorkommen. (Kaschuba 1995: 11 ff.) Diese ethnische Wahrnehmung hat die Vorstellung über die Integration der Einwanderer in die Stadt wesentlich geprägt. Dabei wird vergessen, dass man von Menschen in einer modernen Stadt, die sich zunehmend globalisiert, keine kulturelle Leistung verlangen darf, weil kulturelle Eigenschaften eine private Angelegenheit darstellen und daher für die Strukturen der Stadt relativ belanglos sind. (Bukow/Llaryora 1998) Gerade dies macht die Modernität einer Stadt aus.

Kulturelle und nationale Kategorien, die aus Menschen Türken, Marokkaner oder einfach »Ausländer« machen und sie auf eine spezifische kulturelle Her-

kunft reduzieren, ignorieren die Kontexte, in denen sich das Leben der Menschen mit Migrationshintergrund abspielt und in denen Biographien erzeugt und zusammengefügt werden. Daher erscheint ein *radikaler Perspektivenwechsel* unerlässlich. Was die »traditionellen« Interkulturalitätsvorstellungen betrifft, plädiert Franz Hamburger für eine »reflexive Interkulturalität« und meint damit, dass sich die traditionell orientierte Interkulturalität mit den eigenen Wirkungen auseinandersetzen, also *reflexiv werden* muss. (Hamburger 1999: 38) Auch Friedelm Vahsen plädiert für einen Paradigmenwechsel: »Hier ist ein Paradigmenwechsel notwendig, der nicht primär die kulturelle Differenz im Blickpunkt hat und deren Minimierung, sondern die Vielfalt und Besonderheit akzeptiert und das konkrete Individuum in seinem Hier und Jetzt, mit seiner Gesichte, seinen Vorlieben, Prägungen und Bedürfnissen.« (Vahsen 2000: 119)

Wenn man die Perspektive wechselt und danach fragt, wie Menschen in einem Stadtteil ihre Lebenswelten organisieren, wie und auf welche Weise sie sich »ihre« Stadt aneignen, wo Konflikte und Probleme auftreten und wie sie öffentlich miteinander umgehen, dann bekommt das Zusammenleben ein anderes Gesicht und Gewicht. Gerade dies haben wir in einer Studie über das Zusammenleben in einem Kölner Stadtteil ausprobiert. Im folgenden Abschnitt werde ich einen Teil der Ergebnisse in zusammengefasster Form vorstellen.

Zur sozialen Grammatik des Zusammenlebens in einem Kölner Stadtteil

Anhand der Stichworte Ortsmobilität, Pluralisierung der Lebensformen, Ausdifferenzierung und Überlokalität wird ein Blick auf das Leben in Köln-Ehrenfeld geworfen. Wie richten sich die Menschen im Stadtteil ein, welche Bedeutung kommt dem Quartier zu, wie eignen sich die Menschen ihr Viertel an und wie leben sie dort?

Mobilität ist zunächst als ein generelles Kennzeichen heutiger Gesellschaften zu betrachten und ist insbesondere konstitutiver Bestandteil städtischen Lebens. Dies spiegelt sich auch in den von uns geführten Interviews wider: Nur eine Minderheit der Stadtteilbewohner, die wir gesprochen haben, ist in Ehrenfeld geboren und hat ihr ganzes Leben dort verbracht. Einige wohnten zum Zeitpunkt des Interviews erst seit kurzem im Quartier, andere seit mehreren Jahren, wieder andere hatten zwischenzeitlich in einer anderen Stadt oder einem anderen Land gelebt und waren zurückgekommen. Einige wollten im Stadtteil bleiben, für Andere stellte Ehrenfeld nur eine Zwischenstation dar. Wir konnten eine sehr unterschiedliche geographische Mobilität beobachten. Diese mobile Vielfalt ist ein Charakteristikum des Quartiers. Diese Ortsmobilität sowie die zunehmende Ausdifferenzierung und Pluralisierung von Lebensstilen, Lebensformen und Milieus führt zu einer kontinuierlichen Bewegung im Stadtteil.

In Ehrenfeld richten sich die Individuen ihren Alltag ein, sie suchen ihre Orte und schaffen neue. Dabei sind Widersprüche konstitutiv für städtisches Leben. Die Einzelnen machen sich die Stadt, den Stadtteil *handhabbar*, richten sich le-

bensweltliche Inseln ein, Orte des Alltags und der Nähe, eignen sich auf diese Weise die Stadt an. Dies geschieht – so wird es auch in den Interviews deutlich – auf zwei Wegen: Über zwischenmenschliche Kontakte und soziale Netzwerke einerseits und über die räumliche Aneignung andererseits.

Die Qualität des Lebens im Stadtteil wurde von einem großen Teil der Interviewpartner anhand ähnlicher Eckpunkte beschrieben. Bekannte oder Freunde im Stadtteil haben, Orte, die regelmäßig aufgesucht werden, sei es die Stammkneipe oder nur einzelne Geschäfte, in denen man die Gesichter der Verkäufer kennt und einige Worte mit ihnen wechselt, der *Lieblingsstand* auf dem Wochenmarkt. Dieser Teil des Alltags verläuft parallel zu seinem anonymen Aspekt, dazu, dass die Mehrheit der Menschen, die einem tagtäglich auf der Straße begegnen, fremd sind und es zumeist bleiben. (Yildiz 1999) Selbst die konkrete Nachbarschaft in dem Haus, welches man bewohnt, kann zu diesen Fremden gehören.

Entsprechend der unterschiedlichen Lebenswelten der Einzelnen und ebenso entlang ihrer aus unterschiedlichen Lebenssituationen hervorgehenden, variierenden Relevanzstrukturen kennzeichnen diese auch höchst unterschiedliche Orte, die bedeutend für das Leben des Einzelnen im Stadtteil sind. Und gleiche Orte haben ebenso andere Bedeutungen für verschiedene Stadtteilbewohner.

Neben dem *unzusammenhängenden Nebeneinander* relativiert sich zunehmend die Bedeutung der konkreten Lokalität im Zuge wachsender Mobilität. Ihre Bedeutung lässt im globalen Zeitalter deutlich nach. Die Orientierungen überschreiten immer mehr den lokalen Rahmen. Diese Veränderungen konnten wir auch in Ehrenfeld beobachten, wenngleich die konkrete Lokalität des Stadtteils für viele noch eine wichtige Rolle spielt. Die Stadtteilbewohner, mit denen wir sprachen, schilderten subjektiv höchst unterschiedliche Bindungen an den Stadtteil. Die einzelnen Erwartungen an und die Identifikation mit dem Stadtteil ergaben ein mehrdimensionales Bild. (Vgl. Bukow/Nikodem/Schulze/Yildiz 2001: 168 ff.)

Bei allen Differenzen ist den Informanten, die wir befragten, jedoch gemeinsam, dass ihre persönlichen und sozialen Beziehungen immer nur zu einem Teil im Stadtteil verortet sind. Fast alle berichteten von Freunden, Bekannten und Verwandten, die sich über die ganze Stadt, die Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus verteilen. Diese Beziehungen werden durch Besuche, Telefonate, Briefe oder per Email aufrechterhalten, man sieht sich regelmäßig oder auch nur selten. Über die Qualität der Beziehung oder ihre Bedeutung für den Einzelnen sagt dabei weder die Art des Kontaktes (direkt oder virtuell) noch dessen Häufigkeit Entscheidendes aus, sie ist nicht unbedingtes Kriterium. Einige, insbesondere jüngere, kinderlose Stadtteilbewohner führen Liebesbeziehungen über zwei Städte hinweg, die bis zu 500 Kilometer auseinander liegen. Diese Beispiele betreffen jedoch nur den lebensweltlichen Kontext der Einzelnen. Zieht man nun noch die anderen Kontexte in Betracht – unter dem Vorzeichen der zunehmenden Vielfältigkeit des Alltags – so wird darüber hinaus beispielsweise sichtbar, dass nur wenige Stadtteilbewohner auch im Quartier arbeiten und die meisten nur einen Teil ihrer Einkäufe im Quartier erledigen. Für die »mentalen Landkarten« der

Einzelnen hat der Stadtteil als konkrete Lokalität eine Rolle als ein Ort unter vielen. Bedenkt man dann noch die Zeitachse, die oben angesprochene Ortsmobilität im Laufe des gesamten Lebens der Einzelnen, so vervollständigt sich das Bild eines dezentralisierten Ortsbezuges. Nach einem Umzug in ein anderes Land, eine andere Stadt oder einen anderen Stadtteil werden immer auch an dem alten Wohnort Menschen und Orte zurückgelassen, die vertraut sind und wieder aufgesucht werden.

Die gemischte Zusammensetzung der Bevölkerung wurde von der Mehrheit unserer Interviewpartner als Kennzeichen des Quartiers beschrieben, dem sie zum Teil skeptisch, zum Teil indifferent oder neutral gegenüberstanden; von einigen wurde es auch als positives Merkmal hervorgehoben. Das Zusammenleben in der Differenz wurde dabei als im Alltag weitgehend »funktionierend« gekennzeichnet. Dabei kommt dem Nebeneinander der verschiedenen Lebenswelten eine entscheidende Bedeutung zu.

Der gesellschaftlichen Entwicklung, die zur Pluralisierung der Lebenswelten führt, wohnt ein Potential inne, insofern sie häufig mit einer Haltung einhergeht, die Erving Goffman (1982: 282) als höfliche Gleichgültigkeit bezeichnete. Insbesondere in den Städten lässt sich die konventionelle Unterscheidung von *eigen* und *fremd*, von *Freund* und *Feind* nicht länger aufrechterhalten. Diese Gegenüberstellung wird vielmehr durch eine dritte Figur, die des *neutralen Fremden* erweitert. (Vgl. Radtke 1991: 79 ff.) Die so genannten »kulturellen Unterschiede«, verstanden als ethnisch-kulturelle Differenzen, die im aktuellen Diskurs häufig hervorgehoben, damit überbewertet und die als ein zentrales Problem der multikulturellen Stadt beschrieben werden, stellten sich in unserer Studie nur sehr wenig als ein Problem des städtischen Lebens dar.

Es zeigt sich, dass die von uns interviewten Stadtteilbewohner im Quartier ihre eigenen Netze und persönliche Bindungen entwickeln und sich diese Netze dabei so verhalten, dass sie nebeneinander existieren, »ohne in Konflikt zu geraten«. Gerade dieses zunächst unzusammenhängende Nebeneinander stellt die Grundlage dar, auf der das urbane Leben organisiert und reorganisiert wird.

Der Stadtteil mit seinen formalen Strukturen ist ein Ort, der Unterschiede zulässt, Vielfalt begünstigt und als Plattform für Auseinandersetzungen fungiert. Jeder Einzelne ist gefordert, sich aus diesen unterschiedlichen Bausteinen seine Biographie zu entwerfen. Auch biographische Brüche sind Bestandteile dieser »Realität«. Viele Menschen leben nicht in den Orten, in denen sie geboren sind, arbeiten in Städten, in denen sie nicht wohnen, haben Verwandte und Bekannte in anderen Ländern, pflegen nach Urlaubsreisen Freundschaften in den verschiedensten Ländern oder planen vielleicht irgendwann einmal auszuwandern. (Vgl. Yildiz 1999: 108 ff.)

Jeder entwickelt seine eigenen Netze und Bindungen und bewegt sich in unterschiedlichen Zusammenhängen im Stadtteil und darüber hinaus. Dafür sind keine gemeinsamen Wertebekenntnisse als Bezugsrahmen notwendig. Sonst wäre es nicht denkbar, dass die Stadtteilbewohner mit sehr unterschiedlichen Biogra-

phien, Lebensstilen und sozialen Beziehungen in direkter Nachbarschaft leben, ohne miteinander in Konflikt zu geraten, was sie jedoch weitgehend tun. Dies ist ein wichtiger Hinweis darauf, dass der Zusammenhalt des Stadtteils nicht primär durch eine gemeinsame Überzeugung garantiert werden kann, sondern eine andere Dimension sichtbar wird, also eine *strukturelle Integration*, die durch metakulturelle Kommunikation immer wieder reorganisiert und in Fluss gehalten wird beziehungsweise werden muss.

In der aktuellen Diskussion um die »Leitkultur« oder »Parallelgesellschaften« wird zunehmend darauf abgehoben, wie unwahrscheinlich im Grunde eine Verständigung mit dem »Anderen« sei. Im Gegensatz dazu haben wir in Ehrenfeld beobachtet, dass die Menschen längst die Fähigkeit entwickelt haben, mit den unterschiedlichen Formen von »Anderssein« beziehungsweise »Fremdheit« umzugehen. Gerade diese Möglichkeit des distanzierten Umgangs miteinander müssen wir als Privileg anerkennen; »das Recht, in Ruhe gelassen zu werden« (Nassehi 1999: 177). Darüber hinaus werden wir in dem immer schneller werdenden Prozess der Globalisierung auch in Zukunft zunehmend mit einer extensiven kulturellen und historischen Vielfalt konfrontiert sein (Chambers 1996: 3 f.), die sich den Erklärungen, die wir für gewöhnlich wahrnehmen, entzieht. Wir sollten diese Veränderungen aber als Chance und als neue Möglichkeiten für das Zusammenleben begreifen.

Schlussfolgerung

Zunächst muss man wegkommen von dem konventionellen *Defizitansatz*, nach dem Menschen mit Migrationshintergrund häufig von vornherein als »Problemfall« definiert werden, weil jede Etikettierung von außen die dynamische Realität der betroffenen Menschen verfehlt. Stattdessen ist eine Vorgehensweise *von innen*, wie in der Studie in Ehrenfeld gezeigt wurde, dringend erforderlich. Binnenperspektive bedeutet, dass die Selbstbeschreibung der Menschen mit Migrationshintergrund zum Ausgangspunkt weiterer Interventionen gemacht werden soll. Aus der *Binnenperspektive* heraus rückt ins Blickfeld, wie die Betroffenen ihren Alltag organisieren, mit welchen Konflikten sie konfrontiert sind, wie sie mit möglichen Diskriminierungserfahrungen umgehen, welche Bearbeitungsstrategien sie dabei entwickeln. Aus der *Binnensicht* heraus sieht man auch, wie Menschen mit Migrationshintergrund verschiedene Elemente, mit denen sie im Alltag konfrontiert sind, biographisch zusammenfügen, welche spezifischen Kompetenzen bei den Einzelnen sichtbar werden und inwiefern solche Kompetenzen als Ressourcen genutzt werden können. Aus der gewendeten Perspektive heraus kann auch sichtbar gemacht werden, inwiefern solche Kompetenzen durch Intervention von außen (wie rechtliche Intervention: Ausländerrecht) blockiert und abgewertet werden. (Vgl. Bukow/Nikodem/Schulze/Yildiz 2001: Kapitel VI)

Wenn man die Perspektive wechselt und die Selbstbeschreibung und Kompetenzen des Betroffenen zum Ausgangspunkt macht, dann bekommen die Probleme und

Konflikte, um die es in der konkreten Situation geht, eine andere gesellschaftliche Gewichtung und Lokalisierung. Aus der *Binnenperspektive* heraus kann man auch sehen, dass es sich bei vielen Problemen nicht um ethnische oder kulturelle Formationen handelt, sondern um strukturelle Verwerfungen, Ausgrenzungsmechanismen usw. Bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund beispielsweise handelt es sich oft um Probleme wie Arbeitslosigkeit, mangelnde Qualifizierung, Abwertung von Biographiemustern (biographische Desorientierung) und um gesellschaftliche Stigmatisierung als »Ausländer«, die den Jugendlichen den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen erschweren und eventuell eine »multiplikatorische Exklusion« (Schroer 2001: 34) bei den Betroffenen auslösen. So kann das »Ausländer-Sein« für das betroffene Individuum zu einer Hauptressource werden, um Positionierungsprozesse in der Gesellschaft zu organisieren.

Gesamtgesellschaftlich betrachtet bedeutet dies: Der *Perspektivenwechsel* impliziert auch die Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland und die Anerkennung der Probleme, die dadurch entstanden sind. Der *Perspektivenwechsel* öffnet andererseits vor allem den Blick für Prozesse, die sich gewissermaßen unterhalb des öffentlichen Bewusstseins abgespielt haben. Während man zum Beispiel in der Öffentlichkeit und in der Politik Einwanderung skandalisiert hat, hat die Bevölkerung selbst – wie am Beispiel von Ehrenfeld gezeigt werden konnte – schon lange ihre Erfahrungen damit gemacht, was Einwanderung bedeutet. Es gibt viele Beispiele in städtischen Quartieren, wo sich unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gemeinsam für die Belange des Zusammenlebens engagieren.

Wir brauchen also eine Wende zur Realität. Es geht darum, Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgewachsen sind, *selbstverständlich* als Bürger der Gesellschaft zu betrachten, sie also einschließlich ihres für sie typischen Lebensstils, mit ihren jeweiligen Lebenserfahrungen und in ihrer religiösen Orientierung als Bestandteile einer urbanen Gesellschaft zu akzeptieren.

Literatur

Beck, Ulrich (2002): *Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie*, Frankfurt am Main.

Beck, Ulrich (1999): *Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgerschaft*, Frankfurt am Main/New York

Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994): »Individualisierung in modernen Gesellschaften - Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie«, in Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hrsg.): *Riskante Freiheiten*. Frankfurt am Main, S. 10-39

Bommes, Michael (1999): *Migration und nationaler Wohlfahrtsstaat*, Opladen

Bommes, Michael (1998): »Migration und Ethnisierung in kommunalen Einrichtungen«, in: Heitmeyer, Wilhelm/Dollase, Rainer/Backes, Otto (Hrsg.): *Die Krise der Städte*, Frankfurt am Main, S. 349-376

Bukow, Wolf-Dietrich (2001): »Der Umgang mit ›Gastarbeitern‹ und deren Nachkommen«, in: *Die Brücke. Forum für antirassistische Politik und Kultur*, Heft 118 (März-April 2001), S. 39-43

Bukow, Wolf-Dietrich/Yildiz, Erol (2002): »Der Wandel von Quartieren in der metropolitanen Gesellschaft am Beispiel Keupstraße in Köln oder: Eine verkannte Entwicklung?«, in: Bukow, Wolf-Dietrich/Yildiz, Erol (Hrsg.): *Der Umgang mit der Stadtgesellschaft. Ist die multikulturelle Stadt gescheitert oder wird sie zu einem Erfolgsmodell?*, Opladen, S. 81-111

Bukow, Wolf-Dietrich/Nikodem, Claudia/Schulze, Erika/Yildiz, Erol (2001): *Multikulturelle Stadt. Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag*, Opladen

Bukow, Wolf-Dietrich/Llaryora, Roberto (1998): *Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minderheiten*, Opladen (3. aktualisierte Ausgabe)

Chambers, Iain (1996): *Migration, Kultur, Identität*, Tübingen

Dannenbeck, Clemens/Eßer, Felicitas/Lösch, Hans (1999): *Herkunft (er)zählt. Befunde über Zugehörigkeiten Jugendlicher*, Münster

Die Dokumentation: IG. Keupstraße e.V./Stadt Köln u. a. (Hrsg.) (1999): *Dokumentation. Veränderungsprozesse und Konfliktebenen in der Keupstraße*, Köln

Goffman, Erving (1982): *Das Individuum im öffentlichen Austausch. Mikrostudien zur öffentlichen Ordnung*, Frankfurt am Main

Gogolin, Ingrid (1996): »Politische Sozialisation und politisches Lernen im Einwanderungsland«, in: Claußen, Bernhard/Geißler, Rainer (Hrsg.): *Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation*, Opladen, S. 353-363

Gomolla, Mechtild/Frank-Olaf Radtke (2002): *Institutionalisierte Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*, Opladen

Hamburger, Franz (1999): »Von der Gastarbeiterbetreuung zur Reflexiven Interkulturalität«, in: *Migration und Soziale Arbeit* (*iza*), Heft 3-4/1999, S. 33-38

Kaschuba, Wolfgang (1995): »Kulturalismus: Vom Verschwinden des Sozialen im gesellschaftlichen Diskurs«, in: Kaschuba, Wolfgang (Hrsg.): *Kulturen – Identitäten – Diskurse. Perspektiven europäischer Ethnologie*, Berlin: Akademie-Verlag

Löwer, Martin (2001): »Fremd daheim«, in: *Die Woche* vom 4. Mai 2001

Nassehi, Armin (1999): »Interview«, in: Pongs, Armin (Hrsg.): *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?*, München, S. 175-196

Pongs, Armin (2000): *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich* (Band II), München

Pongs, Armin (1999): *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich* (Band I), München

Radtke, Frank-Olaf (1991): »Lob der Gleich-Gültigkeit. Die Konstruktion der Fremden im Diskurs des Multikulturalismus«, in: Bielefeld, Uli (Hrsg.): *Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt*, Hamburg, S. 79-97

Schroer, Markus (2001): »Die im Dunkeln sieht man doch. Inklusion, Exklusion und die Entdeckung der Überflüssigen«, in: *Mittelweg*, Heft 5/2001, S. 33-47

Vahsen, Friedelm (2000): *Migration und soziale Arbeit. Konzepte und Perspektiven im Wandel*, Neuwied

Yildiz, Erol (2002): »Vom Paternalismus zum (Alltags-)Rassismus«, in: *Die Brücke. Forum für antirassistische Politik und Kultur,* Heft 125 (Juli/August/September 2002), S. 24-29

Yildiz, Erol (1999): *Fremdheit und Integration*, Bergisch Gladbach

Yildiz, Erol (1997): *Halbierte Gesellschaft der Postmoderne. Probleme des Minderheitendiskurses unter besonderer Berücksichtigung alternativer Ansätze in den Niederlanden*, Opladen

FARUK ŞEN, DIRK HALM

Kulturelle Infrastrukturen türkischstämmiger Zuwanderer in Deutschland

Zwischen Akkulturation, Interkulturalität und Multikulturalität

In der Bundesrepublik leben heute 2,5 Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln. Die Antwort auf die Frage, inwieweit ihre Integration gelungen ist oder zumindest voran schreitet, fällt unterschiedlich aus – nicht zuletzt, weil bisher kein echter Konsens oder ein zumindest dingfest zu machender Dissens darüber erzielt worden ist, was erfolgreiche Integration kennzeichnet. Sicher scheint nur eines: Ohne gleichberechtigte Teilhabe an Ressourcen und Prozessen der Aufnahmegesellschaft gibt es keine Integration – und dies bei Respektierung kultureller Vielfalt.[1] Ist die gesellschaftliche Teilhabe in der Regel recht problemlos zu indizieren – über erreichte Schulabschlüsse, Erwerbsbeteiligung, Einkommen usw. –, und besteht eine unbestrittene Zielidentität der Erhöhung der Teilhabe und dem Fortschreiten von Integration, so wird das Verhältnis von kultureller Eigenständigkeit und Integration ambivalent gesehen. Weder »Parallelgesellschaften«, also entlang ethnisch-kultureller Grenzen getrennte Sozialstrukturen noch eine vollkommene Assimilierung scheinen nach der in Politik und Wissenschaft weit verbreiteten Auffassung geglückte Integration zu kennzeichnen.

Dass die Debatte um Assimilierung oder kulturelle Eigenständigkeit in der deutschen Öffentlichkeit mitunter äußerst kontrovers und engagiert geführt wird, ist eigentlich nicht weiter verwunderlich – handelt es sich doch weniger um ein »objektivierbares«, wissenschaftlich zu bewältigendes Thema als vielmehr um

1 So die Definition im Gutachten der »Unabhängigen Kommission ›Zuwanderung‹« (S. 200) sowie auch des *Zentrums für Türkeistudien* (vgl. Şen u. a. 2001: 19).

ein originär politisches. Wie soll das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen in Zukunft beschaffen sein? Welche *Formen* der Teilhabe an Ressourcen und Prozessen sind gesellschaftlich akzeptiert? Aus der Antwort auf diese Fragen ergibt sich, welchem Konzept des Zusammenlebens – etwa Akkulturation, Interkulturalität oder Multikulturalität – eine künftige deutsche Zuwanderungsgesellschaft entsprechen wird. In dieser Auseinandersetzung können durchaus für das Selbstverständnis von Gesellschaft konstitutive Fragen angesprochen sein – etwa im Zusammenhang mit dem Spracherwerb (ausschließliche Förderung der Sprache des Aufnahmelandes oder staatliche Förderung der Bilingualität?) oder der Religionsausübung (Grenzen der Religionsfreiheit). Kulturelle Toleranz ist damit nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Schaffung integrativen Potentials – vielmehr kommt es auf die aktive Gestaltung von Rahmenbedingungen an, unter denen Chancengleichheit und kulturelle Eigenständigkeit kompatibel werden.

In einem solchen Prozess kommt der Gestaltung des Zusammenlebens zwischen Einheimischen und türkischstämmigen Zuwanderern in Deutschland eine herausgehobene Bedeutung zu. Die Menschen aus der Türkei sind nicht nur die zahlenmäßig mit Abstand stärkste Gruppe unter den in Deutschland lebenden Migranten – sie sind von den großen Zuwanderergruppen zugleich die kulturell »fremdeste« – insbesondere aufgrund der nicht-christlichen religiösen Prägung und der nicht durchgängigen, aber teilweisen Herkunft ihrer ersten Migrantengeneration aus agrarisch geprägten Regionen. Die Bewältigung des kulturellen Wandels war und ist für einige aus dieser Gruppe ein vergleichsweise schwieriges und kompliziertes Unterfangen.

Der vorliegende Beitrag wirft ein Schlaglicht auf die kulturelle Infrastruktur der türkischstämmigen Menschen in Deutschland. Damit kann er als Orientierungshilfe im Diskurs um Chancengleichheit und kulturelle Eigenständigkeit fungieren.

Zwischen Tradition und Akkulturation?

Die türkischstämmigen Menschen sind die vielleicht sich am dynamischsten entwickelnde Bevölkerungsgruppe in Deutschland. Ein beträchtlicher Teil ist inzwischen in Deutschland geboren und kennt die Türkei nur aus Erzählungen und von Reisen. Einige Kennzahlen illustrieren den Wandel von einer Gesellschaft fast ausschließlich männlicher Industriearbeiter hin zu einem Bevölkerungsteil, der in seiner Differenziertheit der deutschen Gesamtgesellschaft in nichts nachsteht: Rund 700 000 türkischstämmige Menschen besaßen bis zum Ende des Jahres 2002 die deutsche Staatsangehörigkeit. Der Anteil der Frauen ist auf 45 Prozent gestiegen. Nur noch 24 Prozent wurden selbst als »Gastarbeiter« angeworben, während 32 Prozent jünger als 18 Jahre sind. (Şen u. a. 2001: 15)

Bei Robert E. Park oder Emory S. Bogardus vollzieht sich die schrittweise Assimilierung an die Werte und Einstellungen der Aufnahmegesellschaft, die linear mit

der Aufgabe hergebrachter Werte und Einstellungen einher geht, wenn nach einigen Generationen erstens ein Mindestmaß an Kontakt zwischen Autochthonen und Allochthonen und zweitens hinreichend Zugang zu ideellen und materiellen Ressourcen der Aufnahmegesellschaft besteht. (Vgl. Park 1928, Bogardus 1930) In Deutschland wurde von Friedrich Heckmann später das modifizierte Modell der Akkulturation – die Annäherung zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaften – für die Migrationsforschung geprägt. (Vgl. Heckmann 1996)

Inwiefern diese idealtypischen Modelle die tatsächliche Entwicklung der deutschen Zuwanderungsgesellschaft beschreiben, ist indessen offen. Sicher ist aber, dass sich im Prozess der Akkulturation kulturelle Formen herausarbeiten, die nicht eindimensional auf einer Linie zwischen Tradition und Angleichung verortet werden können. Vielmehr entwickeln sich in der Migration kulturelle Formen, die ausschließlich vor dem Hintergrund der Wanderungserfahrung verständlich und sinnvoll werden.

Illustrieren lässt sich dieser nicht-lineare Verlauf des Akkulturationsprozesses der Türkischstämmigen in Deutschland beispielsweise mit ihren Einstellungen zu muslimischen Riten und Gebräuchen. Vergleicht man hier die Altersgruppe der 18- bis 25- und über 60-Jährigen, so ergibt sich weder ein klares Bild der intergenerativen Weitergabe von kulturell-religiöser Tradition noch des bedingungslosen Wandels: So ist keinerlei intergenerativer Wandel bei der Einhaltung muslimischer Speisevorschriften erkennbar – 88,9 Prozent der 18- bis 25-Jährigen befolgen diese Vorschriften ebenso wie 89,2 Prozent der über 60-Jährigen. Demgegenüber steht der regelmäßige Moscheebesuch bei den Jüngeren nicht mehr hoch im Kurs: Nur 13 Prozent der 18- bis 25-Jährigen besuchen regelmäßig die Moschee, gegenüber immerhin 50 Prozent der über 60-Jährigen.[2]

Dies illustriert, wie kultureller Wandel in der Migrantencommunity zwar stattfindet, aber nach eigenen Gesetzen verläuft. Damit ist nichts über den langfristigen Verlauf des Akkulturationsprozesses gesagt, ebenso wenig wie eine interkulturelle Gesellschaft, kulturelle Verschmelzung oder Ähnliches von vorn herein ausgeschlossen wäre.

Nur gibt es Zwischenformen von Tradition und Akkulturation, die ganz eigene Identitäten von Menschen mit Migrationshintergrund zur Folge haben. Für kulturelle Angebote und die kulturelle Produktion dieser Gruppen ist dieser Umstand hoch bedeutend, da immer die Gefahr besteht, dass weder Angebote und Verweisungszusammenhänge der »Herkunftskultur« noch Elemente der »Mehrheitskultur« im Zielland der Migration den Zuwanderern gerecht werden. Der eigenen, authentischen kulturellen Produktion und Infrastruktur von Zuwanderern im Aufnahmeland kommt damit eine ebenso herausragende gesellschaftliche Bedeutung zu wie der Lebenswirklichkeit von Zuwanderern angepassten Angeboten durch die Aufnahmegesellschaft, hier zuvorderst im Bildungsbereich.

2 Şen u. a. 2001, basierend auf der Befragung von 2000 erwachsenen türkischstämmigen Migranten in Deutschland.

Die insbesondere durch die rasante Entwicklung der elektronischen Medien verursachten Entgrenzungsprozesse unterstreichen diese Forderung noch zusätzlich, insbesondere mit Blick auf die Sprachförderung der Kinder, wo die Wahrnehmung eines Konkurrenzverhältnisses zwischen der Sprache des Herkunftslandes und der Sprache des Aufnahmelandes ebenso fehlt wie die Alternative Tradition oder Akkulturation – vielmehr hat beides Bedeutung in der Lebenswirklichkeit von Migranten. Vor dieser Folie ist auch die Etablierung des Netzwerkes türkischer Selbstorganisationen in Deutschland zu verstehen und zu bewerten, das oft als »Parallelgesellschaft« pauschal abqualifiziert wird.

Türkisches Vereinswesen

Die Entstehung der ersten dieser Organisationen reicht bis in die sechziger Jahre zurück, als die ersten Arbeiter-Kulturvereine entstanden. Der Kulturverein war mithin die Keimzelle des türkischen Vereinswesens. In den siebziger Jahren folgten die ersten Moscheevereine und politischen Organisationen. Mit der Verstetigung der Verbleibeabsicht hat sich die Zahl dieser Migrantenvereine unterschiedlichen Typs kontinuierlich erhöht; gleichzeitig veränderten die Vereine allmählich ihre Ausrichtung, indem sie vermehrt aufnahmegesellschaftlich orientierte Angebote und Dienste für ihre Mitglieder entwickelten. (Vgl. Zentrum für Türkeistudien/Institut für Politikwissenschaften an der WWU Münster 1999: 86) Für Nordrhein-Westfalen, das größte Bundesland mit rund einem Drittel der türkischstämmigen Migranten in Deutschland, hat das *Zentrum für Türkeistudien* für 1999 in einer Bestandsaufnahme 1 252 Selbstorganisationen von Türkischstämmigen ermittelt. (Ebd.: 121; ohne kurdische Organisationen (weitere 54))

Welche Funktionen erfüllen diese Organisationen aus der Perspektive ihres Klientels und wie hat sich die Organisation von Türkischstämmigen in den letzten Jahrzehnten entwickelt? Insgesamt sind 50 Prozent der Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen in keinem Verein oder Verband organisiert (siehe Tabelle 1).[3] Je ein Drittel gehört deutschen (33 %) oder türkischen (33 %) Organisationen an. 15 Prozent der Befragten – dies sind 30 Prozent aller organisierten Migranten – sind dabei sowohl in deutschen als auch in türkischen Organisationen, je 18 Prozent entweder nur in einem deutschen oder nur in einem türkischen Verband – dies sind je ein Drittel der organisierten Zuwanderer. Ein Viertel sind Mitglied in einer Organisation, 7 Prozent in zwei Organisationen und 2 Prozent in drei oder mehr Organisationen – und zwar sowohl von denjenigen, die in deutschen als auch von denjenigen, die in türkischen Vereinen Mitglied sind.

Die deutschen Organisationen, in denen die Zuwanderer mit rund 17 Prozent am häufigsten anzutreffen sind, sind erwartungsgemäß die Gewerkschaften; die

3 Die folgenden vorgestellten Daten stützen sich auf eine Untersuchung des *Zentrums für Türkeistudien* (2001), bei der 998 Türkischstämmige (inklusive Eingebürgerte) in Nordrhein-Westfalen im Herbst 2001 telefonisch befragt wurden.

Tabelle 1: Organisation von Türkischstämmigen in Nordrhein-Westfalen in deutschen und türkischen Vereinen und Verbänden

Deutsche Organisationen	Prozent	*Türkische Organisationen*	Prozent
Gewerkschaft	16,7	Religiöse Organisation	18,3
Sportverein	12,9	Kulturverein	9,1
Berufsverband	4,1	Sportverein	6,8
Kulturverein	2,7	Bildungsverein	2,4
Politische Vereinigung/Gruppe	2,7	ethnische/nationale Gruppe	2,1
Bildungsverein	2,1	Politische Vereinigung/Gruppe	1,5
Freizeitverein	1,8	Sonstiges	1,3
Sonstiges	1,8	Berufsverband	0,9
Religiöse Organisation	0,4	Freizeitverein	0,4
Ethnische/nationale Gruppe	–	Gewerkschaft	–

Gewerkschaftsmitgliedschaft ist traditionell unter allen »Gastarbeiternationen« stark ausgeprägt. Sie waren von Beginn der Arbeitsmigration an die Institutionen, in denen sich Landsleute, Kollegen und Gleichgesinnte treffen konnten. An zweiter Stelle stehen aber schon die Sportvereine mit 13 Prozent der Befragten. Es folgen mit großem Abstand Berufsverbände, Kulturvereine und politische Gruppen mit 4 Prozent beziehungsweise 3 Prozent. Bei den Mitgliedern in *türkischen* Vereinen liegt das Schwergewicht hingegen eindeutig im religiösen und kulturellen Bereich. 18 Prozent der Migranten gehören religiösen Gemeinschaften an, mit 9 Prozent beziehungsweise 7 Prozent folgen die Kulturvereine und die Sportvereine.

Dieser Befund belegt zweierlei: Einerseits ist das türkische Vereinswesens insofern durchaus differenziert, als es kaum als Ergebnis der Etablierung einer türkischen Parallelgesellschaft in Deutschland interpretiert werden kann. Vielmehr erfolgt die eigenethnische Organisation selektiv und nur in denjenigen Bereichen, in denen kompatible Angebote der Aufnahmegesellschaft tatsächlich fehlen – wie nicht anders zu vermuten im Bereich Religion, Kultur und – da kulturelle Differenz zur Aufnahmegesellschaft mitunter auch hier eine Rolle spielen mag – im Sport. Für diese Fähigkeit der Migranten zur Differenzierung sprechen auch die immerhin 30 Prozent, die sowohl in deutschen als auch in türkischen Organisationen Mitglied sind. Andererseits zeigt die Zahl von 50 Prozent der Türkischstämmigen, die überhaupt nicht organisiert sind, dass adäquate kulturelle Angebote mitunter weder von herkunfts- noch von aufnahmegesellschaftlicher Seite bereitgestellt werden.

Diese Situation korrespondiert mit der eingangs formulierten These eines nicht linear verlaufenden kulturellen Wandels, die zusätzlich durch den Blick auf die Alterstruktur der Migranten in den unterschiedlichen Organisationen gestützt wird. Mit einem Durchschnittsalter von 40 Jahren bei den Gewerkschaftsmitgliedern und ebenfalls 40 Jahren bei den Angehörigen der religiösen Organisationen sind die Türkischstämmigen in den jeweils populärsten herkunfts- beziehungsweise aufnahmegesellschaftlichen Organisationssparten in Relation zur türkischstämmigen Gesamtpopulation Nordrhein-Westfalens überdurchschnittlich alt (siehe Tabelle 2).[4] Damit sind die Jüngeren zugleich in diesen Organisationen unterrepräsentiert. Die Angebote werden der komplizierten Lebenswirklichkeit der Zuwanderer der zweiten und dritten Generation – deren Fokus auf das Leben in Deutschland gerichtet ist, die aber dennoch weithin als Fremde wahrgenommen werden – möglicherweise immer weniger gerecht.

Tabelle 2: Mitgliedschaft in ausgewählten Organisationen nach Alter

Organisation	Altersschnitt
Deutsche Gewerkschaften	40
Deutsche Sportvereine	32
Türkische Sportvereine	32
Türkische Kulturvereine	37
Religiöse Organisationen	40

Kulturrezeption junger Türkischstämmiger

Welche kulturellen Angebote nehmen sie wahr, die Türkischstämmigen der zweiten und dritten Zuwanderergeneration, über die gern behauptet wird, sie wachsen »zwischen zwei Kulturen« auf? Hier ist sehr auffällig, dass ihr Kulturkonsum in hohem Maße von den Massenmedien vermittelt wird. Die Reichweite von Print- und elektronischen Medien ist in der Zielgruppe umfassend, gefolgt mit einigem Abstand von Literatur (siehe Tabelle 3).[5] Mit dieser Fixierung unterscheiden sie sich, wenn nicht deutlich, so doch graduell von ihren deutschen Altersgenossen. Einen Hinweis hierauf bietet die »Shell-Jugendstudie 2000«, in der unter anderem 3 992 Jugendliche deutscher und 465 Jugendliche türkischer Staatsangehörigkeit zwischen 15 und 24 Jahren zu ihren Freizeitaktivitäten befragt wurden. Hier deutet die Antwort auf die Frage nach der Häufigkeit von Konzertbesuchen darauf hin, dass die deutschen Jugendlichen an Alternativen zu den massenmedial ver-

4 Ebd. Das Durchschnittsalter der über 18-jährigen Türkischstämmigen in Nordrhein-Westfalen (die primär für eine vereinsmäßige Organisation in Frage kommen) liegt bei 35,5 Jahren.

5 Befragung unter 1000 Türkischstämmigen in NRW 1999 durch das *Zentrum für Türkeistudien*; Datengrundlage hier: 425 Befragte im Alter zwischen 18 und 30 Jahren.

Tabelle 3: Kulturkonsum türkischer Jugendlicher

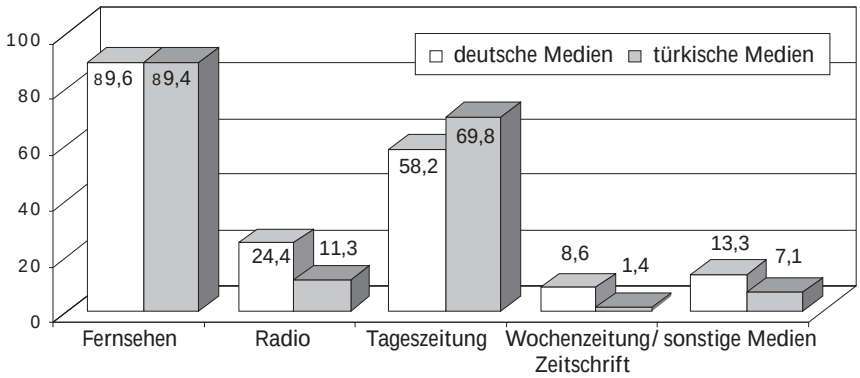
Literatur	1-3 Mal pro Monat	29,8 %
	seltener	27,2 %
	nie	43,0 %
Theater	1-3 Mal pro Monat	6,6 %
	seltener	17,8 %
	nie	75,7 %
Kino	1-3 Mal pro Monat	49,3 %
	seltener	23,0 %
	nie	27,6 %
Museum	1-3 Mal pro Monat	5,3 %
	seltener	21,1 %
	nie	73,7 %
Popmusik (Konzert u.ä.)	1-3 Mal pro Monat	6,6 %
	seltener	31,1 %
	nie	62,3 %
Klassische Musik (Konzert u.ä.)	1-3 Mal pro Monat	4,0 %
	seltener	16,6 %
	nie	79,5 %
Tanz (Ballett u.ä.)	1-3 Mal pro Monat	4,0 %
	seltener	9,3 %
	nie	86,8 %
Medien (Print- u. elektronische)	1-3 Mal pro Monat	98,0 %
	seltener	0,7 %
	nie	1,3 %

mittelten Kulturangeboten häufiger partizipieren als die türkischen Gleichaltrigen, von denen 44 Prozent nie ein Konzert besuchen – gegenüber nur 29 Prozent bei den Deutschen. (Fischer 2000 u. a.: 206)

Rezeption deutscher und türkischer Medien

Die weitgehende Beschränkung der Türkischstämmigen auf die Massenmedien ist indessen nicht automatisch ein Hinweis auf eine oft vermutete »mediale Ghettoisierung«. Vielmehr ist die Mediennutzung durchaus differenziert und korrespondiert mit der Lebenswirklichkeit in der Migration. 94 Prozent informieren sich über türkische, 93 Prozent jedoch auch über deutsche Medien. Das Fernsehen nutzen die Türkischstämmigen mit 89 Prozent sowohl in deutscher als auch in türkischer Sprache gleich häufig (89 %). Das Radio wird eher in Deutsch als in Türkisch (muttersprachliche Sendung des deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunks) genutzt, wobei der Hörfunk insgesamt nur eine untergeordnete Rolle spielt. Bei den Tageszeitungen liegen die türkischen mit 70 Prozent vor den deutschen, die von 58 Prozent der Migranten gelesen werden. Wochenzeitungen und Zeitschriften haben ebenso wie sonstige Medien nur geringe Bedeutung. Hier werden eher deutsche als türkische Angebote wahrgenommen (siehe Abbildung).[6]

Abbildung: Genutzte deutsche und türkische Medien (Mehrfachnennungen, Prozentwerte)



Deutsche und türkische Medien werden komplementär genutzt. 93 Prozent derer, die türkische Medien nutzen, informieren sich zugleich durch deutsche Medien und die 95 Prozent, die deutsche Medien rezipieren, nutzen auch türkische Medien. Insgesamt nutzen 87 Prozent sowohl deutsche als auch türkische Medien. Nur 7 Prozent der befragten türkischstämmigen Migranten informieren sich ausschließlich über türkische Medien. Zugleich konsumieren 5 Prozent der Migranten ausschließlich deutsche Medien.

Die Aufschlüsselung der Nutzung deutscher Medien nach Altersgruppen zeigt, dass jüngere Befragte häufiger deutsche Medien nutzen als ältere (siehe Tabelle 4). Die Mediennutzung gibt also keinen Hinweis auf die Entwicklung einer

6 Befragung unter 1000 Türkischstämmigen in NRW 2001 durch das *Zentrum für Türkeistudien*.

türkischen »Parallelgesellschaft« – im Gegenteil nimmt die Nutzung der deutschen Medien unter den Jüngeren eher zu als ab. Ebenso wenig zeigt die jüngere Altersgruppe bei ihrer Mediennutzung jedoch einen Trend zur Assimilation, da mit der verstärkten Nutzung deutscher Medien keine Abkehr von den herkunftssprachlichen Medien einher geht.

Tabelle 4: Nutzung deutscher Medien durch türkische Migranten nach Altersgruppen (Mehrfachantworten, Prozentwerte)

	deutsche Medien	türkische Medien
18 bis 29 Jahre	97,3	92,0
30 bis 44 Jahre	93,9	95,1
45 bis 59 Jahre	86,1	97,1
60 Jahre und älter	79,5	95,9
Gesamt	92,5	94,2

Die in diesem Mediennutzungsverhalten zu Tage tretende Doppelidentität der Türkischstämmigen ist – obwohl von »medialen Ghettos« keine Rede sein kann – nicht unproblematisch. Die oft geschmähte »Multikulturalität« kennzeichnet nicht nur das Zusammenleben von Zuwanderern und Deutschen, sondern oftmals die Lebenswirklichkeit der Migranten selbst.
Die in neuerer Zeit entworfene Alternative der interkulturellen Gesellschaft, die in Abgrenzung zur Multikulturalität den intensiven Kulturaustausch im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Akkulturationsprozesses betont, würde sich indessen durch ein Mehr an authentischer Kulturproduktion und -rezeption von Zuwanderern auszeichnen und weniger die Entwicklung von Patchwork-Identitäten befördern.

Da weder Medien des Herkunftslandes noch der Aufnahmegesellschaft dem Lebensgefühl der Zuwanderer immer gerecht werden, sind authentische Angebote von Migranten für Migranten nicht nur unerlässlich, sondern auch erfolgreich – so etwa das türkischsprachige Privatradio *Metropol FM*, der von türkischstämmigen Jugendlichen in Berlin inzwischen meistgehörte Sender. Auch *WDR/Funkhaus Europa* in Nordrhein-Westfalen etabliert sich zunehmend und emanzipiert sich deutlich vom »Gastarbeiterfunk« früherer Jahre. An Bedeutung gewinnen auch Druckerzeugnisse, die von Deutschtürken für Deutschtürken konzipiert wurden. Ein positives Beispiel war die Wochenzeitung *Perşembe*, die von September 2000 bis Mitte 2001 erschien und mit der Donnerstagsausgabe der *taz* vertrieben wurde. Sie wurde in Deutschland produziert, erschien zweisprachig und verstand sich inhaltlich als Gegengewicht zur sonst in Deutschland vertriebenen türkischen Presse. Zeitweilig erschienen auch deutschsprachige Magazine wie *Etap*, *Hayat* oder *Türkis*, konzipiert speziell für türkische Jugendliche. Gerade das Projekt *Etap*

war einmalig, weil sich erstmals ein deutschsprachiges Lifestyle-Magazin an eine anspruchsvolle junge türkische Leserschaft wandte. Diese Emanzipationsbestrebungen der Deutschtürken fanden unglücklicherweise auf einem von scharfer Konkurrenz geprägten und unter großem Kostendruck stehenden deutschen Pressemarkt statt, weshalb kein Projekt lange überlebt hat.

Fazit

Die Akzeptanz kultureller Vielfalt ist kein Schritt in Richtung der Etablierung von Parallelgesellschaften. Gleichwohl muss kulturelle Vielfalt nicht nur toleriert, sondern von der gesamten Gesellschaft – Zugewanderten wie »Einheimischen« – aktiv gestaltet werden, denn eine authentische Kultur der Zuwanderung und damit auch gesamtgesellschaftliche Akkulturationsprozesse ergeben sich nicht allein aus einer Schnittmenge bestehender kultureller Angebote des Entsende- und des Aufnahmelandes, die individuell der eigenen Lebenswirklichkeit angepasst werden müssen. Die Kollektivierung, das Öffentlich-Machen und die Gestaltung eines solchen Prozesses wäre die Kernkompetenz einer interkulturellen Gesellschaft.

Literatur

Bogardus, Emory S. (1930): »A Race-Relations-Cycle«, in: *American Journal of Sociology*, S. 612-617

Fischer, Arthur u. a. (2000): *Jugend 2000. 13. Shell-Jugendstudie*, 1. Band, Opladen

Heckmann, Friedrich (1996): »Ethnische Vielfalt und Akkulturation im Eingliederungsprozeß«, in: Bade, Klaus (Hrsg.): *Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung*, München, S. 38-43

Park, Robert E. (1928): »Human Migration and the Marginal Man«, in: *American Journal of Sociology*, S. 881-893

Şen, Faruk/Sauer, Martina/Halm, Dirk (2001): »Intergeneratives Verhalten und Selbst-Ethnisierung von türkischen Zuwanderern. Gutachten des *Zentrum für Türkeistudien* für die Unabhängige Kommission ›Zuwanderung‹«, in: *Migrationsbericht des Zentrums für Türkeistudien 2002*, Münster 2001

Zentrum für Türkeistudien (2001): *Integration und Segregation türkischer Migranten in NRW. Ergebnisse der dritten Mehrthemenbefragung im Auftrag des MASQT NRW*, S. 113-117 (unveröffentlichtes Manuskript)

Zentrum für Türkeistudien/Institut für Politikwissenschaft der WWU Münster (1999): *Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW – Wissenschaftliche Bestandsaufnahme*, Düsseldorf: Schriftenreihe des MASSKS NRW

CARMINE CHIELLINO

Von der »Gastarbeiterkultur« zur »Kulturellen Vielfalt« in Deutschland als Kernland der Europäischen Union

Nehmen wir an, dass eine junge Zeitungsleserin die Herbstpresse der siebziger Jahre durchblättert. Was könnte sie in führenden Zeitungen wie *Die Zeit*, *Süddeutsche Zeitung* oder *Frankfurter Allgemeine Zeitung* finden? Sie würde bestimmt auf eine jährlich wiederkehrende Karikatur stoßen. Dabei ging es um die Freude von bundesdeutschen Bürgern darüber, dass im September die Gastarbeiter aus dem Urlaub zurück kamen. Nach dieser Karikatur warteten damals einige Bürger mit großer Sehnsucht auf die Gastarbeiter, da in ihrer Abwesenheit die bundesdeutsche Städte zu Müllhalden verkommen wären. Bei dem Anblick solcher Karikaturen konnte ich damals eher die erlöschende Freude anderer Bürger nachempfinden, die sich im Monat August wieder zu Hause und ohne Angst vor den Fremden fühlten. Fast bis zum Ende der siebziger Jahre war der Monat August ein ausländerfreier Monat in Deutschland. Die Deutschen waren allein mit sich zu Hause; sie kehrten unter sich heim und einige von ihnen fanden sogar zurück zu sich. Andere hielten aber die nationale Enge ihres Alltags kaum aus und sie waren glücklich, als jedes Jahr gegen Ende August die erste Gastarbeiter nördlich der Alpen gesichtet wurden.

Die Gastarbeiterkultur als eine Kultur des Pendels

Auf der Suche nach einer Kerndefinition der »Gastarbeiterkultur« in der Bundesrepublik zwischen 1955 und Anfang der achtziger Jahre, ließe sich behaupten, dass sie eine Kultur des Pendelns war, die von der Mehrheit der Bundesrepublikaner bewusst oder unbewusst übernommen wurde.

Kein anderer Schriftsteller hat diese Zeit des Pendelns so präzise wie Giuseppe Giambusso, der Dichter aus Sizilien/Fröndenberg, auf den Punkt gebracht. In sei-

nem Gedicht aus dem zweisprachigen Band »Partenze-Abfahrten« (1986-1991), schreibt er:

Gia' prima di partire
cominciai a tornare
e ogni volta che torno
mi preparo alla partenza

Noch ehe ich abfuhr
begann ich zurückzukehren
und jedesmal wenn ich zurückkehre
bereite ich mich auf die Abfahrt vor

Es können verschiedene Faktoren angeführt werden, die dafür sprechen, dass die ersten 25 Jahre der Einwanderung in Deutschland eine Zeit des Pendelns waren. Die Auswanderer zogen aus ihrem Geburtsort auf Grund eines kodifizierten Lebensprojekts aus, das nach wie vor kaum zu verwirklichen war und ist. Die Auswanderer hatten vor, einen Abschnitt ihres jungen Lebens durch ihre Arbeit in der Fremde in Kapital umzuwandeln. Mit dem ersparten Kapital wollten sie sich eine menschenwürdige Existenz in ihrer Heimat aufbauen. Daher war es ihnen besonders willkommen, in ein Land wie Deutschland einzuwandern, weil Deutschland sich in bilateralen Abkommen mit Ländern aus dem Mittelmeerraum vertraglich festgelegt hatte, Einwanderer als Arbeitskräfte auf Zeit (Gastarbeiter) aufzunehmen. Das Abkommen war fair ausgehandelt worden, und es war vorteilhaft für beide Partner. Keiner der Partner wollte zu diesem Zeitpunkt jedoch wissen, dass sie ein Rotationsprinzip vereinbart hatten, das in keinem Einwanderungsland bislang geglückt ist. Es ist jedoch festzustellen, dass Einwanderer und Einwanderungsland sich von Anfang an auf eine Pendelexistenz beziehungsweise auf eine Pendelbeziehung eingelassen hatten.

Die Einwanderer begannen täglich zwischen Wohnheim und Fabrik und jährlich zwischen einem deutschen Bahnhof und ihrem Geburtsort zu pendeln. Mit dem täglichen Pendeln hielten sie an ihrem Lebensprojekt fest, eine rasche Beschaffung von finanziellen Mittel auch durch ständige Überstunden zu erreichen. Mit dem jährlichen Pendeln unterwanderten sie jedoch ihr Lebensvorhaben. Und wie ergab sich ein solches widersprüchliches Handeln? In der Tat war das Sommerpendeln zwischen deutschen Bahnhöfen und Geburtsorten eine erstaunliche Entdeckungsreise in die Heimat, in die Vorgeschichte ihrer Auswanderung. Das konnte man an der Tatsache erkennen, dass die Auswanderer im Lauf der ersten 25 Jahre mit immer weniger Gepäck in die Heimat reisten. Hauptteile ihres damaligen Sommergepäcks stellten sperrige Geschenke für die Verwandten dar, die am Geburtsort zurückgeblieben waren. Und welche Funktion war diesen Fernsehern, Kühlschränken, Waschmaschinen und dergleichen zugedacht? Sie sollten zeigen, in welch reichem Land die Auswanderer lebten. Aber sie waren auch Gaben für die beleidigten Hausgötter. Seitdem die Auswanderer ihren Geburtsort verlassen hat-

ten, waren die Hausgötter beleidigt. Die Hausgötter empfanden ihre Abfahrt nach wie vor als Affront. Sie waren beleidigt, weil die Abfahrenden sich für ein anderes Leben entschieden hatten, und zwar gegen das Leben, das die Hausgötter für sie am Geburtsort vorgesehen hatten.

Es vergehen Jahre und es sind schmerzhafte Entdeckungsreisen notwendig gewesen, bevor die Auswanderer sich zugestehen können, dass ein Konflikt und nicht nur ein Lebensplan sie aus dem Geburtsort vertrieben hat. Womöglich lässt sich an der Quantität der mitgebrachten Gaben die Intensität und die Natur dieses Konflikts erkennen. Wird der Konflikt als unerträglich empfunden, können die Gaben haushohe Dimensionen annehmen. Gelingt es den Auswanderern nicht, die Loyalitätsfrage rechtzeitig in Griff zu bekommen, dann wird das gesamte Ersparte in Häuser für die Götter einbetoniert, um das Gefühl am Leben zu erhalten, dass eine Rückkehr möglich ist. Dabei werden gerade die finanziellen Mittel zerstört, die für eine Berufsausbildung der Kinder in Deutschland notwendig sind. Diese Sünde an der Zukunft der Kinder ist nur mit einem ungelösten Loyalitätskonflikt im Leben der ersten Generation zu erklären. Der Generation der Pendler ist es gegeben, den Konflikt zu erkennen. Ihnen ist es auch gegeben, den Konflikt durch geglückte Entscheidungen von sich fern zu halten. Vielleicht schaffen sie es auch, mit ihm in der Fremde friedlich zu leben. Er bleibt jedoch ungelöst, weil niemand den Weg gefunden hat, ihn schmerzlos zu lösen, und er stellt sich bei jeder Ungewissheit ein, die den Alltag in der Fremde gefährden könnte.

Im Lauf der achtziger Jahre war jedoch zu beobachten, dass die Aus-/Einwanderer dabei waren, das Pendeln aufzugeben. Auf jedem Bahnhof, auf jedem Flughafen und auf jeder Autobahn war sichtbar, dass die Zeit des Pendels zu Ende ging. Dies war daran zu erkennen, dass ihr Reisegepäck nicht mehr auffiel. Aus den Pendlern waren inzwischen Touristen geworden, und Touristen nehmen keine Gaben für fremde Götter in die Ferien mit.

Aber wie pendelte die Mehrheit der deutschen Bürger in den ersten 25 Jahren der Einwanderungsgeschichte der Bundesrepublik? Sie pendelten zwischen solider Hausmannskost und der Pizzeria um die Ecke. Sie pendelten zwischen Freundschaftsfesten mit den ausländischen Mitbürger am Samstag Abend und Kaffee und Kuchen am Sonntag Nachmittag zu Hause. Sie pendelten in die VHS und lernten solidarisch Türkisch. Sie pendelten zwischen dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei, zwischen Griechenland und Spanien, Italien und Portugal, weil in diesen Ländern Deutsch fast überall zu hören war. Sie pendelten zwischen Gastarbeitern, Ausländern, ausländischen Arbeitnehmern, ausländischen Mitbürgern, unseren ausländischen Mitbürgern und EU-Bürgern. Sie pendelten zwischen dem Wunsch, die Gastarbeiter mögen das Rotationsprinzip der Anwerbeverträge respektieren und heimkehren (Anwerbestopp 1974); der linken Solidarität und christlichen Nächstenliebe, die ausländischen Mitbürger sollen/dürfen bleiben, jedoch sich ohne politische Rechte integrieren. Und die deutsche Sprache pendelte zwischen Heimweh und Fremde, Fabrik und Bahnhof, Identitätsverlust und neuer Identität, alten und neuen Wurzeln, erster und zweiter Generation,

und sie gab sich hoffnungsvoll dem bunten Traum einer Multi-Kulti-Gesellschaft hin.

Die kulturelle Vielfalt in der Bundesrepublik als unhaltbares Versinken der Schwelle

Es war Anfang der achtziger Jahre, als der Pendelschlag eindeutig auf der Seite der Bundesrepublik Deutschland stehen blieb. Der wegweisende Stillstand lässt sich durch verschiedene Ursachen erklären. An erster Stelle ist das Heranwachsen einer Generation zu erwähnen, die das Land der Mütter und Väter nicht mehr als das Land ihrer Zukunft verstehen konnte. Durch ihren Eintritt in die bundesrepublikanische Arbeitswelt und durch die Gründung eigener Familien bekennen sich die Kinder der Einwanderer zum Land, in dem sie leben. Ihre Loyalität gilt dem Land, in dem sie eine Zukunft sehen, und nicht einem Land, in dem die Vergangenheit der Eltern stattgefunden hat. Ihre radikale Umstellung der Loyalitätsfrage führt dazu, dass Eltern eine Verlagerung der Familienperspektive zugunsten Deutschlands vornehmen müssen. Aus der alten Loyalitätsfrage zwischen zwei Ländern entwickelt sich bei den Einwanderern eine loyale Haltung gegenüber der Zukunft der Kinder in dem Land, in dem sie geboren oder aufgewachsen sind.

Das Sich-Bekennen zum Land der Kinder hat auch damit zu tun, dass sich die Minderheiten inzwischen wirtschaftlich etabliert hatten. Dies war primärer an der sozio-ökonomischen Schichtung der Minderheiten zu erkennen, wie sie in den ersten 25 Jahren der Einwanderung stattgefunden hatte. Sie arbeiteten nach wie vor mehrheitlich in Betrieben, bei der Müllabfuhr, in Krankenhäusern und in Haushalten, jedoch neben Putzfrauen und Straßenkehrern nahm die Zahl der Selbständigen, der kleinen und mittleren Unternehmer ständig zu. Im Bereich der akademischen Berufe wie Ärzte und Rechtsanwälte, der bildenden Künste und der Literatur kündigten sich die ersten Versuche als vielversprechend an. Die Minderheiten hatten die schwierigen Zeiten ihrer Gründung erfolgreich hinter sich gebracht. Sie fühlten sich in ihren existentiellen Bedürfnissen nicht mehr bedroht, und daher konnten sie sich auf eine Zukunft in der Bundesrepublik einlassen.

Die positive Entwicklung der Minderheiten ist zwei weiteren Faktoren zu verdanken:
Erstens der Tatsache, dass die bundesrepublikanische Bevölkerung sich zu einer mediterranen Lebensart seit Anfang der achtziger Jahre konsequenter bekennt.
Zweitens dem widersprüchlichen Vorgehen der Bonner Politik, das die Entwicklung der Minderheiten gleichermaßen verhindert und gefördert hat.

Das Hauptmerkmal der Suche nach einer mediterranen Lebensart im deutschen Alltag stellt das unhaltbare Versinken der Schwelle dar. Damit ist Folgendes gemeint: Wer sich noch daran erinnern kann, welche schützende und hemmende Rolle der Schwelle in den siebziger Jahren immer noch zugedacht war, erinnert sich daran, dass die Bürgersteige der deutschen Städte wie leergefegt waren. Das

Verhältnis zwischen Ladeninhaber und Kunde war durch die Schwelle des Geschäfts klar definiert. Hinter der Schwelle, dort wo das Privateigentum begann, wurde der Kunde mit der Frage begrüßt: »Darf ich Ihnen helfen?« Heute sehen deutsche Städte durch ihre Cafes- und Restaurantlandschaften und durch das Vorlagern der Ware um den Eingang der Geschäfte in der Tat mediterraner aus. Neben diesem Abschaffen von öffentlichen Schwellen ist zu beobachten, wie der schützende Abstand zwischen vertrauten Menschen im Alltag kürzer, das heißt mediterraner, wurde. Es war zu beobachten, dass die ureigene Begrüßungsform per Handschlag aus der Mode geriet. Dagegen zog man vor, sich bei der Begrüßung per Umarmung oder per Rückenstreichen oder mit Küsschen links und rechts näher zu kommen. Andere Schwellen wie zum Beispiel der feste Preis war längst vor dem Rabattgesetz auf mediterrane Art und Weise außer Kraft gesetzt beziehungsweise versenkt worden. Ein absolutes Versinken jeder Hemmschwelle fand in den Obst- und Gemüseabteilungen von bundesdeutschen Supermärkten statt. Dort konnten Käufer jeden Alters das ureigene kulturelle Berührungsverbot durch das Auswählen von Obst und Gemüse handgreiflich von sich fernhalten und sich mediterraner denn je empfinden.

Es ist kaum zu übersehen, dass die Ankunft der Einwanderer und das friedliche Zusammenleben der Minderheiten den ureigenen Wunsch nach einem mediterranen Alltag der deutschen Bevölkerung zugleich verstärkt und befriedigt hat. Dennoch reicht dieser glückliche Zufall nicht aus, um die Intensität des Wünschens nach kultureller Vielfalt in einem Alltag zu erklären.

Es wäre interessant, der Frage nachzugehen, ob in der kulturellen Vielfalt einer Einwanderungsgesellschaft eine befriedigende Möglichkeit erahnt wird, um Vergangenheitsbewältigung mit sichtbaren Ergebnissen voranzutreiben. Geht man davon aus, dass die höchste Stufe mörderischer Monokulturalität in Deutschland zur Zeit des Nationalsozialismus erreicht wurde, so wird in der heutigen Vielfalt der Kulturen eine historische Chance erahnt, um die Zukunft der Republik vor monokulturellen Bestrebungen zu schützen. Die heftigen Diskussion um die extravagante Banalität, dass jede Gesellschaft sich notwendigerweise um eine leitende Kultur entwickelt, wäre ein Hinweis darauf.

Der Kernwiderspruch der Ausländerpolitik der siebziger und der achtziger Jahre bestand in einer offenen, umsorgenden Sozialpolitik – wodurch die Einwanderer sich aufgenommen sahen – und der offiziellen Haltung der Regierungen, die jede Zukunftsgarantie im Sinne eines Wohnrechts für die Minderheiten ablehnten, und zwar mit dem rechtskräftigen Argument ablehnten, Deutschland sein kein Einwanderungsland. Die erfolgreiche Unterschriftensammlung der *CDU/CSU* gegen das Vorhaben der rot-grünen Koalition (1999), durch die doppelte Staatszugehörigkeit die Kinder der Einwanderer vor einer Zukunft hemmenden, unwirtschaftlichen Loyalitätsfrage zu entlasten, ist das deutlichste Beispiel dafür, wie widersprüchlich das Land sich gegenüber seiner Zukunft verhält. Diesem widersprüchlichen Vorgehen hätte der *Bundesgerichtshof* mit weiblicher Vernunft am 18.12.2002 ein erfolgreiches Ende setzen können. Ein mutiger Schluss-

strich wäre um so befreiender gewesen, als die Einwanderung der Vergangenheit und nicht der Zukunft der Republik angehört.

Kulturelle Vielfalt für eine Einwanderungsgesellschaft in der Bundesrepublik oder für ein Kernland der Europäischen Union?

Zum ersten Mal in der Einwanderungsgeschichte Europas wird sich ein zentraler Einwanderungsprozess dadurch auflösen, dass die Einwanderer im Lauf der Zeit Träger eines gemeinsamen Projektes mit dem Einwanderungsland geworden sind. Italiener, Spanier, Griechen, Portugiesen haben sich als Einwanderer aufgrund von bilateralen Anwerbeverträge ab 1955 in Deutschland niedergelassen. Im Jahre 1957 wurden jedoch die »Römischen Verträge« in Rom unterschrieben, die als die Geburtsurkunde der heutigen Europäischen Union gelten. Bald wird die »Charta« der Europäischen Union wiederum in Rom unterschrieben. Für die Gemeinden der Italiener, der Spanier, der Griechen und der Portugiesen in Deutschland stellt sich die europäische Integration als einmalige, fruchtbare Herausforderung dar. Als damalige Einwanderer waren sie Bürger eines befreundeten Staates, inzwischen sind sie Bürger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union und als solche jedem Bürger anderer Mitgliedstaaten gleichgestellt. Dies bedeutet, dass die Gemeinden der europäischen Bürger in Deutschland einen anderen Weg der europäischen Integration als die eigenen Mitbürger in Italien, Spanien, Griechenland, Portugal, aber auch Österreich, Frankreich, Großbritannien usw. gehen werden.

Nach Jahrzehnten existentieller Unsicherheit sollen die damaligen Einwanderer aus sich paritätische europäische Bürger gegen jede Art von monokulturellen Widerständen machen. Dies ist deswegen keine leichte Aufgabe, weil eine paritätische Identität erstmals durch Perspektiven im Alltag sichtbar gemacht werden muss. Ferner hat die Frauenbewegung gerade in der Bundesrepublik gezeigt, wie langwierig Lernprozesse sein können, wenn verschiedene Generationen gleichzeitig daran beteiligt sind. Dennoch führt kein Weg an diesem interkulturellen Lernprozess vorbei, weil den Gemeinden der ehemaligen Einwanderer eine bedeutende Funktion in der Verwirklichung der europäischen Integration zwangsläufig zufällt.

Welchen Integrationsbeitrag können die europäischen Mitbürger mit italienischer, spanischer, griechischer, französischer, österreichischer, britischer, portugiesischer Herkunft in der Bundesrepublik als Mitgliedstaat der Europäischen Union leisten? Sie können und sie werden dazu beitragen, dass die europäische Zugehörigkeit der Bundesrepublik anders als zum Beispiel die europäische Zugehörigkeit Italiens ausfällt. Aufgrund der Anwesenheit von zahlenmäßig starken und so unterschiedlichen Gemeinden europäischer Mitbürger wird die Bundesrepublik eine innere Zugehörigkeit zur Europäischen Union aufbauen, die kein abstraktes Vorhaben ist, weil der Alltag der Republik per se europäische Züge längst angenommen hat. Dagegen werden die europäischen Bürger in Italien sich abstrakt, von der Ferne, zur europäischen Integration bekennen können. Aufgrund

ihres monokulturellen Alltags werden die europäischen Bürger Italiens sich virtuell einer europäischen Kulturintegration hingeben, die sie in Italien nicht ausleben können. Sie werden sich damit zufrieden geben, dass die europäische Integration ihnen irgendwann als Importgut zur Verfügung stehen wird. In der Tat werden sie es leichter haben, sich als begeisterte Europäer im monokulturellen Italien weiter zu begreifen.

Von der »Gastarbeiterkultur« zur »Kulturellen Vielfalt«

Aber welchen Beitrag zur Integration der Bundesrepublik als Kernland der Europäischen Union können die Gemeinden der europäischen Mitbürger leisten?

Ihr Beitrag wird um so konstruktiver und erfolgreicher ausfallen, je sorgfältiger mit dem Potential an europäischen Mitbürgern im Lande umgegangen wird. Jenseits ihrer beruflichen Fachkompetenzen stellen sie ein kostbares Potential an bilingualen und bikulturellen Integrationsfiguren dar, auf die jeder Mitgliedsstaat der Europäischen Union angewiesen ist, um seine innere Integration voranzutreiben. Durch eine intensive Optimierung ihrer Kultur- und Sprachressourcen kann die innere Vielfalt der Kulturen in einem Land erweitert werden, das das Privileg genießt, mit der größten Zahl von Nachbarkulturen im Kern Europas zusammen zu leben. Es wird darum gehen, die »eingeborene« Zweisprachigkeit und Bikulturalität von Hunderttausenden von europäischen jungen Bürgern als kostbare Berufschancen und europäische Lebensperspektiven zu fördern. In der Bundesrepublik ließe sich dadurch jenes interne und externe Netzwerk der Kommunikation – sei es für die Arbeitswelt, sei es für die Freizeit – aufbauen, auf das jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union mehr denn je zuvor angewiesen ist.

Dennoch leistet sich die Bundesregierung weiterhin eine *Beauftragte für die Integration der ausländischen Mitbürger*. Damit negieren sie, dass europäische Mitbürger im Lande leben, die sich durch ihre Sprachen und ihre Kulturen von der Bundesrepublik aus schon längst in die Zukunft der Europäischen Union integriert sehen.

Ein derartiger Integrationsbeitrag würde der deutschen Leitkultur, die sich solidarisch im Zusammenleben mit den Kulturen der europäischen Mitbürger verhält, ein faires Auskommen mit den Kulturen der Minderheiten ermöglichen, die sich an dem europäischen Projekt einer gemeinsamen interkulturellen Identität noch nicht beteiligen dürfen.

MARK TERKESSIDIS

Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft

Bis zum Antritt der rot-grünen Regierung im Jahre 1998 hatte jede Kulturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland mit einer paradoxen Situation zu kämpfen. Denn auf der einen Seite war es kaum zu übersehen, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg eine Einwanderungsgesellschaft geworden war, auf der anderen Seite wurde diese Tatsache von den politischen Eliten nicht anerkannt: Erst seit 1998 steht unwiderruflich fest, dass die Bundesrepublik sich als Einwanderungsland versteht. Die paradoxe Situation zuvor hat dazu geführt, dass MigrantInnen in der Kulturpolitik nicht als Subjekte, nicht als Teil der Gesellschaft verstanden wurden, sondern als Objekte, als eine zusätzliche, »fremde« Bevölkerungsgruppe, die dennoch berücksichtigt werden musste. In diesem Sinne blieb die Kulturpolitik auf allen Ebenen immer eine Kulturpolitik »für Ausländer«. Die tatsächliche Vielfalt der Gesellschaft fand keinen Niederschlag im allgemeinen kulturpolitischen Feld, sondern die Kulturpolitik für MigrantInnen wurde diesem Feld stets nur hinzuaddiert.

Als Beispiel lässt sich hier anführen, dass die Einbeziehung der MigrantInnen in die Kulturpolitik von staatlicher Seite, wenn sie überhaupt stattfindet, in zusätzlich geschaffenen »Referaten« für »Interkulturelles« untergebracht ist. Der Zuschnitt dieser Abteilungen ist weiterhin ungeklärt. Sollen hier künstlerische Ausdrucksformen von MigrantInnen gefördert werden? Soll hier um Verständnis für das Andere geworben, der sogenannte Dialog der Kulturen gefördert werden? Gehören zum Bereich »Interkulturelles« auch die kulturellen Beziehungen zu anderen Staaten? Und welcher Begriff von Kultur liegt hier überhaupt zugrunde? Geht es beim »Interkulturellen« notwendig um ethnische Kultur? Die hartnäckige Diskussion über Großkonzepte wie »Integration« oder »Multikultur« hat hier wenig Klarheit gebracht.

Zwar sind solche Konzepte zweifellos im Austausch mit der kulturellen und politischen Praxis der MigrantInnen entstanden, aber dennoch blieben diese

Konzepte abstrakt. Die Perspektive blieb stets die einer Mehrheitsgesellschaft, welche die kulturelle Praxis der MigrantInnen »von oben« verträglich gestalten wollte – entweder indem man diese Praxis als »Ghettobildung« oder »Parallelgesellschaften« problematisierte oder indem man diese Praxis als »Bereicherung« für die Mehrheitsgesellschaft betrachtete. Freilich wurde weder im einen noch im anderen Konzept ein genauer Blick auf diese Praxis geworfen. Die Perspektive der MigrantInnen wurde zwar vor allem im Multikulturalismus immer wieder beschworen, doch oft genug blieb es in der Praxis bei einer schlichten Wertschätzung für »fremde« Küche, Kunst und Musik, die aber durch ihre Einbindung in die multikulturelle These der Bereicherung weiter darauf verpflichtet blieb, etwas »Fremdes« gegenüber der Mehrheitsgesellschaft zu repräsentieren. Wie Laura Mestre-Vives in ihrer Untersuchung über das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt am Main gezeigt hat, wird letztlich weiterhin die Mehrheit durch das Amt vertreten. (Vgl. Mestre Vives 1998: 93)

Mit der offiziellen Anerkennung der Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, und den jüngsten, wenn auch sicher noch nicht zufriedenstellenden Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht stellt sich das Problem der Kulturpolitik noch einmal neu, weil nun die Voraussetzung eines einfachen Hinzukommens der kulturellen Artikulationen der MigrantInnen aufgehoben werden muss. Diese Praxis kann nun nicht mehr als das Tun von »Ausländern« in Reservate verwiesen werden, sondern muss als Bestandteil der kulturellen Praxis der Bundesrepublik betrachtet werden, während umgekehrt die Kulturpolitik im Sinne eines »Mainstreaming« für MigrantInnen daraufhin befragt werden muss, ob sie in jeden Bereich der Vielfalt der Gesellschaft gerecht wird. Hier ergibt sich eine Parallele zwischen der Kulturpolitik und der Situation an den Schulen. Kürzlich haben die Ergebnisse der PISA-Studie gezeigt, dass in der Bundesrepublik eine unverhältnismäßige hohe Korrelation zwischen mangelnder Lesefähigkeit und Migrationshintergrund existiert. (Vgl. Bäumert 2001: 272 ff.) In einer Untersuchung über »institutionelle Diskriminierung« an Schulen haben Mechthild Gomolla und Frank-Olaf Radtke dafür auch eine einleuchtende und empirisch fundierte Erklärung geliefert. In Deutschland wird die Schule von vielen Lehrern nicht als Ausbildungsort aller Staatsbürger verstanden, sondern implizit und oft genug auch explizit als »deutsche Schule«. (Vgl. Gomolla/Radtke 2002: 162)

Für diese Schule wird eine »kulturellen Passung« erwartet, welche die Kinder mit Migrationshintergrund per se durch ihren familiären Hintergrund angeblich nicht mitbringen. Vor allem Sprachdefizite bei der Einschulung gelten dafür als Indikator. Die Situation an den Schulen ist mit jener im Kulturbereich durchaus vergleichbar. In der im weitesten Sinne staatlichen Kulturpolitik der Bundesrepublik existiert weiterhin zumindest implizit die Auffassung, dass der Gegenstand der Kulturpolitik so etwas wie »deutsche Kultur« oder zumindest »Kultur für Deutsche« sei. Der Bereich »Interkulturelles« spielt hier, wie schon erwähnt, oft genug etwa die Rolle des auf den Nachmittag abgeschobenen, zusätzlichen muttersprachlichen Unterrichtes in der Schule. Alternative Kulturpolitik wieder-

um wie etwa jene der soziokulturellen Zentren will dieser Fixierung entgehen, indem sie sich auf das Abstraktum Mensch berufen. So stellt sich Hermann Glaser in einem jüngeren Aufsatz emphatisch hinter das Toleranzgebot der Aufklärung, wie es etwa in der »Ringparabel« von Gotthold Ephraim Lessing zum Ausdruck komme. Nötig sei eine plurale Identität, »welche Verwurzelung in der Heimat – als Sprache, als geschichtliche und kulturelle, regionale und landsmannschaftliche Zugehörigkeit – mit einer ›radikalen‹ Offenheit für den menschlichen Menschen jenseits aller Begrenzungen zu verbinden weiß« (Glaser 2000: 62).

Freilich finden sich MigrantInnen in der Kluft zwischen dem »Deutschen« und dem »menschlichen Menschen« eingeklemmt: Die offizielle Kulturpolitik mit ihrem unausgesprochenen Bezug auf »deutsche Kultur« oder »Kultur für Deutsche« verweist sie in den Raum der »fremden« Kultur, doch wenn eine emphatische Bezugnahme auf bestimmte Elemente der Kultur des Heimatlandes oder auf bestimmte Elemente der religiösen Tradition stattfindet, dann erscheint diese vor dem Ideal der Offenheit eines »menschlichen Menschen« als partikularistisch und ungenügend. Zwischen der Kategorie des »Deutschen« und jener des »Menschen« ist jedoch jene des Staatsbürgers angesiedelt, die einen Ausweg auf diesem Teufelskreis ermöglicht, und der hierzulande zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Derweil bringen die Bürger eines Staates ganz verschiedene Hintergründe mit, was aber für ihre kulturelle Einbeziehung keine Rolle spielen darf. In den Niederlanden und in Britannien hat sich erwiesen, dass dies eine immense Herausforderung an die Institutionen darstellt, die auf die Bundesrepublik noch zukommen wird.

Aus den vorangegangenen Überlegungen ergeben sich folgende Konsequenzen: Zum einen erscheint der Begriff »interkulturelle Kulturarbeit« als kaum geklärt und daher auch wenig hilfreich. In der Praxis – und das verhält sich ähnlich beim Konzept der »interkulturellen Pädagogik« – führt dieses Konzept mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit dazu, dass bestehende Unterschiede akzentuiert werden und dass die kulturelle Praxis von MigrantInnen weiterhin als additives Element zur »deutschen Kultur« im weitesten Sinne betrachtet wird. Daher ist es perspektivisch sinnvoller, entweder möglichst neutral von einer »Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft« zu sprechen oder – im Sinne der jüngsten Vorschläge aus dem englischsprachigen Raum zu »citizenship education« – von »bürgerschaftlicher Kulturarbeit«. Jedenfalls sollte diese Kulturarbeit dazu beitragen, die bestehende Trennung zwischen »uns« und »ihnen«, zwischen »Deutschen“ und »Ausländern« aufzuheben; und das kann nur sinnvoll geschehen, indem eine gemeinsame Grundlage der Zusammengehörigkeit vorausgesetzt wird: entweder das Zusammenleben in einer Einwanderungsgesellschaft oder der gemeinsame Status als Staatsbürger. Da der zuletzt erwähnte gemeinsame Status in der gesetzlichen Wirklichkeit Bundesrepublik noch nicht vorhanden ist, bietet sich fürs erste »Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft« als realistisches Konstrukt an.

Eine »Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft« geht also nicht vom provinziellen »Deutschen« aus und auch nicht von irgendwelchen darunter oder

daneben liegenden, ebenso provinziellen Wurzeln in der »Heimat«. Ebensowenig dient eine abstrakte Idee vom offenen, »menschlichen Menschen« als Grundlage. Nein, das Fundament sollte die tatsächlichen Praxis in einer Einwanderungsgesellschaft sein. Ein Blick auf diese Praxis zeigt, dass die so genannte Globalisierung längst im Alltag angekommen ist. Und ein solcher Blick zeigt auch, dass funktionierende Modelle aus diesem Alltag entwickelt werden müssen. Wie Erol Yildiz und seine KollegInnen kürzlich in einer Untersuchung über »Die multikulturelle Stadt« gezeigt haben, passt das Zusammenleben in einer Einwanderungsgesellschaft überhaupt nicht ins Bild generalisierender Annahmen von allgemeiner Desintegration. (Vgl. Bukow u. a. 2001) Insofern werden auch keine am grünen Tisch entworfenen Konzepte benötigt, sondern vielmehr eine Bestandsaufnahme der Praxis; vor allem jener Praxis, welche bislang bloß als Objekt von Kulturpolitik verhandelt wurde, also jener der MigrantInnen. Daher ist es notwendig, die Perspektive umzukehren und danach zu fragen, was von der Praxis der MigrantInnen in diesem Land verallgemeinerungsfähig ist, das heißt was man in Bezug 1. auf die Bedeutung, 2. die Elemente, 3. den Begriff von Kultur sowie auf 4. die Konzeptionalisierung von Kulturpolitik lernen kann. Über diese Praxis wissen wir bis heute letztlich wenig. Zum einen konnten die MigrantInnen, da sie als »Ausländer« institutionalisiert wurden, bislang nur ein schwaches kollektives Gedächtnis über ihre Situation ausbilden. Zum anderen hat die Forschung sich zum größten Teil mit den »Problemen« der »Ausländer« befasst und weniger mit ihren Produktionen. Daher können im Folgenden nur Umrisse gezeichnet werden, die zunächst einmal eine ganze Reihe von Fragen für die Zukunft aufwerfen.

Bedeutung von Kultur in der kulturellen Praxis von MigrantInnen

Der ganz überwiegende Teil der Migrantenselbstorganisation in der Bundesrepublik hat auf die eine oder andere Weise mit Kultur zu tun. Das hat nicht zuletzt mit der extrem restriktiven Handhabung der Staatsangehörigkeit zu tun. Da es den EinwanderInnen fast grundsätzlich verwehrt blieb, deutsche BürgerInnen zu werden, war es ihnen auch nicht möglich, sich politisch auf Deutschland zu beziehen. Politische Aktivität in Exilorganisationen war aber auch nicht gerne gesehen – im Ausländergesetz von 1965 fand sich etwa eine Fülle von rigiden Regelungen, um die politische Betätigung einzuschränken. Durch diese Voraussetzungen wurde der performative Raum für die Aktivitäten der EinwanderInnen strukturell auf das Feld der Kultur verschoben – eine Kultur, die zumindest nominell mit dem »Heimatland« verknüpft war. Dieser Heimatbezug wurde von den deutschen Behörden durchaus gefördert, denn schließlich ging man von der Rückkehr der Migranten aus. Noch heute sind nach einer Untersuchung aus dem Jahre 1999 in Nordrhein-Westfalen die Migrantenselbstorganisationen am häufigsten im Bereich Kultur tätig – 90 Prozent gaben an, dass sie Angebote in diesem Bereich machen. (Vgl. Zentrum für Türkeistudien/Institut für Politikwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster 1999: 44)

Tatsächlich haben heute recht viele dieser Angebote mit Folkloregruppen zu tun. In der Gründungsphase dieser Vereine jedoch fanden sich unter dem Dach von Kultur eine ganze Reihe der verschiedensten Aktivitäten. Als Vorläufer der Griechischen Gemeinden in der Bundesrepublik etwa fungierten Informationsabende, bei denen griechische Studenten, Wissenschaftler und Arbeiter zusammen kamen, um über die politische Situation in Griechenland und Zypern sowie über die Probleme der »Gastarbeiter« mit Wohnen, der Sprache, der Bildung und dem Ausländerrecht zu sprechen. Während der Begriff »Gemeinde« scheinbar mit der religiösen Bildung zu tun hat, weist Haris Katsoulis, der ehemalige Vorsitzende einer der ersten Griechischen Gemeinden in Ludwigshafen, darauf hin, dass das Wort »Gemeinde« nichts mit Orthodoxie oder religiöser Gemeinschaft zu tun habe, sondern soviel bedeute wie »Versuch einer gemeinsamen Bewältigung gemeinsamer Probleme«. (Katsoulis 1978: 194)

Was also zunächst wie eine heimatkulturell-religiös ausgerichtete Organisation wirkt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Praxis, die den Begriff von Kultur erweitert. Denn Kultur wird hier in einen größeren Kontext gestellt. Das stand und steht im Gegensatz zur herrschenden Auffassung in Deutschland, wonach der Kulturbegriff traditionell eher idealistisch aufgeladen war. Zum einen wurde Kultur häufig auf das künstlerische Feld im weitesten Sinne eingeschränkt – auf ein quasi universelles Reich der hehren Gedanken des »menschlichen Menschen«. Zum anderen wurde Kultur mit Nationalität, »Rasse« oder Ethnizität verkoppelt, wobei Kultur als unabhängige Variable betrachtet wurde und oft genug noch wird; als Variable, welche Verhaltensweisen prägt und Konflikte zwischen Gruppen verursacht. In der Praxis etwa der Griechischen Gemeinden wurde Kultur jedoch eingebettet in einen Zusammenhang, der Alltag (Wohnen), Chancenverteilung (Bildung), Arbeit und Recht umfasst – und dabei selbstverständlich den Aspekt der Benachteiligung von MigrantInnen nicht unthematisiert ließ.

Die kulturelle Praxis der MigrantInnen beinhaltet also bereits eine wesentliche Weiterentwicklung des Begriffs Kultur in Richtung eines Kulturbegriffs, der Kultur als »gesamte Lebensweise« (Raymond Williams) bzw. als »Landkarte von Bedeutungen« (Stuart Hall) versteht. Darüber hinaus wird Kultur hier als eine Praxis verstanden, die Grenzen überschreitet. Durch den doppelten Bezug auf die politische Situation im Herkunftsland sowie auf die Probleme des »Gastarbeiter«-Lebens in Deutschland entstand de facto ein neuer Raum, den letztlich waren die Aktivisten von beiden Schauplätzen dezentriert: Als politische Subjekte befanden sie sich weder in Griechenland noch in Deutschland, sondern in einem »Zwischenreich« (Salman Rushdie) beziehungsweise in einem »transstaatlichen Raum«, wie es in der jüngeren Forschung genannt wird. (Vgl. Faist 2000) Zwar ist dieser Raum von Machtverhältnissen durchzogen und begrenzt, doch nichtsdestotrotz bietet er ein Potential für die Entfaltung von mannigfaltigen Aktivitäten. Während in der Bundesrepublik gerade die Situation der »zweiten Generation« zumeist auf die Formel »zwischen zwei Kulturen« gebracht wird, die letztendlich

auf einen Zustand der Verzweiflung verweist, hat offenbar bereits die erste Generation neue Räume geöffnet.

Freilich werden diese Räume und die Erweiterungen des Kulturbegriffs unsichtbar gemacht, wenn man die Praxis von MigrantInnen auf Ausdrucksformen ethnischer Kultur zurückführt. Eine »Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft« sollte von dem kontextbezogenen, grenzüberschreitenden Kulturbegriff ausgehen, der sich in der kulturellen Praxis der MigrantInnen äußert. Freilich bedeutet dies eine nähere Betrachtung der vergangenen und der aktuellen Praxis. Denn diese Praxis war und ist keineswegs bloß die Pflege einer »Heimatkultur«, sondern beinhaltet einen Kulturbegriff, der am ehesten einer Situation gerecht wird, die man heute gemeinhin als Globalisierung bezeichnet.

Die Gewichtung der Elemente in der Praxis der MigrantInnen

Die »Nagelprobe für die multikulturelle Gesellschaft« sei, so schrieben Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid in ihrem Klassiker »Heimat Babylon«, der »Umgang der Deutschen mit der moslemischen Minderheit«. (Cohn-Bendit/Schmid 1992: 306) Auf der Seite der Befürworter des wiederaufgelegten Integrationskonzeptes wie Otto Schily klingt das ähnlich. Bei den »EU-Ausländern« sei alles prima, meinte er etwa gegenüber dem *Spiegel* im Vorfeld der Vorstellung des Zuwanderungsgesetzes, aber es gebe schon »da und dort ein Problem im Bereich der türkischen Mitbürger«. Seit der ersten Einführung des Integrationskonzeptes in den mittleren siebziger Jahren wurden von Seiten der Politik und der Medien immer wieder Skalen kultureller Nähe zum als Norm betrachteten »Deutschen« konstruiert, in welchen die letztlich synonym verwendeten Begriffe »Türken« und »Islam« die größtmögliche Entfernung zu dieser Norm ausdrücken. In der Bundesrepublik wird »der Ausländer« durch »den Türken« verkörpert und konkretisiert, so dass die Skala auf eine bloße Dichotomie zwischen »uns« und »ihnen« zusammenschrumpft. Aus der Reduzierung aller Einwanderer auf »die Türken« und die Verkoppelung mit »dem Islam« ergibt sich wiederum eine spezifische Problemagenda, die von Politik und Medien stets auf Neue aufgerufen wird, und die nur wenige Punkte beinhaltet: Sprachdefizite, Parallelgesellschaften/Ghettobildung, kulturelle Entwurzelung, Kopftücher, Machismus.

Die Frage allerdings ist: Welche Rolle nehmen die MigrantInnen in dieser Problemagenda ein? Zum einen kommen sie darin offenbar nur als Abweichung und Störung vor, erscheinen gegenüber der für selbstverständlich gehaltenen Norm im besten Falle als defizitär und im schlechtesten Falle als bedrohlich. Zum anderen wird die Problemagenda der MigrantInnen mit der einheimischen Gesellschaft überhaupt nicht berücksichtigt. Doch für die etwa fünf Millionen »Ausländer«, die keine islamische Religionszugehörigkeit haben, ist der Islam wahrscheinlich nicht die »Nagelprobe« der Einwanderungsgesellschaft. Möglicherweise interessieren sich die meisten jüngeren MigrantInnen – vor allem jene, die in Deutschland geboren sind – auch nicht für ewige Klassiker des »interkulturellen«

Arbeitsfeldes wie »Heimat«. Für eine »Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft« wird es also notwendig sein, die Problemagenda der Migranten zu eruieren um herauszufinden, welche Themen ihnen auf den Nägeln brennen und welche Elemente von Kultur von ihnen für die Kulturarbeit überhaupt als relevant gewertet werden. Freilich benötigt man für diesen Prozess der Eruierung etwas aufwendigere und phantasievollere Methoden, weil man mit gewöhnlichen Fragebogen allein hier eher nicht weiterkommt. Zum einen transportieren die Fragebogen oft genug bereits die Vorannahmen der Forscher und zum zweiten handelt sich bei den MigrantInnen um eine im puncto Bildung deutlich benachteiligte Gruppe, die daher oft auf sprachliche Ressourcen zurückgreift, die im Mainstream der Gesellschaft verbreitet sind.

Darüber hinaus muss man für die Gestaltung der »Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft« einen genaueren Blick auf die Alltagspraxis der MigrantInnen werfen. Unter der üblichen Abwertung der »gesamten Lebensweise« und der Reduzierung der »fremden« Kultur auf Klischees wird das weite Feld alltäglicher Praktiken einfach unsichtbar. Diese pauschale Abwertung führt absurderweise dazu, dass MigrantInnen kulturelle Elemente verteidigen, die sie selbst ablehnen. Encarnación Gutiérrez Rodríguez hat eine gebildete Einwanderin aus der Türkei interviewt, die gerade aufgrund der Begrenzungen, die sie als »Mädchen« in ihrem Herkunftsland erlebte, nach Deutschland gekommen war. Hierzulande freilich fand sie sich bald so sehr mit den Klischees rund um das Thema »die Türkin« konfrontiert, dass sie folgendermaßen reagierte: »Ich hab' die Sachen verteidigt über die Türkei oder die Türkinnen, wo ich normalerweise dagegen war oder so, ja. Ich hab mich in so eine Ecke gedrängt gefühlt, wo ich das verteidigen musste. Ich hab bestimmte Musik hier gehört, die ich in der Türkei gehasst habe, türkische Musik, ja, oder so n' Art Fest, wo ich in der Türkei nie an solchen Festen teilgenommen habe, hier hab ich teilgenommen.« (Zit. n. Gutiérrez Rodríguez 1999: 172) Wie Guttíerrez Rodríguez erläutert, macht diese Reaktion zunächst klar, unter welchen Bedingungen MigrantInnen in Deutschland überhaupt sichtbar werden können – die ständige kulturelle Abwertung zwingt sie offenbar zur Identifikation mit dem Herkunftsland und löst ein Bemühen aus, die Herkunftskultur aufzuwerten.

Zudem macht diese Reaktion auch verständlich, warum sich Mädchen türkischer Herkunft mit ihren Problemen selten an Einheimische wenden, wie Berrin Özlem Otyakmaz in einer Untersuchung über das Selbstverständnis junger türkischer Migrantinnen auch empirisch belegen konnte. (Vgl. Otyakmaz 1995: 126) Otyakmaz' Forschung zeigt auch, dass einerseits in den Familien überhaupt kein einheitlicher Kanon spezifisch türkischer Werte existiert und dass andererseits die Strategien der Mädchen im Umgang mit den zweifellos oft rigiden Vorstellungen der Eltern äußerst heterogen sind. (Ebd.: 122 ff.) Wenn man von dieser Stelle aus verallgemeinert, dann kann man für die »Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft« festhalten, dass es notwendig ist, die Strategien der MigrantInnen in ihrer Alltagspraxis kennen zu lernen. Die Konstruktion einer Trennung zwischen einer modernen »deutschen« Kultur und einer letztlich vormodernen »türki-

schen« Kultur schüttet die Vielfalt innerhalb der Gruppe der so genannten Ausländer und die Vielfalt der Strategien einfach zu. Wenn man dagegen von Strategien ausgeht und diese ernst nimmt, lassen sich schnell Gemeinsamkeiten und gemeinsame Strategien entwickeln.

Die Konzentration auf bestimmte, wiederkehrende Elemente irgendwo zwischen Machotum und Parallelgesellschaft führt jedoch nicht nur dazu, dass die genannten Strategien übersehen werden, sondern auch die kulturelle Produktivität der Migranten im Alltag aus dem Gesichtsfeld entschwindet. Dann oft genug ist das, was zuletzt noch von der Leiterin der Einwanderungskommission, Rita Süssmuth, unter dem Stichwort Parallelgesellschaft problematisiert wurde, wie etwa »ethnisch ausgerichtete« Diskotheken oder Sportvereine, eher eine höchst interessante Form der Selbsteingliederung in die Gesellschaft. Tatsächlich hat sich mittlerweile in den Zentren der großen Städte eine Gastronomie von und für MigrantInnen ausgebildet, die zwar scheinbar türkisch oder griechisch ist, aber von der Konzeption von Musik und Einrichtung eher einem globalen Ideal von Modernität folgt. Importiert wird beispielsweise in der offenkundig griechischen Kneipe/Diskothek »Palladium« auf dem Kölner Friesenplatz das Ambiente einer Athener Diskothek im Kleinen. Man orientiert sich also an einer aktuellen Metropolenkultur, die letztlich ebenso griechisch ist, wie die überall entstehenden Café-Restaurants mit Designereinrichtung und mediterraner Küche als deutsch zu bezeichnen wären.

Ähnliches hat Ayse Caglar bei einer Untersuchung der innenstädtischen Kneipenszene mit türkischem Hintergrund in Berlin herausgefunden. Von Nostalgie und ethnischer Geschlossenheit kann hier überhaupt keine Rede sein. (Vgl. Caglar 1998) Das wird man auch herausfinden, wenn man etwa einen Blick auf das Internetforum »Vaybee!« wirft, in dem sich eine neue Generation von jüngeren Menschen türkischer Herkunft austauscht. In diesem Sinne ist also auch notwendig, im Sinne einer »Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft« die kulturellen Produktion von MigrantInnen anzuschauen, die in stiller Staatsferne ein hohes Niveau erreicht haben. Und dabei hat es auch keinen Sinn, vor Orten wie dem türkischen Männercafé zurückzuschrecken – schließlich hat der jüngere Autor Imran Ayata einmal festgehalten, dass er sich dorthin verzieht, weil er hier eben nicht ununterbrochen als »Türke« identifiziert wird. (Vgl. Ayata 1998) So kann, was von außen nach der schlimmsten Homogenität aussieht, innen ein Raum der Individualisierung sein. Mit dem Funktionieren der kulturellen Produktionen bzw. mit dem, was dieses Funktionieren für den Kulturbegriff genau bedeutet, wird sich auch der nächste Abschnitt befassen.

Der implizite Kulturbegriff in den kulturellen Produktionen der MigrantInnen

Selbstverständlich bleiben die permanente kulturelle Abwertung und andere Artikulationsformen dessen, was ich an anderer Stelle »rassistisches Wissen« genannt habe (vgl. Terkessidis 1998: 83 ff.), nicht ohne Wirkung auf die kulturelle

Produktivität der MigrantInnen. In seinem Buch »Schwarze Haut, weiße Masken« hat Frantz Fanon zum Teil auch aus der Perspektive eines Einwanderers aus den Antillen die dramatische Wirkung beschrieben, die allein der Ausruf »Sie mal, ein Neger« auf ihn hatte – er entdeckte sich »als Objekt inmitten anderer Objekte«. (Fanon 1980: 79) Meine eigenen Interviews mit MigrantInnen zweiter Generation über ihre Erfahrungen mir Rassismus haben gezeigt, dass erst ein Prozess der »Entfremdung« dazu führt, dass die Differenz zu dem Mehrheitsdeutschen zunächst bemerkt, dann gewichtet und schließlich neu aufgebaut wird.

»Ich hab mich nie als Ausländer gefühlt«, sagen die Befragten in meiner Untersuchung durchweg, und in den meisten Fällen sind es ganz konkrete Erlebnisse, welche das Gefühl der Nicht-Zugehörigkeit erstmals etabliert haben. M., türkischer Herkunft, berichtet etwa davon, wie er als Schüler bei dem Wettbewerb »Sicher durch den Straßenverkehr« einen Preis gewann und dann gefragt wurde, woher er denn komme. Als er wahrheitsgemäß antwortete »aus Bielefeld«, brach das Publikum in schallendes Gelächter aus. Ein weiterer Interviewpartner türkischer Herkunft benannte das erste, obligatorische Erscheinen auf dem Ausländeramt und die damit einher gehende, erniedrigende Behandlung durch die Mitarbeiter der Behörde als Initialerlebnis der Ausschließung. Erst in der Folge solcher Erlebnisse wird die eigene Differenz zum Thema, was auch Rückschlüsse zulässt über die Frage der kulturellen Differenz im allgemeinen. Meine Resultate sprechen dafür, dass der britische Kulturwissenschaftler Homi Bhabha recht hat, wenn er betont, dass das Kulturelle keineswegs bereits vorab als Quelle eines Konfliktes betrachtet werden darf, »im Sinne differenter Kulturen« –, sondern als »Ergebnis diskriminatorischer Praktiken – im Sinne einer Produktion kultureller Differenzierung als Zeichen von Autorität«. (Bhabha 2000: 169)

Wenn die Jugendlichen sich schließlich selbst als »Ausländer« oder »Türken« identifiziert haben, dann fällt ihnen in einem zweiten Schritt auf, dass diese Kategorie in der Gesellschaft negativ besetzt ist. Von diesem Punkt aus werden die Kategorien dann aktiv neu gefüllt. Mit der abstrakten und letztlich aus dem Recht stammenden Bezeichnung »Ausländer« ist das selbstverständlich weitaus weniger möglich als mit der Kategorie der jeweiligen ethnischen Gruppe. Für die jungen Leute mit Migrationshintergrund, die in der Bundesrepublik aufwachsen, ist der Normalzustand also nicht von Kindesbeinen an die kulturelle Differenz, sondern zunächst die Zugehörigkeit. Erst durch Ausgrenzung erhält die Differenz Bedeutung, wobei bestimmte Praktiken und Themenfelder im Austausch mit der Mehrheit an Relevanz gewinnen. Ein Beispiel sind etwa die Kopftücher, die in den letzten Jahren zunehmend von jungen und zumeist gebildeten muslimischen Frauen getragen werden und mit irgendeiner Tradition in der Türkei überhaupt nichts zu tun haben. (Vgl. Karakasoglu-Aydin 1998)

Jede kulturelle Produktion von MigrantInnen ist also auch immer eine Reaktionsbildung auf das »rassistische Wissen« oder den »hegemonialen Blick« – die Mehrheit ist in jeder Ausdrucksform auf eine bestimmte Weise enthalten. Ein Beispiel aus der Welt des Theaters soll dies verdeutlichen: das deutsch-türkische

Kabarett etwa eines Sinasi Dikmen. Dieses Kabarett unterscheidet sich nämlich vom Kabarett einheimischer Autoren dadurch, dass es die unterschiedlichen Rollen, die der Kabarettist auf der Bühne verkörpert, durcheinanderbringt. Gewöhnlich stellt der Kabarettist zunächst eine Figur dar, mit der er sich nicht identifiziert. Zum Zweiten verkörpert er von seinem Anspruch her jemanden, der auf oppositioneller Mission ist. Schließlich tritt der Kabarettist aber auch unter seinem eigenen, bürgerlichen Namen auf. Beim Kabarett der deutsch-türkischen Künstler jedoch wird die Interaktion dieser Rollen auf eine spezifische Weise verwirrt.

Zwar führen auch sie bestimmte Figuren vor und markieren damit eine Nicht-Identität mit dem Dargestellten, aber *sie zeigen Figuren, die sie sind*. Der Protagonist/Ich-Erzähler bei deutsch-türkischem Kabarett und Satire ist in den meisten Fällen eine Person, die unter dem bürgerlichen Namen des Künstlers agiert: Sinasi Dikmens Erzähler heißt Sinasi (auch der Kabarettist Sedat Pamuk spricht auf der Bühne von sich selbst, und in Osman Engins Satiren heißt die Hauptfigur Osman Engin). Zudem werden auch keine Bemühungen unternommen, dieses verstörende Zusammenfallen von Autor und dargestellter Person zu verhindern, wenn der Protagonist/Erzähler einen anderen »Türken« spielt. Neben dieser Grenzverwischung fehlt die zweite der genannten Rollen fast vollständig: Im Habitus der Figuren, die ja mit den Künstlern übereinstimmen, verkörpert sich keine sichtbare Opposition. Die Hauptpersonen im deutsch-türkischen Kabarett sind scheinbar naive »Schelmen«.

Dieses Durcheinanderwirbeln der Rollen schafft eine immense Verwirrung. Zum einen fällt der deutsch-türkische Kabarettist mit seiner »Rolle“ zusammen, womit er aufzeigt, dass der »Türke« in der deutschen Gesellschaft von mannigfaltigen Zuschreibungen erfasst ist und aus diesem Grund seine »Rollen« nicht an- und ablegen kann wie der Einheimische. Dabei sieht sich auch der deutsch-türkische Kabarettist selbst vom autochthonen Publikum dauernd mit einer Authentizitätsunterstellung konfrontiert: In dessen Augen kann er den »Türken« eigentlich gar nicht spielen, weil er ja einer »ist«. Auf der anderen Seite jedoch entzieht er sich dieser Unterstellung, indem er ja gerade nicht er selbst »ist« beziehungsweise das Subjekt, das man unter seinem bürgerlichen Namen kennt – denn dieses spielt er ja nur. So hebt dieses Kabarett den Unterschied zwischen Künstlichkeit (Rolle) und Echtheit (bürgerlicher Name, Ich) auf. Dabei werden auch die immer noch verbreiteten Vorstellungen von Identität unterlaufen. Denn während man sich gewöhnlich das bürgerlichen Subjekt als Einheit vorstellt, findet hier eine ominöse Verdoppelung statt, die einen Bruch in dem ausdrückt, was gewöhnlich als Ganzes gesehen wird.

Eine »Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft« muss in zweierlei Hinsicht exakt an diesem Bruch ansetzen. Es wurde im ersten Abschnitt bereits erläutert, dass die Praxis der MigrantInnen einen Kulturbegriff impliziert, welcher kontextbezogen und grenzüberschreitend ist. Nun kommt als weiteres Element hinzu, dass jene Kultur, die sich einem Betrachter ganz selbstverständlich als

»ethnische Kultur« präsentiert, eine Verdopplung oder interne Differenz beinhaltet. Die Differenz verläuft also nicht »zwischen den Kulturen«, die miteinander in »Dialog« treten sollen, sondern die Differenz verläuft insbesondere in der Einwanderungsgesellschaft als Bruch innerhalb solcher angeblichen Entitäten wie dem »Türkischen« oder dem »Griechischen«. Die MigrantInnen befinden sich als Subjekte nie da, wo sie ein hegemonialer Blick auf der Suche nach dem immergleichen Klischees verortet.

Nur wenn man diesen Punkt versteht und wenn Kulturarbeit an diesem Punkt ansetzt, kann sie auch als eine Kulturarbeit verstanden werden, die Kultur als Motor der Veränderung einsetzt. Subjektivierung, schreibt der französische Philosoph Jacques Rancière, sei immer eine »Ent-Identifizierung«. (Rancière 2002: 48) Indem »Proletarier« oder »Frau« zu einer Kategorie der politischen Mobilisierung wurden, erhielten diese Begriffe eine völlig neue Bedeutung. Die Verwendung drückte eben keine Identifikation aus, sondern »das Losreißen von einem natürlichen Platz« – einem Platz, der Unrecht und Ungleichheit bedeutete. Wenn man in der Einwanderungsgesellschaft den ethnischen Kategorien der MigrantInnen begegnet, so sind diese häufig eben keine Zeichen der Identität, sondern in der stolzen Betonung des »Türkisch-Seins« etwa drückt sich auch ein Widerstand gegen die abwertenden Zuschreibungen aus, die mit dem »natürlichen Platz« einhergehen, welche die Mehrheitsgesellschaft »den Türken« zuweist. Subjektivierung und Identifizierung sind also Gegensätze, und die Kulturarbeit muss hier ansetzen. Wenn Kulturarbeit auf Identität abhebt, dann konserviert sie lediglich die Verhältnisse von Ungerechtigkeit und Ungleichheit zwischen den Einheimischen und den MigrantInnen. Sollte sie das nicht wollen, dann muss ihr Kulturbegriff den gesellschaftlichen Kontext – Wirtschaft, Recht, Wohnen, Bildung etc. – berücksichtigen, die permanente Überschreitung von Grenzen aktiv unterstützen sowie das dynamische Potential der Nicht-Identität ausschöpfen. Sie muss ein ständiges Werden befördern.

Die Konzeptionalisierung von Kulturpolitik

In diesem Text ist bereits mehrfach darauf hingewiesen worden, dass die Konzepte für eine »Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft« unmöglich am grünen Tisch einheimischer Bürokratie und Forschung gewonnen werden können, sondern lediglich durch das Lernen von der kulturellen Praxis der MigrantInnen und auch durch das Lernen von praktischen, alltäglichen Formen des Zusammenlebens. Was die Großkonzepte wie Integration und Multikulturalismus betrifft, so ist der Schaden zumeist größer als der Nutzen. Integration ist in der Bundesrepublik ein Teufelskreis. Zwar wird von den MigrantInnen stets Integration verlangt, doch mangelnde Akzeptanz von »Ausländern« sowie vor allem auch mangelnde Integrationsmaßnahmen führen dazu, dass den MigrantInnen diese Integration de facto schwer gemacht wird. So stellt sich Integration, die ja auch als Königsweg zur vollen Gleichberechtigung als Bürger betrachtet wird, als rhetori-

sche Figur dar, die am Ende nur immer wieder den Unterschied herstellt, den sie doch zu überwinden vorgibt.

Ähnlich verhält es sich mit dem Multikulturalismus. Dazu lässt sich auch ein Beispiel aus der populären Kultur anführen. Die ersten HipHop-Produktionen in Deutschland stammten von Migrantenjugendlichen – damals eingebettet in eine ganze Kultur aus Breakdance, Graffiti und Rap. Angesichts der Begeisterung für Multikulturalismus Ende der achtziger Jahre entzündete sich daran das Interesse von Sozialarbeitern und Medien: Bald galten die Kids als Aushängeschild eines »friedlichen Miteinanders verschiedener Kulturen«. Die Rapper selbst wie etwa Tachi von Fresh Familee oder Adegoke Odukoya von Exponential Enjoyment und Weep Not Child (kürzlich hat er antirassistische Projekte von afrodeutschen MusikerInnen ins Leben gerufen: »Brother's« beziehungsweise »Sister's Keepers«) erzählen in dem Buch »20 Jahre HipHop in Deutschland« (2000), dass sie damals keineswegs bewusst unter dem Banner des Multikulturalismus aufgetreten sind. Sie haben die »Schublade« (Odukoya) freilich angenommen, weil sie der Idee durchaus sympathisierend gegenüberstanden.

Tatsächlich brachte die ungewollte Förderung durch deutsche Institutionen teilweise eine weitgehende Verwicklung der Einheimischen in die Ausdrucksformen der jungen Migranten mit sich – Ayse Caglar betonte nicht zu Unrecht anlässlich einer Analyse der Geschichte der HipHop-Posse Islamic Force in Berlin (vgl. Caglar 1998), dass es sich um eine Art »verordnete Rebellion« gehandelt habe. Der Weg zu einer eigenen Szenestruktur wurde 1992 schließlich durch zwei Ereignisse nachhaltig gestört. Zum einen zeigte sich an den Anschlägen von Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen sowie an den Reaktionen der einheimischen HipHop-Szene, dass es weder mit der Multikulti-Idylle noch mit der Solidarität weit her war. Zudem brachte der Erfolg der mittelständisch-einheimischen Formation »Die Fantastischen Vier« eine Redefinition der HipHop-Kultur als »deutscher Rap« mit sich. Das hatte Konsequenzen: Zum einen wurden die Rapper nun ausschließlich in den Kontext von »Ausländerfeindlichkeit« gestellt. »Wenn du auf fünf Konzerte gebucht wirst«, erzählt Germain von Sons of Gastarbeiter in Hannes Loh und Murat Güngörs Buch »Fear of a Kanak Planet«, »und alle sind »gegen rechts‹, dann weißt du eigentlich schon Bescheid. Da denkst du dir natürlich: Die buchen uns nur, weil wir Ausländerköppe sind.« (Loh/Güngör 2002: 65) Und sein Kollege Gandhi fügt hinzu: »Wir haben doch auch einen künstlerischen Anspruch! Jeder von uns ist doch auch Musiker! Es gibt ja nicht nur Rassismus als Thema, es gibt auch noch eine Menge anderer Sachen, die uns wichtig sind und über die wir sprechen.« (Ebd.)

»Ausländerköppe« wurden die Jugendlichen aber auch dadurch, dass Rap durch den Erfolg der »Fantastischen Vier« zu »deutschem Rap« mutiert war – und diese Bezeichnung schloss im Gegensatz zu »Rap aus Deutschland« die MigrantInnen aus. Vom Erfolg des »deutschen Raps« konnten die »multikulturellen« Posses daher nicht profitieren. Linguist von den Rap-Pionieren Advanced Chemistry betrachtet das auch als Ergebnis einer mangelnden Einbindung in die Gesell-

schaft und ihre Netzwerke: »Mit so einem Selbstbewusstsein fühlt man sich als ein Teil der Gesellschaft und hat Vertrauen darauf, dass die Sachen laufen werden. Die Fantastischen Vier hatten ja auch die Hartnäckigkeit, sich in diesen normalen und formellen Strukturen, von denen wir nie Teil waren, durchzusetzen. Die wussten sich im Wirtschaftsleben einzubringen und die Sachen so zu planen, wie es schon der Vater mit seinem Betrieb gemacht hat. Das ist ein völlig anderer Hintergrund.« (Ebd.: 137)

Konsequenterweise sprechen Sascha Verlan und Hannes Loh angesichts des Misserfolges und Verdrängung der allochthonen MusikerInnen von der »Multikulti-Falle« (Verlan/Loh 2000: 138). Tatsächlich setzte als direkte Reaktion zum Teil ein Rückzug auf die »eigene« Sprache oder das Englische als logische Konsequenz ein: Man wollte erstmal nicht mehr verstanden werden. Heute betont etwa der Rapper Boulevard Bou, der im Rahmen von Multikulti-Veranstaltungen gerne vorgezeigt wurde, auf einem Stück für das politische Netzwerk »Kanak Attak« ausdrücklich: »Ich bin kein multikulti-irgendwas«. Obwohl heute in den Charts schwarze HipHop-Musiker wie Afrob oder auch das antirassistische Projekt »Brothers Keepers« durchaus vertreten sind, hat sich auf der Ebene der Basis die Szene auseinander entwickelt. In den Jugendheimen und anderen Treffpunkten rappen die Jugendlichen mit den unterschiedlichsten Migrationshintergründen, während die teuren Konzerte der einheimischen HipHopper schiere Konsumspektakel sind, die fast ausschließlich von einem mittelständisch-kaufkräftigen und zudem eben einheimischen Publikum besucht werden.

Am Beispiel HipHop zeigt sich eben, wie das Einfügen der kulturellen Artikulationen von Migranten in ausschließlich von den Einheimischen bestimmte Wahrnehmungsschemata und Großkonzepte am Ende bloß eine stärkere Separierung produziert. Daher sollte auf solche abstrakten Großkonzepte verzichtet werden. Der Weg zur Erarbeitung von Konzepten für eine »Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft“ muss, auch wenn das zunächst schwierig und aufwendig erscheint, umgekehrt gegangen werden - vom Lernen von der kulturellen Praxis zur Konzeption.

Literatur

Ayata, Imran (1198): »Sabri Abis Männercafé: Über einen Ort, der mir gefällt«, in: Mayer, Ruth/ Terkessidis, Mark (Hrsg.): *Globalkolorit. Multikulturalismus und Populärkultur*, St. Andrä-Wörden: Hannibal,
S 41-56

Bäumert, J. (Hrsg.) (2001): *PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*, Opladen

Bhabha, Homi (2000): *Die Verortung der Kultur*, Tübingen: Stauffenburg

Bojadzijev, Manuela (2002): »Antirassistischer Widerstand von Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik: Fragen der Geschichtsschreibung«, in: *1999*, Nr. 17 (2002), S. 125-152

Bukow, W.-D./Nikodem, C./Schulze, E./Yildiz, E. (2001): *Die multikulturelle Stadt. Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag*, Opladen: Leske & Budrich

Caglar, Ayse (1998): »Verordnete Rebellion. Deutsch-türkischer Rap und türkischer Pop in Berlin«,

in: Mayer, Ruth/Terkessidis, Mark (Hrsg.): *Globalkolorit. Multikulturalismus und Populärkultur*, St. Andrä-Wörden: Hannibal, S. 41-56

Cohn-Bendit, Daniel/Schmid, Thomas (1992): *Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Gesellschaft*, Hamburg

Faist, Thomas (2000): »Grenzen überschreiten. Das Konzept transstaatliche Räume und seine Anwendungen«, in: ders. (Hrsg.): *Transstaatliche Räume. Politik, Wirtschaft und Kultur in und zwischen Deutschland und der Türkei*, Bielefeld: transcript

Fanon, Frantz (1980): *Schwarze Haut, weiße Masken*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Glaser, Hermann (2000): »Über die ästhetische Erziehung des Menschen. Soziokultur und Tätigkeitsgesellschaft«, in: Bundesvereinigung soziokultureller Zentren e. V. (Hrsg.): *www.soziokultur.de/2000. Bundeskongress soziokultureller Zentren. Dokumentation*, Potsdam

Gomolla, Mechthild/Radtke, Frank-Olaf (2002): *Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*, Opladen: Leske & Budrich

Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (1999): *Intellektuelle Migrantinnen – Subjektivitäten im Zeitalter von Globalisierung*, Opladen: Leske & Budrich

Karakasoglu-Aydin, Yasmin (1998): »›Kopttuch-Sudentinnen‹ türkischer Herkunft an deutschen Universitäten. Impliziter Islamismus-Vorwurf und Diskriminierungserfahrungen«, in: Bielefeldt, H./Heitmeyer, W. (Hrsg.): *Politisierte Religion*, Frankfurt am Main

Katsoulis, Haris (1978): *Bürger zweiter Klasse. Ausländer in der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main: Campus

Loh, Hannes/Güngör, Murat (2002): *Fear of a Kanak Planet. HipHop zwischen Weltkultur und Nazi-Rap*, Höfen: Hannibal

Mestre Vives, Laura (1998): *Wer wie über Wen? Eine Untersuchung über das Amt für multikulturelle Angelegenheiten*, Pfaffenweiler: Centaurus

Otyakmaz, Berrin Özlem (1995): *Auf allen Stühlen. Das Selbstverständnis junger türkischer Migrantinnen in Deutschland*, Köln: Neuere ISP-Verlag

Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philospohie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Terkessidis, Mark (1998): *Psychologie des Rassismus*, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

Verlan, Sacha/Loh, Hannes (2000): *20 Jahre HipHop in Deutschland*, Höfen: Hannibal

Zentrum für Türkeistudien/Institut für Politikwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (1999): *Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten in NRW. Wissenschaftliche Bestandsaufnahme*, Düsseldorf: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport NRW

TORSTEN GROSS

Kulturelle Herausforderungen in der Einwanderungsgesellschaft

»Transkultureller Blick« auf Kulturarbeit

Vorbemerkungen

Interkulturelle Kulturarbeit wird auf Tagungen und in Workshops thematisiert, die *Deutsche UNESCO Kommission* nominierte über 70 Projekte als offiziellen deutschen Beitrag zum internationalen Jahr »Dialog zwischen den Kulturen« 2001 der *Vereinten Nationen* und die Schwerpunktförderung des *Fonds Soziokultur* im zweiten Halbjahr 2002 richtete sich an entsprechende Projekte. Zudem wurde ein mit 10 000 Euro dotierter Innovationspreis für besonders gelungene Projekte des Dialogs zwischen den Kulturen vom *Fonds Soziokultur* ausgelobt.

Ist Deutschland also ein blühender Garten, in dem immer neue Pflanzen interkultureller Kulturarbeit wachsen und gedeihen und es ihnen wegen des angenehm warmen Geldregens an nichts mangelt? Der Schein trügt in vielerlei Hinsicht . Selbst gut ausgestattete punktuelle Förderprogramme täuschen nicht über die Tatsache hinweg, dass die meisten Projekte und Initiativen mit nur sehr geringen oder gar keinen Fördermitteln arbeiten (müssen). Daneben gibt die Quantität an Projekten und Initiativen noch lange keine Auskunft über deren Qualitäten.

Die Aktualität interkultureller Kulturarbeit soll zum Anlass genommen werden, einen prüfenden Blick auf deren Ansätze und Konzepte zu werfen. Allein guter Wille ist gerade in diesem sensiblen Arbeitsfeld nicht genug. »Lila-Latzhosen-Gutmenschentum« (Dorothea Kolland) oder folkloristisch angehauchte Exotik haben gewiss ihre Berechtigung (und ihr Publikum), als zukunftsweisende Modelle gesellschaftspolitisch engagierter und wirksamer Kulturarbeit taugen sie aber nicht. Diese Einschätzung scheint sich auch bei den AkteurInnen interkultureller Kulturarbeit immer mehr durchzusetzen. Die Diskussionen an Tagungen

und Workshops sind oft von (selbst-)kritischer Reflexion geprägt, und es werden mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben.

Das momentane »Dilemma« interkultureller Kulturarbeit ist treffend formuliert im Vorwort zum Schwerpunktthema »Crossculture – oder Was kommt nach MultiKulti?« des *Informationsdienstes Soziokultur*: »Inter-, Trans-, Hybridkultur ... Akkulturation oder Glokalisierung – im Stakkato werden immer neue Begriffe auf den Medienmarkt geworfen und sind entwertet, noch ehe sie verstanden wurden. In einem aber sind sich alle einig: MultiKulti ist out and over. Als politische Vision gescheitert sagen die einen, als Abgrenzungskonzept überwunden die anderen.« (Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren 2002: 1)

In den letzten Jahren hat sich eine Veränderung der in der kulturellen Praxis gebräuchlichen Begrifflichkeit weg von der »multikulturellen« und hin zur »interkulturellen Kulturarbeit« durchgesetzt. Gemeint ist damit im Allgemeinen eine stärkere Betonung der kulturellen Gemeinsamkeiten, der Kommunikation und des Austausches sowie der bereichernden und positiven Aspekte kultureller Unterschiede zwischen MigrantInnen[1] und »Einheimischen«. Betrachtet man jedoch die interkulturelle Praxis, so drängt sich der Eindruck auf, dass die konzeptionellen Veränderungen nicht tief greifend genug sind. Denn allzu oft werden in ungenügend reflektierten Projekten ethnisch begründete Stereotype reproduziert und gefestigt und holzschnittartig verzerrte Bilder des kulturellen Lebens und der kulturellen Interessen von in Deutschland lebenden MigrantInnen gezeichnet. Bei einer typischen »Begegnung der Kulturen« oder einem »Fest der Völker« stehen TürkInnen hinter einem Dönerstand, präsentieren AfrikanerInnen folkloristische Musik und Tänze, werden eher für Touristen produzierte Souvenirs aus aller Welt verkauft, tanzen GriechInnen Sirtaki ... Ein gesellschaftspolitisch ambitioniertes Kulturprojekt zum Thema Bayern würde wohl auch nicht bei Schuhplattlern, volkstümelnder Musik oder Lerberkäs' stehen bleiben, sondern aktuelle kulturelle und gesellschaftspolitische Entwicklungen aufgreifen. Warum geschieht entsprechendes in der interkulturellen Kulturarbeit zu wenig?

Multikulturalismus – Kulturverständnis – Ethnisierung

Die an Dynamik zunehmenden kulturellen und gesellschaftlichen Veränderungen durch Migration und kulturelle Globalisierung[2] werden in der interkulturellen Kulturarbeit nicht in der nötigen Radikalität aufgegriffen. Das lässt sich meines Erachtens darauf zurückführen, dass das zugrunde liegende Kulturverständnis der »Beschaffenheit« von Kultur und dem komplexen Verhältnis von Kulturen zueinander in modernen Gesellschaften nicht (mehr) gerecht wird. Das trifft so-

1 »MigrantIn« ist eigentlich ein zu kurz greifender Begriff, der hier benutzt wird, um umständlichere aber treffendere Begrifflichkeiten zu vermeiden. Im Folgenden sind mit MigrantInnen also zum Beispiel auch solche der zweiten und dritten Generation mitgedacht.

2 Die Unschärfe des Begriffs »kulturelle Globalisierung« und deren komplexe Thematik kann hier nicht näher erläutert werden. Siehe zum Beispiel Bernd Wagner (2001).

wohl auf den erweiterten Kulturbegriff der Neuen Kulturpolitik zu als auch auf das Kulturverständnis, das hinter der Idee der »multikulturellen Gesellschaft« steht. Der erweiterte Kulturbegriff ist Ausdruck für und Reaktion auf die gesellschaftlichen Verhältnisse Anfang der siebziger Jahre: »Demokratisierung«, »Eigeninitiative«, »Kultur von allen für alle« waren die wesentlichen Schlagworte. Aspekte von Migration und kultureller Globalisierung sind in diesem Kulturverständnis (noch) nicht thematisiert. Und auch eine Weiterentwicklung dieses Kulturbegriffs in dieser Hinsicht hat es nicht gegeben. Vielmehr wurde auch in der Kulturarbeit das Kulturverständnis des (politischen) Konzepts des Multikulturalismus (unhinterfragt) übernommen. Dieses Kulturverständnis hat Wolfgang Welsch – vor allem im Hinblick auf seine normativen Auswirkungen – kritisch analysiert und daraus ein transkulturelles Kulturverständnis entwickelt.

Nach Wolfgang Welsch basiert das Multikulturkonzept auf einem traditionellen Kulturverständnis, das durch ethnische Fundierung, innere Homogenisierung und die Abgrenzung nach außen charakterisiert ist. Dies trifft auch für die liberalen Lesarten des Multikultur-Ansatzes zu, die auf eine konstruktive Koexistenz verschiedener Kulturen innerhalb einer Gesellschaft abzielen. Dies ist im Vergleich zu Forderungen nach möglichst weitreichender gesellschaftlicher und kultureller Homogenität fortschrittlich, denn kulturelle Differenzen werden »zugelassen« oder sind sogar erwünscht, sie sind aber aufgrund des prinzipiell abgrenzenden Charakters von Kultur per se ursächlich für kulturelle Konflikte. Diese Konflikte können deshalb innerhalb dieses Kulturkonzeptes grundsätzlich nicht aufgelöst, sondern nur abgeschwächt beziehungsweise entschärft werden. »Das klassische Konzept schafft durch seinen Primärbezug – den separatistischen Charakter der Kulturen – das Sekundärproblem der schwierigen Koexistenz und strukturellen Kommunikationsunfähigkeit dieser Kulturen. Daher wird dieses Problem auf der Basis dieses Konzeptes nicht gelöst werden können.« (Welsch: 1997: Anm. 26) »Wenn die Kulturen als autonome Inseln angesetzt sind, dann wird ein wirkliches Verstehen zwischen ihnen erst dann zustande kommen können, wenn genau diese Prämisse aufgehoben sein wird, wenn also die kulturellen Differenzen de facto nicht mehr existieren.« Ebd.: 3)

Die eigentliche Brisanz des Konzepts (in seiner »Reinform«) sowohl auf der Makro- als auch auf der Mikroebene ergibt sich aus der Verbindung von »Inselprämisse«, Homogenitäts-Behauptung und ethnischer Fundierung von Kultur. Denn ein holzschnittartiges Gesellschaftsbild, in dem die (vermeintlich homogene) Mehrheitskultur der Aufnahmegesellschaft verschiedenen ethnisch definierten Einzelkulturen gegenüber steht, ist die Konsequenz. Da »Ethnie« meist als objektive und »feststehende« Kategorie gesehen wird, werden auch die mit der jeweiligen Ethnie verbundenen kulturellen Orientierungen und Ausdrucksformen als nahezu unveränderlich angesehen. Herunter gebrochen auf die Ebene der Individuen bedeutet das, dass MigrantInnen durch ihre ethnische Herkunft Träger einer homogenen Kultur darstellen und in ihrer individuellen kulturellen Identität determiniert scheinen. Mit anderen Worten: Ihnen werden angenommene kollek-

tive Merkmale ihrer Herkunftsethnie zugeschrieben und auch individuell als relativ unveränderlich angesehen. Damit werden sowohl die Heterogenität der Kultur der Herkunftsethnie als auch die kulturellen Einflüsse der »Aufnahmegesellschaft« und die komplizierte Dialektik von Individuum und Gesellschaft außer Acht gelassen. Die Einteilung der MigrantInnen nach »Kulturen« beziehungsweise »Ethnien«, die im linksliberalen Konzept des Multikulturalismus positiv besetzt ist, trägt dazu bei, das trennend Fremde an den Anderen hervorzuheben.

Dies sind nicht nur theoretische Überlegungen, sondern es gibt faktische Auswirkungen in der Kulturarbeit ebenso wie im Alltagsleben oder in der Politik. In der Politik reicht dies von der Diskussion um den Erhalt der angenommenen homogenen deutschen Leitkultur bis zur Entdeckung des Multikulturalismuskonzeptes durch die Neue Rechte, die damit das Ziel weitgehender ethnischer Separierung begründet. MigrantInnen sehen sich in ihrem Alltag – auch von »aufgeklärten oder liberalen Menschen« – vielfachen Verhaltenszumutungen (Mark Terkessidis) ausgesetzt. Sie werden zu Repräsentanten ihrer – stereotypisierten – Herkunftskultur oder -ethnie gemacht. Die »Schwarze Deutsche« May Ayim beschreibt dies anschaulich: »Viele Leute setzen voraus, dass ich einen besonderen Bezug zu Afrika habe, auch wenn ich erkläre, dass ich nie dort gelebt habe. Sie erzählen mir, dass sie in Afrika waren, einen Trommelworkshop gemacht haben und es faszinierend finden, wie Afrikaner tanzen ... Ich frage mich immer, warum die mir das alles erzählen. Wenn sie dann tatsächlich merken, dass ich keine afrikanische Sprache spreche und nicht afrikanisch tanzen kann, lässt das Interesse schnell nach.« (Ayim 2002: 25) Dass ethnische Stereotype auch in der interkulturellen Kulturarbeit anzutreffen sind, zeigt nicht nur das weiter oben beschriebene Beispiel eines idealtypischen aber nicht selten anzutreffenden »Festes der Völker«. Der Dialog der Kulturen soll bei den meisten Projekten im Kern durch eine Begegnung von MigrantInnen auf der einen Seite und »Deutschen« auf der anderen erreicht werden – vielfach ohne dabei zu berücksichtigen, dass diese »Gegenüberstellung« nach ethnischen Kriterien selbst schon das Ethnische ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt.

Ein solches ethnisierendes Kulturverständnis kann meiner Meinung nach keine zukunftsfähige Grundlage für eine konstruktive Gestaltung des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Kultureller Herkunft beziehungsweise Orientierung oder für eine entsprechende Kulturarbeit sein. Damit will ich nicht sagen, dass alle, die in der Kulturpolitik oder in der kulturellen Praxis ein Multikultur-Konzept vertreten, von einem ethnisch begründeten, homogenen, abgeschlossenen und abgrenzenden Kulturverständnis ausgehen. Selbstverständlich gibt es auch hier unterschiedliche Positionen und Ausprägungen. Allerdings scheint die in den letzten Jahren zunehmende kulturpolitische Diskussion um neue Aspekte des Kulturbegriffs im Zusammenhang mit kultureller Globalisierung und Migration noch zu wenig bei den Akteuren kultureller Praxis angekommen zu sein. Die Überlegungen von Wolfgang Welsch zum transkulturellen Kulturverständnis sind interessante Anregung für eine solche Reflexion.

Transkulturelles Kulturverständnis

Das von Wolfgang Welsch entwickelte Konzept der Transkulturalität basiert auf einem grundsätzlich anderen Kulturverständnis. Bildlich gesprochen haben Kulturen demnach keine klar abgegrenzte oder gar homogene Gestalt. Vielmehr sind Kulturen charakterisiert durch vielfältige Verflechtungen, Durchmischungen und »Fusionen« bis in ihren Kern hinein. Abgrenzungsbemühungen sind damit unnötig geworden. Auch ethnische Aspekte beziehungsweise Zuschreibungen werden nicht als die alleinige oder zentrale Dimension kultureller Orientierung interpretiert. Folglich wird beim Thema »Migration/Integration« in modernen Einwanderungsgesellschaften die ethnische Herkunft nicht als *das* konstituierende Element für die (kulturelle) Identität der Menschen angesehen beziehungsweise verliert ethnische oder ethnisch definierte Identität innerhalb einer hybriden Identität an Bedeutung. Das mag etwas abgehoben klingen, doch beschreibt es die komplexe Realität gesellschaftlicher beziehungsweise individueller Prozesse weit treffender als die eindimensionale Interpretation, wonach ethnische Aspekte die bestimmenden Faktoren für die kulturelle Identität der Individuen und für die Gestaltung des Neben-, Mit- oder Gegeneinanders der Menschen sind.

»Das Konzept der Transkulturalität zielt auf ein vielmaschiges und inklusives, nicht separatistisches und exklusives Verständnis von Kultur. Es intendiert eine Kultur und Gesellschaft, deren pragmatische Leistungen nicht in Ausgrenzungen, sondern in Anknüpfungen und Übergängen besteht. ... Es gilt, unseren inneren Kompass umzustellen: von der Konzentration auf die Polarität von Eigenem und Fremden (mit der Folge einer zumindest gebremsten, und oft nur mehr abwehrenden Reaktion auf das Fremde) hin zu einer Aufmerksamkeit auf das möglicherweise Gemeinsame und Verbindende, wo immer wir Fremden begegnen.« (Welsch 1997: 6)

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen will ich betonen, dass das transkulturelle Kulturverständnis weder die Entstehung von Konflikten aufgrund unterschiedlicher kultureller Orientierungen noch die Bedeutung ethnischer Aspekte in Abrede stellt. Vielmehr ermöglicht es einen offenen Blick auf kulturelle Prozesse in der Einwanderungsgesellschaft jenseits einer Verkürzung auf nur ethnische Aspekte und Ursachen, die dann in ihrer jeweiligen tatsächlichen situations- und kontextbezogenen Bedeutung gesehen werden können. Denn in modernen Einwanderungsgesellschaften sind Durchmischungen, Abgrenzungs- und Homogenitätsbestrebungen, Selbst- und Fremdethnisiserungen in verschiedenen Gruppen, Bereichen beziehungsweise Kulturen der Gesellschaft unterschiedlich ausgeprägt. Sicherlich gibt es gesellschaftliche Milieus, in denen eine relativ homogene Kultur auch über einen längeren Zeitraum stabil aufrechterhalten und gepflegt wird. Diese stellt dann den zentralen Bezugspunkt für die kulturelle Identität seiner Mitglieder dar. Das gilt für manche Gruppen von MigrantInnen[3] ebenso wie für einige Erscheinungsformen traditioneller »Einheimi-

schen-Kulturen«, religiöser Sekten oder einzelner »popkultureller Subkulturen«, die sich zum Teil bewusst und deutlich von anderen kulturellen Orientierungen absetzen wollen.

Weiter verbreitet sind aber kulturelle Milieus, die in sich nicht homogen sind und sich auch gegen andere Szenen oder Kulturen nicht klar abgrenzen lassen. »Gibt es nicht viele ›deutsche Kulturen‹, die sich, je nach Region, gesellschaftlicher Gruppe, Generation, kulturellen Interessen, Milieus und was auch immer unterscheiden? Gibt es nicht auch ohne MigrantInnen ›Parallelgesellschaften‹ und sich überlagernde ›Identitäten‹?« (Wagner 2000: 40)

Transkultureller Blick auf Kulturarbeit

Bei der Weiterentwicklung interkultureller Kulturarbeit ist die Beschäftigung mit theoretischen Ansätzen – wie zum Beispiel mit dem Konzept der Transkulturalität – hilfreich, um eine neue Sicht auf die Dinge zu entwickeln und die eigenen Herangehensweise grundsätzlich zu hinterfragen. Ein »transkultureller Blick« trägt dazu bei, sensibler für die weit verbreitete ethnisierende Sichtweise auf MigrantInnen zu werden und in der Folge Begriffe und Konzepte wie kulturelle, ethnische oder nationale Identität, Kulturstandards, Integration etc. kritisch zu hinterfragen.

Ziel einer entsprechenden Kulturarbeit wäre es, einen Beitrag zu leisten zu einer Integration (im transkulturellen Sinn) als zivilgesellschaftlichem Prozess, in dem Differenzen, Konflikte und Uneindeutigkeiten genauso ausgehalten werden wie Harmonie oder Homogenität und in der Differenzen und Konflikte als veränderbare Herausforderungen auch zur gegenseitigen Bereicherung angesehen werden. Und das alles unabhängig von ethnischen Aspekten oder Zuschreibungen.

Ziel einer entsprechenden Kulturarbeit wäre es, einen Beitrag zu leisten zu einer Integration (im transkulturellen Sinn) als zivilgesellschaftlichem Prozess, in dem Differenzen, Konflikte und Uneindeutigkeiten genauso ausgehalten werden wie Harmonie oder Homogenität und in der Differenzen und Konflikte als veränderbare Herausforderungen auch zur gegenseitigen Bereicherung angesehen werden. Und das unabhängig von ethnischen Aspekten oder Zuschreibungen.

Im Folgenden möchte ich exemplarisch Stichpunkte zu Konsequenzen eines offenen transkulturellen Kulturverständnisses für die Kulturarbeit ansprechen.

Interkulturalität als Querschnittsaufgabe und Selbstverständlichkeit

Interkulturalität darf nicht nur »interkulturellen Fachressorts« überantwortet werden. In der Kulturarbeit – egal ob in Kulturzentren, Theatern oder Museen – sollten sich die gesellschaftlichen Verhältnisse im Einwanderungsland widerspiegeln. Eine Auseinandersetzung mit Fragestellungen der Einwanderungsgesellschaft ist für alle Akteure in der Kulturarbeit bedeutsam. Entsprechend ist eine

3 Hier spielt auch die Wechselwirkung von Fremd- und Selbstethnisierung eine Rolle.

Verankerung interkultureller Aspekte in Konzeptionen auch von Kultureinrichtungen ohne interkulturellen Schwerpunkt angezeigt. Die (aktiven und passiven) kulturellen Bedürfnisse und Ausdrucksformen von MigrantInnen sind genauso ernst zu nehmen wie die anderer BürgerInnen. Da sie aber bisher in der Kulturarbeit insgesamt zu wenig berücksichtigt und nur marginal vertreten sind, ist eine intensivere Aufmerksamkeit im Sinne einer »ausgleichenden Gerechtigkeit« angezeigt.

Explizit interkulturelle Ansätze sind also auch weiterhin nötig. Allerdings ist hier immer die Gefahr der positiven Diskriminierung zu beachten. Darüber hinaus können interkulturelle Fachressorts dazu beitragen, ihre fachlichen Erfahrungen an MitarbeiterInnen nicht auf interkulturelle Arbeit spezialisierter Kultureinrichtungen durch spezielle Angebote weiterzugeben, um damit das gesamte Feld der Kulturarbeit für die Thematik zu sensibilisieren und zu motivieren.

Interkulturalität als Selbstverständlichkeit bei einem Stadtteilfest bedeutet zum Beispiel, dass im Programm die kulturelle[4] Vielfalt des Stadtteils widergespiegelt wird, ohne dies mit einem Motto wie »Fest der Völker« besonders hervor zu heben. Damit würden ethnische Aspekte übermäßig betont, die immer auch eine trennende und ausgrenzende Wirkung besitzen, da Ethnie als unveränderbare Kategorie gesehen wird. Ein differenzierter, den Zielsetzungen der eigenen Arbeit angemessener Umgang mit ethnischen Gesichtspunkten ist erforderlich, setzt aber natürlich eine entsprechende Reflexion der Ziele voraus.

An Gemeinsamkeiten/ Überschneidungen ansetzen und Stereotype vermeiden

Das Trennende wird im gesellschaftlichen Diskurs und in der Kulturarbeit schon übermäßig thematisiert. Transkulturelle Zielsetzungen bilden hier ein Gegengewicht und fördern Überschneidungen zwischen den Kulturen, indem sie sie zum Ausgangspunkt der Kulturarbeit machen. Solche Überschneidungen, Übergänge und Anknüpfungsmöglichkeiten konkret auszuloten, ist demnach eine der zentralen Aufgaben der Kulturarbeit. Gleichzeitig sollte versucht werden, die Heterogenität der kulturellen Orientierungen und Interessen von MigrantInnen mit vergleichbarem kulturellen Hintergrund abzubilden, denn die deutschen Akteure eines Stadtteilfestes werden ja auch nicht ausgesucht, um »das typisch Deutsche« zu repräsentieren. Gerade in der stadtteilorientierten Kulturarbeit bietet es sich zum Beispiel an, interkulturelle Zielsetzungen über das Aufgreifen von Themen, die alle BewohnerInnen des Stadtteils betreffen, anzugehen.

Damit sollen Ansätze der Begegnung zwischen Deutschen und »Fremden«, die im Kern auf ethnischen Kriterien aufbauen, nicht grundsätzlich abgelehnt werden. Vielmehr ist selbstkritisch zu hinterfragen, inwieweit ethnische Stereotypen unreflektiert bedient werden und welche nicht intendierten Wirkungen mit einem solchen Ansatz verbunden sind. Sollen zum Beispiel kulturelle Ausdrucksformen griechischstämmiger Menschen auf einem Stadtteilfest präsentiert wer-

4 Dabei darf »kulturell« nicht mit »ethnisch« gleichgesetzt werden.

den, so hat man schnell eine Volkstanzgruppe bei der Hand, die schon auf vielen Festen vertreten war. Aber es ließen sich – sicherlich mit größerem Aufwand – auch griechischstämmige Menschen finden, die individuell geprägte, vielleicht auch manchen ethnischen Stereotypen widersprechende kulturelle Ausdrucksformen anzubieten haben.

Zielgruppen

»Ethnie« ist eine ungeeignete Kategorie für die Definition von Zielgruppen für die Kulturarbeit, denn man hat es mit Individuen zu tun, nicht mit Ethnien oder Kulturen. Diese Kategorie wird auch nur in Bezug auf MigrantInnen angewandt. Warum? MigrantInnen entwickeln ihre kulturellen Interessen ebenso wie »Einheimische« als handelnde Subjekte in Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Realität, in der sie leben.[5] Vor dem Hintergrund von Interkulturalität als Querschnittsaufgabe sind Zielgruppen grundsätzlich nach sich aus den Zielen der Arbeit ergebenden (themen-, generations-, geschlechtsspezifische, soziale etc.) Kriterien zu definieren. MigrantInnen sind dann »selbstverständlich« mit eingeschlossen. Um sie mit kulturellen Angeboten besser als bisher zu erreichen, sind aber migrationsspezifische Aspekte mit zu berücksichtigen, sowohl hinsichtlich kultureller Interessen als auch hinsichtlich von Zugangsmöglichkeiten und Kommunikationswegen. Interkulturelle Aspekte sind demnach beim »Marketing« von Kultureinrichtungen mit zu denken.

Partizipation

Partizipation, Mitgestaltung und die Förderung der Eigeninitiative sind zentrale Elemente einer Kulturarbeit, die sich auf die »Neue Kulturpolitik« beruft. Davon dürfen MigrantInnen nicht ausgeschlossen werden. In der kulturellen Praxis werden jedoch MigrantInnen meist als KünstlerInnen und Ausführende eingeladen und sind in der Konzeptentwicklung kaum involviert. Das hängt sicher damit zusammen, dass Konzeptarbeit meist Aufgabe von haupt- und ehrenamtlichen »Funktionsträgern« ist und hier gesamtgesellschaftlich – aber eben auch in der Kulturarbeit – MigrantInnen unterrepräsentiert sind. Grundsätzlich ist zu hinterfragen, welche Rolle und welchen Status MigrantInnen in der Einrichtung beziehungsweise in Projekten innehaben. Eine Quotenregelung wäre zwar nur eine »Krücke«, ist aber ein Schritt auf dem Weg zu strukturellen Veränderungen – allerdings mit der Gefahr, dass die MigrantInnen nicht nur als ExpertInnen für das Interkulturelle sondern auch als »StellvertreterInnen« ihrer Ethnie angesehen werden. Dass gesellschaftliche Partizipation eine wichtige Bedingung für eine erfolgreiche Integration ist, ist eigentlich eine Binsenweisheit. Kulturarbeit könnte hier eine Vorreiterrolle spielen, da sie sich besonders dazu eignet, individuelle und gemeinwesenorientierte Interessen im Sine bürgerschaftlicher Partizipation zusammen zu bringen.

5 Diese ist natürlich auch von migrationsspezifischen Erfahrungen geprägt.

Wie kann die Weiterentwicklung interkultureller Kulturarbeit gefördert werden?

Eine der Ausgangsthesen dieses Beitrages ist, dass sich interkulturelle Kulturarbeit aktuell in einer Phase der Neuorientierung befindet. In einer solchen Phase ist neben der finanziellen Förderung und praxisorientierten Qualifizierungsmaßnahmen besonders eine strukturelle Unterstützung des Diskussionsprozesses zur Entwicklung neuer Konzepte angezeigt. Das vorliegende »Jahrbuch für Kulturpolitik«, der 2. Kulturpolitische Bundeskongress »Inter.Kultur.Politik. Kulturpolitik in der multiethnischen Gesellschaft« und schon stattgefundene Workshops zum Beispiel der *Bundesvereinigung soziokultureller Zentren* und des *Hamburger Landesrates für Stadtteilkultur* sind hierfür wichtige Ansätze, müssten aber noch ausgeweitet und differenziert werden.

Für die gezielte Entwicklung von unterstützenden Maßnahmen ist eine genauere empirische Durchdringung des Arbeitsfeldes notwendig. Auch hier sind erste Schritte gemacht – beispielhaft genannt seien die in diesem Band vorgestellte Untersuchung des *Instituts für Kulturpolitik* »Situation und Aufgaben der interkulturellen Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen« und die im Auftrag der *Bundeszentrale für politische Bildung* 2002 durchgeführte explorative Studie »Interkulturelle Kulturarbeit in Kommunen«, die auch direkt nach dem Bedarf an Qualifizierungsmaßnahmen fragt. Auch wenn die Untersuchung für die Bundeszentrale nicht repräsentativ angelegt war, so zeigt sie doch deutliche Trends auf. Von den 246 antwortenden Kommunen bezeichnen drei Viertel mindestens eine mögliche Qualifizierungsmaßnahme als wichtig oder sehr wichtig. In Städten über 50 000 Einwohnern liegt dieser Anteil sogar bei 96 Prozent (20 000 bis 50 0000 Einw.: 81 %, 10 000 bis 20 000 Einw.: 66 %). Besonders gefragt sind Informationsmaterialien/Literaturtipps, Beratungs- und Serviceangebote, Workshops/Seminare/Trainings sowie die Förderung der Vernetzung. In den Anmerkungen zu den ankreuzbaren Antworten wurde zudem deutlich, dass von den Qualifizierungsmaßnahmen konkrete Anregungen für die Umsetzung in der Alltagspraxis der Kulturarbeit erwartet werden, indem zum Beispiel gelungene Projektbeispiele und Erfahrungen anderer Einrichtungen aufbereitet und vorgestellt werden. In diesem Zusammenhang müssten allerdings erst Kriterien für eine gelungene interkulturelle Kulturarbeit entwickelt werden. Dazu ist eine differenzierte Evaluation ausgewählter Projekte mit ganz unterschiedlichen Ansätzen in Kommunikation zwischen Theorie und Praxis notwendig.

Auch von weiteren empirischen Untersuchungen lassen sich Ideen für ein Modell zur kontinuierlichen Unterstützung des Arbeitsfeldes skizzieren. Langfristiges Ziel müsste ein aufeinander abgestimmtes und miteinander verschränktes System von finanziellen Förderprogrammen, Qualifizierungsmaßnahmen und vernetzenden Strukturen sein, das getragen wird von einem Kompetenznetzwerk aus Institutionen und ExpertInnen, die sich mit den Themenbereichen (interkulturelle) Kulturarbeit, Migration/Integration theoretisch und praktisch auseinander setzen. Eine solche Struktur garantiert die notwendige Flexibilität und Offen-

heit, um aktuell auf neue Themen und Aufgabenstellungen zu reagieren und bietet Andockmöglichkeiten für neue Kooperationspartner. Gleichzeitig sichert sie eine hohe inhaltliche Qualität und eine Anbindung an bestehende Strukturen.

Aus dem Kompetenznetzwerk heraus lassen sich konkrete Maßnahmen – wie zum Beispiel Broschüren, Workshops, Coaching- und Beratungsangebote, Internetforen – entwickeln. Als Einstieg in diese konkreten Maßnahmen bieten sich schriftliche Handreichungen und der Aufbau eines Internetforums an. Die kompakte Form von Handreichungen, in denen neben der Vorstellung von Projekten durch vergleichbare Projektprofile verschiedene alltagspraktische Informationen (Literaturtipps, wichtige Adressen, kommentierte Links ...) sowie inhaltlich-konzeptionelle Beiträge zusammengestellt sind, eignet sich besonders als Überblick über Ansätze und Fragestellungen in diesem Themenfeld. Es kann gleichzeitig als Grundlage für den Aufbau eines Internetforums dienen. Die Projekte können hier in einer Datenbank anschaulich multimedial vorgestellt und das Informationsangebot schnell aktualisiert und erweitert werden. Darüber hinaus bietet das Internet einfache Rückkopplungsmöglichkeiten zwischen den NutzerInnen und dem Kompetenznetzwerk, Coaching und Beratung können direkt angefragt werden, kommentierte Linklisten ermöglichen einen schnellen Zugang zu weiteren Themen- und Informationsfeldern etc.

Der Aufbau eines solchen Systems lässt sich natürlich nicht ohne langfristige finanzielle Förderung bewerkstelligen. Der allgemeine Konsens über die Bedeutung von Kultur und Kulturarbeit für gesellschaftliche Verständigungs- und Integrationsprozesse steht in keinem Verhältnis zu den öffentlichen Mitteln, die für interkulturelle Kulturarbeit zur Verfügung gestellt werden. So wichtig auch die Unterstützung einzelner interkultureller Projekte ist, fehlt es doch insbesondere an langfristig angelegten und konzeptionell durchdachten Strukturen zur nachhaltigen Förderung des gesamten Arbeitsfeldes.

Literatur

Ayim, May (2002): »Drei afro-deutsche Frauen im Gespräch«, in: dies.: *Grenzenlos und unverschämt*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 20-44

Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V. (Hrsg.) (2002): *Informationsdienst Soziokultur*, Ausgabe 1/2002

Wagner, Bernd (Hrsg.) (2001): *Kulturelle Globalisierung. Zwischen Weltkultur und kultureller Fragmentierung*, Essen

Wagner, Bernd (2000): »Multikultur als ›Leitkultur‹. Ein ärgerlicher Anlass und eine notwendige Diskussion«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 91 (IV/2000), S. 36-43

Welsch, Wolfgang (1997): *Transkulturalität. Die veränderte Verfassung heutiger Kulturen* (28.2.1997), http://tzw.biz/www/home/print.php?p id=409

Kunst und Kulturarbeit im Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen

Eine Umfrage unter Künstlerinnen und Künstlern

1. Was können Kunst und Kulturarbeit Ihrer Ansicht nach zum Gelingen des friedlichen Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen beitragen?
2. Welche *kulturpolitischen* Weichenstellungen sind für Sie in den nächsten Jahren unbedingt erforderlich bzw. wünschenswert?
3. Sollte es eine besondere Förderung von Kunst und Kultur von Migranten und Migrantinnen geben?

■ TCHEKPO DAN AGBETOU, *Tänzer*

In der Kunst als Kommunikation zwischen den verschiedenen Kulturen nimmt der Tanz für mich einen hohen Stellenwert ein. Er dient in vielen Kulturen als wichtigstes Ausdrucksmittel tiefer Gefühle. Ich sehe hierin eine Möglichkeit, das Interesse eines breitgefächerten Publikums unterschiedlicher Kulturen zu erreichen, da die sprachlichen Barrieren durch den Körperausdruck überwunden werden. Produktionen, die Themen aus verschiedenen Kulturen aufnehmen und mit aktuellen gesellschaftskritischen Hintergründen verarbeiten, können positive Beiträge des besseren gegenseitigen Verstehens sein.

Die Kulturarbeit in den Schulen sollte intensiver und gezielter werden. Die Kunst mit ihren verschiedenen Facetten müsste einen höheren Stellenwert einnehmen und somit bereits bei den Kindern unterschiedlicher kultureller Herkunft gegenseitiges Verständnis und Toleranz wecken. Auch in vielen Bereichen der Medien wird der Kunst zu wenig Beachtung geschenkt und weckt so bei den Konsumenten wenig Interesse. Hier ist intensivere Kulturarbeit gefragt.

Im kulturpolitischen Bereich wünsche ich mir für die Zukunft mehr Flexibilität und Öffnungen in jeder Hinsicht.

Neben der gleichgestellten finanziellen Förderung sollte eine besondere Unterstützung von Kunst und Kultur vor allem im Hinblick auf die Möglichkeit der Weiterentwicklung und Zusammenarbeit mit anderen nationalen und internationalen künstlerischen und kulturellen Akteuren bestehen.

■ PANTEA BAHRAMI, *Filmemacherin*

Interkulturelle Arbeit zeichnet sich dadurch aus, dass sie Berührungspunkte zwischen den Kulturen ermöglicht. Dafür braucht man Akzeptanz und Toleranz. Kunst zeigt sich unterschiedlich in ihrem jeweiligen kulturellen Kontext.

Der erste Schritt für ein friedliches Zusammenleben ist Akzeptanz der Andersdenkenden in der eigenen und in fremden Kulturen. Obwohl es eigentlich keine fremde Kultur in diesem Sinne gibt. Die verschiedenen menschlichen Kulturen haben sich so mit einander verwoben, dass man völlig fremde Kultur nicht finden kann. Es gibt immer Berührungspunkte, die man kennt und mit denen man sich identifizieren kann. Um Andersdenkende zu akzeptieren, braucht man Mut, Toleranz und Unbefangenheit, um ihnen möglichst vorurteilsfrei zu begegnen.

Ich werde auf zwei Punkte, die mir wünschenswert sind, eingehen.

In der Unterstützung des muttersprachlichen Unterrichts sehe ich einen wichtigen Baustein interkultureller Arbeit. Meine persönliche Erfahrung und auch weitgehend die Erfahrung in Europa hat gezeigt, dass die Kinder, die in Migrantenfamilien aufwachsen, sich nach der Pubertät heftig mit Fragen nach der eigenen Identität auseinandersetzen: Wer bin ich? Woher komme ich? Was ist meine Kultur? Zu welchem Kulturkreis gehöre ich? Was ist meine Muttersprache? Dieser Personenkreis kann sich nur mit beiden Kulturkreisen identifizieren, wenn er das Gefühl hat, dass es gegenüber seiner Muttersprache und Kultur Respekt gibt. Also wird in der Grundschule, der Gesamtschule, dem Gymnasium »meine Muttersprache« anerkannt und kann ich diese irgendwo vernünftig lernen. Diese Annerkennung von Seiten der Gesellschaft führt dazu, dass der Dialog der Kulturen und die interkulturelle Arbeit leichter gemacht werden als es jetzt der Fall ist, denn man wird dann nicht von der eigenen Kultur entfremdet. Allein durch das Kennenlernen der zwei Kulturen (Sprache ist ein Teil der Kultur, die Kultur im Elternhaus und die Kultur des Gastgeberlands Deutschland) steigt die Toleranz. Man sieht, dass Unterschiede und Diversität gleichzeitig existieren können. Für andere europäische Länder ist die Förderung des muttersprachlichen Unterrichts eine Selbstverständlichkeit.

Für sie ist dies nicht nur kulturell wichtig, sondern auch aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung, da die Kinder von heute, morgen als Investoren und Unternehmer in ihren Heimatländern tätig sein werden und sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen Ländern und Deutschland verbessern und mehr wirtschaftlichen Gewinn bringen.

Der zweite Punkt, der mich hier sehr stört und wo ich mir eine gravierende Änderung wünsche, ist das Bildungssystem. Bildung ist ein wichtiger Baustein der Kultur und der Gesellschaft, und die Trennung der Kinder aus dem Klassenverband ab dem 5. Schuljahr, wie zum Beispiel hier in Nordrhein-Westfalen, stellt eine frühe Trennung dar. Nicht in allen Bundesländern ist dies der Fall. Aber gerade in Nordrhein-Westfalen, wo eine Vielzahl der MigrantInnen oder Inländer (Menschen mit Migrationhintergrund) leben.

Kulturelle Berührungspunkte und interkulturelle Arbeit fängt in der Grundschule und sogar schon im Kindergarten an. Vier Jahre für diese Begegnung der Kinder ist nicht ausreichend. Die Kinder fangen ja gerade erst an, sich gegenseitig kennen zu lernen. Sie werden nach vier Jahren aussortiert werden und zwar nach dem Kriterium der Leistung.

Diese Leistung kann nicht unter gleichen Bedingungen für deutsche und nichtdeutsche Menschen erreicht werden. Die Leistungsanforderungen für Kinder mit Migrationshintergrund im Gymnasium erfolgt nicht Schritt für Schritt sondern wie ein Bombardement. Die Sortierung der Kinder nach der 4. Klasse ist zu früh. Das soll geändert werden und daneben müssen wir für den Aufbau von Ganztagsschulen in den nächsten Jahren dringend etwas tun. Daneben ist die Sonderförderung der InländerInnen (Kinder mit Migrationshintergrund) erforderlich.

Fakt ist, dass sowohl deutsche KünstlerInnen aber auch die KünstlerInnen mit Migrationshintergrund es schwer haben, für ihre künstlerische Arbeit Förderung zu bekommen. Meiner Ansicht nach, soll die interkulturelle Kunst und Kultur auf jeden Fall in diesem Land besonders gefördert werden. Das wird auch ein Impuls sein, dass verschiedene Gruppierungen zusammen arbeiten oder die Qualität der Arbeit interkulturell wird. Aber nicht nur große Projekte sollen gefördert werden, sondern auch viele kleine.

■ SIIR ELOGLU, *Schauspielerin: Viele Herzen haben Angst*

Kunst – und die dazugehörige Kulturpolitik von Seiten eines Staates – ist meiner Meinung nach maßgeblich für ein friedliches Miteinander nötig, denn sie bedient sich einer universellen Sprache, die keine Übersetzung braucht – trifft sie doch, wenn sie von guter Qualität ist, mitten ins Herz, und zwar in jedes. Dort ist das Zentrum des Friedens. In den Herzen.

Doch nicht jedes Herz ist dafür gemacht, das Neue aufzunehmen, das plötzlich bei ihm anklopft.

Denn viele Herzen haben Angst.

Angst vor dem Fremden, dem Unbekannten. Ihnen fehlt die Neugier, die Lust, das Andere kennen zu lernen und dann vielleicht zu mögen.

Die Neugier nach Folklore oder Döner wurde hinlänglich gestillt. Aber es fehlt die Neugier auf die heutige Kultur der Länder, aus denen wir kommen. Wer kennt zeitgenössische Autoren, Musiker oder Maler aus unseren Herkunftsländern?

Nennen Sie mir einen Einzigen.

Schwer, nicht?!

Auf meinem Gymnasium wurden natürlich neben deutschen Schriftstellern auch amerikanische, englische oder französische Autoren gelesen. Kein einziger Türke, Italiener oder Spanier waren dabei. Den Schulen ist an dieser Stelle kein Vorwurf zu machen, denn Autoren aus den Ländern der hier als »ausländische MitbürgerInnen« bezeichneten Menschen gibt es wirklich selten in deutscher Übersetzung, wobei die Italiener und Spanier schon etwas aufgeholt haben. Europa lässt grüßen. Und die Türkei klopft an.

Liegt die Verantwortung hierfür nur bei den Verlagen, die sich nicht für sie interessieren?

Ich glaube nicht.

Wenn Deutschland sich ein, auch mit den Steuergeldern der hier lebenden Ausländern finanziertes *Goethe-Institut* leistet, um seine Kultur in die Länder zu bringen, aus denen viele dieser Steuerzahler kommen, warum wird nicht auch Geld ausgegeben, um die zeitgenössische Kunst dieser Länder nach Deutschland zu holen?

Der Staat muss ein Zeichen geben, dass er sich für die seit über 40 Jahren hier lebenden Menschen interessiert. Ein Interesse, an ihrem Gestern und an ihrem Heute – jenseits ihrer Arbeitskraft. Das Zuwanderungsgesetz, das leider gescheitert ist, war ein Anfang.

Kulturpolitische Gespräche müssen mit den ausländischen Künstlern geführt werden und nicht nur über sie. Ich finde es erstrebenswert, eine Gleichstellung zu erreichen, die sich in allen Bereichen des öffentlichen Lebens widerspiegelt, statt differenziert zu fördern. Und das ist auch eine Aufgabe der Medien.

Das Fernsehen als das Massenmedium tut immer noch so, als würde der »Türke« immer nur Gemüse verkaufen und/oder mit Rauschgift dealen oder/und seine Frau prügeln. Idealerweise alles zusammen. Leider hinken die öffentlich-rechtlichen Sender den Privaten in diesem Punkt sehr hinterher. Diese werden zwar von uns mitfinanziert, aber wir werden nicht von ihnen gesehen. Es gibt genauso vielfältiges türkisches Leben in Deutschland wie es unterschiedliches deutsches Leben in Deutschland gibt. Es gibt genauso wenig *den* Türken wie *den* Deutschen.

Das gilt es zu zeigen. Damit es uns trifft, mitten ins Herz.

Jetzt.

■ Nikša Eterovic, *Theaterregisseur:* *Interkulturalität als nationale Identität*

Was bedeutet und impliziert das Wort »Kulturaustausch«? Im Grunde umfasst es einen längeren Prozess, den ich hier skizzieren möchte. Kulturaustausch, das bedeutet zunächst einmal die Möglichkeit, mich über künstlerische Arbeiten aus anderen Kulturen informieren zu können. Das heißt für mich als Theatermann:

Mir Inszenierungen ausländischer Bühnenkünstler ansehen zu können. Eine solche Konfrontation regt zur Erforschung der Hintergründe des Gesehenen an. Ich will dann wissen, warum jemand so eine Form von Theater macht. Ich frage nach den persönlichen Motivationen sowie nach den dort angewandten kulturspezifischen Ausdrucksmitteln. Diese werden von mir nicht nur erforscht, sondern – sofern sie mich besonders interessieren – bewusst herausgenommen und in meine Ästhetik integriert. Oft entsteht durch diese Adaption etwas völlig Neues. Dieser Prozess der Rezeption sowie aktiver Integration und Adaption ist ein »Kulturaustausch«.

Bezüglich der Bereitstellung von »Forschungsmaterial« ist Berlin nach wie vor kaum zu überbieten. Diese Stadt ist ein kulturelles »Exotenrestaurant«, in dem man ausländische Klassiker wie Peter Brook oder Yoshi Oida bis hin zu polnischen Nachwuchsgruppen sehen und studieren kann. Die Gastspielpalette ist vorbildlich breit gefächert, da bleibt kein Wunsch offen. Nur: Wie man oben entnehmen kann, ist die Ermöglichung von Rezeption, von Sehen-können »lediglich« die erste Stufe im Prozess des Kulturaustauschs. Jetzt beginnt erst die Verarbeitung der Information, die durch das Gesehene ausgelöste kreative Handlung. Aber wie ist eine solche Verarbeitung, eine solche Adaption möglich, wenn die Entstehung multikultureller Projekte so wenig gefördert wird?

Um den Prozess des Kulturaustauschs in ganzer Konsequenz zu Ende führen zu können (und nur dann ist er wirklich sinnvoll), muss man in Projekte investieren, die von hier lebenden Künstlern aus verschiedensten Kulturkreisen gemeinsam realisiert werden können; oder auch in Projekte von solchen, die man via Stipendium in dieses Land holt, damit sie hier arbeiten können. Es sollte ein, von kommerziellem Druck befreiter, öffentlich geförderter Spiel-Raum geschaffen werden, in dem künstlerische Vertreter verschiedener Kulturen sich austauschen und zusammen experimentieren können. Ein Raum, in dem auch »Misserfolge« möglich beziehungsweise legitim sind. Denn auch ein gescheitertes Projekt hat immer noch vielerlei Austausch und das Theater ergo weitergebracht.

Bevor Derartiges eingeleitet werden kann, wäre zuvor ein Umdenken in mehrfacher Hinsicht notwendig. Es ist wichtig, dass die Politik die hier lebenden Künstler aus anderen Kulturen *tatsächlich* wahrnimmt. Indem sie zum Beispiel aufhört, letztere ausschließlich als integrationsbedürftig zu verstehen, sondern das bereichernde Potential einer fremden Kultur (an-)erkennt. Nicht Integration, sondern aktiver Kulturaustausch, kreatives Miteinbringen der eigenen Kultur in die hiesige – das sollte gefordert und gefördert werden. Außerdem muss die Politik endlich aufhören, das so genannte »Ausländerproblem« als Ablenkung für die wirklichen Probleme in diesem Land zu missbrauchen. Ein Verzicht auf derartigen »Populismus« ist im ureigensten Interesse dieses Landes. Denn nur wenn man den Mut hat, anstelle von Sündenböcken die realen Probleme zu benennen und anzugehen, hat man auch eine Chance, sie zu lösen. Wenn man Ausländer endlich von dem Objekt-Status des Sündenbocks befreit hat, wird man auch leichter in der Lage sein, sie als kulturelle Bereicherung für dieses Landes zu verstehen.

Es geht darum, den Kulturbegriff in Deutschland neu zu definieren. Nationale Kultur, das muss in Zukunft das Zusammenspiel internationaler Impulse sein. Interkulturalität als nationale Identität. Dadurch macht man Deutschland keineswegs zum »Einwanderungsland«, wie manche jetzt befürchten werden. Denn die »Ressourcen« dazu sind längst da. Um dieses Potential freizusetzen, bedarf es lediglich eines anderen Umgangs mit den Ausländern und mit den von ihnen ausgehenden kulturellen Impulsen.

Solange sich ein solches Selbstverständnis noch nicht etabliert hat, ist die Frage, ob es eine besondere Förderung von Kunst und Kultur von Migrantinnen und Migranten geben soll, leider noch mit »Ja« zu beantworten. Denn eine spezielle Förderung, mag sie auch noch so niedrig sein, bedeutet die symbolische Anerkennung eines Personenkreises als »förderungswürdig«, als »erwünscht«. In Bezug auf Ausländer bedeutet das: Anerkennung und Förderung des Rechts auf eigene Kultur sowie des Rechts, diese Kultur mit der hiesigen zu vermischen.

■ Anna Ikramova, *Komponistin und Musikpädagogin: Musik-(t)räume*

Niemand bestreitet den Wert und die Bedeutung von Bildung, besonders im Kontext der Integration und im Hinblick auf die PISA-Ergebnisse.

Die Vorstellungen gehen allerdings auseinander in Bezug auf die Frage, was Bildung ist und welche Merkmale einer gebildeten Persönlichkeit von Relevanz sind.

Als bewiesen gilt jedoch, dass Bildung etwas mit dem Zugang zum menschlichen Kulturgut zu tun hat. Die Schulbildung – besonders auf ihrer untersten Stufe, in ihren Problemzonen, wo traditionell eine hohe Konzentration von Migrantenjugendlichen ist – orientiert sich ausschließlich an den handfesten Fähigkeiten, eben an denen, die von der PISA-Studie geprüft wurden, und hält den künstlerischen Bereich für ihre Klientel für verzichtbar. Besonders hart trifft das die Musik; die Beschäftigung mit ihr wird ab und zu als eine Art Therapie für schwierige Fälle eingesetzt, sonst ist sie Pflichtübung.

Die Welt der Kunstmusik entfernt sich von der heranwachsenden Generation mehr und mehr. Es ist nicht nur so, dass dem Schulmusikunterricht sinngemäß so gut wie keine Bedeutung beigemessen wird; die ganze Welt des musikalischen Denkens, die historischen Kontexte, die Semantik jenseits des hörbaren Klangs bleibt oft selbst den Lehrkräften (aufgrund ihrer Ausbildung) verschlossen.

Helmut Plessner beschrieb die Musik als einen besonderen Raum, welcher sich dort auftut, wo die Sprache nichts mehr vermag; »Du Sprache wo Sprachen enden«, wird sie von Rilke genannt. Wir sind zu Augenmenschen geworden, umgeben von bunten Bildern. Die Beschäftigung mit Musik verläuft auf einer ganz anderen mentalen Ebene, die den Alltag hinter sich zu lassen zwingt. Im Hinblick auf sprachliche Barrieren und kulturelle Unterschiede tut sich hier eine unschätzbare Chance auf, die bis jetzt so gut wie nicht genutzt wird.

Das liegt oft daran, dass Musik jenseits der Unterhaltung als etwas Akademisches und Verstaubtes, wozu man keinen Bezug mehr hat, oder als etwas Schwieriges (man muss was können) wahrgenommen wird. Dabei bietet gerade die so genannte Neue Musik die Möglichkeit zum kreativen Einsatz von modernen Mitteln, vor allem des Computers; die Beschäftigung mit neuen Medien ist vielen Jugendlichen, darunter auch ausländischen, vertraut und hat enorme sowohl pädagogische als auch künstlerische Wirkung. Für kollektive Kreationen mit mehreren Beteiligten ist das Internet eine gute Plattform, außerdem kann interregional gearbeitet werden.

Es wäre denkbar, eine Reihe von Musikprojekten zu starten, die – grob umrissen – zur Gattung elektronische Musik/akustische Kunst/Klanginstallation gehören, von Komponisten oder Klangkünstlern geleitet werden und vor allem für die künstlerische Beteiligung von Migrantenkindern und -jugendlichen konzipiert würden. Das hätte nicht nur einen rein erzieherischen bzw. Bildungs-Zweck; die authentischen (künstlerische) Beiträge von Jugendlichen mit einem bestimmten Lebensumfeld sind oft von einem enormen Erfahrungs- und Kunstwert. Es würde ihrer Lebenswelt eine Stimme und eine adäquate Sprache geben.

Ein Beispiel: »Virtual hear-space«
Der Klang kann Räume beschreiben; durch ihn kann man Räume gestalten; im Klang können Räume aus dem Nichts entstehen und wieder verschwinden.

Die von Dir erschaffenen akustischen Raum-Welten werden ein Teil der Internet-Sound-Metropolis; der Besucher kann einen virtuellen Spaziergang durch sie machen, wie mit verbundenen Augen durch eine Galerie von Träumen.

Vielleicht wird unser »hear-space« auch unseren realen Lebensraum verändern, zum Beispiel als eine Klanginstallation an einem unerwarteten Ort; man stelle sich vor, der exotische Wald erklingt in einer Bahnhofshalle.

In den neuen Medien existieren unendlich viele virtuelle Räume, vor allem im Bereich Computerspiel.

Die virtuellen Welten sind dem jungen Zeitgenossen manchmal vertrauter, als die Fußgängerzone seiner Heimatstadt, die virtual reality betritt und erforscht er täglich, aber nicht nur; viele Jugendliche und junge Erwachsene finden dort ein unendlich weites Feld für ihre Kreativität und Fantasie. Mit dem Projekt »hear-space« wird den jugendlichen *sound-artists* die Gelegenheit geboten, ein rein akustisches Kunstwerk im Internet zu bauen, eine neue Plattform für ihre Ideen zu schaffen; die ihnen vertrauten Klangwelten erscheinen in einem neuen Kontext. Als sehr fruchtbar kann sich der Erfahrungsaustausch untereinander und das gemeinsame Basteln an einem Kunstwerk erweisen.

Auch junge Menschen, die keine Erfahrung mit elektronischem Sounddesign und eine eher klassische musikalische Vorbildung genossen haben, empfinden *akustische Kunst* als die Chance, ihre Kräfte auf dem breiten Feld zeitgenössischer Komposition auszuprobieren, ihre Kreativität im Klang pur auszuleben, und die Erlebnisse ihrer Umwelt zu verarbeiten. (Siehe hierzu einen vergleichbarer Ver-

such mit der *Musikschule Bochum*, bei dem es darum ging, mit elektronischen Mitteln akustische Kunstwerke zum Thema Zeit zu erschaffen und via Internet zu präsentieren. Die 16 sehr unterschiedlichen Klangkunstwerke kann man unter www.sound-art-net-work.de hören.)

Interessant wäre es, die im Internet entstandenen Klangräume in einen oder mehrere reale (Lebens-)räume zu übertragen; wie eine andere Welt kann der künstlerische Klangraum durch die Klänge des (vertrauten) Alltags durchschimmern, den öffentlichen Räumen für eine kurze Zeit eine neue, fantastische Perspektive geben.

Man könnte sogar gezielt einen solchen Ort auswählen – etwa eine bestimmte Bahnhofshalle oder einen Industrie-Raum – und die jungen Künstler anregen, ihn – zuerst virtuell – mit ihren Klängen zu verwandeln.

Eine gewisse Verschmelzung der Realität und der Virtualität einerseits, ein neuer Bezug zu den Schauplätzen des öffentlichen Lebens, zum Lebensraum andererseits, gehören, außer den Kunstwerk schlechthin, zu den möglichen Projektergebnissen.

■ Andy Dino Iussa, *Theaterregisseur: Aus ganzem Herzen und tiefer Einsicht*

Das Leben ist nur durch gegenseitige Missverständnisse erträglich.
(Claudio Magris)

Künstlerische Prozesse ermöglichen eine Überprüfung der eigenen, mithin der gesellschaftlichen Haltungen und Positionierungen auch und gerade durch Begegnungen mit dem Fremden. Die Mitwirkenden eines interkulturellen Kunstprojektes erfahren im Idealfall eine Bereicherung oder Transformation des Ichs und erleben in der künstlerischen Arbeit die eigenen Stärken und Potentiale wie auch die der anderen Beteiligten und eben nicht die Bestätigung von vorherrschenden Vorurteilen und Klischees. Wenn etwa das Medium Theater konsequent altmodisch-innovativ als Ort öffentlicher Wertschöpfung genutzt wird, an dem Möglichkeiten des Mensch-Seins über künstlerische Abstraktion *und* soziale Reflexion erprobt werden, dann trägt es bei Darstellern *und* Zuschauern dazu bei, Chancen und Lebenswert eines friedvollen und offenen Miteinanders zu erkennen und sich vielleicht sogar dafür zu engagieren. Diese Erfahrung habe ich mit den *Ratten* an der *Berliner Volksbühne* und dem Theater *ArbeitslosenWalzer* in Wuppertal machen können. Dabei hat sich gezeigt, dass Kunst eine hohe soziale Relevanz und Wirkung und zugleich eine künstlerisch-ästhetische Erneuerungskraft haben kann. Für DarstellerInnen und Mitwirkende haben sich Wege gezeigt, das vorher scheinbar unüberbrückbare Spannungsfeld zwischen ihren zum Teil sehr individuellen Persönlichkeiten und der gesellschaftlich-politischen Realität lebbar zu gestalten. Aus Gesprächen mit Zuschauern weiß ich, dass viele von ihnen

Muhsin Omurca, Kabarettist und Cartoonist

durch ihr Theater-Erlebnis zu einem offeneren und akzeptierenden Umgang mit gesellschaftlich marginalisierten Menschen gefunden haben.

Und ich habe erlebt, wie europaweit renommierte KünstlerInnen Inszenierungsprojekte aufgegeben haben, weil sie der Ansicht waren, dem dramatischen Stoff und seiner Idee nicht näher kommen zu können, als es etwa die *Ratten* in bestimmten Inszenierungen geschafft haben.

Diese beiden Beispiele (Die *Ratten* sind ein Obdachlosentheater; der *Arbeitslosen-Walzer* arbeitet mit KünstlerInnen und mit in vielerlei Hinsicht an den Rand gedrängten Menschen) deuten schon an, dass es nicht grundsätzlich um ein die MigrantInnen allein betreffendes Thema geht. Die Integration von MigrantInnen und die Akzeptanz von Unterschiedlichkeit sind existentielle Problemfelder menschlicher Gemeinschaften, die etliche gesellschaftliche Gruppen (Obdachlose, Arbeitslose, Kranke, Alte, Häftlinge u. v. m.) betreffen und nicht zuletzt die, die »urdeutscher« Herkunft sind (falls es das gibt) und ihren Platz in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft inne haben. Es betrifft alle hier lebenden Menschen.

Einige Gruppen von MigrantInnen haben das Problem, dass es sehr schwer erscheint, Angehörige dieser Gruppen für kulturelle Projekte zu gewinnen, weil man zu wenig von ihren Bedürfnissen und kulturellen Hintergründen weiß (so gibt es gegenwärtig erhebliche Abschottungstendenzen etwa bei SpätaussiedlerInnen). In einer vielleicht etwas weniger starken Ausprägung stellt sich dieses Problem aber immer, will man mit gesellschaftlich Marginalisierten künstlerisch arbeiten. Es ist eine Frage der Herangehensweise; als ProjektleiterIn muss man offen und neugierig sein, zuhören können, sich informieren und vor allem: die Menschen absolut ernst nehmen. Und zugleich Persönlichkeit zeigen und Überzeugungen konsequent vertreten.

Auch dort, wo das Thema »Integration« nicht explizit Gegenstand eines künstlerischen Projektes ist und auch da, wo keine MigrantInnen beteiligt sind, geht es

doch fast immer um die existentiellen Fragen des Menschenlebens; es sei denn, es handelt sich um *l'art pour l'art* – und die ist ohnehin eher am Stadttheater aufgehoben, im Verein mit Hybris, Ignoranz und der Angst vor der Erschütterung der künstlerischen Selbstgewissheit.

Wer einmal erlebt hat, was es bedeutet, Andersartigkeit anzunehmen und offen-friedlich mit ihr umzugehen, der wird diesen Weg der Akzeptanz und des Miteinanders wahrscheinlich nicht auf eine gesellschaftliche Gruppe beschränken. Es ist ein universelles, soziales Lernen, allgemein gültig. Jedes Projekt, das diesem Lernen Vorschub leistet, fördert die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft – ob Kultur von MigrantInnen oder von Obdachlosen (wobei es auch hier erhebliche Schnittmengen gibt).

Wollen sich Projekte in der Freien Szene entwickeln, sind sie auf die Förderung durch die Kommune, das Land und Einrichtungen wie *Fonds Soziokultur* oder die *LAGs* angewiesen. Hier gibt es zwar relativ klare Förderkriterien, die Entscheidungen zur Mittelvergabe bleiben aber undurchsichtig und erscheinen bisweilen willkürlich.

Die Erfahrung zeigt zudem, dass vieles von der Persönlichkeit des/der jeweiligen Ansprechpartners in der betreffenden Förderinstitution abhängig ist. Es ist wie in der Grundschule: Entscheidend für die Qualität des sozialen und kognitiven Lernens der Kinder ist die Person des Lehrers oder der Lehrerin. Mit anderen Worten: reine Glückssache!

Eine grundsätzliche Notwendigkeit scheint mir also darin zu liegen, Verantwortliche in Kultureinrichtungen und kulturpolitischen Institutionen auf kommunaler, Landes- und Bundes- sowie Verbandsebene – aber auch KünstlerInnen – über fremde Kulturen und vor allem über die gesellschaftliche Wirklichkeit sowie die Notwendigkeit breit angelegter (interkultureller, oder offener: sozial relevanter) Kulturarbeit genauer zu informieren.

Aktuelle Überlegungen, Kunst und Kultur von MigrantInnen durch Einrichten gesonderter Fördertöpfe zu unterstützen, bergen die Gefahr, die gesellschaftliche Wirklichkeit in Deutschland selektiv wahrzunehmen und isolierte Gruppen erst zu schaffen, wo möglicherweise gar keine waren. Sind denn die MigrantInnen der zweiten und dritten Generationen VertreterInnen einer fremden Kultur? Oder handelt es sich hier nicht viel mehr um Protagonisten einer neuen, jungen Kultur, die in Deutschland geboren wurde, sich hier entwickelt hat und so sich in keinem anderen Land hätte herausbilden können?

Die Schaffung immer neuer, dem jeweiligen politischen Erkenntnishorizont entsprechenden Fördertöpfe, kann zur Folge haben, dass verschiedene kulturelle Gruppen und Akteure gegeneinander ausgespielt werden. Denn wo ein neuer Topf aufgemacht wird, muss in der Regel ein anderer geschlossen werden.

Um dann weiterhin an den entsprechenden Mitteln zu partizipieren, gehen viele Kulturbetriebe dazu über, ihre geplanten Projekte schlicht »umzustricken« beziehungsweise sie an den neuen Kriterien entlang zu konzipieren, ohne inneren und drängenden Bezug zum Thema. Das führt zu einer häufig sehr oberflächli-

chen Beschäftigung mit der Thematik, so dass nur sehr selten eine substantielle soziale und künstlerisch-ästhetische Erweiterung des gesellschaftlichen Horizonts erreicht wird. Statt dessen erlebt man vielfach das pittoreske Abbilden von Randkulturen oder die Reproduktion oberflächlicher Klischees und Vorurteile.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Konzentration der Anstrengungen und Förderungen auf ein isoliertes Thema »Interkultur/MigrantInnenkultur« nicht ungefährlich. Angemessener wäre die Zugrundelegung eines umfassenderen Verständnisses von Kunst und Kultur. Ein »ganzheitlicher« Kulturbegriff umfasst selbstverständlich auch interkulturelle Themen. Gleichwohl muss der Kunst die Möglichkeit erhalten bleiben, grandios scheitern zu dürfen. Kunst muss Haken schlagen dürfen. Auch intuitiv, aus dem Moment heraus, scheinbar ziellos. Das, was den Unterschied zwischen »Sozialarbeit« und »Kunst aus sozialer Verantwortung« ausmacht, darf nicht durch enge Förderraster abgetötet werden. Kunst hat unterschiedliche, gegensätzliche Ansätze, denen ein solches Raster nicht grundlegend entsprechen kann. Es wird den Möglichkeiten von Kunst nicht gerecht, sondern schränkt sie ein.

Ich würde mir eine weniger eng auf Schubladen ausgerichtete, viel mehr offene Kulturpolitik wünschen, die sich der Kunst und Kultur(-förderung) aus *ganzem Herzen und tiefer Einsicht* heraus verschreibt – im Bewusstsein, dass vor allem sozial relevante Kunst und Kultur die einzige wirkliche Chance bieten, ein menschenwürdiges Leben für alle in Zukunft zu gestalten.

■ NURI KARADEMIRLI, *Komponist und Musiker: Kulturelle Bildung in neuen Horizonten*

Seit der »Gastarbeiterfunktion« der türkischen Gesellschaft sind mehrere Generationen herangewachsen, deren Wurzeln mit der Zeit immer weiter in den Hintergrund gedrängt werden. Ein Schleier, der die kulturelle Identität nicht mehr oder nur noch schwerlich erkennen lässt. Ein friedliches Zusammenleben erfordert die notwendige Anpassung, insbesondere Weiterentwicklung der verschiedenen Kulturen. Das Verschmelzen der Kulturen ist ein bereits unausweichlich erfolgter Prozess, dem bislang zu wenig Bedeutung beigemessen wird. Dieser offensichtliche Prozess kann nicht durch Augenbinden oder Scheuklappen aus den Herzen verbannt werden, ohne prägende Spuren zu hinterlassen.

Die Erfahrung in den Heimatländern als »Deutsche« oder die »Verdeutschten« und in Deutschland als »die Ausländer« in Schubladen gesteckt zu werden, kann zum Wunsch führen, sich gegen die bereits erfolgte interkulturelle Verschmelzung zu wehren. Mit der Musikkunst und der dazugehörigen Kulturarbeit möchten wir nicht nur den »Deutschen«, den »Verdeutschten« und den »Ausländern« die Augenbinden lösen, sondern einen Raum der Nichtfremdheit schaffen. Denn die Musik als Ganzes kennt keine Ausgrenzung, sie schafft vielmehr eine frei passierbare Brücke, eine von Berührungsängsten freie Reise zwischen den Kulturen.

Auch in den nächsten Jahren ist weiterhin daran festzuhalten beziehungsweise ist es ein unabdingbares Gebot, den Deutschen und in Deutschland lebenden Bürgern einen multikulturellen Raum zu bieten, insbesondere jedoch eine neue Heimat zu schaffen, die zwar bereits existiert, aber noch wie durch eine kulturelle Landkarte den Menschen zugeführt werden muss.

Leider trifft die Realisierung und Aufrechterhaltung einer solchen Kulturarbeit auf Zwänge der Finanzierung. Die Forderung nach einer ausreichenden Finanzierung durch staatliche Kulturpolitik ist aber ein »Muss«. Geschieht dies nicht, ist das ein Ausdruck davon, dass die kulturelle Wichtigkeit dieser Aufgaben von der staatlichen Kulturpolitik noch nicht entsprechend gesehen wird. Es geht heute darum, gerade hier Augenzeuge von bedeutungsvollen Fördermaßnahmen zu sein und nicht von Fehlfinanzierungen.

Mit der Arbeit der *Kulturpolitischen Gesellschaft* und der Durchführung des kulturpolitischen Bundeskongresses zur Interkulturpolitik wird dabei ein Schritt in die richtige Richtung getan.

■ MARIO DE MATTEIS, *Lehrbeauftragter: Sprache und Kultur der Italiener in Deutschland*

Die Migration als kulturpolitisches Phänomen bestimmt in starkem Maße jede Bemühung um die Integration der Nationen, die das alte Europa bilden. Obwohl es sich bei der Migration in der Tat um ein breites, vielfältiges Untersuchungsfeld handelt, das reich an Impulsen ist, ist das Engagement der Wissenschaftler zahlreicher Disziplinen dennoch sehr gering.

In unserem Seminarprojekt an der *Ruhr-Universität Bochum* untersuchen wir den bisher wenig erforschten Zusammenhang zwischen Sprache und Kultur der in Deutschland lebenden Italiener. Während der bis jetzt durchgeführten Seminarsitzungen hat sich die Diskussion über die möglichen Definitionen von »Kultur«, »Interkultur« oder »Multikultur« und deren vorgeschlagenen Bedeutungen als sehr aufschlussreich erwiesen.

Die im Rahmen des Seminars bisher durchgeführten Arbeiten haben unsere Prämissen bestätigt:

Erstens dass Zusammenhänge zwischen Integrationsbemühung, Identitätsfindung und -sicherung und sprachlicher Kompetenz bei Schulkindern bestehen[1] (*soziolinguistische interkulturelle Prämisse*), und

zweitens dass das Prinzip der Gleichheit und Würde aller Kulturen eine selbstverständliche Voraussetzung für die Bedeutung der Soziokultur[2] des Einzelnen in seiner Beziehung zur Kultur des Gastlandes darstellt (*kulturelle Prämisse*).

Das Projekt »Italiener in Deutschland« möchte dazu beitragen, die Situation der in Deutschland lebenden italienischen Gemeinschaft unter soziolinguistischen und soziokulturellen Aspekten zu dokumentieren und zu analysieren. Dabei haben wir begonnen, das soziale Umfeld und die kommunikativen Modelle

Muhsin Omurca, Kabarettist und Cartoonist

der zweiten und der dritten Generation der in Deutschland lebenden Italienerinnen und Italiener im Hinblick auf deren Integrationsprozesse und Integrationsbemühungen exemplarisch zu untersuchen (Bochum, Dortmund, Oberhausen), ohne dabei die Anpassungsversuche der ersten Generation in die deutsche Gesellschaft während der letzten fünfzig Jahre außer Acht zu lassen.

Das Seminarprojekt richtet sich an Studierende, die den Studiengang Romanische Philologie mit Schwerpunkt Italienisch (Modul: Landeskunde/Landeswissenschaft und/oder Sprache der Gegenwart) gewählt haben. Die aktive Teilnahme gibt den Studierenden die Möglichkeit, durch Abfassung soziolinguistischer und/oder soziokultureller Arbeiten, qualifizierte Leistungsnachweise im Bereich Landeskunde/Landeswissenschaft und/oder »Sprache der Gegenwart« zu erwerben.

Zu den *Themenbereichen* gehören:

1 Sicherlich handelt es sich hier um einen komplexen und dynamischen Prozess, der unter bestimmten Aspekten der traditionellen akademischen Forschung zu entfliehen scheint. Neben den üblichen Randbemerkungen wie z. B. »... in der Schule sind alle Mitschüler böse. Ich sage ihnen: *ciao*, und sie sagen zu mir: *Hau ab*«, wie der von seinen Klassenkameraden abgelehnte Migrantensohn schrieb, schreibt und immer wieder schreiben wird, steht das Drama der Migrantenkinder, die, einmal in der neuen Heimat integriert, sich in der Kultur der eigenen Eltern nicht wieder finden und mit ihnen weder Werte noch Wünsche, vor allen anderen nicht die der Rückkehr teilen kann.

2 Unter Soziokultur verstehen wir nicht nur die Versuche, »Kultur« innerhalb der lokalen, mehr oder weniger organisierten Gruppen, die sich nach den italienischen Regionen als Kulturvereine (»circoli culturali regionali«) zusammen geschlossen haben, sondern auch die Veröffentlichungen literarisch sehr eindrucksvoller Werke zahlreicher Autoren italienischer Herkunft. Diese bieten demjenigen, der sich mit Literatur beschäftigt, Untersuchungsbereiche, die über die geschriebenen Werke Aufschluss geben. Tatsächlich gibt es heute in Deutschland eine beachtenswerte »Ausländerliteratur«, geschaffen von Migranten, die Gedichte, Erzählungen und Romane in deutscher und/oder in italienischer Sprache schreiben. Vgl. *Eine nicht nur deutsche Literatur*. Zur Standortbestimmung der »Ausländerliteratur«, hrsg. von Irmgard Ackermann und Harald Weinrich, München/Zürich: Piper 1986, *Letteratura decentrata*. Italienische Autorinnen und Autoren in Deutschland, hrsg. von Caroline Lüderssen und Salvatore A. Sanna, Frankfurt am Main: Diesterweg 1995 und *Die Tinte und das Papier*. Dichtung und Prosa italienischer AutorInnen in Deutschland. Anthologie, hrsg. von Franco Biondi, Gino Chiellino und Giuseppe Giambusso, Aachen: Shaker-Verlag 1999.

1. Ausbildungsgrad der ersten, zweiten und dritten Generation – ein soziolinguistischer Vergleich der italienischen Lexik der in Deutschland lebenden italienischen Schulkinder, der Schriftsprache italienischer Kinder in Zusammenhang mit dem besuchten Schultyp und der gesprochenen versus geschriebenen Sprache italienischer Migrantenkinder beziehungsweise den monolingualen versus bilingual gesprochenen Varietäten italienischer Jugendlicher.
2. Fotografische und Video-Materialien als Beleg für Momente des Lebens: Familie, Arbeit, Freizeit.
3. Lokale, regionale und/oder überregionale Presseberichte in italienischer und deutscher Sprache über Themen, die die italienische Gemeinschaft (Sprache, Kultur, Integration) betreffen.
4. Vereine der Italiener in Deutschland: Integration oder Ausgrenzung?

■ Safeta Obhodjas, *Schriftstellerin: Forum für einen Dialog der gleichberechtigten Akteure*

Ein fast zehnjähriges Weilen am Rande der deutschen literarischen Szene nahm mir, was meinen Beruf betrifft, alle Illusionen über die Bedeutung bestimmte Begriffe wie zum Beispiel: »Idealismus«, »Enthusiasmus« oder »Berufung«. Jetzt muss ich diese positive geistige Ausrüstung wieder finden, um meine Meinung über Kunst und Kulturarbeit als Mittel der Verständigung der unterschiedlichen Kulturen formulieren zu können.

Wie viele andere migrierende KünstlerInnen weltweit, haben auch die Schaffenden der deutschen Exilszene zu beweisen, dass sie sehr zähe Menschen sein können. Einige von ihnen kamen wegen des Studiums hierher, aber viele suchen eine Rettung vor den diktatorischen Regimen oder vor den Kriegen in ihren Ländern. Weder Verfolgung und Folterung in der Heimat noch eine Bauchlandung in einer fremden Kultur konnten ihren schöpferischen Geist ersticken. Durch sie hat sich die Kunstszene hier im Lande weiter entwickelt[3], und zur Zeit bietet sie eine bunte Vielfalt der Kunstarten: Literatur, Musik, Film, Theater, bildende Kunst ..., die in sich die Einflüsse sowohl der Stammkulturen der Schöpfer als auch der Kultur des Zufluchtslandes mischen und variieren.

Nach meiner Meinung ist eine wichtige Aufgabe der Kulturarbeit im Sinne des Gelingens des friedlichen Zusammenlebens unterschiedlichen Kulturen die Öffnung dieser Exilszene für das deutsche Publikum. Im Prozess ihrer Anerkennung als Teil der gegenwärtigen deutschen Kultur können viele Vorurteile über MigrantInnen – es seien hierher nicht nur die Menschen gekommen, die »uns ausnutzen

3 Um präzise und ehrlich zu sein: viele Kunstwerke und Kulturprojekte in den Kreisen der MigrantInnen wurden mit den öffentlichen Geldern finanziert. Mein Beispiel: Zwei Arbeitsstipendien halfen mir zwei Bücher zu verfassen. Eine Collage der Erinnerungen schrieb ich mit meinem aus der arabischen Kultur stammenden Kollegen, unsere Absicht war: Abend- und Morgenlandwelt nebeneinander darzustellen. Aber nicht einmal die Stiftung, die das Projekt finanziell ermöglicht hatte, fand Interesse daran, so ein Kulturbuch in der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Muhsin Omurca, Kabarettist und Cartoonist

wollen«, sondern auch die hoch Strebenden, die »uns etwas anzubieten haben« – abgebaut und weitere Ghettoisierung der Zugewanderten verhindert werden.

Es ist allgemein bekannt, dass MigrantInnen nie eine Lobby hatten, dass das Phänomen »Gastarbeiter« sie in die Passivität gedrängt hat. Von Anfang an wurde von ihnen nicht erwartet, in dieser Gesellschaft mitreden zu können. Kunst und Kulturarbeit muss sie zuerst dazu bewegen, an einem neuen Selbstbewusstsein zu arbeiten. Erweiterung der Horizonte ist ein langer Prozess. Meiner Erfahrungen nach sind für die Arbeit mit den Jugendlichen und Frauen besonders Projekte in Workshop-Form geeignet. Erfahrene KünstlerInnen und KulturarbeiterInnen bringen als Anregung für die Diskussion Beispiele aus Kunstwerken (Theater, Literatur, Foto oder bildende Kunst), in denen die TeilnehmerInnen ihre Probleme erkennen können, und versuchen dann ihnen zu helfen, über ihre Situation und ihre Wünsche nachzudenken und ihre eigene Meinung darüber zu artikulieren.

In diesem Sinne benötigt Kulturarbeit das Mitziehen der Medien. Bis jetzt blieben die Redaktionen – sowohl von Verlagen als auch der Presse –, die die öffentliche Meinung beeinflussen, für die Intellektuellen aus den Migrantenkrei-

sen meistens verschlossen. Nur in den extremen, gefährlichen Vorfällen, »wenn türkische Familien, Synagogen und Ausländerheime in Brand gesteckt werden« – wie mein Kollege Khalid al-Ma'aly das einmal geschildert hat –, werden wir öfter nach unserer Meinung gefragt. Es kommt mir sinnvoll vor, in einer überregionalen Zeitung eine Rubrik oder im Fernsehen eine Sendung gezielt zu fördern, bei der die Präsentation dieser »alternativen Szene« nach dem Prinzip »Wir stellen uns gegenseitig vor« – deutsche Kunst- und Kulturschaffende diejenigen aus dem Korpus der Zugewanderten und umgekehrt – funktioniert. Dadurch wird ein Forum für den Austausch gleichberechtigter Akteure entstehen, das ein Klima des Vertrauens in der Gesellschaft verbreiten kann. Es ist auch vorstellbar, damit gegenseitige Neugier zu wecken und Samen der frischen Ideen auf die ganze Kulturszene zu säen.

BETTINA HEINRICH

Globalisierung, Migration, Integration, Segregation

Herausforderungen für eine moderne Stadtgesellschaft, Stadtpolitik und Kulturpolitik – ein Problemaufriss

Von der Ausländerpolitik zur Integrationspolitik

Die Themen Globalisierung, Migration, Integration beschäftigen die Kommunalpolitik nicht erst seit der Diskussion um den Bericht »Zuwanderung gestalten – Integration fördern« (Stichwort: Süssmuth-Kommission) und aktuell mit der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz. Schon 1992 hat der *Deutsche Städtetag* das Positionspapier »Kulturelle Vielfalt in Deutschland. Empfehlungen für das Zusammenleben in deutschen Städten« verabschiedet (beschlossen vom *Kulturausschuss des Deutschen Städtetages* am 8.10.1992 in Köln). Die Empfehlungen hatten Anfang der neunziger Jahre für eine moderne kommunale Ausländerpolitik zweifelsohne eine impulsgebende Wirkung.

Blickt man jetzt – 10 Jahre danach – auf das Positionspapier, so wird deutlich, dass sich u.a. auf dem Hintergrund der realen und virtuellen Globalisierung die gesellschaftlichen Realitäten und damit die politischen Handlungsnotwendigkeiten verändert haben. Die Ausländerpolitik der achtziger und neunziger Jahre bewegte sich ideologisch zwischen zwei Polen. Sie war einerseits geprägt von der Annahme, dass sich die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger im Sinne von Assimilation zu vollziehen habe – Ziel war eine Art »fertig integrierter Ausländer«. Anderseits wurde von einem, aus dem Rückblick betrachtet, idealisierten Bild der multikulturellen Gesellschaft ausgegangen – dem friedlichen Miteinander und Nebeneinander unterschiedlicher Parallelkulturen.

Beide – zugegeben sehr plakativ gegenübergestellten – Konzepte greifen zu kurz, weil sie Grenzsetzung, Dissens und Auseinandersetzung/Konflikt als Teil des gesellschaftlichen und damit des städtischen Lebens negieren. Es gibt keine

Konsensgesellschaft und es gibt auch keine städtische Konsensgesellschaft. Das erste, eher hegemoniale Modell formuliert einen Assimilationszwang. Hier wird das Fremde gewissermaßen annektiert – es soll sich gleichsam im Eigenen auflösen. Das Zweite, eher harmonisierende Modell, ignoriert das Fremde und Fremdheit als Lebensgefühl von Individuen, Gruppen und Teilgesellschaften.

Beide Ansätze einer Ausländerpolitik sind nicht nur zu euphemistisch, sondern reichen für die politische Gestaltung der heutigen, komplexer werdenden Gesellschaft nicht aus. Die Kommunalpolitik ist hier zweifelsohne besonders gefordert, neue und offenere Konzepte für die multiethnische Stadtgesellschaft zu finden – denn: letztendlich ist die Stadt der Ort, wo das gesellschaftliche Zusammenleben konkret und alltäglich stattfindet und wo es auch gestaltet werden muss. Grundsätzlich geht es um die Neukonzipierung einer städtischen Migrations- und Integrationspolitik, die unter der Prämisse gestaltet wird, dass beide Seiten, sowohl die MigrantInnen als auch die Angehörigen der Aufnahmegesellschaft, Integrationsleistungen zu vollbringen haben.

Bevor konkrete – auch kommunale – Integrationskonzepte entwickelt werden können, ist es notwendig, die faktischen Grundlagen und die normativen Grundsätze von Migration und Integration näher zu betrachten (»Grundlagen und Grundsätze einer modernen Integrationspolitik – sieben Thesen«). Auf dieser Basis kann in einem ersten Schritt das breite Spektrum integrationsrelevanter kommunaler Aufgabenfelder beleuchtet werden (»Migration und Integration in der Stadt – die Handlungsfelder sind vielfältig. Eine Aufzählung«). Erst auf der Grundlage dieser Gesamtschau kann der Teilbereich beziehungsweise der Integrationsfaktor Kulturarbeit näher betrachtet werden (»Migration und Integration: Herausforderungen für eine städtische Kulturarbeit und Kulturpolitik. Eckpunkte«).

Grundlagen und Grundsätze einer modernen Integrationspolitik – sieben Thesen

Multiethnizität ist ein konstituierendes Element moderner Stadtgesellschaften – Daten und Fakten

Ende 2000 lebten laut Angaben des Ausländerzentralregisters insgesamt 7,297 Mio. AusländerInnen in der BRD. Das entspricht einem Anteil von 8,9 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im europäischen Vergleich liegt diese Quote im oberen Bereich. Jeder vierte Ausländer stammt aus einem Mitgliedsland der Europäischen Union. Der Anteil der EU-Ausländer ist von 1995 bis Ende 2000 weitgehend konstant (25,8 %) geblieben. Die größte Gruppe der ausländischen Wohnbevölkerung bildeten Ende 2000 die Türken mit 2 Mio. (27,4 %), Staatsangehörige der Bundesrepublik Jugoslawien (9,1 %) und Italiener (8,5 %). (Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2002: 4) Der Anteil der Flüchtlinge an den Zugewanderten beträgt 14,1 Prozent (absolut 1,1 Mio.). (Vgl. ebd.: 6)

71 Prozent der ausländischen Bevölkerungen leben in vier Bundesländern, dementsprechend liegt der Ausländeranteil hier über dem Bundesdurchschnitt – Baden-Württemberg 12,5 Prozent, Bayern 9,2 Prozent, Hessen 12,1 Prozent, Nordrhein-Westfalen 11,4 Prozent. Einen überdurchschnittlichen Ausländeranteil haben zudem die Stadtstaaten – Hamburg mit 15,4 Prozent, Berlin mit 12,8 Prozent und Bremen mit 11,9 Prozent.

Grundsätzlich gilt, dass die Agglomerationsräume in den alten Bundesländern einen mehr als doppelt so hohen Ausländeranteil aufweisen wie die ländlichen Regionen, wobei dieser in den Kernstädten etwa dreifach so hoch ist. Der Ausländeranteil betrug im Jahr 1995 in Frankfurt am Main zum Beispiel 30,1 Prozent, in Stuttgart 24,1 Prozent und in München 23,6 Prozent. (Vgl. ebd.: 7)

Multiethnizität ist ein konstituierendes Element moderner Stadtgesellschaften. Dementsprechend hat Stadtpolitik eine ganz besondere Verantwortung, das Miteinander von Mehrheitsgesellschaften und Minderheitsgesellschaften zu gestalten. Die sehr unterschiedliche geografische Verteilung der Zugewanderten in der BRD macht deutlich, dass differenzierte, auf die spezifischen regionalen und lokalen Gegebenheiten abgestimmte städtische Konzepte notwendig sind.

Das städtische Leben in der BRD ist von Zu- und Abwanderung geprägt

Zwischen 1961 und 1997 sind insgesamt 23,1 Mio. ausländische Staatsangehörige in das frühere Bundesgebiet beziehungsweise die Bundesrepublik Deutschland zugezogen, 17 Mio. haben es in dem gleichen Zeitraum wieder verlassen. (Vgl. Krämer-Badoni 2001: 19) Diese Zahlen machen deutlich, dass die Bundesrepublik aufgrund des Überschusses von ungefähr sechs Millionen in 36 Jahren (entspricht ca. 169 000 pro Jahr[1]) zwar in erster Linie ein Einwanderungsland ist – dass es aber auch von Auswanderung geprägt ist.

Hervorgehoben wird dies auch im aktuellen Bericht der Beauftragten der Bundesregierung: Zwischen 1991 und 1999 verließen beinahe 6,4 Mio. Ausländer und Deutsche die Bundesrepublik. Auffallend ist, dass seit 1989 immer mehr deutsche Staatsangehörige Deutschland für längere Zeit oder für immer verlassen. Waren dies in den siebziger und frühen achtziger Jahren zwischen 50 000 und 65 000 jährlich, so stieg die Zahl ab 1998 auf über 100 000, und im Jahr 1999 haben 116 000 Deutsche das Bundesgebiet verlassen. (Vgl. auch Schmid 2001)

Kennzeichnend für die Bundesrepublik Deutschland war und ist ein permanentes Zusammenspiel von Zu- und Abwanderung. Das heißt: Städtisches Leben ist in wesentlich höherem Maße Veränderungen – Pendelbewegungen – ausgesetzt und damit wesentlich dynamischer als die eher statischen Begriffe wie »Einwanderung« oder »Auswanderung« zu fassen vermögen. Das »Kommen und Gehen« wird als konstituierendes Element von Stadtgesellschaften immer mehr an

1 Betrachtet man die Zu- und Abwanderung von Ausländern in den letzten zehn Jahren differenziert, so ergibt sich folgendes Bild: 1991: + 428 000, 1992: + 596 000, 1993: + 279 000, 1994: + 148 000, 1995: + 225 000, 1996: + 140 000, 1997: - 22 000, 1998: - 33 000, 1999: + 118 000, 2000: + 86 000. Vgl. Marianne Heuwagen: »Kritik an Schilys Kommentar zur Einwanderung«, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 1.7.02.

Bedeutung gewinnen und damit die Frage, wie mit der wachsenden Mobilität in einer Demokratie umzugehen ist (vgl. Scheffer 2002) – auch vor dem Hintergrund des absehbaren Bevölkerungsrückgangs in Deutschland.

Eine moderne Stadtgesellschaft besteht aus pluralen Bevölkerungsgruppen – »Inländern« und »Ausländern«

Im allgemeinen Sprachgebrauch unterscheiden wir zwischen »Ausländern« und »Deutschen«. Der Begriff »Ausländer« – der fiktive Komplementärbegriff wäre der »Inländer« – orientiert sich am Rechtsstatus und definiert sich nach der formalen, nationalstaatlichen Zugehörigkeit: »Nicht-Inländer« ist gleich »Ausländer«. Abgesehen von dieser nationalstaatlichen Perspektive suggeriert der Begriff eine gewisse Homogenität der Gruppe der Zugewanderten.

Dass die Gruppe der Zugewanderten eine sehr heterogene Minderheit ist, zeigen allein schon die Hauptmigrationsströme, die in die BRD in den letzten 50 Jahren einflossen: die so genannten Vertriebenen aus Osteuropa in der Nachkriegszeit, die Arbeitsmigranten aus Südeuropa in den sechziger und siebziger Jahren, die so genannten Spätaussiedler in den achtziger und neunziger Jahren sowie Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge aus europäischen und außereuropäischen Staaten in den achtziger und neunziger Jahren. Darüber hinaus unterscheiden sich – auch die Migrantinnen und Migranten zum Beispiel durch ihre berufliche und soziale Herkunft. Sie leben auf Zeit hier wie zum Beispiel Studierende, Doktoranden, WissenschaftlerInnen, Greencard-Inhaber, Saisonarbeitskräfte, sie sind Asylsuchende oder Kinder und leben schon als so genannte dritte Generation in der BRD, sind UnternehmerInnen, Angestellte internationaler Unternehmen, sie sind arbeitslos oder gehen in Rente, sind verwitwet oder alleinerziehend. Allein schon diese recht willkürliche Aufzählung von Herkünften, Einwanderungsgründen, Berufs- und Lebensbezügen macht die Vielfältigkeit innerhalb der Minderheitengruppe der MigrantInnen deutlich.

Auch aus einer globalen Perspektive ist die Homogenisierung der Gruppe der Ausländer übrigens sehr fragwürdig: weltweit gibt es ca. 200 Staaten, 2 000 geografisch fixierbare Kulturen und insgesamt laut *UNO* 10 000 Kulturen. (Fuchs 2002: 129) Als Fazit bleibt: Moderne Gesellschaften sind durch ethnisch-kulturelle Pluralität gekennzeichnet. (Vgl. auch Prantl 2002) Migranten wie Deutsche leben in unterschiedlichen Parallelgesellschaften, die keine geschlossenen Lebenswelten sind. Je nachdem, welche Kategorie man anlegt – sozialer Status, Geschlecht, ethnische und/oder nationale Provenienz, Lebensform, Glaubenszugehörigkeit etc. – variiert die Zugehörigkeit zur Mehrheits- oder zur Minderheitsgesellschaft. Dementsprechend gibt es weder bei MigrantInnen noch bei Deutschen[2] einzigartige und geschlossenen Identitäten – es gibt wechselnde Zugehörigkeiten zu so genannten kollektiven Identitäten[3]: religiöse Identität, berufliche Identität, Geschlechteridentität, räumliche Identität (lokal, national). (Vgl. Burke 2002: 26) Es liegt auf der Hand, dass sowohl die Betonung geschlossener nationaler Identitäten (der Deutsche, der Türke) als auch die Betonung nationaler kultu-

reller Homogenität[4] (deutsche Kultur, türkische Kultur etc.) in Anbetracht der vielschichtig strukturierten gesellschaftlichen Realitäten und persönlichen Lebensbezüge und Identitäten zu kurz greift.

Stadt und Region sind auch und gerade in der globalisierten Weltgesellschaft für die Verortung des Individuums notwendig

»Globalisierung« und »Europäisierung« sind Begriffe, die in erster Linie mit den Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Weltkarte in Verbindung gebracht werden, mit der weltweiten Verflechtung von Unternehmen und mit der weltweiten Mobilität von Waren, Geldströmen und Daten – vor allem in und zwischen den so genannten fortgeschrittenen Industriestaaten. Auch die Mobilität der Menschen hat sich mit der Globalisierung verändert: 1975 gab es weltweit insgesamt 75 Millionen Migranten. Bis heute hat sich die Zahl verdoppelt und liegt im Jahr 2002 nach *UN*-Schätzungen bei 150 Mio. Etwa 5 Prozent der weltweiten Migranten, das sind 7,5 Mio., sind derzeit innerhalb Europas unterwegs.[5] Hieraus den Schluss zu ziehen, dass wir in einer Zeit weltweiter Massenwanderung leben, ist jedoch zu kurz gegriffen – 150 Mio. weltweite Migranten entsprechen 2,5 Prozent der Weltbevölkerung. (Vgl. Tenbrock/Uchatius 2002)

Offensichtlich ist, dass die Globalisierung eine Entgrenzung von Lebensräumen – real wie virtuell – mit sich bringt. Trotz dieser und gerade wegen dieser Entgrenzung wird das Bedürfnis der Menschen, sich in räumlichen Bezügen zu verorten, bleiben. Diese These, die axiomatischen Charakter hat, ist nicht neu, muss aber bei der Diskussion um das Thema »Globalisierung und Migration als Herausforderung für die Stadtgesellschaft und Stadtpolitik« neu betont werden. Dem »Lokalen«, der »örtlichen Stabilität« und damit auch »der Stadt« wird im Kontext der Globalisierung und der damit verbundenen Mobilität eine neue Bedeutung zuwachsen. Grundsätzlich wird die Globalisierung für die räumliche Orientierung der Menschen beides mit sich bringen: eine Aufwertung des Lokalen – auch lokaler kultureller Traditionen – einerseits und eine globale Orientierung beziehungsweise das Leben in globalen Bezügen andererseits. Die parallele Herausbildung globaler und lokaler Identitäten wird zudem – so eine Annahme – auf Kosten des Nationalen beziehungsweise nationaler Identitäten erfolgen. Das heißt, der Nationalstaat wird in der globalisierten Welt als politisches Konstrukt bestehen bleiben, aber weniger identitätsstiftend sein. (Vgl. Burke 2002)

2 Gern wird vergessen: Auch Deutsche gehen aus beruflichen oder persönlichen Gründen oder im Rahmen ihrer Ausbildung ins Ausland und bringen als Rückkehrer ihren persönlichen Lebens- und Erfahrungshintergrund in die deutsche Gesellschaft ein.

3 Schultz und Sackmann weisen darauf hin, dass kollektive Identitäten – zum Beispiel bei Türken – durchaus vorhanden sind, die Diskussion um kollektive Identitäten jedoch in hohem Masse ideologisiert ist und Frontstellungen aufbaut, die sich empirisch nicht nachweisen lassen. Vgl. hierzu Schultz/Sackmann 2001.

4 Wagner weist darauf hin, dass die Nationalisierung der Kultur, historisch gesehen, ein eher junges Phänomen ist, das sie erst mit der Konstituierung der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert entstanden ist und auch entstehen konnte. Vgl. Wagner 2002: 12.

5 Während sich die Globalisierung der Wirtschaft vor allen zwischen und in den Industriestaaten abspielt, ist die Zunahme der weltweiten Migrationsströme vor allem bei und in der so genannten Dritten Welt festzustellen. Diese in der Regel erzwungenen Migrationbewegungen gehören zu den Schattenseiten der Globalisierung. Vgl. Migrationsbericht der *Internationalen Organisation für Migration* (*IOM*); vgl. Wagner 2002: 13, 14.

Auch unterhalb der Ebene der Globalisierung, das heißt beim Prozess der »Integration Europas« wird beides hervorgehoben – einerseits die regionale Ebene als wichtige und zu bewahrende Bezugsgröße für die BürgerInnen Europas und andererseits die Notwendigkeit der – in erster Linie mentalen – Europäisierung der BürgerInnen Europas. In Artikel 151, Absatz 1 des »Amsterdamer Vertrages« heißt es: »Die Gemeinschaft leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes.«

Zwischen Globalisierung, Europäisierung, Mobilität und Verortung besteht ein Wechselverhältnis.[6] Stadt und Region sind in zweifacher Hinsicht in die Veränderungsprozesse involviert – materiell und immateriell. Materiell sind die Städte vor allem durch das zunehmende »Kommen und Gehen« von EinwohnerInnen und BürgerInnen (siehe These 2) betroffen. Gleichzeitig ist die Stadt – dies ist die immaterielle Seite – bei der mentalen Verortung ihrer BürgerInnen als Identitätsstifter gefragt.

Die ethische Grundlage einer modernen Integrationspolitik ist die Idee der zivilen Weltgesellschaft

Die Aussage, dass ethnisch-kulturelle Pluralität ein integraler Bestandteil so genannter entwickelter Gesellschaften ist, ist auf den ersten Blick eine unstrittige Feststellung – sie hat eher beschreibenden Charakter und benennt die Lebensrealität in den so genannten postmodernen Gesellschaften. Auf den zweiten Blick steckt hinter dieser Aussage jedoch ein grundsätzliches politisches Gestaltungsproblem, das auch in der BRD sehr kontrovers diskutiert wird. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung stehen zwei zentrale Fragen: Wie gehen wir mit dieser kulturellen Vielfalt um? Und die zweite, die wichtigste Frage: Welches ist die normative Basis für das gesellschaftliche Miteinander?

Gesucht wird also nach einer für alle gültigen Plattform, die den gesellschaftlichen Konsens trägt, nach einer ethischen Fundierung, die als Handlungsgrundlage für eine moderne – auch städtische – Integrationspolitik notwendig ist. Letztendlich geht es darum, grundlegende Werte festzulegen, die für die Angehörigen aller gesellschaftlichen Teilgruppen und damit aller Bürgerinnen und Bürger Gültigkeit haben. Die Frage wurde schon beantwortet beziehungsweise die These hierzu ist formuliert: Die ethische Grundlage einer modernen Integrationspolitik ist die Idee der zivilen Weltgesellschaft.

Diese Fokussierung auf die zivilen Werte impliziert die Aussage, dass so genannte kulturelle Werte als Fundament für den gesellschaftlichen Konsens nicht reichen. Gerade die kulturellen Werte werden aber bei der Diskussion um die Integration von MigrantInnen in die Gesellschaft gerne in den Vordergrund gestellt. Kulturelle Werte sind jedoch weder konsens- noch gesamtgesellschaftlich tragfä-

6 Auch Wagner betont übrigens die parallelen Entwicklungslinien, das heißt die Aufwertung vom globalen und lokalem Raum – die Globalisierung führe sowohl zu einer ›Delokalisierung‹ als auch zu einer ›Relokalisierung‹. Vgl. Wagner 2002.

hig. Erstens, weil das Postulat der kulturellen Vielfalt einerseits und der mentale Hoheitsanspruch einer Kultur andererseits ein Widerspruch in sich ist. Es schließt sich aus, die ethnisch-kulturelle Pluralität als Strukturprinzip moderner Gesellschaften zu konstatieren und gleichzeitig die Priorisierung einer Kultur beziehungsweise einer Gruppe vorzunehmen. (Vgl. Graff 2001; vgl. auch Oberndörfer 2001; Senghaas 2002) Und zweitens, weil nicht nur die Idee der homogenen Bevölkerungsgruppen und Identitäten eine Fiktion ist, sondern auch Idee der Kultur in Reinform. »Kulturen sind Produkt von Beziehungen und Durchquerungen und entwickeln sich erst im Kontakt mit dem Fremden, Anderen. Kultur bedeutet immer schon ›zwischen den Kulturen‹ (Alexander Düttmann), ist nie rein, homogen, sondern hybrid und heterogen.« (Wagner 2002: 5)

Somit kann auch das relativ statische Konzept der kollektiven Nationalkultur als Grundlage für den *einen* Wertekanon der pluralen Gesellschaft nicht greifen. Es stellt sich darüber hinaus die grundsätzliche Frage, inwieweit überhaupt *eine* Nation im Zeitalter der Globalisierung – und damit der Etablierung supranationaler Ebenen – Grundregeln für ein Zusammenleben zu definieren vermag.

Die Conclusio der bisher gemachten Aussagen könnte lauten: Es gibt kulturelle Unterschiede, aber keine zivilisatorischen. (Bernd Hessel in der *Frankfurter Rundschau* v. 31.5.2001) Zivile Werte, in deren Mittelpunkt die Achtung der Menschenrechte steht, bilden das Fundament für das Zusammenleben in einer globalisierten Gesellschaft und Stadtgesellschaft. Als normativer Minimalkonsens einer Weltgesellschaft ist ein »nationenübergreifender Gerechtigkeitssinn« beziehungsweise ein konsequent zu Ende gedachter »Fairnessvertrag« (vgl. Nida-Rümelin 2002 a: 5) notwendig, der auf dem Ethos von Respekt und Toleranz beruht.[7]

Zweifelsohne bewegt sich diese Feststellung sehr stark im abstrakten Raum. Im alltäglichen Zusammenleben und Ausloten des Miteinanders unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen wird deutlich, dass die Grenzen zwischen dem »den kulturellen Eigensinn Respektieren« und dem »auf zivilen Werten beruhenden Gemeinsinn einfordern« für alle Beteiligten, die MigrantInnen und die Aufnahmegesellschaft, nicht immer ganz deutlich sind. Um so wichtiger ist es, die Grundpfeiler der Integrationspolitik klar zu definieren und zu benennen und sie als eine Art Regelwerk für alle BürgerInnen transparent zu machen. Auch wenn das Grundgesetz der BRD ein Produkt nationaler Politik ist, ist es eine wichtige Basis für die Integrationspolitik in der Bundesrepublik, da hier in erster Linie Menschenrechte beziehungsweise Grundrechte und nicht nationale Bürgerrechte definiert werden.

Integration bedeutet mehr als die Eingliederung von Migrantinnen und Migranten

Im Mittelpunkt der aktuellen Auseinandersetzungen stehen zwei Fragen: Was ist Integration? Und: Was muss Integration leisten? Der Versuch, sich dem Begriff

7 Nida-Rümelin unterscheidet drei Arten der Toleranz. 1. Toleranz als Indifferenz, 2. Toleranz im apathischen Sinne, 3. Toleranz aus Respekt. Der normative Minimalkonsens einer offenen Gesellschaft muss auf dem Ethos des Respekts beruhen. (Vgl. Nida-Rümelin 2002 b: 11 ff.)

»Integration« über seine Bedeutung zu nähern und hieraus die Aufgaben für Integration klar zu beschreiben, führt eher in eine Sackgasse. Laut Duden bedeutet »Integration« Vervollständigung, Eingliederung, Vereinigung. Alle Begriffe sind statisch, suggerieren einen Endzustand und ignorieren damit die Gesellschaft als Perpetuum mobile. Integration ist ein vielgestaltiger gesellschaftlicher Prozess, der – streng genommen – nie beendet ist, da eine (Aufnahme-)Gesellschaft nie einen Endzustand erreichen wird. – »Kulturelle Vielfalt ist also keine Feststellung eines (statischen) Zustandes, sondern zentrale Gestaltungsaufgabe einer lebendigen Demokratie.« (Fuchs 2002)

Auffallend an der öffentlichen Debatte ist zudem, dass zwischen den Begriffen »Ausländer« und »Integration« eine Art sachlich-logische Verbindungslinie hergestellt wird, das heißt wenn wir von Integration sprechen, meinen wir die MigrantInnen, die es zu integrieren gilt – im Sinne von: in die Gesellschaft zu integrieren. Abgesehen von der Tatsache, dass, wie dargestellt, die Gruppe der MigrantInnen, wie jede andere gesellschaftliche Gruppe auch, aufgrund ihrer sozialen, ethnischen, nationalen etc. Herkunft sehr heterogen ist, impliziert diese Annahme, dass die anderen, das heißt deutschen gesellschaftlichen Gruppen beziehungsweise Teilgruppen per se integriert sind. Diese Vorstellung ignoriert den Tatbestand, dass moderne Gesellschaften – wie in These 3 dargelegt – aus sich wechselnd zusammen gesetzten Minderheits- und Mehrheitsgesellschaften bestehen.

Es geht hier nicht darum, die spezifischen Probleme, die mehrheitlich MigrantInnen beziehungsweise bestimmte Migrantengruppen betreffen, zu nivellieren – zum Beispiel hohe Arbeitslosenquote, geringe schulische Leistung der Kinder und damit verbunden ein geringes Bildungsniveau oder auch religiöser Fanatismus. Es geht jedoch darum, dass Integration als gesellschaftliche Aufgabe nicht auf die Gruppe der MigrantInnen reduziert werden kann. Weder die ethnische Herkunft noch die Staatsangehörigkeit sind ausreichende Indikatoren für einen so genannten Integrationsbedarf.

Sicherlich sind Politik und Gesellschaft bei der Gruppe der Zugewanderten besonders gefordert, diese – wie auch immer – »hier bei uns« zu verorten, doch Integration ist in erster Linie ein gesamtgesellschaftliches Thema. Gerade die »Integrationspolitik der Stadt« steht vor der schwierigen Aufgabe, für heterogene städtische Teilgesellschaften Partizipationsräume zu öffnen und Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen.

Das Zusammenleben in einer pluralen und heterogenen Stadtgesellschaft gleicht einer Gratwanderung zwischen Grenzöffnung und Grenzziehung, Konsens und Konflikt und Integration und Segregation

»Das Scheitern eines Traums. Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Illusion ...« – so überschreibt der Holländer Paul Scheffer (2002) eine europaweite Entwicklung: Die BürgerInnen der europäischen Staaten verlieren mehr und mehr den Glauben an den Mehrwert der multikulturellen Gesellschaft. Wie bereits in der Präambel hervorgehoben wurde, gilt dies auch für Deutschland. Zugespitzt könn-

te man formulieren, die Idee der multikulturellen Gesellschaft ist an ihrem eigenen Harmoniepostulat gescheitert beziehungsweise an der Vorstellung, dass Pluralität automatisch friedliche Koexistenz unterschiedlicher Parallelgesellschaften bedeutet und vor allem bedeuten muss. Grenzsetzungen und Konflikte, Differenzen und Dissensen haben sowohl in dem Konzept der Multikulturalität als auch als legitimer Weg der Auseinandersetzung in unserer Gesellschaft keinen Platz. Beides, Grenzsetzung und Konflikt, sind aber in der alltäglichen Lebensrealität unserer Gesellschaft existent. So wird zum Beispiel der Wunsch nach Grenzsetzung beziehungsweise nationaler Grenzsetzung im Sinne von »die Grenzen schließen« mit zunehmender Deutlichkeit von den BürgerInnen der deutschen Aufnahmegesellschaft formuliert.[8] Umgekehrt ist auch bei einem Teil der Migrantenfamilien, die vor 30, 40 Jahren aus den Anwerberstaaten nach Deutschland einreisten, der Wunsch nach Abgrenzung von den gesellschaftlichen Lebensbezügen hier in Deutschland spürbar. Letztendlich wird hier – auf beiden Seiten – ein grundlegendes Gefühl der Unsicherheit, des Unbehagens und der Fremdheit ausgedrückt, das nicht nur legitim ist, sondern das auch politisch ernst zu nehmen ist. Politik muss zulassen, dass in einer Gesellschaft immer wieder neu formuliert werden kann, was die Menschen und Teilgruppen verbindet und was sie trennt.

»Die Koexistenz unterschiedlicher Kulturen muss nicht konfliktfrei sein« (Nida-Rümelin 2002 b: 14) ist eine Aussage, die sicherlich nicht unhinterfragt postuliert werden kann. Wichtig ist an dieser Stelle eine Begriffsklärung: Konflikt wird vor allem im Kontext der internationalen Politik mit dem amerikanischen Begriff »Konflikt« gleichgesetzt – der vor allem die gewalttätige Auseinandersetzung meint.[9] »Konflikt« ist nicht per se und grundsätzlich gewalttätig, sondern auch ein friedliches (im Sinne von »nicht-gewalttätiges«) und legitimes Mittel der Grenzsetzung und der Auseinandersetzung. Konflikte in einer Gesellschaft müssen erkannt, ausgehalten und/oder ausgetragen werden, aber auch verhindert werden – hierfür muss auch die Politik Konzepte liefern. (Vgl. auch Naumann 2002)[10]

Schon in der Präambel wurde betont: es gibt keine Konsensgesellschaft und es gibt auch keine städtische Konsensgesellschaft. Gesellschaftliches Leben ist von Konsens *und* Dissens, Konflikt/Zwiespalt *und* Einheit/Einigkeit geprägt. Gesellschaftliches Leben ist nicht störungsfrei – die Idee der multikulturellen Gesellschaft mit ihrem inhärenten Harmoniepostulat hat die Menschen in dieser Gesellschaft überfordert. Die große Anforderung an die Politik in einer pluralen, de-

8 Das gleiche gilt für die BürgerInnen der Europäischen Union. Aus Umfragen geht hervor, dass ungefähr zwei Drittel der BürgerInnen der Europäischen Union schon seit längerem der Ansicht sind, dass die Obergrenze der Aufnahmefähigkeit von Migranten erreicht ist. (Vgl. Scheffer 2002).

9 Auch die Außenpolitik Deutschlands arbeitet übrigens mit der diesem – amerikanischen – Begriff von ›Konflikt‹. In dem im Sommer 2000 vom Auswärtigen Amt veröffentlichten Grundsatzpapier »Auswärtige Kulturpolitik – Konzeption 2000« wird betont, dass die auswärtige Kulturpolitik, ein »integraler Bestandteil einer auf Konfliktprävention und Friedenssicherung ausgerichteten deutschen Außenpolitik« ist.

10 Naumann beklagt die »Konsensfabrik Deutschland«, bezogen auf den aktuellen Wahlkampf. Das Prinzip, »alle Menschen mitzunehmen« (Johannes Rau) – auch ein Harmoniepostulat – reiche zur politischen Gestaltung des Landes nicht aus.

mokratischen und offenen Gesellschaft besteht also nicht nur darin, wie sie Koexistenz organisiert, sondern auch darin, wie sie Differenz organisiert. (Terkessidis 2002, vor allem S. 33)

Aus dieser Feststellung ergibt und erschließt sich eine weitere: Politik ist aufgerufen und kommunale Politik im Besonderen, das Zusammenleben in der Stadt sowohl über Integration als auch über Segregation zu steuern. »Integration« und »Segregation« sind zwei Begriffe, die in unserem Sprachgebrauch sehr unterschiedlich bewertet werden. Während »Integration« eher positiv konnotiert ist und auf Gleichheit zielt, ist der Begriff »Segregation« aufgrund seiner Bedeutung – Abgrenzung, Ausgrenzung und Trennung – negativ besetzt. Diese Dichotomisierung geht an der gesellschaftlichen Lebensrealität und an der Lebensrealität in den Städten vorbei. Segregation kann für das Zusammenleben in einer Gesellschaft durchaus positiv sein. Über Segregation bilden sich Kolonien, die so genannten ethnischen Communities – diese haben die Funktion von informellen Hilfsnetzen und ermöglichen neu ankommenden Migranten, sich in einem Schutzraum zu orientieren. (Häußermann/Siebel 2001, Krämer-Badoni 2001) Darüber hinaus kann Segregation im Sinne von Disassoziation, das heißt »Sich-Rausziehen« eine legitime Technik der Konfliktprävention sein. (Vgl. Oberndörfer 2001: 30)[11] Eine kommunale Integrationspolitik muss also auf der Grundlage beider Aspekte – Integration *und* Segregation – entwickelt werden; das Leitmotto hierfür könnte lauten: »Verbindendes suchen und Trennendes zulassen.«

Hierzu ist es wichtig, zwischen den unterschiedlichen Ebenen von Integration und Segregation zu unterscheiden. Bei der Integration ist zwischen a) der materiellen oder systemischen Integration, das heißt Integration in das Erwerbsleben, in den Arbeitsmarkt, in das soziale Sicherungssystem, b) der politischen Integration, das heißt Integration in die demokratischen Formen der politischen Willenbildung und c) der sozialen Integration, das heißt Integration in informelle Beziehungsnetze, in Nachbarschaften, Freundschaften, wechselseitige Hilfsbeziehungen zu unterscheiden. (Vgl. Göschel 2001: 5, 6)[12] Bei der Segregation ist zwischen a) sozioökonomisch bedingter Segregation und b) ethnisch-kulturell bedingter Segregation zu differenzieren. (Vgl. Göschel 2001: 8; vgl. auch Krämer-Badoni 2001 und Häußermann/Siebel 2001)

Diese Unterscheidungen in ›harte‹ und ›weiche‹ Integrationsfaktoren machen einerseits die Vielschichtigkeit und damit die unterschiedlichen Handlungsebenen von Integration deutlich, andererseits aber auch die Korrelationen zwischen den Ebenen. Zum Beispiel wird die soziale Integration ohne die systemische Integration nicht gelingen, das heißt, ohne die Einbindung in den Arbeitsmarkt des

11 Häußermann und Siebel formulieren folgende Thesen als Grundlage einer kommunalen Integrationspolitik: 1. Politik muss Segregation abbauen und zulassen. Sie muss freiwillig, ethnisch kulturell bedingte Segregation ermöglichen, 2. Einwanderungsquartiere sind als Dauerinstitutionen in deutschen Städten zu akzeptieren, 3. Integration ist ein langer und konfliktreicher Prozess, 4. Rücknahme der Kontrolldichte, betr. den informellen Arbeitsmarkt. (Vgl. Häußermann/Siebel 2002: 77 ff.)

12 Vgl. auch das Integrationskonzept der Stadt Stuttgart, das nur zwei Integrationsebenen unterscheidet – die soziale und kulturelle Integration. (Stadt Stuttgart, S. 21).

Aufnahmelandes scheint die soziale Einbindung der Menschen in die Gesellschaft schwer möglich. Komplementär hierzu lässt sich feststellen: ethnisch-kulturelle Segregation wird hauptsächlich dann zum Problem, wenn sie mit sozioökonomischer Segregation, das heißt letztendlich sozialer Ausgrenzung verknüpft ist.

Die Binnendifferenzierung ist aber auch eine notwendige Grundlage, die Handlungsmöglichkeiten und -reichweiten städtischer Integrationspolitik realistisch einzuschätzen. Zahlreiche so genannte Integrationsleistungen (aber auch präventive Leistungen, um zum Beispiel die sozioökonomische Segregation zu verhindern) fallen in die Verantwortungsbereiche der Länder-, Bundes- und Europapolitik. Hierzu gehören zum Beispiel die rechtliche Gleichstellung, das Wahlrecht, der Zugang zum Arbeitsmarkt, die Förderung im schulischen Bereich und die im neuen Zuwanderungsgesetz festgelegten Integrationskurse für neu zugewanderte Migrantinnen und Migranten.

Migration und Integration in der Stadt – die Handlungsfelder sind vielfältig. Eine Aufzählung

Grundsätzliches Ziel einer städtischen Integrationspolitik ist, das Zusammenleben und die Chancengleichheit heterogener städtischer Bevölkerungsgruppen unter der Prämisse »eine Stadtgemeinschaft – viele Lebenswelten« (Stadt Stuttgart 2000: 21) zu gestalten und zu fördern. Die folgende Aufzählung soll deren Komplexität des kommunalen Aufgabenfeldes »Integration von MigrantInnen« deutlich machen beziehungsweise aufzeigen, in welchen kommunalen Handlungsfeldern und -ebenen so genannte Integrationsfragen eine Rolle spielen.

Bundesrecht und städtische Integrationspolitik

Bundesrechtliche Rahmenbedingungen der städtischen Integrationspolitik:

- Zuwanderungsgesetz, einschl. Integrationskurse
- Soziale Leistungen für unterschiedliche Zielgruppen (Ausländer und Flüchtlinge, Spätaussiedler)

Die Handlungsfelder einer städtischen Integrationspolitik

Bildung, Ausbildung, Sprachförderung

- Sprachförderung im Elementarbereich
- Förderung der Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen in der Schule
- Sprachförderung für bestimmte erwachsene Zielgruppen (Mütter/Ehefrauen)

Soziale Sicherung

- Soziale Leistungen für spezifische Zielgruppen und Lebenslagen (Alter, Behinderung, Arbeitslosigkeit, Gesundheit/Krankheit, jugendliche MigrantInnen)
- Konfliktlösung

Wohn- und Lebensumfeld
- Stadtentwicklungspolitik und städtische Wohnbaupolitik
- Bürgerschaftliche Initiativen von MigrantInnen beziehungsweise Vereinen
- MigrantInnen in Quartiers- und Stadtteilinitiativen
- Sport und Freizeit

Interkulturelle Kulturarbeit (siehe »Migration und Integration – Herausforderungen für die städtische Kulturarbeit und Kulturpolitik – Eckpunkte«)

Integrationsleistungen von Stadtpolitik und Stadtverwaltung
Verantwortung der Stadtpolitik
- Politische Repräsentation und Partizipation der MigrantInnen verbessern (»Ausländerbeiräte«, Fachausschüsse für Integration und Internationales, Öffnung der Kommunalpolitik für MigrantInnen)
- Aktive Gestaltung des Zusammenlebens über Information und Aufklärung der deutschen Mehrheitsbevölkerung, Abbau von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung bei der deutschen Mehrheitsbevölkerung
- Entwicklung eines städtischen Integrationskonzeptes (Aufgrund der sehr unterschiedlichen geographischen Verteilung von MigrantInnen in der BRD und sehr unterschiedlichen strukturellen Gegebenheiten erscheint die Entwicklung individueller Konzepte notwendig.)

Aktivitäten der Stadtverwaltung
- Verstärkte Einstellung von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund
- Optimierung der Service- und Dienstleistungsangebote der Ausländerbehörden
- Förderung der interkulturellen Kompetenz der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung und städtischen Einrichtungen
- Förderung der mediatorischen Kompetenzen von MitarbeiterInnen der Stadtverwaltungen und städtischen Einrichtungen (betreffs Methoden der Konfliktbearbeitung und Konfliktbewältigung)
- Zielgruppenorientiertes Informationsmaterial

Die Aufzählung hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie soll lediglich die Vielfalt kommunaler Verantwortung illustrieren und damit deutlich machen: Integration ist eine kommunale Querschnittaufgabe. Inwieweit städtische Integrationskonzepte auf der Grundlage der Idee des *intercultural mainstreaming* entwickelt werden sollten, ist ein neuer und interessanter Ansatz, der noch auf Praxistauglichkeit hin zu überprüfen ist. (Vgl. Landesregierung Schleswig-Holstein 2002: 22)

Globalisierung, Migration und Integration: Herausforderungen für die städtische Kulturarbeit und Kulturpolitik. Eckpunkte

Offene Frage I: Das Verhältnis von Kulturarbeit und Integration

Die besondere Verantwortung von (auch kommunaler) Kulturarbeit und Kulturpolitik wird bei der Diskussion um die Integrationsleitungen der Stadt gern hervorgehoben. Diese Zuschreibung fußt auf der Annahme, dass Kultur per se geeignet und »zuständig« ist, Brücken zwischen den unterschiedlichen Kulturen zu schlagen, Verbindungen zwischen unterschiedlichen Welten zu schaffen und somit letztendlich befriedend zu wirken. Ein hoher Anspruch, dessen Fundament brüchig wird, wenn man auf die konkrete, alltägliche Ebene und vor allem Konfliktebene geht. Zum Beispiel: Kulturarbeit kann weder bei jugendlichen Migranten religiösen Dogmatismus oder gar Fanatismus, noch bei deutschen Jugendlichen Rechtsradikalismus aufbrechen oder auflösen. An diesen Beispielen wird ein zentrales Problem deutlich – in erster Linie ein Analyse- beziehungsweise Diagnoseproblem: ein gesellschaftlicher und/oder politischer und/oder sozialer Konflikt wird auf Grundlage eines ethnischen beziehungsweise nationalen Hintergrunds zu einem »kulturellen Konflikt« umdefiniert. Daraus ergibt sich – geradezu logisch – die (Fehl-)Annahme, dass die Kulturarbeit aufgerufen ist, hierfür Interventionsstrategien zu entwickeln. Diese Herleitungen mögen plakativ und reduktionistisch wirken, aber in ihrer Kernaussage weisen sie auf zwei zentrale Fragen hin: Welche Rolle spielt die Kulturarbeit bei der Integration beziehungsweise speziell bei der Integration von Migranten? Was kann kommunale Kulturpolitik und Kulturarbeit bei der Integration von Migranten und Aufnahmegesellschaften (also Minderheits- und Mehrheitsgesellschaften) leisten?

»Globalisierung«, »Migration« auf der einen Seite, »Integrationsfaktor Kulturarbeit« auf der anderen Seite: Letztendlich geht es um eine realistische Einschätzung dessen, was Kunst, Kultur und Kulturarbeit dazu beitragen können, das Zusammenleben in einer multiethnischen und in einer multikulturellen Gesellschaft zu ermöglichen.

Offene Frage II: Das Verhältnis von kultureller Globalisierung und Kulturarbeit

Im Zentrum der Diskussion um »Globalisierung/Migration/Integration« steht jedoch nicht nur die Frage der Migration von so genannten Humanressourcen, also Menschen, sondern auch die so genannte kulturelle Globalisierung (Wagner 2002: 11 ff.; vgl. auch Breidenbach/Zukrigl 2002) – eine Metapher für die weltweite »Amerikanisierung der Kultur« (McDonalds, Coca Cola, Soaps etc). Aus dieser angenommenen wachsenden Dominanz amerikanischer Konsum- und Kulturmuster erwächst eine Art Aufgabenzuschreibung an die öffentliche Kulturpolitik und Kulturarbeit, über die Pflege lokaler und regionaler Kulturtraditionen einen Gegenentwurf zu formulieren. Sicherlich durchdringen so genannte westliche beziehungsweise amerikanische Kulturmuster – über die unterschiedlichsten Medien und Konsumgüter vermittelt – weltweit das Alltagsleben von Menschen. Da-

raus jedoch den Rückschluss zu ziehen, dass diese eine, dominante Kultur alles andere »platt macht«, scheint nicht haltbar. Auch hier trifft zu: Westliche Kulturmuster sind vielleicht omnipräsent, aber nicht omnipotent. Auch sie sind nicht homogen, sondern hybrid. Die Verschmelzungen und Vermischungen sind vielfältig – auch und gerade in unserem Alltag: Wir lernen Capoeira und Taekwondo, wir hören *turkish house* und *oriental pop*, haben vor etwa 20 Jahren die Straßencafés entdeckt und richten unsere Wohnung nach Feng Shui ein.

Durch die kulturelle Globalisierung, die weltweite Wanderung – unterschiedlicher – Konsummuster, Kulturmuster und -traditionen und deren Verflechtung entstehen globale Kulturindustrien und neue Kunstformen, werden Inhalte verschmolzen, verändern sich Seh- und Rezeptionsgewohnheiten. Damit verändert sich zudem das kulturelle Leben in einer – auch örtlichen – Gesellschaft/Gemeinschaft. Für die Menschen heißt das, dass sie sich irgendwo im Spannungsfeld zwischen globaler und lokaler Kultur verorten möchten – der kommunalen Kulturarbeit und Kulturpolitik kommt die Aufgabe zu, hierfür Angebote zu machen. (Vgl. hierzu These 4)

Offene Fragen III: Das Verhältnis von Kunst und Kulturarbeit

Kunst ist international. Aus dieser Tatsache und Feststellung wird gerne die Schlussfolgerung abgeleitet, dass deren Vermittlung und Rezeption – gewissermaßen automatisch – interkulturell und damit auch integrativ wirkt. Es entsteht der Eindruck, dass die Begriffe »international«, »interkulturell« und auch »integrativ« gleichgesetzt werden. Mit dieser Gleichsetzung werden Ansprüche an die Kunst gestellt, die sie – vielleicht – nicht einlösen kann. Es scheint eine Aufgabe der Kulturpolitik zu sein, die Begriffe zu klären und die Kausalbeziehung, die zwischen »Internationalität von Kunst« und »interkultureller Wirkung der Kunst« hergestellt wird, kritisch zu beleuchten.

Die Internationalität von Kunst hat grundsätzlich zwei Aspekte. Auf der einen Seite steht der Weltkunstgedanke beziehungsweise die Idee, dass Kunst, das heißt ihre Inhalte, ihre Aussagen und ihre Bedeutung, universalen und grenzenlosen Charakter hat und haben kann. Auf der anderen Seite steht die Tatsache, dass natürlich auch die Produzenten und Interpreten von Kunst, also die KünstlerInnen weltweit wandern. Kunst kennt keine nationalen Grenzen und ist durchaus auch interkulturell, aber daraus kann keine inhärente interkulturelle Botschaft abgeleitet werden. Dennoch: die Kunst an sich, ihre Grundidee ist verbindend/integrativ. Vielleicht kann eine moderne Integrationspolitik genau hiervon lernen – denn Kunst ist hybrid, sie lebt davon, Verbindungen zu suchen, herzustellen und daraus Neues entwickeln. Das Theater interpretiert Klassiker neu in Sao Paulo, Anklam, Frankfurt am Main und Paris, ein bildender Künstler aus Nigeria entwirft ein Zukunftsbild von New York, die Baukunst hat den Neoklassizismus hervorgebracht etc. Kunst an sich ist integrativ, ist verbindend, wirkt aber nicht automatisch integrativ. Vielleicht liegt genau hierin der besondere Beitrag der Kunst zur Integrationspolitik. Ihr Eigenwert und ihr Eigenleben kann hilfreiche Metaphern

– und damit Grundlagen – für die Entwicklung eines modernen Verständnisses von Integration liefern.

Integrationsfaktor Kulturarbeit – Handlungsfelder
Ungeachtet der angerissenen und zu klärenden Fragen lassen sich beim Integrationsfaktor Kulturarbeit unter eher nüchternen und analytischen Gesichtspunkten drei Handlungsfelder unterscheiden:

- Förderung des künstlerischen Potentials der zugewanderten Künstlerinnen und Künstler
- Verortung der einzelnen Menschen und ethnisch-kulturellen Gruppen ermöglichen (Förderung des ethnisch-kulturellen Eigensinns)
  - Förderung der Kulturarbeit ethnischer Minderheiten und damit Förderung der eigenen Verortung der ethnischen Minderheiten in der Aufnahmegesellschaft, Förderung der kulturellen Identität
  - Förderung der Verortung und Selbstvergewisserung der Bevölkerung der Aufnahmegesellschaft – zum Beispiel über Baukultur/Denkmalpflege, Förderung lokaler und regionaler Traditionen in allen Sparten etc.
- Verbindung zwischen Menschen und ethnisch-kulturellen Gruppen herstellen (Förderung des ethnisch-kulturellen Gemeinsinns)
  - Förderung der Auseinandersetzung mit internationalen und interkulturellen Fragen über Kulturangebote (betreffs eher Rezeption von Kunst und Kultur, zum Beispiel Projekte mit ethnischen Bezügen oder »Anders sein« als Thema künstlerischer Auseinandersetzung in und über Museen und Ausstellungen, Filmen, Volkshochschulen, Bibliotheken, Theater, internationale Kunstprojekte etc.)
  - Förderung des interkulturellen Austauschs/Dialogs und der interkulturellen Begegnung (über Kulturaustausch und Städtepartnerschaften, thematische Projekte, Stadtteil- und Quartiersprojekte, Begegnungsräume, zum Beispiel sozio- und interkulturelle Zentren, Künstlerförderung etc.)

Diese Herangehensweise an den Integrationsfaktor Kulturarbeit (und damit die Aufgaben interkultureller Kulturarbeit) mag recht schematisch wirken, dennoch macht gerade die analytische Betrachtung die vielfältigen Wirkungsfelder von Kulturarbeit deutlich. »Kultur und damit Kulturpolitik können kaum Arbeitsplätze schaffen, Wohnungen besorgen, für Essen und Trinken verantwortlich sein.« (Fuchs 2002: 130) Diese Feststellung mag für manche KulturpolitikerInnen und in der Kulturarbeit Aktive zu nüchtern und damit zu ernüchternd klingen, aber Fakt ist: Kulturarbeit kann nichts gegen die »harten« Integrationshemmnisse ausrichten (siehe These 7). Interkulturelle Kulturarbeit ist ein – komplementärer – weicher Integrationsfaktor, der auf der Ebene der künstlerischen Produktion, der sinnlichen, mentalen und intellektuellen Wahrnehmung und Auseinandersetzung und der Ebene der Kommunikation und Begegnung arbeitet und wirkt. Die »harten« Faktoren (Arbeit, Einkommen, Wohnung – letztendlich

die ökonomisch-soziale Sicherheit) zielen auf das Individuum beziehungsweise das materielle Eingebundensein des Individuums in die Aufnahmegesellschaft. Die interkulturelle Kulturarbeit zielt auf die mentale Verortung des Individuums in der Gesellschaft und den Austausch zwischen den Mitgliedern der unterschiedlichen ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen. Dies ist, aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive betrachtet, ein essenizeller und damit existenzieller Beitrag für das Zusammenleben in einer Gemeinschaft.

Interkulturelle Kulturarbeit kann nur dann ihre gesellschaftliche Wirksamkeit entfalten, wenn sie als integraler Bestandteil einer gesamten – auch kommunalen – Integrationsstrategie gesehen wird und nicht als Reparaturinstanz einer fehlgeleiteten Integrationspolitik. Auf der Grundlage dieser Prämisse sollte ein Konzept »interkulturelle Kulturarbeit« entwickelt werden, das ausgehend von den analytischen Betrachtungen in einem zweiten Schritt die konkreten interkulturellen Leistungen und Aufgaben der einzelnen Kultureinrichtungen, kulturellen Handlungsfelder und Initiativen beleuchtet.

Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hrsg.) (2002): *Daten und Fakten zur Ausländersituation*, Berlin (20. Auflage, Februar 2002)

Breidenbach, Joana/Zukrigl, Ina (2002): »Widersprüche der kulturellen Globalisierung: Strategien und Praktiken«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B12/2002

Burke, Peter (2002): »Globale Identitäten aus der Sicht eines Historikers. Drei Szenarios für die Zukunft«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 12/2002

Fuchs, Max (2002): »Dialog zwischen den Kulturen. Kulturtheoretische und -politische Anmerkungen«, in: *UNESCO heute*, Nr. 1-2/2002

Göschel, Albrecht (2001): »Integration und Stadt«, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, 2001/I, S. 5-11

Graff, Bernd (2001): »Rein darf, was rein ist. ›Integrationsabschreckend‹: Wer braucht hier einen Deutschkurs«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 26.4. 2001

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2001): »Integration und Segregation – Überlegungen zu einer alten Debatte«, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Heft 2001/I, S. 68-79*

Krämer-Badoni, Thomas (2001): »Urbanität und gesellschaftliche Integration«, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Heft 2001/I, S. 12-25

Landesregierung Schleswig-Holstein (2002): *Konzept der Landesregierung zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein*, Kiel (Juni 2002)

Naumann, Michael (2002): »Das Scheingefecht. Nur keinen Streit: Deutschland unter der Konsensglocke«, in: *Die Zeit*, Nr. 33 vom 8.8.02

Nida-Rümelin, Julian (2002a): »Globalisierung und kulturelle Differenz. Eine zivilgesellschaftliche Perspektive«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 12/2002

Nida-Rümelin, Julian (2002b): »Die offenen Gesellschaft und ihre Feinde«, in: *MAECENATA ACTUELL*, Nr. 32

Oberndörfer, Dieter (2001): »Leitkultur und Berliner Republik. Die Hausordnung der multikulturellen Gesellschaft Deutschlands ist das Grundgesetz«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 1-2/2001

Prantl, Heribert (2002): »Homogenisieren kann man die Milch ... aber nicht die deutsche Gesellschaft: Warum Schily mit seinem Assimilationsgerede falsch liegt«. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 3.7.02

Scheffer, Paul (2002): »Das Scheitern eines Traums. Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Illusion. Der Aufstieg von Populisten wie Haider, Fortuyn und Berlusconi zwingt über die Grenzen des offenen Europas nachzudenken«, in: *Die Zeit*, Nr. 29 vom 11.7.2002

Schmid, Josef (2001): »Bevölkerungsentwicklung und Migration in Deutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 43/2001

Schultz, Tanjev/Sackmann, Rosemarie (2001): »›Wir Türken ...‹ Zur Kollektiven Identität türkischer Migranten in Deutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 43/2001

Senghaas, Dieter (2002): »Kulturelle Globalisierung – ihre Kontexte und Varianten«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 12/2002

Stadt Stuttgart (2000): *Ein Bündnis für Integration. Grundlagen einer Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart*, Stuttgart

Tenbrock, Christian/Uchatius, Wolfgang (2002): »Geschlossenen Gesellschaft«, in: *Die Zeit*, Nr. 13/2002

Terkessidis, Mark (2002): »Der lange Abschied von der Fremdheit. Kulturelle Globalisierung und Migration«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B12/2002, S. 31-38

Wagner, Bernd (2002): »Kulturelle Globalisierung. Von Goethes ›Weltliteratur‹ zu den weltweiten Teletubbies«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 12/2002, S. 10-18

NASEEM KHAN

Migration, Integration und der gemeinsame öffentliche Raum

Welcher gemeinsame Faden verbindet folgende drei wahre Geschichten miteinander?

- 1998 richtete der *Arts Council England* einen innovativen Fonds ein, der neue Partnerschaften zwischen Kulturgruppen von ethnischen Minderheiten und so genannten kulturellen »Mainstream«-Organisationen unterstützen sollte. Dies wurde von der Idee getragen, Verbindungen zwischen traditionellen »Communities« einerseits und Organisationen wie zum Beispiel einer überörtlichen Galerie oder einem großen Theater andererseits herzustellen. Aber als die Pläne von den regionalen Kunstausschüssen (den Körperschaften vor Ort) umgesetzt werden sollten, da wurde auf sie mit dem verblüfften Ausruf reagiert: »Aber wir kennen diese Leute doch nicht!«
- Im Sommer 2001 kam es in den verarmten nördlichen Fabrikstädten des Vereinigten Königreichs zu erheblichen Unruhen mit gewalttätigen Protestaktionen von Angehörigen der asiatischen Minderheit. Offizielle Berichte, die sich mit den Ursachen dieser Ereignisse auseinander setzten, wiesen alle auf das Phänomen der so genannten »Parallelgesellschaften« hin, der eigenständigen ethnischen Gemeinschaften – in diesem Fall von Pakistanis einerseits und Weißen andererseits. In den Berichten ist zu lesen, dass es für die Bevölkerungsgruppen vollkommen normal war, kaum Berührungspunkte zu haben. Sie lebten, kauften, arbeiteten getrennt voneinander und schickten ihre Kinder in unterschiedliche öffentliche Schulen.
- Ein früheres Programm des *Arts Council* benutzte unverhoffte Lotterieeinnahmen dazu, Kunstorganisationen bei der Beschaffung von Kapital – einem sehr nachgefragten, aber lange vernachlässigten Bereich – zu helfen. Als man die Gelder verteilt hatte, wurde klar, dass von den ausgezahlten Millionen nur 0,2 Prozent an Einrichtungen und sonstige Zentren ethnischer Minderheiten gegangen waren.

Der »gemeinsame Faden« ist deutlich: Es handelt sich um Separierung. In diesen Fällen wurden nicht nur die »Communities« vom »Mainstream« abgetrennt, sondern bei der Mehrheit war nur sehr wenig Wissen über Menschen außerhalb ihres Blickfeldes vorhanden. Und der Fall des *Lotterie-Fonds* zeigte nur zu deutlich, dass ethnische Minderheiten sowohl schlecht vorbereitet waren, sich zu bewerben, als auch – und dies ist noch wichtiger – dass sie davon überzeugt waren, sowieso nicht beachtet zu werden und deswegen ihrer Meinung nach es nicht lohnenswert sei, sich dem mühseligen Bewerbungsverfahren überhaupt zu unterziehen.

Bis vor relativ kurzer Zeit wurde der Tatsache ethnisch getrennter Gemeinschaften im Vereinigten Königreich keine besondere Bedeutung beigemessen. Sie wurden – wenn überhaupt – als Zeichen einer toleranten Gesellschaft und damit als praktischer Ausweis der Philosophie von Innenminister Roy Jenkins von 1966 interpretiert: Integration wird nicht als ein gleichmachender Prozess der Assimilation verstanden, sondern als Chancengleichheit, gepaart mit kultureller Vielfalt in einer Atmosphäre von Toleranz. Aber der Druck der gegenwärtigen Ereignisse, die Auswirkungen des 11. September und die wachsende Zahl von Flüchtlingen verlangen eine Überprüfung dieser Auffassung. Geopolitische Verschiebungen tragen zudem dazu bei, in wachsender Dringlichkeit zu definieren, was eine »Nation« eigentlich ausmacht. Was sind verbindende Faktoren? Inwieweit bedrohen lokale Differenzen nationale Identität?

Im *Runnymede-Bericht 2000* »Die Zukunft eines multi-ethnischen Großbritanniens« wird für die Anerkennung der Differenz plädiert, aber auch auf ein Problem hingewiesen, das für die Regierung an vorderster Stelle beim »Zusammenhalt von Communities« steht: In der Sozial- und Kulturpolitik ist die Erkenntnis gewachsen, dass Anerkennung der Differenz nicht hinreicht, wenn beispielsweise die Unterstützung ethnischer Enklaven, wie etwa die Entstehung neuer »Chinatowns« und »Curry-Meilen« nicht von anderen Maßnahmen begleitet wird, die die soziale Ungleichheit betreffen und vor allem von Auseinandersetzungen darüber, auf welchen Werten unsere kulturellen Einrichtungen basieren.

Zu Beginn des Jahres 2002 bot der *Arts Council* in Zusammenarbeit mit dem *Europarat* ein zweitägiges Seminar für die Führungsmitglieder wichtiger Kulturorganisationen in Europa an. Wir konzentrierten unsere Arbeit auf Überlegungen zum *UNESCO*-Kulturbericht »Unsere kreative Vielfalt« (1999) und dessen Betonung der Bedeutung des »gemeinsam geteilten Raums«.

Das Konzept des »gemeinsam geteilten Raums« arbeitet auf verschiedenen Ebenen. Zuallererst umfasst es die physische Präsenz in den großen Kulturinstitutionen, das heißt die Anwesenheit verschiedener Kulturen und Kunstformen in den großen Theatern, Galerien, Konzerthallen, Museen etc. Auf einer weiterten Ebene meint es die Reflexion über verschiedene Bedürfnisse und Aspekte im öffentlichen Raum, etwa die Möglichkeiten verschiedener religiöser und sozialer Bedürfnisse. Auf einer mehr konzeptionellen Ebene fordert es ein neues Nachdenken über Werte: Wer spielt zum Beispiel welche Rolle, wenn nationale Geschichte im Museum wiedergegeben wird? All dies setzt ein Umdenken voraus und die Be-

reitschaft, Multikulturalität nicht als eine Folge von Additionen, sondern als ein neues Konzept des »Charakters« einer Gesellschaft zu sehen.

Verschiedene Versuche, einzelne Organisationen dementsprechend neu auszurichten, haben die Komplexität dieser Aufgabe gezeigt. 1993 zum Beispiel erkannte das renommierte *Museum von London*, dass seine Besucherzahlen die ethnischen Minderheiten der Hauptstadt kaum widerspiegelten. Dies ist besonders auffällig, wenn man bedenkt, dass 25 Prozent der Bevölkerung Londons zu ethnischen Minderheiten gehören und das Museum selbst in einem »bengalischen« Wohngebiet liegt. Die Verantwortlichen starteten daher ein ehrgeiziges Projekt mit dem Namen »Die Menschen Londons« und stellten dafür eigens Verbindungsleute zu den »Communities« ein, um die Bevölkerung vor Ort für das Museum zu interessieren. Dieses Unterfangen war sehr erfolgreich und die Zahlen der Besuchergruppen aus ethnischen Minderheiten stiegen beträchtlich. Aber sie fielen auch sofort wieder, als das Projekt vorbei war.

Nicht nur dieses Beispiel zeigt, dass Projekte und Initiativen allein nicht ausreichen. Sie dringen nicht bis zur Wurzel des Problems vor: Bestimmte Gruppen der Gesellschaft glauben immer noch, dass viele kulturelle Einrichtungen nicht »für sie bestimmt« sind. Untersuchungen des Arts Council aus dem Jahr 2000 bestätigten, dass schwarze, asiatische und chinesische Befragte häufig meinten, sich in Theatern und Konzerthallen des kulturellen Mehrheitsgeschmacks »unbehaglich« oder »fehl am Platz« zu fühlen. Aber solange der öffentliche Raum die Gesamtgesellschaft nur ungenügend widerspiegelt, wird es kein wirkliches Gefühl von Zugehörigkeit oder – im erweiterten Sinne – Loyalität geben.

Das Seminar 2002 zum Themenkomplex »Der gemeinsam geteilte Raum« konfrontierte seine 44 Teilnehmer mit zwei beispielhaften Schwierigkeiten. Zum einen: Wie würden Sie als Geschäftsführer das Problem lösen, dass einer wichtigen Institution der darstellenden Kunst die ursprünglich weißen Besucher abhanden gekommen waren? Zum anderen: Wie würden Sie eine neue große Kunstgalerie unter Berücksichtigung der sozialen und ethnischen Mischung der Anwohner planen? Kleingruppen hatten zwei Stunden Zeit, einen Geschäftsplan und dafür zugrunde liegende Prinzipien zu erarbeiten, bevor ihnen mitgeteilt wurde, dass die Beispiele der Realität entnommen und nicht erfunden waren. Außerdem waren die »wirklichen« Hauptakteure anwesend, um ihre Erfahrungen aus der Praxis einzubringen.

Im Verlauf der hitzigen Diskussion war schnell Konsens darüber hergestellt, dass man viele, nicht auf Kurzfristigkeit angelegte Aktionen braucht, um eine »Mainstream«-Institution zu einer der kulturellen Vielfalt zu machen. Eine einzelne Aktion kann nicht bewirken, was man umgangssprachlich als »Initialzündung« bezeichnet, aber viele Aktionen zusammen bieten im Laufe der Zeit die beste Chance, einen wirklich demokratischen »gemeinsam geteilten Raum« zu schaffen.

An erster Stelle steht eine engagierte Leitung. Kulturelle Vielfalt ist ein Thema, bei dem Lippenbekenntnisse sehr häufig sind und auf der Oberfläche hat sie nur

wenige Feinde. Wie in Liedchen von *Tom Lehrer*, kann niemand gegen Frieden und Harmonie sein. Aber eine effektive Organisation von Vielfalt bedeutet Machtverschiebungen und die Infragestellung von eingefahrenen Vorstellungen, wie Dinge getan werden sollten. Besonders in großen Institutionen ist es fast immer leichter, Dinge so zu handhaben, wie sie schon immer gemacht wurden. Ohne Einsicht, Weitblick, Engagement und Verständnis an der Spitze bleiben Veränderungen oberflächlich und nicht nachhaltig.

Gegenseitiger Nutzen und Gewinn kommen an zweiter Stelle. Eine echte Partnerschaften kann keine unter- und übergeordneten Beteiligte haben. Wenn eine Beziehung zwischen einer Minderheiten-Einrichtung und einer »Mainstream«-Organisation geplant wird, dann müssen beide Seiten von vornherein wissen, was sie in dieses Geschäft als Input investieren und was sie als Output erwarten können. Das Projekt »Neue Zuschauer« des *Arts Council* (das erste Beispiel dieser Art) wurde sehr intensiv auf das Prinzip des gegenseitigen Nutzens hin ausgerichtet. Man wusste zudem, dass Einrichtungen mit breiter öffentlicher Akzeptanz dafür bekannt sind, sich »die Rosinen herauszupicken«, die ihren Zwecken am besten dienen, wenn sie beginnen, ihre Programme vielfältiger zu gestalten. Beim Projekt »Neue Zuschauer« müssen die sich vertragsmäßig bindenden Partner dagegen sicher sein, dass ihre jeweiligen Ziele durch die neuen Vereinbarungen befriedigt werden und zu weiteren selbstbestimmten Fortschritten führt. Eine Beziehung in diesem Sinne bedeutet nicht das »Aufsaugen« des Kleinen durch den Großen. Jede Seite bewahrt sich ihren spezifisch eigenen Charakter, während gemeinsame Grundlagen gefunden und entwickelt werden.

Mit angestoßen wurde das Konzept »Neue Zuschauer« (und sein Fonds von 1,4 Mio. Pfund) übrigens von den USA, und zwar über eine Verbindung zwischen einer *Arts Council*-Konferenz zum Thema Vielfalt und den »Kunst«-Verantwortlichen der *Rockefeller Foundation*. Die Schwarze Mikki Shepherd hatte bereits ähnliche Partnerschaften ins Leben gerufen und dabei herausgefunden, dass es wichtig war, die Unterstützungsgelder nicht der Mehrheitseinrichtung, sondern der Minderheiten-Organisation zu geben, damit die vertragliche Seite auch passend gestaltet wird. In einem Fall bekam beispielsweise die *New York's Brooklyn Academy of Music* (*BAM*) auf diese Weise konkrete Kenntnisse darüber, wie man schwarze Zuhörer erreicht und sie als Kundschaft anspricht, wohingegen der anderen Vertragsseite, dem *Bronx's Studio 44*, beeindruckende und gut ausgerüstete Räumlichkeiten mit allen erforderlichen Einrichtungen zur Verfügung gestellt wurden. Das *Arts Council*-Projekt »Neue Zuschauer« hat bisher insgesamt 46 Organisationen bezuschusst und wird darüber im Frühjahr 2003 Bericht erstatten. Die Ergebnisse werden gegenwärtig ausgewertet, aber es wird bereits jetzt als wichtiges Werkzeug des Brückenschlags zwischen den so genannten »Parallelgesellschaften« betrachtet.

Partnerschaften und eine gemeinsame Sprache brauchen Zeit, um sich zu entwickeln. Langfristiges Engagement ist deshalb besonders wichtig. Dies kann jedoch auch praktische Probleme mit sich bringen. Oft werden Fördergelder für Kunst von Jahr zu Jahr – höchstenfalls über eine Zeitspanne von drei Jahren verge-

ben. Hier sind Änderungen durch nationale und regionale Entscheidungsträger notwendig.

»Mainstream«- Organisationen müssen nicht nur ihre Vorstellungen vom Wirken nach außen ändern, sondern sich auch auf die interne Organisation konzentrieren. Wie repräsentativ sind die Regierungsausschüsse und -kommissionen zusammengesetzt? Wie deren Beschäftigte, und auf welcher Ebene? Anfängliche Untersuchungen im Vereinigten Königreich zeigten, dass die Beschäftigtenstruktur einer repräsentativen Auswahl relevanter Kultureinrichtungen offensichtlich dem nationalen Durchschnitt schwarzer und ethnischer Minderheiten entsprach. Aber bei näherer Überprüfung fand man heraus, dass diese überwiegend in untergeordneten Positionen arbeiteten. Nur eine Person war im leitenden Management beschäftigt.

Öffentlichen Raum gemeinsam zu gestalten bedeutet, Macht und Verantwortung zu teilen. Hier wäre es notwendig, Strategien zu entwickeln, um dieses Ziel zu erreichen. Eine Konferenz des *Arts Council* unter dem Titel »Korrektur des Bildes«, die sich mit Arbeitsplatzmöglichkeiten für Schwarze und Beschäftigte aus ethnischen Minderheiten auseinander setzte, informierte sich bei Industriellen. Keiner von diesen – so die Selbstaussage – würde eine Situation dulden, in der ihre Produkte von ethnischen Minderheiten kaum gekauft würden oder nur wenige Arbeitsplatzbewerbungen aus diesem Sektor kämen. Es würde sofort nach den Ursachen dafür geforscht und es würden schnell Maßnahmen eingeleitet werden, um diese Schieflage zu korrigieren. Ironischerweise liegt die Kunst in ihrem Bemühen um Vielfalt immer noch hinter dem kommerziellen Sektor.

Allerdings wurde auf der Konferenz »Der gemeinsam geteilte Raum« an dort behandelten Beispielen deutlich, dass auch eine nur kurzfristige Zusammenarbeit nützlich sein kann. Für beide Seiten in dieser Partnerschaft führte die Arbeit an einem gemeinsamen Projekt – egal ob an einem Festival oder einer ganzen Saison – dazu, dass Hürden in der praktischen Zusammenarbeit überwunden werden konnten. Handeln ist meist effektiver, als nur darüber zu hören.

Die Handlungspalette ist äußerst umfangreich. Die Erfahrungen zahlreicher Beispiele zeigt jedoch, dass es im Laufe der Zeit gelingen kann, die Schwierigkeiten zu überwinden. Denn das Ziel eines »gemeinsam geteilten Raumes« in symbolträchtigen Bereichen des öffentlichen Sektors ist sehr wichtig. Dennoch wäre es falsch anzunehmen, dies wäre die ganze Geschichte. Der »Mainstream« ist ein mächtiger Spieler, und er beeinflusst erheblich die Wertvorstellungen; aber die Seite, die »Basis« genannt wird, hat ebenfalls Einfluss – und zwar zu ihren eigenen Bedingungen.

Über die Jahre hinweg hat eine bestimmte kontroverse Debatte die englische Kunst-Förderung beeinflusst. Sie betrifft die richtige Art der Unterstützung kulturell unterschiedlicher Künste und Künstler. Eine Seite konzentriert sich dabei leidenschaftlich auf das Thema »Mainstreaming« im Sinne der Akzeptanz durch Anpassung, indem sie schwarze Künstler in die Lage versetzt, sich in kulturellen Machtzentren zu engagieren und diese Einrichtungen zu ermutigen, sich gerade

für Minderheiten weiter zu öffnen. Die andere Seite sagt, dass dies praktisch einer Übernahme gleichkommt; sie konzentriert sich stattdessen auf die Bereitstellung entsprechender Infrastruktur und sonstiger Versorgungsleistungen an der »Basis«. Für die Befürworter des ersten Förderansatzes bedeutet dies wiederum eine Ghettoisierung.

In Wirklichkeit tauchte dabei, nach vielen Monaten der Beratung, Reflexion und Diskussion, langsam der Gedanke auf, dass beide Möglichkeiten eigentlich miteinander verbunden werden müssen. Ohne Künstler, die den meinungsbildenden öffentlichen Raum ausfüllen, wird das Erschließen neuer Möglichkeiten nur eine leere Geste bleiben. Ohne Räume, in denen sie sich weiterentwickeln können, werden Künstler sich in der Tat in Schach gehalten und ghettoisiert fühlen. Was wir brauchen, ist eine Ausgewogenheit der Strategie, bei der keine Seite das Recht hat, zu weit von der gemeinsamen Linie abzuweichen.

Wenn eine entsprechende Unterstützung der Basis durch die Förderung von Künstlern und Unternehmen stattfindet, während ihnen gleichzeitig Möglichkeiten im Kulturbetrieb eröffnet werden, dann können Künstler selbst entscheiden, in welchem Bereich sie arbeiten wollen. Sie können in ethnisch klar umrissenen Gebieten bleiben mit dem Markenzeichen »schwarzer Künstler«. Sie können sich aber auch als internationaler Künstler definieren, wie es schon viele für sich beanspruchen.

Ein »gemeinsam geteilter Raum« muss auch die Wahl gemeinsamer Möglichkeiten einschließen. So wie die Dinge im Moment stehen, haben Künstler ethnischer Minderheiten weniger Optionen, aus denen sie auswählen können. Jede politische Strategie hat meiner Meinung nach vor allem die Aufgabe, nicht Arbeit zu beschaffen, sondern Menschen die größtmögliche Freiheit zu geben, Arbeit selbst zu erschaffen.

Dieses Jahrbuch handelt von Interkulturalität und Integration. Die Erfahrungen im Vereinigten Königreich haben bis jetzt gezeigt, dass beides nur stattfinden kann, wenn die Spielfelder auf gleicher Ebene liegen. Das bedeutet, dass Künstler (und Zuschauer und Verwaltungsmitarbeiter) die gleiche Möglichkeit haben auszuwählen, wo sie arbeiten wollen, wie sie ausgebildet werden oder wo sie als Publikum Kunst und Kultur rezipieren.

Letztlich ist es wichtig zu erkennen, dass Veränderungen nicht geplant werden, um nur eine Seite zu begünstigen. Netzwerke, die aus gemeinsam geteilten ästhetischen Visionen entstanden sind, sind oft lebendig, herausfordernd und elektrisierend gewesen. Wir haben die Feierlichkeiten zum »Golden Jubiläum« der Queen 2002 gesehen, die die kulturelle Bandbreite der veränderten britischen Bevölkerungs widerspiegelte. Künstler und Künstlerinnen wie Akram Khan, Shobana Jeyasinghe, Courtia Newland, Jonzi B und viele andere haben eine Vielzahl kultureller Formen gemischt, die aber keine Verschmelzungen hervorbrachten, sondern von einer neuen Sensibilität zeugen. »Teilhaben« ist ein dynamischer und riskanter Vorgang, aber auch die stärkste Möglichkeit für Veränderung.

Übersetzung aus dem Englischen: Ruth Kröger-Bierhoff

KATHARINA NOUSSI-SCHEBA

Kunst und Kulturarbeit der afrikanischen Diaspora in Wien

Menschen afrikanischer Herkunft sind mit schwierigen Rahmenbedingungen konfrontiert, wenn sie in Wien sich durch Kulturschaffen ihren Lebensunterhalt verdienen wollen. Trotzdem gibt es eine Vielfalt an qualitativ hochwertiger Kunst und Kulturarbeit der afrikanischen Diaspora in öffentlichen und politischen Räumen in Wien. Wenn interkulturelle Kulturpolitik und Praxis Denkstrukturen verändern sollen, dann müssen sie vor allem als emanzipatorische und antirassistische Arbeit verstanden werden.

Hintergrund

Etwa 1,5 Prozent der Bevölkerung Österreichs stammt aus Subsahara-Afrika.[1] In Wien leben circa 6 500 bis 7 000 Menschen subsaharanischer Herkunft,[2] davon wohnen 9 von 10 seit mehr als drei Jahren hier. Trotzdem üben fast 75 Prozent eine Tätigkeit aus, die nicht ihrer Qualifikation entspricht.[3] Der Frauenanteil der afrikanischen Bevölkerung Wiens beträgt nur etwa ein Drittel (34,2 %). Zwei Drittel der afrikanischen Zuwanderer kommen aus dem städtischen Afrika. (Vgl. Ebermann 2002)

1 Dieser Artikel stellt die Kunst und Kulturarbeit der afrikanischen Diaspora in Wien vor, doch handelt es sich hier hauptsächlich um Zuwanderer aus Subsahara-Afrika. Die Zuwanderer nordafrikanischer Staaten wurden nicht beachtet, da sie nicht Teil der so genannten Afrikanischen Community in Wien sind, sondern eine eigene Einwanderer-Community bilden. Ich denke Grund dafür sind die unterschiedlichen Rassismus-Erfahrungen in Österreich sowie eine unterschiedliche Geschichte (vor allem keine Opfer des Jahrhunderte langen transkontinentalen Sklavenhandel), Religion (Islam ist identitätsstiftender in den nordafrikanischen Staaten) und Kultur.

2 Inklusive der Personen mit Zweitwohnsitz in Wien sind ca. 4 100 Personen afrikanischer Nationalitäten in Wien gemeldet. Addiert man ca. 1 000 bis 1 500 Afrikanerinnen und Afrikaner, die illegal in Wien leben dürften und ca. 1 400 eingebürgerte Afrikanerinnen und Afrikaner dazu, kommt man auf eine Gesamtzahl von etwa 6 500 bis 7 000 Menschen subsaharanischer Herkunft in Wien. (Ebermann 2002)

3 Nach Eigenangaben sind 34,2 % der afrikanischen Zuwanderer in Wien Akademiker und haben 75 % einen der Matura gleichwertigen Abschluss. (Ebermann 2002)

Das Konzept der Diaspora wird zur Definition von transnationalen Netzwerken von Menschen verwendet, die unfreiwillig zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen wurden, ein häufig genanntes Beispiel ist die afrikanische Diaspora. (Lutter/Reisenleitner 2001: 129)

Grundlage dieses Artikels ist meine wissenschaftliche Feldforschung der letzten zwei Jahre. Ich führte unter anderem zwanzig qualitative Interviews mit herkunftsafrikanischen Kulturschaffenden, davon eine Vertreterin und sechs Vertreter von sieben afrikanisch-österreichischen Vereinen[4] und dreizehn Künstlerinnen und Künstler (zwei bildende Künstler, zwei Musikerinnen, drei Musiker, zwei Tänzerinnen, ein Theatermacher, eine Autorin und zwei Autoren) sowie Interviews mit drei Vertretern von Subventionsstellen und einem Philosophen.

Die zwanzig Personen der afrikanischen Diaspora setzen sich aus 14 Männern (70 %) und 6 Frauen (30 %) zusammen, die aus allen Teilen Afrikas stammen. 90 Prozent haben studiert, davon 55 Prozent in Österreich. Ihre durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Österreich beträgt 12 Jahre. 39 Prozent sind mit Österreicherinnen oder Österreichern verheiratet, was generell von einem hohen Grad an Integration zeugt. Während 70 Prozent meiner Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner sich hauptsächlich durch ihre künstlerische Tätigkeit oder Vereinstätigkeit definieren, gaben nur 40 Prozent an, davon auch einen Großteil ihres Einkommens zu beziehen. Diese Personen, die eine hohe Ausbildung genossen haben und Erfahrungen in Integration und Interkulturalität haben, bilden somit ein großteils ungenütztes gesellschaftliches Potential.

Integration

Wien – Umfeld und Kontext meiner Studie – ist einerseits eine multiethnische, plurale Gesellschaft, andererseits versteht sie sich noch sehr stark als eine »Weiße Welt«, wo imaginierte Gegensätze zu den Menschen schwarzer Hautfarbe aufrecht erhalten werden. Dies bedeutet, dass Menschen afrikanischer Herkunft mit Vorurteilen begegnet wird. Mit der »Weißen Welt« bezeichne ich nicht Wien als Stadt, wo mehrheitlich Menschen weißer Hautfarbe leben, sondern eine Denkweise. Das Verständnis der »Weißen« Denkweise steht für die rassistische Umgebung, in der Menschen afrikanischer Herkunft in Wien leben, ohne die rassistischen Diskriminierungen, Übergriffe und Demütigungen näher beschreiben zu müssen.[5]

Diese Denkweise zeichnet sich dadurch aus, dass Worte an Bilder gebunden werden, um daraus Konzepte zu machen. (Balibar, in: Pichlhöfer 1999) So schließt die soziale Bedeutung von »nur für Inländer« im Kontext österreichischer Zeitungsinserate Menschen schwarzer Hautfarbe aus. Rassismus basiert auf vor-

4 Als afrikanisch-österreichische Vereine bezeichne ich Vereine, die in Österreich gemeldet sind und deren Mitglieder hauptsächlich aus der afrikanischen Diaspora kommen, also Menschen sind, die in Österreich leben und afrikanischer Herkunft sind. Sie sind Teil der Alltagskultur in Österreich und befassen sich mit dem Leben in Österreich.

handenem Wissen in Form von Klischees, die seit Jahrhunderten aufrecht erhalten werden. Die Weiße Identität definiert sich noch immer großteils als Gegensatz zu Schwarz[6], unterentwickelt und exotisch. (Vgl. Johnston-Arthur, Interview)

Die (österreichischen) Medien spiegeln großteils nicht unsere multiethnische Gesellschaft wider. Sie erhalten durch den Ausschluss der Immigrantinnen und Immigranten die Fiktion der homogenen politischen und kulturellen Gemeinschaft aufrecht. Diese müssen zudem für alle Ängste und Aggressionen der Modernisierungsverlierer herhalten. (Lischke/Rögl 1993: 45) Auch die antirassistische Artikulation von der bürgerlich-liberalen Strömung, vor allem jene Richtung, die mit moralischen Appellen an die herrschende Ideologie der Humanität appelliert, verfestigt diese Denkweise der Gegensätze und das bestehende Machtgefüge. Die Interessen der herrschenden Gruppe werden legitimiert, Status und Herkunft von Dominierten und Dominierenden als unveränderlich festgeschrieben. (Vgl. Johnston-Arthur/Görg, 2000: 21-25) Im kulturtheoretischen Diskurs hat sich jedoch die Erkenntnis durchgesetzt, dass nicht von festen Identitäten oder von geschlossenen Kulturen, sondern von grundsätzlich hybriden Identitäten ausgegangen werden muss. (Vgl. Lutter/Reisenleitner 2001: 129).

Die nicht auf Gegensätzen beruhende Reflexion über eine »Weiße Identität« ist in Österreich noch nicht in die Öffentlichkeit vorgedrungen und das Bewusstwerden des Rassismus im Allgemeinen und seiner institutionellen Formen im Speziellen stehen erst am Anfang. Integration als normatives Ziel bedeutet nach Lischke und Rögl (1993):

- Strukturell die gleichberechtigte Teilnahme an Institutionen, Hierarchiestufen und Gütern der Gesellschaft und
- sozial die Möglichkeit wechselseitiger Interaktion zwischen Mehrheit und Minderheiten ohne Benachteiligung, Vorurteilen und persönlicher Diskriminierung.

Um eine solche Gleichstellung von Schwarz und Weiß und somit eine echte Integration zu erreichen sind zwei Prozesse notwendig: einerseits Self-Empowerment der Unterdrückten und andererseits Bewusstwerden der Machtsituation der Dominierenden und Abgeben von Macht.[7] Ein solches Verständnis von Integration ist als Konfliktprophylaxe in einer interdependenten Welt sowie für die Weiterentwicklung des Demokratiekonzepts[8] von großer Bedeutung.

5 Vorfälle von rassistischer Diskriminierung, Übergriffen und Demütigungen in Österreich werden beispielsweise im jährlichen Rassismus Report von *ZARA* veröffentlicht. Durch die Medien wurden der Fall Marcus Omofuma, die *Operation Spring* mit mehr als 100 Verhafteten, der Fall Charles Ofoedu, die Razzia im Flüchtlingslager Traiskirchen bekannt. Ebermann (2002: 144-146) schreibt, dass mehr als ein Drittel der in Wien lebenden Afrikaner zumindest einmal in zwei Monaten kontrolliert werden und 37,2 % der Afrikaner sich bei Kontrollen von der Polizei schlecht oder erniedrigend behandelt fühlen.

6 »Der Begriff Schwarz, mit großem ›S‹ geschrieben, hat sich auch im deutschsprachigen Raum zu einem politischen Begriff entwickelt. Unter Schwarz in diesem politischen Sinne werden mehr als 2/3 der Weltbevölkerung, das heißt Menschen der sogenannten ›Dritten Welt‹ bezeichnet. Im Laufe der bewegten Geschichte des *struggle for freedom* wurde black zusammen mit der *black power* zu einem kulturpolitischen Kampfbegriff, ebenso wie das *Black-Consciousness-Movement* in Südafrika.« (Johnston-Arthur, in: Kumpfmüller 2000: 155)

Emanzipatorische und antirassistische Kulturarbeit

Ob kulturelle Praxis und Kulturpolitik für die Umsetzung eines wahren Antirassismus und die Integration von Bedeutung sind, hängt von einer Reihe von Faktoren ab. Die Strategien der künstlerischen Tätigkeit und ihr Kontext sowie die verschiedenen Methoden der Wendung an den Betrachter bestimmen einerseits ob Kulturarbeit Denkstrukturen verändern kann. Wenn Kulturarbeit sich mit dem »Anderen« oder »Ausländerkunst« beschäftigt, wird eine starre Konstruktion des Anderen als den Fremden und somit das Machtgefälle verfestigt. Wenn jedoch Denkstrukturen verändert werden sollen, dann muss interkulturelle Kulturarbeit als emanzipatorische und antirassistische Arbeit verstanden werden.

Der Status der gelebten und lokalen Erfahrung muss als eine legitime Form des Wissens anerkannt werden. Migrantinnen und Migranten sind von Fragen der Kunst und Interkulturalität, der Produktionssituation, der Repräsentation, der Veranstaltungs-, Kultur- und Gesellschaftspolitik usw. unmittelbar betroffen und daher Expertinnen und Experten interkultureller Kulturarbeit. Ihre Perspektiven müssen einen konstitutiven Bestandteil wahrer interkultureller Kulturarbeit bilden. (Vgl. Baecker 2001, Doucette 2002, Fisher 2000, Köhl 2001)

Kulturelle Praxis der afrikanischen Diaspora in Wien

Migrantinnen und Migranten bedienen sich aller künstlerischer Ausdrucksmittel, um sich als Künstlerinnen und Künstler zu verwirklichen, aber auch um Kulturarbeit und wichtige politische Bewusstseinsbildungsarbeit zu leisten. Sie agieren als Akteurinnen und Akteure im politischen Rahmen. Sie nehmen Raum ein – öffentliche und politische Räume, die ihnen ohnehin zustehen müssten. Migrantinnen und Migranten errichten neue Foren für Diskussion, Konfrontation und Austausch, um in der Öffentlichkeit durch kulturellen Ausdruck ihre kulturellen Vorstellungen zu kommunizieren . Natürlich sind die Migrantinnen und Migranten keine homogene Gruppe und dementsprechend gibt es auch keine Beschreibung der Migrationskunst, nur verschiedene Beispiele von unterschiedlichen Personen. Allen ist gemeinsam, dass sie sich dazu entschlossen haben, Kunst und Kulturarbeit aktiv in dem Land zu betreiben, in das sie ausgewandert sind und nun als ihre neue Heimat sehen. (Vgl. Doucette 2002)

7 Diese Strategien des aktuellen sozialwissenschaftlichen Diskurses werden auch auf andere Gesellschaftsaspekte (beispielsweise Gender, Sexualität etc.) angewandt um ungleiche Machtverteilungen zu bekämpfen.

8 *Demokratie als unvollendeter Prozess* (*Democracy Unrealised*) war der Titel der Plattform 1, die im Zuge der *Documenta 11* in Wien und Berlin stattfand. Dieses Projekt stellte eine hinterfragende Umkehrung der Theorien und institutionellen Politik dar, die das Feld der Demokratie als im Wesentlichen vollendet definiert haben. Die Schlussfolgerung der intellektuellen Debatten war, dass die Demokratie, auch wenn sie das Schlagwort für verschiedene Arten partizipatorischer Herrschaft und politischer Systeme des letzten halben Jahrhunderts war, doch weitgehend noch immer ein sich ständig neu erfindendes Projekt geblieben ist. Demokratie ist sozusagen ein Work in Progress. (Enwezor 2002)

Die Kulturarbeit der afrikanischen Diaspora in Wien wird einerseits von Künstlerinnen und Künstlern und andererseits von afrikanisch-österreichischen Vereinen geleistet. Die Organisation von Vereinen ist eine Reaktion auf die Fremdheitserfahrungen und die Entmündigung in Österreich. Die emanzipatorische Kunst und Kulturarbeit dient dem Self-Empowerment der afrikanischen Community und der Diversifizierung von Bildern über afrikanische Zuwanderer in Wien.

Afrikanisch-österreichische Vereine und Aufbau von Strukturen

Der Großteil der fast 40 afrikanisch-österreichischen Vereine in Wien (Chukwubuike 2000) dient dem Zweck, soziale Kontakte zu verstärken, sich mit Freunden zu treffen und sich Zuhause zu fühlen. Oft funktionieren diese Sozialvereine auch als rotierende Sparvereine zur finanziellen Unterstützung von Mitgliedern bei besonderen Anlässen (Hochzeit, Geburt, Tod). Fast jedes afrikanische Land ist durch so einen Verein in Österreich vertreten, oft gibt es sogar Vereine von einzelnen Volksgruppen. Diese national orientierten Vereine veranstalten zudem Feste, die auch öffentlich beworben werden.

Andererseits gibt es auch Vereine, die weitere Ziele als gegenseitige soziale und finanzielle Unterstützung verfolgen. Vereine, die Beratungs-, Betreuungs-, Bildungs-, Politik- und Medienarbeit leisten sowie Kunstschaffen fördern und vieles mehr. Diese selbstbewussten Vereine erheben vermehrt Anspruch auf Anerkennung durch den Sozialstaat. Eine Dachorganisation afrikanisch-österreichischer Organisationen ist im Entstehen und die Zusammenarbeit mit der österreichischen Zivilgesellschaft wächst. Es werden auch vermehrt Strukturen innerhalb von Parteien geschaffen, wie zum Beispiel der *Arbeitskreis der Grünen AfrikanerInnen* in Wien.[9]

Wichtige Vereine, die emanzipatorische Kulturarbeit leisten:

- Der Verein *African Cultural Promotion* organisiert jährlich das größte afrikanische Kulturfestival in Wien.
- Der Verein *PAMOJA – Bewegung der jungen afrikanischen Diaspora in Wien* (hauptsächlich der zweiten Generation) lehnt interkulturelle Begegnung als Strategie ab und will stattdessen antirassistische Arbeit vorwiegend durch Self-Empowerment erzielen.
- Das *Pan African Forum in Austria* (*PANAFA*) ist eine Interessensgemeinschaft, die sich mit gesellschaftspolitischen Fragen auseinandersetzt und sich als Kommunikationsplattform versteht. *PANAFA* ist einer der ältesten Vereine und der einzige mir bekannte Verein, der seine Kontinuität erfolgreich sicherte und einen Generationenwechsel im Vorstand vollzog.
- *Radio Afrika International* ist das wichtigste afrikanische Medium in Österreich, und wahrscheinlich das einzige afrikanische Medium außerhalb Afrikas, das nach Afrika sendet.[10] Dieser Verein veröffentlicht auch monatlich eine Beilage

9 Ich habe keine Recherche in den anderen Parteien unternommen um herauszufinden, ob es dort ähnliche Plattformen gibt, wo sich die afrikanische Diaspora in die Parteipolitik einbringen kann.

in der *Wiener Zeitung* und veranstaltet einen jährlichen *African Press Day*, an dem österreichische Journalistinnen und Journalisten für ihre positive Berichterstattung über Afrika ausgezeichnet werden.

Wichtige Beispiele für den Aufbau einer künstlerischen und kulturellen Infrastruktur sind zum Beispiel die Gründung des Musikclubs *Okapi*, des Tanzstudios *Halfstreet 7*, eigener Verlage und die Organisation von Veranstaltungen und somit Auftrittsmöglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler.

Selbstbeschreibung der Kulturschaffenden und ihrer Kunst

Alle von mir befragten Kulturschaffenden finden es wichtig, bei der Präsentation von Künstlerinnen und Künstlern deren Namen, künstlerische Richtung sowie Nationalität zu nennen. Alle wiesen auf die Diversität des Kontinents Afrika und seiner Bewohner hin. Viele von mir befragte Kulturschaffende scheinen sich jedoch mit der Tatsache abgefunden zu haben, in Österreich als Afrikanerinnen und Afrikaner pauschalisiert zu werden. Der Musiker Haja Madagascar deutet diese Vereinfachung für sich selbst positiv um, indem er sich stolz als afrikanischer Musiker bezeichnet, der im Gegensatz zu europäischen Musikerinnen und Musikern, eine große Freiheit beim Spielen von Musik kennt. Der langjährige Leiter mehrerer Vereine DI Joe Taylor weist darauf hin, dass man zwischen afrikanischen (also für ihn alle Nationalitäten Afrikas einschließenden) und nationalen Veranstaltungen unterscheiden müsse.

Viele meiner Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner berichten einerseits von ihren Erfahrungen mit rassistischen Demütigungen als afrikanische Zuwanderer und sind andererseits stolz auf ihre künstlerische Tätigkeit, durch die ihnen Anerkennung zukommt und sie als selbstbewusste Akteurinnen und Akteure akzeptiert werden. Der Bildhauer Tapiwa Vambe drückte diesen Gegensatz am deutlichsten aus indem er meinte: »We are still seen as ›Neger‹ and the lowest of the people. ... Artists are like servants from God, like angels in a way.«

Meine Gesprächspartnerinnen und -partner stoßen auf viele Schwierigkeiten bei der Veröffentlichung von Büchern, der Organisation von Tanzaufführungen, der Vermarktung ihrer Musik, bildenden Kunst usw. Ein oft genannter Grund dafür sind die fehlenden Kenntnisse über zeitgenössische afrikanische Kunstformen in den Förderstellen in Österreich. Alle Künstlerinnen und Künstler möchten mit ihrer Kunst einerseits Aspekte ihrer Herkunftskultur vermitteln, während sie auch Elemente ihrer neuen Heimat einfließen lassen. Die Autorin Mustafa-Hamid verwendet Sprache als Mittel der Umkehrung und der Neugestaltung, der Autor C. Ofoedu verschmilzt afrikanische und österreichische Literatur, der Theatermacher Alóba spiegelt die plurale Gesellschaft auf der Bühne wider und die Kunst des Malers und Installationskünstlers De Melo lässt sich nicht im Kon-

10 *Radio Afrika Print und Radio* ; http://www: radioafrika.net, *Radio Afrika International* Sendezeiten: Wien: Orange 94,0 auf UKW 94,0, Samstag bis Dienstag 9:00-10:00, Mittwoch bis Freitag 17:00-17:30; Europa: MW/AM 1476 KHz: 23:00 – 24:00 MEZ, täglich; International: SW 17875 kHz: 16:30-18:00 MEZ, täglich; Live im Internet zu den jeweiligen Sendezeiten.

text bestimmter Kulturkreise verstehen, da sie viele verschiedene Elemente beinhaltet. Ein zentrales Anliegen aller Befragten war die Beurteilung ihrer Kunst nach ästhetisch qualitativen Kriterien der zeitgenössischen Kunstgeschichte und nicht als exotische (also mit der westlichen Kunst unvergleichbare) Kunst.

Analyse der Wiener Kulturlandschaft

Fast alle Interviewpartnerinnen und -partner beurteilen die Entwicklung der afrikaspezifischen Kulturarbeit in Wien positiv. Das Angebot an Kunst und Kulturveranstaltungen ist in den letzten Jahren stark gewachsen und das Publikum ist heute gemischter, da auch die Werbung sich an eine breitere Öffentlichkeit wendet. Jedoch gibt es noch keine öffentliche Kritik und Auseinandersetzung mit der Kunst der afrikanischen Diaspora in Wien, was den Künstlerinnen und Künstlern die Weiterentwicklung ihrer Arbeit erschwert.

Ein wichtiges Problem, das von fast allen Gesprächspartnerinnen und -partnern angesprochen wurde, ist die schwierige Zusammenarbeit mit herkunftsösterreichischen Institutionen, die zwar die Herkunftsafrikanerinnen und -afrikaner einladen, um bei »Ausländerthemen« mitzudiskutieren, jedoch nicht bei Diskussionen über andere innenpolitische Themen und nicht um mitzubestimmen. Herkunftsafrikanerinnen und -afrikaner werden von der Mehrheitsgesellschaft oft für die eigene Präsentation als multikulturell offen instrumentalisiert, während selten echte Kooperationen eingegangen werden. Viele Sponsoren und Veranstalter interessieren sich für multikulturelle Veranstaltungen während sie gegenüber rein afrikanischen noch große Berührungsängste und Vorurteile haben.

Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung, die Produktion, den Vertrieb und die Finanzierung von Kunst sind bereits für herkunftsösterreichische Künstlerinnen und Künstler nicht leicht und für herkunftsafrikanische noch um einiges schwieriger. Es fehlt an der Offenheit der Kultureinrichtungen, an Kenntnissen über Migrations- und nicht-westlicher Kunst, an politischem Interesse an der Förderung von Migrationskunst, an Auftrittsmöglichkeiten, an Plattenfirmen, Agenturen usw. um eine professionelle (internationale) Karriere in Wien zu starten. Die Kulturbetriebe interessieren sich generell wenig für experimentelle Migrantinnen- und Migrantenkunst, sondern zeigen eher Interesse an Kunst, die außerhalb von Europa produziert wird. Überraschenderweise erklärten viele Kulturschaffende aus Wien, dass im restlichen Österreich das Interesse an afrikaspezifischen Veranstaltungen größer und die Finanzierung besser sei.

Kulturförderung

Die Förderung der interkulturellen Kulturarbeit sollte einerseits aus speziell dafür eingerichteten Fördertöpfen erfolgen, andererseits müssen antirassistische Maßnahmen als Querschnittsmaterie in alle Bereiche der Kulturpolitik einfließen, damit strukturelle Schwierigkeiten von Zuwanderern erkannt und Gegenmaßnahmen entwickelt werden können.

Ein wichtiger Teil der Förderung von interkultureller Kulturarbeit wird aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit (des *Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten*) über die Subventionsstelle *KommEnt* (*Gesellschaft für Kommunikation und Entwicklung*)[11] und die Künstlervermittlung *kulturen in bewegung*[12] geleistet. Spezielle Förderungen für interkulturelle Kulturarbeit von Seiten der Kulturpolitik gibt es von der Kulturabteilung der Stadt Wien (*Referat für Interkulturelle und Internationale Aktivitäten*[13]), nicht jedoch über die Kunstförderung des Bundeskanzleramts. Horst Watzl von *kulturen in bewegung*, Mag. Hartmeyer von *KommEnt* und Dr. Sari vom *Referat für Interkulturelle und Internationale Aktivitäten der Stadt Wien* beurteilen die Qualität der Kunst und Kulturarbeit der afrikanischen Diaspora jeweils als hoch, die Quantität als steigend, sowie die öffentliche Anteilnahme als wachsend.

Ein Spannungsfeld mit den afrikanisch-österreichischen Vereine bestehe, wenn Vereine Strukturförderung (Miete für Vereinslokale, Gehälter etc.) beantragen, was aus finanziellen Gründen meist gänzlich abgelehnt wird. Dies wird von den herkunftsafrikanischen Antragstellern jedoch als Diskriminierung beziehungsweise als Verweigerung der Anerkennung ihrer Arbeit und des Anspruchs auf Integration verstanden. Ein weiterer Kritikpunkt von Seiten der afrikanischen Diaspora ist das Fehlen von Migrantinnen und Migranten in öffentlichen Posten und Entscheidungsgremien.

Schlussfolgerungen

Die Kunst und Kulturarbeit der afrikanischen Diaspora in Wien ist ein wichtiger Bestandteil unserer pluralen Gesellschaft. Sie trägt zum Self-Empowerment der afrikanischen Community bei und zielt langfristig auf die Umsetzung einer echten Integration und eines wahren Antirassismus. Eine verstärkte Förderung dieser Arbeit ist nicht nur aufgrund der hohen Qualität der geleisteten Kunst und Kulturarbeit von großem Nutzen, sondern die Anerkennung und Verbreitung des speziellen Wissens von Migrantinnen und Migranten ist auch für die Weiterentwicklung des Demokratiekonzepts sowie für das friedliche Zusammenleben in einer sich globalisierenden, interdependenten Weltgesellschaft von großer Bedeutung.

11 Helmut Hartmeyer leitet seit 1995 die *Gesellschaft für Kommunikation und Entwicklung – KommEnt* (http://wsww.komment.at). Die Kernarbeit von *KommEnt* ist die Betreuung von Projekten der entwicklungspolitischen Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit, soweit sie aus staatlichen Mitteln gefördert werden, in erster Linie aus Mitteln des Außenministeriums (also der österreichischen EZA im Außenministerium).

12 *Kulturen in bewegung* ist ein Referat des *Wiener Instituts für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit VIDC* (http://wsww.vidc.org). Horst Watzl arbeitet seit 1995 im *VIDC* und betreut den Aufgabenbereich: künstlerische Leitung/Programmgestaltung, das heißt, er hat von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im *VIDC* den engsten Kontakt zu den Künstlerinnen und Künstlern. *Kulturen in bewegung* betreibt erstens eine Servicestelle für in Österreich lebende Künstlerinnen und Künstler verschiedenster Herkunft, organisiert zweitens Kulturaustauschprojekte und vergibt drittens Kulturförderungen bis zu einer Höhe von 3 000 Euro aus dem *Kleinprojektepool*. *Kulturen in bewegung* erschließt seine eigenen Quellen zur Aufrechterhaltung des Betriebs hauptsächlich durch Förderungen von *KommEnt* (BMaA).

13 Dr. Haydar Sari ist gebürtiger Türke und leitet das Referat für *Interkulturelle und Internationale Aktivitäten* der Kulturabteilung der Stadt Wien (MA7) seit seiner Gründung 1998.

Aus den Ergebnissen meiner Untersuchung lässt sich eine Reihe von Maßnahmen für eine antirassistische Kulturpolitik erstellen:

1. Förderung von Migrationskunst nach *allgemeinen Qualitätskriterien*, um Exotisierung entgegenzuwirken und eine öffentliche Debatte zu fördern.
2. Anerkennung der Migratinnen- und Migrantenkunst als *Teil der österreichischen Allgemeinkultur*.
3. Anerkennung der Kulturschaffenden mit Migrationshintergrund als *Expertinnen und Experten interkultureller Arbeit* und Einbeziehung ihrer Perspektiven als konstitutiver Bestandteil in die interkulturelle Kulturarbeit.
4. *Strukturelle Schwierigkeiten* von Migrantinnen und Migranten in der Kulturarbeit untersuchen und Gegenmaßnahmen erarbeiten.
5. Den *Anteil der Fördermittel*, der an Migrantinnen und Migranten vergeben wird, erheben.
6. Offene Stellen, besonders in relevanten Bereichen, so ausschreiben, dass *Migrantinnen und Migranten bevorzugt eingestellt werden*, das heißt positive Diskriminierung von Menschen benachteiligter Gesellschaftsgruppen bei gleicher Qualifikation beziehungsweise unter Anerkennung ihres speziellen Wissens.
7. *Aneignen von Kenntnissen in zeitgenössischer außereuropäischer Kunst und Migrationskunst.*
8. Durchführen von *vergleichenden Studien* über die Situation und Maßnahmen in anderen Ländern.
9. Die öffentliche *Auseinandersetzung mit Migrations- und außereuropäischer Kunst und Kultur* fördern.
10. *Echte Kooperationen unter Verantwortungsteilung* für die Projekte mit afrikanisch-österreichischen Vereinen bilden. Diese Zusammenarbeit muß vom Bewusstsein über Machtunterschiede ausgehen, die Positionierungen müssen immer wieder Thema sein, so dass die Kooperation Raum für eine Erweiterung des politischen Bewusstseins – durch Konfrontation, Auseinandersetzung etc. – der Beteiligten schafft. (Doucette 2002)

Als Vorschläge für afrikanisch-österreichische Vereine, Künstlerinnen und Künstler folgt aus der Untersuchung:

1. Die *Vernetzung der afrikanischen Community* weiter stärken und gemeinsames Lobbying betreiben.
2. *Vernetzung der afrikanisch-österreichischen Vereine mit anderen Akteuren* wie Interessensvertretungen, NGOs, Kirchen, Parteien etc. stärken.
3. *Den Aufbau von eigener Infrastruktur fortsetzen* und die Weitergabe des Wissens an jüngere Generationen sichern.
4. *Fördermöglichkeiten ausschöpfen*.
5. Sich für *Positionen in Entscheidungspositionen bewerben*.
6. Mut haben und an *sich selbst glauben*.

Ich danke folgenden Interviewpartnerinnen und -partnern: Babátóla Alóba, Miriama Coulibaly, Dr. Tarek Eltayeb, Esayas Berhanu Endeshaw, Leslie De Melo, Mag. Helmuth Hartmeyer, Rev. Victor Ihueghian, Mag. Simon Inou, Araba Evelyn Johnston-Arthur, Véro La Reine, Lady Soul, DJ Willy M., Haja Madagascar, Chandiru Mawa, Mag.a Ishraga Mustafa-Hamid, Charles Ofoedu, Dipl.Ing. Remi Ofoedu, Dr. Innocent Onyejiaka, Talla Sall, Dr. Haydar Sari, Dipl.Ing. Joe Kojo Taylor, Tapiwa Vambe, Horst Watzl, Ass.Prof. Dr. Franz Martin Wimmer

Literatur

Baecker, Dirk (2001): *Wozu Kultur?*, Berlin: Kulturverlag Kadmos Berlin

Chukwubuike, Walter A. (2000): *Afrikanische Organisationen in Wien*, Wien: Internationales Gewerkschaftsinstitut des ÖGB

Doucette, Erika (2002): »In der öffentlichen Arena. Emanzipatorische Kulturarbeit von Migrantinnen«, in: *Frauensolidarität*, Heft 2/2002 [Wien], S. 6-7

Ebermann, Erwin (Hrsg.) (2002): *Afrikaner in Wien, Zwischen Mystifizierung und Verteufelung, Erfahrungen und Analysen*, Band 3, Münster-Hamburg-London: LIT Verlag

Enwezor, Okwui (2002): »Was ist Avantgarde heute? Die postkoloniale Nachwirkung der Globalisierung und die erschreckende Nähe der Ferne«, in: Documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungs-GmbH, Kassel (2002): *Documenta 11_Plattform5: Ausstellung, Katalog*, Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz Verlag, S. 44-55

Fisher, Jean (2000): »Kunst und Handeln«, in: Böhme, Farideh-Akashe (2000): *In geteilten Welten – Fremdheitserfahrungen zwischen Migration und Partizipation*, Frankfurt am Main: Brandes & Apsel Verlag

Johnston-Arthur, Araba E. (2000): »Schwarze Erfahrungen der jungen afrikanischen Diaspora in Österreich«, in: Kumpfmüller, Karl A. (Hrsg.) (2000): *Europas langer Schatten – Afrikanische Identitäten zwischen Selbst- und Fremdbestimmung – Mit Beiträgen von Koffi Kumelio Ambroise Afande, ...*, Wien: Südwind (Schriften des Grazer Büros für Frieden und Entwicklung)

Johnston-Arthur, Araba E./Görg, Andreas (2000): »Campaigning against racism«, in: *Kurswechsel – Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts-, und umweltpolitische Alternativen*, Heft 1/2000: »Antirassismus, Positionen und Widersprüche«, Wien: Sonderzahl Verlag, S. 21-32

Köhl, Christine (2001): *Strategien der Interkulturellen Kulturarbeit*, Frankfurt am Main: IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation

Lutter, Christina/Reisenleitner, Markus (2001): *Cultural Studies - Eine Einführung*, Wien: Verlag Turia und Kant (Cultural Studies, Band 0)

Noussi-Scheba, Katharina (2002): *Kunst und Kulturarbeit der afrikanischen Diaspora in Wien*. Abschlussarbeit zur Erlangung des Grades Master of Advanced Studies (MAS) Kulturmanagement. Wien: Institut für Kulturmanagement und Kulturwissenschaften an der Universität für Musik und Darstellende Kunst

Österreichische Gesellschaft für Kommunikationswissenschaft (ÖGK) (Hrsg.) (2001): *Medien Journal – Zeitschrift für Kommunikationskultur*, Heft 4/2001: »Dialog zwischen den Zivilisationen«, Innsbruck: Studienverlag

Pichlhöfer, Harald (1999): *Typisch Afrika – Eine semiotische Studie*, Wien: Sonderzahl Verlagsgesellschaft mbH

Dorothea Kolland

»Kiez International« in der »Contact Zone«

Interkulturelle Konzepte in Berlin-Neukölln

Berlin – international, national, regional

Interkulturelle Kulturarbeit, Kulturpolitik, die an irgendeiner Straßenecke Berlins stattfindet, muss immer mit drei verschiedenen Ebenen von Politik und Verwaltung rechnen, die sie beeinflussen: Die Bundeshauptstadt-, die Landes –(bzw. Stadt-) und die Bezirksebene: drei unabhängig und oft auch unabgesprochen voneinander agierende Mächte unterschiedlicher Mächtigkeit. Damit ist nicht die selbstverständliche Gültigkeit von Bundes- oder Landesgesetzen und deren Auswirkungen gemeint, sondern faktisches Handeln oder Nicht-Handeln. Soll Kulturarbeit in einer der Regionen Berlins, wo die Multiethnizität tatsächlich stattfindet, vorgestellt werden, so muss dieses Koordinatensystem zumindest berücksichtigt und kurz in seinen Wirkungsmechanismen dargestellt werden.

Doch noch vor die Bundeshauptstadtebene schiebt sich die »Welt-Ebene«: Die Botschaften vieler Länder dieser Welt, ihre Kulturattachés und ihre immer zahlreicher werdenden Kulturinstitute nehmen einen zunehmend relevanten Platz in dem großen Kulturangebot Berlins ein – sei es als Promoter ihrer Heimatkultur, sei es als Veranstalter, sei es als Vermittler von Künstlern aus oder nach ihren Heimatländern, sei es (dies allerdings am wenigsten) als vorsichtiger Mahner, ob die kulturellen Interessen ihrer in Berlin (bzw. Deutschland) lebenden Bürger auch hinreichend berücksichtigt seien. Hier entwickeln sich interessante Programme und neue Möglichkeiten des Wissens über Weltkulturen, die vor allem dann für die multiethnische Stadtgesellschaft von Bedeutung sind, wenn sie nicht nur in internationalen Hotel- oder Bankfoyers oder bei Botschaftsparties zu rezipieren sind, sondern sich auch dorthin wagen, wo die Multiethnizität tagtäglich stattfindet. Zu selten laden diese Präsentationen zum Dialog ein, doch liegt hier unbe-

dingt ein Quäntchen Zukunft, das von beiden Seiten stark entwicklungsbedürftig, aber auch entwicklungsfähig ist.

Die Bundeshauptstadtebene ist in der Stadt vor allem mit dem *Haus der Kulturen*, um die Ecke des *Bundeskanzleramtes* gelegen, greifbar – auf hohem Niveau, gemeinsam finanziert vom *Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien* (*BKM*) und vom *Auswärtigen Amt* (*AA*). Für die neue internationale Berliner Elite der Weltkulturbürger, nicht arm, weitgereist, gebildet, präsentiert es – mit wenigen populären oder pädagogischen Auslegern – Avantgarde und/oder Mode der Weltkulturen und/oder diejenigen, die in das deutsche außenpolitische Kalkül passen. Das Haus hat – nach längeren Verortungsproblemen in der Berliner Kulturlandschaft – eine wichtige Funktion als Orientierungspunkt der Produzenten insbesondere im Bereich der Performativen Künste und der Musik erobert. Zwar blicken viele Berliner Institutionen neidvoll auf den Etat des Hauses, sind aber doch froh darüber, dass der Berliner Haushalt damit nicht mehr belastet ist.

Die Bundesebene ist auch präsent bei den international-interkulturellen Veranstaltungen der Festspiele und bei den vom »Hauptstadtkulturfonds« geförderten Projekten der halb oder ganz freien Szene, für die insbesondere im Tanz- und Musikbereich, aber auch im Theater- und Literaturbereich Internationalität und Interkulturalität fast eine Selbstverständlichkeit geworden ist. Künstler, die für ein Projekt, ein Stipendium, einen Lebensabschnitt oder ganz nach Berlin kommen (manche lebten auch vorher schon hier oder sind sogar Berliner deutscher Herkunft) , bestimmen die schnelle Avantgarde dieser Stadt, die der Avantgarde anderer Metropolen dieser Welt eng verwandt ist, sind es doch oft die gleichen Akteure. Wenn sie sich auf die Stadt einlassen, werden sie Teil der internationalen Stadtgesellschaft; viele von ihnen leben dort, wo bereits viele ihrer Landsleute leben, und sie fühlen sich dort wohl, weil sie international geprägtes Alltagsleben vorfinden. Das Geld aus den Bundestöpfen – aus dem Landestopf kommt so gut wie nichts – ist sehr willkommen, um Produktionen zu realisieren, es ist aber nicht die *conditio sine qua non*, um im gegenwärtigen Berlin zu leben. Die Bruchkante Ost/West, das Nichtfertige, die Chance, ihres- und seinesgleichen zu treffen, der Trendsetter-Ruf sind wichtiger.

Eher lähmend ist die Landesebene im Berlin des neuen Jahrtausends. Seine verfassungsrechtlich vorgegebene Aufgabe, Kunst und Kultur zu ermöglichen, kann Berlin nur mit Ach und Krach, aber nicht mit zukunftsverheißendem Blick erfüllen. »Wir schaffen kaum das Eigene, warum soll man sich da um das Fremde kümmern«, scheint die Devise zur Kultur, die nicht die eingeborenen Institutionen betrifft, zu sein. In der *Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur* wurde der Referent für Kulturaustausch und sein Etatansatz abgeschafft, der Arbeitsbereich »Städtepartnerschaft« bei der Senatskanzlei wurde auf zwei Häppchen und eine Fahrkarte reduziert – der Rest ist der Gnade der *Lotto-Stiftung* anheim gestellt. Der Fördertopf für »kulturelle Aktivitäten nichtdeutscher Mitbürger«, 1988 eingerichtet, ist auf ein Viertel der Ausgangssumme eingeschrumpft und wird fast zur Gänze von einem unselig agierenden Erbhof, einer Spielstätte

für türkisches Theater, die seit Jahren nicht lebt, aufgesogen. Förderung insbesondere für Theaterproduktionen, die auf einer nicht-deutschsprachigen Bühnenpräsenz beharren, ist so gut wie unmöglich, da die Jury auch in Zeiten, als noch Geld vorhanden war, ihr Unvermögen der Beurteilung einer fremdsprachigen Performance zum Ausjurierungskriterium machte. Dazu kam eine auf den deutschen Nachwuchs und deutsche Theatertradition konzentrierte Ausbildung an den Hochschulen. So konnte sich in Berlin – trotz wilder Spielfreude insbesondere türkischer, aber auch kurdischer, iranischer, mexikanischer, kroatischer, chilenischer und argentinischer Akteure, um nur die aktivsten zu nennen – kaum eine interessante professionelle »Urban Theatre«-Szene entwickeln, wie sie im europäischen Kontext zumindest in Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden anzutreffen ist.[1] Viel zu wenig Gruppen aus nicht-deutschen ethnischen Zusammenhängen hatten die Chance, sich professionell zu entwickeln und sich zu messen mit anderen Produktionen, weil sie nicht zum richtigen Zeitpunkt Förderung, Beachtung und Kritik erfuhren. So hat sich in Berlin die Meinung – und leider auch weitgehend die Realität – eingebürgert, dass nicht-deutsches Theater aus Berlin eher auf gutgemeintem Amateurtheaterlevel stattfinde, die Kunst oder gar die Avantgarde aber anderswo zu suchen sei. Diese wiederum disqualifiziert jedoch Elemente nicht-westeuropäischer Theatersprache – es sei denn, sie kämen aus New York – gemeinhin als Folklore.

Ansonsten gilt bei der Landes-Künstlerförderung selbstverständlich, dass Qualitätskriterien den Ausschlag zu geben haben und nicht die nationale oder kulturelle Herkunft. Die Haushaltslage aber zwingt zu einer Extremauswahl, die Risiken kaum mehr zulässt und nur minimale Förderung ermöglicht. Damit kann sie der aktuellen Kunstlandschaft Berlins nicht im geringsten gerecht werden. Zudem ist bedauerlich, dass es wohl in keinem anderen Kulturministerium eines Bundeslandes einen so eng gefassten Kulturbegriff gibt wie in Berlin, der »Kunst« zum alleinigen Zuständigkeits- und damit Förderkriterium bestimmt. Alles, was der Gemeinwesenarbeit, der Soziokultur, der Kulturpädagogik, der Arbeit mit Amateuren etc. nur im entferntesten verdächtig sein könnte, fällt durch die Roste des Fördergrills. Dies ist kein rot-rotes Phänomen, aber es ist unter Rot-Rot auch nicht geändert worden.

Von diesem Verdikt sind fast alle Projekte betroffen, die Kulturarbeit im multiethnischen Kontext betreiben. Für einige gibt es das Auffangbecken der *Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport* (ebenfalls heftigsten Kürzungen unterworfen!), andere finden eine kleine Unterstützung im Sozialsenat im kleinen Ressort der Ausländerbeauftragten. Die wichtigste Kultureinrichtung Berlins für seine vielen Kulturen, Ergebnis einer langen Migrationsgeschichte, wird denn auch nicht vom Kultursenat, sondern vom Sozialsenat getragen: die *Werkstatt der Kultu-*

1 Sowohl die Begrifflichkeit »Urban Theatre« als aus den einheimischen multiethnischen Sub- und Kulturen herkommendes und sie als Hauptzielgruppe begreifendes Theater, wenn auch in seiner ästhetischen Prägung noch nicht definiert, als auch Beispiele dieses Theaters waren auf der »European Urban Theatre Conference« im Dezember 2002 in Amsterdam Gegenstand der Debatte.

ren in der Neuköllner Wissmannstraße, in einer wunderschönen alten Brauerei, an der Grenze zu Kreuzberg. Zunächst heftig befeindet von den in Berlin lebenden nicht-deutschen Communities, weil sie fürchteten, das bisschen Förderung, das sie erhielten, würde nun in die Werkstatt – »Aspen-Institut der Mittelmeerländer«, so wollte es der damalige Sozialsenator Fink – fließen. Nach einem arroganten Anfang Ende der achtziger Jahre und einem erzwungenen Leitungs- und Konzeptwechsel erfüllt heute die *Werkstatt der Kulturen* hervorragend ihre Aufgabe als Spielstätte, Beratungs- und Vernetzungsort, Inspirator, Qualifizierungs- und Innovationsherausforderer und Kommunikator für Kulturprojekte der in Berlin lebenden Migranten und gilt als spannender Ort für die, die wissen wollen, welche Themen und ästhetischen Formen die Weltkultur in Berlin wählt.

Das weit über Berlin, ja über Deutschland hinaus bekannte Symbol für die neue Lust an kultureller Vielfalt, der »Karneval der Kulturen«, ist in dieser Neuköllner Ideenfabrik entstanden und wird von hier aus betreut und organisiert und beginnt hier alljährlich zu Pfingsten seine fantasievoll-bunte Schlange durch Berlin zu ziehen – für die Aktivisten durchaus kein Wochenend-Event, sondern Ergebnis monatelanger mühevoller Vorbereitung, für die es keinerlei Unterstützung gibt. Wieweit der »Karneval« tatsächlich zu einem besseren Verständnis der Kulturen beizutragen vermag, sei dahingestellt – unbestreitbar und auch unbestritten ist er Ausdruck dafür, dass es sehr viele Menschen (bei gutem Wetter waren es schon eine Million, bei schlechtem nicht viel weniger) eines riesigen Festes würdig finden, den Reichtum, der dem Zusammenleben vieler Kulturen entspringt, gemeinsam zu feiern.

Ein Trauerspiel ist jedoch der Kampf um die Finanzierung dieses Festes, das keine so mächtige Lobby wie die »Love Parade« hat. Ohne Planungssicherheit Jahr für Jahr hin- und hergeworfen zwischen Lotto und »Hauptstadtkulturfonds«, die sich beide nicht mit neuer institutioneller Förderung belasten wollten und durften, trotz überwältigendem Medien- und Publikumsecho nicht interessant genug für Groß-Sponsoren, droht der Kollaps. Eine Lösung scheint am Horizont auf, sie ist allerdings noch nicht beschlossen und damit druckreif, eine Lösung, die Bund, Land und Bezirke als Produktions- und Austragungsorte zusammenbindet.

Das Fazit für das Land fällt traurig aus. Dabei wird gerade aus der Apostrophierung Berlins als internationale Metropole mit Recht versucht, Zukunft zu schöpfen. Damit sind aber eher Konzerne, Banken und Institutionen gemeint als Menschen. Vielleicht hat das Land Berlin ausländerpolitische Grundsätze; doch Leitlinien für Kulturpolitik (oder eine Debatte darüber), die auf die multiethnische Realität Berlins reagiert, sind nicht bekannt. Dabei geht es – nicht immer, aber auch – um Geld, vor allem im Bildungsbereich. Man hangelt sich von Ast zu Ast und hofft, dass doch immer wieder ein nächster Ast da ist.

Neben der staatlichen Ebene gibt es natürlich viele weitere Akteure in der Berliner interkulturellen Kulturarbeit. Dies sind insbesondere die Kirchen und die laizistischen Wohlfahrtsverbände, die noch aus der Zeit der Gastarbeiterbetreuung heraus Träger vieler lokaler Kommunikationsorte und Betreuungseinrichtungen

sind, die veritable Kulturarbeit machen. Diese Einrichtungen sind auch wichtige Anlaufpunkte für die Berliner nicht-deutscher Herkunft: Sind in der öffentlichen Verwaltung und ihren Einrichtungen die Mitarbeiter nicht-deutscher Herkunft immer noch mit dem Mikroskop zu suchen (und eher im Bau- als im Sozialamt zu finden), so haben die Freien Träger viele Migrantinnen und Migranten zur Betreuung ihrer Landsleute eingestellt.

Aus einem Selbsthilfeverein hat sich das besonders bemerkenswerte *Süd-Ost-Europa-Zentrum* in Kreuzberg entwickelt, das insbesondere während des Balkan-Krieges die Erinnerung eines friedlichen Kulturkonglomerates erhalten wollte und für viele Künstler des Balkans zum wichtigen Anlaufpunkt im Verlaufe des Krieges wurde, konfrontiert mit Strömen zunehmend traumatisierter Flüchtlinge – es wurde zum visionären und zugleich ganz praktischen Strohhalm für viele Menschen.

Zu vielfältigen Selbsthilfeorganisationen anderer Art haben sich Migranten – wie auch in anderen Städten – zusammengeschlossen: zu Kulturvereinen, Lobby-Organisationen wie dem *Türkischen Bund* oder der *Türkischen Gemeinde*. Die türkischen Kulturleute haben 2000 mit der Gründung des *Türkischen Kulturrates* den x-ten Versuch einer Selbstorganisation unternommen; andere wieder schlossen sich in eher hermetischen religiösen oder national/ethnischen Zirkeln zusammen.

All diese verschiedenen Ebenen und Akteure bestimmen das Koordinatensystem, in dem multiethnische Kulturarbeit vor Ort stattfindet oder stattfinden soll, da, wo die Menschen leben, wo sich Alltag abspielt, wo sich aber auch Zukunft entscheidet, wo geliebt und gehasst wird. Dieses große Koordinatensystem erhält weitere Dimensionen durch Gesetze und Verfahren, die es gibt oder die es geben soll und die Rechts- und damit Lebensunsicherheiten beenden könnten. Es wird ferner überlagert von unterschiedlichen religiösen und ethischen Wertvorstellungen, die scheinbare Selbstverständlichkeiten der Alltagskommunikation aushebeln und »critical incidents« auslösen, und es wird brüchig durch die soziale Wirklichkeit Berlins, die in den Kitas, Schulen, Sozial- und Arbeitsämtern greifbar wird.

Global Village mit 160 Nationalitäten: Neukölln

Wie agiert Kulturarbeit und Kulturpolitik, die auf die multiethnische Realität reagiert und zugleich eingebunden ist in deren gesamtstädtisches unkoordiniertes Koordinatensystem, nun an der apostrophierten Straßenecke vor Ort? Kulturarbeit, die eine große Chance darin sieht, Engstirnigkeiten, Zwänge, abgestandene Traditionen, Verarmung von Wahrnehmung, drohende Provinzialität zu durchlüften und neue Horizonte ahnbar werden zu lassen?

Auf nach Neukölln.

Der Bezirk Neukölln von Berlin (ca. 312 000 Einwohner) ist einer der Bezirke mit dem höchsten Migranten- und Ausländeranteil Berlins. Die Durchschnittszahl von ca. 26 Prozent ist zudem ein verfälschender Mittelwert, da sich die Populationen in diesem Flächenbezirk stark unterscheiden: Im nördlichen, sehr dicht bebauten Altstadtbereich konzentriert sich eine sozial schwache, von hoher Ar-

beitslosigkeit betroffene, sehr internationale Bevölkerung. (Indiz sind die Grundschulen inklusive Vorklassen – der Durchschnitt liegt in diesem Einzugsbereich bei einem Ausländeranteil von 78 Prozent), der Süden ist wohlhabender und wesentlich weniger international. Eine Ausnahme im Süden stellt die Gropiusstadt dar (ca. 40 000 Einwohner); hier machen Aussiedler aus den ehemaligen GUS-Staaten und Polen eine relevante Größe – etwa 20 Prozent – aus. Die Atmosphäre dieses Bereichs ist international geprägt, allerdings auf der Basis sehr heterogen nebeneinander existierender ethnisch und/oder religiös geprägter Communities, die ihre autonomen Versorgungs-, Religions- und Freizeitnetzwerke haben. Die Abgrenzung voneinander ist um so intensiver, je geringer der Bildungs- und Sozialstandard ist, beginnend mit geringer Sprachkompetenz und oft mündend in Arbeitslosigkeit gerade der Neuköllner nicht-deutscher Herkunft, von denen viele ohne Berufsausbildung bleiben.

Der Anteil von Kindern und Jugendlichen insbesondere im Innenstadtbereich ist hoch. Für viele von ihnen endet die Gemeinsamkeit mit dem Schulschluss; im Freizeitbereich entwickeln sich gerade unter männlichen Jugendlichen Cliquen und Banden, die sich gegenseitig bekriegen. Das Gewaltpotential ist hoch. Die Mädchen sind stark in Kinder- und Haushaltsbetreuung eingebunden. Die geringe Sprachkompetenz perpetuiert sich, weil für viele der hier aufgewachsenen jungen Männer Mädchen aus der Türkei als Ehefrauen geholt werden, die wiederum kein Deutsch können und ihren Kindern auch kein Deutsch beibringen können. Es gibt Grundschulen in Neukölln, die Schwierigkeiten haben, wenigstens drei muttersprachlich deutsche Kinder pro Klasse aufzutreiben, unselige Wettbewerbe finden statt . Oft ist die Umgangssprache der Schüler den Lehrern unverständlich. Kinder fungieren als Dolmetscher in Eltern-Lehrergesprächen (wenn sie überhaupt stattfinden). Ob das übersetzte Wort dem ursprünglich gesprochenen entspricht, sei bei kreativen Kindern dahingestellt.

Die Neuköllner Bildungseinrichtungen versuchen zu reagieren. Die *Volkshochschule* – seit langem über Berlin hinaus führend in Sachen »Deutsch als Fremdsprache« – führt viele Mütter-Sprachkurse durch (auch diese sind finanziell gefährdet). Ein Neuköllner *SPD*-Schulpolitiker hat es erreicht, dass berlinweit in allen sozial schwachen Gebieten einige Zusatzstunden gegeben werden können. Ungewöhnlich engagierte Lehrer versuchen mit Phantasie und Experimenten der Situation Herr zu werden. So entstand zum Beispiel die »Regenbogen-Schule«, eine Grundschule, die auf ein komplexes Problembündel von babylonischem Sprachgewirr und sozialer Vernachlässigung (dies eher bei den »Ureinwohnern«) mit einer dezidierten Kunstbetonung reagierte und inzwischen mehrere Preise für innovative Schulmodelle erhielt. Der sicher sinnvolle und notwendige Versuch der Bundesregierung, auf eine derartige Situation mit Ganztagsschulen zu reagieren, ist kaum umzusetzen, weil damit ein erhöhter Raumbedarf verbunden ist, die Schulen jedoch in dichtestbebauten Altbauregionen liegen und – anders als in Marzahn oder Hellersdorf – bis auf den letzten Platz belegt sind. Angedachte »Bussing«-Systeme sind sicher keine Lösung.

Das ausführliche Beharren auf dem Bildungsbereich ist kein Zufall, sondern nach vielen Jahren Stadtteilkulturarbeit tiefste Überzeugung: Wenn Deutschand, wenn Berlin, wenn Neukölln nicht diese immense bildungspolitische Herausforderung erkennt und ernsthaft darauf reagiert, verlieren langfristig Versuche und Modelle von Kulturarbeit in einem von Migration geprägten Lebensraum an Perspektive.

Neukölln beheimatet Menschen aus ca. 160 verschiedenen Staaten. Der größte Anteil von Neuköllnern nicht-deutscher Herkunft stammt aus der Türkei; weitere relevante Gruppen sind Araber (darunter viele Palästinenser, deren Erfahrung im Libanon-Krieg und in Lagern zu ausgeprägter Gewaltbereitschaft geführt hat), Afrikaner (die meisten der in Berlin lebenden Afrikaner wohnen in Neukölln), Polen, Russen (wobei viele der Aussiedler von ihrer kulturellen Prägung her in diese Gruppe zu rechnen sind). Andere größere Gruppen kommen aus Südostasien, aus Indien und den traditionellen »Gastarbeiter-Ländern«.

Und die Neuköllner deutscher Herkunft? Auch hier zerfällt der Bezirk in sehr unterschiedliche Regionen. Vom alten klassenbewussten »roten Neukölln« ist vor allem die Armut übrig geblieben, die unser Sozialamt zu einem der größten der Republik machte, und die Arbeitslosigkeit. Das – traditionell auch sehr klassenbewusste – Neuköllner Bürgertum hat sich eher in die Einfamilien- und Reihenhaus-Siedlungen des Neuköllner Südens zurückgezogen. Die »Gropiusstadt« und das neue »Frauenviertel« (weil die meisten Straßen nach Frauen benannt sind) ragen eher als Solitäre heraus; die meisten ihrer vielen Migranten haben einen deutschen Pass, sie sind Aussiedler und wehren sich vehement, mit den Türken in einem Problemtopf vereint zu werden.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist bei der deutschen Bevölkerung weniger im internationalen Norden – die Quantität zwingt zur Koexistenz – als im Süden vorhanden. Hier sind auch deutliche Ab- und Ausgrenzungsmechanismen zu registrieren. Insgesamt ist die Atmosphäre in Neukölln jedoch nicht xenophob, sondern realitätszugewandt, rauh und offen. Wer es nicht aushält, zieht eher lautlos aus dem multiethnischen Innenstadtbereich weg. Das tun leider viele, insbesondere Familien mit Kindern, für die die Schulsituation schwer erträglich ist, oder denen es in einem international bewohnten Haus zu laut ist. Andere rücken nach – junge Singles mit geringem Einkommen, Studenten, Intellektuelle, Künstler – viele davon selbst mit nicht-deutschem Hintergrund, Menschen, die sich anderswo die Miete nicht leisten können, aber doch nicht in eine der Hochhaus-Vorstädte ziehen wollen. Viele von denen, die wissen, auf was sie sich einlassen, reizen die internationalen Einkaufsmöglichkeiten, das unprätentiöse Umgehen der Menschen untereinander, die urbane Atmosphäre. Der berühmte Türkenmarkt dienstags und freitags, von vielen Stadtführern nach Kreuzberg verlegt, verleiht dem Neuköllner Maybach-Ufer südliche Farben und Gerüche.

Neukölln ist geprägt durch ein kaum ins Gewicht fallendes Bildungsbürgertum, durch eine lebendige Subkultur, in seiner Mehrheit aber durch Menschen, die es eher nicht gewohnt sind, ihr kulturelles Schicksal in die eigene Hand zu

nehmen, weil sie es nie gelernt haben – und dies betrifft Menschen aller hier lebenden Nationalitäten, die Deutschen wie die aus den anderen 159 Ländern.

Trotzdem hat sich in Neukölln eine stabile, vielfältige Kulturlandschaft entwickelt. Mit relativ wenig Geld und viel Lust auf Experimente wurden Strukturen aufgebaut, die nachhaltig und belastbar sind. Wir hoffen, dass sie auch die Milliardenlöcher des Berliner Haushaltes überstehen. Die Neuköllner Bezirkspolitik jedenfalls hat begriffen, dass die Neuköllner Kultur eines der wenigen Talente ist, mit denen der Bezirk wuchern kann.

Dass die Internationalität auch ein solches Talent sein könnte und in der beginnenden Leitbilddiskussion für diesen Bezirk, dem nach wie vor das Spiegel-Etikett »Bronx« anhaftet, eine durchaus positive Rolle spielen könnte, versuchte eine Werbeagentur der Haupteinkaufsstraße, der Karl-Marx-Straße vorzuschlagen, zu einem Zeitpunkt, als ein deutsches Traditionsgeschäft nach dem anderen türkischen oder russischen Billigläden weichen musste. Der Zeitpunkt war ungünstig, die Idee zumindest diskussionswürdig. Das Entsetzen auf Seiten des Handels, der Politik und der Verwaltung deutete jedoch darauf hin, dass die statistische wie die lebendige Realität auf der Straße noch nicht in allen Köpfen derer angekommen ist, die Strukturen für die Zukunft konstruieren sollen. Ebenso wenig wie in den Wirtschaftsverbänden oder in den Parteien (Ausnahme: die Vorsitzende der Neuköllner PDS ist Kurdin) Menschen nicht-deutscher Herkunft hörbar ihre Stimme erheben (oder dazu eingeladen werden), sind sie im Bezirksparlament oder in der Exekutive spürbar vertreten. Erst im Herbst 2002 wurde in diesem von Migration geprägten Bezirk eine eigene Stelle für eine Migrationsbeauftragte bereitgestellt und besetzt.

Diese Nicht-Wahrnehmung eines wichtigen Aufgabenfeldes durch die bezirkliche Politik führte dazu, dass die Migranten beziehungsweise die für sie arbeitenden Institutionen ihr Schicksal selbst in die Hand nahmen. Doch auch die wenigen staatlichen Stellen, die die Bedeutung der Veränderung Neuköllns zu einem multiethnischen Gemeinwesen ernst nahmen oder von der Realität dazu gezwungen wurden, mussten handeln. Man versuchte, innerhalb seines »Zuständigkeitsbereichs« – sei dies innerhalb des Sozialamtes, innerhalb des Jugendamtes, innerhalb der Schulamtes, innerhalb der *Volkshochschule*, innerhalb der *Musikschule*, innerhalb des Kulturamtes angemessen zu reagieren, übergreifende politische Leitlinien wurden jedoch weder diskutiert noch beschlossen. Abgesehen von der Kontrolle der korrekten Ausführung gesetzlicher Vorgaben wurde der Arbeitsbereich »Migranten« nicht koordiniert, aber auch nicht gebremst. Dies führte zu einer Situation, die einerseits eine gewisse politische Unverbindlichkeit beinhaltet, zum anderen aber Raum lässt für Experimente und schnelles Agieren. Ihre Tragfähigkeit ist bestimmt durch gegenseitiges Vertrauen und Verlässlichkeit.

Seit 1981 vertritt der *Ausländerarbeitskreis der Kreissynode des Kirchenkreises Neukölln* als stabilster Faktor die Belange der Neuköllner Migranten. Koordiniert durch einen Pfarrer arbeiten seitdem 20 bis 30 Organisationen und Institutionen

zusammen, unabhängig von jeglicher Religionszugehörigkeit. Allerdings grenzen sich seit kurzem islamisch geprägte Gruppierungen aus, die fundamentalistischeren Gruppierungen haben sich nie angesprochen gefühlt. Vermutlich hat dieser Arbeitskreis in Neukölln mehr erreicht als jeder Ausländerbeauftragte. Er ist das tragende Kommunikationsnetz, hier werden Probleme diskutiert und Strategien zu ihrer Lösung ausgedacht, hier wird die Lobbyarbeit organisiert, hier werden Kooperationen und Öffentlichkeitsarbeit erdacht. Selbstverständlich ist die *Werkstatt der Kulturen* Mitglied dieses Arbeitskreises, und selbstverständlich ist das Kulturamt engstens eingebunden.

»Kiez International« – multiethnische Kulturpolitik in praxi

Sichtbares Symbol dieser engen Verzahnung von Migrationspolitik, multiethnischer Gesellschaft und Kultur ist das jährliche Fest »Kiez International«, seit 1982 unverrückbar auf der Festagenda Neuköllns mit vielen Gästen aus dem Rest der Welt.

Entstanden ist das Bündnis aus der Not: Dem Kulturamt wurde in den Anfangsjahren verboten, bei seinem Fest »Kiez International« politische Missfallensäußerungen zur aktuellen Ausländerpolitik von Migrantenorganisationen an deren Informationsständen zuzulassen. Darauf entschied man sich zur Kooperation: Kulturamt und Ausländerarbeitskreis wurden zu gemeinsamen Veranstaltern, das Kulturamt war für die Kultur, der Ausländerarbeitskreis für den Rest verantwortlich. Die Bezirkspolitik war zufrieden, wir konnten weiterarbeiten.

Aus dem Zweckbündnis entwickelte sich eine immer wieder neu sorgfältig auszubalancierende Partnerschaft, deren sichtbares Ergebnis das Fest war und ist, die aber zu einer Verantwortungspartnerschaft für den gesamten Bereich der Neuköllner Migranten führte. Das Fest ist inzwischen das dienstälteste seiner Art in Berlin; die internationale Szene Neuköllns hält eisern daran fest – nach dem Motto: »Wir haben das ganze Jahr über so viele Existenzkämpfe zu bestehen – lasst uns ein Wochenende gemeinsam feiern.« Finanzielle Nöte brachten das Fest fast zum Erliegen, bis die *Werkstatt der Kulturen* mit ihrem Tanzfest »Bewegte Welten« mit ins Boot beziehungsweise auf den Richardplatz – direkt im Herzen des alten Dorfkerns – kam und seit fünf Jahren die in Berlin aktiven traditionellen Tanzgruppen all der hier aktiven Communities präsentiert: eine Revue von indischem bis mexikanischem, spanischem bis finnischem, russischem bis brasilianischem Tanz. Es gibt keine andere Gelegenheit in Berlin, eine solche »Leistungsschau« der globalen Berliner Tanzszene mitzuerleben; und sie gehört zu den wenigen Anlässen, bei denen – als Zuschauer – türkische Frauen Koreanerinnen und Russinnen Rumbatänzerinnen und -tänzern zusehen. Dies kleine internationale Stadtkulturfestival wurde bislang von der Senatsverwaltung gefördert – wir machen uns große Sorgen um seine Zukunft.

Das Tanzfest ist flankiert von einer »Leistungsschau« des Gaumens und der Nase, präsentiert von all den Selbsthilfe- und Migrantenprojekten – in Neukölln sind beheimatet und arbeiten zum Beispiel: der *Arabische Kulturverein*, der Palästi-

nensische Verein *Al Huleh e. V.*, der *Koreanisch-deutsche Kulturkreis*, der *Goldene Lilien e. V.*, die *Tamilische Gemeinde*, der Tunesische Unterstützungsverein *El Kantara*, das *Afghanische Kultur- und Kommunikationszentrum*, der *Türkische Bund Berlin-Brandenburg, Em-Der – Hilfs- und Solidaritätsverein für Rentner, Behinderte und Senioren, Marché Noir, Al Muntada, Kurdistan Kultur- und Hilfsverein, Deutsch-Philippinische Freunde, To spiti, Ugrak, Suroyoyo Kulturverein, Frauennetzwerk des Sudan* u. a., die mit dem Essen ihre Infos verbreiten und vor deren Ständen sich zu späterer Stunde selbst kleine Tanzfestivitäten entwickeln – mitten im Herzen des »deutschen Dorfes Rixdorf«, wie Neukölln einst hieß.

Das Fest »Kiez International« symbolisiert die Vertrauenspartnerschaft zwischen Kultur und multiethnischer Gesellschaft in Neukölln, es symbolisiert in gewisser Weise aber auch die kulturpolitischen Grundsätze, die sich für unsere Kulturarbeit in unserem Globalität beherbergenden Bezirk entwickelt haben: Sie sind zugleich Ergebnis von Realität und Praxis wie von Reflexion und politischen Überzeugungen, von Fehlern wie von Erfolgen; sie sind nie fertig, sondern müssen immer reaktionsfähig sein.

Die Reflexion der Erfahrung in der Zusammenarbeit mit vielen ethnischen Gruppierungen und auch die außen- wie innenpolitischen Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für viele Migranten, die schließlich auch die Notwendigkeit haben deutlich werden lassen, Deutschland als Einwanderungsland zu akzeptieren, müssen Konsequenzen zeitigen für Kulturarbeit, die auf gesellschaftliche Notwendigkeiten wie Gegebenheiten antworten will. Der Kern dieser neuen Kulturarbeit: Sie positioniert den Bezirk und seine Kulturarbeit als Teil des »Global village« und begreift ihn andererseits als Heimstatt relativ selbständiger, selbstbewusster, sich möglicherweise zeitweise von einander abschottender nationaler Communities.

Das Konzept »Kiez International« trägt, weil es die beiden sich scheinbar widersprechenden Flügel dieser Kulturarbeit zusammenhält, indem es sich bemüht, die Interessen von Mehrheits- und Minderheitskulturen in ethnischer wie in sozialer Hinsicht zu berücksichtigen.

Kultur in Neukölln als Teil der World Wide Culture

So, wie beim Tanzfestival »Bewegte Welten« Welt-Tanzkultur vorgestellt wird, präsentieren wir in unserem gesamten Veranstaltungsprogramm internationale Kunst und Kultur. So, wie es selbstverständlich ist, im world wide web zu surfen, versuchen wir, uns auch in der Globalität der Kultur und ihrer unendlich vielen Facetten zu bewegen.

Diese Erkenntnis hat Konsequenzen für unsere Kernaufgabe, nämlich ein angemessenes Kulturangebot zu garantieren: Eine Internationalisierung des Kulturangebots ist im Kern nichts anderes als die Akzeptanz von Kultur als *world wide culture* und eine Antwort auf die Migrationsbewegungen, die auch Deutschlands Bevölkerung erheblich verändert haben. In unseren Kommunen leben viele Men-

schen aus der ganzen Welt, die in dieser internationalen Kultur zuhause sind – gut ausgebildete, weltkulturerfahrene Menschen, die sich selbstverständlich in verschiedenen Kulturtraditionen bewegen und am gemeinsamen Weltkulturerbe teilhaben. Sicher unterschätzen wir auch, wie viele Menschen deutscher Herkunft Migrationserfahrung haben oder zumindest zeit- und andeutungsweise – wenigstens im Urlaub – andere Kulturen kennen gelernt haben.

Zum Glück ist die Präsentation von Weltkultur in Berlin-Neukölln auch bei einem mageren Budget möglich: Viele spannende internationale Künstler leben in unserem Bezirk, die ihre Arbeiten gern bei uns vorstellen – chinesische Klangkünstler, japanische Installationskünstler, chilenische Komponisten, indische Tänzerinnen, ägyptische Maler, um nur eine Andeutung zu geben . Es gibt inzwischen das *New Koelln Orchestra*, in dem auf Initiative eines österreichischen Trompeters Musiker aus aller Welt, die in unserem Bezirk leben, in unterschiedlichster Besetzung zu unterschiedlichsten Anlässen zusammen (Jazz-)Musik machen. Es gibt aber auch – und hier profitieren wir von der Bundeshauptstadt – Interesse der Botschaften und Kulturinstitute (manchmal muss das Interesse erst geweckt werden ...), Künstler ihrer Länder auch außerhalb der Hochkultur-Tempel auftreten und ausstellen zu lassen. Diese Ebene ist ausbaufähig.

Präsentation alleine genügt jedoch nicht; es gilt, in einer sozial und bildungsmäßig defizitären Kommune auch die Aufgabe zu lösen, wie Menschen die Chance bekommen können, diese Weltkultur rezipieren zu können. Hier setzen die viel größeren Schwierigkeiten ein, bei denen ethnische Differenzen keine entscheidende Rolle mehr spielen.

Bei »Kiez International« ist das Problem gelöst – das Fest ist allen bekannt. Ein anderes »gelöstes Problem« ist die sommerliche Konzertreihe »Sommer im Park« – jeden Sonntag von Juni bis September, 18.00 Uhr, in einem wunderschönen kleinen Park mitten im Kiez, umsonst & draußen. Dazu laden wir Ensembles ein, die sich alle mehr oder weniger im »Weltmusik«-Spektrum bewegen, von »E-Musik« bis Ethno, von Sinfonieorchester bis Jazz-Ensemble. Wir agieren wider Willen als Preisdrücker, die Ensembles kommen trotzdem, weil sie ein selbst für Berlin einmaliges Publikumsgemisch vorfinden – vom deutschen Punk bis zum türkischen Opa, vom Freundinnen-Gespann bis zur Ausflugsgruppe des Behinderten-Wohnheims, von Studenten bis zur palästinensischen Großfamilie, umsummt von einer Horde Kinder.

Doch an den üblichen Kunstorten – den Galerien, Theatern, Museen – genügt es nicht, internationale Kunst zu präsentieren, auch dann nicht, wenn die Künstler verbunden sind mit relevanten hier lebenden ethnischen Gruppen. Schwellenangst ist kein ethnisches, sondern ein soziales Problem, das in Einzelfällen mit dem jenseits der Schwelle zu erwerbenden Eis oder Bier zu überwinden ist (unsere Galerie ist durch ein kleines Café zu betreten).

Auch wenn Vieles nicht so viele Menschen erreicht wie gewünscht – die Weltkultur vor Ort hinterlässt Spuren. Buddhistische Mönche, japanische Kalligrafinnen, chinesisches Schattentheater, gespielt von »Original-Chinesen«, mexikani-

sches Totenfest, aktuelle Kunst aus aller Herren Länder: Es ist etwas hängen geblieben, es hat Augen, Ohren und Köpfe geöffnet.

Kulturarbeit als Contact Zone

Migration hat Gemeinwesen immer beeinflusst; Gemeinwesenstrukturen sind immer Veränderungen unterworfen, wenn sich Bevölkerungsstrukturen verändern. Berlin ist letztlich ein Ergebnis von Migration, beginnend mit den Hugenotten; später kam der typische Berliner aus Pommern oder Ostpreußen, noch später – in den 1960er Jahren – aus Schwaben oder Sachsen, dann aber verstärkt durch Arbeitsimmigranten aus der Türkei, Griechenland, Jugoslawien, Spanien, Portugal oder Vietnam und durch internationale Flüchtlingsbewegungen. Zeitlich befristet geplante Aufenthalte wurden für viele Menschen zum Daueraufenthalt: Deutschland wurde zum Einwanderungsland, ohne sich dieser Tatsache bewusst zu werden. Dieser Prozess vollzog sich natürlich auch in Neukölln, beginnend mit den böhmischen Exulanten, die sich auf Einladung Friedrich Wilhelms I. im Zuge von dessen Peuplierungspolitik ab 1737 als Glaubensfreiheit und Arbeit suchend in Rixdorf (später Neukölln) niederließen. Ende des 19. Jahrhunderts explodierte Rixdorfs Bevölkerung durch Arbeitsmigranten vor allem aus dem Osten, und nach 1960 wurde Neukölln zu einem begehrten Wohngebiet der neuen Migranten, aufgrund seiner Größe jedoch nicht ganz so deutlich zum »Türkenghetto« tendierend wie das viel kleinere Kreuzberg.

Mit dieser neuen, große ethnische Gruppen umfassenden Migration sind quer zur sozialen Segmentierung des Gemeinwesens neue ethnisch definierte Strukturen getreten, die »ethnischen Communities«. In den vergangenen Jahrzehnten von den Multi-Kulti-Enthusiasten und Schmelztiegeloptimisten – zu denen sich die Verfasserin durchaus rechnet – als temporäres, erzwungenes, aber vorübergehendes Problem gewertet, haben wir begonnen, eine andere Haltung zu dieser Entwicklung einzunehmen und sie als Struktur wahrzunehmen.

Diese »ethnischen Communities« sind durchaus nicht einfach zu reduzieren auf Zwangszusammenballungen als Ergebnis von Ausgrenzung; nur in Ausnahmefällen könnten sie als »Ghetto« bezeichnet werden. Sie sind vielmehr Rückzugsgebiete sozialer und manchmal auch stadtregionaler Art, in denen Menschen Zuflucht suchen, die in ihrer Identität verunsichert oder entwurzelt sind. Einige sind mangels materieller und bildungsmäßiger Voraussetzung nicht in der Lage, sich in verschiedenen Kulturen zu bewegen. Andere, weitgehend assimilierte Immigranten (bzw. deren Kinder) reagieren mit dem – partiellen – Rückzug in die »ethnische Community« auf Erfahrungen der Ausgrenzung und Xenophobie. Für viele Immigranten kommt hinzu, dass sie nur aus materieller Not oder aus Gründen politischer Verfolgung ihre Heimat verlassen haben und sich zwangsweise mit Fremde konfrontiert sehen – Fremde, die sie Sicherheit bei ihren Landsleuten suchen lässt. Diese Sehnsucht nach Sicherheit führt zu – partieller oder temporärer – Abgrenzung.

Das Bedürfnis nach Identitätssuche und Absicherung in der eigenen ethnischen Community ist nicht begrenzt auf eine bestimmte soziale Schicht; auch bei weitgehend integrierten, oft sogar durch neue familiäre Bindungen hier beheimateten Menschen gibt es immer wieder den Wunsch und das Bedürfnis nach Vertrautheit in der Heimatkultur, nach vertrauter Sprache, vertrauten Gewohnheiten, vertrauten Riten, oft auch den Wunsch, die eigene Heimatkultur, Sprache und Religion an die eigenen Kinder weiterzugeben (das Phänomen der koreanischen Krankenschwestern ist hierfür typisch).

Wenn Abschottung zur Ausgrenzung wird, wenn der Rückzug Antwort auf Xenophobie ist und wenn diese Ausgrenzung zur Ghettobildung führt, in dem sich soziale Probleme aller Art zu Gewaltpotential ballen, so muss der Staat, so muss die Kommune Gegenstrategien entwickeln. Das Bedürfnis nach Abgrenzung jedoch, nach Versicherung der jeweils eigenen kulturellen Identität im Rahmen der Community, deren Begrenzung durch nationale, kulturelle oder religiöse Pfosten markiert sein können, muss in seiner Notwendigkeit für die Immigranten erkannt, akzeptiert und ausgehalten werden, bedeutet es in seiner Konsequenz möglicherweise Ausgrenzung des »Gastgebers«: Für einen bestimmten Raum realer oder verfasster Art müssen andere Regeln akzeptiert werden. Dort sind die »Einheimischen« fremd, auf ihrem eigenen Terrain.

Die ethnischen Communities gruppieren sich um Vereine, Kulturhäuser, Religionsstätten, Ladengruppen. Die meisten von ihnen werden in der (deutschen) Öffentlichkeit kaum bemerkt. Viele dieser Communities sind durch kulturelle Aktivitäten definiert, durch Tanz- und Musikgruppen, durch Folkloreaktivitäten, durch Kulturfeste, durch Bildungsarbeit (Vermittlung der Muttersprache), durch gemeinsame politische oder religiöse Überzeugungen. In diesen Vereinen sind oft Menschen organisiert, die sich sehr genau ihrer Doppelprägung bewusst sind, sich als Teil ihrer Heimatkultur und als Deutsche fühlen, oft auch die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben. Ihre Themen sind durchaus auch die unseren, die Perspektive ist anders. So führte der *Arabische Kulturverein*, in dem viele Künstler und Intellektuelle organisiert sind, im Neuköllner Kiez einen vereinsinternen Workshop zum Thema »Wohin mit der kulturellen Identität?« durch, in dem um »integrationsfähige Identität« und/oder »identitätsbewahrende Integration« gerungen wurde. Den nächsten Workshop wollen wir zusammen durchführen.

Dieses Bedürfnis nach Nähe zu Menschen gleicher kulturell-ethnischer Herkunft ist eine Antwort auf den Verlust von Heimat, von lokaler Verwurzelung, auf die Angst des Verlustes der eigenen Identität, auf Verletzungen durch die nicht immer sehr freundlichen Gastgeber, es ist aber auch ein sehr positiver Ausdruck der Verbundenheit mit eigenen kulturellen Traditionen und dem Bewusstsein der eigenen Wurzeln in familiären und ethnischen Traditionen. Dieses Bedürfnis muss somit keineswegs begründet sein in mangelnder Integrationsbereitschaft und -fähigkeit oder gar Feindschaft dem Einwanderungsland gegenüber.

Wir hätten all dies schon lange lernen können von unserem »Böhmischen Dorf«, in dem heute noch die Erinnerung an die Heimat der Vorfahren präsent ist und gepflegt wird – präsent in den Namen sowohl auf Türklingeln wie auf Grabsteinen des wunderschönen alten »Gottesackers«, präsent in dem Bemühen, bereits vor 1989 eine Partnerschaft mit dem Herkunftsort aufzubauen. Unsere »Böhmen« sind natürlich voll integriert, sie sind sogar ein gewichtiger kommunalpolitischer Machtfaktor in Sachen Denkmalschutz, sie pflegen aber nach wie vor die Vergewisserung der eigenen – besonderen – Identität in kultureller und religiöser Hinsicht.

Dies Beispiel kann uns immer wieder Geduld lehren, was die Dauer und die Qualität von Integrationsprozessen anbelangt. Es lehrt uns aber auch, dass die Rückversicherung und Vergewisserung in der eigenen Minderheiten-Community, die die anderen zeitweise ausgrenzt, dem verantwortlichen Engagement in der und für die »neue Heimat« keinerlei Abbruch tut.

Was erwähnt werden muss: Die Böhmen erhielten 1737 sofort volle Bürgerrechte (sogar einige Privilegien), sie mussten nicht fürchten, nach Belieben wieder weggeschickt zu werden. Sie waren Einwanderer.

Die sich erst seit wenigen Jahren deutlich spürbare, stärkere Positionierung der »Ausländer« in Communities beziehungsweise Verbänden und Vereinen spiegelt ihre rechtliche Lage wider beziehungsweise den durch ein neues Einwanderungsgesetz dringend zu stablisierenden Zustand. Die Sprecher der Communities sind meist deutsche Staatsbürger, die jedoch größten Wert auf ihre nicht-deutsche kulturelle Prägung legen und deren Achtung erwarten.

Diese Akzeptanz partieller und/oder temporärer Abgrenzung (die möglicherweise auch von den Bewohnern des Gastlandes eingefordert wird) ist die andere, für manche neue, auf jeden Fall gewichtiger gewordene Seite der Medaille »kommunale Kulturarbeit in der multiethnischen Gesellschaft«. Sie ist für unsere kulturpolitischen Leitgedanken in Neukölln von grundlegender Bedeutung, denn wir haben es mit vielen dieser Communities zu tun. Es ist letztlich die – zumindest temporäre – Akzeptanz gleicher Augenhöhe.

Die Berücksichtigung in dem Modellprojekt-Bündel »Entimon« des *Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Senioren* mit unserem Konzept »Kulturnationen Neukölln« bot uns die Chance, mit ein wenig Geld und ein wenig personeller Verstärkung die Communities besser kennen zu lernen und sinnvolle Begegnungsanlässe anzubieten. So erfanden wir die »längste Kaffeetafel der Welt«, an die Neuköllner Communities sich und die Gropiusstädter – als »blind date« – zu jeweils landesüblichem Kaffeeklatsch an landesüblicher Kaffeetisch-Ästhetik einladen konnten; wir veranstalten das »Internationale Spielefest«, bei dem viele Communities und Vereine sich gegenseitig ihre beliebtesten (Brett-)Spiele vorstellen und zusammen spielen. Ein Ergebnis: Die »Internationale Caromm-Meisterschaft« (ein indisches Spiel) findet nun in Neukölln statt.

»Kiez International« in der »Contact Zone«

Die Griechen laden die Polen ein, die Russen die Italiener, die türkischen Senioren die Inder: Man lernt sich kennen, Menschen sprechen miteinander. Oft, aber nicht immer sind Deutsche deutscher Herkunft dabei.

Hinter all diesen Anlässen steht der Versuch, Kulturarbeit als Kommunikator, Mediator, Mauerspecht zu nutzen, in dem Sinne von Tomas Ybarra-Frausto, *Rockefeller Foundation New York*, als »transcultural contact zone«[2] zu konzipieren und anzubieten. Kulturarbeit, Kulturprojekte bieten die Bühne, auf der sich Menschen unterschiedlicher Kultur, auf der sich multiethnische Communities präsentieren, anbieten, um Partner werben können – nicht in der Erwartung, dass da gleich eine glückliche Ehe und viele Kinderchen entstehen, sondern in der Hoffnung, dass unterschiedliche Menschen unterschiedlicher Kulturen sich begegnen. Die Bühne allerdings sollte nicht selbst die Botschaft sein, sondern die auf ihr Agierenden, und sie wird durch diese unterschiedliche Prägungen annehmen.

Formelhaft lassen sich die Grundlinien von Kulturarbeit im multiethnischen Neukölln folgendermaßen umreißen:

- Konzeption des lokalen Kulturangebots als Weltkultur – unter Berücksichtigung sozialer und ethnischer Besonderheiten;
- Verständnis der lokalen Kulturarbeit als »Kontaktzone« von Gleichberechtigten unterschiedlicher ethnischer Prägung.

Dazu treten Selbstverständlichkeiten, dennoch nicht unwichtig: So ist von Anfang an ein Vertreter nicht-deutscher Neuköllner Kulturprojekte Mitglied in unserem Kulturbeirat, der über Projektgelder entscheidet; in den dem Kulturamt zugehörigen Einrichtungen gibt es keine besonderen »Ausländerprogramme«, sie sind selbstverständlich in die Programme integriert. Wenn das Heimatmuseum Ausstellungen zum Beispiel über Neuköllner Gewerbe und Wirtschaft oder – wie jüngst – über Liebe in Neukölln macht, so sind selbstverständlich auch Menschen nicht-deutscher Herkunft Gegenstand des Interesses.

Dennoch wissen wir, dass wir viele Neuköllner – und unter diesen vielen sind besonders viele nicht-deutscher Herkunft – nicht erreichen mit unseren Angeboten. Vor allem mit den fundamentalistischen Moslems, die zu einigen der 23 Moscheen Neuköllns – neben der großen, bekannten Moschee am Türkischen Friedhof gibt es viele uns unzugängliche Moscheen in Höfen und auf altem Industriegelände – pilgern, und vor allem mit ihren Frauen haben wir keinen Kontakt. Daran wird sich auch nichts ändern, wenn ihre Bereitschaft nicht wächst, sich deutscher Realität gegenüber zu öffnen. Ich hoffe, das wird sich im Laufe der nächsten Generationen ändern, denn multiethnische Gesellschaft muss Kommunikation und Bereitschaft zu Veränderung beinhalten. Als bei dem jüngsten »Neuköllner Grundschul-Theater-Festival« eine kleine Zirkus-Revue einer Schule, die nicht mehr die gewünschten drei deutschen Schüler pro Klasse findet, vorgestellt wurde, balancierte strahlend und stolz ein kleines, vielleicht zehnjähriges Mädchen

2 Vortrag von Tomas Ybarra-Frausto bei dem »7. Forum Globale Fragen« zum »Dialog der Kulturen« im *Auswärtigen Amt* am 16. Mai 2002.

auf einer großen Trommel, angetan in einen hellblauen Gymnastik-Anzug, den Kopf sorgfältig bedeckt mit einem Kopftuch. Die Lehrerin hatte mir von langen Kämpfen mit dem Vater erzählt, das Mädchen, das doch so gerne wollte, mitmachen zu lassen in der *Zirkus-AG*. In zwei Jahren sei das vorbei für die Kleine, meinte sie, viele ähnliche Erfahrungen erinnernd: Einer Frau könne so viel Leichtfertigkeit nicht erlaubt werden. Ich werde die Augen des Mädchens unter dem Kopftuch nicht vergessen – da leuchtete Lust auf Zukunft. Irgendwann wird sie sich diese Zukunft nicht mehr wegnehmen lassen.

THOMAS FLIERL

Interkultur als Aufgabe der Kulturpolitik

Kunst und Kultur – und damit auch der Kulturpolitik – wird in der Diskussion um die Lösung der Probleme von Migration und Integration häufig eine besondere Rolle zugewiesen, die auf der Annahme basiert, dass Kultur grundsätzlich geeignet ist, Brücken zwischen unterschiedlichen Kulturen zu schlagen, Verbindungen zwischen unterschiedlichen Welten herzustellen und damit befriedend zu wirken. Dieser hohe Anspruch kann nur selten eingelöst werden, denn es liegen ihm zwei fundamentale Missverständnisse zu Grunde:

Erstens: Kultur löst keine Probleme.
Die Konfliktfelder in einer multikulturellen Gesellschaft haben vielschichtige Ursachen, die mit künstlerischen Mitteln zwar thematisiert, nicht aber beseitigt werden können. Kulturarbeit kann weder bei jugendlichen Migranten religiösen Dogmatismus oder gar Fanatismus, noch bei deutschen Jugendlichen Rechtsradikalismus aufbrechen oder auflösen. Als Integrationsfaktor spricht Kultur eher die sinnlich-mentale Ebene und die intellektuelle Wahrnehmung an, verfügt aber nicht über die Instrumente zur Lösung zentraler gesellschaftlicher Probleme. Kultur ist in der multikulturellen Gesellschaft komplementär zu anderen Politikfeldern, und sie kann nur dann ihre Wirksamkeit entfalten, wenn sie als Teil einer gesamten Integrationsstrategie gesehen wird.

Zweitens: Kunst ist international, aber nicht automatisch interkulturell.
Aus der Tatsache, dass zeitgenössische Kunst fast immer international ist, wird gerne die Schlussfolgerung gezogen, dass deren Vermittlung und Rezeption selbstverständlich interkulturell und damit auch integrativ wirkt. Mit dieser Vermischung der Begriffe »international«, »interkulturell« und auch »integrativ« werden Ansprüche an die Kunst gestellt, die sie nicht einlösen kann. Es ist Aufgabe der Kulturpolitik, die Unterschiede zu definieren und zu benennen und die Wech-

selbeziehung zwischen »Internationalität von Kunst« und »interkultureller Wirkung der Kunst« zu fördern.

Das Berliner Modell einer interkulturellen Förderung hat von Anfang an zwei Komponenten vereinigt, die aus meiner Sicht unabdingbar zusammen gehören: einerseits die Förderung der kulturellen Identität und andererseits die Förderung des interkulturellen Dialogs. Es ist notwendig, die ethnischen Minderheiten in ihrer eigenen Kulturarbeit zu unterstützen und damit die Verortung der Minderheiten in der Berliner Kulturlandschaft zu ermöglichen.

Auf der anderen Seite müssen Strukturen geschaffen und Angebote ermöglicht werden, die den interkulturellen Austausch und die interkulturelle Begegnung fördern. Dazu gehört in Berlin zum Beispiel die Unterstützung des türkischen Theaters *Tiyatrom* oder des *Russischen Kammertheaters* in der *Kulturbrauerei*, aber auch des internationalen Theaterfestivals »Dialog«, das in diesem Jahr zum achten Mal und mit zunehmendem Erfolg im *Ballhaus Naunynstraße* durchgeführt wurde. Dazu gehört natürlich auch das weitverzweigte Netz der Städtepartnerschaften Berlins und die Zusammenarbeit mit der wachsenden Zahl der hier ansässigen Kulturinstitute anderer Staaten.

All dies sind Beispiele konkreter Handlungsfelder, die nicht von sich aus oder jedes für sich interkulturelle Wirkung entfalten, sondern in ihrer Summe ein Klima schaffen können, in dem eine Verortung ethnischer Minderheiten in unserer Gesellschaft möglich erscheint und der Tendenz zur allgemeinen Globalisierung ihre Grenzen aufgezeigt werden. Die Bewahrung der kulturellen Vielfalt ist ein wichtiges kulturpolitisches Ziel, das in einer multikulturellen Gesellschaft nur über den Weg der interkulturellen Kulturarbeit zu erreichen ist. Integration statt Ausgrenzung, Pflege und Bewahrung vieler Identitäten statt Gleichmacherei sind wesentliche Parameter einer solchen Kulturarbeit. Berlin ist hier – auch im Vergleich mit anderen europäischen Metropolen – durchaus auf einem guten Kurs, den ich trotz finanzieller Zwänge in den nächsten Jahren beibehalten werde.

INKA MANTHEY

Interkultur als Aufgabe Hamburger Kulturpolitik

Hamburg ist stolz auf seine Weltoffenheit – und schon immer verbindet man sie mit der Hansestadt. Aber Weltoffenheit ist keine Stufe, die man einmal erklommen hat, sondern eine Einstellung, die man ständig am Leben erhalten muss.

Aber was macht eigentlich die Weltoffenheit dieser Stadt aus?

Natürlich ist das der Handel mit aller Welt. Natürlich sind das die konsularischen Corps und die vielen Messen und Kongresse, unsere Städtepartnerschaften und sogar die Olympia-Bewerbung. Vor allem aber – und das ist das Entscheidende – zeigt sich die wirkliche Weltoffenheit in der gelebten, kulturellen Vielfalt unseres Alltags.

Stephan der Heilige, der erste König der Ungarn, hat um das Jahr 1000 gesagt: »Ein Land mit nur einer Sprache und einer Sitte ist schwach und gebrechlich. Darum ehre die Fremden und hole sie ins Land.« Das ist eine Anschauung, von der es in der Geschichte viele Beispiele und viel Bestätigung gibt.

In Hamburg leben über 260 000 Ausländer, das sind 15,1 Prozent der Bevölkerung. Darüber hinaus gibt es viele Migranten, die bereits die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben.

Aus dieser Szene heraus haben sich über 200 Kulturinitiativen in Hamburg entwickelt, die unser Leben mit ihren Festen, ihrer Küche und ihren Künsten bereichern. Sie geben allen Hamburgern die Möglichkeit, in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft andere Kulturen kennen zu lernen und Gespräche mit Menschen aus aller Welt zu führen. Eine Szene, die Hamburgs Stadtbild, seine Gesellschaft und unser Leben sehr geprägt hat und über Jahrhunderte zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

Die Auseinandersetzung und Konfrontation mit fremden Kulturen haben aber auch Abgrenzungsmechanismen in Bewegung gesetzt. Auf der einen Seite entstehen Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz – auf der anderen Seite zieht man sich in rückwärtsgewandte Traditionspflege und Fundamentalismus zu-

rück. Beides blockiert die Integration von Migranten und bremst die Entwicklung unserer demokratischen Gesellschaft.

Es stellt sich also die Frage, was eine Kulturpolitik leisten kann, um die Integration der Migranten und einen gleichberechtigten Dialog zwischen den Zugewanderten und den Einheimischen zu fördern.

Einerseits ist es wichtig, die Freiheit der Kunst zu gewährleisten, sie nicht zu instrumentalisieren, um gesellschaftspolitische Defizite auszugleichen. Andererseits sind Künstler unsere Avantgarde, sind oft Vorbilder für neue Lebens- und Gestaltungsformen. Damit tragen auch sie eine Verantwortung.

Kulturveranstaltungen sind Treffpunkte für Menschen, die neugierig sind auf neue interessante Präsentationen. Sie bieten Begegnungen und Gesprächsanlässe. Sie können im gemeinsamen Erleben Brücken zwischen sich vorher noch fremden Menschen bauen. Somit wird auch von der Kulturpolitik zu Recht erwartet, dass auch sie zur Integration von Migranten beiträgt und entsprechende künstlerische interkulturelle Projekte gezielt unterstützt.

Wichtig und unverzichtbar sind Kontakte und Erlebnisse mit Kulturen durch Gastspiele von ausländischen Ensembles auf Theater- und Musikbühnen. Doch nicht weniger wichtig ist für eine Kulturpolitik die Gestaltung des Zusammenlebens von verschiedenen Kulturen vor Ort.

Die Hamburger Kulturpolitik fördert seit Jahren Hamburger Kulturinitiativen, Künstlerinnen und Künstler verschiedener kultureller Herkunft. Ziel war es bisher, ihnen zu ermöglichen, ihre kulturelle Identität zu bewahren und weiterzuentwickeln, ihre Kunst und Kultur öffentlich zu präsentieren und den gleichberechtigten Dialog der unterschiedlichen Kulturen zu stärken.

Kulturelle Identität beruht jedoch schon lange nicht mehr auf eindeutigen, ethnischen Zuordnungen und so genanntem landestypischen Brauchtum. Vielmehr werden die Menschen von der Vielzahl von kulturellen Erfahrungen und Begegnungen geprägt. Wolfgang Welsch formte dafür den Begriff der »Transkulturalität«.

Die internationalen Märkte und die neuen Medien tragen zur Auflösung der traditionellen Gefüge bei. In der Popmusik und im Jazz ist am deutlichsten zu erkennen, wie Einflüsse unterschiedlicher Kulturen immer wieder neue Stile bilden und ein internationales Publikum finden. Und das ist kein neues Phänomen. Wir entdeckten schon immer in vielen uns vertrauten Musikkompositionen Einflüsse verschiedenster Kulturen – denn schon immer schöpften deutsche, europäische und nordamerikanische Komponisten von Klassik bis Pop gern aus dem Repertoire der ganzen Welt.

Durch die neuen Mitbewohner können wir auch andere Erfahrungen machen: Wie verändert sich Kunst, wenn Künstler in einer neuen Umgebung leben? Welchen Einfluss behalten die Herkunftskulturen und welchen Einfluss bekommt das neue Lebensumfeld? Was verändert sich in der uns bekannten Kunst, wenn Migranten sie gestalten? Interpretiert zum Beispiel ein türkischer Regisseur unsere Klassiker anders?

Die *Kulturbehörde Hamburg* unterstützt diese spannenden kreativen Prozesse und die kulturelle Vielfalt, da unsere Stadt ihr ihre Lebendigkeit verdankt. Sie fördert daher die kulturellen Leistungen der in Hamburg lebenden Migranten zusätzlich durch ein eigenständiges Fachreferat und mit einem eigenen Haushaltstitel in Höhe von 283 000 € pro Jahr.

Sie trägt aber auch den neuen Entwicklungen Rechnung und hat jetzt den Schwerpunkt von der Förderung von Ausländerkultur mehr auf die Förderung von interkulturellen Projekten verlagert. Diese Förderung soll innovative gestalterische Formen ermöglichen, die durch verschiedene kulturelle Wurzeln entstehen. Als herausragendes Projekt hat sich daraus das interkulturelle Festival »eigenarten« entwickelt, das jährlich die von einer Jury ermittelten Highlights aller Sparten aus diesem Bereich präsentiert. Dabei zeigen interkulturelle Künstlerinnen und Künstler aus Hamburg nicht nur ihre eigenen »Arten«, sondern auch ihre Sichtweisen auf diese Gesellschaft. Sie halten uns dadurch einen Spiegel vor. Sie geben uns dazu die Chance, auch Autoren und Komponisten aus ihren Herkunftsländern kennen zu lernen.

Von einer erfolgreichen Integration der Zugewanderten kann aber erst dann die Rede sein, wenn die Chance zur Partizipation und Gestaltung für sie auf allen Ebenen gegeben ist.

Und auch hier zeigt sich in Hamburg die Internationalität der Kultur:

- Das *Hamburg Ballett* verdankt seine Erfolgsgeschichte dem Amerikaner John Neumeier.
- Durch die Besetzung der Leitung der *Kulturfabrik Kampnagel* mit der Kroatin Gordana Vnuk ist es gelungen, durch ihre interessante und abwechslungsreiche Mischung aus Eigenproduktionen und nationalen sowie internationalen Gastspielen den über Hamburg hinaus reichenden Ruf *Kampnagels* als international anerkannten Ort für Avantgardetheater weiter zu festigen. Für die Sommerfestivals »Laokoon« verpflichtet Gordana Vnuk Festivalleiter, die aus anderen Kulturen kommen und allen Hamburgern authentische Theaterproduktionen anderer Nationalitäten nahe bringen.
- Die Kultursenatorin, Frau Dr. Dana Horáková, hat deutsch-tschechische Vorfahren.
- Der neue Leiter des *Kunstvereins* in Hamburg, Herr Yilmaz Dziewior, hat polnisch-türkische Wurzeln.

Von einer vollständigen Integration kann jedoch erst dann die Rede sein, wenn auf allen gestalterischen und Kultur prägenden Ebenen und in allen Kulturinstitutionen Menschen mitwirken, deren eigene kulturelle Herkunft einen Spiegel der Gesellschaftsstruktur darstellt. Das wird auch in weiterer Zukunft ein Leitmotiv für die Hamburger Kulturpolitik sein.

Da es auch weiterhin neue Zuwanderungen geben wird, und die neuen Hamburger die verschiedenen Prozesse der Integrationsstufen durchwandern müssen, wird es auch weiterhin Aufgabe der Kulturpolitik bleiben, diese unterschiedlichen

künstlerischen Entwicklungsprozesse zu fördern. Denn nur wer sich mit seinen »Eigenarten« verstanden und angenommen fühlt, ist zu einer Integration bereit und fähig.

Oliver Scheytt

Interkulturelle Kulturarbeit in Essen – eine Defizitanalyse

Die Stadt Essen ist eine der wenigen Großstädte in Deutschland, die bereits seit den 1980er Jahren ein umfassendes »Konzept für die kulturelle Arbeit« entwickelt und in ihren Ratsgremien beschlossen hat. Motor des Prozesses innerhalb der Stadt waren die für Stadtentwicklung und für soziale Fragen zuständigen Akteure. Kulturdezernat und Kultureinrichtungen waren und haben sich daran kaum beteiligt.

Im Rückblick muss die fehlende Auseinandersetzung mit der Frage, wie und in welcher Form Kulturpolitik und Kulturarbeit an Entwicklung und Umsetzung des Konzepts für die interkulturelle Arbeit der Stadt Essen mitwirken könnten, als ein Defizit empfunden werden. Inzwischen ist das Defizit erkannt. Interkulturelle Fragestellungen spielen auch im Bereich der Kulturpolitik im engeren Sinne jenseits des 1999 aktualisierten und verabschiedeten Konzeptes nunmehr eine stärkere Rolle. Zudem hat sich die Einrichtung *Ethno Art Ruhr* entwickelt, die ganz wesentlich dazu beiträgt, dass in der Stadt die interkulturelle Herausforderung auch in Mitteln und Formen der Kulturarbeit angenommen wird.

Dieser Beitrag zeichnet zum einen den Weg der Arbeit am interkulturellen Handlungskonzept im Sinne einer »Defizitanalyse für Kulturpolitik« nach und skizziert zum zweiten *Ethno Art Ruhr* mit seinem beispielhaften Ansatz.

Der Weg zum interkulturellen Handlungskonzept in der Stadt Essen

Im Jahr 1986 hat der *Rat der Stadt Essen* das »Handlungsprogramm zur Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen« beschlossen und damit Leitlinien für die städtischen Bemühungen zur Integration ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner festgelegt.

Mehr als 10 Jahre später wurden die damaligen Zielvorstellungen und Handlungsvorschläge überprüft, und es wurde ein neues Konzept für die Ausländerar-

beit in der Stadt erarbeitet. Die damit beauftragte Projektgruppe hat zunächst als Arbeitsgrundlage die Veröffentlichung »Informationen zur Lebenssituation nichtdeutscher Einwohnerinnen und Einwohner« erarbeitet (*Informationen und Berichte zur Stadtentwicklung der Stadt Essen*, Band 93). Die weitere Bearbeitung des Konzeptes wurde als kooperativer Planungsprozess angelegt, gesteuert insbesondere von der *RAA/Büro für interkulturelle Arbeit*. Von Beginn an wurden Vertreter aller in diesem Zusammenhang relevanten Institutionen an der Problemdefinition, der Zielfindung, der Entwicklung von Handlungsstrategien und deren Umsetzung beteiligt. Bei einer »Auftaktveranstaltung zur Erarbeitung eines Konzeptes für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen« im März 1997 beteiligten sich dementsprechend Akteure der kommunalen Migrationsarbeit und Migrationspolitik wie Vertreterinnen der Ratsparteien, des Ausländerbeirates, der relevanten Ämter und Behörden, von Wirtschaftsverbänden und aus der Wohnungswirtschaft, aus den Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden und der Wissenschaft.

Bei der Auftaktveranstaltung im Jahr 1997 wurden die wesentlichen Probleme aus Sicht der Betroffenen und der vertretenen Institutionen benannt und Verfahren zur Erarbeitung von Problemlösungen vereinbart. Sodann wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, die folgende Themenschwerpunkte bearbeitet haben:

- Beschäftigung, Berufsausbildung, Arbeitsmarkt,
- Elementarerziehung,
- Schule,
- Kinder- und Jugendarbeit,
- soziale Betreuung und Beratung,
- Wohnen, Wohnumfeld und Stadtteil,
- interkulturelle Konflikte,
- nichtdeutsche Jugendkriminalität.

Merkwürdigerweise sind schon zu dieser Auftaktveranstaltung die Akteure in der Kulturarbeit nicht dezidiert eingeladen worden. Dies mag seinen Grund auch darin haben, dass die wesentlichen Akteure aus dem sozialen und stadtentwicklungspolitischen Bereich den (traditionellen) Einrichtungen der Kulturarbeit wie Museen, Theatern, Musikschulen usw. kaum eine Entwicklungschance hinsichtlich dieses so wichtigen stadtpolitischen Handlungsfeldes zuweisen. In der Tat gibt es in all diesen Einrichtungen auch bundesweit nur wenige vereinzelte Ansätze interkultureller Arbeit, obwohl sowohl Kunst- und Kulturproduktionen als auch das Publikum längst interkulturell geprägt sind. Auch seitens der Kulturpolitik in Essen und der Führung des Kulturdezernates sowie der Essener Kultureinrichtungen sind diese Fragen in den 1990er Jahren weder intensiv noch strategisch diskutiert worden. Umso richtiger scheint es, dass nunmehr – auch durch die Initiativen der *Kulturpolitischen Gesellschaft* – diese Situation in Essen und auch andernorts überhaupt als eine Defizitlage eingeschätzt wird.

Insgesamt hat sich der dezentrale Planungsansatz indes bei der Konzeptentwicklung, die sich in den Jahren 1997 bis 1999 anschloss, bewährt. Er beinhaltete

ein auf Kooperation und Konsens abzielendes Steuerungsverständnis. Die zentrale Projektgruppe wurde schließlich um Vertreterinnen und Vertreter aus den einzelnen Arbeitsgruppen erweitert, um den Informationsaustausch zwischen allen Beteiligten sicherzustellen und arbeitsgruppenübergreifende Querschnittsthemen zu diskutieren. Als wesentliches Querschnittsthema hat sich die interkulturelle Öffnung und Sensibilisierung herausgeschält.

Denn in allen Arbeitsgruppen ist sehr deutlich geworden, dass alle mit Migranten befassten Dienststellen und auch andere Institutionen für Fragen der Interkulturalität zu öffnen und zu sensibilisieren sind, um so die Qualität der Arbeit für und mit Migranten zu steigern. Zu den vorgeschlagenen und inzwischen auch weitgehend umgesetzten Maßnahmen gehören die Einstellung bikultureller Fachkräfte, Fortbildungsangebote, Bereitstellung mehrsprachiger Informationen, eine verstärkte Sozialraumorientierung der interkulturellen Arbeit und die Vernetzung der beteiligten Akteure, auch mit dem Ziel, Partizipation und Bürgerbeteiligung zu stärken.

Im April 1999 hat der *Rat der Stadt Essen* sodann das umfassende »Konzept für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen« beschlossen, das in der Publikation *Informationen und Berichte zur Stadtentwicklung* (Nr. 100) veröffentlicht ist. Auf rund 300 Seiten sind alle Analysen, Ergebnisse und Handlungsvorschläge zusammengefasst. Der Gesamtprozess ist zudem von der *Evangelischen Fachhochschule Bochum* im Rahmen einer Begleitforschung beobachtet, ausgewertet und kritisch reflektiert worden. Auch hierzu liegt eine Dokumentation vor.

Auch als Folge davon, dass schon bei der Ansprache der beteiligten Akteure der Kultursektor ausgeklammert blieb, haben trotzt der umfassenden Aufgabenstellung und des integralen Arbeitsansatzes in dem Konzeptionsprozess die Kultureinrichtungen der Stadt Essen im engeren Sinne kaum mitgewirkt. Der Schwerpunkt des Konzeptes und der Handlungsvorschläge bezieht sich demzufolge auf die allgemeinen Lebensbedingungen, die soziale Situation und Bildungsfragen. Nach der Erarbeitung des umfassenden Konzepts für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen ist deutlich geworden, dass auf diesem Feld im Bereich des Kulturdezernates noch ein Defizit besteht. Dieses lässt sich allerdings angesichts der Finanzlage nicht ohne weiteres durch zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen beheben. Es bleibt nur der Weg über die Ausrichtung vorhandener Programme und Angebote auf interkulturelle Themen. Ein besonderer Schwerpunkt im interkulturellen Handlungskonzept ist inzwischen die Sprachförderung. Sozial- und Jugendverwaltung, Schulamt, Kindergärten und Schulen arbeiten eng im Rahmen eines von der *RAA/Büro für interkulturelle Arbeit* koordinierten Programms zusammen. Insgesamt wird hierfür ein Budget aus den unterschiedlichsten Finanztöpfen in Höhe von annähernd 1 Million Euro eingesetzt. In der Kulturverwaltung existieren keine eigenen Finanzansätze für interkulturelle Arbeit, vielmehr werden interkulturelle Projekte aus allgemeinen Kulturfördermitteln unterstützt. Zudem werden aus Mitteln des Ausländerbeirates und des Sozialdezernats zahlreiche Aktionen und Projekte im Feld der Kultur von Migrantinnen

und Migranten bezuschusst. Es hat sich auch bewährt, bei der (ausnahmsweisen) Neueinstellung von Personal auch solche Kräfte zu gewinnen, die Migrationshintergrund haben, wie dies im *Museum Folkwang* bei der Besetzung einer Kuratorenstelle geschehen ist.

Zwar gibt es in Essen noch keine systematische, umfassende interkulturelle Kulturarbeit, doch haben die soziokulturellen Zentren *Zeche Carl* und *GREND* schon seit langem immer wieder Aktivitäten auf diesem Feld entfaltet. Aus diesem Zusammenhang ist mit kräftiger Unterstützung der Stadt und des Landes in letzter Zeit eine Institution neu entstanden, die mit ihrer Programmatik und Arbeitsweise völlig neue Wege interkultureller Kulturarbeit beschreitet und daher hier wegen ihres exemplarischen Charakters vorgestellt wird.

Ethno Art Ruhr

Ethno Art Ruhr ist eine Institution interkultureller Kunst- und Kulturproduktion und ihrer Vermarktung, die seit über fünf Jahren sukzessive auf- und ausgebaut worden ist. Ethno Art Ruhr wird in den nächsten Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Förderung der Migrantenkultur leisten. Die Idee ist in einem Arbeitskreis der Städte Mülheim, Essen und Oberhausen entstanden, der sich der Entwicklung der Kulturwirtschaft widmete. Willi Overbeck, schon Begründer der *Zeche Carl*, hat dort von den besonderen künstlerischen und kulturellen Fähigkeiten der Migranten, insbesondere der zweiten Generation, berichtet. Das »Mix« ihrer kulturellen Prägung von Tradition und Moderne, Orient und Okzident und das Nebeneinander verschiedenster Kulturen und künstlerischer Produktions- und Erlebniswelten, das Willi Overbeck insbesondere im Essener Norden im Umfeld der *Zeche Carl* beobachtete, führte ihn zu der Überlegung, speziell für diese Formen des künstlerischen und kulturellen Ausdrucks eine Organisations- und Raumstruktur zu schaffen. Aus der Idee zu *Ethno Art Ruhr* wurde sodann ein Projekt der *Internationalen Bauausstellung IBA Emscherpark*. Nachdem sich ein Verein gegründet hatte, wurde im Stadtteil Katernberg auf einer der Zechenanlagen von *Zollverein* ein geeignetes Gebäude gefunden am Rande des Gründerzentrums *Tripple Z*, in dem ansonsten junge Unternehmen unterschiedlichster Branchen angesiedelt sind. Von vorneherein war die Idee auf eine Mischung von öffentlichem Treffpunkt, Talentförderung, Professionalisierung, Produktion und Präsentation angelegt. Analog der Herkunftsgeschichte dieser Idee im *Arbeitskreis Kulturwirtschaft* geht es darum, Mischfinanzierungsformen aus kommerzieller Vermarktung, Disco und Gastronomie mit sozialen und bildungsgeleiteten Angeboten herzustellen. So besteht der zentrale Ansatz des Konzeptes darin, pädagogische interkulturelle Arbeits- und Denkansätze mit Möglichkeiten der wirtschaftlichen Verselbständigung zu verbinden. Wirtschaftliche Erträge werden zur Förderung junger Talente reinvestiert. Der Produktionsprozess ist verknüpft mit den Werkstattbereichen Musik, Artistik, Tanz, Theater, Gestaltung, Öffentlichkeitsarbeit, Vermarktung und Vermittlung. Lernen und Arbeiten, Aktion und Reflexi-

on bilden eine Einheit, bei der fähige, praxiserfahrene MusikerInnen, ArtistenInnen, TänzerInnen, GestalterInnen, TechnikerInnen und HandwerkerInnen ausgebildet werden und einen Arbeitsplatz finden.

So ist *Ethno Art Ruhr* etwa inzwischen ohne weiteres in der Lage, ein dreitägiges Bühnenprogramm im Rahmen des Stadtfestes »Essen.Original« mit eigenen Künstlern und Gruppen zu bestreiten. Zahlreiche Veranstalter in Essen und Region engagieren regelmäßig und zunehmend häufiger Protagonisten von *Ethno Art Ruhr*.

Ethno Art Ruhr organisiert seit dem Jahr 2000 den jährlich stattfindenden »Carnival der Culturen«, einen großen Umzug in Essen mit zahlreichen (interkulturellen) Gruppen aus Stadt und Region, aber auch von auswärts. Dieser wird durch Workshops an Schulen vorbereitet, so dass der Carnival auch vorlaufende und nachhaltige Wirkung entfaltet.

Im Gebäude von *Ethno Art Ruhr* hat sich mittlerweile eine der bedeutendsten CD-Produktions- und Vertriebsfirmen für Weltmusik, der *NRW-Vertrieb*, angesiedelt, wodurch sich erhebliche Chancen zur weiteren Professionalisierung und wirtschaftlichen Prosperität ergeben haben.

Das Beispiel *Ethno Art Ruhr* zeigt, dass Kulturpolitik, interkulturelle Arbeit und Arbeitsmarktpolitik sinnvoll und mit einem erheblichen gesellschaftlichen »Mehrfachnutzen« verknüpft werden können. Um diesen Weg weitergehen zu können, ist es erforderlich, die Themen Kultur, Interkulturalität und Kulturwirtschaft in bestehenden Programmen zur Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung zu verankern, aber auch spezifische Programme zu entwickeln. Künstlerinnen und Künstler mit Migrationshintergrund können durch Qualifizierungsmaßnahmen zur eigenwirtschaftlichen Betätigung qualifiziert werden. Sie sollten bei der Wahrnehmung von entsprechenden Förderprogrammen unterstützt und begleitet werden. Hilfreich wäre es, wenn auch die Bundesländer und die für Kulturwirtschaftsförderung zuständigen Institutionen diesen Sektor mit seinen besonderen Chancen begreifen und nutzen würden.

Schlussfolgerungen

Die Defizitanalyse interkultureller Kulturpolitik hat am Beispiel der Stadt Essen deutlich gemacht, dass es dringend erforderlich ist, interkulturelle Handlungsansätze nicht nur aus sozialpolitischer Perspektive anzustoßen, sondern sich von vornherein seitens der Kulturpolitik und der Kulturinstitutionen in das interkulturelle Handlungsfeld einzuschalten. Dabei reicht es nicht, Fördertöpfe für interkulturelle Aktivitäten einzurichten. Vielmehr gilt es, strategische Ziele zu formulieren, die alle Kulturakteure dazu bringen, auch interkulturelle Programme und Maßnahmen zu entfalten. Die für die interkulturelle Arbeit engagierten Institutionen und Personen sollten ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass auch der Kulturbereich mit seinen (traditionellen) Möglichkeiten zu beteiligen ist, um sich aktiv einbringen zu können. Kulturpolitik ihrerseits muss interkulturell reflektiert und fundiert werden. Spezifische interkulturell ausgerichtete Institu-

tionen sind – wie das Beispiel *Ethno Art Ruhr* zeigt – in besonderer Weise geeignet, auch neue Chancen der interkulturellen Qualifizierung und kulturwirtschaftlichen Betätigung auszuschöpfen.

JÖRG STÜDEMANN

Multiethnische Stadtgesellschaft und Kulturpolitik in Dortmund

Flüchtlinge, Migranten und Mr. Golam

Mit dem freundlichsten Lächeln von Bangladesh sitzt er im Büro, Anfang Dreißig, sportlich gekleidet, einen Aktenkoffer mit Zahlenschloss sein eigen nennend. Er hat sich durch alle Flure und Etagen hindurch gefragt, um im besten Pidgin-Englisch vortragen zu können, dass er, Herr Golam Khair, der Blumenverkäufer, einen Roman geschrieben habe über sein Schicksal als politischer Flüchtling. »Believe me Sir, it's a true story!« Er habe das Manuskript mitgebracht, immerhin fast 200 Seiten handgeschrieben – und er brauche lediglich eine monatliche finanzielle Unterstützung von 250 € durch die Stadt Dortmund für ein bis zwei Jahre, dann könne er den Text fertig stellen und zur Drucklegung vorbereiten.

Unruhe kommt auf beim Gesprächspartner: Er weiß längst, politische Flüchtlinge, selbst die mit künstlerischer Begabung, werden leicht anstrengend, sie lassen sich als »Projekt« schlecht in die Arbeitsabläufe eines Kulturdezernates integrieren, und sie sind für den politischen Wahlbeamten nicht image-, geschweige denn karrierefördernd. In den zurückliegenden Monaten hatte der Kulturdezernent Begegnungen mit russisch-jüdischen Musikern, mit arabischen und afrikanischen Laienkünstlern, mit dem türkisch-islamisch dominierten Ausländerbeirat, mit einem indonesischen und einem stadtbekannten kurdischen Kulturverein – alle auf der Suche nach finanziellen Förderungen für ihre Aktivitäten, auf der Suche ferner nach etwas Anerkennung und verwertbaren Kontakten zu den städtischen Kultureinrichtungen. Mangelnde Übung kann man ihm nicht vorhalten. Er schaut Herrn Golam Khair geistesabwesend an. Schon instinkthaft spielt der Kulturdezernent gedanklich sein Repertoire erprobter Abwehrreaktionen durch: »Das Ressort ist nicht zuständig. – Die kommunale Haushaltslage lässt keine finanzielle Hilfe zu, nicht einmal deutsche Kulturvereine haben da eine Chance. – Das klingt sehr interessant, schreiben Sie es doch auf! (An der deut-

schen Sprache scheitern die meisten.) – Wir haben so etwas Ähnliches schon mal unterstützt, aber diese Initiative oder dieses Projekt stieß auf keinerlei Interesse. – Oder drohend: Wir sind eine tolerante Gesellschaft, aber Ihr Vorhaben passt nun wirklich leider nicht in die Zeit, Sie könnten das in Ihrem Heimatland auch nicht durchsetzen.« Jedoch bevor er den angehenden Literaten aus Bangladesh abwimmeln kann, wird er Opfer der eigenen Neugier, möglicherweise Opfer auch der eigenen Eitelkeit, als Autorenentdecker reüssieren zu wollen. Verbirgt sich hinter Herrn Golam Khair vielleicht ein zweiter T. S. Naipul?

Erst allmählich soll sich herausstellen: Golam Khair, Absolvent eines Management-Studiums aus Dhakar, hat durchaus einen aufklärerischen Text verfasst, der die Wendungen einer Asylantenbiographie bis zur vogelfreien Existenz als Blumenverkäufer im Dortmunder Nachtleben eindringlich schildert. Das Material benötigte mehrere Überarbeitungen, ehe eine publikationswürdige Form entstände. Schwerer indes wiegt, dass der literarische Debütant sich nicht legal in Dortmund aufhält, nur Schwarzarbeit hat, um sich am Leben zu erhalten und eine Wuchermiete für ein bescheidenes möbliertes Zimmer entrichten zu können, ohne Krankenversicherung prompt erkrankt und überhaupt recht ratlos als Asylbewerber der persönlichen Zukunft entgegensieht. Es kommt, wie es kommen muss. Die Begegnungen von Asylbewerber und Dezernent fallen zeitraubender aus, als es sich der Dezernent zumuten möchte, und ergebnisloser, als es der Flüchtling ertragen kann. Der Kulturdezernent weiß zu wenig über Ausländerrecht und Migrationspolitiken, der Flüchtling hat keine Vorstellung von Machart und Funktionen der deutschen Kulturpolitik.

An diesem Vorgang lassen sich mehrere Sachverhalte exemplarisch verdeutlichen, die eine kulturpolitische Annäherung an die »multiethnische« Gesellschaft und an Kulturen mit Migrationshintergrund immer erschweren: Die Interaktionen von Kulturpolitik und politischen Flüchtlingen aus anderen Ländern oder die Interaktionen von Kulturpolitik und ArbeitsmigrantInnen funktionieren nicht so, wie es einfache Rollenzuschreibungen und wechselseitige Projektionen nahe legen. Als Handlungsgrundlage sind eigentlich weder ein vordergründiger Exotismus noch ein einfaches Bekenntnis zum Humanismus zulässig. Es treffen in der Begegnung von Aufnahmegesellschaft und MigrantInnen ausländischer Herkunft in den meisten Fällen höchst unterschiedliche Kulturen und gesellschaftliche Hintergründe, mithin Verhaltenskonventionen aufeinander, oft auch divergierende Kulturauffassungen. In den religiösen oder politischen Konflikten vieler Herkunftsländer von Migrantinnen und Migranten erhalten kulturelle und künstlerische Äußerungen eindeutige ideologische Funktionen, deren strategische, machtpolitische Bedeutung unumstritten ist. Dieses Zuordnungsschema wird in das Exil mitgenommen, es wirkt nach. Ferner kann individuell – wie oben angedeutet – eine kulturelle Betätigung als ein Kommunikationsmittel eingesetzt werden, um primär politische, wirtschaftliche oder soziale Ziele zu erreichen. Da in der aufnehmenden Mehrheitsgesellschaft selten Qualitätsurteile über fremde Kulturerzeugnisse sachgerecht abgegeben werden können, sind die Chancen für

den strategischen Einsatz von Beiträgen der Migrationskulturen hier hoch – zumal auch die Kulturen der Herkunftsländer und die kulturellen Äußerungen der Migrantengemeinschaften in komplexen Beziehungen zueinander stehen, was eine Beurteilung durch Außenstehende noch wagemutiger erscheinen lässt. Weiter ist das Zusammentreffen von Migrantengemeinschaften inklusive ihrer Kulturen untereinander und mit den Mehrheitskulturen im Aufnahmeland nicht konfliktfrei, von Statusunterschieden wie von politischen Ambitionen gleichermaßen geprägt. Und wenn jetzt noch die Fragen der sozialen Differenz und der jeweiligen außenpolitischen und migrationspolitischen Kontexte im Zusammentreffen von Mehrheitsgesellschaft und MigrantInnen aufgeworfen werden, ist unschwer zu erkennen, dass einfache kulturpolitische Orientierungen für die Phänomene der Interkulturalität und eine multiethnische Gesellschaft kaum zu entwerfen sind.

Es macht eben einen großen Unterschied, ob sich die Kulturpolitik, bereit zu Interaktion und Kulturaustausch, politischen Flüchtlingen oder den zahlenstarken Gemeinschaften der ArbeitsmigrantInnen zuwendet, ob sie sich gar auf Fusionskulturen, transitorische »crossover-Kulturgebilde« einlassen möchte, ob sie die Kreise der Eingebürgerten als Partner aufsucht, ob sie schließlich Begegnungen und Projekte für und mit Milieus türkischer oder griechischer, afrikanischer oder asiatischer, russischer, ukrainischer oder russisch-jüdischer etc. Provenienz organisiert. Schon fällt es schwer, den interkulturellen Dialog in seinem möglichen Facettenreichtum und seiner Komplexität überhaupt sprachlich zu fassen. Dabei war nicht zu entscheiden, ob alltagsnahe Kulturbereiche bis zur Folklore oder Kunstaustausch im engsten, d.h. exklusivsten Sinne als Begegnungsebene aufzusuchen sind. Und bisher wurde noch kein Wort über ästhetische, ethische und politische Ambitionen der kulturpolitischen Akteure in der Mehrheits- oder Aufnahmegesellschaft verloren.

So wenig wir der Tatsache ausweichen können, dass die Bundesrepublik zum Einwanderungsland aufgestiegen ist und wir adäquate politische Antworten für diesen Sachverhalt finden müssen, so wenig lässt sich in Abrede stellen, dass trotz der problematischen Vielschichtigkeit seiner sozialen und kulturellen Zusammenhänge die Gestaltung des kulturellen Dialogs im eigenen Land auf der kulturpolitischen Agenda steht. Sicher ist die Annäherung vor der eigenen Haustür an die Phänomene der Interkulturalität mitunter verstörender als der probate Kulturaustausch in den Weiten der globalisierten Welt – allerdings sind die Begegnungen in intimer Nähe erwiesener Maßen auch menschlich angenehmer, lehrreicher und bereichernder, immer aber unterhaltsamer. Mit diesem tröstlichen Appell ist indes beileibe keine Perspektive für kulturpolitisches Handeln entworfen. Dafür eignet sich als »anspruchsloseste« Zielangabe denkbar das Bestreben, durch geeignete kulturpolitische Initiativen einen Beitrag zur sozialen Integration und zur Befriedung in unserem demokratisch verfassten Gemeinwesen leisten zu wollen – eine Position, die allenfalls eingeschränkt die kulturelle Dialogwilligkeit unter Beweis stellt, sich wohl eher als mutiger Integrationismus

überhebt. Ambitionierter erscheint dann schon das Bekenntnis zu Toleranz als Handlungsgrundlage, das als politisches Diktum nur wirksam bleibt, wenn es nicht im ästhetischen Genuss kultureller Differenz und bei einer umfassenden Relativierung der Werte verharrt. Ein postmoderner Ästhetizismus taugt für die kulturpolitische Annäherung an die multiethnischen Gegebenheiten unserer Stadtgesellschaften ebenso wenig wie schwärmerischer Exotismus oder die Selbstverpflichtung zur Nächstenliebe.

Zukunftstauglicher kann vom Toleranzgebot her abgeleitet das Plädoyer für eine Kultur der Anerkennung kultureller Differenz politische, mithin kulturpolitische Relevanz beanspruchen: Sollten nicht kulturelle Agenturen der Gesellschaft wie Kunst, Bildung, Wissenschaft und Religion vermittelnde Funktionen in sozialen Konflikten zwischen Aufnahmegesellschaft und MigrantInnen, die latent oder virulent immer vorhanden sind, einnehmen können, indem sie zur schrittweisen Erweiterung von Anerkennungsbeziehungen beitragen und Formen gesellschaftlicher Teilhabe fördern? Diese Perspektive im Sinne Axel Honneths jedenfalls erschließt der Kulturpolitik Orientierungen für die praktische Auseinandersetzung mit den kulturellen Äußerungen von Migrantinnen und Migranten im gesellschaftlichen Kontext von Macht- und Durchsetzungsdisparitäten. Es ist im internationalen Maßstab zu beobachten, dass Migration als Massenerscheinung längst zu einem beherrschenden Thema vieler Gesellschaften avanciert ist. In Folge dessen werden wir dazu genötigt, darüber nachzudenken, wie weit wir neue Formen der Andersheit, der Fremdheit zu akzeptieren bereit sind.

Die Annäherung, auch die politisch-strukturelle Annäherung an MigrantInnen und damit Fremde ist keine einfache Angelegenheit, sie verlangt nach Lernbereitschaft und Selbstbefragung. Absichten und Motivationen als strukturierende Momente der Begegnung bedürfen der Offenlegung. Denn wie heißt es treffend bei Julia Kristeva: »Der Fremde, Figur des Hasses und des anderen, ist weder das romantische Opfer unserer heimischen Bequemlichkeit noch der Eindringling, der für alle Übel des Gemeinwesens die Verantwortung trägt. Er ist weder die kommende Offenbarung noch der direkte Gegner, den es auszulöschen gilt, um die Gruppe zu befrieden. Auf befremdliche Weise ist der Fremde in uns selbst: Er ist die verborgene Seite unserer Identität, der Raum, der unsere Bleibe zunichte macht, die Zeit, in der das Einverständnis und die Sympathie zugrunde gehen. Wenn wir ihn in uns erkennen, verhindern wir, dass wir ihn selbst verabscheuen.« (1990: 11)

Was aber ist mit dem Manuskript von Mr. Golam Khair zu veranstalten?

Dortmund – eine Stadt der Zu- und Einwanderung

Die zurückliegenden 140 Jahre der Dortmunder Wirtschaft- und Sozialgeschichte sind ohne Migration und damit Zuwanderung von Fremden nicht vorstellbar: Im 19. Jahrhundert erlebt die Stadt den rasanten Aufstieg vom Ackerbau- und Handelsstädtchen mit kaum 5 000 Einwohnern zum Schwerindustriestandort mit ei-

ner Bevölkerung von über 200 000 Menschen. Den Arbeitskräftebedarf konnten die rasch wachsenden Industrien nur durch die Anwerbung von Umzugswilligen im Osten Deutschlands und später auch in Polen decken. Ende des 19. Jahrhunderts stammen lediglich noch zwei Drittel der Stadtbevölkerung aus Westfalen, der Rest ist zugewandert – vornehmlich aus dem Osten. 1905 arbeiten 95 000 Polen im Kohlebergbau des Oberbergamtsbezirks Dortmund, das ist ein Drittel der gesamten Belegschaft. Nicht anders verhielt es sich in der Eisen- und Stahlindustrie. Die nächsten großen Zuwanderungswellen werden im Dritten Reich durch die Zwangsarbeit ausgelöst, nach dem Zweiten Weltkrieg folgen die Flüchtlinge aus dem Osten Deutschlands und aus Polen, schließlich die »Gastarbeiter« der sechziger und siebziger Jahre. Seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts verzeichnet Dortmund einen neuerlichen Wachstumsschub, bis die Stadt die Bevölkerungsstärke von 620 000 Personen überspringt. Auch die Arbeitsmigration der Nachkriegsjahre hat bekanntermaßen ihre regionalen Herkunftskonjunkturen. Den »Gastarbeitern« der ersten Stunde aus Italien, Jugoslawien, Spanien, Portugal und Griechenland folgten Migranten nach, die aus der Türkei, Nordafrika und Asien stammten. Dass im Laufe der zurückliegenden Jahre der Anteil derjenigen Migranten, die ihren Lebensmittelpunkt nach Dortmund verlegt haben, bereits in der dritten und vierten Generation mit der Familie in der Stadt ansässig sind, berechtigt zu der Aussage, aus der Zuwanderung sei eine Einwanderung geworden.

Heute leben in etwa 75 000 Menschen ausländischer Herkunft aus 160 Ländern in Dortmund, sie stellen damit annähernd 14 Prozent der Stadtbevölkerung. Die Hauptgruppe mit 28 000 Menschen bilden die Migranten türkischer Herkunft, es folgen Jugoslawen mit 4 000 Personen, Griechen in gleicher Anzahl, Italiener mit 3 300 Personen, Marokkaner und Polen in einer Stärke von je 3 200 Menschen, schließlich Portugiesen mit 1 900 und Spanier mit 1 200 Personen. Aus den übrigen EU-Staaten stammen 13 500 Menschen. Als eingebürgerte Migranten gehen die jüdischen Kontingentflüchtlinge aus Russland, etwa 3 000 Menschen, sowie Russlanddeutsche mit beinahe 10 000 Personen nicht in diese Statistik ein. Die Zahl der Asylbewerberinnen und -bewerber beträgt 565 Personen aus 40 Herkunftsländern.

Die regionale Verteilung von Menschen ausländischer Herkunft im Stadtgebiet lässt eine überproportionale Ansiedlung in der Dortmunder Nordstadt, einem Bezirk mit 54 500 Einwohnern und nördlich vom Hauptbahnhof gelegen, erkennen. Hier wohnen immerhin 22 662 Menschen mit Migrationshintergrund, also 41,7 Prozent der Stadtbezirksbevölkerung. Die multiethnische Zusammensetzung im Gebiet geht einher mit einem hohen sozialen Problemdruck: hoher Arbeitslosigkeit, einer über dem Durchschnitt der Stadt liegenden Kriminalitätsrate, stark verbreitetem Drogenkonsum.

Genau in der Nordstadt, deren Sozialstruktur allerdings zu jener Zeit noch kleinbürgerlicher und westfälischer geprägt war, wurde 1909 die *Ballspielvereinigung Borussia*, das eigentlich »sinnstiftende« Sport- und Kulturinstitut der Stadt, gegründet. Es mag an der verbindenden Kraft des Fußballs, es mag an der über

140-jährigen Geschichte von Zu- und Einwanderung und der schnellen, Tradition und Herkunft negierenden Ähnlichkeit industrieproletarischer Lebensverhältnisse liegen, dass der Zuzug der Fremden in Dortmund überwiegend ohne dramatische soziale Spannungen erfolgte und bis heute erfolgt. Die harten Arbeitsbedingungen im Kohlebergbau und in der Stahlindustrie haben Arbeitsmigranten und Einheimische über Jahrzehnte hinweg jenseits von Herkunftsfragen und kultureller Differenz geradezu zwangsläufig zueinander geführt – man war aufeinander schließlich in einem sehr existentiellen Sinne angewiesen. Nicht wenige in der Aufnahmegesellschaft waren zudem zur eigenen Beruhigung vom vorübergehenden Aufenthalt der Fremden überzeugt. Diese Beobachtungen sollen nicht ausblenden, dass sich ansonsten zwischen der städtischen Mehrheitsgesellschaft und den Migranten wenig Verbindendes fand, demnach Segregation an der Tagesordnung war und kein Migrant je in den Kreis des ortsansässig führenden Bürgertums vorgedrungen ist.

Erst in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts greifen Diskussionen über eine angemessene Beschulung von Kindern aus Migrantenfamilien und die gewünschten Integrationseffekte um sich. Jetzt werden auch unter den Gesichtspunkten von Stadtentwicklung und Städtebau Fragen der Migration debattiert, Themen wie soziale und kulturelle Entmischung oder Ghettobildung erörtert. Für die Nordstadt sorgen Entwicklungsprogramme der Stadterneuerung für eine beträchtliche Umgestaltung des Stadtraums. Begleitend entwirft die städtische Sozial- und Kulturpolitik eigene Projekte um das Migrationsthema, die allerdings einer politischen Verständigung und konzeptionellen Grundlegung im Rat der Stadt entbehren.

Bis heute fällt auf, dass zum einen in der Stadtgeschichtsschreibung und im städtischen Selbstverständnis die Themen Migration, Einwanderung und ihre sozialen wie kulturellen Implikationen ungeachtet ihrer tatsächlichen Relevanz nur eine sehr nachgeordnete Rolle spielen. Zum anderen ist eine politische Willensbildung zum Zusammenhang Aufnahmegesellschaft und Migration auf lokaler Ebene ausgeblieben, während die europäische Integration, die Ausrichtung der Städtepartnerschaften oder Kulturaustauschprojekte in der stets weltoffenen Stadt durchaus programmatisch verhandelt worden sind. Zum Komplex Migration haben sich Stadtverwaltung und kommunale Politik mit deutlichem Pragmatismus den Handlungserfordernissen gestellt. Diese Haltung und der sozial-kulturelle Kontext haben vermutlich ideologische Kontroversen von grundsätzlicher Natur glücklicher Weise nicht aufkeimen lassen.

Wie aber ordnet sich das Zusammenleben von städtischer Mehrheitsgesellschaft und Migranten künftig zueinander, nachdem die Industriearbeit ihren lebensprägenden Einfluss – das Dortmund der Gegenwart ist eine Dienstleistungsstadt – eingebüßt hat und sich auch in Migrantenfamilien Zukunftsentwürfe, verglichen mit der Vergangenheit, signifikant gewandelt haben? Wenn zu konzedieren ist, dass wir nicht mehr primär mit temporären Migrationserscheinungen konfrontiert werden, sondern Einwanderung zu bewältigen haben, dann dürfen

wir der Steuerung und Reflexion sozialer und kultureller Phänomene bei aller Begrenztheit unser Gestaltungskraft nicht mehr ausweichen.

Ubi bene, ibi patria

Die Römer meinten, dass die Heimat dort sei, wo man sich wohl fühlte, wo es einem gut erging. Diese Überzeugung könnte als Überschrift und Leitlinie herangezogen werden für die verschiedenen Initiativen von Kulturpolitik, Stadtentwicklung und Jugendhilfe in Dortmund, die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in der Stadt zu verbessern. Dabei unterscheiden sich einzelne Phasen der Wahrnehmung von Migrantenkulturen in der Aufnahmegesellschaft deutlich voneinander.

Phase 1:
In den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts beeinflusst die Idee der europäischen Integration und des europäischen Kulturaustausches die Dortmunder Kulturpolitik in Praxis wie Programmatik. Die Stadt arbeitet eng mit der *Auslandsgesellschaft*, damals *Rheinisch-Westfälische Auslandsgesellschaft*, zusammen, befördert ihre Aktivitäten und entwickelt etliche Kulturkontakte über diese Kommunikationsschiene. Vom gleichen Geist getragen, nämlich einen Beitrag zur Völkerverständigung und zum Kulturaustausch in Europa leisten zu wollen, werden Städtepartnerschaften mit Amiens und Leeds geschlossen, später in den siebziger und achtziger Jahren sollen Partnerschaftsabkommen mit Rostow am Don, Buffalo (USA), Netanya in Israel und dem jugoslawischen Novi Sad folgen, zuletzt eine Städtepartnerschaft mit Xian. Die »Auslandskulturtage« als ein im Zweijahresrhythmus wiederkehrendes internationales Festival erleben ihre Gründung, heute fortgeführt als »Internationale Kulturtage«. Obwohl die genannten Aktivitäten und Einrichtungen nicht auf die sozial- oder kulturpolitische Bearbeitung des Komplexes Arbeitsmigration/Migration gemünzt waren, eröffneten sie vielfach die Gelegenheit, frühe Begegnungen mit den Migrationskulturen in der Stadt zu stiften. Wo es sich anbot, wurden kulturelle Akteure aus dem Umfeld der Arbeitsmigranten, insbesondere mediterraner Herkunft, in die kulturellen Austauschprogramme einbezogen. Diese Art des Kulturaustausches war in der Zeit außergewöhnlich, politisch couragiert und verdienstvoll.

Phase 2:
Die siebziger und achtziger Jahre sind die Boomjahre der Zuwanderung aus dem Ausland bei hoher Fluktuation in der ethnischen Zusammensetzung der Migrantengruppen und rasant kletternden Asylbewerberzahlen. Die »Ausländerpolitik« experimentiert: Ausländerbeiräte als lokale oder regionale Interessenvertretungen werden ins Leben gerufen, Flüchtlingsräte konstituieren sich, Ombudsfunktionen werden installiert. »Wochen des ausländischen Mitbürgers« haben Konjunktur. Die Bildungspolitik schwankt zwischen Integrationsforderung und Förderung der Muttersprachlichkeit.

Um die Lebensqualität in der Dortmunder Nordstadt zu heben, werden in dieser Zeit systematisch Kultureinrichtungen angesiedelt: das *Naturkundemuseum*, das *Bürger- und Begegnungszentrum Dietrich-Keuning-Haus*, später die städtische *Musikschule*. Danach folgen weitere Begegnungseinrichtungen bis zum groß dimensionierten *Kulturzentrum Depot*, einem umgenutzten Straßenbahndepot an der Immermannstraße. Dank umfangreicher Sanierungsprogramme der Stadterneuerung verändert die Nordstadt seit den achtziger Jahren allmählich ihr Gesicht, sie erhält das Image eines vitalen, ethnisch gemischten und bunten Stadtbezirks. Diese Projekte zur Reurbanisierung liegen im Trend der Zeit. Es herrscht das Verständnis vor, Kulturpolitik habe die gesellschaftspolitische Aufgabe, Demokratisierung zu fördern und kulturelle Benachteiligungen auszugleichen. Von spektakulärer Qualität in der Nordstadt war der Ausbau des *Dietrich-Keunig-Hauses* mit angegliederter Eisbahn und integriertem Schwimmbad. Das Vorhaben wurde von Anfang an mit Funktionen für den Kulturaustausch vor Ort bedacht, denn als Ziele der verräumlichten Stadtteilkulturarbeit standen im Katalog unter anderem:

- die Förderung der kulturellen Vielfalt und des Freizeitwertes des Stadtbezirks,
- die Kommunikation, die Kooperation und Beteiligung von Menschen und Gruppierungen verschiedener Generationen und Kulturen im Stadtbezirk,
- die Förderung des Verständnisses verschiedener Generationen und Kulturen.

Seit 1982 operiert das *Dietrich-Keuning-Haus* im Stadtbezirk als Anlaufpunkt und Veranstaltungsort für Vereine, Verbände und Gruppierungen aller Art und ethnischer Zugehörigkeit, mit einem umfangreichen, interkulturell ausgerichteten Programmangebot erreicht es alle Bevölkerungskreise des Stadtteils. Außerdem sorgt das zugehörige Jugendzentrum für die durchgängige Konfrontation mit neuen ästhetischen Mustern der nachwachsenden Generationen – eine Auseinandersetzung, die auch in sozialer und politischer Hinsicht zur Stellungnahme auffordert.

Neben die öffentlich initiierten Projekte treten erfolgreich geführte Einrichtungen der Selbstorganisation. Verschiedene Migrantengruppen gründen und betreiben eigene Begegnungszentren, oft weltanschaulich oder religiös eindeutig orientiert. Die städtische Gastronomie wird farbiger, weil mediterrane und orientalische Küchen beginnen das Sortiment zu erweitern. Die Dortmunder erproben die Speisen der Zugereisten.

Die kommunale Kultur-, Bildungs- und Stadtentwicklungspolitik der siebziger und achtziger Jahre in Dortmund setzt auf die Ausweitung kultureller Betätigungs- und Beteiligungschancen für die Mehrheit der Bevölkerung und auf die Rückgewinnung urbaner Qualitäten in Vorstädten und Vororten. In dieses umfangreiche, dezentral ausgelegte und wirkungsvolle Projekt einer sozialkulturellen Animation auf gesamtstädtischer Ebene sind die »Gastarbeiter«, dann »Ausländerinnen und Ausländer«, darauf die »ausländischen Mitbürger« – die Semantik verrät den Grad zugelassener Nähe und den Status der Benannten – integriert:

auf Stadtteilfesten, bei Folkoreveranstaltungen, im Kontext soziokultureller Praxis soll die kulturelle Benachteiligung der Migrationskulturen im Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft einen Ausgleich finden. Das Kompensationsparadigma beherrscht das Geschehen, aber auch das Bedürfnis nach exotischen Inspirationen.

Phase 3:
Seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts ist klar, welche Migranten und welche Kulturen mit Migrationshintergrund dauerhaft in Deutschland bleiben werden. Die Ausländerpolitik schwenkt auf Zuzugsbeschränkungen um, auf Restriktionen in der Asylpolitik. Der Bevölkerungsanteil ausländischer Herkunft stabilisiert sich in der zweiten und dritten Generation der Zugezogenen bei fast 10 Prozent an der Gesamtbevölkerung. In den Migrationsgemeinschaften überwiegen türkisch-islamische Einwanderer, gefolgt von EU-internen Wanderungsbewegungen. Als neue Erscheinung darf die Aufnahme russisch-deutscher und jüdisch-russischer Migranten gewertet werden. Wenn man nach den dominierenden Trends schaut, kann in der Migrations- und Bildungspolitik der Wechsel von Modellen der Koexistenz und benachteiligungskompensierenden Konvergenz zu Forderungen nach konsequenter Integration festgehalten werden. Die Einwanderung avanciert zur Einbürgerung. Die Aufnahmegesellschaft und die Migranten schließen im Großen wie im Kleinen Integrationsverträge als Ergebnis eines Verhandlungsprozesses und der Einsicht in das Faktische der sozialen Realitäten. Man weiß beispielsweise: der schulische Erfolg der Kinder aus Migrationsfamilien hängt von der Beherrschung der deutschen Sprache ab – diese gilt es fortan intensiv zu fördern.

Integration lautet nunmehr auch die Generalüberschrift der städtischen Kultur- und Stadtentwicklungspolitik für die Auseinandersetzung mit den Migranten in ihrer Mehrheit. Das lässt sich anhand zahlreicher Beispiele dokumentieren. Die Förderung »ausländischer« Kultur- und Sportvereine wird aus den Sonderzuständigkeiten des Ausländerbeirates zurückgeführt in die allgemeine kommunale Kultur- und Sportförderung. Die außerschulischen Bildungseinrichtungen öffnen sich für Nachfrage und Bedarf aus den Migrationsgemeinschaften: vom Sprach- bis zum Computerkurs, vom Training zum Umgang mit der deutschen Bürokratie bis zur Vorbereitung eigener Unternehmensgründungen. Die Dortmunder »Auslandskulturtage« haben sich längst zu einem internationalen Kunstfest gewandelt. Im *Dietrich-Keuning-Haus* und vielen anderen Kultureinrichtungen in freier Trägerschaft begegnen sich Nachwuchskünstlerinnen und -künstler mit und ohne Migrationshintergrund bei Experimenten, die entweder die universellen ästhetischen Codes der Popkultur zur Grundlage haben oder bewusst auf die Fusion der ästhetischen Muster von Aufnahme- und Migrationskulturen abheben. Nicht immer führen die Bewegungen zwischen Distanz und Nähe, zwischen Abschottung und Öffnung zu Verständnis und gegenseitiger Achtung, aber die ernsthafte Wahrnehmung des Anderen ist garantiert.

Als eine besondere Herausforderung erweist sich der Versuch, Beiträge der Migrationskulturen und der Künste aus den jeweiligen Herkunftsländern in die eta-

blierten städtischen Kultureinrichtungen einziehen zu lassen. Erst wenn dieser Schritt als Selbstverständlichkeit anerkannt wird, wenn die entsprechenden künstlerischen Äußerungen kompetent im Diskurs der Künste verhandelt werden, ist der soziale Aufstieg der Kulturen mit Migrationshintergrund bewältigt.

Das tiefgreifendste Projekt allerdings zur kulturellen und sozialen Integration der Migranten in Dortmund hat vor drei Jahren die kommunale Stadtplanung gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung eingeläutet. Unter dem Titel »Urban II – Operationelles Programm für den Stadtteil Dortmund-Nordstadt« wurde mit Fördermitteln der Europäischen Union ein Entwicklungsvorhaben gestartet, das Verfahren des Quartiersmanagements, der gemeinwesenorientierten sozialen Arbeit mit einer Hebung der Kultur-, Umwelt- und Freizeitqualitäten im Stadtgebiet und einer zielgerichteten Förderung lokaler Ökonomien verbindet. Schon im Zustand der Projektentwicklung sind Migrantengemeinschaften aktiv einbezogen gewesen, in der Projektdurchführung gilt dies noch stärker. Insbesondere die Förderung ethnischer Ökonomien, türkischer und griechischer Unternehmerverbände, der Aufbau von Begegnungsorten und die Verbesserung der Schulsituation verdienen hier genannt zu werden.

Wir sind auf dem Weg zu einer Kultur der Anerkennung kultureller Differenz, sobald die aufnehmende Mehrheitsgesellschaft und die Migrationsgemeinschaften sowie die sozialen und kulturellen Milieus mit Migrationshintergrund in einen gewaltfreien Aushandlungsprozess über die gemeinsame gesellschaftliche Zukunft eintreten. Dass dieses Unterfangen ergebnisoffen bleibt, sollte uns nicht entmutigen.

Epilog

Mr. Golam Khair schreibt: »What is going on in my life? I got some problems in Bangladesh. That's why I came to Germany, where here are hundred thousands of problems – sometimes facing with the German people, sometimes facing with the Bangladesh people. It's a peculiar life I'm leading. Oh my God, what is my fault, tell me.« (S. 114)

Literatur

Honneth, Axel (1993): *Kampf um Anerkennung. Zur Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt am Main

Khair, Golam (2002): *The Flowerseller* (unveröffentlichtes Manuskript), Dortmund

Kristeva, Julia (1990): *Fremde sind wir uns selbst*, Frankfurt am Main

Luntowski, Gustav u. a. (1994): *Geschichte des Stadt Dortmund*, Dortmund

IRIS MAGDOWSKI

Zum Beispiel Stuttgart. Von der Normalität interkulturellen Zusammenlebens

I.

Das Konzept »Interkultur« ist ins Hintertreffen geraten. War das interkulturelle Zusammenleben bis vor wenigen Jahren noch eine Zukunftsvision vor allem der kommunalen Politik, macht sich Ernüchterung, ja Enttäuschung breit. Dies kommt insofern überraschend, als die Ausgangsbedingungen für eine interkulturelle Zielperspektive nicht zuletzt der Kulturpolitik vielleicht noch nie so günstig waren wie derzeit. Die Attentate vom 11. September 2001 haben schlagartig bewusst gemacht, wie prekär das Verhältnis zwischen dem Westen einerseits und dem Islam andererseits ist. Ein lange schwelender Konflikt ist im Terror eskaliert. Nunmehr führt der Westen einen »Krieg gegen den Terrorismus«. Es ist der Part der Kultur, daran zu erinnern, dass letztlich nur ein Dialog der Kulturen angestautes Konfliktpotential abzubauen vermag. Militärische Gegenschläge lösen das Problem nicht, so berechtigt sie sein mögen.

In dieser Überzeugung liegt der Hauptgrund, warum seit der Eskalation religiös-politisch motivierter Gewalt zahlreiche Abhandlungen und Bücher erschienen sind, die nach Verständigung und Mäßigung, nach Dialogbereitschaft und Toleranz rufen. Unlängst hat der italienische Literaturwissenschaftler Claudio Magris eine Sammlung von Essays aus den vergangenen fünf bis zehn Jahren veröffentlicht. In einem Text findet sich eine prägnante Umschreibung dessen, was Interkulturalität heute ausmachen könnte. »Kultur bedeutet immer, im Großen zu denken und zu empfinden, über die Verschiedenheiten hinaus das Gefühl der Einheit zu haben, sich bewusst zu machen, dass die Liebe zu der Landschaft, die man vom eigenen Fenster aus sieht, nur lebendig ist, wenn sie sich dem Vergleich mit der Welt öffnet. Wenn sie sich unmittelbar in eine größere

Wirklichkeit einfügt, so wie die Welle ins Meer und der Baum in den Wald.« (Magris 2002: 83)

Von anderer Seite nähert sich der Berliner Rechtswissenschaftler Ulrich K. Preuß in seinem neuesten Buch über »Krieg, Verbrechen, Blasphemie« dem Thema. Preuß ruft zu Toleranz gegenüber dem Anderen auf, wobei er eine ganz spezifische Form von Toleranz meint. »Toleranz umschließt ein breites Spektrum von Haltungen: Sie kann von der schmerzensreich – passiven Duldung über das missmutige Ertragen und die stoische Langmut bis hin zur verständnisbereiten Anerkennung, ja zum liebenden Begreifen des Anderen und der fremden Lebensweise reichen.« (Preuß 2002: 138 f.) Preuß favorisiert diese letzte Form von Toleranz: Toleranz im Sinne einer aktiven Anteilnahme, einer »liebenden« Anerkennung des Anderen.

Magris Definition von Kultur, im Großen zu denken und zu empfinden, und Preuß' Plädoyer für eine Toleranz im Sinne einer verständigungsorientierten Anerkennung umschreiben prägnant, wie eine Politik der Interkulturalität für die Zukunft aussehen könnte. Sie umschreiben überdies, in welchem Sinne der Gedanke der Interkultur in Stuttgart seit rund einem Jahrzehnt traktiert wird.

II.

Interkultur ist in Stuttgart nie zum Fetisch erklärt worden. Interkultur ist bis heute keine explizit formulierte Zielperspektive von Politik. Diese geht vielmehr pragmatisch an die Thematik heran. Interkulturelles Zusammenleben existiert in Stuttgart immer schon, ohne ideologisch verklärt zu sein. Seit Beginn der siebziger Jahre, als die ersten Zuwanderer nach Stuttgart kamen, ist das Neben- und Miteinander unterschiedlicher Kulturen eine Selbstverständlichkeit, die keines theoretischen Überbaus bedarf. Im Gegensatz zu anderen Großstädten in Deutschland, zum Beispiel Frankfurt am Main, oder im europäischen Ausland zum Beispiel Amsterdam, hat es in Stuttgart keine ideologisch geführte Diskussion über die Integration von Zuwanderern und Ausländern gegeben. Immer schon sind die Schwaben dieses Thema mit jener »Gelassenheit« angegangen, wie sie der Badener Martin Heidegger in seiner Philosophie propagiert hat. Während auf nationaler Ebene nach wie vor die Diskussion geführt wird, ob unsere modernen Gesellschaften Zuwanderungsgesellschaften sind, wird in Stuttgart Zuwanderung seit langem als Normalität und vor allem: als kulturelle Bereicherung betrachtet. Zuwanderer sind nicht nur ein materieller, sie sind ein kultureller Gewinn. Das kulturelle Leben wäre nur halb so bunt, nur halb so abwechslungsreich und ungewöhnlich, würden es jene 166 Nationalitäten, die in Stuttgart leben, nicht maßgeblich mitprägen. Gerade in einer Stadt, der eine pietistische Strenge nachgesagt wird, sind es die Ausländer, die Buntheit ins tägliche Leben bringen.

Nun mag die Feststellung von der Interkulturalität als Normalität insofern überraschen, als die Bedingungen dafür, historisch betrachtet, eher ungünstig sind. Heinrich Heine hat einst, in heilloser Übertreibung, die Biederkeit der

Schwaben angeprangert. Er spricht von der »Winkelseeligkeit«, der »Verhocktheit«, der »stolzen Biederkeit« und des »biederen Stolzes« der Schwaben (vgl. Bausinger 1997: 17 ff.). Für unseren Zusammenhang interessant ist der Roman »Auch Einer«, in dem der Schriftsteller Friedrich Theodor Vischer die Zurückhaltung der Schwaben pointiert und eine gewisse Fremdenscheu, ein »Fremdeln«, feststellt. Die Ursachen sieht der Schriftsteller darin, dass die Schwaben mit ihrer Hauptstadt Stuttgart lange vom großen Verkehr, von der Welt ausgeschlossen gewesen sind.

Über Stuttgart heißt es in Vischers Roman: »Hauptstadt in einem Kessel, können nicht oben hinausgucken.« Gleichwohl brachte diese Stadt einen Schiller, einen Mörike, einen Gottlieb Daimler und Ferdinand Porsche und nicht zuletzt den philosophischen Systemdenker schlechthin, Hegel, hervor. Nun findet sich in Vischers Roman allerdings ein Kompliment an die Adresse der Schwaben. Ein Hinweis darauf, dass diese Spezies immer für eine Überraschung gut sind. »Summa: Völklein schwer zu begreifen; Gutes und Schlimmes verknäuelt wie kaum irgendwo.« (Zitate bei Bausinger 1997)

Gewiss, aus solchen Schwabenbildern der problematischen Gattung der Stammescharakteristik lassen sich keine grundsätzlichen Aussagen zur politischen Kultur im Südwesten und in Stuttgart konstruieren. Doch gesteht man diesen romanhaften Sittengemälden wenigstens eine gewisse Aussagekraft zu, so hätte die Integration von Fremden und Ausländern gerade im Südwesten beziehungsweise in der Landeshauptstadt Stuttgart besonders schwierig sein müssen. Jedoch: das Gegenteil ist der Fall. Die Schwaben sind zwar sehr arbeitsam und eher zurückhaltend, doch auf der anderen Seite haben sie den Toleranzgedanken verinnerlicht wie nur selten. Aus gutem Grund ist der Liberalismus im deutschen Südwesten entstanden, ein liberales Bewusstsein, dass dem Fremden und den Fremden seit jeher aufgeschlossen gegenüber steht.

Die Normalität interkulturellen Zusammenlebens hat freilich auch soziologische Ursachen. Der Historiker Hans-Ulrich Wehler hat sich unlängst in der Presse zur Überraschung vieler gegen die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union ausgesprochen. Der Islam sei eine Weltreligion in Gestalt eines militanten Monotheismus, der seine Herkunft aus der Welt kriegerischer arabischer Nomadenstämme nicht verleugnen könne. Was die Bundesrepublik angeht, so habe diese kein Ausländerproblem, sie habe ein Türkenproblem. Apodiktisch hält Wehler fest: Die muslimische Diaspora ist nicht integrierbar. (*Die Zeit*, September 2002, Nr. 38)

Über den Bewusstseinswandel eines ehemals linken Historikers soll hier nicht spekuliert werden; wichtig ist der Hinweis, dass die Bandbreite der Nationalitäten von zugewanderten Menschen Auswirkungen auf ihre Integrierbarkeit hat. Im Gegensatz zu Hamburg, Berlin oder dem Ruhrgebiet entstammen die Zuwanderer in Stuttgart aus vielen unterschiedlichen Ländern; es gibt mehrere, quantitativ starke Nationalitätengruppen, keine dieser Gruppen jedoch ist dominant. In Stuttgart leben 23,8 Prozent Ausländer. Die Landeshauptstadt nimmt damit im

Großstadtvergleich hinter Frankfurt am Main mit 27,8 Prozent den zweiten Platz ein (Statistisches Amt der Stadt Stuttgart). Neben den Einwohnern mit deutscher Staatsangehörigkeit (453 000) stellen Staatsangehörige der Türkei (25 000), Griechenlands (16 000), Italiens (15 000), Restjugoslawiens (14 000) und Kroatiens (14 000) die zahlenmäßig größten Bevölkerungsgruppen. In Stuttgart leben 166 Nationen, darunter 1 600 Menschen aus den USA und Kanada, 65 Argentinier und 458 Brasilianer. Wie in anderen Städten ist die Ausländerzahl in den letzten zwei Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen. 1955 waren es lediglich 10 000 Ausländer, inzwischen sind es 130 000 bei 450 000 Deutschen. Allerdings ist seit ungefähr zehn Jahren die Zahl der Ausländer weit gehend konstant.

Dass keine ausländische Bevölkerungsgruppe dominiert, führt zu einer großen Vielfalt. Hinzu kommt, dass keine Ghettoisierung von ausländischen Mitbürgern zu beobachten ist; es gibt weder türkische noch kroatische oder griechische »Viertel«. Integration setzt bereits zu einem frühen Zeitpunkt, im Kindergarten und in der Schule, ein. Der Dialog der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ist das Ziel einer behutsam vorgehenden Politik der interkulturellen Verständigung. Es sind die relativ günstigen sozialstrukturellen Voraussetzungen sowie parteienübergreifende Initiativen, die dazu geführt haben, dass in Stuttgart jene Spannungen und Konflikte zwischen Einheimischen und Zugewanderten ausgeblieben sind, wie sie in anderen Großstädten zu beobachten sind.

Unlängst hat der *Gemeinderat* der Landeshauptstadt ein »Bündnis für Integration« ins Leben gerufen. Eine der Leitsätze in dem Konzept lautet: »Das Bild von Stuttgart in der Welt hängt sehr eng damit zusammen, wie wir mit der Welt in Stuttgart umgehen.« (Stabsabteilung für Integrationspolitik 2002: 5) Die Politik hat sich auf den Toleranzgedanken verpflichtet. Der nach wie vor festzustellende materielle Wohlstand in der Landeshauptstadt mit einer Arbeitslosenquote von 5,4 Prozent (bei Ausländern allerdings doppelt so hoch) führt dazu, dass keine materiellen Konflikte entstehen.

Eine zentrale Rolle spielt die Kultur. In der Kultur treffen sich In- und Ausländer. Konkurrenzdenken spielt nur eine untergeordnete Rolle. In der Kultur wird verständigungsorientiertes Handeln eingeübt. Stuttgart profitiert von der kulturellen Vermittlungsarbeit vieler Einrichtungen. In der Landeshauptstadt residieren das französische, das italienische und das ungarische Kulturinstitut sowie das *Byrnes-Institut*. Das *Institut für Auslandsbeziehungen* (*ifa*) ist eine weitere Einrichtung, die sich dem interkulturellen Dialog verschrieben hat. Eine besondere, die integrative Wirkung von Kultur nutzende Einrichtung ist das *Forum der Kulturen*, das sich als Dachverband aller nichtdeutschen Kulturvereine und interkulturellen Einrichtungen versteht. Um das deutsch-türkische Miteinander im Speziellen kümmert sich das *Deutsch-Türkische Forum*.

All diese Einrichtungen werden von der Stadt, vergleichsweise großzügig, finanziell unterstützt. Sowohl das *Deutsch-Türkische Forum* als auch das *Forum der Kulturen* erhalten Projektmittel. Im Doppelhaushalt 2002/2003 stehen pro Jahr Gelder in Höhe von rund 220 000 € zur Verfügung.

III.

Entscheidender als die materielle Unterstützung sind jedoch die ideellen Voraussetzungen für ein interkulturelles Zusammenleben. Toleranz ist das eine, Anpassungsbereitschaft das andere. Toleranz bedeutet jedoch nicht, Grundwerte zur Disposition zu stellen. Die Menschen- und Bürgerrechte, der Verzicht auf Gewalt sind unabdingbare Voraussetzungen unserer demokratisch verfassten Gesellschaft. Das gilt auch für die verfassungsrechtlich garantierte Gleichheit von Mann und Frau. Diskriminierungen von Frauen sind in unserer Gesellschaft auch dann nicht legitim, wenn sie religiös motiviert sind.

Das Idealbild eines spannungs- und konfliktfreien Zusammenlebens aller Menschen ist sympathisch, doch taugt es lediglich als regulative Idee. Die Wirklichkeit schlägt der Theorie immer ein Schnippchen. Pragmatismus ist viel versprechender. Diesen Weg sucht Stuttgart, bislang recht erfolgreich, zu gehen.

Literatur

Bausinger, Hermann (1997): »Zur politischen Kultur Baden-Württembergs«, in: Wehling, Hans-Georg: *Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde*, Stuttgart, S. 14-42

Magris, Claudio (2002): *Utopie und Entzauberung. Geschichte, Hoffnungen und Illusionen der Moderne*, München

Preuß, Ulrich K. (2002): *Krieg, Verbrechen, Blasphemie. Zum Wandel bewaffneter Gewalt*, Berlin

Stabsabteilung für Integrationspolitik (Hrsg.) (2002): *Ein Bündnis für Integration. Grundlagen einer Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart*, Stuttgart

JÜRGEN MARKWIRTH

»moving cultures in model city«

Einblicke in das interkulturelle Nürnberg

Nürnberg, eine Stadt mit langjähriger Erfahrung im Bereich von Integration und interkultureller Arbeit, schickt sich an, im anstehenden »Jahrzehnt der Integration« (Dr. Albert Schmid, Präsident des künftigen *Bundesamtes für Integration und Flüchtlinge*) erneut Zeichen zu setzen und die kommunale Integrationspolitik als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben der Stadt nochmals weiterzuentwickeln und zu einem der Schwerpunkte städtischen Handelns zu machen. »Wir setzen uns ein für die Integration aller in Nürnberg lebenden Menschen und ermöglichen ihre Mitwirkung am öffentlichen Leben«, heißt es dazu im vor kurzem verabschiedeten Leitbild der Stadt Nürnberg. Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (*SPD*) sagte diesbezüglich in seiner Antrittsrede unter anderem: »Eine Selbstverständlichkeit des reibungsfreien Zusammenlebens gibt es nicht. Das ist ein Wert, für den zu kämpfen sich auch täglich lohnt. Wir werden unsere Anstrengungen für Integration und Akzeptanz kultureller Vielfalt verstärken.« Auf seine Initiative hin wurde die bisherige Kommission des Stadtrats für Ausländerfragen in *Kommission für Integration und interkulturelle Angelegenheiten* umbenannt. Dass er die Sitzungen dieser Kommission persönlich leiten will, zeigt die Ernsthaftigkeit seiner Bemühungen. Rund zwanzig Jahre nach Verabschiedung eines ersten »Ausländerprogramms der Stadt Nürnberg« im Jahr 1982 soll 2003 mit einem Bericht zum Stand der Integration eine Zwischenbilanz kommunaler Integrationsbemühungen gezogen werden und anschließend Perspektiven für die Zukunft entwickelt werden. Einen Impuls zur Verstärkung der Aktivitäten gab dabei auch die beabsichtigte Umwandlung des *Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge* zum *Bundesamt für Integration und Flüchtlinge*. Dass die künftig wichtigste Bundesbehörde im Bereich der Integration ihren Sitz in Nürnberg haben soll, ermutigt auch die Stadt, sich als »Modellstadt« in diesem Bereich zu profilieren und dabei die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt zu suchen. Auch weiterhin werden neben sozial- und bildungspolitischen Themen kulturpolitische Fragestellungen

und kulturelle Aktivitäten eine wichtige Rolle spielen. Auf dem Weg zu einer gesellschaftlichen Integration, die nicht die einseitige Anpassung der Zuwanderer zum Ziel hat, sondern die Akzeptanz kultureller Vielfalt betont, und die sich nicht auf die (zweifelsohne unverzichtbare) Vermittlung von deutschen Sprachkenntnissen beschränken will, kommt gerade dem Feld der Kultur eine große Bedeutung zu. Nürnberg hat das früher als andere deutsche Städte schon vor vielen Jahren erkannt. So kann beispielsweise das städtische *Amt für Kultur und Freizeit* (*KUF*) mittlerweile auf über zwanzig Jahre Erfahrungen im Bereich interkultureller Arbeit zurückblicken.

Passend zu den Nürnberger Zielsetzungen steht das nächste gemeinsame Kulturprojekt der vier Städte Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach, das im Sommer 2003 unter Federführung der Stadt Erlangen stattfindet, unter dem Titel »moving cultures«. Es wird die Veränderungen urbaner Kultur durch Migration in den verschiedenen Kunstsparten aufzeigen. Ein abschließender großer »Karneval der Kulturen« liefert dabei ein sicherlich höchst publikumswirksames Bild kultureller Vielfalt im Großraum.

Nürnberg spricht jetzt vor allem auch Russisch: Die multikulturelle Stadt in Zahlen

Waren es 1991 noch knapp 70 000 Menschen ohne deutschen Pass, verzeichnete Ende Juni 2002 die amtliche Statistik 86 000 Ausländer aus 155 Staaten. Rechnet man Aussiedler und Eingebürgerte dazu, kommt man auf rund 150 000 »NürnbergerInnen mit Migrationshintergrund«. Wenn also der Ausländeranteil »nur« knapp 19 Prozent beträgt, so ist doch heute schon fast jeder dritte Einwohner der Stadt nicht in Nürnberg geboren oder hat seine familiären Wurzeln in anderen Ecken der Welt! In einzelnen Altersgruppen ist der Anteil noch wesentlich höher. Die aus der Türkei stammenden Nürnbergerinnen und Nürnberger stellen mit rund 21 000 Personen (zuzüglich mehrerer Tausend Menschen, die zwischenzeitlich die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben) auch heute noch den größten Anteil an der nichtdeutschen Bevölkerung. Die meistgesprochene Fremdsprache in der Stadt dürfte aber mittlerweile Russisch sein. Schätzungsweise 40 000 Spätaussiedler, ihre Angehörigen und jüdische Kontingentflüchtlinge sind in den vergangenen zwölf Jahren aus Russland beziehungsweise den GUS-Staaten nach Nürnberg gekommen. Ihr Bemühen um Integration in der neuen Heimat geht oft einher mit der Sehnsucht, vertraute Aspekte russischer Kultur zu bewahren und zu pflegen – eine so nicht erwartete Herausforderung auch der Kulturpolitik. Überhaupt hat es in der Zusammensetzung des Nürnberger Bevölkerungs-Mosaiks über die Jahre die eine oder andere oft kaum beachtete Verschiebung gegeben: Nach den türkischstämmigen Menschen stellen mit den Griechen (10 931), Jugoslawen (8 116) und Italienern (7 543) zwar NürnbergerInnen aus ehemaligen »Anwerbeländern« noch immer die größten Kontingente, aber der Anteil der »Gastarbeiterländer« ist von 84 Prozent im Jahr 1973 auf heute knapp 60 Prozent gesunken. Die »Ost-Erweiterung« der nichtdeutschen Bevölkerung

umfasst neben Menschen aus der Ukraine (3 799) und der Russischen Föderation (2 550) auch 3 553 NürnbergerInnen aus Polen. Mit 3 515 Menschen aus Irak leben doppelt so aus diesem Land in der Stadt wie aus Spanien oder Österreich.

Wer sich also Gedanken über Integration und interkulturelle Kulturarbeit macht, hat es mit einer multikulturellen Großstadtgesellschaft zu tun, deren kulturelle Vielfalt kontinuierlich gewachsen und differenzierter geworden ist.

30 Jahre kommunale Integrationspolitik

Die Stadt Nürnberg zog frühzeitig erste Konsequenzen aus der Tatsache, dass sich immer mehr Menschen aus anderen Ländern dauerhaft in Nürnberg niederließen. Als eine der ersten Städte in der Bundesrepublik wurde bereits 1973 ein *Ausländerbeirat* ins Leben gerufen, der als von der nichtdeutschen Bevölkerung direkt gewähltes Gremium Stadtrat und -verwaltung beraten und die Interessen der nicht wahlberechtigten NürnbergerInnen vertreten sollte. 1982 verabschiedete der Stadtrat das erste »Ausländerprogramm der Stadt Nürnberg«, das sich zum Bemühen um rechtliche und chancenmäßige Gleichstellung ausländischer Familien bekannte und für nahezu alle Handlungsfelder Ziele und Maßnahmen kommunaler »Ausländerpolitik« benannte. Dass darin formuliert war, dass die Stadt von einem »dauerhaften Aufenthalt der in der Stadt lebenden Ausländer« ausgeht, war zu dieser Zeit alles andere als selbstverständlich – der gesellschaftliche Selbst-Betrug vom »Nicht-Einwanderungsland« hielt sich ja bei vielen bis in die jüngste Vergangenheit.

Im Kontext dieses Jahrbuchs gilt es zu betonen, dass bereits in diesem Programm auch der Kulturarbeit Abschnitte gewidmet waren – im bundesdeutschen Vergleich durchaus bis in den heutigen Tag ungewöhnlich. Im Rahmen der Sozialplanung als Teil der Stadtentwicklungsplanung entstanden, war das Ausländerprogramm in seiner Gesamttendenz zwar vom (sozial-)pädagogisch geprägten Gedanken des Ausgleichs von Defiziten, der Behebung von Problemen und der Hilfe beim Einleben in die deutsche Gesellschaft geprägt, doch finden sich darin gerade in den auf die Kulturdienststellen bezogenen Passagen Aussagen zur Öffnung der Angebote für die nichtdeutsche Bevölkerung und zur Notwendigkeit interkultureller Arbeit im Sinne von Angeboten, die die Begegnung von Deutschen und Nichtdeutschen ermöglichen und der deutschen Bevölkerung Kultur und Lebenssituation ihrer nichtdeutschen MitbürgerInnen näher bringen sollen.

Entscheidend dafür, dass es in Nürnberg bereits in den achtziger Jahren zu einer weit über Nürnbergs Grenzen hinaus beachteten interkulturellen Orientierung in der Kultur- und Bildungspolitik kam, war zweifelsohne das Zusammentreffen einer engagierten kommunalen »Ausländerpolitik« mit einer bundesweit wegweisenden, vom damaligen Schul- und Kulturreferenten Professor Dr. Hermann Glaser propagierten Kulturpolitik mit ihren Schlüsselbegriffen »Kultur als Gesellschaftspolitik«, »Kultur für alle« und »Kultur von allen«.

Es war offensichtlich, dass sich in einer multikulturell zusammengesetzten Großstadt wie Nürnberg eine so verstandene Politik selbst ad absurdum führen würde, würde sie sich nur auf den deutschen Teil der Bevölkerung beziehen.

Auch in der 1993 verabschiedeten Fortschreibung des »Ausländerprogramms« werden Aufgaben für eine interkulturell verstandene Kulturarbeit formuliert: »Neben der Aufgabe kultureller Zielgruppenarbeit kommt der Kulturarbeit auch beim Bemühen um ein gesellschaftliches Klima von Akzeptanz und Toleranz eine wichtige Rolle zu. Bei der Verarbeitung des gesellschaftlichen und politischen Wandels zu einer multikulturellen Gesellschaft in einem vereinten Europa, aber auch hinsichtlich des Verhältnisses unserer Gesellschaft zur so genannten ›Dritten Welt‹, hat eine interkulturell verstandene Kulturarbeit eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Sie bietet exemplarisch die Möglichkeit, von der ›Multikultur‹ als bloßem Nebeneinander zu einem interkulturellen, aktiven Austauschprozess zu gelangen.« (Stadt Nürnberg, Referat für Stadtentwicklung, Wohnen und Wirtschaft (Hrsg.): »Ausländerprogramm. Fortschreibung 1993«, Nürnberg 1994, S. 36)

Interkulturelle Kulturarbeit akzentuiert die Chancen und positiven Entwicklungsmöglichkeiten, die in der multikulturellen Stadt liegen, greift gesellschaftliche Probleme mit den spezifischen Mitteln der Kulturarbeit auf und trägt durch entsprechende Zielgruppenangebote für MigrantInnen dazu bei, dass sie sich in Nürnberg »heimisch« fühlen. Gleichzeitig ermöglicht sie der deutschen Bevölkerung das Kennen lernen anderer Kulturen und schafft Begegnungsmöglichkeiten.

Eine ganze Reihe kommunaler Dienststellen und Einrichtungen – im Kultur- und Bildungsbereich neben dem *Amt für Kultur und Freizeit* insbesondere die *Stadtbibliothek* und das *Bildungszentrum* – bemüht sich seitdem regelmäßig, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Die angespannte Haushaltslage der Stadt und fehlende verbindliche Regelungen führten aber dazu, dass vieles, was im letzten »Ausländerprogramm« für wichtig und notwendig gehalten wurde, nicht oder nur teilweise realisiert werden konnte. Die Integrationspolitik geriet im kommunalpolitischen Alltag zeitweise aufs Abstellgleis, war längere Zeit kein großes Thema im Stadtrat und seinen Fachausschüssen. Es blieb dem *Ausländerbeirat* vorbehalten, immer wieder auf Defizite und problematische Entwicklungen hinzuweisen und Anstöße für Projekte wie »Mama lernt Deutsch«, einen *Ausbildungsring Ausländischer Unternehmer*, das Netzwerk für interkulturelle Kommunikation *Xenos Nürnberg* oder das *Netzwerk interkulturelle Mediation* zu geben. Parallel zur bundesdeutschen Integrations- und Zuwanderungsdebatte kam aber auch in Nürnberg frischer Wind in die kommunale Integrationspolitik. Beim 2002 neugewählten Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly rannte der *Ausländerbeirat* mit einem Beschluss, wonach »das Thema Integration, Migration und interkulturelle Verständigung zukünftig ein Schwerpunkt der Kommunalpolitik werden sollte«, offene Türen ein: Bereits in einer seiner ersten Reden machte er deutlich, dass er darin ein erstrangiges Thema aller deutschen Städte in den nächsten Jahren sieht:

»Maßnahmen für Integration und interkulturelle Verständigung sind Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft.« (»Integration ist Zukunftsthema. Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg Dr. Ulrich Maly«, in: *Multikulturelles Nürnberg. Zeitung des Ausländerbeirats*, Nr. 9, Juli 2002, S. 2) Erste Handlungsschritte waren die Einrichtung einer verwaltungsinternen »Koordinierungsgruppe Integration«, der Vertreter aller relevanten Referate und Dienststellen der Stadt angehören, und die Fortentwicklung der bisherigen »Stadtratskommission für Ausländerfragen« zur »Kommission für Integration und interkulturelle Angelegenheiten«, deren Vorsitz der Oberbürgermeister selbst innehat. In dieser Kommission sollen sowohl die Interessen der ausländischen Bevölkerung, als auch der Aussiedler und der Eingebürgerten behandelt werden. Vertreten sind darin Mitglieder des *Stadtrates*, des *Ausländerbeirats* sowie des *Aussiedlerbeirates* und Sachverständige. Dass die herkömmliche Unterscheidung zwischen »Ausländern« und »Aussiedlern« zunehmend obsolet wurde, ist Praktikern seit längerem bewusst. Viele der in den letzten Jahren zugezogenen Aussiedler aus den ehemaligen GUS-Staaten haben vergleichbare Sprach- und Integrationsprobleme wie Zuwanderer aus anderen Ecken der Welt. Dennoch gab es für die beiden Zielgruppen unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten, die mit dem geplanten Zuwanderungsgesetz teilweise angeglichen werden sollen. Mit der Entscheidung, die Ausländer- und Aussiedlerthematik in der kommunalen Integrationspolitik zusammenzufassen, ist die Stadt Nürnberg also auf der Höhe der Zeit und kann damit auch hier Modellfunktion haben.

Ihren Niederschlag sollen die neuen konzeptionellen Überlegungen in einem neuen kommunalen Integrationsprogramm finden. Die Geschäftsführung für die verwaltungsinterne Koordinierungsgruppe, die mit der Programmerarbeitung beauftragt ist, liegt beim *Amt für Kultur und Freizeit* (*KUF*), das auch das »Ausländerprogramm« 1993 mit dem damaligen *Referat für Stadtentwicklung, Wohnen, Wirtschaft* erarbeitet hat. Dabei gilt es, aus den damaligen Erfahrungen zu lernen: War das Programm damals im Wesentlichen auf Grund von Datenanalysen, Experteninterviews und schriftlichen Zuarbeiten der verschiedenen Dienststellen »am Schreibtisch entstanden«, sollen diesmal eine breite Beteiligung von hauptamtlichen »Akteuren« der verschiedenen Handlungsfelder und »Betroffenen«, die Diskussion von Zwischenergebnissen in verschiedenen Gremien und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit für eine nachhaltige Verankerung des Themas sorgen. Nicht zuletzt soll der Stadtratsbeschluss, in den die Arbeit münden soll, verbindliche Umsetzungs- und Controlling-Maßnahmen beinhalten.

Aus der Nürnberger Tradition her ist es dabei selbstverständlich, dass das »Integrationsprogramm« auch dezidierte Aussagen zu den Perspektiven interkultureller Kulturarbeit enthalten soll. Diese Anforderung war auch Konsens bei einem Symposion, mit dem unter dem Titel »Integration ist machbar« im September 2002 eine neue Phase kommunaler integrationspolitischer Diskussionen eingeläutet wurde (vgl. die Dokumentation auf www.xenos-nuernberg.de).

Kultur ohne Grenzen – Das Amt für Kultur und Freizeit *(*KUF*) und seine Arbeit*

Während sich die Kulturarbeit andernorts lange Zeit mit Döner & Flamenco, Souflaki & Saz-Klängen bei der alljährlichen »Ausländerwoche« zufrieden gab und die Zuständigkeit dafür beim Ausländerbeirat oder -beauftragten gesehen wurde, versuchte das *KUF* als »Kind« der Glaserschen Kulturpolitik (siehe oben) von Anfang an in seinen Konzeptionen und Angeboten auch der multikulturellen Zusammensetzung der Nürnberger Bevölkerung gerecht zu werden. Wenn das Amt nun in seinem 2002 beschlossenen Leitbild formuliert, dass es die »Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen« unterstützen, die »Teilhabe möglichst aller Bevölkerungsgruppen an allen kulturellen Angeboten ermöglichen« und beim Themenfeld interkulturelle Kulturarbeit »besondere Akzente« setzen will, knüpft es damit an jahrzehntelange Bemühungen an.

Schon als das *KUF* vor fünfundzwanzig Jahren gegründet wurde, trafen sich im damals ersten städtischen Kulturladen, dem *Kulturladen Rothenburger Straße*, türkische Theater- und Musikgruppen. Dem jungen Amt wurde außerdem die Geschäftsführung für den *Ausländerbeirat*, die Betreuung der sozial und kulturell aktiven ausländischen Vereine und die Federführung in allgemeinen Ausländerangelegenheiten übertragen. Die Geschäftsführung für den *Ausländerbeirat* wechselte 1990 zum Bürgermeisteramt, aus dem Bereich »Kulturelle Ausländerarbeit« wurde das *Inter-Kultur-Büro*, das heute mit einer Vielzahl von Angeboten und Dienstleistungen seinen Beitrag zum interkulturellen Zusammenleben in der Stadt leistet.

Die Information, Beratung, Förderung und Bezuschussung von Kulturvereinen und -initiativen ist auch nach 25 Jahren noch immer ein wichtiges Element der Arbeit. Entsprechend der Ausdifferenzierung der nichtdeutschen Bevölkerung hat sich auch das Vereinsspektrum hinsichtlich Nationalitätenzugehörigkeit und Tätigkeitsfeldern erweitert. Verstärkt nutzen seit einigen Jahren vor allem Vereine der russischsprachigen Bevölkerung, aber auch andere osteuropäische, lateinamerikanische und afrikanische Vereine das *Inter-Kultur-Büro* genauso wie die Vereine aus den ehemaligen »Gastarbeiterländern«, die über lange Jahre die Hauptzielgruppe waren. Die Palette der Vereinsarbeit reicht dabei von der einfachen Veranstaltungs- oder Seminarberatung bis zur gemeinsamen Planung und Durchführung umfangreicher Projekte wie etwa des »Filmfestivals Türkei/Deutschland« mit dem Verein *InterForum*.

Mit der Herausgabe der Programmzeitung *Kultur ohne Grenzen* gibt das *Inter-Kultur-Büro* zweimonatlich einen Wegweiser durch die vielfältigen Angebote des multikulturellen Nürnbergs heraus, der einen Einblick in die kulturelle Vielfalt der Stadt ermöglicht. Durch eigene Veranstaltungen mit Künstlern und Kulturprogrammen aus den Herkunftsländern der in Nürnberg lebenden nichtdeutschen Bevölkerung beziehungsweise in Deutschland lebenden nichtdeutschen Künstlern setzt das *Inter-Kultur-Büro* eigene Akzente im Nürnberger Kulturleben. Besondere Aufmerksamkeit findet dabei die Konzertreihe »Südwind« – »Nürn-

bergs (weltum)spannendste Konzertreihe« (*Abendzeitung*) –, die seit 1989 regelmäßig interessante Musiker aus aller Welt nach Nürnberg bringt – seit einiger Zeit in Kooperation mit der *Tafelhalle* einmal monatlich. Die gemeinsam mit der *Stadtbibliothek* organisierte Lese-Reihe »Literaturlandschaften« feierte im Herbst 2002 ihr 15-jähriges Bestehen. Große Namen wie Manuel Vazquez Montalban oder Aziz Nesin waren dabei ebenso zu Gast wie junge in Deutschland schreibende Autoren wie Nevfel Cumart oder José F. A. Oliver. Die Reihe »Der Internationale Mittwochsfilm« im *Filmhaus* zeigt jeden Mittwoch Filme aus verschiedenen Ländern in Originalfassung mit deutschen Untertiteln und wird so zum Treffpunkt von Muttersprachlern und weltoffenen deutschen Cineasten. Immer wieder entwickelt das Büro in Zusammenarbeit mit Vereinen und anderen Dienststellen sparten- und/oder länderübergreifende Schwerpunktveranstaltungen wie den »Russischen Winter« oder die »Mittelmeerfilmtage«. Seit einigen Jahren wird mit großem Erfolg für die türkischsprachige Bevölkerung fünfmal jährlich das Programmblatt *Kültür* veröffentlicht, das die speziell für diese Zielgruppe interessanten Veranstaltungsangebote zusammenfasst. Seit Anfang 2002 gibt es dazu auch das russisch-deutsche Pendant *Kultura*.

Überhaupt ist das Vernetzen und Koordinieren eine der (nach außen kaum sichtbaren) Haupttätigkeiten des *Inter-Kultur-Büros*: Neben dem oben genannten verwaltungsinternen *Koordinierungskreis Integration* gibt es um das Büro herum eine ganze Reihe themen- beziehungsweise zielgruppenspezifischer Netzwerke: Der *Koordinierungskreis Russische Kulturarbeit* oder die *Projektgruppe Türkische Kulturarbeit* ist dabei genauso zu nennen wie die Zusammenarbeit mit dem Seniorenamt und verschiedenen Wohlfahrtsverbänden im Projekt »Migration und Alter«, die Beteiligung an verschiedensten Arbeitskreisen, die Vermittlung von Kontakten zwischen Vereinen und anderen Dienststellen oder die Realisierung von Projekten mit Vereinen unterschiedlicher Nationalität wie etwa »Folklore ohne Grenzen«. Das Büro ist vielgefragter Kooperationspartner bei verschiedenen Tagungs- und Seminarprojekten im Bereich interkultureller Arbeit und wichtige Anlaufstelle in Sachen Programmberatung und -unterstützung für andere Einrichtungen, Dienststellen und Vereine.

Einen weiteren wichtigen Baustein in der interkulturellen Arbeit des *KUF* bilden die Kulturläden als stadtteilorientierte, dezentrale bürgernahe Kultur- und Begegnungsstätten in Stadtteilen mit hohem Anteil von »Stadtteilbewohnerinnen und -bewohnern mit Migrationshintergrund«. Die Kulturladenarbeit verbindet niederschwellige Gruppen- und Kursangebote, Treffmöglichkeiten für Vereine und Übungs- und Auftrittsmöglichkeiten für künstlerisch Aktive unterschiedlichen Niveaus mit einem profilierten Kulturveranstaltungsangebot.

Wie wichtig die Kulturläden für die interkulturelle Landschaft sind, wurde deutlich, als vor zwei Jahren infolge von Sparbeschlüssen die Schließung einer Einrichtung drohte und der damalige Kulturreferent Dr. Georg Leipold sich mit einer Reihe von Hearings vor Ort selbst ein Bild machen wollte. »Wenn es die Kulturläden nicht gäbe, wäre die Welt nur halb so schön«, formulierte dabei eine Be-

sucherin prosaisch. Deutsche wie nichtdeutsche NutzerInnen der Einrichtungen betonten die Bedeutung für den Einzelnen und das Zusammenleben im Stadtteil.

Durch ihre besondere Lage vor Ort und ihre langjährige Verwurzelung in den diversen Stadtteilen sind die Läden eng mit dem Lebensumfeld, den Bedürfnissen und den Wünschen der BewohnerInnen vertraut. Sie stehen aufgrund ihrer Niedrigschwelligkeit vielfach in engem Kontakt mit der Stadtteilbevölkerung. In der Nürnberger Südstadt beispielsweise beträgt der MigrantInnenanteil mehr als 30 Prozent. Besonders ihnen erleichtern die (teilweise muttersprachlichen) MitarbeiterInnen der Kulturläden oftmals gerade die erste Kontaktaufnahme. Unbürokratische, flexible und unkomplizierte Anmeldeverfahren befördern die Teilhabe an Bildung und Kultur in der Aufnahmegesellschaft. Vom Deutsch- oder Alphabetisierungskurs ist der Weg nicht weit zu anderen »normalen« Angeboten des Ladens oder der Teilnahme an selbstorganisierten Interessengruppen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Qualität auch im Zuge der mit dem geplanten Zuwanderungsgesetz verbundenen Änderung bei der Förderung von Sprachkursen erhalten werden kann.

Auch in den Kulturläden hat sich der oben skizzierte Bevölkerungswandel niedergeschlagen: Traditionell bildet die türkische Kulturarbeit angesichts der großen Zahl türkischstämmiger NürnbergerInnen einen Angebots-Schwerpunkt: Was mit dem *Türkischen Theater Nürnberg-Fürth* im *Kulturladen Rothenburger Straße*, Familienabenden im *Loni-Übler-Haus*, einer »Tournee« des bekannten türkischen Schattenspielers Taceddin Diker (»Karagöz und Hacivat«) durch verschiedene Kulturläden und sporadischen Theater- und Konzertangeboten an zentralen Orten begann, hat sich zum gut besuchten, regelmäßigen und ausdifferenzierten Veranstaltungsangebot entwickelt. Daneben nehmen seit geraumer Zeit in verschiedenen Kulturläden in Stadtteilen mit besonders hohem Anteil an russischsprachigen MigrantInnen Angebote für diese Zielgruppe breiteren Raum ein: Dazu gehören Sprachkurse, Tanz- und Musik-Kurse für Kinder und Jugendliche und selbstorganisierte Frauen-, Schach-, Barden-, Kreativ-Clubs und Ähnliches genauso wie unterschiedlichste Veranstaltungen. Die Wünsche der Nutzer und der verschiedenen deutsch-russischen Vereine übersteigen dabei regelmäßig die räumlichen und finanziellen Möglichkeiten der Einrichtungen.

Neben dem *Inter-Kultur-Büro* und den Kulturläden reflektieren aber auch die anderen Einrichtungen und Arbeitsbereiche des *KUF* wie das *Jugendzentrum für kulturelle und politische Bildung*, das *Kulturzentrum K 4* im *Künstlerhaus*, die *Tafelhalle* und die vom *KUF* veranstalteten Festivals den Wandel der Nürnberger Bevölkerung. So akzentuierte das renommierte »Jazz. Ost West«-Festival in seiner letzten Ausgabe den musikalischen Osten durchaus auch mit Blick auf die in Nürnberg lebenden Menschen aus östlichen Ländern. *Inter-Kultur-Büro* und *Jugendzentrum* loten die Schnittmengen von interkultureller Arbeit, Eine-Welt-Arbeit und Menschenrechts-Aktivitäten aus. Die *Tafelhalle* kooperiert bei der »Südwind«-Reihe und anderen Veranstaltungsschwerpunkten und öffnet sich für lokale Kulturschaffende aus dem interkulturellen Bereich. Das *K 4* ist Veranstaltungsort und

Mitveranstalter beim »Filmfestival Türkei/Deutschland«, dem »Afroherbst« und Ähnlichem.

Der Weiterentwicklung der inneramtlichen Kooperation, sowie einrichtungs- und abteilungsübergreifender Konzepte interkultureller Arbeit widmet sich ein neu ins Leben gerufener Arbeitskreis. So will auch das *KUF* seinen Beitrag zur Integrations-Modellstadt Nürnberg leisten.

»moving cultures«: Ein Festival der Kulturen für den Großraum

Da passt es gut ins Bild, dass die *Arbeitsgemeinschaft Kultur im Großraum Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach* (*ARGE*) – ein Zusammenschluss der Kulturämter und -referate der vier Städte – ihr nächstes gemeinsames Projekt im Jahr 2003 unter ein interkulturell definiertes Thema gestellt hat. »moving cultures« fokussiert die interkulturellen Veränderungen urbaner Kultur als Ergebnis komplexer Migrations- und Einwanderungsprozesse sowie als Folge der Globalisierung. Das geplante Festival will sich mit der kulturellen Vielfalt beschäftigen, mit den Begegnungen von Künstlern aus verschiedensten Kulturen, mit Zusammenstößen und Brücken, die in gemeinsamer Arbeit entstehen. Im Fokus der Betrachtungen steht dabei die deutsche interkulturelle Kulturlandschaft mit vergleichenden Seitenblicken in europäische Nachbarländer. Vorgestellt werden sollen bei »moving cultures« Künstler und Projekte aus verschiedenen Kunst-Sparten, die sich mit neuen Ausdrucksformen als Wegbereiter des interkulturellen Dialogs erweisen und die einheimische Kulturszene ganz selbstverständlich mitgestalten. In England und Frankreich sind Musiker aus der Mitte der Migrantenbevölkerung längst zu Trendsettern des musikalischen mainstreams geworden, sind Filme von jungen FilmemacherInnen, deren Familien ursprünglich aus dem Maghreb oder Pakistan stammen, große Kinoerfolge. Aber auch in Deutschland macht sich in jüngster Zeit die zweite und dritte Migranten-Generation in Kino, Literatur, Musik, Theater, Tanz, Kabarett und bildender Kunst zunehmend bemerkbar. »moving cultures« will in den Großraumstädten einen Querschnitt interkulturellen Kulturschaffens vorstellen. Neben »Highlights« der bundesdeutschen Szene und Gästen aus England und Frankreich wird dabei auch die regionale Inter-Kultur-Szene Gelegenheit zur Präsentation haben. Die vier Städte haben entsprechend ihrer jeweiligen Möglichkeiten unterschiedliche Formen der Festivalbeteiligung entwickelt. In Nürnberg findet »moving cultures« als »Kultur(en)-Zirkus« rund um das Bürgerzentrum *Villa Leon* auf dem ehemaligen Schlachthofgelände statt. Die Einrichtung ist im Dezember 2001 als Nachfolgerin des ältesten städtischen Kulturladens in der Rothenburger Straße in Betrieb gegangen. Mit mehreren Bühnen (im Zelt, open air und in der Villa), mit open air Kino und Kinderkultur-Angeboten auf dem Freigelände und im angrenzenden *Kinderkulturzentrum Kachelbau* soll das Gelände zehn Tage lang zum weltoffenen, grenzüberschreitenden Kultur-Treffpunkt werden. Zum Abschluss des Großraumprojekts findet am 20. Juli 2003 erstmals auch in Nürnberg ein »Karneval der Kulturen« statt. In Berlin und

andernorts seit mehreren Jahren mit Riesen-Erfolg praktiziert, wird der Umzug die Vielfalt der Kulturen im Großraum deutlich machen. Durchaus symbolhaft zieht der Zug durch die Straßen der Südstadt mit ihrer Bevölkerungsvielfalt zur »Straße der Menschenrechte« in der Nürnberger Innenstadt. Zahlreiche Vereine und Kulturgruppen unterschiedlichster Nationalität, Tanzschulen, Kinder- und Jugendgruppen, Kulturläden und viele andere bereiten dafür fantasievolle Beiträge und Aktionen vor. (Siehe dazu auch die Festival-Homepage unter www.moving-cultures.de)

Perspektiven interkultureller Kulturarbeit für Nürnberg

Auch von anderen städtischen Kulturdienststellen ließe sich noch vieles berichten: von der *Stadtbibliothek* mit ihrem großen Bestand an fremdsprachiger Literatur und ihren vielen nichtdeutschen NutzernInnen, mit ihren Lesungen und ihrer Flexibilität, auf neue Zielgruppen einzugehen (Stichwort: russischsprachige Bücher), vom *Bildungszentrum* mit seinem ausgefeilten Programm an Deutschkursen, seinem Modellprojekt »Integrationskurse«, seinen zahlreichen Veranstaltungen und Kursen, die andere Kulturen oder aktuelle migrationspolitische Fragen zum Inhalt haben und vieles mehr. Und natürlich ließe sich das fortsetzen für andere kommunale Handlungsfelder jenseits der Kultur, in Schulen, in Kinder- und Jugendeinrichtungen, Seniorenarbeit usw. – was aber nicht Gegenstand dieses Beitrags sein soll.

Die Auflistung aller einschlägigen Aktivitäten ergibt eine durchaus beeindruckende Liste. Und doch wird die Bestandsaufnahme im Rahmen der Erarbeitung eines neuen Integrationsprogramms zeigen, dass noch viele Lücken zu füllen sind. Beispielsweise bedarf es auch in Nürnberg weiterhin großer Anstrengungen für Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Muttersprache, um mehr Chancengleichheit in Schule und Beruf herzustellen.

Es bleibt zu wünschen, dass auch in Zeiten knapper Kassen die kulturelle Seite der Integrationsmedaille weiterhin einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Auf der »Interkultur-Agenda« der nächsten Jahre könnten dabei neben der Fortführung und Weiterentwicklung bestehender Angebote unter anderem stehen:

- ein verstärkter Brückenschlag zwischen den beiden Nürnberger Kompetenzfeldern »Interkultur« und »Kinderkultur«: Natürlich sind auch Kinder nichtdeutscher Muttersprache Nutznießer der zahlreichen Kinderkulturangebote in dieser Stadt, doch schlägt sich ihr hoher Anteil in dieser Altersgruppe konzeptionell bislang nicht ausreichend nieder.
- die Öffnung von Einrichtungen und Angeboten, die bislang keine größeren Anstrengungen im interkulturellen Bereich unternommen haben. Dazu zählen insbesondere die »klassischen« Kultureinrichtungen wie Theater und Museen. Zwar verweist das Theater zurecht auf die Internationalität seines Ensembles und seiner Belegschaft, die Berücksichtigung von zeitgenössischem Theater aus den Herkunftsländern der Migranten, Stücke oder Inszenierun-

gen, die die Multikulturalität unserer Gesellschaft reflektieren oder besondere Bemühungen um die Zielgruppe nichtdeutsche BesucherInnen sind jedoch Fehlanzeige. Auch die *Kunsthalle* betont glaubhaft, dass für sie allein die Kunst und nicht die Nationalität der Künstler ausschlaggebend ist. Und doch könnte auch hier beispielsweise eine Ausstellungs-Auswahl, die die Bevölkerungszusammensetzung reflektiert, Zeichen setzen.

- Eine verstärkte Präsentation interkultureller Projekte made in Germany in Fortführung des »moving cultures«-Gedankens und die gezielte Förderung derartiger Produktionen: Dazu sollte der Informationsaustausch und die Kooperation mit Kultureinrichtungen in anderen Städten ausgebaut werden. Denkbar wären dabei auch gemeinsame Produktionen und aufeinander abgestimmte Wettbewerbe wie zum Beispiel ein Weltmusik-Wettbewerb für Nordbayern analog dem mittlerweile renommierten Berliner »musica vitale«-Preis.
- Mehr Projekte, die den Anspruch einlösen, integrationspolitische Themen mit den spezifischen Mitteln der Kultur aufzugreifen.
- Eine noch gezieltere Förderung und Vernetzung lokaler und regionaler Akteure im interkulturellen Bereich mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit wie beispielsweise einem »virtuellen Haus der Kulturen« im Internet.
- Eine verstärkte »Interkultur-Prüfung« bestehender Veranstaltungen und Angebote: Wie können Festivals und Programmreihen in Programmgestaltung und Zielgruppenwerbung der Multikulturalität der Stadt noch besser gerecht werden?
- Die Initiierung eines kulturpolitischen Dialogs zu Fragen der multikulturellen Gesellschaft und ihrer Auswirkungen auf die Kulturpolitik einschließlich der Präsentation von »best practice«-Projekten aus anderen Städten, der Durchführung entsprechender Tagungen oder der Einladung von Symposien und ähnlichen Veranstaltungen Dritter nach Nürnberg.

Auch in Zukunft wird also die Nürnberger Kultur(en)-Landschaft als Teil der Bemühungen der Stadt, sich als Modellstadt der Integration zu profilieren, in Bewegung bleiben: »moving cultures in a model city«!

Franz Kröger, Norbert Sievers

Interkulturelle Kulturarbeit als neues Aufgabenfeld der Kulturpolitik

Verbandspolitische Überlegungen und empirische Grundlagen

Vor zwei Jahren hat der Vorstand der *Kulturpolitischen Gesellschaft* beschlossen, das Thema »Interkulturelle Kulturpolitik« auf die Agenda der Verbandspolitik zu setzen, um mit den ihr eigenen Möglichkeiten dazu beizutragen, dass es auch in der Öffentlichkeit und in der offiziellen Kulturpolitik stärker beachtet und ernster genommen wird. In der Folge dieses Beschlusses wurde dann geplant, den zweiten Kulturpolitischen Bundeskongress 2003 und das »Jahrbuch für Kulturpolitik 2002« dieser Thematik zu widmen. Außerdem ergab sich die Gelegenheit, die damit verbundenen Fragestellungen im Rahmen eines vom Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport geförderten Projektes in Nordrhein-Westfalen näher zu untersuchen. Durch diese systematische Recherche, wissenschaftliche Publikation und öffentliche Diskussion sollte eine Grundlage geschaffen werden, um das Thema nachhaltiger in der Kulturpolitik zu verankern.

Interkulturelle Kulturpolitik als Thema der Kulturpolitischen Gesellschaft

Es ist nicht das erste Mal, dass die *Kulturpolitische Gesellschaft* sich mit der Tatsache auseinandersetzt, dass in Deutschland Millionen Menschen leben, die in anderen Kulturen aufgewachsen sind beziehungsweise einen Migrationshintergrund haben. In zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen hat sie sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer wieder mit der Thematik auseinandergesetzt und auf die damit verbundenen kulturpolitischen Herausforderungen hingewiesen. Auch wenn die Neue Kulturpolitik der siebziger Jahre diese Frage nicht systematisch im Blick hatte und die Begriffe »Interkultur« oder »Multikultur« im

Grundsatzprogramm der *Kulturpolitischen Gesellschaft* von 1976 fehlten, so war doch die Notwendigkeit und Bereitschaft, sich damit zu beschäftigen, darin bereits angelegt. Der erweiterte, anthropologisch orientierte Kulturbegriff (»Jeder Mensch hat Kultur ...«), die Bezugnahme auf das Primat der kulturellen Vielfalt und die auf kulturelle Chancengleichheit zielenden Programmsätze »Kultur für alle« und »Kultur von allen«, die diese Kulturpolitikkonzeption auszeichnen, legten es nahe, den Blick auch auf nicht-deutsche Bevölkerungsgruppen zu lenken.

In den ersten diesbezüglichen Versuchen war die Herangehensweise noch geprägt von einem fürsorglichen und gutmeinenden Gestus. »Kulturarbeit von und für Ausländer« wurde einerseits verstanden als eine Art Parteinahme für die Interessen der ausländischen ArbeitnehmerInnen und deren Kultur, die allerdings noch eine stark folkloristische Attitüde hatte. Andererseits gab es erste Versuche, die »Gastarbeiter« an die deutsche Kunst- und Kulturszene heranzuführen. Dies alles fand überwiegend im Kontext einer stadtteilbezogenen Kulturarbeit statt. Initiiert von der *Kulturpolitischen Gesellschaft* gab es allein in den Jahren 1982/83 drei Tagungen, die dieser Perspektive gewidmet waren. Die Engführung auf einen eher lebensweltlichen Kulturbegriff wurde doch schon bald problematisiert. Herausgehoben wurde dagegen, dass MigrantInnen auch einen künstlerisch-kulturellen Beitrag zur Weiterentwicklung der Gesellschaft leisten, der sich nicht nur auf Folklore beschränkt. Das Kulturpolitische Kolloquium der *Evangelischen Akademie Loccum* in Verbindung mit der *Kulturpolitischen Gesellschaft* im Jahr 1987 »Kulturelles Wirken in einem fremden Land« ist ein Beispiel dafür. (Schwencke/Winkler-Pöhler 1987)

Der Impuls von Loccum hätte möglicherweise eine stärkere Wirkung gehabt, wenn der Zusammenbruch des Staatssozialismus in den osteuropäischen Ländern und die deutsche Vereinigung nicht andere Themen auf die (kultur-)politische Tagesordnung gesetzt hätten. Erst nach dieser Zäsur, genauer: auf dem Kongress der *Kulturpolitischen Gesellschaft* »Blick zurück nach vorn. Zwanzig Jahre Neue Kulturpolitik« im Jahr 1993 in Dortmund wurde die Fragestellung wieder aufgenommen. Beate Winkler, seinerzeit Mitarbeiterin der *Ausländerbeauftragten der Bundesregierung* und Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, verwies in einer programmatischen Rede auf den »blinden Fleck« der Kulturpolitik und skizzierte einige Anforderungen an eine Kulturpolitik in der multikulturellen Gesellschaft, die noch heute lesenswert sind (Winkler 1994).

Dies war ein zweiter Impuls, der die *Kulturpolitische Gesellschaft* veranlasst hat, sich mit diesem Thema intensiver auseinander zu setzen. Nach den schrecklichen ausländerfeindlichen Ereignissen von Hoyerswerda, Solingen, Rostock und Mölln hatte sich die Ausgangslage für die Diskussion jedoch verändert. Der Zielbegriff »Multikultur« wurde von den Strategiebegriffen »Interkultur«, »Dialog«, »Verständigung« abgelöst. Eine integrationspolitische Absicht stand fortan im Vordergrund. Die Publikation der *Kulturpolitischen Gesellschaft* »Interkultureller Dialog« (1997) steht für diese Phase.

Auch in der allgemeinen kultur- und gesellschaftspolitischen Debatte gewann das Thema an Bedeutung, weil kaum jemand mehr bestreiten wollte, dass

Deutschland ein Einwanderungsland geworden war. Für die *Kulturpolitische Gesellschaft*, die »Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik« versteht, war es deshalb naheliegend, bei der Formulierung ihres neuen Grundsatzprogramms Ende der neunziger Jahre unter der Überschrift »Multikulturelle Gesellschaft und interkultureller Dialog« folgenden Passus aufzunehmen:

»Die große Zahl von Menschen aus anderen Kulturen und Ländern in der Bundesrepublik hat die Zusammensetzung unserer Gesellschaft verändert und zu einer weiteren Ausdifferenzierung von Lebensformen und Kulturen geführt. Dies bereichert das Alltagsleben, ermöglicht neue Erfahrungen und führt zur Herausbildung neuer Kulturen, die unterschiedliche Einflüsse und Traditionen verbinden. Die Wahrnehmung der multikulturellen Zusammensetzung der Gesellschaft ist aber stark geprägt von der eigenen Lebenslage und den eigenen Erfahrungen. Dem Eindruck der Anregung und Bereicherung durch die kulturelle Vielfalt steht die Angst vor dem und den Fremden gegenüber, die als Konkurrenten und Bedrohung wahrgenommen werden. Für das städtische Gemeinwesen und die ländlichen Regionen stellen sich dadurch neue Probleme der Integration, des Zusammenhalts und der gegenseitigen Anerkennung. Die Akzeptanz unterschiedlicher kultureller Werte findet ihre Grenze in der Geltung der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte.

Aufgabe der Kulturpolitik ist es, zum Verständnis der kulturellen Differenzen und damit zur Tolerierung und Anerkennung des Anderen und Andersartigen beizutragen. Der Idee einer ›kulturellen Homogenität‹ ist entgegenzutreten. Kulturpolitik muss den öffentlichen Raum bereitstellen für die Begegnung der verschiedenen Kulturen und den Dialog zwischen ihnen voranbringen. Produktive Konfrontation und Grenzüberschreitung zwischen den unterschiedlichen Kulturen, Lebensarten und Künsten zu ermöglichen, ist eine Aufgabe der Kulturpolitik. Eine besondere Verantwortung besteht darin, die Vielfalt der Kulturen auch durch die verstärkte Förderung der marginalisierten und neu entstehenden Kulturformen zur Geltung zu bringen.« (Grundsatzprogramm der *Kulturpolitischen Gesellschaft* 1998, in: *Kulturpolitische Mitteilungen* Nr. 83 (IV/98): 18 ff.)

Dies ist die programmatische Grundlage, auf der die *Kulturpolitische Gesellschaft* ihr Engagement aufbaute und die oben beschriebenen Aufgaben in Angriff nimmt. Dabei geht es zuvörderst darum, sich ein Bild von der Situation zu machen, um aus den Ergebnissen Schlussfolgerungen für die Kulturpolitik zu ziehen. Was ist zu tun auf Bundes-, Länder- und vor allem kommunaler Ebene, um eine interkulturelle Kulturpolitik Wirklichkeit werden zu lassen? Wie können nicht-deutsche KünstlerInnen und kulturell interessierte MigrantInnen auch in den kulturpolitischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess stärker einbezogen werden? Welche Instrumente der Förderung brauchen wir? An welchen Modellen interkultureller Kulturarbeit können wir lernen? Wie können wir den Kanon des kulturellen Erbes, auf den Kulturpolitik sich bezieht, erweitern um Traditionselemente aus anderen Kulturen? Wie können wir das Thema »Kulturpolitik in der Einwanderungsgesellschaft« positiv besetzen?

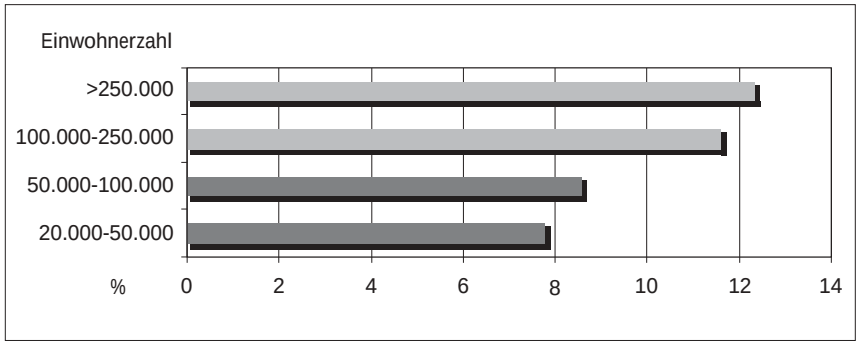
Umfrage zur interkulturellen Kulturarbeit der Kommunen Nordrhein-Westfalens

Mit diesen Fragen steht die Kulturpolitik am Anfang einer neuen Entwicklung. Wir wissen einfach noch zu wenig über das Ausmaß und die Erscheinungsformen interkultureller Kulturarbeit sowie einer darauf bezogenen Kulturpolitik in Deutschland. Denn trotz der gegenwärtigen (Diskussions-)Konjunktur des Themas liegen kaum verlässliche Daten vor, die das Fundament dieser Diskussion bilden könnten. Vor diesem Hintergrund eröffnete eine vom nordrhein-westfälischen *Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport* (*MSWKS*) initiierte Studie zu »Situation und Aufgaben der Interkulturellen Kulturarbeit in NRW« die Gelegenheit, die empirischen Defizite der Diskussion zumindest ein wenig zu kompensieren.

Im Rahmen dieses Projektes entwickelte die *Kulturpolitische Gesellschaft* im Sommer 2002 einen Fragebogen, mit dessen Hilfe der Stand Interkultureller Kulturarbeit in nordrhein-westfälischen Kommunen über 20 000 EinwohnerInnen eruiert werden sollte. Der vierseitige Bogen umfasste 12 Leitfragen – von Aussagen zu Gemeindegröße und Ausländeranteil über Ressortierung entsprechender Etatansätze und deren konzeptionelle Begründung bis hin zu praktischen Förderaktivitäten kommunaler und Freier Kultureinrichtungen. AdressatInnen der Umfrage waren die kommunalen Kulturämter und Kulturbüros respektive städtische Einrichtungen, die – zumal in kleineren Gemeinden – vergleichbare Aufgaben übernehmen.

Angeschrieben wurden im Sommer 2002 alle 200 Kommunen in NRW über 20 000 EinwohnerInnen; geantwortet haben schließlich 133, was einem Rücklauf von etwas mehr als 66 Prozent entspricht – eine für derartige Umfragen durchaus beachtenswerte Quote.[1] Bei einzelnen Einrichtungen wurde darüber hinaus gezielter nachgefragt, um gegebenenfalls weiterführende Informationen zu erhalten. Zudem wurden in einer gesonderten Telefonaktion auch Kreiskulturämter (z. B. Unna, Meschede) kontaktet, um zumindest einen Eindruck vom Stand Interkultureller Kulturarbeit in ländlichen Regionen zu gewinnen.

Abbildung 1: Durchschnittlicher Ausländeranteil nach Gemeindegröße (in %)



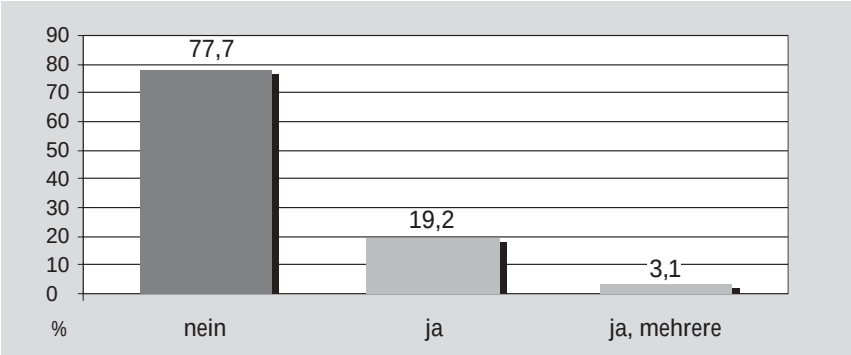
1 Bei der Auswertung wurden 130 Fragebögen berücksichtigt. Später eingegangene Rückläufe konnten nicht mehr berücksichtigt werden, hätten die zentralen Aussagen aber auch nur weiter erhärtet.

Zentrale Ergebnisse der Umfrage

Der Diskurs zur Interkulturellen Kulturarbeit hat zumeist die Metropolen und ihre spezifischen Probleme im Blick. Trotz seines urbanen Charakters ist das bevölkerungsreichste Land der Republik aber eher mittelstädtisch geprägt. So leben in Nordrhein-Westfalen mehr als die Hälfte aller BewohnerInnen in Städten und Gemeinden unter 100 000 EinwohnerInnen. (Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW 2002: 32 f) Die Kulturpolitik hätte daher ihr Augenmerk auch auf die vielen kleinen und mittleren Städte zu richten, in denen immerhin der Großteil der in Nordrhein-Westfalen ansässigen etwa 2 Mio. ZuwanderInnen (= 11,1 % der Gesamtbevölkerung) leben.[2] Dennoch darf natürlich der besondere Handlungsdruck gerade der Großstädte in Sachen Interkultureller Kulturarbeit nicht vernachlässigt werden, der sich angesichts steigender MigrantInnenzahlen aufbaut. *Abbildung 1* gibt zumindest einen Trend wieder, der sich in Zukunft weiter verstärken dürfte.

Je größer die Stadt ist, desto größer ist der MigrantInnenanteil. Geht man auf die Ebene der einzelnen Stadtbezirke, dann wird der Wandel der Bevölkerungsstruktur deutlich: So liegt etwa der Anteil der ZuwanderInnen in Duisburg-Bruckhausen bei 40 Prozent, in der Dortmunder Nordstadt bei ca. 35 Prozent und in Köln-Ehrenfeld ebenfalls nahe der 40-Prozent-Marke. Der demografische Wandel innerhalb der alteingesessenen deutschen Wohnbevölkerung dürfte diesen Trend zur multiethnischen Gesellschaft als Normalfall weiter verstärken.[3] Die kommunale Kulturpolitik täte gut daran, sich beizeiten darauf einzustellen. Dass dies bis dato allerdings kaum der Fall ist, zeigt *Abbildung 2*.

Abbildung 2: Gibt es eigene Titel/Haushaltsansätze für interkulturelle Kulturarbeit? (in %)



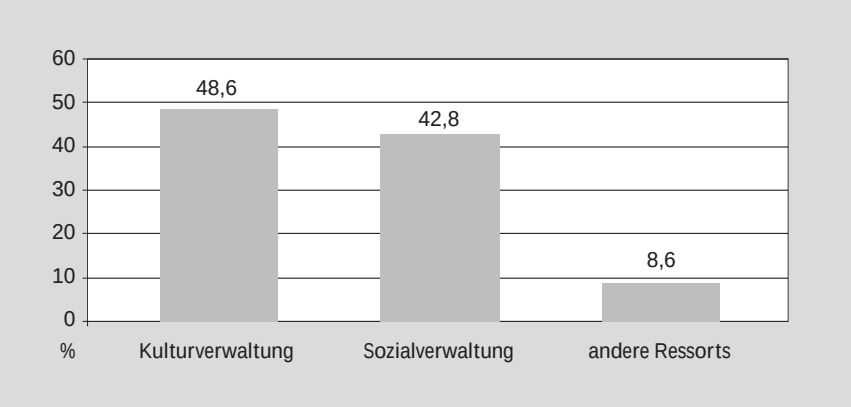
2 Nicht mitgezählt sind dabei Bürgerkriegsflüchtlinge, Spätaussiedler, Kontingent-Juden und so gennante »Illegale«, die nach Schätzungen zusammen etwa 1 Mio. ausmachen.

3 Auch in Klein- und Mittelstädten existieren zum Teil außergewöhnlich hohe Anteile von ZuwanderInnen (z. B. Emsdetten mit 17 %). Dieser Umstand ist jedoch entweder der ökonomischen Struktur vor Ort (z. B. Textilindustrie mit portugiesischer »Gastarbeitertradition«) oder der im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion erfolgten Zuwanderung (nicht selten im geschlossenen Siedlungsverband und in fester religiöser Gemeindetradition) von so genannten »Russland-Deutschen« geschuldet.

Mehr als drei Viertel der befragten Kommunen verfügen danach über keine gesonderten finanziellen Mittel für die Interkulturelle Kulturarbeit. Und bei den Kommunen *mit* entsprechendem Etatansatz ist die Ausstattung desselben eher bescheiden. Das Volumen bewegt sich dabei zwischen einigen hundert Euro (etwa als Zuschuss für die »Woche des ausländischen Mitbürgers«) bis zum Spitzenplatz von 40 000 Euro, den die Stadt Köln, die zudem ein eigenes »Referat für interkulturelle Kunstprojekte« unterhält (Stand 2002), für sich beanspruchen kann. Auf den weiteren Rängen rangieren in alphabetischer Reihenfolge: Arnsberg, Bergkamen, Bielefeld, Dortmund, Düren, Eschweiler, Gütersloh, Hagen, Hamm, Herne, Löhne, Menden, Mönchengladbach, Mülheim/R., Remscheid und Solingen.[4] Kleinstädte verfügen in der Regel über keine diesbezüglichen Etatansätze.[5]

Das relativ bescheidene Bild einer Berücksichtigung Interkultureller Kulturarbeit im kommunalen Kulturetat wird allerdings dadurch ein wenig konterkariert, dass auch andere Ressorts Mittel für Interkulturelle Kulturarbeit vorhalten. *Abbildung 3* gibt erste Hinweise:

Abbildung 3: In welchem/n Ressort/s sind Mittel für interkulturelle Kulturarbeit vorhanden? (in %; Mehrfachnennungen möglich)



Das Schaubild macht zudem auf einen weiteren wichtigen Umstand aufmerksam, der sich als Schwierigkeit durch die gesamte Umfrage zog: Innerhalb der Kommunalverwaltung ist das Themenfeld nicht eindeutig ressortiert. Mittel für Interkulturelle Kulturarbeit sind auch eingestellt bei der Sozialverwaltung, bei der Gleichstellungsbeauftragten, beim Jugend- und Schulamt, bei der Bauverwaltung, dem Ausländer- und Ordnungsamt sowie anderen kommunalen Verwaltungseinheiten.

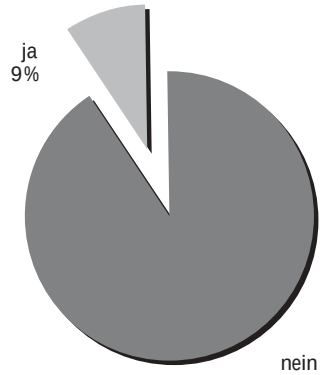
4 Der Anteil der »Interkulturellen« Haushaltsmittel am Kulturetat der jeweiligen Stadt beträgt dabei durchschnittlich weniger als 1 Prozent.

5 Interessant ist in diesem Zusammenhang die Begründung für das Fehlen derartig eigenständiger Finanzmittel. So äußerten die daraufhin angesprochenen Kulturamts-/-büroleiter etc. häufig: »Unser kommunales Kulturangebot ist für alle BürgerInnen dieser Stadt offen!«

Die fehlende Profilschärfe des Aufgabenfeldes ist aber nicht nur durch die unterschiedlichen Ressortierung im kommunalen Verwaltungshaushalt begründet, sondern hat nicht zuletzt mit den Eigenarten der Thematik selbst zu tun. Lange Zeit waren AusländerInnen fast ausschließlich eine Zielgruppe der Arbeitsverwaltung und ordnungspolitischer Maßnahmen. Selbst Aktivitäten zum Erhalt und zur Pflege des »kulturellen Erbes« von MigrantInnen standen zunächst unter dem Vorbehalt einer möglichst reibungslosen Rückkehr in das Herkunftsland. Erst langsam setzte sich die Erkenntnis durch, dass mit dem Zuzug von Familienangehörigen und der dauerhaften Präsenz in Deutschland auch der Wunsch der ZuwanderInnen nach gesellschaftlicher Teilhabe erstarkte. Die entsprechenden Reaktionen innerhalb der Kommunalverwaltung besaßen jedoch lange Zeit einen vornehmlich sozialpädagogischen Impetus und beginnen erst langsam, den Integrationsgedanken als Querschnittsaufgabe zu propagieren. Auch die kommunale Kulturpolitik steht hier eher am Anfang ihrer konzeptionellen Überlegungen, wie das folgende Schaubild verdeutlich:

Nur 9 Prozent der Befragten können ihre Interkulturellen Kulturaktivitäten mit einem entsprechenden Konzept oder Programm begründen.[6] Und selbst die Hälfte der Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die über einen eigenen Etatansatz in diesem Bereich verfügen, geben dieses Geld aus ohne besondere interkulturelle Richtlinien oder Grundsätze.[7] Interkulturelle Kulturarbeit folgt also in der Regel keinem ausformulierten Programm oder Konzept.

Abbildung 4:
Gibt es in der Interkulturellen Kulturarbeit im Kontext der städt. Kulturpolitik ein spez. Konzept, Programm oder eigene Richtlinien?

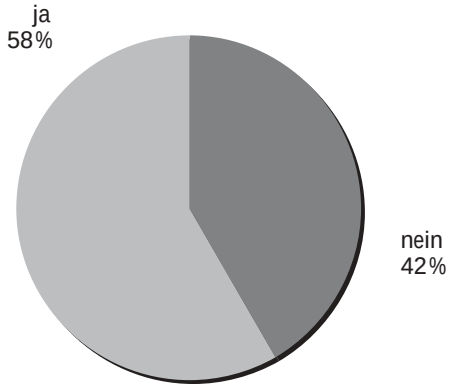


Das ist wiederum auch ein Grund für die Annahme, dass die inhaltliche Profilierung des Themenfeldes nicht sonderlich ausgeprägt sein dürfte, und dass man sich wenig Gedanken darüber gemacht hat. Im Selbstverständnis der befragten Kommunen summieren sich unter dem Label »Interkulturelle Kulturarbeit« nicht selten Folkloreabende, Sprachkurse, Nachbarschaftstreffs, Diavorträge und Trommelkurse. Damit könnte die Vorstellung verbunden sein, schon mit der Präsentation einer ausländischen KünstlerInnengruppe einen wesentlichen Beitrag zum interkulturellen Dialog geleistet zu haben. In dieser Hinsicht sind auch Städtepartnerschaf-

6 Dazu gehören u. a. Dortmund, Köln und Wuppertal. In deren Überlegungen zur weiteren Profilierung der interkulturellen Kulturarbeit werden einerseits besonders die »Schnittstellen« zu weiteren kommunalen Einrichtungen betont, andererseits die künstlerische Zielsetzung entsprechender Aktivitäten unterstrichen.

7 Das bedeutet allerdings nicht, dass es keine konzeptionellen Überlegungen o. Ä. für den Kulturbereich insgesamt gäbe. Diese sind jedoch eher zielgruppenunspezifisch.

Abbildung 5:
Existieren Formen und Projekte interkommunaler Kooperation? (bei Kommunen mit ausgewiesenem Interkulturellem Konzept)



ten von erheblicher Bedeutung, wenn es um den Nachweis interkultureller Kulturaktivitäten geht.

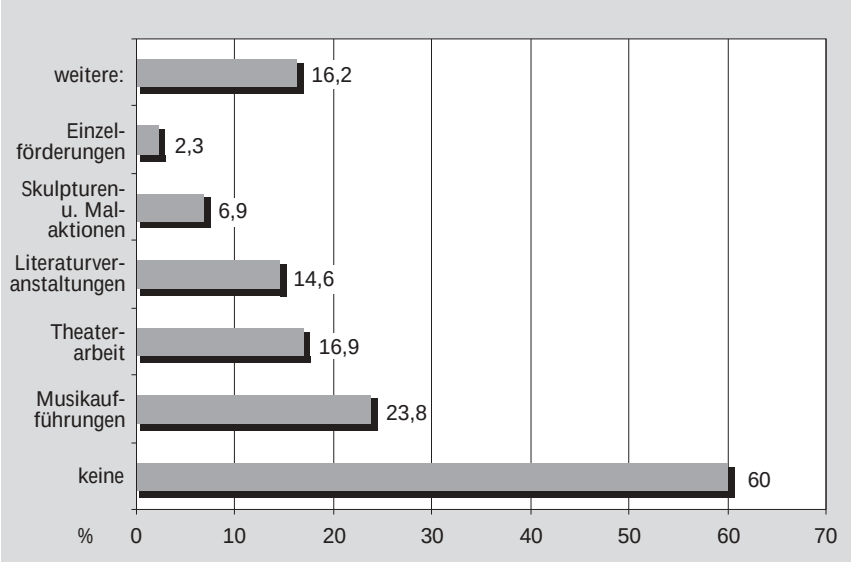
Mehr als die Hälfte der befragten Kommunen, deren Interkulturelle Kulturarbeit konzeptionell begründet ist, suchen die Kooperation mit anderen Städten, in der Regel auf der Basis vorhandener Städtepartnerschaften. Gerade hier lässt sich interkulturelle Kompetenz erwerben und ein Kulturdialog praktizieren, der auch anderweitig – bei neuen MigrantInnen-Gruppen – genutzt werden kann. Allerdings liegen die meisten Städtepartnerschaften im EU-Bereich, umfassen folglich Kommunen, deren BewohnerInnen zur so genannten ersten Gastarbeitergeneration (Italien, Portugal, Spanien) gehörten. Und deren Integration in das gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik ist weitgehend unproblematisch verlaufen. Erst langsam beginnt sich diese eher europäische Orientierung aufzulösen und im Zuge der Globalisierung auf andere Staaten und Kontinente auszuweiten.[8] Festzuhalten ist also, dass es einen positiven Zusammenhang gibt zwischen der Pflege von Städtepartnerschaften und der interkulturellen Kulturarbeit in der jeweiligen Stadt.

Doch nicht nur das kommunale Kulturamt ist Organisator interkultureller Kulturaktivitäten, auch Freie Kulturangebote prägen das »interkulturelle Milieu« einer Stadt. Und sie werden nicht selten mit kommunalen Mitteln gefördert. Diese Unterstützung ist im Regelfall eine Zuschussfinanzierung und wird projektbezogen »gewährt«, ist aber dennoch – wie allgemein bekannt – für viele dieser Angebote überlebensnotwendig. Von daher bewirken hier bereits kleine Einsparungen der Kommunen nicht selten existenzielle Krisen auf Seiten der Anbieter. *Abbildung 6* gibt erste Hinweise auf derartige öffentlich geförderte Angebote Dritter, die nach ihrem Spartenbezug ausgewiesen werden.

Im Regelfall organisiert das kommunale Kulturamt in eigener Regie interkulturelle Kulturveranstaltungen. Von daher ergibt sich auch der relativ hohe Anteil von 60 Prozent der Kommunen, die keine Angabe gemacht haben bei der Förderung freier Träger für die Interkulturelle Kulturarbeit. Dass der Schwerpunkt der

8 Ein Indikator dafür ist zum Beispiel die aktuelle Konjunktur deutsch-russischer Städtepartnerschaften, die sicher dem Phänomen der Zuwanderung von SpätaussiedlerInnen – man spricht bundesweit von ca. 2 Mio. seit 1989 – zuzuschreiben ist.

Abbildung 6 : Welche Arten von interkulturellen Kulturaktivitäten »Dritter« werden aus städtischen Haushaltstiteln gefördert? (in %; Mehrfachnennungen)

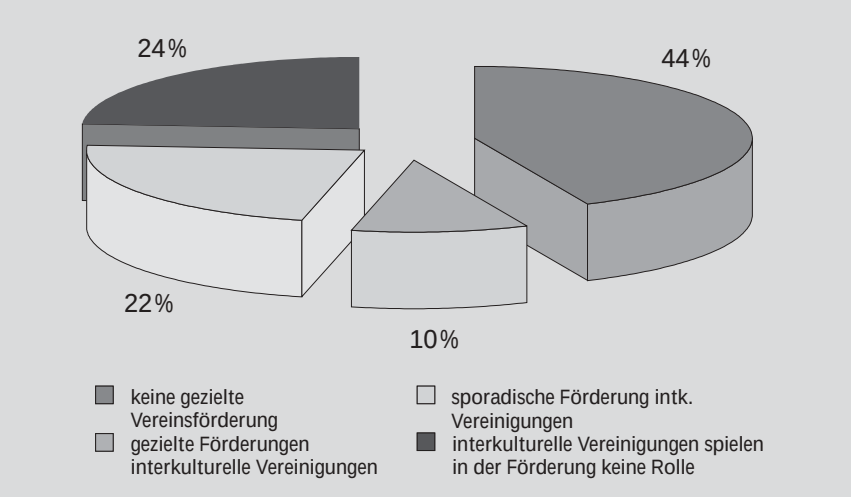


Förderungen in den Bereichen der Musikaufführungen und Theaterarbeit liegt, ist insoweit plausibel, als diese Kunstformen in der Regel ohnehin im öffentlichen Kulturleben stark repräsentiert sind. Bei der Musik kommt hinzu, dass ihr non-verbaler Charakter zumindest die sprachlichen »Verständigungsbarrieren« reduziert. Bei den Literaturveranstaltungen handelt es sich im Regelfall um deutsche Übersetzungen ausländischer AutorInnen oder Präsentationen in deutscher Sprache.

Eine weitgehend unspezifische Form der kommunalen Kulturförderung stellt die finanzielle Unterstützung der Vereinslandschaft dar. Die in der Regel gemeinnützigen Vereine bekommen dabei einen jährlichen Zuschuss – je nach Größe der Kommune und Dichte der Landschaft zwischen mehreren hundert und einigen tausend Euro –, um damit ihre satzungsgemäßen Zwecke besser erfüllen zu können. Gerade ausländische Vereine setzen einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit traditionell im kulturellen Bereich. Von daher sagt deren gezielte Förderung auch etwas aus über den Stellenwert der interkulturellen Vereinslandschaft aus der Sicht der kommunalen Kulturverwaltung. *Abbildung 7* zeigt die aktuellen Präferenzen der kommunalen Vereinsförderung.

Danach findet eine gezielte kommunale Förderung interkultureller Vereine in Nordrhein-Westfalen kaum statt. Nur 10 Prozent der befragten Kulturämter äußerten sich in diese Richtung. Zwar gibt es einen beachtlichen Anteil sporadischer Förderungen (22 %), die finanzielle Unterstützung ist dann aber eher projektbezogen und erfolgt zumeist im Rahmen von Nachbarschaftsfesten oder etwa der

Abbildung 7: Stellenwert interkultureller Kulturarbeit im Rahmen der Vereinsförderung



»Woche des ausländischen Mitbürgers«. Bei einem größeren Teil der Befragten spielt indes die Tatsache der interkulturellen Zusammensetzung respektive Ausrichtung des Vereins keine Rolle für die Förderung.[9] Die kommunale Vereinsförderung setzt also keinen interkulturellen Schwerpunkt, sondern erfolgt zumeist »flächendeckend«.

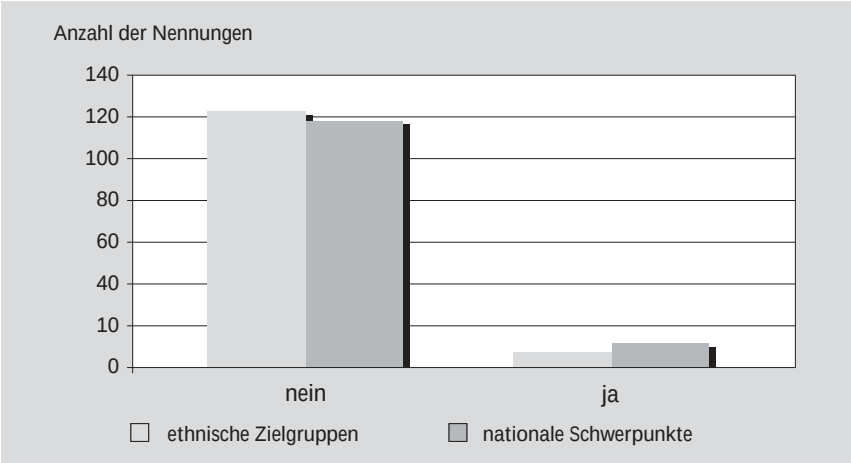
Diese Aussage wird auch durch das folgende Schaubild (*Abbildung 8*) unterstützt, das die Berücksichtigung ethnischer Zielgruppen (z. B. Kurden, Armenier, Juden) oder nationaler Schwerpunkte (z. B. Türkei, Sri Lanka, Palästina) thematisiert. Danach berücksichtigen die meisten der befragten kommunalen Kulturämter keine ethnischen Zielgruppen und haben auch keine nationalen Schwerpunkte in ihrer Vereinsförderung. Wenn überhaupt, dann sind auch hier vor allem die Großstädte wie Köln, Dortmund, Hagen oder Wuppertal engagiert, um zumindest den großen Migrantengruppen ein gezielteres Kulturangebot ermöglichen zu können.[10]

Nun tritt kommunalerseits nicht nur das Kulturamt als Organisator interkultureller Kulturangebote auf; die kulturelle Grundversorgung – auch die der MigrantInnen – einer Stadt wird ebenso von den öffentlichen Kulturinstitutionen, also von der Musikschule, dem Theater, der VHS, dem Museum oder der Stadtbibliothek, mitgetragen. Im Erhebungsbogen wurde deshalb auch nach entspre-

9 Die politische Ausrichtung des Vereins ist indes nicht ohne Bedeutung. So ist bekannt, dass es in vielen Kommunen üblich ist, Vereine mit tatsächlicher oder angenommener extremer Gesinnung – auch bei anerkannter Gemeinnützigkeit – von der Förderung auszuschließen.

10 Eine auch finanziell gleichberechtigte und flächendeckende Berücksichtigung der verschiedenen Migranten-Gruppen in einer Stadt dürfte sich darüber hinaus auch als kaum praktikabel erweisen. So leben etwa in Köln ca. 200 verschiedene Nationalitäten; allein das dortige Referat für interkulturelle Kunstprojekte dient als Ansprechpartner für mehr als 250 interkulturelle Kulturvereine.

Abbildung 8: Werden dabei ethnische Zielgruppen und/oder nationale Schwerpunkte besonders berücksichtigt? (abs.)



chenden Angeboten dieser Einrichtungen gefragt. Das Ergebnis spiegelt sich in folgender Übersicht wider.

Zu berücksichtigen ist hierbei jedoch, dass es sich quasi um Informationen aus zweiter Hand handelt, weil die InstitutsleiterInnen nicht direkt befragt worden sind und in der Regel nicht in die Beantwortung der Fragebögen einbezogen wurden.

Abbildung 9: Ein gezieltes städtisches interkulturelles Angebot halten vor (Mehrfachnennungen möglich):

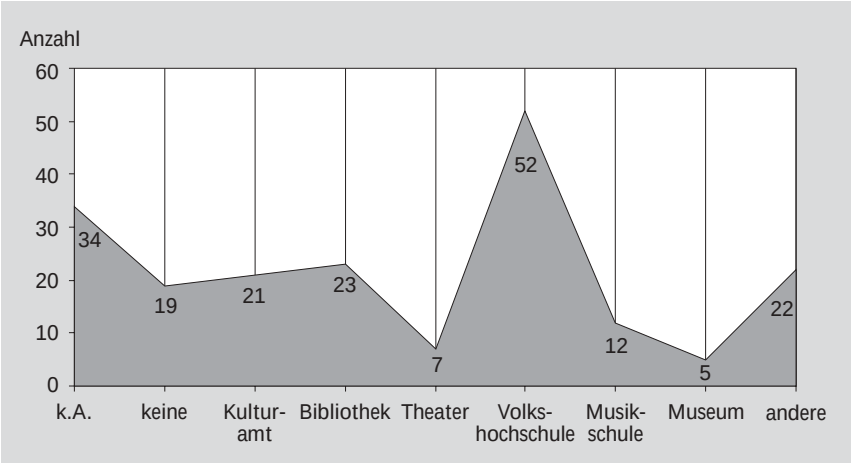
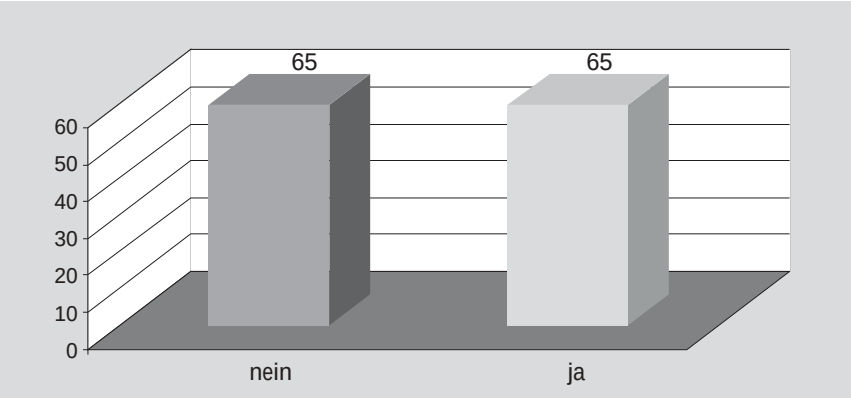


Abbildung 10: Gibt es in Ihrer Kommune Freie Kultureinrichtungen mit einem Schwerpunkt Interkulturelle Kulturarbeit (abs.)?



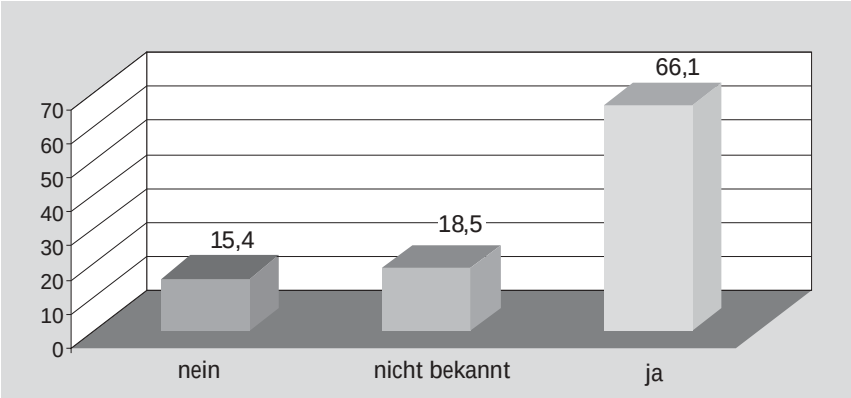
Im interkulturellen Kulturangebot einer Kommune spielt danach besonders die Volkshochschule ein herausragende Rolle. Hier scheint eine Institution neben ihrer allgemeinbildenden Funktion zunehmend zum wichtigen »interkulturellen Dienstleister« zu avancieren. Auf den letzten Plätzen rangieren dagegen das Museum und das Theater.[11] Deren Kulturangebot hat die vielen ZuwanderInnen als neue Zielgruppe offenbar noch nicht ausreichend wahrgenommen. Insgesamt ist fest zu stellen, dass kommunale Kultureinrichtungen in Nordrhein-Westfalen mit Ausnahme der Volkshochschulen nur über ein äußerst bescheidendes interkulturelles Kulturangebot verfügen.

Die Situationsbeschreibung der Interkulturellen Kulturarbeit in den Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen bliebe unvollständig, würde nicht die so genannte Freie Kulturszene gleichfalls Berücksichtigung finden. Denn neben den Vereinen und kommunalen Kultureinrichtungen hat sich im Zuge der Etablierung der Neuen Kulturpolitik seit den achtziger Jahren des vorherigen Jahrhunderts eine Vielzahl von Kulturzentren, soziokulturellen Einrichtungen, Stadtteilläden u. Ä. entwickelt, die sich zunehmend zu einem zweiten Standbein städtischer Kultur ausgewachsen haben. Interessant war nun zu erfahren, ob aus der Sicht der kommunalen Kulturverwaltung diese Institutionen einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in der Interkulturellen Kulturarbeit entwickelt haben. *Abbildung 10* spiegelt die entsprechenden Antworten:

Nach den Aussagen der befragten Kulturämter ist die Freie Kulturszene in Nordrhein-Westfalen ein wichtiger, wenn nicht der zentrale Ort für Interkulturelle Kulturarbeit. Jede zweite Einrichtung ist danach ausgewiesen engagiert in Sa-

11 Allerdings muss auch in diesem Zusammenhang wieder auf die unpräzise Verwendung des Begriffs »Interkulturelle Kulturarbeit« verwiesen werden. Bei der VHS verbergen sich dahinter häufig Alphabetisierungsmaßnahmen, im Theater zum Beispiel die deutsche Inszenierung eines ausländischen Autors und im Museum etwa die Sonderausstellung zum »Gold der Inka« und dem spanischen Kolonialismus o. Ä.

Abbildung 11: Förderung »Freier« Einrichtungen mit Schwerpunkt interkulturelle Kulturarbeit mit kommunalen Mitteln (in %)



chen dialogische Kulturarbeit mit, von, für und zusammen mit MigrantInnen.[12] Zwar lässt sich auch in diesem Zusammenhang ein gewisses Stadt-Land-Gefälle nachweisen – und speziell die großen soziokulturellen Zentren im Ruhrgebiet und in der Rheinschiene bilden dabei gewissermaßen die »interkulturelle Speerspitze« der Bewegung –, aber auch kleine Einrichtungen weisen nicht selten ein explizites interkulturelles Profil auf, das nicht zuletzt dem egalitären und toleranten Selbstverständnis der Soziokultur geschuldet ist. In dieser Hinsicht bilden »Freie Szene« und nicht-städtische Kultureinrichtungen aus der Sicht der kommunalen Kulturpolitik ein wichtiges Standbein für die Interkulturelle Kulturarbeit vor Ort.

Nun ist es aber keineswegs so, dass die kommunale Kulturpolitik durch das Engagement der »Freien« gleichsam aus der interkulturellen Verantwortung entlassen wäre. Auch wenn die zahlreichen Kulturzentren im Lande einen – gemessen an den kommunal getragenen Einrichtungen – erheblichen Selbstfinanzierungsgrad durch ihr spezifisches Kulturangebot aufweisen, wären sie ohne staatliche Transferleistungen nicht überlebensfähig. Und gerade hier zeigt die kommunale Kulturpolitik Verantwortung für das gesamte städtische Kulturleben, wie folgendes Schaubild unterstreicht:

Danach werden in zwei Dritteln aller Fälle interkulturelle Kulturaktivitäten der Freien Szene über die Förderung der veranstaltenden Einrichtung durch städtische Haushaltsmittel zum Teil mit erheblichen Summen[13] mitfinanziert.

12 Eine in diesem Zusammenhang von der *Kulturpolitischen Gesellschaft* in Auftrag gegebene Expertise zu den soziokulturellen Zentren in Nordrhein-Westfalen(Institut für Kulturpolitik 2003) konnte diese Aussage weiter untermauern. Allerdings muss auch hier auf die fehlende Trennschärfe des Begriffs Interkulturelle Kulturarbeit verwiesen werden, der den vielfältig praktizierten interkulturellen Austausch in den Zentren nicht selten mit dialogischer Kulturarbeit im o. g. Sinne gleichsetzt.

13 Der jährliche kommunale Zuschuss für ein großes soziokulturelles Zentrum beträgt nicht selten – je nach Einrichtungstyp verschieden – um die 50 000 Euro.

Sie ist damit als Förderinstanz stärker in das interkulturelle Kulturgeschehen involviert, als der erste Blick vermutet lässt, auch wenn die Förderung Interkultureller Kulturarbeit vornehmlich im »Huckepackverfahren« über die Freie Kulturszene erfolgt.

Ansatzpunkte Interkultureller Kulturpolitik

Die Befragung zur Interkulturellen Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen hat ein ernüchterndes und realitätsnahes Bild des Stellenwerts dieses Themas im Rahmen der kommunalen Kulturpolitik gezeichnet. Es ist deutlich geworden, dass die Kulturpolitik heute noch nicht viel weiter ist als vor zehn Jahren, als Beate Winkler von dem »Blinden Fleck« der Kulturpolitik sprach. Die »entscheidende Herausforderung für unsere Gesellschaft«, mit dem Fremden zu leben, ist noch nicht angenommen worden. Notwendig wären dafür »Konsens, Behutsamkeit, Sensibilität, Engagement, Querdenken, Konfliktfähigkeit und nicht zuletzt eine Kulturpolitik, die nach neuen Ansätzen sucht« (Winkler 1994: 158). Worin könnten diese neuen Ansätze bestehen?

Im Sinne des Diktums, dass Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik zu konzipieren ist, müssten die Ansätze eingebettet sein in ein ganzheitliches Konzept einer Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, zumindest wäre dieser Horizont bei der Programmierung kulturpolitischer Maßnahmen mit zu bedenken. Ein kultureller Dialog kann sich nur entfalten, wenn die Konflikte und Spannungsfelder zwischen einheimischer Mehrheit und zugewanderter Minderheit möglichst weitgehend entschärft sind. Und dieses setzt voraus, dass die eingewanderten Minderheiten gleichberechtigt an dem gesellschaftlichen und kulturellen Leben in Deutschland teilnehmen können und in ihrer Selbstverantwortlichkeit unterstützt werden.

Angesichts der Dimension der (kultur-)politischen Herausforderung sollte es selbstverständlich sein, dass interkulturelle Kulturpolitik alle Ebenen der Politik betrifft. Bund, Länder und Kommunen sollten in dieser Frage zusammen wirken. Migration ist darüber hinaus auch ein europäisches und internationales Problem und sollte deshalb auch auf diesen Ebenen kulturpolitisch reflektiert werden. Ferner ist als Prämisse einer gelingenden interkulturellen Politik hervorzuheben, dass sie sich auf alle Gruppen von Zuwanderern bezieht, also neben AusländerInnen auch Asylsuchende und AussiedlerInnen anspricht.

Interkulturelle Kulturpolitik »besetzt das Meinungsfeld positiv, spricht sich für das Zusammenleben in kultureller Vielfalt aus und formuliert damit auch eine politische, gesellschaftliche Zielvorstellung. Ihr Ziel ist es, einen breiten, positiven gesellschaftlichen Konsens in dieser Frage zu erzeugen, ohne zu idealistische Anforderungen an den einzelnen zu stellen« (ebd.: 159) oder bestehende Konflikte zu verharmlosen. Sie will die kulturellen Potenziale deutlich machen, über die MigrantInnen verfügen und Zuwanderung nicht nur als soziales Problem thematisieren.

Interkulturelle Kulturarbeit als neues Aufgabenfeld der Kulturpolitik

Die interkulturelle Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen führt noch weitgehend ein Schattendasein, das ihrer (zukünftigen) gesellschaftspolitischen Bedeutung in keiner Weise gerecht wird.[14] Der defizitäre Status dieser Aufgabe oder dieses Arbeitsfeldes liegt jedoch nicht nur darin begründet, dass Etatansätze fehlen. Das Problem liegt vielmehr darin begründet, dass der alte Programmsatz »Kultur für alle und von allen« der Neuen Kulturpolitik, der noch vor zwei Jahrzehnten einen kulturpolitischen Konsens beschrieb, heute offenbar nicht mehr die notwendige Akzeptanz findet. Ansonsten wäre es naheliegend gewesen, den kulturellen Potenzialen und Interessen der MigrantInnen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Dass es dazu nicht gekommen ist, mag u. a. damit zu tun haben, dass die gutmeinenden betreuenden Ansätze einer Ausländerkulturarbeit Anfang der achtziger Jahre ins Leere liefen und im Sinne einer »positiven Diskriminierung« auch missverstanden werden konnten. Eine ausreichende Begründung für die aktuellen Defizite ist dies jedoch nicht.

Ein entscheidender Grund dafür ist vielmehr, dass die Belange der MigrantInnen in der Kulturpolitik keine Vertretung haben, weil sie nicht formuliert und organisiert sind. Und dies ist nicht nur eine Frage kulturpolitischer Strategien, sondern auch des Selbstorganisationswillens und der -fähigkeit dieser Gruppen. Es fehlen die Netzwerke und Verbände, die sich Gehör verschaffen könnten. Und in welchen Ausschüssen, Kuratorien, Jurys, Kulturämtern und gemeinnützigen Zusammenschlüssen sind heute fachkundige MigrantInnen vertreten? Sie sind so gut wie nicht präsent im deutschen Kulturpolitiksystem. Wenn sich jedoch langfristig und nachhaltig etwas ändern soll an der bisherigen Situation, ist jedoch genau das notwendig. Interkulturelle Kulturpolitik ist daher nicht nur eine Frage von Finanzmitteln für diesen Zweck, sondern ist ebenso ein interaktiver Prozess, der beide Seiten in die Pflicht nimmt.

Dennoch gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die kurz- und mittelfristig hilfreich wären, um die Situation zu verbessern. Einige davon hat Beate Winkler schon vor zehn Jahren angeführt: »stärkere Öffnung des Kulturbetriebs für ethnische, kulturelle, religiöse Minderheiten; größere Berücksichtigung von Mitgliedern der Minderheitengruppen bei Einstellungen in den sogenannten Kulturbetrieben, von ausländischen Künstlern bei Ausschreibungen, Ausstellungen, Fördermaßnahmen, der Vergabe von Kunst- und Kulturpreisen; selbstverständlichere Berücksichtigung von Autoren und Künstlern aus Herkunftsländern unserer Minderheiten im Rahmen der allgemeinen Kulturangebote, vor allem der ausländischen Künstler, die in der Bundesrepublik leben und arbeiten (z.B. bei Lesungen, Ausstellungen, Theateraufführungen)« (Winkler 1994: 159).

14 Die neue konzeptionelle Förderinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen in Sachen interkulturelle Kulturarbeit (vgl. dazu den Beitrag von Kulturminister Vesper in diesem Band) ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Signal für die Bereitschaft des Landes, sich des Themas im öffentlichen Diskurs anzunehmen. Der zentrale Nutzen der Initiative liegt in dieser Hinsicht auch weniger in den bereitgestellten finanziellen Mitteln, so wichtig sie für einzelne innovative Projekte auch sein mögen, als vielmehr in der durchaus auch symbolischen Wertschätzung des Themas als ein neuer und wichtiger Eckpunkt der Landeskulturpolitik.

Ein großes Manko der interkulturellen Kulturarbeit besteht gegenwärtig darin, dass es – von Ausnahmen abgesehen – weder auf kommunaler noch auf Landesebene ausgewiesene Förderkonzepte gibt. Daran ist in Kooperation mit VertreterInnen der verschiedenen Migrantenszenen zu arbeiten. Sehr hilfreich ist es, wenn Kommunen oder Länder spezielle Förderprogramme oder -töpfe für interkulturelle Kulturarbeit einrichten, weil dadurch Interesse gestärkt werden kann. Auch wenn diese in der Anfangsphase eher bescheiden ausgestattet sind, so können sie doch eine erhebliche motivierende und aktivierende Wirkung entfalten. Warum sollte es nicht in Ergänzung dazu zukünftig – ähnlich vergleichbarer Strukturen in Nordrhein-Westfalen – ein Landesbüro oder Sekretariat für interkulturelle Kulturarbeit geben, das gegebenenfalls in Selbstverwaltung der Akteure betrieben würde und einen organisatorischen Focus der interkulturellen Szene bilden könnte?

Auf der »behördlichen« Ebene wäre es ratsam, wenn es zu einer kooperativen Politik, zumindest aber zu Absprachen zwischen den Ämtern und Ressorts käme, um Ressourcen zu bündeln und Maßnahmen zu koordinieren. Vielleicht sollte die alte Idee einer ämter- beziehungsweise ressortübergreifenden Arbeitsgruppe wieder zu neuen Ehren kommen. Der Austausch von Erfahrungen und Konzepten zwischen Kommunen und gegebenenfalls auch Ländern ist darüber hinaus auf jeden Fall anzuraten. Auch wenn die Ansätze interkultureller Arbeit noch dünn gesät sind, so gibt es doch sehr erfolgreiche und ermutigende Beispiele, die kommuniziert werden könnten. Die Spitzenverbände der Kommunen, aber auch die Länder könnten dabei wichtige Hilfestellungen leisten.

In vielen Städten gibt es Städtepartnerschaften und die Praxis der Vereinsförderung. Auch diese Maßnahmen sollten daraufhin überprüft werden, ob sie im Rahmen einer interkulturellen Kulturpolitik neu profiliert werden können. So gibt es zum Beispiel nur wenig Partnerschaften mit Kommunen in den Herkunftsländern der MigrantInnen, und die Vereinsförderung dümpelt in der Regel mehr schlecht als recht vor sich hin. Neue Ansatzpunkte ergeben sich möglicherweise auch im Kontext der kulturellen Bildung, wenn die außerschulischen Einrichtungen (z. B. Musikschulen, Kunst- und Jugendkunstschulen, Volkshochschulen, Bibliotheken) sich dieser Frage intensiver annähmen. Die Einführung der »verlässlichen Ganztagsschule« bietet darüber hinaus womöglich ganz neue Chancen für interkulturelle Bildungsarbeit.

In Zeiten knapper Finanzen haben neue Idee es schwer sich durchzusetzen, weil dies in der Regel die große Zeit der Besitzstandswahrung ist und Veränderungen als Bedrohung empfunden werden. Gerade deshalb ist es notwendig, Bewusstseinsarbeit zu leisten, die Akteure in der Kulturszene und in der Kulturpolitik davon zu überzeugen, dass Stillstand keine Lösung ist und auch keine Einrichtung rettet. Dazu werden sowohl sachliche und fachliche Informationen wie auch überzeugende Argumente benötigt. Neben der empirischen Kärrnerarbeit ist dafür aber vor allem das Gespräch mit den betroffenen Migrantengruppen unerlässlich. In dieser Hinsicht muss der gemeinsame Kulturdialog am Anfang

stehen, um daraus kooperative und wirksame Strategien für die Interkulturelle Kulturarbeit der Zukunft zu entwickeln.

Literatur

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.) (2003): *Soziokulturelle Zentren in Nordrehin-Westfalen. Genese – Profile – Perspektiven*, Bonn

Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.) (1977): *Interkultureller Dialog. Ansätze, Anregungen und Konzepte für eine interkulturell ausgerichtete Kulturarbeit und Kulturpolitik*, Bonn/Essen (Dokumentation 52)

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (Hrsg.) (2002): *Statistischen Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 2001*

Schwencke, Olaf/Winkler-Pöhler, Beater (Hrsg.) (1987): *Kulturelles Wirken in einem fremden Land. Ausländische Künstler in der Bundesrepublik Deutschland*, Hagen/Loccum (Dokumentation 31/Loccumer Protokolle 03/87)

Winkler, Beate (1994): »Ein blinder Fleck. Anmerkungen zur Kulturpolitik in einer multikulturellen Gesellschaft«, in: Sievers, Norbert/Wagner, Bernd (Hrsg.) (1994): *Blick zurück nach vorn. 20 Jahre Neue Kulturpolitik*, Essen/Hagen

MICHAEL VESPER

Interkulturelle Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen

Zuwanderungs- und Integrationspolitik sind wichtige Themen der Landespolitik in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung versteht dabei Integration als Querschnittsaufgabe, die die Politik, alle gesellschaftlichen Bereiche und auch die gesamte Verwaltung zu gemeinsamen Anstrengungen zusammenführt, um die Situation der zugewanderten Bevölkerung zu verbessern. Die PISA-Studie zeigt allerdings die Grenzen des bis heute Geleisteten: Teile der bisherigen Integrationspolitik waren ganz offensichtlich nicht erfolgreich. Das belegen insbesondere die mangelhaften Sprachkenntnisse der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und ihre dementsprechend schlechten Schulergebnisse.

Wir müssen darum die genauen Ursachen für die mangelnden Integrationserfolge analysieren. Einer der wichtigsten Gründe ist wohl, dass Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung noch immer nicht vollständig anerkennen, dass Immigration und die Probleme der Zugewanderten keine temporären Erscheinungen sind, sondern dauerhafte Herausforderungen. Angesichts der eindeutigen Fakten ist dies verwunderlich: 1998 lebten 2 Millionen Menschen aus 180 Nationen in Nordrhein-Westfalen, das heißt 11 Prozent der Bevölkerung sind zugewandert. Je nach Prognose kann sich dieser Anteil bis zum Jahr 2030 auf 15 Prozent steigern. In einigen großen Städten und noch mehr Stadtteilen als bisher wird dann der Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Bevölkerung bei über fünfzig Prozent liegen.

Was bedeutet das für die zukünftige Integrationspolitik ?

Der Integrationsbeauftragte der nordrhein-westfälischen Landesregierung, Dr. Klaus Lefringhausen, hat die Grundsatzfrage aufgeworfen: »Eine der großen Aufgaben ist die inhaltliche Füllung der Zielvorstellung einer integrierten Gesellschaft. Solange offen ist, welche Integrationstiefe gemeint ist – ob Türken germa-

nisiert oder Muslime säkularisiert werden sollen, wie viele ethnische Nischen und Wirtschaftskreisläufe verkraftbar sind, welche Umwegintegration eine Brücke bildet und welche Parallelstrukturen sie schaffen, so lange das alles offen ist, kann in diesem Teich jeder Demagoge fischen.«

Lefringhausen hat deshalb angekündigt, nach dem Muster des Konsultationsverfahrens, mit dem die Kirchen einst einen sozialen Grundkonsens ermittelt haben, eine Debatte über den Begriff der integrierten Gesellschaft herbeizuführen. Wichtig: An dieser Debatte sollen auch Zugewanderte gleichberechtigt teilnehmen. Die große Chance eines solchen Konsultationsverfahrens besteht darin, dass die Grundvoraussetzung für erfolgreiche Integrationsmaßnahmen im Schaffen eines breiten gesellschaftlichen Konsenses liegt.

Integration kann nicht gegen die Mehrheit der Bevölkerung erreicht werden. Mehr Anerkennung, mehr Respekt, die Aufwertung und die Stärkung der Zuwanderungsgesellschaft sind Grundvoraussetzung für jegliche Integration. Nur wer sich als eingewanderte Minderheit seiner Identität sicher sein kann, kann in den gleichberechtigten Dialog mit der Mehrheitsgesellschaft treten. Diese Aufwertung der Zuwanderungsgesellschaft darf aber nicht zur Ghettobildung und zur Abschottung führen.

In Zeiten der Globalisierung steigt bei allen Ethnien die Neigung – und das gilt auch für die deutsche –, sich zur Selbstvergewisserung und zum Erhalt der Identität wieder stärker auf das Vertraute zurückzuziehen. Die Suche nach Heimat nimmt wieder zu. Zu dieser Rückbesinnung auf Herkunft, Glaubensüberzeugungen und »eigenkulturelles« Gemeinschaftsleben gehört auch die verbreitete Orientierung an politischen Konflikten und sozialen Prozessen im »Heimatland«. Dazu gehört in Deutschland die breite und intensive Rezeption vor allem türkischer, aber auch serbischer, kroatischer und griechischer Medien. Erleichtert wird sie auch durch preisgünstige Transportmöglichkeiten zwischen den Ursprungsländern und dem neuen Heimatland. So wächst die Gefahr dauerhafter ethnischer Parallelgesellschaften.

Wir haben bereits eindeutige Erfolge in der Integration erzielt. Es ist aber leider noch immer so, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft eher nebeneinander her leben, als sich wirklich zu begegnen und aufeinander einzulassen. Deutsche und Nicht-Deutsche beschränken sich in aller Regel auf den »gesellschaftlichen Pflichtverkehr« (Georg Simmel).

Kunst und Kultur helfen bei der Begegnung

Wie können Kunst und Kultur dazu beitragen, dass mehr interkulturelle Begegnungen stattfinden und sich ethnische Parallelgesellschaften nicht dauerhaft voneinander abschotten? Hier liegt eine Fülle von Erfahrungen auch aus Nordrhein-Westfalen vor, die wir jetzt systematisch auswerten wollen. Insbesondere im Rahmen der Regionalen Kulturpolitik des Landes sind in den letzten Jahren eine Reihe von bemerkenswerten Projektideen entstanden und evaluiert

worden. Diese Kulturprojekte fanden vor einem gemeinsamen Hintergrund statt:

Für alle Bereiche – Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Bildung, auch für die Kultur – gelten bei interkulturellen Projekten ähnliche Grundsatzfragen:

- Die nach dem Maß der eigenständigen Ursprungskultur und wie sie in einem anderen Land gelebt werden kann;
- die nach dem integrativen Prozess, der Schnittmenge der gemeinsamen Begegnung, die Assimilation von Integration trennt;
- und die nach dem tatsächlichen Mindestmaß an Eintauchen in die Gesellschaft des Migrationslandes, um nicht in einem Ghetto zu leben.

Diese Teilfragen sind miteinander verknüpft und beschreiben in der Verbindung den Prozess der Integration auf drei Ebenen:

- die Ursprungskultur
- die Schnittmenge der Gemeinsamkeiten,
- die Übernahme der Gastkultur.

Auf welchem gesellschaftlichen Gebiet wir uns auch bewegen, immer ist zu fragen: Wo sind die Stärken, bezogen auf diese drei Ebenen der Integration? Was ist gewollt und auf welchem Wege ist es zu erreichen? Es gilt, diese einzelnen Faktoren mit aller Sensibilität auszuloten und zu beschreiben.

Zwischen den polaren Existenzweisen von Ghettoisierung (der totalen Verweigerung der Gastkultur) und der Assimilation (dem vollständigen Aufgehen in der Gastkultur) weist die Kultur als wichtigsten Aspekt das Feld der Begegnung auf. Hier liegt die Stärke und Kraft von Kunst und Kultur, die auf dem klassischen Weg der Ich-Du-Beziehung zwischen Kunstwerk und Rezipienten den Dialog »mit-liefern« können. Die Kultur bietet vor allem also zwei Ansatzpunkte: Erstens die Betrachtung und dialogische Auseinandersetzung mit Kultur und zweitens das Ausüben und Eintauchen in einen künstlerischen Prozess. Der künstlerische Weg ist zugleich in höchstem Maße identitätsstiftend. Und diese, die Frage nach der Identität, ist eine der wichtigsten für den Integrationsprozess.

Ein Beispiel: Die größte Gruppe der Migranten kommt aus islamischen Ländern und verkörpert eine Kultur, deren Wurzeln im Nomadentum und in dieser Religion fußen. In welchem Maße sind wir bisher dieser Kultur begegnet? Was wissen wir über die künstlerischen und kulturellen Leistungen der Herkunftsländer? Sie sind in ihrer Bedeutung der abendländischen Kultur gleichzusetzen und haben sie in bestimmten historischen Zeiträumen sogar überflügelt und beeinflusst.

Der Blick in die Vergangenheit zeigt, dass es wenige qualifizierte Projekte mit einer Sicht über den eurozentrischen Zaun hinaus gegeben hat. Wo es sie gab, stand oft die Betrachtung des »Exotischen« mehr im Vordergrund als der Blickwinkel des Verstehens und des Kennen lernens. Es fehlen die Projekte, die die Offenheit der Kulturen aufzeigen. Es könnte eine breit angelegte Programmstruktur geben, die sich mit diesen zentralen Fragen beschäftigt. Wichtigster Anspruch

wäre das dialogische Prinzip. Eine Begegnung von Kulturen ohne dieses Prinzip wäre verfehlt. Durch eine solche Auseinandersetzung aber begänne für den deutschen Betrachter der Weg zum Respekt vor dem Anderen; diejenigen, die ihrer eigenen kulturellen Herkunft begegnen, würden sich auf den Weg machen, ihre eigene Identität zu entdecken.

Ein anderer Teil des Weges ist der einer konkreten künstlerischen Zusammenarbeit. Hier gab und gibt es in Nordrhein-Westfalen eine Reihe von Projekten, die von ihrer Anlage und ihren Ergebnissen her modellhaft stehen können. Sie finden sich vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendkultur.

Allen gemeinsam ist die künstlerische Leitung durch »Profis« der jeweiligen Szene. So wird das Prinzip von Nachahmung durchbrochen, das allzu oft eine freizeitorientierte kulturelle Beschäftigung prägt. Die Überzeugungskraft einer Künstlerin oder eines Künstlers überträgt und vervielfältigt sich. Sie kehrt über einen kreativen Prozess verwandelt wieder. Sie wirkt »emanzipatorisch«: Was dann zu sehen und zu hören ist, ist der persönliche Ausdruck der Jugendlichen, gestaltet in Inhalt und Form. Die Jugendlichen begegnen sich in neuen Konstellationen: Die Hierarchie der ethnischen Unterschiedlichkeit wird aufgehoben und durch das künstlerische Miteinander, die künstlerische Leistung neu geprägt.

Unter dem Namen »Alle Achtung« verbindet ein Projekt der Regionalen Kulturpolitik fünf Städte mit ihrer Vielzahl von Schulen und Jugendeinrichtungen, die sich gemeinsam der Auseinandersetzung mit dem Fremden, dem Anderen widmen. Als Kunstrichtungen stehen hier Pate: die Musik, der Tanz, das Theaterspielen- und Verfassen, die Literatur, die Medien und die Bildende Kunst. Dieses Projekt gilt bundesweit als vorbildlich und ist bereits in verschiedenen Veröffentlichungen dargestellt.

Natürlich greift es besonders die Ausdrucksweisen der jugendlichen Subkultur auf, also Rap und Pop, Hiphop und Jazzdance, freie theatralische Gestaltung und Graffiti. Es entstand so das Musical »Hiphop for Respect«, das in beeindruckender Weise den Willen zum Leben miteinander – aber auch das tatsächliche »Aneinander vorbei« aufzeigte. Es gab Rap-Sessions, die unter die Haut gingen. Junge Türken sprachen von ihren Gefühlen und Träumen, die nur im Zusammenleben zu verwirklichen sind, das unsere Gesellschaft auch tatsächlich erlaubt. Sie sprachen von der Ausgrenzung, die ihnen den Blick durch die geöffnete Türe erlaubt, aber nicht das Durchschreiten.

Beängstigende Szenarien von Verfolgung und Verachtung wurden sichtbar in Literatur und Theaterspiel. Was da durch die thematische Auseinandersetzung entstand, war eine Öffnung auf den Anderen zu, die Suche nach Gemeinsamkeiten. Es entstand ein gemeinsames künstlerisches Wollen, das für jeden Einzelnen identitätsbildend war. Das Projekt »Alle Achtung« bietet die Besonderheit eines breiten künstlerischen Spektrums, so dass jeder sich in einem der vorgeschlagenen künstlerischen Felder wiederfand.

Ähnliche Projekte der Regionalen Kulturpolitik zeichnen sich durch gleiche Merkmale in Struktur und Auswirkung aus. Ernsthafte kulturelle Begegnung

bringt Probleme mit sich, erzeugt Fragen an den eigenen kulturellen Hintergrund und bewirkt Irritationen durch die andere Kultur. Und das auf beiden Seiten. Sie kann das Austragen von Konflikten in friedlicher Weise und mit künstlerischen Mitteln fördern. In konflikttheoretischer Hinsicht ist die Auseinandersetzung um Werte und Normen konsensstiftend. Sie kann, sofern sie in geregelten Bahnen verläuft, zur sozialen Integration beitragen. Erst wenn wir Irritation und Fremdheit zulassen, können wir aufeinander zugehen, erfahren die Erweiterung des eigenen kulturellen Spektrums. Kunst und Kultur leisten also einen Beitrag zur Entwicklung gemeinsamer kultureller und zivilisatorischer Werte, für ein gesellschaftliches Klima der gegenseitigen Achtung und des Respekts voreinander.

Rolle der Landeskulturpolitik

»Kultur« war zwar in den letzten beiden Jahrzehnten der zentrale Begriff, mit dem über die Chancen und Risiken der Einwanderungsgesellschaft diskutiert wurde. Stichworte waren dabei die Begriffe »Leitkultur«, der »Kampf der Kulturen« und die »Multikulturelle Gesellschaft«. Trotzdem stellte das *Landeszentrum für Zuwanderung*, das die Landesregierung berät, im August 2001 fest: »Diesem häufig inflationären Gebrauch von ›Kultur‹ in Zusammenhang mit Beschreibung und Charakterisierung der Einwanderungsgesellschaft steht eine absolute Blindstelle im Bereich der operationalisierten Kulturpolitik des Bundes und der Länder gegenüber. Die moderne ›Einwanderungsgesellschaft‹ ist in der Kulturpolitik der Bundesrepublik noch nicht angekommen, weder beim Bund, noch bei den Ländern; in einzelnen Kommunen gibt es erste Ansätze.«

Die Kulturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen wird auch auf der Basis dieser Hinweise die interkulturelle Kulturpolitik in Zukunft stärker in ihre Überlegungen mit einbeziehen. Kulturpolitik kann sich auch angesichts der bereits genannten Einwanderungszahlen nicht nur auf den deutschen Teil der Bevölkerung beziehen. Ich plädiere darum für eine »Kulturpolitik in der Einwanderungsgesellschaft«. Migrantinnen und Migranten partizipieren bisher kaum an der Kultur in Nordrhein-Westfalen. Wie also müssen sich die kulturellen Angebote verändern, wenn in den nächsten Jahren bis zu vierzig Prozent der Bevölkerung in den Städten einen Migrationshintergrund haben? Hier besteht dringender Handlungsbedarf für die Kultureinrichtungen und die einzelnen Sparten. In den Kommunen gibt es seit langen Jahren viele Beispiele interkultureller Kulturarbeit, aber keine speziellen Handlungskonzepte für die interkulturelle Kulturarbeit. So ist zum Beispiel im Konzept für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen aus dem Jahr 1999 mit ihrem Kulturbeigeordneten Dr. Oliver Scheytt, der auch Präsident der *Kulturpolitischen Gesellschaft* ist, kein Programmteil zur Rolle der Kulturarbeit oder der Kulturpolitik vorhanden. Stattdessen finden sich dort ausführliche Strategien in anderen Feldern, etwa im Bereich der Sozialarbeit oder der Arbeitsmarktpolitik.

Das gleiche Defizit gilt aber auch für die Landeskulturpolitik. Bisher fördert die öffentliche Hand MigrantInnen als ProduzentInnen und NutzerInnen von

Kunst und Kultur kaum. Ich möchte dies ändern. Dafür habe ich beim *Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft* eine Bestandsaufnahme in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse im Frühjahr 2003 vorliegen werden. Die Untersuchung widmet sich den folgenden Fragestellungen:

- Welche Initiativen, Projekte und Festivals gibt es in NRW und speziell im Ruhrgebiet ?
- Wo liegen die Räume und Spielorte der Migranten-Kultur?
- Welche Erfahrungen und Angebote existieren in den einzelnen Städten?
- Welchen Handlungsbedarf gibt es für das Land?

Insbesondere mit Bezug auf die Möglichkeiten für die Landespolitik erwarte ich mir weitere wichtige Aufschlüsse von der Untersuchung des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*. (Vgl. hierzu den Beitrag von Kröger/Sievers in diesem Band)

Unter Einbeziehung dieser Untersuchungsergebnisse des Projekts »Zur Situation und zu den Aufgaben Interkultureller Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen« möchte ich deshalb eine konzeptionell fundierte Weiterentwicklung dieses Aufgabenfeldes in Gang setzen. Hierfür sollen in 2003 in einem ersten Schritt beispielhaft, qualitativ hochwertige Pilotprojekte ausgeschrieben werden. Eine begleitende Auswertung dieser Pilotprojekte soll Teil einer parallel laufenden konzeptionellen Entwicklungsarbeit werden. Ab März 2003 sollen Arbeitsgruppen Möglichkeiten, Kriterien und Notwendigkeiten von Aufgaben- und Themenfeldern ausloten. Interkulturelle Kulturarbeit soll im Medium der Kunst der Kommunikation, der Verständigung und der Wahrnehmung einer als bereichernd bewerteten Vielfalt der Kulturen dienen. Sie soll dazu verhelfen, die jeweils eigenen Lebensweisen und Anschauungen zu reflektieren und kulturelle Differenzen und Wahrnehmungen kennen zu lernen, anzuerkennen und in diesem Spannungsfeld für ein friedliches Miteinander zu nutzen. Ziel interkultureller Kulturarbeit ist außerdem die Arbeit an neuen internationalen künstlerischen Ausdrucksformen und Strukturen.

Zielsetzung der Projektentwicklung zur interkulturellen Kulturarbeit

Der von mir initiierte Entwicklungsprozess verfolgt das Ziel, neue Möglichkeiten, Kriterien und Formen der interkulturellen Kulturarbeit für die Praxis auszuloten. Ausgehend von Einzel-Projektförderungen sollen zusätzliche nachhaltigere Planungs- und Durchführungsformen gefunden werden. Dabei gilt es:

- Partizipation anzubieten: durch Zusammenführung und Beteiligung von Künstlerinnen, Künstlern und Kulturfachleuten mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen bei den hier benannten Projektentwicklungen;
- Adressatenansicht zu reflektieren: durch zielgruppen- und themenspezifische Ausrichtungen, um dem zu ermittelnden Kunst- und Kulturbedarf einer spe-

ziellen Klientel zu entsprechen (prioritär: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene);

- Schwerpunktprogramme zu entwickeln: durch Städte und Regionen übergreifende Kooperationen, um neben inhaltlichen auch finanzielle Synergieeffekte herzustellen;
- Dialogische Prinzipien anzuwenden: durch Angebotsentwicklung, die dem Charakter eines Dialogs der Kulturen in der interkulturellen Kulturarbeit entsprechen, durch Einbeziehung gesellschaftlicher Kontexte und durch das Möglichmachen persönlicher Begegnungen (gemeinsame Kunstproduktion der Künstlerinnen und Künstler und Interaktion mit dem Publikum als Zielgruppe);
- Nachhaltigkeit erzielen: Es sind solche Projekte zu fördern, die nachhaltige Wirkungen für kulturelle Interaktionen erzielen können.

Das Prinzip der partizipativen, transparenten Entwicklungsarbeit entspricht den bei der Regionalen Kulturpolitik Nordrhein-Westfalens bereits erfolgreich erprobten Prinzipien. Das Kulturministerium hat hier nicht sozusagen »von oben« und »stellvertretend für andere« Angebote entwickelt, sondern grundlegende Projektkriterien und -bedingungen gemeinsam und auf gleicher Augenhöhe mit den Beteiligten erarbeitet.

PETER FRANKENBERG

Interkultur als Aufgabe der Kulturpolitik

Wir leben in einer Zeit, die durch eine zunehmende Globalisierung und Internationalisierung gekennzeichnet ist. Darin sehen die einen eine Chance, andere erblicken darin eine mögliche Bedrohung des friedlichen menschlichen Zusammenlebens. Tatsache ist, dass durch die Medien und die modernen Kommunikations- und Verkehrsnetze Ereignisse auch in entferntesten Regionen in ganz anderer Weise als früher ins Bewusstsein der Menschen gerückt sind. Auch der Erlebnis- und Erfahrungshorizont Jugendlicher ist durch die internationale Verflechtungen globalisiert. Nicht immer ist dabei eine größere Aufgeschlossenheit anderen Kulturkreisen gegenüber die Folge. Zu beobachten sind sogar Voreingenommenheit und gewaltsame Reaktionen auf Fremdartiges und Fremdartige.

Solche Voreingenommenheiten müssen überwunden werden. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Bildungspolitik und besonders der Bildung und Erziehung in der Schule zu. In dieser Frage gibt es einen breiten Konsens zwischen den für die Bildungs- und Kulturpolitik zuständigen Bundesländern. Dieser Konsens artikuliert sich nicht zuletzt in der Empfehlung »Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule«, welche die *Kultusministerkonferenz* im Oktober 1996 verabschiedet hat. Diese Empfehlung bezeichnet interkulturelle Bildung als Teil des allgemeinen Erziehungsauftrages der Schule. Gefordert ist bei allen Schülerinnen und Schülern die Entwicklung von Einstellungen und Verhaltensweisen, die dem ethischen Grundsatz der Humanität und den Prinzipien von Freiheit und Verantwortung, von Solidarität und Völkerverständigung, von Demokratie und Toleranz verpflichtet sind. Auf dieser Grundlage sollen die Schülerinnen und Schüler:

- sich ihrer jeweiligen kulturellen Sozialisation und Lebenszusammenhänge bewusst werden,
- über andere Kulturen Kenntnisse erwerben,
- Neugier, Offenheit und Verständnis für andere kulturelle Prägungen entwickeln,

- anderen kulturellen Lebensformen und -orientierungen begegnen, sich mit ihnen auseinandersetzen, dabei Ängste eingestehen und Spannungen aushalten,
- Vorurteile gegenüber Fremden und Fremdem wahr- und ernst nehmen,
- das Anderssein der Anderen respektieren,
- den eigenen Standpunkt reflektieren, kritisch prüfen und Verständnis für andere Standpunkte entwickeln,
- Konsens über gemeinsame Grundlagen für das Zusammenleben in einer Gesellschaft und in einem Staat finden,
- Konflikte, die aufgrund unterschiedlicher ethnischer, kultureller und religiöser Zugehörigkeit entstehen, friedlich austragen und durch gemeinsam vereinbarte Regeln beilegen können.

Es ist dabei klar, dass die Schule allein den gesellschaftlichen Anspruch, das gleichberechtigte Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheit zu gewährleisten, nicht erfüllen kann. Sie kann allerdings einen wesentlichen Beitrag dazu leisten. Deshalb ist es wichtig, dass zunächst einmal die Lehrerinnen und Lehrer den gestellten Anforderungen gerecht werden. Sie sind gefordert, nicht nur einen Kanon inhaltlicher Schwerpunkte des Unterrichts zu realisieren, sondern dabei auch die besonderen didaktischen und methodischen Ansprüche zu erfüllen. Hierzu gibt die erwähnte Empfehlung der *Kultusministerkonferenz* eine Fülle guter Orientierungspunkte.

Dem muss vor allem auch die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer entsprechen. Darüber besteht zwischen den Bundesländern völlige Übereinstimmung.

Zu erwähnen ist im Zusammenhang mit unserem Bildungssystem schließlich auch die Tatsache, dass durch den beträchtlichen Anteil ausländischer Studierender unsere Hochschulen ein Ort des praktizierten Miteinanders zwischen den Völkern und Kulturen sind.

Das Thema »Interkultur« ist aber nicht nur für unser Bildungssystem eine wichtige Herausforderung, sondern auch für die Kulturpolitik im engeren Sinne. Hier liegt zunächst einmal ein eindeutiger Schwerpunkt bei den Kommunen. Unsere Städte und Gemeinden nehmen diesen Auftrag erfreulicherweise sehr ernst. Sie haben zumeist gezielte Förderprogramme für interkulturelle Vorhaben aufgelegt. So standen etwa in den Jahren 2000 und 2001 im Kulturhaushalt der Landeshauptstadt Stuttgart jeweils insgesamt 384 000 Mark zur gezielten Förderung interkultureller Projekte und Organisationen zur Verfügung. Grundlage bei der Vergabe dieser Mittel sind eigene Richtlinien, welche die Landeshauptstadt Stuttgart zur Förderung von kulturellen Veranstaltungen nicht-deutscher Vereine und Organisationen verabschiedet hat. Das Tableau der durchgeführten Fördermaßnahmen ist beeindruckend und sehr ausdifferenziert. Besondere Hervorhebung verdient etwa der »Tag der Kulturen«, der jährlich im *Treffpunkt Rotebühlplatz* in Stuttgart stattfindet. In seine Planung und Durchführung sind 44 ausländische Kulturinstitutionen eingebunden. Aber auch alle anderen Städte und Gemeinden

unseres Landes nehmen, mit unterschiedlichen Akzentsetzungen, Interkultur als Aufgabe sehr ernst.

Auch die Landespolitik ist in diesem wichtigen Feld nicht außen vor. Baden-Württemberg verfügt zwar über kein spezielles Förderprogramm für interkulturelle Aktivitäten und Institutionen. Hervorzuheben ist aber:

- Alle Kultur-Förderprogramme gelten nicht nur für inländische Institutionen und Projekte, sondern auch für ausländische. Diese haben keinen Sonderstatus, sondern im Prinzip denselben Status und Rechtsanspruch wie vergleichbare inländische Vorhaben. Auch das stark in Anspruch genommene Kultur-Stipendienprogramm des Landes gilt gleichermaßen für inländische wie ausländische Mitbürger.
- Ein Paradebeispiel institutionalisierter interkultureller Arbeit ist die weit über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus bekannte *Akademie Schloss Solitude*, deren Leitung ein Franzose innehat und deren Stipendiaten zu inzwischen 60 Prozent Ausländer sind. Ein weiteres wichtiges Beispiel ist das *Institut für Auslandsbeziehungen*, das zwar nicht seitens des Landes getragen wird, das aber in Stuttgart angesiedelt ist und mit Landesmitteln in erheblichem Umfang unterstützt wird.
- Neben diesen Institutionen und neben den für alle gleichermaßen geltenden Förderprogrammen werden immer wieder spezielle interkulturelle Projekte aus Mitteln zur Förderung internationaler Kulturbeziehungen unterstützt. Hier leistet das Land nach dem Subsidiaritätsprinzip wichtige ergänzende Hilfen zur kommunalen Förderung.

Interkultur ist für die Bildungs- und Kulturpolitik keine Nebensache, sondern ein zentrales Anliegen. Die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für dieses Anliegen darf im öffentlichen Bewusstsein nicht ins Hintertreffen geraten. Der Abbau von Spannungen in einer globalisierten Welt beginnt vor der eigenen Tür, in den eigenen vier Wänden, in den Köpfen der Menschen. Sie ist nicht nur Aufgabe der »großen Politik«.

Die politische Verantwortung bezieht sich, wie in anderen Feldern, auch hier vor allem darauf, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Förderprojekte, seien sie von den Kommunen oder den Ländern, können flankierende Hilfestellung leisten; sie tun dies auch mit wachsendem Erfolg. Diese Aufgabe der Kommunen und der Länder darf auch bei schlechter werdenden finanziellen Grundlagen nicht vernachlässigt werden. Friedenssicherung beginnt bei der Fähigkeit der Menschen und ihrer Kulturen zum Dialog. Offenheit und wechselseitiger Respekt sind die Schlüssel zu einem gedeihlichen Miteinander.

ECKHARDT BARTHEL

Kulturelle Integration als politische Aufgabe

Im Prozess der Anwerbungs- und Einwanderungspolitik und der damit propagierten Integrationsaufgabe stehen vorwiegend politische, rechtliche und soziale Gesichtspunkte im Mittelpunkt. Die Form des Zusammenlebens von Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten wird aber wesentlich geprägt von den unterschiedlichen Lebenswelten, den Wertvorstellungen, Traditionen und Lebensweisen. Deshalb müssen auch ethnisch-kulturelle Gesichtspunkte in der Integrationspolitik stärker beachtet werden, wird sich doch die kulturelle und ethnische Pluralität auch in Deutschland noch erweitern.

Allen Wunschvorstellungen zum Trotz besteht das Zusammenleben von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung zu einem großen Teil noch immer in einem Neben- statt Miteinander. Der Chancen und Bereicherungen durch wachsende kulturelle Vielfalt ist man sich im Einwanderungsland Deutschland noch nicht ausreichend bewusst. Gründe dafür sind Verständigungsprobleme durch Sprache, Lebensformen und Wertvorstellungen, aber auch Ängste vor Identitätsverlust und Verdrängung. Diskriminierung, schlechte soziale Lage und Perspektivlosigkeit führen bei den betroffenen Migranten häufig zum Rückzug in eine scheinbar Halt gebende Herkunftskultur, was zum Teil durch Einflüsse aus dem Herkunftsland verstärkt wird (z. B. Medien). Durch den steigenden Grad von Mobilität und modernen Kommunikationsmedien leben Migranten zunehmend zeitlich versetzt und abwechselnd in zwei Ländern und Kulturen, von denen sie geprägt werden. Je stärker Diskriminierung in Deutschland erfahren wird, desto mehr Zustimmung gewinnen selbst fundamentalistische religiöse Orientierungen bei Migranten. Die vielfach zu beobachtende Ethnisierung von eigentlich sozialen Konflikten führt ebenfalls zur Abgrenzung.

Die durch die Migration veränderte Alltagskultur stößt bei der Mehrheitsgesellschaft häufig auf Unverständnis. So gilt das Tragen von Kopftüchern lediglich als Symbol religiösen Fundamentalismus, was es sicher *auch* ist, doch sind die Mo-

tive vielfältiger. Und der verständliche Wunsch von Menschen mit gleichem kulturellem Hintergrund und gleichen Problemen, im Aufnahmeland zusammenzuleben, wird abwertend als »Ghettoisierung« bezeichnet. Die Bildung von kulturellen Enklaven ist Bestandteil von Einwanderungsprozessen: »Im Eigenen wohnen zu dürfen« gehört zu den Freiheiten, die – trotz aller Probleme, die damit verbunden sind und auf andere Weise gelöst werden müssen – nicht administrativ beschnitten werden dürfen.

Im Zuge der Multikulturalität zeigt sich aber auch, dass die Polarität: Dominanzkultur der Aufnahmegesellschaft einerseits und Herkunftskultur andererseits nicht mehr allein bestimmend ist. Zumindest temporär haben sich neue, transkulturelle Identitäten entwickelt, nicht nur durch die starke Zunahme binationaler Familien, sondern vor allem durch eine eigenständige Entwicklung junger »Migranten« zwischen den Kulturen, die sich weder durch die eigene ethnische Gruppe noch durch die Mehrheitskultur vereinnahmen lassen. Deren neue Kulturformen beeinflussen im Übrigen durch den Kulturaustausch auch kulturelle Entwicklungen in den Herkunftsländern, etwa in der populären Musikkultur.

Auch die Mehrheitsgesellschaft hat sich durch die Migrationsprozesse verändert und neu den Alltag mitbestimmende kulturelle Einflüsse als »dazugehörig« akzeptiert. Das betrifft sowohl die in diesem Zusammenhang immer genannte Esskultur, aber auch beim Sport, in der Musik, in Tanz, Film, Literatur und Malerei ist diese positive Entwicklung sichtbar. Gerade die Kultur kann, besser: die Kulturen könnten dazu beitragen, vom Nebeneinander zum Miteinander zu kommen, eine Brücke der Begegnungen zu schaffen, das Fremde vertraut zu machen.

Das Zusammenleben in einer kulturell beziehungsweise ethnisch heterogenen Gesellschaft bedingt die gegenseitige Anerkennung der unterschiedlichen kulturellen und identitätsbildenden Lebensformen und Traditionen. Aufgabe des Staates ist es auch, den Erhalt kultureller – nicht nationaler – Identitäten zu ermöglichen. Jeder Einzelne muss darin frei sein, selbstbestimmt seine kulturelle Identität zu erhalten beziehungsweise zu entwickeln. Dazu ist es auch nötig, dass die noch bestehenden Ungleichheiten zwischen Mehrheits- und Minderheitskulturen abgebaut werden und die Mehrheitsgesellschaft andere kulturelle Identitäten und Lebensweisen nicht nur toleriert, sondern respektiert. Kulturelle Identität und Lebensweise sind dabei keinesfalls statisch zu verstehen. Besonders im Zuge der Globalisierung gewinnen Erhalt und Respektierung von Identitäten, die sich gleichwohl verändern, zunehmend an Bedeutung. Unserem republikanischen Verfassungsstaat widerspricht die verbindliche Festlegung einer nationalen Religion oder Kultur. Er schützt vielmehr die individuelle Freiheit der Kultur und ermöglicht so kulturelle gesellschaftliche Vielfalt und Dynamik.

Auch eine multikulturelle Gesellschaft ist keine harmonische Gesellschaft. Konflikte sind ihr immanent. Sie zu leugnen ist ebenso töricht wie sie zu dramatisieren. Zur Austragung von Konflikten ist die Anerkennung allgemeinverbindlicher Regelungen unverzichtbar und natürlich die Akzeptanz unseres Wertesystems, wie es sich in der Verfassung und in den Gesetzen widerspiegelt. Darauf

muss sich auch der Staat bei Erfüllung seiner Schutzfunktion im Konfliktfall begrenzen und darf sich nicht gegen kulturelle Orientierungen wenden.

Der gesellschaftliche Konsens darf aber nicht nur das Wertesystem beinhalten, sondern muss auch die Anerkennung der kulturellen Differenzen in unserer Gesellschaft einbeziehen. Nur so können kulturelle Unterschiede als Unterschiede und nicht als Gegensätze wahrgenommen werden und damit zu Bereicherung statt zu Konflikten führen.

Zur Chancen- und Rechtsgleichheit gehört auch, dass allen der Zugang zur Kultur möglich ist – zur eigenen wie der der anderen. Kulturelle Minderheiten müssen sich wiederfinden können im kulturellen Leben des Kulturstaates Deutschland, ohne dass es zu einer Ethnisierung der Kultur kommt. Und die Mehrheitsgesellschaft muss die Chance zur Begegnung mit anderen Kulturen haben. Das Fremde wird so zum vertrauten Anderen – eine Voraussetzung für eine erfolgversprechende Integrationspolitik.

In der Vielfalt der kulturellen Angebote liegt eine große integrationspolitische Chance. Sie auch durch konkrete Maßnahmen und Projekte zu nutzen, ist auch Aufgabe der Kulturpolitik:

- Die durch die Einwanderung hinzugekommenen und sich entwickelnden neuen Kulturen müssen einen eigenständigen und höheren Stellenwert erhalten und befreit werden von gutgemeinten sozialen Erwägungen. Die *Kulturstiftung des Bundes* hat auch die Auflage, Programme und Verhalten zu fördern, die der Überbrückung kultureller Grenzen und der kulturellen Integration von zugewanderten Minderheiten dienen.
- Eine zu gründende »Integrationsstiftung« mit angeschlossener Akademie könnte den notwendigen kontinuierlichen Diskurs zwischen Politik, Wissenschaft und interkultureller Praxis fördern und Strategien auch für das interkulturelle Zusammenleben vor Ort entwickeln. Partner wären die lokalen Integrationsagenturen (z. B. Quartiersmanagement, soziokulturelle Zentren), deren Arbeit, auch die der Konfliktminderung, inhaltlich und materiell (z. B. durch Modellversuche) unterstützt werden könnte.
- Zur stärkeren Bewusstmachung der inzwischen akzeptierten Realitätsbeschreibung »Deutschland ist ein Einwanderungsland« kann ein Migrationsmuseum beitragen. In ihm sind die Wanderungsbewegungen und deren Folgen von Arbeitsmigration, Flüchtlingen, Vertriebenen etc. zu dokumentieren.
- Neben den Beiträgen von nichtdeutschen Künstlerinnen und Künstlern zur Kultur in Deutschland, auch zur kommerziellen Populärkultur, existiert eine Vielzahl alltagskultureller Symbole und Aktivitäten, die bisher nur unzureichend der Mehrheitsbevölkerung bekannt sind. Dies reicht von religiösen Feiern über tradierte ethnokulturelle Bräuche bis zu Anpassungsprozessen an deutsche Feiertage wie Weihnachten. Formen bürgerschaftlichen Engagements der Minderheitenbevölkerung sollten in vorhandene Präsentationsforen (etwa Ausstellungskonzepte von Volkskundemuseen) integriert werden, um diese Alltagskultur als Teil der Kultur in Deutschland wahrnehmbar zu machen.

- Kulturelle Minderheiten müssen sich auch in den Medien wiederfinden. Die gängige schablonenhafte Schwarz-Weiß-Darstellung von Migranten, deren Kultur und Lebensweise, sowie das Fehlen von Angeboten für diese Bevölkerungsgruppe ist auch durch eine stärkere Beteiligung von Journalisten, Künstlern usw. nichtdeutscher Herkunft in den Anstalten zu überwinden. Dies ist durch verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten zu unterstützen.
- Religion ist Teil der Kultur. Auch Menschen nicht-christlichen Bekenntnisses muss es möglich sein, im Rahmen unserer Verfassung ihrem Glauben gemäß zu leben und ihre Religion zu verbreiten. Dazu gehört die Unterrichtung an Schulen ebenso wie die Ausbildung von Religionslehrerinnen und -lehrern an deutschen Hochschulen. Die Vermittlung von Kenntnissen über verschiedene Religionen bereits in Schulen dient dem besseren Verständnis auch anderer Kulturen. Der »Dialog der Religionen« kann einen wesentlichen Beitrag zum Miteinander von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft leisten. Ein plumper Anti-Islamismus bewirkt das Gegenteil.
- Die sozialen Dienste müssen sich den Menschen anderer Kulturen öffnen. Dazu ist eine besondere Schulung zur interkulturellen Kompetenz als auch eine multikulturelle Zusammensetzung der Beschäftigten nötig. Die einzelnen Menschen müssen sich mit ihren spezifischen kulturellen Hintergründen im jeweiligen Dienst angenommen fühlen.
- Ethnisch-kulturelle Vereine und Verbände spielen eine wichtige Mittlerrolle zwischen den Kulturen, zwischen Mehrheit und Minderheiten, zwischen autochthonen Institutionen und Migrantenbevölkerung – sofern sie sich nicht als Hort der Abgrenzung begreifen. Diese Mittlerrolle ist durch stärkere Partizipationsmöglichkeiten der Verbände zu unterstützen.

Sowohl die Integrationsdefizite im Inneren als auch die Ereignisse des 11. September 2001 haben bewusst gemacht, welche Bedeutung der Kultur im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und in einer zunehmend globalisierten Welt zukommt. Die Konsequenz daraus muss eine nachhaltige Aufwertung der Kulturpolitik auf allen staatlichen Ebenen sein.

GÜNTER NOOKE

Wir und die anderen

Migration – Religion – Integration: Anmerkungen zu Grundlagen der interkulturellen Kulturarbeit

Vorbemerkung

Die Erwartungen, die mit interkultureller Kulturarbeit verbunden werden, sind in der jüngeren Vergangenheit in dem Maße gestiegen wie die Frage nach den Möglichkeiten von Kunst und Kultur in einem interkulturellen Austausch, einem Dialog der Kulturen, drängend geworden ist. Das gilt nicht erst für die Zeit nach dem 11. September 2001.

Und es muss angesichts der zahlreichen Debatten auch von Zeit zu Zeit daran erinnert werden, dass das Ermöglichen und Führen des Dialogs der Kulturen – im Ausland – eine originäre Aufgabe der Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kulturpolitik ist, allen voran der *Goethe-Institute*. Auch das gilt nicht erst seit dem 11. September 2001.

Das Ermöglichen und Führen des Dialogs der Kulturen – im Innern – ist vor allem und vor Ort eine Aufgabe der Länder und Gemeinden, eine Aufgabe aber, über deren Grundzüge und Ziele eine Verständigung erreicht werden sollte. Hierin liegt eine Gemeinsamkeit der interkulturellen und der Auswärtigen Kulturarbeit.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Konjunktur der Begriffe – vom »Dialog mit dem Islam« über den »Dialog der Kulturen« bis zur interkulturellen Kulturarbeit – lohnt es sich daran zu erinnern, dass die 53. Generalversammlung der *Vereinten Nationen* bereits im November 1998 das Jahr 2001 zum »Jahr des Dialogs zwischen den Kulturen« erklärt hat. Rückblickend ist diese Entscheidung von bedrückender Weitsicht. Und sie zeigt: Neu ist die Erkenntnis, dass es einen erheblichen Bedarf am Dialog gibt, nicht. Aber es sieht so aus, als hätten wir mit dieser Erkenntnis lange nichts anfangen können.

Von Vielfalt, Unterschieden und Selbstverständnis

Kulturelle Vielfalt speist sich aus vielen Quellen, darunter regionale Herkunft, religiöse Orientierung, Sprache und Ethnizität. Die Anerkennung der kulturellen Vielfalt bedeutet zugleich die Anerkennung auch der Unterschiedlichkeit der Kulturen. Und sie sollte und muss nicht dazu führen, die eigene Identität zugunsten der Position des »Anderen« zweitrangig zu behandeln. Damit ist nicht mehr, aber auch nicht weniger gemeint als die Selbstvergewisserung der eigenen Grundwerte, wie sie Außenminister Fischer in seiner Rede vor dem *EU-OIC-Forum* am 12. Februar 2002 in Istanbul angemahnt hat: Für den Dialog der Kulturen bedarf es, so Fischer, »der Klarheit über unsere eigenen Grundwerte, die wir verteidigen und zu denen wir stehen müssen. Toleranz ist Ausdruck von Selbstbewusstsein, nicht von Schwäche.«

Die Vergewisserung über die eigene Identität muss die Folie sein, vor der sich die Auseinandersetzung mit dem Fremden, dem »Anderen« vollzieht: Der selbstbewusste Umgang mit dem Fremden setzt den selbstbewussten Umgang mit dem Eigenen voraus. Dabei steht die scheinbare Einfachheit dieser Aussage im deutlichen Widerspruch zur täglichen Praxis nicht nur in der interkulturellen Arbeit, sondern auch der Vermittlung deutscher Kultur im Ausland, die häufig der Versuchung erliegen, das Eigene angesichts des Fremden zurückzustellen, wenn nicht zu negieren. Voraussetzung eines Erfolg versprechenden Dialogs ist aber das Vorhandensein eines Selbstverständnisses, einer Verständigung darüber, welches Bild vermittelt werden soll. Sicher ist, dass dies nicht einfach zu sagen oder gar festzulegen ist. Sicher ist auch, dass diese Frage immer auch eine politische Frage ist. Ebenso sicher ist, dass hierin ein großes Defizit in der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik liegt, dem sich die Bundesregierung weder mit Taten und noch nicht einmal mit Worten gewidmet hat.

Anspruch und Inanspruchnahme

Ethnizität kann sowohl Bereicherung als auch Beschränkung bedeuten. Interkulturelle Arbeit sieht Enthnizität als Bereicherung an, als konstitutives Merkmal ist dieser Grundsatz hingegen nur bedingt tauglich. Pluralistische »multikulturelle« Gesellschaften sind potentiell Konfliktgesellschaften, und sie sind es auch im positiven Sinn: Für die Formulierung gemeinsamer Ziele und Projekte können die unterschiedlichen Ausgangslagen und Standpunkte neue Sichtweisen erschließen, Differenzen eine produktive und kreative Kraft gewinnen. Sie erlauben es, Zusammenhänge aus unterschiedlicher Perspektive sehen zu lernen und sie helfen, ein umfassenderes Wahrnehmungsvermögen und neue, den jeweiligen sich verändernden Bedingungen angepasste Strategien zu entwickeln.

Der Dialog kann nur gelingen durch einen kontinuierlichen Austausch, durch Beharrlichkeit, soll er auch im Einzelnen, vor Ort und abseits der Theorie überzeugen. Aus der Präsenz und der Überzeugungskraft der künstlerischen Arbeit

kann Verständigung möglich gemacht werden und kann ein interkultureller Dialog Gewinn ziehen. Voraussetzen oder gar zum Erfolg zwingen durch ein unterstelltes »konfliktpräventives Potential« lässt er sich nicht. Auch wenn der Hinweis auf ein »konfliktpräventive Potential der Kultur« in keiner Diskussion fehlt – er mag in seiner Beschwörung unvermeidlich sein –, im Konkreten ist er bisher unklar geblieben. Doch es handelt sich bei den einzelnen Projekten, die im Rahmen der interkulturellen Kulturarbeit in den Gemeinden und Ländern umgesetzt werden, immer um konkrete Vorhaben.

Soziale Ungleichheit und Diskriminierung, die unterschiedlichen Machtpositionen von Mehrheiten und Minderheiten, Etablierten und Außenseitern, bestimmen ganz entscheidend die Praxis interkultureller Arbeit. Diese Grundkonstellation mit dem Hinweis auf einen Vorrang des kulturellen Austausches als nebensächlich zu erachten, unterschätzt offensichtliche wie latente Differenzen und überschätzt die Möglichkeiten des kulturellen Austausches. Wer von der interkulturellen Kulturarbeit verlangt oder sich verspricht, sie könnte bestehende Konflikte entschärfen oder etwa Probleme des Einwanderungsrechts klären, verkennt nicht nur die Aufgabe der interkulturellen Arbeit, sondern hat auch den Blick für die Möglichkeiten eines – nur – kulturellen Dialogs verloren.

Gleiches gilt im engeren Sinne für die Rolle Kunst in der interkulturellen Kulturarbeit. Der Zweck der Kunst ist Kunst. Kunst verweigert sich fremden Zwecken, und sei es der Dialog der Kulturen. Kunst ist von Individuen geprägt, von individuellen Haltungen, die auch extrem sein können, die Absolutheitsansprüche stellen, die sich die Politik nicht erlauben darf. Kunst stellt Fragen, ohne Rücksicht auf mögliche Antworten, schürt Kontroversen, ohne unbedingt Aussicht auf Konsens zu geben. Von ihr zu erwarten, sie solle harmonisierend wirken, negiert nicht nur ihre Autonomie, sondern leistet ihrer Instrumentalisierung Vorschub. Kunst, im besten Sinne ist Sand im Getriebe, nicht bei Bedarf als Schmiermittel für politische Prozesse einsetzbar.

Kultur in Deutschland oder Multikultur?

Der kulturelle Reichtum Deutschlands speist sich aus der Vielfalt seiner Regionen und der Offenheit für Anregungen aus aller Welt. Darauf zu vertrauen, dass die Folgen der Einwanderung sich in der Gesellschaft selbst steuern und regulieren würden, hat sich jedoch als unrealistisch erwiesen. Die mit dem Wort »Multikultur« verbundene Idee einer Gesellschaftsform ist reduziert auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner, der nicht die Kulturen emanzipieren kann, sondern bestenfalls erfahrbar macht. Der multikulturelle Karneval der Kulturen ist kein Entwurf einer Integrationspolitik, Multikultur kein Gesellschaftsmodell.

Verklärte Ideale wie Feuchtwangers »Jüdin von Toledo« oder Lessings »Nathan der Weise« leben in manchem Kulturkarneval weiter und feiern das tolerante Beisammensein von Moslems, Juden und Christen. Doch nicht das Nebeneinander von Grundgesetz und Gottesstaat, von Homo-Ehe und islamischen Schei-

dungsrecht, von BGB und Sharia sichern ein friedliches Zusammenleben, sondern ein Rechtsgerüst, das verbindlich ist, ohne einer Nivellierung oder Assimilierung der Kulturen und Religionen Vorschub zu leisten.

Die Eingliederung in das Bestehende aber muss Bestandteil erfolgreicher Integration sein. Die frühen Verfechter des Multikulti haben das oft genug und aus zum Teil sehr verschiedenen Gründen geleugnet, nicht zuletzt, um dem Vorwurf der Assimilation zu begegnen, der zu Recht mit der Aufgabe der eigenen Identität des Fremden assoziiert wird. Der Gedanke der beiderseitigen Achtung sowohl der gastgebenden Kultur wie der Kultur der Gäste entgeht diesem Vorwurf. Der Wille zur Integration ist eine Voraussetzung für den interkulturellen Dialog, und Integration ist nicht nur eine Aufgabe der Sozial- und Arbeitsbehörden. Integration als Prozess verstanden ist Teil auch der öffentlichen Bildungs- und nicht zuletzt Kulturpolitik. Aus diesem Grund ist eine Maxime des *Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge* – die Teilnahmepflicht an Integrationskursen und Sprachangeboten – auch in der Bildungs- und Kulturpolitik weiterzudenken, und deshalb sind auch die Konsequenzen einer weiteren Maxime – dauerhaftes Aufenthaltsrecht wird nur dem gewährt, der Kenntnisse der Sprache, der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Kultur nachweisen kann – eine Aufgabe der Träger von Bildungs- und Kulturangeboten.

Gretchenfragen

Von besonderer Bedeutung ist die Rolle der Religionen in der interkulturellen Arbeit, die zu unterschätzen ein Leichtes, sie in der Praxis einzubeziehen vielleicht das Schwierigste ist. Es ist zu kurz gedacht, dem »Dialog mit dem Islam« einen Vorrang einzuräumen, auch wenn ein großes Defizit in der Vergangenheit damit aufzuholen begonnen wird. Die Religionen als Träger von Kultur müssen insgesamt als Teil des interkulturellen Dialogs gesehen werden. Sie auszublenden kann die interkulturelle Kulturarbeit zum Scheitern verurteilen. Was bedeuten die alten Religionen für das kulturelle Leben einer Stadt? Sind die fernöstlichen Religionen wirklich leichter zu vermitteln, ist der Umgang mit ihnen tatsächlich einfacher, universeller verständlich – wie es uns die zahlreichen Angebote an Veranstaltungen nahe legen wollen? Haben wir die Diskussionen um das Kopftuchverbot, um das Kreuz in den Unterrichtsräumen unserer Schulen zu Ende geführt, beendet oder nur vergessen? Was können wir tun, um dem neuen Interesse von Juden an Europa, auch und besonders an Deutschland, durch Begegnungen mit den jüdischen Gemeinden eine tragfähige Grundlage zu geben? Entscheidend aber ist wohl noch etwas anderes: Woran glauben wir wirklich und welche Konsequenzen hat das für den Einzelnen und unser Zusammenleben? Woran glauben diejenigen, die sich (noch) Christen nennen? Woran glauben Moslems in Deutschland und woran zum Beispiel jüdische Aussiedler aus Russland und Kasachstan? Der interkulturelle Dialog kann nur gelingen, wenn es einen interreligiösen Dialog gibt. Und der wiederum kann nur gelingen, wenn jeder seine eige-

nen Glaubenstraditionen kennt, ernst nimmt und ins strittige Gespräch und problembehaftete Miteinander einbringt.

Was bleibt

Interkulturelle Kulturarbeit ist eine Querschnittsaufgabe, keine Fachdisziplin. Größer als der Bedarf an interkultureller Kulturarbeit ist nur noch der Bedarf an Qualifizierung hierfür. Das Bewusstsein dafür, dass die interkulturelle Kulturarbeit nicht eine Aufgabe von vielen ist, ob in Kommunen, Ländern oder auf Bundesebene, die mal mehr oder mal weniger als so genannte freiwillige Leistung von Bildungsträgern und Institutionen der kulturellen Bildung übernommen wird, sondern dass es sich um eine der drängenden Aufgaben handelt, muss auch in der Öffentlichkeit stärker bewusst gemacht werden.

In der Substanz kann sich die Politik nur einen kleinen Teil dieser Aufgabe zu Eigen machen, und zwar dort, wo es um die Rahmenbedingungen geht, die einen interkulturellen Dialog möglich machen. An der Debatte muss die Politik ein vitales Interesse haben, und sie kann den Raum beschreiben, in dem interkultureller Dialog, in dem interkulturelle Kulturarbeit stattfinden kann. Sie muss dazu beitragen, eine Ghettoisierung von Migranten in den Städten und Parallelgesellschaften zu verhindern. Und sie muss sich dabei immer wieder vergegenwärtigen, dass eine der großen gesellschaftlich relevanten Fragen weiterhin bleibt: Wie soll Zusammenleben aussehen, damit möglichst viele zufrieden sind?

HANS-JOACHIM OTTO

Grenzen und Chancen interkultureller Kulturarbeit

Die Eingliederung von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine der zentralen gegenwärtigen gesellschaftlichen Aufgaben in Deutschland.

Nicht allein die Zuwanderungsdebatte der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass dieses Thema weit mehr umfasst als die Aufnahme und Eingliederung von Asylbewerbern, die ihr Heimatland verlassen, um der politischen Verfolgung zu entkommen. Bei dieser Aufgabe geht es vielmehr um die Erkenntnis und das Eingeständnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist – und im eigenen Interesse sein muss, um den aus der demographischen Entwicklung resultierenden Veränderungen und Herausforderungen gewachsen zu sein.

Dabei sind die Steuerung der Zuwanderung und die Integration der Migranten zwei unerlässliche Voraussetzungen für ein auf Dauer angelegtes friedliches Zusammenleben. Um die große Bedeutung der Integration zu unterstreichen, fordert die *FDP*, die Integration als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz aufzunehmen.

Bei der Behandlung der Frage, wie die Integration der Migranten zu gewährleisten ist, ist vor allem zu berücksichtigen, dass die Migration aus den unterschiedlichsten Beweggründen erfolgt und es sich bei den Einwanderern naturgemäß um eine sehr heterogene Gruppe handelt. Es geht also um die Integration von Menschen verschiedenster ethnischer, sozialer und kultureller Herkunft: Um die Fachkräfte, die sich auf der Grundlage der *Green-Card*-Regelung in Deutschland aufhalten ebenso wie um die Kinder eines Gastarbeiters, die in Deutschland geboren sind, aber die deutsche Sprache nicht beherrschen und um die Einwanderung von Spätaussiedlern ebenso wie um die Asylzuwanderung.

Was aber können Kunst, Kultur und Kulturpolitik zur Bewältigung interkultureller Probleme beziehungsweise zur Förderung interkultureller Verständigung beitragen? Ich möchte zunächst darlegen, wo ich die Grenzen dieses Anspruchs sehe: Es gibt meiner Ansicht nach zwei unerlässliche Grundvoraussetzungen für

eine erfolgreiche und wirkungsvolle interkulturelle Kulturarbeit. Zum einen sind dies ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache sowie der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland.

Dies bedeutet konkret, dass Sprachkurse für Migranten und Aussiedler umgehend flächendeckend angeboten werden müssen – wie dies das Zuwanderungsgesetz vorsieht.

Zum anderen ist es die Bereitschaft der Migranten, sich zu integrieren, sich auf den Austausch mit Menschen anderer Kulturen, insbesondere der des Gastlandes, einzulassen. Nur wenn die Bereitschaft der zugewanderten Menschen besteht, mit den Deutschen zusammenzuleben und nicht nur nebeneinander zu leben, kann die Integration gelingen.

Sind aber diese beiden Bedingungen erfüllt, ist das Integrationspotential der interkulturellen Kulturarbeit kaum zu überschätzen. Dies beruht insbesondere darauf, dass die interkulturelle Kulturarbeit im Unterschied zu den meisten anderen Integrationsmaßnahmen auf dem gleichberechtigten gegenseitigen Kennen lernen und Austausch beruht.

Die Kultur, in welcher Ausprägung und Erscheinungsform auch immer, ist der Bereich, in dem die Migranten ihre jeweiligen kulturellen Lebensformen, Traditionen und Erfahrungen zur Bereicherung aller einbringen können. Es ist für das Selbstbewusstsein der Migranten von großer Bedeutung, wenn sie im Rahmen der interkulturellen Kulturarbeit sich nicht als Bittsteller oder als Fremde sehen oder angesehen werden, sondern als Menschen mit reichem und für die meisten Deutschen unbekanntem Erfahrungsschatz, die ihren Beitrag zum kulturellen Leben in Deutschland leisten können.

Die Besonderheit der interkulturellen Kulturarbeit liegt auch darin, dass vorhandene Barrieren, wie zum Beispiel anfangs noch unsichere Sprachkenntnisse, überwindbar werden, weil andere, künstlerische Ausdrucksformen manches Wort ersetzen können. Hinzu kommt, dass gerade auf der kulturellen Ebene die Unterschiede zwischen Menschen verschiedener Kulturkreise oft geringer sind als die Unterschiede der Deutschen untereinander und so die Annäherung und Verständigung leichter fällt. Denn es ist längst gesellschaftliche Realität, dass Subkulturen und soziale Kriterien die Menschen stärker prägen und unterscheiden als konventionelle Unterscheidungskriterien wie Herkunft, Sprache oder Religion.

In der interkulturellen Kulturarbeit zeigt sich auch die Bereicherung, die die Migranten für die deutsche Gesellschaft darstellen. In der Geschichte der Kunst beispielsweise sind die entscheidenden Wendepunkte fast immer in der Auseinandersetzung mit fernen, exotischen Einflüssen entstanden. Die Neuerungen und Fortschritte beruhten oft darauf, dass die Künstler in intensiver Auseinandersetzung mit fremden oder andersartigen Kulturen neue Herausforderungen gesucht oder Ausdrucksformen gefunden haben, die zuvor nicht bekannt waren. Dies macht das der interkulturellen Kulturarbeit innewohnende Potential und ihre Bedeutung für die Gesellschaft in anschaulicher Weise deutlich.

Dieser vielfältigen Bedeutung muss die (Kultur-)Politik Rechnung tragen.

Dies geschieht zum einen durch das aus dem bisherigen *Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge* hervorgegangene *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*, wobei abzuwarten bleibt, wie sich die Umstrukturierung auf die Umsetzung der Integrationsaufgaben auswirken wird. Aber immerhin unterstreicht allein die gewandelte Namensgebung eine neue Herangehensweise an die Aufgabe der Integration und Bewältigung der Migration in Deutschland.

Eine wichtige Stellung innerhalb der interkulturellen Kulturarbeit nimmt auf Bundesebene der *Fonds Soziokultur* ein, der insbesondere vor dem Hintergrund des Internationalen Jahres 2001 der *Vereinten Nationen* »Dialog zwischen den Kulturen« einen Schwerpunkt auf die Förderung des interkulturellen Dialogs gesetzt hat.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die interkulturelle Kulturarbeit ein wertvoller, ja sogar unerlässlicher Bestandteil bei dem Bemühen um eine bessere Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist. Sie ist dies vor allem aufgrund ihrer Eignung zur vorurteilsfreien Begegnung zwischen den Menschen verschiedener Kulturen und der bereichernden Gegenseitigkeit, mit der diese stattfindet.

Dorothea Kolland

»Kiez International« in der »Contact Zone«

Interkulturelle Konzepte in Berlin-Neukölln

Berlin – international, national, regional

Interkulturelle Kulturarbeit, Kulturpolitik, die an irgendeiner Straßenecke Berlins stattfindet, muss immer mit drei verschiedenen Ebenen von Politik und Verwaltung rechnen, die sie beeinflussen: Die Bundeshauptstadt-, die Landes –(bzw. Stadt-) und die Bezirksebene: drei unabhängig und oft auch unabgesprochen voneinander agierende Mächte unterschiedlicher Mächtigkeit. Damit ist nicht die selbstverständliche Gültigkeit von Bundes- oder Landesgesetzen und deren Auswirkungen gemeint, sondern faktisches Handeln oder Nicht-Handeln. Soll Kulturarbeit in einer der Regionen Berlins, wo die Multiethnizität tatsächlich stattfindet, vorgestellt werden, so muss dieses Koordinatensystem zumindest berücksichtigt und kurz in seinen Wirkungsmechanismen dargestellt werden.

Doch noch vor die Bundeshauptstadtebene schiebt sich die »Welt-Ebene«: Die Botschaften vieler Länder dieser Welt, ihre Kulturattachés und ihre immer zahlreicher werdenden Kulturinstitute nehmen einen zunehmend relevanten Platz in dem großen Kulturangebot Berlins ein – sei es als Promoter ihrer Heimatkultur, sei es als Veranstalter, sei es als Vermittler von Künstlern aus oder nach ihren Heimatländern, sei es (dies allerdings am wenigsten) als vorsichtiger Mahner, ob die kulturellen Interessen ihrer in Berlin (bzw. Deutschland) lebenden Bürger auch hinreichend berücksichtigt seien. Hier entwickeln sich interessante Programme und neue Möglichkeiten des Wissens über Weltkulturen, die vor allem dann für die multiethnische Stadtgesellschaft von Bedeutung sind, wenn sie nicht nur in internationalen Hotel- oder Bankfoyers oder bei Botschaftsparties zu rezipieren sind, sondern sich auch dorthin wagen, wo die Multiethnizität tagtäglich stattfindet. Zu selten laden diese Präsentationen zum Dialog ein, doch liegt hier unbe-

dingt ein Quäntchen Zukunft, das von beiden Seiten stark entwicklungsbedürftig, aber auch entwicklungsfähig ist.

Die Bundeshauptstadtebene ist in der Stadt vor allem mit dem *Haus der Kulturen*, um die Ecke des *Bundeskanzleramtes* gelegen, greifbar – auf hohem Niveau, gemeinsam finanziert vom *Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien* (*BKM*) und vom *Auswärtigen Amt* (*AA*). Für die neue internationale Berliner Elite der Weltkulturbürger, nicht arm, weitgereist, gebildet, präsentiert es – mit wenigen populären oder pädagogischen Auslegern – Avantgarde und/oder Mode der Weltkulturen und/oder diejenigen, die in das deutsche außenpolitische Kalkül passen. Das Haus hat – nach längeren Verortungsproblemen in der Berliner Kulturlandschaft – eine wichtige Funktion als Orientierungspunkt der Produzenten insbesondere im Bereich der Performativen Künste und der Musik erobert. Zwar blicken viele Berliner Institutionen neidvoll auf den Etat des Hauses, sind aber doch froh darüber, dass der Berliner Haushalt damit nicht mehr belastet ist.

Die Bundesebene ist auch präsent bei den international-interkulturellen Veranstaltungen der Festspiele und bei den vom »Hauptstadtkulturfonds« geförderten Projekten der halb oder ganz freien Szene, für die insbesondere im Tanz- und Musikbereich, aber auch im Theater- und Literaturbereich Internationalität und Interkulturalität fast eine Selbstverständlichkeit geworden ist. Künstler, die für ein Projekt, ein Stipendium, einen Lebensabschnitt oder ganz nach Berlin kommen (manche lebten auch vorher schon hier oder sind sogar Berliner deutscher Herkunft) , bestimmen die schnelle Avantgarde dieser Stadt, die der Avantgarde anderer Metropolen dieser Welt eng verwandt ist, sind es doch oft die gleichen Akteure. Wenn sie sich auf die Stadt einlassen, werden sie Teil der internationalen Stadtgesellschaft; viele von ihnen leben dort, wo bereits viele ihrer Landsleute leben, und sie fühlen sich dort wohl, weil sie international geprägtes Alltagsleben vorfinden. Das Geld aus den Bundestöpfen – aus dem Landestopf kommt so gut wie nichts – ist sehr willkommen, um Produktionen zu realisieren, es ist aber nicht die *conditio sine qua non*, um im gegenwärtigen Berlin zu leben. Die Bruchkante Ost/West, das Nichtfertige, die Chance, ihres- und seinesgleichen zu treffen, der Trendsetter-Ruf sind wichtiger.

Eher lähmend ist die Landesebene im Berlin des neuen Jahrtausends. Seine verfassungsrechtlich vorgegebene Aufgabe, Kunst und Kultur zu ermöglichen, kann Berlin nur mit Ach und Krach, aber nicht mit zukunftsverheißendem Blick erfüllen. »Wir schaffen kaum das Eigene, warum soll man sich da um das Fremde kümmern«, scheint die Devise zur Kultur, die nicht die eingeborenen Institutionen betrifft, zu sein. In der *Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur* wurde der Referent für Kulturaustausch und sein Etatansatz abgeschafft, der Arbeitsbereich »Städtepartnerschaft« bei der Senatskanzlei wurde auf zwei Häppchen und eine Fahrkarte reduziert – der Rest ist der Gnade der *Lotto-Stiftung* anheim gestellt. Der Fördertopf für »kulturelle Aktivitäten nichtdeutscher Mitbürger«, 1988 eingerichtet, ist auf ein Viertel der Ausgangssumme eingeschrumpft und wird fast zur Gänze von einem unselig agierenden Erbhof, einer Spielstätte

für türkisches Theater, die seit Jahren nicht lebt, aufgesogen. Förderung insbesondere für Theaterproduktionen, die auf einer nicht-deutschsprachigen Bühnenpräsenz beharren, ist so gut wie unmöglich, da die Jury auch in Zeiten, als noch Geld vorhanden war, ihr Unvermögen der Beurteilung einer fremdsprachigen Performance zum Ausjurierungskriterium machte. Dazu kam eine auf den deutschen Nachwuchs und deutsche Theatertradition konzentrierte Ausbildung an den Hochschulen. So konnte sich in Berlin – trotz wilder Spielfreude insbesondere türkischer, aber auch kurdischer, iranischer, mexikanischer, kroatischer, chilenischer und argentinischer Akteure, um nur die aktivsten zu nennen – kaum eine interessante professionelle »Urban Theatre«-Szene entwickeln, wie sie im europäischen Kontext zumindest in Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden anzutreffen ist.[1] Viel zu wenig Gruppen aus nicht-deutschen ethnischen Zusammenhängen hatten die Chance, sich professionell zu entwickeln und sich zu messen mit anderen Produktionen, weil sie nicht zum richtigen Zeitpunkt Förderung, Beachtung und Kritik erfuhren. So hat sich in Berlin die Meinung – und leider auch weitgehend die Realität – eingebürgert, dass nicht-deutsches Theater aus Berlin eher auf gutgemeintem Amateurtheaterlevel stattfinde, die Kunst oder gar die Avantgarde aber anderswo zu suchen sei. Diese wiederum disqualifiziert jedoch Elemente nicht-westeuropäischer Theatersprache – es sei denn, sie kämen aus New York – gemeinhin als Folklore.

Ansonsten gilt bei der Landes-Künstlerförderung selbstverständlich, dass Qualitätskriterien den Ausschlag zu geben haben und nicht die nationale oder kulturelle Herkunft. Die Haushaltslage aber zwingt zu einer Extremauswahl, die Risiken kaum mehr zulässt und nur minimale Förderung ermöglicht. Damit kann sie der aktuellen Kunstlandschaft Berlins nicht im geringsten gerecht werden. Zudem ist bedauerlich, dass es wohl in keinem anderen Kulturministerium eines Bundeslandes einen so eng gefassten Kulturbegriff gibt wie in Berlin, der »Kunst« zum alleinigen Zuständigkeits- und damit Förderkriterium bestimmt. Alles, was der Gemeinwesenarbeit, der Soziokultur, der Kulturpädagogik, der Arbeit mit Amateuren etc. nur im entferntesten verdächtig sein könnte, fällt durch die Roste des Fördergrills. Dies ist kein rot-rotes Phänomen, aber es ist unter Rot-Rot auch nicht geändert worden.

Von diesem Verdikt sind fast alle Projekte betroffen, die Kulturarbeit im multiethnischen Kontext betreiben. Für einige gibt es das Auffangbecken der *Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport* (ebenfalls heftigsten Kürzungen unterworfen!), andere finden eine kleine Unterstützung im Sozialsenat im kleinen Ressort der Ausländerbeauftragten. Die wichtigste Kultureinrichtung Berlins für seine vielen Kulturen, Ergebnis einer langen Migrationsgeschichte, wird denn auch nicht vom Kultursenat, sondern vom Sozialsenat getragen: die *Werkstatt der Kultu-*

1 Sowohl die Begrifflichkeit »Urban Theatre« als aus den einheimischen multiethnischen Sub- und Kulturen herkommendes und sie als Hauptzielgruppe begreifendes Theater, wenn auch in seiner ästhetischen Prägung noch nicht definiert, als auch Beispiele dieses Theaters waren auf der »European Urban Theatre Conference« im Dezember 2002 in Amsterdam Gegenstand der Debatte.

ren in der Neuköllner Wissmannstraße, in einer wunderschönen alten Brauerei, an der Grenze zu Kreuzberg. Zunächst heftig befeindet von den in Berlin lebenden nicht-deutschen Communities, weil sie fürchteten, das bisschen Förderung, das sie erhielten, würde nun in die Werkstatt – »Aspen-Institut der Mittelmeerländer«, so wollte es der damalige Sozialsenator Fink – fließen. Nach einem arroganten Anfang Ende der achtziger Jahre und einem erzwungenen Leitungs- und Konzeptwechsel erfüllt heute die *Werkstatt der Kulturen* hervorragend ihre Aufgabe als Spielstätte, Beratungs- und Vernetzungsort, Inspirator, Qualifizierungs- und Innovationsherausforderer und Kommunikator für Kulturprojekte der in Berlin lebenden Migranten und gilt als spannender Ort für die, die wissen wollen, welche Themen und ästhetischen Formen die Weltkultur in Berlin wählt.

Das weit über Berlin, ja über Deutschland hinaus bekannte Symbol für die neue Lust an kultureller Vielfalt, der »Karneval der Kulturen«, ist in dieser Neuköllner Ideenfabrik entstanden und wird von hier aus betreut und organisiert und beginnt hier alljährlich zu Pfingsten seine fantasievoll-bunte Schlange durch Berlin zu ziehen – für die Aktivisten durchaus kein Wochenend-Event, sondern Ergebnis monatelanger mühevoller Vorbereitung, für die es keinerlei Unterstützung gibt. Wieweit der »Karneval« tatsächlich zu einem besseren Verständnis der Kulturen beizutragen vermag, sei dahingestellt – unbestreitbar und auch unbestritten ist er Ausdruck dafür, dass es sehr viele Menschen (bei gutem Wetter waren es schon eine Million, bei schlechtem nicht viel weniger) eines riesigen Festes würdig finden, den Reichtum, der dem Zusammenleben vieler Kulturen entspringt, gemeinsam zu feiern.

Ein Trauerspiel ist jedoch der Kampf um die Finanzierung dieses Festes, das keine so mächtige Lobby wie die »Love Parade« hat. Ohne Planungssicherheit Jahr für Jahr hin- und hergeworfen zwischen Lotto und »Hauptstadtkulturfonds«, die sich beide nicht mit neuer institutioneller Förderung belasten wollten und durften, trotz überwältigendem Medien- und Publikumsecho nicht interessant genug für Groß-Sponsoren, droht der Kollaps. Eine Lösung scheint am Horizont auf, sie ist allerdings noch nicht beschlossen und damit druckreif, eine Lösung, die Bund, Land und Bezirke als Produktions- und Austragungsorte zusammenbindet.

Das Fazit für das Land fällt traurig aus. Dabei wird gerade aus der Apostrophierung Berlins als internationale Metropole mit Recht versucht, Zukunft zu schöpfen. Damit sind aber eher Konzerne, Banken und Institutionen gemeint als Menschen. Vielleicht hat das Land Berlin ausländerpolitische Grundsätze; doch Leitlinien für Kulturpolitik (oder eine Debatte darüber), die auf die multiethnische Realität Berlins reagiert, sind nicht bekannt. Dabei geht es – nicht immer, aber auch – um Geld, vor allem im Bildungsbereich. Man hangelt sich von Ast zu Ast und hofft, dass doch immer wieder ein nächster Ast da ist.

Neben der staatlichen Ebene gibt es natürlich viele weitere Akteure in der Berliner interkulturellen Kulturarbeit. Dies sind insbesondere die Kirchen und die laizistischen Wohlfahrtsverbände, die noch aus der Zeit der Gastarbeiterbetreuung heraus Träger vieler lokaler Kommunikationsorte und Betreuungseinrichtungen

sind, die veritable Kulturarbeit machen. Diese Einrichtungen sind auch wichtige Anlaufpunkte für die Berliner nicht-deutscher Herkunft: Sind in der öffentlichen Verwaltung und ihren Einrichtungen die Mitarbeiter nicht-deutscher Herkunft immer noch mit dem Mikroskop zu suchen (und eher im Bau- als im Sozialamt zu finden), so haben die Freien Träger viele Migrantinnen und Migranten zur Betreuung ihrer Landsleute eingestellt.

Aus einem Selbsthilfeverein hat sich das besonders bemerkenswerte *Süd-Ost-Europa-Zentrum* in Kreuzberg entwickelt, das insbesondere während des Balkan-Krieges die Erinnerung eines friedlichen Kulturkonglomerates erhalten wollte und für viele Künstler des Balkans zum wichtigen Anlaufpunkt im Verlaufe des Krieges wurde, konfrontiert mit Strömen zunehmend traumatisierter Flüchtlinge – es wurde zum visionären und zugleich ganz praktischen Strohhalm für viele Menschen.

Zu vielfältigen Selbsthilfeorganisationen anderer Art haben sich Migranten – wie auch in anderen Städten – zusammengeschlossen: zu Kulturvereinen, Lobby-Organisationen wie dem *Türkischen Bund* oder der *Türkischen Gemeinde*. Die türkischen Kulturleute haben 2000 mit der Gründung des *Türkischen Kulturrates* den x-ten Versuch einer Selbstorganisation unternommen; andere wieder schlossen sich in eher hermetischen religiösen oder national/ethnischen Zirkeln zusammen.

All diese verschiedenen Ebenen und Akteure bestimmen das Koordinatensystem, in dem multiethnische Kulturarbeit vor Ort stattfindet oder stattfinden soll, da, wo die Menschen leben, wo sich Alltag abspielt, wo sich aber auch Zukunft entscheidet, wo geliebt und gehasst wird. Dieses große Koordinatensystem erhält weitere Dimensionen durch Gesetze und Verfahren, die es gibt oder die es geben soll und die Rechts- und damit Lebensunsicherheiten beenden könnten. Es wird ferner überlagert von unterschiedlichen religiösen und ethischen Wertvorstellungen, die scheinbare Selbstverständlichkeiten der Alltagskommunikation aushebeln und »critical incidents« auslösen, und es wird brüchig durch die soziale Wirklichkeit Berlins, die in den Kitas, Schulen, Sozial- und Arbeitsämtern greifbar wird.

Global Village mit 160 Nationalitäten: Neukölln

Wie agiert Kulturarbeit und Kulturpolitik, die auf die multiethnische Realität reagiert und zugleich eingebunden ist in deren gesamtstädtisches unkoordiniertes Koordinatensystem, nun an der apostrophierten Straßenecke vor Ort? Kulturarbeit, die eine große Chance darin sieht, Engstirnigkeiten, Zwänge, abgestandene Traditionen, Verarmung von Wahrnehmung, drohende Provinzialität zu durchlüften und neue Horizonte ahnbar werden zu lassen?

Auf nach Neukölln.

Der Bezirk Neukölln von Berlin (ca. 312 000 Einwohner) ist einer der Bezirke mit dem höchsten Migranten- und Ausländeranteil Berlins. Die Durchschnittszahl von ca. 26 Prozent ist zudem ein verfälschender Mittelwert, da sich die Populationen in diesem Flächenbezirk stark unterscheiden: Im nördlichen, sehr dicht bebauten Altstadtbereich konzentriert sich eine sozial schwache, von hoher Ar-

beitslosigkeit betroffene, sehr internationale Bevölkerung. (Indiz sind die Grundschulen inklusive Vorklassen – der Durchschnitt liegt in diesem Einzugsbereich bei einem Ausländeranteil von 78 Prozent), der Süden ist wohlhabender und wesentlich weniger international. Eine Ausnahme im Süden stellt die Gropiusstadt dar (ca. 40 000 Einwohner); hier machen Aussiedler aus den ehemaligen GUS-Staaten und Polen eine relevante Größe – etwa 20 Prozent – aus. Die Atmosphäre dieses Bereichs ist international geprägt, allerdings auf der Basis sehr heterogen nebeneinander existierender ethnisch und/oder religiös geprägter Communities, die ihre autonomen Versorgungs-, Religions- und Freizeitnetzwerke haben. Die Abgrenzung voneinander ist um so intensiver, je geringer der Bildungs- und Sozialstandard ist, beginnend mit geringer Sprachkompetenz und oft mündend in Arbeitslosigkeit gerade der Neuköllner nicht-deutscher Herkunft, von denen viele ohne Berufsausbildung bleiben.

Der Anteil von Kindern und Jugendlichen insbesondere im Innenstadtbereich ist hoch. Für viele von ihnen endet die Gemeinsamkeit mit dem Schulschluss; im Freizeitbereich entwickeln sich gerade unter männlichen Jugendlichen Cliquen und Banden, die sich gegenseitig bekriegen. Das Gewaltpotential ist hoch. Die Mädchen sind stark in Kinder- und Haushaltsbetreuung eingebunden. Die geringe Sprachkompetenz perpetuiert sich, weil für viele der hier aufgewachsenen jungen Männer Mädchen aus der Türkei als Ehefrauen geholt werden, die wiederum kein Deutsch können und ihren Kindern auch kein Deutsch beibringen können. Es gibt Grundschulen in Neukölln, die Schwierigkeiten haben, wenigstens drei muttersprachlich deutsche Kinder pro Klasse aufzutreiben, unselige Wettbewerbe finden statt . Oft ist die Umgangssprache der Schüler den Lehrern unverständlich. Kinder fungieren als Dolmetscher in Eltern-Lehrergesprächen (wenn sie überhaupt stattfinden). Ob das übersetzte Wort dem ursprünglich gesprochenen entspricht, sei bei kreativen Kindern dahingestellt.

Die Neuköllner Bildungseinrichtungen versuchen zu reagieren. Die *Volkshochschule* – seit langem über Berlin hinaus führend in Sachen »Deutsch als Fremdsprache« – führt viele Mütter-Sprachkurse durch (auch diese sind finanziell gefährdet). Ein Neuköllner *SPD*-Schulpolitiker hat es erreicht, dass berlinweit in allen sozial schwachen Gebieten einige Zusatzstunden gegeben werden können. Ungewöhnlich engagierte Lehrer versuchen mit Phantasie und Experimenten der Situation Herr zu werden. So entstand zum Beispiel die »Regenbogen-Schule«, eine Grundschule, die auf ein komplexes Problembündel von babylonischem Sprachgewirr und sozialer Vernachlässigung (dies eher bei den »Ureinwohnern«) mit einer dezidierten Kunstbetonung reagierte und inzwischen mehrere Preise für innovative Schulmodelle erhielt. Der sicher sinnvolle und notwendige Versuch der Bundesregierung, auf eine derartige Situation mit Ganztagsschulen zu reagieren, ist kaum umzusetzen, weil damit ein erhöhter Raumbedarf verbunden ist, die Schulen jedoch in dichtestbebauten Altbauregionen liegen und – anders als in Marzahn oder Hellersdorf – bis auf den letzten Platz belegt sind. Angedachte »Bussing«-Systeme sind sicher keine Lösung.

Das ausführliche Beharren auf dem Bildungsbereich ist kein Zufall, sondern nach vielen Jahren Stadtteilkulturarbeit tiefste Überzeugung: Wenn Deutschand, wenn Berlin, wenn Neukölln nicht diese immense bildungspolitische Herausforderung erkennt und ernsthaft darauf reagiert, verlieren langfristig Versuche und Modelle von Kulturarbeit in einem von Migration geprägten Lebensraum an Perspektive.

Neukölln beheimatet Menschen aus ca. 160 verschiedenen Staaten. Der größte Anteil von Neuköllnern nicht-deutscher Herkunft stammt aus der Türkei; weitere relevante Gruppen sind Araber (darunter viele Palästinenser, deren Erfahrung im Libanon-Krieg und in Lagern zu ausgeprägter Gewaltbereitschaft geführt hat), Afrikaner (die meisten der in Berlin lebenden Afrikaner wohnen in Neukölln), Polen, Russen (wobei viele der Aussiedler von ihrer kulturellen Prägung her in diese Gruppe zu rechnen sind). Andere größere Gruppen kommen aus Südostasien, aus Indien und den traditionellen »Gastarbeiter-Ländern«.

Und die Neuköllner deutscher Herkunft? Auch hier zerfällt der Bezirk in sehr unterschiedliche Regionen. Vom alten klassenbewussten »roten Neukölln« ist vor allem die Armut übrig geblieben, die unser Sozialamt zu einem der größten der Republik machte, und die Arbeitslosigkeit. Das – traditionell auch sehr klassenbewusste – Neuköllner Bürgertum hat sich eher in die Einfamilien- und Reihenhaus-Siedlungen des Neuköllner Südens zurückgezogen. Die »Gropiusstadt« und das neue »Frauenviertel« (weil die meisten Straßen nach Frauen benannt sind) ragen eher als Solitäre heraus; die meisten ihrer vielen Migranten haben einen deutschen Pass, sie sind Aussiedler und wehren sich vehement, mit den Türken in einem Problemtopf vereint zu werden.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist bei der deutschen Bevölkerung weniger im internationalen Norden – die Quantität zwingt zur Koexistenz – als im Süden vorhanden. Hier sind auch deutliche Ab- und Ausgrenzungsmechanismen zu registrieren. Insgesamt ist die Atmosphäre in Neukölln jedoch nicht xenophob, sondern realitätszugewandt, rauh und offen. Wer es nicht aushält, zieht eher lautlos aus dem multiethnischen Innenstadtbereich weg. Das tun leider viele, insbesondere Familien mit Kindern, für die die Schulsituation schwer erträglich ist, oder denen es in einem international bewohnten Haus zu laut ist. Andere rücken nach – junge Singles mit geringem Einkommen, Studenten, Intellektuelle, Künstler – viele davon selbst mit nicht-deutschem Hintergrund, Menschen, die sich anderswo die Miete nicht leisten können, aber doch nicht in eine der Hochhaus-Vorstädte ziehen wollen. Viele von denen, die wissen, auf was sie sich einlassen, reizen die internationalen Einkaufsmöglichkeiten, das unprätentiöse Umgehen der Menschen untereinander, die urbane Atmosphäre. Der berühmte Türkenmarkt dienstags und freitags, von vielen Stadtführern nach Kreuzberg verlegt, verleiht dem Neuköllner Maybach-Ufer südliche Farben und Gerüche.

Neukölln ist geprägt durch ein kaum ins Gewicht fallendes Bildungsbürgertum, durch eine lebendige Subkultur, in seiner Mehrheit aber durch Menschen, die es eher nicht gewohnt sind, ihr kulturelles Schicksal in die eigene Hand zu

nehmen, weil sie es nie gelernt haben – und dies betrifft Menschen aller hier lebenden Nationalitäten, die Deutschen wie die aus den anderen 159 Ländern.

Trotzdem hat sich in Neukölln eine stabile, vielfältige Kulturlandschaft entwickelt. Mit relativ wenig Geld und viel Lust auf Experimente wurden Strukturen aufgebaut, die nachhaltig und belastbar sind. Wir hoffen, dass sie auch die Milliardenlöcher des Berliner Haushaltes überstehen. Die Neuköllner Bezirkspolitik jedenfalls hat begriffen, dass die Neuköllner Kultur eines der wenigen Talente ist, mit denen der Bezirk wuchern kann.

Dass die Internationalität auch ein solches Talent sein könnte und in der beginnenden Leitbilddiskussion für diesen Bezirk, dem nach wie vor das Spiegel-Etikett »Bronx« anhaftet, eine durchaus positive Rolle spielen könnte, versuchte eine Werbeagentur der Haupteinkaufsstraße, der Karl-Marx-Straße vorzuschlagen, zu einem Zeitpunkt, als ein deutsches Traditionsgeschäft nach dem anderen türkischen oder russischen Billigläden weichen musste. Der Zeitpunkt war ungünstig, die Idee zumindest diskussionswürdig. Das Entsetzen auf Seiten des Handels, der Politik und der Verwaltung deutete jedoch darauf hin, dass die statistische wie die lebendige Realität auf der Straße noch nicht in allen Köpfen derer angekommen ist, die Strukturen für die Zukunft konstruieren sollen. Ebenso wenig wie in den Wirtschaftsverbänden oder in den Parteien (Ausnahme: die Vorsitzende der Neuköllner PDS ist Kurdin) Menschen nicht-deutscher Herkunft hörbar ihre Stimme erheben (oder dazu eingeladen werden), sind sie im Bezirksparlament oder in der Exekutive spürbar vertreten. Erst im Herbst 2002 wurde in diesem von Migration geprägten Bezirk eine eigene Stelle für eine Migrationsbeauftragte bereitgestellt und besetzt.

Diese Nicht-Wahrnehmung eines wichtigen Aufgabenfeldes durch die bezirkliche Politik führte dazu, dass die Migranten beziehungsweise die für sie arbeitenden Institutionen ihr Schicksal selbst in die Hand nahmen. Doch auch die wenigen staatlichen Stellen, die die Bedeutung der Veränderung Neuköllns zu einem multiethnischen Gemeinwesen ernst nahmen oder von der Realität dazu gezwungen wurden, mussten handeln. Man versuchte, innerhalb seines »Zuständigkeitsbereichs« – sei dies innerhalb des Sozialamtes, innerhalb des Jugendamtes, innerhalb der Schulamtes, innerhalb der *Volkshochschule*, innerhalb der *Musikschule*, innerhalb des Kulturamtes angemessen zu reagieren, übergreifende politische Leitlinien wurden jedoch weder diskutiert noch beschlossen. Abgesehen von der Kontrolle der korrekten Ausführung gesetzlicher Vorgaben wurde der Arbeitsbereich »Migranten« nicht koordiniert, aber auch nicht gebremst. Dies führte zu einer Situation, die einerseits eine gewisse politische Unverbindlichkeit beinhaltet, zum anderen aber Raum lässt für Experimente und schnelles Agieren. Ihre Tragfähigkeit ist bestimmt durch gegenseitiges Vertrauen und Verlässlichkeit.

Seit 1981 vertritt der *Ausländerarbeitskreis der Kreissynode des Kirchenkreises Neukölln* als stabilster Faktor die Belange der Neuköllner Migranten. Koordiniert durch einen Pfarrer arbeiten seitdem 20 bis 30 Organisationen und Institutionen

zusammen, unabhängig von jeglicher Religionszugehörigkeit. Allerdings grenzen sich seit kurzem islamisch geprägte Gruppierungen aus, die fundamentalistischeren Gruppierungen haben sich nie angesprochen gefühlt. Vermutlich hat dieser Arbeitskreis in Neukölln mehr erreicht als jeder Ausländerbeauftragte. Er ist das tragende Kommunikationsnetz, hier werden Probleme diskutiert und Strategien zu ihrer Lösung ausgedacht, hier wird die Lobbyarbeit organisiert, hier werden Kooperationen und Öffentlichkeitsarbeit erdacht. Selbstverständlich ist die *Werkstatt der Kulturen* Mitglied dieses Arbeitskreises, und selbstverständlich ist das Kulturamt engstens eingebunden.

»Kiez International« – multiethnische Kulturpolitik in praxi

Sichtbares Symbol dieser engen Verzahnung von Migrationspolitik, multiethnischer Gesellschaft und Kultur ist das jährliche Fest »Kiez International«, seit 1982 unverrückbar auf der Festagenda Neuköllns mit vielen Gästen aus dem Rest der Welt.

Entstanden ist das Bündnis aus der Not: Dem Kulturamt wurde in den Anfangsjahren verboten, bei seinem Fest »Kiez International« politische Missfallensäußerungen zur aktuellen Ausländerpolitik von Migrantenorganisationen an deren Informationsständen zuzulassen. Darauf entschied man sich zur Kooperation: Kulturamt und Ausländerarbeitskreis wurden zu gemeinsamen Veranstaltern, das Kulturamt war für die Kultur, der Ausländerarbeitskreis für den Rest verantwortlich. Die Bezirkspolitik war zufrieden, wir konnten weiterarbeiten.

Aus dem Zweckbündnis entwickelte sich eine immer wieder neu sorgfältig auszubalancierende Partnerschaft, deren sichtbares Ergebnis das Fest war und ist, die aber zu einer Verantwortungspartnerschaft für den gesamten Bereich der Neuköllner Migranten führte. Das Fest ist inzwischen das dienstälteste seiner Art in Berlin; die internationale Szene Neuköllns hält eisern daran fest – nach dem Motto: »Wir haben das ganze Jahr über so viele Existenzkämpfe zu bestehen – lasst uns ein Wochenende gemeinsam feiern.« Finanzielle Nöte brachten das Fest fast zum Erliegen, bis die *Werkstatt der Kulturen* mit ihrem Tanzfest »Bewegte Welten« mit ins Boot beziehungsweise auf den Richardplatz – direkt im Herzen des alten Dorfkerns – kam und seit fünf Jahren die in Berlin aktiven traditionellen Tanzgruppen all der hier aktiven Communities präsentiert: eine Revue von indischem bis mexikanischem, spanischem bis finnischem, russischem bis brasilianischem Tanz. Es gibt keine andere Gelegenheit in Berlin, eine solche »Leistungsschau« der globalen Berliner Tanzszene mitzuerleben; und sie gehört zu den wenigen Anlässen, bei denen – als Zuschauer – türkische Frauen Koreanerinnen und Russinnen Rumbatänzerinnen und -tänzern zusehen. Dies kleine internationale Stadtkulturfestival wurde bislang von der Senatsverwaltung gefördert – wir machen uns große Sorgen um seine Zukunft.

Das Tanzfest ist flankiert von einer »Leistungsschau« des Gaumens und der Nase, präsentiert von all den Selbsthilfe- und Migrantenprojekten – in Neukölln sind beheimatet und arbeiten zum Beispiel: der *Arabische Kulturverein*, der Palästi-

nensische Verein *Al Huleh e. V.*, der *Koreanisch-deutsche Kulturkreis*, der *Goldene Lilien e. V.*, die *Tamilische Gemeinde*, der Tunesische Unterstützungsverein *El Kantara*, das *Afghanische Kultur- und Kommunikationszentrum*, der *Türkische Bund Berlin-Brandenburg, Em-Der – Hilfs- und Solidaritätsverein für Rentner, Behinderte und Senioren, Marché Noir, Al Muntada, Kurdistan Kultur- und Hilfsverein, Deutsch-Philippinische Freunde, To spiti, Ugrak, Suroyoyo Kulturverein, Frauennetzwerk des Sudan* u. a., die mit dem Essen ihre Infos verbreiten und vor deren Ständen sich zu späterer Stunde selbst kleine Tanzfestivitäten entwickeln – mitten im Herzen des »deutschen Dorfes Rixdorf«, wie Neukölln einst hieß.

Das Fest »Kiez International« symbolisiert die Vertrauenspartnerschaft zwischen Kultur und multiethnischer Gesellschaft in Neukölln, es symbolisiert in gewisser Weise aber auch die kulturpolitischen Grundsätze, die sich für unsere Kulturarbeit in unserem Globalität beherbergenden Bezirk entwickelt haben: Sie sind zugleich Ergebnis von Realität und Praxis wie von Reflexion und politischen Überzeugungen, von Fehlern wie von Erfolgen; sie sind nie fertig, sondern müssen immer reaktionsfähig sein.

Die Reflexion der Erfahrung in der Zusammenarbeit mit vielen ethnischen Gruppierungen und auch die außen- wie innenpolitischen Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für viele Migranten, die schließlich auch die Notwendigkeit haben deutlich werden lassen, Deutschland als Einwanderungsland zu akzeptieren, müssen Konsequenzen zeitigen für Kulturarbeit, die auf gesellschaftliche Notwendigkeiten wie Gegebenheiten antworten will. Der Kern dieser neuen Kulturarbeit: Sie positioniert den Bezirk und seine Kulturarbeit als Teil des »Global village« und begreift ihn andererseits als Heimstatt relativ selbständiger, selbstbewusster, sich möglicherweise zeitweise von einander abschottender nationaler Communities.

Das Konzept »Kiez International« trägt, weil es die beiden sich scheinbar widersprechenden Flügel dieser Kulturarbeit zusammenhält, indem es sich bemüht, die Interessen von Mehrheits- und Minderheitskulturen in ethnischer wie in sozialer Hinsicht zu berücksichtigen.

Kultur in Neukölln als Teil der World Wide Culture

So, wie beim Tanzfestival »Bewegte Welten« Welt-Tanzkultur vorgestellt wird, präsentieren wir in unserem gesamten Veranstaltungsprogramm internationale Kunst und Kultur. So, wie es selbstverständlich ist, im world wide web zu surfen, versuchen wir, uns auch in der Globalität der Kultur und ihrer unendlich vielen Facetten zu bewegen.

Diese Erkenntnis hat Konsequenzen für unsere Kernaufgabe, nämlich ein angemessenes Kulturangebot zu garantieren: Eine Internationalisierung des Kulturangebots ist im Kern nichts anderes als die Akzeptanz von Kultur als *world wide culture* und eine Antwort auf die Migrationsbewegungen, die auch Deutschlands Bevölkerung erheblich verändert haben. In unseren Kommunen leben viele Men-

schen aus der ganzen Welt, die in dieser internationalen Kultur zuhause sind – gut ausgebildete, weltkulturerfahrene Menschen, die sich selbstverständlich in verschiedenen Kulturtraditionen bewegen und am gemeinsamen Weltkulturerbe teilhaben. Sicher unterschätzen wir auch, wie viele Menschen deutscher Herkunft Migrationserfahrung haben oder zumindest zeit- und andeutungsweise – wenigstens im Urlaub – andere Kulturen kennen gelernt haben.

Zum Glück ist die Präsentation von Weltkultur in Berlin-Neukölln auch bei einem mageren Budget möglich: Viele spannende internationale Künstler leben in unserem Bezirk, die ihre Arbeiten gern bei uns vorstellen – chinesische Klangkünstler, japanische Installationskünstler, chilenische Komponisten, indische Tänzerinnen, ägyptische Maler, um nur eine Andeutung zu geben . Es gibt inzwischen das *New Koelln Orchestra*, in dem auf Initiative eines österreichischen Trompeters Musiker aus aller Welt, die in unserem Bezirk leben, in unterschiedlichster Besetzung zu unterschiedlichsten Anlässen zusammen (Jazz-)Musik machen. Es gibt aber auch – und hier profitieren wir von der Bundeshauptstadt – Interesse der Botschaften und Kulturinstitute (manchmal muss das Interesse erst geweckt werden ...), Künstler ihrer Länder auch außerhalb der Hochkultur-Tempel auftreten und ausstellen zu lassen. Diese Ebene ist ausbaufähig.

Präsentation alleine genügt jedoch nicht; es gilt, in einer sozial und bildungsmäßig defizitären Kommune auch die Aufgabe zu lösen, wie Menschen die Chance bekommen können, diese Weltkultur rezipieren zu können. Hier setzen die viel größeren Schwierigkeiten ein, bei denen ethnische Differenzen keine entscheidende Rolle mehr spielen.

Bei »Kiez International« ist das Problem gelöst – das Fest ist allen bekannt. Ein anderes »gelöstes Problem« ist die sommerliche Konzertreihe »Sommer im Park« – jeden Sonntag von Juni bis September, 18.00 Uhr, in einem wunderschönen kleinen Park mitten im Kiez, umsonst & draußen. Dazu laden wir Ensembles ein, die sich alle mehr oder weniger im »Weltmusik«-Spektrum bewegen, von »E-Musik« bis Ethno, von Sinfonieorchester bis Jazz-Ensemble. Wir agieren wider Willen als Preisdrücker, die Ensembles kommen trotzdem, weil sie ein selbst für Berlin einmaliges Publikumsgemisch vorfinden – vom deutschen Punk bis zum türkischen Opa, vom Freundinnen-Gespann bis zur Ausflugsgruppe des Behinderten-Wohnheims, von Studenten bis zur palästinensischen Großfamilie, umsummt von einer Horde Kinder.

Doch an den üblichen Kunstorten – den Galerien, Theatern, Museen – genügt es nicht, internationale Kunst zu präsentieren, auch dann nicht, wenn die Künstler verbunden sind mit relevanten hier lebenden ethnischen Gruppen. Schwellenangst ist kein ethnisches, sondern ein soziales Problem, das in Einzelfällen mit dem jenseits der Schwelle zu erwerbenden Eis oder Bier zu überwinden ist (unsere Galerie ist durch ein kleines Café zu betreten).

Auch wenn Vieles nicht so viele Menschen erreicht wie gewünscht – die Weltkultur vor Ort hinterlässt Spuren. Buddhistische Mönche, japanische Kalligrafinnen, chinesisches Schattentheater, gespielt von »Original-Chinesen«, mexikani-

sches Totenfest, aktuelle Kunst aus aller Herren Länder: Es ist etwas hängen geblieben, es hat Augen, Ohren und Köpfe geöffnet.

Kulturarbeit als Contact Zone

Migration hat Gemeinwesen immer beeinflusst; Gemeinwesenstrukturen sind immer Veränderungen unterworfen, wenn sich Bevölkerungsstrukturen verändern. Berlin ist letztlich ein Ergebnis von Migration, beginnend mit den Hugenotten; später kam der typische Berliner aus Pommern oder Ostpreußen, noch später – in den 1960er Jahren – aus Schwaben oder Sachsen, dann aber verstärkt durch Arbeitsimmigranten aus der Türkei, Griechenland, Jugoslawien, Spanien, Portugal oder Vietnam und durch internationale Flüchtlingsbewegungen. Zeitlich befristet geplante Aufenthalte wurden für viele Menschen zum Daueraufenthalt: Deutschland wurde zum Einwanderungsland, ohne sich dieser Tatsache bewusst zu werden. Dieser Prozess vollzog sich natürlich auch in Neukölln, beginnend mit den böhmischen Exulanten, die sich auf Einladung Friedrich Wilhelms I. im Zuge von dessen Peuplierungspolitik ab 1737 als Glaubensfreiheit und Arbeit suchend in Rixdorf (später Neukölln) niederließen. Ende des 19. Jahrhunderts explodierte Rixdorfs Bevölkerung durch Arbeitsmigranten vor allem aus dem Osten, und nach 1960 wurde Neukölln zu einem begehrten Wohngebiet der neuen Migranten, aufgrund seiner Größe jedoch nicht ganz so deutlich zum »Türkenghetto« tendierend wie das viel kleinere Kreuzberg.

Mit dieser neuen, große ethnische Gruppen umfassenden Migration sind quer zur sozialen Segmentierung des Gemeinwesens neue ethnisch definierte Strukturen getreten, die »ethnischen Communities«. In den vergangenen Jahrzehnten von den Multi-Kulti-Enthusiasten und Schmelztiegeloptimisten – zu denen sich die Verfasserin durchaus rechnet – als temporäres, erzwungenes, aber vorübergehendes Problem gewertet, haben wir begonnen, eine andere Haltung zu dieser Entwicklung einzunehmen und sie als Struktur wahrzunehmen.

Diese »ethnischen Communities« sind durchaus nicht einfach zu reduzieren auf Zwangszusammenballungen als Ergebnis von Ausgrenzung; nur in Ausnahmefällen könnten sie als »Ghetto« bezeichnet werden. Sie sind vielmehr Rückzugsgebiete sozialer und manchmal auch stadtregionaler Art, in denen Menschen Zuflucht suchen, die in ihrer Identität verunsichert oder entwurzelt sind. Einige sind mangels materieller und bildungsmäßiger Voraussetzung nicht in der Lage, sich in verschiedenen Kulturen zu bewegen. Andere, weitgehend assimilierte Immigranten (bzw. deren Kinder) reagieren mit dem – partiellen – Rückzug in die »ethnische Community« auf Erfahrungen der Ausgrenzung und Xenophobie. Für viele Immigranten kommt hinzu, dass sie nur aus materieller Not oder aus Gründen politischer Verfolgung ihre Heimat verlassen haben und sich zwangsweise mit Fremde konfrontiert sehen – Fremde, die sie Sicherheit bei ihren Landsleuten suchen lässt. Diese Sehnsucht nach Sicherheit führt zu – partieller oder temporärer – Abgrenzung.

Das Bedürfnis nach Identitätssuche und Absicherung in der eigenen ethnischen Community ist nicht begrenzt auf eine bestimmte soziale Schicht; auch bei weitgehend integrierten, oft sogar durch neue familiäre Bindungen hier beheimateten Menschen gibt es immer wieder den Wunsch und das Bedürfnis nach Vertrautheit in der Heimatkultur, nach vertrauter Sprache, vertrauten Gewohnheiten, vertrauten Riten, oft auch den Wunsch, die eigene Heimatkultur, Sprache und Religion an die eigenen Kinder weiterzugeben (das Phänomen der koreanischen Krankenschwestern ist hierfür typisch).

Wenn Abschottung zur Ausgrenzung wird, wenn der Rückzug Antwort auf Xenophobie ist und wenn diese Ausgrenzung zur Ghettobildung führt, in dem sich soziale Probleme aller Art zu Gewaltpotential ballen, so muss der Staat, so muss die Kommune Gegenstrategien entwickeln. Das Bedürfnis nach Abgrenzung jedoch, nach Versicherung der jeweils eigenen kulturellen Identität im Rahmen der Community, deren Begrenzung durch nationale, kulturelle oder religiöse Pfosten markiert sein können, muss in seiner Notwendigkeit für die Immigranten erkannt, akzeptiert und ausgehalten werden, bedeutet es in seiner Konsequenz möglicherweise Ausgrenzung des »Gastgebers«: Für einen bestimmten Raum realer oder verfasster Art müssen andere Regeln akzeptiert werden. Dort sind die »Einheimischen« fremd, auf ihrem eigenen Terrain.

Die ethnischen Communities gruppieren sich um Vereine, Kulturhäuser, Religionsstätten, Ladengruppen. Die meisten von ihnen werden in der (deutschen) Öffentlichkeit kaum bemerkt. Viele dieser Communities sind durch kulturelle Aktivitäten definiert, durch Tanz- und Musikgruppen, durch Folkloreaktivitäten, durch Kulturfeste, durch Bildungsarbeit (Vermittlung der Muttersprache), durch gemeinsame politische oder religiöse Überzeugungen. In diesen Vereinen sind oft Menschen organisiert, die sich sehr genau ihrer Doppelprägung bewusst sind, sich als Teil ihrer Heimatkultur und als Deutsche fühlen, oft auch die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben. Ihre Themen sind durchaus auch die unseren, die Perspektive ist anders. So führte der *Arabische Kulturverein*, in dem viele Künstler und Intellektuelle organisiert sind, im Neuköllner Kiez einen vereinsinternen Workshop zum Thema »Wohin mit der kulturellen Identität?« durch, in dem um »integrationsfähige Identität« und/oder »identitätsbewahrende Integration« gerungen wurde. Den nächsten Workshop wollen wir zusammen durchführen.

Dieses Bedürfnis nach Nähe zu Menschen gleicher kulturell-ethnischer Herkunft ist eine Antwort auf den Verlust von Heimat, von lokaler Verwurzelung, auf die Angst des Verlustes der eigenen Identität, auf Verletzungen durch die nicht immer sehr freundlichen Gastgeber, es ist aber auch ein sehr positiver Ausdruck der Verbundenheit mit eigenen kulturellen Traditionen und dem Bewusstsein der eigenen Wurzeln in familiären und ethnischen Traditionen. Dieses Bedürfnis muss somit keineswegs begründet sein in mangelnder Integrationsbereitschaft und -fähigkeit oder gar Feindschaft dem Einwanderungsland gegenüber.

Wir hätten all dies schon lange lernen können von unserem »Böhmischen Dorf«, in dem heute noch die Erinnerung an die Heimat der Vorfahren präsent ist und gepflegt wird – präsent in den Namen sowohl auf Türklingeln wie auf Grabsteinen des wunderschönen alten »Gottesackers«, präsent in dem Bemühen, bereits vor 1989 eine Partnerschaft mit dem Herkunftsort aufzubauen. Unsere »Böhmen« sind natürlich voll integriert, sie sind sogar ein gewichtiger kommunalpolitischer Machtfaktor in Sachen Denkmalschutz, sie pflegen aber nach wie vor die Vergewisserung der eigenen – besonderen – Identität in kultureller und religiöser Hinsicht.

Dies Beispiel kann uns immer wieder Geduld lehren, was die Dauer und die Qualität von Integrationsprozessen anbelangt. Es lehrt uns aber auch, dass die Rückversicherung und Vergewisserung in der eigenen Minderheiten-Community, die die anderen zeitweise ausgrenzt, dem verantwortlichen Engagement in der und für die »neue Heimat« keinerlei Abbruch tut.

Was erwähnt werden muss: Die Böhmen erhielten 1737 sofort volle Bürgerrechte (sogar einige Privilegien), sie mussten nicht fürchten, nach Belieben wieder weggeschickt zu werden. Sie waren Einwanderer.

Die sich erst seit wenigen Jahren deutlich spürbare, stärkere Positionierung der »Ausländer« in Communities beziehungsweise Verbänden und Vereinen spiegelt ihre rechtliche Lage wider beziehungsweise den durch ein neues Einwanderungsgesetz dringend zu stablisierenden Zustand. Die Sprecher der Communities sind meist deutsche Staatsbürger, die jedoch größten Wert auf ihre nicht-deutsche kulturelle Prägung legen und deren Achtung erwarten.

Diese Akzeptanz partieller und/oder temporärer Abgrenzung (die möglicherweise auch von den Bewohnern des Gastlandes eingefordert wird) ist die andere, für manche neue, auf jeden Fall gewichtiger gewordene Seite der Medaille »kommunale Kulturarbeit in der multiethnischen Gesellschaft«. Sie ist für unsere kulturpolitischen Leitgedanken in Neukölln von grundlegender Bedeutung, denn wir haben es mit vielen dieser Communities zu tun. Es ist letztlich die – zumindest temporäre – Akzeptanz gleicher Augenhöhe.

Die Berücksichtigung in dem Modellprojekt-Bündel »Entimon« des *Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Senioren* mit unserem Konzept »Kulturnationen Neukölln« bot uns die Chance, mit ein wenig Geld und ein wenig personeller Verstärkung die Communities besser kennen zu lernen und sinnvolle Begegnungsanlässe anzubieten. So erfanden wir die »längste Kaffeetafel der Welt«, an die Neuköllner Communities sich und die Gropiusstädter – als »blind date« – zu jeweils landesüblichem Kaffeeklatsch an landesüblicher Kaffeetisch-Ästhetik einladen konnten; wir veranstalten das »Internationale Spielefest«, bei dem viele Communities und Vereine sich gegenseitig ihre beliebtesten (Brett-)Spiele vorstellen und zusammen spielen. Ein Ergebnis: Die »Internationale Caromm-Meisterschaft« (ein indisches Spiel) findet nun in Neukölln statt.

»Kiez International« in der »Contact Zone«

Die Griechen laden die Polen ein, die Russen die Italiener, die türkischen Senioren die Inder: Man lernt sich kennen, Menschen sprechen miteinander. Oft, aber nicht immer sind Deutsche deutscher Herkunft dabei.

Hinter all diesen Anlässen steht der Versuch, Kulturarbeit als Kommunikator, Mediator, Mauerspecht zu nutzen, in dem Sinne von Tomas Ybarra-Frausto, *Rockefeller Foundation New York*, als »transcultural contact zone«[2] zu konzipieren und anzubieten. Kulturarbeit, Kulturprojekte bieten die Bühne, auf der sich Menschen unterschiedlicher Kultur, auf der sich multiethnische Communities präsentieren, anbieten, um Partner werben können – nicht in der Erwartung, dass da gleich eine glückliche Ehe und viele Kinderchen entstehen, sondern in der Hoffnung, dass unterschiedliche Menschen unterschiedlicher Kulturen sich begegnen. Die Bühne allerdings sollte nicht selbst die Botschaft sein, sondern die auf ihr Agierenden, und sie wird durch diese unterschiedliche Prägungen annehmen.

Formelhaft lassen sich die Grundlinien von Kulturarbeit im multiethnischen Neukölln folgendermaßen umreißen:

- Konzeption des lokalen Kulturangebots als Weltkultur – unter Berücksichtigung sozialer und ethnischer Besonderheiten;
- Verständnis der lokalen Kulturarbeit als »Kontaktzone« von Gleichberechtigten unterschiedlicher ethnischer Prägung.

Dazu treten Selbstverständlichkeiten, dennoch nicht unwichtig: So ist von Anfang an ein Vertreter nicht-deutscher Neuköllner Kulturprojekte Mitglied in unserem Kulturbeirat, der über Projektgelder entscheidet; in den dem Kulturamt zugehörigen Einrichtungen gibt es keine besonderen »Ausländerprogramme«, sie sind selbstverständlich in die Programme integriert. Wenn das Heimatmuseum Ausstellungen zum Beispiel über Neuköllner Gewerbe und Wirtschaft oder – wie jüngst – über Liebe in Neukölln macht, so sind selbstverständlich auch Menschen nicht-deutscher Herkunft Gegenstand des Interesses.

Dennoch wissen wir, dass wir viele Neuköllner – und unter diesen vielen sind besonders viele nicht-deutscher Herkunft – nicht erreichen mit unseren Angeboten. Vor allem mit den fundamentalistischen Moslems, die zu einigen der 23 Moscheen Neuköllns – neben der großen, bekannten Moschee am Türkischen Friedhof gibt es viele uns unzugängliche Moscheen in Höfen und auf altem Industriegelände – pilgern, und vor allem mit ihren Frauen haben wir keinen Kontakt. Daran wird sich auch nichts ändern, wenn ihre Bereitschaft nicht wächst, sich deutscher Realität gegenüber zu öffnen. Ich hoffe, das wird sich im Laufe der nächsten Generationen ändern, denn multiethnische Gesellschaft muss Kommunikation und Bereitschaft zu Veränderung beinhalten. Als bei dem jüngsten »Neuköllner Grundschul-Theater-Festival« eine kleine Zirkus-Revue einer Schule, die nicht mehr die gewünschten drei deutschen Schüler pro Klasse findet, vorgestellt wurde, balancierte strahlend und stolz ein kleines, vielleicht zehnjähriges Mädchen

2 Vortrag von Tomas Ybarra-Frausto bei dem »7. Forum Globale Fragen« zum »Dialog der Kulturen« im *Auswärtigen Amt* am 16. Mai 2002.

auf einer großen Trommel, angetan in einen hellblauen Gymnastik-Anzug, den Kopf sorgfältig bedeckt mit einem Kopftuch. Die Lehrerin hatte mir von langen Kämpfen mit dem Vater erzählt, das Mädchen, das doch so gerne wollte, mitmachen zu lassen in der *Zirkus-AG*. In zwei Jahren sei das vorbei für die Kleine, meinte sie, viele ähnliche Erfahrungen erinnernd: Einer Frau könne so viel Leichtfertigkeit nicht erlaubt werden. Ich werde die Augen des Mädchens unter dem Kopftuch nicht vergessen – da leuchtete Lust auf Zukunft. Irgendwann wird sie sich diese Zukunft nicht mehr wegnehmen lassen.

THOMAS FLIERL

Interkultur als Aufgabe der Kulturpolitik

Kunst und Kultur – und damit auch der Kulturpolitik – wird in der Diskussion um die Lösung der Probleme von Migration und Integration häufig eine besondere Rolle zugewiesen, die auf der Annahme basiert, dass Kultur grundsätzlich geeignet ist, Brücken zwischen unterschiedlichen Kulturen zu schlagen, Verbindungen zwischen unterschiedlichen Welten herzustellen und damit befriedend zu wirken. Dieser hohe Anspruch kann nur selten eingelöst werden, denn es liegen ihm zwei fundamentale Missverständnisse zu Grunde:

Erstens: Kultur löst keine Probleme.
Die Konfliktfelder in einer multikulturellen Gesellschaft haben vielschichtige Ursachen, die mit künstlerischen Mitteln zwar thematisiert, nicht aber beseitigt werden können. Kulturarbeit kann weder bei jugendlichen Migranten religiösen Dogmatismus oder gar Fanatismus, noch bei deutschen Jugendlichen Rechtsradikalismus aufbrechen oder auflösen. Als Integrationsfaktor spricht Kultur eher die sinnlich-mentale Ebene und die intellektuelle Wahrnehmung an, verfügt aber nicht über die Instrumente zur Lösung zentraler gesellschaftlicher Probleme. Kultur ist in der multikulturellen Gesellschaft komplementär zu anderen Politikfeldern, und sie kann nur dann ihre Wirksamkeit entfalten, wenn sie als Teil einer gesamten Integrationsstrategie gesehen wird.

Zweitens: Kunst ist international, aber nicht automatisch interkulturell.
Aus der Tatsache, dass zeitgenössische Kunst fast immer international ist, wird gerne die Schlussfolgerung gezogen, dass deren Vermittlung und Rezeption selbstverständlich interkulturell und damit auch integrativ wirkt. Mit dieser Vermischung der Begriffe »international«, »interkulturell« und auch »integrativ« werden Ansprüche an die Kunst gestellt, die sie nicht einlösen kann. Es ist Aufgabe der Kulturpolitik, die Unterschiede zu definieren und zu benennen und die Wech-

selbeziehung zwischen »Internationalität von Kunst« und »interkultureller Wirkung der Kunst« zu fördern.

Das Berliner Modell einer interkulturellen Förderung hat von Anfang an zwei Komponenten vereinigt, die aus meiner Sicht unabdingbar zusammen gehören: einerseits die Förderung der kulturellen Identität und andererseits die Förderung des interkulturellen Dialogs. Es ist notwendig, die ethnischen Minderheiten in ihrer eigenen Kulturarbeit zu unterstützen und damit die Verortung der Minderheiten in der Berliner Kulturlandschaft zu ermöglichen.

Auf der anderen Seite müssen Strukturen geschaffen und Angebote ermöglicht werden, die den interkulturellen Austausch und die interkulturelle Begegnung fördern. Dazu gehört in Berlin zum Beispiel die Unterstützung des türkischen Theaters *Tiyatrom* oder des *Russischen Kammertheaters* in der *Kulturbrauerei*, aber auch des internationalen Theaterfestivals »Dialog«, das in diesem Jahr zum achten Mal und mit zunehmendem Erfolg im *Ballhaus Naunynstraße* durchgeführt wurde. Dazu gehört natürlich auch das weitverzweigte Netz der Städtepartnerschaften Berlins und die Zusammenarbeit mit der wachsenden Zahl der hier ansässigen Kulturinstitute anderer Staaten.

All dies sind Beispiele konkreter Handlungsfelder, die nicht von sich aus oder jedes für sich interkulturelle Wirkung entfalten, sondern in ihrer Summe ein Klima schaffen können, in dem eine Verortung ethnischer Minderheiten in unserer Gesellschaft möglich erscheint und der Tendenz zur allgemeinen Globalisierung ihre Grenzen aufgezeigt werden. Die Bewahrung der kulturellen Vielfalt ist ein wichtiges kulturpolitisches Ziel, das in einer multikulturellen Gesellschaft nur über den Weg der interkulturellen Kulturarbeit zu erreichen ist. Integration statt Ausgrenzung, Pflege und Bewahrung vieler Identitäten statt Gleichmacherei sind wesentliche Parameter einer solchen Kulturarbeit. Berlin ist hier – auch im Vergleich mit anderen europäischen Metropolen – durchaus auf einem guten Kurs, den ich trotz finanzieller Zwänge in den nächsten Jahren beibehalten werde.

INKA MANTHEY

Interkultur als Aufgabe Hamburger Kulturpolitik

Hamburg ist stolz auf seine Weltoffenheit – und schon immer verbindet man sie mit der Hansestadt. Aber Weltoffenheit ist keine Stufe, die man einmal erklommen hat, sondern eine Einstellung, die man ständig am Leben erhalten muss.

Aber was macht eigentlich die Weltoffenheit dieser Stadt aus?

Natürlich ist das der Handel mit aller Welt. Natürlich sind das die konsularischen Corps und die vielen Messen und Kongresse, unsere Städtepartnerschaften und sogar die Olympia-Bewerbung. Vor allem aber – und das ist das Entscheidende – zeigt sich die wirkliche Weltoffenheit in der gelebten, kulturellen Vielfalt unseres Alltags.

Stephan der Heilige, der erste König der Ungarn, hat um das Jahr 1000 gesagt: »Ein Land mit nur einer Sprache und einer Sitte ist schwach und gebrechlich. Darum ehre die Fremden und hole sie ins Land.« Das ist eine Anschauung, von der es in der Geschichte viele Beispiele und viel Bestätigung gibt.

In Hamburg leben über 260 000 Ausländer, das sind 15,1 Prozent der Bevölkerung. Darüber hinaus gibt es viele Migranten, die bereits die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben.

Aus dieser Szene heraus haben sich über 200 Kulturinitiativen in Hamburg entwickelt, die unser Leben mit ihren Festen, ihrer Küche und ihren Künsten bereichern. Sie geben allen Hamburgern die Möglichkeit, in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft andere Kulturen kennen zu lernen und Gespräche mit Menschen aus aller Welt zu führen. Eine Szene, die Hamburgs Stadtbild, seine Gesellschaft und unser Leben sehr geprägt hat und über Jahrhunderte zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

Die Auseinandersetzung und Konfrontation mit fremden Kulturen haben aber auch Abgrenzungsmechanismen in Bewegung gesetzt. Auf der einen Seite entstehen Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz – auf der anderen Seite zieht man sich in rückwärtsgewandte Traditionspflege und Fundamentalismus zu-

rück. Beides blockiert die Integration von Migranten und bremst die Entwicklung unserer demokratischen Gesellschaft.

Es stellt sich also die Frage, was eine Kulturpolitik leisten kann, um die Integration der Migranten und einen gleichberechtigten Dialog zwischen den Zugewanderten und den Einheimischen zu fördern.

Einerseits ist es wichtig, die Freiheit der Kunst zu gewährleisten, sie nicht zu instrumentalisieren, um gesellschaftspolitische Defizite auszugleichen. Andererseits sind Künstler unsere Avantgarde, sind oft Vorbilder für neue Lebens- und Gestaltungsformen. Damit tragen auch sie eine Verantwortung.

Kulturveranstaltungen sind Treffpunkte für Menschen, die neugierig sind auf neue interessante Präsentationen. Sie bieten Begegnungen und Gesprächsanlässe. Sie können im gemeinsamen Erleben Brücken zwischen sich vorher noch fremden Menschen bauen. Somit wird auch von der Kulturpolitik zu Recht erwartet, dass auch sie zur Integration von Migranten beiträgt und entsprechende künstlerische interkulturelle Projekte gezielt unterstützt.

Wichtig und unverzichtbar sind Kontakte und Erlebnisse mit Kulturen durch Gastspiele von ausländischen Ensembles auf Theater- und Musikbühnen. Doch nicht weniger wichtig ist für eine Kulturpolitik die Gestaltung des Zusammenlebens von verschiedenen Kulturen vor Ort.

Die Hamburger Kulturpolitik fördert seit Jahren Hamburger Kulturinitiativen, Künstlerinnen und Künstler verschiedener kultureller Herkunft. Ziel war es bisher, ihnen zu ermöglichen, ihre kulturelle Identität zu bewahren und weiterzuentwickeln, ihre Kunst und Kultur öffentlich zu präsentieren und den gleichberechtigten Dialog der unterschiedlichen Kulturen zu stärken.

Kulturelle Identität beruht jedoch schon lange nicht mehr auf eindeutigen, ethnischen Zuordnungen und so genanntem landestypischen Brauchtum. Vielmehr werden die Menschen von der Vielzahl von kulturellen Erfahrungen und Begegnungen geprägt. Wolfgang Welsch formte dafür den Begriff der »Transkulturalität«.

Die internationalen Märkte und die neuen Medien tragen zur Auflösung der traditionellen Gefüge bei. In der Popmusik und im Jazz ist am deutlichsten zu erkennen, wie Einflüsse unterschiedlicher Kulturen immer wieder neue Stile bilden und ein internationales Publikum finden. Und das ist kein neues Phänomen. Wir entdeckten schon immer in vielen uns vertrauten Musikkompositionen Einflüsse verschiedenster Kulturen – denn schon immer schöpften deutsche, europäische und nordamerikanische Komponisten von Klassik bis Pop gern aus dem Repertoire der ganzen Welt.

Durch die neuen Mitbewohner können wir auch andere Erfahrungen machen: Wie verändert sich Kunst, wenn Künstler in einer neuen Umgebung leben? Welchen Einfluss behalten die Herkunftskulturen und welchen Einfluss bekommt das neue Lebensumfeld? Was verändert sich in der uns bekannten Kunst, wenn Migranten sie gestalten? Interpretiert zum Beispiel ein türkischer Regisseur unsere Klassiker anders?

Die *Kulturbehörde Hamburg* unterstützt diese spannenden kreativen Prozesse und die kulturelle Vielfalt, da unsere Stadt ihr ihre Lebendigkeit verdankt. Sie fördert daher die kulturellen Leistungen der in Hamburg lebenden Migranten zusätzlich durch ein eigenständiges Fachreferat und mit einem eigenen Haushaltstitel in Höhe von 283 000 € pro Jahr.

Sie trägt aber auch den neuen Entwicklungen Rechnung und hat jetzt den Schwerpunkt von der Förderung von Ausländerkultur mehr auf die Förderung von interkulturellen Projekten verlagert. Diese Förderung soll innovative gestalterische Formen ermöglichen, die durch verschiedene kulturelle Wurzeln entstehen. Als herausragendes Projekt hat sich daraus das interkulturelle Festival »eigenarten« entwickelt, das jährlich die von einer Jury ermittelten Highlights aller Sparten aus diesem Bereich präsentiert. Dabei zeigen interkulturelle Künstlerinnen und Künstler aus Hamburg nicht nur ihre eigenen »Arten«, sondern auch ihre Sichtweisen auf diese Gesellschaft. Sie halten uns dadurch einen Spiegel vor. Sie geben uns dazu die Chance, auch Autoren und Komponisten aus ihren Herkunftsländern kennen zu lernen.

Von einer erfolgreichen Integration der Zugewanderten kann aber erst dann die Rede sein, wenn die Chance zur Partizipation und Gestaltung für sie auf allen Ebenen gegeben ist.

Und auch hier zeigt sich in Hamburg die Internationalität der Kultur:

- Das *Hamburg Ballett* verdankt seine Erfolgsgeschichte dem Amerikaner John Neumeier.
- Durch die Besetzung der Leitung der *Kulturfabrik Kampnagel* mit der Kroatin Gordana Vnuk ist es gelungen, durch ihre interessante und abwechslungsreiche Mischung aus Eigenproduktionen und nationalen sowie internationalen Gastspielen den über Hamburg hinaus reichenden Ruf *Kampnagels* als international anerkannten Ort für Avantgardetheater weiter zu festigen. Für die Sommerfestivals »Laokoon« verpflichtet Gordana Vnuk Festivalleiter, die aus anderen Kulturen kommen und allen Hamburgern authentische Theaterproduktionen anderer Nationalitäten nahe bringen.
- Die Kultursenatorin, Frau Dr. Dana Horáková, hat deutsch-tschechische Vorfahren.
- Der neue Leiter des *Kunstvereins* in Hamburg, Herr Yilmaz Dziewior, hat polnisch-türkische Wurzeln.

Von einer vollständigen Integration kann jedoch erst dann die Rede sein, wenn auf allen gestalterischen und Kultur prägenden Ebenen und in allen Kulturinstitutionen Menschen mitwirken, deren eigene kulturelle Herkunft einen Spiegel der Gesellschaftsstruktur darstellt. Das wird auch in weiterer Zukunft ein Leitmotiv für die Hamburger Kulturpolitik sein.

Da es auch weiterhin neue Zuwanderungen geben wird, und die neuen Hamburger die verschiedenen Prozesse der Integrationsstufen durchwandern müssen, wird es auch weiterhin Aufgabe der Kulturpolitik bleiben, diese unterschiedlichen

künstlerischen Entwicklungsprozesse zu fördern. Denn nur wer sich mit seinen »Eigenarten« verstanden und angenommen fühlt, ist zu einer Integration bereit und fähig.

Oliver Scheytt

Interkulturelle Kulturarbeit in Essen – eine Defizitanalyse

Die Stadt Essen ist eine der wenigen Großstädte in Deutschland, die bereits seit den 1980er Jahren ein umfassendes »Konzept für die kulturelle Arbeit« entwickelt und in ihren Ratsgremien beschlossen hat. Motor des Prozesses innerhalb der Stadt waren die für Stadtentwicklung und für soziale Fragen zuständigen Akteure. Kulturdezernat und Kultureinrichtungen waren und haben sich daran kaum beteiligt.

Im Rückblick muss die fehlende Auseinandersetzung mit der Frage, wie und in welcher Form Kulturpolitik und Kulturarbeit an Entwicklung und Umsetzung des Konzepts für die interkulturelle Arbeit der Stadt Essen mitwirken könnten, als ein Defizit empfunden werden. Inzwischen ist das Defizit erkannt. Interkulturelle Fragestellungen spielen auch im Bereich der Kulturpolitik im engeren Sinne jenseits des 1999 aktualisierten und verabschiedeten Konzeptes nunmehr eine stärkere Rolle. Zudem hat sich die Einrichtung *Ethno Art Ruhr* entwickelt, die ganz wesentlich dazu beiträgt, dass in der Stadt die interkulturelle Herausforderung auch in Mitteln und Formen der Kulturarbeit angenommen wird.

Dieser Beitrag zeichnet zum einen den Weg der Arbeit am interkulturellen Handlungskonzept im Sinne einer »Defizitanalyse für Kulturpolitik« nach und skizziert zum zweiten *Ethno Art Ruhr* mit seinem beispielhaften Ansatz.

Der Weg zum interkulturellen Handlungskonzept in der Stadt Essen

Im Jahr 1986 hat der *Rat der Stadt Essen* das »Handlungsprogramm zur Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen« beschlossen und damit Leitlinien für die städtischen Bemühungen zur Integration ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner festgelegt.

Mehr als 10 Jahre später wurden die damaligen Zielvorstellungen und Handlungsvorschläge überprüft, und es wurde ein neues Konzept für die Ausländerar-

beit in der Stadt erarbeitet. Die damit beauftragte Projektgruppe hat zunächst als Arbeitsgrundlage die Veröffentlichung »Informationen zur Lebenssituation nichtdeutscher Einwohnerinnen und Einwohner« erarbeitet (*Informationen und Berichte zur Stadtentwicklung der Stadt Essen*, Band 93). Die weitere Bearbeitung des Konzeptes wurde als kooperativer Planungsprozess angelegt, gesteuert insbesondere von der *RAA/Büro für interkulturelle Arbeit*. Von Beginn an wurden Vertreter aller in diesem Zusammenhang relevanten Institutionen an der Problemdefinition, der Zielfindung, der Entwicklung von Handlungsstrategien und deren Umsetzung beteiligt. Bei einer »Auftaktveranstaltung zur Erarbeitung eines Konzeptes für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen« im März 1997 beteiligten sich dementsprechend Akteure der kommunalen Migrationsarbeit und Migrationspolitik wie Vertreterinnen der Ratsparteien, des Ausländerbeirates, der relevanten Ämter und Behörden, von Wirtschaftsverbänden und aus der Wohnungswirtschaft, aus den Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden und der Wissenschaft.

Bei der Auftaktveranstaltung im Jahr 1997 wurden die wesentlichen Probleme aus Sicht der Betroffenen und der vertretenen Institutionen benannt und Verfahren zur Erarbeitung von Problemlösungen vereinbart. Sodann wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, die folgende Themenschwerpunkte bearbeitet haben:

- Beschäftigung, Berufsausbildung, Arbeitsmarkt,
- Elementarerziehung,
- Schule,
- Kinder- und Jugendarbeit,
- soziale Betreuung und Beratung,
- Wohnen, Wohnumfeld und Stadtteil,
- interkulturelle Konflikte,
- nichtdeutsche Jugendkriminalität.

Merkwürdigerweise sind schon zu dieser Auftaktveranstaltung die Akteure in der Kulturarbeit nicht dezidiert eingeladen worden. Dies mag seinen Grund auch darin haben, dass die wesentlichen Akteure aus dem sozialen und stadtentwicklungspolitischen Bereich den (traditionellen) Einrichtungen der Kulturarbeit wie Museen, Theatern, Musikschulen usw. kaum eine Entwicklungschance hinsichtlich dieses so wichtigen stadtpolitischen Handlungsfeldes zuweisen. In der Tat gibt es in all diesen Einrichtungen auch bundesweit nur wenige vereinzelte Ansätze interkultureller Arbeit, obwohl sowohl Kunst- und Kulturproduktionen als auch das Publikum längst interkulturell geprägt sind. Auch seitens der Kulturpolitik in Essen und der Führung des Kulturdezernates sowie der Essener Kultureinrichtungen sind diese Fragen in den 1990er Jahren weder intensiv noch strategisch diskutiert worden. Umso richtiger scheint es, dass nunmehr – auch durch die Initiativen der *Kulturpolitischen Gesellschaft* – diese Situation in Essen und auch andernorts überhaupt als eine Defizitlage eingeschätzt wird.

Insgesamt hat sich der dezentrale Planungsansatz indes bei der Konzeptentwicklung, die sich in den Jahren 1997 bis 1999 anschloss, bewährt. Er beinhaltete

ein auf Kooperation und Konsens abzielendes Steuerungsverständnis. Die zentrale Projektgruppe wurde schließlich um Vertreterinnen und Vertreter aus den einzelnen Arbeitsgruppen erweitert, um den Informationsaustausch zwischen allen Beteiligten sicherzustellen und arbeitsgruppenübergreifende Querschnittsthemen zu diskutieren. Als wesentliches Querschnittsthema hat sich die interkulturelle Öffnung und Sensibilisierung herausgeschält.

Denn in allen Arbeitsgruppen ist sehr deutlich geworden, dass alle mit Migranten befassten Dienststellen und auch andere Institutionen für Fragen der Interkulturalität zu öffnen und zu sensibilisieren sind, um so die Qualität der Arbeit für und mit Migranten zu steigern. Zu den vorgeschlagenen und inzwischen auch weitgehend umgesetzten Maßnahmen gehören die Einstellung bikultureller Fachkräfte, Fortbildungsangebote, Bereitstellung mehrsprachiger Informationen, eine verstärkte Sozialraumorientierung der interkulturellen Arbeit und die Vernetzung der beteiligten Akteure, auch mit dem Ziel, Partizipation und Bürgerbeteiligung zu stärken.

Im April 1999 hat der *Rat der Stadt Essen* sodann das umfassende »Konzept für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen« beschlossen, das in der Publikation *Informationen und Berichte zur Stadtentwicklung* (Nr. 100) veröffentlicht ist. Auf rund 300 Seiten sind alle Analysen, Ergebnisse und Handlungsvorschläge zusammengefasst. Der Gesamtprozess ist zudem von der *Evangelischen Fachhochschule Bochum* im Rahmen einer Begleitforschung beobachtet, ausgewertet und kritisch reflektiert worden. Auch hierzu liegt eine Dokumentation vor.

Auch als Folge davon, dass schon bei der Ansprache der beteiligten Akteure der Kultursektor ausgeklammert blieb, haben trotzt der umfassenden Aufgabenstellung und des integralen Arbeitsansatzes in dem Konzeptionsprozess die Kultureinrichtungen der Stadt Essen im engeren Sinne kaum mitgewirkt. Der Schwerpunkt des Konzeptes und der Handlungsvorschläge bezieht sich demzufolge auf die allgemeinen Lebensbedingungen, die soziale Situation und Bildungsfragen. Nach der Erarbeitung des umfassenden Konzepts für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen ist deutlich geworden, dass auf diesem Feld im Bereich des Kulturdezernates noch ein Defizit besteht. Dieses lässt sich allerdings angesichts der Finanzlage nicht ohne weiteres durch zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen beheben. Es bleibt nur der Weg über die Ausrichtung vorhandener Programme und Angebote auf interkulturelle Themen. Ein besonderer Schwerpunkt im interkulturellen Handlungskonzept ist inzwischen die Sprachförderung. Sozial- und Jugendverwaltung, Schulamt, Kindergärten und Schulen arbeiten eng im Rahmen eines von der *RAA/Büro für interkulturelle Arbeit* koordinierten Programms zusammen. Insgesamt wird hierfür ein Budget aus den unterschiedlichsten Finanztöpfen in Höhe von annähernd 1 Million Euro eingesetzt. In der Kulturverwaltung existieren keine eigenen Finanzansätze für interkulturelle Arbeit, vielmehr werden interkulturelle Projekte aus allgemeinen Kulturfördermitteln unterstützt. Zudem werden aus Mitteln des Ausländerbeirates und des Sozialdezernats zahlreiche Aktionen und Projekte im Feld der Kultur von Migrantinnen

und Migranten bezuschusst. Es hat sich auch bewährt, bei der (ausnahmsweisen) Neueinstellung von Personal auch solche Kräfte zu gewinnen, die Migrationshintergrund haben, wie dies im *Museum Folkwang* bei der Besetzung einer Kuratorenstelle geschehen ist.

Zwar gibt es in Essen noch keine systematische, umfassende interkulturelle Kulturarbeit, doch haben die soziokulturellen Zentren *Zeche Carl* und *GREND* schon seit langem immer wieder Aktivitäten auf diesem Feld entfaltet. Aus diesem Zusammenhang ist mit kräftiger Unterstützung der Stadt und des Landes in letzter Zeit eine Institution neu entstanden, die mit ihrer Programmatik und Arbeitsweise völlig neue Wege interkultureller Kulturarbeit beschreitet und daher hier wegen ihres exemplarischen Charakters vorgestellt wird.

Ethno Art Ruhr

Ethno Art Ruhr ist eine Institution interkultureller Kunst- und Kulturproduktion und ihrer Vermarktung, die seit über fünf Jahren sukzessive auf- und ausgebaut worden ist. Ethno Art Ruhr wird in den nächsten Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Förderung der Migrantenkultur leisten. Die Idee ist in einem Arbeitskreis der Städte Mülheim, Essen und Oberhausen entstanden, der sich der Entwicklung der Kulturwirtschaft widmete. Willi Overbeck, schon Begründer der *Zeche Carl*, hat dort von den besonderen künstlerischen und kulturellen Fähigkeiten der Migranten, insbesondere der zweiten Generation, berichtet. Das »Mix« ihrer kulturellen Prägung von Tradition und Moderne, Orient und Okzident und das Nebeneinander verschiedenster Kulturen und künstlerischer Produktions- und Erlebniswelten, das Willi Overbeck insbesondere im Essener Norden im Umfeld der *Zeche Carl* beobachtete, führte ihn zu der Überlegung, speziell für diese Formen des künstlerischen und kulturellen Ausdrucks eine Organisations- und Raumstruktur zu schaffen. Aus der Idee zu *Ethno Art Ruhr* wurde sodann ein Projekt der *Internationalen Bauausstellung IBA Emscherpark*. Nachdem sich ein Verein gegründet hatte, wurde im Stadtteil Katernberg auf einer der Zechenanlagen von *Zollverein* ein geeignetes Gebäude gefunden am Rande des Gründerzentrums *Tripple Z*, in dem ansonsten junge Unternehmen unterschiedlichster Branchen angesiedelt sind. Von vorneherein war die Idee auf eine Mischung von öffentlichem Treffpunkt, Talentförderung, Professionalisierung, Produktion und Präsentation angelegt. Analog der Herkunftsgeschichte dieser Idee im *Arbeitskreis Kulturwirtschaft* geht es darum, Mischfinanzierungsformen aus kommerzieller Vermarktung, Disco und Gastronomie mit sozialen und bildungsgeleiteten Angeboten herzustellen. So besteht der zentrale Ansatz des Konzeptes darin, pädagogische interkulturelle Arbeits- und Denkansätze mit Möglichkeiten der wirtschaftlichen Verselbständigung zu verbinden. Wirtschaftliche Erträge werden zur Förderung junger Talente reinvestiert. Der Produktionsprozess ist verknüpft mit den Werkstattbereichen Musik, Artistik, Tanz, Theater, Gestaltung, Öffentlichkeitsarbeit, Vermarktung und Vermittlung. Lernen und Arbeiten, Aktion und Reflexi-

on bilden eine Einheit, bei der fähige, praxiserfahrene MusikerInnen, ArtistenInnen, TänzerInnen, GestalterInnen, TechnikerInnen und HandwerkerInnen ausgebildet werden und einen Arbeitsplatz finden.

So ist *Ethno Art Ruhr* etwa inzwischen ohne weiteres in der Lage, ein dreitägiges Bühnenprogramm im Rahmen des Stadtfestes »Essen.Original« mit eigenen Künstlern und Gruppen zu bestreiten. Zahlreiche Veranstalter in Essen und Region engagieren regelmäßig und zunehmend häufiger Protagonisten von *Ethno Art Ruhr*.

Ethno Art Ruhr organisiert seit dem Jahr 2000 den jährlich stattfindenden »Carnival der Culturen«, einen großen Umzug in Essen mit zahlreichen (interkulturellen) Gruppen aus Stadt und Region, aber auch von auswärts. Dieser wird durch Workshops an Schulen vorbereitet, so dass der Carnival auch vorlaufende und nachhaltige Wirkung entfaltet.

Im Gebäude von *Ethno Art Ruhr* hat sich mittlerweile eine der bedeutendsten CD-Produktions- und Vertriebsfirmen für Weltmusik, der *NRW-Vertrieb*, angesiedelt, wodurch sich erhebliche Chancen zur weiteren Professionalisierung und wirtschaftlichen Prosperität ergeben haben.

Das Beispiel *Ethno Art Ruhr* zeigt, dass Kulturpolitik, interkulturelle Arbeit und Arbeitsmarktpolitik sinnvoll und mit einem erheblichen gesellschaftlichen »Mehrfachnutzen« verknüpft werden können. Um diesen Weg weitergehen zu können, ist es erforderlich, die Themen Kultur, Interkulturalität und Kulturwirtschaft in bestehenden Programmen zur Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung zu verankern, aber auch spezifische Programme zu entwickeln. Künstlerinnen und Künstler mit Migrationshintergrund können durch Qualifizierungsmaßnahmen zur eigenwirtschaftlichen Betätigung qualifiziert werden. Sie sollten bei der Wahrnehmung von entsprechenden Förderprogrammen unterstützt und begleitet werden. Hilfreich wäre es, wenn auch die Bundesländer und die für Kulturwirtschaftsförderung zuständigen Institutionen diesen Sektor mit seinen besonderen Chancen begreifen und nutzen würden.

Schlussfolgerungen

Die Defizitanalyse interkultureller Kulturpolitik hat am Beispiel der Stadt Essen deutlich gemacht, dass es dringend erforderlich ist, interkulturelle Handlungsansätze nicht nur aus sozialpolitischer Perspektive anzustoßen, sondern sich von vornherein seitens der Kulturpolitik und der Kulturinstitutionen in das interkulturelle Handlungsfeld einzuschalten. Dabei reicht es nicht, Fördertöpfe für interkulturelle Aktivitäten einzurichten. Vielmehr gilt es, strategische Ziele zu formulieren, die alle Kulturakteure dazu bringen, auch interkulturelle Programme und Maßnahmen zu entfalten. Die für die interkulturelle Arbeit engagierten Institutionen und Personen sollten ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass auch der Kulturbereich mit seinen (traditionellen) Möglichkeiten zu beteiligen ist, um sich aktiv einbringen zu können. Kulturpolitik ihrerseits muss interkulturell reflektiert und fundiert werden. Spezifische interkulturell ausgerichtete Institu-

tionen sind – wie das Beispiel *Ethno Art Ruhr* zeigt – in besonderer Weise geeignet, auch neue Chancen der interkulturellen Qualifizierung und kulturwirtschaftlichen Betätigung auszuschöpfen.

JÖRG STÜDEMANN

Multiethnische Stadtgesellschaft und Kulturpolitik in Dortmund

Flüchtlinge, Migranten und Mr. Golam

Mit dem freundlichsten Lächeln von Bangladesh sitzt er im Büro, Anfang Dreißig, sportlich gekleidet, einen Aktenkoffer mit Zahlenschloss sein eigen nennend. Er hat sich durch alle Flure und Etagen hindurch gefragt, um im besten Pidgin-Englisch vortragen zu können, dass er, Herr Golam Khair, der Blumenverkäufer, einen Roman geschrieben habe über sein Schicksal als politischer Flüchtling. »Believe me Sir, it's a true story!« Er habe das Manuskript mitgebracht, immerhin fast 200 Seiten handgeschrieben – und er brauche lediglich eine monatliche finanzielle Unterstützung von 250 € durch die Stadt Dortmund für ein bis zwei Jahre, dann könne er den Text fertig stellen und zur Drucklegung vorbereiten.

Unruhe kommt auf beim Gesprächspartner: Er weiß längst, politische Flüchtlinge, selbst die mit künstlerischer Begabung, werden leicht anstrengend, sie lassen sich als »Projekt« schlecht in die Arbeitsabläufe eines Kulturdezernates integrieren, und sie sind für den politischen Wahlbeamten nicht image-, geschweige denn karrierefördernd. In den zurückliegenden Monaten hatte der Kulturdezernent Begegnungen mit russisch-jüdischen Musikern, mit arabischen und afrikanischen Laienkünstlern, mit dem türkisch-islamisch dominierten Ausländerbeirat, mit einem indonesischen und einem stadtbekannten kurdischen Kulturverein – alle auf der Suche nach finanziellen Förderungen für ihre Aktivitäten, auf der Suche ferner nach etwas Anerkennung und verwertbaren Kontakten zu den städtischen Kultureinrichtungen. Mangelnde Übung kann man ihm nicht vorhalten. Er schaut Herrn Golam Khair geistesabwesend an. Schon instinkthaft spielt der Kulturdezernent gedanklich sein Repertoire erprobter Abwehrreaktionen durch: »Das Ressort ist nicht zuständig. – Die kommunale Haushaltslage lässt keine finanzielle Hilfe zu, nicht einmal deutsche Kulturvereine haben da eine Chance. – Das klingt sehr interessant, schreiben Sie es doch auf! (An der deut-

schen Sprache scheitern die meisten.) – Wir haben so etwas Ähnliches schon mal unterstützt, aber diese Initiative oder dieses Projekt stieß auf keinerlei Interesse. – Oder drohend: Wir sind eine tolerante Gesellschaft, aber Ihr Vorhaben passt nun wirklich leider nicht in die Zeit, Sie könnten das in Ihrem Heimatland auch nicht durchsetzen.« Jedoch bevor er den angehenden Literaten aus Bangladesh abwimmeln kann, wird er Opfer der eigenen Neugier, möglicherweise Opfer auch der eigenen Eitelkeit, als Autorenentdecker reüssieren zu wollen. Verbirgt sich hinter Herrn Golam Khair vielleicht ein zweiter T. S. Naipul?

Erst allmählich soll sich herausstellen: Golam Khair, Absolvent eines Management-Studiums aus Dhakar, hat durchaus einen aufklärerischen Text verfasst, der die Wendungen einer Asylantenbiographie bis zur vogelfreien Existenz als Blumenverkäufer im Dortmunder Nachtleben eindringlich schildert. Das Material benötigte mehrere Überarbeitungen, ehe eine publikationswürdige Form entstände. Schwerer indes wiegt, dass der literarische Debütant sich nicht legal in Dortmund aufhält, nur Schwarzarbeit hat, um sich am Leben zu erhalten und eine Wuchermiete für ein bescheidenes möbliertes Zimmer entrichten zu können, ohne Krankenversicherung prompt erkrankt und überhaupt recht ratlos als Asylbewerber der persönlichen Zukunft entgegensieht. Es kommt, wie es kommen muss. Die Begegnungen von Asylbewerber und Dezernent fallen zeitraubender aus, als es sich der Dezernent zumuten möchte, und ergebnisloser, als es der Flüchtling ertragen kann. Der Kulturdezernent weiß zu wenig über Ausländerrecht und Migrationspolitiken, der Flüchtling hat keine Vorstellung von Machart und Funktionen der deutschen Kulturpolitik.

An diesem Vorgang lassen sich mehrere Sachverhalte exemplarisch verdeutlichen, die eine kulturpolitische Annäherung an die »multiethnische« Gesellschaft und an Kulturen mit Migrationshintergrund immer erschweren: Die Interaktionen von Kulturpolitik und politischen Flüchtlingen aus anderen Ländern oder die Interaktionen von Kulturpolitik und ArbeitsmigrantInnen funktionieren nicht so, wie es einfache Rollenzuschreibungen und wechselseitige Projektionen nahe legen. Als Handlungsgrundlage sind eigentlich weder ein vordergründiger Exotismus noch ein einfaches Bekenntnis zum Humanismus zulässig. Es treffen in der Begegnung von Aufnahmegesellschaft und MigrantInnen ausländischer Herkunft in den meisten Fällen höchst unterschiedliche Kulturen und gesellschaftliche Hintergründe, mithin Verhaltenskonventionen aufeinander, oft auch divergierende Kulturauffassungen. In den religiösen oder politischen Konflikten vieler Herkunftsländer von Migrantinnen und Migranten erhalten kulturelle und künstlerische Äußerungen eindeutige ideologische Funktionen, deren strategische, machtpolitische Bedeutung unumstritten ist. Dieses Zuordnungsschema wird in das Exil mitgenommen, es wirkt nach. Ferner kann individuell – wie oben angedeutet – eine kulturelle Betätigung als ein Kommunikationsmittel eingesetzt werden, um primär politische, wirtschaftliche oder soziale Ziele zu erreichen. Da in der aufnehmenden Mehrheitsgesellschaft selten Qualitätsurteile über fremde Kulturerzeugnisse sachgerecht abgegeben werden können, sind die Chancen für

den strategischen Einsatz von Beiträgen der Migrationskulturen hier hoch – zumal auch die Kulturen der Herkunftsländer und die kulturellen Äußerungen der Migrantengemeinschaften in komplexen Beziehungen zueinander stehen, was eine Beurteilung durch Außenstehende noch wagemutiger erscheinen lässt. Weiter ist das Zusammentreffen von Migrantengemeinschaften inklusive ihrer Kulturen untereinander und mit den Mehrheitskulturen im Aufnahmeland nicht konfliktfrei, von Statusunterschieden wie von politischen Ambitionen gleichermaßen geprägt. Und wenn jetzt noch die Fragen der sozialen Differenz und der jeweiligen außenpolitischen und migrationspolitischen Kontexte im Zusammentreffen von Mehrheitsgesellschaft und MigrantInnen aufgeworfen werden, ist unschwer zu erkennen, dass einfache kulturpolitische Orientierungen für die Phänomene der Interkulturalität und eine multiethnische Gesellschaft kaum zu entwerfen sind.

Es macht eben einen großen Unterschied, ob sich die Kulturpolitik, bereit zu Interaktion und Kulturaustausch, politischen Flüchtlingen oder den zahlenstarken Gemeinschaften der ArbeitsmigrantInnen zuwendet, ob sie sich gar auf Fusionskulturen, transitorische »crossover-Kulturgebilde« einlassen möchte, ob sie die Kreise der Eingebürgerten als Partner aufsucht, ob sie schließlich Begegnungen und Projekte für und mit Milieus türkischer oder griechischer, afrikanischer oder asiatischer, russischer, ukrainischer oder russisch-jüdischer etc. Provenienz organisiert. Schon fällt es schwer, den interkulturellen Dialog in seinem möglichen Facettenreichtum und seiner Komplexität überhaupt sprachlich zu fassen. Dabei war nicht zu entscheiden, ob alltagsnahe Kulturbereiche bis zur Folklore oder Kunstaustausch im engsten, d.h. exklusivsten Sinne als Begegnungsebene aufzusuchen sind. Und bisher wurde noch kein Wort über ästhetische, ethische und politische Ambitionen der kulturpolitischen Akteure in der Mehrheits- oder Aufnahmegesellschaft verloren.

So wenig wir der Tatsache ausweichen können, dass die Bundesrepublik zum Einwanderungsland aufgestiegen ist und wir adäquate politische Antworten für diesen Sachverhalt finden müssen, so wenig lässt sich in Abrede stellen, dass trotz der problematischen Vielschichtigkeit seiner sozialen und kulturellen Zusammenhänge die Gestaltung des kulturellen Dialogs im eigenen Land auf der kulturpolitischen Agenda steht. Sicher ist die Annäherung vor der eigenen Haustür an die Phänomene der Interkulturalität mitunter verstörender als der probate Kulturaustausch in den Weiten der globalisierten Welt – allerdings sind die Begegnungen in intimer Nähe erwiesener Maßen auch menschlich angenehmer, lehrreicher und bereichernder, immer aber unterhaltsamer. Mit diesem tröstlichen Appell ist indes beileibe keine Perspektive für kulturpolitisches Handeln entworfen. Dafür eignet sich als »anspruchsloseste« Zielangabe denkbar das Bestreben, durch geeignete kulturpolitische Initiativen einen Beitrag zur sozialen Integration und zur Befriedung in unserem demokratisch verfassten Gemeinwesen leisten zu wollen – eine Position, die allenfalls eingeschränkt die kulturelle Dialogwilligkeit unter Beweis stellt, sich wohl eher als mutiger Integrationismus

überhebt. Ambitionierter erscheint dann schon das Bekenntnis zu Toleranz als Handlungsgrundlage, das als politisches Diktum nur wirksam bleibt, wenn es nicht im ästhetischen Genuss kultureller Differenz und bei einer umfassenden Relativierung der Werte verharrt. Ein postmoderner Ästhetizismus taugt für die kulturpolitische Annäherung an die multiethnischen Gegebenheiten unserer Stadtgesellschaften ebenso wenig wie schwärmerischer Exotismus oder die Selbstverpflichtung zur Nächstenliebe.

Zukunftstauglicher kann vom Toleranzgebot her abgeleitet das Plädoyer für eine Kultur der Anerkennung kultureller Differenz politische, mithin kulturpolitische Relevanz beanspruchen: Sollten nicht kulturelle Agenturen der Gesellschaft wie Kunst, Bildung, Wissenschaft und Religion vermittelnde Funktionen in sozialen Konflikten zwischen Aufnahmegesellschaft und MigrantInnen, die latent oder virulent immer vorhanden sind, einnehmen können, indem sie zur schrittweisen Erweiterung von Anerkennungsbeziehungen beitragen und Formen gesellschaftlicher Teilhabe fördern? Diese Perspektive im Sinne Axel Honneths jedenfalls erschließt der Kulturpolitik Orientierungen für die praktische Auseinandersetzung mit den kulturellen Äußerungen von Migrantinnen und Migranten im gesellschaftlichen Kontext von Macht- und Durchsetzungsdisparitäten. Es ist im internationalen Maßstab zu beobachten, dass Migration als Massenerscheinung längst zu einem beherrschenden Thema vieler Gesellschaften avanciert ist. In Folge dessen werden wir dazu genötigt, darüber nachzudenken, wie weit wir neue Formen der Andersheit, der Fremdheit zu akzeptieren bereit sind.

Die Annäherung, auch die politisch-strukturelle Annäherung an MigrantInnen und damit Fremde ist keine einfache Angelegenheit, sie verlangt nach Lernbereitschaft und Selbstbefragung. Absichten und Motivationen als strukturierende Momente der Begegnung bedürfen der Offenlegung. Denn wie heißt es treffend bei Julia Kristeva: »Der Fremde, Figur des Hasses und des anderen, ist weder das romantische Opfer unserer heimischen Bequemlichkeit noch der Eindringling, der für alle Übel des Gemeinwesens die Verantwortung trägt. Er ist weder die kommende Offenbarung noch der direkte Gegner, den es auszulöschen gilt, um die Gruppe zu befrieden. Auf befremdliche Weise ist der Fremde in uns selbst: Er ist die verborgene Seite unserer Identität, der Raum, der unsere Bleibe zunichte macht, die Zeit, in der das Einverständnis und die Sympathie zugrunde gehen. Wenn wir ihn in uns erkennen, verhindern wir, dass wir ihn selbst verabscheuen.« (1990: 11)

Was aber ist mit dem Manuskript von Mr. Golam Khair zu veranstalten?

Dortmund – eine Stadt der Zu- und Einwanderung

Die zurückliegenden 140 Jahre der Dortmunder Wirtschaft- und Sozialgeschichte sind ohne Migration und damit Zuwanderung von Fremden nicht vorstellbar: Im 19. Jahrhundert erlebt die Stadt den rasanten Aufstieg vom Ackerbau- und Handelsstädtchen mit kaum 5 000 Einwohnern zum Schwerindustriestandort mit ei-

ner Bevölkerung von über 200 000 Menschen. Den Arbeitskräftebedarf konnten die rasch wachsenden Industrien nur durch die Anwerbung von Umzugswilligen im Osten Deutschlands und später auch in Polen decken. Ende des 19. Jahrhunderts stammen lediglich noch zwei Drittel der Stadtbevölkerung aus Westfalen, der Rest ist zugewandert – vornehmlich aus dem Osten. 1905 arbeiten 95 000 Polen im Kohlebergbau des Oberbergamtsbezirks Dortmund, das ist ein Drittel der gesamten Belegschaft. Nicht anders verhielt es sich in der Eisen- und Stahlindustrie. Die nächsten großen Zuwanderungswellen werden im Dritten Reich durch die Zwangsarbeit ausgelöst, nach dem Zweiten Weltkrieg folgen die Flüchtlinge aus dem Osten Deutschlands und aus Polen, schließlich die »Gastarbeiter« der sechziger und siebziger Jahre. Seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts verzeichnet Dortmund einen neuerlichen Wachstumsschub, bis die Stadt die Bevölkerungsstärke von 620 000 Personen überspringt. Auch die Arbeitsmigration der Nachkriegsjahre hat bekanntermaßen ihre regionalen Herkunftskonjunkturen. Den »Gastarbeitern« der ersten Stunde aus Italien, Jugoslawien, Spanien, Portugal und Griechenland folgten Migranten nach, die aus der Türkei, Nordafrika und Asien stammten. Dass im Laufe der zurückliegenden Jahre der Anteil derjenigen Migranten, die ihren Lebensmittelpunkt nach Dortmund verlegt haben, bereits in der dritten und vierten Generation mit der Familie in der Stadt ansässig sind, berechtigt zu der Aussage, aus der Zuwanderung sei eine Einwanderung geworden.

Heute leben in etwa 75 000 Menschen ausländischer Herkunft aus 160 Ländern in Dortmund, sie stellen damit annähernd 14 Prozent der Stadtbevölkerung. Die Hauptgruppe mit 28 000 Menschen bilden die Migranten türkischer Herkunft, es folgen Jugoslawen mit 4 000 Personen, Griechen in gleicher Anzahl, Italiener mit 3 300 Personen, Marokkaner und Polen in einer Stärke von je 3 200 Menschen, schließlich Portugiesen mit 1 900 und Spanier mit 1 200 Personen. Aus den übrigen EU-Staaten stammen 13 500 Menschen. Als eingebürgerte Migranten gehen die jüdischen Kontingentflüchtlinge aus Russland, etwa 3 000 Menschen, sowie Russlanddeutsche mit beinahe 10 000 Personen nicht in diese Statistik ein. Die Zahl der Asylbewerberinnen und -bewerber beträgt 565 Personen aus 40 Herkunftsländern.

Die regionale Verteilung von Menschen ausländischer Herkunft im Stadtgebiet lässt eine überproportionale Ansiedlung in der Dortmunder Nordstadt, einem Bezirk mit 54 500 Einwohnern und nördlich vom Hauptbahnhof gelegen, erkennen. Hier wohnen immerhin 22 662 Menschen mit Migrationshintergrund, also 41,7 Prozent der Stadtbezirksbevölkerung. Die multiethnische Zusammensetzung im Gebiet geht einher mit einem hohen sozialen Problemdruck: hoher Arbeitslosigkeit, einer über dem Durchschnitt der Stadt liegenden Kriminalitätsrate, stark verbreitetem Drogenkonsum.

Genau in der Nordstadt, deren Sozialstruktur allerdings zu jener Zeit noch kleinbürgerlicher und westfälischer geprägt war, wurde 1909 die *Ballspielvereinigung Borussia*, das eigentlich »sinnstiftende« Sport- und Kulturinstitut der Stadt, gegründet. Es mag an der verbindenden Kraft des Fußballs, es mag an der über

140-jährigen Geschichte von Zu- und Einwanderung und der schnellen, Tradition und Herkunft negierenden Ähnlichkeit industrieproletarischer Lebensverhältnisse liegen, dass der Zuzug der Fremden in Dortmund überwiegend ohne dramatische soziale Spannungen erfolgte und bis heute erfolgt. Die harten Arbeitsbedingungen im Kohlebergbau und in der Stahlindustrie haben Arbeitsmigranten und Einheimische über Jahrzehnte hinweg jenseits von Herkunftsfragen und kultureller Differenz geradezu zwangsläufig zueinander geführt – man war aufeinander schließlich in einem sehr existentiellen Sinne angewiesen. Nicht wenige in der Aufnahmegesellschaft waren zudem zur eigenen Beruhigung vom vorübergehenden Aufenthalt der Fremden überzeugt. Diese Beobachtungen sollen nicht ausblenden, dass sich ansonsten zwischen der städtischen Mehrheitsgesellschaft und den Migranten wenig Verbindendes fand, demnach Segregation an der Tagesordnung war und kein Migrant je in den Kreis des ortsansässig führenden Bürgertums vorgedrungen ist.

Erst in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts greifen Diskussionen über eine angemessene Beschulung von Kindern aus Migrantenfamilien und die gewünschten Integrationseffekte um sich. Jetzt werden auch unter den Gesichtspunkten von Stadtentwicklung und Städtebau Fragen der Migration debattiert, Themen wie soziale und kulturelle Entmischung oder Ghettobildung erörtert. Für die Nordstadt sorgen Entwicklungsprogramme der Stadterneuerung für eine beträchtliche Umgestaltung des Stadtraums. Begleitend entwirft die städtische Sozial- und Kulturpolitik eigene Projekte um das Migrationsthema, die allerdings einer politischen Verständigung und konzeptionellen Grundlegung im Rat der Stadt entbehren.

Bis heute fällt auf, dass zum einen in der Stadtgeschichtsschreibung und im städtischen Selbstverständnis die Themen Migration, Einwanderung und ihre sozialen wie kulturellen Implikationen ungeachtet ihrer tatsächlichen Relevanz nur eine sehr nachgeordnete Rolle spielen. Zum anderen ist eine politische Willensbildung zum Zusammenhang Aufnahmegesellschaft und Migration auf lokaler Ebene ausgeblieben, während die europäische Integration, die Ausrichtung der Städtepartnerschaften oder Kulturaustauschprojekte in der stets weltoffenen Stadt durchaus programmatisch verhandelt worden sind. Zum Komplex Migration haben sich Stadtverwaltung und kommunale Politik mit deutlichem Pragmatismus den Handlungserfordernissen gestellt. Diese Haltung und der sozial-kulturelle Kontext haben vermutlich ideologische Kontroversen von grundsätzlicher Natur glücklicher Weise nicht aufkeimen lassen.

Wie aber ordnet sich das Zusammenleben von städtischer Mehrheitsgesellschaft und Migranten künftig zueinander, nachdem die Industriearbeit ihren lebensprägenden Einfluss – das Dortmund der Gegenwart ist eine Dienstleistungsstadt – eingebüßt hat und sich auch in Migrantenfamilien Zukunftsentwürfe, verglichen mit der Vergangenheit, signifikant gewandelt haben? Wenn zu konzedieren ist, dass wir nicht mehr primär mit temporären Migrationserscheinungen konfrontiert werden, sondern Einwanderung zu bewältigen haben, dann dürfen

wir der Steuerung und Reflexion sozialer und kultureller Phänomene bei aller Begrenztheit unser Gestaltungskraft nicht mehr ausweichen.

Ubi bene, ibi patria

Die Römer meinten, dass die Heimat dort sei, wo man sich wohl fühlte, wo es einem gut erging. Diese Überzeugung könnte als Überschrift und Leitlinie herangezogen werden für die verschiedenen Initiativen von Kulturpolitik, Stadtentwicklung und Jugendhilfe in Dortmund, die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in der Stadt zu verbessern. Dabei unterscheiden sich einzelne Phasen der Wahrnehmung von Migrantenkulturen in der Aufnahmegesellschaft deutlich voneinander.

Phase 1:
In den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts beeinflusst die Idee der europäischen Integration und des europäischen Kulturaustausches die Dortmunder Kulturpolitik in Praxis wie Programmatik. Die Stadt arbeitet eng mit der *Auslandsgesellschaft*, damals *Rheinisch-Westfälische Auslandsgesellschaft*, zusammen, befördert ihre Aktivitäten und entwickelt etliche Kulturkontakte über diese Kommunikationsschiene. Vom gleichen Geist getragen, nämlich einen Beitrag zur Völkerverständigung und zum Kulturaustausch in Europa leisten zu wollen, werden Städtepartnerschaften mit Amiens und Leeds geschlossen, später in den siebziger und achtziger Jahren sollen Partnerschaftsabkommen mit Rostow am Don, Buffalo (USA), Netanya in Israel und dem jugoslawischen Novi Sad folgen, zuletzt eine Städtepartnerschaft mit Xian. Die »Auslandskulturtage« als ein im Zweijahresrhythmus wiederkehrendes internationales Festival erleben ihre Gründung, heute fortgeführt als »Internationale Kulturtage«. Obwohl die genannten Aktivitäten und Einrichtungen nicht auf die sozial- oder kulturpolitische Bearbeitung des Komplexes Arbeitsmigration/Migration gemünzt waren, eröffneten sie vielfach die Gelegenheit, frühe Begegnungen mit den Migrationskulturen in der Stadt zu stiften. Wo es sich anbot, wurden kulturelle Akteure aus dem Umfeld der Arbeitsmigranten, insbesondere mediterraner Herkunft, in die kulturellen Austauschprogramme einbezogen. Diese Art des Kulturaustausches war in der Zeit außergewöhnlich, politisch couragiert und verdienstvoll.

Phase 2:
Die siebziger und achtziger Jahre sind die Boomjahre der Zuwanderung aus dem Ausland bei hoher Fluktuation in der ethnischen Zusammensetzung der Migrantengruppen und rasant kletternden Asylbewerberzahlen. Die »Ausländerpolitik« experimentiert: Ausländerbeiräte als lokale oder regionale Interessenvertretungen werden ins Leben gerufen, Flüchtlingsräte konstituieren sich, Ombudsfunktionen werden installiert. »Wochen des ausländischen Mitbürgers« haben Konjunktur. Die Bildungspolitik schwankt zwischen Integrationsforderung und Förderung der Muttersprachlichkeit.

Um die Lebensqualität in der Dortmunder Nordstadt zu heben, werden in dieser Zeit systematisch Kultureinrichtungen angesiedelt: das *Naturkundemuseum*, das *Bürger- und Begegnungszentrum Dietrich-Keuning-Haus*, später die städtische *Musikschule*. Danach folgen weitere Begegnungseinrichtungen bis zum groß dimensionierten *Kulturzentrum Depot*, einem umgenutzten Straßenbahndepot an der Immermannstraße. Dank umfangreicher Sanierungsprogramme der Stadterneuerung verändert die Nordstadt seit den achtziger Jahren allmählich ihr Gesicht, sie erhält das Image eines vitalen, ethnisch gemischten und bunten Stadtbezirks. Diese Projekte zur Reurbanisierung liegen im Trend der Zeit. Es herrscht das Verständnis vor, Kulturpolitik habe die gesellschaftspolitische Aufgabe, Demokratisierung zu fördern und kulturelle Benachteiligungen auszugleichen. Von spektakulärer Qualität in der Nordstadt war der Ausbau des *Dietrich-Keunig-Hauses* mit angegliederter Eisbahn und integriertem Schwimmbad. Das Vorhaben wurde von Anfang an mit Funktionen für den Kulturaustausch vor Ort bedacht, denn als Ziele der verräumlichten Stadtteilkulturarbeit standen im Katalog unter anderem:

- die Förderung der kulturellen Vielfalt und des Freizeitwertes des Stadtbezirks,
- die Kommunikation, die Kooperation und Beteiligung von Menschen und Gruppierungen verschiedener Generationen und Kulturen im Stadtbezirk,
- die Förderung des Verständnisses verschiedener Generationen und Kulturen.

Seit 1982 operiert das *Dietrich-Keuning-Haus* im Stadtbezirk als Anlaufpunkt und Veranstaltungsort für Vereine, Verbände und Gruppierungen aller Art und ethnischer Zugehörigkeit, mit einem umfangreichen, interkulturell ausgerichteten Programmangebot erreicht es alle Bevölkerungskreise des Stadtteils. Außerdem sorgt das zugehörige Jugendzentrum für die durchgängige Konfrontation mit neuen ästhetischen Mustern der nachwachsenden Generationen – eine Auseinandersetzung, die auch in sozialer und politischer Hinsicht zur Stellungnahme auffordert.

Neben die öffentlich initiierten Projekte treten erfolgreich geführte Einrichtungen der Selbstorganisation. Verschiedene Migrantengruppen gründen und betreiben eigene Begegnungszentren, oft weltanschaulich oder religiös eindeutig orientiert. Die städtische Gastronomie wird farbiger, weil mediterrane und orientalische Küchen beginnen das Sortiment zu erweitern. Die Dortmunder erproben die Speisen der Zugereisten.

Die kommunale Kultur-, Bildungs- und Stadtentwicklungspolitik der siebziger und achtziger Jahre in Dortmund setzt auf die Ausweitung kultureller Betätigungs- und Beteiligungschancen für die Mehrheit der Bevölkerung und auf die Rückgewinnung urbaner Qualitäten in Vorstädten und Vororten. In dieses umfangreiche, dezentral ausgelegte und wirkungsvolle Projekt einer sozialkulturellen Animation auf gesamtstädtischer Ebene sind die »Gastarbeiter«, dann »Ausländerinnen und Ausländer«, darauf die »ausländischen Mitbürger« – die Semantik verrät den Grad zugelassener Nähe und den Status der Benannten – integriert:

auf Stadtteilfesten, bei Folkoreveranstaltungen, im Kontext soziokultureller Praxis soll die kulturelle Benachteiligung der Migrationskulturen im Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft einen Ausgleich finden. Das Kompensationsparadigma beherrscht das Geschehen, aber auch das Bedürfnis nach exotischen Inspirationen.

Phase 3:
Seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts ist klar, welche Migranten und welche Kulturen mit Migrationshintergrund dauerhaft in Deutschland bleiben werden. Die Ausländerpolitik schwenkt auf Zuzugsbeschränkungen um, auf Restriktionen in der Asylpolitik. Der Bevölkerungsanteil ausländischer Herkunft stabilisiert sich in der zweiten und dritten Generation der Zugezogenen bei fast 10 Prozent an der Gesamtbevölkerung. In den Migrationsgemeinschaften überwiegen türkisch-islamische Einwanderer, gefolgt von EU-internen Wanderungsbewegungen. Als neue Erscheinung darf die Aufnahme russisch-deutscher und jüdisch-russischer Migranten gewertet werden. Wenn man nach den dominierenden Trends schaut, kann in der Migrations- und Bildungspolitik der Wechsel von Modellen der Koexistenz und benachteiligungskompensierenden Konvergenz zu Forderungen nach konsequenter Integration festgehalten werden. Die Einwanderung avanciert zur Einbürgerung. Die Aufnahmegesellschaft und die Migranten schließen im Großen wie im Kleinen Integrationsverträge als Ergebnis eines Verhandlungsprozesses und der Einsicht in das Faktische der sozialen Realitäten. Man weiß beispielsweise: der schulische Erfolg der Kinder aus Migrationsfamilien hängt von der Beherrschung der deutschen Sprache ab – diese gilt es fortan intensiv zu fördern.

Integration lautet nunmehr auch die Generalüberschrift der städtischen Kultur- und Stadtentwicklungspolitik für die Auseinandersetzung mit den Migranten in ihrer Mehrheit. Das lässt sich anhand zahlreicher Beispiele dokumentieren. Die Förderung »ausländischer« Kultur- und Sportvereine wird aus den Sonderzuständigkeiten des Ausländerbeirates zurückgeführt in die allgemeine kommunale Kultur- und Sportförderung. Die außerschulischen Bildungseinrichtungen öffnen sich für Nachfrage und Bedarf aus den Migrationsgemeinschaften: vom Sprach- bis zum Computerkurs, vom Training zum Umgang mit der deutschen Bürokratie bis zur Vorbereitung eigener Unternehmensgründungen. Die Dortmunder »Auslandskulturtage« haben sich längst zu einem internationalen Kunstfest gewandelt. Im *Dietrich-Keuning-Haus* und vielen anderen Kultureinrichtungen in freier Trägerschaft begegnen sich Nachwuchskünstlerinnen und -künstler mit und ohne Migrationshintergrund bei Experimenten, die entweder die universellen ästhetischen Codes der Popkultur zur Grundlage haben oder bewusst auf die Fusion der ästhetischen Muster von Aufnahme- und Migrationskulturen abheben. Nicht immer führen die Bewegungen zwischen Distanz und Nähe, zwischen Abschottung und Öffnung zu Verständnis und gegenseitiger Achtung, aber die ernsthafte Wahrnehmung des Anderen ist garantiert.

Als eine besondere Herausforderung erweist sich der Versuch, Beiträge der Migrationskulturen und der Künste aus den jeweiligen Herkunftsländern in die eta-

blierten städtischen Kultureinrichtungen einziehen zu lassen. Erst wenn dieser Schritt als Selbstverständlichkeit anerkannt wird, wenn die entsprechenden künstlerischen Äußerungen kompetent im Diskurs der Künste verhandelt werden, ist der soziale Aufstieg der Kulturen mit Migrationshintergrund bewältigt.

Das tiefgreifendste Projekt allerdings zur kulturellen und sozialen Integration der Migranten in Dortmund hat vor drei Jahren die kommunale Stadtplanung gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung eingeläutet. Unter dem Titel »Urban II – Operationelles Programm für den Stadtteil Dortmund-Nordstadt« wurde mit Fördermitteln der Europäischen Union ein Entwicklungsvorhaben gestartet, das Verfahren des Quartiersmanagements, der gemeinwesenorientierten sozialen Arbeit mit einer Hebung der Kultur-, Umwelt- und Freizeitqualitäten im Stadtgebiet und einer zielgerichteten Förderung lokaler Ökonomien verbindet. Schon im Zustand der Projektentwicklung sind Migrantengemeinschaften aktiv einbezogen gewesen, in der Projektdurchführung gilt dies noch stärker. Insbesondere die Förderung ethnischer Ökonomien, türkischer und griechischer Unternehmerverbände, der Aufbau von Begegnungsorten und die Verbesserung der Schulsituation verdienen hier genannt zu werden.

Wir sind auf dem Weg zu einer Kultur der Anerkennung kultureller Differenz, sobald die aufnehmende Mehrheitsgesellschaft und die Migrationsgemeinschaften sowie die sozialen und kulturellen Milieus mit Migrationshintergrund in einen gewaltfreien Aushandlungsprozess über die gemeinsame gesellschaftliche Zukunft eintreten. Dass dieses Unterfangen ergebnisoffen bleibt, sollte uns nicht entmutigen.

Epilog

Mr. Golam Khair schreibt: »What is going on in my life? I got some problems in Bangladesh. That's why I came to Germany, where here are hundred thousands of problems – sometimes facing with the German people, sometimes facing with the Bangladesh people. It's a peculiar life I'm leading. Oh my God, what is my fault, tell me.« (S. 114)

Literatur

Honneth, Axel (1993): *Kampf um Anerkennung. Zur Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt am Main

Khair, Golam (2002): *The Flowerseller* (unveröffentlichtes Manuskript), Dortmund

Kristeva, Julia (1990): *Fremde sind wir uns selbst*, Frankfurt am Main

Luntowski, Gustav u. a. (1994): *Geschichte des Stadt Dortmund*, Dortmund

IRIS MAGDOWSKI

Zum Beispiel Stuttgart. Von der Normalität interkulturellen Zusammenlebens

I.

Das Konzept »Interkultur« ist ins Hintertreffen geraten. War das interkulturelle Zusammenleben bis vor wenigen Jahren noch eine Zukunftsvision vor allem der kommunalen Politik, macht sich Ernüchterung, ja Enttäuschung breit. Dies kommt insofern überraschend, als die Ausgangsbedingungen für eine interkulturelle Zielperspektive nicht zuletzt der Kulturpolitik vielleicht noch nie so günstig waren wie derzeit. Die Attentate vom 11. September 2001 haben schlagartig bewusst gemacht, wie prekär das Verhältnis zwischen dem Westen einerseits und dem Islam andererseits ist. Ein lange schwelender Konflikt ist im Terror eskaliert. Nunmehr führt der Westen einen »Krieg gegen den Terrorismus«. Es ist der Part der Kultur, daran zu erinnern, dass letztlich nur ein Dialog der Kulturen angestautes Konfliktpotential abzubauen vermag. Militärische Gegenschläge lösen das Problem nicht, so berechtigt sie sein mögen.

In dieser Überzeugung liegt der Hauptgrund, warum seit der Eskalation religiös-politisch motivierter Gewalt zahlreiche Abhandlungen und Bücher erschienen sind, die nach Verständigung und Mäßigung, nach Dialogbereitschaft und Toleranz rufen. Unlängst hat der italienische Literaturwissenschaftler Claudio Magris eine Sammlung von Essays aus den vergangenen fünf bis zehn Jahren veröffentlicht. In einem Text findet sich eine prägnante Umschreibung dessen, was Interkulturalität heute ausmachen könnte. »Kultur bedeutet immer, im Großen zu denken und zu empfinden, über die Verschiedenheiten hinaus das Gefühl der Einheit zu haben, sich bewusst zu machen, dass die Liebe zu der Landschaft, die man vom eigenen Fenster aus sieht, nur lebendig ist, wenn sie sich dem Vergleich mit der Welt öffnet. Wenn sie sich unmittelbar in eine größere

Wirklichkeit einfügt, so wie die Welle ins Meer und der Baum in den Wald.« (Magris 2002: 83)

Von anderer Seite nähert sich der Berliner Rechtswissenschaftler Ulrich K. Preuß in seinem neuesten Buch über »Krieg, Verbrechen, Blasphemie« dem Thema. Preuß ruft zu Toleranz gegenüber dem Anderen auf, wobei er eine ganz spezifische Form von Toleranz meint. »Toleranz umschließt ein breites Spektrum von Haltungen: Sie kann von der schmerzensreich – passiven Duldung über das missmutige Ertragen und die stoische Langmut bis hin zur verständnisbereiten Anerkennung, ja zum liebenden Begreifen des Anderen und der fremden Lebensweise reichen.« (Preuß 2002: 138 f.) Preuß favorisiert diese letzte Form von Toleranz: Toleranz im Sinne einer aktiven Anteilnahme, einer »liebenden« Anerkennung des Anderen.

Magris Definition von Kultur, im Großen zu denken und zu empfinden, und Preuß' Plädoyer für eine Toleranz im Sinne einer verständigungsorientierten Anerkennung umschreiben prägnant, wie eine Politik der Interkulturalität für die Zukunft aussehen könnte. Sie umschreiben überdies, in welchem Sinne der Gedanke der Interkultur in Stuttgart seit rund einem Jahrzehnt traktiert wird.

II.

Interkultur ist in Stuttgart nie zum Fetisch erklärt worden. Interkultur ist bis heute keine explizit formulierte Zielperspektive von Politik. Diese geht vielmehr pragmatisch an die Thematik heran. Interkulturelles Zusammenleben existiert in Stuttgart immer schon, ohne ideologisch verklärt zu sein. Seit Beginn der siebziger Jahre, als die ersten Zuwanderer nach Stuttgart kamen, ist das Neben- und Miteinander unterschiedlicher Kulturen eine Selbstverständlichkeit, die keines theoretischen Überbaus bedarf. Im Gegensatz zu anderen Großstädten in Deutschland, zum Beispiel Frankfurt am Main, oder im europäischen Ausland zum Beispiel Amsterdam, hat es in Stuttgart keine ideologisch geführte Diskussion über die Integration von Zuwanderern und Ausländern gegeben. Immer schon sind die Schwaben dieses Thema mit jener »Gelassenheit« angegangen, wie sie der Badener Martin Heidegger in seiner Philosophie propagiert hat. Während auf nationaler Ebene nach wie vor die Diskussion geführt wird, ob unsere modernen Gesellschaften Zuwanderungsgesellschaften sind, wird in Stuttgart Zuwanderung seit langem als Normalität und vor allem: als kulturelle Bereicherung betrachtet. Zuwanderer sind nicht nur ein materieller, sie sind ein kultureller Gewinn. Das kulturelle Leben wäre nur halb so bunt, nur halb so abwechslungsreich und ungewöhnlich, würden es jene 166 Nationalitäten, die in Stuttgart leben, nicht maßgeblich mitprägen. Gerade in einer Stadt, der eine pietistische Strenge nachgesagt wird, sind es die Ausländer, die Buntheit ins tägliche Leben bringen.

Nun mag die Feststellung von der Interkulturalität als Normalität insofern überraschen, als die Bedingungen dafür, historisch betrachtet, eher ungünstig sind. Heinrich Heine hat einst, in heilloser Übertreibung, die Biederkeit der

Schwaben angeprangert. Er spricht von der »Winkelseeligkeit«, der »Verhocktheit«, der »stolzen Biederkeit« und des »biederen Stolzes« der Schwaben (vgl. Bausinger 1997: 17 ff.). Für unseren Zusammenhang interessant ist der Roman »Auch Einer«, in dem der Schriftsteller Friedrich Theodor Vischer die Zurückhaltung der Schwaben pointiert und eine gewisse Fremdenscheu, ein »Fremdeln«, feststellt. Die Ursachen sieht der Schriftsteller darin, dass die Schwaben mit ihrer Hauptstadt Stuttgart lange vom großen Verkehr, von der Welt ausgeschlossen gewesen sind.

Über Stuttgart heißt es in Vischers Roman: »Hauptstadt in einem Kessel, können nicht oben hinausgucken.« Gleichwohl brachte diese Stadt einen Schiller, einen Mörike, einen Gottlieb Daimler und Ferdinand Porsche und nicht zuletzt den philosophischen Systemdenker schlechthin, Hegel, hervor. Nun findet sich in Vischers Roman allerdings ein Kompliment an die Adresse der Schwaben. Ein Hinweis darauf, dass diese Spezies immer für eine Überraschung gut sind. »Summa: Völklein schwer zu begreifen; Gutes und Schlimmes verknäuelt wie kaum irgendwo.« (Zitate bei Bausinger 1997)

Gewiss, aus solchen Schwabenbildern der problematischen Gattung der Stammescharakteristik lassen sich keine grundsätzlichen Aussagen zur politischen Kultur im Südwesten und in Stuttgart konstruieren. Doch gesteht man diesen romanhaften Sittengemälden wenigstens eine gewisse Aussagekraft zu, so hätte die Integration von Fremden und Ausländern gerade im Südwesten beziehungsweise in der Landeshauptstadt Stuttgart besonders schwierig sein müssen. Jedoch: das Gegenteil ist der Fall. Die Schwaben sind zwar sehr arbeitsam und eher zurückhaltend, doch auf der anderen Seite haben sie den Toleranzgedanken verinnerlicht wie nur selten. Aus gutem Grund ist der Liberalismus im deutschen Südwesten entstanden, ein liberales Bewusstsein, dass dem Fremden und den Fremden seit jeher aufgeschlossen gegenüber steht.

Die Normalität interkulturellen Zusammenlebens hat freilich auch soziologische Ursachen. Der Historiker Hans-Ulrich Wehler hat sich unlängst in der Presse zur Überraschung vieler gegen die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union ausgesprochen. Der Islam sei eine Weltreligion in Gestalt eines militanten Monotheismus, der seine Herkunft aus der Welt kriegerischer arabischer Nomadenstämme nicht verleugnen könne. Was die Bundesrepublik angeht, so habe diese kein Ausländerproblem, sie habe ein Türkenproblem. Apodiktisch hält Wehler fest: Die muslimische Diaspora ist nicht integrierbar. (*Die Zeit*, September 2002, Nr. 38)

Über den Bewusstseinswandel eines ehemals linken Historikers soll hier nicht spekuliert werden; wichtig ist der Hinweis, dass die Bandbreite der Nationalitäten von zugewanderten Menschen Auswirkungen auf ihre Integrierbarkeit hat. Im Gegensatz zu Hamburg, Berlin oder dem Ruhrgebiet entstammen die Zuwanderer in Stuttgart aus vielen unterschiedlichen Ländern; es gibt mehrere, quantitativ starke Nationalitätengruppen, keine dieser Gruppen jedoch ist dominant. In Stuttgart leben 23,8 Prozent Ausländer. Die Landeshauptstadt nimmt damit im

Großstadtvergleich hinter Frankfurt am Main mit 27,8 Prozent den zweiten Platz ein (Statistisches Amt der Stadt Stuttgart). Neben den Einwohnern mit deutscher Staatsangehörigkeit (453 000) stellen Staatsangehörige der Türkei (25 000), Griechenlands (16 000), Italiens (15 000), Restjugoslawiens (14 000) und Kroatiens (14 000) die zahlenmäßig größten Bevölkerungsgruppen. In Stuttgart leben 166 Nationen, darunter 1 600 Menschen aus den USA und Kanada, 65 Argentinier und 458 Brasilianer. Wie in anderen Städten ist die Ausländerzahl in den letzten zwei Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen. 1955 waren es lediglich 10 000 Ausländer, inzwischen sind es 130 000 bei 450 000 Deutschen. Allerdings ist seit ungefähr zehn Jahren die Zahl der Ausländer weit gehend konstant.

Dass keine ausländische Bevölkerungsgruppe dominiert, führt zu einer großen Vielfalt. Hinzu kommt, dass keine Ghettoisierung von ausländischen Mitbürgern zu beobachten ist; es gibt weder türkische noch kroatische oder griechische »Viertel«. Integration setzt bereits zu einem frühen Zeitpunkt, im Kindergarten und in der Schule, ein. Der Dialog der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ist das Ziel einer behutsam vorgehenden Politik der interkulturellen Verständigung. Es sind die relativ günstigen sozialstrukturellen Voraussetzungen sowie parteienübergreifende Initiativen, die dazu geführt haben, dass in Stuttgart jene Spannungen und Konflikte zwischen Einheimischen und Zugewanderten ausgeblieben sind, wie sie in anderen Großstädten zu beobachten sind.

Unlängst hat der *Gemeinderat* der Landeshauptstadt ein »Bündnis für Integration« ins Leben gerufen. Eine der Leitsätze in dem Konzept lautet: »Das Bild von Stuttgart in der Welt hängt sehr eng damit zusammen, wie wir mit der Welt in Stuttgart umgehen.« (Stabsabteilung für Integrationspolitik 2002: 5) Die Politik hat sich auf den Toleranzgedanken verpflichtet. Der nach wie vor festzustellende materielle Wohlstand in der Landeshauptstadt mit einer Arbeitslosenquote von 5,4 Prozent (bei Ausländern allerdings doppelt so hoch) führt dazu, dass keine materiellen Konflikte entstehen.

Eine zentrale Rolle spielt die Kultur. In der Kultur treffen sich In- und Ausländer. Konkurrenzdenken spielt nur eine untergeordnete Rolle. In der Kultur wird verständigungsorientiertes Handeln eingeübt. Stuttgart profitiert von der kulturellen Vermittlungsarbeit vieler Einrichtungen. In der Landeshauptstadt residieren das französische, das italienische und das ungarische Kulturinstitut sowie das *Byrnes-Institut*. Das *Institut für Auslandsbeziehungen* (*ifa*) ist eine weitere Einrichtung, die sich dem interkulturellen Dialog verschrieben hat. Eine besondere, die integrative Wirkung von Kultur nutzende Einrichtung ist das *Forum der Kulturen*, das sich als Dachverband aller nichtdeutschen Kulturvereine und interkulturellen Einrichtungen versteht. Um das deutsch-türkische Miteinander im Speziellen kümmert sich das *Deutsch-Türkische Forum*.

All diese Einrichtungen werden von der Stadt, vergleichsweise großzügig, finanziell unterstützt. Sowohl das *Deutsch-Türkische Forum* als auch das *Forum der Kulturen* erhalten Projektmittel. Im Doppelhaushalt 2002/2003 stehen pro Jahr Gelder in Höhe von rund 220 000 € zur Verfügung.

III.

Entscheidender als die materielle Unterstützung sind jedoch die ideellen Voraussetzungen für ein interkulturelles Zusammenleben. Toleranz ist das eine, Anpassungsbereitschaft das andere. Toleranz bedeutet jedoch nicht, Grundwerte zur Disposition zu stellen. Die Menschen- und Bürgerrechte, der Verzicht auf Gewalt sind unabdingbare Voraussetzungen unserer demokratisch verfassten Gesellschaft. Das gilt auch für die verfassungsrechtlich garantierte Gleichheit von Mann und Frau. Diskriminierungen von Frauen sind in unserer Gesellschaft auch dann nicht legitim, wenn sie religiös motiviert sind.

Das Idealbild eines spannungs- und konfliktfreien Zusammenlebens aller Menschen ist sympathisch, doch taugt es lediglich als regulative Idee. Die Wirklichkeit schlägt der Theorie immer ein Schnippchen. Pragmatismus ist viel versprechender. Diesen Weg sucht Stuttgart, bislang recht erfolgreich, zu gehen.

Literatur

Bausinger, Hermann (1997): »Zur politischen Kultur Baden-Württembergs«, in: Wehling, Hans-Georg: *Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde*, Stuttgart, S. 14-42

Magris, Claudio (2002): *Utopie und Entzauberung. Geschichte, Hoffnungen und Illusionen der Moderne*, München

Preuß, Ulrich K. (2002): *Krieg, Verbrechen, Blasphemie. Zum Wandel bewaffneter Gewalt*, Berlin

Stabsabteilung für Integrationspolitik (Hrsg.) (2002): *Ein Bündnis für Integration. Grundlagen einer Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart*, Stuttgart

JÜRGEN MARKWIRTH

»moving cultures in model city«

Einblicke in das interkulturelle Nürnberg

Nürnberg, eine Stadt mit langjähriger Erfahrung im Bereich von Integration und interkultureller Arbeit, schickt sich an, im anstehenden »Jahrzehnt der Integration« (Dr. Albert Schmid, Präsident des künftigen *Bundesamtes für Integration und Flüchtlinge*) erneut Zeichen zu setzen und die kommunale Integrationspolitik als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben der Stadt nochmals weiterzuentwickeln und zu einem der Schwerpunkte städtischen Handelns zu machen. »Wir setzen uns ein für die Integration aller in Nürnberg lebenden Menschen und ermöglichen ihre Mitwirkung am öffentlichen Leben«, heißt es dazu im vor kurzem verabschiedeten Leitbild der Stadt Nürnberg. Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (*SPD*) sagte diesbezüglich in seiner Antrittsrede unter anderem: »Eine Selbstverständlichkeit des reibungsfreien Zusammenlebens gibt es nicht. Das ist ein Wert, für den zu kämpfen sich auch täglich lohnt. Wir werden unsere Anstrengungen für Integration und Akzeptanz kultureller Vielfalt verstärken.« Auf seine Initiative hin wurde die bisherige Kommission des Stadtrats für Ausländerfragen in *Kommission für Integration und interkulturelle Angelegenheiten* umbenannt. Dass er die Sitzungen dieser Kommission persönlich leiten will, zeigt die Ernsthaftigkeit seiner Bemühungen. Rund zwanzig Jahre nach Verabschiedung eines ersten »Ausländerprogramms der Stadt Nürnberg« im Jahr 1982 soll 2003 mit einem Bericht zum Stand der Integration eine Zwischenbilanz kommunaler Integrationsbemühungen gezogen werden und anschließend Perspektiven für die Zukunft entwickelt werden. Einen Impuls zur Verstärkung der Aktivitäten gab dabei auch die beabsichtigte Umwandlung des *Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge* zum *Bundesamt für Integration und Flüchtlinge*. Dass die künftig wichtigste Bundesbehörde im Bereich der Integration ihren Sitz in Nürnberg haben soll, ermutigt auch die Stadt, sich als »Modellstadt« in diesem Bereich zu profilieren und dabei die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt zu suchen. Auch weiterhin werden neben sozial- und bildungspolitischen Themen kulturpolitische Fragestellungen

und kulturelle Aktivitäten eine wichtige Rolle spielen. Auf dem Weg zu einer gesellschaftlichen Integration, die nicht die einseitige Anpassung der Zuwanderer zum Ziel hat, sondern die Akzeptanz kultureller Vielfalt betont, und die sich nicht auf die (zweifelsohne unverzichtbare) Vermittlung von deutschen Sprachkenntnissen beschränken will, kommt gerade dem Feld der Kultur eine große Bedeutung zu. Nürnberg hat das früher als andere deutsche Städte schon vor vielen Jahren erkannt. So kann beispielsweise das städtische *Amt für Kultur und Freizeit* (*KUF*) mittlerweile auf über zwanzig Jahre Erfahrungen im Bereich interkultureller Arbeit zurückblicken.

Passend zu den Nürnberger Zielsetzungen steht das nächste gemeinsame Kulturprojekt der vier Städte Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach, das im Sommer 2003 unter Federführung der Stadt Erlangen stattfindet, unter dem Titel »moving cultures«. Es wird die Veränderungen urbaner Kultur durch Migration in den verschiedenen Kunstsparten aufzeigen. Ein abschließender großer »Karneval der Kulturen« liefert dabei ein sicherlich höchst publikumswirksames Bild kultureller Vielfalt im Großraum.

Nürnberg spricht jetzt vor allem auch Russisch: Die multikulturelle Stadt in Zahlen

Waren es 1991 noch knapp 70 000 Menschen ohne deutschen Pass, verzeichnete Ende Juni 2002 die amtliche Statistik 86 000 Ausländer aus 155 Staaten. Rechnet man Aussiedler und Eingebürgerte dazu, kommt man auf rund 150 000 »NürnbergerInnen mit Migrationshintergrund«. Wenn also der Ausländeranteil »nur« knapp 19 Prozent beträgt, so ist doch heute schon fast jeder dritte Einwohner der Stadt nicht in Nürnberg geboren oder hat seine familiären Wurzeln in anderen Ecken der Welt! In einzelnen Altersgruppen ist der Anteil noch wesentlich höher. Die aus der Türkei stammenden Nürnbergerinnen und Nürnberger stellen mit rund 21 000 Personen (zuzüglich mehrerer Tausend Menschen, die zwischenzeitlich die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben) auch heute noch den größten Anteil an der nichtdeutschen Bevölkerung. Die meistgesprochene Fremdsprache in der Stadt dürfte aber mittlerweile Russisch sein. Schätzungsweise 40 000 Spätaussiedler, ihre Angehörigen und jüdische Kontingentflüchtlinge sind in den vergangenen zwölf Jahren aus Russland beziehungsweise den GUS-Staaten nach Nürnberg gekommen. Ihr Bemühen um Integration in der neuen Heimat geht oft einher mit der Sehnsucht, vertraute Aspekte russischer Kultur zu bewahren und zu pflegen – eine so nicht erwartete Herausforderung auch der Kulturpolitik. Überhaupt hat es in der Zusammensetzung des Nürnberger Bevölkerungs-Mosaiks über die Jahre die eine oder andere oft kaum beachtete Verschiebung gegeben: Nach den türkischstämmigen Menschen stellen mit den Griechen (10 931), Jugoslawen (8 116) und Italienern (7 543) zwar NürnbergerInnen aus ehemaligen »Anwerbeländern« noch immer die größten Kontingente, aber der Anteil der »Gastarbeiterländer« ist von 84 Prozent im Jahr 1973 auf heute knapp 60 Prozent gesunken. Die »Ost-Erweiterung« der nichtdeutschen Bevölkerung

umfasst neben Menschen aus der Ukraine (3 799) und der Russischen Föderation (2 550) auch 3 553 NürnbergerInnen aus Polen. Mit 3 515 Menschen aus Irak leben doppelt so aus diesem Land in der Stadt wie aus Spanien oder Österreich.

Wer sich also Gedanken über Integration und interkulturelle Kulturarbeit macht, hat es mit einer multikulturellen Großstadtgesellschaft zu tun, deren kulturelle Vielfalt kontinuierlich gewachsen und differenzierter geworden ist.

30 Jahre kommunale Integrationspolitik

Die Stadt Nürnberg zog frühzeitig erste Konsequenzen aus der Tatsache, dass sich immer mehr Menschen aus anderen Ländern dauerhaft in Nürnberg niederließen. Als eine der ersten Städte in der Bundesrepublik wurde bereits 1973 ein *Ausländerbeirat* ins Leben gerufen, der als von der nichtdeutschen Bevölkerung direkt gewähltes Gremium Stadtrat und -verwaltung beraten und die Interessen der nicht wahlberechtigten NürnbergerInnen vertreten sollte. 1982 verabschiedete der Stadtrat das erste »Ausländerprogramm der Stadt Nürnberg«, das sich zum Bemühen um rechtliche und chancenmäßige Gleichstellung ausländischer Familien bekannte und für nahezu alle Handlungsfelder Ziele und Maßnahmen kommunaler »Ausländerpolitik« benannte. Dass darin formuliert war, dass die Stadt von einem »dauerhaften Aufenthalt der in der Stadt lebenden Ausländer« ausgeht, war zu dieser Zeit alles andere als selbstverständlich – der gesellschaftliche Selbst-Betrug vom »Nicht-Einwanderungsland« hielt sich ja bei vielen bis in die jüngste Vergangenheit.

Im Kontext dieses Jahrbuchs gilt es zu betonen, dass bereits in diesem Programm auch der Kulturarbeit Abschnitte gewidmet waren – im bundesdeutschen Vergleich durchaus bis in den heutigen Tag ungewöhnlich. Im Rahmen der Sozialplanung als Teil der Stadtentwicklungsplanung entstanden, war das Ausländerprogramm in seiner Gesamttendenz zwar vom (sozial-)pädagogisch geprägten Gedanken des Ausgleichs von Defiziten, der Behebung von Problemen und der Hilfe beim Einleben in die deutsche Gesellschaft geprägt, doch finden sich darin gerade in den auf die Kulturdienststellen bezogenen Passagen Aussagen zur Öffnung der Angebote für die nichtdeutsche Bevölkerung und zur Notwendigkeit interkultureller Arbeit im Sinne von Angeboten, die die Begegnung von Deutschen und Nichtdeutschen ermöglichen und der deutschen Bevölkerung Kultur und Lebenssituation ihrer nichtdeutschen MitbürgerInnen näher bringen sollen.

Entscheidend dafür, dass es in Nürnberg bereits in den achtziger Jahren zu einer weit über Nürnbergs Grenzen hinaus beachteten interkulturellen Orientierung in der Kultur- und Bildungspolitik kam, war zweifelsohne das Zusammentreffen einer engagierten kommunalen »Ausländerpolitik« mit einer bundesweit wegweisenden, vom damaligen Schul- und Kulturreferenten Professor Dr. Hermann Glaser propagierten Kulturpolitik mit ihren Schlüsselbegriffen »Kultur als Gesellschaftspolitik«, »Kultur für alle« und »Kultur von allen«.

Es war offensichtlich, dass sich in einer multikulturell zusammengesetzten Großstadt wie Nürnberg eine so verstandene Politik selbst ad absurdum führen würde, würde sie sich nur auf den deutschen Teil der Bevölkerung beziehen.

Auch in der 1993 verabschiedeten Fortschreibung des »Ausländerprogramms« werden Aufgaben für eine interkulturell verstandene Kulturarbeit formuliert: »Neben der Aufgabe kultureller Zielgruppenarbeit kommt der Kulturarbeit auch beim Bemühen um ein gesellschaftliches Klima von Akzeptanz und Toleranz eine wichtige Rolle zu. Bei der Verarbeitung des gesellschaftlichen und politischen Wandels zu einer multikulturellen Gesellschaft in einem vereinten Europa, aber auch hinsichtlich des Verhältnisses unserer Gesellschaft zur so genannten ›Dritten Welt‹, hat eine interkulturell verstandene Kulturarbeit eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Sie bietet exemplarisch die Möglichkeit, von der ›Multikultur‹ als bloßem Nebeneinander zu einem interkulturellen, aktiven Austauschprozess zu gelangen.« (Stadt Nürnberg, Referat für Stadtentwicklung, Wohnen und Wirtschaft (Hrsg.): »Ausländerprogramm. Fortschreibung 1993«, Nürnberg 1994, S. 36)

Interkulturelle Kulturarbeit akzentuiert die Chancen und positiven Entwicklungsmöglichkeiten, die in der multikulturellen Stadt liegen, greift gesellschaftliche Probleme mit den spezifischen Mitteln der Kulturarbeit auf und trägt durch entsprechende Zielgruppenangebote für MigrantInnen dazu bei, dass sie sich in Nürnberg »heimisch« fühlen. Gleichzeitig ermöglicht sie der deutschen Bevölkerung das Kennen lernen anderer Kulturen und schafft Begegnungsmöglichkeiten.

Eine ganze Reihe kommunaler Dienststellen und Einrichtungen – im Kultur- und Bildungsbereich neben dem *Amt für Kultur und Freizeit* insbesondere die *Stadtbibliothek* und das *Bildungszentrum* – bemüht sich seitdem regelmäßig, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Die angespannte Haushaltslage der Stadt und fehlende verbindliche Regelungen führten aber dazu, dass vieles, was im letzten »Ausländerprogramm« für wichtig und notwendig gehalten wurde, nicht oder nur teilweise realisiert werden konnte. Die Integrationspolitik geriet im kommunalpolitischen Alltag zeitweise aufs Abstellgleis, war längere Zeit kein großes Thema im Stadtrat und seinen Fachausschüssen. Es blieb dem *Ausländerbeirat* vorbehalten, immer wieder auf Defizite und problematische Entwicklungen hinzuweisen und Anstöße für Projekte wie »Mama lernt Deutsch«, einen *Ausbildungsring Ausländischer Unternehmer*, das Netzwerk für interkulturelle Kommunikation *Xenos Nürnberg* oder das *Netzwerk interkulturelle Mediation* zu geben. Parallel zur bundesdeutschen Integrations- und Zuwanderungsdebatte kam aber auch in Nürnberg frischer Wind in die kommunale Integrationspolitik. Beim 2002 neugewählten Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly rannte der *Ausländerbeirat* mit einem Beschluss, wonach »das Thema Integration, Migration und interkulturelle Verständigung zukünftig ein Schwerpunkt der Kommunalpolitik werden sollte«, offene Türen ein: Bereits in einer seiner ersten Reden machte er deutlich, dass er darin ein erstrangiges Thema aller deutschen Städte in den nächsten Jahren sieht:

»Maßnahmen für Integration und interkulturelle Verständigung sind Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft.« (»Integration ist Zukunftsthema. Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg Dr. Ulrich Maly«, in: *Multikulturelles Nürnberg. Zeitung des Ausländerbeirats*, Nr. 9, Juli 2002, S. 2) Erste Handlungsschritte waren die Einrichtung einer verwaltungsinternen »Koordinierungsgruppe Integration«, der Vertreter aller relevanten Referate und Dienststellen der Stadt angehören, und die Fortentwicklung der bisherigen »Stadtratskommission für Ausländerfragen« zur »Kommission für Integration und interkulturelle Angelegenheiten«, deren Vorsitz der Oberbürgermeister selbst innehat. In dieser Kommission sollen sowohl die Interessen der ausländischen Bevölkerung, als auch der Aussiedler und der Eingebürgerten behandelt werden. Vertreten sind darin Mitglieder des *Stadtrates*, des *Ausländerbeirats* sowie des *Aussiedlerbeirates* und Sachverständige. Dass die herkömmliche Unterscheidung zwischen »Ausländern« und »Aussiedlern« zunehmend obsolet wurde, ist Praktikern seit längerem bewusst. Viele der in den letzten Jahren zugezogenen Aussiedler aus den ehemaligen GUS-Staaten haben vergleichbare Sprach- und Integrationsprobleme wie Zuwanderer aus anderen Ecken der Welt. Dennoch gab es für die beiden Zielgruppen unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten, die mit dem geplanten Zuwanderungsgesetz teilweise angeglichen werden sollen. Mit der Entscheidung, die Ausländer- und Aussiedlerthematik in der kommunalen Integrationspolitik zusammenzufassen, ist die Stadt Nürnberg also auf der Höhe der Zeit und kann damit auch hier Modellfunktion haben.

Ihren Niederschlag sollen die neuen konzeptionellen Überlegungen in einem neuen kommunalen Integrationsprogramm finden. Die Geschäftsführung für die verwaltungsinterne Koordinierungsgruppe, die mit der Programmerarbeitung beauftragt ist, liegt beim *Amt für Kultur und Freizeit* (*KUF*), das auch das »Ausländerprogramm« 1993 mit dem damaligen *Referat für Stadtentwicklung, Wohnen, Wirtschaft* erarbeitet hat. Dabei gilt es, aus den damaligen Erfahrungen zu lernen: War das Programm damals im Wesentlichen auf Grund von Datenanalysen, Experteninterviews und schriftlichen Zuarbeiten der verschiedenen Dienststellen »am Schreibtisch entstanden«, sollen diesmal eine breite Beteiligung von hauptamtlichen »Akteuren« der verschiedenen Handlungsfelder und »Betroffenen«, die Diskussion von Zwischenergebnissen in verschiedenen Gremien und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit für eine nachhaltige Verankerung des Themas sorgen. Nicht zuletzt soll der Stadtratsbeschluss, in den die Arbeit münden soll, verbindliche Umsetzungs- und Controlling-Maßnahmen beinhalten.

Aus der Nürnberger Tradition her ist es dabei selbstverständlich, dass das »Integrationsprogramm« auch dezidierte Aussagen zu den Perspektiven interkultureller Kulturarbeit enthalten soll. Diese Anforderung war auch Konsens bei einem Symposion, mit dem unter dem Titel »Integration ist machbar« im September 2002 eine neue Phase kommunaler integrationspolitischer Diskussionen eingeläutet wurde (vgl. die Dokumentation auf www.xenos-nuernberg.de).

Kultur ohne Grenzen – Das Amt für Kultur und Freizeit *(*KUF*) und seine Arbeit*

Während sich die Kulturarbeit andernorts lange Zeit mit Döner & Flamenco, Souflaki & Saz-Klängen bei der alljährlichen »Ausländerwoche« zufrieden gab und die Zuständigkeit dafür beim Ausländerbeirat oder -beauftragten gesehen wurde, versuchte das *KUF* als »Kind« der Glaserschen Kulturpolitik (siehe oben) von Anfang an in seinen Konzeptionen und Angeboten auch der multikulturellen Zusammensetzung der Nürnberger Bevölkerung gerecht zu werden. Wenn das Amt nun in seinem 2002 beschlossenen Leitbild formuliert, dass es die »Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen« unterstützen, die »Teilhabe möglichst aller Bevölkerungsgruppen an allen kulturellen Angeboten ermöglichen« und beim Themenfeld interkulturelle Kulturarbeit »besondere Akzente« setzen will, knüpft es damit an jahrzehntelange Bemühungen an.

Schon als das *KUF* vor fünfundzwanzig Jahren gegründet wurde, trafen sich im damals ersten städtischen Kulturladen, dem *Kulturladen Rothenburger Straße*, türkische Theater- und Musikgruppen. Dem jungen Amt wurde außerdem die Geschäftsführung für den *Ausländerbeirat*, die Betreuung der sozial und kulturell aktiven ausländischen Vereine und die Federführung in allgemeinen Ausländerangelegenheiten übertragen. Die Geschäftsführung für den *Ausländerbeirat* wechselte 1990 zum Bürgermeisteramt, aus dem Bereich »Kulturelle Ausländerarbeit« wurde das *Inter-Kultur-Büro*, das heute mit einer Vielzahl von Angeboten und Dienstleistungen seinen Beitrag zum interkulturellen Zusammenleben in der Stadt leistet.

Die Information, Beratung, Förderung und Bezuschussung von Kulturvereinen und -initiativen ist auch nach 25 Jahren noch immer ein wichtiges Element der Arbeit. Entsprechend der Ausdifferenzierung der nichtdeutschen Bevölkerung hat sich auch das Vereinsspektrum hinsichtlich Nationalitätenzugehörigkeit und Tätigkeitsfeldern erweitert. Verstärkt nutzen seit einigen Jahren vor allem Vereine der russischsprachigen Bevölkerung, aber auch andere osteuropäische, lateinamerikanische und afrikanische Vereine das *Inter-Kultur-Büro* genauso wie die Vereine aus den ehemaligen »Gastarbeiterländern«, die über lange Jahre die Hauptzielgruppe waren. Die Palette der Vereinsarbeit reicht dabei von der einfachen Veranstaltungs- oder Seminarberatung bis zur gemeinsamen Planung und Durchführung umfangreicher Projekte wie etwa des »Filmfestivals Türkei/Deutschland« mit dem Verein *InterForum*.

Mit der Herausgabe der Programmzeitung *Kultur ohne Grenzen* gibt das *Inter-Kultur-Büro* zweimonatlich einen Wegweiser durch die vielfältigen Angebote des multikulturellen Nürnbergs heraus, der einen Einblick in die kulturelle Vielfalt der Stadt ermöglicht. Durch eigene Veranstaltungen mit Künstlern und Kulturprogrammen aus den Herkunftsländern der in Nürnberg lebenden nichtdeutschen Bevölkerung beziehungsweise in Deutschland lebenden nichtdeutschen Künstlern setzt das *Inter-Kultur-Büro* eigene Akzente im Nürnberger Kulturleben. Besondere Aufmerksamkeit findet dabei die Konzertreihe »Südwind« – »Nürn-

bergs (weltum)spannendste Konzertreihe« (*Abendzeitung*) –, die seit 1989 regelmäßig interessante Musiker aus aller Welt nach Nürnberg bringt – seit einiger Zeit in Kooperation mit der *Tafelhalle* einmal monatlich. Die gemeinsam mit der *Stadtbibliothek* organisierte Lese-Reihe »Literaturlandschaften« feierte im Herbst 2002 ihr 15-jähriges Bestehen. Große Namen wie Manuel Vazquez Montalban oder Aziz Nesin waren dabei ebenso zu Gast wie junge in Deutschland schreibende Autoren wie Nevfel Cumart oder José F. A. Oliver. Die Reihe »Der Internationale Mittwochsfilm« im *Filmhaus* zeigt jeden Mittwoch Filme aus verschiedenen Ländern in Originalfassung mit deutschen Untertiteln und wird so zum Treffpunkt von Muttersprachlern und weltoffenen deutschen Cineasten. Immer wieder entwickelt das Büro in Zusammenarbeit mit Vereinen und anderen Dienststellen sparten- und/oder länderübergreifende Schwerpunktveranstaltungen wie den »Russischen Winter« oder die »Mittelmeerfilmtage«. Seit einigen Jahren wird mit großem Erfolg für die türkischsprachige Bevölkerung fünfmal jährlich das Programmblatt *Kültür* veröffentlicht, das die speziell für diese Zielgruppe interessanten Veranstaltungsangebote zusammenfasst. Seit Anfang 2002 gibt es dazu auch das russisch-deutsche Pendant *Kultura*.

Überhaupt ist das Vernetzen und Koordinieren eine der (nach außen kaum sichtbaren) Haupttätigkeiten des *Inter-Kultur-Büros*: Neben dem oben genannten verwaltungsinternen *Koordinierungskreis Integration* gibt es um das Büro herum eine ganze Reihe themen- beziehungsweise zielgruppenspezifischer Netzwerke: Der *Koordinierungskreis Russische Kulturarbeit* oder die *Projektgruppe Türkische Kulturarbeit* ist dabei genauso zu nennen wie die Zusammenarbeit mit dem Seniorenamt und verschiedenen Wohlfahrtsverbänden im Projekt »Migration und Alter«, die Beteiligung an verschiedensten Arbeitskreisen, die Vermittlung von Kontakten zwischen Vereinen und anderen Dienststellen oder die Realisierung von Projekten mit Vereinen unterschiedlicher Nationalität wie etwa »Folklore ohne Grenzen«. Das Büro ist vielgefragter Kooperationspartner bei verschiedenen Tagungs- und Seminarprojekten im Bereich interkultureller Arbeit und wichtige Anlaufstelle in Sachen Programmberatung und -unterstützung für andere Einrichtungen, Dienststellen und Vereine.

Einen weiteren wichtigen Baustein in der interkulturellen Arbeit des *KUF* bilden die Kulturläden als stadtteilorientierte, dezentrale bürgernahe Kultur- und Begegnungsstätten in Stadtteilen mit hohem Anteil von »Stadtteilbewohnerinnen und -bewohnern mit Migrationshintergrund«. Die Kulturladenarbeit verbindet niederschwellige Gruppen- und Kursangebote, Treffmöglichkeiten für Vereine und Übungs- und Auftrittsmöglichkeiten für künstlerisch Aktive unterschiedlichen Niveaus mit einem profilierten Kulturveranstaltungsangebot.

Wie wichtig die Kulturläden für die interkulturelle Landschaft sind, wurde deutlich, als vor zwei Jahren infolge von Sparbeschlüssen die Schließung einer Einrichtung drohte und der damalige Kulturreferent Dr. Georg Leipold sich mit einer Reihe von Hearings vor Ort selbst ein Bild machen wollte. »Wenn es die Kulturläden nicht gäbe, wäre die Welt nur halb so schön«, formulierte dabei eine Be-

sucherin prosaisch. Deutsche wie nichtdeutsche NutzerInnen der Einrichtungen betonten die Bedeutung für den Einzelnen und das Zusammenleben im Stadtteil.

Durch ihre besondere Lage vor Ort und ihre langjährige Verwurzelung in den diversen Stadtteilen sind die Läden eng mit dem Lebensumfeld, den Bedürfnissen und den Wünschen der BewohnerInnen vertraut. Sie stehen aufgrund ihrer Niedrigschwelligkeit vielfach in engem Kontakt mit der Stadtteilbevölkerung. In der Nürnberger Südstadt beispielsweise beträgt der MigrantInnenanteil mehr als 30 Prozent. Besonders ihnen erleichtern die (teilweise muttersprachlichen) MitarbeiterInnen der Kulturläden oftmals gerade die erste Kontaktaufnahme. Unbürokratische, flexible und unkomplizierte Anmeldeverfahren befördern die Teilhabe an Bildung und Kultur in der Aufnahmegesellschaft. Vom Deutsch- oder Alphabetisierungskurs ist der Weg nicht weit zu anderen »normalen« Angeboten des Ladens oder der Teilnahme an selbstorganisierten Interessengruppen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Qualität auch im Zuge der mit dem geplanten Zuwanderungsgesetz verbundenen Änderung bei der Förderung von Sprachkursen erhalten werden kann.

Auch in den Kulturläden hat sich der oben skizzierte Bevölkerungswandel niedergeschlagen: Traditionell bildet die türkische Kulturarbeit angesichts der großen Zahl türkischstämmiger NürnbergerInnen einen Angebots-Schwerpunkt: Was mit dem *Türkischen Theater Nürnberg-Fürth* im *Kulturladen Rothenburger Straße*, Familienabenden im *Loni-Übler-Haus*, einer »Tournee« des bekannten türkischen Schattenspielers Taceddin Diker (»Karagöz und Hacivat«) durch verschiedene Kulturläden und sporadischen Theater- und Konzertangeboten an zentralen Orten begann, hat sich zum gut besuchten, regelmäßigen und ausdifferenzierten Veranstaltungsangebot entwickelt. Daneben nehmen seit geraumer Zeit in verschiedenen Kulturläden in Stadtteilen mit besonders hohem Anteil an russischsprachigen MigrantInnen Angebote für diese Zielgruppe breiteren Raum ein: Dazu gehören Sprachkurse, Tanz- und Musik-Kurse für Kinder und Jugendliche und selbstorganisierte Frauen-, Schach-, Barden-, Kreativ-Clubs und Ähnliches genauso wie unterschiedlichste Veranstaltungen. Die Wünsche der Nutzer und der verschiedenen deutsch-russischen Vereine übersteigen dabei regelmäßig die räumlichen und finanziellen Möglichkeiten der Einrichtungen.

Neben dem *Inter-Kultur-Büro* und den Kulturläden reflektieren aber auch die anderen Einrichtungen und Arbeitsbereiche des *KUF* wie das *Jugendzentrum für kulturelle und politische Bildung*, das *Kulturzentrum K 4* im *Künstlerhaus*, die *Tafelhalle* und die vom *KUF* veranstalteten Festivals den Wandel der Nürnberger Bevölkerung. So akzentuierte das renommierte »Jazz. Ost West«-Festival in seiner letzten Ausgabe den musikalischen Osten durchaus auch mit Blick auf die in Nürnberg lebenden Menschen aus östlichen Ländern. *Inter-Kultur-Büro* und *Jugendzentrum* loten die Schnittmengen von interkultureller Arbeit, Eine-Welt-Arbeit und Menschenrechts-Aktivitäten aus. Die *Tafelhalle* kooperiert bei der »Südwind«-Reihe und anderen Veranstaltungsschwerpunkten und öffnet sich für lokale Kulturschaffende aus dem interkulturellen Bereich. Das *K 4* ist Veranstaltungsort und

Mitveranstalter beim »Filmfestival Türkei/Deutschland«, dem »Afroherbst« und Ähnlichem.

Der Weiterentwicklung der inneramtlichen Kooperation, sowie einrichtungs- und abteilungsübergreifender Konzepte interkultureller Arbeit widmet sich ein neu ins Leben gerufener Arbeitskreis. So will auch das *KUF* seinen Beitrag zur Integrations-Modellstadt Nürnberg leisten.

»moving cultures«: Ein Festival der Kulturen für den Großraum

Da passt es gut ins Bild, dass die *Arbeitsgemeinschaft Kultur im Großraum Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach* (*ARGE*) – ein Zusammenschluss der Kulturämter und -referate der vier Städte – ihr nächstes gemeinsames Projekt im Jahr 2003 unter ein interkulturell definiertes Thema gestellt hat. »moving cultures« fokussiert die interkulturellen Veränderungen urbaner Kultur als Ergebnis komplexer Migrations- und Einwanderungsprozesse sowie als Folge der Globalisierung. Das geplante Festival will sich mit der kulturellen Vielfalt beschäftigen, mit den Begegnungen von Künstlern aus verschiedensten Kulturen, mit Zusammenstößen und Brücken, die in gemeinsamer Arbeit entstehen. Im Fokus der Betrachtungen steht dabei die deutsche interkulturelle Kulturlandschaft mit vergleichenden Seitenblicken in europäische Nachbarländer. Vorgestellt werden sollen bei »moving cultures« Künstler und Projekte aus verschiedenen Kunst-Sparten, die sich mit neuen Ausdrucksformen als Wegbereiter des interkulturellen Dialogs erweisen und die einheimische Kulturszene ganz selbstverständlich mitgestalten. In England und Frankreich sind Musiker aus der Mitte der Migrantenbevölkerung längst zu Trendsettern des musikalischen mainstreams geworden, sind Filme von jungen FilmemacherInnen, deren Familien ursprünglich aus dem Maghreb oder Pakistan stammen, große Kinoerfolge. Aber auch in Deutschland macht sich in jüngster Zeit die zweite und dritte Migranten-Generation in Kino, Literatur, Musik, Theater, Tanz, Kabarett und bildender Kunst zunehmend bemerkbar. »moving cultures« will in den Großraumstädten einen Querschnitt interkulturellen Kulturschaffens vorstellen. Neben »Highlights« der bundesdeutschen Szene und Gästen aus England und Frankreich wird dabei auch die regionale Inter-Kultur-Szene Gelegenheit zur Präsentation haben. Die vier Städte haben entsprechend ihrer jeweiligen Möglichkeiten unterschiedliche Formen der Festivalbeteiligung entwickelt. In Nürnberg findet »moving cultures« als »Kultur(en)-Zirkus« rund um das Bürgerzentrum *Villa Leon* auf dem ehemaligen Schlachthofgelände statt. Die Einrichtung ist im Dezember 2001 als Nachfolgerin des ältesten städtischen Kulturladens in der Rothenburger Straße in Betrieb gegangen. Mit mehreren Bühnen (im Zelt, open air und in der Villa), mit open air Kino und Kinderkultur-Angeboten auf dem Freigelände und im angrenzenden *Kinderkulturzentrum Kachelbau* soll das Gelände zehn Tage lang zum weltoffenen, grenzüberschreitenden Kultur-Treffpunkt werden. Zum Abschluss des Großraumprojekts findet am 20. Juli 2003 erstmals auch in Nürnberg ein »Karneval der Kulturen« statt. In Berlin und

andernorts seit mehreren Jahren mit Riesen-Erfolg praktiziert, wird der Umzug die Vielfalt der Kulturen im Großraum deutlich machen. Durchaus symbolhaft zieht der Zug durch die Straßen der Südstadt mit ihrer Bevölkerungsvielfalt zur »Straße der Menschenrechte« in der Nürnberger Innenstadt. Zahlreiche Vereine und Kulturgruppen unterschiedlichster Nationalität, Tanzschulen, Kinder- und Jugendgruppen, Kulturläden und viele andere bereiten dafür fantasievolle Beiträge und Aktionen vor. (Siehe dazu auch die Festival-Homepage unter www.moving-cultures.de)

Perspektiven interkultureller Kulturarbeit für Nürnberg

Auch von anderen städtischen Kulturdienststellen ließe sich noch vieles berichten: von der *Stadtbibliothek* mit ihrem großen Bestand an fremdsprachiger Literatur und ihren vielen nichtdeutschen NutzernInnen, mit ihren Lesungen und ihrer Flexibilität, auf neue Zielgruppen einzugehen (Stichwort: russischsprachige Bücher), vom *Bildungszentrum* mit seinem ausgefeilten Programm an Deutschkursen, seinem Modellprojekt »Integrationskurse«, seinen zahlreichen Veranstaltungen und Kursen, die andere Kulturen oder aktuelle migrationspolitische Fragen zum Inhalt haben und vieles mehr. Und natürlich ließe sich das fortsetzen für andere kommunale Handlungsfelder jenseits der Kultur, in Schulen, in Kinder- und Jugendeinrichtungen, Seniorenarbeit usw. – was aber nicht Gegenstand dieses Beitrags sein soll.

Die Auflistung aller einschlägigen Aktivitäten ergibt eine durchaus beeindruckende Liste. Und doch wird die Bestandsaufnahme im Rahmen der Erarbeitung eines neuen Integrationsprogramms zeigen, dass noch viele Lücken zu füllen sind. Beispielsweise bedarf es auch in Nürnberg weiterhin großer Anstrengungen für Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Muttersprache, um mehr Chancengleichheit in Schule und Beruf herzustellen.

Es bleibt zu wünschen, dass auch in Zeiten knapper Kassen die kulturelle Seite der Integrationsmedaille weiterhin einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Auf der »Interkultur-Agenda« der nächsten Jahre könnten dabei neben der Fortführung und Weiterentwicklung bestehender Angebote unter anderem stehen:

- ein verstärkter Brückenschlag zwischen den beiden Nürnberger Kompetenzfeldern »Interkultur« und »Kinderkultur«: Natürlich sind auch Kinder nichtdeutscher Muttersprache Nutznießer der zahlreichen Kinderkulturangebote in dieser Stadt, doch schlägt sich ihr hoher Anteil in dieser Altersgruppe konzeptionell bislang nicht ausreichend nieder.
- die Öffnung von Einrichtungen und Angeboten, die bislang keine größeren Anstrengungen im interkulturellen Bereich unternommen haben. Dazu zählen insbesondere die »klassischen« Kultureinrichtungen wie Theater und Museen. Zwar verweist das Theater zurecht auf die Internationalität seines Ensembles und seiner Belegschaft, die Berücksichtigung von zeitgenössischem Theater aus den Herkunftsländern der Migranten, Stücke oder Inszenierun-

gen, die die Multikulturalität unserer Gesellschaft reflektieren oder besondere Bemühungen um die Zielgruppe nichtdeutsche BesucherInnen sind jedoch Fehlanzeige. Auch die *Kunsthalle* betont glaubhaft, dass für sie allein die Kunst und nicht die Nationalität der Künstler ausschlaggebend ist. Und doch könnte auch hier beispielsweise eine Ausstellungs-Auswahl, die die Bevölkerungszusammensetzung reflektiert, Zeichen setzen.

- Eine verstärkte Präsentation interkultureller Projekte made in Germany in Fortführung des »moving cultures«-Gedankens und die gezielte Förderung derartiger Produktionen: Dazu sollte der Informationsaustausch und die Kooperation mit Kultureinrichtungen in anderen Städten ausgebaut werden. Denkbar wären dabei auch gemeinsame Produktionen und aufeinander abgestimmte Wettbewerbe wie zum Beispiel ein Weltmusik-Wettbewerb für Nordbayern analog dem mittlerweile renommierten Berliner »musica vitale«-Preis.
- Mehr Projekte, die den Anspruch einlösen, integrationspolitische Themen mit den spezifischen Mitteln der Kultur aufzugreifen.
- Eine noch gezieltere Förderung und Vernetzung lokaler und regionaler Akteure im interkulturellen Bereich mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit wie beispielsweise einem »virtuellen Haus der Kulturen« im Internet.
- Eine verstärkte »Interkultur-Prüfung« bestehender Veranstaltungen und Angebote: Wie können Festivals und Programmreihen in Programmgestaltung und Zielgruppenwerbung der Multikulturalität der Stadt noch besser gerecht werden?
- Die Initiierung eines kulturpolitischen Dialogs zu Fragen der multikulturellen Gesellschaft und ihrer Auswirkungen auf die Kulturpolitik einschließlich der Präsentation von »best practice«-Projekten aus anderen Städten, der Durchführung entsprechender Tagungen oder der Einladung von Symposien und ähnlichen Veranstaltungen Dritter nach Nürnberg.

Auch in Zukunft wird also die Nürnberger Kultur(en)-Landschaft als Teil der Bemühungen der Stadt, sich als Modellstadt der Integration zu profilieren, in Bewegung bleiben: »moving cultures in a model city«!

Franz Kröger, Norbert Sievers

Interkulturelle Kulturarbeit als neues Aufgabenfeld der Kulturpolitik

Verbandspolitische Überlegungen und empirische Grundlagen

Vor zwei Jahren hat der Vorstand der *Kulturpolitischen Gesellschaft* beschlossen, das Thema »Interkulturelle Kulturpolitik« auf die Agenda der Verbandspolitik zu setzen, um mit den ihr eigenen Möglichkeiten dazu beizutragen, dass es auch in der Öffentlichkeit und in der offiziellen Kulturpolitik stärker beachtet und ernster genommen wird. In der Folge dieses Beschlusses wurde dann geplant, den zweiten Kulturpolitischen Bundeskongress 2003 und das »Jahrbuch für Kulturpolitik 2002« dieser Thematik zu widmen. Außerdem ergab sich die Gelegenheit, die damit verbundenen Fragestellungen im Rahmen eines vom Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport geförderten Projektes in Nordrhein-Westfalen näher zu untersuchen. Durch diese systematische Recherche, wissenschaftliche Publikation und öffentliche Diskussion sollte eine Grundlage geschaffen werden, um das Thema nachhaltiger in der Kulturpolitik zu verankern.

Interkulturelle Kulturpolitik als Thema der Kulturpolitischen Gesellschaft

Es ist nicht das erste Mal, dass die *Kulturpolitische Gesellschaft* sich mit der Tatsache auseinandersetzt, dass in Deutschland Millionen Menschen leben, die in anderen Kulturen aufgewachsen sind beziehungsweise einen Migrationshintergrund haben. In zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen hat sie sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer wieder mit der Thematik auseinandergesetzt und auf die damit verbundenen kulturpolitischen Herausforderungen hingewiesen. Auch wenn die Neue Kulturpolitik der siebziger Jahre diese Frage nicht systematisch im Blick hatte und die Begriffe »Interkultur« oder »Multikultur« im

Grundsatzprogramm der *Kulturpolitischen Gesellschaft* von 1976 fehlten, so war doch die Notwendigkeit und Bereitschaft, sich damit zu beschäftigen, darin bereits angelegt. Der erweiterte, anthropologisch orientierte Kulturbegriff (»Jeder Mensch hat Kultur ...«), die Bezugnahme auf das Primat der kulturellen Vielfalt und die auf kulturelle Chancengleichheit zielenden Programmsätze »Kultur für alle« und »Kultur von allen«, die diese Kulturpolitikkonzeption auszeichnen, legten es nahe, den Blick auch auf nicht-deutsche Bevölkerungsgruppen zu lenken.

In den ersten diesbezüglichen Versuchen war die Herangehensweise noch geprägt von einem fürsorglichen und gutmeinenden Gestus. »Kulturarbeit von und für Ausländer« wurde einerseits verstanden als eine Art Parteinahme für die Interessen der ausländischen ArbeitnehmerInnen und deren Kultur, die allerdings noch eine stark folkloristische Attitüde hatte. Andererseits gab es erste Versuche, die »Gastarbeiter« an die deutsche Kunst- und Kulturszene heranzuführen. Dies alles fand überwiegend im Kontext einer stadtteilbezogenen Kulturarbeit statt. Initiiert von der *Kulturpolitischen Gesellschaft* gab es allein in den Jahren 1982/83 drei Tagungen, die dieser Perspektive gewidmet waren. Die Engführung auf einen eher lebensweltlichen Kulturbegriff wurde doch schon bald problematisiert. Herausgehoben wurde dagegen, dass MigrantInnen auch einen künstlerisch-kulturellen Beitrag zur Weiterentwicklung der Gesellschaft leisten, der sich nicht nur auf Folklore beschränkt. Das Kulturpolitische Kolloquium der *Evangelischen Akademie Loccum* in Verbindung mit der *Kulturpolitischen Gesellschaft* im Jahr 1987 »Kulturelles Wirken in einem fremden Land« ist ein Beispiel dafür. (Schwencke/Winkler-Pöhler 1987)

Der Impuls von Loccum hätte möglicherweise eine stärkere Wirkung gehabt, wenn der Zusammenbruch des Staatssozialismus in den osteuropäischen Ländern und die deutsche Vereinigung nicht andere Themen auf die (kultur-)politische Tagesordnung gesetzt hätten. Erst nach dieser Zäsur, genauer: auf dem Kongress der *Kulturpolitischen Gesellschaft* »Blick zurück nach vorn. Zwanzig Jahre Neue Kulturpolitik« im Jahr 1993 in Dortmund wurde die Fragestellung wieder aufgenommen. Beate Winkler, seinerzeit Mitarbeiterin der *Ausländerbeauftragten der Bundesregierung* und Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, verwies in einer programmatischen Rede auf den »blinden Fleck« der Kulturpolitik und skizzierte einige Anforderungen an eine Kulturpolitik in der multikulturellen Gesellschaft, die noch heute lesenswert sind (Winkler 1994).

Dies war ein zweiter Impuls, der die *Kulturpolitische Gesellschaft* veranlasst hat, sich mit diesem Thema intensiver auseinander zu setzen. Nach den schrecklichen ausländerfeindlichen Ereignissen von Hoyerswerda, Solingen, Rostock und Mölln hatte sich die Ausgangslage für die Diskussion jedoch verändert. Der Zielbegriff »Multikultur« wurde von den Strategiebegriffen »Interkultur«, »Dialog«, »Verständigung« abgelöst. Eine integrationspolitische Absicht stand fortan im Vordergrund. Die Publikation der *Kulturpolitischen Gesellschaft* »Interkultureller Dialog« (1997) steht für diese Phase.

Auch in der allgemeinen kultur- und gesellschaftspolitischen Debatte gewann das Thema an Bedeutung, weil kaum jemand mehr bestreiten wollte, dass

Deutschland ein Einwanderungsland geworden war. Für die *Kulturpolitische Gesellschaft*, die »Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik« versteht, war es deshalb naheliegend, bei der Formulierung ihres neuen Grundsatzprogramms Ende der neunziger Jahre unter der Überschrift »Multikulturelle Gesellschaft und interkultureller Dialog« folgenden Passus aufzunehmen:

»Die große Zahl von Menschen aus anderen Kulturen und Ländern in der Bundesrepublik hat die Zusammensetzung unserer Gesellschaft verändert und zu einer weiteren Ausdifferenzierung von Lebensformen und Kulturen geführt. Dies bereichert das Alltagsleben, ermöglicht neue Erfahrungen und führt zur Herausbildung neuer Kulturen, die unterschiedliche Einflüsse und Traditionen verbinden. Die Wahrnehmung der multikulturellen Zusammensetzung der Gesellschaft ist aber stark geprägt von der eigenen Lebenslage und den eigenen Erfahrungen. Dem Eindruck der Anregung und Bereicherung durch die kulturelle Vielfalt steht die Angst vor dem und den Fremden gegenüber, die als Konkurrenten und Bedrohung wahrgenommen werden. Für das städtische Gemeinwesen und die ländlichen Regionen stellen sich dadurch neue Probleme der Integration, des Zusammenhalts und der gegenseitigen Anerkennung. Die Akzeptanz unterschiedlicher kultureller Werte findet ihre Grenze in der Geltung der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte.

Aufgabe der Kulturpolitik ist es, zum Verständnis der kulturellen Differenzen und damit zur Tolerierung und Anerkennung des Anderen und Andersartigen beizutragen. Der Idee einer ›kulturellen Homogenität‹ ist entgegenzutreten. Kulturpolitik muss den öffentlichen Raum bereitstellen für die Begegnung der verschiedenen Kulturen und den Dialog zwischen ihnen voranbringen. Produktive Konfrontation und Grenzüberschreitung zwischen den unterschiedlichen Kulturen, Lebensarten und Künsten zu ermöglichen, ist eine Aufgabe der Kulturpolitik. Eine besondere Verantwortung besteht darin, die Vielfalt der Kulturen auch durch die verstärkte Förderung der marginalisierten und neu entstehenden Kulturformen zur Geltung zu bringen.« (Grundsatzprogramm der *Kulturpolitischen Gesellschaft* 1998, in: *Kulturpolitische Mitteilungen* Nr. 83 (IV/98): 18 ff.)

Dies ist die programmatische Grundlage, auf der die *Kulturpolitische Gesellschaft* ihr Engagement aufbaute und die oben beschriebenen Aufgaben in Angriff nimmt. Dabei geht es zuvörderst darum, sich ein Bild von der Situation zu machen, um aus den Ergebnissen Schlussfolgerungen für die Kulturpolitik zu ziehen. Was ist zu tun auf Bundes-, Länder- und vor allem kommunaler Ebene, um eine interkulturelle Kulturpolitik Wirklichkeit werden zu lassen? Wie können nicht-deutsche KünstlerInnen und kulturell interessierte MigrantInnen auch in den kulturpolitischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess stärker einbezogen werden? Welche Instrumente der Förderung brauchen wir? An welchen Modellen interkultureller Kulturarbeit können wir lernen? Wie können wir den Kanon des kulturellen Erbes, auf den Kulturpolitik sich bezieht, erweitern um Traditionselemente aus anderen Kulturen? Wie können wir das Thema »Kulturpolitik in der Einwanderungsgesellschaft« positiv besetzen?

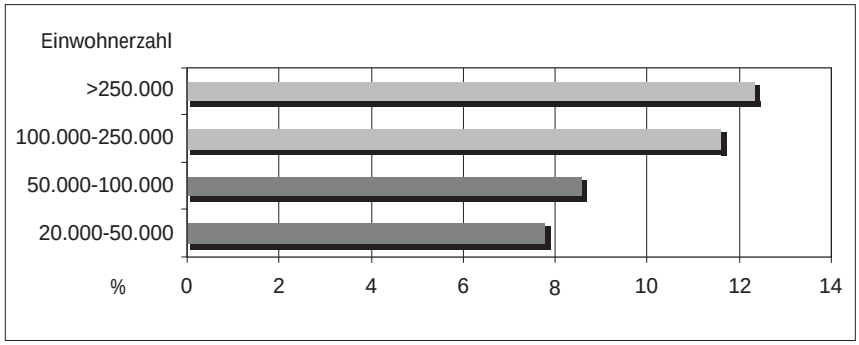
Umfrage zur interkulturellen Kulturarbeit der Kommunen Nordrhein-Westfalens

Mit diesen Fragen steht die Kulturpolitik am Anfang einer neuen Entwicklung. Wir wissen einfach noch zu wenig über das Ausmaß und die Erscheinungsformen interkultureller Kulturarbeit sowie einer darauf bezogenen Kulturpolitik in Deutschland. Denn trotz der gegenwärtigen (Diskussions-)Konjunktur des Themas liegen kaum verlässliche Daten vor, die das Fundament dieser Diskussion bilden könnten. Vor diesem Hintergrund eröffnete eine vom nordrhein-westfälischen *Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport* (*MSWKS*) initiierte Studie zu »Situation und Aufgaben der Interkulturellen Kulturarbeit in NRW« die Gelegenheit, die empirischen Defizite der Diskussion zumindest ein wenig zu kompensieren.

Im Rahmen dieses Projektes entwickelte die *Kulturpolitische Gesellschaft* im Sommer 2002 einen Fragebogen, mit dessen Hilfe der Stand Interkultureller Kulturarbeit in nordrhein-westfälischen Kommunen über 20 000 EinwohnerInnen eruiert werden sollte. Der vierseitige Bogen umfasste 12 Leitfragen – von Aussagen zu Gemeindegröße und Ausländeranteil über Ressortierung entsprechender Etatansätze und deren konzeptionelle Begründung bis hin zu praktischen Förderaktivitäten kommunaler und Freier Kultureinrichtungen. AdressatInnen der Umfrage waren die kommunalen Kulturämter und Kulturbüros respektive städtische Einrichtungen, die – zumal in kleineren Gemeinden – vergleichbare Aufgaben übernehmen.

Angeschrieben wurden im Sommer 2002 alle 200 Kommunen in NRW über 20 000 EinwohnerInnen; geantwortet haben schließlich 133, was einem Rücklauf von etwas mehr als 66 Prozent entspricht – eine für derartige Umfragen durchaus beachtenswerte Quote.[1] Bei einzelnen Einrichtungen wurde darüber hinaus gezielter nachgefragt, um gegebenenfalls weiterführende Informationen zu erhalten. Zudem wurden in einer gesonderten Telefonaktion auch Kreiskulturämter (z. B. Unna, Meschede) kontaktet, um zumindest einen Eindruck vom Stand Interkultureller Kulturarbeit in ländlichen Regionen zu gewinnen.

Abbildung 1: Durchschnittlicher Ausländeranteil nach Gemeindegröße (in %)



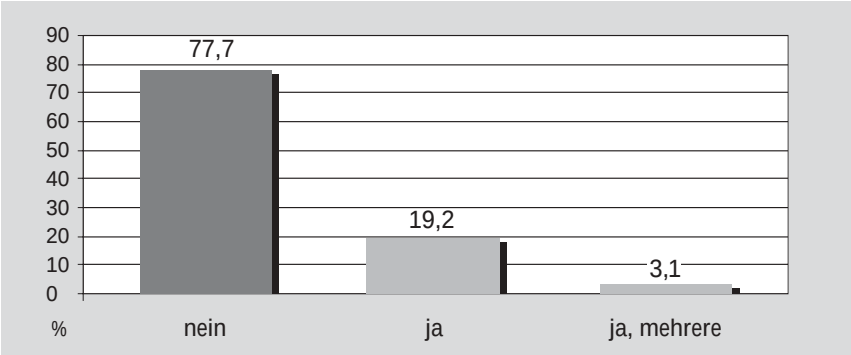
1 Bei der Auswertung wurden 130 Fragebögen berücksichtigt. Später eingegangene Rückläufe konnten nicht mehr berücksichtigt werden, hätten die zentralen Aussagen aber auch nur weiter erhärtet.

Zentrale Ergebnisse der Umfrage

Der Diskurs zur Interkulturellen Kulturarbeit hat zumeist die Metropolen und ihre spezifischen Probleme im Blick. Trotz seines urbanen Charakters ist das bevölkerungsreichste Land der Republik aber eher mittelstädtisch geprägt. So leben in Nordrhein-Westfalen mehr als die Hälfte aller BewohnerInnen in Städten und Gemeinden unter 100 000 EinwohnerInnen. (Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW 2002: 32 f) Die Kulturpolitik hätte daher ihr Augenmerk auch auf die vielen kleinen und mittleren Städte zu richten, in denen immerhin der Großteil der in Nordrhein-Westfalen ansässigen etwa 2 Mio. ZuwanderInnen (= 11,1 % der Gesamtbevölkerung) leben.[2] Dennoch darf natürlich der besondere Handlungsdruck gerade der Großstädte in Sachen Interkultureller Kulturarbeit nicht vernachlässigt werden, der sich angesichts steigender MigrantInnenzahlen aufbaut. *Abbildung 1* gibt zumindest einen Trend wieder, der sich in Zukunft weiter verstärken dürfte.

Je größer die Stadt ist, desto größer ist der MigrantInnenanteil. Geht man auf die Ebene der einzelnen Stadtbezirke, dann wird der Wandel der Bevölkerungsstruktur deutlich: So liegt etwa der Anteil der ZuwanderInnen in Duisburg-Bruckhausen bei 40 Prozent, in der Dortmunder Nordstadt bei ca. 35 Prozent und in Köln-Ehrenfeld ebenfalls nahe der 40-Prozent-Marke. Der demografische Wandel innerhalb der alteingesessenen deutschen Wohnbevölkerung dürfte diesen Trend zur multiethnischen Gesellschaft als Normalfall weiter verstärken.[3] Die kommunale Kulturpolitik täte gut daran, sich beizeiten darauf einzustellen. Dass dies bis dato allerdings kaum der Fall ist, zeigt *Abbildung 2*.

Abbildung 2: Gibt es eigene Titel/Haushaltsansätze für interkulturelle Kulturarbeit? (in %)



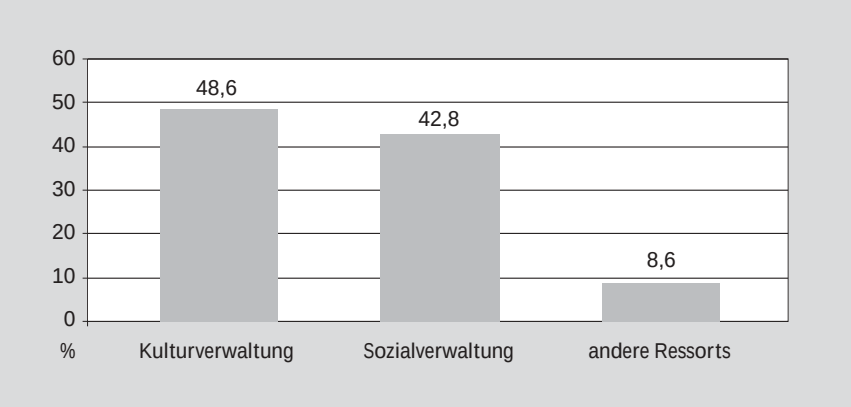
2 Nicht mitgezählt sind dabei Bürgerkriegsflüchtlinge, Spätaussiedler, Kontingent-Juden und so gennante »Illegale«, die nach Schätzungen zusammen etwa 1 Mio. ausmachen.

3 Auch in Klein- und Mittelstädten existieren zum Teil außergewöhnlich hohe Anteile von ZuwanderInnen (z. B. Emsdetten mit 17 %). Dieser Umstand ist jedoch entweder der ökonomischen Struktur vor Ort (z. B. Textilindustrie mit portugiesischer »Gastarbeitertradition«) oder der im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion erfolgten Zuwanderung (nicht selten im geschlossenen Siedlungsverband und in fester religiöser Gemeindetradition) von so genannten »Russland-Deutschen« geschuldet.

Mehr als drei Viertel der befragten Kommunen verfügen danach über keine gesonderten finanziellen Mittel für die Interkulturelle Kulturarbeit. Und bei den Kommunen *mit* entsprechendem Etatansatz ist die Ausstattung desselben eher bescheiden. Das Volumen bewegt sich dabei zwischen einigen hundert Euro (etwa als Zuschuss für die »Woche des ausländischen Mitbürgers«) bis zum Spitzenplatz von 40 000 Euro, den die Stadt Köln, die zudem ein eigenes »Referat für interkulturelle Kunstprojekte« unterhält (Stand 2002), für sich beanspruchen kann. Auf den weiteren Rängen rangieren in alphabetischer Reihenfolge: Arnsberg, Bergkamen, Bielefeld, Dortmund, Düren, Eschweiler, Gütersloh, Hagen, Hamm, Herne, Löhne, Menden, Mönchengladbach, Mülheim/R., Remscheid und Solingen.[4] Kleinstädte verfügen in der Regel über keine diesbezüglichen Etatansätze.[5]

Das relativ bescheidene Bild einer Berücksichtigung Interkultureller Kulturarbeit im kommunalen Kulturetat wird allerdings dadurch ein wenig konterkariert, dass auch andere Ressorts Mittel für Interkulturelle Kulturarbeit vorhalten. *Abbildung 3* gibt erste Hinweise:

Abbildung 3: In welchem/n Ressort/s sind Mittel für interkulturelle Kulturarbeit vorhanden? (in %; Mehrfachnennungen möglich)



Das Schaubild macht zudem auf einen weiteren wichtigen Umstand aufmerksam, der sich als Schwierigkeit durch die gesamte Umfrage zog: Innerhalb der Kommunalverwaltung ist das Themenfeld nicht eindeutig ressortiert. Mittel für Interkulturelle Kulturarbeit sind auch eingestellt bei der Sozialverwaltung, bei der Gleichstellungsbeauftragten, beim Jugend- und Schulamt, bei der Bauverwaltung, dem Ausländer- und Ordnungsamt sowie anderen kommunalen Verwaltungseinheiten.

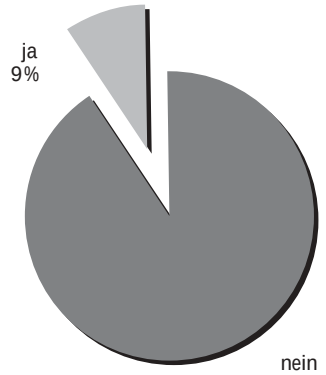
4 Der Anteil der »Interkulturellen« Haushaltsmittel am Kulturetat der jeweiligen Stadt beträgt dabei durchschnittlich weniger als 1 Prozent.

5 Interessant ist in diesem Zusammenhang die Begründung für das Fehlen derartig eigenständiger Finanzmittel. So äußerten die daraufhin angesprochenen Kulturamts-/-büroleiter etc. häufig: »Unser kommunales Kulturangebot ist für alle BürgerInnen dieser Stadt offen!«

Die fehlende Profilschärfe des Aufgabenfeldes ist aber nicht nur durch die unterschiedlichen Ressortierung im kommunalen Verwaltungshaushalt begründet, sondern hat nicht zuletzt mit den Eigenarten der Thematik selbst zu tun. Lange Zeit waren AusländerInnen fast ausschließlich eine Zielgruppe der Arbeitsverwaltung und ordnungspolitischer Maßnahmen. Selbst Aktivitäten zum Erhalt und zur Pflege des »kulturellen Erbes« von MigrantInnen standen zunächst unter dem Vorbehalt einer möglichst reibungslosen Rückkehr in das Herkunftsland. Erst langsam setzte sich die Erkenntnis durch, dass mit dem Zuzug von Familienangehörigen und der dauerhaften Präsenz in Deutschland auch der Wunsch der ZuwanderInnen nach gesellschaftlicher Teilhabe erstarkte. Die entsprechenden Reaktionen innerhalb der Kommunalverwaltung besaßen jedoch lange Zeit einen vornehmlich sozialpädagogischen Impetus und beginnen erst langsam, den Integrationsgedanken als Querschnittsaufgabe zu propagieren. Auch die kommunale Kulturpolitik steht hier eher am Anfang ihrer konzeptionellen Überlegungen, wie das folgende Schaubild verdeutlich:

Nur 9 Prozent der Befragten können ihre Interkulturellen Kulturaktivitäten mit einem entsprechenden Konzept oder Programm begründen.[6] Und selbst die Hälfte der Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die über einen eigenen Etatansatz in diesem Bereich verfügen, geben dieses Geld aus ohne besondere interkulturelle Richtlinien oder Grundsätze.[7] Interkulturelle Kulturarbeit folgt also in der Regel keinem ausformulierten Programm oder Konzept.

Abbildung 4:
Gibt es in der Interkulturellen Kulturarbeit im Kontext der städt. Kulturpolitik ein spez. Konzept, Programm oder eigene Richtlinien?

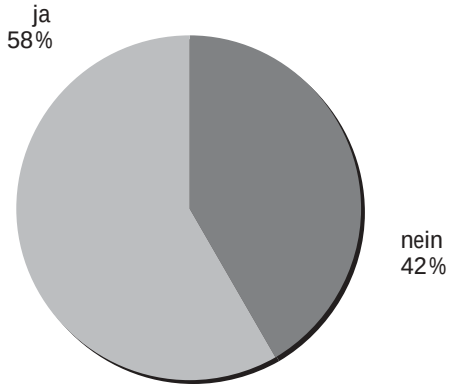


Das ist wiederum auch ein Grund für die Annahme, dass die inhaltliche Profilierung des Themenfeldes nicht sonderlich ausgeprägt sein dürfte, und dass man sich wenig Gedanken darüber gemacht hat. Im Selbstverständnis der befragten Kommunen summieren sich unter dem Label »Interkulturelle Kulturarbeit« nicht selten Folkloreabende, Sprachkurse, Nachbarschaftstreffs, Diavorträge und Trommelkurse. Damit könnte die Vorstellung verbunden sein, schon mit der Präsentation einer ausländischen KünstlerInnengruppe einen wesentlichen Beitrag zum interkulturellen Dialog geleistet zu haben. In dieser Hinsicht sind auch Städtepartnerschaf-

6 Dazu gehören u. a. Dortmund, Köln und Wuppertal. In deren Überlegungen zur weiteren Profilierung der interkulturellen Kulturarbeit werden einerseits besonders die »Schnittstellen« zu weiteren kommunalen Einrichtungen betont, andererseits die künstlerische Zielsetzung entsprechender Aktivitäten unterstrichen.

7 Das bedeutet allerdings nicht, dass es keine konzeptionellen Überlegungen o. Ä. für den Kulturbereich insgesamt gäbe. Diese sind jedoch eher zielgruppenunspezifisch.

Abbildung 5:
Existieren Formen und Projekte interkommunaler Kooperation? (bei Kommunen mit ausgewiesenem Interkulturellem Konzept)



ten von erheblicher Bedeutung, wenn es um den Nachweis interkultureller Kulturaktivitäten geht.

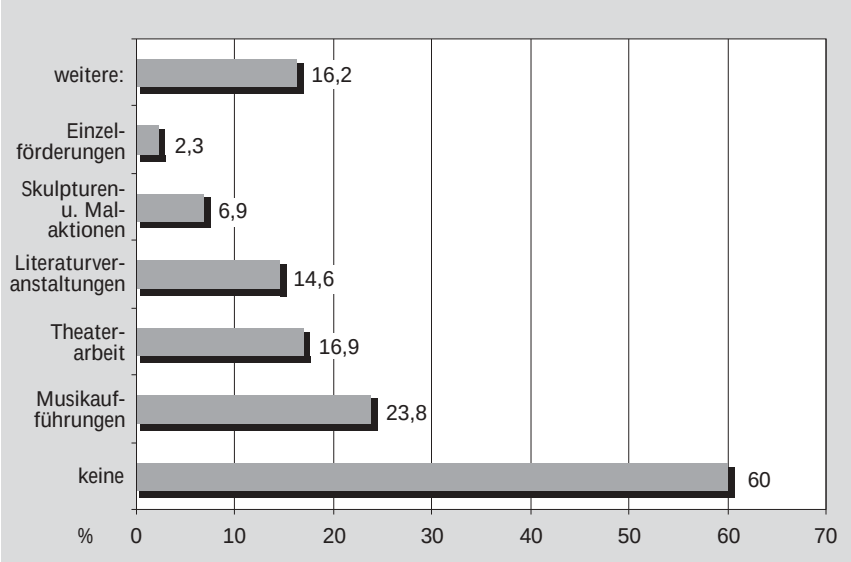
Mehr als die Hälfte der befragten Kommunen, deren Interkulturelle Kulturarbeit konzeptionell begründet ist, suchen die Kooperation mit anderen Städten, in der Regel auf der Basis vorhandener Städtepartnerschaften. Gerade hier lässt sich interkulturelle Kompetenz erwerben und ein Kulturdialog praktizieren, der auch anderweitig – bei neuen MigrantInnen-Gruppen – genutzt werden kann. Allerdings liegen die meisten Städtepartnerschaften im EU-Bereich, umfassen folglich Kommunen, deren BewohnerInnen zur so genannten ersten Gastarbeitergeneration (Italien, Portugal, Spanien) gehörten. Und deren Integration in das gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik ist weitgehend unproblematisch verlaufen. Erst langsam beginnt sich diese eher europäische Orientierung aufzulösen und im Zuge der Globalisierung auf andere Staaten und Kontinente auszuweiten.[8] Festzuhalten ist also, dass es einen positiven Zusammenhang gibt zwischen der Pflege von Städtepartnerschaften und der interkulturellen Kulturarbeit in der jeweiligen Stadt.

Doch nicht nur das kommunale Kulturamt ist Organisator interkultureller Kulturaktivitäten, auch Freie Kulturangebote prägen das »interkulturelle Milieu« einer Stadt. Und sie werden nicht selten mit kommunalen Mitteln gefördert. Diese Unterstützung ist im Regelfall eine Zuschussfinanzierung und wird projektbezogen »gewährt«, ist aber dennoch – wie allgemein bekannt – für viele dieser Angebote überlebensnotwendig. Von daher bewirken hier bereits kleine Einsparungen der Kommunen nicht selten existenzielle Krisen auf Seiten der Anbieter. *Abbildung 6* gibt erste Hinweise auf derartige öffentlich geförderte Angebote Dritter, die nach ihrem Spartenbezug ausgewiesen werden.

Im Regelfall organisiert das kommunale Kulturamt in eigener Regie interkulturelle Kulturveranstaltungen. Von daher ergibt sich auch der relativ hohe Anteil von 60 Prozent der Kommunen, die keine Angabe gemacht haben bei der Förderung freier Träger für die Interkulturelle Kulturarbeit. Dass der Schwerpunkt der

8 Ein Indikator dafür ist zum Beispiel die aktuelle Konjunktur deutsch-russischer Städtepartnerschaften, die sicher dem Phänomen der Zuwanderung von SpätaussiedlerInnen – man spricht bundesweit von ca. 2 Mio. seit 1989 – zuzuschreiben ist.

Abbildung 6 : Welche Arten von interkulturellen Kulturaktivitäten »Dritter« werden aus städtischen Haushaltstiteln gefördert? (in %; Mehrfachnennungen)

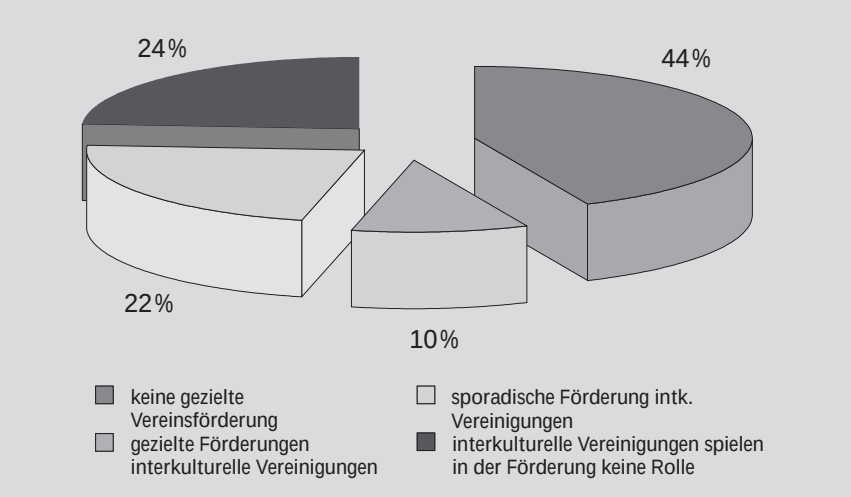


Förderungen in den Bereichen der Musikaufführungen und Theaterarbeit liegt, ist insoweit plausibel, als diese Kunstformen in der Regel ohnehin im öffentlichen Kulturleben stark repräsentiert sind. Bei der Musik kommt hinzu, dass ihr non-verbaler Charakter zumindest die sprachlichen »Verständigungsbarrieren« reduziert. Bei den Literaturveranstaltungen handelt es sich im Regelfall um deutsche Übersetzungen ausländischer AutorInnen oder Präsentationen in deutscher Sprache.

Eine weitgehend unspezifische Form der kommunalen Kulturförderung stellt die finanzielle Unterstützung der Vereinslandschaft dar. Die in der Regel gemeinnützigen Vereine bekommen dabei einen jährlichen Zuschuss – je nach Größe der Kommune und Dichte der Landschaft zwischen mehreren hundert und einigen tausend Euro –, um damit ihre satzungsgemäßen Zwecke besser erfüllen zu können. Gerade ausländische Vereine setzen einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit traditionell im kulturellen Bereich. Von daher sagt deren gezielte Förderung auch etwas aus über den Stellenwert der interkulturellen Vereinslandschaft aus der Sicht der kommunalen Kulturverwaltung. *Abbildung 7* zeigt die aktuellen Präferenzen der kommunalen Vereinsförderung.

Danach findet eine gezielte kommunale Förderung interkultureller Vereine in Nordrhein-Westfalen kaum statt. Nur 10 Prozent der befragten Kulturämter äußerten sich in diese Richtung. Zwar gibt es einen beachtlichen Anteil sporadischer Förderungen (22 %), die finanzielle Unterstützung ist dann aber eher projektbezogen und erfolgt zumeist im Rahmen von Nachbarschaftsfesten oder etwa der

Abbildung 7: Stellenwert interkultureller Kulturarbeit im Rahmen der Vereinsförderung



»Woche des ausländischen Mitbürgers«. Bei einem größeren Teil der Befragten spielt indes die Tatsache der interkulturellen Zusammensetzung respektive Ausrichtung des Vereins keine Rolle für die Förderung.[9] Die kommunale Vereinsförderung setzt also keinen interkulturellen Schwerpunkt, sondern erfolgt zumeist »flächendeckend«.

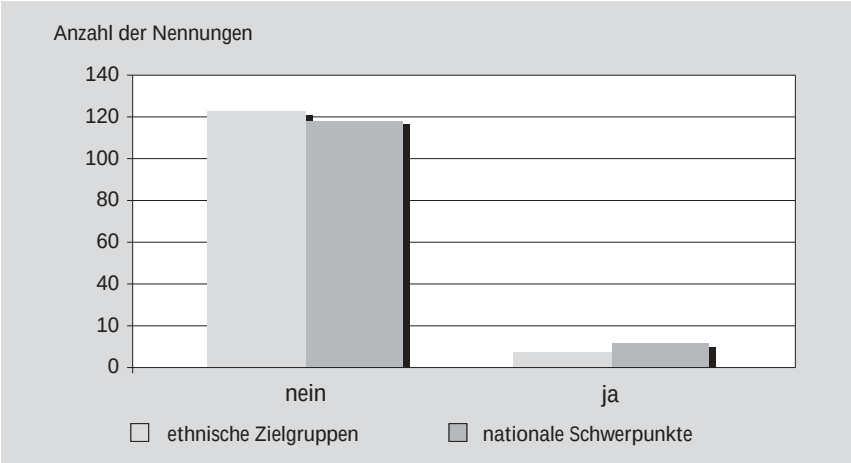
Diese Aussage wird auch durch das folgende Schaubild (*Abbildung 8*) unterstützt, das die Berücksichtigung ethnischer Zielgruppen (z. B. Kurden, Armenier, Juden) oder nationaler Schwerpunkte (z. B. Türkei, Sri Lanka, Palästina) thematisiert. Danach berücksichtigen die meisten der befragten kommunalen Kulturämter keine ethnischen Zielgruppen und haben auch keine nationalen Schwerpunkte in ihrer Vereinsförderung. Wenn überhaupt, dann sind auch hier vor allem die Großstädte wie Köln, Dortmund, Hagen oder Wuppertal engagiert, um zumindest den großen Migrantengruppen ein gezielteres Kulturangebot ermöglichen zu können.[10]

Nun tritt kommunalerseits nicht nur das Kulturamt als Organisator interkultureller Kulturangebote auf; die kulturelle Grundversorgung – auch die der MigrantInnen – einer Stadt wird ebenso von den öffentlichen Kulturinstitutionen, also von der Musikschule, dem Theater, der VHS, dem Museum oder der Stadtbibliothek, mitgetragen. Im Erhebungsbogen wurde deshalb auch nach entspre-

9 Die politische Ausrichtung des Vereins ist indes nicht ohne Bedeutung. So ist bekannt, dass es in vielen Kommunen üblich ist, Vereine mit tatsächlicher oder angenommener extremer Gesinnung – auch bei anerkannter Gemeinnützigkeit – von der Förderung auszuschließen.

10 Eine auch finanziell gleichberechtigte und flächendeckende Berücksichtigung der verschiedenen Migranten-Gruppen in einer Stadt dürfte sich darüber hinaus auch als kaum praktikabel erweisen. So leben etwa in Köln ca. 200 verschiedene Nationalitäten; allein das dortige Referat für interkulturelle Kunstprojekte dient als Ansprechpartner für mehr als 250 interkulturelle Kulturvereine.

Abbildung 8: Werden dabei ethnische Zielgruppen und/oder nationale Schwerpunkte besonders berücksichtigt? (abs.)



chenden Angeboten dieser Einrichtungen gefragt. Das Ergebnis spiegelt sich in folgender Übersicht wider.

Zu berücksichtigen ist hierbei jedoch, dass es sich quasi um Informationen aus zweiter Hand handelt, weil die InstitutsleiterInnen nicht direkt befragt worden sind und in der Regel nicht in die Beantwortung der Fragebögen einbezogen wurden.

Abbildung 9: Ein gezieltes städtisches interkulturelles Angebot halten vor (Mehrfachnennungen möglich):

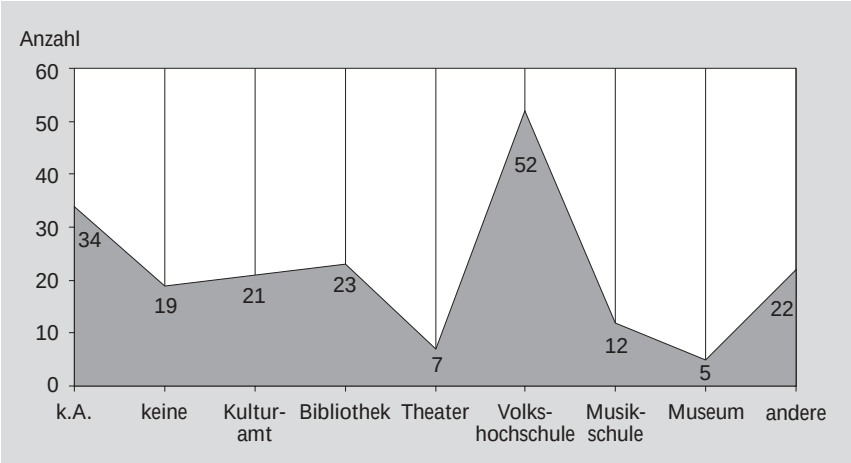
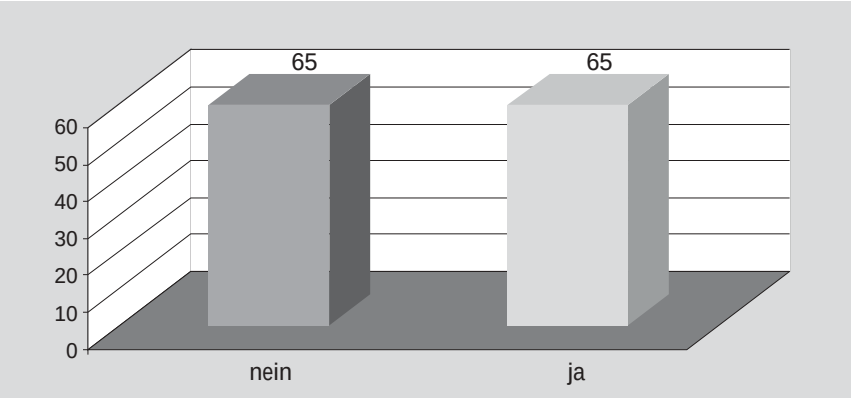


Abbildung 10: Gibt es in Ihrer Kommune Freie Kultureinrichtungen mit einem Schwerpunkt Interkulturelle Kulturarbeit (abs.)?



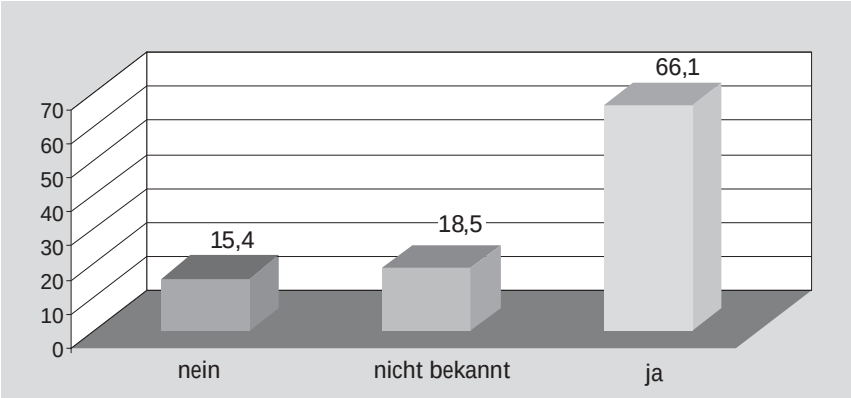
Im interkulturellen Kulturangebot einer Kommune spielt danach besonders die Volkshochschule ein herausragende Rolle. Hier scheint eine Institution neben ihrer allgemeinbildenden Funktion zunehmend zum wichtigen »interkulturellen Dienstleister« zu avancieren. Auf den letzten Plätzen rangieren dagegen das Museum und das Theater.[11] Deren Kulturangebot hat die vielen ZuwanderInnen als neue Zielgruppe offenbar noch nicht ausreichend wahrgenommen. Insgesamt ist fest zu stellen, dass kommunale Kultureinrichtungen in Nordrhein-Westfalen mit Ausnahme der Volkshochschulen nur über ein äußerst bescheidendes interkulturelles Kulturangebot verfügen.

Die Situationsbeschreibung der Interkulturellen Kulturarbeit in den Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen bliebe unvollständig, würde nicht die so genannte Freie Kulturszene gleichfalls Berücksichtigung finden. Denn neben den Vereinen und kommunalen Kultureinrichtungen hat sich im Zuge der Etablierung der Neuen Kulturpolitik seit den achtziger Jahren des vorherigen Jahrhunderts eine Vielzahl von Kulturzentren, soziokulturellen Einrichtungen, Stadtteilläden u. Ä. entwickelt, die sich zunehmend zu einem zweiten Standbein städtischer Kultur ausgewachsen haben. Interessant war nun zu erfahren, ob aus der Sicht der kommunalen Kulturverwaltung diese Institutionen einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in der Interkulturellen Kulturarbeit entwickelt haben. *Abbildung 10* spiegelt die entsprechenden Antworten:

Nach den Aussagen der befragten Kulturämter ist die Freie Kulturszene in Nordrhein-Westfalen ein wichtiger, wenn nicht der zentrale Ort für Interkulturelle Kulturarbeit. Jede zweite Einrichtung ist danach ausgewiesen engagiert in Sa-

11 Allerdings muss auch in diesem Zusammenhang wieder auf die unpräzise Verwendung des Begriffs »Interkulturelle Kulturarbeit« verwiesen werden. Bei der VHS verbergen sich dahinter häufig Alphabetisierungsmaßnahmen, im Theater zum Beispiel die deutsche Inszenierung eines ausländischen Autors und im Museum etwa die Sonderausstellung zum »Gold der Inka« und dem spanischen Kolonialismus o. Ä.

Abbildung 11: Förderung »Freier« Einrichtungen mit Schwerpunkt interkulturelle Kulturarbeit mit kommunalen Mitteln (in %)



chen dialogische Kulturarbeit mit, von, für und zusammen mit MigrantInnen.[12] Zwar lässt sich auch in diesem Zusammenhang ein gewisses Stadt-Land-Gefälle nachweisen – und speziell die großen soziokulturellen Zentren im Ruhrgebiet und in der Rheinschiene bilden dabei gewissermaßen die »interkulturelle Speerspitze« der Bewegung –, aber auch kleine Einrichtungen weisen nicht selten ein explizites interkulturelles Profil auf, das nicht zuletzt dem egalitären und toleranten Selbstverständnis der Soziokultur geschuldet ist. In dieser Hinsicht bilden »Freie Szene« und nicht-städtische Kultureinrichtungen aus der Sicht der kommunalen Kulturpolitik ein wichtiges Standbein für die Interkulturelle Kulturarbeit vor Ort.

Nun ist es aber keineswegs so, dass die kommunale Kulturpolitik durch das Engagement der »Freien« gleichsam aus der interkulturellen Verantwortung entlassen wäre. Auch wenn die zahlreichen Kulturzentren im Lande einen – gemessen an den kommunal getragenen Einrichtungen – erheblichen Selbstfinanzierungsgrad durch ihr spezifisches Kulturangebot aufweisen, wären sie ohne staatliche Transferleistungen nicht überlebensfähig. Und gerade hier zeigt die kommunale Kulturpolitik Verantwortung für das gesamte städtische Kulturleben, wie folgendes Schaubild unterstreicht:

Danach werden in zwei Dritteln aller Fälle interkulturelle Kulturaktivitäten der Freien Szene über die Förderung der veranstaltenden Einrichtung durch städtische Haushaltsmittel zum Teil mit erheblichen Summen[13] mitfinanziert.

12 Eine in diesem Zusammenhang von der *Kulturpolitischen Gesellschaft* in Auftrag gegebene Expertise zu den soziokulturellen Zentren in Nordrhein-Westfalen(Institut für Kulturpolitik 2003) konnte diese Aussage weiter untermauern. Allerdings muss auch hier auf die fehlende Trennschärfe des Begriffs Interkulturelle Kulturarbeit verwiesen werden, der den vielfältig praktizierten interkulturellen Austausch in den Zentren nicht selten mit dialogischer Kulturarbeit im o. g. Sinne gleichsetzt.

13 Der jährliche kommunale Zuschuss für ein großes soziokulturelles Zentrum beträgt nicht selten – je nach Einrichtungstyp verschieden – um die 50 000 Euro.

Sie ist damit als Förderinstanz stärker in das interkulturelle Kulturgeschehen involviert, als der erste Blick vermutet lässt, auch wenn die Förderung Interkultureller Kulturarbeit vornehmlich im »Huckepackverfahren« über die Freie Kulturszene erfolgt.

Ansatzpunkte Interkultureller Kulturpolitik

Die Befragung zur Interkulturellen Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen hat ein ernüchterndes und realitätsnahes Bild des Stellenwerts dieses Themas im Rahmen der kommunalen Kulturpolitik gezeichnet. Es ist deutlich geworden, dass die Kulturpolitik heute noch nicht viel weiter ist als vor zehn Jahren, als Beate Winkler von dem »Blinden Fleck« der Kulturpolitik sprach. Die »entscheidende Herausforderung für unsere Gesellschaft«, mit dem Fremden zu leben, ist noch nicht angenommen worden. Notwendig wären dafür »Konsens, Behutsamkeit, Sensibilität, Engagement, Querdenken, Konfliktfähigkeit und nicht zuletzt eine Kulturpolitik, die nach neuen Ansätzen sucht« (Winkler 1994: 158). Worin könnten diese neuen Ansätze bestehen?

Im Sinne des Diktums, dass Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik zu konzipieren ist, müssten die Ansätze eingebettet sein in ein ganzheitliches Konzept einer Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, zumindest wäre dieser Horizont bei der Programmierung kulturpolitischer Maßnahmen mit zu bedenken. Ein kultureller Dialog kann sich nur entfalten, wenn die Konflikte und Spannungsfelder zwischen einheimischer Mehrheit und zugewanderter Minderheit möglichst weitgehend entschärft sind. Und dieses setzt voraus, dass die eingewanderten Minderheiten gleichberechtigt an dem gesellschaftlichen und kulturellen Leben in Deutschland teilnehmen können und in ihrer Selbstverantwortlichkeit unterstützt werden.

Angesichts der Dimension der (kultur-)politischen Herausforderung sollte es selbstverständlich sein, dass interkulturelle Kulturpolitik alle Ebenen der Politik betrifft. Bund, Länder und Kommunen sollten in dieser Frage zusammen wirken. Migration ist darüber hinaus auch ein europäisches und internationales Problem und sollte deshalb auch auf diesen Ebenen kulturpolitisch reflektiert werden. Ferner ist als Prämisse einer gelingenden interkulturellen Politik hervorzuheben, dass sie sich auf alle Gruppen von Zuwanderern bezieht, also neben AusländerInnen auch Asylsuchende und AussiedlerInnen anspricht.

Interkulturelle Kulturpolitik »besetzt das Meinungsfeld positiv, spricht sich für das Zusammenleben in kultureller Vielfalt aus und formuliert damit auch eine politische, gesellschaftliche Zielvorstellung. Ihr Ziel ist es, einen breiten, positiven gesellschaftlichen Konsens in dieser Frage zu erzeugen, ohne zu idealistische Anforderungen an den einzelnen zu stellen« (ebd.: 159) oder bestehende Konflikte zu verharmlosen. Sie will die kulturellen Potenziale deutlich machen, über die MigrantInnen verfügen und Zuwanderung nicht nur als soziales Problem thematisieren.

Interkulturelle Kulturarbeit als neues Aufgabenfeld der Kulturpolitik

Die interkulturelle Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen führt noch weitgehend ein Schattendasein, das ihrer (zukünftigen) gesellschaftspolitischen Bedeutung in keiner Weise gerecht wird.[14] Der defizitäre Status dieser Aufgabe oder dieses Arbeitsfeldes liegt jedoch nicht nur darin begründet, dass Etatansätze fehlen. Das Problem liegt vielmehr darin begründet, dass der alte Programmsatz »Kultur für alle und von allen« der Neuen Kulturpolitik, der noch vor zwei Jahrzehnten einen kulturpolitischen Konsens beschrieb, heute offenbar nicht mehr die notwendige Akzeptanz findet. Ansonsten wäre es naheliegend gewesen, den kulturellen Potenzialen und Interessen der MigrantInnen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Dass es dazu nicht gekommen ist, mag u. a. damit zu tun haben, dass die gutmeinenden betreuenden Ansätze einer Ausländerkulturarbeit Anfang der achtziger Jahre ins Leere liefen und im Sinne einer »positiven Diskriminierung« auch missverstanden werden konnten. Eine ausreichende Begründung für die aktuellen Defizite ist dies jedoch nicht.

Ein entscheidender Grund dafür ist vielmehr, dass die Belange der MigrantInnen in der Kulturpolitik keine Vertretung haben, weil sie nicht formuliert und organisiert sind. Und dies ist nicht nur eine Frage kulturpolitischer Strategien, sondern auch des Selbstorganisationswillens und der -fähigkeit dieser Gruppen. Es fehlen die Netzwerke und Verbände, die sich Gehör verschaffen könnten. Und in welchen Ausschüssen, Kuratorien, Jurys, Kulturämtern und gemeinnützigen Zusammenschlüssen sind heute fachkundige MigrantInnen vertreten? Sie sind so gut wie nicht präsent im deutschen Kulturpolitiksystem. Wenn sich jedoch langfristig und nachhaltig etwas ändern soll an der bisherigen Situation, ist jedoch genau das notwendig. Interkulturelle Kulturpolitik ist daher nicht nur eine Frage von Finanzmitteln für diesen Zweck, sondern ist ebenso ein interaktiver Prozess, der beide Seiten in die Pflicht nimmt.

Dennoch gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die kurz- und mittelfristig hilfreich wären, um die Situation zu verbessern. Einige davon hat Beate Winkler schon vor zehn Jahren angeführt: »stärkere Öffnung des Kulturbetriebs für ethnische, kulturelle, religiöse Minderheiten; größere Berücksichtigung von Mitgliedern der Minderheitengruppen bei Einstellungen in den sogenannten Kulturbetrieben, von ausländischen Künstlern bei Ausschreibungen, Ausstellungen, Fördermaßnahmen, der Vergabe von Kunst- und Kulturpreisen; selbstverständlichere Berücksichtigung von Autoren und Künstlern aus Herkunftsländern unserer Minderheiten im Rahmen der allgemeinen Kulturangebote, vor allem der ausländischen Künstler, die in der Bundesrepublik leben und arbeiten (z.B. bei Lesungen, Ausstellungen, Theateraufführungen)« (Winkler 1994: 159).

14 Die neue konzeptionelle Förderinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen in Sachen interkulturelle Kulturarbeit (vgl. dazu den Beitrag von Kulturminister Vesper in diesem Band) ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Signal für die Bereitschaft des Landes, sich des Themas im öffentlichen Diskurs anzunehmen. Der zentrale Nutzen der Initiative liegt in dieser Hinsicht auch weniger in den bereitgestellten finanziellen Mitteln, so wichtig sie für einzelne innovative Projekte auch sein mögen, als vielmehr in der durchaus auch symbolischen Wertschätzung des Themas als ein neuer und wichtiger Eckpunkt der Landeskulturpolitik.

Ein großes Manko der interkulturellen Kulturarbeit besteht gegenwärtig darin, dass es – von Ausnahmen abgesehen – weder auf kommunaler noch auf Landesebene ausgewiesene Förderkonzepte gibt. Daran ist in Kooperation mit VertreterInnen der verschiedenen Migrantenszenen zu arbeiten. Sehr hilfreich ist es, wenn Kommunen oder Länder spezielle Förderprogramme oder -töpfe für interkulturelle Kulturarbeit einrichten, weil dadurch Interesse gestärkt werden kann. Auch wenn diese in der Anfangsphase eher bescheiden ausgestattet sind, so können sie doch eine erhebliche motivierende und aktivierende Wirkung entfalten. Warum sollte es nicht in Ergänzung dazu zukünftig – ähnlich vergleichbarer Strukturen in Nordrhein-Westfalen – ein Landesbüro oder Sekretariat für interkulturelle Kulturarbeit geben, das gegebenenfalls in Selbstverwaltung der Akteure betrieben würde und einen organisatorischen Focus der interkulturellen Szene bilden könnte?

Auf der »behördlichen« Ebene wäre es ratsam, wenn es zu einer kooperativen Politik, zumindest aber zu Absprachen zwischen den Ämtern und Ressorts käme, um Ressourcen zu bündeln und Maßnahmen zu koordinieren. Vielleicht sollte die alte Idee einer ämter- beziehungsweise ressortübergreifenden Arbeitsgruppe wieder zu neuen Ehren kommen. Der Austausch von Erfahrungen und Konzepten zwischen Kommunen und gegebenenfalls auch Ländern ist darüber hinaus auf jeden Fall anzuraten. Auch wenn die Ansätze interkultureller Arbeit noch dünn gesät sind, so gibt es doch sehr erfolgreiche und ermutigende Beispiele, die kommuniziert werden könnten. Die Spitzenverbände der Kommunen, aber auch die Länder könnten dabei wichtige Hilfestellungen leisten.

In vielen Städten gibt es Städtepartnerschaften und die Praxis der Vereinsförderung. Auch diese Maßnahmen sollten daraufhin überprüft werden, ob sie im Rahmen einer interkulturellen Kulturpolitik neu profiliert werden können. So gibt es zum Beispiel nur wenig Partnerschaften mit Kommunen in den Herkunftsländern der MigrantInnen, und die Vereinsförderung dümpelt in der Regel mehr schlecht als recht vor sich hin. Neue Ansatzpunkte ergeben sich möglicherweise auch im Kontext der kulturellen Bildung, wenn die außerschulischen Einrichtungen (z. B. Musikschulen, Kunst- und Jugendkunstschulen, Volkshochschulen, Bibliotheken) sich dieser Frage intensiver annähmen. Die Einführung der »verlässlichen Ganztagsschule« bietet darüber hinaus womöglich ganz neue Chancen für interkulturelle Bildungsarbeit.

In Zeiten knapper Finanzen haben neue Idee es schwer sich durchzusetzen, weil dies in der Regel die große Zeit der Besitzstandswahrung ist und Veränderungen als Bedrohung empfunden werden. Gerade deshalb ist es notwendig, Bewusstseinsarbeit zu leisten, die Akteure in der Kulturszene und in der Kulturpolitik davon zu überzeugen, dass Stillstand keine Lösung ist und auch keine Einrichtung rettet. Dazu werden sowohl sachliche und fachliche Informationen wie auch überzeugende Argumente benötigt. Neben der empirischen Kärrnerarbeit ist dafür aber vor allem das Gespräch mit den betroffenen Migrantengruppen unerlässlich. In dieser Hinsicht muss der gemeinsame Kulturdialog am Anfang

stehen, um daraus kooperative und wirksame Strategien für die Interkulturelle Kulturarbeit der Zukunft zu entwickeln.

Literatur

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.) (2003): *Soziokulturelle Zentren in Nordrehin-Westfalen. Genese – Profile – Perspektiven*, Bonn

Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.) (1977): *Interkultureller Dialog. Ansätze, Anregungen und Konzepte für eine interkulturell ausgerichtete Kulturarbeit und Kulturpolitik*, Bonn/Essen (Dokumentation 52)

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (Hrsg.) (2002): *Statistischen Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 2001*

Schwencke, Olaf/Winkler-Pöhler, Beater (Hrsg.) (1987): *Kulturelles Wirken in einem fremden Land. Ausländische Künstler in der Bundesrepublik Deutschland*, Hagen/Loccum (Dokumentation 31/Loccumer Protokolle 03/87)

Winkler, Beate (1994): »Ein blinder Fleck. Anmerkungen zur Kulturpolitik in einer multikulturellen Gesellschaft«, in: Sievers, Norbert/Wagner, Bernd (Hrsg.) (1994): *Blick zurück nach vorn. 20 Jahre Neue Kulturpolitik*, Essen/Hagen

MICHAEL VESPER

Interkulturelle Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen

Zuwanderungs- und Integrationspolitik sind wichtige Themen der Landespolitik in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung versteht dabei Integration als Querschnittsaufgabe, die die Politik, alle gesellschaftlichen Bereiche und auch die gesamte Verwaltung zu gemeinsamen Anstrengungen zusammenführt, um die Situation der zugewanderten Bevölkerung zu verbessern. Die PISA-Studie zeigt allerdings die Grenzen des bis heute Geleisteten: Teile der bisherigen Integrationspolitik waren ganz offensichtlich nicht erfolgreich. Das belegen insbesondere die mangelhaften Sprachkenntnisse der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und ihre dementsprechend schlechten Schulergebnisse.

Wir müssen darum die genauen Ursachen für die mangelnden Integrationserfolge analysieren. Einer der wichtigsten Gründe ist wohl, dass Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung noch immer nicht vollständig anerkennen, dass Immigration und die Probleme der Zugewanderten keine temporären Erscheinungen sind, sondern dauerhafte Herausforderungen. Angesichts der eindeutigen Fakten ist dies verwunderlich: 1998 lebten 2 Millionen Menschen aus 180 Nationen in Nordrhein-Westfalen, das heißt 11 Prozent der Bevölkerung sind zugewandert. Je nach Prognose kann sich dieser Anteil bis zum Jahr 2030 auf 15 Prozent steigern. In einigen großen Städten und noch mehr Stadtteilen als bisher wird dann der Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Bevölkerung bei über fünfzig Prozent liegen.

Was bedeutet das für die zukünftige Integrationspolitik ?

Der Integrationsbeauftragte der nordrhein-westfälischen Landesregierung, Dr. Klaus Lefringhausen, hat die Grundsatzfrage aufgeworfen: »Eine der großen Aufgaben ist die inhaltliche Füllung der Zielvorstellung einer integrierten Gesellschaft. Solange offen ist, welche Integrationstiefe gemeint ist – ob Türken germa-

nisiert oder Muslime säkularisiert werden sollen, wie viele ethnische Nischen und Wirtschaftskreisläufe verkraftbar sind, welche Umwegintegration eine Brücke bildet und welche Parallelstrukturen sie schaffen, so lange das alles offen ist, kann in diesem Teich jeder Demagoge fischen.«

Lefringhausen hat deshalb angekündigt, nach dem Muster des Konsultationsverfahrens, mit dem die Kirchen einst einen sozialen Grundkonsens ermittelt haben, eine Debatte über den Begriff der integrierten Gesellschaft herbeizuführen. Wichtig: An dieser Debatte sollen auch Zugewanderte gleichberechtigt teilnehmen. Die große Chance eines solchen Konsultationsverfahrens besteht darin, dass die Grundvoraussetzung für erfolgreiche Integrationsmaßnahmen im Schaffen eines breiten gesellschaftlichen Konsenses liegt.

Integration kann nicht gegen die Mehrheit der Bevölkerung erreicht werden. Mehr Anerkennung, mehr Respekt, die Aufwertung und die Stärkung der Zuwanderungsgesellschaft sind Grundvoraussetzung für jegliche Integration. Nur wer sich als eingewanderte Minderheit seiner Identität sicher sein kann, kann in den gleichberechtigten Dialog mit der Mehrheitsgesellschaft treten. Diese Aufwertung der Zuwanderungsgesellschaft darf aber nicht zur Ghettobildung und zur Abschottung führen.

In Zeiten der Globalisierung steigt bei allen Ethnien die Neigung – und das gilt auch für die deutsche –, sich zur Selbstvergewisserung und zum Erhalt der Identität wieder stärker auf das Vertraute zurückzuziehen. Die Suche nach Heimat nimmt wieder zu. Zu dieser Rückbesinnung auf Herkunft, Glaubensüberzeugungen und »eigenkulturelles« Gemeinschaftsleben gehört auch die verbreitete Orientierung an politischen Konflikten und sozialen Prozessen im »Heimatland«. Dazu gehört in Deutschland die breite und intensive Rezeption vor allem türkischer, aber auch serbischer, kroatischer und griechischer Medien. Erleichtert wird sie auch durch preisgünstige Transportmöglichkeiten zwischen den Ursprungsländern und dem neuen Heimatland. So wächst die Gefahr dauerhafter ethnischer Parallelgesellschaften.

Wir haben bereits eindeutige Erfolge in der Integration erzielt. Es ist aber leider noch immer so, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft eher nebeneinander her leben, als sich wirklich zu begegnen und aufeinander einzulassen. Deutsche und Nicht-Deutsche beschränken sich in aller Regel auf den »gesellschaftlichen Pflichtverkehr« (Georg Simmel).

Kunst und Kultur helfen bei der Begegnung

Wie können Kunst und Kultur dazu beitragen, dass mehr interkulturelle Begegnungen stattfinden und sich ethnische Parallelgesellschaften nicht dauerhaft voneinander abschotten? Hier liegt eine Fülle von Erfahrungen auch aus Nordrhein-Westfalen vor, die wir jetzt systematisch auswerten wollen. Insbesondere im Rahmen der Regionalen Kulturpolitik des Landes sind in den letzten Jahren eine Reihe von bemerkenswerten Projektideen entstanden und evaluiert

worden. Diese Kulturprojekte fanden vor einem gemeinsamen Hintergrund statt:

Für alle Bereiche – Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Bildung, auch für die Kultur – gelten bei interkulturellen Projekten ähnliche Grundsatzfragen:

- Die nach dem Maß der eigenständigen Ursprungskultur und wie sie in einem anderen Land gelebt werden kann;
- die nach dem integrativen Prozess, der Schnittmenge der gemeinsamen Begegnung, die Assimilation von Integration trennt;
- und die nach dem tatsächlichen Mindestmaß an Eintauchen in die Gesellschaft des Migrationslandes, um nicht in einem Ghetto zu leben.

Diese Teilfragen sind miteinander verknüpft und beschreiben in der Verbindung den Prozess der Integration auf drei Ebenen:

- die Ursprungskultur
- die Schnittmenge der Gemeinsamkeiten,
- die Übernahme der Gastkultur.

Auf welchem gesellschaftlichen Gebiet wir uns auch bewegen, immer ist zu fragen: Wo sind die Stärken, bezogen auf diese drei Ebenen der Integration? Was ist gewollt und auf welchem Wege ist es zu erreichen? Es gilt, diese einzelnen Faktoren mit aller Sensibilität auszuloten und zu beschreiben.

Zwischen den polaren Existenzweisen von Ghettoisierung (der totalen Verweigerung der Gastkultur) und der Assimilation (dem vollständigen Aufgehen in der Gastkultur) weist die Kultur als wichtigsten Aspekt das Feld der Begegnung auf. Hier liegt die Stärke und Kraft von Kunst und Kultur, die auf dem klassischen Weg der Ich-Du-Beziehung zwischen Kunstwerk und Rezipienten den Dialog »mit-liefern« können. Die Kultur bietet vor allem also zwei Ansatzpunkte: Erstens die Betrachtung und dialogische Auseinandersetzung mit Kultur und zweitens das Ausüben und Eintauchen in einen künstlerischen Prozess. Der künstlerische Weg ist zugleich in höchstem Maße identitätsstiftend. Und diese, die Frage nach der Identität, ist eine der wichtigsten für den Integrationsprozess.

Ein Beispiel: Die größte Gruppe der Migranten kommt aus islamischen Ländern und verkörpert eine Kultur, deren Wurzeln im Nomadentum und in dieser Religion fußen. In welchem Maße sind wir bisher dieser Kultur begegnet? Was wissen wir über die künstlerischen und kulturellen Leistungen der Herkunftsländer? Sie sind in ihrer Bedeutung der abendländischen Kultur gleichzusetzen und haben sie in bestimmten historischen Zeiträumen sogar überflügelt und beeinflusst.

Der Blick in die Vergangenheit zeigt, dass es wenige qualifizierte Projekte mit einer Sicht über den eurozentrischen Zaun hinaus gegeben hat. Wo es sie gab, stand oft die Betrachtung des »Exotischen« mehr im Vordergrund als der Blickwinkel des Verstehens und des Kennen lernens. Es fehlen die Projekte, die die Offenheit der Kulturen aufzeigen. Es könnte eine breit angelegte Programmstruktur geben, die sich mit diesen zentralen Fragen beschäftigt. Wichtigster Anspruch

wäre das dialogische Prinzip. Eine Begegnung von Kulturen ohne dieses Prinzip wäre verfehlt. Durch eine solche Auseinandersetzung aber begänne für den deutschen Betrachter der Weg zum Respekt vor dem Anderen; diejenigen, die ihrer eigenen kulturellen Herkunft begegnen, würden sich auf den Weg machen, ihre eigene Identität zu entdecken.

Ein anderer Teil des Weges ist der einer konkreten künstlerischen Zusammenarbeit. Hier gab und gibt es in Nordrhein-Westfalen eine Reihe von Projekten, die von ihrer Anlage und ihren Ergebnissen her modellhaft stehen können. Sie finden sich vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendkultur.

Allen gemeinsam ist die künstlerische Leitung durch »Profis« der jeweiligen Szene. So wird das Prinzip von Nachahmung durchbrochen, das allzu oft eine freizeitorientierte kulturelle Beschäftigung prägt. Die Überzeugungskraft einer Künstlerin oder eines Künstlers überträgt und vervielfältigt sich. Sie kehrt über einen kreativen Prozess verwandelt wieder. Sie wirkt »emanzipatorisch«: Was dann zu sehen und zu hören ist, ist der persönliche Ausdruck der Jugendlichen, gestaltet in Inhalt und Form. Die Jugendlichen begegnen sich in neuen Konstellationen: Die Hierarchie der ethnischen Unterschiedlichkeit wird aufgehoben und durch das künstlerische Miteinander, die künstlerische Leistung neu geprägt.

Unter dem Namen »Alle Achtung« verbindet ein Projekt der Regionalen Kulturpolitik fünf Städte mit ihrer Vielzahl von Schulen und Jugendeinrichtungen, die sich gemeinsam der Auseinandersetzung mit dem Fremden, dem Anderen widmen. Als Kunstrichtungen stehen hier Pate: die Musik, der Tanz, das Theaterspielen- und Verfassen, die Literatur, die Medien und die Bildende Kunst. Dieses Projekt gilt bundesweit als vorbildlich und ist bereits in verschiedenen Veröffentlichungen dargestellt.

Natürlich greift es besonders die Ausdrucksweisen der jugendlichen Subkultur auf, also Rap und Pop, Hiphop und Jazzdance, freie theatralische Gestaltung und Graffiti. Es entstand so das Musical »Hiphop for Respect«, das in beeindruckender Weise den Willen zum Leben miteinander – aber auch das tatsächliche »Aneinander vorbei« aufzeigte. Es gab Rap-Sessions, die unter die Haut gingen. Junge Türken sprachen von ihren Gefühlen und Träumen, die nur im Zusammenleben zu verwirklichen sind, das unsere Gesellschaft auch tatsächlich erlaubt. Sie sprachen von der Ausgrenzung, die ihnen den Blick durch die geöffnete Türe erlaubt, aber nicht das Durchschreiten.

Beängstigende Szenarien von Verfolgung und Verachtung wurden sichtbar in Literatur und Theaterspiel. Was da durch die thematische Auseinandersetzung entstand, war eine Öffnung auf den Anderen zu, die Suche nach Gemeinsamkeiten. Es entstand ein gemeinsames künstlerisches Wollen, das für jeden Einzelnen identitätsbildend war. Das Projekt »Alle Achtung« bietet die Besonderheit eines breiten künstlerischen Spektrums, so dass jeder sich in einem der vorgeschlagenen künstlerischen Felder wiederfand.

Ähnliche Projekte der Regionalen Kulturpolitik zeichnen sich durch gleiche Merkmale in Struktur und Auswirkung aus. Ernsthafte kulturelle Begegnung

bringt Probleme mit sich, erzeugt Fragen an den eigenen kulturellen Hintergrund und bewirkt Irritationen durch die andere Kultur. Und das auf beiden Seiten. Sie kann das Austragen von Konflikten in friedlicher Weise und mit künstlerischen Mitteln fördern. In konflikttheoretischer Hinsicht ist die Auseinandersetzung um Werte und Normen konsensstiftend. Sie kann, sofern sie in geregelten Bahnen verläuft, zur sozialen Integration beitragen. Erst wenn wir Irritation und Fremdheit zulassen, können wir aufeinander zugehen, erfahren die Erweiterung des eigenen kulturellen Spektrums. Kunst und Kultur leisten also einen Beitrag zur Entwicklung gemeinsamer kultureller und zivilisatorischer Werte, für ein gesellschaftliches Klima der gegenseitigen Achtung und des Respekts voreinander.

Rolle der Landeskulturpolitik

»Kultur« war zwar in den letzten beiden Jahrzehnten der zentrale Begriff, mit dem über die Chancen und Risiken der Einwanderungsgesellschaft diskutiert wurde. Stichworte waren dabei die Begriffe »Leitkultur«, der »Kampf der Kulturen« und die »Multikulturelle Gesellschaft«. Trotzdem stellte das *Landeszentrum für Zuwanderung*, das die Landesregierung berät, im August 2001 fest: »Diesem häufig inflationären Gebrauch von ›Kultur‹ in Zusammenhang mit Beschreibung und Charakterisierung der Einwanderungsgesellschaft steht eine absolute Blindstelle im Bereich der operationalisierten Kulturpolitik des Bundes und der Länder gegenüber. Die moderne ›Einwanderungsgesellschaft‹ ist in der Kulturpolitik der Bundesrepublik noch nicht angekommen, weder beim Bund, noch bei den Ländern; in einzelnen Kommunen gibt es erste Ansätze.«

Die Kulturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen wird auch auf der Basis dieser Hinweise die interkulturelle Kulturpolitik in Zukunft stärker in ihre Überlegungen mit einbeziehen. Kulturpolitik kann sich auch angesichts der bereits genannten Einwanderungszahlen nicht nur auf den deutschen Teil der Bevölkerung beziehen. Ich plädiere darum für eine »Kulturpolitik in der Einwanderungsgesellschaft«. Migrantinnen und Migranten partizipieren bisher kaum an der Kultur in Nordrhein-Westfalen. Wie also müssen sich die kulturellen Angebote verändern, wenn in den nächsten Jahren bis zu vierzig Prozent der Bevölkerung in den Städten einen Migrationshintergrund haben? Hier besteht dringender Handlungsbedarf für die Kultureinrichtungen und die einzelnen Sparten. In den Kommunen gibt es seit langen Jahren viele Beispiele interkultureller Kulturarbeit, aber keine speziellen Handlungskonzepte für die interkulturelle Kulturarbeit. So ist zum Beispiel im Konzept für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen aus dem Jahr 1999 mit ihrem Kulturbeigeordneten Dr. Oliver Scheytt, der auch Präsident der *Kulturpolitischen Gesellschaft* ist, kein Programmteil zur Rolle der Kulturarbeit oder der Kulturpolitik vorhanden. Stattdessen finden sich dort ausführliche Strategien in anderen Feldern, etwa im Bereich der Sozialarbeit oder der Arbeitsmarktpolitik.

Das gleiche Defizit gilt aber auch für die Landeskulturpolitik. Bisher fördert die öffentliche Hand MigrantInnen als ProduzentInnen und NutzerInnen von

Kunst und Kultur kaum. Ich möchte dies ändern. Dafür habe ich beim *Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft* eine Bestandsaufnahme in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse im Frühjahr 2003 vorliegen werden. Die Untersuchung widmet sich den folgenden Fragestellungen:

- Welche Initiativen, Projekte und Festivals gibt es in NRW und speziell im Ruhrgebiet ?
- Wo liegen die Räume und Spielorte der Migranten-Kultur?
- Welche Erfahrungen und Angebote existieren in den einzelnen Städten?
- Welchen Handlungsbedarf gibt es für das Land?

Insbesondere mit Bezug auf die Möglichkeiten für die Landespolitik erwarte ich mir weitere wichtige Aufschlüsse von der Untersuchung des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*. (Vgl. hierzu den Beitrag von Kröger/Sievers in diesem Band)

Unter Einbeziehung dieser Untersuchungsergebnisse des Projekts »Zur Situation und zu den Aufgaben Interkultureller Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen« möchte ich deshalb eine konzeptionell fundierte Weiterentwicklung dieses Aufgabenfeldes in Gang setzen. Hierfür sollen in 2003 in einem ersten Schritt beispielhaft, qualitativ hochwertige Pilotprojekte ausgeschrieben werden. Eine begleitende Auswertung dieser Pilotprojekte soll Teil einer parallel laufenden konzeptionellen Entwicklungsarbeit werden. Ab März 2003 sollen Arbeitsgruppen Möglichkeiten, Kriterien und Notwendigkeiten von Aufgaben- und Themenfeldern ausloten. Interkulturelle Kulturarbeit soll im Medium der Kunst der Kommunikation, der Verständigung und der Wahrnehmung einer als bereichernd bewerteten Vielfalt der Kulturen dienen. Sie soll dazu verhelfen, die jeweils eigenen Lebensweisen und Anschauungen zu reflektieren und kulturelle Differenzen und Wahrnehmungen kennen zu lernen, anzuerkennen und in diesem Spannungsfeld für ein friedliches Miteinander zu nutzen. Ziel interkultureller Kulturarbeit ist außerdem die Arbeit an neuen internationalen künstlerischen Ausdrucksformen und Strukturen.

Zielsetzung der Projektentwicklung zur interkulturellen Kulturarbeit

Der von mir initiierte Entwicklungsprozess verfolgt das Ziel, neue Möglichkeiten, Kriterien und Formen der interkulturellen Kulturarbeit für die Praxis auszuloten. Ausgehend von Einzel-Projektförderungen sollen zusätzliche nachhaltigere Planungs- und Durchführungsformen gefunden werden. Dabei gilt es:

- Partizipation anzubieten: durch Zusammenführung und Beteiligung von Künstlerinnen, Künstlern und Kulturfachleuten mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen bei den hier benannten Projektentwicklungen;
- Adressatenansicht zu reflektieren: durch zielgruppen- und themenspezifische Ausrichtungen, um dem zu ermittelnden Kunst- und Kulturbedarf einer spe-

ziellen Klientel zu entsprechen (prioritär: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene);

- Schwerpunktprogramme zu entwickeln: durch Städte und Regionen übergreifende Kooperationen, um neben inhaltlichen auch finanzielle Synergieeffekte herzustellen;
- Dialogische Prinzipien anzuwenden: durch Angebotsentwicklung, die dem Charakter eines Dialogs der Kulturen in der interkulturellen Kulturarbeit entsprechen, durch Einbeziehung gesellschaftlicher Kontexte und durch das Möglichmachen persönlicher Begegnungen (gemeinsame Kunstproduktion der Künstlerinnen und Künstler und Interaktion mit dem Publikum als Zielgruppe);
- Nachhaltigkeit erzielen: Es sind solche Projekte zu fördern, die nachhaltige Wirkungen für kulturelle Interaktionen erzielen können.

Das Prinzip der partizipativen, transparenten Entwicklungsarbeit entspricht den bei der Regionalen Kulturpolitik Nordrhein-Westfalens bereits erfolgreich erprobten Prinzipien. Das Kulturministerium hat hier nicht sozusagen »von oben« und »stellvertretend für andere« Angebote entwickelt, sondern grundlegende Projektkriterien und -bedingungen gemeinsam und auf gleicher Augenhöhe mit den Beteiligten erarbeitet.

PETER FRANKENBERG

Interkultur als Aufgabe der Kulturpolitik

Wir leben in einer Zeit, die durch eine zunehmende Globalisierung und Internationalisierung gekennzeichnet ist. Darin sehen die einen eine Chance, andere erblicken darin eine mögliche Bedrohung des friedlichen menschlichen Zusammenlebens. Tatsache ist, dass durch die Medien und die modernen Kommunikations- und Verkehrsnetze Ereignisse auch in entferntesten Regionen in ganz anderer Weise als früher ins Bewusstsein der Menschen gerückt sind. Auch der Erlebnis- und Erfahrungshorizont Jugendlicher ist durch die internationale Verflechtungen globalisiert. Nicht immer ist dabei eine größere Aufgeschlossenheit anderen Kulturkreisen gegenüber die Folge. Zu beobachten sind sogar Voreingenommenheit und gewaltsame Reaktionen auf Fremdartiges und Fremdartige.

Solche Voreingenommenheiten müssen überwunden werden. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Bildungspolitik und besonders der Bildung und Erziehung in der Schule zu. In dieser Frage gibt es einen breiten Konsens zwischen den für die Bildungs- und Kulturpolitik zuständigen Bundesländern. Dieser Konsens artikuliert sich nicht zuletzt in der Empfehlung »Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule«, welche die *Kultusministerkonferenz* im Oktober 1996 verabschiedet hat. Diese Empfehlung bezeichnet interkulturelle Bildung als Teil des allgemeinen Erziehungsauftrages der Schule. Gefordert ist bei allen Schülerinnen und Schülern die Entwicklung von Einstellungen und Verhaltensweisen, die dem ethischen Grundsatz der Humanität und den Prinzipien von Freiheit und Verantwortung, von Solidarität und Völkerverständigung, von Demokratie und Toleranz verpflichtet sind. Auf dieser Grundlage sollen die Schülerinnen und Schüler:

- sich ihrer jeweiligen kulturellen Sozialisation und Lebenszusammenhänge bewusst werden,
- über andere Kulturen Kenntnisse erwerben,
- Neugier, Offenheit und Verständnis für andere kulturelle Prägungen entwickeln,

- anderen kulturellen Lebensformen und -orientierungen begegnen, sich mit ihnen auseinandersetzen, dabei Ängste eingestehen und Spannungen aushalten,
- Vorurteile gegenüber Fremden und Fremdem wahr- und ernst nehmen,
- das Anderssein der Anderen respektieren,
- den eigenen Standpunkt reflektieren, kritisch prüfen und Verständnis für andere Standpunkte entwickeln,
- Konsens über gemeinsame Grundlagen für das Zusammenleben in einer Gesellschaft und in einem Staat finden,
- Konflikte, die aufgrund unterschiedlicher ethnischer, kultureller und religiöser Zugehörigkeit entstehen, friedlich austragen und durch gemeinsam vereinbarte Regeln beilegen können.

Es ist dabei klar, dass die Schule allein den gesellschaftlichen Anspruch, das gleichberechtigte Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheit zu gewährleisten, nicht erfüllen kann. Sie kann allerdings einen wesentlichen Beitrag dazu leisten. Deshalb ist es wichtig, dass zunächst einmal die Lehrerinnen und Lehrer den gestellten Anforderungen gerecht werden. Sie sind gefordert, nicht nur einen Kanon inhaltlicher Schwerpunkte des Unterrichts zu realisieren, sondern dabei auch die besonderen didaktischen und methodischen Ansprüche zu erfüllen. Hierzu gibt die erwähnte Empfehlung der *Kultusministerkonferenz* eine Fülle guter Orientierungspunkte.

Dem muss vor allem auch die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer entsprechen. Darüber besteht zwischen den Bundesländern völlige Übereinstimmung.

Zu erwähnen ist im Zusammenhang mit unserem Bildungssystem schließlich auch die Tatsache, dass durch den beträchtlichen Anteil ausländischer Studierender unsere Hochschulen ein Ort des praktizierten Miteinanders zwischen den Völkern und Kulturen sind.

Das Thema »Interkultur« ist aber nicht nur für unser Bildungssystem eine wichtige Herausforderung, sondern auch für die Kulturpolitik im engeren Sinne. Hier liegt zunächst einmal ein eindeutiger Schwerpunkt bei den Kommunen. Unsere Städte und Gemeinden nehmen diesen Auftrag erfreulicherweise sehr ernst. Sie haben zumeist gezielte Förderprogramme für interkulturelle Vorhaben aufgelegt. So standen etwa in den Jahren 2000 und 2001 im Kulturhaushalt der Landeshauptstadt Stuttgart jeweils insgesamt 384 000 Mark zur gezielten Förderung interkultureller Projekte und Organisationen zur Verfügung. Grundlage bei der Vergabe dieser Mittel sind eigene Richtlinien, welche die Landeshauptstadt Stuttgart zur Förderung von kulturellen Veranstaltungen nicht-deutscher Vereine und Organisationen verabschiedet hat. Das Tableau der durchgeführten Fördermaßnahmen ist beeindruckend und sehr ausdifferenziert. Besondere Hervorhebung verdient etwa der »Tag der Kulturen«, der jährlich im *Treffpunkt Rotebühlplatz* in Stuttgart stattfindet. In seine Planung und Durchführung sind 44 ausländische Kulturinstitutionen eingebunden. Aber auch alle anderen Städte und Gemeinden

unseres Landes nehmen, mit unterschiedlichen Akzentsetzungen, Interkultur als Aufgabe sehr ernst.

Auch die Landespolitik ist in diesem wichtigen Feld nicht außen vor. Baden-Württemberg verfügt zwar über kein spezielles Förderprogramm für interkulturelle Aktivitäten und Institutionen. Hervorzuheben ist aber:

- Alle Kultur-Förderprogramme gelten nicht nur für inländische Institutionen und Projekte, sondern auch für ausländische. Diese haben keinen Sonderstatus, sondern im Prinzip denselben Status und Rechtsanspruch wie vergleichbare inländische Vorhaben. Auch das stark in Anspruch genommene Kultur-Stipendienprogramm des Landes gilt gleichermaßen für inländische wie ausländische Mitbürger.
- Ein Paradebeispiel institutionalisierter interkultureller Arbeit ist die weit über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus bekannte *Akademie Schloss Solitude*, deren Leitung ein Franzose innehat und deren Stipendiaten zu inzwischen 60 Prozent Ausländer sind. Ein weiteres wichtiges Beispiel ist das *Institut für Auslandsbeziehungen*, das zwar nicht seitens des Landes getragen wird, das aber in Stuttgart angesiedelt ist und mit Landesmitteln in erheblichem Umfang unterstützt wird.
- Neben diesen Institutionen und neben den für alle gleichermaßen geltenden Förderprogrammen werden immer wieder spezielle interkulturelle Projekte aus Mitteln zur Förderung internationaler Kulturbeziehungen unterstützt. Hier leistet das Land nach dem Subsidiaritätsprinzip wichtige ergänzende Hilfen zur kommunalen Förderung.

Interkultur ist für die Bildungs- und Kulturpolitik keine Nebensache, sondern ein zentrales Anliegen. Die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für dieses Anliegen darf im öffentlichen Bewusstsein nicht ins Hintertreffen geraten. Der Abbau von Spannungen in einer globalisierten Welt beginnt vor der eigenen Tür, in den eigenen vier Wänden, in den Köpfen der Menschen. Sie ist nicht nur Aufgabe der »großen Politik«.

Die politische Verantwortung bezieht sich, wie in anderen Feldern, auch hier vor allem darauf, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Förderprojekte, seien sie von den Kommunen oder den Ländern, können flankierende Hilfestellung leisten; sie tun dies auch mit wachsendem Erfolg. Diese Aufgabe der Kommunen und der Länder darf auch bei schlechter werdenden finanziellen Grundlagen nicht vernachlässigt werden. Friedenssicherung beginnt bei der Fähigkeit der Menschen und ihrer Kulturen zum Dialog. Offenheit und wechselseitiger Respekt sind die Schlüssel zu einem gedeihlichen Miteinander.

ECKHARDT BARTHEL

Kulturelle Integration als politische Aufgabe

Im Prozess der Anwerbungs- und Einwanderungspolitik und der damit propagierten Integrationsaufgabe stehen vorwiegend politische, rechtliche und soziale Gesichtspunkte im Mittelpunkt. Die Form des Zusammenlebens von Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten wird aber wesentlich geprägt von den unterschiedlichen Lebenswelten, den Wertvorstellungen, Traditionen und Lebensweisen. Deshalb müssen auch ethnisch-kulturelle Gesichtspunkte in der Integrationspolitik stärker beachtet werden, wird sich doch die kulturelle und ethnische Pluralität auch in Deutschland noch erweitern.

Allen Wunschvorstellungen zum Trotz besteht das Zusammenleben von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung zu einem großen Teil noch immer in einem Neben- statt Miteinander. Der Chancen und Bereicherungen durch wachsende kulturelle Vielfalt ist man sich im Einwanderungsland Deutschland noch nicht ausreichend bewusst. Gründe dafür sind Verständigungsprobleme durch Sprache, Lebensformen und Wertvorstellungen, aber auch Ängste vor Identitätsverlust und Verdrängung. Diskriminierung, schlechte soziale Lage und Perspektivlosigkeit führen bei den betroffenen Migranten häufig zum Rückzug in eine scheinbar Halt gebende Herkunftskultur, was zum Teil durch Einflüsse aus dem Herkunftsland verstärkt wird (z. B. Medien). Durch den steigenden Grad von Mobilität und modernen Kommunikationsmedien leben Migranten zunehmend zeitlich versetzt und abwechselnd in zwei Ländern und Kulturen, von denen sie geprägt werden. Je stärker Diskriminierung in Deutschland erfahren wird, desto mehr Zustimmung gewinnen selbst fundamentalistische religiöse Orientierungen bei Migranten. Die vielfach zu beobachtende Ethnisierung von eigentlich sozialen Konflikten führt ebenfalls zur Abgrenzung.

Die durch die Migration veränderte Alltagskultur stößt bei der Mehrheitsgesellschaft häufig auf Unverständnis. So gilt das Tragen von Kopftüchern lediglich als Symbol religiösen Fundamentalismus, was es sicher *auch* ist, doch sind die Mo-

tive vielfältiger. Und der verständliche Wunsch von Menschen mit gleichem kulturellem Hintergrund und gleichen Problemen, im Aufnahmeland zusammenzuleben, wird abwertend als »Ghettoisierung« bezeichnet. Die Bildung von kulturellen Enklaven ist Bestandteil von Einwanderungsprozessen: »Im Eigenen wohnen zu dürfen« gehört zu den Freiheiten, die – trotz aller Probleme, die damit verbunden sind und auf andere Weise gelöst werden müssen – nicht administrativ beschnitten werden dürfen.

Im Zuge der Multikulturalität zeigt sich aber auch, dass die Polarität: Dominanzkultur der Aufnahmegesellschaft einerseits und Herkunftskultur andererseits nicht mehr allein bestimmend ist. Zumindest temporär haben sich neue, transkulturelle Identitäten entwickelt, nicht nur durch die starke Zunahme binationaler Familien, sondern vor allem durch eine eigenständige Entwicklung junger »Migranten« zwischen den Kulturen, die sich weder durch die eigene ethnische Gruppe noch durch die Mehrheitskultur vereinnahmen lassen. Deren neue Kulturformen beeinflussen im Übrigen durch den Kulturaustausch auch kulturelle Entwicklungen in den Herkunftsländern, etwa in der populären Musikkultur.

Auch die Mehrheitsgesellschaft hat sich durch die Migrationsprozesse verändert und neu den Alltag mitbestimmende kulturelle Einflüsse als »dazugehörig« akzeptiert. Das betrifft sowohl die in diesem Zusammenhang immer genannte Esskultur, aber auch beim Sport, in der Musik, in Tanz, Film, Literatur und Malerei ist diese positive Entwicklung sichtbar. Gerade die Kultur kann, besser: die Kulturen könnten dazu beitragen, vom Nebeneinander zum Miteinander zu kommen, eine Brücke der Begegnungen zu schaffen, das Fremde vertraut zu machen.

Das Zusammenleben in einer kulturell beziehungsweise ethnisch heterogenen Gesellschaft bedingt die gegenseitige Anerkennung der unterschiedlichen kulturellen und identitätsbildenden Lebensformen und Traditionen. Aufgabe des Staates ist es auch, den Erhalt kultureller – nicht nationaler – Identitäten zu ermöglichen. Jeder Einzelne muss darin frei sein, selbstbestimmt seine kulturelle Identität zu erhalten beziehungsweise zu entwickeln. Dazu ist es auch nötig, dass die noch bestehenden Ungleichheiten zwischen Mehrheits- und Minderheitskulturen abgebaut werden und die Mehrheitsgesellschaft andere kulturelle Identitäten und Lebensweisen nicht nur toleriert, sondern respektiert. Kulturelle Identität und Lebensweise sind dabei keinesfalls statisch zu verstehen. Besonders im Zuge der Globalisierung gewinnen Erhalt und Respektierung von Identitäten, die sich gleichwohl verändern, zunehmend an Bedeutung. Unserem republikanischen Verfassungsstaat widerspricht die verbindliche Festlegung einer nationalen Religion oder Kultur. Er schützt vielmehr die individuelle Freiheit der Kultur und ermöglicht so kulturelle gesellschaftliche Vielfalt und Dynamik.

Auch eine multikulturelle Gesellschaft ist keine harmonische Gesellschaft. Konflikte sind ihr immanent. Sie zu leugnen ist ebenso töricht wie sie zu dramatisieren. Zur Austragung von Konflikten ist die Anerkennung allgemeinverbindlicher Regelungen unverzichtbar und natürlich die Akzeptanz unseres Wertesystems, wie es sich in der Verfassung und in den Gesetzen widerspiegelt. Darauf

muss sich auch der Staat bei Erfüllung seiner Schutzfunktion im Konfliktfall begrenzen und darf sich nicht gegen kulturelle Orientierungen wenden.

Der gesellschaftliche Konsens darf aber nicht nur das Wertesystem beinhalten, sondern muss auch die Anerkennung der kulturellen Differenzen in unserer Gesellschaft einbeziehen. Nur so können kulturelle Unterschiede als Unterschiede und nicht als Gegensätze wahrgenommen werden und damit zu Bereicherung statt zu Konflikten führen.

Zur Chancen- und Rechtsgleichheit gehört auch, dass allen der Zugang zur Kultur möglich ist – zur eigenen wie der der anderen. Kulturelle Minderheiten müssen sich wiederfinden können im kulturellen Leben des Kulturstaates Deutschland, ohne dass es zu einer Ethnisierung der Kultur kommt. Und die Mehrheitsgesellschaft muss die Chance zur Begegnung mit anderen Kulturen haben. Das Fremde wird so zum vertrauten Anderen – eine Voraussetzung für eine erfolgversprechende Integrationspolitik.

In der Vielfalt der kulturellen Angebote liegt eine große integrationspolitische Chance. Sie auch durch konkrete Maßnahmen und Projekte zu nutzen, ist auch Aufgabe der Kulturpolitik:

- Die durch die Einwanderung hinzugekommenen und sich entwickelnden neuen Kulturen müssen einen eigenständigen und höheren Stellenwert erhalten und befreit werden von gutgemeinten sozialen Erwägungen. Die *Kulturstiftung des Bundes* hat auch die Auflage, Programme und Verhalten zu fördern, die der Überbrückung kultureller Grenzen und der kulturellen Integration von zugewanderten Minderheiten dienen.
- Eine zu gründende »Integrationsstiftung« mit angeschlossener Akademie könnte den notwendigen kontinuierlichen Diskurs zwischen Politik, Wissenschaft und interkultureller Praxis fördern und Strategien auch für das interkulturelle Zusammenleben vor Ort entwickeln. Partner wären die lokalen Integrationsagenturen (z. B. Quartiersmanagement, soziokulturelle Zentren), deren Arbeit, auch die der Konfliktminderung, inhaltlich und materiell (z. B. durch Modellversuche) unterstützt werden könnte.
- Zur stärkeren Bewusstmachung der inzwischen akzeptierten Realitätsbeschreibung »Deutschland ist ein Einwanderungsland« kann ein Migrationsmuseum beitragen. In ihm sind die Wanderungsbewegungen und deren Folgen von Arbeitsmigration, Flüchtlingen, Vertriebenen etc. zu dokumentieren.
- Neben den Beiträgen von nichtdeutschen Künstlerinnen und Künstlern zur Kultur in Deutschland, auch zur kommerziellen Populärkultur, existiert eine Vielzahl alltagskultureller Symbole und Aktivitäten, die bisher nur unzureichend der Mehrheitsbevölkerung bekannt sind. Dies reicht von religiösen Feiern über tradierte ethnokulturelle Bräuche bis zu Anpassungsprozessen an deutsche Feiertage wie Weihnachten. Formen bürgerschaftlichen Engagements der Minderheitenbevölkerung sollten in vorhandene Präsentationsforen (etwa Ausstellungskonzepte von Volkskundemuseen) integriert werden, um diese Alltagskultur als Teil der Kultur in Deutschland wahrnehmbar zu machen.

- Kulturelle Minderheiten müssen sich auch in den Medien wiederfinden. Die gängige schablonenhafte Schwarz-Weiß-Darstellung von Migranten, deren Kultur und Lebensweise, sowie das Fehlen von Angeboten für diese Bevölkerungsgruppe ist auch durch eine stärkere Beteiligung von Journalisten, Künstlern usw. nichtdeutscher Herkunft in den Anstalten zu überwinden. Dies ist durch verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten zu unterstützen.
- Religion ist Teil der Kultur. Auch Menschen nicht-christlichen Bekenntnisses muss es möglich sein, im Rahmen unserer Verfassung ihrem Glauben gemäß zu leben und ihre Religion zu verbreiten. Dazu gehört die Unterrichtung an Schulen ebenso wie die Ausbildung von Religionslehrerinnen und -lehrern an deutschen Hochschulen. Die Vermittlung von Kenntnissen über verschiedene Religionen bereits in Schulen dient dem besseren Verständnis auch anderer Kulturen. Der »Dialog der Religionen« kann einen wesentlichen Beitrag zum Miteinander von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft leisten. Ein plumper Anti-Islamismus bewirkt das Gegenteil.
- Die sozialen Dienste müssen sich den Menschen anderer Kulturen öffnen. Dazu ist eine besondere Schulung zur interkulturellen Kompetenz als auch eine multikulturelle Zusammensetzung der Beschäftigten nötig. Die einzelnen Menschen müssen sich mit ihren spezifischen kulturellen Hintergründen im jeweiligen Dienst angenommen fühlen.
- Ethnisch-kulturelle Vereine und Verbände spielen eine wichtige Mittlerrolle zwischen den Kulturen, zwischen Mehrheit und Minderheiten, zwischen autochthonen Institutionen und Migrantenbevölkerung – sofern sie sich nicht als Hort der Abgrenzung begreifen. Diese Mittlerrolle ist durch stärkere Partizipationsmöglichkeiten der Verbände zu unterstützen.

Sowohl die Integrationsdefizite im Inneren als auch die Ereignisse des 11. September 2001 haben bewusst gemacht, welche Bedeutung der Kultur im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und in einer zunehmend globalisierten Welt zukommt. Die Konsequenz daraus muss eine nachhaltige Aufwertung der Kulturpolitik auf allen staatlichen Ebenen sein.

GÜNTER NOOKE

Wir und die anderen

Migration – Religion – Integration: Anmerkungen zu Grundlagen der interkulturellen Kulturarbeit

Vorbemerkung

Die Erwartungen, die mit interkultureller Kulturarbeit verbunden werden, sind in der jüngeren Vergangenheit in dem Maße gestiegen wie die Frage nach den Möglichkeiten von Kunst und Kultur in einem interkulturellen Austausch, einem Dialog der Kulturen, drängend geworden ist. Das gilt nicht erst für die Zeit nach dem 11. September 2001.

Und es muss angesichts der zahlreichen Debatten auch von Zeit zu Zeit daran erinnert werden, dass das Ermöglichen und Führen des Dialogs der Kulturen – im Ausland – eine originäre Aufgabe der Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kulturpolitik ist, allen voran der *Goethe-Institute*. Auch das gilt nicht erst seit dem 11. September 2001.

Das Ermöglichen und Führen des Dialogs der Kulturen – im Innern – ist vor allem und vor Ort eine Aufgabe der Länder und Gemeinden, eine Aufgabe aber, über deren Grundzüge und Ziele eine Verständigung erreicht werden sollte. Hierin liegt eine Gemeinsamkeit der interkulturellen und der Auswärtigen Kulturarbeit.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Konjunktur der Begriffe – vom »Dialog mit dem Islam« über den »Dialog der Kulturen« bis zur interkulturellen Kulturarbeit – lohnt es sich daran zu erinnern, dass die 53. Generalversammlung der *Vereinten Nationen* bereits im November 1998 das Jahr 2001 zum »Jahr des Dialogs zwischen den Kulturen« erklärt hat. Rückblickend ist diese Entscheidung von bedrückender Weitsicht. Und sie zeigt: Neu ist die Erkenntnis, dass es einen erheblichen Bedarf am Dialog gibt, nicht. Aber es sieht so aus, als hätten wir mit dieser Erkenntnis lange nichts anfangen können.

Von Vielfalt, Unterschieden und Selbstverständnis

Kulturelle Vielfalt speist sich aus vielen Quellen, darunter regionale Herkunft, religiöse Orientierung, Sprache und Ethnizität. Die Anerkennung der kulturellen Vielfalt bedeutet zugleich die Anerkennung auch der Unterschiedlichkeit der Kulturen. Und sie sollte und muss nicht dazu führen, die eigene Identität zugunsten der Position des »Anderen« zweitrangig zu behandeln. Damit ist nicht mehr, aber auch nicht weniger gemeint als die Selbstvergewisserung der eigenen Grundwerte, wie sie Außenminister Fischer in seiner Rede vor dem *EU-OIC-Forum* am 12. Februar 2002 in Istanbul angemahnt hat: Für den Dialog der Kulturen bedarf es, so Fischer, »der Klarheit über unsere eigenen Grundwerte, die wir verteidigen und zu denen wir stehen müssen. Toleranz ist Ausdruck von Selbstbewusstsein, nicht von Schwäche.«

Die Vergewisserung über die eigene Identität muss die Folie sein, vor der sich die Auseinandersetzung mit dem Fremden, dem »Anderen« vollzieht: Der selbstbewusste Umgang mit dem Fremden setzt den selbstbewussten Umgang mit dem Eigenen voraus. Dabei steht die scheinbare Einfachheit dieser Aussage im deutlichen Widerspruch zur täglichen Praxis nicht nur in der interkulturellen Arbeit, sondern auch der Vermittlung deutscher Kultur im Ausland, die häufig der Versuchung erliegen, das Eigene angesichts des Fremden zurückzustellen, wenn nicht zu negieren. Voraussetzung eines Erfolg versprechenden Dialogs ist aber das Vorhandensein eines Selbstverständnisses, einer Verständigung darüber, welches Bild vermittelt werden soll. Sicher ist, dass dies nicht einfach zu sagen oder gar festzulegen ist. Sicher ist auch, dass diese Frage immer auch eine politische Frage ist. Ebenso sicher ist, dass hierin ein großes Defizit in der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik liegt, dem sich die Bundesregierung weder mit Taten und noch nicht einmal mit Worten gewidmet hat.

Anspruch und Inanspruchnahme

Ethnizität kann sowohl Bereicherung als auch Beschränkung bedeuten. Interkulturelle Arbeit sieht Enthnizität als Bereicherung an, als konstitutives Merkmal ist dieser Grundsatz hingegen nur bedingt tauglich. Pluralistische »multikulturelle« Gesellschaften sind potentiell Konfliktgesellschaften, und sie sind es auch im positiven Sinn: Für die Formulierung gemeinsamer Ziele und Projekte können die unterschiedlichen Ausgangslagen und Standpunkte neue Sichtweisen erschließen, Differenzen eine produktive und kreative Kraft gewinnen. Sie erlauben es, Zusammenhänge aus unterschiedlicher Perspektive sehen zu lernen und sie helfen, ein umfassenderes Wahrnehmungsvermögen und neue, den jeweiligen sich verändernden Bedingungen angepasste Strategien zu entwickeln.

Der Dialog kann nur gelingen durch einen kontinuierlichen Austausch, durch Beharrlichkeit, soll er auch im Einzelnen, vor Ort und abseits der Theorie überzeugen. Aus der Präsenz und der Überzeugungskraft der künstlerischen Arbeit

kann Verständigung möglich gemacht werden und kann ein interkultureller Dialog Gewinn ziehen. Voraussetzen oder gar zum Erfolg zwingen durch ein unterstelltes »konfliktpräventives Potential« lässt er sich nicht. Auch wenn der Hinweis auf ein »konfliktpräventive Potential der Kultur« in keiner Diskussion fehlt – er mag in seiner Beschwörung unvermeidlich sein –, im Konkreten ist er bisher unklar geblieben. Doch es handelt sich bei den einzelnen Projekten, die im Rahmen der interkulturellen Kulturarbeit in den Gemeinden und Ländern umgesetzt werden, immer um konkrete Vorhaben.

Soziale Ungleichheit und Diskriminierung, die unterschiedlichen Machtpositionen von Mehrheiten und Minderheiten, Etablierten und Außenseitern, bestimmen ganz entscheidend die Praxis interkultureller Arbeit. Diese Grundkonstellation mit dem Hinweis auf einen Vorrang des kulturellen Austausches als nebensächlich zu erachten, unterschätzt offensichtliche wie latente Differenzen und überschätzt die Möglichkeiten des kulturellen Austausches. Wer von der interkulturellen Kulturarbeit verlangt oder sich verspricht, sie könnte bestehende Konflikte entschärfen oder etwa Probleme des Einwanderungsrechts klären, verkennt nicht nur die Aufgabe der interkulturellen Arbeit, sondern hat auch den Blick für die Möglichkeiten eines – nur – kulturellen Dialogs verloren.

Gleiches gilt im engeren Sinne für die Rolle Kunst in der interkulturellen Kulturarbeit. Der Zweck der Kunst ist Kunst. Kunst verweigert sich fremden Zwecken, und sei es der Dialog der Kulturen. Kunst ist von Individuen geprägt, von individuellen Haltungen, die auch extrem sein können, die Absolutheitsansprüche stellen, die sich die Politik nicht erlauben darf. Kunst stellt Fragen, ohne Rücksicht auf mögliche Antworten, schürt Kontroversen, ohne unbedingt Aussicht auf Konsens zu geben. Von ihr zu erwarten, sie solle harmonisierend wirken, negiert nicht nur ihre Autonomie, sondern leistet ihrer Instrumentalisierung Vorschub. Kunst, im besten Sinne ist Sand im Getriebe, nicht bei Bedarf als Schmiermittel für politische Prozesse einsetzbar.

Kultur in Deutschland oder Multikultur?

Der kulturelle Reichtum Deutschlands speist sich aus der Vielfalt seiner Regionen und der Offenheit für Anregungen aus aller Welt. Darauf zu vertrauen, dass die Folgen der Einwanderung sich in der Gesellschaft selbst steuern und regulieren würden, hat sich jedoch als unrealistisch erwiesen. Die mit dem Wort »Multikultur« verbundene Idee einer Gesellschaftsform ist reduziert auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner, der nicht die Kulturen emanzipieren kann, sondern bestenfalls erfahrbar macht. Der multikulturelle Karneval der Kulturen ist kein Entwurf einer Integrationspolitik, Multikultur kein Gesellschaftsmodell.

Verklärte Ideale wie Feuchtwangers »Jüdin von Toledo« oder Lessings »Nathan der Weise« leben in manchem Kulturkarneval weiter und feiern das tolerante Beisammensein von Moslems, Juden und Christen. Doch nicht das Nebeneinander von Grundgesetz und Gottesstaat, von Homo-Ehe und islamischen Schei-

dungsrecht, von BGB und Sharia sichern ein friedliches Zusammenleben, sondern ein Rechtsgerüst, das verbindlich ist, ohne einer Nivellierung oder Assimilierung der Kulturen und Religionen Vorschub zu leisten.

Die Eingliederung in das Bestehende aber muss Bestandteil erfolgreicher Integration sein. Die frühen Verfechter des Multikulti haben das oft genug und aus zum Teil sehr verschiedenen Gründen geleugnet, nicht zuletzt, um dem Vorwurf der Assimilation zu begegnen, der zu Recht mit der Aufgabe der eigenen Identität des Fremden assoziiert wird. Der Gedanke der beiderseitigen Achtung sowohl der gastgebenden Kultur wie der Kultur der Gäste entgeht diesem Vorwurf. Der Wille zur Integration ist eine Voraussetzung für den interkulturellen Dialog, und Integration ist nicht nur eine Aufgabe der Sozial- und Arbeitsbehörden. Integration als Prozess verstanden ist Teil auch der öffentlichen Bildungs- und nicht zuletzt Kulturpolitik. Aus diesem Grund ist eine Maxime des *Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge* – die Teilnahmepflicht an Integrationskursen und Sprachangeboten – auch in der Bildungs- und Kulturpolitik weiterzudenken, und deshalb sind auch die Konsequenzen einer weiteren Maxime – dauerhaftes Aufenthaltsrecht wird nur dem gewährt, der Kenntnisse der Sprache, der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Kultur nachweisen kann – eine Aufgabe der Träger von Bildungs- und Kulturangeboten.

Gretchenfragen

Von besonderer Bedeutung ist die Rolle der Religionen in der interkulturellen Arbeit, die zu unterschätzen ein Leichtes, sie in der Praxis einzubeziehen vielleicht das Schwierigste ist. Es ist zu kurz gedacht, dem »Dialog mit dem Islam« einen Vorrang einzuräumen, auch wenn ein großes Defizit in der Vergangenheit damit aufzuholen begonnen wird. Die Religionen als Träger von Kultur müssen insgesamt als Teil des interkulturellen Dialogs gesehen werden. Sie auszublenden kann die interkulturelle Kulturarbeit zum Scheitern verurteilen. Was bedeuten die alten Religionen für das kulturelle Leben einer Stadt? Sind die fernöstlichen Religionen wirklich leichter zu vermitteln, ist der Umgang mit ihnen tatsächlich einfacher, universeller verständlich – wie es uns die zahlreichen Angebote an Veranstaltungen nahe legen wollen? Haben wir die Diskussionen um das Kopftuchverbot, um das Kreuz in den Unterrichtsräumen unserer Schulen zu Ende geführt, beendet oder nur vergessen? Was können wir tun, um dem neuen Interesse von Juden an Europa, auch und besonders an Deutschland, durch Begegnungen mit den jüdischen Gemeinden eine tragfähige Grundlage zu geben? Entscheidend aber ist wohl noch etwas anderes: Woran glauben wir wirklich und welche Konsequenzen hat das für den Einzelnen und unser Zusammenleben? Woran glauben diejenigen, die sich (noch) Christen nennen? Woran glauben Moslems in Deutschland und woran zum Beispiel jüdische Aussiedler aus Russland und Kasachstan? Der interkulturelle Dialog kann nur gelingen, wenn es einen interreligiösen Dialog gibt. Und der wiederum kann nur gelingen, wenn jeder seine eige-

nen Glaubenstraditionen kennt, ernst nimmt und ins strittige Gespräch und problembehaftete Miteinander einbringt.

Was bleibt

Interkulturelle Kulturarbeit ist eine Querschnittsaufgabe, keine Fachdisziplin. Größer als der Bedarf an interkultureller Kulturarbeit ist nur noch der Bedarf an Qualifizierung hierfür. Das Bewusstsein dafür, dass die interkulturelle Kulturarbeit nicht eine Aufgabe von vielen ist, ob in Kommunen, Ländern oder auf Bundesebene, die mal mehr oder mal weniger als so genannte freiwillige Leistung von Bildungsträgern und Institutionen der kulturellen Bildung übernommen wird, sondern dass es sich um eine der drängenden Aufgaben handelt, muss auch in der Öffentlichkeit stärker bewusst gemacht werden.

In der Substanz kann sich die Politik nur einen kleinen Teil dieser Aufgabe zu Eigen machen, und zwar dort, wo es um die Rahmenbedingungen geht, die einen interkulturellen Dialog möglich machen. An der Debatte muss die Politik ein vitales Interesse haben, und sie kann den Raum beschreiben, in dem interkultureller Dialog, in dem interkulturelle Kulturarbeit stattfinden kann. Sie muss dazu beitragen, eine Ghettoisierung von Migranten in den Städten und Parallelgesellschaften zu verhindern. Und sie muss sich dabei immer wieder vergegenwärtigen, dass eine der großen gesellschaftlich relevanten Fragen weiterhin bleibt: Wie soll Zusammenleben aussehen, damit möglichst viele zufrieden sind?

HANS-JOACHIM OTTO

Grenzen und Chancen interkultureller Kulturarbeit

Die Eingliederung von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine der zentralen gegenwärtigen gesellschaftlichen Aufgaben in Deutschland.

Nicht allein die Zuwanderungsdebatte der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass dieses Thema weit mehr umfasst als die Aufnahme und Eingliederung von Asylbewerbern, die ihr Heimatland verlassen, um der politischen Verfolgung zu entkommen. Bei dieser Aufgabe geht es vielmehr um die Erkenntnis und das Eingeständnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist – und im eigenen Interesse sein muss, um den aus der demographischen Entwicklung resultierenden Veränderungen und Herausforderungen gewachsen zu sein.

Dabei sind die Steuerung der Zuwanderung und die Integration der Migranten zwei unerlässliche Voraussetzungen für ein auf Dauer angelegtes friedliches Zusammenleben. Um die große Bedeutung der Integration zu unterstreichen, fordert die *FDP*, die Integration als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz aufzunehmen.

Bei der Behandlung der Frage, wie die Integration der Migranten zu gewährleisten ist, ist vor allem zu berücksichtigen, dass die Migration aus den unterschiedlichsten Beweggründen erfolgt und es sich bei den Einwanderern naturgemäß um eine sehr heterogene Gruppe handelt. Es geht also um die Integration von Menschen verschiedenster ethnischer, sozialer und kultureller Herkunft: Um die Fachkräfte, die sich auf der Grundlage der *Green-Card*-Regelung in Deutschland aufhalten ebenso wie um die Kinder eines Gastarbeiters, die in Deutschland geboren sind, aber die deutsche Sprache nicht beherrschen und um die Einwanderung von Spätaussiedlern ebenso wie um die Asylzuwanderung.

Was aber können Kunst, Kultur und Kulturpolitik zur Bewältigung interkultureller Probleme beziehungsweise zur Förderung interkultureller Verständigung beitragen? Ich möchte zunächst darlegen, wo ich die Grenzen dieses Anspruchs sehe: Es gibt meiner Ansicht nach zwei unerlässliche Grundvoraussetzungen für

eine erfolgreiche und wirkungsvolle interkulturelle Kulturarbeit. Zum einen sind dies ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache sowie der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland.

Dies bedeutet konkret, dass Sprachkurse für Migranten und Aussiedler umgehend flächendeckend angeboten werden müssen – wie dies das Zuwanderungsgesetz vorsieht.

Zum anderen ist es die Bereitschaft der Migranten, sich zu integrieren, sich auf den Austausch mit Menschen anderer Kulturen, insbesondere der des Gastlandes, einzulassen. Nur wenn die Bereitschaft der zugewanderten Menschen besteht, mit den Deutschen zusammenzuleben und nicht nur nebeneinander zu leben, kann die Integration gelingen.

Sind aber diese beiden Bedingungen erfüllt, ist das Integrationspotential der interkulturellen Kulturarbeit kaum zu überschätzen. Dies beruht insbesondere darauf, dass die interkulturelle Kulturarbeit im Unterschied zu den meisten anderen Integrationsmaßnahmen auf dem gleichberechtigten gegenseitigen Kennen lernen und Austausch beruht.

Die Kultur, in welcher Ausprägung und Erscheinungsform auch immer, ist der Bereich, in dem die Migranten ihre jeweiligen kulturellen Lebensformen, Traditionen und Erfahrungen zur Bereicherung aller einbringen können. Es ist für das Selbstbewusstsein der Migranten von großer Bedeutung, wenn sie im Rahmen der interkulturellen Kulturarbeit sich nicht als Bittsteller oder als Fremde sehen oder angesehen werden, sondern als Menschen mit reichem und für die meisten Deutschen unbekanntem Erfahrungsschatz, die ihren Beitrag zum kulturellen Leben in Deutschland leisten können.

Die Besonderheit der interkulturellen Kulturarbeit liegt auch darin, dass vorhandene Barrieren, wie zum Beispiel anfangs noch unsichere Sprachkenntnisse, überwindbar werden, weil andere, künstlerische Ausdrucksformen manches Wort ersetzen können. Hinzu kommt, dass gerade auf der kulturellen Ebene die Unterschiede zwischen Menschen verschiedener Kulturkreise oft geringer sind als die Unterschiede der Deutschen untereinander und so die Annäherung und Verständigung leichter fällt. Denn es ist längst gesellschaftliche Realität, dass Subkulturen und soziale Kriterien die Menschen stärker prägen und unterscheiden als konventionelle Unterscheidungskriterien wie Herkunft, Sprache oder Religion.

In der interkulturellen Kulturarbeit zeigt sich auch die Bereicherung, die die Migranten für die deutsche Gesellschaft darstellen. In der Geschichte der Kunst beispielsweise sind die entscheidenden Wendepunkte fast immer in der Auseinandersetzung mit fernen, exotischen Einflüssen entstanden. Die Neuerungen und Fortschritte beruhten oft darauf, dass die Künstler in intensiver Auseinandersetzung mit fremden oder andersartigen Kulturen neue Herausforderungen gesucht oder Ausdrucksformen gefunden haben, die zuvor nicht bekannt waren. Dies macht das der interkulturellen Kulturarbeit innewohnende Potential und ihre Bedeutung für die Gesellschaft in anschaulicher Weise deutlich.

Dieser vielfältigen Bedeutung muss die (Kultur-)Politik Rechnung tragen.

Dies geschieht zum einen durch das aus dem bisherigen *Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge* hervorgegangene *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*, wobei abzuwarten bleibt, wie sich die Umstrukturierung auf die Umsetzung der Integrationsaufgaben auswirken wird. Aber immerhin unterstreicht allein die gewandelte Namensgebung eine neue Herangehensweise an die Aufgabe der Integration und Bewältigung der Migration in Deutschland.

Eine wichtige Stellung innerhalb der interkulturellen Kulturarbeit nimmt auf Bundesebene der *Fonds Soziokultur* ein, der insbesondere vor dem Hintergrund des Internationalen Jahres 2001 der *Vereinten Nationen* »Dialog zwischen den Kulturen« einen Schwerpunkt auf die Förderung des interkulturellen Dialogs gesetzt hat.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die interkulturelle Kulturarbeit ein wertvoller, ja sogar unerlässlicher Bestandteil bei dem Bemühen um eine bessere Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist. Sie ist dies vor allem aufgrund ihrer Eignung zur vorurteilsfreien Begegnung zwischen den Menschen verschiedener Kulturen und der bereichernden Gegenseitigkeit, mit der diese stattfindet.

THOMAS KRÜGER

Raus aus der Schublade: Neue Perspektiven für die interkulturelle politische Bildung

»Multikulti« ist out. »Anti-Rassismus« auch. Politisch wird gestritten, ob Deutschland eine »Einwanderungsgesellschaft« sei oder nicht. Ein Kampf um Definitionen. Der »Kampf der Kulturen« hat spätestens seit dem 11. September 2001 Renaissance. Ängstlichkeiten haben sich breit gemacht. »Das Andere« hat zurzeit ein deutliches Gesicht. Ein muslimisches. Und bedroht die innere Sicherheit. Das wird in der öffentlichen Debatte nicht besser werden, steht uns doch, nachdem die Ratifizierung des Zuwanderungsgesetzes nicht erfolgt ist, wieder ein heißes Wahlkampfthema bevor. In Zeiten fortschreitender Individualisierung tut die Wirtschaftskrise ihr Übriges: Was in Zeiten von Prosperität als kulturelle Vielfalt von Döner bis Pizza gut ankommt, offenbart in Verteilungskämpfen die wahren Dichotomien der Gesellschaft. Und es offenbart Identitätsunsicherheiten, die teilweise in traditionelle Muster treiben und vermeintlich deutsche Werte und Gemeinschaftlichkeiten reaktivieren.

Gleichzeitig bestätigt die PISA-Studie, was eigentlich eine soziologische Platitude ist: Kinder und Jugendliche aus Familien mit Migrations-Vorder- und Hintergrund werden in Deutschland sozial- und damit bildungspolitisch benachteiligt. Dass Deutschland weltweit die größte Korrelation zwischen sozialer Zugehörigkeit und Bildungserfolg aufweist, ist peinlich im internationalen Benchmarking. Nach der ersten Aufregung wird das Problem dann zugespitzt auf den Mangel an Sprachkenntnissen. Keine Rede mehr davon, dass es ein ganzes Bündel an sozialen und strukturellen Indikatoren ist, die in der PISA-Studie für den fehlenden Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen verantwortlich gemacht werden.

Kurz: Ende 2002 sieht es so aus, als sei wieder eine Chance vorübergegangen, eine breite, produktive und nachhaltige Debatte darüber zu beginnen, wie unsere Gesellschaft mit sozialen, kulturellen, ethnischen und weltanschaulichen Unter-

schieden und Ungleichheiten umgehen will. Und das, obwohl noch nie in der Geschichte die Migrationsbewegungen so zahlreich und umwälzend waren. Die wirtschaftliche wie finanzpolitische »Globalisierung« ist ein zweischneidiger Auslöser für eine privilegierte Migration von gut ausgebildeten, sprachlich multikulturellen und weltoffenen jungen Menschen einerseits und eine unterprivilegierte Migration eines neuen Wander-Proletariats andererseits – auch und gerade innerhalb der EU. »Die Frage lautet vor dem Hintergrund einer dauerhaften Migrationssituation nicht länger, ob die Bundesrepublik Deutschland eine multikulturelle Gesellschaft sein will, sondern ob sich ein liberales und zivilgesellschaftliches Selbstverständnis durchsetzt, das Einwanderer und Angehörige der Mehrheitsgesellschaft mit gleichen Rechten ausstattet.« (Kiesel 2000)

Zugegeben, ein überspitztes Szenario, ungerecht gegen diejenigen, die sich tagtäglich, vor allem in der Bildungsarbeit, um Differenzierung bemühen, um Gerechtigkeit und Verständigung, um Öffentlichkeit auch, um deutlich zu machen, dass es auf den Nägeln brennt. Zugegeben auch, dass eine Debatte schwierig ist in einem emotional und ideologisch stark geprägten Klima. Zugegeben außerdem, dass dies nur eine Seite des gesellschaftlichen Zustandes ist. Die andere betrifft Reaktionen und Strukturen des Anderen: Parallelgesellschaften, Selbstethnisierung, Rückzug in erfundene Identitäten. Um so größer die Anforderungen an politische Bildung, die sich zwischen diesen leicht reizbaren Polen bewegen muss.

Stützpfeiler politischer Bildung

Betrachtet man sich deren Legitimations-Ausgangslage, ist man eigentlich gut aufgehoben zwischen den Stützpfeilern des Verfassungsstaates: Erste Grundlage politischer Bildung ist und bleibt die Demokratie und der freiheitliche Rechtsstaat, also das grundsätzliche Einverständnis, dass alle gleichberechtigt und in Frieden zusammenleben können: »Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.« (Art. 3,3 GG) Die zweite Grundlage ergibt sich aus dem Selbstverständnis, dass politische Bildung die Verständigung darüber befördert, was die Gesellschaft zusammenhält. Sie ist dabei geleitet vom Gedanken des Gemeinwesens, setzt aber Heterogenität als Grundkonstante pluralistischer Gesellschaften voraus. Die demokratische – und gerechte – Einigung darüber, was Heterogenität ermöglicht und schützt, ohne gleichzeitig den Willen und die Praxis der Einigung zu unterlaufen, ist Dauerthema jeder Demokratie und ebenso der politischen Bildung. Für die pädagogische Arbeit spielt Verschiedenheit – Divergenz oder auch Differenz – darüber hinaus eine zentrale Rolle im Bildungsprozess. Sie ist Ausgangspunkt wie Bedingung von Bildung im aufklärerischen wie kritischen Sinn: »Bildung vollzieht sich in der Auseinandersetzung mit Differenz, d.h. als Erfahrung von Lebensentwürfen, Lebensstilen, ästhetischen Formen, Glaubensgewissheiten, die sich von der eigenen ... Weltanschauung unterscheiden.« (Scherr 2002: 316)

Ideologisch vermintes Terrain

Was eine emphatische Rede von Bildung wie selbstverständlich für sich verbucht – Weltoffenheit, Toleranz, Menschenliebe, »die Fähigkeit und den Willen, sich zu verständigen« und »die Bereitschaft zur Selbstverantwortung und Verantwortung in der res publica« (von Hentig 1996) –, ist aber in der Theorie wie in der Praxis eingebunden in die realen sozialen Gegebenheiten, in gesellschaftliche Deutungsmuster und Bewertungsschemata. Diese Bedingungen sind dem pädagogischen Handeln immer gegeben, selten aber um- und verstellen sie so die Verständigung über akzeptable pädagogische Vorgehensweisen wie hier.

Deutlicher Indikator dafür, dass das Terrain ideologisch »vermint« ist, ist die Sprache. Bereits der Versuch, auf »interkulturellem« Sachgebiet politisch und pädagogisch korrekt zu formulieren, bereitet Schwierigkeiten. Jeder Begriff ist eine Zuschreibung, jede Bezeichnung eine Kategorie. Sprachkategorien spiegeln die gängigen Wahrnehmungs- und Deutungsmuster wider und bestimmen sie zugleich. Sie legen fest, wer »deutsch« und wer »fremd«, wer »Ausländer« und »Inländer« sei. Der Versuch, hier zu differenzieren, gerät auch wieder nur zum Ziehen von Schubladen. »Migranten« werden unterschieden in »Ausländer« und »Deutsche ausländischer Herkunft« oder »Menschen mit Migrationshintergrund«. Die erste wird von der zweiten und der dritten Generation Migranten gesondert. Wer die Vorstellung der Nationalität als nicht mehr angemessen empfindet, spricht von »Ethnien«. Diese Rede schließt russlanddeutsche Aussiedler schon nicht mehr ein, die Bezeichnung »MigrantInnen« trifft Sinti und Roma oder jüdische Deutsche nicht.

Die Sprache spiegelt, was alle interkulturelle Arbeit bestimmt: Eine unhintergehbare strukturelle Ungleichheit, die in der Mehrheitsgesellschaft diejenigen betrifft, die als »Andere« oder als »Fremde« anhand ihres »symbolischen Kapitals« (Pierre Bourdieu) wie Pass, Hautfarbe, Sprache, Herkunft, Sozialmilieu von denjenigen identifiziert werden, die nicht als »anders« gelten oder nicht gelten wollen. Eine diskursive Konstruktion des »Anderen« ist insbesondere in der deutschen Gesellschaft, die sich schwer mit der Akzeptanz von Zuwanderung tut, weit verbreitet. Sprachlich werden Homogenitätsvorstellungen transportiert, etwa durch die permanente Rede vom »Ausländer«, selbst wenn er/sie schon in der dritten Generation in Deutschland lebt; der Jubel über dieselben (Liebe Ausländer – bitte lasst uns nicht mit den Deutschen allein!) operiert mit einem – wenn auch positiv besetzten – aber ebenso verkrampften Begriff des »Fremden«. Auch hier ist politische Bildung gefordert, sprachliche und politische Kompetenzen für ein entkrampfteres Verhältnis zu den Zuwanderern zu schaffen.

Die Vielzahl pädagogischer Anstrengungen um das interkulturelle Lernen spiegeln die Schwierigkeit wider, hier einen Weg zu finden, auf dem nicht alle Nase lang ein ideologischer Streit, ein sprachliches Tabu oder resignative Zweifel an der Reichweite der Bemühungen aus den Büschen springt. Der Begriff des »interkulturellen Lernens« suggeriert zwar pädagogische Einmütigkeit, die Praxis

aber ist gekennzeichnet von unzähligen ideologischen Ausgangspunkten, von unterschiedlichsten didaktischen Konzeptionen. Es wimmelt von Begrifflichkeiten und Bindestrichpädagogiken, von unterschiedlichen Zielgruppen und Themenfeldern. Interkulturelle, internationale, europäische, entwicklungspolitische Bildungsarbeit mit und ohne MigrantInnen, AusländerInnen, Deutschen, Versöhnungswilligen bis Rechtsradikalen spaltet den Arbeitsbereich auch innerhalb der politischen Bildung in verschiedene Unterabteilungen und Zuständigkeiten, die – zum Teil auf Grund unterschiedlicher Organisationsformen – oft sogar wenig miteinander zu tun haben.

Das Ringen mit gesellschaftlichen Bedingungen und Zuschreibungen ist in der pädagogischen Landschaft nirgends tragischer zu besichtigen. Denn nicht – positiv – die Lust am Theoriestreit oder – negativ – die Unzulänglichkeit der Praxis ist der Grund des Dilemmas. Es entsteht einerseits aus der – zum Teil förderpolitisch verstärkten – Notwendigkeit, Kategorien und Akteure innerhalb der Praxis festzulegen und andererseits aus der gefährlichen Nähe pädagogischer Anstrengungen auf der Grundlage von Zuschreibungen zum Paternalismus. Das »pädagogische Paradox«, einem anderen die Subjektwerdung zu ermöglichen, ohne selbst festzulegen, wer oder was er sei, tritt hier unübersehbar hervor.

Der Vorwurf also, schon die Behandlung interkultureller Themen als Sonderpädagogiken mit Sonderzielgruppen sei Ausdruck latenten »strukturellen Rassismus« (vgl. Weiß 2001) ist hart, aber nicht von der Hand zu weisen: Die Bilder davon, wer »anders« ist, machen sich eben meist die »einen«. Dass die Praktiken dieses Erkennungs- und Definitionsprozesses dabei mehr über den Sehenden aussagen als über den »Erkannten« (Reuter 2002), bildet kein Korrektiv im Verteilungssystem gesellschaftlicher Wertigkeiten. Noch problematischer aber ist die Praxis der Zuschreibungen von angeblich fixen kollektiven Identitäten: wenn Türken »islamisiert«, Chinesen zu Vertretern einer »kollektiven Kultur« gemacht werden (denen im Kontext des Multikultur-Paradigmas dann umso größeres Bemühen um Verstehen entgegengebracht werden muss), dann werden auch mit gutwilligen Begriffen Differenzen fixiert und zementiert. Von einer Zustandsbeschreibung gelangt man schnell zu einer »self-fulfilling prophecy« (Siemons 2002).

Widerstand regt sich

Der Widerstand dagegen regt sich auf verschiedenen Ebenen. Zunächst – und das ist nicht nur nicht verwunderlich, das ist nach dem oben Gesagten völlig folgerichtig – bei den Betroffenen. Aber auch der intellektuelle und öffentliche Diskurs reagiert inzwischen auf den wachsenden Problemdruck und die intellektuellen Sackgassen, in die das »interkulturelle Projekt« sich manövriert hat – und dies auch auf europäischer Ebene.

Die »Insektenforschung einer ahnungslosen Multi-Kulti Linken«, »interkulturelle Verständigungsspiele«, »sozialpädagogische Kuschelnummern« und »Multikulti als friedliche Koexistenz von Speisekarten« werden von Feridun Zai-

moglu, dem Erfinder der Kanak-Sprak, gnadenlos aufs Korn genommen. Dagegen setzt er drastische Aufforderungen an die deutsche Politik, nicht nur Sprachkurse einzurichten (»Sprache, Sprache, Sprache ist der Büchsenöffner«), sondern auch für eine Akzentverschiebung grundlegender Art zu sorgen: »Man darf den Ausländern nicht mehr das Gefühl geben, sie seien das Sorgenkind und gehörten in der deutschen Gesellschaft nicht dazu. Dieser Paradigmenwechsel wäre ein solcher Befreiungsschlag ...« (Zaimoglu 2003)

Eine neue Generation setzt sich gegen eine »Identitätspolitik« zur Wehr, die sie in eine »Exoten- und Authenzitätsschublade« zwängen will. Und dies schon seit geraumer Zeit. Schon 1998 trat das Manifest von *kanak attak* an, um »die Zuweisung von ethnischen Identitäten und Rollen, das ›Wir‹ und ›Die‹ zu durchbrechen«; ein wichtiger Impetus, der zur Auseinandersetzung aufruft. (Manifesto von *kanak-attak* auf www.kanak-attak.de) Längst verfällt auch der Begriff des »Multikulturalismus« der Kritik. (Neubert 2002)

Kultur als Kampfbegriff – Ansätze einer neuen Debatte

Nicht zufällig verlangen in der Debatte nach dem 11. September 2001 relevante Stimmen die Wiederherstellung einer genuin politischen Diskussion um grundlegende universalistische Konzepte, um Menschenrechte, Aufklärung, Demokratie und Marktwirtschaft. Die Schnittstellen zum politisch-kulturell aufgeladenen Streit um die Zukunft europäischer Identität (Gehört die Türkei zu Europa?) sind in den letzten Monaten deutlich geworden.

Wie politisch gefährlich und kontraproduktiv kulturalistische Ansätze (unter welchem Vorzeichen auch immer) wirken können, wird vielleicht erst jetzt klar, da die Anerkennung und Integration des Islam in europäische Gesellschaften auf die Tagesordnung gelangt ist.

»... Sobald der Kulturbegriff im Interesse der Erhaltung einer Differenz gebraucht wird, dient er nicht mehr der Klärung, sondern ist nichts anderes als eine planmäßige Verwischung der Ebenen. Im Fall des kulinarischen Multikulturalismus, der an der Verschiedenheit der Lebensweisen seine Freude hat, führt er zur Vernachlässigung und Relativierung politischer Standards. Im Fall der Hüter der kulturellen Identität zielt er auf eine Ausgrenzung und Zementierung politischer Verhältnisse. Das Unterfangen ist von vorne herein illusionär, da sich die Muslime in einer immer enger verflochtenen Welt ja kaum auf Dauer aus der eigenen Kultur heraushalten lassen. Vielmehr sind sie ja schon längst drin. Als politische Waffe aber verschärft der Begriff just jene Konflikte, die er aus der eigenen Sphäre heraushalten wollte. In diesem Sinne ist ›Kultur‹ nicht bloß ideologisch, sondern geradezu gefährlich.« (Siemons 2002)

Unbehagen an den Ergebnissen eines jahrzehntelangen multikulturellen Diskurses macht sich nicht zuletzt auch in Großbritannien breit, das lange als Vorbild für staatlich geförderte Anerkennung von Gruppenidentitäten gelten konnte. Die britische Muslimin und Publizistin Yasmin Alibhai-Brown wandte sich

schon vor zwei Jahren gegen selbsternannte Identitätswächter, die die jungen Muslime in »Ghettos des Glaubens« einsperren wollen. Ihr Resümee ist ernüchternd: »In fact there is evidence of greater separation into smaller tribes than even before. Three decades of multicultural discourse, policies and strategies have achieved only superficial change. I believe it is time to kill off our old British multiculturalism and move on.« (Alibhai-Brown 2000)

Blickt man nach Frankreich und Holland, so ergibt sich – bei allen Differenzen – ein ähnliches Bild. (Ghadban 2002) Die Zeiten des Multikulturalismus und einer postmodernistischen Pflege von Differenz um der Differenz willen scheinen vorbei zu sein. Anknüpfungspunkte für eine Reform und Weiterentwicklung interkultureller politischer Bildung sind national und international jedenfalls mehr als genug vorhanden.

Anforderungen an politische Bildung: Perspektiven und konzeptionelle Ziele

Die Anforderungen an politische Bildung im spezifischen Segment der interkulturellen Bildung sind nach dem oben Gesagten also hoch: Sie muss sich daran messen lassen, ob sie Selbststärkung und Ermächtigung ermöglicht oder aber Zuschreibung und Fremdbestimmung befördert. Hin zur Selbstbestimmung und zur gesellschaftlichen Teilhabe, hin zu partizipativer Integration sollte das Ziel sein.

Darüber hinaus aber stehen die neuen Anforderungen an diesen Bereich auch in einem engen Zusammenhang mit den grundsätzlichen Modernisierungsaufgaben der politischen Bildung. Der beschleunigte soziale Wandel, Pluralisierung und Individualisierung, erzeugen eine Komplexitätssteigerung der Gesellschaft. Der Umgang mit den Risiken und Nebenwirkungen, den Chancen und Konflikten einer solchen posttraditionalen Gesellschaft will gelernt sein. Kurz: Die Kompetenz, individuell und als Institution mit Komplexität umzugehen, wird zunehmend zur Voraussetzung für die Demokratiefähigkeit der Gesellschaft.

Konsequenzen hat dies sowohl für Themen und Zielgruppen, aber auch für Selbstverständnis und Grundhaltung politischer Bildung. So ist unter anderem die vorherrschende Praxis politischer Bildung, die politische Fragen vornehmlich unter moralischen Gesichtspunkten behandelt, nicht mehr geeignet, zur Bewältigung politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen beizutragen.

Innovationsstrategien für die politische Bildung kreisen daher zu Recht um den Begriff der Professionalität: »Professionalität beginnt erst jenseits des normativen Horizonts: Professionen legitimieren sich nicht durch die gemeinsamen Überzeugungen oder durch moralische oder politische Vorgaben, sondern durch die Leistungen, die sie für ihre Klienten oder Kunden erbringen. Diese Leistungen werden wiederum nach Qualitätskriterien bewertet, die von persönlichen Überzeugungen oder gar Gesinnungen des Personals weitgehend unabhängig definierbar sein müssen.« (Sandner 2002: 41)

Professionalität politischer Bildung sollte also daran gemessen werden, inwieweit Kompetenzerweiterungen und qualitative Verbesserungen der bisherigen Perspektiven auf Politik und politische Prozesse ermöglicht werden. Politische Lernprozesse sollen nicht um ihrer selbst willen angestoßen werden. Es geht um Kompetenzen, die benötigt werden, um in Entscheidungsprozessen zu intervenieren, um Meinungsbildung mit Konsequenzen, um es auf diese Formel zu bringen.

Was bedeutet dies für ein Programm politischer Bildung im Migrationsbereich, für die Perspektiven interkulturellen Lernens?

Grundsätzlich müssen die oben dargestellten intellektuellen Fallen, die sich auf Paradigmen eines holistischen Kulturverständnisses und paternalistischer Zuschreibungspolitik beziehen, aus dem Weg geräumt werden. Zwei Aufgaben sind hierbei sowohl diskursiv als auch durch konkrete und attraktive Angebote für einzelne Zielgruppen zu bewältigen:

Erstens muss der »Diskurs« verschoben werden weg von der »Kultur« hin zur »Politik«, nämlich zu der Frage, wie viel ethnische, kulturelle und religiöse Differenz eine demokratische Gesellschaft anerkennen und ermöglichen kann, ohne fundamentale Verfassungsprinzipien zu gefährden. Konfliktpotentiale in Migrationsgesellschaften entstehen sowohl aus Indifferenz, Verweigerung und Ausgrenzung als auch aus Selbst-Ethnisierung und Rückzug auf neue (erst im Migrationsprozess entstandene und ermöglichte) religiöse und kulturelle »Identitäten«. In *beiden* Fällen spielt, wie oben gezeigt, der kulturalisierende Diskurs eine unheilvolle Rolle. Er führt im besten Fall zu hartnäckigen Denkblockaden und jedenfalls nicht zu den angestrebten Kompetenzzuwächsen.

Diese müssen im Mittelpunkt der *zweiten* Aufgabe stehen. Politische Bildung sollte dazu beitragen, Institutionen der Gesellschaft (Selbstorganisationen von Migranten und ihre communities inbegriffen) in die Lage zu versetzen, mit der Dynamik einer Einwanderungsgesellschaft so umzugehen, dass produktive Impulse für die Gesellschaft generiert werden. Der gegenwärtigen Dynamik, in der Unterschiede zum Konflikt eskalieren, soll eine Strategie entgegengesetzt werden, die aus Unterschieden Produktivität erzeugt. Die Auseinandersetzung mit Veränderungsprozessen in der Wirtschaft und der Verwaltung könnte gerade für das pädagogische Milieu fruchtbar gemacht werden. Methoden, Verfahren und Strategien, aus Unterschieden Produktivität zu erzeugen, sind hier oft schon entwickelter. Die Kommunikation zwischen diesen Subsystemen zu steuern und Synergien zu organisieren, wäre eine neue Aufgabe politischer Bildung.

Inspirationen hierzu bieten auch europäische Nachbargesellschaften, in denen die Debatte weiter und oft schärfer geführt wird als im ideologisch verminten bundesrepublikanischen Terrain.

Zu einem Perspektivenwechsel kann auch der Blick auf außereuropäische Migrationsgesellschaften beitragen, ohne Illusionen und Verklärungen, aber mit mehr Neugier als bisher üblich.

Herausforderungen für die Bundeszentrale für politische Bildung

Die *Bundeszentrale für politische Bildung* (*bpb*) hat mit der Einrichtung einer »Projektgruppe Migration« im Jahre 2000 einen ersten Schritt getan, um eine thematische Bestandsaufnahme zu leisten sowie weiße Flecken ausfindig zu machen und Konzepte für Zielgruppen und Themen zu entwickeln. Inzwischen ist ein Netzwerk von Kooperationspartnern entstanden, mit denen zahlreiche Maßnahmen realisiert worden sind, sowohl thematisch intervenierender Art (Islam und Integration von Muslimen in Europa) als auch strukturierender und qualifizierender Natur (Expertendatenbank zum Thema Migration für Multiplikatoren und Träger politischer Bildung). Migrations- und interkulturelle Themen sind darüberhinaus von allen Fachbereichen der Bundeszentrale aufgegriffen und prominent platziert worden.

Innovative politische Bildung heißt aber auch, die interkulturelle Öffnung der Bundeszentrale selbst voranzubringen, die Partizipation von Migrantinnen und Migranten innerhalb der *bpb* und als Träger politischer Bildung in die Regelförderung aufzunehmen.

Die Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten spielen hier eine wichtige Rolle: Ermächtigung und Partizipation darf keine Floskel bleiben, sondern ist durch Qualifizierung und Professionalisierung voranzubringen. Hierzu angemessene »Lernumgebungen« zu konzipieren, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Migrantenorganisationen zu neuen Kompetenzen und Innovationen im Integrationsprozess befähigen, ist eine Aufgabe, die an die allgemeinen Innovationsanforderungen an politische Bildung generell anschließt.

Die nach wie vor mangelnde Beteiligung von Migrantinnen und Migranten als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der *bpb* verweist auf das grundsätzliche Problem der interkulturellen Öffnung der Verwaltung, das die Projektgruppe gemeinsam mit einem Modellprojekt in Berlin bearbeitet. Die *bpb* als Teil der öffentlichen Verwaltung teilt mit dieser den erschreckend geringen Anteil von Migrantinnen und Migranten unter den (leitenden) Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Neue Aufgaben im Zusammenhang mit Migration und Integration müssen in die gesamte Angebotspalette, die Strategien und die Steuerungsfunktionen öffentlicher Verwaltungsinstitutionen systematisch integriert werden.

Für diese wichtigen zusätzlichen Zielgruppen, also die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Basisinstitutionen der Gesellschaft – von der öffentlichen Verwaltung über Polizei bis hin zur Schule – tritt berufliches Handeln in eine neue Beziehung zur Politik.

Die Unterstützung bei der Entwicklung beruflicher Kompetenz wird somit politisiert und zu einem originären Aufgabenfeld politischer Bildung.

Politische Bildung muss hier den Rahmen schaffen, der erfolgreiches politisches Lernen möglich macht. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass diese unmittelbar an die berufliche Praxis anzusetzen hat, um ein Lernsetting zu schaffen, in dem die gesamte Organisation sich an den Lernprozessen ihrer Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter beteiligen kann. Ein solcher Prozess dauert mindestens eineinhalb Jahre, um nachhaltig wirken zu können. Das Potential politischer Bildung kann auf diese Weise ausgeweitet, neue Zielgruppen erschlossen, neue Veranstaltungsformate und Lernmethoden entwickelt werden.

Eine konkrete Maßnahme auf diesem Feld ist ein langfristiges Projekt zur Kooperation von Polizei und Moscheen. Beide lernen an dem gemeinsamen Ziel der Kriminalitätsprävention bei Jugendlichen aus islamischen Communities gemeinsam Probleme zu lösen und dabei Integration zu gestalten. Interkulturelle Kompetenz wird hier konkret: Wie kann man lernen, in Netzwerken zu kommunizieren und die muslimischen Gemeinschaften in die Zivilgesellschaft mit einzubeziehen? Auch dieses Projekt soll modellbildend für neue Verknüpfungen von politischer und interkultureller Bildung werden.

Zusammenfassung

Politische Bildung ist auf vielen Ebenen gefordert. Die deutlichen theoretischen und konzeptionellen Lücken, zum Beispiel in der interkulturellen Erwachsenenpädagogik, in der Bildungsarbeit mit und für alte Menschen, beispielsweise für alte Migrantinnen und Migranten, mit Frauen oder Familien, sind unübersehbar. Der Bedarf an Modellen, das komplizierte und komplexe Thema »Globalisierung« vermittelbar zu machen, ist virulent (und wird politisch bereits erfolgreich aufgegriffen – zum Beispiel durch *ATTAC*). Politische Bildung stellt sich dem Bedarf an innovativen Bildungsansätzen, neuen Methoden und Zugängen im Bereich kultureller, ganzheitlicher Bildung, Gelegenheiten zu alternativen Erfahrungen und Perspektivwechseln. Der unermüdliche – und richtige – Verweis auf die Notwendigkeit von Persönlichkeitsbildung und Stärkung aller Subjekte im Umgang mit Differenz und mit der Fähigkeit, sie als konstitutives Element der Demokratie zu begreifen, gehört ebenso dazu wie die interkulturelle Sensibilisierung und Umstrukturierung der eigenen Institutionen.

Auf fast allen Feldern, die das Thema »Migration« betreffen, gibt es Definitions- und Diskussionsbedarf. Nirgends ist dies so deutlich wie auf dem Gebiet interkultureller Pädagogik, deren jahrzehntelang gepflegter Kulturdiskurs sich in der »migrationspolitischen Szene« sedimentiert hat. Gleichzeitig sind die Defizite und Limitierungen traditioneller paternalistischer und moralisch aufgeladener Ansätze täglich neu erfahrbar. Die politische Bildung steht damit vor neuen Aufgaben. Professionalisierung und ein thematisch, methodisch und organisatorisch neuer Umgang mit den Problemen einer modernen Einwanderungsgesellschaft stehen auf der Tagesordnung. Erste konzeptionelle und praktische Schritte werden gemacht.

Ängste vor einer Entwertung alter Qualifikationen sind nur dann am Platz, wenn Reform und Innovationen nicht mit attraktiven Angeboten für eigene Kompetenzzuwächse und Qualifizierungen einher gehen.

Eine neue Debatte, die anknüpft an den ersten einwanderungspolitischen Frühling im Jahr 2000, tut Not: zukunftsorientiert und jenseits des deutschen Re-

formstaulamentos. Dies wird aber nur gelingen, wenn Meinungsträgerinnen und -träger mit eingebunden werden, die sich bis jetzt außerhalb der engeren einwanderungspolitischen Debatte bewegt haben. Neue Koalitionen müssen geschmiedet werden. Denn: Die Zeichen stehen gut für eine politische Bildung, die gesellschaftliche Herausforderungen annimmt und professionell und pragmatisch angeht. Kaum eine Aufgabe politischer Bildung ist für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland, Europa und weltweit und für die Entwicklung westlicher Demokratien so zentral. Der Umgang mit »Interkulturellem«, besser: das Zusammenleben in einer sozial, kulturell, ethnisch, weltanschaulich, politisch divergenten Gesellschaft entscheidet wahrscheinlich über die Überlebensfähigkeit unserer Politik und Gesellschaft.

Literatur

Alibhai-Brown, Yasmin (2000): *After Multiculturalism*, London

Bourdieu, Pierre (1983): »Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital«, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten* (Sonderband 2 der *Sozialen Welt*), S.183-198

Ghadban, Ralph (2002): *Islam und Muslime in Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden*. Vortrag im Ost-West-Kolleg der *Bundeszentrale für politische Bildung*, 12.11.2002 (download unter www.bpb.de)

Heitmeyer, Wilhelm (2000): »Gefährliche Selbsttäuschung«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 30.8. 2000

Bundeszentrale für politische Bildung/Friedrich-Ebert-Stiftung (2003): *Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – Zuwanderungsland Deutschland in der Praxis. Dokumentation einer Fachkonferenz, Modellprojekt »Transfer interkultureller Kompetenz«* (TiK), Berlin

Kanak Attak: *Kanak Attak und Basta!* (Kanak-Attak-Manifest) November 1998 (www.kanak-attak. de)

Kiesel, Doron: *Multikulti ade? Probleme des Kulturalismus in der Interkulturellen Pädagogik*. Vortrag auf der Fachtagung »Multikulti ade? Neue Ansätze Interkultureller Pädagogik in Schule und Jugendarbeit«. Kooperationsveranstaltung IDA NRW und RAA Bochum am 14.9.2000 (download: www.projekte-interkulturell-nrw.de/such_ja/12downlo/kmain12.htm)

Neubert, Stefan/Roth, Hans-Joachim/Yildiz, Erol (Hrsg.) (2002): *Multikulturalität in der Diskussion. Neuere Beiträge zu einem umstrittenen Konzept*, Opladen

Reuter, Julia (2002): *Ordnungen des Anderen. Zum Problem des Eigenen in der Soziologie des Fremden*, Bielefeld: Transcript Verlag (Diss.)

Sandner, Wolfgang (2002): »Politische Bildung nach der Jahrtausendwende. Perspektiven und Modernisierungsaufgaben«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 45/2002 (11. November 2002), S. 36 -45

Scherr, Albert (2002): »Jugendarbeit in der Wissensgesellschaft«, in: *deutsche jugend*, Heft 7-8/2002, S. 313-318

Scherr, Albert (2001): *Pädagogische Interventionen. Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Eine Handreichung für die politische Bildungsarbeit in Schulen und in der außerschulischen Jugendarbeit*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 2001

Siemons, Mark (2002): »Kultur als Kampfbegriff«, in: *FAZ* vom 7.11.2002

von Hentig, Hartmut (1996): *Bildung. Ein Essay*, München: Carl Hanser Verlag

Weiß, Anja (2001): *Rassismus wider Willen. Ein anderer Blick auf eine Struktur sozialer Ungleichheit*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

Zaimoglu, Feridun (2003): »Sprache ist der Büchsenöffner«, Interview in der *taz* vom 8.1.2003

ANNETTE HEILMANN, ROBERTO CIULLI

Bastardo – Irgendwo in Italien

Ich bin ganz und gar Spanier, und es wäre mir unmöglich, außerhalb meiner geographischen Grenzen zu leben; aber ich hasse den, der Spanier ist, nur um Spanier und sonst nichts zu sein. Ich bin der Bruder aller und verabscheue den Menschen, der für eine abstrakte nationalistische Idee aus dem einzigen Grunde sich opfert, weil er sein Vaterland mit einer Binde um die Augen liebt. Der gute Chinese steht mir näher als der schlechte Spanier. Ich besinge Spanien und ich fühle es bis ins Mark; doch bin ich vor allem ein Mensch dieser Welt und der Bruder aller. Federico Garcia Lorca

Auf Roberto Ciullis Schreibtisch, auf dem ein Sammelsurium von Souvenirs aus der ganzen Welt Platz findet, steht ein Photo: Ciulli lehnt an einem Straßenschild, Richtung »Bastardo«, einem Ort irgendwo in Italien. *Bastarde aller Länder vereinigt Euch!* lautete einmal treffend die Überschrift eines Portraits Roberto Ciullis. Die Photographie ist in gewisser Weise symbolisch für seine Arbeit, für sein gesamtes Leben, für seine Vision einer Gesellschaft: Ihn interessieren keine Grenzen oder Nationalitäten, sondern das Neue, das jenseits dieser Grenzen stattfindet, hervorgegangen aus der Vielfalt eines kulturellen Erbes, das jeder in sich trägt.

»Interkulturelle Kulturarbeit«, mit dem Terminus kann der Mülheimer Theaterleiter nur wenig anfangen: Welche Kriterien müssen erfüllt sein, um in diese Kategorie zu fallen: Erfüllt es ein deutsches Theater, wenn es ein Stück von Shakespeare spielt? Oder eine japanische Geigerin, die in New York ein Mozart-Konzert gibt? Oder ist dieses Kriterium erst erfüllt, wenn ein italienischer Regisseur, mittlerweile Inhaber eines deutschen Reisepasses, im Iran mit iranischen Schauspielerinnen ein Stück des Spaniers Federico Garcia Lorca inszeniert und ihm dabei eine bolivianische Choreographin zur Seite steht? So geschehen im Januar 2002, als Roberto Ciulli in Teheran Premiere mit »Bernarda Albas Haus« hatte, die erste deutsch-iranische Koproduktion überhaupt, nachdem er zwei Monate vor Ort mit iranischen Schauspielerinnen gearbeitet hatte. »Kunst ist per se international«, sagt Roberto Ciulli, »jede Einteilung in Grenzen ist absurd, denn wem gehört Shakespeare, wem Dante, wem Goethe? Welchen Verdienst hat ein Deutscher heute daran, dass Goethe vor knapp 200 Jahren seinen *Faust* geschrieben

hat, mit welcher Berechtigung kann ein Italiener heute darauf stolz sein, dass Dante vor ungefähr 700 Jahren *Die göttliche Komödie* verfasste?«

Die Diskussion um internationale Kulturarbeit wird erschwert in Ermangelung eines universellen Kultur-Begriffs. Denn in der Diskussion um Kultur ist immer ein ausgrenzendes Moment enthalten, die Negation des Anderen: »Interkulturelle Arbeit« geht aus von einer gegenseitigen Abgrenzung, von einer grundsätzlichen Verschiedenheit der Beteiligten. Doch hier beginnt schon die Schwierigkeit: Was ist das Eigene, was das Fremde? Kulturen existieren nicht abgegrenzt voneinander, sondern sind der ständigen gegenseitigen Beeinflussung ausgesetzt. Bleiben wir bei den oben aufgeführten Beispielen: Ist ein kanadischer Glenn Gould ohne die Komposition Bachs denkbar? Ist die deutsche Theaterlandschaft unbeeinflusst von Shakespeare, Tschechow, Sophokles?

»Kunst, Kultur und Kulturpolitik seien gefordert, größere Anstrengungen zu leisten für ein friedliches Miteinander, für eine Integration von Menschen mit Migrationshintergrund«, heißt es zum Beispiel in der Debatte um das Einwanderungsgesetz und den alarmierenden Ergebnissen der PISA-Studie. Dieser Ansatz ist falsch und dem Anliegen, ein friedliches Miteinander zu schaffen, entgegengesetzt. Zu hinterfragen ist bei dieser Forderung nicht nur der Gedanke der Integration, unter dem meist nur Assimilierung verstanden wird, sondern vor allem sein fragmentierender Grundgedanke. Gerade in der Kunst ist die Universalität des Kulturbegriffs erfahrbar. Jeder Künstler bringt sein kulturelles Erbe, seine Identität mit, aber die Kriterien, unter denen Kunst geschaffen wird, sind keine nationalen oder geographischen, sondern sind ästhetische Kriterien. Der Ausgangspunkt für künstlerisches Schaffen liegt in der Gemeinsamkeit, nicht in der Trennung.

Kunst, nicht nur Malerei, Musik oder Tanz, sondern auch das Sprechtheater spricht eine universelle Sprache, die über die natürliche gesprochene Sprache hinausgeht. Information wird nicht allein über die Sprache vermittelt, sondern über Licht, Musik, Kostüme, Gesten, Gerüche, Sprachklang, Bühnenbild etc. Natürlich wird ein Iraner mit seinem kulturellen Hintergrund das Gesehene anders interpretieren, aber auch zwei Deutsche, die eine deutschsprachige Inszenierung anschauen, werden zwei unterschiedliche Sichtweisen haben. Dass das Theater bis heute reduziert wird auf die gesprochene Sprache, liegt daran, dass es noch häufig missverstanden wird als verlängerter Arm der Literatur.

Der Grund, warum das *Theater an der Ruhr* mit seiner internationalen Kulturarbeit so erfolgreich ist, liegt unter anderem darin, dass der künstlerische Anspruch immer im Vordergrund steht. Es war nie das Anliegen des Theaters, in erster Linie internationale Kulturarbeit zu leisten, das hat sich erst aus dem jeweiligen künstlerischen Konzept ergeben. Die internationale Besetzung des Mülheimer Ensemble zum Beispiel liegt allein in der Qualifikation seiner Mitglieder.

Ausschlaggebend für Ciullis Ansatz war sicherlich sein persönlicher Werdegang. Von je her interessierte ihn weniger die Frage nach der geographischen Herkunft als das Gefühl des »Fremdseins im eigenen Land«, ein Gefühl, das seiner Meinung nach viel relevanter für das künstlerische Schaffen sei. In der Migration,

die Ciulli selbst erlebt hat, als er in den sechziger Jahren Italien hinter sich ließ, um erst in Frankreich, dann in Deutschland ein neues Leben zu beginnen, sieht er mehr als alles andere eine große Chance, zumal für einen Künstler. Ciulli sieht in diesem Zustand auf lange Sicht ein extrem positives Moment. Der Migrant hat eher die Möglichkeit, sich vieler Schichten belastenden Erbes zu entledigen, offen zu sein für etwas Neues, um schließlich zu seiner wahrhaftigen, eigenen Identität zu kommen. Die Frage nach dem »Fremdsein im eigenen Land« hat Ciulli beschäftigt und geprägt, ein Gefühl, das sich mit dem Heranwachsen eines Kindes vergleichen lässt: wie ein Kind, das langsam seine eigene Persönlichkeit entwickelt, das sich von seinem Umfeld abgrenzt, das an Grenzen stößt und beginnt, sich in der eigenen Familie fremd zu fühlen. Als genau so fremd, jedoch auf einer gesellschaftlichen, politischen Ebene empfinden sich diejenigen, die sich in ihrem Land nicht repräsentiert fühlen, die marginalisiert sind. Die Fragen, die solch ein Fremder im eigenen Land an sich und sein Leben stellt, sind für die persönliche Entwicklung, das künstlerische Schaffen viel bedeutender als die eines »geographischen« Migranten, der sein Land verlässt und die Trennung von seiner Heimat aber meist als unerträglichen, schmerzvollen Zustand beklagt.

»Kunst bietet den Freiraum für alle Fremden dieser Welt«, meint Ciulli bestimmt, »Kunst ist niemals eine Bestätigung des Status Quo. Theater zum Beispiel tritt ein für etwas, dass sich noch nicht realisiert hat. Und somit ist Theater die Kunst par excellence, die alle Fremden, jenseits geographischer Grenzen, miteinander verbindet.« So sieht er die Arbeit des Schauspielers als ein großes Privileg, er bezeichnet ihn als Forscher des menschlichen Daseins. Denn mehr als jeder andere hat der die Möglichkeit, sich selbst, den Sinn seines Lebens zu finden. Oder, wie Ciulli es formuliert, zu seinem eigenen Namen zu gelangen. Ein Kind wird zufällig an einem bestimmten Ort, zu einer bestimmten Zeit geboren, erhält einen Namen verliehen. Im Lauf seines Lebens kann er aus dieser Bestimmung einen Sinn ableiten, er hat sein Leben Zeit, seinen eigenen Namen zu finden. Das ist ein mühsamer Prozess. Doch ein Schauspieler durchläuft diesen Prozess nicht nur einmal, sondern so häufig, wie er unterschiedliche Rollen spielt: Mit jeder Rolle studiert er ein kleines Leben ein. Für die Dauer der Proben hat er Zeit, den Hamlet zu finden und als Hamlet zu sterben. Diese Fähigkeit wird sich durch sein Leben wie ein roter Faden ziehen. Theater so verstanden, macht es zu einem wichtigen persönlichkeitsbildenden Instrumentarium. Deshalb fordert Ciulli auch, Kinder so früh und so intensiv wie möglich an das Theater heranzuführen, es selbstverständlich in die Schulpläne mit zu integrieren.

Der Glaube an die universelle Sprache des Theaters ist ein Grundprinzip des *Theater an der Ruhr* und ein Grundstein für seine künstlerische Arbeit. Seine Wurzel hat diese Überzeugung in der eigenen Arbeit, denn die ersten Erfolge feierte das *Theater an der Ruhr* nicht in Deutschland, sondern im damaligen Jugoslawien. Von Beginn an beschränkte das Theater seine künstlerischen Kontakte nicht auf den deutschsprachigen Raum, genau dieses Überwinden der Grenzen war künstlerisch reizvoll. Es war das erste deutsche Theater, das in der Türkei gastierte und türki-

sche Theater nach Deutschland holte, mit dem türkischen Staatstheater eine mehrsprachige Inszenierung herausbringt als erste türkisch-deutsche Koproduktion. Es war auch das erste deutsche Theater, das im Iran nach der Islamischen Revolution von 1979 gastierte und iranische Theater nach Mülheim einlud. Und es war auch das erste deutsche Theater, das eine Koproduktion mit dem Iran machte und mit ihr durch Europa reiste. Es war das erste deutsche Theater, das trotz Kriegsbedrohung in Bagdad gastierte, und natürlich auch das irakische Nationaltheater zu sich einlud. Beeindruckend ist auch die lange Liste der 32 Länder, in denen das *Theater an der Ruhr* seine Vorstellungen zeigte: Ägypten, Bosnien-Herzegowina, Chile, Costa Rica, Ecuador, Frankreich, Griechenland, Irak, Iran, Italien, Jugoslawien, Kasachstan, Kirgistan, Kolumbien, Kroatien, Liechtenstein, Luxemburg, Mexiko, Niederlande, Österreich, Polen, Russland, Schweden, Schweiz, Slowenien, Türkei, Turkmenistan, Ukraine, USA, Usbekistan, Venezuela, Weißrussland.

Das *Theater an der Ruhr* ist davon überzeugt, dass eine nachhaltige Veränderung im Bewusstsein der Menschen nicht mit einmaligen Gastspielen oder »Events«, erreicht werden kann, sondern durch gleichberechtigten Austausch und Dauerhaftigkeit. Dieser Austausch hat beim *Theater an der Ruhr* verschiedene Gesichter: seit Gründung des Theaters wurden so genannte *Theaterlandschaften* durchgeführt: Theater einer Region oder eines Landes werden dem Publikum über einen längeren Zeitraum vorgestellt. Internationale Kulturpolitik wurde aber auch in einer sicherlich einzigartigen Weise betrieben: 10 Jahre lang beherbergte und unterstützte es das *Roma Theater Pralipe*, das aufgrund der politisch-ökonomischen Situation nicht mehr in Skopje weiterarbeiten konnte. Es ist das einzige Roma Theater Europas und spielt meist in Romanes.

Im Laufe der Jahre entstanden zu einigen Ländern engere Beziehungen. Zu seiner Anfangszeit stand es besonders dem ehemaligen Jugoslawien nah. 1979 und 1980 war das *Theater an der Ruhr* zum »BITEF«, dem »Belgrader Internationalen Theaterfestival«, eingeladen und wurde beide Jahre mit dem großen Preis ausgezeichnet. Aus Jugoslawien kam auch die erste herausragende Schauspielerin des Mülheimer Theaters: Gordana Kosanovic. Der Kontakt zu der Region ist trotz der Kriege und der neuen Staatenbildungen bestehen geblieben. Auch zur Türkei besteht eine besondere Bindung, nach zwei Koproduktionen und mehreren gegenseitigen Gastspielen sind hier enge kontinuierliche Kontakte entstanden. Der Kontakt zum Iran begann 1996, ein Jahr später, nach der Wahl Khatamis wurde diese Verbindung von der dortigen politischen Seite sehr begrüßt. Seit 1999 war das *Theater an der Ruhr* alljährlich beim großen internationalen Festival »Fadjr« mit mehreren Produktionen vertreten und letztes Jahr entstand die erste gemeinsame Koproduktion, geschlossen zwischen dem iranischen Kultusministerium und dem *Theater an der Ruhr*.

Roberto Ciulli ist mittlerweile davon überzeugt, dass dieser ersten Phase des Austauschs nun eine zweite folgen müsste: »Als ich in Teheran Regie führte mit iranischen Schauspielerinnen und einer bolivianischen Choreographin wurde ich wieder bestätigt, dass wir alle die gleiche Sprache sprechen. In Zukunft möchte

ich in der Zusammenarbeit über den Austausch von Gastspielen hinausgehen. Die Erfahrung, die ich in den Neunzigern in der Türkei gemacht habe und die, die ich letztes Jahr in Teheran machte, haben mir gezeigt und mich bestätigt, dass wir natürlich ein unterschiedliches Erbe mit uns tragen, aber die Theatersprache, die wir heute sprechen, ist die gleiche. Beschämend ist eher zu merken, wie gut die meisten Theatermenschen – aus Iran zum Beispiel – sich mit westlicher Kulturgeschichte, Literatur etc. auskennen und wie wenig wir über deren Kunst Bescheid wissen.« Ciulli stellt sich eine intensivere künstlerische Zusammenarbeit vor, wie zum Beispiel Koproduktionen.

Es ist erstaunlich, dass das *Theater an der Ruhr* so einzigartig geblieben ist in seinem Ansatz. Erklärbar ist es sicherlich durch den viel schwerfälligeren Verwaltungsapparat der großen Stadttheater. Aber dies allein kann nicht der Grund sein. Dass das *Theater an der Ruhr* seit Jahren in seiner internationalen Arbeit so erfolgreich ist, liegt vor allem in der Tatsache, dass sich hier eine Gruppe von Menschen zusammengetan hat, die bewusst diesen Weg gehen, den Weg nach »Bastardo«.

TOBIAS J. KNOBLICH

Interkulturalität in der Soziokultur

Zur Rolle eines »gelingenden Lebens«

Man kann die Geschichte soziokulturellen Denkens auch lesen als einen andauernden Versuch, die Möglichkeiten eines gelingenden Lebens aus der ständigen Veränderung, der Neuverortung verantwortlichen Handelns in einem notwendig offenen Gesellschaftsprozess abzuleiten. Allein die Erfahrung, dass gelingendes Leben allzu oft aus überkommenen Mustern und Institutionalisierungen abgeleitet wurde – die, wenn nicht der Demokratie gegenläufig, so doch ihrer zeitgemäßen Ausprägung wenig förderlich waren –, lehrt einen stets offenen und kritischen Blick auf die Chancen gesellschaftlicher Transformationen. Dass Chancen immer auch Herausforderungen, manchmal gar Gefahren bergen, muss dabei nicht betont werden. Die Dominanz der Schreckensszenarien im öffentlichen Diskurs fordert jedoch zwingend eine produktive und möglichst objektive Analyse jener Wegstrecken heraus, die zu gehen wir nicht umhin kommen werden.

Auf internationaler Ebene bürgen Globalisierung und Migration für umfassende Veränderungen und Verschiebungen. Steht Globalisierung dabei eher für eine unheimliche Bewegung, deren Konsequenzen – bis auf den spürbaren Machtverlust vieler (vor allem lokaler und nationaler) Akteure – kaum auslotbar scheinen, beschreibt Migration einen Prozess, den es der Sache nach schon immer gegeben hat. Die neue Qualität von Migration erschließt sich erst im Kontext eben jener globalen Veränderungen, die Nationalstaatlichkeit und relative ethnische Homogenität gänzlich in Frage stellen. Es wird darauf ankommen, welche Kultur- und Politikauffassungen zukunftsfähige Antworten für diesen Prozess bereithalten und wie seine zumindest kulturpolitisch reizvollen Herausforderungen bewältigt werden können. Gerade soziokulturelle Akteure sind hier besonders herausgefordert und in ihrem Selbstverständnis unmittelbar getroffen. Sie müssen erkennen, dass gelingendes Leben nicht per definitionem nur das sein und bleiben kann, was sie selbst gegen Widerstände und im »langen Marsch« durch die Institutionen der Kulturpolitik ausgehandelt haben, sondern dass vielmehr die da-

bei gewonnenen Erfahrungen sie prädestinieren, die Demokratisierung des kulturellen Lebens immer wieder neu zu deklinieren[1] und ihre hohe Selbstreflexivität zu erproben.

Mit diesem großen Gestus soll nun nicht die sich auch in der Soziokultur einschleichende Bequemlichkeit geleugnet werden; es gibt wohl kaum eine Praxis, die nicht dazu neigt, ihrem Status quo zu huldigen und neue Rahmenbedingungen auf den ersten Blick zu übersehen oder zumindest zu unterschätzen. Doch ist in der Soziokultur schon aufgrund ihrer gesellschaftskritischen Haltung sowie ihrer Arbeits- und Organisationsformen frühzeitig erkannt worden, dass »von unten« generiertes gelingendes (gutes) Leben ohne interkulturellen Dialog kaum mehr möglich ist. Die Veränderungen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu spüren, wahrzunehmen oder aber ihnen systematisch zu begegnen, ist freilich zweierlei. Und so befindet sich auch die soziokulturelle Praxis mehrheitlich noch in der Phase der Orientierung, der Erprobung zeitgemäßer interkultureller Arbeit, doch dies mit vergleichsweise intensiven und ernsthaften Ansätzen.

Vorab jedoch noch einmal zum gelingenden Leben als Rahmen interkultureller Dialogfähigkeit. Häufig wird in ethischen Debatten gelingendes Leben (Glücksorientierung des Einzelnen) als gegenläufig zur moralischen Orientierung (im Sinne des gesellschaftlichen Wert- und Erwartungshorizonts) gesehen: Moral gehe auf Kosten des individuellen Glücks. Solch ein Begriff von gelingendem Leben trägt die Tendenz in sich, jedes Mehr an Verantwortung oder Beteiligung an gesellschaftlich Notwendigem als Glücksreduktion aufzufassen. Je weniger verlässlich also der konsensuale Raum der Individualisierung, desto kleiner die personale Freiheit. Wenn ich das gelingende Leben soziokultureller Akteure als »von unten« generiert bezeichne, so korrespondiert dies mit einem von Martin Seel formulierten Glücksbegriff, der genau das Arbeits- und Lebensprinzip der Soziokultur trifft, gleichwohl Seel freilich in einem größeren moralphilosophischen Rahmen argumentiert. Nicht das Ziel oder die günstigen Umstände stehen im Zentrum eines solchen Glücksbegriffs, der die Spannung zwischen individueller Erwartung und gesellschaftlicher Anforderung ausloten muss, sondern »die günstigste *Form* des Lebens«, die Art, »sich zu sich und der Welt zu verhalten«. (Seel 1999: 51 – Hervorhebung *TJK*) Die Einheit des guten und gerechten Lebens fußt dabei für Seel auf der Anerkennung und Bewältigung einer »Ethik der Differenz« beider Bereiche. Das ist kein Widerspruch, sondern eine verantwortungsvolle Annäherung von Individuum und stets auch transformativer Gesellschaft. Dies programmatisch aufgeladen heißt (auch) Soziokultur, nicht im Sinne einer Heilsbotschaft (Glück für alle), sondern im Sinne der Ermöglichung vieler unterschiedlicher gelingender Leben in einer auf diese Leben gerichteten Gesellschaft. Hier Glück zu suchen, meint eine günstige Form des Lebens. Wie stark bei den Akteuren der Soziokultur Biographie, gesellschaftlicher Anspruch und damit auch

1 Eine Referenz an den auch wiedergelesen wertvollen Aufsatz von Olaf Schwencke: »Demokratisierung des kulturellen Lebens« (1974).

kontingente Moralvorstellungen verwoben sind, ist hinlänglich bekannt. Dass sie auf diese Weise aber auch stärker belastbar und reaktionsschneller sind als jene, die am Ausgestalten dieser »Einheit in Differenz« nicht interessiert sind, die die Differenz gar als Zumutung empfinden, verdient hervorgehoben zu werden. Und so ist aus soziokultureller Sicht gelingendes Leben immer ein Prozess, der nur dann aufgehen kann, wenn er nicht abgeschottet von den Transformationen unserer Gesellschaft stattfindet, sondern sich jenen Dialogen öffnet, die den zukünftigen Rahmen des eigenen Lebens produktiv mitgestalten können.[2] Dazu gehört in besonderer Weise der Dialog der Kulturen in einer globalisierten Welt, die normative (auch nationale) Identitäten bereits strukturell in Frage stellt. Interkulturelle Kulturarbeit ist insofern nie etwas Äußerliches, herkömmlichen Angeboten oder Aktionsformen Hinzugefügtes, sondern in erster Linie die Bereitschaft, sich dem Fremden, dem Anderen zu öffnen und im Grundsatz Veränderung am Selbst zuzugeben, sich von Neuem durchströmen zu lassen und dieses im Gegenzug zu bereichern. Am Ende dessen steht idealerweise eine neue variable Vielfalt. Vielfalt aber, auch im Wertungshorizont gelingenden Lebens, ist seit jeher ein Programmbegriff der Soziokultur und ihrer Akteure.

Voraussetzungen interkultureller Arbeit in der Soziokultur

Als Hilmar Hoffmann 1979 über die ersten Resultate einer »alternativen Kultur« reflektierte, stellte er fest: »Kultur zu haben und Kultur zu sein bedeutete nun, die hier und heute vorhandenen und durch kulturelle Teilhabe individuell erweiterbaren Entfaltungs-Chancen und Glücksmöglichkeiten in freier Entscheidung wahrnehmen zu können und zu den Mitmenschen vielfältige einander bereichernde Beziehungen zu pflegen.« (Hoffmann 1981: 275) Er rückte damals die (wieder-)gewonnene kulturelle Demokratie in den Kontext einer Vielfalt der Kulturen, meinte jedoch jene Kulturen, die wir heute mit multikulturellem Blick eher als Binnendifferenzierung innerhalb einer allenfalls deutsch-deutsch noch auseinanderklaffenden Kultur wahrnehmen würden, etwa Arbeiterkultur, Jugendkultur oder jedwede Subkultur. Im Vordergrund stand für ihn dabei »die Anerkennung des elementaren Rechtes auf die eigene Kultur« (ebd.: 288), das nicht von einer »repräsentativen Kultur« erdrückt werden dürfe. Im selben Jahr gründete sich bereits ein Bundesverband, in dem sich Einrichtungen zusammenschlossen, die genau diesem »alternativen«, das heißt pluralen Kulturbegriff folgten und die die implizierte respektive selbst postulierte Vielfalt, Bürger- und Milieunähe bereits längere Zeit praktizierten: die *Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren*. Inzwischen zählt sie 14 Landesverbände mit nahezu 450 Mitgliedszentren in ganz Deutschland.

2 Wie bereitwillig sich gerade die Soziokultur und ihre Akteure von Transformationsprozessen prägen lassen und Wandel nicht als Bedrohung, sondern Chance zu Reform und aktiver Neubestimmung begreifen, hat sehr eindrücklich der »interkulturelle Diskurs Ost – West« gezeigt. Ich bin geneigt, die Soziokultur als besonders gelungenes Feld der deutsch-deutschen Vereinigung zu bezeichnen, das sich nicht zuletzt über die Kooperation und Kommunikationskultur aller beteiligten Akteure qualifiziert hat.

Hoffmann hegte damals die Hoffnung, alle Ansätze, die der Forderung nach soziokultureller Partizipation oder Basisdemokratie folgten, seien infolge ihrer Autonomiegarantie nicht zu vereinnahmen und vor dem Abgleiten in Banalitäten gefeit. Er erhoffte sich eine Durchdringung von Repräsentativ- und Alternativkultur, deren wechselseitige Ergänzung, und er erwartete im Hinblick auf Minderheiten (auch hier spielten ethnische Parameter kaum eine Rolle) positive Effekte für Mitbestimmung und uneingeschränkte Partizipation. (Vgl. ebd.: 295 ff.) Wir wissen, dass soziokulturelles Denken und soziokulturelle Arbeit insbesondere in den so bezeichneten Einrichtungen einen erheblichen Beitrag zur Umsetzung dieser politischen Forderungen geleistet haben und leisten. Wenn wir heute die Erwartungen an eine aufmerksame, zeitgemäße Kulturpolitik und an Akteure bedenken, die Kultur plural, »von unten« und offen für alle Ausdrucksbedürfnisse praktizieren, muss es uns scheinen, als sei die Soziokultur besonders geeignet, zum prosperierenden Feld der interkulturellen Arbeit einen maßgeblichen Beitrag zu leisten. Welche Kompetenzen sind es nun genau, die sie dazu qualifizieren?

Soziokulturelle Zentren sind Orte:

- die *für alle offen* sind und durch einen geringen Grad formaler Organisationsstrukturen zum *Mitmachen, Verändern oder Kooperieren* einladen;
- an denen *vielfältige Angebote und Zielgruppen* auftreten. Sie stehen für die Durchmischung traditionell eher getrennter Aktions-, Kommunikations- und Rezeptionsformen und erleichtern damit Begegnung, Beteiligung und Kreativität;
- die einen *Gestaltungsanspruch im jeweiligen Gemeinwesen* (Stadtteilarbeit) geltend machen, eine aktive Meinungsbildung aller herausfordern und Podien der öffentlichen Diskussion bieten;
- an die auch *konkrete Zielgruppenarbeit angebunden* ist mit dem Ziel, diese in ein umfassendes und lebendiges Zentrum einzubinden (z. B. Kinder- und Jugendarbeit mit Kreativkursen, offenen Bereichen, Beschäftigungsprojekten oder Angebote für Frauen, MigrantInnen, Arbeitslose, Behinderte, SeniorInnen etc.);
- die ein *umfangreiches Programm- und Veranstaltungsangebot* bereithalten, das nicht nur spartenübergreifend, sondern in einen zu Begegnung und Diskussion einladenden Rahmen eingebettet ist und oft auch alternative oder vernachlässigte Themen aufgreift;
- an denen *Bildungs- und politische Arbeit* geleistet wird, von Seminaren und Workshops bis hin zu Sprachkursen;
- die kulturell, sozial oder politisch tätigen Vereinen, Gruppen und Initiativen *Räume und technische Infrastruktur* für deren unabhängige Betätigung stellen.[3]

An dieser Aufzählung wesentlicher Eigenschaften und Arbeitsformen soziokultureller Zentren wird deutlich, dass sich in den Einrichtungen Offenheit, die Vermischung von Amateur- und professioneller Arbeit sowie ein hoher Grad an ge-

3 Zur Arbeit soziokultureller Zentren sowie zur verbandlichen Organisation in Deutschland liegt eine aktuelle Broschüre vor, die angefordert werden kann: Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V., Bundesgeschäftsstelle, Schiffbauergasse 1, D-14467 Potsdam, Mail: bundesvereinigung@soziokultur.de, Web: www.soziokultur.de.

sellschaftlichem Gestaltungswillen programmatisch bündeln. Dieser Ansatz garantiert, dass nicht nur handlungsstarke oder organisierte Minoritäten, ExpertInnen oder Kursnachfrager in den Zentren agieren, sondern dass wirklich ein niedrigschwelliger Zugang für alle besteht. Es geht daher auch in der Arbeit nicht immer darum, jedes Vorhaben oder Projekt linear von der Zielvorstellung zum vollendeten Ergebnis zu bringen, sondern vielfältige Podien für den Aushandlungs- und Diskussionsprozess des Lebens zu schaffen: das Zentrum nicht als Rückzugs- oder Fluchtort aus dem Leben, sondern als Bühne für die Themen »da draußen«. Michael Naumann hat einmal in einem Gespräch auf eines der wichtigsten Anliegen der Soziokultur aufmerksam gemacht. Die Entstehung der soziokulturellen Zentren habe seines Erachtens mit einem zentralen Thema der Soziologie der sechziger Jahre zu tun, »nämlich mit der Konfliktforschung oder der Behauptung, dass gesellschaftliche Konflikte zunächst einmal überhaupt erkannt und thematisiert werden müssen, damit sie nicht durch einen Konsensualbrei zugedeckt werden« (Krings/Naumann 1999: 25) Diese Sensibilität ist heute noch genauso aktuell wie in den ersten Jahren soziokultureller Arbeit. Und hier liegt neben den beschriebenen programmatischen und organisatorischen Stärken der Soziokultur auch ein Grund, warum sie für Fragen der Interkulturalität eine große Verantwortung haben muss und dieser auch gerecht werden kann.

Interkultur in der Soziokultur

Soziokulturellen Zentren wurde in der jüngsten Vergangenheit vielfach bescheinigt, sie seien in Hinblick auf die Arbeit mit AusländerInnen oder MigrantInnen ein Stück weiter als andere Einrichtungen: »Was soziokulturelle Einrichtungen vielerorts inzwischen zumindest angegangen sind, ist für viele der klassischen Kultureinrichtungen noch absolutes Neuland« (Markwirth/Röbke 1997: 125), heißt es beispielsweise. Dabei ist Fakt, dass gerade die Art und Weise, wie soziokulturelle Einrichtungen entstanden sind und wie sie ihren Anspruch auf breite Partizipation immer wieder erneuern, ihnen einen strukturellen Vorteil eingebracht hat, von dem sie zunächst zehrten. Dass damit noch lange nicht überall eine befriedigende interkulturelle Arbeit etabliert ist, zeigte etwa ein in derselben Publikation in Auszügen abgedruckter Jahresbericht der *LAG Soziokultureller Zentren Niedersachsen e. V.*, der eine beispielhafte Befragung zum Thema Interkultur auswertet: »Die Ergebnisse weisen auf Defizite in der Arbeit mit Minderheiten hin. Nur wenige Zentren haben sich die interkulturelle Arbeit als Schwerpunkt gesetzt. MigrantInnen als fest angestellte MitarbeiterInnen im inhaltlichen Bereich gibt es nicht. ... Die meisten Veranstaltungen von und für MigrantInnen finden im Rahmen von Projekten statt. Obwohl eine große Zahl von MigrantInnen und MigrantInnenvereinen die Zentren regelmäßig nutzt und sie teilweise sogar mitgegründet hat, sind nur wenige in die kontinuierliche Arbeit eingebunden.« (1997: 208 *LAG Soziokultureller Zentren Niedersachsen e. V.*)

Um diesen Befund bewerten zu können, muss man allerdings das Erkenntnisinteresse präziser eingrenzen: Fragt man nach der Frequentierung/Nutzung soziokultureller Einrichtungen durch MigrantInnen oder nach ihrem Anteilssegment in selbstorganisierten beziehungsweise direkt gesellschaftspolitischen Kontexten? Fragt man nach ihrem Anteil im Bereich fest eingestellter MitarbeiterInnen oder nach festen Podien interkultureller Arbeit, die freilich auch beschäftigungspolitisch relevant wären? Jede Frage für sich beantwortet ließe den Befund insbesondere im Vergleich mit anderen Kulturpraxen anders erscheinen. Trotz der Tatsache aber, dass es ganz offensichtlich – wenn auch meist projektbezogen – eine Vielzahl interkultureller Tätigkeitsfelder gibt, wird ein Defizit deutlich: Es gibt zum einen keine bundesweite Erhebung, mit der eine grundsätzliche Bewertung dieses Feldes möglich wäre, und es gibt zum anderen trotz des großen Anliegens, hier stärker tätig werden zu wollen, eher nur punktuelle Ansätze, deren Wirkungsgrad durch eine gezielte Systematisierung und Vernetzung erheblich erhöht werden kann.

Dieser Prozess des Austauschs und der Vernetzung aber ist gegenwärtig in vollem Gange. Vielerorts finden Diskussionen über Möglichkeiten und Probleme interkultureller Arbeit in der Soziokultur statt, die zeigen, dass das Thema erheblich an Bedeutung gewonnen hat und mit den traditionellen Potenzen soziokultureller Arbeit in Verbindung gebracht wird. Die beiden aktuellsten Beispiele sind der Perspektivworkshop der *Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren* im Juni 2002 im Marburger *Kulturladen KFZ* (vgl. Knoblich 2002: 15; ausführlicher: www. soziokultur.de/workshop) sowie der »3. Hamburger Ratschlag Stadtteilkultur«, der sich im November 2002 dem Thema »Interkultur – Soziokultur im Dialog der Kulturen« widmete. Zum Hamburger Interkultur-Ratschlag hat der *Landesverband Soziokultur Hamburg e. V.* Anfang des Jahres 2003 eine Dokumentation herausgegeben.

Die gegenwärtige Auseinandersetzung mit Formen kulturellen Austauschs und interkultureller Begegnung ist im Allgemeinen gekennzeichnet durch eine kritischere Würdigung des verwendeten Vokabulars. Dass sich dahinter mehr als nur eine akademische Übung verbirgt, legt schon der alte Ausspruch »nomen est omen« nahe. An der neuen Aufmerksamkeit gegenüber dem Sprachgebrauch lässt sich ein differenzierterer Umgang mit dem Fremden, aber auch mit dem eigenen Anspruch, letztlich der eigenen Blindheit erahnen. Auch die soziokulturellen Akteure haben ihren Umgang mit fremden Kulturen, KünstlerInnen oder Gruppen einer intensiveren Reflektion unterzogen. Wie wichtig und lehrreich das für die tägliche Arbeit sein kann, hat der bereits erwähnte Perspektivworkshop in Marburg sehr eindringlich gezeigt. Wenn etwa eine Gruppe afrikanischer Trommler auftritt, ist das noch kein interkultureller Dialog, erst recht nicht, wenn MigrantInnen für eine Veranstaltung ein Raum überlassen wird. Der Anspruch, der aus Sicht gerade von MigrantInnen einzulösen wäre, setzt die Bereitschaft voraus, die eigene Identität von den Rändern her einer Auflösung zuzuführen und somit eine neue Form von Pluralität zuzulassen. So beschreibt es etwa Kien Nghi Ha (1999: 117): »Das Aufbrechen von Räumen für marginalisierte

Stimmen innerhalb der dominanten Kultur ist mit einem gesellschaftlichen Kampf um kulturelle, sexuelle und soziale Differenz verbunden, um eine wichtige Bedingung für die Hervorbringung neuer Formen kultureller Identitäten und das Auftauchen neuer Subjekte in der politischen Arena einzulösen.« Waren bisher Selbst- und Fremdethnisierung je nach Kontext gängige Differenzmodelle, erfordert nun eine umfassende kulturelle Hybridisierung die Bereitschaft *aller*, sich einer »Politik der Differenz« auszusetzen und diese mitzugestalten. Parallelgesellschaften können heute auch nicht mehr ethnisch begründet werden, weil sie intern (etwa in Bezug auf soziale oder generationenbezogene Differenzen) viel zu heterogen sind. Damit müsste ein soziokulturelles Zentrum kein Austragungsort bloßer interkultureller Arbeit sein, sondern infolge seiner interkulturellen *Kompetenz* die Möglichkeit einer neuen »partiellen Gemeinschaft« bieten, einer (zumindest temporär) »neuen Welt für sich«. Auf diese Weise kann wertvolles Erfahrungswissen akkumuliert werden. (Vgl. Schnell 2000: 231 f.)

In Marburg erörterten die soziokulturellen Akteure ihre Position in einer Welt, die einerseits von einer homogenisierten Globalkultur, andererseits dem Bestreben nach Ausdifferenzierung und Erzeugung von Nähe, Unmittelbarkeit, also neuen Formen von Lokalisierung geprägt ist. Soziokultur, so eine Erkenntnis, binde ihre Arbeit infolge eher lokaler bis regionaler Bedeutsamkeit sehr stark an das Regulativ des Lokalen und müsse folglich auch »Interkultur als Querschnittsaufgabe« (Torsten Groß) be- und aufgreifen. Festgestellt wurde aber auch, dass gerade konzeptionelles Denken in diesem Bereich noch unterentwickelt ist. Die Auseinandersetzung mit den Begriffen »Multikultur«, »Transkultur« und »Interkultur« speziell im Kontext soziokultureller Arbeit zeigte, dass man sehr deutlich hinterfragen muss, mit welchem Handlungsansatz operiert werden soll. So, wie heute der Begriff »Multikultur« beispielsweise eher das Nebeneinander von Kulturen und damit eine tendenzielle Indifferenz gegenüber dem Anderen verkörpert, ist auch der Umgang mit Begriffen wie »Integration« oder »Assimilation« programmatisch aufgeladen; dass man also besser von Akkulturation als Assimilation sprechen sollte, um die gegenseitige Annäherung (auch im Sinne interkulturellen Denkens und Arbeitens) herauszustellen, ist nur zu unterstreichen. (Röbke/Wagner 1997: 89)

Dass es in der Soziokultur aber nicht nur sehr intensive Bemühungen um ein Verständnis und angemessene Ansätze interkulturellen Arbeitens gibt, sondern auch praktische Erfolge, zeigt die Verleihung des ersten »Innovationspreises Soziokultur«, den der *Fonds Soziokultur e. V.* am 12. September 2002 in der *Berliner Werkstatt der Kulturen* vergeben hat. Der Düsseldorfer Verein *Farbfieber e. V.*, der mit dem Preis geehrt wurde, hatte mit seinem internationalen Wandmalprojekt »Mural Global« nachhaltig auf sich aufmerksam gemacht: In 20 Ländern wurden mit 100 KünstlerInnen unter kreativem Einbezug der jeweiligen Bevölkerung öffentliche Kunstwerke geschaffen.[4] Dies hat nicht nur zu einem exemplarischen Dialog der Kulturen beigetragen, sondern auch eine Begegnung auf gleicher Augenhöhe ermöglicht. Die Präsentation des Projektes in der *Werkstatt der Kulturen* vermittelte

einen bleibenden Eindruck jener Kraft des gemeinsamen Gesprächs, der Möglichkeit gemeinsamen Handelns in einer Welt, die immer wieder auch symbolisch angeeignet sein will, in der Wegmarken der Toleranz und Verständigung wohltuend wirken. In seinem Festvortrag wies der damalige Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin darauf hin, dass es in kulturellen Einrichtungen, die dafür geeignet seien, um ein »integratives Konzept von Kulturpolitik« gehen müsse, um einen »normativen Minimalkonsens, der auf einem Ethos der Toleranz und des Respekts beruhe und Kooperationen zwischen den Menschen befördere« (zit. n. Kussauer 2002: 69). Dass die Soziokultur diesem Konzept von Kulturpolitik folgt, versteht sich von selbst. Die Preisvergabe hat innerhalb der soziokulturellen Landschaft ein breites Echo ausgelöst.

Für das Jahr 2003 hat die *Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren* eine weitere praktische Vertiefung interkultureller Arbeit vorgesehen. Sie plant ein Projekt, an dem mehrere Mitgliedseinrichtungen aus verschiedenen Bundesländern gemeinsam am Thema »Interkulturelle Bildung« arbeiten. Die Ergebnisse werden auf diese Weise überregional auswertbar und in die Diskussion einzubringen sein.

Literatur

Ha, Kien Nghi (1999): *Ethnizität und Migration*, Münster

Hoffmann, Hilmar (1981): *Kultur für alle. Perspektiven und Modelle*, Frankfurt am Main (erweiterte und aktualisierte Ausgabe; ursprünglich 1979)

Knoblich, Tobias J.: »Quo vadis MultiKulti? Perspektiven interkultureller Kommunikation und Praxis – Workshop 1 der Reihe ›Soziokultur im Spiegel‹«, in: Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren (Hrsg.): *Informationsdienst Soziokultur*, Nr. 48, 12. Jg., 2/2002

Krings, Eva/Naumann, Michael (1999): »Kulturpolitik und gesellschaftliche Integration. Gespräch zwischen Eva Krings und Staatsminister Michael Naumann«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Nr. 87 (IV/1999)

Kussauer, Klaus (2002): »Dialog zwischen den Kulturen fördern!«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 69

LAG Soziokulturelle Zentren Niedersachsen (1997): »Interkulturelle Arbeit in Soziokulturellen Zentren. Eine beispielhafte Befragung in Niedersachsen«, in: Kulturpolitische Gesellschaft (Hrsg.): *Interkultureller Dialog. Ansätze, Anregungen und Konzepte für eine interkulturell ausgerichtete Kulturarbeit und Kulturpolitik*, Bonn/Essen

Markwirth, Jürgen/Röbke, Thomas (1997): »Kulturarbeit in der multikulturellen Gesellschaft«, in: Kulturpolitische Gesellschaft (Hrsg.): *Interkultureller Dialog. Ansätze, Anregungen und Konzepte für eine interkulturell ausgerichtete Kulturarbeit und Kulturpolitik*, Bonn/Essen

Röbke, Thomas/Wagner, Bernd (1997): »Interkultureller Dialog – eine Herausforderung für die Kulturpolitik«, in: Kulturpolitische Gesellschaft (Hrsg.): *Interkultureller Dialog. Ansätze, Anregungen und Konzepte für eine interkulturell ausgerichtete Kulturarbeit und Kulturpolitik*, Bonn/Essen

Schnell, Ralf (Hrsg.) (2000): »Interkulturalität«, in: *Metzler Lexikon Kultur der Gegenwart*, Stuttgart/Weimar, S. 231 f.

Schwencke, Olaf (1974): »Demokratisierung des kulturellen Lebens«, in: Hoffmann, Hilmar (Hrsg.): *Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik. Beschreibungen und Entwürfe*, Frankfurt am Main

Seel, Martin (1999): *Versuch über die Form des Glücks. Studien zur Ethik*, Frankfurt am Main

4 Zum Projekt ist eine Dokumentation erschienen: *Wem gehört die Welt?: mural global. Weltweites Wandmalprojekt zur Agenda 21*, Essen 2002.

MAX FUCHS

Interkultur in der kulturellen Bildung

Der globale Rahmen – Bildung als zentrales Arbeitsfeld von UNO *und* UNESCO

Kulturelle Bildungsarbeit, die in ihrem Kern den pädagogischen Einsatz von Künsten, Medien und Spiel meint, scheint für Probleme des Interkulturellen maßgeschneidert zu sein.[1] Nichtdiskursive Kommunikations- und Arbeitsformen – so suggeriert oft genug die Rede von der internationalen Sprache der Musik, des Tanzes, des Theaters etc. – lassen die oft genug hinderlichen Barrieren ungenügender Sprachkenntnisse verschwinden.[2] Der von üblichen gesellschaftlichen Zwängen entlastete Spiel-Raum kulturpädagogischer Arbeit gibt zudem genügend Freiraum, sich auf Experimente, Begegnungen mit Anderem und Fremdem einzulassen. Neugierde ist möglich, das Explorative geradezu Definitionsmerkmal von Kulturarbeit.

Gestärkt wird diese offenbar große Passfähigkeit der praktischen Kulturarbeit durch Rahmenbedingungen, die dem Bildungsdiskurs größte gesellschaftliche Relevanz bescheinigen. So hat gerade das schlechte Abschneiden Deutschlands bei der internationalen Vergleichsstudie PISA (Programme for International Student Assessment) der *OECD* für eine große öffentliche Aufmerksamkeit für Bildungsfragen gesorgt. (Vgl. Deutsches PISA-Konsortium 2001 und 2002; zur Analyse siehe Fuchs 2002d) Auch auf internationaler Ebene stehen Bildungsfragen ganz oben auf der Agenda. So scheint sich nach dem bevorstehenden Wiedereintritt der USA in die *UNESCO* eine Dynamisierung der Bildungsdiskussion in dieser großen Organisation anzubahnen: Eine »globale Bildung« soll den Zusammenhang von Menschenrechten, Demokratie und gewaltfreier Konfliktlösung ebenso vermitteln wie die Notwendigkeit, Armutsbekämpfung, Erhaltung kultureller Vielfalt und nachhaltiges Wirtschaften zusammen zu denken. (So T. Schöfthaler im »Editorial« von *UNESCO heute* 3/02, S. 1) Der *UNO*-Generalversammlung

1 Eine gut begründete Definition bestimmt kulturelle Bildung als Allgemeinbildung, die mit kulturpädagogischen Methoden vermittelt wird. Vgl. Fuchs 1994 und 2000 sowie Zacharias 2001.
2 Diese These übersieht die Kontextbezogenheit auch der künstlerischen Sprache.

liegt zudem die Empfehlung vor, das Jahrzehnt 2005 bis 2014 zu einer Weltdekade »Bildung für eine nachhaltige Entwicklung« auszurufen.

Bildung wird als Schlüssel dafür gesehen, alle zentralen Zielstellungen der *UNO* und *UNESCO* miteinander zu verbinden und in den Köpfen und Herzen der Menschen zu verankern: Frieden, Menschenrechte, Kampf gegen Armut, Nachhaltigkeit, Erhaltung der biologischen und kulturellen Vielfalt. (Akademie Remscheid 2002) Gute Zeiten also für Bildung insgesamt und speziell für kulturelle Bildung, so scheint es zumindest.

Ohne die oben skizzierten Prinzipien der Kulturpädagogik und die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen grundsätzlich in ihrer Relevanz für die Möglichkeit kultureller Bildungsarbeit in Hinblick auf einen produktiven Umgang mit dem Interkulturellen zu bestreiten, lohnt es sich, sich einzelne Aspekte genauer anzusehen. Ich will dabei keinen Bericht über die vielfältigen Formen von kultureller Bildungsarbeit geben, die sich gezielt um kulturelle Vielfalt, um ein friedliches Miteinander von Menschen verschiedener ethnischer und kultureller Angehörigkeit kümmert. Dies ist inzwischen hinreichend empirisch und methodologisch aufgearbeitet. (Vgl. etwa Institut für Bildung und Kultur o. J. (1996) sowie zahlreiche Projekte in der Projektbank der *Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung* (unter Dokumentationsstelle/Projektbank) Ich will vielmehr einige Probleme eines Umgangs mit dem Interkulturellen herausgreifen, die für die Politik und Pädagogik in Zukunft von Bedeutung sind.

Der »Dialog der Kulturen« als Bildungsproblem

Auf Initiative des *UNO*-Generalsekretärs Kofi Annan hat eine Gruppe von 19 »eminent persons«, der aus deutschsprachiger Seite der Schweizer Hans Küng und der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker angehörten, Ende 2001 des Manifest »Brücken in die Zukunft« vorgelegt. (Annan 2001) Man erinnere sich: Das Jahr 2001 war – auf Vorschlag des iranischen Präsidenten Seijed Mohammad Chatami – zum *UNO*-Jahr des Dialogs der Kulturen erklärt worden. Eine Motivation dafür war, der unseligen These von Sammuel Huntington (1996) von einem »Clash of the Civilisations« eine weltweite Bewegung entgegenzusetzen, die auf Dialog und nicht auf Konfrontation setzt. Der 11. September schien zunächst einen Rückschlag zu bedeuten, denn recht schnell war man mit der »Erklärung« bei der Hand, dass nunmehr der *Clash* doch stattfinde. Diese Deutung ist zwar immer noch im Gespräch, doch hat sie sich nicht durchgesetzt. Vielmehr ist »Dialog« geradezu zu einem Zauberwort geworden. »Dialog« ist das Mittel, das eine Brücke schlagen lässt nicht nur zwischen den Kulturen, sondern auch von der Gegenwart in eine Zukunft, bei der die Vielfalt der Kulturen als Reichtum der Menschheit gefeiert werden können (»celebrate the diversity« ist ein wichtiger *UNO*-Slogan in diesem Kontext). Dies ist die Botschaft des Manifests. Die Vision ist, dass sich alle Menschen auf gemeinsame Werte einigen mögen, was alleine deshalb möglich sein sollte, weil Grundbedürfnisse und Grunderfahrungen der

Menschen überall gleich sind (Fähigkeit zu verzeihen, Rechtsempfinden etc.). So viel Universalität wie nötig, dies ist die eine Hälfte der Vision, so viel Vielfalt wie möglich, dies ist ihr zweiter Teil.

Das Manifest erlaubt so zwei Lesarten: eine politische, die auf die Rahmenbedingungen eines friedlichen Dialogs achtet, und eine pädagogische, die die individuellen Dispositionen jedes einzelnen Menschen in den Blick nimmt, einen solchen Dialog auch bewältigen zu können. Bildung wird so geradezu zu einem Motor der Realisierung der vorgestellten Vision. Alle Ziele lassen sich nämlich – ganz so, wie die *UNESCO* die anfangs vorgestellten zukünftigen Arbeitsschwerpunkte diskutiert – als Bildungsziele formulieren: Friedenserziehung, Menschenrechtserziehung, interkulturelle Erziehung. Sicherlich ist es möglich, einzelne Argumentationen und Begrifflichkeiten dieses Manifests zu kritisieren. Doch erscheint es als Aufzeigen eines relevanten Horizonts zunächst akzeptabel, so dass die aktuelle bildungspolitische Diskussion darauf bezogen werden kann.

Bildung zwischen PISA und Interkultur

Bildung, so wurde eingangs festgestellt, hat zur Zeit national und international Konjunktur. Aber was für eine Bildung ist es, die in der bildungspolitischen Diskussion nach PISA im Gespräch ist. Man möge einmal über die These nachdenken, dass die Terror-Piloten des 11. September den PISA-Test gut bestanden hätten. Denn mathematisches und naturwissenschaftliches Verständnis waren zum Beherrschen der Flugzeuge ebenso notwendig wie sprachliche Kompetenz, etwa im Umgang mit den Flug-Handbüchern. Dieser Vergleich mag zwar brutal klingen. Er zeigt aber deutlich die Begrenztheit der Bedeutung der PISA-Kenntnisse. Natürlich bestreite ich die Relevanz der PISA-Fächer im Kontext der »life skills« – so ein Hauptbegriff der internationalen PISA-Studie – nicht. Doch muss Bildung als Lebenskompetenz (Münchmeier 2002) weit mehr erfassen: Werte etwa, Fantasie und Kreativität, die sich auf eine produktive und sozialverträgliche Lebensgestaltung beziehen – »Lebenskunst« haben wir dies im *Bundesverband Kulturelle Jugendbildung*-Kontext genannt. (BKJ 1999, 2000, 2001) Eine Förderung des Kognitiven, aber auch des Emotionalen und der Empathie sollen gleichermaßen stattfinden. Nachhaltigkeit ist dabei ein relevantes Bildungsziel. All dies müsste das öffentliche Bildungssystem zusammen mit der Jugendarbeit, den Medien und der Familie anstreben. All dies ist zudem notwendig, soll der Dialog der Kulturen funktionieren. Interkultur in der Bildungspolitik erzwingt also geradezu eine erhebliche Ausweitung des Bildungsverständnisses weit über die drei PISA-Fächer hinaus, nämlich eine Orientierung an einem ganzheitlichen Bildungsverständnis, so wie es der kulturellen Bildungsarbeit zu Grunde liegt.

PISA – Die Suche nach Schuldigen

In der oft hektischen Diskussion der PISA-E-Ergebnisse, die zum Teil in den Bundestagswahlkampf gefallen ist, bekam gelegentlich ein Befund eine bestimmte Bewertung, der in unserem Kontext von großer Bedeutung ist. PISA zeigt eindeutig, dass die Sprachkompetenz die Grundlage sogar für mathematische und naturwissenschaftliche Fähigkeiten ist. Die deutsche Sprachkompetenz von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien – speziell aus türkischen Familien – hat sich als schlecht herausgestellt. Es scheinen sich hierbei verschiedene negative Bedingungen miteinander zu verbinden: Der Tatbestand der Migration verbunden mit der (oft) niedrigen sozialen Position. Gerade das deutsche Bildungswesen – so kritisieren die PISA-Autoren – betreibt eine straffe Selektion in Abhängigkeit von der sozialen Lage. Dazu kommt eine zu kurze Grundschulzeit, so dass familiär bedingte sprachliche Defizite noch nicht aufgeholt sind, wenn die Entscheidung für die Sekundarstufe ansteht.

Dieses Ergebnis ist nicht nur negativ im Hinblick auf die PISA-Resultate. Es ist geradezu eine Katastrophe für die betroffenen Jugendlichen – es sind immerhin 27 Prozent der 15-Jährigen, bei denen fast 50 Prozent die elementare Kompetenzstufe I (von insgesamt 6 Stufen) nicht überschreiten, obwohl über 70 Prozent von ihnen die deutsche Schule vollständig durchlaufen haben. Auch für diesen Tatbestand ist die spezifische Organisation des deutschen Bildungswesens verantwortlich, so dass der an anderer Stelle der Studie verwendete Begriff der »strukturellen Demütigung« auch hier zutrifft.[3]

In der Diskussion erhält dieser Tatbestand allerdings bisweilen eine eigenartige Deutung: »Schuld an dem schlechten Abschneiden Deutschlands sind die Türken!«

Im Hinblick auf das Interkulturelle als Moment deutscher Realität zeigt diese Deutung, dass die seinerzeit politisch prominent vorgetragene Vorstellung einer deutschen »Leitkultur« immer noch sehr verbreitet ist. Denn sie bezieht sich nicht nur auf einen vermeintlichen Kanon rein deutscher Kulturleistungen, sondern kann offenbar auch dazu genutzt werden, die deutsche Gesellschaft zu segmentieren, hier insbesondere: Jugendliche aus türkischen Zuwandererfamilien, die in den meisten Fällen sogar die deutsche Staatsangehörigkeit haben oder leicht bekommen könnten, aus der »deutschen Kultur«, der Schule oder sogar der Gesellschaft auszusondern.

Die kulturtheoretische Erkenntnis, dass »Kultur« nicht statisch, homogen, geographisch oder im Hinblick auf Personengruppen abgrenzbar ist, dass also der Modus des Kulturellen immer schon das Interkulturelle, die Vermischung, der Austausch, das Lebendige und Dynamische ist, ist weder vollständig in der Gesellschaft noch in der Politik angekommen. (Fuchs 2002b; vgl. auch Schiffauer 1997,

3 Die Rolle solcher (und anderer) Demütigungen, die völlig einer »Politik der Anerkennung« (etwa im Sinne von Charles Taylor 1993) widersprechen, untersucht Emcke 2000; siehe auch Tietze 2001.

v. a. S. 144-171) Dies wiederum ist ein eklatantes Bildungsproblem gerade bei Vertretern der politischen Elite.

Folgen für das Bildungskonzept

Interkulturelle Kompetenz als Teil der (kulturellen) Bildung bezieht sich also durchaus auch auf *Wissen* darüber, wie »Kultur« in der Gesellschaft funktioniert. Zu dieser interkulturellen Kompetenz gehört jedoch auch, mit dem Fließen, mit Veränderung, mit Kontingenz umzugehen. Dies ist allerdings nicht einfach, da der Mensch immer auch Stabilität und Sicherheit braucht. Die aktuelle Identitätstheorie – und Identitätsentwicklung gehört ebenfalls zu den wichtigen Bildungsaufgaben – macht daher den Vorschlag, Identität nicht mehr als etwas Festes und Unveränderliches anzusehen, das man schlicht durch Lernprozesse übernimmt, sondern sieht vielmehr einen ständigen Prozess der Identitätskonstruktion und spricht daher konsequent von Identitätsarbeit. (Keupp 1997, 1999) Kulturelle Bildungsarbeit ist geeignet, bei diesem Konstruktionsprozess zu helfen, da das Spiel mit Identitätsangeboten, mit dem Ausbalancieren von Fremd- und Selbstbildern ein immanenter Bestandteil ist (so etwa Böhringer, in: BKJ 2001).

Damit wird aber auch deutlich, dass das oft verwendete Bild von Bildung als Brücke *zwischen* Kulturen nicht richtig ist. (Vgl. hierzu verschiedene Beiträge in Akademie Remscheid 2002) Wenn es nämlich stimmt, dass das Interkulturelle der Modus des Kulturellen ist, dann wird gerade der Zwischen-Raum das Spannende. Dort finden die entscheidenden Prozesse der Persönlichkeitsentwicklung statt. »Bildung« soll also gerade nicht über dieses Zwischen-Reich hinwegführen, sondern vielmehr ein Konzept dafür sein, sich in ihm zurecht zu finden. »Bildung als Kompass« ist daher die hier vorgeschlagene Alternative zu »Bildung als Brücke«. Ein Kompass orientiert die Suche nach dem richtigen Weg.

Zwei wichtige Orientierungsmöglichkeiten in der kulturellen Bildungsarbeit sollen benannt werden: das Problem geeigneter oder manipulativer Begriffe und das Problem der Einstellungen und Werte.

Die aktuelle Kulturtheorie, insbesondere der postkoloniale Kulturdiskurs (Young 2001, vgl. auch Fuchs 2002f), zeigen, wie sehr Begriffe interessens- beziehungsweise kulturbedingte Konstruktionen sind, die wiederum die Wahrnehmung prägen. Gerade im Umgang mit dem Fremden, dem Anderen funktioniert diese Konstruktion besonders gut, wobei alle möglichen Ängste und Vorurteile, aber auch Aspekte der Machterhaltung und Hegemonie die Konstruktionen prägen. Geradezu klassisch ist die Prägung des »Orients«, wie sie von Edward Said (1978) untersucht wurde. Aber auch »Islam« oder »Fundamentalismus« sind Konstruktionen, die oft mehr mit eigenen Ängsten und Vorurteilen als mit der Realität zu tun haben. Kulturelle Bildungsarbeit kann zeigen, wie Vorurteilsbildung funktioniert, wie Stereotypen entstehen und welche individuellen und gesellschaftlichen Funktionen sie haben. In Kulturprojekten können zudem Handlungsalternativen und Wertentscheidungen zur Anschauung gebracht werden, so

dass man – quasi spielerisch – Werte als Lebensorientierung analysieren, erkennen, aneignen oder gegebenenfalls modifizieren kann (Fuchs 2002e).

Schlussbemerkung: Gegen eine Überforderung von Bildung

Gerade in Deutschland neigt man dazu, gesellschaftliche Problemlagen zu pädagogisieren. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt, Naturzerstörung: Recht schnell fühlt sich die Pädagogik aufgefordert, pädagogische Konzepte zu entwickeln.[4] Es ist daher darauf hinzuweisen, dass zwar alle sozialen, ökonomischen, politischen Prozesse immer nur über das Handeln des Einzelnen realisiert werden und dessen Fähigkeiten, Einstellungen und Fertigkeiten eine entscheidende Rolle spielen. Doch sind Armut, Gewalt, Ausgrenzung kein genuin pädagogisches Problem. Teil von Bildung muss daher sein, auch die Grenzen des Pädagogischen zu erkennen. Im Falle der kulturellen Bildung kommt hinzu, dass sie Mittel verwendet, die ihrerseits auf subtile Weise Möglichkeiten der Unterdrückung liefern. Hier ist etwa auf die Arbeiten von Pierre Bourdieu zur problematischen Funktion des Kunstgebrauchs in der Gesellschaft hinzuweisen. Bildung als Entwicklung eines bewussten Verhältnisses zu sich, zu anderen, zu Natur und Kultur, zu Zukunft und Geschichte enthält also auch dies: die ständige kritische Selbstreflexion über Chancen und Risiken der eigenen Bildungsarbeit.

Literatur

Akademie Remscheid (Hrsg.) (2002): *Kulturpädagogik 2002*, Bd. 2, Thema: Bildung – Brücke zwischen den Kulturen, Remscheid

Annan, Kofi (Hrsg.) (2001): *Brücken in die Zukunft. Ein Manifest für den Dialog der Kulturen*, Frankfurt am Main: Fischer

Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (2001): *Kulturelle Bildung und Lebenskunst – Ergebnisse und Konsequenzen aus dem Modellprojekt »Lernziel Lebenskunst«*, Remscheid: BKJ

Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (Hrsg.) (2000): *Partizipation und Lebenskunst. Beteiligungsmodelle in der kulturellen Jugendbildung*, Remscheid: Schriftenreihe der BKJ

Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (Hrsg.) (1999): *Lernziel Lebenskunst. Konzepte und Per spektiven*, Remscheid: BKJ

Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.) (2001): *PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*, Opladen: Leske und Budrich

Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.) (2002): *PISA 2000. Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, Opladen: Leske und Budrich

Emcke, C. (2000): *Kollektive Identitäten*, Frankfurt am Main: Campus

Fuchs, Max (1994): *Kultur lernen. Eine Einführung in die Allgemeine Kulturpädagogik*, Remscheid: BKJ (Schriftenreihe der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung)

Fuchs, Max (2000): *Bildung, Kunst, Gesellschaft. Beiträge zur Theorie der kulturellen Bildung*, Remscheid: BKJ

Fuchs, Max (2002): »Dialog der Kulturen. Eröffnungsrede zur Abschlussveranstaltung des UNO-Jahres ›Dialog der Kulturen‹«; in: *UNESCO heute*, Ausgabe 1-2/2002 (Frühjahr/Sommer), S. 129 ff.

Fuchs, Max (2002): »Culture unlimited«, in: *Politik und Kultur*, Heft 2/02

Fuchs, Max (2002): »Kulturelle Bildung, PISA und Co.«, in: *Politik und Kultur*, Heft 2/02

4 Schiffauer (1998: 45 ff.) bemerkt, wie sehr der »Diskurs über den Fremden in Deutschland fast ausschließlich von Pädagogen dominiert war, weil hier zu Lande tendenziell *in* das Individuum verlagert werde, was sich anderswo im Austausch *zwischen* Individuen herstelle«.

Fuchs, Max (2002): »PISA-E: Folgen für die kulturelle Bildung?«, in: *Politik und Kultur*, Heft 3/02

Fuchs, Max (2002): *Ethik und Kulturarbeit*,

Fuchs, Max (2002): *Kunst, Kultur, Ökonomie und Politik in Zeiten der Globalisierung*, www.akademieremscheid.de/Publikationen

Huntington, Samuel P. (1996): *Der Kampf der Kulturen (The Clash of the Civilizations). Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München/Wien: Europaverlag

Institut für Bildung und Kultur (Hrsg.) (o. J./1996): *Gemeinsam Erleben. Handreichungen zur interkulturellen Bildungsarbeit*, Remscheid

Keupp, Heiner/Höfer, R. (Hrsg.) (1997): *Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Keupp, Heiner u. a. (1999): *Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne*, Reinbek: Rowohlt

Münchmeier, Richard u. a. (Hrsg. im Auftrag des Bundesjugendkuratoriums) (2002): *Bildung und Lebenskompetenz. Kinder- und Jugendhilfe vor neuen Aufgaben*, Opladen

Said, Edward W. (1978): *Orientalism*, Frankfurt am Main: Fischer

Schiffauer, Werner (1997): *Fremde in der Stadt*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Taylor, Charles (1993): *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt am Main: S. Fischer

Tietze, N. (2001): *Islamische Identitäten. Formen muslimischer Religiosität junger Männer in Deutschland und Frankreich*, Hamburg: HIS

Young, R. J. (2001): *Postcolonialism. An Historical Introduction*, Oxford/Malden: Blackwell

Zacharias, Wolfgang: *Kulturpädagogik. Kulturelle Jugendbildung. Eine Einführung*, Leverkusen: Leske und Budrich

KLAUS-PETER BÖTTGER, GEORG RUPPELT

Bibliotheken: Portale zu den Kulturen der Welt

Der Begriff »Bibliothek« kann als Synonym für kulturelle Vielfalt gelten. Die Bezeichnung »Universalbibliothek« meint ja nicht nur die Universalität des Wissens, sondern auch sprachliche und kulturelle Universalität, wobei die Bezeichnung »universal« ohnehin für sich selber spricht. So gibt es denn beispielweise keine »deutsche« Bibliothek oder besser keine Bibliothek in Deutschland seit der Zeit der mittelalterlichen Klosterbibliotheken, in der sich etwa nur deutschsprachige Bücher befänden. Bis zum Beginn der Neuzeit und darüber hinaus war Latein die *lingua franca* im europäisch geprägten Teil der Welt; dementsprechend weisen alle historischen Bibliotheken Europas einen bedeutenden Bestand an lateinischen Drucken und Handschriften auf. Doch auch die zunehmende Präsenz der Landessprachen in der Literatur fand ihren Niederschlag in den Büchersammlungen. Man wird keine Bibliothek finden, die nicht nennenswerte Bestände an verschiedensprachigen Papiermedien, also Büchern, Zeitungen und Zeitschriften besäße.

Das Gesagte gilt natürlich in noch höherem Maße für die moderne Bibliothekswelt. Wissenschaft und Kultur kennt nur in dunklen Zeiten Grenzen. Und selbst die Grenzen, die totalitäre Staatsgebilde zogen, wurden schon aus eigenem Interesse auch der Machthaber immer wieder durchbrochen oder wenigstens teilweise aufgehoben. Seit Jahrzehnten existiert ein internationaler Leihverkehr, existieren persönliche Kontakte von Wissenschaftlern aus allen Ländern zu Bibliotheken aus allen Ländern. Im Zeitalter der modernen Datentechnik und des Internet sind Bibliotheken Portale, durch die jeder in die Welt des darin verfügbaren Wissens schreiten kann. Darüber hinaus arbeiten die Bibliotheken weltweit zusammen, seit Jahrzehnten auf konventioneller und seit einigen Jahren besonders auch auf datentechnischer Basis. Ein Beispiel für die traditionelle Zusammenarbeit bietet die *International Federation of Library Associations and Institutions* (*IFLA*), die ihren Weltkongress 2003 unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten in Berlin abhalten wird.

Internationale Zusammenarbeit, datentechnischer Austausch, persönliche Kontakte zwischen Gelehrten und Bibliotheken in der ganzen Welt, internationale Symposien in Bibliotheken oder von Bibliotheksverbänden veranstaltet, Fortbildungsreisen für Bibliothekare zu ausländischen Bibliotheken, Sammlung von »best-practice«-Beispielen aus der ganzen Welt im Projekt der *Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände* und der *Bertelsmann Stiftung* »Bibliotheken 2007« – das alles sind Beispiele für die Selbstverständlichkeit, mit der Bibliotheken über- und interkulturell denken und handeln, es sind Beispiele dafür, dass Bibliotheken sich eine Existenz, die nicht auf kultureller Vielfalt basiert, schlechterdings nicht vorzustellen vermögen.

Wie sieht es nun aber in der Praxis unserer Öffentlichen Bibliotheken aus? Im Herbst 2002 besuchten einige deutsche Bibliotheksleiter Öffentliche Bibliotheken in New York, insbesondere in den Stadtteilen Queens und Brooklyn, und in Philadelphia . Bei der Konzeption dieser Bibliotheken, ihrer Angebote, ihrer Kunden fiel aus fachlicher Sicht in nicht bekannter Intensität auf, was es heißt, in einem Einzugsbereich mit und für Einwanderer Bibliotheksarbeit zu machen – in einem Stadtteil mit vorwiegend chinesischer Bevölkerung spiegelt die Bibliothek dies in ihren Beständen, in ihren Dienstleistungen bis hin zum Personal wider, so dass man eher das Gefühl hat, sich in einer chinesischen Bibliothek zu befinden. Dies ist aber nicht einseitig zu verstehen, etwa als Orientierung auf nur eine Bevölkerungsgruppe hin. Aufgrund der ethnischen Zusammensetzung dieses Schmelztiegels bedienen Öffentliche Bibliotheken, insbesondere dann, wenn sie eine zentrale Funktion haben, mehrere Sprachhorizonte gleichzeitig. Eine multikulturelle Literatur-, Medien- und Informationsversorgung in derartiger Bandbreite und Vielfalt beeindruckte die deutschen Besucher zutiefst. Das sozio-demographische Umfeld bestimmte Inhalt und Angebot der jeweiligen Bibliothek.

Derartige Bibliotheken – jedenfalls in diesen qualitativen und quantitativen Ausformungen – wären in Deutschland nicht vorstellbar. Zum einen ist die grundsätzlich positive Einstellung und Erwartungshaltung gegenüber Bibliotheken in den angloamerikanischen Ländern eine selbstverständlichere. Zum anderen sind die Quantitäten sowohl in den Größenordnungen der ethnischen Gruppen als auch vom Angebot der Bibliotheken nicht mit denen in Deutschland vergleichbar.

Dennoch: Auch die deutschen Bibliotheken, hier insbesondere die Öffentlichen Bibliotheken, nehmen die Nutzergruppe der ausländischen, fremdsprachigen Kunden wahr und ernst. Explizit formulierte bereits 1973 das Gutachten der *Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung* »Öffentliche Bibliothek«, dass der Bestand einer Bibliothek der Grundversorgung sich an die soziale Struktur des Versorgungsbereiches anzupassen habe. Somit könnte man diesen Teil der Bevölkerung als ausreichend berücksichtigt beim Bestandsaufbau ansehen.

Diese Kurzsichtigkeit würde allerdings einige grundsätzliche Fragestellungen, vor die sich Bibliotheken gestellt sahen, überdecken. Nicht ohne Grund gibt es in der Weltorganisation der Bibliotheken, der *IFLA* (http://www.ifla.org/VII/s32/slsmp.htm), eine Sektion, die sich ausschließlich mit dieser Problematik beschäf-

tigt, die Sektion »Library Services to Multicultural Populations«. Sie erarbeitete 1998 Richtlinien für bibliothekarische Serviceleistungen in der multikulturellen Gesellschaft. Nicht ohne Grund gab es beim inzwischen geschlossenen *Deutschen Bibliotheksinstitut* einen Beratungsdienst für die Bibliotheken, die besondere Serviceangebote für benachteiligte Gruppen der Gesellschaft, unter anderem Ausländern, anboten. Der Beratungsdienst hatte die Aufgabe, Hilfestellung bei Aufbau und Organisation dieser bibliothekarischen Dienstleistungen zu geben, beispielweise auch in die Fachöffentlichkeit transportiert in Form der Zeitschrift *Bibliothek für alle*. So heißt es dann auch inhaltlich differenzierter im Positionspapier »Bibliotheken '93« der *Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände*: »Die Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern und Kontinenten stellt die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Aufklärung und gegenseitige Information sind dringend nötig. Bibliotheken tragen zur Kommunikation und zur Verständigung unterschiedlicher ethnischer Gruppen bei.« Folgerichtig stellt die Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen eine wesentliche Funktion der Bibliothek dar und wird mittels entsprechender Dienstleistungsangebote für die Zielgruppen gewährleistet.

Bibliothek für alle – eine alte Forderung, ein Programm, eine Selbstverständlichkeit? Bei aller fachlichen Auseinandersetzung vor dem Hintergrund schwindender finanzieller und personeller Ressourcen um die Ausrichtung von Prioritäten bei der Erfüllung der Aufgaben einer Bibliothek erwachsen mittlerweile Defizite, die nicht wegzudiskutieren sind. Dennoch: Die ständige Herausforderung muss angenommen werden, wenn sich die Bibliothek auf den langen Weg zu einer kundennahen, die Zielgruppen ernst nehmenden Einrichtung macht. Differierend von dem jeweiligen Herkunftsland sehen sich Bibliotheken durchaus mit einem geschulten bibliotheksgewohnten Verhalten und mit entsprechenden Erwartungen konfrontiert.

Im Wesentlichen sind es drei Angebotsformen, mit denen Bibliotheken die Medien- und Informationsbedürfnisse ausländischer Bevölkerungsgruppen befriedigen:

- Unter dem Aspekt der Eingliederung und Eingewöhnung ist ein ausreichender Bestand an Sprachkursen anzubieten. Sowohl die unterschiedlichen medialen Formen wie auch die Berücksichtigung der sprachlichen Herkunft erfordern allerdings hohen finanziellen Einsatz seitens der Bibliotheken. Gerade die langfristige Nutzung dieser Lernelemente bedingen eine gute Zusammenarbeit mit anderen Institutionen. Die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen im Erwachsenenbereich, die Deutschkurse anbieten, erweist sich meist als zweckmäßig für den bedarfsgerechten Bestandsaufbau.
- Unter dem Aspekt der Verbundenheit mit dem ursprünglichen Heimatland sind vielfach auch Bestände gefragt, die von dort stammen. Dabei geht es vornehmlich nicht etwa um Übersetzungen fremdsprachiger Texte in diese Sprache, sondern vielmehr eben gerade um Originalliteratur. Beschaffungs- und finanzielle Möglichkeiten differieren hier von Land zu Land. Aber auch dabei ist

die Kooperation mit ausländischen Vereinigungen hilfreich beim Verstehen, Eruieren der Bedürfnisse und Beschaffen.

- Die Bibliothek ist ein interkultureller Ort per se. Zahlreiche Kooperations- und Veranstaltungsprojekte belegen, dass Bibliothek als offener Treffpunkt gute Chancen zum Miteinander bietet. Seien es kooperative Aktionsprogramme wie die Mülheimer Kinderbuch- und Kinderfilmtage unter dem Motto »Die Welt bei uns zu Hause« oder auch die in der Reihe »Mehr mit Medien Machen« erschienene Publikation »Zusammen sind wir bunt: Interkulturelle Projekte in der Kinderbibliothek« (Berlin 1997) der *DBI*-Expertengruppe »Erarbeitung von Materialien zur aktiven Medienvermittlung/Leseförderung in Kinder-, Jugend- und Schulbibliotheken«. Bibliotheken beweisen permanent, dass sie als grundlegend demokratische Einrichtung verantwortungsvoll mit dieser Aufgabe umgehen.

Ein Prinzip, allen Bürgerinnen und Bürgern jedweder ethnischer, sprachlicher oder kultureller Herkunft den gleichen Grad an Medienangebot und Dienstleistung zu bieten, lässt sich sicherlich, gerade unter finanziellen Gesichtspunkten, nicht aufrechterhalten, sollte aber als Ziel nicht aus den Augen verloren werden.

Bibliotheken schaffen die Basis für ein gegenseitiges Verständnis, für die Ermutigung zur Toleranz, für die Toleranz in und gegenüber den ethnischen, sprachlichen und kulturellen gesellschaftlichen Gruppen.

»Ist das einer von uns oder ein Fremder? So überlegen nur Schwachsinnige!«
Indisches Sprichwort

MICHAEL SÖNDERMANN

Wie hat sich die öffentliche Kulturfinanzierung weiterentwickelt?

Ergebnisse aus der Kulturstatistik 2002

Einleitung und Abgrenzung

Nachdem im ersten »Jahrbuch für Kulturpolitik 2000« (Institut für Kulturpolitik 2001) eine umfangreiche Darstellung zur Lage der Kulturfinanzierung in Deutschland aus Sicht der Kulturstatistik bis zum Jahr 2000 vorgestellt werden konnte, soll diese nun im vorliegenden Band aktualisiert und fortgesetzt werden.

Zwei zentrale Ergebnisse der damaligen Untersuchung haben besondere Aufmerksamkeit in der kulturpolitischen Debatte gefunden. Erstens: Die jahrzehntelang zentrale Stellung der Kommunen[1] wurde relativiert. Sie sind nicht mehr wichtigster Träger der deutschen Kulturfinanzierung. Zweitens: Obwohl die Kulturetats von Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt nominal bis zum Jahr 2000 gestiegen waren, blieben sie im Vergleich der allgemeinen Preisentwicklung deutlich zurück. Die Kulturausgaben sinken real bereits seit Jahren.

Wie ist es weiter gegangen? Haben sich nun die finanziellen Perspektiven der öffentlich geförderten Kultur tendenziell weiter verschlechtert? Oder können die Kulturpolitiker ihre Kulturetats im Windschatten der Krise halten. Ist es Ihnen möglicherweise gelungen, die großen Haushaltsauseinandersetzungen anderen Politikfeldern zu überlassen. So abwegig wäre der Gedanke nicht: denn die öffentliche Kulturfinanzierung in Deutschland fällt mit einem Anteil von ein bis zwei Prozent der öffentlichen Gesamthaushalte so gering aus, dass kaum nennenswerte Einspar- oder Entlastungseffekte zur Haushaltskonsolidierung durch Einsparungen bei den Kulturausgaben zu erzielen wären.

1 Verwendung immer im Sinne einer Gebietskörperschaftsebene = kommunale oder gemeindliche Ebene mit Städten, Gemeinden, Gemeinde- und Zweckverbände.

Andererseits signalisieren Hiobsbotschaften aus zahlreichen deutschen Städten und Gemeinden über geplante Schließungen von Bibliotheken, Theatern und Museen und sonstigen Einrichtungen der kulturellen Bildung, dass die aktuelle Lage der Kulturfinanzierung in den Ländern und Gemeinden doch erheblich bedroht ist. Ostdeutsche Kulturdezernenten sehen harte Zeiten für die Existenz ihrer Kulturregionen herannahen. Aus großen westdeutschen Städten sind heftige Auseinandersetzungen zwischen KulturdezernentInnen und Oberbürgermeistern zu vernehmen. Christina Weiss, die Kulturstaatsministerin, spricht von einem dramatischen Strukturwandel, der die gesamte deutsche Kulturlandschaft in den nächsten Jahren verändern wird.

Werden sich nur noch diejenigen Bundesländer und Kommunen Kultur leisten können, die eine positive wirtschaftliche Entwicklung, eine aufstrebende Konjunktur aufweisen? Bleibt dann Kultur nur noch für finanzstarke urbane Regionen und Länder übrig?

Die Kulturstatistik und die Kulturforschung sehen untrügliche Anzeichen für die Krise in der Kulturfinanzierung: Haushaltssperren, Nachtragshaushalte oder kurzfristige Sparaufforderungen treten in immer kürzeren zeitlichen Abständen auf, Haushaltspläne sind oft kurz nach ihrer gesetzlichen Verabschiedung bereits Makulatur. Und noch ein weiterer Effekt tritt deutlich hervor: Die späteren Rechnungsergebnisse der Kulturfinanzierung weichen immer mehr von den ursprünglichen Haushaltszahlen ab. Diskutieren die Kulturpolitiker in den Parlamenten und Stadträten am Ende an der Realität vorbei?

Aktueller Stand der amtlichen Kulturstatistik

Unterschiedliche Zahlenangaben über öffentliche Kulturausgaben stiften große Verwirrung in der kulturellen Fachöffentlichkeit. Deshalb steht und fällt jede Arbeit über die Kulturfinanzierung mit der Offenlegung dessen, was der Kulturbegriff umfassen soll. Im »Jahrbuch für Kulturpolitik 2000« wurden dazu bereits die in Deutschland verwendeten verschiedenen Kulturdefinitionen von Bund, Ländern und Gemeinden problematisiert.

Bisher ist jedoch keine wirkliche Verbesserung der Lage in der Kulturstatistik insgesamt zu erkennen. Nach wie vor arbeiten die verschiedenen kulturpolitischen Träger mit eigenen Abgrenzungen. Kennzahlen über Kulturausgaben werden veröffentlicht, die tendenziell die eigene Sicht der Dinge darstellen und deshalb nicht übereinstimmen. Immerhin existiert inzwischen auf Länderebene eine ad-hoc-Arbeitsgruppe (*KMK*, *Kulturabteilungen Hessen*, *Baden-Württemberg* sowie verschiedene amtliche Bundes- und Landesstatistiker), die das Problem Kulturfinanzstatistik sich zu eigen gemacht hat.

Mit einer ersten Arbeit legte die Gruppe bereits einen »Kulturfinanzbericht 2000« (Statistisches Bundesamt 2001) vor. Die Autorengruppe führt dazu einen neuen Kulturbegriff ein, der zwei generelle Bereiche unterscheidet. Die »Kulturausgaben im engeren Sinne« umfassen die Kernbereiche wie Theater, Musik, Museen etc. In einer zweiten Unterscheidung werden so genannte »kulturnahe Berei-

che« zusammengefasst, die nicht eindeutig als dem Kultursektor zugehörig empfunden werden. Dazu zählen zum Beispiel die Bereiche Rundfunk und TV, Kultur im Ausland, kirchliche Angelegenheiten aber auch wissenschaftliche Museen. Die Kernabgrenzung »Kulturausgaben im engeren Sinne« dient zur Bildung von Kennzahlen, die eine einheitliche und vergleichende Bewertung vor allem von Ländervergleichen ermöglichen sollen.

Wie hat sich die öffentliche Kulturfinanzierung weiterentwickelt?

Dieses Konzept des Kulturfinanzberichts birgt jedoch eine Reihe nicht unerheblicher Mängel: Die neue Einführung des Kulturbegriffs führt unter anderem dazu, dass die Stiftung *Preußischer Kulturbesitz* nicht mehr zum Kernbereich deutscher Kultur zählt, sondern lediglich als »kulturnahe Einrichtung« einbezogen wird. Allein dadurch fehlen den Berechnungen im Kernbereich Kultur mehr als 170 Mio. € Bundesmittel. Bei den Länderkulturausgaben verursacht die Vorgehensweise zum Teil erhebliche Verzerrungen in einzelnen Sparten: 30 Prozent der staatlichen Museumsausgaben fehlen in Bayern, ebenfalls rund 30 Prozent der kommunalen Museumsausgaben in Nordrhein-Westfalen.

Auf diese Konzeptschwächen haben die Experten des *Arbeitskreises Kulturstatistik* im *Haus der Kultur* sowohl den *Deutschen Städtetag* wie den Bund hingewiesen: Inzwischen arbeiten Vertreter des *Deutschen Städtetages* wie des Bundes ebenfalls in der ad-hoc-Gruppe mit. Nun entwickeln die Kulturverantwortlichen von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam mit den amtlichen Statistikern ein neues Konzept, welches hoffentlich bald den Durchbruch für eine umfassende Darstellung der Kulturfinanzierung schaffen wird. Bis es soweit ist, stützen wir uns auf den im »Jahrbuch 2000« dargestellten methodischen Ansatz mit der staatlich-kommunalen Abgrenzung.

Die kulturelle Öffentlichkeit, die Kulturpolitik und die angewandte Kulturforschung benötigen dringend Daten und Analysen über den Zustand der Finanzierung von Kultur in Deutschland. Dazu will diese Untersuchung einen Beitrag leisten.

Abgrenzung und Methode

Die Festlegung in der Darstellung der Kulturfinanzierung von Bund, Ländern und Gemeinden muss zwei grundsätzliche Aspekte behandeln:

- Ein für alle staatlichen und gemeindlichen Ebenen gültiger *Kulturbegriff* ist so zu gestalten, dass er prinzipiell die Schwerpunkte der jeweiligen Ebene aufnehmen kann.
- Da die Finanzströme in der öffentlichen Kulturförderung stark miteinander verflochten sind, hängt die Qualität der vergleichbaren Daten entscheidend vom gewählten *Berechnungskonzept* zu den Kulturausgaben ab.

Zum Kulturbegriff: Für die vorliegende Untersuchung stützen wir uns weiterhin auf das im »Jahrbuch 2000« und im Modellprojekt SAKUSDAT (SAKUSDAT 2000) entwickelte Konzept der staatlich-kommunalen Abgrenzung (SKA). Nach dem SKA-Konzept werden alle kulturrelevanten Aufgabenbereiche der öffentlichen Haushalte untersucht und zu einem integrierten Modell zusammengefasst.

Die Gesamtdarstellung der Kulturfinanzierung kann zusätzlich in zwei Perspektiven unterteilt werden: Wenn die innerdeutschen Kulturfinanzierungsstrukturen im Zentrum der Betrachtung stehen, wird der Kulturbegriff sich auf die »Kultur im Inland« stützen. Wenn eine nationale Darstellung oder ein internationaler Vergleich behandelt werden soll, müssen zusätzlich die kulturellen Aktivitäten im Ausland mit einbezogen werden (»Kultur im Ausland«).

Da hier die innerdeutschen Strukturen und länderregionalen Besonderheiten im Mittelpunkt der Analyse stehen, wird die Abgrenzung für die »Kultur im Inland« in der Regel verwendet. Nachrichtlich wurden die Fördermittel für die Kulturausgaben im Ausland ergänzt.

Durch eine Neugestaltung der allgemeinen Finanzstatistik sowie der staatlichen und gemeindlichen Haushaltssystematik durch Finanzminister und Innenminister (Finanzministerkonferenz 1999, Innenministerkonferenz 2000) wurden einzelne Sachbereiche neu aufgenommen bzw. umgruppiert. Da die Auswertung auf Basisdaten der Finanzstatistik durchgeführt wird, entsteht somit eine völlig neue Grundlage, die mit der früheren Finanzstatistik nur noch eingeschränkt vergleichbar ist. Deshalb wurden ergänzend in der neuen Abgrenzung zusätzlich die Ausgaben des Bundes für die Künstlersozialkasse sowie die kulturellen Baumittel bzw. städtebaulichen Mittel für die Denkmalpflege mit in die Gesamtauswertung aufgenommen.

Zum Berechnungskonzept: Die finanzwirtschaftliche Darstellung der Kulturhaushalte kann durch Bruttokulturausgaben, durch Nettokulturausgaben oder einnahmenbereinigte Ausgaben (Grundmittel, Zuschussbedarf) ermittelt werden.

Die Verwendung der Bruttodarstellung der Kulturausgaben wird in der Regel innerhalb eines Haushaltsplanes angewendet und dient dem Vergleich verschiedener Ressorts innerhalb einer Gebietskörperschaft. Die Nettodarstellung setzt die von anderen öffentlichen Bereichen erzielten Kultureinnahmen ab. Diese Berechnung wurde in früheren Kulturfinanzanalysen eingesetzt. Beide finanzwirtschaftlichen Berechnungsarten finden in der vergleichenden Kulturfinanzanalyse nur noch selten Anwendung.

Die dritte Berechnungsmethode der einnahmenbereinigten Kulturausgaben basiert auf folgenden Annahmen: Sie enthält diejenigen Finanzmittel, die die öffentlichen Haushalte zur Finanzierung der Kultur bereitstellen. Sie ermöglicht durch Abzug aller Einnahmen (sowohl der öffentlichen Zahlungen wie der unmittelbar erwirtschafteten Einnahmen) eine Vergleichsbasis für die unterschiedlichen Trägerschaftsformen der Kultureinrichtungen (Regiebetrieb, GmbH, e. V., Eigenbetrieb). Zugleich werden damit Doppelzählungen bereinigt, die zwischen gleichen oder verschiedenen Gebietskörperschaften auftreten.

Diese Berechnungsmethode wird im »Kulturfinanzbericht 2000« (Statistisches Bundesamt 2001), im »Bildungsfinanzbericht« der *Bund-Länder-Kommission* (Bund-Länder-Kommission 2003) und im Modell SAKUSDAT (SAKUSDAT 2000) eingesetzt. In ähnlicher Form trifft sie ebenso auf die Kulturausgabenstatistik (Zuschussbedarf) des *Deutschen Städtetages* (Deutscher Städtetag 1996) zu.

Abbildung 1: Abgrenzung und Gliederung des Kulturbegriffs in Anlehnung an das neue finanzstatistische Konzept

1.	Darstellende Kunst
	Theater, Opernhäuser
	Einzelmaßnahmen Theater und Musikpflege
2.	Musik
	Einrichtungen der Musikpflege
	Musikschulen
	Einzelmaßnahmen Theater und Musikpflege
3.	Bildende Kunst und Museen
	Museen, Sammlungen, Ausstellungen
	Wissenschaftliche Museen
	Einzelmaßnahmen Museen und Ausstellungen
4.	Bibliotheken, Archive
	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive
	Nichtwissenschaftliche Bibliotheken
5.	Denkmalsschutz und -pflege
	einschl. Mahn-/Gedenkstätten, Schlösser u. Burgen, Kulturbauten/ städtebaulicher Denkmalschutz
6.	Sonstige Kunst u. Kultur
	Film, Literatur, Soziokultur, Heimatpflege etc.
	Sonstige Kultureinrichtungen
	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege
7.	Kulturverwaltung
	einschließlich Kulturmanagement, spartenübergreifende Förderung
8.	Erwachsenenbildung
	Volkshochschulen
	Andere Einrichtungen der Weiterbildung
9.	Kunsthochschulen
	Hochschulen für bildende, darstellende Kunst, Musik, Film, Fernsehen und Gestaltung
11.	Künstlersozialkasse
	Bundesmittel für Künstlersozialversicherung
10.	Kultur im Ausland
	Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland, z. B. Goethe-Institute, Städtepartnerschaften, Institut für Auslandsbeziehungen

Empirische Befunde

Der Umfang der Kulturausgaben

Die finanzielle Situation der Kulturfinanzierung in den staatlichen und kommunalen Haushalten hat sich im Jahr 2002 deutlich verschlechtert. Nach den vorliegenden Daten (siehe Abbildung und Daten in *Anhang 2*) erreichen die öffentlichen Kulturausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt einen Umfang von 8,28 Mrd. €. Seit dem Höhepunkt im Jahr 2000 mit 8,56 Mrd. € fallen die Kulturausgaben im Durchschnitt nominal um 2 Prozent jährlich. Erste Testuntersuchungen bei den finanzstarken Ländern Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2003 deuten bereits an, dass die Kulturetats in den Ländern und Kommunen insgesamt weiter zurück gehen werden (siehe dazu auch die Hinweise auf ausgewählte Entwicklungen in Sachsen und Bayern 2003 in diesem Beitrag).

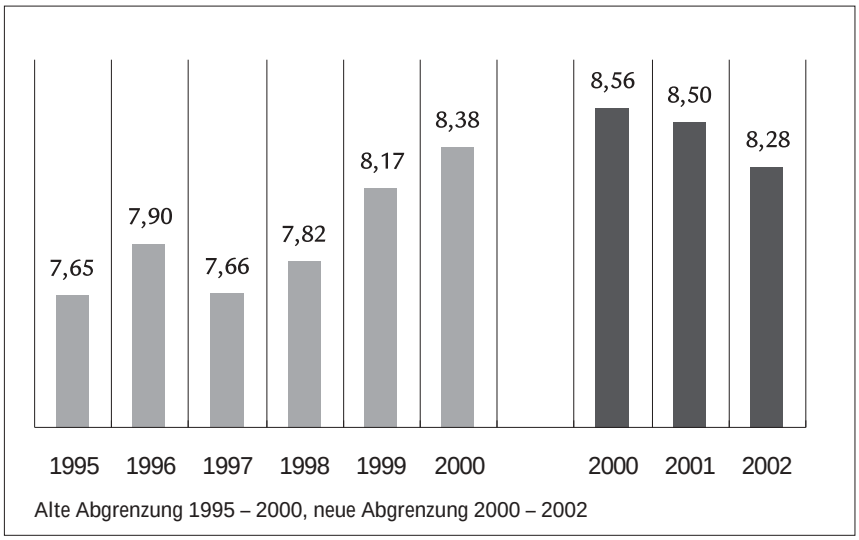
Im Vergleich zu den Jahren 1995 bis 2000, in denen die Kulturausgaben nach den aktuellen Ergebnissen der Ist-Rechnungen der öffentlichen Haushalte seit 1997 stetig angestiegen waren, dreht sich nunmehr die Richtung der Entwicklung. Die Gründe dafür liegen zum einen im längerfristigen Abbau von Arbeitsplätzen innerhalb des institutionalisierten Kultursektors. So hat die seit Jahren anhaltende Budgetierung der öffentlichen Zuwendungen inzwischen zu einem deutlichen Rückgang der Zahl der abhängig beschäftigten Berufe an Theatern, Opernhäusern, Orchester, Museen und Bibliotheken geführt (vgl. Institut für Kulturpolitik 2002: 391). Die damit verbundene Verringerung der Personalkostenbudgets wirkt sich nun auch auf die Reduzierung der öffentlichen Kulturmittel aus.

Eine weitere Ursache für den Schwund in den Kulturetats ergibt sich aus der strukturellen Verschiebung der Kulturfinanzströme innerhalb der staatlichen und gemeindlichen Gebietskörperschaften. Die Länderkulturhaushalte haben teilweise schon zum Ende der neunziger Jahre damit begonnen, ihre Zuwendungen für die Kommunen zu reduzieren und sie auf eigene Aktivitäten und Projekte zu konzentrieren. Folge ist, dass die Kommunen ebenfalls viele der mit Komplementärmitteln zu finanzierenden Projekte reduzierten. Verbunden mit den starken Steuereinnahmenausfällen suchen viele Kommunen verstärkt nach Möglichkeiten, um ihre Ausgaben weiter reduzieren zu können.

Nach Schätzungen, die sich auf Ergebnisse aus der vierteljährlichen Kassenstatistik des *Statistischen Bundesamtes* stützen, mussten die Kommunen bereits im Jahr 2001 bei den Kulturausgaben ein Minus von über 2 Prozent gegenüber 2000 hinnehmen (vgl. Daten im *Anhang 2*). Durch die Fortsetzung dieses Abwärtstrends ist im Jahr 2002 mit einem weiteren Minus von mehr als 2 Prozent zu rechnen. Die kommunalen Kulturausgaben werden dadurch schätzungsweise von 3,76 Mrd. € im Jahr 2000 auf ca. 3,58 Mrd. € im Jahr 2002 zurückgehen.

Die Länder hingegen konnten im Jahr 2001 noch mit einer minimalen Reduzierung ihrer Kulturfinanzierung von minus 0,8 Prozent leben. Aber schon im darauf folgenden Jahr 2002 haben auch die Länderkulturhaushalte eine deutliche

Abbildung 2: Kulturausgaben der öffentlichen Haushalte in Deutschland 1995-2002 in Mrd. €)



Wie hat sich die öffentliche Kulturfinanzierung weiterentwickelt?

Rückführung ihrer Kulturetats zu verzeichnen. Nach den Auswertungen der vorläufigen Ist-Rechnung aus der Ansatzstatistik des *Statistischen Bundesamtes* und der Haushaltspläne der Länder wurde zum Jahr 2002 gegenüber 2001 für die Länderkulturhaushalte insgesamt ein Minus von 3,8 Prozent ermittelt. Am Jahresende 2002 sind die Kulturausgaben auf 3,85 Mrd. € zurück gegangen – ein Minus von 183 Mio. € gegenüber dem Höchststand von 4,0 Mrd. € im Jahr 2000.

Die einzige der drei Gebietskörperschaftsebenen, die sich bislang gegen den Negativtrend in der Kulturfinanzierung absetzen konnte, war der Bund. Nach der neuen Abgrenzung der Kulturdefinition verfügte die gesamte Bundeskulturförderung im Inland im Jahr 2000 über einen Etat in Höhe von knapp 770 Mio. €. In den Folgejahren wurde der Etat um insgesamt 8,5 Prozent erhöht und erreicht zum Jahr 2002 einen Stand von 834 Mio. €. Die Gründe für die Zunahme der verfügbaren Finanzmittel liegen vor allem in der Erweiterung von Sonderfinanzierungen zur *Stiftung Preußischer Kulturbesitz*, zu Berliner Kultureinrichtungen sowie zu baukulturellen Investitionen in den ostdeutschen Bundesländern. Außerdem werden zusätzlich die Bundesmittel für die Künstlersozialkasse mit derzeit rund 75 bis 85 Mio. € pro Jahr zukünftig in den Kulturetat des Bundes mit einbezogen.

Die hier insgesamt dargestellte Größenordnung der Kulturausgaben mit rund 8,28 Mrd. € bezieht sich weitgehend auf die Finanzierung der Kultur in Inland. Eine solche Betrachtungsweise ist dann sinnvoll, wenn es um strukturelle Vergleiche innerhalb der Trägerschaftsebenen der öffentlichen Kulturfinanzierung und innerdeutscher, länderregionaler Vergleiche geht.

Für eine gesamtstaatliche Darstellung der Kulturfinanzierung, die in Vergleichen zu anderen Staaten zum Beispiel innerhalb Europas, durchgeführt würde, müssten weitere wichtige Etats einbezogen werden. Die staatlichen und gemeindlichen Träger unternehmen erhebliche Anstrengungen, um die kulturelle Auslandsarbeit zu fördern. Zu den bedeutendsten Einrichtungen zählen unter anderem die *Goethe-Institute*. Insgesamt stehen für die Pflege kultureller Beziehungen im Ausland im Jahr 2002 rund 488 Mio. € zur Verfügung, darunter der überwiegende Anteil mit 480 Mio. € allein aus Mitteln des Bundes.

Zusätzlich werden in europäischen Vergleichen die Aufwendungen für den öffentlichen Rundfunk mit in die Kulturetats einbezogen. Öffentlich-rechtliche Rundfunk-Anstalten werden jedoch in Deutschland durch Gebührenhaushalte der Nutzer finanziert und nicht über die öffentlichen Haushalte bilanziert. So kann lediglich der Etat des Bundes für den Auslandsrundfunk (*Deutsche Welle*) mit derzeit knapp 290 Mio. € in einen gesamtstaatlichen Kulturetat einbezogen werden. Rechnerisch ergäbe dies mit der Einbeziehung der Auslandskulturfinanzierung ein Gesamtwert von rund 9 Mrd. € für die deutsche Kulturfinanzierung.

Kennziffern zur Kulturfinanzierung

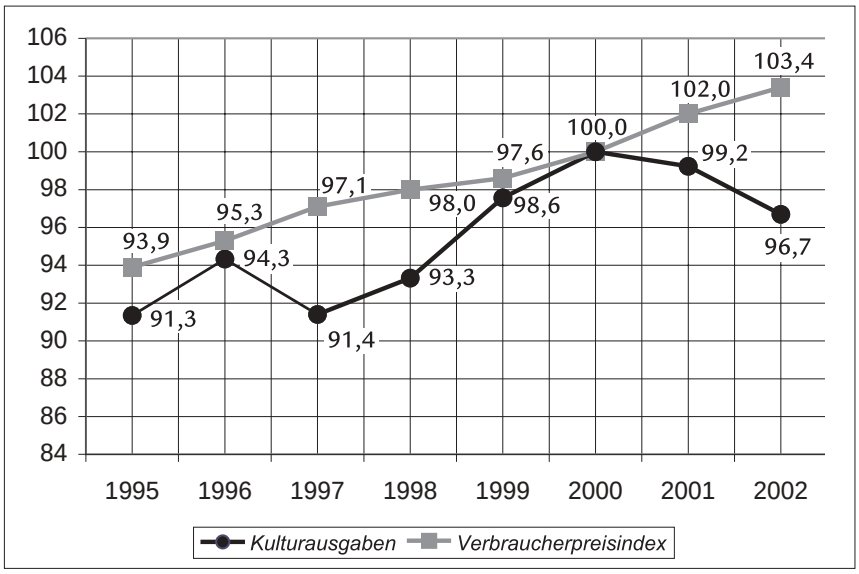
Da bereits die nominalen Werte der öffentlichen Kulturfinanzierung seit dem Jahre 2000 eine rückläufige Tendenz aufweisen, fällt der direkte Vergleich zum Preisanstieg der letzten Jahre besonders dramatisch aus. Im Februar 2003 veröffentlichte das *Statistische Bundesamt* den aktuellen Verbraucherpreisindex auf der neuen Basis Jahr 2000 = 100. Der allgemeine Anstieg der Verbraucherpreise legt danach zwischen dem Jahr 2000 und 2002 um 3,4 Indexpunkte zu. Wie der Indexwert für die Kulturausgaben anzeigt, musste die Kultur im vergleichbaren Zeitraum dagegen ein Minus von 3,3 Indexpunkte hinnehmen. Das bedeutet, dass die realen Ausgaben für Kultur doppelt so stark gesunken sind, wie die nominalen Ausgaben. (*Siehe Abbildung 3*)

Auch der Vergleich mit der zweiten wichtigen Kennzahl, dem Anteilswert am Bruttoinlandsprodukt fällt erwartungsgemäß ähnlich ungünstig für die Kulturausgaben aus. Für die Bundesrepublik hat der *Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung* der Länder zum Jahr 2002 einen BIP-Wert von insgesamt 2 108,2 Mrd. € ermittelt. Der Anteilswert für die Kulturausgaben liegt danach bei 0,393 Prozent. Der Wert der Kulturhaushalte ist gegenüber der wirtschaftlichen Leistungskraft unseres Landes so gering, dass erst durch eine dreistellige Kommazahl die Veränderung des Kulturwertes sichtbar gemacht werden kann. Im Vergleich zum Jahr 2000, in dem ein Anteilswert der Kultur am BIP von 0,422 berechnet wurde, schrumpfte die kulturelle Wirtschaftsleistung ähnlich wie die reale Kaufkraft um knapp 7 Prozentpunkte (vgl. dazu Daten in *Anhang 2*).

Bezogen auf die Einwohnerzahl liegen die aktuellen Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur bei 100 € je Einwohner (EW). Aktuell veröffentlichte die EU-Kulturstatistik (Eurostat 2001) ebenfalls Pro-Kopf-Werte für die Bundesrepublik und stellte sie in den Vergleich zu benachbarten Ländern. Die amtlichen Statistiker errechne-

Wie hat sich die öffentliche Kulturfinanzierung weiterentwickelt?

Abbildung 3: Entwicklung der Kulturausgaben im Vergleich zum Verbraucherpreisindex (Basisjahr 2000 = 100)



ten für Deutschland Pro-Kopf-Ausgaben in Höhe von 119 €/EW, während für Frankreich 180 €/EW und für Österreich 179 €/EW Werte ermittelt wurden, die deutlich höher liegen. Die Bildung solcher Messzahlen bleibt jedoch äußert problematisch, solange keine präzise und allgemein verbindliche Abgrenzung für die EU Staaten vorliegt.

Unabhängig vom Expertenstreit der nationalen Vertreter in der EU-Kulturstatistik stellen sich für den kulturpolitisch interessierten Leser selbstverständlich Fragen nach den Schlussfolgerungen solcher Vergleiche. Ist den Deutschen möglicherweise die Kultur erheblich weniger Wert wie den Franzosen und Österreichern? Wenn die negativen Trends der Kulturfinanzierung anhalten sollten, könnte dann die deutsche Kulturnation bald nur noch die Hälfte Wert sein? Oder liegt die Sache eher umgekehrt: Sind die kulturellen Leistungen in Deutschland deutlich preiswerter zu haben als im benachbarten Ausland?

Die Träger der Kulturfinanzierung

Die Kulturausgaben des Jahres 2002 in Höhe von insgesamt 8,28 Mrd. € verteilen sich auf die staatlichen und gemeindlichen Ebenen in Anteilsrelationen von 57 zu 43 Prozent. Im Vergleich zur früheren Darstellung im »Jahrbuch für Kulturpolitik 2000« hat die gemeindliche Ebene damit weiter an Bedeutung verloren. Im damaligen Vergleich für das Jahr 1997 konnte sie noch 46 Prozent aller Kulturausgaben für ihre Ebene in Anspruch nehmen. Selbst die Einbeziehung der Stadtstaaten, deren Kulturetats rechnerisch zur Hälfte der Gemeindeebene zugeordnet

werden könnten, ergäbe keine entscheidende Positionsveränderung mehr zugunsten der Gemeinden. (*Siehe Abbildung 4*)

Die Städte und Gemeinden haben in der gesamtstaatlichen Betrachtung ihre Stellung als wichtigster Finanzträger der Kulturförderung in Deutschland verloren und erreichen nicht mehr wie in den früheren Jahrzehnten den strategischen Grenzwert von über 50 Prozent der gesamten Kulturfinanzierung in Deutschland.

Eine Ursache für diesen Verlust ist durch die schwierige Stellung der ostdeutschen Kommunen bedingt. Auf Grund der nach wie vor problematischen konjunkturellen Entwicklung werden ostdeutsche Kommunen auch mittelfristig nicht in der Lage sein, eine angemessene Kulturförderung überwiegend aus eigenen Steuermitteln zu finanzieren. Ihr Anteil an der gesamten Kulturfinanzierung fiel von 10 Prozent auf 8 Prozent zurück, während die westdeutschen Städte und Gemeinden ihren Anteil von 35 Prozent bislang halten konnten.

Ein weiterer Vergleich mit der Ebene Stadtstaaten macht den Bedeutungsverlust der ostdeutschen Gemeinden noch deutlicher. Obwohl die Stadtstaaten Berlin und Bremen zwischen den Jahren 2000 und 2002 insbesondere durch die Sparmaßnahmen einen beachtlichen Rückgang der Kulturausgaben hinnehmen mussten, liegt der gemeinsame Kulturetat der drei Städte Berlin, Hamburg und Bremen mit rund 890 Mio. € inzwischen um ein Viertel höher als die gesamten Kulturausgaben der ostdeutschen Gemeinden in allen fünf Flächenländern.

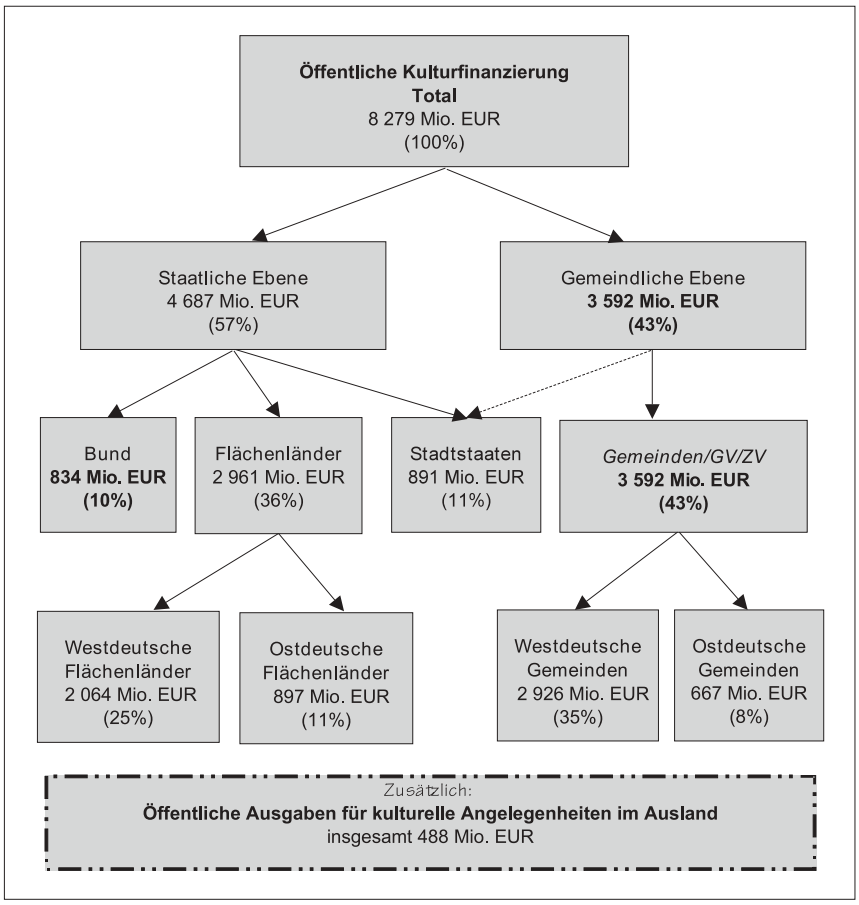
Auf der Seite der staatlichen Gebietskörperschaften fällt die gewachsene Stellung des Bundes auf, der seinen Anteil an den Kulturausgaben in Deutschland deutlich erhöhen konnte. Während der Bundesanteil im Jahr 1997 rund 7 Prozent erreichte, belegt er im Jahr 2002 mit einem Absolutwert von 834 Mio. € einen Anteil von 10 Prozent. Das entspricht ungefähr dem Wert der gesamten staatlichen Kulturhaushalte in den fünf ostdeutschen Flächenländern, die im Jahr 2002 zusammen bei einem Anteilswert von 11 Prozent liegen.

Die beiden größten Träger-Ebenen stellen die westdeutschen Gemeinden dar, mit einem Volumen von 2,9 Mrd. € oder 35 Prozent Anteil und die westdeutschen Flächenländer, die mit mehr als 2 Mrd. € noch rund 25 Prozent der gesamten deutschen Kulturfinanzierung tragen. Die Gemeindeebene konnte ihr prozentuales Gewicht im Vergleich zur Stellung im Jahr 1997 halten, während die westdeutschen Flächenländer an vergleichbarem Gewicht hinzu gewonnen haben. Ihr Anteil lag im Jahr 1997 bei 23 Prozent der gesamten Kulturfinanzierung. Es ist allerdings damit zu rechnen, dass der Negativtrend der Kulturfinanzierung der ostdeutschen Regionen in den kommenden Jahren auch in den westdeutschen Ländern und Gemeinden stärker zu beobachten sein wird.

Die Kulturfinanzierung nach finanzstarken und -schwachen Bundesländern

Im vorliegenden Abschnitt wird die regionale Darstellung der Kulturfinanzierung unter zwei Gesichtpunkten betrachtet. In der Unterscheidung von finanzstarken und finanzschwachen Bundesländern werden die regionalen Größenverhältnisse beschrieben. Zugleich werden in der Länderdarstellung sowohl

Abbildung 4: Träger der öffentlichen Kulturfinanzierung in Deutschland 2002 Verteilung der Kulturausgaben nach staatlichen und gemeindlichen Körperschaftsebenen (Abgrenzung nach SKA-Konzept, einnahmenvereinigte Ausgaben in Mio. €)



die staatlichen wie die kommunalen Kulturetats einbezogen. Leider wird dies häufig in Vergleichsuntersuchungen nicht beachtet, gleichwohl ist es aber für die Gesamtbewertung der Kulturfinanzierung in einer Länderdarstellung meines Erachtens von zentraler Bedeutung. (*Siehe Abbildung 5*)

In einer Unterscheidung der Bundesländer nach finanzstarken und -finanzschwachen Regionen wird man nichts anderes erwarten, als dass die starken Länder auch in der Kulturfinanzierung an der Spitze liegen. Zusammen finanzieren die Kommunen und die staatlichen Ebenen in den Länderregionen Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen rund 60 Prozent der gesamten deutschen Kulturetats. Mit Absolutbeträgen zwischen 1 Mrd. € und 1,4 Mrd. €

für die Kulturetats liegen die drei erst genannten Länderregionen mit deutlichem Abstand an der Spitze.

In Nordrhein-Westfalen sind es in erster Linie die Kommunen, die bisher in hohem Maße mit ihrer Finanzkraft zur Kulturfinanzierung beitragen. Mit über 1 Mrd. € liegen sie bundesweit bei den Kommunen an der Spitze. Hingegen ist der stärkste Finanzträger im staatlichen Raum Bayern, der allerdings mit rund 550 Mio. kommunalem Anteil nur noch zur Hälfte dessen beiträgt, was die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zur Kulturfinanzierung leisten. Im Übrigen kann Berlin mit einem Etat von 560 Mio. € durchaus mithalten, wenngleich nicht alle Berliner Kulturmittel allein der staatlichen Ebene zugerechnet werden dürfen.

Insgesamt weisen die Kulturetats der finanzstarken Länder in der Verteilung ein leichtes Übergewicht zugunsten der kommunalen Träger auf. Rund 60 Prozent tragen die Städte und Gemeinden, während die restlichen 40 Prozent durch die Staatsebene finanziert wird. Die Ausnahme bildet hier lediglich Bayern, das einen Verteilungsschwerpunkt von 52 Prozent für die staatliche Ebene aufweist.

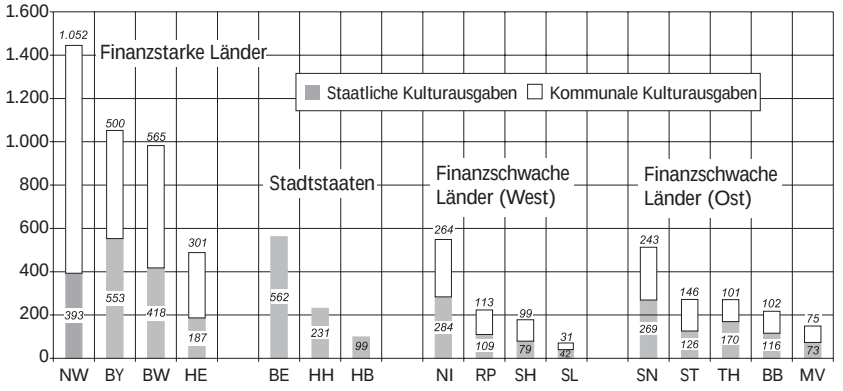
Auffallend ist der relativ geringe Umfang der Kulturfinanzierung in Hessen. Dies ist ungewöhnlich, wenn man bedenkt, dass das Land im Kreise der finanzstarken Länder das wichtigste Geberland im Länderfinanzausgleich ist. Allein im Rahmen des Finanzausgleichs 2001 trug Hessen ca. 34 Prozent zur Ausgleichsmasse von 7,6 Mrd. € durch die Geberländer bei. Hingegen wendet Hessen für die Kulturfinanzierung lediglich 490 Mio. € auf. Das ist im Vergleich zu den beiden Nachbarländern Bayern und Baden-Württemberg nur etwa die Hälfte. Eine Ursache dafür ist vor allem das relativ niedrige Niveau der staatlichen Kulturfinanzierung. Die Staatsausgaben liegen mit 187 Mio. € nur geringfügig über dem Niveau Thüringens. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass Hessen zu den wenigen Ländern zählt, die im Jahr 2002 eine überdurchschnittlich positive Entwicklung der staatlichen Kulturhaushalt hatte.

Die drei Stadtstaaten werden in der absoluten Etathöhe erwartungsgemäß vom Berliner Kulturetat dominiert, der mit rund 560 Mio. € mehr als doppelt so hoch liegt, wie der Kulturetat in Hamburg (ca. 230 Mio. €). Bremen finanziert seit Jahren seinen Kulturetat konstant mit knapp 100 Mio. €. In der Entwicklungsdynamik unterscheiden sich die drei Stadtstaaten jedoch erheblich. Während Hamburg mit einem Plus von 8 Prozent überdurchschnittliche Zuwachsraten für den Kulturhaushalt zwischen 2001 und 2002 erzielen konnte, musste Berlin im gleichen Zeitraum ein Minus von über 9 Prozent verkraften. Hamburg zählt im Übrigen zum Kreis der finanzstarken Länder, während Berlin bekanntermaßen zu den finanzschwachen Ländern gehört.

Innerhalb der Gruppe der finanzschwachen Länder in Ost und West ragen die beiden Länder Sachsen und Niedersachsen hervor. Sie verfügen jeweils über einen Kulturetat von 510 bis 550 Mio. € und haben ihre Finanzlasten relativ gleichmäßig mit einem leichten Übergewicht zugunsten der staatlichen Kulturfinanzierung verteilt. In den beiden Ländern verteilen sich die Anteile zur Kulturfinanzierung zu ca. 52 Prozent und 48 Prozent auf die staatliche und kommunale Ebene.

Abbildung 5: Öffentliche Kulturfinanzierung in Deutschland – regionalisiert nach Bundesländern 2002 Ausgaben der öffentlichen Haushalte getrennt nach staatlichen und gemeindlichen Etats

Wie hat sich die öffentliche Kulturfinanzierung weiterentwickelt?



Angaben in Millionen € – insgesamt 7,3 Milliarden €. Abgrenzung nach SKA-Konzept, ohne Bundesmittel und staatliche Mittel für städtebaulicher Denkmalschutz sowie Kulturraumförderung

Die restlichen Länder Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern verfügen über kleinere Kulturetats zwischen 150 bis 270 Mio. €. Das Saarland stellt ca. 70 Mio. € für die Kulturfinanzierung bereit.

Die Finanzströme der staatlichen Kulturfinanzierung

Die staatliche Ebene ist inzwischen quantitativ der wichtigste Finanzträger für die deutsche Kulturförderung. Allerdings kommt es darauf an zu erkennen, wohin die Finanzströme der staatlichen Kulturetats fließen. Wie viel Mittel fließen zum Beispiel in die freie Kulturszene, in die individuelle Künstlerförderung, in die sogenannte nicht-institutionalisierte Kultur? Auch ist bereits absehbar, dass die kommunalen Kulturträger von Projekten und Einrichtungen immer stärker auf finanzielle Unterstützung durch die staatliche Ebene angewiesen sein werden. Wie viel der Mittel fließen also von der staatlichen Kulturebene in die kommunale Kulturebene?

Es gibt ja nicht nur eine kommunale Haushaltskrise, sondern auch die staatlichen Ebenen müssen Haushaltskonsolidierungen durchführen. Und das selbst bei den finanzstarken Bundesländern wie Hessen, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen, die im Jahr 2002 zusätzlich spektakuläre Einnahmeneinbrüche registrieren müssen. Was ist in dieser Lage zu erwarten? Werden die staatlichen Ebenen ihre finanziellen Mittel verstärkt auf eigene Einrichtungen und Kulturaktivitäten beschränken? Muss die freie beziehungsweise kommunale Kulturszene damit rechnen, dass die Unterstützung aus dem staatlichen Kulturetat nach und

nach oder sogar rasch reduziert wird? Um den bisherigen Ausgangspunkt für diese Fragen ermitteln zu können, wurde eine Haushaltsanalyse aller staatlichen Kulturetats durchgeführt. Die Ergebnisse sind in der *Abbildung 6* dargestellt.

Zum besseren Verständnis der Abbildung ist es hilfreich, an dieser Stelle kurz Vorgehensweise, Abgrenzung und die verwendeten Begriffe dieser Teilanalyse zu erläutern. Die Haushaltsanalyse basiert auf den Daten der Haushaltsansatzstatistik, die für jedes Bundesland nach Ausgabenarten (Personalausgaben etc. und Zuwendungen nach verschiedenen Empfängerbereichen) untergliedert zur Verfügung steht.

Ausdrücklich wurde in dieser Teilanalyse vom sonst üblichen Abgrenzungskonzept (SKA, siehe *Anhang 1*) abgewichen und für den Kulturhaushalt ein Kernbereich festgelegt. Der Kernbereich umfasst die kulturellen Felder, die für die Kunst-/Kulturabteilungen der meisten Fachministerien in idealtypischer Form ihr Aufgabenfeld abdecken dürfte. Dazu zählen: Theater, Musik, Bildende Kunst/Museen, Bibliotheken, Denkmalpflege, Sonstige Kunstpflege einschließlich Einzelmaßnahmen nach der neuen Haushaltssystematik (FK 18-19, ohne FK 184 und 199). Nicht aufgenommen wurden hingegen: Kunsthochschulen, Erwachsenenbildung sowie wissenschaftliche Institute.

Zur Erfassung der Finanzströme eines Kulturhaushalts wurden die Ausgabenarten: »Zuwendungen und Zuweisungen an öffentliche und sogenannte andere Bereiche« erfasst. Im Einzelnen bedeuten die drei Untersuchungsbegriffe folgendes:

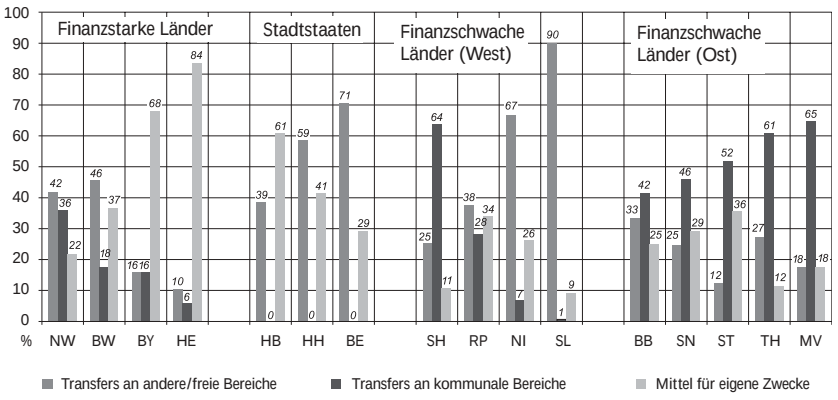
- *Transfers an freie/andere Bereiche* bezeichnen die Zuwendungen und Zuweisungen für freie Träger/Zuwendungsempfänger und wirtschaftliche Unternehmen.
- *Transfers an kommunale/öffentliche Bereiche* bezeichnen die Zuwendungen und Zuweisungen für kommunale Gebietskörperschaften/Zuwendungsempfänger.
- *Mittel für eigene Zwecke* umfassen diejenigen Ausgaben, die im staatlichen Kulturhaushalt für eigene Zwecke zur Verfügung stehen.

Gegliedert nach finanzstarken und finanzschwachen West- und Ostländern, werden durch *Abbildung 6* überraschende Befunde für die einzelnen Ländergruppen sichtbar. In der Tendenz lassen sich drei Schwerpunkte an den Daten ablesen:

- In den Kulturhaushalten der finanzstarken Westländer Hessen und Bayern fließen die Mittel zu großen Teilen in die eigenen Aufgabenzwecke.
- Die finanzschwachen Länder West verwenden die Mittel überwiegend zur Finanzierung der freien Kulturträger und -projekte.
- Am stärksten ausgeprägt ist der Befund in den finanzschwachen ostdeutschen Ländern. Dort verwenden alle fünf Länder ihre Kulturmittel mehrheitlich zur Mitfinanzierung der kommunalen Ebene.

Die finanzstarken Länder Bayern und Hessen verwenden die in den Kulturhaushalten eingesetzten Finanzmittel vorwiegend für eigene Zwecke. Knapp 70 Prozent werden für die staatseigenen Kunst- und Kulturinstitute, die eigenen Projekte und Einzelmaßnahmen eingesetzt. Die restlichen ca. 30 Prozent verteilen sich ungefähr zu gleichen Teilen auf die Transfers in den freien und kommunalen Be-

Abbildung 6: Staatliche Kulturfinanzströme - regionalisiert nach Bundesländern 2002 %-Anteile der staatlichen Kulturetats für eigene Haushaltszwecke und Transfermittel an freie u. kommunale Bereiche in den Kernbereichen der Kunst- u. Kulturförderung



Anteile der Transfermittel sowie Mittel für eigene Zwecke in % an den Kulturausgaben (Kernbereiche: Theater, Musik, Museen, Bibliotheken, Denkmalpflege, Sonst. Kunstpflege), (Bruttoausgb. FK18-19, ohne 184, 199)

reich. Der hessische Kulturhaushalt verfügt lediglich über ein Drittel des bayerischen Kulturhaushalts. Das ist möglicherweise eine Ursache dafür, dass dort über 80 Prozent der Kulturmittel in eigene Kultureinrichtungen und Projekte fließen. Das ist mit Abstand der höchste Anteil aller sechszehn Bundesländer.

In den beiden anderen finanzstarken Ländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg steht die Finanzierung der freien Kultur an erster Stelle. Zwischen 42 und 46 Prozent des jeweiligen Kulturetats stellen sie für freie Träger, Initiativen und Projekte zur Verfügung. Die restlichen Anteile werden in Nordrhein-Westfalen mit 36 Prozent an die Kommunen vergeben und nur 22 Prozent benötigt das Land für die bekannten wenigen eigenen Kunst-Institute. In Baden-Württemberg finanziert man die eigenen Staatsbetriebe und Projekte mit einem Anteil von 37 Prozent, während für die Kommunen der kleinste Anteil mit 18 Prozent verwendet wird.

Die finanzschwachen westdeutschen Länder mit Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und dem Saarland stellen ebenfalls die größten Anteile ihrer Kulturhaushalte für die freien Träger/Zuwendungsträger zur Verfügung. Knapp 40 Prozent der Mittel in Rheinland-Pfalz bis über 60 Prozent in Niedersachsen fliesen in den freien Bereich, im Saarland liegt der Anteil mit 90 Prozent am höchsten. Nur Schleswig-Holstein weicht im Trend davon ab. Neben dem Anteil von 25 Prozent Transfermittel für die freie Kultur fließen komplementär weitere zwei Drittel des Kulturhaushalts in den kommunalen Bereich. Für eigene Projekte und Einrichtungen verbrauchen die vier Länder bis auf Rheinland-Pfalz die geringsten Mittel.

Dieser Haushaltsbefund für die finanzschwachen Länder entspricht im Übrigen der in diesen Ländern verbreiteten Trägerschaftsstruktur von gleichzeitig existierenden gemeinnützigen und kommunalen Einrichtungen im Sektor kulturelle Bildung. Die institutionelle Staats-Kultur, wie sie vor allem in den süddeutschen Länder vorherrscht, ist hier erheblich weniger ausgeprägt. Hinzu kommt, dass die Finanzkraft der Kommunen in diesen Ländern stark genug ist, um die eigenen Kultureinrichtungen zu finanzieren. So können viele gemeinnützige und freie Projekte, Festivals und überregionale Einzelmaßnahmen überwiegend aus den Transfers der staatlichen Kulturhaushalte finanziert werden.

Die Daten für die Stadtstaaten Hamburg und Berlin scheinen eine ähnliche Tendenz zu einer hohen Finanzleistung für die freien Träger anzuzeigen. Allerdings ist anzunehmen, dass die Transferanteile mit 60 bis 70 Prozent des Kulturetats zum großen Teil auch in öffentliche wirtschaftliche Kulturunternehmen fließen. Während Hamburg zum Kreis der finanzstarken Bundesländer zählt und folglich die Förderung seiner Szene auch noch in naher Zukunft unterstützen kann, wird die Lage für die freie Kultur in Berlin eher bedrohlich werden, denn eine Verbesserung der Finanzkraft der Stadt ist noch nicht in Sicht.

Das eindeutig klarste Bild der Verteilungsstruktur in den Kulturhaushalten zeigt die Gruppe der finanzschwachen ostdeutschen Länder. Von Brandenburg bis Mecklenburg-Vorpommern wird der überwiegende Teil ihrer Kulturmittel für Transfers in den kommunalen Bereich eingesetzt.

Zwischen 42 und über 60 Prozent der staatlichen Kulturmittel fließen in diesen Bereich. Diese staatlichen Leistungen für die Kommunen und Gemeinden sind im Osten gerade deshalb erforderlich, weil die konjunkturelle Entwicklung in vielen ostdeutschen Städten bisher nicht den gewünschten Verlauf gezeigt hat. Die Städte verfügen nicht über eine ausreichende Finanzkraft, die kulturelle Infrastruktur ausreichend aus eigenen Steuermittel zu finanzieren.

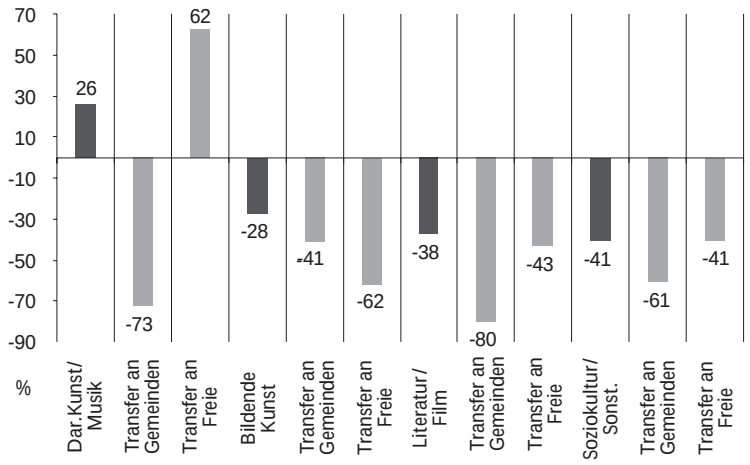
Wie eingangs erwähnt, hat die Haushaltskrise auch die staatlichen Ebenen erreicht. So werden voraussichtlich die starken kulturellen Finanzströme von den staatlichen zu den kommunalen Ebenen gerade in Ostdeutschland zu einer strukturellen Schwächung des Kultursektors führen. Denn es mehren sich die Anzeichen, dass die ostdeutschen Staatshaushalte verstärkt Einsparungen bei den Transfermitteln an kommunale und auch freie Träger vornehmen werden.

Dazu soll stellvertretend für die ostdeutschen Länder am Beispiel des Landes Sachsen ein kurzer Ausblick auf die Lage des Jahres 2003 gegeben werden.

Exkurs: »Operative« Kunstförderung in Sachsen

Innerhalb des sächsischen Kunsthaushalts stehen neben der Finanzierung eigener und anderer institutioneller Kultureinrichtungen (von Theater bis Bibliotheken, etc.) bisher regelmäßig auch finanzielle Mittel für die Förderung von Sparten zur Verfügung. Diese werden üblicherweise in einem Kapitel mit der Bezeichnung »Allgemeine Bewilligungen für Kunst und Schrifttum« in spartengegliederte

Abbildung 7: Entwicklung der »operativen« Kunstförderung in Sachsen 2003Veränderung ausgewählter Förderbereiche einschließlich der Transferzahlungen an Gemeinden bzw. Freie Kultur im Kunsthaushalt 2003 gegenüber Vorjahr in %



Hinweise: Staatliche Förderung aus Kap 1205, Allgemeine Bewilligungen für Kunst und Schrifttum. Daraus: Titelgruppen 53-56, die für operative Kunst-Kulturförderung zu Einzelmaßnahmen oder Projektförderung besonders bedeutsam sind. Quelle: Haushaltsplan 2003/2004 Sachsen, eigene Berechnung

Titelgruppen zusammengefasst. Im Jahr 2002 konnte die Kunstabteilung rund 5,9 Mio. € zur Förderung der Titelgruppen: Darstellende Kunst/Musik, Bildende Kunst, Literatur /Film sowie Soziokultur /Sonstige Kultur verausgaben.

Aus dem aktuellen Haushaltsplan 2003/2004 der Staatsregierung geht hervor, dass der vergleichbare Betrag der Titelgruppen für das Jahr 2003 auf eine Summe von 4,9 Mio. € zurückgehen wird. Das entspricht einem Rückgang von 1 Mio. € oder 16 Prozent. *Abbildung 7* zeigt, dass – bis auf die Darstellende Kunst/Musik – alle Sparten von erheblichen Kürzungen betroffen sind. Dies zeigen die Minusraten von 28 bis 41 Prozent. Darunter werden die Transfermittel für Gemeinden am stärksten gekürzt und von über 1 Mio. € auf die Hälfte reduziert. Im einzelnen erreichen die Transfers in den Titelgruppen teilweise Minusraten von 73 Prozent (Darstellende Kunst) bis 80 Prozent (Literatur). Auch die freie Szene muss – ebenfalls bis auf die Gruppe Darstellende Kunst – mit erheblichen Einsparungen bei den Transferzahlungen rechnen. Die entsprechenden Minusraten liegen hier zwischen 41 Prozent (Soziokultur) und 62 Prozent (Bildende Kunst).

In der Gesamtbewertung für Sachsen ergibt sich folgendes Bild. Die oben genannten Summen von 4,9 bis 5,9 Mio. € machen innerhalb des sächsischen Kulturhaushalts lediglich einen Anteil von weniger als 3 Prozent aus. Hier handelt es sich jedoch um diejenigen Mittel, die der Kunstabteilung zur direkten operativen Förderung von individueller Künstlerförderung, Festivals und sonstigen Projek-

ten/ Einzelmaßnahmen für den kommunalen Bereich zur Verfügung stehen. Es handelt sich also um hochsensible Fördertöpfe, deren Reduzierung die Förderung der Bildenden Kunst, die Literaturförderung und die Förderung der gesamten sächsischen Soziokultur empfindlich treffen würde.

Zwar verfügt Sachsen mit dem »Sächsischen Kulturraumgesetz« ein bundesweit einmaliges Finanzierungsinstrument zur Förderung der regionalen Kultur auf der kommunalen Ebene. Diese Mittel in Höhe von 76 Mio. € stehen aber – ebenso wie die sonstigen großen staatlichen Ausgabenposten – vorwiegend den Kulturinstitutionen zur Verfügung.

Insgesamt ist festzustellen, dass die beobachteten Veränderungen in der staatlichen Haushaltsstruktur Sachsens, auch in anderen ostdeutschen Ländern eine Rolle spielen. Betroffen von diesen Veränderungen sind ebenso westdeutsche Länder. In Nordrhein-Westfalen findet bereits seit mehreren Jahren innerhalb des Kulturetats eine bislang kaum bemerkte Reduzierung der Transfermittel für den kommunalen Raum statt. Sie wird meist noch überdeckt durch parallele Aufstockung von landeseigenen Projektmitteln wie zum Beispiel für die überregional bedeutsame *Ruhr-Triennale*.

Gesamtfazit: Gerade weil die staatlichen Mittel meist eine besondere künstlerische und überörtliche bedeutsame Funktion haben, wird der strukturelle Schaden der beschriebenen Veränderungen erheblich sein. Sie wirken trotz des quantitativ eher geringen Umfangs durch ihre Transfereffekte für die kommunalen beziehungsweise freien Kulturträger so fatal. Die geplanten Kürzungen – oder aber umgekehrt aktive verantwortliche Kooperation in diesen Bereichen – werden immer stärker eine zentrale Steuerungsfunktion einnehmen. Die so genannte »Entflechtungsdebatte«, die auf Bundes- und Länderebene im Jahr 2002 entbrannt ist (vgl. Lammert 2002), konzentriert sich auf die national und international bedeutsamen Kunstinstitute wie die *Stiftung Preußischer Kulturbesitz*. Dass zum gleichen Zeitpunkt jedoch in den Ländern eine »stille Entflechtung« der Finanzströme zwischen staatlichen Ebenen einerseits und kommunalen beziehungsweise freien Ebenen andererseits stattfindet, wird – so ist zu befürchten – kurz- und mittelfristig einen noch größeren Flurschaden bewirken.

Um den Fortgang dieser Entwicklung zu verhindern, müssen sich kommunale und staatliche Kulturadministrationen auf eine gemeinsame Strategie für eine mittelfristige Planung verständigen. Sie müssen antizyklisch gerade die Verflechtung zwischen Staat, Kommune und freier Szene ausbauen. Die Kulturadministrationen sollten den Finanzressorts »vorrechnen«, dass Haushaltskonsolidierung im Kultursektor mit einfachen Streichlisten schon bei geringen Finanzbeträgen große Strukturschäden hervorruft. Initiieren können das auch die Kulturpolitiker in den Parlamenten, die die Krise in diesen kleinteiligen Strukturen wahrnehmen und öffentlich aufgreifen.

Wie hat sich die öffentliche Kulturfinanzierung weiterentwickelt?

Schlussfolgerungen

Im Kultursektor ist eine ehrliche und offene Diskussion über die Kulturfinanzierung dringend notwendig. Verbunden mit ausgewählten aktuellen empirischen Entwicklungstrends werden abschließend hierzu drei Thesen skizziert. Sie sollen die KulturpolitikerInnen in allen Parlamente und Räten auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene zu Stellungnahmen anregen.

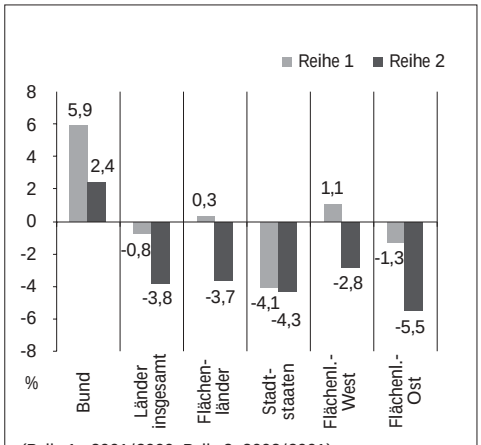
These 1: Kultur ist uns nicht mehr soviel wert – erste Erfolge der Finanzminister?
Wer die Kulturdebatte in der allgemeinen Medienöffentlichkeit verfolgt, wird feststellen, dass die Kultur zu einem teuren öffentlichem Gut geworden ist.

Nahtlos wird an frühere spektakuläre Kostenvergleiche angeknüpft, wonach beispielsweise eine Frankfurter Theaterkarte genauso teuer sei, wie ein Flugticket nach New York. Berlins Finanzsenator rechnete der Öffentlichkeit vor, er brauche eigentlich sieben Opernhäuser, um allein die Zinslasten eines Jahres auszugleichen. Er habe aber leider nur drei. Wie sind solche Vergleiche zu bewerten? Die Stoßrichtung scheint klar zu sein: gezielte Einflussnahme auf die veröffentliche Meinung. In verkürzter Form wollen die Finanzpolitiker damit die Kulturpolitiker »auffordern«, die notwendigen Sparmassnahmen mitzutragen. Aber niemand prüft, woher die Kulturfinanzzahlen stammen und ob sie überhaupt die entscheidenden, das heißt vergleichbaren Tatbestände betreffen.

Denn die von den Finanzministern und Kämmerer immer wieder angestoßenen Debatten stimmen mit der realen Lage in der Kultur längst nicht mehr überein. Die Kulturpolitik erbringt bereits ein erhebliches Sparpotential. Wie die Entwicklung in der staatlichen Kulturpolitik erkennen lässt, mussten in allen Bundesländern, in den Stadtstaaten ebenso wie in den Flächenländer West und Ost im Jahr 2002 die Kulturetats erheblich zurück gefahren werden. Die ostdeutschen Flächenländer reduzierten ihre Kulturmittel um minus 5,5 Prozent. In zwei von drei Stadtstaaten, darunter insbesondere in Berlin, musste innerhalb von zwei Jahren jeweils ein Minus von über 4 Prozent hingenommen

Abbildung 8: Entwicklung der aktuellen staatlichen Kulturausgaben 2002

Veränderung der Kulturausgaben von Bund u. Ländern gegenüber Vorjahr in %



(Reihe1= 2001/2000, Reihe2=2002/2001)
Hinweise: SKA-Abgrenzung
Quellen: Haushaltspläne Bund, Länder, Haushaltsansatzstatistik. Vorl. Ist-Daten 2000 u. 2001, Soll 2002, eigene Berechnung

werden. Selbst in den finanzstarken Flächenländern West ist zum vergleichbaren Zeitraum ein Rückgang von knapp 3 Prozent zu verzeichnen. Einzig die Bundeskulturpolitik hatte in den Jahren 2001 und 2002 jeweils Zuwachsraten von knapp 6 und 2,4 Prozent.

Mit dem Slogan *Kultur muss sein*, versuchen zahlreiche Kulturverbände auf die schwierige Lage aufmerksam zu machen. *Kultur muss nicht sein* – zumindest nicht um jeden Preis. Das hingegen meinen immer mehr Verantwortliche in den Ländern, Regionen und Städten. Die Zweifel werden immer größer, ob die Theater, Museen, Bibliotheken überhaupt sein müssen.

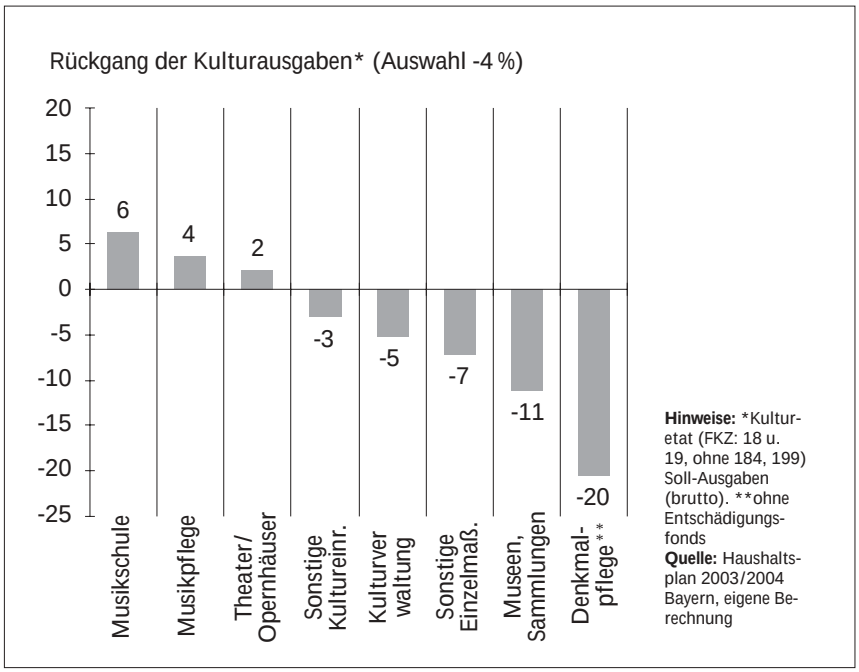
These 2: Wenn die Kultur selbst keine fundierten Zahlen vorlegen kann, wird sie in den Auseinandersetzungen um Etats immer dramatischer verlieren.

Im Rahmen von Benchmarking-Reports entstehen immer mehr wirtschaftswissenschaftliche Gutachten, die die verschiedenen Politikfelder untersuchen. Sie prüfen und bewerten die öffentliche Aufgabenerfüllung in den Bundesländern und vergleichen die Aufgabenbereiche Öffentliche Sicherheit, Schulen, Soziales, Gesundheitswesen, Sport etc. Auch die Kultur wird dabei zunehmend einbezogen und als »auffälliges« Politikfeld identifiziert. Das Urteil der Wirtschaftswissenschaftler lautet oft: Die Kultur ist im Vergleich zu anderen Ressorts und Regionen zu teuer, sie hat eine zu hohe Personalausstattung und die Leistungen der Kultureinrichtungen sind vielfach austauschbar (Bibliotheken, Stadttheater, Orchester, etc). Zwar liegt die Absicht der Benchmarking-Reports darin, den öffentlichen Auftraggebern Argumente zu liefern, damit diese verantwortliche Politikentscheidungen treffen können, ihre Aussagen fußen jedoch auf der Annahme, dass die Kultur keinen Sonderstatus mehr besitze. Sie stehe gleichrangig zu allen anderen Politikfelder und müsse um die Haushaltstöpfe der öffentlichen Finanzen ringen. (*Siehe Abbildung 9*)

Selbst im Bundesland Bayern, welches jahrelang der öffentlichen Kulturfinanzierung einen Sonderstatus einräumte, vollzieht sich offenbar eine strukturelle Veränderung. Eine Auswertung des aktuellen Haushaltsplans 2003/2004 der Staatsregierung Bayern zeigt überraschende und dramatische Einbrüche, die in diesem Ausmaß nicht erwartet wurden. Für das Haushaltsjahr 2003 müssen die Kernfelder des Kulturetats mit einem Minus von 4 Prozent rechnen. Am stärksten werden die Sachbereiche Denkmalpflege mit einem Minus von 20 Prozent! gegenüber dem Vorjahr und die Museen mit minus 11 Prozent ihre Etats reduzieren müssen. Auch die sogenannte sonstige Kultur und die Kulturverwaltung müssen mit geringeren Abschlägen von minus 3 Prozent bis 7 Prozent rechnen. Lediglich die Mittel für Staatstheater und Musikpflege werden im gleichen Zeitraum mit Zuwachsraten von 2 Prozent bis 6 Prozent bedacht.

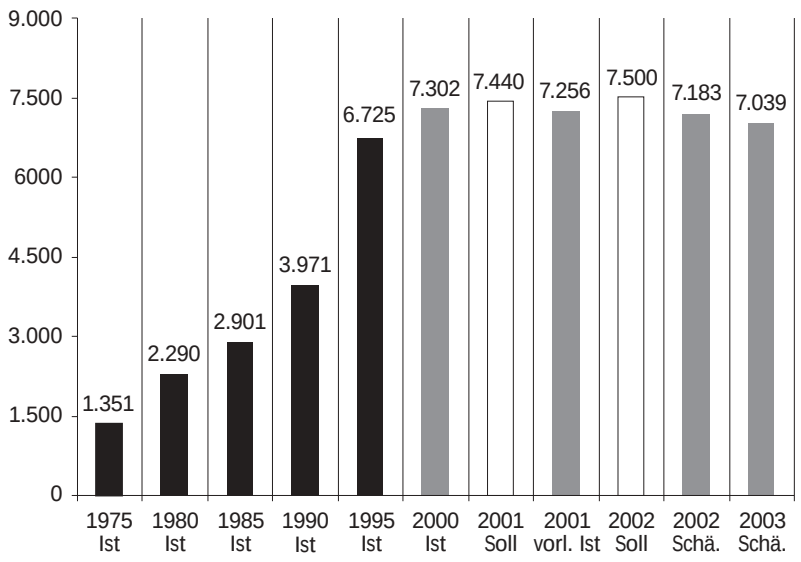
Wer selbst keine eigenen fundierten finanzwirtschaftlichen Datengrundlagen erarbeiten kann, muss in diesen Auseinandersetzungen verlieren. Denn: *Kultur muss nicht sein* – zumindest nicht um jeden Preis. Das meinen offenbar sogar finanzstarke Länder in Deutschland.

Abbildung 9: Entwicklung der staatlichen Kunst- u. Kulturförderung in Bayern 2003
Veränderung der Kulturausgaben in Kernfeldern 2003 gegenüber 2002 in %



These 3: Führt der Kulturföderalismus in eine strukturelle Schwäche – es gibt so gut wie kein öffentliches Wissen über die Verflechtungen der Kulturfinanzierung in Deutschland.
Der deutsche Föderalismus hat in allen drei Gebietskörperschaftsebenen Bund, Ländern und Gemeinden zu großen selbstständigen und unabhängigen Kulturgestaltungen geführt. Mit der eigenständigen Kulturpolitik definiert bislang jede der drei Ebenen ihre eigenen Schwerpunkte. Da es jedoch keine gesetzlichen Vorgaben zur Definition des Kulturbegriffs gibt, gibt es auch keine gemeinsam abgestimmte Grundlage der Kulturpolitik auf den drei Ebenen. Folge ist, dass es so gut wie kein öffentliches Wissen über die Verflechtungen der Kulturfinanzierung in Deutschland gibt. Die Kulturadministrationen von Bund und Ländern verfügen kaum über verlässliche Informationen über den globalen Kulturhaushalt ihrer Gebietskörperschaft, die Kommunen stellten vor Jahren ihre gemeindliche Kulturfinanzstatistik ein und über die von den öffentlichen Trägern gemeinsam finanzierte Kulturförderung liegt kein transparentes Bild vor. So ist es nicht verwunderlich, dass die seit Jahren stattfindende Reduzierung von Orchestern, Bibliotheken, Theaterbetriebsstätten und die Abwicklung von Einrichtungen der kulturellen Bildung kaum noch besondere öffentliche Aufmerksamkeit außerhalb der Kulturszene erregt. (*Siehe Abbildung 10*)

Abbildung 10: Langfristige Entwicklung der Kulturausgaben 1997 – 2003
Veränderung der Kulturausgaben in Milliarden € nach dem Kulturkonzept der Bund-Länder-Kommission (BLK)



Grundmittel in Mio. EUR, BLK-Konzept
Hinweise: Abgrenzung der Kulturausgaben nach Konzept der Bund-Länder-Kommission (BLK) mit eingeschränktem Kulturbegriff (Funktion 18 u. 19). Berechnung der Ausgaben nach Grundmittelkonzept der BLK. 1975 – 2000 Ist-Ausgaben, 2001 vorläufiges Ist, 2001 – 2002 Soll-Ausgaben, 2002 Ist-Schätzung minus 1% gegenüber Ist 2001. 2003 Schätzung minus 2 % gegenüber 2002. Bis 1995 frühere Bundesrepublik
Quellen: Jahresrechnungsstatistik 1975-1990, Statistisches Bundesamt; 1995-2002 BLK-Bildungsfinanzbericht, eigene Berechnungen und Schätzungen

Wie die langfristige Entwicklung der Kulturausgaben am Beispiel des »Bildungsfinanzberichts« zeigt, könnte der Zenit der öffentlichen Kulturfinanzierung überschritten sein. Vom Jahre 1975 bis zum Jahr 1990 erlebte die frühere Bundesrepublik einen stetigen Aufschwung in der Kulturfinanzierung. Im Fünf-Jahres-Zeitraum 1995-2000 konnte das neue Gesamtdeutschland in abgeschwächter Form die Wachstumsdynamik der früheren Jahre halten. Ab dem Jahre 2000 zeigt die Kurve der Entwicklung der Kulturausgaben jedoch nach unten. Von 7,44 Mrd. € gingen sie auf 7,26 Mrd. € zurück. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die vergleichbaren Soll-Daten immer noch Zuwächse anzeigen, während die vorläufigen Ist-Daten und die Schätzung für das Jahr 2002 bereits einen vorsichtigen Rückgang auf 7,18 Mrd. € anzeigen. Wer die oben dargestellte Entwicklung im finanzstarken Bundesland Bayern mit einem Minus von 4 Prozent für das aktuelle Jahr 2003 einbezieht, wird vermutlich erheblich stärkere Rückgänge für die nächste Zeit erwarten. Bereits die Hälfte der bayerischen Abwärtsentwicklung dürfte in der gesamtdeutschen Kulturfinanzierung zu einem neuen Tiefstand führen. Nach

Schätzungen würde in der BLK-Abgrenzung für die öffentliche Kulturfinanzierung von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahr 2003 nur noch rund 7,0 Mrd. € zur Verfügung stehen.

Wie hat sich die öffentliche Kulturfinanzierung weiterentwickelt?

Der renommierte Intendant Gerard Mortier pries kürzlich das deutsche Kulturpolitiksystem und verwies auf die dezentrale und föderale beziehungsweise regionale Struktur der Kulturförderung in Deutschland, die vorbildlich und zukunftsweisend in Europa sei (Kulturpolitische Gesellschaft 2002). Es könnte sich jedoch ebenso herausstellen, dass genau diese strukturelle Stärke sich zunehmend zu einer strukturellen Schwäche entwickelt.

Fazit: Kulturpolitik braucht Kulturstatistik

Kulturpolitik benötigt in den zukünftigen scharfen Auseinandersetzungen um die knappen verfügbaren Finanzmittel eine qualifizierte Datengrundlage der öffentlichen Kulturfinanzierung. Hier ist eine unabhängige Kulturstatistik von Nutzen, denn sie muss Grundlagen entwickeln, die weit über partielle Verbands- oder Organisationsinteressen hinaus gehen. Aus Sicht der Kulturstatistik steht im Mittelpunkt, ob die Analyse der Vergleichbarkeit unterschiedlicher Kulturfinanzierungsstrategien gelingen wird.

So wie die Kulturpolitik eine gemeinsame Strategie für alle Kulturfelder und verantwortlichen Kulturträger entwickelt und zugleich das Besondere, das Profil des jeweiligen künstlerischen oder kulturellen Feldes herausstellen muss, so muss die Kulturstatistik eine adäquate Methodik entwickeln, die das Einheitliche und die Besonderheiten des Kultursektors erfassen kann. Dazu gehört die Analyse der öffentlichen Kulturfinanzierung mit allen ihren Facetten und Wirkungen für den Kultursektor.

Die Neueinrichtung einer *Fachstelle Kulturstatistik*, die Experten im bundesweiten *Arbeitskreis Kulturstatistik e. V.* derzeit konzipieren soll sich diesen Aufgaben widmen . Sie wird als Servicestelle den kulturpolitischen und administrativen Einrichtungen sowie wissenschaftlichen Instituten zur Verfügung stehen und zum Aufbau einer qualifizierten und unabhängigen Kulturstatistik in Deutschland beitragen.

Literatur

Bund-Länder-Kommission (2003): *BLK-Bildungsfinanzbericht* (Vorabinformation), Bände I und II, erscheinen in der Reihe: Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, Bonn

Deutscher Städtetag (1996): »Gemeindliche Kulturausgaben«, in: *Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden*, 83. Jahrgang, Köln

Eurostat (2000): *Eurostat, Cultural Statistics in the EU. Final Report of the EU*, Working Paper 3/2000/E/Nr.1, EU Commission

Eurostat (2001): *Report by the Task Force on Cultural Expenditure and Finance, 2nd Meeting of the Working Group Cultural Statistics* (DOC/ESTAT/E3/2001/CULT04)

Finanzministerkonferenz (1999): *Neugliederung der Haushaltssystematik von Bund und Ländern, Gruppierungsplan, Funktionenplan und Allgemeine Hinweise*, Beschluss vom Oktober 1999

Innenministerkonferenz (2000): *Neugliederung der Haushaltssystematik der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände, Gruppierungsplan, Funktionenplan und Allgemeine Hinweise*, Beschluss vom April 2000

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.) (2001): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2000*, Essen: Klartext Verlag

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.) (2002): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2001*, Essen: Klartext Verlag

Kulturpolitische Gesellschaft (2002): *Nachrichten* Nr. 16 – 4.11.02

Lammert, Norbert (2002): »Zwischen Einfalt und Vielfalt. Der deutsche Kulturföderalismus auf der Suche nach einem neuen Gleichgewicht«, in: *Informationsdienst Soziokultur* Nr. 48, 2/2002

SAKUSDAT (2000): *Modellprojekt des Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen in Kooperation mit Kulturstadt Leipzig, Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien und weiteren Partnern, Entwicklung einer Sächsischen Kulturstatistik Datenbank* – kurz SAKUSDAT.

Statistisches Bundesamt (2001): *Kulturfinanzbericht 2000*, Wiesbaden

Anhang 1: Neue Abgrenzung des Kulturfinanzbegriffs in Deutschland
Verschiedene Varianten der in der Untersuchung verwendeten Definitionen)

Aufgaben-/Sachbereiche*	Funktion	Staatlich/ komm. Abgrenzung	Bund-Länder-Kommission	Kernbereiche Kulturabtl.**	Kulturfinanzbericht ***	EU-Kulturstatistik
	FKZ	SKA	BLK	-	KFB	EU
Kunsthochschulen	135	X	-	-	(X)	X
Volkshochschulen	152	X		-	(X)	
Andere Einrichtungen der Weiterbildung	153	X	-	-	(X)	
Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive	162	X	-	-	(X)	X
Wissenschaftliche Museen	163	X	-	-	(X)	X
Theater	181	X	X	X	X	X
Einrichtungen der Musikpflege	182	X	X	X	X	X
Museen, Sammlungen, Ausstellungen	183	X	X	X	X	X
Zoologische u. botanische Gärten	184	-	X	-	-	
Musikschulen	185	X	X	X	X	X
(Nichtwissenschaftliche) Bibliotheken	186	X	X	X	X	X
Sonstige Kultureinrichtungen	187	X	X	X	X	X
Kulturverwaltung	188	X	X	X	X	X
Einzelmaßnahmen Theater und Musikpflege	191	X	X	X	X	X
Einzelmaßnahmen Museen und Ausstellungen	192	X	X	X	X	X
Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	193	X	X	X	X	X
Denkmalsschutz und -pflege	195	X	X	X	X	X
Kirchliche Angelegenheiten	199	-	X	-	(X)	-
Kulturelle Angelegenheiten im Ausland	aus 024	X	-	-	(X)	X
Rundfunkanstalten	772	-	-	-	(X)	X
Zur Information: Künstlersozialkasse	-	X	-	-		

Hinweise zu Anhang 1: *Neue Abgrenzung des Kulturbegriffs basiert auf der ab dem Jahr 2000 neu eingeführten Systematik der Haushaltsgliederung. Diese von der *Finanzministerkonferenz (FMK) (1999)* und *Innenministerkonferenz (IMK) (2000)* eingeführte Fachsystematik trennt nunmehr die institutionellen Fördertatbestände von den Einzelmaßnahmen. Durch Umbesetzung von Funktionen ist die Abgrenzung nicht mehr deckungsgleich mit der früheren Darstellung der Kulturabgrenzung. ** Kernbereiche die als Arbeitsbegriff für die meisten Kunst-/Kulturabteilungen der Fachministerien und Fachdezernate eine zentrale Rolle spielen. *** Gliederung des Kulturfinanzbericht *(Statistisches Bundesamt, 2001*), x = Kulturbereiche im engeren Sinne, (x) = kulturnahe Bereiche. Zu den weiteren Varianten der Abgrenzungsmöglichkeiten siehe auch Jahrbuch für Kulturpolitik 2000, S. 348ff, 366.

Anhang 2: Eckwerte der öffentlichen Kulturfinanzierung in Deutschland 2000 – 2002
Kulturausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden im Inland (Abgrenzung nach SKA-Konzept)

Kennzahlen	Einheit	2000 Ist	2001 Ist	2002 Soll	Veränd. 2002 gg. 2000 = 0%
Kulturausgaben Insgesamt					
Einnahmenbereinigte Ausgaben	Mio. EUR	8.561,6	8.496,0	8.278,9	-3,3
Index der Kulturausgaben (2000=100)		100,0	99,2	96,7	-
Verbraucherpreisindex zum Vergleich (2000=100)		100,0	102,0	103,4	-
Kulturfinanz-Indikatoren					
Einwohner (EW)	in Mio.	82,19	82,34	82,47	0,3
Kulturausgaben in EUR je Einwohner	EUR/EW	104	103	100	-3,6
Bruttoinlandsprodukt (BIP) (1)	Mrd. EUR	2.030,0	2.071,2	2.108,2	3,9
Kulturausgaben-Anteil in % am BIP (1)	Anteil %	0,422	0,410	0,393	-6,9
Kulturausgaben nach staatl./gemeindlichen Ebenen					
Kulturausgaben Bund	Mio. EUR	769,3	814,9	834,4	8,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	in %	–	5,9	2,4	-
Kulturausgaben Länder	Mio. EUR	4.035,3	4.005,0	3.852,1	-4,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	in %	–	-0,8	-3,8	-
darunter Flächenländer	Mio. EUR	3.064,3	3.073,7	2.960,8	-3,4
darunter Stadtstaaten	Mio. EUR	971,0	931,3	891,2	-8,2
Kulturausgaben Gemeinden/ZV	Mio. EUR	3.756,9	3.676,1	3.592,4	-4,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	in %	-	-2,2	-2,3	-
Strukturanteile Kulturausgaben nach staatlichen/gemeindlichen Ebenen					
Bund	Anteil %	9,0	9,6	10,1	12,2
Länder	Anteil %	47,1	47,1	46,5	-1,3
Gemeinden/ZV	Anteil %	43,9	43,3	43,4	-1,1
Insgesamt	Anteil %	100,0	100,0	100,0	-
Zur Information: Kulturausgaben im Ausland					
Ausgaben Bund	Mio. EUR	483,9	476,5	479,6	-0,9
Ausgaben Länder	Mio. EUR	9,5	24,4	8,5	-10,5

CHRISTOPH WECKERLE

Kulturwirtschaft und Kulturpolitik

Neue Ansätze am Beispiel einer Studie Schweiz – Deutschland – Österreich[1]

In den meisten europäischen Staaten wird der Kultursektor aus drei unterschiedlichen Quellen alimentiert: durch den Staat, den Markt und durch Private.

Viele Kultur- und Bildungspolitiker[2] beschränken ihr Engagement vorwiegend auf den subventionierten Bereich. Die Kulturwirtschaft ist für sie Teil des kommerziellen Unterhaltungsbetriebs, der sich nach den Marktgesetzen selbst regelt und deshalb nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fällt.

Schwindende Haushaltsmittel für den öffentlich geförderten Kultursektor und immer mehr zweckgebundene Finanzmittel der institutionalisierten Kunst- und Kulturförderung erschweren zunehmend die Politikgestaltung für die operative Kunstförderung.

Eine umfassende Betrachtung des kulturellen Sektors wird daher zunehmend wichtig.

Stand der Dinge und Handlungsbedarf

Viele Leistungen des Kunstmarkts, des Literatur- und Buchsektors oder großer Felder des Musiksektors beruhen auf privatwirtschaftlichen Strukturen oder auf den engen (»kapillaren«) Austauschbeziehungen zwischen Staat, Markt und privatem Engagement. Die Tatsache, dass Künstler gleichermaßen vom öffentlichen wie vom privaten/privatwirtschaftlichen Kulturbetrieb leben, relativiert denn

1 Der Text entstand im Kontext des an der *Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich* umgesetzten Forschungsprojektes »Kulturwirtschaft Schweiz – eine internationale Vergleichsstudie unter besonderer Berücksichtigung des Designbereichs«. Er stützt sich auf Teilresultate des Forschungsprojektes (insb. Söndermann 2002 a und ein Referat gehalten an der Konferenz »Creative Clusters« in Sheffield (GB), 20.-23.11.02) sowie auf Söndermann (2002 b).

2 Die männliche Form steht für den allgemeinen Fall.

auch die Frage, welcher Bereich innovativer sei: die verschiedenen Seiten bedingen sich gegenseitig.

Studien haben gezeigt, dass in Deutschland die erwerbstätigen Künstler (Musiker, Bildende Künstler, Schriftsteller, Bühnenkünstler) zu rund zwei Drittel im öffentlichen Kulturbetrieb existenzfähige Arbeitsplätze finden. Neuere Daten (Haak/Schmid 1999) signalisieren allerdings eine strukturelle Trendwende, welche einen deutlichen Anstieg der Künstlerberufe und Beschäftigten im privatwirtschaftlichen Bereich feststellt.

Verliert der öffentliche Kulturbetrieb zunehmend seine strategische Bedeutung? Ein Team von Forschern aus der Schweiz, Deutschland und Österreich setzt sich zum Ziel, den Bereich der Kulturwirtschaft konsequent aus einer kulturpolitischen Perspektive zu betrachten.

Entwickelt werden soll ein Europa vergleichendes Abgrenzungskonzept, welches die Ableitung von spezifischen, kulturwirtschaftlichen Länderprofilen erlaubt. Die Nähe der Forschungsgruppe zum Kontext von Kunstuniversitäten und Kunsthochschulen wird als strategischer Vorteil genutzt. Er steht für den direkten/persönlichen Kontakt zu relevanten strukturellen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und für eine konsequente Hinterfragung der Resultate aus bildungs- und kulturpolitischer Sicht.

Kernaussagen zum kulturellen Sektor

Die Zusammenarbeit von Partnern aus drei verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen politischen Agenden setzt eine gemeinsame Sprache bzw. ein gemeinsames Verständnis von Kulturwirtschaft voraus. Das Team stützt sich dabei einerseits auf den Stand der Forschung (siehe dazu beispielsweise Söndermann (2002 a).[3] Andererseits haben sich im Rahmen des Projektes »Kulturwirtschaft Schweiz – eine internationale Vergleichsstudie« weitere Kernaussagen zur Kulturwirtschaft herausgebildet, die sich unter anderem aus den Ausbildungskonzepten der beteiligten Kunsthochschulen und -universitäten ableiten. Es scheint, dass diese Aussagen über den Projektkontext hinaus als wichtige Elemente zur Formulierung einer umfassenden »Erfolgsstrategie Kulturwirtschaft« gelten:

Der kulturelle Sektor gilt als zukunftsorientierter/zukunftsfähiger Markt, da er alte und neue Technologien integrativ verbindet (als Ausprägung im kunstuniversitären Kontext: Die Auswirkungen von neuen, digitalen Techniken auf künstlerische Gestaltungsprinzipien beziehungsweise die Erweiterung derer Möglichkeiten ist in Lehre und Forschung bereits ein etabliertes Thema).

3 »Die Kulturbetriebe gehören überdurchschnittlich zu den klein- und mittelständischen Unternehmen, die eine besonders hohe Arbeitsplatzintensität aufweisen. ... Die Kulturwirtschaft schafft ein Gegengewicht zu den traditionellen, aber aufgrund des Strukturwandels schrumpfenden Branchen. ... Die neu entstehenden Betriebe in der Kulturwirtschaft sind personalintensiv und erfordern überdurchschnittlich hohe und sich verändernde Qualifikationen. ... Die Kulturbetriebe weisen gegenüber den Altindustrien einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Frauenarbeitsplätzen aus.«

Der kulturelle Sektor steht für die Umsetzung andernorts lediglich propagierter inter- und transkultureller Ansätze (als Ausprägung im kunstuniversitären Kontext: Die klassische Sparten überwindende Ausbildungsmodule sind Grundvoraussetzung für eine Ausbildung, welche den Studienabgängern eine erfolgreiche Position im Arbeitsmarkt garantiert.)

Der kulturelle Sektor gilt prinzipiell als offenes System. Abgrenzungen und Reklassifizierungen müssen diesem Faktum gerecht werden (als Ausprägung im kunstuniversitären Kontext: Durch die Konvergenz der Medien finden sich die klassischen Berufsfelder des Künstlers zunehmend nur noch in den Statistiken. Künstler positionieren sich vermehrt in sich schnell wandelnden Szenen.)

Der (gesamte) kulturelle Sektor wird als Handlungsfeld der Kulturpolitik verstanden (als Ausprägung im kunstuniversitären Kontext: Ausgangspunkt – in Studien oft vernachlässigtes Element der Kulturwirtschaft – ist der Künstler.)

Methodik

Die entwickelte Methodik reflektiert diese Kernaussagen und die Anforderungen an eine konsequente – auch operative – trinationale Zusammenarbeit. Das Projektteam entschied sich daher

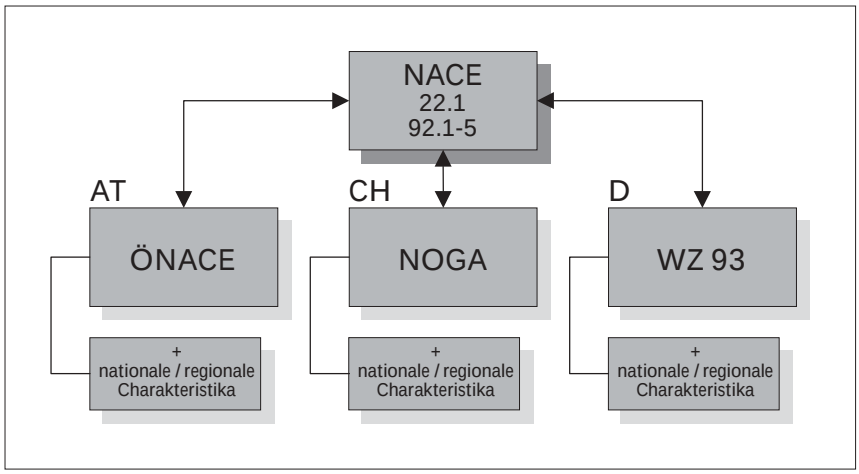
- für eine konsequente *vergleichende* Analyse und Prüfung von Zwischenresultaten in den verschiedenen (kultur-)politischen Kontexten in der Schweiz, Deutschland und Österreich;
- für eine *modulare* Struktur der Systematik, welche es erlaubt, branchen- oder länderspezifisch Vertiefungen bzw. Erweiterungen vorzunehmen;
- für einen *pragmatischen* Zugang, basierend auf einem eng definierten, auf europäischer Ebene weitgehend akzeptierten Kernbereich der Kulturwirtschaft. Der Einbezug von politischen Gremien und Verbandsvertretern in einem Soundingboard des Projektes erlaubt es, entwickelte Argumente vor verschiedenen Hintergründen wirklichkeitsnah zu testen.

International vergleichender Zugang

Das Projekt betrachtet den kulturellen Sektor konsequent aus einer länderübergreifenden Perspektive. In der aktuellen Konstellation wird der Fokus auf den deutschsprachigen Raum gerichtet. Auf diese Weise wird es u.a. möglich sein, gewisse Teilmärkte – wie beispielsweise den deutschsprachigen Buchmarkt – über die nationalen Grenzen hinweg als Einheit zu behandeln.

Die Kompatibilität der Wirtschaftssystematiken der Schweiz (NOGA), Deutschlands (WZ 93) und Österreichs (ÖNACE) untereinander und mit der EU (NACE) – dies ist insbesondere für das Nicht-EU-Land Schweiz von einer gewissen Bedeutung – kann als die Grammatik der gemeinsamen Sprache zwischen den Projektpartnern bezeichnet werden: (*s. dazu Abbildung 1*).

Abbildung 1: Die Beziehungen der Wirtschaftssystematiken



Über den direkten Vergleich der drei Systematiken werden nationale Charakteristika explizit. Diese erweisen sich in Argumentationsketten als wichtiger Faktor der Akzeptanz. Dies trifft verstärkt zu, wenn ein nationales Profil in einem internationalen Kontext abgebildet werden soll.

Die vergleichende Analyse der Systematiken ergibt teilweise interessante – und gleichzeitig zu vertiefende – Bezüge zu den jeweiligen (kultur-)politischen Kontexten. So ist bspw. der auch international immer wieder im Blickfeld stehende Kunstmarkt der Schweiz explizit in der Wirtschaftssystematik aufgeführt, wogegen er in Deutschland und Österreich mit anderen Kategorien vermengt wurde.

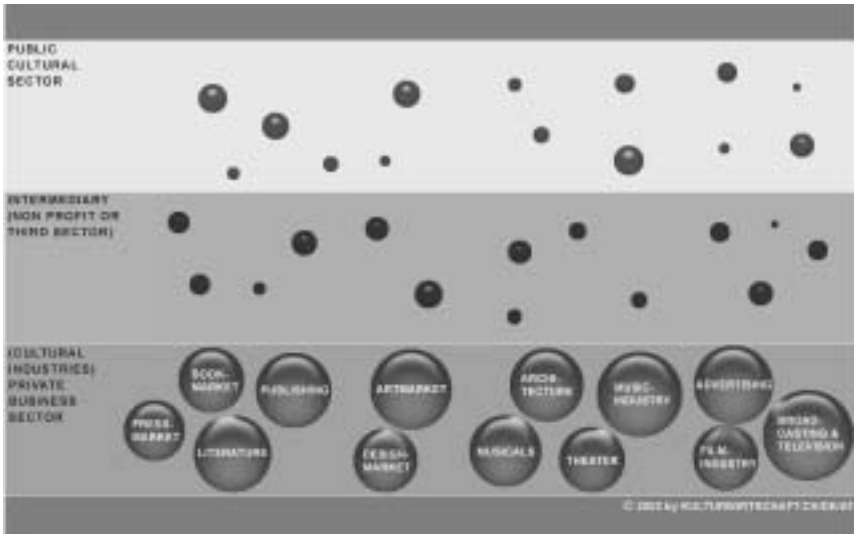
3-Sektoren-Modell

In den meisten Staaten der EU und vermehrt auch in Osteuropa wird der Kultursektor aus drei Quellen gespeist: durch den Staat, den Markt und durch Private (Sponsoring / Mäzenatentum / Gemeinnützigkeit). Gemäss diesem »3-Sektoren-Modell« (European Commission GD 10 1998) lässt sich der Kultursektor unterteilen in den öffentlichen, den intermediären (gemeinnütziger oder 3. Sektor) und den privatwirtschaftlichen Kulturbetrieb. Für die mehr und weniger föderalistisch ausgerichteten Länder Schweiz, Deutschland und Österreich ist diese Struktur in besonderem Masse konstitutiv.

Das Projekt »Kulturwirtschaft Schweiz – eine internationale Vergleichsstudie« richtet das Hauptinteresse auf den privaten Sektor. Dies geschieht jedoch immer im Hinblick auf die Beziehung zum öffentlichen und intermediären Sektor.

Es zeigt sich dabei, dass die drei Sektoren von ihren relevanten Akteuren noch immer meist isoliert betrachtet werden. Die »kapillaren« Austauschbeziehungen und die gegenseitigen Abhängigkeiten werden kaum auf der Höhe der notwendigen Komplexität wahrgenommen: Solange Kulturpolitik da aufhört, wo die öf-

Abbildung 2: Das 3-Sektoren-Modell mit primärem Fokus auf den privaten Sektor



fentliche Kulturförderung endet, tut sie entschieden zu wenig. Umgekehrt muss insbesondere bei kleineren und mittleren Unternehmen ein Verständnis für Leistungen aus der Kulturwirtschaft erst noch geweckt werden. Ein Bereich mit vergleichsweise großem Potential wäre hier Design mit seinen Auswirkungen auf die Positionierung von Produkten und Unternehmen.

Die Diskussion einer erhöhten Durchlässigkeit zwischen den drei Sektoren steht in der politischen Realität für nichts Anderes als für eine Debatte zu einer integrierten Kultur- und Wirtschaftspolitik. Kulturwirtschaft hat in diesem Sinne nicht direkt mit Kulturförderung zu tun, muss jedoch sehr wohl als Teil der Kulturpolitik verstanden werden.

Pragmatische Abgrenzung der Kulturwirtschaft

Nebst Fragen der internationalen Kompatibilität und der Diskussion nationaler und regionaler Spezifika stellen sich für die Abgrenzung des kulturwirtschaftlichen Kernbereiches auch Fragen der politischen Akzeptanz und der Umsetzbarkeit:

Welche wirtschaftlichen Branchen werden in der fachlichen Debatte als Kulturwirtschaftsbranchen im engeren Sinne aufgefasst?

Ist die gewählte Abgrenzung und Kerndefinition der Kulturwirtschaft so eng und »konservativ« definiert, dass aus den empirischen Befunden die tatsächlichen, wirtschaftlich relevanten Kennzahlen und Indikatoren abgeleitet werden können?

Lassen sich auf dieser Grunddatenbasis die regional-spezifischen Profile und Besonderheiten durch erweiterte und ergänzende Wirtschaftsbranchen darstellen und anpassen?

Die in Europa verwendete Wirtschaftsklassifikation NACE zur Wirtschafts- und Beschäftigungsstatistik kennt keinen Begriff »Kulturwirtschaft«. Die Vielzahl der in den letzten Jahren entstandenen empirischen Studien enthält deshalb keine allgemein verbindliche Abgrenzung.

Die im Forschungsprojekt verwendete Abgrenzung orientiert sich aus den genannten pragmatischen Gründen an der aktuellen Diskussion der *Europäischen Kommission* (EU Eurstat Working Paper 2000: 90ff.):

Tabelle 1: Im Projekt verwendete Abgrenzung der Kulturwirtschaft nach NACE

22.1 Verlagsgewerbe und Tonträgerindustrie 22.11 Buch- und Musikverlag 22.12 Zeitungsverlage 22.13 Zeitschriftenverlage 22.14 Tonträgerverlage **92.1 Filmwirtschaft** 92.11 Filmproduktion 92.12 Filmverleih / Vertrieb 92.13 Kino/ Filmtheater/ Lichtspielhäuser **92.2 Rundfunk/TV** 92.20 Radio / TV- Anstalten / -unternehmen **92.3 Darstellende und bildende Künste, Musik und Literatur** 92.31 Künstlerische (bildende, darstellende Kunst, Musik) und schriftstellerische Tätigkeiten 92.32 Betrieb von Theatern, Opern, Schauspielhäusern und Konzerthallen 92.34 sonstige kulturelle Leistungen; Tanzschulen, Diskotheken, Zirkus etc.	**92.4 Nachrichtenagenturen / Journalismus** 92.40 Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, selbständige Journalisten **92.5 Museen, Bibliotheken, Archive** 92.51 Bibliotheken, Archive 92.52 Museen teilweise*: (52.4)* sonstiger Detailhandel 52.45* Detailhandel mit elektrischen Haushalts-, Radio-, TV-Geräten, sowie Musikinstrumenten 52.47* Detailhandel mit Büchern, Zeitungen, Schreib- und Papeteriewaren 52.48* Detailhandel a.n.g. u.a. Kunsthandel, Uhren, Schmuck

Die Konkretisierung der ausdifferenzierten Teilmärkte stellt den Künstler klar an den Anfang löst so den bereits beschriebenen kulturpolitischen Anspruch: Künstler – Produzent – Handel – Verbrauch.

Die Datenqualität ist durch die Verwendung amtlicher Quellen gesichert. Da die verschiedenen Statistiken jedoch teilweise unterschiedliche Erhebungsmethoden verwenden, fällt hier dem direkten Kontakt zwischen den Experten aus den drei beteiligten Ländern eine wichtige Rolle zu.

Die zwischen der Schweiz, Deutschland und Österreich gemeinsam vorgenommene Definition ermöglicht es, ländervergleichbare Aussagen zur Unternehmensstruktur, zur Beschäftigungs- und Arbeitsmarktstruktur, zu Umsatz und Wertschöpfung, zu Produktion und Absatz, zu Nutzung und Konsum zu produzieren.

Tabelle 2: Die definierten Teilmärkte basierend auf der NACE-Abgrenzung der Kulturwirtschaft

Musiksektor Komponisten u. Musikbearbeiter, Tonträgerindustrie, Musikverlag, Einzelhandel mit Musikinstrumenten, Musikalien, Orchester, Chöre, Tonstudios, etc. **Buch-/Literaturmarkt** Schriftsteller, Journalisten u. Pressefotografen, Einzelhandel mit Büchern, Fachzeitschriften, Buchverlag, Bibliotheken u. Archive, etc. **Kunstmarkt** Bildende Künstler, Restauratoren, Einzelhandel mit Kunstgegenständen, Bildern, Museen u. Kunstausstellungen, etc.	**Film – /Rundfunkwirtschaft** Bühnen-, Film- Hörfunk u. TV-Künstler, Film- u. Videofilmherstellung, Filmverleih u. Videoprogrammanbieter, Filmtheater, Rundfunk-/TV-Anstalten/-Unternehmen, etc. **Darstellende Kunst u. Sonstiges** Artisten, Theaterensembles, Theater- u. Konzertveranstalter, Opern- Schauspielhäuser, Konzerthallen u.ä. Einrichtungen, Variétés, Kleinkunst, sonstige kulturelle Leistungen, etc.

Erste Zwischenergebnisse

Auf der Basis des oben dargestellten Vorschlags zur Abgrenzung der Kulturwirtschaft und des kulturellen Beschäftigungsmarktes kann das Forschungsteam mit aktuellem Projektstand erstmals und unter Einbezug der Schweiz einen Zustandsbericht über die Beschäftigungslage in Europa vorlegen.
Kultur und Beschäftigung in Europa 1999

Kulturwirtschaft im engeren Sinne und öfftl. Kultursektor:
Ergebnisse aus der europäischen Arbeitskräfteerhebung (Labour Force Survey)
und der schweizerischen Erwerbstätigenstatistik (ETS)

Abb. 3: Erwerbstätige im Kultursektor in 1000, EU-Staaten insgesamt 2,6 Mio.

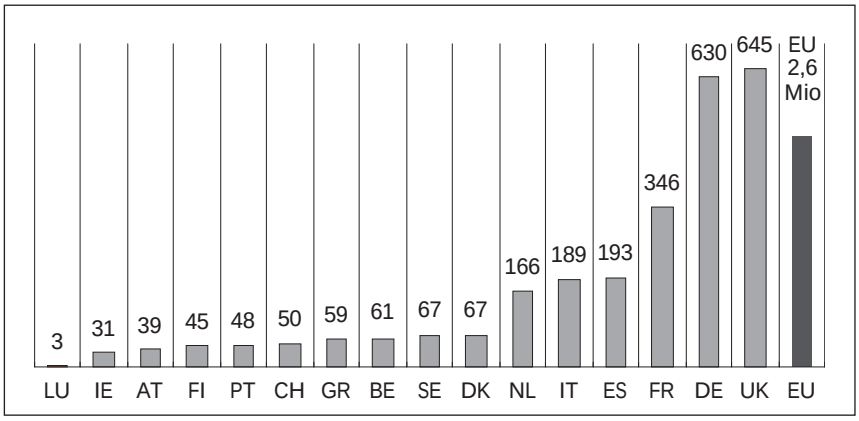
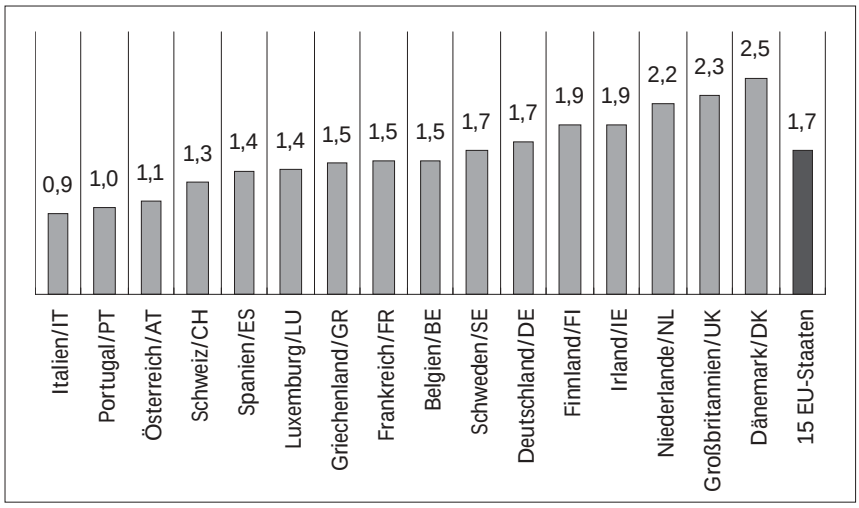


Abb. 4: Anteil der Erwerbstätigen in der Kultur in % an der gesamten Erwerbstätigkeit, 1999



Hinweis: Kulturabgrenzung nach enger Definition, (NACE 22.1+92.1-5)
Quellen: Labour Force Survey 1999, Eurostat 2001; Erwerbstätigenstatistik Schweiz 1999, Bundesamt für Statistik Schweiz 2001; M. Söndermann (Arbeitskreis Kulturstatistik, Bonn)

Die beiden Graphiken machen deutlich, dass diese europaweite und harmonisierte Beschäftigungsdatenbasis zum Kultursektor wertvolle Vergleiche ermöglicht, die zugleich nach weiteren Fragestellungen und Begründungszusammenhängen verlangen.

Insgesamt stellt die Kulturwirtschaft einschließlich der öffentlichen kulturellen Sektoren in den 15 Ländern der Europäischen Union etwa 2,6 Mio. Arbeitsplätze (siehe Abb. 3). Nach dem europaweit harmonisierten Arbeitskräftekonzept der EU (Labour Force Survey) handelt es sich um Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte, die ihre Tätigkeit allerdings hauptberuflich ausüben.

Die nüchterne Einschätzung der veröffentlichten Beschäftigungszahlen ist für den Kultursektor immer wieder ein Problem. Die nach dem sehr engen und konservativ definierten Abgrenzungsvorschlag für den Kultursektor genannten 2,6 Mio. Beschäftigten enthalten noch nicht die Branchen des Kultursektors im weiteren Sinne. Nach der oben verwendeten Quelle der EU wurden bereits für das Jahr 1999 insgesamt 7,2 Mio. Beschäftigte im Kultursektor in Europa gezählt.

Als Vergleichsgröße können die Daten aus der europäischen Arbeitskräfteerhebung LFS 1999 zur Landwirtschaft dienen: Im Jahr 1999 gab es insgesamt 6,9 Mio. Erwerbstätige in der europäischen Landwirtschaft.

Das Projektteam

Das Forschungsprojekt stellt für das zweite Quartal 2003 eine Publikation mit Handbuchcharakter in Aussicht. Sowohl Grundsatztexte zu den Austauschbeziehungen zwischen den drei Sektoren, als auch Erläuterungen zur verwendeten Methodik sollen auch für Nicht-Fachleute verständlich sein. Unterschiedlichen Möglichkeiten und Ansätzen des Transfers von kulturwirtschaftlichen Erkenntnissen in den kulturpolitischen Diskurs wird ein hoher Stellenwert zukommen.

Die konsequente Berücksichtigung des gesamten deutschsprachigen Raumes und der kulturpolitische Blickwinkel auf den Bereich der Kulturwirtschaft entsprechen nach heutigem Erkenntnisstand einem Bedarf, der noch von keiner Seite bearbeitet wurde.

Das Forschungsteam setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

- Franz-Otto Hofecker, *Institut für Kulturmanagement* der *Universität für Musik und darstellende Kunst Wien*, Mitglied der *Leadership Group (LEG) on Cultural Statistics* der EU.
- Sabine Peternell, Verantwortliche für den Forschungsbereich Kulturwirtschaft an der *Universität für Angewandte Kunst Wien*
- Michael Söndermann, Geschäftsführer des *Arbeitskreises Kulturstatistik*, Berater zur empirischen Kulturwirtschaft für verschiedene Kultur- und Wirtschaftsministerien in den deutschen Bundesländern.
- Hubert Theler, Dozent Studienbereich Neue Medien an der *Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich*
- Christoph Weckerle, Koordinator Forschung und Entwicklung der *Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich*, Projektleitung

Literatur

EU Eurstat Working Paper (2000): *Cultural Statistics in the EU. Final Report of the LEG*, EC

European Commission GD 10 1998: *Culture, the Cultural Industries and Employment*, Brussels (SEC [98] 837 0f 14-5-98)

Haak, Carroll/Schmid, Günther (1999): Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten – Modell einer zukünftigen Arbeitswelt?, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Söndermann, Michael (2002 a): »Zur Lage der Kulturwirtschaft in Deutschland 1999/2000«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2001*, Essen

Söndermann, Michael (2002 b): »Kulturwirtschaft und kulturelle Beschäftigung in Europa – Ansätze einer einheitlichen empirischen Basis für den Kulturwirtschaftssektor in Europa«, in: *Newsletter Nr. 1* des Forschungsprojektes »Kulturwirtschaft Schweiz – eine internationale Vergleichsstudie unter besonderer Berücksichtigung des Designbereichs« der *Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich.*

Chronik wichtiger kulturpolitischer und kultureller Ereignisse im Jahre 2002

zusammengestellt von BERND WAGNER

Januar

1.1. Europa Für nahezu 306 Mio. Menschen zwischen Portugal und Finnland, Irland und Griechenland beginnt mit der -Einführung die größte Währungsumstellung aller Zeiten.

1.1. Berlin Im Rahmen der neuen Steuerverordnungen tritt eine Reform der Besteuerung ausländischer KünstlerInnen in Kraft. (→ 12.4.)

1.1. Berlin Rund 120 Jahre nach seiner Gründung wird das *Berliner Philharmonische Orchester*, bisher eine Dienststelle des Landes Berlin, eine selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung. In Zukunft können die Musiker über die Verwendung der Finanzmittel selbständig entscheiden und Sponsorengelder einwerben. Gleichzeitig werden bis zum Jahr 2005 die Zuwendungen der öffentlichen Hand für die Philharmoniker in Höhe von 57 Mio. € festgeschrieben. (→ 20.6.)

3.1. München Nach einem Urteil des *Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs* muss ein Lehrer künftig nicht mehr unter dem Kruzifix unterrichten. Vor allem CSU und katholische Kirche kritisieren das Urteil. (→ 13.3., 4.7.)

10.1. Berlin Das »Forum Bildung« hat zum Abschluss seiner zweijährigen Tätigkeit zwölf Empfehlungen abgegeben, um die Qualität des deutschen Bildungssystems zu verbessern. Dem Gremium gehören Bildungspolitiker des Bundes und der Länder sowie Repräsentanten von Kirchen, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Auszubildenden an. Frühe Förderung in Kindergärten, Ganztagsschulen, lebenslanges Lernen, bessere Durchlässigkeit des Schulsystems und stärkere Nutzung der neuen Medien sowie besondere Förderung von Migranten gehören zu den 12 Punkten.

15.1. Karlsruhe Das *Bundesverfassungsgericht* gibt der Klage eines muslimischen Metzgers gegen das Schächtungsverbot Recht. Nach dem Urteil ist unter besonderen Bedingungen auch muslimischen Metzgern (wie jüdischen, die dafür prinzipiell eine Ausnahmegenehmigung haben) das Töten von Tieren ohne vorherige Betäubung aus religiösen Gründen erlaubt. Das Urteil wird vor allem von konservativer Seite kritisiert, da dadurch die Integration gefährdet sei.

16.1. Berlin Das Bundeskabinett hat den Entwurf eines Gesetzes zur Gründung einer *Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute* im Ausland verabschiedet. Damit zieht die Bundesregierung die Konsequenzen aus der Empfehlung des *Wissenschaftsrates* von 1999, die Arbeit der fünf *Deutschen Historischen Institute* in Rom, Paris, London, Washington und Warschau sowie des *Orient-Instituts* mit Sitz in Beirut und Istanbul und des *Deutschen Instituts für Japanstu*dien in Tokio durch ein gemeinsames Dach zu stärken.

17.1. München Die Präsidentin des *Bundesverfassungsgerichts*, Jutta Limbach, deren Amtszeit am 31.3 endet, wird zur Nachfolgerin von Hilmar Hoffmann als Präsidentin von *Goethe-Institut/Inter Nationes* gewählt. Als (ehrenamtliche) Vizepräsidenten wurden Volker Doppelfelder (Aufsichtsratschef von *BMW*) und Klaus-Dieter Lehmann (Präsident *Stiftung Preußischer Kulturbesitz*) gewählt, die gemeinsam mit dem Generalsekretär Joachim-Felix Leonhard den vierköpfigen Vorstand bilden. (→ 21.5.)

17.1. Berlin Wahl der *SPD*- und *PDS*-Kandidaten zu Senatoren durch das Berliner Abgeordnetenhaus. Alter und neuer Regierender Bürgermeister ist Klaus Wowereit (*SPD*), sein Stellvertreter und Senator für Wirtschaft wird Klaus Gysi (*PDS*). Neuer Kultur- und Wissenschaftssenator wird der Kulturwissenschaftler Dr. Thomas Flierl (*PDS*).

22.1. Frankfurt am Main Eine Jury aus Sprachwissenschaftlern und Journalisten hat »Gotteskrieger« zum Unwort des Jahres 2001 gewählt, da es sich um eine Bezeichnung für Verbrecher handele, die den Namen Gottes für sich in Anspruch nähmen. Die Bezeichnung sei völlig unangemessen und lasse jede kritische Distanz zum pseudoreligiösen Anspruch des Worts vermissen. Ebenfalls aus dem Zusammenhang der Terroranschläge vom 11. September stammen die beiden folgenden »Unworte«: »Kreuzzug« als Umschreibung der militärischen Vergeltung und die verharmlosende Benennung Usama Bin Ladins als »Topterrorist«. An vierter Stelle steht der Begriff »therapeutisches Klonen«.

23./29.1. Berlin/Halle Das Bundeskabinett hat die Gründung der *Kulturstiftung des Bundes* beschlossen. Die Stiftung, die im ersten Jahr mit einem Budget von 12,8 Mio. € ausgestattet ist, hat ihren Sitz in Halle. Bis 2004 wird ihr jährlicher Etat auf 38,8 Mio. € anwachsen. Mit der Übergabe der stiftungsrechtlichen Genehmigungsurkunde am 29.1. ist die *Kulturstiftung des Bundes* begründet. (→ 21.3)

24.1. Berlin Im Bundestag findet am Vormittag die Debatte zum »Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2000« statt. Am Abend wird unter minimaler Beteilung die Debatte zur Großen Anfrage der *CDU/CSU*-Fraktion »Verbreitung, Förderung und Vermittlung der deutschen Sprache« geführt.

25.1. Hamburg Nach fast dreimonatiger Suche besetzt die Koalition von *CDU* und »Schill-Partei« in Hamburg die vakante Kultursenatorenstelle mit der parteilosen deutsch-tschechischen Journalistin Dana Horáková. Sie war ehemals stellvertretende Chefredakteurin der *Welt am Sonntag* und *Bild*-Feuilletonchefin.

25.1 Berlin Der *Deutsche Bundestag* verabschiedet die Novellierung des Urhebervertragsrechts, die auf einen Gesetzentwurf der Bundesregierung vom Mai 2001 zurückgeht. Mit der Neuregelung sollen die Rechte der Urheber und der Künstler gestärkt werden. Die Neufassung war vor allem von der Medienindustrie scharf kritisiert worden. Das kurz vor der Verabschiedung an zentralen Punkten korrigierte Gesetz wurde von Unternehmerseite als der »Sieg der Vernunft« gelobt, während Vertreter der Gewerkschaften den Beschluss kritisierten. Am 1.3. stimmt auch der *Bundesrat* zu.

30.1. Berlin Der Bundestag stimmt für einen fraktionsübergreifenden Antrag, Importe existierender embryonaler Stammzell-Linien zuzulassen. Damit konnten sich weder die Befürworter eines völligen Verbots noch die einer weitgehenden Freigabe durchsetzen.

Februar

6.2. Berlin Das Bundeskabinett verabschiedet einen Gesetzesentwurf zur Erleichterung von Stiftungsgründungen. Für die Anerkennung einer Stiftung reicht es danach, dass ein Stifter in der Satzung Namen, Sitz und Zweck der Stiftung festlegt, Regelungen für den Umgang mit dem Stiftungsvermögen trifft und einen Vorstand bestimmt. Jeder Zweck ist zulässig, solange er das Gemeinwohl nicht gefährdet. (→ 25.4., 1.9.)

6.2. Berlin Das Bundeskabinett beschließt die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der *CDU/CSU*-Bundestagsfraktion zur »Zukunft des deutschen Auslandsrundfunks«. Danach hält die Bundesregierung eine Präzisierung des allgemein gehaltenen *Deutsche-Welle*-Auftrags sowie eine zielgruppen- und gebietsgerechtere Definition des *DW*-Angebots für notwendig. Die Reform soll in der nächsten Legislaturperiode mit der Novellierung des *Deutsche-Welle*-Gesetzes umgesetzt werden. (→ 8.4., 19.4., 5.6.)

6.-17.2. Berlin Die *53. Internationalen Filmfestspiele Berlin* werden mit der Weltpremiere von Tom Tykwers Film »Heaven« eröffnet. Rund 400 Filme aus 80 Ländern sind zu sehen, darunter 23 Filme im Wettbewerb um den »Goldenen Bären«. Diesen bekommen zu gleichen Teilen der britisch-irische Film »Bloody Sunday« von Paul Greengrass und der japanische Zeichentrickfilm »Spirited Away«. »Silberne Bären« erhalten u. a. die beiden deutschen Beiträge »Halbe Treppe« von Andreas Dresen (Großer Preis der Jury) und »Bader« von Christoper Roth (Alfred Bauer-Preis) sowie Otar Iosseliani (Regie) in »Lundi Matin« und Halle Berry (Beste Darstellerin) in »Monsters Ball«.

20.2. Brügge/Salamanca Vom 20.2 bis zum Jahresende sind die flämische Stadt Brügge, das bedeutendste westeuropäische Handelszentrum des 14. Jahrhunderts, und die spanische Stadt Salamanca mit einer der ältesten Universitäten Europas europäische Kulturhauptstadt.

21.2. Paris Die *UNESCO* präsentiert aus Anlass des »Internationalen Tages der Muttersprache« einen Weltatlas der gefährdeten Sprachen.

22.2. Berlin Erste Bundestagsdebatte über populäre Musik und ihre Förderung. Grundlage ist die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der *CDU/CSU*-Fraktion »Bestandsaufnahme und Perspektive der Rock- und Popmusik in Deutschland« (*BT-Drs.* 14/6993 → 15.-19.8.).

27.2. New York Die Soulsängerin Alicia Keys gewinnt bei der Verleihung der »Grammy Awards« fünf Preise, U2 vier und Bob Dylan einen für das beste zeitgenössische Folk-Album. Als einziger Deutscher erhält Manfred Eicher, Gründer des Münchner Labels *ECM Records*, einen »Grammy«.

28.2. Brüssel In Brüssel wird der Reformkonvent der Europäischen Union berufen. Er soll unter Leitung des früheren französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d´Estaing eine europäische Verfassung erarbeiten.

März

1.3./22.3. Berlin Nach intensiven Debatten verabschiedet der *Bundestag* das umstrittene Einwanderungsgesetz mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und drei *CDU*- sowie einem *FDP*-Abgeordneten. Die *CDU/CSU* und die *PDS* stimmen dagegen, die *FDP* enthält sich. Am 22.3. wird der Gesetzentwurf im Bundesrat angenommen. Da allerdings die uneinheitliche Stimmabgabe Brandenburgs wegen des zustimmenden Votums des Ministerpräsidenten als Zustimmung gewertet wird, verlassen die Vertreter der *CDU/CSU*-geführten Länder unter Protest den Saal und kündigen eine Verfassungsklage an. (→ 23.8., 18.12.)

1.3. Berlin Auf der Sitzung der *Kultusministerkonferenz* wird die gemeinsame Erarbeitung eines von der Bundesregierung vorgeschlagenen »Nationalen Bildungsberichts« abgelehnt.

2.3. Paris Der Film »Die fabelhafte Welt der Amélie« erhält bei der Vergabe des französischen Filmpreises »César« vier Auszeichnungen (bester Film, beste Regie, beste Musik, bestes Dekor). David Lynch erhält für »Mulholland Drive« den »César« für den besten ausländischen Film.

4.3. Kapstadt/Stockholm Sängerin Miriam Makeba erhält den mit 106.000 € dotierten »Polar«-Musikpreis.

5.3. Essen In Nordrhein-Westfalen schließen sich das *Choreographische Zentrum NRW* in Essen und das Projekt *Tanzlandschaft Ruhr* zum *Internationalen Zentrum für darstellende Kunst* unter dem Namen *Pact Zollverein* (*Performing Arts Choreographisches Zentrum Tanzlandschaft Ruhr*) zusammen. Finanziert wird es vom Land Nordrhein-Westfalen, von der Stadt Essen und von der *Kultur Ruhr GmbH*.

9.3. Mainz Nach mehreren Anläufen wählt der *ZDF*-Fernsehrat den bisherigen, parteilosen *ZDF*-Programmdirektor Markus Schächter zum neuen *ZDF*-Intendanten.

13.3. Lüneburg Die Nichtübernahme einer zum Islam übergetretenen Lehrerin in den niedersächsischen Schuldienst, die aus religiösen Gründen nur mit Kopftuch unterrichten will, wird vom *Oberverwaltungsgericht Lüneburg* bestätigt. (→ 3.1., 4.7.)

19.3. Hessen Das Land Hessen errichtet eine Theaterakademie. Hierzu schließen sich die *Hochschule für Musik und Darstellende Kunst*, die *Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt*, die *Justus Liebig-Universität Giessen*, die *Hochschule für Gestaltung Offenbach* sowie die drei Hessischen Staatstheater in Wiesbaden, Darmstadt und Kassel, das *Stadttheater Gießen*, das *Schauspielhaus Frankfurt* und das *Staatstheater Mainz* zu einem Studienverbund zusammen.

20.3. Berlin Vorstellung des Berliner Doppelhaushalts. Bei Kultur und Wissenschaft sollen 170 Millionen € eingespart werden. Ein Viertel soll auf die Kultur entfallen, ohne dass aber große Einrichtungen geschlossen werden. Der Bund soll die 31 Millionen € für die Sanierung der Museumsinsel übernehmen. Beginn heftiger Auseinandersetzungen um mögliche Kürzungen in der Berliner Kultur. (→ 15.5., 3.7.)

21./22.3. Erlangen Sitzung des *Kulturausschusses des Deutschen Städtetages*, u. a. zu den Themen Musik in der Stadt, Ehrenamt in der Kultur, kulturelle Jugendbildung.

21.3. Halle (Saale) In den *Franckeschen Stiftungen* konstituiert sich unter Vorsitz von *Kulturstaatsminister* Nida-Rümelin der *Stiftungsrat der Kulturstiftung des Bundes*. Hortensia Völckers wird als künstlerische Direktorin und Alexander Farenholtz als Verwaltungsdirektor bestellt sowie ein Fachbeirat berufen.) (→ 23., 29.1.)

21.-24.3. Leipzig 2000 Verlage aus 27 Ländern v.a. aus Deutschland und den ost- und südosteuropäischen Ländern stellen bei der Leipziger Buchmesse ihre Neuerscheinungen vor. Erstmals wird der »Deutsche Bücherpreis« verliehen (u. a. an Joanne K. Rowling, Elke Heidenreich, Ulla Hahn und Dietrich Schwanitz sowie an Christa Wolf für Ihr Lebenswerk).

22.3. Marl Bei der Verleihung des »Adolf-Grimme-Preises« 2002 für die besten Fernsehproduktionen bekommt der *ARD*-Dreiteiler »Die Manns – Ein Jahrhundertroman« in der Sparte »Fiktion und Unterhaltung« die goldene Trophäe und acht weitere Preise. Einen weiteren »Grimme-Preis« in Gold erhält »Ende der Saison« (*BR*) und in der Kategorie »Information + Kultur« der *Arte*-Film »Es war einmal Tschetschenien«. *Sat1* bekommt für »Wambo« und die szenische Rekonstruktion der Oetker-Entführung »Tanz mit dem Teufel« zwei »Grimme-Preise«, wohingegen das *ZDF* nur einmal prämiert wird (»Romeo«).

24.3. Los Angeles Bei der »Oscar«-Preisverleihung wird »A Beautiful Mind« mit vier Oscars u. a. als bester Film und beste Regie ausgezeichnet, ebenfalls vier Preise bekommt »Herr der Ringe«. Mit Halle Berry und Denzel Washington werden erstmals zwei Farbige als beste Hauptdarsteller/in ausgezeichnet. Bester fremdsprachiger Film: »No Man's Land« aus Bosnien Herzegowina; Ehrenoscars für ihr Lebenswerk erhalten Sidney Poitiers und Robert Redford.

25.3. Lagos »Unter Belagerung« ist der Titel der vierten »*documenta*-Plattform«, in der es um städtische Lebenssituationen und Perspektiven von Stadtentwicklung am Beispiel von vier afrikanischer Metropolen geht. (→ 8.6.)

April

5.4. Moskau Die *Duma* beschließt die 111 gotischen Glasfenster der Frankfurter Marienkirche aus dem 14. Jahrhundert, die nach dem Zweiten Weltkrieg als »Beutekunst« nach Russland verschleppt worden waren, zurückzugeben. (→ 24.6.)

8.4. Berlin/USA Nach achtwöchigem Testbetrieb startet die *Deutsche Welle* mit *German TV* in den USA sein 24-stündiges Vollprogramm als Pay-TV. (→ 6.2., 19.4., 5.6.)

8.4. München Der Medienkonzern *Kirch Media* (u. a. *Sat1*, *Kabel 1*, *ProSieben, Premiere*) stellt beim *Amtsgericht München* Insolvenzvertrag. Gemessen an der Schuldlast von 7 Mrd., handelt es sich um die größte Pleite eines deutschen Unternehmens in der Nachkriegszeit. (→ 8.10.)

10.4. Berlin Die Bundesregierung stimmt dem Bericht des *Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen* über die »Initiative Architektur und Baukultur« und der in diesem Rahmen erarbeiteten Bestandsaufnahme »Baukultur in Deutschland« zu.

12.4. Bund und Länder haben sich auf eine einheitliche Auslegung der neuen gesetzlichen Bestimmungen zur Abmilderung des Steuerabzugs bei ausländischen Künstlerinnen und Künstlern geeinigt.

17.4. Berlin Übergabe des »Kommissionsberichts« zur Berliner Stadtschloss-Diskussion, in dem für eine historische Rekonstruktion plädiert wird. (→ 15.5., 6.6., 4.7.)

17.4. Berlin Das Bundeskabinett beschließt die »Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland« unter dem Titel »Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung«. Das 230 Seiten starke Dokument enthält ein »Leitbild der nachhaltigen Entwicklung« und nennt 21 Ziele und 7 Schwerpunkte. (→ 26.8.-4.9.)

19.4. Berlin Bundestagsdebatte zur Antwort auf die Große Anfrage der *CDU/CSU*-Fraktion »Zukunft des Auslandsrundfunks« (*BT-Drs*. 14/8208). (→ 6.2/5.6)

20.4. Düsseldorf Eröffnung des neuen *Museums K 21* im ehemaligen Ständehaus und Landtagsgebäude als Dependance der *Kunstsammlung NRW*.

21.4. Magdeburg Bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt erhält die *SPD* nur 20 Prozent der Stimmen, 15,9 Prozent weniger als 1998. Gewinner ist die *CDU*. *CDU* und *FDP* bilden die neue Regierung. Minister für Kultus (inkl. Kultur) wird der parteilose Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz.

24.4. Berlin Einbringung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur Buchpreisbindung (»Gesetz zur Regelung der Preisbindung bei Verlagserzeugnissen«) (*BT-Drs.* 14/8854) in den *Bundestag*. (→ 14.6.)

24.4. Berlin Vorlage des Berichts der Bundestags-Enquête-Kommission »Demokratischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an die Politik«, wonach die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland sich im nächsten Jahrzehnt stark verändern wird, was gravierende Veränderungen in allen Lebensbereichen nach sich zieht.

25.4. Berlin Verabschiedung des »Gesetzes zur Modernisierung des Stiftungsrechts« im *Bundestag* (*BT- Drs*. 14/8277). Damit werden die Anforderungen für Stiftungsneugründungen einfacher und transparenter. Das Gesetz regelt erstmalig einen Rechtsanspruch auf Anerkennung der Stiftung und enthält eine abschließende bundeseinheitliche Bestimmung der materiell-rechtlichen Voraussetzungen für das Entstehen einer Stiftung. Statt in 16 verschiedenen Landesgesetzen ist ein wesentlicher Teil des Stiftungsrechts jetzt zentral im »Bürgerlichen Gesetzbuch« geregelt. (→ 6.2., 1.9.)

26.4. Erfurt Ein ehemaliger Schüler eines Erfurter Gymnasiums tötet 14 LehrerInnen, 2 Schüler und eine Sekretärin der Schule sowie einen Polizisten und begeht Selbstmord. Eine Debatte über Gewalt in der Schule, in den Medien und der Gesellschaft beginnt und führt zur Verschärfung bestehender Regelungen.

26.4. Berlin Der Bundesrat stimmt dem Entwurf zur Novellierung des Gesetzes zum freiwilligen sozialen Jahr zu, das künftig auch in kulturellen Einrichtungen wie in Kunst- und Musikschulen, Museen, Theater, Bibliotheken, soziokulturellen Zentren und im Denkmalschutz durchgeführt werden kann.

26.-27.4. Darmstadt Jahrestagung des deutschen *P.E.N.-Zentrums* unter dem Thema: »Macht der Medien – Freiheit der Sprache«; Johano Strasser wird zum neuen Präsidenten gewählt, Generalsekretär wird Wilfried F. Schoeller. (→ 20.-21.9.)

30.4. Rom/Berlin Der Kunsthistoriker und Kölner Galerist Joachim Blüher wird neuer Direktor der *Villa Massimo der Deutschen Akademie Rom*.

Mai

3.-20.5 Berlin 39. Berliner Theatertreffen. Eingeladen sind drei Produktionen des *Züricher Schauspielhauses* (Marthalers »Müllerin«, Stefan Puchers »Drei Schwestern«, Meg Stuarts »Alibi«), die *Münchner Kammerspiele* (Jossi Wielers »Alkestis«, Luk Percevals Deutung von Fosses »Traum im Herbst«), die *Berliner Volksbühne* (Frank Castorfs »Erniedrigten und Beleidigten« und »Prater-Trilogie« von René Pollesch), das *Schauspiel Basel* (»Gabriel Borkman« von Sebastian Nübling) und das *Schauspiel Hannover* (Nicolas Stermanns »Hamlet«-Zerstückelung). Von den prominenten älteren Regisseuren und den großen traditionellen Häusern ist niemand eingeladen, was auf entsprechende Kritik stößt.

4.5. Moskau Gründung eines neuen Auslandsinstituts in Moskau durch die Hamburger *Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius*, die das Institut von 2003 an fünf Jahre lang finanziell anschieben wird. Danach soll es aus Bundesmitteln weitergeführt werden.

5./9.5. Paris Mit über 82 Prozent der Stimmen gewinnt Jacques Chirac die Wahl zum französischen Staatspräsidenten. Der rechtsradikale Jean-Marie Le Pen kommt auf 17,8 Prozent der Stimmen. Im neuen bürgerlichen Kabinett unter Raffarin wird der ehemalige Leiter des *Centre Pompidou* Jean-Jacques Aillagon (*RPR*) *Minister für Kultur und Kommunikation*. Der parteilose, durch seine Bücher auch in Deutschland bekannte Philosoph Luc Ferry wird *Minister für Jugend, Erziehung und Wissenschaft*. (→ 18.6.)

6.-7.5. Rheine Frühjahrstagung und Mitgliederversammlung der *Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen* (*INTHEGA*) unter dem Thema »Stadt und Kultur – Kultur als Wirtschaftsförderung«.

12.5. International Internationaler Museumstag unter dem Motto »Museen und Globalisierung«.

14.5. Berlin Übergabe des Schlussberichts der Bundestags-Enquête-Kommission »Recht und Ethik der modernen Medizin«, der nach Zwischenberichten zur Biopatentierung und zur Stammzellforschung ausführlich auf die Themenfelder Präimplantationsdiagnostik und genetische Daten eingeht und dazu Empfehlungen abgibt.

15.5. Berlin In einer gemeinsamen Sitzung verständigen sich die Bundesregierung und der Berliner Senat darauf, dass der Bund künftig allein für die Sanierung der Berliner Museumsinsel aufkommen wird. Darüber hinaus wird eine gemeinsame Arbeitsgruppe für die Konzeption zur weiteren Nutzung und Finanzierung des Schlossplatzes beschlossen. (→ 20.3., 6.6., 3.7.)

15.-17.5. Hamburg 58. Jahrestagung des *Bundesverbands Deutscher Stiftungen* zum Thema »Die Rolle der Stiftungen in der Wissensgesellschaft« mit 900 TeilnehmerInnen.

20.5. San Francisco Der Medienkonzern *Bertelsmann* kauft die Vermögenswerte der Online-Musiktauschbörse *Napster* für 8 Mio. Dollar, nachdem er seit Oktober 2000 rund 85 Mio. Dollar in *Napster* investiert hat. (→ 4.9.)

21.5. München Amtseinführung von Jutta Limbach als neue Präsidentin von *Goethe-Institut Inter Nationes*, bei der Bundesaußenminister Joschka Fischer die Bedeutung der auswärtigen Kulturpolitik unterstreicht. (→ 17.1.)

23.5. Weimar Beschluss des Stiftungsrates, der Stadt Weimar und der Kunstsammlung, die *Stiftung Weimarer Klassik* und die *Kunstsammlungen* ab Januar 2003 unter dem Namen *Stiftung Weimarer Klassik und Kunstsammlungen* zu fusionieren. Die neue Stiftung tritt am 21.12. in Kraft.

24./25.5. Halle Jahreshauptversammlung des *Deutschen Bühnenvereins*, bei der vor allem die finanziellen, tarifvertraglichen und allgemeinen strukturellen Probleme der Bühnen diskutiert und eine Resolution verabschiedet wird, in der von einer weiteren Bürokratisierung des Kulturbetriebs durch die Politik gewarnt wird. (→ 25.6., 12.12.)

25.5. Tallinn Beim »Grand Prix de la Chanson d'Eurovision« erringt der deutsche Beitrag von Corinna May »I can't live without music« den 21. Platz bei 24 Teilnehmerstaaten. Siegerin wird die Lettin Marie Naumova mit »I wanna«.

27.5. Frankfurt am Main Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* lehnt den Vorabdruck des neuen Romans von Martin Walser »Tod eines Kritikers« ab, da es ein »Dokument des Hasses« auf den dort karikierten Literatur-Kritiker Marcel Reich-Ranicki und antisemitisch sei. Beginn einer zum Teil hart geführten Debatte über Antisemitismus, die Funktion von Literatur und Literaturkritik. Der *Suhrkamp Verlag* veröffentlicht den umstrittenen Roman, der am Erstverkaufstag am 27.5. einen reißenden Absatz findet.

Juni

1.6. Köln Vorlage der »Werkstatistik 2000/ 2001« des *Deutschen Bühnenvereins* mit den meistgespielten beziehungsweise inszenierten Stücken in Deutschland, Österreich und der deutschsprachigen Schweiz. Im Musiktheater sind gleich vier Mozart-Opern: »Die Zauberflöte« (1.), »Die Hochzeit des Figaro« (4.), »Don Gionvanni« (6.) und »Così fan tutte« (9) unter den ersten 10. Platz 2 hat Humperdincks »Hänsel und Gretel« und Platz 3 Johann Strauß »Fledermaus«. Der Reihenfolge der Aufführungen entsprach auch in etwa die der Inszenierungen und der Besucher. Die meisten Zuschauer im Sprechtheater erreichte Shakespeares »Romeo und Julia« mit 179 300 Besuchern in 397 Aufführungen von insgesamt 20 Inszenierungen, gefolgt von »Hamlet«, mit 127 262 Besuchern. Goethes »Faust« war im Schauspiel das meist inszenierte Werk (30 Inszenierungen in 379 Aufführungen bei 123 135 Besuchern). Insgesamt gab es in der Spielzeit 2000/01 im Musiktheater und im Schauspiel 452 Ur- und Erstaufführungen, das sind 34 mehr als in der vorangegangenen Spielzeit. (→ 1.7.)

2.6. Zürich Bei einer Volksabstimmung im Kanton Zürich, an der sich 41 Prozent der ca. 200 000 Stimmberechtigten beteiligt haben, stimmen 53,5 Prozent für eine Beteiligung der Stadt an der Kostenübernahme von 2,5 Mio. Franken, um die der Etat des städtischen Schauspielhauses überzogen worden war, und knapp 53 Prozent für eine Erhöhung der jährlichen Theatersubvention um 3,80 Mio. Franken auf 33,7 Mio. (→ 29.8., 31.8., 28.10.)

3.6. Berlin Die Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« des *Deutschen Bundestags* übergibt ihren Abschlussbericht an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und stellt ihn der Öffentlichkeit vor. Der umfangreiche Bericht ist als *BT-Drucksache* 14/8900 und als Band 4 der »Schriftenreihe der Enquete-Kommission« (*Leske + Budrich Verlag*) erschienen. Er enthält eine Bestandsaufnahme der Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements und zahlreiche Empfehlungen. Am 13.6. wird er Bericht im *Bundestag* diskutiert.

3.6. Berlin Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin und KulturministerInnen der Länder unterzeichnen »Liste 5« des Programms »Kultur in den neuen Ländern«, die für das Jahr 2002 gilt und rund 85 Mio. € umfasst.

5.6. Berlin Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin legt das Reformkonzept der Bundesregierung für die *Deutsche Welle* vor. Es enthält detaillierte Vorschläge zur Neugestaltung des deutschen Auslandsrundfunks, greift die grundsätzlichen Zielvorstellungen der Bundesregierung auf und berücksichtigt bisherige Reformdiskussionen sowie die Vorstellungen des Senders. (→ 6.2., 19.4.)

6.6. Berlin Im *Bundestag* findet die verschobene Debatte über die Neugestaltung des Berliner Schlossplatzes und die Art der Rekonstruktion des Hohenzollernschlosses beziehungsweise eines Neubaus an dessen Stelle statt. (→ 17.4., 15.5., 4.7.)

8.6 Kassel In Anwesenheit von Bundespräsident Rau und Staatsminister Nida-Rümelin wird die *documenta XI* eröffnet, die mit dem gebürtigen Nigerianer Enwezor erstmals nicht von einem Vertreter des westeuropäisch-nordamerikanischen Kunstszene kuratiert wird. Mit den vorhergehenden »Plattformen« in vier Erdteilen im vergangenen und diesem Jahr war die noch immer wichtigste Kunstausstellung vorbereitet worden. Sie dauert bis zum 15. September. (→ 25.3., 15.9.)

13.6. Berlin Vorstellung der Studie »Regulierte Selbstregulierung als Form modernen Regierens« das Hamburger *Hans-Bredow-Instituts* durch Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin zur Frage, wie Selbstkontrolle als Konzept staatlicher Regulierung vor allem im Bereich der Medienordnung und des Jugendschutzes verstärkt genutzt werden kann.

14.6. Berlin Verleihung des 52. »Deutschen Filmpreises«. Ausgezeichnet werden in der Kategorie bester Spielfilm mit dem Filmpreis in Gold »Nirgendwo in Afrika« von Caroline Link, der auch den Preis für die beste Regie und drei weitere Preise erhielt (Kamera, Musik, beste Nebendarsteller) sowie »Halbe Treppe« (Andreas Dresen) und »Heaven« (Tom Tykwer) mit dem Filmpreis in Silber. Den Filmpreis in Gold als bester Dokumentarfilm erhält »Black Box BRD« (Andres Veil); für den Kin-

der- und Jugendfilm »Das Sams« (Ben Verbong) sowie für den besten ausländischen Film »Die Klavierspielerin« (Michael Haneke).

14.6. Berlin Verabschiedung des Buchpreisbindungsgesetzes im *Deutschen Bundestag*. Die gesetzliche Regelung tritt an die Stelle der bisherigen, von der EU unter kartellrechtlichen Gesichtspunkten kritisch betrachteten Preisbindung auf vertraglicher Grundlage. Damit wird der Erhalt der Buchpreisbindung gesichert und zugleich EU-Konformität hergestellt. (→ 25.4.)

18.6. Paris Nach dem Wahlsieg des bürgerlich-konservativen Bündnisses bei den französischen Parlamentswahlen hat der bisherige Premierminister Ruffarin sein Kabinett auf einigen Posten umgebildet. Kulturminister bleibt Jean-Jacques Aillagon, und Bildungsminister Luc Ferry. (→ 5./9.5.)

20.6. Bremen Die Stadt Bremen hat ihr *Philharmonisches Staatsorchester* mehrheitlich in private Hände gegeben. Damit ist erstmals ein Staatsorchester in Deutschland privatisiert worden. Das Staatsorchester firmiert künftig als *Bremer Philharmoniker GmbH* und wird von einer Doppelspitze aus künstlerischer und kaufmännischer Leitung geführt. (→ 1.1.)

24.6. St. Petersburg/Frankfurt (Oder) Nach jahrenlangen Verhandlungen zwischen Deutschland und Russland kehren die berühmten gotischen Fenster der Marienkirche an ihren ursprünglichen Ort in Frankfurt (Oder) zurück, sie waren vor 56 Jahren als »Beutekunst« in die Sowjetunion transportiert worden. Das russische Parlament hatte im April mit großer Mehrheit die Rückgabe gebilligt. Mit dieser Entscheidung stimmte die *Staatsduma* erstmals seit der Annahme des äußerst strikten und umstrittenen »Beutekunst«-Gesetzes für die Rückgabe von deutschen Kulturgütern. (→ 5.4.)

25.6. Köln Einigung zwischen dem *Deutschen Bühnenverein* mit den Gewerkschaften (*Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger* und *Vereinigung deutscher Opernchöre und Bühnentänzer*) auf einen einheitlichen Theatertarifvertrag. Der »Normalvertrag Bühne« erfasst nahezu den gesamten künstlerischen Bereich und betrifft Solisten, künstlerische Bühnentechniker, Chorsänger und Tänzer. Zu den Solisten gehören neben Schauspielern, Sängern und Solotänzern auch Dramaturgen, Inspizienten und Souffleusen. Der »NV Bühne« vereinheitlicht vier Tarifverträge für fast 20 000 Beschäftigte und tritt am 1.1.2003 in Kraft. (→ 24./25.5., 12.12.)

27.6. Berlin Vorstellung des 600-seitigen Endberichts der Enquete-Kommission des *Deutschen Bundestages* »Globalisierung der Weltwirtschaft«. Darin wird u. a. mehr Global Governance, bei der Politik, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen und Sozialpartner international stärker zusammenarbeiten müssten, und eine Steuer auf Devisentransaktionen (Tobin-Steuer) gefordert. In einem Minderheitenvotum formulieren die Kommissionsmitglieder aus *Union* und *FDP* ihre teilweise abweichenden Positionen.

27.6. Budapest Auf der 26. Tagung des *Welterbekomitees der UNESCO* werden die deutschen Hansestädte Stralsund und Wismar und das Mittelrheintal zwischen Bingen und Koblenz in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen.

Juli

1.7. Köln Vorlage der »Theaterstatistik 2000/2001« durch den *Deutschen Bühnenverein*. Danach verzeichneten die deutschen Theater und Kulturorchester in der Spielzeit 2000/2001 einen deutlichen Zuschauerzuwachs und steigerten erneut ihre Eigeneinnahmen. Die Anzahl der Besucher erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um mehr als eine halbe Mio. auf 35,5 Mio. Zuschauer, davon besuchten rund 20,1 Mio. die Aufführungen der öffentlichen Theater und 11,4 Mio. die der Privattheater, ca. 1,6 Mio. Zuschauer gingen in die Veranstaltungen der Festspielhäuser und 2,4 Mio. in die Konzerte der Kulturorchester. Die Besucherzahlen der öffentlichen Theater blieben im Vergleich zum Vorjahr (ca. 20,2 Mio.) in etwa konstant, die Festspielhäuser und Privattheater vermeldeten einen Anstieg der Besucherzahlen von mehr als 7 Prozent beziehungsweise mehr als 5 Prozent. Auf 16 Prozent des Gesamtetats stieg der von den öffentlichen Theatern erwirtschaftete Anteil der Eigeneinnahmen. Dabei war die Anzahl der Inszenierungen um 327 auf insgesamt 4 391 gesunken und die Zahl der Veranstaltungen insgesamt um 964 auf 62 989. (→ 1.6.)

3.7. Berlin Das Bundeskabinett verabschiedet den Bericht des *Bundesbeauftragten für Kultur und Medien* zur Finanzierung der Berliner Hauptstadtkultur, in dem es schwerpunktmäßig um die Erfahrungen bei der Umsetzung des neuen »Vertrages zur Kulturfinanzierung in der Bundeshauptstadt 2001 bis 2004« geht. (→ 20.3., 15.5.)

4.7. Berlin Vorstellung des Zwischenberichts zur Konkretisierung und Umsetzung des filmpolitischen Konzeptes von November 2001 durch Staatsminister Nida-Rümelin. Darin werden auf der Grundlage der seit der Vorlage dieses Konzeptes geführten Diskussionen konkrete Vorschläge für eine Reform der Filmförderung vorgestellt.

4.7. Berlin Das *Bundesverwaltungsgericht* lehnt mit Hinweis auf die staatliche Neutralitätspflicht die Klage einer baden-württembergischen Lehrerin gegen das Verbot, im Kopftuch an der staatlichen Schule zu unterrichten, ab und bestätigt damit das »Kopftuch-Verbot«. (→ 3.1., 13.3.)

4.7. Berlin Der *Bundestag* hat mit großer Mehrheit die Errichtung eines Gebäudes in der Kubatur des Hohenzollern-Schlosses auf der Berliner Spreeinsel beschlossen. Es soll an drei Seiten eine barocke Fassade erhalten. Mit dieser Entscheidung ist der über zehn Jahre dauernde Streit über die Wiederrichtung des Stadtschlosses oder die Sanierung des »palasts der Republik« beendet. Der Fraktionszwang wurde aufgehoben. Nur die *PDS* stimmte geschlossen dafür, den »Palast der Republik« aus den siebziger Jahren in den Neubau einzubeziehen. Die *SED* ließ 1950 das Stadtschloss sprengen, das bis ins 15. Jahrhundert zurückreicht. Allerdings stimmten bei einer Umfrage unter der Berliner Bevölkerung eine Woche später nur 44 Prozent dem Bundestagsvotum zu. Jeder zweite hätte einen offenen Architekturwettbewerb besser gefunden. Am stärkten ist die Ablehnung im Ostteil mit 58 Prozent. (→ 17.4., 15.5., 6.6.)

13.7. Berlin 14. *Love Parade* in Berlin mit nach offizieller Schätzung 500 000 TeilnehmerInnen und damit etwa zwei Drittel weniger als im Rekordjahr 1999.

17.7. Berlin Die *Berliner Festspiele*, der *Martin-Gropius-Bau* und das *Haus der Kulturen der Welt* sind zur *Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH* (*KBB*) mit nach außen selbständig in Erscheinung tretenden drei Geschäftsbereichen, verschmolzen worden.

18.7. New York Der vor eineinhalb Jahren aus der Fusion des traditionellen Medienkonzerns *Time Warner* und des Internetdienstleisters *AOL* entstandene neue Mediengigant *AOL/Timer Warner* hat den von *AOL* kommenden Spitzenmanager und bis dahin zweiter Mann im Unternehmen, Robert Pittmann, entlassen.

22.7. Den Haag Zehn Wochen nach der Parlamentswahl in den Niederlanden ist das neue Mitte-Rechts-Kabinett unter dem christlich demokratischen Ministerpräsidenten Blakenende vereidigt worden. Der neuen Koalitionsregierung gehören der *Christlich Demokratische Appell* (*CDA*), die *Liste Pim Fortuyn* (*LPF*) des ermordeten populistischen Parteigründers Fortuyn sowie die rechtsliberale *Volkspartei für Freiheit und Demokratie* (*VVD*) an. Sie löst die bisherige sozialliberale Koalition ab. *Ministerin für Bildung, Kultur und Wissenschaft* ist Maria van der Hoeven (*CD*), *Minister für Ausländerpolitik und Integration* Hilbrand Nawijn (*LPF*).

28.7. Gütersloh In einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung hat das größte deutsche und weltweit fünftgrößte Medienunternehmen *Bertelsmann* den bisherigen Vorstandsvorsitzenden Thomas Middelhoff seines Amtes enthoben. Als Gründe für die Trennung werden unterschiedliche Auffassungen über die künftige Strategie des Unternehmens genannt.

31.7. Berlin Das Bundeskabinett hat einen Regierungsentwurf zum »Urheberrecht in der Informationsgesellschaft« beschlossen. Das Gesetz soll vor allem eine Harmonisierungsrichtlinie des *Europäischen Parlaments* und des Rates umsetzen. Danach ist es erlaubt, private Kopien digital verbreiteter Inhalte (z. B. von Internettauschbörsen) herzustellen. Andererseits aber schützt das Gesetz eingebaute digitale Schutzmechanismen, die Interessenten daran hindern, solche Privatkopien herzustellen.

August

August Europa Starke Regenfälle und Gewitter führen in verschiedenen Regionen Europas zu enormen Schäden. Durch das Hochwasser der Elbe und ihrer Nebenflüsse kommt es vor allem im Raum Prag und Dresden zu einer verheerenden Flutkatastrophe, die auch viele Kultureinrichtungen in starke Mitleidenschaft zeiht.

1.-11.8. Locarno Beim *55. Internationalen Filmfestival* war Deutschland, seit längerem erstmals wieder bei einem Festival der A-Kategorie, mit 2 von 22 Filmen vertreten. Den »Golden Leopard« für den besten Film gewann Iain Dilthey mit »Das Verlangen« aus Deutschland, den »Silbernen Leopard« der argentinische Film »Tan de repente« (»Plötzlich«) von Diego Lerman.

7.8. Potsdam Die brandenburgische Kulturministerin Johanna Wanka (*CDU*) stellt den Kulturentwicklungsplan – »Bestandsaufnahme Kultur im Land Brandenburg. Vorschlag für Prioritäten – Kulturentwicklungskonzeption« – des Landes Brandenburg vor. Das 170-Seiten-Papier benennt die künftigen Prioritäten des Landes bei der Kulturförderung und ist zugleich eine Bestandsaufnahme der Kulturlandschaft Brandenburgs.

14.8. Berlin Vorstellung des neuen »Weltreport« des *Internationalen Rates für Denkmalpflege* (*ICOMOS*), in der aus mehr als 170 Ländern alarmierende Nachrichten über gefährdete Kulturdenkmäler und historische Stätten – von der Zerstörung archäologischer Stätten durch Raubgrabungen bis

zu den zum Teil verheerenden Folgen des Massentourismus – zusammengestellt sind. (→ 9.12.)

15.-19.8. Köln *Musikmesse Popkomm* mit einer rückläufigen Zahl von knapp 800 Ausstellern (gegenüber 840 im Vorjahr), zahlreichen Veranstaltungen zur Situation des Musikmarktes und der deutschen Musikwirtschaft sowie mit dem jährlichen großen Ringfest. Sie wurde von Kulturstaatsminister Nida-Rümelin mit einem Vortrag zur Popmusik und den Aufgaben der Kulturpolitik eröffnet. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Umsatzeinbußen der letzten Jahre und der Gesetzentwurf zum »Urheberrecht in der Informationsgesellschaft«. (→ 22.2.)

19.8. Frankfurt am Main/Berlin Vorstellung der 13. »Shell-Jugendstudie«. Nach dieser Erhebung setzt sich der Trend der letzten, zwei Jahre zurückliegenden »Shell-Studie« fort, wonach die gegenwärtige junge Generation in der Bundesrepublik Deutschland erfolgs- und familienorientierter ist als es die Jugendlichen in den vorangegangenen Jahrzehnten waren. Gleichzeitig sinken ihr Interesse an der Politik und das Vertrauen in die Kompetenz der Parteien immer weiter.

22.8. Berlin Bundespräsident Johannes Rau zeichnet bei einer Festveranstaltung mit über 1.200 Gästen die 10 Preisträger des Wettbewerbs zur Integration von Zuwanderern aus. Neben den 10 Siegern nahmen Vertreter von 200 weiteren Projekten an der Veranstaltung teil. An dem Wettbewerb unter dem Motto »Auf Worte folgen Taten«, getragen vom Bundespräsidenten und der *Bertelsmann Stiftung* hatten sich insgesamt 1 328 Projekte, darunter zahlreiche kulturelle, beteiligt.

23.8. Berlin Vorstellung des 5. »Berichts über die Lage der Ausländer in Deutschland« durch die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen Marieluise Beck. Danach lebten Ende 2001 7,32 Mio. AusländerInnen in Deutschland, was einem Anteil von 8,9 Prozent an der Gesamtbevölkerung entspricht. Jeder vierte Migrant stammt aus einem Mitgliedsland der Europäischen Union. Mit knapp zwei Mio. (26,6 %) stellen türkische Staatsangehörige die größte Gruppe. Ein Drittel aller Migranten leben bereits zwanzig Jahre und länger in Deutschland, 1,56 Mio. Ausländer (22,4 %) sind bereits in Deutschland geboren. (→ 1.3., 22.3., 18.12.)

26.8.-4.9. Johannesburg In Johannesburg findet die bislang größte *UNO*-Konferenz mit 40 000 Teilnehmer aus 190 Ländern zum Thema »Nachhaltige Entwicklung« statt. Sie endet mit der Verabschiedung eines Aktionsplans für einen weltweit verbesserten Umweltschutz. Umweltverbände vermissen vor allem eine energiepolitische Wende. (→ 17.4.)

27.8. Frankfurt am Main Nachdem sein Etat um bis zu 80 Prozent gekürzt werden soll, hat der weltweit anerkannte Choreograph William Forsythe seinen 2004 auslaufenden Vertrag nicht verlängert. Damit verlässt auch der letzte international renommierte Künstler die Leitung einer Frankfurter Kunsteinrichtung.

29.8. Berlin Bei der jährlichen Umfrage der Zeitschrift *Theater heute* unter 39 TheaterkritikerInnen wurde Frank Castorf von der *Berliner Volksbühne* zum Regisseur des Jahres 2002 gewählt. An die *Volksbühne* ging auch der 1. Preis für Kostüme und Bühne (Bert Neumann) und an René Pollesch als besten Autor für seine *Volksbühne*-Prater-Trilogie »Stadt als Beute«. Als bestes Theater wurde, wie im Vorjahr, Christoph Marthalers *Züricher Schauspielhaus* gekürt, wo auch André Jung als bester Schauspieler engagiert ist. (→ 2.6., 31.8., 28.10.)

29.8.-8.9. Venedig Mit einem Film über die mexikanische Malerin Frida Kahlo eröffnet in Venedig die *59. Biennale*. Für »The Magdalene Sisters« bekommt der schottische Regisseur Peter Mullan den »Goldenen Löwen« für den besten Film. Der Jurypreis ging an »Dom Durakov« von Andrei Konchalovsky, die Preise für die beste Regie und die beste Nachwuchsschauspielerin ging an »Oasis« von Lee Chang-Dong aus Korea.

31.8. Essen Das neue Kulturfestival »RuhrTriennale« startet mit der Aufführung der Revue »Deutschland, deine Lieder« seinen ersten Zyklus, der 2004 endet. 83 Aufführungen im Herbst – Tanz, Theater, Oper, Lieder- und Chansonabende sowie Jazz-Konzerte und Kunstausstellungen – bilden den Auftakt. Für 2003 sind im gesamten Ruhrgebiet noch einmal mehr als 200 Aufführungen vorgesehen. Gezeigt werden sie an 14 Industriedenkmälern als typische Plätzen des Ruhrgebietes. Für den Dreijahreszeitraum der ersten »RuhrTriennale« von 2002 bis 2004 stellt die NRW-Landesregierung 41 Mio. € bereit. Die nächsten »RuhrTriennalen« sollen von 2005 bis 2007 sowie von 2008 bis 2010 stattfinden.

31.8. Essen Mit einem Festakt wird die *UNESCO*-Weltkulturerbeplakette für die Industrielandschaft Zeche Zollverein feierlich enthüllt. Die »kulturelle Industrielandschaft Zeche Zollverein« war am 14.12. 2001 in die Liste der *UNESCO* als Weltkulturerbe aufgenommen worden.

31.8. Zürich Der Verwaltungsrat des *Zürcher Schauspielhauses* kündigt dem Intendanten Christoph Marthaler wegen Haushaltsüberziehung und zurückgehendem Publikumszuspruch zum Ende der Saison 2002/03. Kurz zuvor war sein Haus zum zweiten Mal in Folge zum »Theater des Jahres« gewählt worden. Nach Bekanntwerden der Kündigung setzt ein

breiter nationaler und internationaler Protest dagegen und eine Solidarisierungswelle mit Marthaler ein. (→ 2.6., 29.8., 28.10.)

September

1.9. Berlin Das »Gesetz zur Modernisierung des Stiftungsrechts« tritt in Kraft. (→ 6.2., 25.4.)

2.9. Berlin Vorstellung der von der *Evangelischen Kirche in Deutschland* (*EKD*) herausgegebene Denkschrift »Räume der Bewegung – Religion und Kultur in evangelischer Perspektive« in der statt dem »Kampf der Kulturen« ein »Kampf um Kulturen« gefordert wird.

4.9. Miami Als achter amerikanischer Bundesstaat hat Florida eine Sammelklage wegen Wettbewerbsverzerrung gegen das Softwareunternehmen Microsoft zugelassen. (→ 1.11.)

4.9. Gütersloh Nachdem ein amerikanisches Konkursgericht den Verkauf der Vermögenswerte der Internet-Musiktauschbörse *Napster* an den Medienkonzern *Bertelsmann* untersagte hatte, wird *Napster* endgültig geschlossen. (→ 20.5.)

8.9. Deutschland Zehnter »Tag des offenen Denkmals« mit Veranstaltungen in 6 500 Bauten in 2 800 Kommunen.

10.9. Wien Das *Museumsquartier* in Wien wird mit dem Gebäude »QU21« vollendet. Es dient vor allem der zeitgenössischen Kunst, speziell der Internet- und Videokunst sowie der Elektronischen Musik.

13.9. Dortmund Eröffnung des neuen Konzerthauses in Dortmund. Die *Philharmonie* soll als »Leuchtturmprojekt« den Strukturwandel und die Zukunftsorientierung Dortmunds symbolisieren.

15.9. Kassel In Kassel endet die *documeta 11*. Rund 650 000 Menschen, mehr als je zuvor, besuchten die Weltkunstschau. (→ 25.3., 8.6.)

16.9. München Europas größtes Museum für moderne Kunst, die *Pinakothek der Moderne* mit 22 000 m², wird eröffnet. Sie wird die *Staatsgalerie Moderne Kunst*, die *Staatliche Graphische Sammlung* und die *Neue Designsammlung* sowie das *Architekturmuseum der TU München* beherbergen. Der insgesamt über 120 Mio. € teuere Bau von Stephan Braunfels wurde erst möglich, nachdem ca. 13 Mio. € durch die in der *Stiftung Pinakothek der Moderne* zusammengeschlossenen Bürgerinitiative aufgebracht worden war.

16.-17.9. Istanbul Treffen der *UNESCO*-Kulturminister mit Vertretern aus 111 Ländern zum Thema »Immaterielles kulturelles Erbe – ein Spiegel der kulturellen Vielfalt«.

19.9. New York George W. Bush flechtet in seine Rede zum Irak vor der *UN* ein, dass die USA in die *UNESCO* zurückkehren werde. Ronald Reagan hatte die Mitarbeit der USA demonstrativ vor 18 Jahren beendet, weil Washington sie für korrupt, ideologisch und vollkommen von Moskau beherrscht gehalten hat.

20.9. Weimar Mit Mehrheit hat der Weimarer Stadtrat die Gründung einer gemeinnützigen Theater-GmbH des *Deutschen Nationaltheaters* beschlossen. Das »Weimarer Modell« sieht den Verzicht auf Tarifsteigerungen bis 2008 und ein Prämiensystem vor bei einer bis dahin gleichbleibenden, auf dem jetzigen Stand »eingefrorenen« finanziellen Zuwendung durch das Land. Die Umwandlung geschieht zum 1.11.

20.-21.9. Ohrid/Mazedonien Tagung des 68. *PEN*-Weltkongresses. Mehr als 300 Schriftsteller aus etwa 40 Staaten nehmen an dem Kongress teil. Die Tagung steht unter dem Motto »Grenzen der Freiheit – Freiheit an den Grenzen« und beschäftigt sich mit dem Thema Frieden, der Situation inhaftierter Schriftsteller, Problemen der Übersetzer und den Autorenrechten. (→ 26.-27.4.)

22.9. Berlin Bei der Bundestagswahl wird die rot-grüne Koalition wiedergewählt. *Union* und *SPD* liegen mit 38,5 Prozent gleichauf. Die *PDS* scheitert an der Fünf-Prozent-Hürde, kommt aber mit 2 direkt gewählten Abgeordneten in den Bundestag. Die *Grünen* legen mit 8,6 Prozent zu, die *FDP* bleibt mit 7,4 Prozent weit unter ihren Erwartung. (→ 10./16.10.)

22.9. Schwerin Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern siegt die bisherige *SPD/PDS*-Koalition und kann weiter regieren. (→ 3./6.11)

26.9. Berlin Die Stuttgarter Oper wird zum vierten Mal in den letzten fünf Jahren von Musikkritikern zur »Oper des Jahres« gewählt. Auch die Preise für den besten Chor und das beste Orchester gehen nach Stuttgart.

Oktober

1.10. Berlin Der bisherige *Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien* Julian Nida-Rümelin erklärt, dass er in der neuen Bundesregierung für das Amt nicht mehr zur Verfügung steht, da seine Professur in Göttingen nicht weiter frei gehalten würde. (→ 10.10.)

1.10. Berlin Dem Generalintendanten der *Deutschen Oper in Berlin*, Udo Zimmermann, wird nach nur einem Jahr vom Senat Berlin wegen einer relativ

geringfügigen Überziehung des Etats und zurückgehendem Publikumszuspruch gekündigt.

4.10. Köln Verleihung des »Deutschen Fernsehpreises 2002«. Den Preis für das »Fernsehereignis des Jahres« erhielt die *ARD*-Produktion »Die Manns. Ein Jahrhundertroman«, als bester Fernsehfilm wurden »Der Tanz mit dem Teufel« und als beste Serie »Edel & Stark« sowie als beste tägliche Sendung »Richterin Barbara Salesch« (alle drei *SAT1*) ausgezeichnet. Für die beste Dokumentation bekam die *ARD* mit »die story: Gipfelstürmer – die blutigen Tage von Genua« die Auszeichnung, während der *HR* mit »Menschen-Poker – Neue Wahrheiten über die Arbeitslosigkeit« den Preis für die beste Reportage und Sabine Christiansen und Maybrit Illner für »Das TV-Duell« (*ARD/ZDF*) die Auszeichnung für die beste Informationssendung bekamen. Weitere Preisträger waren u. a. Anke Engelke und Marcel Reif. Insgesamt gingen 9 Preise an die *ARD* (einschließlich der Landesanstalten), 8 an das *ZDF*, 5 an *SAT1* und drei an *RTL*, sowie je einer an *Premiere*, *ProSieben* und *Viva*.

8.10. Frankfurt am Main Die *Deutsche Bank* erwirbt bei einer Versteigerung, bei der sie die alleinige Bieterin war, für 667,3 Mio. € den 40-prozentigen Anteil des Medienunternehmers Leo Kirch am *Axel Springer Verlag.* (→ 8.4.)

9.-14.10. Frankfurt am Main 54. Buchmesse mit Litauen als Gastland. An der weltweit größten Fachmesse des Buchhandels nehmen in diesem Jahr 6 375 Aussteller aus 110 Ländern teil. Letztes Jahr waren es 4 Prozent mehr.

10.10. Berlin Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der langjährige frühere Leiter der Berliner Festspiele Ulrich Eckhardt und Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer legen ein beziehungsweise drei Konzepte für die Reform der Berliner Opernlandschaft vor.

10.10. Berlin Die ehemalige Kultursenatorin von Hamburg, Christina Weiss (parteilos), wird neue *Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien* und tritt die Nachfolge von Julian Nida-Rümelin an, der an die Universität Göttingen zurück geht. (→ 1.10.)

10.10. Barcelona/Bogotá/Buenes Aires/Mexiko-Stadt Mit einer Auflage von 1 Mio. Exemplaren geht das neue Buch von Gabriel García Márquez »Vivir para contarla« (»Leben, um davon zu erzählen«) in den Handel. Das Buch ist der erste Teil seiner auf 3 Bände angelegten Memoiren.

13.10. Frankfurt am Main Der nigerianische Schriftsteller Chinua Achebe erhält den »Friedenspreis des Deutschen Buchhandels«.

16.10. Berlin Die Parteiführungen von *SPD* und *Grünen* unterzeichnen den 87 Seiten starken Koalitionsvertrag »Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit«, der am folgenden Wochenende von den jeweiligen Parteiversammlungen gebilligt wird. Im Kulturabschnitt ist u. a. eine »Kulturverträglichkeitsklausel« für ein Gesetzesvorhaben formuliert sowie die Einsetzung einer Enquête-Kommission »Kultur in Deutschland«. Die kurz darauf folgende Ankündigung der Streichung der Steuervergünstigung für Spenden von Unternehmen an Kultur- und andere gemeinnützige Einrichtungen sowie der Aufhebung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für den Verkauf von Kunstwerken ruft vehemente Proteste hervor. Später (am 25.10. beziehungsweise 20.11.) werden diese wieder zurückgenommen.

16.10. Alexandria Eröffnung des 220 Mio. Dollar teuren Baus für die neue *Bibliotheca Alexandria*, die nur wenig entfernt vom Standort der berühmtesten und größten Bibliothek des Altertums (errichtet unter Ptolemaios I. 305-253 v. Chr.) steht. Sie soll später 8 Mio. Bücher umfassen.

17.10. Berlin Verleihung des »Kulturgroschen« des *Deutschen Kulturrats* an Bernhard Freiherr Loeffelholz von Colberg, die Laudatio hält Antje Vollmer.

21.-22.10. Neu-Ulm *INTHEGA*-Herbsttagung unter dem Motto »Zwischen Kunst und Bildung«.

23.10. Tokio Der Bariton Dietrich Fischer-Dieskau und der Maler Siegmar Polke erhalten den »Praemium Imperiale« der *Japan Art Association*, der als einer der wichtigsten Kunstpreise gilt. (→ 31.10.)

26.10. Frankfurt am Main Der Verleger Siegfried Unseld, der seit 40 Jahren an der Spitze des *Suhrkamp Verlages* stand und ihn zu einem der international renommiertesten Verlagshäuser gemacht hat, stirbt.

28.10. Die *Akademie für Sprache und Dichtung* verleiht den »Georg-Büchner-Preis« an Wolfgang Hilbig und den »Sigmund-Freud-Preis« an Klaus Heinrich.

28.10. Zürich Nach den heftigen Protesten gegen die Kündigung des Züricher Schauspielintendanten Christoph Marthaler nimmt der Verwaltungsrat diese zurück und legt ihm strenge Sparauflagen auf. (→ 2.6., 29./31.8.)

31.10. Köln Die deutsche Sektion des *Internationalen Kunstkritikerverbandes* (Aica) hat die »Surrealismus-Ausstellung« in der Düsseldorfer *Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen* zur »Ausstellung des Jahres« gekürt, auf Platz zwei kam die jüngste *documenta 11* in Kassel. (→ 31.12.)

31.10. Köln Bereits zum vierten Mal in Folge steht der Kölner Maler Sigmar Polke auf dem 1. Platz des »Kunstkompass« der 100 wichtigsten Künstler des

Wirtschaftsmagazins *Capital*, gefolgt von Gerhard Richter, Bruce Naumann und Rosemarie Trockel. Danach folgen Cindy Sherman, Ilya Kabakov, Louise Bourgeois, der Installationskünstler Christian Boltanski und die Video-Künstlerin Pipilotti Rist sowie Georg Baselitz. Grundlage für die Rangliste ist die Präsentation in 160 international renommierten Museen, die Beteiligung an 130 Ausstellungen sowie Rezensionen in internationalen Kunstzeitschriften. (→ 23.10.)

November

1.11. San Francisco Eine Bundesrichterin hat den zwischen dem US-Finanzministerium und dem *Microsoft*-Konzern ausgehandelten Vergleich gebilligt. Danach wird der Konzern nicht aus wettbewerbsrechtlichen Gründen zerschlagen, muss aber kleinere Einschränkungen seiner weitgehenden Monopolstellung in Kauf nehmen. Dem Vergleich hatten sich auch 9 der ursprünglich 18 klagenden Bundesstaaten angeschlossen. Die anderen entscheiden erst später, ob sie ihre Klage aufrecht erhalten, ebenso sind noch 2 europäische Kartellverfahren gegen Microsoft anhängig. (→ 4.9.)

3./6.11. Schwerin *SPD* und *PDS* einigen sich in Mecklenburg-Vorpommern auf die Fortsetzung der rot-roten Koalition, die bei den Wahlen am 22.10. bestätigt wurde. Am 6.11. wird der alte Ministerpräsident Ringsdorff vom Landtag gewählt. Neuer *Minister für Bildung, Wissenschaft und Kunst* ist der parteilose Mediziner und frühere Rektor der *Universität Greifswald* Prof. Dr. Hans-Robert Metelmann.

3.11. Essen Die Kulturdezernenten der Städte Bochum, Essen, Herne, Wuppertal und Krefeld haben Kernpunkte für ein Landesgesetz zur kulturellen Bildung vorgelegt, in dem auch die kulturelle Grundversorgung in NRW festgeschrieben werden soll.

6.11. Berlin Konstituierung des *Ausschusses für Kultur und Medien* des *Deutschen Bundestages*. Vorsitzende ist wieder die *SPD*-Abgeordnete Monika Griefahn, Stellvertreter der *CDU/CSU*-Abgeordnete Peter Gauweiler. Als wichtige Gesetzesvorhaben werden die Novellierungen des Filmförderungsgesetzes und des *Deutschen-Welle*-Gesetzes genannt.

6.-8.11. Nürnberg 62. Hauptversammlung der *Deutschen UNESCO-Kommission* (*DUK*). Neuer Präsident ist Walter Hirche (*FDP*), früher Minister in Niedersachsen und Brandenburg. Verabschiedung einer »Nürnberger Erklärung« zu den »normativen Grundlagen der Weltgemeinschaft – Zur Aktualität der Menschenrechte und des Dialogs zwischen den Kulturen«.

7.11. Hamburg Der Gründer und Herausgeber des Wochenmagazins *Der Spiegel*, Rudolf Augstein, stirbt.

8.11. Bonn Der *Deutsche Musikrat* als Spitzenorganisation der Bundesmusikverbände meldet Insolvenz an. Der langjährige Präsident Franz Müller-Heuser tritt zurück. Mit einer weitgehenden Strukturreform soll die Weiterarbeit gesichert werden.

14.11. BRD Nach der Weltpremiere des 2. Harry-Potter-Films »Harry Potter und die Kammer des Schreckens« am 3.11. in London läuft er am 14.11. in den deutschen Kinos an. Am Premierenwochenende eroberte er weltweit die ersten Plätze der Kinohitlisten. Mit 142 Mio. Dollar Einspielergebnis in der ersten Woche lag er nur knapp hinter den Zahlen des ersten Harry-Potter-Films. (→ 31.12.)

20.11. Berlin Das Bundeskabinett billigt den Etat für 2003, der mit 243,9 Mrd. € um 1,8 Prozent (beziehungsweise 4,6 Mrd. €) niedriger ist als der des Vorjahres. Erhöhungen für Entwicklungspolitik (+ 2,3 %), für Bildung (+ 3,7 %) und um Sicherheit (+ 9,8 %) stehen u. a. Kürzungen im Familienministerium (- 5,4 %) und bei der *Bundesanstalt für Arbeit* gegenüber. Gleichzeitig wird der Entwurf eines Gesetzes zum Abbau von Steuervergünstigungen verabschiedet. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent für Kunstgegenstände und Sammlungsstücke bleibt noch heftigen Protesten von Kulturverbänden und Kulturpolitik erhalten.

Dezember

7.12. London Die Türkin Azra Akin wird in London zur »Miss World« gewählt. Der ursprünglich in Nigeria geplante Wettbewerb hatte in dem afrikanischen Land Krawalle zwischen Muslimen und Christen mit 215 Toten ausgelöst

9.12. Rom Bei der Vergabe des »Europäischen Filmpreises« durch die *Europäische Filmakademie* wird der spanische Film von Pedro Almodóvar »Hable con ella« (»Sprich mit ihr«) als bester Film, für die beste Regie und für das beste Drehbuch sowie mit den beiden Publikumspreisen für Regie und als bester Film ausgezeichnet. Der Preis für den besten Dokumentationsfilm geht an »Etre et avoir« (»Sein und Haben«) von Nicolas Philibert.

9.12. Gotha Auf der Konferenz der *Kulturstiftung der Länder* und des *Deutschen Museumsbundes* zu »Restitution und Ethik in Museen« wird eine Erklärung verabschiedet, in der Politik, Museen, Bibliotheken und Kunsthandel dazu aufgefordert werden, die Suche nach unrechtmäßig enteignetem

Kulturgut zu unterstützen, auf eigenen Erwerb zweifelhafter Kunstgewerke zu verzichten und sich an Rückgaben zu beteiligen. Am gleichen Tag wird bekannt, dass 18 der weltweit wichtigsten Museen in einem gemeinsamen Papier erklären, dass sie nicht bereit seien, antike Kulturgüter an die Ursprungsländer zurückzugeben, da sie als »universale Museen für das Wohl der Welt« handelten. (→ 14.8.)

10.12. Stockholm Verleihung des »Literaturnobelpreises« an den ungarischen Schriftsteller Imre Kertész (»Roman eines Schicksallosen«). Seine Dankesrede hält der Holocaust-Überlebende auf Deutsch.

12.12. Berlin Übergabe des Kommissionszwischenberichts zur »Zukunft von Oper und Theater in Deutschland« an den Auftraggeber Bundespräsident Johannes Rau. Zu den von der Kommission aus Intendanten, Kulturpolitikern und Gewerkschaftern angesprochenen Fragen gehören auch die Tarifstrukturen und Überlegungen, was Theater tun können, um mehr Publikum zu erreichen. Es wird eine gemeinsame Initiative von Bund, Ländern und Kommunen zur Sicherung der öffentlichen Kulturfinanzierung angeregt. (→ 24./25.5., 25.6.)

12./13.12. Kopenhagen Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs der EU beschließt die Erweiterung der EU von 15 auf 24 Mitglieder zum 1.1.2004. Für die Türkei wird die Fortsetzung der »Heranführungsstrategie« beschlossen ohne ein konkretes Beitrittsdatum zu nennen. Im Umfeld und nach dem Kopenhagener Beschluss kommt es in Deutschland zu einer intensiven Debatte, ob die Türkei – vor allem kulturell– überhaupt zu Europa gehört und somit Teil der EU werden soll. Die Debatte wurde vor allem durch einen kritischen *Zeit*-Artikel des linksliberalen Historikers Hans-Ulrich Wehler angestoßen. Während die Koalitionsfraktionen den Beitritt der Türkei unterstützen, wird von *CDU/CSU* dieser mehrheitlich abgelehnt.

18.12. Karlsruhe Das *Bundesverfassungsgericht* stoppte das Zuwanderungsgesetz der Bundesregierung wegen eines Verfahrensfehlers. Bei der Abstimmung im Bundesrat am 22. März hatte das Land Brandenburg ein geteiltes Votum abgegeben, das zu Unrecht als Ja-Stimme gezählt worden war. (→ 1./22.3.)

18.12. Wiesbaden Übergabe des Berichtes »Mittel- bis langfristige Entwicklung der Kulturlandschaft Hessen« der *Unabhängigen Hessischen Kulturkommission* an den hessischen Kulturminister. Der Bericht enthält eine Bestandsaufnahme wichtiger kultureller Angebote und Institutionen und einige Strukturempfehlungen.

21.12. Weimar Die Fusion der großen Weimarer Kultureinrichtungen zu einer gemeinsamen Stiftung tritt durch die Unterzeichnung des Vertrages über die Integration der Kunstsammlungen in die *Stiftung Weimarer Klassik* in Kraft. (→ 23.5.)

21.12. Wiesbaden »Teuro« ist das »Wort des Jahres« 2002. Die kurze Wortschöpfung aus »teuer« und »Euro« sei »kreativ und prägnant«, begründete die *Gesellschaft für deutsche Sprache* (*GfS*) ihre Entscheidung. Auf die Plätze zwei und drei kamen die Begriffe »Pisa-Schock« und »Jahrtausendflut«. Bundeskanzler Schröder (*SPD*) schaffte es mit dem Wort »Kakophonie« für widersprüchliche Aussagen in der rot-grünen Koalition auf den vierten Platz, es folgten »Ich-AG«, »Bush-Krieger« und »Job-Floater«.

28.12. London/New York Die teuersten Bilder in internationalen Auktionen 2002 waren Peter Paul Rubens »Der Bethlehemitische Kindermord« mit 45 Mio. Pfund und Pablo Picassos »Nu au collier« mit 14,5 Mio. Pfund, Claude Monets »Nymphéas« mit 12,25 Mio. Pfund und Paul Cézannes »Pichet et assiette de poires« mit 15,25 Mio. Dollar, weiter folgten Degas, Wellem de Kooning und Magritte, Maurice de Vlaminck und Jasper Johns. Das teuerste Bild einer deutschen Auktion war Gerhard Richters »Fels« zugunsten der *Kunstsammlung Dresden* mit 2,6 Mio. €.

30.12. Buenos Aires Amtseinführung des neuen brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva und des populären schwarzen Sängers Gilberto Gil, der zu den Grünen gehört, als Kulturminister.

31.12. Berlin/Frankfurt Mit 154,5 Mio. Besuchern blieb das Kinojahr 2002 hinter 2001 zurück (163,1 Mio., 2000: 138,6 Mio.). Erfolgreichster Film war 2002 »Harry Potter und die Kammer des Schreckens« mit 8,8 Mio. Besuchern, gefolgt von »Iceage« (7,1 Mio.), »Star Wars: Episode 2« (5,69 Mio.) und »Der Herr der Ringe: Die Gefährten« (5,6 Mio.). Die 53 deutschen Filme, die 2002 ins Kino kamen, hatten zusammen 11,5 Mio. Besucher, wovon Bibi Blocksberg mit 2 Mio. die Spitzenposition einnahm. (→ 14.11.)

31.12. Hamburg Bei der Umfrage des Kulturmagazins *Art* nach den wichtigsten Ausstellungen 2002 nannten sieben der 10 befragen KunstkritikerInnen die *documenta 11*. »Nicht bejubelt, aber mit Respekt aufgenommen«, so das Resümee des Kunstmagazins *Art*. (→ 31.10.)

Bibliographie kulturpolitischer Neuerscheinungen 2002[1]

Die folgende Bibliografie deutschsprachiger kulturpolitischer Neuerscheinungen aus dem Jahr 2002 umfasst Bücher und Broschüren, Buch- und Zeitschriftenbeiträge sowie größere Bundestagsdrucksachen. Landtagsdrucksachen, »Graue Literatur«, Tagungsberichte und Buchbesprechungen wurden nur in Ausnahmefällen aufgenommen, Zeitungsartikel überhaupt nicht. In der Regel ist jede bibliographische Angabe nur einmal aufgeführt, auch wenn sie zusätzlich weitere Rubriken betrifft. Bei Sammelbänden musste aus Platzgründen darauf verzichtet werden, die Einzelbeiträge aufzunehmen. Diese werden nur dann gesondert ausgewiesen, wenn sie sich auf andere Themen beziehen als jene, zu denen der Sammelband zugeordnet ist.

Gegenstand der Bibliographie sind Kultur*politik* und *kulturpolitische Praxisfelder*. Lediglich die erste Rubrik enthält grundlegende Texte zu Kultur und Gesellschaft, Kulturtheorie und Kulturwissenschaft beziehungsweise die letzte zum bürgerschaftlichen Engagement auch ohne direkten Bezug zu Kulturpolitik. In der ersten Hauptrubrik finden sich untergliedert in verschiedene Einzelaspekte wie »kulturelle Globalisierung«, »Dialog der Kulturen«, »Migration – Integration«, »Multikultur-Diskussion« u. a. die aktuelle Literatur zum Thema dieses Jahrbuchs. Ansonsten ist bei den Praxisfeldern der *kulturpolitische* Aspekt entscheidend für die Aufnahme. So sind beispielsweise unter dem Sachgebiet »Theater« lediglich Beiträge zur kulturellen und kulturpolitischen Bedeutung der Institution Theater sowie zu ihrer Organisation, Finanzierung und Struktur aufgenommen. Texte zu inhaltlichen und ästhetischen Aspekten des Theaters konnten nicht berücksichtigt werden. Diese thematische Einschränkung ist nicht immer leicht und sicher auch nicht immer geglückt. Sie ist aber notwendig, damit die Bibliographie als Überblick über das gesamte Feld der Kulturpolitik noch handhabbar bleibt. Auf die einschlägigen Fachzeitschriften und Fachbibliographien zu einzelnen Sachgebieten wird am Anfang jeder Rubrik hingewiesen. Auch sie werden nur einmal erwähnt, obwohl sie sich meist auf mehrere Rubriken beziehn.

Eine ausführlichere Fassung der Bibliographie findet sich auf der homepage der *Kulturpolitischen Gesellschaft*: www.kupoge.de. Sie wird hier und in den *Kulturpolitischen Mitteilungen* im vierteljährlichen Rhythmus durch die Aufnahme der Neuerscheinungen ständig aktualisiert.

1 zusammengestellt Bernd Wagner und Ralf Brünglinhaus unter Mitarbeit von Ulrike Blumenreich, Jörg Hausmann, Franz Kröger, Ute-Elisabeth Paffenholz und Roland Prüfer.

1 Kultur, Politik, Gesellschaft – Kulturverständnis – Kulturwissenschaft

1.1 Allgemein
1.2 Kulturelle Globalisierung
1.3 »Dialog der Kulturen«
1.4 Migration – Integration – Deutschland als Einwanderungsland
1.5 Kulturelle Situation von MigrantInnen und nationalen Minderheiten
1.6 Vom Umgnang mit dem Fremden – »Multikultur«-Diskussion
1.7 Theoretische Diskurse: Identität, postkoloniale Studien, Hybridität

2 Kulturpolitik

2.1 Grundlagen
2.2 Kommunale Kulturpolitik
2.2.1 allgemein
2.2.2 Einzelne Städte
2.3 Regionale Kulturpolitik
2.4 Kulturpolitik der Länder
2.5 Kulturpolitik auf der Bundesebene
2.5.1 Kulturpolitik des Bundes allgemein
2.5.2 Kulturpolitik Bundesebene – Einzelne Felder
2.5.2.1 Urheberrecht, Folgerecht, Verwertung
2.5.2.2 Stiftungsrecht
2.5.2.3 Künstlersozialversicherung
2.5.2.4 Steuerpolitik und weitere rechtliche Regelungen
2.5,2.5 Bundeskulturstiftung
2.5.3 Auswärtige Kulturpolitik
2.5.3.1 allgemein
2.5.3.2 Rückgabe v. Kulturgütern, »Beutekunst«
2.6 Kulturförderung, Kulturfinanzierung
2.6.1 Kulturförderung allgemein, Kulturfinanzierung
2.6.2 Öffentliche Kulturförderung
2.6.3 Private Kulturfinanzierung, Sponsoring, Mäzenatentum, Stiftungen
2.7 Kulturverwaltung, Kulturreform
2.8 Kulturmanagement
2.9. Kultur und Ökonomie – Kulturwirtschaft – Kultur und Arbeit

3 Kulturpolitische Positionen von Parteien und Verbänden

3.1 Parteien
3.2 Kulturpolitische Verbände und Institutionen

4 Europäische und internationale Kulturpolitik

4.1 allgemein
4.2 Kulturpolitik der EU
4.3 Überstaatliche Organisationen
4.4 Kulturpolitik in anderen Ländern

5 Kulturpolitische Praxisfelder

5.1 Theater
5.1.1 Theater allgemein
5.1.2 Theaterstruktur, Theaterfinanzierung
5.1.3 Kinder- und Jugendtheater, Theaterpädagogik
5.2 Musik
5.2.1 Musik allgemein
5.2.2 Musikpädagogik
5.3 Bildende Kunst
5.3.1 Bildende Kunst allgemein
5.3.2 Kunstpädagogik
5.4 Museen, Ausstellungen
5.4.1 Museum und Ausstellungen allgemein
5.4.2 Museumspädagogik, Kindermuseen
5.5 Kunst im öffentlichen Raum, Baukultur
5.6 Denkmäler und kulturelles Erbe,
5.6.1 Denkmäler, Denkmalschutz, Kulturlandschaften
5.6.2 Erinnungskultur, Mahn- und Gedenkmale
5.7 Bibliotheken, Lese- und Literaturförderung
5.7.1 Bibliotheken
5.7.2 Leseförderung, Leseforschung
5.7.3 Literaturförderung
5.8 Medienpolitik
5.8.1 Medien und Medienpolitik allgemein
5.8.2 Film, Filmförderung
5.8.3 Internet und mobile Kommunikationsmedien
5.8.4 Medienpädagogik
5.9 Volkshochschulen, Kulturelle Erwachsenenbildung, Archive

6 Soziokultur und soziokulturelle Praxisfelder

6.1 Soziokultur, Freie Kultur allgemein
6.2 Kulturpädagogik, kulturelle Bildung, ästhetische Erziehung
6.3 Kinder- und Jugendkulturarbeit

7 Weitere kulturpolitische Felder und Themen

7.1 Kultur in der Entwicklungszusammenarbeit, Agenda 21
7.2 Ökologie und Kultur
7.3 Frauen in Kunst und Kultur
7.4 Events, Festivals, Tourismus
7.5 Kultur und Kunst als Beruf
7.6 Aus- und Fortbildung für Kulturberufe
7.7 Bürgerschafliches Engagement, Freiwilligenarbeit, Ehrenamt

Allgemeine Bibliografien [spezielle unter den jeweiligen Gliederungspunkten]

»Bibliographie zur Zeitgeschichte«. Beilage der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, München: R. Oldenbourg (jährlich)

Brünglinghaus, Ralf u. a.: »Bibliografie kulturpolitischer Neuerscheinungen 2001«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.: *Jahrbuch Kulturpolitik*, Band 2, Thema: »Kulturföderalismus«, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag 2002, S. 413-457

1 Kultur, Politik, Gesellschaft – Kulturverständnis – Kulturwissenschaft

1.1 Allgemein

aus politik und zeitgeschichte (wöchentlich)

Berliner Republik (zweimonatlich)

Bios. Zeitschrift für Biographieforschung (zweimal jährlich)

Blätter für deutsche und internationale Politik (monatlich)

Demokratische Gemeinde (monatlich)

der blaue reiter. Journal für Philosophie (halbjährlich)

Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland (zweimonatlich)

epd-Entwicklungspolitik

Ethik und Sozialwissenschaften. Streitforum für die Erwägungskultur (viermal jährlich)

Forum Sozialpolitik. Zeitschrift der AG SPAK (dreimal jährlich)

Forum Wissenschaft. das kritische Wissenschaftsmagazin, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e. V. (BdWi) (vierteljährlich)

humanismus aktuell. Zeitschrift für Kultur und Weltanschauung (halbjährlich)

IKA. Zeitschrift für *internationalen Kulturaustausch und Kulturkalender*, unregelmäßig

Information Philosophie (fünfmal jährlich)

Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (vierteljährlich)

Le Monde diplomatique (monatlich)

Liber. Internationales Jahrbuch für Literatur und Kultur (jährlich)

Merkur. Zeitschrift für Europäisches Denken (elfmal im Jahr)

Politische Studien. Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Grünwald: Atwerb Verlag

Sociologia Internationalis. Internationale Zeitschrift für Soziologie, Kommunikation- und Kulturforschung (halbjährlich)

Soziologische Revue. Besprechungen neuer Literatur (vierteljährlich)

universitas. Orientierung in der Wissenschaft (monatlich)

Wechselwirkung & Zukünfte. Wissenschaft & vernetztes Denken (zweimonatlich)

Zeitschrift für Ästhetik und Allgemeine Kunstwissenschaft (zweimal im Jahr)

Bal, Mieke: *Kulturanalyse*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2002, 372 S.

Barfuss, Thomas: *Konformität und bizarres Bewusstsein. Zur Verallgemeinerung und Verwaltung von Lebensweisen in der Kultur des 20. Jahrhunderts*, Hamburg: Argument-Verlag (Sonderband, 291) 2002, 238 S.

Bermann, Morris: *Kultur vor dem Kollaps? Wegbereiter Amerika*. Aus dem Amerikanischen von Jürgen Pelzer, Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg 2002, 229 S.

Besenfelder, Sabine: *›Staatsnotwendige Wissenschaft‹. Die Tübinger Volkskunde in den 1930er und 1940er Jahren*, Tübingen: Tübinger Vereinigung für Volkskunde e. V. (Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen, 94) 2002, 598 S.

Blase, Christoph: »Diktatur, Demokratie und andere Probleme der Kunsttheorie. Interview von Axel Hecht«, in: *art*, Heft 6/2002, S. 74-75

Bollenbeck, Georg/Presti, Thomas La (Hrsg.): *Traditionsanspruch und Traditionsbruch. Die deutsche Kunst und ihre diktatorischen Sachwalter*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag (Kulturelle Moderne und bildungsbürgerliche Semantik, 2) 2002, 227 S.

Brock, Bazon/Koschik, Gerlinde (Hrsg.): *Krieg und Kunst*, München: Wilhelm Fink Verlag 2002, 344 S.

Brock, Bazon: »Nihilismus. Selbstverwirklichungsboheme und Individualisierungsterror«, in: *der blaue reiter*, Heft 15 (2002), S. 84-86

Brock, Bazon: *Der Barbar als Kulturheld – Bazon Brock III. Gesammelte Schriften 1991-2002, Ästhetik des Unterlassens, Kritik der Wahrheit – wie man wird, der man nicht ist*, Köln: DuMont Verlag 2002, 953 S.

Crary, Jonathan: *Aufmerksamkeit. Wahrnehmung und moderne Kultur*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2002, 390 S.

Deutscher Bundestag: »Technikfolgenabschätzung – hier: Neue Medien und Kultur. Bisherige und zukünftige Auswirkungen der Entwicklung Neuer Medien auf den Kulturbegriff, die Kulturpolitik, die Kulturwirtschaft und den Kulturbetrieb. Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuss) gemäß § 56a der Geschäftsordnung«, *Drucksache* 14/8434 vom 4.3.2002, Berlin 2002

Diederichsen, Diedrich: »Sonst bewegt sich ja nichts im Land? Die Kraft der Negation oder: Wie sich die Kunst zur Politik verhalten könnte, verhalten sollte«. Ein Vortrag, in: *Theater heute*, Heft 7/2002, S. 20-25

Dröge, Kurt (Hrsg.): *Alltagskulturen in Grenzräumen*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang Verlag (Oldenburger Beiträge zur Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas, 4) 2002, 381 S.

Enzewor, Okwui u. a (Hrsg.): *Demokratie als unvollendeter Prozess. Documenta11_Plattform1*, Ostfildern: Hatje Cantz 2002, 412 S.

Enzewor, Okwui u. a (Hrsg.): *Experimente mit der Wahrheit. Documenta11_Plattform2*, Ostfildern: Hatje Cantz 2002, 404 S.

Enzewor, Okwui u. a. (Hrsg.): *Under Siege: Four African Cities. Documenta11_Plattform4*, Ostfildern: Hatje Cantz 2002, 456 S.

Faulstich, Werner: *Die Kultur der 50er Jahre*, München: Wilhelm Fink Verlag 2002, 292 S.

Flacke, Monika (Hrsg.): *Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama*, München: Koehler & Amelang 2002, 600 S.

Frantz, Christiane/Zimmer, Annette (Hrsg.): *Zivilgesellschaft international: alte und neue NGOs*, Opladen: Leske + Budrich 2002, 411 S.

Fukuyama, Francis: *Der große Aufbruch. Wie unsere Gesellschaft eine neue Ordnung erfindet*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2002, 460 S.

Gerndt, Helge: *Kulturwissenschaft im Zeitalter der Globalisierung. Volkskundliche Markierungen*, Münster/New York/München/Berlin: Waxmann (Münchner Beiträge zur Volkskunde; 31) 2002, 302 S.

Glaser, Hermann (Hrsg.): *Grundfragen des 21. Jahrhunderts*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2002, 249 S.

Göttlich, Udo/Gebhard, Winfried/Albrecht, Clemens (Hrsg): *Populäre Kultur als repräsentative Kultur. Die Herausforderung der Cultural Studies*, Köln: Herbert von Halem Verlag 2002, 308 S.

Gugerli, David/Speich, Daniel: *Topografien der Nation. Politik, kartografische Orte und Landschaft im 19. Jahrhundert*, Zürich: Chronos Verlag 2002, 264 S.

Gutmann, Mathias u. a. (Hrsg.): *Kultur, Handlung, Wissenschaft. Für Peter Janich*, Weilerswist: Velbrück Bücher und Medien GmbH 2002, 362 S.

Heckmann, Stefanie/Pfütze, Hermann: »Das Verhältnis von Kunst und Demokratie«, in: *Kunstforum International*, Heft 162 (2002), S. 146-155

Helduser, Urte/Schwietring, Thomas (Hrsg.): *Kultur und ihre Wissenschaft*, Konstanz: UVK-Verlag (Theorie und Methode, 20) 2002, 234 S.

Helff, Sissy: »Metropolen im Visier. Eine Annäherung an die Plattformen IV und V der Documenta 11«, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 13-14/2002, S. 10-11

Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.): *Brücken in die Zukunft – Museen, Musik und darstellende Künste im 21. Jahrhundert. 18. Sinclair-Haus-Gespräch in Bad Homburg v.d. Höhe am 19.-20. April 2002*, Bad Homburg v.d. Höhe: Selbstverlag 2002, 88 S.

Hofmann, Marit: »Der Kampf muß weitergehen. Hochkultur ist nicht mehr auf den deutschen Staatsbühnen zu finden, sondern in den Unternehmen. Ein Besuch bei Edeka«, in: *konkret*, Heft 5/2002, S. 63-65

Hörisch, Jochen: »Totalitäre Spaßgesellschaft«, in: *grimme*, Heft 1/2002, S. 8-9

Jaeggi, Urs A.: »Eine Informationsgesellschaft für uns alle?«, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 23/24 (2002), S. 24-25

Köhler, Thomas: »Jugendgenerationen im Vergleich: Konjunkturen des (Non-)Konformismus«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft B 5/2002, S. 7-13

Köstring, Patricia: »Das Licht kommt von links. Zu den möglichen Beziehungen zwischen Kunst und Gewalt«, in: *Kulturrisse*, Heft 4/2002, S. 4-5

Kramer, Dieter: »Szenen der Kunst und der Kulturpraxis«, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 2-3/2002, S. 34-35

Kube Ventura, Holger: *Politische Kunst-Begriffe in den 1990er Jahren im deutschsprachigen Raum*, Wien: edition selene 2002, 354 S.

Kuhlen, Rainer: »Napterisierung und Venterisierung. Bausteine zu einer politischen Ökonomie des Wissens«, in: *Prokla*, Heft 126 (2002), S. 57-88

Lorenz, Hartmut: »Kulturpolitik in Zeiten des Terrorismus«, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 2-3/2002, S. 33-34

Luger, Kurt/Renger, Rudi/Casmir, Fred: *Vergnügen, Zeitgeist, Kritik. Streifzüge durch die populäre Kultur. Neue Aspekte in Kultur- und Kommunikationswissenschaften*, Wien: Österreichischer Kunst- und Kulturverlag 2002, 382 S.

Martenstein, Harald: »Die Spaßgesellschaft: Warum sie so verhasst ist und wie man sie kritisieren könnte«, in: *Merkur*, Heft 641/642 (2002), S. 906-911

Matzker, Reiner/Müller, Michael (Hrsg.): *Kommunikation, Kunst und Kultur*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang Verlag (Reihe C, Forschungsberichte, 7) 2002, 248 S.

Morin, Edgar: »Kultur – Erkenntnis«, in: Watzlawick, Paul/Krieg, Peter (Hrsg.): *Das Auge des Betrachters: Beiträge zum Konstruktivismus. Festschrift für Heinz von Förster*, Heidelberg: Carl-Auer-Systeme Verlag 2002, S. 75-84

Musner, Lutz/Wunberg, Gotthart (Hrsg.): *Kulturwissenschaften. Forschung – Praxis – Positionen*, Wien: WUV (Edition Parabasen) 2002, 355 S.

Nida-Rümelin, Julian: »Die kulturelle Dimension des Nationalstaates«, in: *Musikforum*, Heft 96 (2002), S. 104-112

Niekisch, Sibylle: *Kolonisation und Konsum. Kulturkonzepte in Ethnologie und Cultural Studies*, Bielefeld: transcript Verlag (Kultur und soziale Praxis) 2002, 108 S.

Pfaller, Robert: *Die Illusionen der anderen. Über das Lustprinzip in der Kultur*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag (edition suhrkamp, 2279) 2002, 300 S.

Richard, Birgit/Drühl, Sven (Hrsg.): »Titel Dokumentation. Transgene Kunst: Klone und Mutanten, Teil II«, in: *Kunstforum International*, Heft 158 (2002), S. 44-175

Rink, Dieter: »Beunruhigende Normalisierung: Zum Wandel von Jugendkulturen in der Bundesrepublik Deutschland«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft B 5/2002, S. 3-6

Rössel, Jörg/Beckert-Ziegelschmid, Claudia: »Die Reproduktion kulturellen Kapitals«, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Heft 6/2002, 31. Jg., S. 497-513

Rusterholz, Peter (Hrsg.): *Die Zukunft der Natur- und Kulturwissenschaften: Referate einer Vorlesungsreihe des Collegium Generale der Universität Bern im Sommersemester 1999*, (hrsg. im Auftr. des Collegium Generale von Peter Rusterholz und Rupert Moser), Bern/Stuttgart/Wien: Haupt (Berner Universitätsschriften) 2002, 169 S.

Scharfe, Martin: *Menschenwerk. Erkundungen über Kultur*, Köln: Böhlau 2002, 387 S.

Tallis, Raymond: »Paradiesträumer. Zu Roger Sandalls Polemiken gegen den Kult der Kultur«, in: *Merkur*, Heft 643 (2002), S. 1024-1028

Tomkowiak, Ingrid (Hrsg.): *Populäre Enzyklopädien. Von der Auswahl, Ordnung und Vermittlung des Wissens*, Zürich: Chronos Verlag 2002, 306 S.

Walter, Franz: »Einsprüche und Fragezeichen. Bürgergesellschaft – die neue Erzählung«, in: *Universitas*, Heft 674 (2002), 57. Jg., S. 794-806

Witt-Stahl, Susann: »Beats für die Heimatfront: ›Let´s get loud‹. Die Kulturindustrie mobilisiert für den Krieg«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 1/2002, S. 10-11

Zuckermann, Moshe: *Kunst und Publikum. Das Kunstwerk im Zeitalter seiner gesellschaftlichen Hintergehbarkeit*, Göttingen: Wallstein 2002, 187 S.

1.2 Kulturelle Globalisierung

Acham, Karl (Hrsg.): *Moral und Kunst im Zeitalter der Globalisierung*, Wien: Passagen Verlag (Studien zur Geschichts- und Gesellschaftsanalyse, 2) 2002, 152 S.

Binas, Susanne: »Die Poesie des Lokalen«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 2/2002, 52. Jg., S. 69-71

Bönsch, Annemarie: »Schnittmuster der Macht«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 4/2002, 52. Jg., S. 34-35

Breidenbach, Joana/Zukrigl, Ina: »Widersprüche der kulturellen Globalisierung: Strategien und Praktiken«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 12/2002, S. 19-25

Brinkmann, Manus: »Chaos oder Dogma? Auf dem Weg zu einem globalen Ethik-Begriff«, in: *museumskunde*, Heft 2/2002, S. 52-57

Dürrschmidt, Jörg: *Globalisierung*, Bielefeld: transcript Verlag (Einsichten) 2002, 130 S.

Erguner, Kudsi: »Die Tür zum Paradies. Der türkische Sufi-Musiker Kudsi Erguner über die Musik des Orients, die Aktualität der mystischen Tradition des Islam und Tendenzen der Verwestlichung«, Gespräch mit Christoph Wagner, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 5/2002, S. 36-38

Frein, Michael: »Die Globalisierung von Rechten an geistigem Eigentum und der Nord-Süd-Konflikt«, in: *Prokla*, Heft 126 (2002), S. 103-125

Fuchs, Max: »Dialog zwischen den Kulturen. Kulturtheoretische und -politische Anmerkungen«, in: *UNESCO heute*, Heft 1-2/2002, S. 129-132

Haase, Amine/Hübl, Michael/Wulffen, Thomas u. a.: »Die Documenta 11«, in: *Kunstforum International*, Heft 161 (2002), S. 52-113

Hanf, Theodor: »Konfliktträchtigkeit von Kulturen und Religionen. ›Lessons learned‹ und offene Fragen«, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 21, 2002, S. 26-30

Hauser-Schäublin, Brigitta/Baukämper, Ulrich (Hrsg.): *Ethnologie der Globalisierung. Perspektiven kultureller Verflechtungen*, Berlin: Dietrich Reimer 2002, 200 S.

Hepp, Andreas: »Globalisierung der Medienkommunikation. Eine Herausforderung für die moderne Gesellschaft«, Tagung ›Medien und Politik‹, in: *Medien praktisch*, Heft 5/2002, 26. Jg., S. 36-45

Hippler, Jochen/Staron, Joachim/Dawidoff, Nicholas u. a.: »Feindbild Globalisierung. Die Angst vor der kulturellen Vereinnahmung«, Themenschwerpunkt, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 2/2002, 52. Jg., S. 24-85

Holert, Tom/Terkessidis, Mark: *Entsichert. Krieg als Massenkultur im 21. Jahrhundert*, Köln: Kiepenheuer & Witsch 2002, 287 S.

Honold, Alexander/Simons, Oliver (Hrsg.): *Kolonialismus als Kultur. Literatur, Medien, Wissenschaft in der deutschen Gründerzeit des Fremden*, Tübingen: A. Francke Verlag (Kultur – Herrschaft – Differenz, 2) 2002, 291 S.

Iyer, Pico: »Fremde Heimat Ganze Welt. Konfusionen der modernen Seele – Bilder des globalen Lebens«, in: *Lettre International*, Heft 56/I (2002), S. 20-26

Iyer, Pico: *Sushi in Bombay, Jetlang in L.A. Unterwegs in einer Welt ohne Grenzen*, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag 2002, 320 S.

Jakob, Dieter (Hrsg.): *Globalisierung und Kultur. Identität im Wechselspiel von Begrenzung und Entgrenzung, Wilhelm-Hausenstein-Symposium 2000*, München: Iudicum 2002, 157 S.

Knipp, Kersten: »...höret die Signale... Zur Logik der Kulturkämpfe in globalisierten Zeiten«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 5/2002, S. 281-284

Koch, Manfred: *Weimaraner Weltbewohner. Zur Genese von Goethes Begriff ›Weltliteratur‹*, Tübingen: Max Niemeyer Verlag (Commuicatio, 29) 2002, 285 S.

Lorenz, Hartmut: »›Kampf um Kultur‹ für globales Konfliktmanagement«, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 18 (2002), S. 7-8

Loschek, Ingrid: »United Look of Fashion«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 4/2002, 52. Jg., S. 36-37

Malan, Rian: »Wenn der Löwe schläft. Eine magische Melodie aus Afrika im Dschungel des Musikgeschäfts«, in: *Lettre International*, Heft 58 (2002), S. 56-62

Matthiesen, Sigrun: »Von der Haute Couture zur Hochkultur?«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 4/2002, 52. Jg., S. 32-33

Müller, Christine: »Vom Moloch zur Hauptstadt der Kulturen«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 4/2002, 52. Jg., S. 18-19

Nida-Rümelin, Julian: »Globalisierung und kulturelle Differenz. Eine zivilgesellschaftliche Perspektive«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft B 12/2002, S. 3-5

Pieper, Martin: »TV-Global – Ein Dialog der Kulturen?«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 6/2002, 49. Jg., S. 365-369

Ramonet, Ignacio: *Liebesgrüße aus Hollywood. Die versteckten Botschaften der bewegten Bilder*, Zürich: Rotpunkt Verlag 2002, 242 S.

Roth, Roland: »Globalisierungsprozesse und Jugendkulturen«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft B 5/2002, S. 21-27

Roy, Arundhati: *Die Politik der Macht*, München: Goldmann Verlag 2002, 313 S.

Schäfer, Volker: »Die documenta ist in der Welt angekommen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 14-15

Schlosser, Eric: *Fast Food Gesellschaft. Die dunkle Seite von McFood & Co.*, München: Riemann Verlag 2002, 447 S.

Schmidt, Michael: »Globale Polyphonie statt musikalische Weltsprache«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 6/2002, 49. Jg., S. 369-372

Schmidt, Michael: »Globale Polyphonie statt musikalischer Weltsprache«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 6/2002, S. 369-372

Schöfthaler, Traugott: »Die Globalisierung menschlich gestalten. Die 31. UNESCO-Generalkonferenz«, in: *UNESCO heute*, Heft 1-2/2002, S. 16-23

Senghaas, Dieter: »Kulturelle Globalisierung – ihre Kontexte, ihre Varianten«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft B 12/2002, S. 6-9

Terkessidis, Mark: »Der lange Abschied von der Fremdheit. Kulturelle Globalisierung und Migration«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft B 12/2002, S. 31-38

Theisen, Heinz: »Zivilisierung von Kulturen. Zu einer notwendigen Selbstreflexion Europas«, [zur Huntington-These und zur Selbstbestimmung Europas – einer von sechs Schwerpunktbeiträgen zu Europa], in: *die politische Meinung*, Heft 388 (März), 2002, S. 22-28

Wagner, Bernd: »Kulturelle Globalisierung. Von Goethes ›Weltliteratur‹ zu den weltweiten Teletubbies«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft B 12/2002, S. 10-18

1.3 »Dialog der Kulturen«

Auswärtiges Amt (Hrsg.): *Siebtes Forum Globale Fragen. Dialog der Kulturen*, Berlin, 16.-17. Mai 2002, Berlin: Auswärtiges Amt 2002, 127 S.

Deutscher Bundestag: »Interreligiösen und interkulturellen Dialog durch Entwicklungszusammenarbeit fördern. Antrag der Fraktion der CDU/CSU«, *Drucksache* 14/9104 vom 14.2.2002, Berlin 2002

Eichler, Kurt: »»... für einen fruchtbaren kulturellen Dialog unverzichtbar.‹. Anforderungen und Perspektiven der internationalen Kulturarbeit aus kommunaler Sicht«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 54-55

Farbfieber e. V. (Hrsg.): *Wem gehört die Welt?: mural global. Weltweites Wandmalprojekt zur Agenda 21, entstanden im Dialog der Kulturen von Künstlern und Künstlerinnen, Initiativen und Bürgern aus 20 Ländern*, Essen: Klartext 2002, 205 S.

Freund, Wolfgang/Guinand, Cedric/Seidel, Ralph, S. (Hrsg.): *Begegnungen. Perspektiven interkultureller Kommunikation*, Frankfurt am Main: Verlag für interkulturelle Kommunikation 2002, 344 S.

Harrison, Lawrence E./Huntington, Samuel P.: *Streit um Werte. Wie Kulturen den Fortschritt prägen*, Hamburg: Europa Verlag 2002, 335 S.

Helff, Sissy: »Wohin geht die Kulturreise?«, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 13/14 (2002), S. 19

Hessel, Stéphanie: »Wir brauchen eine Mischung der Kulturen«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 7-8/2002, 49. Jg., S. 478-482

Kainzbauer, Astrid: *Kultur im interkulturellen Training. Der Einfluss von kulturellen Unterschieden in Lehr- und Lernprozessen*, Frankfurt am Main: IKO Verlag für Interkulturelle Kommunikation (Management Across Borders, 2) 2002, 243 S.

Karahasan, Dzevad: *Das Buch der Gärten. Grenzgänge zwischen Islam und Christentum*, Frankfurt am Main: Insel Verlag 2002, 192 S.

Koslowski, Peter (Hrsg.): *Philosophischer Dialog der Religionen statt Zusammenstoß der Kulturen im Prozess der Globalisierung*, München: Verlag Wilhelm Fink (Diskurs der Weltreligionen, 5) 2002, 200 S.

Kramer, Dieter: »Freund-Feind-Klischees und das Jahr des ›Dialogs der Kulturen‹«, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 4/2002, S. 21

Lammert, Norbert: »Die Karawane zieht weiter?«, Der Dialog mit dem Islam, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 1/2002, 52. Jg., S. 10-12

Luger, Kurt/Renger, Rudi/Casmir, Fred: *Dialog der Kulturen. Die multikulturelle Gesellschaft und die Medien*, Wien: Österreichischer Kunst- und Kulturverlag 2002, 360 S.

Marcus, Dorothea: »Zwischen Zensur und Theaterhunger. Der Dialog mit dem Islam«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 1/2002, 52. Jg., S. 107-109

Mazumdar, Shaswati/Wenner, Claudia: »Übersetzungen der Kulturen? Indien und Deutschland als Beispiel«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 6/2002, 49. Jg., S. 372-374

Nolle, Reinhard: *Aktive Medienarbeit. Interkulturelle Dialoge in Projekten handlungsorientierter Pädagogik*, Kassel: Univ. Press (Kasseler Semesterbücher; Studia Castellana, 11) 2002, 207 S.

Obhodjas, Safeta/Boulos, Sargon: *Legenden und Staub. Auf den christlich-islamischen Pfaden des Herzens*, Münster/Hamburg/London: Lit (Begegnung Christen und Muslime, 1) 2002, 249 S.

Renn, Joachim/Straub, Jürgen/Shimada, Shingo (Hrsg.): *Übersetzung als Medium des Kulturverstehens und sozialer Integration*, Frankfurt am Main: Campus 2002, 396 S.

Roth, Hans-Joachim: *Kultur und Kommunikation. Systematische und theoriegeschichtliche Umrisse interkultureller Pädagogik*, Opladen: Leske + Budrich (Interkulturelle Studien, 10) 2002, 597 S.

Schiffauer, Werner: »Alles ist eines. Demokratische Kultur und extremistischer Islam«, in: *Kursbuch*, Heft 149 (2002), S. 107-120

Schmidinger, Heinrich (Hrsg.): *Wege zur Toleranz. Geschichte einer europäischen Idee in Quellen*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2002, 319 S.

Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (Hrsg.): *Verstehen und Verständigung. Ethnologie – Xenologie – interkulturelle Philosophie, Justin Stagl zum 60. Geburtstag*, Würzburg: Königshausen und Neumann 2002, 406 S.

Schwarzer, Alice (Hrsg.): *Die Gotteskrieger und die falsche Toleranz*, Köln: Kiepenheuer & Witsch 2002, 256 S.

Stenou, Katerina/Bhatti, Anil/Hauffe, Heinz u. a.: *Dokumentation eines kulturwissenschaftlichen Polylogversuchs im www*, St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag 2002, 284 S.

Tibi, Bassam: *Die fundamentalistische Herausforderung. Der Islam und die Weltpolitik*, München: Verlag C.H. Beck 2002, 291 S. (3. völlig neu überarbeitete und erweiterte Auflage)

WOGE e. V. (Hrsg.)/Tuschinsky, Christine: *Interkulturelle Ressourcenarbeit in der Betreuung von jungen MigrantInnen. Ein fünftägiges Fortbildungsprogramm für Fachpersonal der Jugendhilfe*, Frankfurt am Main: Verlag für interkulturelle Kommunikation 2002, 140 S.

1.4 Migration – Integration – Deutschland als Einwanderungsgesellschaft

»Antworten auf die demografische Herausforderung. Schwerpunktheft«, in: *Politische Studien*, Sonderheft 2, 2002, 177 S.

Bade, Klaus J./Münz, Rainer (Hrsg.): *Migrationsreport 2002. Fakten – Analysen – Perspektiven, hrsg. für den Rat der Migration*, Frankfurt am Main: Campus Verlag 2002, 288 S.

Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hrsg.): *Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin/Bonn: Eigenverlag 2002, 412 S.

Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen: *Daten und Fakten zur Ausländersituation*, Berlin/Bonn: Selbstverlag 2002, 20. Aufl., Febr. 2002

Beauftragte für Migration und Integration (Hrsg.): *Bericht zur Integrations- und Ausländerpolitik in Berlin 2000*, Berlin: Selbstverlag 2002, 79 S.

Beck-Gernsheim, Elisabeth: »Im Irrgarten der Ausländerstatistik«, in: *Mittelweg 36*, Heft 5/2002, S. 24-40

Bellmann, Lutz/Leber, Ute: »Weiterbildung und Zuwanderung als mögliche Strategien zur Überwindung des Fachkräftebedarfs«, in: *Politische Studien*, Sonderheft 2, 2002, S. 87-105

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern – Einflussfaktoren, internationale Erfahrungen und Handlungsempfehlungen*, Gütersloh: Selbstverlag 2002

Bogai, Dieter: »Zuwanderung und Integration: Bildungs- und arbeitsmarktpolitische Herausforderungen«, in: *WSI-Mitteilungen*, Heft 7/2002, S. 397-402

Böltken, Ferdinand/Gatzweiler, Hans-Peter/Meyer, Katrin: »Räumliche Integration von Ausländern und Zuwanderern«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 8/2002, S. 397-414

Brunkhorst, Hauke: »Leitkultur und Demokratie. Angela Merkels ›Maßstäbe der Integration‹«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 3/2002, S. 295- 303

Bucher, Hansjörg/Kocks, Martina/Schlömer, Claus: »Künftige internationale Wanderungen und die räumliche Inzidenz von Integrationsaufgaben«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 8/2002, S. 415-430

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung Wiesbaden (Hrsg.): *Determinanten und Indikatoren der Integration und Segregation der ausländischen Bevölkerung (Integrationssurvey). Projekt- und Materialdokumentation*, Wiesbaden: Selbstverlag (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, 105a) 2002, 290 S.

Currle, Edda/Wunderlich, Tanja (Hrsg.): *Deutschland ein Einwanderungsland? Rückblick, Bilanz und neue Fragen*, Stuttgart: Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft 2002, 538 S.

Deutscher Städtetag (Hrsg.): *Ausländische Studierende in deutschen Hochschulstädten. Fakten, Probleme und Handlungsfelder*, Köln/Berlin: Selbstverlag (DST-Beiträge zur Bildungs- und Kulturpolitik; Reihe C, 27) 2002, 79 S.

Dick, Eugen/Mäding, Heinrich (Hrsg.): *Bevölkerungsschwund und Zuwanderungsdruck in den Regionen. Mit welchen Programmen antwortet die Politik? Ein Werkstattbericht*, Münster: Waxmann Verlag (Schnittpunkte von Forschung und Politik, 4) 2002, 188 S.

Gemende, Marion: *Interkulturelle Zwischenwelten. Bewältigungsmuster des Migrationsprozesses bei MigrantInnen in den neuen Bundesländern*, Weinheim/München: Juventa (Dresdner Studien zur Erziehungswissenschaft und Sozialforschung) 2002, 239 S.

Hillmann, Felicitas: »Zuwanderung und Arbeitsmarkt – alter Zopf mit neuem Muster?«, in: *WSI-Mitteilungen*, Heft 10/2002, S. 578-585

Huber, Bertold/Filsinger, Dieter/Lenninger, Peter Franz/Werder, Christa/Repond, Cacques: »Kommunale Migrationsarbeit im europäischen Vergleich. Interkulturelle Kompetenz. Ältere Aussiedler. Interkulturalität in der Alten- und Krankenpflege. Wiedereinstieg von Zuwanderern ins Berufsleben«, in: *Migration und Soziale Arbeit*, Heft 2/2002

Hunger, Uwe: *Migration im Wettbewerbsstaat*, Opladen: Leske + Budrich 2002, 160 S.

Karrer, Dieter: *Der Kampf um Integration. Zur Logik ethnischer Beziehungen in einem sozial benachteiligten Stadtteil*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, 252 S.

Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): *Die Ergebnisse der PISA-Studie und ihre Implikationen für die Förderung von Migrantenkindern im Elementarbereich. Eine Stellungnahme des Koordinationsteams ›Interkulturelle Erziehung im Elementarbereich‹ des Landeszentrums für Zuwanderung NRW – Stand 15. Juli 2002*, Solingen: Selbstverlag (Publikationen des Sachgebiets Forschung) 2002

Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): *Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft. Expertise I/2002* (erstellt im Auftrag des Landeszentrums für Zuwanderung NRW von Dr. Heidi Behrens und Dipl.-Päd. Alexandra Paufler), Solingen: Selbstverlag (Publikationen des Sachgebiets Weiterbildung) 2002

Lefringhausen, Klaus/Jendryschik, Lydia/Bainski Christiane u. a.: »Thema Migration. Heftschwerpunkt«, in: *Städte- und Gemeinderat*, Heft 12/2002, S. 6-22

Lorenz v. Stein-Gesellschaft zu Kiel e. V. (Hrsg.): *Migration und Integration*, Kiel: Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (Arbeitspapiere des Lorenz-von-Stein-Institus für Verwaltungswissenschaften, 62) 2002, 59 S.

Luft, Stefan: *Mechanismen, Manipulation, Missbrauch. Ausländerpolitik und Ausländerintegration in Deutschland*, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 2002, 211 S.

Maier-Braun, Karl-Heinz: *Deutschland, Einwanderungsland*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2266) 2002, 201 S.

Münz, Rainer: »Deutschland wird Einwanderungsland. Aspekte einer geregelten Zuwanderung«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 8/2002, S. 393-396

Münz, Rainer: »Kulturnation und Einwanderungsland«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 6/2002, S. 364-365

Oltmer, Jochen (Hrsg.): *Migrationsforschung und interkulturelle Studien: zehn Jahre IMIS*, Osnabrück: Univ.-Verl. Rasch (Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, 11) 2002, 377 S.

Referat für interkulturelle Angelegenheiten/Agenda 21-Büro: *MigrantInnen machen mit, Ein Workshop, der Bewegung bringt. Workshop von 26.10.2001*, Hannover: Selbstverlag 2002, 29 S.

Salentin, Kurt: *Tamilische Flüchtlinge in der Bundesrepublik. Eine Bestandsaufnahme sozialer, ökonomischer und rechtlicher Aspekte der Integration*, Frankfurt am Main: Verlag für interkulturelle Kommunikation 2002, 306 S.

Schneider, Kerstin: »Türkische Einwanderer und die Integrationsdebatte«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 7-8/2002, 49. Jg., S. 483-486

Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina: »Integrationskonzepte auf städtischer Ebene«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 8/2002, S. 431-442

Seitter, Wolfgang: »›Steigerung unter Vorbehalt‹. Deutungs- und Konstruktionsmuster von Biographien spanischer Migranten«, in: *Bios*, Heft 1/2002, 15. Jg., S. 63-76

Skubsch, Sabine: *Kurdische Migration und deutsche (Bildungs-)Politik*, Münster: Unrast (Beiträge zur Kurdologie, 5) 2002, 376 S.

Thränhardt, Dietrich: »Einwanderungs- und Integrationspolitik in Deutschland und den Niederlanden«, in: *Leviathan*, Heft 2/2002, S. 220-249

Thränhardt, Dietrich: »Konflikt und Konsens. Einwanderung- und Integrationspolitik in Deutschland und den Niederlanden«, in: Friso Wielenga (Hrsg.): *Politische Kulturen im Vergleich*, Bonn: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 2002, S. 17-44

Tibi, Bassam: *Islamische Einwanderung. Die gescheiterte Integration*, Stuttgart/München: Deutsche Verlagsanstalt 2002, 380 S.

Ulusoy, Yunus: »Die türkischen Migranten als Wirtschaftsfaktor«, (Muslime in den Kommunen, Teil 3), in: *Das Rathaus*, Heft 7-8/2002, S. 199-201

Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Auf Worte folgen Taten. Der Wettbewerb zur Integration von Zuwanderern. Dokumentation*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2002, 500 S.

1.5 Kulturelle Situation von MigrantInnen und nationalen Minderheiten

Becker, Jörg/Behnisch, Reinhard (Hrsg.): *Zwischen Autonomie und Gängelung. Türkische Medienkultur in Deutschland II. Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum in Zusammenarbeit mit KomTech – Institut für Kommunikations- und Technologieforschung, Solingen, vom 23. bis 25. März 2001*, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum (Loccumer Protokolle, 12/01) 2002, 246 S.

Bundeszentrale für politische Bildung/Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei e. V. [DOMIT] (Hrsg.): *Das historische Erbe der Einwanderer sichern. Die Bundesrepublik Deutschland braucht ein Migrationsmuseum. Dokumentation zur Fachtagung vom 4.-6. Oktober in Brühl*, Bonn/Köln: Selbstverlag 2002, 56 S.

Egner, Helga (mit Beiträgen von Züli Aladag): *Das Schöpferische. Von der Überwindung der Resignation*, Düsseldorf/Zürich: Walter (Veröffentlichungen der Internationalen Gesellschaft für Tiefenpsychologie) 2002, 248 S.

Ewers, Niko: »Carnival der Kulturen. Den Reichtum der Kulturen zu feiern«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 80

Frese, Hans-Ludwig: *»Den Islam ausleben«. Konzepte authentischer Lebensführung junger türkischer Muslime in der Diaspora*, Bielefeld: transcript Verlag 2002, 350 S.

Hausmann, Jörg: »Brücken bauen. Auf dem Weg zu einem Museum der Migration«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 10

Hippe, Wolfgang: »Man spricht Deutsch. Streit um die Fremdsprachenprogramme in der ARD«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 8-9

Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (Hrsg.): *Integration und Medien*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag (Mediensymposium Luzern, 7) 2002, 372 S.

Salgado, Rubia: »MigrantInnen im Kulturbereich. Beobachtungen aus der Provinz«, in: *Kulturrisse*, Heft 1/2002, S. 11-13

Späth, Karl: »Bildung, Kultur, Migration, Gesundheit – Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe«, in: *Recht der Jugend und des Bildungswesens*, 2002, S. 138-146

Tepecik, Ergün: *Die Situation der ersten Generation der Türken in der multikulturellen Gesellschaft. Cok Kültürlü Toplumda Ilk Kusak Türklerin Konumu. Dokumentation und Kommentar*, Frankfurt am Main: Verlag für interkulturelle Kommunikation (Edition ZeitReise) 2002

Weissweiler, Eva/Celik, Hidir E./Jeppesen, Helle (Hrsg.): *Nationalität: Schriftsteller. Zugewanderte Autoren in Nordrhein-Westfalen, mit Portraits von Klaus Kammerichs*, Bonn: Free Pen Verlag (BIM-Schriftenreihe Migration, 5) 2002, 335 S.

1.6 Vom Umgang mit dem Fremden – »Multi-Kultur«-Diskussion

Ackermann, Andreas/Müller, Klaus E. (Hrsg.): *Patchwork: Dimensionen multikultureller Gesellschaften. Geschichte, Problematik und Chancen*, Bielefeld: transcript Verlag (Kultur und soziale Praxis) 2002, 311 S.

Bukow, Wolf-Dietrich/Yildiz, Erol [Forschungsstelle für interkulturelle Studien, Köln] (Hrsg.): *Der Umgang mit der Stadtgesellschaft. Ist die multikulturelle Stadt gescheitert oder wird sie zu einem Erfolgsmodell?*, Opladen: Leske + Budrich (Interkulturelle Studien, 11) 2002, 253 S.

Griese, Hartmut/Kürsat-Ahlers, Elcin u. a.: *Was ist eigentlich das Problem am ›Ausländerproblem?‹. Über die soziale Durchschlagskraft ideologischer Konstrukte*, Frankfurt am Main: IKO (Zwischenwelten, 8) 2002, 342 S.

Grimm, Dieter: »Menschenrechte I – Multikultur«, in: Dönhoff, Marion Gräfin (Hrsg.): *Menschenrecht und Bürgersinn. Die neue Mittwochsgesellschaft*, München: Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur Nachf. 2002, S. 11-54

Gross, Torsten: »Crossculture oder: Was kommt nach MultiKulti? Kulturarbeit und Globalisierung, Migration und Integration«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 47 (2002), S. 2-4

Hailbronner, Kay/Klein, Eckart (Hrsg.): *Flüchtlinge – Menschenrechte – Staatsangehörigkeit. Menschenrechte und Migration*, Heidelberg: Hüthig Verlag 2002, 268 S.

Horstmann, Susanne: *›... dass man sie nicht gleich umbringen soll, sondern erst mal gucken ...‹. Diskursanalytische Untersuchungen zur interaktiven Beziehungskonstitution und damit verbundenen Konstruktion des ›Anderen‹ in Unterrichtsgesprächen*, Frankfurt am Main: Verlag für interkulturelle Kommunikation 2002, 484 S.

Kessler, Michael/Vitzthum, Wolfgang Graf/Wertheimer, Jürgen (Hrsg.): *Konfliktherd Toleranz? Analysen, Sondierungen, Klarstellungen*, Tübingen: Stauffenburg Verlag 2002, 299 S.

Neubert, Stefan/Roth, Hans-Joachim/Yildiz, Erol (Hrsg.): *Multikulturalität in der Diskussion. Neuere Beiträge zu einem umstrittenen Konzept*, Opladen: Leske + Budrich (Interkulturelle Studien, 12) 2002, 196 S.

Nick, Peter: »Fremdheit als Konstruktion. Interkulturelles Lernen in der Sozialen Arbeit«, in: *Neue Praxis*, Heft 1/2002, 32. Jg., S. 67-76

Olejniczak, Claudia/Schaarschmidt, Maike/Tittel, Karen: *Modellprojekt interkulturelle Nachbarschaften im Stadtquartier Mittelfeld. Eine quantitative und qualitative Bestandsanalyse*, Hannover: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover 2002, 138 S.

Onur, Hilal: »Toleranz statt Gleichberechtigung? Der Umgang mit dem ›Fremden‹ und die Multikulturalismus-Debatte«, in: *Forum Wissenschaft*, Heft 2/2002, S. 59-61

Ottens, Rita: »Ikonografie der Andersartigkeit. Rassismus und Antisemitismus in der deutschen Popularmusik«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 4/2002, S. 54-57

Pantazis, Vassilios: *Der Geschichtsunterricht in der multikulturellen Gesellschaft. Das Beispiel der griechischen Migrantenkinder*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang Verlag (Heidelberger Studien zur Erziehungswissenschaft, 58) 2002, 359 S.

Rommelsbacher, Birgit: *Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft*, Frankfurt am Main, New York: Campus 2002, 236 S.

»Themenschwerpunkt ›Interkulturalität‹«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 6/2002

1.7 Theoretische Diskurse: Identität, postkoloniale Studien, Hybridität

Auernheimer, Georg (Hrsg.): *Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Professionalität*, Opladen: Leske + Budrich (Interkulturelle Studien) 2002, 236 S.

Barley, Nigel: »Schlachtfeld der Identitäten«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 4/2002, 52. Jg., S. 84-85

Becker, Jens/Huth, Susanne: »Hybride Identitäten in der Weltgesellschaft. Migrantinnen – ziellose Ufos oder Brückenträger?«, in: *Kommune*, Heft 5/2002, S. 36-38

Burke, Peter: »Globale Identitäten aus Sicht eines Historikers. Drei Szenarios für die Zukunft«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft B 12/2002, S. 26-30

Carbonell i Cortès, Ovidi: *Übersetzen ins Andere. Der Diskurs über das Andere und seine Übersetzung*, Tübingen: Stauffenburg Verlag 2002, 350 S.

Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (Hrsg.): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag 2002, 398 S.

Estel, Bernd: *Nation und nationale Identität. Versuch einer Rekonstruktion*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, 516 S.

Höffe, Otfried: »Philosophische Perspektiven eines interkulturellen Strafrechts«, in: *Bewährungshilfe*, 2002, S. 181-193

Kaelble, Hartmut/Kirsch, Martin/Schmidt-Gernig, Alexander (Hrsg.): *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main: Campus Verlag 2002, 448 S.

Kimmerle, Heinz: *Interkulturelle Philosophie zur Einführung*, Hamburg: Junius Verlag 2002, 176 S.

Meyer, Thomas: *Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag (edition suhrkamp, 2272) 2002, 250 S.

Müller-Funk, Wolfgang/Plener, Peter/Ruthner, Clemens (Hrsg.): *Kakanien revisited. Das Eigene und das Fremde (in) der österreichisch-ungarischen Monarchie*, Tübingen: A. Francke Verlag (Kultur – Herrschaft – Differenz, 1) 2002, 370 S.

Palumbo, Enrico A.: »Interkulturelle Kompetenz – ein unklarer Begriff?«, in: *Politische Studien*, Heft 383 (2002), 53. Jg., S. 72-79

Sandkühler, Hans Jörg/Triki, Fathi (Hrsg.): *Die Aufgaben der Philosophie in der transkulturellen Welt/La tâche de la philosophie dans le monde transculturel*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang Verlag (Philosophie des Zusammen-Lebens, 1) 2002, 190 S.

Seidel, Eberhard: »Die soziale Lage ist entscheidender als die Ethnie«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 7-8/ 2002, 49. Jg., S. 486-490

Universität Augsburg (Hrsg.): *Integration und kulturelle Identität zugewanderter Minderheiten. Ansprachen und Materialien zur Verleihung des Augsburger Wissenschaftspreises für Interkulturelle Studien 2001 an Prof. Dr. Christine Langenfeld am 16. Mai 2001 an der Universität Augsburg*, Augsburg: Selbstverlag (Augsburger Universitätsreden, 46) 2002, 60 S.

Voigt, Gaby: *Selbstbilder im ›Dazwischen‹. Wie afghanische Minderheiten ihre Identität konstruieren*, Frankfurt am Main: Verlag für interkulturelle Kommunikation (Interdisziplinäre Studien zum Verhältnis von Migrationen, Ethnizität und gesellschaftlicher Multikulturalität, 13) 2002, 356 S.

Wimmer, Andreas: »Multikulturalität oder Ethnisierung? Kategorienbildung und Netzwerkstrukturen in drei schweizerischen Immigrantenquartieren«, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Heft 1/2002, 31. Jg., S. 4-26

2 Kulturpolitik – Grundlagen

2.1 Grundlagen

Kulturpolitische Mitteilungen. Zeitschrift für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft (viermal im Jahr)

Kunst & Kultur. Kulturpolitische Zeitschrift der IG Medien, Stuttgart: IG Medien (achtmal im Jahr)

Politik und Kultur (*puk*). Zeitung des Deutschen Kulturrates, Regensburg: ConBrio Verlagsgesellschaft mbH (viermal im Jahr)

Bauer, Hartmut: »Entwicklungstendenzen und Perspektiven des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zugleich ein Beitrag zum Wettbewerbsföderalismus«, in: *Die öffentliche Verwaltung*, Heft 20/2002, S. 837-845

Fuchs, Max: »Cultur unlimited – Grenzenlos Kultur. Überlegungen zum Zusammenhang von nationaler und internationaler Kulturpolitik«, in: *politik und kultur* [puk], Heft 2/2002, S. 20-22

Glaser, Hermann: *Kleine Kulturgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München: C. H. Beck (beck'sche reihe, 1480) 2002, 399 S.

Hoffmann, Hilmar (Hrsg.): *Kulturpolitik in der Berliner Republik*, Köln: DuMont Verlag 2002, 218 S.

Klein, Armin: *Kulturpolitik. Eine Einführung*, Opladen: Leske + Budrich 2002, ca. 200 S.

Lammert, Norbert: »Zwischen Einfalt und Vielfalt. Der deutsche Kulturföderalismus auf der Suche nach einem neuen Gleichgewicht«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 2/2002, S. 12-13

Maier, Willfried: »Kultur und Subvention. Städtische Kulturpolitik und Haushaltskrise«, in: *Kommune*, Heft 12/ 2002, S. 50-53

Mayerhofer, Elisabeth/Mokre, Monika/Stepan, Paul: »Die Faust im Nacken. Kulturpolitik als strukturelle Gewalt«, in: *Kulturrisse*, Heft 4/2002, S. 12-13

Müller, Silke: »Die neunziger Jahre – oder: kein Licht am Ende des Tunnels«, in: *art*, Heft 4/2002, S. 46-48

Nida-Rümelin, Julian: »Mosse-Lecture: ›Die offene Gesellschaft und ihre Feinde‹«, in: *Maecenata actuell*, Heft 32 (2002), S. 8-14

Otto, Hans-Joachim: »Kulturföderalismus braucht breite parlamentarische Debatte. Starke Akzente nach magerer Bilanz«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 27-29

Page, Adam/Hertzsch, Eva: »Interventionen für eine Kunst gesellschaftlicher Relevanz«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 54-55

Röbke, Thomas/Wagner, Bernd/Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2001* (Band 2): Thema: »Kulturföderalismus«, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag 2002, 469 S.

Scherer, Klaus-Jürgen: »Kulturpolitik als Forum für gesamtgesellschaftliche Diskurse. Geist und Macht in der Berliner Republik«, in: Heyer, Ulrich/Menzel, Ulrich/Rebe, Bernd (Hrsg.): *Das Land verändern? Rot-grüne Politik zwischen Interessenbalancen und Modernisierungsdynamik*, Hamburg: VSA 2002, S. 94-107

Scheytt, Oliver: »Kulturpolitik offensiv. Die Kraftfelder Künste und kulturelle Bildung«, in: *politik und kultur* [puk], Heft 3/2002, S. 5-6

Scheytt, Oliver: »Wo bleiben die Ideale? Ästhetik und Ethik in Kunst und Kulturpolitik«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2001* (Band 5), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 11-32

Sievers, Norbert: »Hornberger Schießen? Die Entflechtungsdebatte – ein Feldversuch zur Ordnung der Kulturkompetenzen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 46-50

Vogt, Matthias Theodor: »Was wir nicht wissen können und dennoch wissen müssen. Kulturpolitik in der Wissensgesellschaft als Ertüchtigung des Imaginärsinnes. Aus dem Bericht über den ersten Jahrgang 2002 des Collegium Pontes Görlitz/Zgorzelec/Hhorelec (Teil 1)«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 12/2002, S. 8-12

Wagner, Bernd: »Glatze mit Locken – die kulturpolitische Wirklichkeit taucht im Feuilleton nur am Rande auf«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 20-23

Wagner, Bernd: »Kunst und Politik – Popkultur und Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 12-15

Wagner, Bernd (Zusammenstellung): »Chronik wichtiger kulturpolitischer und kultureller Ereignisse im Jahre 2001«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.: *Jahrbuch Kulturpolitik 2001* (Band 2), Thema: »Kulturföderalismus«, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag 2002, S. 393-412

2.2 Kommunale Kulturpolitik

2.2.1 Allgemein

akp. alternative kommunalpolitik (monatlich)

das rathaus, (zehnmal jährlich)

Der Gemeindehaushalt. Fachzeitschrift für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht, das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen sowie das gesamte kommunale Abgabenrecht, Stuttgart: W. Kohlhammer (monatlich)

der städtetag. Zeitschrift für Kommunale Politik und Praxis, Stuttgart: W. Kohlhammer (monatlich)

Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (hervorgegangen aus *Archiv für Kommunalwissenschaften*) (halbjährlich)

difu-berichte. Informationen über Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu (vierteljährlich)

Hessische Städte und Gemeindezeitung, Mühlheim: Hessischer Städte- und Gemeindebund e. V. (monatlich)

IRS aktuell (vierteljährlich)

Kommunalpolitische Blätter (monatlich)

Raum Planung, Dortmund: Informationskreis für Raumplanung e. V (sechsmal jährlich)

Stadt und Gemeinde. Zeitschrift des Deutschen Städte und Gemeindebundes

Städte- und Gemeinderat, hrsg. v. Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund

Adam, Brigitte u. a.: »Gedanken zur Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert. Vier Einschätzungen aus Forschung und Praxis«, in: *Raumplanung*, Heft 100 (2002), S. 10-14

Articus, Stephan: »Stadt der Zukunft – Gewährleister statt Rundumversorger«, in: der *städtetag*, Heft 7-8/ 2002, S. 6-9

Bartella, Raimund: »Stadtkultur«, in: Hill, Hermann (Hrsg.): *Staatskultur im Wandel. Beiträge der 69. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung vom 14. bis 16. März 2001 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer*, Berlin: Duncker & Humblot 2002, S. 119-125

Becker, Heidede: »Stadtbaukultur – Modelle, Workshops, Wettbewerbe. Verfahren der Verständigung über die Gestaltung der Stadt«, in: *difu-Berichte*, Heft 2/2002, S. 4-11

Becker, Heidede: *Stadtbaukultur – Modelle, Workshops, Wettbewerbe. Verfahren über die Verständigung über die Gestaltung der Stadt*, Stuttgart: Kohlhammer (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik) 2002, 869 S. (2 Bände)

Bittner, Regina (Hrsg.): *Die Stadt als Event. Zur Konstruktion urbaner Erlebnisräume*, Frankfurt am Main: Campus (Edition Bauhaus, 10) 2002, 519 S.

Boberg, Jochen: »›Kulturprojekte scheitern in den seltensten Fällen am Geld‹«, Interview, in: *Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte*, Heft 11/2002, S. 686-689

Bruyn, Wolfgang (Hrsg.): *Die Idee vom Dorf. Kultur in ländlichen Räumen, Dokumentation des Kolloquiums zur ›Woche der Begegnung Brandenburg – Schweiz‹*, Beeskow 2002, 67 S.

Bunzel, Arno/Sander, Robert: »Interkommunale Kooperation im Städtebau«, in: *difu-Berichte*, Heft 1/2002, S. 4-7

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): *Informationen zur modernen Stadtgeschichte*. Heft 1/2002: Themenschwerpunkt: »Stadt und Medien«, Berlin 2002

Frehn, Michael: »Handel allein reicht nicht aus. Eine Umfrage der Universität Dortmund unter deutschen

Groß- und Mittelstädten bestätigt die Bedeutung der Freizeit- und Kulturförderung für die Innenstädte«, in: *Städte- und Gemeinderat*, Heft 5/2002, S. 20-22

Friedrich, Christine/Weydt, Harald: »Teamarbeit – Wie Kommunen und Universitäten gemeinsam Projekte realisieren können«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 24 S., B 4.10

Friedrich-Ebert-Stiftung, Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat, Bonn (Hrsg.)/Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (Verf.): *Bürgerkommune konkret. Vom Leitbild zur Umsetzung. Ein Leitfaden für die kommunale Praxis*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2002, 45 S.

Hatzfeld, Ulrich/Imorde, Jens/Schnell, Frauke (Hrsg.): *Kunst (be)zeichnet Stadt, Ein Handbuch der Initiatoren von ›Ab in die Mitte! Die City-Offensive NRW‹*, Münster: Imorde, Projekt- und Kulturberatung 2002, 159 S.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen herausgegeben vom Deutschen Institut für Urbanistik: *Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms ›Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt‹*, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik 2002, 348 S.

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): *Nachhaltige Siedlungsentwicklung – raumverträglich und kooperativ. Ausgewählte Aktionsbereiche, Gestaltungsmöglichkeiten, Praxisbeispiele*, Dortmund: Selbstverlag (ILS-Schriften, 184) 2002, 124 S.

Kolland, Dorothea: »Das Leitbild ›Nachhaltigkeit‹ in der kommunalen Kulturpraxis«, in: Hildegard Kurt/Bernd Wagner (Hrsg.): *Kultur – Kunst – Nachhaltigkeit. Die Bedeutung von Kultur für das Leitbild Nachhaltige Entwicklung*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Dokumentation, 57) 2002, S. 69-81

Kolland, Dorothea (Hrsg.): *Der lange Weg zur Stadt. Die Gropiusstadt im Umbruch*, Berlin: Kramer 2002, 185 S.

»Kommunen und Kultur. Schwerpunkt«, in: *KWI-Info*, Heft 5/2002, S. 5-32

»Kultur als Faktor der Stadt- und Regionalentwicklung in Europa. Themenschwerpunkt«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 4-5/2002

Kulturpolitische Mitteilungen (Redaktion): »›Die Stadt ist ein Gesamtkunstwerk...‹. Interview mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Achim Großmann, MdB«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 38-40

Kunzmann, Klaus R.: »Zehn Anregungen zur zukünftigen Stadtpolitik in Nordrhein-Westfalen«, in: *Raumplanung*, Heft 100 (2002), S. 32-37

Lampugnani, Vittorio Magnago: *Verhaltene Geschwindigkeit. Die Zukunft der telematischen Stadt*, Berlin: Wagenbach Verlag (Kleine kulturwissenschaftliche Bibliothek, Bd. 66) 2002, 109 S.

Lindemann, Jutta: »Der Rumpelstilzeffekt. Ein Plädoyer für Kultur als kommunale Pflichtaufgabe«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 3-4/2002, S. 5-6

Magnus, Dieter: »Vom Abstandsgrün zum Wohngarten. Stadtreparatur: Architektur und Freifläche – vom Nebeneinander zum Miteinander«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 62-65

»Mehr als Gaukelei?. Neue Wege der kommunalen Kulturpolitik«, Titelthema, in: *Demokratische Gemeinde*, Heft 6/2002, S. 8-22

Meyer, Bernd: »Bildung, Kultur und Sport als Teil eines Leitbildes. Leipzig war wichtiger Zwischenschritt«, in: *der städtetag*, Heft 7-8/2002, S. 14-17

Pröhl, Marga/Sinning, Heidi/Nährlich, Stefan (Hrsg.): *Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland – Anforderungen und Qualitätsbausteine*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2002, 396 S.

Steinebach, Gerhard: »Unsere Innenstädte haben noch eine Überlebenschance«, in: *der städtetag*, Heft 12/2002, S. 42-45

Thomsen, Henrike: »Graswurzel-Arbeit im Millionen-Loch. Der neue Kultursenator und die Finanzmisere«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 3/2002, S. 175-177

Wagner, Bernd: »Hase und Igel. Kommunale Kulturpolitik im Spannungsfeld«, in: *akp. alternative kommunalpolitik*, Heft 1/2002, S. 38-41

Winkel, Rainer: »Schrumpfung und ihre siedlungsstrukturellen Wirkungen«, in: *Raumplanung*, Heft 101 (2002), S. 99-103

Zwafelink, Wolfgang: »Von der Industriebrache zur attraktiven Wasserstadt«, in: *Stadt und Raum*, Heft 6/2002, 23. Jg., S. 382-387

2.2.2 Einzelne Städte

Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg: *25 Jahre KuF. Zum Jubiläum 1997-2002*, Nürnberg 2002

Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung/Internationale Expertenkommission ›Historische Mitte Berlin‹ (Hrsg.): *Historische Mitte Berlin. Abschlussbericht, Materialien*, Berlin: Kulturbuch-Verlag 2002, 216 S.

Conradi, Peter: »Eine politische Entscheidung? Nachbemerkungen zur Schlossplatz-Abstimmung im Bundestag«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 12

Deutscher Bundestag: »Erfahrungen bei der Umsetzung des ›Vertrages zur Kulturfinanzierung in der Bundeshauptstadt 2001 bis 2004‹ sowie zur künftigen Förderung der Kultur in der Bundesstadt Bonn. Unterrichtung durch die Bundesregierung«, *Drucksache* 14/9677 vom 3.7.2002, Berlin 2002

Fietz, Yvonne: »›Hamburg muss wieder glänzen!‹. Hamburgs neue Kultursenatorin Dana Hóraková«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 7

Filzek-Schwab, Astrid: »Überraschende Vielfalt: Die Hamburger Kunstszene«, in: *Junge Kunst*, Heft 53 (2002), S. 22-26

Flierl, Thomas: »›Die Aufgaben müssen neu verteilt werden‹. Über Altlasten aus der Vergangenheit, Berliner Größenwahn und ein stärkeres Engagement von Bund und Ländern für die Hauptstadtkultur. Ein Gespräch«, in: *art*, Heft 10/2002, S. 67-69

Flierl, Thomas: »Interview von Detlef Brandenburg und Henrike Thomsen«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 9/2002, S. 10-13

Flierl, Thomas: »Nur noch ein Solidarpakt aller kann helfen. Berlins Kultursenator Thomas Flierl (PDS) hofft auf einen umfassenden Dialog, auch mit den Gewerk-

schaften und hält sich zugute, den Kulturetat der Stadt stabilisiert zu haben«, Gesprächspartner: Burkhard Baltzer, in: *Kunst & Kultur*, Heft 6/2002, S. 21-24

Freie Hansestadt Bremen, Senator für Inneres, Kultur und Sport (Hrsg.): »Kulturpolitische Leitlinien für die Freie Hansestadt Bremen«, in: Kordfelder, Angelika/Sievers, Norbert (Hrsg.): *Kulturpolitik als Ehrenamt. Entwicklung und Erprobung von Qualifizierungsmaßnahmen für ehrenamtliche MandatsträgerInnen, Projektdokumentation*, Bonn: Institut für Kulturpolitik (IfK) der Kulturpolitischen Gesellschaft (Materialien, 09) 2002, S. 146-151

Germer, Volkhardt/Wolf, Stefan/Michalik, Norbert: »Probleme und Perspektiven der Kulturentwicklung in Weimar« (Gespräch), in: *Weimar Kultur Journal*, Heft 3/2002, S. 11-14

Horáková, Dana: »Kulturpolitik ohne Vision?. ›Wir müssen uns neue definieren‹«, Interview, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 12/2002, S. 20-23

Kolland, Dorothea: »Kulturpolitik in Berlin. Ein Entwurf aus den Niederungen des kulturpolitischen Alltags«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 8-10

Kulturamt der Stadt Marburg (Hrsg.): *Kulturprofil 2005. Kulturentwicklungsplan Marburg*, Marburg: Eigenverlag 2002, 49 S.

Liebl, Andi: »Kulturentwicklungsplan Steyr«, in: *KUPF*, Heft 98 (2002), S. 8-9

Landesrat für Stadtteilkultur der Kulturbehörde Hamburg (Hrsg.): *Räume der Freiheit*, Hamburg: Selbstverlag 2002, 50 S.

Lewitner, Olaf (Hrsg.): *West-Berlin! Westberlin! Berlin (West)! Die Kultur – die Szene – die Politik. Erinnerungen an eine Teilstadt der 70er und 80er Jahre*, Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf 2002, 541 S.

Lösel, Anja: »Die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden während der Hochwasserkatastrophe«, in: *Museumskunde*, Heft 67 (2/2002), S. 21-25

Loest, Erich: »Schiller und wir. Gegen Asozialität & das Schließen von Bibliotheken: Erich Loest wäscht den Leipziger Stadtoberen die Köpfe«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 8/2002, S. 8-9

Merten, Artur [Hrsg.]: *Deutsch-russische Kulturarbeit in Dortmund. 50 Jahre Länderkreis Osteuropa in der Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen*, Oberhausen: Athena (Forum Kultur, 1) 2002, 69 S.

Meuschel, Stefan: »Ein schwacher Abgang. Die Situation der Berliner Opern-Kultur«, in: *Oper und Tanz*, Heft 6/2002, 42. Jg., S. 6-7

Mewes, Claus: »Der aktuellen Politik zum Trotz: Die Hamburger Kulturpolitik ist vorbildlich. Ein Gespräch mit Claus Mewes, ›Kunsthaus Hamburg‹«, in: *Junge Kunst*, Heft 53 (2002), S. 27-28

Meyer-Mertel, Lothar: »Weimar danach und Weimar davor. Das europäische Kulturstadtjahr 1999 und die Folgen für Weimars Marketing. Ein Werkstattbericht«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2001* (Band 5), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 33-41

Nowicki, Matthias: »Wie eine Perle in der Auster. Das Konzerthaus in Dortmund wird eröffnet«, in: *Theater-Management aktuell*, Heft September-November/ 2002, S. 10-15

Schneider, Frank: »50 Jahre Berliner Sinfonie-Orchester. Ein Gespräch mit Prof. Frank Schneider, Intendant des Berliner Sinfonie-Orchesters und des Konzerhauses Berlin«, in: *GEMA Nachrichten*, Heft 165 (2002), S. 27-28

Schneider, Kerstin: »Berliner Facetten: Die Krise der Literaturmetropole«, in: *Frankfurter Hefte/Neue Gesellschaft*, Heft 10/2002, S. 624-626

Schulz, Bernhard: »Baukultur in Berlin. Eine Zwischenbilanz aus dem Jahr 2001«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 49-52

Schulz, Reinhard: »Das ausgesessene Nichts. Kulturelle Schieflage in München«, in: *Oper & Tanz*, Heft 5/2002, S. 8-9

Schwind, Elisabeth: »Nashorn mit Flügeln. In Dortmund hat die ›Philharmonie für Westfalen‹ ihre Tore geöffnet«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 6/2002, S. 62-63

Schwiontek, Elisabeth: »Ein Philosoph auf dem brennenden Schiff. Berlins neuer Kultursenator Thomas Flierl«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 6

Stapelberg, Peter: »Die Lernende Stadt. Ostfildern – eine junge Stadt im Aufbruch«, in: *politik und kultur* [puk], Heft 4/2002, S. 8-9

Thomsen, Henrike: »Graswurzel-Arbeit im Millionen-Loch. Der neue Kultursenator und die Finanzkrise«, in: *Frankfurter Hefte/Neue Gesellschaft*, Heft 3/2002, S. 175-177

2.3 Regionale Kulturpolitik

Informationen zur Raumentwicklung, Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (12 Hefte jährlich)

Dispan, Jürgen: »Verband Region Stuttgart. Neuordnung und Stärkung der Region«, in: *Raumplanung*, Heft 105 (2002), S. 290-292

Eser, Thiemo W./Beaujean, Katja: »Kultur als räumlicher Entwicklungsfaktor im EUREK und in der transnationalen Zusammenarbeit unter INTERREG«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 4-5/2002, S. 207-220

Görmar, Wilfried: »Kultur als Entwicklungsfaktor im Ostseeraum – Beispiele der transnationalen Zusammenarbeit«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 4-5/2002, S. 259-266

Grünewald, Ilona: »Entwicklungsimpulse durch Vermarktung regionaler Qualitätsprodukte. Das Beispiel der Sierra da Estrela (Portugal)«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 4-5/2002, S. 277-282

Hallenberger, Dirk/Vogt, Jochen: »Und sie erforscht sich doch ... Die Literatur des Ruhrgebiets – Bericht und Ausblick«, in: *Essener Unikate*, Heft 19 (2002), S. 26-33

Kordfelder, Angelika: »Ein starkes Stück. Das Ruhrgebiet besinnt sich seiner Kulturkompetenzen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 84-85

Kröger, Franz: »Hellweger Kunststückchen. Regionale Kulturpolitik zieht Bilanz«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 83

KVR, Team Kulturkongress: »Neue Kultur im Revier: Innovation oder Stagnation? Kongress in Essen: Kulturpolitisch verliert das Ruhrgebiet allmählich den An-

schluss«, in: *Demokratische Gemeinde*, Heft 3/2002, 54. Jg., S. 49

Pankoke, Eckart: »Von der Revier-Kultur zur Kultur-Region. Prozesse, Projekte, Konstrukte und Kontrakte kultureller Entwicklung im Ballungsraum«, in: *Essener Unikate*, Heft 19 (2002), S. 99-109

Pfurtscheller, Dieter: »Bregenzwald: Kulturgut Bau kommunizieren und erhalten im Alpenraum. Projekt D2 – Schutz und Renovierung der Siedlungstypologie in alpinen Kleinzentren«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 4-5/2002, S. 283-292

»Regionale Kulturpolitik in NRW«, in: *Kunstkurier*, Heft 2/2002, 47. Jg., S. 4-5

Roters, Wolfgang: »DIE REGIONALE ›Kultur- und Naturräume in Nordrhein-Westfalen‹. Ein neues Instrument der Regionalentwicklung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 69-71

Wahjudi, Claudia: »Zaubern auf Zechen. Wie das Ruhrgebiet Kulturhauptstadt werden will«, in: *Kunstforum International*, Heft 159 (2002), S. 459-462

Wehling, Hans-Werner: »Die industrielle Kulturlandschaft des Ruhrgebiets. Historische Entwicklungsphasen und zukünftige Perspektiven«, in: *Essener Unikate*, Heft 19 (2002), S. 111-119

2.4 Kulturpolitik auf Länderebene

Beutelschmidt, Thomas: »Dokumentation, Rekonstruktion, Transformation. Plädoyer für einen offenen Umgang mit der DDR-Kultur«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 35 (2002), S. 195-207

Bögner, Hans-Georg: »Blindgeschlagen oder nur ein blaues Auge?. Anmerkungen zum Haushaltsentwurf NRW 2003«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 4-5

Dümcke, Cornelia: *Kultur und Tourismus in den neuen Ländern. Eine Untersuchung am Beispiel der kulturellen Leuchttürme und Gedächtnisorte. Studie im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien (BKM)*, Berlin: Culture Concepts (CDCC) 2002, 119 S.

Dümcke, Cornelia: »Die Quadratur des Kreises. Theaterpolitik in Ostdeutschland«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 56-57

Faber-Schmidt, Brigitte/Kleine, Helene: »Auf dem Weg von ›top down‹ zu ›bottom up‹. Neuer Schwung für Kulturland Brandenburg«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 68-69

Franke, Detlef: »Kulturentwicklungskonzeption für Brandenburg. Zwischenbericht«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 47 (2002), S. 19-20

Gau, Doris/Weber, Jörg-Ingo: »Die Kulturpolitik der Länder im Spannungsfeld zwischen Bundesebene und Europäischer Gemeinschaft«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.: *Jahrbuch Kulturpolitik 2001* (Band 2), Thema: »Kulturföderalismus«, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag 2002, S. 269-277

Göschel, Albrecht: »Schrumpfende Stadt und Kulturpolitik in den neuen Bundesländern. Eine Skizze«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 31-34

Göttlich, Udo/Winter, Rainer: »Einheit durch Konsum? Der Potsdamer Platz aus der Perspektive der ›Cultural Studies‹«, in: *Ästhetik und Kommunikation*, Heft 116 (2002), S. 109-113

Gries, Rainer/Satjukow, Silke: »Von Menschen und Übermenschen. Der ›Alltag‹ und das ›Außeralltägliche‹ der ›sozialistischen Helden‹.«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 17/2002, S. 39-46

Groneberg, Wolf: »Kulturpflege als kommunale Pflichtaufgabe. Das Sächsische Kulturraumgesetz«, in: *Die neue Verwaltung*, Heft 3/2002, 11. Jg., S. 20-23

Gropp, Ulrike: »Vorhang auf um jeden Preis. Kulturpolitik nach der Hochwasserkatastrophe«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 42-44

Herrmann, Lutz: »Stadtumbau Ost«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 53-55

Karstein, Uta: »Katalysator, Auffangbecken, Strategie? Soziokultur und der ostdeutsche Transformationsprozess«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 53-55

Kirsten, Ralph: »Hart ist das Leben an der Küste ... Erfahrungsbericht zum kulturellen Transformationsprozess in Rostock«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 49-52

Klötzer, Sylvia: »›Über-Lebenszeit‹. Kabarett in der Transformation. Die Dresdener ›Herkuleskeule‹ vor und nach 1989«, in: aus *politik und zeitgeschichte*, Heft 17/2002, S. 30-38

Knoblich, Tobias J.: »Kulturelle Substanz. Einigungsvertrag und gegenwärtige Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 35-38

Knoblich, Thobias J.: »Wege nach 2004. Das Sächsische Kulturraumgesetz vor der Verlängerung?«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 15-16

Knoblich, Tobias J.: »Das Gesetz über die Kulturräume in Sachsen. Ein Beitrag zum Kulturföderalismus«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.: *Jahrbuch Kulturpolitik 2001* (Band 2), Thema: »Kulturföderalismus«, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag 2002, S. 245-251

Knoblich, Tobias J.: »Kulturraumgesetz ab 2004. Zum Entwurf der Sächsischen Staatsregierung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 6-7

Knoll, Siegfried/Stein, Martin: »Ostdeutsche Landschaften«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 56-61

Misselwitz, Hans-J.: »Aufbau Ost, zweite Hälfte. Eine neue Agenda für die politische Bildung«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 45/2002, S. 28-35

Mühlberg, Dietrich: »Schwierigkeiten kultureller Assimilation. Freuden und Mühen der Ostdeutschen beim Eingewöhnen in neue Standards des Alltagslebens«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 17/2002, S. 3-12

Mühleisen, Hans-Otto: »Politik macht Kultur – Hans Zehetmairs Bilanz und Visionen bayerischer Kulturpolitik. Ein Rezensionsessay«, in: *Politische Studien*, Heft 382 (2002), 53. Jg., S. 104-107

Oexle, Judith: »Kulturpolitik der Neuen Bundesländer. Ein Blick zurück auf die alte Bundesrepublik«, in: *Ästhetik und Kommunikation*, Heft 119 (2002), S. 37-42

Reiter, Michael: »Hart an der Grenze. Kulturpolitik in Ostdeutschland am Beispiel Frankfurt (Oder)«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 45-48

Saad, Sebastian: »Mitten auf dem Weg: Von der Nothilfe zur nachhaltigen Entwicklung. Ein kurzer Zwischenbericht über das kulturelle Engagement des Bundes in den neuen Ländern«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 24-30

Schirmer, Herbert: »Theater Grenzenlos. Ein Beispiel aus Schwedt«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 58-59

Seemann, Hellmut: »Zwischen Leuchttürmen und Heulbojen. Die Situation der Museen in den neuen Bundesländern«, in: *Museumskunde*, Heft 67 2/2002, S. 12-20

Sievers, Norbert: »Vom Westen lernen heißt siegen lernen?. 12 Jahre Kulturpolitik in Ostdeutschland«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 22-23

Strittmatter, Thomas: »Macht Not erfinderisch?. Zwei Regionalisierungskonzepte ostdeutscher Länder«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 39-41

Thierse, Wolfgang: »Das reiche Kulturerbe Ostdeutschlands nicht aus dem Blick verlieren«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 21

Thierse, Wolfgang: »Kultureller Reichtum als Stärke Ostdeutschlands – ein Plädoyer«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.: *Jahrbuch Kulturpolitik 2001* (Band 2), Thema: »Kulturföderalismus«, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag 2002, S. 35-42

Unabhängige Hessische Kulturkommission: *Mittel- und langfristige Entwicklung der Kulturlandschaft Hessen. Bericht*, Wiesbaden: Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur 2002, 48 S.

Vesper, Michael: »Wir wollen in die Champions-League. Interview«, von Detlef Brandenburg und Stefan Keim, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 10/2002, S. 10-13

Wanka, Johanna: »Kulturpolitik auf Landesebene – Tradition und Innovation«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.: *Jahrbuch Kulturpolitik 2001* (Band 2), Thema: »Kulturföderalismus«, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag 2002, S. 97-103

Zöllner, Jürgen: »›Wir brauchen Spielregeln‹«, (Interview), in: *Die deutsche Bühne*, Heft 4/2002, S. 12-16

2.5 Kulturpolitik auf der Bundesebene

2.5.1 Kulturpolitik des Bundes allgemein

Preußischer Kulturbesitz. Jahrbuch Preußischer Kulturbesitz, hrsg. im Auftrag des Stiftungsrats vom Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin: Mann (jährlich)

Barthel, Eckhardt: »Versprochen und Wort gehalten. Erfolgsbilanz der Bundeskulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 22-24

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.): *Kunst am Bau. Die Projekte des Bundes am Bau*, Berlin: Ernst Wasmuth Verlag Tübingen 2002, 276 S.

Deutscher Bundestag: »Bericht über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz in den Jahren 1999 und 2000. Unterrichtung durch die Bundesregierung«, *Drucksache* 14/9163 vom 16.5.2002, Berlin 2002

Deutscher Bundestag: »GATS-Verhandlungen – Bildung als öffentliches Gut und kulturelle Vielfalt sichern. Antrag«, *Drucksache* 15/224 vom 18.12.2002 der Fraktion der SPD sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin 2002

Deutscher Bundestag: »Nationale Verantwortung des Bundes für Kunst und Kultur stärken. Antrag«, *Drucksache* 14/9098 15.5.2002 der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Berlin 2002

Fink, Heinrich: »Kulturpolitik gegen die Allmacht des Marktes. Bilanz und zukünftige Aufgabenfelder«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 29-30

Griefahn, Monika: »Die Arbeit des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages. Bilanz und Ausblick«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 31-32

»Koalitionsvertrag der Bundesregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. (Dokumentation kulturrelevanter Passagen)«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 60-61

Lammert, Norbert: »Kulturpolitik des Bundes zwischen Ansprüchen und Wirklichkeiten. Vieles blieb unerledigt«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 25-27

Mecking, Christoph/Winands, Günter/Zimmermann, Olaf: »Stiftungen für die Kultur. Dauerhafter Ausdruck von Verantwortung und Selbstverwirklichung in der Bürgergesellschaft. Ein Gespräch mit Theo Geißler«, in: *politik und kultur* [puk], Heft 3/2002, S. 11-13

Nida-Rümelin, Julian: »Die kulturelle Dimension des Nationalstaates. Zur kulturpolitischen Rolle des Bundes«, in: *politik und kultur* [puk], Heft 2/2002, S. 2-4

Nida-Rümelin, Julian: »Die Verantwortung des Bundes für die Kultur und Medienpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 18-21

Nooke, Günter/Scherer, Klaus-Jürgen: »Der Koalitionsvertrag: ›Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 6-7

Pfennig, Gerhard: »Auf ein Neues – die Kulturpolitik der neuen Bundesregierung«, in: *kulturpolitik*, Heft 4/2002, S. 9-11

Pfennig, Gerhard: »Kulturpolitik als Ordnungspolitik. Zu einigen Entwicklungen in Kulturpolitik und Recht«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 33-36

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: *Im Bund mit der Kultur. Neue Aufgaben der Kulturpolitik*, Bonn: Politik-Informationen 2002, 153 S.

Scheytt, Oliver u. a.: »Ausgebessert, aber noch nicht runderneuert. Die Bundeskulturpolitik befindet sich auf dem richtigen Weg«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 17

Sievers, Norbert: »Reformpolitik weiterführen!. Die neue Staatsministerin für Kultur und Medien beim Bund«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 4-5

Sotrop, Hans Wilhelm: »Parteiisch für die Kunst. Die neue Ministerin Dr. Christina Weiss«, in: *kulturpolitik*, Heft 4/2002, S. 6-7

Vollmer, Antje: »›Künstler brauchen machtpolitisch gewichtige Adressen‹. Die Bundeskulturpolitik weiter stärken«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 24-25

Wagner, Bernd: »Bundeskulturpolitik vor und nach der Wahl/Am Ende ›bürgerlicher Hochkultur‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 16-19

Wagner, Bernd: »Bundeskulturpolitische Weichenstellungen und neues Personal«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 18-21

Wagner, Bernd: »Von der ›Timidität‹ zur ›Präpotenz‹?. Wie es zu einem Kulturstaatsminister auf Bundesebene kam«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 40-45

Weiss, Christina: »Farbe bekennen! Freiraum sichern! Der Anspruch für die Zukunft«, in: *Theater heute*, Heft 12/2002, S. 1-2

Winands, Günter: »Wie viel Staat braucht unsere Kultur?«, in: *politik und kultur* [puk], Heft 1/2002, S. 15-16

2.5.2 Kulturpolitik Bundesebene – einzelne Felder

2.5.2.1 Urheberrecht, Folgerecht, Verwertung

Gema Nachrichten. Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte, München (zweimal im Jahr)

Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (*ZUM*), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (monatlich)

Allen, Heribert: »§§ 70-71 Urheberrechts-Gesetz. Verwertungsgesellschaft Musikedition« Teil 2-4, in: *Chor und Konzert*, Heft 109-111 (1-3/2002), S. 13-19, S. 29-30, S. 21-25

Berke, Dietrich: »Tantiemen für Bach, Beethoven oder Bruckner?. Über die Schutzfähigkeit von Werken älterer Komponisten«, in: *Das Orchester*, Heft 2/2002, S. 27-30

Bullinger, Martin: »Vom Urheberrecht zum Rundfunkrecht«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 5/2002, S. 325-327

Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände e. V./Deutscher Bibliotheksverband e. V./Deutsche Gesellschaft für Informationswissenschaft und Informationspraxis e. V.: »Gesetzentwurf zum Urheberrecht«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 10/2002, S. 1358-1365

Deutscher Bundestag: »Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft. Gesetzentwurf der Bundesregierung«, *Drucksache* 15/38 vom 6.11.2002, Berlin 2002

Deutscher Bundestag: »Tätigkeit der Verwertungsgesellschaft (VG) Bild-Kunst. Antwort der Bundesregierung«, *Drucksache* 14/8479 vom 12.3 2002 auf die »Kleine Anfrage der Fraktion der FDP« (*Drucksache* 14/8305 vom 20.2.2002), Berlin 2002

Deutscher Bundestag: »Zu den Plänen der Bundesregierung, ein Künstlergemeinschaftsrechtsgesetz (Urhebernachfolgevergütung) zu schaffen. Antwort der Bundesregierung«, *Drucksache* 15/118 vom 29.11. 2002 auf die »Kleine Anfrage der Fraktion der FDP (*Drucksache* 15/89 vom 13.11.2002), Berlin 2002

Deutscher Kulturrat: »Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein ›Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft‹«, in: *politik und kultur* [puk], Heft 4/2002, S. 19-21

Dreier, Thomas: »Die Umsetzung der Urheberrechtsrichtlinie 2001/29/EG in deutsches Recht«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 1/2002, S. 28-42

Feldmann, Dirk: »Besprechung des Urteils des Bundesgerichtshofes I ZR 311/98«, (Spiegel-CD-ROM vom 5.7.2001), in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 3/2002, 46. Jg., S. 210-212

Flechsig, Norbert P.: »Grundlagen des Europäischen Urheberrechts. Die Richtlinie zur Harmonisierung des Urheberrechtsschutzes in Europa und die Anforderungen an ihre Umsetzung in deutsches Recht«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 1/2002, 46. Jg., S. 1-21

Gröndahl, Boris: »Die Tragedy of the anticommons. Kapitalistische Eigentumskritik im Patentwesen«, in: *Prokla*, Heft 126 (2002), S. 89-101

Knies, Bernhard: »Kopierschutz für Audio-CDs – Gibt es den Anspruch auf die Privatkopie?«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 11/2002, S. 793-797

Kreile, Reinhold: »Urheberrechtlich geschützte Leistungen sind nirgendwo zum Nulltarif zu haben. Ein Gespräch mit GESAC-Präsident Prof. Dr. Reinhold Kreile«, in: *GEMA Nachrichten*, Heft 165 (2002), S. 64-65

Kuhlen, Rainer: »Positionen zur Informationsethik. Geistiges Eigentum in der Informationsgesellschaft«, in: *UNESCO heute*, Heft 3/2002, S. 82-84

Mauruschat, Hans-Christoph: »Die Wertschätzung der Musik. Vor einhundert Jahren einigten sich in Deutschland Verleger und Komponisten auf eine gemeinsame Verwertung der Aufführungsrechte«, Teil 6, in: *GEMA Nachrichten*, Heft 165 (2002), S. 90-97

Melichar, Ferdinand: »Änderungen nicht auf die lange Bank schieben. Die Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie in deutsches Recht«, in: *politik und kultur* [*puk*], Heft 1/2002, S. 13-14

Nordemann, Wilhelm: *Das neue Urhebervertragsrecht. Ein Grundriss*, München: Beck (Praxis des gewerblichen Rechtsschutzes und Urheberrechts) 2002, 188 S.

Notz, Börries von: »Urheberrecht im Museum«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 62 (2002), S. 15-20

Nuss, Sabine: »Download ist Diebstahl? Eigentum in einer digitalen Welt«, in: *Prokla*, Heft 126 (2002), S. 11-35

Pfennig, Gerhard: »Die Harmonisierung des Folgerechts in der EU«, in: *ZUM. Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 3/2002, S. 194-201

Reinbothe, Jörg: »Die Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie in deutsches Recht«, in: *ZUM. Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 1/2002, S. 43-51

Schack, Haimo: »Schutz digitaler Werke vor privater Vervielfältigung. Zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf § 53 UrhG«, in: *ZUM. Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 7/2002, S. 497-510

Schimmel, Wolfgang: »Das Geträller der Hofnarren. Das Urheberrecht in der ›Informationsgesellschaft‹«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 4/2002, S. 8-9

Schimmel, Wolfgang: »Holzköppe aus NRW. Clements Justizministerium verwässert Urhebernovelle«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 3/2002, S. 2-3

Schmidt, Uwe: »Der Vergütungsanspruch des Urhebers nach der Reform des Urhebervertragsrechts«, in: *ZUM. Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 11/ 2002, S. 781-791

Scholz, Lothar: »CD-Kopierschutz – Der Anfang vom Lied. Die Lage der Musikwirtschaft ist prekär. Die Entwicklung effektiver Kopierschutzsysteme wird ein dominierendes Thema dieses Jahres sein«, in: *Der Musikmarkt*, Heft 3/2002, 44. Jg., S. 16-18

»Urheberrecht: Initiative ›Rettet die Privatkopie!‹«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 6/2002, S. 772-775

Wandtke, Artur-Axel: »Copyright und virtueller Markt in der Informationsgesellschaft – oder das Verschwinden des Urhebers im Nebel der Postmoderne?«, in: *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht*, 2002, S. 1-11

Wandtke, Artur-Axel/Bullinger, Winfried (Hrsg.): *Praxiskommentar zum Urheberrecht*, München: Beck 2002, 1597 S.

Würfel, Ute: »Ausstellungsvergütungen müssen üblich werden!«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 6/2002, S. 16-17

Zecher, Jan: »Die Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie in deutsches Recht. Diskussionsbericht der gleich lautenden Arbeitssitzung des Instituts für Urheber- und Medienrecht am 22. März 2002«, in: *ZUM. Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 6/2002, 46. Jg., S. 451-457

2.5.2.2 Stiftungsrecht

Andrick, Bernd: »Das Gesetz zur Modernisierung des Stiftungsrechts«, in: *Neue Juristische Wochenzeitschrift*, Heft 40/2002, S. 2905-2910

Bundesverband Deutscher Stiftungen: »Offene Fragen zur Weiterentwicklung des Stiftungs- und Stiftungssteuerrechts«, in: *Deutsche Stiftungen*, Heft 2/2002, S. III-VI

Deutscher Bundestag: »Modernisierung des Stiftungsrechts. Gesetzentwurf der Bundesregierung«, *Drucksache* 14/8765 vom 11.4.2002 (siehe »Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen«, *Drucksache* 14/8277 vom 20.2.2002), Berlin 2002

»Gesetz zur Modernisierung des Stiftungsrechts vom 15. Juli 2002«, in: *Deutsche Stiftungen*, Heft 2/2002, S. VII-VIII

Hüttemann, Rainer/Rawert, Peter: »Der Modellentwurf eines Landesstiftungsgesetzes«, in: *Maecenata actuell*, Heft 37 (2002), S. 23-32

Lex, Peter: »Das Gesetz zur Modernisierung des Stiftungsrechts«, in: *Stiftung & Sponsoring*, Heft 4/2002, S. 15

Liermann, Hans: *Geschichte des Stiftungsrechts*, Tübingen: Mohr Siebeck 2002, 360 S.

Mecking, Christoph: »Mehr Signale zum Stiften. Bilanz und Perspektiven neuerer Stiftungsgesetzgebung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 37-39

Richter, Andreas: »Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrecht im Wandel: deutsch-britische Perspektiven«, in: *Maecenata actuell*, Heft 37 (2002), S. 17-23

Spengler, Rainer: »Stellungnahme zu den Entwürfen für die Reform des Stiftungszivilrechts für die öffentliche Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages am 20. März 2002«, in: *Maecenata actuell*, Heft 33 (2002), S. 13-21

Strachwitz, Rupert Graf: »Stellungnahme zu den Entwürfen für die Reform des Stiftungszivilrechts für die öffentliche Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages am 20. März 2002«, in: *Maecenata actuell*, Heft 33 (2002), S. 5-13

Strachwitz, Rupert Graf: »Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Stiftungsrechts aufgrund des Schreibens vom Bundesministerium für Justiz vom 17. Dezember 2001«, in: *Maecenata actuell*, Heft 32 (2002), S. 2-5

2.5.2.3 Künstlersozialversicherung

Jürgensen, Andri: *Ratgeber Künstlersozialversicherung. Vorteile – Voraussetzungen – Verfahren*, München: Deutscher Taschenbuchverlag (Beck-Rechtsberater im dtv) 2002, 197 S. (Stand: 1. Juli 2001)

Kohlhaas, Manfred: »Schon geriestert?«, in: *kulturpolitik*, Heft 3/2002, S. 14-15

Künstlersozialkasse: »Die Künstlersozialkasse antwortet. Die ›Riester-Rente‹ auch für Künstlerinnen und Künstler«, in: *kulturpolitik*, Heft 1/2002, S. 22

Langenstein, York: »Die Museen werden zur Kasse gebeten: Zur Abgabenpflicht nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz«, in: *Museum aktuell*, Heft 77 (Februar/2002), S. 3214-3216

Nordhausen, Willy: »Abgabepflicht der Betreiber von Museen nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG)«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 62 (2002), S. 21-24

Notz, Börries von: »Die Künstlersozialabgabe in der Museumspraxis«, in: *Museen im Rheinland – Informationen für die rheinischen Museen*, Heft 4/2002, S. 14-17

2.5.2.4 Steuerpolitik u. a. weitere rechtliche Regelungen

Allen, Heribert: »Besteuerung ausländischer Künstler. Niedrigere Steuersätze ab 2002 bei der sogenannten Künstlerabzugssteuer«, in: *Chor und Konzert*, Heft 1/ 2002, S. 32-37

Allen, Heribert: »Sind Mitgliedsbeiträge der Sängerinnen und Sänger doch steuerabzugsfähige Zuwendungen?«, in: *Chor und Konzert*, Heft 1/2002, S. 17-20

Allen, Heribert: »Steuerfluch(t): Der geheime Sänger!. Eine Groteske zum Spendenrecht«, in: *Chor und Konzert*, Heft 110 (2/2002), S. 38-40

Deutscher Bundestag: »Entwurf eines Gesetzes zur Einkommensbesteuerung von ausländischen Künstlerinnen und Künstlern. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses«, *Drucksache* 14/9268 vom 5.6.2002 zu dem »Gesetzentwurf der Fraktion der PDS« (*Drucksache* 14/6111), Berlin 2002

Deutscher Bundestag: »Regelung der Preisbindung bei Verlagserzeugnissen. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien«, *Drucksache* 14/9422 vom 12.6.2002 zum »Gesetzentwurf der Bundesregierung«, *Drucksache* 14/9196 vom 3.6.2002, Berlin 2002

Irle, Gabriele: *Kunstsponsoring im Steuerrecht. Behandlung des fördernden Unternehmens und des Förderungsemp-*

fängers auf der Basis der ertrag- und umsatzsteuerlichen Sphärenabgrenzung, Bielefeld: Verlag Erich Schmidt (Grundlagen und Praxis des Steuerrechts, 37) 2002, 252 S.

Kohl, Franz/Allen, Heribert: »Besteuerung ausländischer Künstler. Niedrigere Steuersätze ab 2002 bei der so genannten Künstlerabzugsteuer«, in: *Chor und Konzert*, Heft 110 (2/2002), S. 32-37

Sprecherrat des Deutschen Kulturrates: »Mit dem Steuerrecht Kunst und Kultur fördern«, in: *politik und kultur* [puk], Heft 1, 2002, S. 9-10

Strachwitz, Graf Rupert: »Von der Revision des Gemeinnützigkeitsrechts zur Streichung des Spendenabzugs«, in: *Maecenata actuell*, Heft 36 (2002), S. 5-6

Wachter, Thomas: »Erb- und Schenkungssteuer bei der Übertragung von Kunstgegenständen«, in: *Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge*, 2002, S. 333

Weber, Hermann (Hrsg.): Prozesse und Rechtsstreitigkeiten um Recht, Literatur und Kunst, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, 150 S.

2.5.2.5 Bundeskulturstiftung

Barthel, Eckhardt: »Die Bundeskulturstiftung im Dialog der Kulturen«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 47 (2002), S. 14

David, Thomas: »Nationale Kulturstiftung: Mit der Kunst im Bunde«, in: *art*, Heft 3/2002, S. 68-69

Die Kulturstiftung des Bundes (Hrsg.): *kulturstiftung des bundes*, Halle: Selbstverlag 2002 (Heft 1), 36 S.

Mahrenholz, Ernst Gottfried: »Die Kultur und der Bund. Kompetenzrechtliche Erwägungen anlässlich der Gründung der Bundeskulturstiftung im März 2002«, in: *Deutsches Verwaltungsblatt*, Heft 13/2002, S. 857-859

Palmer, Christoph E.: »›Entgrenzte‹ Kulturpolitik. Die Idee der Bundeskulturstiftung«, in: *Die politische Meinung*, Heft 389 (April/2002), S. 49-53

Sievers, Norbert: »Den Ball flach halten. Die Kulturstiftung des Bundes nimmt ihre Arbeit auf«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 4-5

Sievers, Norbert: »Die Kulturstiftung des Bundes steht«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 4-5

Winands, Günter: »Ein neues Element der Kulturförderung: Die ›Kulturstiftung des Bundes‹ und ihre 30-jährige Vorgeschichte«, in: *Kulturberichte*, Heft 2/2002, S. 19-21

2.5.3 Auswärtige Kulturpolitik

2.5.3.1 Allgemein

auslandskurier. Magazin für die exportierende mittelständische Wirtschaft, Schwäbisch Hall: Eppinger

Bildung und Wissenschaft. Inter Nationes, Bonn (viermal jährlich)

Kulturchronik. Inter Nationes, Bonn (zweimonatlich)

Zeitschrift für Kulturaustausch, Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen (vierteljährlich)

Auswärtiges Amt, Referat für Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): *Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik heute*, Berlin: Auswärtiges Amt – Referat für Öffentlichkeitsarbeit 2002 (1. Auflage Febr. 2002)

Bettermann, Erik: »Moderner Auslandsrundfunk für Deutschland. Die Reform der Deutschen Welle und des DW-Gesetzes«, in: *politik und kultur* [puk], Heft 3/2002, S. 22-22 [??]

Deutscher Bundestag: »Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2001«, *Drucksache* 14/9760 vom 3.7.2002, Berlin 2002

Deutscher Bundestag: »Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland, Bonn. Beschlussempfehlung und Bericht«, *Drucksache* 14/8847 vom 23.4.2002 des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zum »Gesetzentwurf der Bundesregierung«, *Drucksache* 14/8465 vom 8.3.2002, Berlin 2002

Deutscher Bundestag: »Zukunft der deutschen Auslandsschulen. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien«, *Drucksache* 14/9288 vom 6.6.2002 zu dem »Antrag der Fraktion der CDU/CSU« (*Drucksache* 14/8106), Berlin 2002

Deutscher Bundestag: »Zukunft der deutschen Sprache. Antwort der Bundesregierung«, *Drucksache* 14/8203 vom 7.2.2002 auf die »Große Anfrage der Fraktionen von SPD sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen« (*Drucksache* 14/6659), Berlin 2002

Deutscher Bundestag: »Zukunft des deutschen Auslandsrundfunks. Entschließungsantrag«, *Drucksache* 14/8819 vom 18.4.2002 der Fraktion der FDP zu »Antwort der Bundesregierung«, *Drucksache* 14/8208 vom 7.2.2002 und auf die »Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU« (*Drucksache* 14/6954), Berlin 2002

Meinke, Herbert: »Bis nach Slubfurt ist es noch sehr weit. Deutsch-polnische Kulturbeziehungen zwischen Frankfurt/Oder und Slubice«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 1/2002, S. 18-20

Roeck, Bernd (Hrsg.): *Deutsche Kulturpolitik in Italien. Entwicklungen, Instrumente, Perspektiven, Ergebnisse des Projekts ›ItaliaGermania‹*, Tübingen: Niemeyer 2002, 219 S.

2.5.3.2 Beutekunst, Rückführung, Restitution etc.

Bernecker, Roland: »Kulturgüterschutz durch die UNESCO: die UNESCO-Konvention über ›Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der unzulässigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut‹ von 1970«, in: *Museumskunde*, Heft 67 (1/2002), S. 19-24

Deimel, Claus: »Rechtsschutz für Kulturgut – Anmerkungen aus der Sicht des Museums für Völkerkunde zu Leipzig«, in: *Museumskunde*, Heft 67 (1/2002), S. 69-72

Deutscher Bundestag: »Stand der deutsch-russischen Verhandlungen über die Rückführung von Kulturgut. Antwort der Bundesregierung«, *Drucksache* 14/9518 vom 24.6.2002 auf die »Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU« (*Drucksache* 14/9279), Berlin 2002

Hailbronner, Kay: »Frachtgut gesunkener Schiffe und Kulturgüterschutz vor deutschen Gerichten«, in: *Juristenzeitung*, 2002, S. 957-963

Heilmeyer, Wolf-Dieter: »Leihgaben-Austausch als Museumspolitik der Zukunft«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2002, S. 65-68

Herzog, Ronald: *Kulturgut unter Wasser. Schatztaucher, das Seevölkerrecht und der Schutz des kulturellen Erbes*, Aachen: Shaker 2002, 414 S.

Hönes, Ernst-Rainer: »Schutz von Kulturgut als internationales Problem – 100 Jahre Haager Konventionen«, in: *Neue Zeitschrift für Wehrrecht*, 2002, S. 19-37

Kathmann, Dorothea: »Praxisnahe Betrachtungen vor und nach der Schuldrechtsreform. Die Verjährung von Herausgabeansprüchen an abhanden gekommenen Kunst- und Kulturgütern nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2002, S. 41-44

»Kulturgüterschutz«, Schwerpunktthema, in: *museumskunde*, Heft 67 (1/2002)

Laufer, Eckhard: »Illegale Entnahme von Kulturgut und Handel. Das Beispiel keltischer oppida in Hessen: Heideträänk und Dünsberg«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2002, S. 57-61

Lüddeke, Barbara: »Praktische Erfahrungen mit den Gesamtverzeichnissen national wertvollen Kulturguts und national wertvoller Archive«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2002, S. 34-40

Menghin, Wilfried: »Zur Problematik von Museen und illegalem Kunsthandel«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2002, S. 62-64

Rabold, Britta: »Die UN-Konvention zum Schutz von Kulturgut aus der Sicht der Archäologen«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2002, S. 48-52

Schmidtendorf, Hermann: »Rückführung von Kulturgütern – wann kommt der Durchbruch?«, in: *Dialog*, Heft 58/59 (2002), S. 116-118

Schütte, Reiner: »Zur Verjährung von Ansprüchen auf Herausgabe unrechtmäßig entzogener Kunstwerke«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2002, S. 45-47

Schumann, Stefan/Schmidt-Bremme, Götz: »Zur Rückführung eingeschmuggelter Kunstwerke in ihre Herkunftsstaaten«, in: *Neue Juristische Wochenschrift*, 2002, S. 574-577

Siehr, Kurt: »Rechtsschutz für Kulturgut. Rechtsbehelfe bei internationalem Kunstraub und Kunstschmuggel«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2002, S. 12-18

Syssoeva, Elena: »Perspektiven der praktischen Umsetzung des russischen Kulturgüterschutzgesetzes«, in: *AVR*, Heft 40 (2002), S. 54-63

Turner, Stefan: *Das Restitutionsrecht des Staates nach illegaler Ausfuhr von Kulturgütern. Eigentumsordnung und völkerrechtliche Zuordnung*, Berlin/New York: de Gruyter (Schriften zum Kulturgüterschutz) 2002, 307 S.

Veit, Willibald: »Rechtsschutz für Kulturgut – Anmerkungen aus der Sicht des Museums für Ostasiatische Kunst, Berlin«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2002, S. 73- 75

Welck, Karin von: »Rechtsschutz für Kulturgut – eine überfällige Diskussion«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2002, S. 8-11

2.6 Kulturförderung, Kulturfinanzierung, Kulturstatistik

2.6.1 Kulturförderung allgemein, Kulturfinanzierung

Beek, Gregor van der: *›Kulturfinanzen‹. Ein volkswirtschaftlicher Beitrag zur Reform der öffentlichen Museen und Theater in Deutschland*, Berlin: Duncker & Humblot 2002, 250 S.

Deutscher Bundestag: »Systematisierung der Kulturförderung von Bund und Ländern. Antrag der Fraktion der CDU/CSU«, *Drucksache* 14/8736 vom 4.4.2002, Berlin 2002

Ermert, Karl (Hrsg.): *Kultur als Entwicklungsfaktor: Kulturförderung als Strukturpolitik?, Dokumentation der Tagungen ›Kultur als Standort- und Wirtschaftsfaktor‹ am 30. und 31. Mai 2001 sowie ›Region und Kultur‹ am 21. und 22. März 2002 an der Bundesakademie für Kulturelle Bildung Wolfenbüttel*, Wolfenbüttel: Bundesakademie für Kulturelle Bildung (Wolfenbütteler Akademie-Texte, 6) 2002, 127 S.

Hofecker, Franz-Otto: »Österreich ist eine Kulturnation. Deutschland nur eine halbe?. Aktuelle Herausforderungen an die Kulturfinanzierungsstatistik«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.: *Jahrbuch Kulturpolitik 2001* (Band 2), Thema: »Kulturföderalismus«, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag 2002, S. 359-367

Martin, Birgit: »Podiumsdiskussion im Kunstforum des BBK Düsseldorf«, in: *Kunstkurier*, Heft 1/2002, 47. Jg., S. 14

Martin, Olaf: »Fantasielosigkeit behindert die Kulturförderung. Ein Beitrag zu den Reformvorschlägen in den ›Kulturpolitischen Mitteilungen‹ Heft 95«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 12-13

Müller, Ulrike: »Kulturförderung im Wandel. Modelle zur Gestaltung von Zukunftsfähigkeit des offentlichen Kulturbetriebes«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 26 S., A 2.22

Naumann, Stefan: *Kulturförderpolitik. Ein systemtheoretischer Ansatz zur Identifikation von Effizienzkriterien beim Vergleich öffentlicher und unternehmenspolitisch motivierter Kulturförderung*, Marburg: Tectum-Verlag 2002, 280 S.

Vandenrath, Sonja: »Financing the Arts. Perspektiven zukünftiger Kulturfinanzierung. Das Vierte Berliner Forum für Kultur- und Medienmanagement sucht nach Innovationen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 79

2.6.2 Öffentliche Kulturförderung

Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.): *Perspektiven kommunaler Stiftungen im Gemeinwesen. Dokumentation der ersten Herbsttagung des Arbeitskreises Deutscher Stiftungen ›Kommunales‹ vom 7. bis 9. Oktober 2001 in München*, Berlin: Selbstverlag (Forum Deutscher Stiftungen, 16) 2002, 85 S.

Dümcke, Cornelia: »Wie in Kultur (-bauten) investieren?. Infrastruktur- und Investitionspolitik im Kulturbereich der neuen Länder als spezieller Anwendungsfall der Bundeskulturförderung«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.: *Jahrbuch Kulturpolitik 2001* (Band 2), Thema: »Kulturföderalismus«, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag 2002, S. 233-244

Evers, Adalbert/Rauch, Ulrich/Stitz, Uta: *Von öffentlichen Einrichtungen zu sozialen Unternehmen. Hybride Organisationsformen im Bereich sozialer Dienstleistungen*, Berlin: Ed. Sigma Verlag (Modernisierung des öffentlichen Sektors, Sonderband, 16) 2002, 281 S.

Herdlein, Hans: »Öffentliche Hand – leere Hand«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 10/2002, S. 4-5

Junkernheinrich, Martin: »Kommunale Kulturhaushalte im ›fiscal stress‹. Das Ruhrgebiet im Großstadtvergleich«, zehn Kernaussagen eines Vortrags, in: *Inthega Kultur-Journal*, Heft 1/2002, 22. Jg., S. 9-11

Karrenberg, Hanns: »Die aktuelle Finanzlage der Städte. Rückblick auf 2001 – Prognose für 2002«, in: *Inthega Kultur-Journal*, Heft 1/2002, 22. Jg., S. 3-8

Karrenberg, Hanns/Münstermann, Engelbert: »Städtische Finanzen: Kollaps oder Reformen! Gemeindefinanzbericht 2002«, in: *der städtetag*, Heft 4/2002, S. 4-96

Langmaak, Maren: »Öffentliche Kulturförderung. Bundesdeutsche Fördertöpfe für Kulturprojekte«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 84 S., E 1.2

Munier, Gerald: »Kulturausgaben. Schwierigkeiten mit der Statistik«, in: *akp. alternative kommunalpolitik*, Heft 1/2002, S. 42-43

Söndermann, Michael: »Die Musikausgaben der öffentlichen Hand«, in: Eckhardt, Andreas/Jakoby, Richard/Rohlfs, Eckart (Hrsg. für den Deutschen Musikrat): *Musik-Almanach 2003/2004. Daten und Fakten zum Musikleben in Deutschland*, Kassel: Gustav Bosse Verlag/Bärenreiter-Verlag 2002, S. 116-122

Thoen, Laurens: »Gewerbebetrieb statt Kulturinstitution. Der Circus in Deutschland wird nicht subventioniert«, in: *der städtetag*, Heft 7-8/2002, S. 27-30

Ulsamer, Marianne: »Kultur- und Sportförderung durch die Sparkassen«, in: *Städte- und Gemeinderat*, Heft 11/2002

2.6.3 Private Kulturfinanzierung, Sponsoring, Mäzenatentum, Stiftungen

Deutsche Stiftungen. Mitteilungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen (DS), Berlin: Bundesverband Deutscher Stiftungen (dreimal jährlich)

Maecenata actuell. Das Informationsmedium des Maecenata Instituts für Dritter-Sektor-Forschung (vierteljährlich)

Stiftung & Sponsoring. Das Magazin für Non-Profit- Management und -Marketing, Verl: W&N Stiftung & Sponsoring Verlags GmbH (sechsmal jährlich)

Anheier, Helmut/Then, Volker: *Zwischen Eigennutz und Gemeinwohl. Neue Formen und Wege der Gemeinnützigkeit*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2002, 300 S.

Bellezza, Enrico/Kilian, Michael/Vogel, Klaus: *Der Staat als Stifter – Stiftungen als »public-private partnerships« im Kulturbereich*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung (Konzepte@Stiftungen, 5) 2002, 80 S.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *25 Jahre Bertelsmann Stiftung – Reformbilanz*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2002, 111 S.

Bortoluzzi Dubach, Elisa: »Die Peggy-Guggenheim Collection in Venedig. Eine Geschichte, eine Sammlung, eine Sponsoring-Strategie«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2001* (Band 5), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 181-200

Bortoluzzi Dubach, Elisa: »Kultursponsoring heute und morgen:. Sind wir unterwegs zur Public Private Partnership?«, in: Klein, Armin: *Innovatives Kulturmarketing*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 60 – 70, 313 S.

Bundesverband Deutscher Stiftungen/Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien (Hrsg.): *Kulturstiftungen. Ein Handbuch für die Praxis*, Berlin 2002, 191 S.

Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.): *Aktivitäten deutscher Stiftungen in Mittel- und Osteuropa – eine Zwischenbilanz: Dokumentation der Tagung des Arbeitskreises Deutscher Stiftungen ›Internationales‹ im Celler Schloß, Sitz der Deutschen Management Akademie Niedersachsen vom 31. Januar bis 1. Februar 2002*, Berlin: Selbstverlag (Forum Deutscher Stiftungen, 18) 2002

Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.): *Auf dem Weg zur Bürgergesellschaft – die Rolle der Stiftungen. Bericht über die 57. Jahrestagung vom 30. Mai bis 1. Juni 2001 in Köln*, Berlin: Bundesverband Deutscher Stiftungen (Jahrestagung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, 57) 2002, 550 S.

Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.): *Bürgerstiftungen in Deutschland. Entstehung, Struktur, Projekte, Netzwerke*, Berlin (Forum Deutscher Stiftungen, 15) 2002, 400 S.

Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.): *Die Errichtung einer Stiftung*, Berlin: Selbstverlag (Ratgeber Deutscher Stiftungen, 1) 2002, 153 S. (5. Auflage)

Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.): *Selbstverständnis kommunaler Stiftungen. Perspektiven kommunaler Stiftungen im Gemeinwesen, Dokumentation der ersten Herbsttagung des Arbeitskreises Deutscher Stiftungen »Kommunales« vom 7. bis 9. Oktober in München*, Berlin: Selbstverlag 2002, 85 S.

Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.): *Stiftungen als Träger von Kultureinrichtungen, Dokumentation der 4. Tagung des Arbeitskreises Kunst- und Kulturstiftungen vom 3. bis 4. September 2001 in Hamburg*, Berlin: Bundesverband Deutscher Stiftungen (Forum Deutscher Stiftungen, 14) 2002, 130 S.

Fischer, Kai/Neumann, André: »Von der Spendenverwaltung zum Beziehungsmanagement. Multi-Channel-Fundraising als neue Herausforderung«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 26 S., E 4.3

Hauser-Schmolck, Kathrin/Köster, Andreas/Mecking, Christoph u. a.: »Dossier: Kulturstiftungen«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 10/2002, S. 45-51

Homolka, Walter: »Um die ganze Welt und die Taschen voller Geld?. Ulrich Ruhnke im Gespräch mit Walter Homolka über private Kulturförderung«, in: *Das Orchester*, Heft 7-8/2002, S. 10-17

Kimpel, Andreas: »Nachhaltigkeit und Kontinuität mit ›kulturextra‹. Innovatives Sponsoringkonzept des Kulturamtes Bielefeld«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 81-82

König, Dominik Freiherr von: »Abenteuer Treuhandstiftung. Verwaltung von Kunst- und Kulturstiftungen«, in: *Deutsche Stiftungen*, Heft 2/2002, S. 63-64

Leek, Anja: »Exposé. Der Beitrag von Stiftungen zum Denkmalschutz in den neuen Bundesländern und Berlin«, in: *Maecenata actuell*, Heft 32 (2002), S. 37-39

Lucks, Christoph: »Deformation des Stiftungswesens durch das Steuerrecht?«, in: *Maecenata actuell*, Heft 32 (2002), S. 6-8

Martin, Jörg/Wiedemeier, Frank/Hesse, Ulrike: *Fundraising-Instrument Stiftungen. Die neuen Möglichkeiten für soziale Dienstleister*, Berlin: Walhalla 2002, 192 S.

Mecking, Christoph: »Vom Sinn des Stiftens in unserer Zeit«, in: Landeshauptstadt Stuttgart/Initiativkreis Stuttgarter Stiftungen (Hrsg.): *Handbuch zu den Stuttgarter Stiftungen*, Stuttgart: Selbstverlag 2002, S. 5-12

Münch, Michael: »Klangvolles Engagement. Musikförderung der Deutschen Bank«, in: *Musikforum*, Heft 96 (2002), S. 100-104

Nauck, Gisela: »Visionen und Realitäten. Die internationale Künstlerinnenstiftung ›die Höge‹«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 5/2002, S. 56-57

Nida-Rümelin, Julian: »Auf dem Weg zur Bürgergesellschaft – die Rolle der Stiftungen«, (Festvortrag auf der 57. Jahrestagung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen vom 30. Mai bis 1. Juni 2001 in Köln), in: Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.): *Auf dem Weg zur Bürgergesellschaft – Die Rolle der Stiftungen*, Berlin: Bundesverband Deutscher Stiftungen 2002, S. 434-441

Peplow, Norman: »Fundraising in der Soziokultur?. Nicht über- und nicht unterschätzen«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 3-4/2002, S. 8-9

Roßnagl, Michael/Triyandafilidis, Rea: »Partner für die Kultur. Das Siemens Arts Program«, in: *Handbuch KulturManagement* Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 26 S., E 7.4

Schilling, Kerstin: »Kultursponsoring in der Evaluation. Der Literatur Express Europa 2000«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2001* (Band 5), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 201-209

»Schwerpunkt: Stiftungen in Hamburg. Bausteine einer lebendigen Stadt«, in: *Deutsche Stiftungen*, Heft 1/2002, S. 45-69

»Schwerpunkt: Stiftungsverwaltungen«, in: *Deutsche Stiftungen*, Heft 2/2002, S. 51-83

Städte-Netzwerk NRW (Hrsg.): *Bürgerstiftungen in Ihrer Stadt. Ein Leitfaden für Kommunen und Initiativen*, Unna: Selbstverlag 2002, 199 S.

Uske, Bernhard: »Ein Türöffner zum großen Haus. Die ›Akademie Musiktheater Heute‹ der Deutschen Bank fördert den Opernnachwuchs«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 4/2002, S. 44-45

Willert, Birthe: »Neue Kunst braucht Förderung. Hamburgs Kunst- und Kulturstiftungen – eine innovative Form klassischen Mäzenatentums«, in: *Deutsche Stiftungen*, Heft 1/2002, S. 48-50

2.7 Kulturverwaltung, Verwaltungsreform

Aschenbrenner-Wellmann, Beate: »Von der interkulturellen zur globalen Kompetenz. Grundlagen und Anwendbarkeit in der öffentlichen Verwaltung am Beispiel Münchens. Neue Anforderungen an das Verwaltungshandeln durch ausländische Klienten«, in: *Verwaltung und Management*, Heft 1/2002, 8. Jg., S. 28-31

Bundesministerium des Innern, Berlin (Hrsg.): *Moderner Staat – Moderne Verwaltung. Wegweiser Bürgergesellschaft*, Berlin: Selbstverlag 2002, 95 S.

Czerwick, Edwin: »Demokratisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland. Von Weimar zur Bundesrepublik«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Heft 2/2002, 28. Jg., S. 183-203

Deutscher Städtetag: *Verwaltungsmodernisierung – Baustelle ohne Ende?, Dokumentation der DST-Fachkonferenz am 12.9.2001 in Berlin*, Köln: Deutscher Städtetag (DST-Beiträge zur Kommunalpolitik, Reihe A, Heft 30) 2002, 156 S.

Dienel, Peter C.: »Das Verlangen nach Sinn als Auslöser für die Modernisierung des Staates«, in: *Zukünfte in Wechselwirkung*, Heft Mai-Juni/2002, S. 71-75

Ely, Claudio: »Lernen von Porto Alegre. Bürgerbeteiligung in Haushalts- und Kulturpolitik. Claudio Ely im Interview mit Tina Jerman«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 24-25

Esch, Karin/Hilbert, Josef/Stöbe-Blossey, Sybille: »Der aktivierende Staat. Bausteine für ein neues Staatsverständnis«, in: *Zukünfte in Wechselwirkung*, Heft Mai-Juni/2002, S. 67-70

Friedrichs, Stefan/Hart, Thomas/Schmidt, Oliver: »›Ballanced E-Government‹. Visionen und Prozesse zwischen Bürgernähe und Verwaltungsmodernisierung«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 39-40/2002, S. 12-23

Hill, Hermann: »Electronic Government. Strategie zur Modernisierung von Staat und Verwaltung«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 39-40/2002, S. 24-36

Ramin, Doerthe: »Transformation real: Die Überführung einer öffentlichen Kulturinstitution in die private Hand«, in: *Museum aktuell*, Heft 87 (Dezember/2002), S. 3716-3718

Thiel, Markus: *Gemeindliche Selbstverwaltung und kommunales Verfassungsrecht im neuzeitlichen Preußen (1648-1947)*, in: *Die Verwaltung*, Heft 1/2002, S. 25-60

Tondorf, Karin: *Steuerung durch Zielvereinbarungen. Anwendungspraxis, Probleme, Gestaltungsüberlegungen. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung*, Berlin: Ed. Sigma (Modernisierung des öffentlichen Sektors: Sonderband, 17) 2002, 218 S.

Wiethe-Körprich, Heinrich: »Die Kunst der Fuge. Versuch einer Standortbestimmung gemeindlicher Aufgabenverantwortung in vier Sätzen«, in: *BayGTzeitung*, Heft 5/2002, S. 119-126

Witte, Gertrud: »Bürgerbeteiligung: entscheidend für die Zukunft der Städte«, in: *Die neue Verwaltung*, Heft 2/2002, 11. Jg., S. 8-11

2.8 Kulturmanagement

Badelt, Christoph (Hrsg.)/Pomper, Florian (Mitarb.): *Handbuch der Nonprofit Organisation. Strukturen und Management*, Stuttgart: Schäffer-Poeschel 2002, 752 S., 3. überarb. u. erw. Aufl.

Bendixen, Peter: *Einführung in das Kultur- und Kunstmanagement*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, 376 S.

Brixel, Matthias: »Online-PR ist mehr als die Fortsetzung klassischer Öffentlichkeitsarbeit im Netz«, in: *Theatermanagement aktuell*, Heft März-Mai/2002, S. 18-20

Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2001* (Band 5), Baden- Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, 233 S.

Heinze, Thomas: *Kultursponsoring, Museumsmarketing, Kulturtourismus. Ein Leitfaden für Kulturmanager*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH 2002, 223 S.

Janczukowicz, Till: »Ein Impresario. Internationales Künstler- und Konzertmanagement«, Im Gespräch mit Gerald Mertens, in: *Das Orchester*, Heft 9/2002, S. 10-16

Kaindl, Marianne: »Zielgruppenorientiertes Webdesign für Sites im Kulturbereich«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 22 S., K 8.20

Kersten, Rüdiger/Schneidewind, Petra: »Die Balanced Scorecard im Kulturbetrieb – ein anwendbares Hilfsmittel?«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 24 S., B 3.6

Kirn, Annette: »Rationalisierung von Personal – Teil 2: Auswirkungen, Durchführung & Vermeidungsstrategien«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 16 S., G 1.2

Klein, Armin (Hrsg.): *Innovatives Kulturmarketing*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, 313 S.

»Literaturführer: Kulturmanagement«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 16 S., K 3.1

Mack, Dagmar: »Das Internet als Kreativmotor im Vertriebsprozess von Kulturprodukten«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 12 S., K 8.18

Mack, Dagmar: *IT und Internet im Theatermanagement. Ein Praxis-Leitfaden*, Bielefeld: transcript Verlag 2002, ca. 200 S.

Mandel, Birgit: »Schreiben über Kunst als Vermittlungsaufgabe von PR«, in: *Theatermanagement aktuell*, Heft Juni-August/2002, S. 14-16

Meyer, Patrik: »Facility Management im Event-Betrieb«, in: *TheaterManagement aktuell*, Heft September-November/2002, S. 8-9

Pantellini, Claudia/Stohler, Peter/Thalmann, Simone: »›Marketing the Museum‹. Die Umsetzung von Kultur-Marketing an drei Schweizer Museen«, in: *Museum aktuell*, Heft 87 (Dezember 2002), S. 3719-3722

Schäcke, Mirco/Krohn, Axel: »Convenience-Orientierung am Theater«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 22 S., D 1.15

Schlömer, Winfried: »Viermal so viele Abonnenten wie zuvor. Neue Marketingmethoden. Das gelungene Beispiel eines deutschen Orchesters, vorgestellt in einer Untersuchung der Fachhochschule Gelsenkirchen«, in: *Das Orchester*, Heft 3/2002, S. 2-8

»Seminare und Internetadressen für Kulturschaffende«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 8 S., K 1.3

Thiemann, Holger: »Europäische Kulturbörsen. Diskussions-, Kommunikations- und Austauschforen«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 24 S., C 2.4

2.9 Kultur und Ökonomie – Kulturwirtschaft – Kultur und Arbeit

Blaimschein, Susanne/Haslinger, Stefan/Sonnberger, Elfi: »Establish Cultural Worker. Ist die Kultur Arbeit (oder) Kunst?«, in: *KUPF*, Heft 98 (2002), S. 24-25

Eigner, Christian: »Wissen und Markt. Plädoyer für eine Rekulturalisierung der Ökonomie«, in: *Lettre International*, Heft 57 (2002), S. 54-57

Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation (FiAB): *Jahrbuch Arbeit – Bildung – Kultur 2001/02. Neuer Kapitalismus, nachfordistisches Produktionsmodell? Analysen, Kontroversen, arbeitspolitische Schlussfolgerungen*, Recklinghausen: Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation (Jahrbuch, 19/20) 2002

Göke, Michael: *Die Ökonomik der Produktion populärer Musik. Eine institutionsökonomische Analyse der vertraglichen Beziehungen von Musikgruppen, Musikproduzenten und Tonträgerunternehmen*, Frankfurt am Main/Bern/Berlin u. a.: Peter Lang Verlag (Europäische Hochschulschriften; Reihe 5, Volks- und Betriebswirtschaft, 2810) 2002, 169 S.

Haack, Barbara: »Die Kultur braucht mehr als Businesspläne. Der Kongress ›Musik als Wirtschaft‹ in Berlin«, in: *nmz. Neue Musik Zeitung*, Heft 5/2002, S. 1-2

Haack, Barbara/Eichmanns, Tina/Kolb, Andreas u. a.: »Dossier: Musikwirtschaft«, in: *nmz. Neue Musik Zeitung*, Heft 3/2002, S. 49-55

Haug, Sonja/Weber, Karsten: Kaufen, Tauschen, Teilen. Musik im Internet, Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag 2002, 130 S.

Hickel, Rudolf: »Medienzentrum im Faulenquartier. Aufwertung des Standorts durch Radio Bremen«, in: *Foyer*, Heft 44 (2002), S. 28-29

Hippe, Wolfgang: »musik als wirtschaft – kulturpolitischer kongreß in berlin. ›We're only in it for the money‹ (Frank Zappa)«, Die ökonomischen Potenziale der Musik- und Entertainmentbranche, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 22-24

Hippe, Wolfgang: »off cologne. Kulturwirtschaft und Lobby-Arbeit vor Ort«, in: *akp. alternative kommunalpolitik*, Heft 1/2002, 23. Jg., S. 49-50

Kiefer, Marie-Luise: »Kirch-Insolvenz: Ende einer ökonomischen Vision? Zu den medienökonomischen Ursachen und den medienpolitischen Konsequenzen«, in: *Media Perspektiven*, Heft 10/2002, S. 491-500

Klotz, Christian: »Stadt und Kultur – Kultur als Wirtschaftsförderung«, Auszüge aus einem Referat, in: *Inthega Kultur-Journal*, Heft 3/2002, 22. Jg., S. 5-13

Krätke, Stefan: *Medienstadt. Urbane Cluster und globale Zentren der Kulturproduktion*, Opladen: Leske + Budrich 2002, 267 S.

Kunzmann, Klaus R.: »Kultur, Wirtschaft und Raumentwicklung«, in: *Informationen zur Raumentwicklung,* Heft 4-5/2002, S. 185-198

McRobbie, Angela: »Talentbasierte Wirtschaft? Die Dynamik der Generationen auf Großbritanniens kulturellen Arbeitsmärkten «, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Heft 12/2002, S. 661-670

Popp, Sebastian/Krämer, Rolf: »Film ist das Wirtschafts- und Kulturgut des dritten Jahrtausends«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.: *Jahrbuch Kulturpolitik 2001* (Band 2), Thema:

»Kulturföderalismus«, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag 2002, S. 227-231

Röper, Horst: »Formation deutscher Medienmultis 2002. Entwicklungen und Strategien der größten deutschen Medienunternehmen«, in: *Media Perspektiven*, Heft 9/2002, S. 406-432

Röper, Horst: »Zeitungsmarkt 2002: Wirtschaftliche Krise und steigende Konzentration. Daten zur Konzentration der Tagespresse in der Bundesrepublik Deutschland im 1. Quartal 2002«, in: *Media Perspektiven*, Heft 10/2002, S. 478-490

Söndermann, Michael: »Zur Lage der Kulturwirtschaft in Deutschland 1999/2000. Der Kultursektor aus wirtschafts- und beschäftigungsstatistischer Sicht. Ergebnisse aus der Kulturwirtschaftsstatistik unter europäischer Perspektive«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.: *Jahrbuch Kulturpolitik 2001* (Band 2), Thema: »Kulturföderalismus«, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag 2002, S. 369-391

Uslar-Gleichen, Jochem Freiherr von : »Stadt, Kultur und Wirtschaftsentwicklung und der Nutzen von ›Grenzüberschreitungen‹ in der Rheinschiene«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 4-5/2002, S. 255-258

Wernicke, Ralph: »Der Reigen«, in: *Texte zur Kunst*, Heft 48 (2002), S. 116-117

3 Kulturpolitische Positionen von Parteien und Verbänden

3.1 Parteien

Einblicke. Aktuelles aus der Konrad-Adenauer-Stiftung (vierteljährlich)

Kulturnotizen. Kulturforum der Sozialdemokratie, Berlin (unregelmäßig)

Kulturpolitische Umschau. Im Gespräch, St. Augustin: Konrad Adenauer Stiftung (unregelmäßig, online)

Liberal. Vierteljahreshefte für Politik und Kultur, St. Augustin: Comdok (vierteljährlich)

PDS Kultur. Informationen der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz, Berlin: Ständige Kulturpolitische Konferenz der PDS (in der Regel vierteljährlich)

Blömer, Richard/Reitemeyer, Michael/Frisch, Lutz/ Schomburg, Reiner: »Berichte aus der Kulturpolitik: Aus den Ländern«, in: *Kulturpolitische Umschau*, Heft 11-12/ 2002, S. 7-23

Glaser, Hermann: »Kultur und Wahlprogramme 2002«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 18-19

Koschyk, Hartmut u. a.: »Berichte aus der Kulturpolitik. Berichtszeitraum April bis Mitte Juli 2002. Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion«, in: *Kulturpolitische Umschau*, Heft 11-12/2002, S. 45-56

»Kultur im Wahlkampf. Programmatische Aussagen der im Bundestag vertretenen Parteien«, (Dokumentation der kulturrelevanten Aussagen der Bundestagsparteien), in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 62-65

Lammert, Norbert: »Berichte aus der Kulturpolitik. Berichtszeitraum Oktober 2001 bis Mitte März 2002«, Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in: *Kulturpolitische Umschau*, Heft 11-12/2002, S. 4-6

Redaktion Musikmarkt: »MdB Kampeter fordert deutsches Musikexport-Büro«, in: *Der Musikmarkt*, Heft 5/2002, S. 6

Sotrop, Hans Wilhelm: »Alle Wahlen wieder. Zehn Fragen an die Politik«, in: *kulturpolitik*, Heft 3/2002, S. 6-10

SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.): *Zur Sache: Kultur und Medien. Bilanz einer Legislaturperiode*, Berlin: Selbstverlag 2002, 48 S.

ver.di, Landesbezirk NRW (Hrsg.): *Kultur: Ziel und Behauptung. Positionen zur Kulturpolitik*, Köln: Bitter GmbH & Co. 2002, 118 S.

»Warum es wichtig ist, Kultur zu fördern«, Die CDU NRW stellte ihr Kulturpolitisches Handlungsprogramm vor, in: *Kunstkurier*, Heft 2/2002, 47. Jg., S. 10-13

3.2 Kulturpolitische Verbände und Institutionen

Kulturberichte, Bonn: Arbeitskreis selbständiger Kulturinstitute e. V. (zweimal im Jahr)

Kulturpolitische Mitteilungen. Zeitschrift für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft (viermal im Jahr)

Politik und Kultur. Zeitung des Deutschen Kulturrates, Regensburg: ConBrio Verlagsgesellschaft mbH (viermal im Jahr)

Cramer, Ursula: »1998-2002 Synergie im Bonner Haus der Kultur. Kontakte in Berlin«, Der Bundesverband bringt die beruflichen Bedingungen der Künstlerinnen und Künstler weiter voran, in: *kulturpolitik*, Heft 2/ 2002, S. 10-19

Deutscher Bundestag: »Den Deutschen Musikrat stärken«, *Drucksache* 15/266 vom 20.12.2002, »Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen« (*Drucksache* 15/48), Berlin 2002

Fuchs, Max: »Zusammenarbeit von Wirtschaft und Kultur. Die Verleihung des Kulturgroschens – Eröffnung und Begrüßung durch Max Fuchs«, in: *politik und kultur* [puk], Heft 4/2002, S. 2-3

Geißler, Theo/Rietschel, Thomas/Michow, Jens u. a.: »Sonderausgabe: Musikrat in Gefahr«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, 2002, 32 S.

Kirchenamt der EKD (Hrsg.): *Räume der Begegnung. Religion und Kultur in evangelischer Perspektive, eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland*, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2002, 95 S.

Küstermann, Michael (Hrsg.): *10 Jahre akku. Kirche und Kultur. Projekte Dortmund. Entwicklungen, Konzepte, Projekte*, Dortmund 2002, 64 S.

Leonhard, Joachim-Felix: »35 Jahre AsKI e. V. – Ausblicke«, in: *Kulturberichte*, Heft 3/2002, S. 6-7

Loeffelholz von Colberg, Bernhard Frhr.: »Vom Sächsischen zum Europäischen Kultursenat. Dankrede für die Verleihung des Kulturgroschens des deutschen Kulturrates von Dr. Bernhard Frhr. Loeffelholz von

Colberg«, in: *politik und kultur* [puk], Heft 4/2002, S. 5-6

Mertens, Gerald: »50 Jahre DOV«, in: *Das Orchester*, Heft 10/2002, S. 8-17

Pflug, Günther: »35 Jahre Arbeitskreis selbständiger Kultur-Institute e. V.«, in: *Kulturberichte*, Heft 3/2002, S. 2-5

Sievers, Norbert: »Die Pleite des Musikrates. ...und was sie lehren sollte«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 13-15

Spautz, Wolfgang: »DOV – Einigkeit bedeutet Stärke. Ein persönlicher Rückblick auf 30 Jahre Verbands- und Tarifgeschichte«, in: *Das Orchester*, Heft 10/2002, S. 20-27

Tetzner, Bruno/Zimmermann, Olaf: »Die Zukunft der Kulturverbände. Theo Geißler im Gespräch mit Bruno Tetzner und Olaf Zimmermann«, in: *politik und kultur* [puk], Heft 2/2002, S. 11-12

Westrick, Ludger: »Sanierungs-Ziel: erstarkter effizienter Musikrat. Der Insolvenzverwalter des Deutschen Musikrates, Ludger Westrick, im Gespräch mit Theo Geißler«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 12/02-1/03, S. 3-4

Zimmermann, Olaf/Schulz, Gabriele: »›Wahlprüfsteine‹ des Kulturrates. Umfrage bei allen im Bundestag vertretenen Parteien – Amt des Kulturstaatsministers soll erhalten bleiben«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 8-9/2002, S. 10-13

4 Europäische und internationale Kulturpolitik

4.1 allgemein

Kafka. Zeitschrift für Mitteleuropa (vierteljährlich)

Cohn-Bendit, Daniel: »Kulturspagat europäischer Politik«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.: *Jahrbuch Kulturpolitik 2001* (Band 2), Thema: »Kulturföderalismus«, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag 2002, S. 289-293

Goeudevert, Daniel: »Stichwort Europa. Die Charta der Grundrechte«, in: *Kafka – Zeitschrift für Mitteleuropa*, Heft 5/2002, S. 62-67

Limbach, Jutta: »Kultur- und Bildungspolitik im Zeichen Europas«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 45/2002, S. 3-5

Passerini, Luisa: »Der lange Marsch nach Europa«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 4/2002, 52. Jg., S. 92-94

Protze, Ingrid: »Eine Kulturpolitik für Europa. Mare Nostrum II: In Barcelona debattierten Autoren, Übersetzer und Filmemacher über Literatur und Kulturpolitik«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 1/2002, S. 52-53

Schwencke, Olaf: »Das Europa der Kulturen – Krakau II. Arbeits- und Strukturpapier für die Expertenkonferenz«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 52-53

Schwencke, Olaf: »Von der Zukunft Mitteleuropas« [Rezension zu: Schlögel, Karl: *Die Mitte liegt ostwärts. Europa im Übergang*, Carl Hanser Verlag München, 2002, 253 S.], in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 75

Seibt, Ferdinand: *Die Begründung Europas. Ein Zwischenbericht über die letzten tausend Jahre*, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag 2002, 416 S.

Seifert, Edda: »Das Mittel-Europa der Kulturen – Krakau II. Kulturpolitik mit Mitteleuropa«, Anmerkungen zum Krakauer Kolloquium, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 51-52

Strachwitz, Graf Rupert: »Die Zivilgesellschaft auf der politischen Bühne – Europäische Kultur und Europäischer Konvent«, in: *Maecenata actuell*, Heft 36 (2002), S. 6-11

Witte, Barthold C.: »Internationale Zusammenarbeit im Kulturbereich«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 55

4.2 Kulturpolitik der EU

Amann, Sylvia: *Die Rolle von Kunst und Kultur im Kontext der Reform der Europäischen Union. Eine Analyse von InfoRelais (Hrsg.)*, Engerwitzdorf: Selbstverlag 2002, 31 S.

Bornemann, Sabine: »Wie fördert Europa die Kultur?«, in: *kulturpolitik*, Heft 4/2002, S. 116-17

Kulturpolitische Gesellschaft/Deutscher Kulturrat (Hrsg.): *Europa fördert Kultur. Aktionen – Programme – Kontakte. Ein Handbuch zur Kulturförderung der Europäischen Union*, Essen: Klartext Verlag 2002

Meyer, Bernd: »Europa braucht Kultur – Braucht Europa Kultur?. Der europäische Einigungsprozess aus der Sicht des kommunalen Kulturauftrags«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.: *Jahrbuch Kulturpolitik 2001* (Band 2), Thema: »Kulturföderalismus«, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag 2002, S. 279-288

Müller, Johann Baptist: »Welche kulturelle Bedeutung ist Europa heute zuzuschreiben?«, in: *Politische Studien*, Heft 382 (2002), 53. Jg., S. 82-90

Nettesheim, Martin: »Das Kulturverfassungsrecht der Europäischen Union«, in: *Juristenzeitung*, Heft 4/2002, 57. Jg., S. 157-166

Pache, Eckhard: »Europäische und internationale Identität: Integration durch Verfassungsrecht?«, in: *Deutsches Verwaltungsblatt*, Heft 17/2002, S. 1154-1167

Schwencke, Olaf: »Kulturföderalismus auf europäischer Ebene?. Zum Komplex ›Kultur‹ während des Konvent-Hearings (Juni 2002)«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 10-11

Zarges, Stefan: »Flötentöne für die EU-Kommission. Stefan Zarges im Gespräch mit dem Vorsitzenden des European Music Office (EMO) Otto Donner«, in: *Der Musikmarkt*, Heft 4/2002, 44. Jg., S. 6

4.3 Überstaatliche Organisationen

UNESCO heute. Zeitschrift der Deutschen UNESCO-Kommission (vierteljährlich)

Baaden, Andreas: »Agenda 21.2. UNESCO-Aktionsplan für nachhaltige Entwicklung«, in: *UNESCO heute*, Heft 3/2002, S. 55-56

Krumeich, Gerd: »Wer entscheidet, an was wir uns erinnern? Zum UNESCO-Programm ›Memory of the World‹«, in: *UNESCO heute*, Heft 1-2/2002, S. 124-126

Metze-Mangold, Verena: »Informations- und Wissensgesellschaft: Was ist Sache des Staates?« UNESCO-Vorkonferenz zum UNO-Weltgipfel, in: *UNESCO heute*, Heft 3/2002, S. 35-37

Möller, Lutz/Schöfthaler, Traugott/Wess, Julius: »SINSEE – ein wissenschaftliches Informationsnetz für Südosteuropa«, in: *UNESCO heute*, Heft 1-2/2002, S. 29-32

Röben, Bärbel: »Medienförderung. Neue Informations- und Kommunikationsmedien als Chance oder Gefahr?«, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 11/2002, S. 36-38

Schlünkes, Kurt: »2002: Jahr des Kulturerbes. Ein Erfolgsjahr der UNESCO?«, in: *UNESCO heute*, Heft 1-2/ 2002, S. 24-26

Schöfthaler, Traugott: »Informationsgesellschaft als Chance. UNESCO-Vorkonferenz zum Weltgipfel ›Informationsgesellschaft‹«, in: *UNESCO heute*, Heft 3/ 2002, S. 33-35

UNESCO: »Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt«, in: *UNESCO heute*, Heft 1-2/2002, S. 117-120

UNESCO: »Resolution der Konferenz ›Informationskulturen und Informationsinteressen – Europäische Perspektiven zur Informationsgesellschaft‹, Mainz, 27. bis 29. Juni 2002«, in: *UNESCO heute*, Heft 3/2002, S. 67-69

»Zugang zu Informationen für alle sichern«, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 13-14/2002, S. 8

4.4 Kulturpolitik in anderen Ländern

Aichelburg, Wladimir: *Das Wiener Künstlerhaus. Die Geschichte der ältesten Künstlervereinigung Österreichs*, Wien: Österreichischer Kunst- und Kulturverlag 2002, 650 S.

Alton, Julian/Ruiss, Gerhard: »(W)Endebilanz. Eine Kulturpolitische Bilanz der Arbeit der schwarzblauen Bundesregierung und Forderungen der Kulturpolitischen Kommission«, in: *KUPF*, Heft 99 (2002), S. 8-11

Becker, Jörg (Hrsg.): *Flimmerndes Asien. Die Fernsehentwicklung eines Kontinents im medialen Aufbruch*, Wien: Österreichischer Kunst- und Kulturverlag (Neue Aspekte in Kultur- und Kommunikationswissenschaft, 17) 2002, 252 S.

Hernegger, Dieter/Francan, Robert: »Ein Jahr Österreichisches Spendengütesiegel. Ein Beitrag zum Qualitätsmanagement von Österreichs Non Profit Organisationen«, in: *Maecenata actuell*, Heft 37 (2002), S. 9-17

Heymann, Sabine: »Resistere, resistere. Politthriller oder Daily Soap? Politik, Justiz, Fernsehen und Theater in Berlusconis Italien – ein Report«, in: *Theater heute*, Heft 10/2002, S. 26-33

Holland, Andrew: *Bundesstaatliche Kunstförderung in der Schweiz. Anregungen aus einem Rechtsvergleich mit den USA*, Zürich: Schulthess (St. Galler Schriften zur Rechtswissenschaft, 3) 2002, 285 S.

Jappe, Anselm: »Wird das Kolosseum verkauft?. Kontinuitäten italienischer Kulturpolitik unter Berlusconi«, in: *Texte zur Kunst*, Heft 45 (2002), S. 186-188

Kaden, Michael: »Medienerziehung in Portugal«, in: *Medien und Erziehung*, Heft 4/2002, 46. Jg., S. 244-247

Kammler, Steffen: »Kulturleben im Land der Fjorde. Über die norwegische Opernlandschaft«, in: *Oper und Tanz*, Heft 3/2002, 42. Jg., S. 8-9

Kohnen, Daniela: »Erst geköpft, dann wieder erweckt. Westliche Musik in China«, in: *Das Orchester*, Heft 11/ 2002, S. 14-18

Koops, Maike: *Die Konstruktion nationaler und europäischer Identitäten. Am Beispiel der französischen Kulturpolitik 1981-1995*, Osnabrück: Univ.-Verl. Rasch 2002, 384 S.

Lesle, Lutz: »Orchesterlandschaft Skandinavien. Zeige mir dein Orchester und ich sage dir, wer du bist«, in: *Das Orchester*, Heft 4/2002, S. 9-15

Lobanova, Marina: »Umbruch und Chaos. Zur Lage des russischen Musiklebens«, in: *Das Orchester*, Heft 7-8/ 2002, S. 32-38

Raschèr, Andrea F. G.: »Von apulischen Vasen und Tomaten. Das Schweizer Kulturgütertransfergesetz für einen besseren Schutz des kulturellen Erbes«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2002, S. 28-33

Ruiss, Gerhard: »Aus nächster Nähe fern. Ein Rückblick auf drei Jahrzehnte nicht verwirklichter gewerkschaftlicher Autorenorganisation in Österreich«, in: *Kulturrisse*, Heft 3/2002, S. 8-10

»Schwerpunkt Italien: Theater in schwieriger Zeit«, in: *Theater der Zeit*, Heft 5/2002, S. 4-20

»Theater in Argentinien«, in: *Theater der Zeit*, Heft 6/2002, S. 10-19

Wassermair, Martin: »Das Bündnis Kreativität und Wirtschaft. Österreichs Kulturpolitik auf der Suche nach neuem Anschluss«, in: *Kulturrisse*, Heft 1/2002, S. 26-27

Wassermair, Martin: »Franz Moraks Berlusconisierung der Kulturpolitik in Österreich«, in: *Kulturrisse*, Heft 4/2002, S. 15-17

Weyland, Beate: »Eine noch junge Disziplin. Medienpädagogik in Italien«, in: *Medien und Erziehung*, Heft 2/ 2002, 46. Jg., S. 111-117

5 Kulturpolitische Praxisfelder

5.1 Theater

5.1.1 Theater allgemein

bühnengenossenschaft. Fachblatt der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger (monatlich)

Die Deutsche Bühne. Theatermagazin, hrsg. vom Deutschen Bühnenverein, Köln (monatlich)

Inthega Kultur-Journal. Informationsdienst für die Theaterarbeit in Städten und Gemeinden (sechsmal jährlich)

Maske und Kothurn. Internationale Beiträge zur Theaterwissenschaft an der Universität Wien (vierteljährlich)

Das Opernglas (elfmal jährlich)

Opernwelt (monatlich)

Oper und Tanz. Zeitschrift der VdO für Opernchor und Bühnentanz (zweimonatlich)

Theater der Zeit. Zeitschrift für Politik und Theater (zweimonatlich)

Theater heute. Die Theater- und Kulturzeitschrift (monatlich), Jahrbuch mit ausführlicher Bibliographie

theater pur. Das Magazin für Nordrhein-Westfalen (zehnmal jährlich)

Theater Rundschau, hrsg. v. Bund der Theatergemeinden e. V. (monatlich)

Theatermanagement aktuell. Unabhängiger Informationsdienst für das Management im Kulturbetrieb (vierteljährlich)

Theaterstatistik (jährlich)

Ahrens, Ullrich/Matzke, Frank: »Distanzen und Identitäten im Theater oder Wie wirklich bin ich auf der Bühne? ›Mr. Pilks Irrenhaus‹ – ein Theaterprojekt im Rahmen einer psycho-sozialen Kontaktstelle für Psychatrieerfahrene in Hannover«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 59-61

Balme, Christopher/Fischer-Lichte, Erika/Grätzel, Stephan (Hrsg.): *Theater als Paradigma der Moderne?. Positionen zwischen historischer Avantgarde und Medienzeitalter*, Tübingen: A. Francke Verlag (Mainzer Forschungen zu Drama und Theater, 28) 2002, ca. 500 S.

Becker, Peter von: *Das Jahrhundert des Theaters. Das Buch zur Fernsehserie*, Köln: DuMont Verlag 2002, 271 S.

Bermbach, Udo: »Zurück zu den Grundfragen«, in: *Die deutsche Bühne*, Heft 4/2002, S. 32-37

Boegl, Annette: »Verjüngungskur für hehre Dichter. Integrierte Kommunikation am Beispiel der 11. Internationalen Schillertage am Nationaltheater Mannheim«, in: Klein, Armin: *Innovatives Kulturmarketing*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 170-177

Bosse, Claudia: »Theater als Handlungsraum«, in: *Kulturrisse*, Heft 4/2002, S. 30-31

Cavell, Stanley: »Oper im Film, Oper als Film«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Heft 1/2002, S. 3-15

Delnon, Georges: »Oper in der Provinz. Ein Gespräch von Andres Hauff«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 4/2002, S. 40-43

»Festspiele«, Schwerpunktthema, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 9/2002, S. 26-63

Fischer, Eva Maria: »Feldforschung Volkstheater«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 10(2002, S. 26-29

Fischer, Gerhard: *Grips. Geschichte eines populären Theaters (1966-2000)*, München: Iudicum Verlag 2002, 488 S.

Gerecke, Gabriele/Müller, Harald/Müller-Schwefe, Hans-Ulrich (Hrsg.): *Einar Schleef. Arbeitsbuch*, Berlin: Theater der Zeit e. V. 2002, 235 S.

Hegemann, Carl: »Muss Theater Theater sein?. Die Bühne als Anachronismus und Paradigma der Mediengesellschaft«, in: *Die deutsche Bühne*, Heft 4/2002, S. 26-29

Helbing, Michael: »›Wir brauchen Sie – Sie brauchen uns.‹. Das Theater Nordhausen«, in: *Theater der Zeit*, Heft 3/2002, S. 38-39

Heldrich, Eva J.: »Wie frei darf's denn sein? Freie Gruppen scheinen immer mehr Durchgangsstationen zum Stadt- und Staatstheater zu sein. Institutionalisierte Aufführungsorte optimieren Koproduktions-Modelle. Was bedeutet in dieser Situation eigentlich noch ›freies Theater‹?«, in: *Theater heute*, Heft 11/2002, S. 42-44

Institut für Theaterwissenschaften Berlin (Hrsg.): *Theater der Nähe. Welttheater – Freie Bühne – Comichon – Showmaster Gottes*, Zürich: Chronos Verlag 2002, 598 S.

Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen (Inthega) (Hrsg.): »Die Tournee- und Gastspielangebote für die Spielzeit 03/04«, in: *Inthega Kultur-Journal*, Heft 5/2002, 152 S.

Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen (Inthega) (Hrsg.): *Jahrbuch der Städte mit Theatergastspielen 2002/03. Deutschland – Österreich – Schweiz*, Bensheim: Mykenae Verlag 2002, 612 S.

Jansen, Wolfgang: »Aktuelles Interview zur Situation im Musicalmarkt«, in: *Theatermanagement aktuell*, Heft Juni-August/2002, S. 17-18

Jelinek, Elfriede u. a.: »Aufstand in Zürich. Murx den Marthaler? Zwischenrufe zu Marthalers Kündigung«, in: *Theater heute*, Heft 10/2002, S. 5-11

Jogschies, Rainer: »Was soll denn das Theater?. In Hamburg fand das ›Festival Politik im Freien Theater‹ zum fünften Mal statt. Aber wie ›frei‹ ist das Theater? Wieviel Politik ist schon Theater? Welches Theater ist noch ›politisch‹?«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 8/2002, S. 16-17

Keil, Klaus: »Prisma des Tanzes«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 2/2002, S. 46-47

Kurzenberger, Hajo: »Politisches Theater – totes Theater?«, in: *Die deutsche Bühne*, Heft 4/2002, S. 22-25

Linzer, Martin: »Wir brauchen ein Nutzungskonzept. Theater Wismar instandbesetzt – zieht mit Astrid Griesbach das Lachen ein?«, in: *Theater der Zeit*, Heft 4/2002, S. 32-33

Marx, Peter W.: *Theater und kulturelle Erinnerung. Kultursemiotische Untersuchungen zu George Tabori, Tadeusz Kantor und Rina Yerushalmi*, Tübingen: A. Francke Verlag (Mainzer Forschungen zu Drama und Theater, 27) 2002, ca. 450 S.

»Neues Musiktheater«, Schwerpunktthema, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 6/2002, S. 20-41

Pallenberg, Andreas: »Theater und Nachhaltigkeit. Ein Praxisbericht«, in: Kurt, Hildegard/Wagner, Bernd (Hrsg.): *Kultur – Kunst – Nachhaltigkeit., Die Bedeutung von Kultur für das Leitbild Nachhaltige Entwicklung*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Dokumentation, 57) 2002, S. 125-134

Peter, Birgit (Hrsg.): *Theater als Ort des interkulturellen Austausches. Beiträge aus Tschechien, Polen, der Slowakei und Österreich*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau 2002, 186 S.

Quickert, Anja: »Verbrechen und Spiele. Der Knast als Bühne: ›aufBruch‹ in Berlin und Armando Punzo in Voltera – zwei Modelle fürs Gefängnistheater zwischen Panoptikum und Lebendkontrolle«, in: *Theater heute*, Heft 11/2002, S. 27-37

Reuband, Karl-Heinz: »Opernbesuch als Teilhabe an der Hochkultur. Vergleichende Bevölkerungsumfragen in Hamburg, Düsseldorf und Dresden zum Sozialprofil der Besucher und Nichtbesucher«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2001* (Band 5), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 42-55

»rn-fokus: Theater-Festivals«, Themenschwerpunkt, in: *neues rheinland*, Heft 8/2002, S. 6-13, plus Kritiker-Umfrage zur Theatersaison 2001/2002 im Rheinland, S. 26-31

Schindhelm, Michael/Günther, Matthias: »›Man darf sich nicht lähmen lassen‹«, Ein Gespräch, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 2/2002, S. 28-31

»Tanz«, Schwerpunktthema, in: *Die deutsche Bühne*, Heft 3/2002, S. 14-33

»theater: Jenseits von München (Regensburg, Nordbayern und Thüringen, Landshut/Passau/Straubing/ Augsburg/Ingolstadt)«, Schwerpunktthema, in: Die *Deutsche Bühne*, Heft 12/2002, S. 24-39

»Theaterszene Schweiz«, Schwerpunktthema, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 2/2002, S. 16-45

Trauth, Volker: »Bühnen frei von Grippewellen. Transformationen von Prosa, Lyrik und medialen Techniken in den Theatern«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 5/2002, S. 18-19

»Volkstheater«, Schwerpunktthema, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 10/2002, S. 26-45

Weber, Richard: »Heißer Herbst in Hamburg. 5. Festival ›Politik im Freien Theater‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 56-58

Weickmann, Doris: *Der dressierte Leib. Kulturgeschichte des Balletts (1580-1870)*, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 2002, 398 S.

Wille, Franz: »Die Rache des Symbol-Kapitals. Der Verwaltungsrat des Zürcher Schauspielhauses kündigt Christoph Marthaler und verspekuliert sich«, in: *Theater heute*, Heft 10/2002, S. 1-2

Zeuner, Katja: »Theaterbau um 1900. Das Hoftheater Weimar«, in: *Thesis*, Heft 2-3/2002, S. 68-93

5.1.2 Theaterstruktur, Theaterfinanzierung

Baisch, Axel/Günter, Bernd: »Wie es auch anders geht«, in: *Die deutsche Bühne*, Heft 3/2002, S. 46-47

Bolwin, Rolf/Wille, Franz: »Ein Schiff wird kommen. War da was in Weimar?«, Gespräch über die Zukunft des Stadttheaters, in: *Theater heute*, Heft 8-9/2002, S. 1-2

Cahn, Aviel: *Der Theaterintendant – Seine rechtliche Stellung in Theorie und Praxis. Unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Deutschland und der Schweiz*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Schriftenreihe des Archivs für Urheber- und Medienrecht, 205) 2002, 390 S.

Flierl, Thomas/Irmer, Thomas/Linzer, Martin: »Nicht arm und trotzdem kein Geld. Ein Gespräch«, in: *Theater der Zeit*, Heft September/2002, S. 4-5

Gottstein, Björn: »In der Offensive. Zeitgenössische Oper Berlin«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 4/2002, S. 12-14

Greve, Malte: *Zielorientierte Steuerung öffentlicher Theater*, Hamburg: Kovac (Innovative betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 130) 2002, 259 S.

Grundmann, Ute: »Ein Modell und viele Fragen«, in: *Die deutsche Bühne*, Heft 5/2002, S. 46-47

Hartl, Lydia/Baur, Detlef/Stammen, Silvia: »Jetzt geht es darum, wie man rettet. Ein Gespräch mit der Münchener Kulturreferentin«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 11/2002, S. 16-19

Herdlein, Hans: »Agitorisches Platzpatronenfeuer«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 12/2002, S. 4-7

Herdlein, Hans: »Der Griff nach der Knochensäge«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 2/2002, S. 4-5

Herdlein, Hans: »Ein Tarifmärchen. Von bösen Gewerkschaftswölfen und armen Intendantengeißlein«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 4/2002, S. 4-5

Herdlein, Hans: »Einigung über Normalvertrag Bühne«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 8-9/2002, S. 4 – 5

Herdlein, Hans: »Neue Vertragsarchitektur für die Theater«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 3/2002, S. 4-5

Herdlein, Hans: »Tarifflucht«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 6-7/2002, S. 4-6

Herdlein, Hans: »Theater auf Sparflamme«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 1/2002, S. 6-7

Kranz, Dieter: »Viel Theater fürs Geld. Durch Entzug der Projektförderung schließt der Berliner Senat zwei Privattheater«, in: *Die deutsche Bühne*, Heft 5/2002, S. 10- 13

Kranz, Oliver: »Sparen um jeden Preis. Theater- und Orchesterverbund Brandenburg«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 6/2002, S. 44-45

Märki, Stephan/Helbing, Michael: »Das Weimarer Modell« (Gespräch), in: *Theater der Zeit*, Heft 4/2002, S. 4-5

Meuschel, Stefan: »Kon-Fusionen in Thüringen. Theaterpolitik im Kaleidoskop«, in: *Oper & Tanz*, Heft 5/ 2002, S. 6-7

mk: »Im Osten viel Neues. Landestheater Wittenberg stellt Spielbetrieb ein – Bernhard Vogels Ultimatum – Neue Fusionen in Thüringen und Sachsen«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 8-9/2002, S. 16-17

Müller-Wesemann, Barbara: »Marketing im Theater – Möglichkeiten und Grenzen«, in: Klein, Armin: *Innovatives Kulturmarketing*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 147-162

Raue, Peter/Bolwin, Rolf: »Einigkeit und Recht, Risiko und Freiheit. Ein Gespräch«, in: *Theater heute*, Heft 4/2002, S. 4-9

Robledo, Julio R.: »Die Kostenfaktoren der öffentlichen Theater in Deutschland. Eine Untersuchung mit dem Schwerpunkt Berlin«, in: *TheaterManagement aktuell*, Heft September-November/2002, S. 16-19

Robledo, Julio R. : »Die Kostenfaktoren der öffentlichen Theater in Deutschland – Eine Untersuchung mit dem Schwerpunkt Berlin«, in: *Wochenbericht des DIW*, Heft 21/2002, S. 339-345

Simon, Reinhard: »Die Uckermärkischen Bühnen Schwedt (ubs.). Ein funktionierendes Theater- und Kulturzentrum im Nordosten Brandenburgs. Vom ›Gemischtwarenladen‹ zum ›Schwedter Modell‹«, in: Klein, Armin: *Innovatives Kulturmarketing*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 178-194

Votteler, Juliane: »Die Kunst liegt im Detail – Über die Genauigkeit der Arbeit«, in: Klein, Armin: *Innovatives Kulturmarketing*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 163-169

Wille, Franz: »Wahnsinn im öffentlichen Dienst. Damit wir weiter im Theater sitzen können, muss sich ver.di bewegen«, in: *Theater heute*, Heft 4/2002, S. 1-2

5.1.3 Kinder- und Jugendtheater, Theaterpädagogik

Grimm & Grips. Jahrbuch für Kinder- und Jugendtheater, hrsg. von Wolfgang Schneider für ASSITEJ (ab 1987 jährlich)

Korrespondenzen. Zeitschrift für Theaterpädagogik (halbjährlich)

Puppen, Menschen und Objekte. Theaterzeitschrift des Verbandes Deutsche Puppentheater e. V. (halbjährlich)

Spiel Art. Spielend Theater machen in Berlin und Brandenburg, (viermal im Jahr)

Fischer, Dagmar: »Jenseits von Breakdance und Ballett«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 3/2002, S. 30-31

Fürl, Elke: *Das Theaterbuch für Kindergarten und Hort. Von der ersten Idee bis zur Aufführung*, Freiburg i. Br.: Herder 2002, 128 S.

Hennrich, Lutz: »Plädoyer für die Phantasie«, Kinder- und Jugendtheater, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 2/2002, S. 48-49

Jahnke, Manfred: »Ein Triumph des Jugendtheaters. Beobachtungen zum 18. Kinder- und Jugendtheatertreffen NRW in Bonn«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 70-71

Jahnke, Manfred: »Schöne Aussicht. Eine gelungene Mischung eines regionalen mit einem internationalen Kinder- und Jugendtheaterfestival«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 62-64

Kellermann, Katrin/Radermacher, Norbert: »Kulturdialog mit Nachhaltigkeit. Das 7. Welt-Kindertheater-Fest«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/ 2002), S. 66-67

»Kindermusiktheater«, Schwerpunktthema, in: *Theater der Zeit*, Heft 4/2002, S. 6-18

Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Aufgaben und Aktivitäten 2001*, Frankfurt am Main: Selbstverlag 2002, 50 S.

Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Pressespiegel 2001*, Frankfurt am Main: Selbstverlag 2002, 68 S.

Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Standpunkte im Netz. Jugendliche Positionen im WorldWideWeb. Dokumentation des Projekttages am 8. März 2002 in Frankfurt am Main mit Schülerinnen und Schülern der Kurt-Schumacher-Schule in Karben*, Frankfurt am Main: Selbstverlag 2002, 46 S.

Freie Theater 2001/2002 – der Katalog, Köln: BUFT o. J.

Schneider, Wolfgang: »Kinder- und Jugendtheater als Bildungseinrichtung auf nationaler und internationaler Ebene. Ein Gespräch über aktuelle Fragen«, in: *Inthega Kultur-Journal*, Heft 4/2002, 22. Jg., S. 13-15

»Theater und Jugend«, Schwerpunktthema, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 1/2002, S. 16-41

5.2 Musik

5.2.1 Musik allgemein

Chor und Konzert. Informationen des Verbandes Deutscher Konzert-Chöre (viermal jährlich)

Das Orchester. Zeitschrift für Orchesterkultur und Rundfunk-Chorwesen (elfmal jährlich)

Der Musikmarkt (wöchentlich)

Die Musikforschung (vierteljährlich)

Lied und Chor. Zeitschrift für das Chorwesen (monatlich)

Musik & Ästhetik (viermal jährlich)

Musikforum. Referate und Informationen des Deutschen Musikrates (halbjährlich)

nmz. Neue Musikzeitung (monatlich)

Neue Zeitschrift für Musik (sechsmal jährlich)

Berndorff, Gunnar/Berndorff, Barbara/Eigler, Knut: *Musikrecht. Die häufigsten Fragen des Musikgeschäfts, die Antworten*, Bergkirchen: Presse-Project-Verl.-GmbH 2002, 255 S.

Büsser, Martin: »Dem Rechtsabbiegerpfeil entlang. KUNST & KULTUR sprach mit Martin Büsser über den Wertewandel in der Popkultur«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 6/2002, S. 38-40

Conzelmann, Peter: »Marketing im Musikbetrieb. Das Leitbild – Mittel und Weg der Kommunikation für Kulturorganisationen«, in: Klein, Armin: *Innovatives Kulturmarketing*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 194-208

Deutscher Bundestag: »Förderung und Stärkung ehrenamtlicher Chor- und Orchesterarbeit. Antwort der Bundesregierung«, *Drucksache* 14/8762 vom 12.4.2002 auf die »Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU« (*Drucksache* 14/8676 vom 19.3.2002), Berlin 2002

Deutscher Bundestag: »Vorlage des angekündigten Konzeptes der Bundesregierung zu verbesserten Rahmenbedingungen der Rock- und Popmusik in Deutschland. Antwort der Bundesregierung«, *Drucksache* 14/ 9651 vom 1.7.2002, auf die »Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU« (*Drucksache* 14/9372), Berlin 2002

Deutscher Musikrat e. V.: *Best of BuJazzO. Erfolgreiche Absolventen des Bundesjazzorchesters*, Bonn: Selbstverlag 2002, 72 S.

Diederichsen, Diedrich u. a.: *Zurück zum Beton. Die Anfänge von Punk und New Wave in Deutschland 1977- '82*, Köln: Buchhandlung König 2002, 200 S.

Eckel, Andreas: »Festivalmarketing am Beispiel des Rheingau Musik Festivals«, in: Klein, Armin: *Innovatives Kulturmarketing*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 231-240

Eckhardt, Andreas/Jakoby, Richard/Rohlfs, Eckart (Hrsg. für den Deutschen Musikrat): *Musikalmanach 2003/ 2004. Daten und Fakten zum Musikleben in Deutschland*, Kassel: Bärenreiter-Verlag/Bosse-Verlag 2002, 1403 S.

Eckhardt, Josef: »Musik im Rundfunk«, in: Eckhardt, Andreas/Jakoby, Richard/Rohlfs, Eckart (Hrsg. für den Deutschen Musikrat): *Musik-Almanach 2003/2004. Daten und Fakten zum Musikleben in Deutschland*, Kassel: Gustav Bosse Verlag/Bärenreiter-Verlag 2002, S. 68-83

Ette, Wolfram: »Kleingarten und Weltpolitik. Oder: über die Gesellschaftlichkeit von Musik. Wolfram Ette im Gespräch mit Gerd Rienäcker«, in: *Musik & Ästhetik*, Heft 21 (2002), 6. Jg., S. 69-81

Gebhard, Hans: »Sind Kürzungen musikalischer Meisterwerke gerechtfertigt?«, in: *Chor und Konzert*, Heft 1/ 2002, S. 14-16

»Gema Mitgliederversammlung in Berlin. Dokumentation«, in: *Gema Nachrichten*, Heft 166 (2002), S. 48-114

Görgens, Friedhelm (Zusammenfassung): »Kulturgut Musik: Bald ein Fremdkörper in deutschen Städten und Gemeinden?« (Interview mit Heinz Eyrich, Präsident des Deutschen Sängerbundes, und Gerd Eicker, Vors. des Verbands deutscher Musikschulen), in: *Kommunalpolitische Blätter*, Heft 11/2002, S. 14-16

Görtz, Günther: *›STRING TIME‹ – Begegnungen mit Saitenmusik. Planung, Durchführung und Auswertung eines Konzertfestivals*, Münster: LIT Verlag (Hagener Studien zum Kulturmanagement, 8) 2002, 72 S.

Grün, Lydia/Wiegand, Frank (Hrsg.): *musik netz werke. Konturen der neuen Musikkultur*, Bielefeld: transcript Verlag 2002, 218 S.

Hacker, Erich W.: »Innovation Schloss Kapfenburg. Internationale Musikschulakademie – Kulturzentrum. Grundzüge eines erfolgreichen Marketings«, in: Klein, Armin: *Innovatives Kulturmarketing*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 276-308

Hartmann, Christof: »Marketing im Musikbetrieb. Die Regensburger Domspatzen«, in: Klein, Armin: *Innovatives Kulturmarketing*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 219-230

Hufner, Martin/Schulz, Reinhard/Entreß, Matthias R. u. a.: »Dossier: Auf der Suche nach einer Neuen Oper«, in: *nmz. Neue Musik Zeitung*, Heft 6/2002, S. 49-56

Hufner, Martin/Schulz, Reinhard/Entreß, Matthias R. u. a.: »Dossier: Musik und nationale Identität«, in: *nmz. Neue Musik Zeitung*, Heft 5/2002, S. 45-52

Jungheinrich, Hans-Klaus: »Ein kleines Hofkonzert. Adliges Leben und Nachleben mit Musik«, in: *Kursbuch*, Heft 150 (2002), S. 69-76

Kager, Reinhard: »Impulse aus der Provinz. Festivals mit neuer Musik und neues Musiktheater in Österreich«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 3/2002, S. 30-33

Kurp, Matthias/Hauschild, Claudia/Wiese, Klemens: *Musikfernsehen in Deutschland. Politische, soziologische und medienökonomische Aspekte*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, 274 S.

Landau, Annette/Koch, Sandra (Hrsg.): *Lieder jenseits der Menschen. Musik – Religion – Glaube*, Zürich: Chronos Verlag 2002, 232 S.

Lesle, Lutz: »Das Märchen von der privat finanzierten Spielzeit«, in: *Das Orchester*, Heft 7-8/2002, S. 18-23

Lesle, Lutz: »Ein Pantheon neuer und altersloser Musik. Das Schallplattenlabel Wergo feiert seinen 40. Geburtstag«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 5/2002, S. 58-60

Lesle, Lutz: »Spielen für die Heizkostenabrechnung«, in: *Das Orchester*, Heft 10/2002, S. 45-52

Mertens, Gerald: »Orchester, Musiktheater, Festivals in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme«, in: *Das Orchester*, Heft 7-8/2002, S. 24-31

Michow, Jens/Nida-Rümelin, Julian/Kampeter, Steffen/Kreile, Reinhold: »Musikförderung in Deutschland. Internationaler Kongress: Musik als Wirtschaft«, in: *GEMA Nachrichten*, Heft 165 (2002), S. 38-47

»Musikinformationszentren – Musikarchive und Informationsverbreitung – Musikinformationen im Internet«, in: *Musikforum*, Heft 96 (2002), S. 5-99 [!!!]

»Organisationen und Einrichtungen des Musiklebens in Europa«, in: Eckhardt, Andreas/Jakoby, Richard/Rohlfs, Eckart (hrsg. für den Deutschen Musikrat). *Musik-Almanach 2003/2004. Daten und Fakten zum Musikleben in Deutschland*, Kassel: Gustav Bosse Verlag/Bärenreiter-Verlag 2002, S. 1099-1122

Ortmann, Peter: »BuJazzO. Das Jugendjazzorchester der Bundesrepublik Deutschland«, in: *Handbuch Kultur-Management*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 32 S., A 2.21

Präsidium des Landesmusikrats Sachsen-Anhalt e. V. (Hrsg.): *Wahlprüfsteine Musik in Sachsen-Anhalt. Parteien des Landtags Sachsen-Anhalt zur Musikpolitik 2002-2006. Antworten auf Fragen des Landesmusikrats anlässlich der Landtagswahlen am 21. April 2002*, Halle (Saale): Präsidium des Landesmusikrats Sachsen-Anhalt 2002, 29 S.

»Popkomm 02. Wichtige Fragen und viele gute Antworten«, in: *Gema Nachrichten*, Heft 166 (2002), S. 26-36

Rauhut, Michael: *Schalmei und Lederjacke. Rock und Politik in der DDR der achtziger Jahre*, Erfurt: Landeszentrale für Politische Bildung Thüringen 2002, 345 S.

Rösing, Helmut (Hrsg.): *Musikwissenschaft und populäre Musik. Versuch einer Bestandsaufnahme*, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Oxford/Wien: Peter Lang Verlag (Hamburger Jahrbuch für Musikwissenschaf, 19) 2002, 330 S.

Schlager, Christian: »Klassik-Labels heute«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2001* (Band 5), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 112-130

Schmutz, Tobias: »Erst die Pflicht und dann die Kür: Marketing im Kulturbetrieb«, in: Klein, Armin: *Innovatives Kulturmarketing*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 194-208

Schöne, Ralf: »Schutz konzertgebender Chöre als Verbraucher bestimmter Musikeditionen«, in: *Chor und Konzert*, Heft 1/2002, S. 25-27

5.2.2 Musikpädagogik

Diskussion Musikpädagogik. Wissenschaftliche Vierteljahresschrift für Musikpädagogik (viermal im Jahr)

Musik und Bildung. Zeitschrift für Theorie und Praxis der Musikerziehung (zweimonatlich)

Musik und Unterricht. Zeitschrift für Musikpädagogik (fünfmal jährlich)

Bäßler, Hans/Köhler, Markus/Vogels, Raimund u. a.: »Dossier: Schulmusik 2002 – Projekte, Modelle, Kooperationen«, in: *nmz. Neue Musik Zeitung*, Heft 4/2002, S. 47-56

Bastian, Hans Günther: »Versuch einer Antwort auf PISA und Erfurt«, in: *Musik und Bildung*, Heft 3/2002, S. 66-68

Eicker, Gerd: »Denken wie ein Global Player und handeln als Local Player. Der Verband deutscher Musikschulen«, in: *der städtetag*, Heft 9/2002, 55. Jg., S. 10-12

Franke, Christiane: »›Pisa‹ – eine ganze Nation gerät ins Stocken. Über die Alltagskultur Singen heute und mögliche Wege aus der Misere«, in: *Lied & Chor*, Heft 2/2002, S. 12-15

»50 Jahre Verband Deutscher Musikschulen. Kulturelle Grundversorgung und Aktivposten im öffentlichen

Leben«, in: *Gema Nachrichten*, Heft 166 (2002), S. 40-43

Görtz, Günther: *Die gesellschaftliche Relevanz außerschulischer Musikbildung. Qualitative Untersuchung zu Entwicklungschancen und -problemen musizierender Jugendlicher im aktuellen gesellschaftlichen Kontext*, Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag (Europäische Hochschulschriften, 11) 2002, 270 S.

Honickel, Thomas: »Kid's Klassik – Die Kinderkonzertreihe. Neue Wege in der Vermittlung von klassischer Musik«, in: *Chor und Konzert*, Heft 110 (2/2002), S. 7-15

Kloppenburg, Josef: *Pädagogische Musik als ästhetisches Konzept. Neue Musik und musikalische Praxis in der Schule*, Augsburg: Wißner (Forum Musikpädagogik, 52) 2002, 284 S.

Kopp, Markus Alexander: *Musiktherapie im Musikunterricht? [Elektronische Ressource] . Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren*, Marburg: Tectum-Verlag (Wissenschaft auf CD-ROM) 2002

Krings, Eva: »Patentrezepte gibt es nicht. Kommunale Musikschulen – Musikschulen in der Kommune«, in: *akp. alternative kommunalpolitik*, Heft 1/2002, 23. Jg., S. 46-48

Lamprecht, Peter: »Musikerziehung, wohin führt der Weg? Die aktuelle Diskussion über Werte und Inhalte der Bildung bietet eine große Chance für die Chor- Welt, sich bemerkbar zu machen als Element aktiver und positiver Erziehung«, in: *Lied & Chor*, Heft 1/2002, S. 6-7

Limbach, Albert: »Missstände im Opernchorwesen. Musikpädagogischer Notstand. Ein Interview mit dem Kölner Operndirektor Albert Limbach«, in: *Oper und Tanz*, Heft 1/2002, 42. Jg., S. 8-9

Rohlfs, Eckart: »Mit der Singschule fing es an. 50 Jahre VdM. Zur Entwicklung von Sing- und Musikschulen«, in: *Oper & Tanz*, Heft 5/2002, S. 11-12

Rohlfs, Eckart: »Musikalische Bildung und Ausbildung«, in: Eckhardt, Andreas/Jakoby, Richard/Rohlfs, Eckart (Hrsg. für den Deutschen Musikrat): *Musik-Almanach 2003/2004. Daten und Fakten zum Musikleben in Deutschland*, Kassel: Gustav Bosse Verlag/Bärenreiter- Verlag 2002, S. 3-20

Scheytt, Oliver: »Kulturkompetenz von Land und Kommune am Beispiel des Musikschulwesens«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.: *Jahrbuch Kulturpolitik 2001* (Band 2), Thema: »Kulturföderalismus«, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag 2002, S. 253-267

Schulze, Gisela: *Pädagogische Musiktherapie versus aggressives Verhalten im Schulalter. Ein musiktherapeutisches Förderprogramm für Schulkinder mit aggressiven Verhaltensweisen*, Aachen: Shaker 2002, 159 S.

Stiller, Barbara (Hrsg.): *Spielräume Musikvermittlung. Konzerte für Kinder entwickeln, gestalten, erleben*, Regensburg: ConBrio-Verlags-Gesellschaft 2002, 344 S.

Verband Deutscher Musikschulen (Hrsg.): *Neue Kammermusik für Musikschulen – praxiserprobt. Eine Initiative des Verbandes Deutscher Musikschulen zur Förderung zeitgenössischer Musik für Schülerensembles. Dokumentation und Literaturlisten*, Bonn: Selbstverlag 2002, 32 S.

5.3 Bildende Kunst

5.3.1 Bildende Kunst allgemein

art. Das Kunstmagazin (monatlich)

Informationsdienst KUNST. Der Branchenbrief für die Kunstszene (vierzehntäglich)

Kritische Berichte. Zeitschrift für Kunst und Kulturwissenschaften, hrsg. vom Ulmer Verein. Verband für Kunst- und Kulturwissenschaften (vierteljährlich)

Kulturpolitik. Vierteljahreszeitschrift für Kunst und Kultur – Bundesmitteilungsblatt des BBK (viermal im Jahr)

Kunstchronik. Monatsschrift für Kunstwissenschaft, Museumswesen und Denkmalpflege, hrsg. v. Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München. Mitteilungsblatt des Verbandes deutscher Kunsthistoriker e. V. (elfmal im Jahr)

Kunstforum international. Die aktuelle Zeitschrift für alle Bereiche der Bildenden Kunst (vierteljährlich)

Kunstzeitung (monatlich)

Texte zur Kunst (vierteljährlich)

Baumann, Sabine (Hrsg.): *Künstlervertretungen im 21. Jahrhundert – international artist tools. Dokumentation der Tagung ›Künstlervertretungen im 21. Jahrhundert – International Artist Tools‹. Eine Kooperation der Internationalen Gesellschaft der Bildenden Künste IGBK und der Bundesakademie für Kulturelle Bildung Wolfenbüttel in der Zeit vom 21. bis 22. April 2001*, Wolfenbüttel: Bundesakademie für Kulturelle Bildung (Wolfenbütteler Akademie-Texte, 7) 2002, 97 S.

Broic, Martin/Claudia Maria: »Der Bundes-Kunstpreis für Menschen mit einer Behinderung«, in: *Junge Kunst*, Heft 49 (2002), S. 56-58

Broich, Engelbert: »Bildende Kunst im ›Gulliver‹. Überlebensstation für Obdachlose in Köln«, in: *Junge Kunst*, Heft 49 (2002), S. 35-37

Buschkühle, Carl-Peter: »Lebenskunst und Kunstbetrachtung«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 3/2002, 38. Jg., S. 2-3

Ehrenberg, Hermann Josef: »Der ›Himmelsgarten‹ von James Turrell. Verträglichkeitsstudie für ein Kunstprojekt in Kaiserslautern – zugleich eine ästhetische Erkenntnis über das Schutzgut ›Licht‹«, in: *Stadt und Grün*, Heft 6/2002, 51. Jg., S. 7-15

Haerdter, Michael: »EST – Skulpturen von Eleonore Straub«, in: Kurt, Hildegard/Wagner, Bernd (Hrsg.): *Kultur – Kunst – Nachhaltigkeit. Die Bedeutung von Kultur für das Leitbild Nachhaltige Entwicklung*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Dokumentation, 57) 2002, S. 135-139

Herstatt, Claudia: *Fit für den Kunstmarkt*, Ostfildern-Ruit: Hatje Crantz Verlag 2002, 206 S.

Lemcke, Beate: »Der Messe-Effekt addiert sich. Art Forum Berlin – ein Kraftakt für die Vergänglichkeit«, in: *Junge Kunst*, Heft 49 (2002), S. 9-12

Lemcke, Beate: »Zwischen Hochkultur und Kiezarbeit. Kunstszene Berlin«, in: *Junge Kunst*, Heft 52 (2002), S. 22-28

Liivak, Anu: »›Die Rückkehr des Raumes‹. Eine nachhaltige Skulptur von Georg Steinmann«, in: Kurt, Hildegard/Wagner, Bernd (Hrsg.): *Kultur – Kunst – Nach-*

haltigkeit. Die Bedeutung von Kultur für das Leitbild Nachhaltige Entwicklung, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Dokumentation, 57) 2002, S. 175-179

Martin, Hubert: »Kannibalismus der Moderne«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 2/2002, 52. Jg., S. 77-81

Metzger, Rainer (Hrsg.): »Titel Dokumentation. Über das Kanonische. Was ist Kunst?«, in: *Kunstforum International*, Heft 162 (2002), S. 38-145

Page, Adam/Hertzsch, Eva: »Interventionen für eine Kunst gesellschaftlicher Relevanz«, in: Kurt, Hildegard/ Wagner, Bernd (Hrsg.): *Kultur – Kunst – Nachhaltigkeit. Die Bedeutung von Kultur für das Leitbild Nachhaltige Entwicklung*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./ Klartext Verlag (Dokumentation, 57) 2002, S. 149-153

Plagemann, Volker (Hrsg.): *Die Kunst in Hamburg von der Aufklärung in die Moderne*, Hamburg: Dölling und Galitz (Vorträge der Stiftung Denkmalpflege, 3) 2002, 200 S.

Raumel, Frank: »Kunst für alle: Artotheken in Deutschland«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 9/2002, S. 574-577

Seyfarth, Ludwig: »Im Rahmen der Zeit: Moderne Kunst ersetzt das Pferd. Über Kunst, Ökonomie und die Frage ihrer Übersetzbarkeit«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 5 /2002, S. 30-32

Zorn, Elmar: »Die neue Rolle der KünstlerInnen. Interview«, in: Kurt, Hildegard/Wagner, Bernd (Hrsg.): *Kultur – Kunst – Nachhaltigkeit. Die Bedeutung von Kultur für das Leitbild Nachhaltige Entwicklung*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Dokumentation, 57) 2002, S. 205-211

5.3.2 Kunstpädagogik

BDK-Mitteilungen. Fachzeitschrift des Bundes Deutscher Kunsterzieherinnen und Kunsterzieher e. V. (vierteljährlich)

Kunst + Unterricht. Zeitschrift für Kunstpädagogik (zehn Einzelhefte, Jahresheft, Sonderheft)

Boysen-Stern, Hans-Jürgen: »›Schnittstellen‹. Zwischen Realität und Digitalität im Kunstunterricht«, in: *Kunst + Unterricht*, Heft 262 (2002), S. 4-10

Hoormann, Anne: »Die Neuen Medien und das Schulfach Kunst. Plädoyer für eine medienintegrative Didaktik«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 4/2002, S. 2-6

Kerbs, Diethart: »Kunsterziehung in Deutschland – eine Jahrhundertbilanz. Rede zur Hundertjahrfeier des 1. Kunsterziehungstages in Dresden am 27. September 2001«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 1/2002, S. 2-6

Kettel, Joachim: »Künstlerische Bildung und die Schule der Zukunft. Bericht über ein Symposium in Heidelberg und Schloss Rotenfels«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 1/2002, 38. Jg., S. 8-13

Schütz, Helmut G.: »Scheuklappen der Kunstpädagogik. Oder: Wie schmal darf das didaktische Fenster des Kunstunterrichts sein?«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 3/2002, 38. Jg., S. 7-9

Stalmann, Astrid: »Die Kunst des Blinzelns und der Kunstraum von morgen. Nachdenkliches zum Kunstunterricht«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 2/2002, 38. Jg., S. 7-9

5.4 Museen, Ausstellungen

5.4.1 Museum und Ausstellungen allgemein

Mitteilungsblatt Museumsverband für Niedersachsen und Bremen e. V. (halbjährlich)

Museen im Rheinland. Informationen für die rheinischen Museen (vierteljährlich)

Museum Aktuell. Die monatliche Zeitschrift für Museumspraxis und Museologie im deutschsprachigen Raum (monatlich)

Museumskunde (inkl. Bulletin des Deutschen Museumsbundes) (zweimal bzw. viermal jährlich)

Antonietti, Thomas/Bellwald, Werner/Chappaz-Wirthner, Suzanne: *Vom Ding zum Mensch. Theorie und Praxis volkskundlicher Museumsarbeit: Das Beispiel Wallis*, Baden/Schweiz: hier + jetzt 2002

»Ausstellen, Inszenieren« (in deutsch und englisch), in: *Deutsche Bauzeitung*, Heft 10/2002, S. 51-95

Axthelm, Sabine: »Bunte Vielfalt der Kultur lockt tausende Nachtschwärmer. Die 11. Lange Nacht der Museen in Berlin«, in: *der städtetag*, Heft 3/2002, S. 29-30

Beckmann, Eva-Maria: »Ankaufspolitik der Museen zwischen 1933 und 1945: nicht länger ein weißer Fleck«, in: *Museen im Rheinland*, Heft 1/2002, S. 7-9

Belting, Hans: »Das Museum. Ein Ort der Reflexion, nicht der Sensation«, in: *Merkur*, Heft 8/2002, 56. Jg., S. 649-662

Bieda-Bruchertseifer, Heike: »Dynamische Beziehung zwischen Kunst und Politik. Doucmenta 11«, in: *Junge Kunst*, Heft 52 (2002), S. 36-39

Blank, Melanie/Debelts, Julia: *Was ist ein Museum? Eine »metaphorische Komplikation«*, Wien: Verlag Turia + Kant 2002, 216 S.

Bopp-Schumacher, Ute: »Werden Bankgebäude zum Museum?«, in: *Kritische Berichte*, Heft 3/2002, S. 31-50

Braunfels, Stephan/Mönninger, Michael: *Pinakothek der Moderne. Kunst, Architektur, Design; Art, Architecture, Design*, Basel: Birkheuser 2002, 264 S.

Brockmeyer, Hans-J.: »Museumsshop – was entscheidet über Erfolg oder Flop?«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 62 (2002), S. 25-28

Bucher, Gudrun: *Bleibt Aschenputtel in Frankfurt grau? Stellung des Völkerkundemuseums im Kulturbetrieb einer Großstadt am Beispiel Frankfurt am Main*, Münster: LIT (Hagener Studien zum Kulturmanagement, 7) 2002, 107 S.

Burchardi, Kristiane: »Über den Sinn und Nutzen von Ausstellungskonzeptionen. Anmerkungen zur Museumspraxis am Beispiel des Badischen Landesmuseums Karlsruhe«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2001* (Band 5), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 56-90

Czöppan, Gaby: *Richtig in Kunst investieren*, München: verlag moderne industrie (Redline Wirtschaft) 2002, 257 S.

Dawid, Evelyn/Schlesinger, Robert: *Texte in Museen und Ausstellungen. Ein Praxisleitfaden*, Bielefeld: transcript Verlag 2002, 172 S.

»Documenta 11, Plattform 5, Kassel 2002«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 2/2002, 38. Jg., S. 2-6

Documenta-und-Museum-Fridericianum-Veranstaltungs-GmbH (Hrsg.): *Documenta11_Platform5*, Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz 2002, 620 S.

Dreyer, Matthias/Wiese, Rolf (Hrsg.): *Mit gestärkter Identität zum Erfolg: Corporate Identity für Museen*, Ehestorf: Freilichtmuseum am Kiekeberg (Schriften des Freilichtmuseums am Kiekeberg, 40) 2002, 400 S.

Engelskirchen, Lutz (Hrsg.): *Welche Zukunft haben Museen der Arbeit? Tagung zur Darstellung von Geschichte der Arbeit im Museum am 7. und 8. Juni 2001*, Essen: Klartext 2002

Enwezor, Okwui: *Großausstellungen und die Antinomien einer transnationalen globalen Form*, München: Wilhelm Fink Verlag (Berliner Thyssen-Vorlesungen zur Ikonologie der Gegenwart, 1) 2002, 59 S.

Europäisches Museumsbranchenbuch 2002, München: Verlag Dr. C. Müller-Straten 2002, 152 S.

Fehr, Michael u. a. (Hrsg.): *Geschichte – Bild – Museum. Zur Darstellung von Geschichte im Museum*, Köln: Wienand 2002, 252 S.

Feldkamp, Jörg (Hrsg.): *Wohin führt der Weg der Technikhistorischen Museen?*, Chemnitz: Zweckverband Sächsisches Industriemuseum (Industriearchäologie. Studien zur Erforschung, Dokumentation und Bewahrung von Quellen zur Industriekultur, 2) 2002

Fischer, Hermann J./Reich, Steven A.: »Der Ausstellungsvertrag. Was Leihgeber und Aussteller bei einer öffentlichen Kunstausstellung beachten müssen«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 16 S., H 2.1

Forster, Kurt W.: »›Alle Dinge auf Erden wahrzunehmen wie nie zuvor‹«, in: *Kritische Berichte*, Heft 3/2002, S. 5-8

Gärtner, Rudolf: *Versicherungsfragen im Museumsbereich*, Opladen: Leske + Budrich (Handbuch des Museumsrechts, 10) 2002

Giessler, Ursula: »Wessen Bild ich häng', dessen Lied ich pfeif'? Museen sind mehr denn je auf Sammler angewiesen, doch nicht immer entwickelt sich daraus eine glückliche Partnerschaft«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 3/2002, S. 32-34

Girardet, Georg: »Sparen und Investieren « (Interview), in: *Museum aktuell*, Heft 78 (März/2002), S. 3261-3263

Görgner, E. u. a. (Hrsg.): *Kulturerbe Natur: Naturkundliche Museen und Sammlungen in Sachsen-Anhalt*, Halle: Mitteldeutscher Verlag 2002, 176 S.

Groß, Roland: »10 Jahre Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland«, in: *Museen im Rheinland*, Heft 3/2002, S. 7-12

Großmann, G. Ulrich: »150 Jahre Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg«, in: *Kulturberichte*, Heft 2/2002, S. 6-11

Grünewald Steiger, Andreas: »Museumskommunikation professionell: Kompetenzen für das Museum der Zukunft«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 62 (2002), S. 8-12

Hausmann, Andrea/Duda, Alexandra: »Qualitätsmanagement für Museen und Ausstellungshäuser«, in: *Museen im Rheinland – Informationen für die rheinischen Museen*, Heft 4/2002, S. 11-13

Herrmann, Christian: »Effizienz durch Profil. Überlegungen zur methodischen Gestaltung von Ausstellungen in Bibliotheken«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 10/2002, S. 1243-1257

Huber, Hans Dieter/Locher, Hubert/Schulte, Karin (Hrsg.): *Kunst des Ausstellens. Beiträge, Statements, Diskussionen*, Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz Verlag 2002

Hünnekens, Annette: *Expanded Museum. Kulturelle Erinnerung und virtuelle Realitäten*, Bielefeld: transcript Verlag 2002, 272 S.

Jörn, Rüdiger: »Hamburger Museen in Stiftungsform. Ein Gewinn für die Museen«, in: *Deutsche Stiftungen*, Heft 1/2002, S. 50-52

Kelch, Jan: »Die Schamgrenzen haben sich längst verschoben. Interview von Boris Hohmeyer«, in: *art*, Heft 5/2002, S. 72-76

Koch, Anne: »Marketing als Steuerungsinstrument von Museen der Zukunft«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 18 S., D 1.14

Koch, Anne: *Museumsmarketing. Ziele – Strategien – Maßnahmen. Mit einer Analyse der Hamburger Kunsthalle*, Bielefeld: transcript Verlag 2002, 284 S.

Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste, Magdeburg (Hrsg.): *Museen im Zwielicht. Ankaufspolitik 1933-1945. Kolloquium vom 11. bis 12. Dezember 2001 in Köln. Die eigene Geschichte. Provenienzforschung an deutschen Kunstmuseen im internationalen Vergleich. Tagung vom 20. bis 22. Februar 2002 in Hamburg*, Magdeburg: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste (Veröffentlichungen der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste, 2) 2002

Korff, Gottfried: *Museumsdinge. Deponieren – exponieren*, Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag (Hrsg. v. Martina Eberspächer, Gudrun Marlene König und Bernhard Tschofen) 2002, 394 S.

Krause, Markus: »Industriekultur grenzenlos – der Verein ›Industriemuseen in der EUREGIO Maas-Rhein e. V.‹«, in: *Museen im Rheinland*, Heft 3/2002, S. 20-22

Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH (Hrsg.): *10 Jahre Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland 1992-2002*, Bonn: Selbstverlag 2002

Landesstelle für Museumsbetreuung Baden-Württemberg (Hrsg.): *Neuordnungen. Südwestdeutsche Museen in der Nachkriegszeit*, Tübingen: Silberburg-Verlag 2002, 238 S.

Lösel, Anja: »Die staatlichen Kunstsammlungen Dresden während der Hochwasserkatastrophe«, in: *museumskunde*, Heft 2/2002, S. 21-25

Maerz, Aislinn: »Das Phänomen Guggenheim – eine Einführung«, in: *Kritische Berichte*, Heft 3/2002, S. 14-23

Maroevic, Ivo: »Identifizierung und Bearbeitung kultureller Informationen in Museen, Bibliotheken und Archiven«, in: *Museum aktuell*, Heft 80, (Mai/2002), S. 3353-3356

Mecklenburg, Christina zu: »Wider Reglement und Norm. Zwanzig Jahre Frauenmuseum Bonn«, in: *Junge Kunst*, Heft 49 (2002), S. 22-26

Meiners, Uwe (Hrsg.): *Materielle Kultur. Sammlungs- und Ausstellungsstrategien im historischen Museum*, Cloppenburg: Stiftung Museumsdorf Cloppenburg (Kataloge

und Schriften des Museumsdorfs Cloppenburg, 10) 2002

Meißner, Wiebke: »Besucherforschung für kleinere Museen«, in: *Museum aktuell*, Heft 76 (Januar/2002), S. 3172-3174

Müller-Straten, Christian: *Inventarisation. Theorie und Praxis musealer Dokumentation*, München: Müller-Straten (Wunderkammer 3) 2002, 144 S.

Munro, Patricia: »Besucher als Partner im Planungsprozess einer Ausstellung«, in: *Museum aktuell*, Heft 83 (August/2002), S. 3518-3521

Museen in Schleswig-Holstein. Mit Kunst- und Naturerlebnisräumen und Technischen Denkmälern, Neumünster: Wachholtz 2002, 192 S.

Museumsinitiative in OWL e. V. (Hrsg.): »Leitlinien für die Museen in OWL«, in: Kordfelder, Angelika/Sievers, Norbert (Hrsg.): *Kulturpolitik als Ehrenamt, Entwicklung und Erprobung von Qualifizierungsmaßnahmen für ehrenamtliche MandatsträgerInnen. Projektdokumentation*, Bonn: Institut für Kulturpolitik (IfK) der Kulturpolitischen Gesellschaft (Materialien, 09) 2002, S. 152-154

Nicolai, Bernd: »Museen im Zeitalter der Globalisierung. Editorial«, in: *Kritische Berichte*, Heft 3/2002, S. 3-4

Overdick, Thomas: »Sammlung statt Sammelsurium. Zur Entwicklung des Sammlungskonzepts für das Freilichtmuseum am Kiekeberg«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 62 (2002), S. 45-52

Petri, Carlo: »Universum Science Center Bremen – eine ideale Verbindung von Museumswelt und Freizeitindustrie?«, in: *Museum aktuell*, Heft 80 (Mai/2002), S. 3377-3379

Rauterberg, Hanno: »Musealisiert die Museen!. Über den Wert und die Werte einer großen Institution«, in: *museumskunde*, Heft 2/2002, S. 34-40

Reitz, Tilman: »Vom Nutzen und Nachteil des Sehens für die Politik. Systematische Bemerkungen zur Documenta 11«, in: *Ästhetik und Kommunikation*, Heft 119 (2002), S. 89-94

Roth, Martin: »Vier Eckpunkte der Kultur- und Museumspolitik: eine Quadratur des Kreises«, in: *Kritische Berichte*, Heft 3/2002, S. 9-13

Schirnig, Heinz: »Entwicklungsplan und Förderprogramm für Museen und Sammlungen im Landkreis Lüneburg«. Vortrag, gehalten auf der Jahrestagung des Museumsverbandes für Niedersachsen und Bremen e. V. am 15. März 2002 in Lüneburg, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 62 (2002), S. 73-76

Schöpf, Katja: »Das Schillermuseum in Weimar«, in: *Thesis*, Heft 2-3/2002, 48. Jg., S. 156-168

Schuck-Wersig, Petra: »Museen und Marketing in den USA«, in: Klein, Armin: *Innovatives Kulturmarketing*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 107-118

Sedlack, Axel: »Eine neue Farbe im Museumsspektrum der Gegenwartskunst. Das Zentrum für Internationale Lichtkunst in Unna«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 74

Seemann, Hellmut: »Zwischen Leuchttürmen und Heulbojen. Die Situation der Museen in den neuen Bundesländern«, in: *museumskunde*, Heft 2/2002, S. 12-20

Sheehan, James J.: *Geschichte der deutschen Kunstmuseen. Von der fürstlichen Kunstkammer zur modernen Sammlung*, München: Verlag C. H. Beck 2002, 368 S.

Tabery, Lothar: »Was ist ein Museum? Fragestellungen zur Entwicklung der Museumskultur aus der Sicht eines Architekten«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 62 (2002), S. 61-72

Veith, Karl-Heinrich: »Weltkulturerbe, Denkmal, Museum und aufregender Veranstaltungsort für Ausstellungen und Konzerte: Die Völklinger Hütte«, in: *Museum aktuell*, Heft 84 (August/2002), S. 3560-3563

Wiegenstein, Roland H.: »Eine deutsche Ansichtssache. Die Alte Nationalgalerie auf der Museumsinsel«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 3/2002, S. 177-180

Wiegenstein, Roland H.: »Kunstausstellungen – wohin geht die Reise?. Zwei Beispiele aus Italien«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 12/2002, S. 752-755

5.4.2 Museumspädagogik, Kindermuseen

Standbein Spielbein. Museumspädagogik aktuell, Bonn: Arbeitskreis Museumspädagogik e. V. (vierteljährig)

Bechler, Katharina: »Von Prinz Wilhelm II. von Oranien bis Jean-Jacques Rousseau: Erfahrungsbericht über zwei museumspädagogische Projekte im Gartenreich Dessau-Wörlitz«, in: *Museum aktuell*, Heft 83 (August/2002), S. 3514-3517

Breithaupt, Julia: »Bildungsarbeit im Museum. Bemerkungen zu einem Begriff«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 64 (2002), S. 5-7

Bresinsky, Alexander/Weitz, Detlef J./Bode, Christoph: »Was kann die Museumswelt von der Freizeitindustrie lernen – und umgekehrt? Im Gespräch«, in: *Museum aktuell*, Heft 80 (Mai/2002), S. 3372-3374

Dennert, Dorothee: »Ethik – Professionalität – Teamarbeit. Museen und ihr Bildungsauftrag«, in: *museumskunde*, Heft 2/2002, S. 61-68

Durchsicht. Forum für Museumspädagogik in Berlin und Brandenburg, Hrsg.: Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung und Schulentwicklung (BIL) (jährlich zweimal)

Heuwinkel, Christiane: »Mission impossible? Museumspädagogik im Kunstmuseum. Eine Momentaufnahme«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 64 (2002), S. 12-15

Jürgens, Christiane: »Kinder in Kunstmuseen. Ein Projekt im Museum für Neue Kunst«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 64 (2002), S. 19-24

Kindler, Gabriele: »Lebenslanges Lernen im Museum. An zwei Beispielen: Minnesota Historical Society, USA und Badisches Landesmuseum Karlsruhe«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 63 (2002), S. 14-17

König, Gabriele: *Kinder- und Jugendmuseen. Genese und Entwicklung einer Museumsgattung*, Opladen (Berliner Schriften zur Museumskunde, 16) 2002

Mallok, Joachim: »20 Jahre Museumspädagogik im Senckenberg – Werdegang, Leistungen und Ausblick«, in: *Natur und Museum*, Heft 10/2002, S. 381-388

Müller-Straten, Christian: »Vom ›Verstehenden Erleben‹ zum Edutainment. Reaktionsprobleme in Museen und in der Museologie«, in: *Museum aktuell*, Heft 80 (Mai/2002), S. 3357-3361

Neudert, Peter: »Museum contra Freizeitindustrie – oder besser Edutainment?«, in: *Museum aktuell*, Heft 80 (Mai/2002), S. 3364-3367

Ozerova, Daria: »Die ›Wiedergeburt‹ der Museumspädagogik in Russland«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 62 (2002), S. 30-35

Voigt, Arnold: »Technik – Faszination und Bildung. Impulse zur Museumspraxis, Didaktik und Museologie«, in: *Museum aktuell*, Heft 76 (Januar/2002), S. 3155-3160

5.5 Kunst im öffentlichen Raum, Baukultur

»Architektur und Baukultur. Thema des Monats«, in: *Stadt und Gemeinde*, Heft 5/2002, S. 162-182

Brockhaus, Christoph: »Öffentliche Raumkunst«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 66-68

Deutscher Bundestag: »Initiative Architektur und Baukultur. Bericht der Bundesregierung«, *Drucksache* 14/8966 vom 29.4.2002, Berlin 2002

Ganser, Karl: »Eine Bundesstiftung für Baukultur?«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 72-75

Kalkmann, Hans-Werner: »Kontakt-Kunst vor Ort. Mit Bürgern den städtischen Raum gestalten«, in: *Stadt und Grün*, Heft 10/2002, 50. Jg., S. 13-15

»kulturarbeit und baukultur«, Schwerpunktthema, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 26-48

»Lebensqualität und Baukultur. Leitlinien zur bebauten Umwelt«, in: *Das Rathaus*, Heft 6/2002, S. 154-155

Klaaßen, Lars: »Von der Utopie zum Mythos. Das Bauhaus prägte das 20. Jahrhundert«, in: *Mietermagazin*, Heft 7 + 8/2002, 50. Jg., S. 16-21

Kleine, Helene: »Baukultur im kulturpolitischen Dialog. Über die Bedingungen und Perspektiven von Architektur und Städtebau unter den Vorzeichen von Ökologie und Globalisierung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 8-9

Mainzer, Udo: »Denkmalpflege als Beitrag zur Baukultur«, in: *Rheinische Heimatpflege*, Heft 2/2002, 39. Jg., S. 81-88

Nehlen, Dieter: »Nicht Last, sondern Chance. Vom Umgang mit der Industriekultur«, in: *Kommunalpolitische Blätter*, Heft 7/2002, S. 40-41

Schneider, Bernhard: *Die Freiheit der Baukunst. Gehalt und Reichweite der Kunstfreiheit des Art. 5 Abs. 3 GG im öffentlichen Baurecht*, Berlin: Duncker & Humblot 2002, 48. Jg., 319 S.

Sotrop, Hans Wilhelm: »Kunst im öffentlichen Raum – Lebensqualität im Quartier«, in: *kulturpolitik*, Heft 4/2002, S. 12-13

Wankerl, Günter: »Die Initiative Baukultur. Ein nationales Projekt formiert sich«, in: *BundesBauBlatt*, Heft 1/2002, S. 16-17

Wankerl, Günther: »Initiative Baukultur der Bundesregierung – die Debatte verbreitert sich«, in: *BundesBauBlatt*, Heft 9/2002, S. 16-19

Willinger, Stephan: »Baukultur ist unsichtbar! Ein Begriffwandel eröffnet neue Perspektiven«, in: *Raumplanung*, Heft 103 (2002), S. 186-188

5.6 Denkmäler und kulturelles Erbe

5.6.1 Denkmäler, Denkmalschutz, Kulturlandschaften

Berichte zur Denkmalpflege in Niedersachen

Denkmalpflege im Rheinland (vierteljährlich)

Denkmalpflege & Kulturgeschichte, Wiesbaden: Landesamt für Denkmalpflege Hessen (halbjährlich)

Die Denkmalpflege (zweimal jährlich)

Kulturreport. Vierteljahreshefte des Mitteldeutschen Kulturrats

monumente. Magazin für Denkmalkultur in Deutschland, Deutsche Stiftung Denkmalschutz (sechsmal jährlich)

Albert, Marie-Theres: »Globalisierung und kulturelle Entwicklung. Das kulturelle Erbe der Menschheit und seine zeitgemäße Interpretation«, in: *Ästhetik und Kommunikation*, Heft 119 (2002), S. 29-36

Auffarth, Sid: »Werkssiedlungen: Von der unaufhaltsamen Zerstörung kollektiver Bilder«, in: *Berichte zur Denkmalpflege in Niedersachsen*, Heft 3/2002, S. 129-132

Bajohr, Stefan/Ringbeck, Birgitta: »Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes bei denkmalpflegerischen Arbeitsleistungen?«, in: *Denkmalpflege im Rheinland*, Heft 2/2002, 19. Jg., S. 64-69

Bernecker, Roland: »Anmerkungen zu dreißig Jahren UNESCO-Welterbekonvention«, in: *Ästhetik und Kommunikation*, Heft 119 (2002), S. 23-28

Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (Hrsg.): *Landschaftsarchitekten-Handbuch*, Berlin: Selbstverlag 2002

Deutscher Bundestag: »Entwurf eines Gesetzes zu dem Europäischen Übereinkommen vom 16. Januar 1992 zum Schutz des archäologischen Erbes. Beschlussempfehlung und Bericht«, *Drucksache* 14/9597 vom 26.6.2002 des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem »Gesetzentwurf der Bundesregierung« (*Drucksache* 14/8710), Berlin 2002

Denkmalpflege 1975. Tagung der Landesdenkmalpfleger Goslar 15.-20. Juni 1975, Hannover (Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Niedersachsen) , 239 S.

»Empfehlungen des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz zur Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes bei denkmalpflegerischen Maßnahmen. Erfurt 19. Nov. 2001«, in: *Denkmalpflege im Rheinland*, Heft 2/2002, 19. Jg., S. 68-69

Europäische Kommission, Generaldirektion Informationsgesellschaft (Hrsg.): *Der DigiCULT-Report. Technologische Landschaften für die Kulturökonomie von morgen. Den Wert des kulturellen Erbes steigern, Zusammenfassender Bericht*, Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft 2002, 73 S.

Fischer, Manfred F.: »50 Jahre Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland – ein kritischer Rückblick«, in: *Die Denkmalpflege*, Heft 2/2002, S. 109-124

Freymuth, Anke: »Historische Parks und Gärten«, in: *Kommunalpolitische Blätter*, Heft 11/2002, S. 54-55

Goecke, Michael: »Zwei Künstlergärten in Oberbayern«, in: *Stadt und Grün*, Heft 6/2002, 51. Jg., S. 27-29

Griesbach-Maisant, Dieter: »Festkolloquium und Festakt zum 50-jährigen Bestehen der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland – Bericht«, in: *Die Denkmalpflege*, Heft 2/2002, S. 104-108

Griesbach-Maisant, Dieter: »Tagungsbericht«, in: *Die Denkmalpflege*, Heft 2/2002, S. 143-164

Gruß-Rinck: »Denkmalpflege und Öffentlichkeit. Integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzepte, Moderationsverfahren als Konfliktmanagement«, in: *Denkmalpflege im Rheinland*, Heft 2/2002, 19. Jg., S. 58-63

Haspel, Jörg: »Entflechten oder Vernetzen? Zum Denkmalengagement der öffentlichen Hände in Deutschland«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V., *Jahrbuch Kulturpolitik 2001* (Band 2), Thema: »Kulturföderalismus«, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag 2002, S. 215-225

Hasselt, Jutta van/Schlünkes, Kurt/Baaden, Andreas: »31 neue Stätten auf der UNESCO-Welterbeliste«, in: *UNESCO heute*, Heft 1-2/2002, S. 94-98

Hilger, Hanna: »Vergangenheit am Denkmal lernen. ›denkmal aktiv – Kulturerbe macht Schule‹: Eine neue Aktion der Deutschen Stiftung Denkmalschutz«, in: *Monumente*, Heft 11-12/2002, 12. Jg., S. 48-49

»Historische Zentren«, Schwerpunktthema, in: *Städte- und Gemeinderat*, Heft 3/2002, 56. Jg., S. 6-23

Hoffman-Axthelm, Dieter: »Die Welt beerben. Möglichkeiten und Unmöglichkeiten eines Weltkulturerbes«, in: *Ästhetik und Kommunikation*, Heft 119 (2002), S. 15-22

Hoffmann, Katja/Scheurmann, Ingrid: *Kulturerbe bewahren. Öffentliche Bauten und Anlagen*, Bonn: Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Förderprojekte der Deutschen Stiftung Denkmalschutz) 2002, 280 S.

Horn, Heinz Günter: *Fragen und Antworten zur Bodendenkmalpflege. Ein Kursbuch*, Bonn: Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, 66) 2002, 68 S.

Hüfner, Klaus: »Welterbe – interkultureller Dialog. 30-jähriges Bestehen der UNESCO-Welterbekonvention«, in: *UNESCO heute*, Heft 3/2002, S. 23-25

Job, Hubert/Langer, Thomas/Metzler, Daniel: »Operationalisierung europäischer Kulturlandschaften«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 4-5/2002, S. 231-240

Kammeier, Hans Detlef: »Kultur, Kommerz, Konsum. Vom Umgang mit dem (Welt)Erbe in Asien«, in: *Ästhetik und Kommunikation*, Heft 119 (2002), S. 71-82

Karnau, Oliver: »Unser architektonisches Erbe. Gedanken zu Denkmalschutz und Denkmalpflege«, in: *Rheinische Heimatpflege*, Heft 2/2002, 39. Jg., S. 101-105

Krüger, Kay: »Kulturhistorisches Erbe sichern. Denkmalschutz als inhaltlicher Schwerpunkt einer Stiftungsverwaltung«, in: *Deutsche Stiftungen*, Heft 2/2002, S. 65-66

Leonhard, Joachim-Felix: »Geschichte und Gedächtnis - Erinnerung und Mahnung. Aufnahme des Goethe-Nachlasses als ›Memory of the World‹«, in: *UNESCO heute*, Heft 3/2002, S. 75-78

Luise Preisler-Holl (Hrsg.): *Gartenschauen – Motor für Landschaft, Städtebau und Wirtschaft*, Berlin: difu 2002, 210 S.

Mainzer, Udo: »Denkmalpflege und Baukultur«, in: *Denkmalpflege im Rheinland*, Heft 2/2002, 19. Jg., S. 49-57

Mertens, Melanie/Wichmann, Petra: »Das Denkmal als Bild. Jahrestagung 2001 der Landesdenkmalpfleger in Halle/Saale. Tagungsbericht«, in: *Denkmalpflege in Baden-Württemberg*, Heft 1/2002, 31. Jg., S. 50-55

Milchert, Jürgen: »Die Essenz des Gartens. Der Garten als Weltkulturerbe«, in: *Stadt und Grün*, Heft 9/2002, S. 11-20

Mochner, Mathias: »Die Sprache der Dinge«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 4/2002, 52. Jg., S. 16-17

Müller, Friedrich Ludwig: »Jedes zweite Bauwerk im Osten ist noch sanierungsbedürftig. Appell der Deutschen Stiftung für Denkmalschutz an die Bundesregierung«, in: *Monumente*, Heft 11-12/2002, 12. Jg., S. 22-23

Noack, Steffen: »Welterbe und Menschenrechtserziehung«, in: *UNESCO heute*, Heft 3/2002, S. 78-81

Precht von Taboritzki, Barbara: »Historische Kulturlandschaften als Pflegefälle der Denkmalpflege«, in: *Rheinische Heimatpflege*, Heft 2/2002, 39. Jg., S. 106-114

Prigge, Walter: »Weltkulturerbe zwischen nationalen Gedächtnissen und kosmopolitischen Erinnerungen. Zum Gedächtnis des 20. Jahrhunderts«, in: *Ästhetik und Kommunikation*, Heft 119 (2002), S. 55-64

Rönneper, Heino: »Das Mittelrheintal – UNESCO-Kulturlandschaft«, in: *Rheinische Heimatpflege*, Heft 3/2002, 39. Jg., S. 161-167

Rossner, Christiane: »Die Bürger, die Städte und das ZDF. Zehn Jahre ZDF-Initiative für den Denkmalschutz«, in: *Monumente*, Heft 9-10/2002, 12. Jg., S. 32-34

Rudel, Gerd: »Denkmalschutz braucht Staat und Privatinitiative. Eine Tagung der Petra-Kelly-Stiftung«, in: *Das Rathaus*, Heft 4/2002, S. 97-98

Sahler, Hildegard: »Wohin geht die Reise?. Welterbe Kulturlandschaft Mittelrhein zwischen Verkehrsader und Tourismus«, in: *Rheinische Heimatpflege*, Heft 3/2002, 39. Jg., S. 168-172

Schirmer, Jan: »Denkmalpflege in Deutschland und Frankreich. Erfahrungen eines Voluntäraustauschs«, in: *Die Denkmalpflege*, Heft 1/2002, S. 29-33

Schlünkes, Kurt/Sperber, Brit: »Neun Kulturerbestätten neu auf der UNESCO-Liste«, in: *UNESCO heute*, Heft 3/2002, S. 9-10

Schneider, Wolfgang: »ERIH – Die Europäische Route der Industriekultur«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 4-5/2002, S. 267-270

Schuster, Wolfgang: »Weltkulturerbe versus nationales Erbe. Planungsinstrumente und ihr Einfluss auf die Akzeptanz von Kulturerbe«, in: *Ästhetik und Kommunikation*, Heft 119 (2002), S. 49-54

Ständige Konferenz der Kultusminister: »Zukunftsfähigkeit von Denkmalschutz und Denkmalpflege. Positionspapier, 1. Febr. 2002«, in: *Denkmalpflege im Rheinland*, Heft 3/2002, 19. Jg., S. 153-154

Wadehn, Horst: »Der Verein ›Unesco Welterbestätten Deutschland e. V.‹ und die touristische Nutzung der Welterbestätten«, in: *Ästhetik und Kommunikation*, Heft 119 (2002), S. 43-48

Wapenhans, Wilfried: »Denk mal zu Denkmalen«, in: *Baurecht*, Heft 2/2002, 33. Jg., S. 270-272

Wendland, Ulrike: »Neue Veröffentlichungen zu Themen der Denkmalpflege«, in: *Die Denkmalpflege*, Heft 2/2002, S. 189-192

Winghart, Stefan: »Archäologische Denkmalpflege, Sondengänger und Kunsthandel«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2002, S. 53-56

5.6.2 Erinnerungskultur, Mahn- und Gedenkmale

Brodersen, Ingke: »Die Erinnerung retten«, in: *Kafka – Zeitschrift für Mitteleuropa*, Heft 5/2002, S. 68-69

Carcenac-Lecomte, Constanze: »Wie nationales Gedächtnis ›verortet‹ wird: Französische Gedächtnis- und Deutsche Erinnerungsorte«, in: *Bios*, Heft 2/2002

Kerzel, Juliane: *Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur in Ostwestfalen-Lippe. Ein abschließender Projektbericht für die Planungswerkstatt Erinnerungskultur – Geschichte in Ostwestfalen-Lippe 1933-1945. Wege der Erinnerung*, Büren: Planungswerkstatt Erinnerungskultur c/o Kreismuseum Wewelsburg 2002, 312 S.

Lampugnani, Vittorio Magnago: »Für ein Projekt der Erinnerung. Überlegungen zu den Entwicklungen zwischen Denkmalpflege, Architektur und Entwurf«, in: *Die Denkmalpflege*, Heft 1/2002, S. 5-11

Reichling, Norbert: »Erinnerungsorte der SBZ- und DDR-Geschichte«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 5/2002, S. 851-854

5.7 Bibliotheken, Lese- und Literaturförderung

Deutsche Bibliotheksstatistik. Teil A – Öffentliche Bibliotheken (Öffentliche Bibliotheken mit hauptamtlichem Personal); Teil B – Wissenschaftliche Bibliotheken, (zuletzt 1998, Erscheinen eingestellt), Berlin: Deutsches Bibliotheksinstitut (jährlich)

*Börsenblatt für den deutschen Buchhandel*s [zweimal wöchentlich]

5.7.1 Bibliotheken

Bibliothek Forschung und Praxis (dreimal jährlich)

Bibliotheksdienst. Organ der Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände (BDB) (monatlich)

Buch und Bibliothek. Fachzeitschrift des Vereins für Bibliothekare an öffentlichen Bibliotheken (zehnmal im Jahr)

die bücherei. Zeitschrift für öffentliche Büchereien in Rheinland-Pfalz (halbjährlich)

ProLibris. Mitteilungsblatt des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen e. V. und der Bezirksregierungen (vierteljährlich)

Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie. Organ des Vereins Deutscher Bibliothekare und des Vereins der Diplombibliothekare (zweimonatlich)

Arnold, Werner: »Mäzenatentum für Bibliotheken – Philanthropy for Libraries. Seminar des Wolfenbütteler Arbeitskreises für Bibliotheks-, Buch- und Mediengeschichte und der Library History Group, 15.-17. Oktober 2001«, in: *Bibliothek Forschung und Praxis*, Heft 1/2002

Boeckh, Dorothee/Beier, Nina/Schäfer, Christina: »Alles Master – oder was?. Halbzeit beim neuen Studiengang ›Bibliotheks- und Medienmanagement‹ in Stuttgart – Kritische Zwischenbilanz der ersten Master in spe – Nationalbibliographie?«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 7/2002, S. 845-852

Boese, Engelbrecht: »Kuhlmanns Gespenst. Zur neuesten Entwicklung der Berliner Öffentlichen Bibliotheken«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 5/2002, S. 306-311

Deutscher Bibliotheksverband: »Kompetenznetzwerk für Bibliotheken. Die Bibliotheken brauchen eine Nachfolgeeinrichtung für das Deutsche Bibliotheksinstitut«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 11/2002, S. 1459-1460

Div. Autoren: »Hundert Jahre Stadtbibliothek Essen«, in: *ProLibris*, Heft 3/2002, 7. Jg., S. 131-145

Fisch, Georg: »Pfadfinder im Internet. Ein Jugendprojekt der Stadtbibliothek Straubing«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 3/2002, 54. Jg., S. 180-182

Follmer, Robert/Guschker, Stefan/Klitzke, Robert: »Die Bibliothek bekommt ein Gesicht ... – Ergebnisse und Folgewirkungen der Benutzerbefragung in den Fachhochschulbibliotheken NRW 2002«, in: *ProLibris*, Heft 4/2002, S. 207-211

Freudenberg, Tim: »Bibliotheken profitieren. Freundeskreise und Fördervereine für Bibliotheken: eine Übersicht«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 5/2002, 54. Jg., S. 312-316

Frühwald, Wolfgang: »Gutenbergs Galaxis im 21. Jahrhundert. Die wissenschaftliche Bibliothek im Spannungsfeld von Kulturauftrag und Informations-Management«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 5-6/2002

Geide, Regina/Günther, Klaus R.: »INFOL@B. Internet-Informations- und Lernzentrum Bibliothek«, in: *Die Bücherei*, Heft 2/2002, S. 117-123

Gerstner, Eckart: »Politik für und mit Bibliotheken. 8. Thüringer Bibliothekstag in Erfurt«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 12/2002, 36. Jg., S. 1674-1678

Heyde, Konrad: »Von der Bibliothek zur Mediathek«, in: *Die Bücherei*, Heft 1/2002, S. 5-11

Holste-Flinspach, Karin: »Die Einschätzung der Ausbildung für die mittlere berufliche Ebene im Bibliothekswesen durch Berufsangehörige«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 8-9/2002, S. 1047-1058

Holste-Flinspach, Karin: »Sind die Kinderkrankheiten überwunden, oder fangen die Probleme erst an? Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste im vierten Jahr«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 2/2002, 54. Jg., S. 67-70

Hombeck, Peter: »Stadtbibliothek Bremen: Einhundert Jahre Kultur zum Mitnehmen«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 12/2002, 54. Jg., S. 724-726

»IFLA – Glasgower Erklärungen zur geistigen Freiheit«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 11/2002, S. 1602-1604

Klaassen, Ute: »Von der Wiederauferstehung einer Bibliothek. Die Entwicklung der Stadtbibliothek Melle«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 4/2002, 54. Jg., S. 263-264

Köster, Christoph: *Die ganze Welt der Medien. Ein Jahrhundert Stadtbibliothek Bremen*, Bremen: Selbstverlag 2002, 87 S.

Krajewski, Markus: *Zettelwirtschaft. Die Geburt der Kartei aus dem Geiste der Bibliothek*, Berlin: Kulturverlag Kadmos 2002, 255 S.

Krause, Markus: »Die Museumsbibliothek – Grundversorgung für die Museumsarbeit«, in: *Museen im Rheinland*, Heft 1/2002, S. 3-6

Kröger, Franz: »Von Computern, Büchern und fehlenden Netzwerken«, in: *ProLibris*, Heft 3/2002, 7. Jg., S. 144-145

Kuhlen, Rainer: »Wie viel Virtualität soll es denn sein? Zu einigen Konsequenzen der fortschreitenden Telemediatisierung und Kommodifizierung der Wissensmärkte für die Bereitstellung von Wissen und Information durch Bibliotheken. Teil II«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 12/2002, 54. Jg., S. 719-724

Kump, Ziga: »Aktuelle Entwicklungen im Bibliothekswesen der Schweiz. Neues aus den öffentlichen Bibliotheken«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 2/2002, 54. Jg., S. 91-94

Lodemann, Jürgen: »Essen – die Kulturstadt? Ein Essener Erlass. Festrede«, in: *ProLibris*, Heft 3/2002, 7. Jg., S. 138-143

Lüdtke, Helga: »Bibliothekare: Zerstörer oder Bewahrer von Kultur? Zur Debatte um das Buchmassaker im elektronischen Zeitalter«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 3/2002, S. 149-154

Moeske, Ulrich: »Landesmittel und Bibliothekspolitik«, in: *ProLibris*, Heft 1/2002, S. 26-27Motzko, Meinhard u. a.: »Das Projekt ›Bibliotheken der Zukunft in NRW‹. Eine Initiative des vbnw mit Unterstützung des Landes NRW«, in: *ProLibris*, Heft 2/2002, S. 88-97

Müller-Jerina, Alwin: »Bibliotheken auf dem Weg nach Europa. Kulturelle Zusammenarbeit der öffentlichen Bibliotheken in Flandern, den Niederlanden und «, in: *ProLibris*, Heft 1/2002, S. 31-37

Neubauer, Wolfram: »Aktuelle Entwicklungen im Bibliothekswesen in der Schweiz. Die wissenschaftlichen Bibliotheken«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 2/2002, 54. Jg., S. 87-90

Pflaum, Günter: »Bibliotheken vermitteln Internet-Kompetenz für Frauen. Großes Modellprojekt mit 105 Internetkursen in 21 Bibliotheken in Rheinhessen-Pfalz«, in: *Die Bücherei*, Heft 1/2002, S. 52-56

Rasche, Monika: »Bibliothek der Zukunft. Bericht von einem Workshop der AG Großstadtbibliotheken«, in: *ProLibris*, Heft 1/2002, S. 28-29

Rechtskommission des Deutschen Bibliotheksinstituts und der Kommission für Rechtsfragen des Vereins Deutscher Bibliothekare (Hrsg.): *Gutachtensammlung zum Bibliotheksrecht. Gutachten, Stellungnahmen, Empfehlungen. Berichte der Rechtskommission des Deutschen Bibliotheksinstitut und der Kommission für Rechtsfragen des Vereins Deutscher Bibliothekare*, Wiesbaden: Harrassowitz (Bibliotheksrecht, 1) 2002, 618 S.

Reuther, Wolfgang: »Marketingkonzepte der Stadtbibliothek Gütersloh. Strategien im Wandel«, in: Klein, Armin: *Innovatives Kulturmarketing*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 275-293

Ruppelt, Georg: »Fiat Bürokratie ... Das Scheitern des Innovationszentrums für Bibliotheken ist eine Schande für die Kulturnation Deutschland«, in: *Die Bücherei*, Heft 1/2002, S. 28-29

Schwens, Ute: »Die Deutsche Bibliothek – gesetzlicher Auftrag und elektronische Publikationen«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 1/2002

Staatliche Büchereistelle Rheinhessen-Pfalz, Neustadt, Weinstraße (Hrsg.): *Die Bibliothek der Zukunft. Fachkongress für Öffentliche Bibliotheken und Schulen aus Anlass des 80-jährigen Jubiläums der staatlichen Büchereistelle Rheinhessen-Pfalz. 12. September 2001. Tagungsband*, Neustadt/Weinstraße: Selbstverlag 2002, 87 S.

Tappenbeck, Inka: »Nutzung der Bibliothek und ihrer vielfältigen Dienstleistungsangebote steigern. Öffentlichkeitsarbeit für Bibliotheken: Formen, Strategien, Beispiele«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 12/2002, 54. Jg., S. 708-715

Wienholz, Heike: »Umea oder die Exotik des Nordens. Ein Blick auf das wissenschaftliche Bibliothekswesen in Schweden«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 2/2002, 54. Jg., S. 82-86

5.7.2 Leseförderung, Leseforschung

JuLit. Informationen des Arbeitskreises für Jugendliteratur, München: Arbeitskreis für Jugendliteratur e. V. (viermal im Jahr)

Dudeck, Jochen: »Lernen mit allen Sinnen! Mörderjagd & Lesenacht – Spielaktionen in Bibliotheken«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 5/2002, 54. Jg., S. 387-391

Fritsch, Marlene: »Frühe Bindung an die Bibliothek. Programmarbeit für Kinder unter drei Jahren und ihre Betreuungspersonen: Notwendigkeit, Möglichkeiten und gegenwärtiger Stand«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 6/2002, 54. Jg., S. 382-387

Hüther, Heidelinde: »Führungen, Rallies und eine Nacht mit Liebesgeflüster. Jugendbibliotheksarbeit in der Stadtbibliothek Hoyerswerda«, in: in: *Buch und Bibliothek*, Heft 6/2002, 54. Jg., S. 392-396

Kopetzki, Annette: »Fährmänner und Fährfrauen über sich. Sprachbewegung: Theorie und Praxis des literarischen Übersetzens im Wandel«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 5/2002, S. 20-22

Lindner, Annette: »Lesefreundschaften in Essen. Ehrenamtliche Vorlespaten fördern die Freude am Lesen bei Kindern«, in: *ProLibris*, Heft 1/2002, S. 4-5

Schalle, Ulrike: »Für bessere Lesekompetenz. Land NRW und Bertelsmann Stiftung starten Medienprojekt«, in: *ProLibris*, Heft 2/2002, S. 97-100

Wissenswelten: »Schwerpunkt: Zukunft des Lesens« (verschiedene Autoren), in: *Universitas*, Heft 673 (2002), 57. Jg., S. 666-733

5.7.3 Literaturförderung

Reininghaus, Frieder: »Es ist alles noch viel schlimmer. Zur Lage der freien Autoren«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 8/2002, S. 12-13

»SchreibNetz – ›Die geschwätzige Stadt...‹. Ein Hamburger Modellprojekt zur Förderung der nicht-etablierten Literatur- und Schreibszene durch Entwicklung eines neuen soziokulturellen Praxisfeldes im Internet. Dokumentation«, in: *quer light*, Heft 1/2002, S. 11-14

Tieger, Gerhard (Hrsg.): *Literaturpreise und Autorenförderung*, Berlin: Autorenhaus-Verlag 2002, 120 S.

Weißenborn, Theodor: »Sprecher der Sprachlosen. Zur sozialen Aufgabe einer Literatur, die sich als gesellschaftliche Einrichtung versteht«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 8/2002, S. 35-37

5.8 Medienpolitik

5.8.1 Medien und Medienpolitik allgemein

ARD-Jahrbuch

de:bug. Elektronische Lebensaspekte (Musik Medien Kultur Selbstbeherrschung) (monatlich)

GMK-Rundbrief (dreimal jährlich)

grimme. Zeitschrift für Programm, Forschung und Medienprokuktion (vorm. agenda) (sechsmal jährlich)

Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen (zweijährlich)

Media Perspektiven, hrsg. im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Rundfunkwerbung (monatlich)

Medien + Erziehung. Zweimonatszeitschrift für audiovisuelle Kommunikation (zweimonatlich)

Medienjahrbuch. Zahlen, Daten, Fakten aus der nationalen und internationalen Medienlandschaft (jährlich)

Medium. Zeitschrift für Hörfunk, Fernsehen, Film, Presse (vierteljährlich)

MultiMedia und Recht (MMR). Zeitschrift für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht (monatlich)

ZDF Jahrbuch (jährlich)

Adolf-Grimme-Institut/Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik/Katholisches Institut für Medieninformation (Hrsg.): *Jahrbuch Fernsehen 2002*, Marl: Adolf-Grimme-Institut erscheint jährl.

Baum, Achim (Hrsg.): *Fakten und Fiktionen. Über den Umgang mit Medienwirklichkeiten*, Konstanz: UVK Medien Verlags-Gesellschaft (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, 29) 2002, 531 S.

Becker, Jörg: »Die neue und alte globale (Des-)Informationsordnung«, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 11/2002, S. 25-27

Becker, Konrad: »Neue Medien und die Krise der Demokratie«, in: *Kulturrisse*, Heft 4/2002, S. 36-38

Braun, Rainer: »Leise Töne, neue Impulse: eine Zwischenbilanz der Medienpolitik des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien«, in: Adolf-Grimme-Institut (Hrsg.): *Jahrbuch Fernsehen 2002*, Marl: Selbstverlag 2002, S. 62-72

Darschin, Wolfgang/Gerhard, Heinz: »Tendenzen im Zuschauerverhalten. Fernsehgewohnheiten und Programmbewertungen im Jahr 2001«, in: *Media Perspektiven*, Heft 4/2002, S. 154-165

Deutscher Bundestag: »Chancen und Perspektiven der digitalen Wirtschaft (Informationstechnologie, Multimedia, Internet, Telekommunikation) in Deutschland. Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU«, *Drucksache* 14/8935 vom 23.4.2002, Berlin 2002

Deutscher Bundestag: »Reform der Medien- und Kommunikationsordnung für die Wissens- und Informationsgesellschaft verwirklichen. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien«, *Drucksache* 14/9664 vom 2.7.2002 zu den »Anträgen der Fraktion der SPD sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen« (*Drucksache* 14/8649), Berlin 2002

Dinkla,Söke/Leeker, Martina: *Tanz und Technologie. Dokumentation der Workshopreihe ›Tanz und Neue Medien‹ im Choreographischen Zentrum NRW Zollverein*. Im Auftrag von PACT Zollverein, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin: Alexander Verlag 2002, 435 S.

Faulstich, Werner: *Die bürgerliche Mediengesellschaft (1700-1830)*, Göttingen: Wandenhoeck & Ruprecht 2002, 295 S.

Faulstich, Werner: *Medien zwischen Herrschaft und Revolte. Die Medienkultur der frühen Neuzeit (1400-1700)*, Göttingen: Wandenhoeck & Ruprecht 2002, 341 S.

Feierabend, Sabine/Klingler, Walter: »Medien- und Themeninteressen Jugendlicher. Ergebnisse der JIM-Studie 2001 zum Medienumgang Zwölf- bis 19-jähriger«, in: *Media Perspektiven*, Heft 1/2002, S. 9-21

Frey-Vor, Gerlinde/Gerhard, Heinz/Mende, Annette: »Daten der Mediennutzung in Ost- und Westdeutschland. Ergebnisse von 1992 bis 2001 im Vergleich«, in: *Media Perspektiven*, Heft 2/2002, S. 54-76

Gäbler, Bernd: »Die Branche bebt. Ein Essay zu den Auswirkungen der Kirch-Krise auf den deutschen Medienmarkt und die hiesige Medienkultur«, in: *grimme*, Heft 2/2002, S. 8-10

Grünewald, Robert: *Medienordnung und Bundesstaat. Zur Medienpolitik der CDU in der Konstituierungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1949-1969*, Mainz: Universitäts-Dissertation 2002, 326 S.

Hömberg, Walter (Hrsg.): *Deutschland – einig Medienland? Erfahrungen und Analysen*, Münster: Lit Verlag 2002, 122 S.

Holzweissig, Gunter: *Die schärfste Waffe der Partei: eine Mediengeschichte der DDR*, Köln: Böhlau 2002, 295 S.

König, Michael: »Was bringt eine neue GATS-Runde für die audiovisuellen Medien?«, in: *ZUM. Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 4/2002, S. 271-282

Kreile, Johannes: »Der neue Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – was ändert sich für den Rundfunk?«, in: *ZUM. Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 12 /2002, S. 849-858

Krüger, Udo Michael/Zapf-Schramm, Thomas: »Öffentlich-rechtliches und privates Fernsehen: Typische Unterschiede bleiben bestehen. Programmanalyse 2001/I«, in: *Media Perspektiven*, Heft 4/2002, S. 178-189

Plog, Jobst: »Zehn Jahre arte. Etablierung eines ›unmöglichen‹ Experiments«, in: *die politische Meinung*, Heft 390 (Mai/2002), S. 75-79

Roesler, Alexander/Stiegler, Bernd (Hrsg.): *Microsoft. Medien. Macht. Monopol*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag (edition suhrkamp, 2281) 2002, 272 S.

Schanze, Helmut (Hrsg.): *Metzler Lexikon. Medientheorie/Medienwissenschaft*, Stuttgart: Metzler 2002, 380 S.

Voß, Peter: *Wem gehört der Rundfunk? Medien und Politik in Zeiten der Globalisierung*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Medienpolitik, 2) 2002, 352 S.

Zacharias, Wolfgang: »Das Münchener Medien-Kunst-Konzept-Spektakel. Etwas verheddert in der kommunalen Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 6-7

5.8.2 Film, Filmförderung

»Black Box. Politik im Deutschen Kino«, Schwerpunktthema, in: *Ästhetik und Kommunikation*, Heft 117 (2002), S. 15-102

Borner, Joachim/Heiser, Albert: »Der Nachhaltige Filmblick«, in: Kurt, Hildegard/Wagner, Bernd (Hrsg.): *Kultur – Kunst – Nachhaltigkeit., Die Bedeutung von Kultur für das Leitbild Nachhaltige Entwicklung*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Dokumentation, 57) 2002, S. 121-123

Glogner, Patrick: »Sozial-ästhetische Umgehensweisen mit Filmen. Ausgewählte Ergebnisse einer empirischen Untersuchung von Kinobesuchern«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2001* (Band 5), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 91-111

Neckermann, Gerhard: »Außergewöhnliches Filmjahr bringt Rekordbesuch. Filmbesuch, Filmangebot und Kinobesucherstruktur in Deutschland 1991 bis 2001«, in: *Media Perspektiven*, Heft 11/2002, S. 557-567

Schäfer, Horst (Hrsg.): *Lexikon des Kinder- und Jugendfilms*, Meitingen: Corian Verlag Heinrich Wimmer 2002, ca. 2800 S.

Schaefer, Klaus/Kreile, Johannes/Gerlach, Sascha: »Nationale Filmförderung: Einfluss und Grenzen des europäischen Rechts«, in: *ZUM. Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 3/2002, S. 182-193

Schittly, Dagmar: »DDR-Alltag im Film. Verbotene und zensierte Spielfilme der DEFA«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 17/2002, S. 23-29

Wilharm, Irmgard: »Filmwirtschaft, Filmpolitik und der ›Publikumsgeschmack‹ im Westdeutschland der Nachkriegszeit«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Heft 2/2002, 28. Jg., S. 267-290

5.8.3 Internet und mobile Kommunikationsmedien

Glaap, Dieter/Oehrens, Eva-Maria: »Online-Redaktion. Journalisten-Service im Internet«, in: *Handbuch Kultur-Management*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 28 S., K 8.19

Haan, Stephanie: »www.d-a-s-h.org. Medienarbeit im Internet«, in: *Medien und Erziehung*, Heft 3/2002, 46. Jg., S. 183-186

Hoeren, Thomas: *Grundzüge des Internetrechts. E-Commerce, Domains, Urheberrecht*, München: Beck 2002, 336 S.

Oehmichen, Ekkehardt: »Offliner 2001 – Internetverweigerer und potentielle Nutzer. Ein Abschätzungsversuch der mittelfristigen Onlineverbreitung«, in: *Media Perspektiven*, Heft 1/2002, S. 22-33

Ratzek, Wolfgang: »Kulturnetze online – Innovation aus dem hohen Norden«, in: *Bibliothek Forschung und Praxis*, Heft 1/2002, 26. Jg., S. 51-54

Schramm, Holger: »Musik im Internet«, in: Eckhardt, Andreas/Jakoby, Richard/Rohlfs, Eckart (Hrsg. für den Deutschen Musikrat): *Musik-Almanach 2003/2004. Daten und Fakten zum Musikleben in Deutschland*, Kassel: Gustav Bosse Verlag/Bärenreiter-Verlag 2002, S. 84-92

Verzola, Roberto: »Die neue Kolonisation. Zur politischen Ökonomie von Information«, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 11/2002, S. 28-31

Welz, Hans Georg: »Politische Öffentlichkeit und Kommunikation im Internet«, in: aus *politik und zeitgeschichte*, Heft 39-40/2002, S. 3-11

»www.netzwerk-mediatheken.de. Ein Internetportal zu Ton und Film«, in: *museumsmagazin*, Heft 1/2002, S. 20

5.8.4 Medienpädagogik

GMK intern. Informationen der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur

.nexum. das Netzwerk (vierteljährlich)

Aufenanger, Stefan: »25 Jahre ›medien praktisch‹. Zugleich eine kurze Geschichte der neueren Medienpädagogik«, in: *Medien praktisch*, Heft 4/2002, 25. Jg., S. 5-7

Feilitzen, Cecilia von: »Medienerziehung – einige internationale Perspektiven«, in: *Medien und Erziehung*, Heft 1/2002, 76. Jg., S. 49-55

Hahn, Sebastian/Münch, Thomas: »Immer in Kontakt. Lernen in virtuellen Klassenzimmern«, in: *Musik und Bildung*, Heft 4/2002, S. 54-57

Karmasin, Matthias (Hrsg.): *Medien und Ethik*, Stuttgart: Reclam (Reclam UB 18188) 2002, 260 S.

Langer, Christian: *Medien und Pädagogik. Zur Legitimation von Medienpädagogik auf prinzipienwissenschaftlicher Grundlage*, Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag (Grundfragen der Pädagogik, 1) 2002, 230 S.

»Medienpädagogik heute. Eine Diskussionsrunde«, in: *Medien und Erziehung*, Heft 4/2002, 46. Jg., S. 211-221

Meyer, Torsten: *Interfaces, Medien, Bildung. Paradigmen einer pädagogischen Medientheorie*, Bielefeld: Transcript 2002, 266 S.

Neue Texte Medienpädagogik. Jahrbuch für Forschung und Praxis, München: Ehrenwirth

Piontek, Peter: »Projektorientiertes Lernen dank Internet. Der ›Literatur@tlas‹ Niedersachsen lädt zur Mitarbeit ein«, in: *forum Literatur in Niedersachsen*, Heft 2/2002, S. 13

Wagner, Wolf-Rüdiger: »Medienkompetenz und Allgemeinbildung. Überlegungen zur Neuorientierung der Medienpädagogik ausgehend vom Bond-Film ›Tomorrow never dies‹«, in: *Medien praktisch*, Heft 5/2002, 26. Jg., S. 16-25

5.9 Volkshochschulen, Kulturelle Erwachsenenbildungm, Archive

Archivpflege in Westfalen und Lippe (zweimal jährlich)

Der Archivar. Mitteilungsblatt für das deutsche Archivwesen, herausgegeben vom Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv (viermal jährlich)

DIE. Zeitschrift für Erwachsenenbildung, hrsg. v. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (vierteljährlich)

DVVmagazin Volkshochschule (vierteljährlich)

Erwachsenenbildung. Vierteljahresschrift für Theorie und Praxis (vierteljährlich)

Journal Andere Weiterbildung, hrsg. von der Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung (LAAW) NRW

Volkshochschule (früher Volkshochschule im Westen). hrsg. vom Deutschen Volkshochschulverband (bis 1992 zweimonatlich)

Elfert, Maren/Bochynek, Bettina: »›Erwachsenenbildung ist ein Kind der Demokratie‹. 50 Jahre UNESCO-Institut für Pädagogik«, in: *UNESCO heute*, Heft 1-2/2002, S. 12-15

Degreif, Diether u. a.: »Der 72. Deutsche Archivtag 2001 in Cottbus: ›Archive und Herrschaft‹. Tagungsbericht« (mit Fachgruppenberichten anderer Autoren), in: *Der Archivar*, Heft 1/2002, 55. Jg., S. 3-15

Dohms, Peter/Gebauer-Berlinghof, Anette: »Gesetzliche Bestimmungen und Verwaltungsvorschriften für das staatliche Archivwesen und zur Archivpflege in der Bundesrepublik Deutschland«, in: *Der Archivar*, Heft 2/2002, 55. Jg., S. 184-189

Geipel, Ines/Walther, Joachim: »Intellektuelle ohne Repräsentanz oder: unterdrückte Korrespondenzen – Das Archiv von in der DDR unveröffentlichter Literatur«, in: *Kunst & Kultur*, Heft 6/2002, S. 34-37

Reimann, Norbert: »Bestandserhaltung – Bemerkungen zu einer Existenzfrage der Archive«, in: *Buch und Bibliothek*, Heft 3/2002, S. 155-158

Scheytt, Oliver: »Die Archive in der Kulturpolitik der Städte. Rede auf dem Rheinischen Archivtag in Euskirchen am 13. Juni 2002«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 62-64

Schöll, Ingrid: »Der Preis des Profils. Marketingüberlegungen an Volkshochschulen«, in: Klein, Armin: *Innovatives Kulturmarketing*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 259-274

»54. Westfälischer Archivtag in Rheine: ›Bilanz und Perspektiven der Archivpflege in Westfalen-Lippe‹«, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe*, Heft 57 (2002), S. 2-61

Zink, Robert: »Handreichung der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag zur Archivierung und Nutzung digitaler Unterlagen in Kommunalarchiven«, in: *Der Archivar*, Heft 1/2002, 55. Jg., S. 16-18

6 Soziokultur und soziokulturelle Praxisfelder

6.1 Soziokultur, Freie Kultur, allgemein

Informationsdienst Soziokultur (viermal jährlich)

Kulturszene, Bonn: Fonds Soziokultur e. V. (zweijährlich)

LAKS-Info. Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren Baden-Württemberg (zweimal im Jahr)

quer light. Mitteilungsblatt für kulturelle Initiativen in Hamburg/Mitteilungsblatt des Landesverbandes Soziokultur Hamburg e. V. (fünfmal jährlich)

rundbrief. Zeitschrift für Soziokultur in Niedersachsen (vierteljährlich)

Rundbrief (LAG Bayern)

Rundbrief (LAG NW) (vierteljährlich)

»Fonds Soziokultur vergibt Fördermittel für das erste Halbjahr 2002«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 89

Hacker, Erich W.: »Innovation Schloss Kapfenburg. Internationale Musikschulakademie – Kulturzentrum«, Entstehung – Positionierung – Erfahrungen, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.). *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2001* (Band 5), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 210-228

Koesel, Tom: *Rheinschiene. Handbuch zur freien Kunstszene von Bonn bis Duisburg*, Köln: Atelier-Verlag 2002, 192 S.

Kotz, Bernd: »LACHS? LAX? LAKS!. 20 Jahre Verbandsarbeit für die Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in Baden-Württemberg«, in: *Informationsdienst Soziokultur*, Heft 3-4/2002, S. 25-27

Krüger, Thomas: »Aktuelle Herausforderungen sozial-kultureller Arbeit«, in: *Rundbrief Verbund Soziokulturelle Arbeit*, Heft 2/2001 + 1/2002, S. 15-18

Landesverband Soziokultur Hamburg e. V. (Hrsg.): *Jahresbericht Soziokultur 2001/2002. Erfolgsbilanz, Bericht des Landesverbandes, aktuelle Mitgliederliste*, Hamburg: Selbstverlag 2002, 35 S.

Oelschläger, Dieter: »Kontinuitäten und Visionen«, in: *Rundbrief Verbund Soziokulturelle Arbeit*, Heft 2/2001 + 1/2002, S. 11-14

»Soziokulturelle Zentren in Nordrhein-Westfalen. Genese – Profile – Perspektiven«, Konzept des Forschungsprojektes, Dokumentation der Auftaktveranstaltung zum Projekt Soziokultur am 15. März 2002 in Köln, in: *Rundbrief (LAG NW)*, Heft 1/2002, S. 17-19

Vesper, Michael: »Rede anlässlich der Eröffnung der Tagung ›Soziokultur‹ am 15. März 2002 in Köln«, in: *Rundbrief (LAG NW)*, Heft 1/2002, S. 13-15

6.2 Kulturpädagogik, kulturelle Bildung, ästhetische Erziehung

Info-Dienst. Kulturpädagogische Nachrichten (zweimonatlich)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Die bildungspolitische Bedeutung der Familie. Folgerungen aus der PISA-Studie*, Stuttgart: Kohlhammer (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 224) 2002, 44 S.

Deutscher Bundestag: »Bildung ist Zukunft. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung«, *Drucksache* 14/9707 vom 3.7.2002 zum »Antrag vom 5.6. 2002 der Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen« (*Drucksache* 14/9272), Berlin 2002

Drescher, Susanne: »Zwischen Kunst und Bildung. Die Kulturarbeit in INTHEGA-Städten für eine Bildungsgesellschaft«, Anmerkungen zur Situation der Städte und zur Definition des Bildungsbegriffs, in: *Inthega Kultur-Journal*, Heft 4/2002, 22. Jg., S. 5-12

Durner, Heinz: »PISA braucht Konsequenzen mit Augenmaß«, in: *Musik und Bildung*, Heft 4/2002, S. 67-69

Ette, Wolfram: »Das Spiel mit der Wahrheit und die Verwaltung der Erfahrung. Überlegungen anlässlich einer

neuen Autonomie-Ästhetik«, in: *Musik & Ästhetik*, Heft 21 (2002), 6. Jg., S. 82-92

Fuchs, Max: »Kulturelle Bildung, PISA und Co. Das PISA-Ranking. Merkmale, Methoden, Schlußfolgerungen«, in: *politik und kultur* [puk], Heft 1/2002, S. 11-12

Fuchs, Max: »Was ist zu tun: vier bildungspolitische Forderungen. Die PISA-E Studie und die Folgen für die kulturelle Bildung?«, in: *politik und kultur* [puk], Heft 3/2002, S. 4

Glaser, Hermann: »Zukunft braucht Herkunft. Über die ästhetische Erziehung des Menschen und den gesellschaftlichen Sinngehalt des Musealen«, in: *museumskunde*, Heft 2/2002, S. 26-33

Kasiske, Rolf: »Diagnose ›Zukunftsdiebstahl‹. Zur Misere der kulturellen Bildung«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 11/2002, S. 682-685

Mandel, Birgit: »Hat Kulturpädagogik Zukunft?«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 62 (2002), S. 24-25

Mittelstraß, Jürgen: »Welches Bildungsideal braucht eine offene Wissensgesellschaft?«, in: *Universitas*, Heft 678 (2002), S. 1263-1271

Nahrstedt, Wolfgang/Brinkmann, Dieter/Theile, Heike/Röcken, Guido: *Lernort Erlebniswelt. Neue Formen informeller Bildung in der Wissensgesellschaft*, Bielefeld: Institut für Freizeit und Kulturarbeit e. V. (IFKA-Schriftenreihe, 20) 2002, 433 S.

Rossmann, Ernst-Dieter: »Das dicke Ende kommt erst noch. Die Ergebnisse der PISA-Untersuchung«, in: *Berliner Republik*, Heft 1/2002, S. 14-18

Schöppinger Forum der Kunstvermittlung in der Stiftung Künstlerdorf Schöppingen (Hrsg.): *Transfer. Beiträge zur Kunstvermittlung*, Bd. 1, Schöppingen: Stiftung Künstlerdorf Schöppingen 2002, 116 S.

Walch, Josef: »Les arts et la culture à l'école ... oder was Tomaten mit Kunst zu tun haben. Frankreich startet ehrgeiziges Programm zur kulturellen Bildung«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 3/2002, 38. Jg., S. 14-15

Zacharias, Wolfgang: »Die gePISAckte Bildung. Kultur und Bildung sind mehr und auch anders«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 11-13

Zacharias, Wolfgang: »Kultur, Pädagogik, Medien. Auf dem Weg zu einer künstlerisch-ästhetischen Medienbildung«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 36 S., A.1.15

Zacharias, Wolfgang: »Sinnes- und Wahrnehmungsbildung. Ein kulturell-ästhetisches Programm zur Ökologie von Lernen und Erfahrung«, in: Kurt, Hildegard/Wagner, Bernd (Hrsg.): *Kultur – Kunst – Nachhaltigkeit., Die Bedeutung von Kultur für das Leitbild Nachhaltige Entwicklung*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Dokumentation, 57) 2002, S. 93-105

Zimmermann, Olaf/Schulz, Gabriele (Hrsg.): *Kulturelle Bildung in der Wissensgesellschaft – Zukunft der Kulturberufe. Eine Studie des Deutschen Kulturrates*, Berlin/Bonn: Selbstverlag 2002, 623 S.

6.3 Kinder- und Jugendkulturarbeit

deutsche jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit (monatlich – 10 Hefte und ein Doppelheft)

Journal der Jugendkulturen (zweimal im Jahr)

Bockhorst, Hildegard: »Kulturarbeit: Lebenskunst für Mädchen«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 16 S., A 1.16

Braun, Eckhard: »Fortsetzung dringend geboten. Zur Leipziger Tagung ›jugendkultur kontrapunkt e-kultur‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 70

Braun, Eckhard: »Jugendkultur als Herausforderung. Zur Leipziger Tagung: ›jugendkultur kontrapunkt e-kultur‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 76-77

Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e. V. (Hrsg.): *Mutproben. Mit Kunst und Kultur für Demokratie und Toleranz*, Remscheid: BKJ (Schriftenreihe der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung, 59) 2002, 170 S.

Bundesvereinigung Kultureller Jugendbildung: »Kulturelle Bildung: Schlüsselkompetenz für das Leben. Für eine Erweiterung der bildungspolitischen Diskussion nach PISA«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 63 (2002), S. 12-14

Ehrenspeck, Yvonne: »Kulturpädagogik, Bildung und die Erreichbarkeit der Jugendlichen«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 63 (2002), S. 12-13

Eisenbürger, Iris/Vogelsang, Waldemar: »›Ich muss mein Leben selber meistern!‹. Jugend im Stadt-Land-Vergleich«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft B 5/2002, S. 29-38

Filzek-Schwab, Astrid: »Der Sprung ins kalte Wasser. Die ersten Jahre als Profi«, in: *Junge Kunst*, Heft 52 (2002), S. 40-41

Fischer, Birgit: »10 Fragen zur Zukunft der Kinder- und Jugendkulturarbeit«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 63 (2002), S. 45-47

Grüneisl, Gerd/Zacharias, Wolfgang (Hrsg.): *30 Jahre Spiel & Kultur Mobil in München. Spiel- und Kunstpädagogisches Lesebuch 5*, München: PA/SPIELkultur 2002, 215 S.

Hilger, Hanna: »Jung knipst Alt. Jugend-Fotowettbewerb ›Denkmal mit der Linse‹«, in: *Monumente*, Heft 1-2/2002, 12. Jg., S. 64-65

Kirschner, Jürgen: »Ein Tag mit Folgen?. Jugendliche im Dialog mit Kunst und Politik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 72-73

Kordfelder, Angelika: *Jugendkulturarbeit im Vergleich. Wissenschaftliche, politische und berufspraktische Dimensionen*, Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Dokumentationen, 58) 2002, 225 S.

Kordfelder, Angelika: »Schwerer Stand: ›Smart networking‹«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 63 (2002), S. 14-15

Kröger, Franz: »The kids are allright ...«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 63 (2002), S. 9-11

LAKS Hessen: *2. Kulturpolitischer Diskurs. Wir machen doch nur Spaß – Jugendkulturen zwischen Lebensgefühl und Vereinnahmung*, Wiesbaden 2002

Negt, Oskar: *Kindheit und Schule in einer Welt der Umbrüche*, Göttingen: Steidl Verlag 2002, 444 S. (erw. Neuaufl.)

Prüfer-Storcks, Cornelia: »Der Wirksamkeitsdialog im neuen NRW Landesjugendplan«, in: *infodienst Kulturpädagogische Nachrichten*, Heft 63 (2002), S. 16-18

Scharf, Christian/Schütz, Almuth (Hrsg.): *2T1 – Odyssee im Grenzraum. Jugendarbeit im ländlichen, ostdeutschen, grenznahen Raum oder: Wie man mit Kultur und frischen Ideen Jugendliche zum Nachdenken über Grenzen in Gesellschaft und Köpfen bringt*, Chemnitz: RabenStück 2002

Schlobinski: »Jugendsprache und Jugendkultur«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft B 5/2002, S. 14-19

Wiedemann, Dieter (Hrsg.): *Die rechtsextreme Herausforderung. Jugendarbeit und Öffentlichkeit zwischen Konjunkturen und Konzepten*, Bielefeld: Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) (Schriften zur Medienpädagogik, 33) 2002, 288 S.

Zacharias, Wolfgang: »New York/Pisa/Erfurt – was nun?. Alte Probleme und neue Herausforderungen für Kultur-, Medien-, Bildungs- und Jugendpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 66-69

7 Weitere kulturpolitische Felder und Themen

7.1 Kultur in der Entwicklungszusammenarbeit, Agenda 21

Stadtgespräche. Nachrichten zur lokalen Agenda 21 (viermal im Jahr)

Bachmann, Günther: »Nachhaltigkeit: Politik mit gesellschaftlicher Perspektive«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 31-32/2002, S. 8-16

Deutscher Bundestag: »Bericht der Bundesregierung über die Perspektiven für Deutschland – Nationale Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Unterrichtung durch die Bundesregierung«, *Drucksache* 14/8953 vom 25.4.2002, Berlin 2002

Deutscher Bundestag: »Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002: Der nachhaltigen Entwicklung zum Durchbruch verhelfen. Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen«, *Drucksache* 14/9052 vom 15.5.2002, Berlin 2002

Diefenbacher, Hans/Hitzler, Eberhard: »Perspektiven für Deutschland oder Johannesburg?. Zum Entwurf der Bundesregierung für eine ›zweite Dialogphase über Herausforderungen und Chancen der Nachhaltigkeit‹«, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 7/2002, S. 30-34

Flasbarth, Jochen: »Was ist ein gutes Leben?. Interview«, in: Kurt, Hildegard/Wagner, Bernd (Hrsg.): *Kultur – Kunst – Nachhaltigkeit., Die Bedeutung von Kultur für das Leitbild Nachhaltige Entwicklung*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Dokumentation, 57) 2002, S. 181-183

Griefahn, Monika: »Nachhaltigkeitspolitik und Kulturpolitik – eine Verbindung mit Zukunft?«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 28-33

Grober, Ulrich: »Konstruktives braucht Zeit. Über die langsame Entdeckung der Nachhaltigkeit«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 31-32/2002, S. 3-7

Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.): *Das Jo´burg Memo. Ökologie – die neue Farbe der Gerechtigkeit, Ein Memorandum zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung*, Berlin: Selbstverlag (Sonderausgabe der Reihe World Summit Papers) 2002, 88 S.

Jerman, Tina: »Interkulturelle Kompetenz in der Herausforderung der Agenda 21«, in: Kurt, Hildegard/Wagner, Bernd (Hrsg.): *Kultur – Kunst – Nachhaltigkeit., Die Bedeutung von Kultur für das Leitbild Nachhaltige Entwicklung*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Dokumentation, 57) 2002, S. 83-90

Kramer, Dieter: »Diskursfeld Kultur und Entwicklungspolitik«, in: *Entwicklungspolitik*, Heft 8/2002, S. 38-39

Kramer, Dieter: »Der Brundtland-Bericht«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 84

Kurt, Hildegard: »Nachhaltigkeit – eine Herausforderung an die Kunst?«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 46-49

Liivak, Anu/Steinmann, George: »Die Rückkehr des Raumes. Eine nachhaltige Skulptur von George Steinmann«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 56-57

Marbach, Ueli (Hrsg.): *Nachhaltigkeit der Form/Sustainability of Form. Symposium in der Pfisterscheune*, Thalwil, Schweiz, 16. Oktober 2002, Zürich: vdf Hochschulverlag 2002, 66 S.

Sayer, Josef: »Kultur und Nachhaltigkeit aus der Perspektive des ›Südens‹. Interview«, in: Kurt, Hildegard/ Wagner, Bernd (Hrsg.): *Kultur – Kunst – Nachhaltigkeit., Die Bedeutung von Kultur für das Leitbild Nachhaltige Entwicklung*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Dokumentation, 57) 2002, S. 189-195

Schmid, Raimund: »Rio + 10 differenziert gewürdigt«, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 19-20/2002, S. 10

Schöfthaler, Traugott: »Nachhaltigkeit lernen. Ergebnisse des Weltgipfels in Johannesburg«, in: *UNESCO heute*, Heft 3/2002, S. 4-7

Stephan, Petra: »Nachhaltigkeit auf dem Prüfstand. Das UN-Arbeitsprogramm für Nachhaltigkeitsindikatoren und seine Umsetzung in Deutschland«, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 7/2002, S. 38-41

Wagner, Bernd: »Rio – Nachhaltigkeit – Agenda 21«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 60-61

7.2 Ökologie und Kultur

Flaig, Jörn/Gather, Matthias: »Strukturierung der Lokalen Agenda 21 mit Prozessindikatoren«, in: *Raumplanung*, Heft 101 (2002), S. 82-86

Irrgang, Bernhard: *Natur als Ressource. Konsumgesellschaft und Langzeitverantwortung. Zur Philosophie nachhaltiger Entwicklung*, Dresden: w.e.b. Universitätsverlag und Buchhandel Eckhard Richter 2002, 258 S.

Kern, Kristine/Koll, Claudia/Schophaus, Malte: »Die Lokale Agenda 21. Ein innerdeutscher und internationaler Vergleich«, in: *Forschungsjournal NSB*, Heft 4/2002, 15. Jg., S. 40-48

Kolland, Dorothea: »Das Leitbild Nachhaltigkeit in der kommunalen Kulturpraxis«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 38-45

Kurt, Hildegard/Wagner, Bernd: »kultur der nachhaltigkeit – nachhaltige kultur«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 26-27

Kurt, Hildegard/Wagner, Bernd (Hrsg.): *Kultur – Kunst – Nachhaltigkeit. Die Bedeutung von Kultur für das Leitbild Nachhaltige Entwicklung*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext Verlag (Dokumentation, 57) 2002, 272 S.

Kurt, Hildegard: »Lebens-Mittel Schönheit. Hans Glauber im Interview«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 50-52

Pfütze, Hermann: »Liebe, Freiheit, Denken – zur Ästhetik der Nachhaltigkeit«, in: *Kunstforum International*, Heft 158 (2002), S. 270-277

Sachs, Wolfgang: *Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie*, Frankfurt am Main: Brandes & Apsel 2002, 216 S.

Stadt Krefeld (Hrsg.): *Kultur der Zukunft – Zukunft der Kultur. Agenda 21 und kommunale Kulturarbeit. Dokumentation zur Tagung*, Krefeld: Selbstverlag 2002, 58 S.

Wagner, Bernd: »Nachhaltige Kultur? Aufgaben einer ökologisch orientierten Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 34-37

7.3 Frauen in Kunst und Kultur

Frauen, Kunst, Wissenschaft. Rundbrief, Marburg: Jonas (vierteljährlich)

Albrecht, Susanne/Below, Irene/Schorr, Vera: »Kunstorte in Gender-Perspektive – Arbeitsbedingungen Bildender Künstlerinnen und ihre Präsenz im Kunstbetrieb im internationalen Vergleich. Ergebnisse eines internationalen Expertinnenworkshops«, in: *Kritische Berichte*, Heft 1/2002, S. 83-90

Drynda, Yvonne: »Es geht um Musik und nicht um Macht. Zur Situation von Frauen am Dirigentenpult«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 1/2002, S. 30-33

Nieberle, Sigrid: *Frauen – Musik – Literatur. Deutschsprachige Schriftstellerinnen im 19. Jahrhundert*, Herbolzheim: Centaurus-Verlag (Beiträge zur Kultur- und Sozialgeschichte der Musik, 4) 2002, 271 S.

7.4 Events, Festivals, Tourismus

Spektrum Freizeit. Forum für Wissenschaft, Politik und Praxis, (jährlich drei Nrn. in zwei Lieferungen, ab 1998 als Jahrbuch)

Güllemann, Dirk/Schmidt, Marc: »Rechtsfragen bei Eventkulturen unter öffentlich-rechtlichen Aspekten. Eine Kurzdarstellung der neuen Muster-Versammlungsstättenverordnung (MVSättV)«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 34 S., H 10.2

»Global Dance 2002. Die Internationale Tanzmesse NRW und das Tanzfestival der World Dance Alliance (wda) machen Düsseldorf im August 2002 zu einer Stadt des internationalen Tanzes«, in: *theater pur*, Heft 4/2002, 9. Jg., S. 19

»Kunstwelten – Erlebniswelten«, in: *Geographie heute*, Heft 198 (2002), 198. Jg., S. 1-49

Nahrstedt, Wolfgang/Brinkmann, Dieter/Theile, Heike/Röcken, Guido (Hrsg.): *Lernen in Erlebniswelten. Perspektiven für Politik, Management und Wissenschaft, Fachtagung 4. und 5. Dezember, Hannover Congres Centrum*, Bielefeld: Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit e. V. (IFKA-Dokumentation, 22) 2002, 271 S.

Opaschowski, Horst Wolfgang: *Tourismus. Eine systematische Einführung, Analysen und Prognosen*, Opladen: Leske + Budrich (Freizeit- und Tourismusstudien, 3) 2002, 332 S. (3., aktualisierte und erweiterte Auflage)

Opaschowski, Horst Wolfgang: »Travel und Travail. Oder: Schlange stehen für Kultur und Freizeit«, in: *Stadt und Raum*, Heft 5/2002, S. 308-313

Scherer, Roland: »Die räumliche Inzidenz des Lucerne Festivals«, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 4-5/2002, S. 271-276

Terbrack, Klaus: »Kleine Handreichung für Veranstalter«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 22 S., C 2.13

Zeller, Henrike: »Oceanis – 100 Meter unter Null. Inhaltliche Seriosität und Entertainment sind kein Widerspruch bei Erlebnisausstellungen«, in: *Museum aktuell*, Heft 80 (Mai/2002), S. 3380-3382

»2001: Jahr des Tourismus in Deutschland – eine Bilanz«, Themenschwerpunkt, in: *Der Landkreis*, Heft 5/2002, S. 350-369

7.5 Kultur und Kunst als Beruf

Demmel, Hermann: *Artmanagement. Von Kunst leben können*, Darmstadt: Primus Verlag 2002, 144 S.

Gerber, Birte: »Existenzgründung – eine Alternative für Informationsspezialisten?«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 4/2002, S. 431-433

Hansen, Bernd: »Projektbezogen tätige Künstler und Publizisten. Abhängig Beschäftigte oder selbständig Tätige?«, in: *Die Beiträge*, 2002, S. 193-200

Keuchel, Susanne/Wiesand, Andreas J. (Hrsg.): *Medienqualifikation für Kulturberufe II. Ein Wegweiser für die Aus- und Fortbildung*, Bonn: ARCult Media (Medienkultur, 6) 2002, 397 S.

Kräuter, Maria: *Existenzgründung in Kultur- und Medienberufen*, Köln: Stiftung zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung über das Wesen und die Bedeutung der Freien Berufe, Ludwig-Sievers-Stiftung 2002, 226 S.

Lesle, Lutz: »Vom Taktstock zur Digitaluhr. Der Kapellmeister im Zeitenwandel«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 1/2002, S. 10-15

Mandel, Birgit: *Lust auf Kultur. Karrierewege in das Berufsfeld Kulturvermittlung*, Nürnberg: BW Bildung und Wissen Verlag und Software GmbH 2002, 242 S.

Röbke, Thomas: »Kunst und Arbeit. Künstler zwischen Autonomie und sozialer Unsicherheit«, in: *kulturpolitik*, Heft 1/2002, S. 12-15

Zimmermann, Olaf/Schulz, Gabriele: *Traumberuf Künstler. Kreativität leben – finanzielle Sicherheit erreichen*, Nürnberg: BW Bildung und Wissen Verlag und Software GmbH 2002, 242 S.

7.6 Aus- und Fortbildung für Kulturberufe

Baumann, Sabine: »Professionalisierung und Qualifizierung – Bildende Kunst als Beruf«, in: *kulturpolitik*, Heft 1/2002, S. 20

Besenfelder, Sabine: »Der Studiengang ›Empirische Kulturwissenschaft‹ (EKW) am Ludwig-Uhland-Institut der Eberhard-Karls-Universität Tübingen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 96 (I/2002), S. 96-97

Blumenreich, Ulrike/Röckel, Wolfgang/Wagner, Bernd: »Kulturmanagement: Aus- und Fortbildung«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart: Raabe Verlag (Loseblattsammlung, 1992 ff.) 2002, 84 S., K 4.1

Calov, Gudrun: »Ausbildung und Projekte für Museen an der Hochschule der Medien in Stuttgart«, in: *Museum aktuell*, Heft 77 (Februar/2002), S. 3210-3211

Eichert, Stefan: »Ausbildung. ›Figurentheater‹ in München«, in: *Puppen, Menschen und Objekte*, Heft 2/2002, S. 40-41

Fachhochschule Merseburg – Fachbereich Soziale Arbeit.Medien.Kultur: »›Kultur- und Medienpädagogik‹. Ein zukunftsweisender Studiengang in Merseburg«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 97 (II/2002), S. 82-83

Fischer, Daniela: »Der Diplomstudiengang ›Sprachen, Wirtschafts- und Kulturraumstudien‹ an der Universität Passau«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 98 (III/2002), S. 72-73

Gaus, Wilhelm: *Berufe im Informationswesen: Archiv, Bibliothek, Buchwissenschaft, Information und Dokumentation, Medizinische Informatik, Computerlinguistik, Museum. Ein Wegweiser zur Ausbildung*, Berlin: Springer 2002

Keller, Rolf: »Spät kommt ihr – doch ihr kommt!. Zum ebenso plötzlichen wie massiven Auftauchen von Kulturmanagement in der Schweiz – und zum Studiengang in Basel«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2001* (Band 5), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 141-156

Kreis-Muzzulini, Angela: »Schweizer Kulturmanagementbranche in Bewegung«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2001* (Band 5), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 170-173

Nuyken, Janine: »Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 72-73

Orelli-Messerli, Barbara von: »Vom Zertifikatskurs zu Nachdiplomstudium Kunst + Beruf«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2001* (Band 5), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 162-169

Pullem, Hans Jürgen: »Sprechen Sie nicht mit dem fremden Mund! Die Leipziger Hochschule für Musik und Theater ›Felix Mendelssohn-Bartholdy‹«, in: *Theater heute*, Heft 11/2002, S. 45-49

Rieser, Ignatz: »Das Nachdiplomstudium Kulturmanagement an der Zürcher Hochschule Winterthur«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2001* (Band 5), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 157-161

Schäfers, Bernadette: »Die steuerliche Berücksichtigung altruistischer Arbeit als abzugsfähige Spende«, in: *Deutsche Steuer-Zeitung*, 2002, S. 287-294

Siebenhaar, Klaus (Hrsg.): *Karriereziel Kulturmanagement. Studiengänge und Berufsbilder im Profil*, Nürnberg: BW Bildung und Wissen Verlag und Software GmbH 2002, 188 S.

Stadt Köln (Hrsg.): *Medien- und Kommunikationsbranche Köln. Das Qualifizierungsangebot der Region*, Köln: Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 2002, 144 S.

Stücheli, Peter: »Kulturmanagement im Land der ›Kulturdemokratie‹. Zur Gründung eines Forums in der Schweiz«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2001* (Band 5), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2002, S. 174-180

7.7 Bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenarbeit, Ehrenamt

Anheier, Helmut K./Toepler, Stefan: »Bürgerschaftliches Engagement in Europa. Überblick und gesellschaftspolitische Einordnung«, in: aus politik und zeitgeschichte, Heft 9/2002, S. 31-38

Arnold, Werner: »Bürgertum und mäzenatische Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert in Deutschland«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 1/2002, 49. Jg., S. 18-25

Böhm-Kotthoff, Konstanze: »Qualifizierung von Ehrenamtlichen. Ausbildungsstandards und Ausbildungsformen«, in: *deutsche jugend*, Heft 1/2002, 50. Jg., S. 19-23

Braun, Sebastian: »Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 29-30/2002, S. 6-12

Brill, Karl-Ernst: »Förderung ehrenamtlichen Engagements. Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche (rechtliche) Betreuer in der Steuerfalle«, in: *Betreuungsrechtliche Praxis*, 2002, S. 104-105

Brömme, Norbert: »Ungleiche Chancen in der Bürgergesellschaft. Der Strukturwandel des Engagements im Lichte sozialer Ungleichheit«, in: *Sozialer Fortschritt*, 2002, S. 86-89

Bürsch, Michael: »Bürgergesellschaft – die lebende Seite des Sozialstaats«, in: *Sozialer Fortschritt*, 2002, S. 89-92

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin (Hrsg.): *Modellverbund Freiwilligen-Zentren. Bürgerengagement für eine freiheitliche und solidarische Gesellschaft, Ergebnisse und Reflexionen*, Stuttgart/Berlin: Kohlhammer/Selbstverlag (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 203) 2002, 368 S.

Deutscher Bundestag: »Bundesweites Netzwerk zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Antwort der Bundesregierung«, *Drucksache* 14/9820 vom 22.7.2002 auf die »Kleine Anfrage der Fraktion der FDP« (*Drucksache* 14/9733 vom 3.7.2002), Berlin 2002

Deutscher Bundestag: »Neue Belastungen für ehrenamtlich Tätige zurücknehmen. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung«, *Drucksache* 14/9108 vom 15.5.2002, Berlin 2002

Deutscher Bundestag: »›Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‹ – Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft.

Bericht der Enquete-Kommission«, *Drucksache* 14 /8900 vom 3.6.2002, Berlin 2002

Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste (Hrsg.): *Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements. Nachtrag zur Auswahlbibliographie*, Berlin: Selbstverlag (Aktuelle Bibliographien der Bibliothek, 9a) 2002, 27 S.

Enquete-Kommission ›Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‹/Deutscher Bundestag: *Bericht Bürgerschaftliches Engagement. Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*, Opladen: Leske + Budrich (Schriftenreihe der Enquete-Kommission, 4) 2002, 851 S.

Enquete-Kommission ›Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‹/Deutscher Bundestag (Hrsg.): *Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft*, Opladen: Leske + Budrich (Schriftenreihe der Enquete-Kommission, 1) 2002, 284 S.

Enquete-Kommission ›Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‹/Deutscher Bundestag (Hrsg.)/Igl, Gerhard (unter Mitarbeit von Monika Jachmann und Eberhard Eichenhofer): *Rechtliche Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements. Zustand und Entwicklungsmöglichkeiten*, Opladen: Leske + Budrich (Schriftenreihe der Enquete-Kommission, 5) 2002, 594 S.

Erlinghausen, Marcel: »Konturen ehrenamtlichen Engagements in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme«, in: *Sozialer Fortschritt*, 2002, S. 80-86

Evers, Adalbert/Olk, Thomas: »Bürgerengagement im Sozialstaat – Randphänomen oder Kernproblem?«, in: aus *politik und zeitgeschichte*, Heft 9/2002, S. 6-14

Evers, Adalbert: »Sozialstaat und Bürgergesellschaft sind mehr als nur Ehrenamt. Wohlfahrt beruht auf Demokratie, sozialer Integration und Ökonomie«, in: *SuP*, 2002, S. 479-483

Geisen, Richard (Hrsg.): *Die Ehrenamtlichen. Sozialkultur, Recht und Praxis der Freiwilligenarbeit*, Hamburg (Management und Humanität im Gesundheitswesen, 3) 2002, 129 S.

»Gemeinsame Erklärung zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Niedersachsen«, in: *NST-Nachrichten*, Heft 7-8/2002, 30. Jg., S. 194-195

Graf, Friedrich Wilhelm: »Gemeinwohl und Gemeinsinn in der modernen Gesellschaft«, in: *Universitas*, Heft 675 (2002), S. 897-909

Hacket, Anne/Mutz, Gerd: »Empirische Befunde zum bürgerschaftlichen Engagement«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 9/2002, S. 39-46

Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): *Bürgerengagement in Heidelberg. Studie zur lokalen Demokratie und zum bürgerschaftlichen Engagement in Heidelberg*, Heidelberg: Selbstverlag (Schriften zur Stadtentwicklung) 2002, 80 S.

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Bürgergesellschaft und Sozialstaat. Dokumentation einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung am 15./16. Februar 2002 in Berlin*, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung, 24) 2002, 88 S.

Heuberger, Frank W.: »Auf der Suche nach der Konsensdemokratie. Anmerkungen zum Internationalen Jahr der Freiwilligen und den Schwierigkeiten, die Zivilgesellschaft politisch ernst zu nehmen«, in: *Maecenata actuell*, Heft 32 (2002), S. 15-23

Hill, Hermann: »Partnerschaften und Netzwerke. Staatliches Handeln in der Bürgergesellschaft«, in: *Bayerische Verwaltungsblätter*, Heft 11/2002, 133. Jg., S. 321-326

Igl, Gerhard/Jachmann, Monika/Eichenhofer, Eberhard: *Ehrenamt und bürgerliches Engagement im Recht. Ein Ratgeber*, Opladen: Leske + Budrich 2002, 338 S.

Jakob, Gisela: »Freiwilligendienste in der Bürgergesellschaft. Aktuelle Diskussion und politischer Handlungsbedarf«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 9/2002, S. 22-29

Jungbauer-Gans, Monika: »Schwindet das soziale Kapital?«, in: *Soziale Welt*, Heft 2/2002, S. 189-208

Kersting, Norbert/Brahms, Karin/Gerecht, Cerstin/Weinbach, Kerstin (Hrsg.): *Ehre oder Amt? Qualifizierung bürgerschaftlichen Engagements im Kulturbereich*, Opladen: Leske + Budrich 2002, 226 S.

Keupp, Heiner: »Kommunale Förderbedingungen für bürgerschaftliches Engagement«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 9/2002, S. 15-21

Koch, Roland (Hrsg.): *Die Zukunft der Bürgergesellschaft. Ehrenamt: neue Ideen & Projekte*, München: Olzog 2002, 196 S.

Kösters, Winfried: *Ehre allein – das reicht nicht mehr. Zur Zukunft des freiwilligen Engagements in Deutschland*, Freiburg im Breisgau: Lambertus 2002, 132 S.

Kordfelder, Angelika/Sievers, Norbert (Hrsg.): *Kulturpolitik als Ehrenamt. Entwicklung und Erprobung von Qualifizierungsmaßnahmen für ehrenamtliche MandatsträgerInnen. Projektdokumentation*, Bonn: Institut für Kulturpolitik (IfK) der Kulturpolitischen Gesellschaft (Materialien, 09) 2002, 155 S.

Kortmann, Karin: »Zur ›Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‹. Zusammenfassung des Berichtes der Enquéte-Kommission des Bundestags zur ›Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‹«, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 11/2002, S. 51-57

Kortmann, Karin/Evers, Adalbert/Olk, Thomas/Roth, Roland: »Reformpolitische Perspektiven für die Bürgergesellschaft«, in: *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit*, Heft 5/2002, 53. Jg., S. 324-332

Kreisjugendring München-Stadt (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement von Jugendlichen. Forschungsstudie*, München: Selbstverlag 2002, 94 S.

Lakemann, Ulrich: »Bürgerschaftliches Engagement – das Beispiel Thüringen«, in: *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit*, Heft 2/2002, 53. Jg., S. 125-132

LAKS Hessen e. V. (Hrsg.): *Soziokultur zwischen Ehren- und Arbeitsamt – ein Zukunftsmodell mit Vergangenheit?*, Kassel: Selbstverlag 2002, 50 S.

Marquardt, Jens: »Corporate Foundation: Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen«, in: *Stiftung & Sponsoring*, Heft 3/2002, S. 25

Martin, Hans H.: »Das Ehrenamt in Stuttgart«, in: *Statistik und Informationsmanagement Monatshefte*, Heft 3/2002, S. 48-61

Maser, Peter: »Zehn Thesen zum negativen Engagement«, in: *Maecenata actuell*, Heft 33 (2002), S. 3-4

Meyer, Karlheinz: »Ein Beispiel für bürgerschaftliches Engagement. Aber auch bürgerschaftliches Engagement steht nicht im freien Raum«, in: *Inthega Kultur-Journal*, Heft 1/2002, 22. Jg., S. 13-15

Müller-Heuser, Franz: »Laienmusik schafft Basis für den Profi-Bereich. Kulturelles Ehrenamt weiter stärken«, in: *der städtetag*, Heft 9/2002, 55. Jg., S. 17-20

Münkler, Herfried/Fischer, Karsten: »Gemeinwohl und Gemeinsinn in der modernen Gesellschaft«, in: *Universitas*, Heft 675 (2002), S. 888-896

Nährlich, Stefan: »Zukunft Bürgerstiftung! Warum die Bürgerstiftungen genau die richtigen Organisationen zur richtigen Zeit sind. Eine subjektive Handlungsperspektive nach dem Bericht der Enquete- Kommission ›Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‹«, in: *Maecenata actuell*, Heft 34 (2002), S. 17-26

Nörber, Martin: »Kooperieren statt konkurrieren – Hauptberufliche und Freiwillige konstruktiv vernetzen«, in: *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit*, Heft 3/2002, 53. Jg., S. 197-205

Oshege, Volker: *Freiwillige: Produzenten und Träger sozialen Kapitals. Eine empirisch-qualitative Untersuchung zum Engagement in freiwilligen Vereinigungen*, Münster/New York/München/Berlin: Waxmann (Edition global-lokale Sportkultur, 8) 2002, 157 S.

Pankoke, Eckart: »Ehren-Amt und Bürger-Kompetenz: Freies Engagement als soziales Kapital«, in: *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit*, Heft 3/2002, 53. Jg., S. 214-221

Peglow, Meike: *Das neue Ehrenamt. Erwartungen und Konsequenzen für die soziale Arbeit*, Marburg: Tectum-Verlag 2002, 147 S.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): *Mitmachen, mithelfen: Ehrensache. Für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements*, Berlin: Selbstverlag 2002, 28 S.

Priddat, Birger: »Gemeinsinn als soziales Kapital. Wie Bürger und Staat besser kooperieren können«, in: *Universitas*, Heft 675 (2002), S. 928-935

Rosenkranz, Doris/Weber, Angelika (Hrsg.): *Freiwilligenarbeit. Einführung in das Management von Ehrenamtlichen in der Sozialen Arbeit*, Weinheim: Juventa Verlag 2002, 276 S.

Roß, Paul-Stefan/Klie, Thomas: »›Mehr Demokratie wagen‹ – Bürgerschaftliches Engagement und Soziale Kommunalpolitik«, in: *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge*, Heft 4/2002, 82. Jg., S. 119-126

Saberschinsky, Alexander (Hrsg.): *Ehrenamt – Last oder Lust?*, Trier: Paulinus 2002, 83 S.

Sachße, Christoph: »Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 9/2002, S. 3-5

Schuppert, Gunnar Folke: »Gemeinwohl – ein schwieriger Begriff«, in: *Universitas*, Heft 675 (2002), S. 910-927

Schuppert, Gunnar Folke/Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): *Gemeinwohl – Auf der Suche nach Substanz*, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin (Jahrbuch, 2002) 2002

Schweikert, Franz-Josef: »Grundsätzliches zur Aufwandsentschädigung im Ehrenamt«, in: *Gemeinde und Stadt*, Heft 2/2002, S. 43-45

Schwörke, Ingrid: »Bürger ermutigen. Die neuen Motive für das bürgerschaftliche Engagement müssen akzeptiert werden«, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, Heft 6/2002, 149. Jg., S. 215-216

Stecker, Christina: *Vergütete Solidarität und solidarische Vergütung. Zur Förderung von Ehrenamt und Engagement durch den Sozialstaat*, Opladen: Leske + Budrich (Bürgerschaftliches Engagement und Nonprofit-Sektor, 8) 2002, 260 S.

Stewens, Christa: »Die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für unser Gemeinwesen. Das Aktionsprogramm ›Wir für uns‹ der Bayerischen Staatsregierung zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2002. Wirkungen und Schlussfolgerungen«, in: *Kommunalpraxis*, Heft 6/2002, 24. Jg., S. 204-209

Strachwitz, Ruprecht Graf: »Wie geht es weiter mit dem bürgerschaftlichen Engagement?«, in: *Maecenata actuell*, Heft 34 (2002), S. 3-4

Süssmuth, Rita: »›Bürgerschaftliches Engagement auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft‹. Rezension zum Bericht der Enquete-Kommission ›Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‹«, in: *Maecenata actuell*, Heft 35 (2002), S. 2-4

Zimmermann, Olaf: »Wer hat das Sagen: die Ehrenamtlichen oder der Staat? Netzwerk zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements gegründet«, in: *Maecenata actuell*, Heft 34 (2002), S. 15-17

Zimmermann, Olaf u. a.: »Themenschwerpunkt: Bürgerschaftliches Engagement«, in: *politik und kultur* [puk], Heft 4/2002, S. 15-18

Kulturpolitische Institutionen, Gremien, Verbände

Europa

Europarat/Council of Europe
Cultural Policy and Action Department
Vera Boltho
Palais de Europa, avenue de l'Europe
F 67075 Strasbourg Cédex
Tel.: ++33-3-88 41 20 00, Fax: ++33-3-88 41 27-81, -82, -83
vera.boltho@coe.int, www.coe.int

Europäisches Parlament
Ausschuss für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport
Vorsitzender: Michel Rocard
Rue Wirtz 60
B 1047 Brüssel
Tel.: 0032-2/2 84-21 11, Fax: 0032-2/2 84-90 71

Kommission der Europäischen Gemeinschaft
Generaldirektion (GD) Bildung und Kultur
Kommissarin Dr. Viviane Reding
Rue de la Loi/Wetstraat 200
B 1049 Brüssel
Tel.: ++32-2/29-8 16 00, 5 69 64, Fax: ++32-2/29-9 92 01, -501 43
viviane.reding@cec.eu.int,
http://www.europa.eu.int/comm/dgs/education_culture/index_de.htm

Institutionen auf Bundesebene

Bundespräsidialamt (BPrA)
1010 Berlin
Tel.: 030-2000-0, Fax: 030-2000-200
posteingang@bundespraesident.de,

Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien
Staatsministerin Dr. Christina Weiss
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1, 10178 Berlin
Tel.: 01888-400-2061, Fax: 01888-400-1808
BKM@bk.bund.de,
www.bundesregierung.de
Leiter der Abteilung Kultur und Medien:
Dr. Knut Nevermann
Tel.: 01888-400-2700

Dienststelle Bonn
Graurheindorfer Str. 198, 53117 Bonn
Tel.: 01888-681-0, Fax: 01888-681-38 21
poststelle@bkm.bmi.bund.de

Gruppe K 1 Planung, Grundsatzfragen, Zentrale Angelegenheiten, Kulturelle Aufgaben der EU, Stiftungsrecht: Min.Dirig. Günter Wienands, Tel.: 01888-681-3737

Gruppe K 2 Kunst- und Kulturförderung, Schwerpunktförderung Neue Länder: Min.Dirig. Burkart Beilfuß, Tel.: 01888-681-3636

Gruppe K 3 Medien: MinDirig Hans-Ernst Hanten,Tel.: 01888-681-3666

Gruppe K 4 Förderung der deutschen Kultur des östlichen Europas, Pflege des Geschichtsbewußtseins:
MinDirig Hans Wilhelm Hünefeld, Tel.: 01888-681-3633

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
Marieluiese Beck
Mohrenstraße 6, 10117 Berlin
Tel.: 01888-527-2973/2974, Fax: 01888-527-1930
www.integrationsbeauftragte.de (Liste und Links zu den Ausländerbeauftragten der Länder)

Auswärtiges Amt (AA)
Kulturabteilung
MinDirig. Wilfried Grolig
Werderscher Markt 1, 11013 Berlin
Tel.: 01888-17-2639, Fax: 01888-17-1628
poststelle@auswaertiges-amt.de,
www.auswaertiges-amt.de

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Ref. 214 Kunst und Sport im Bildungsbereich
MinR Dr. Wilfried Matanovic
Heinemannstr. 2, 53175 Bonn
Tel.: 01888-57-2805, Fax: 01888-57-8-2805
wilfried.matanovic@bmbf.bund.de, www.bmbf.de

Bundesministerium für Justiz (BMJ)
Ref. III B 3 – Urheber- und Verlagsrecht
MinR Dr. Irene Pakuscher

Mohrenstraße 37, 10117 Berlin (PA.: 11015 Berlin)
Tel.: 018 88-5 80-0, Fax: 01888-580-9525
Poststelle:@bmj.bund.de; www.bmj.bund.de

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (FMFSFJ)
Ref. 521 – KJP-Förderung, Außerschulische Jugendbildung
RefL Hans-Peter BergnerRochusstr. 8-10, 53123 Bonn
Tel.: 01888-555-2209, Fax: 0228-930-2221
poststelle@bmfsfj.bund.de, www.bmfsfj.de

Bundesministerium für wirtschaftlicheZusammenarbeit und Entwicklung
Ref. 111 – InWEnt, Institutionen der Wissenschaft und Kultur
MinR Holger Tantz
Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn
Tel.: 01888-535-0, Fax: 01888-535-3210
poststelle@bmz.bund.de, www.bmz.de

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Ref. Kultur und Medien
Neustädtische Kirchstr. 15, 10117 Berlin
Tel.: 01888-272-3281, Fax: 01888-272-3259
Caroline.koenig@bpa.bund.de;
www.bundesregierung.de

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Kultur und Medien
Vors.: Monika Griefahn, MdB
Stellv.: Dr. Peter Gauweiler, MdB
Sekr.: Gabriele Schmidt,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030-227-340 06, Fax: 030-227-36502
Kulturausschuss@bundestag.de,
www.bundestag.de/gremien/a21/index.html

SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Kulturpolitischer Sprecher (Arbeitsgruppe Kultur u.Medien): Eckhardt Barthel, MdB
Tel.: 030-227-730 38, Fax: 030-227-70037
eckhardt.barthel@bundestag.de, www.spdfraktion.de

CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
Kulturpolitischer Sprecher (Arbeitgruppe 6 - Kultur und Medien): Günter Nooke, MdB
Tel.: 030-227-770 23, Fax: 030-227-76023
günter.nooke@bundestag.de,www.cducsu.de

CSU-Landesgruppe – Arbeitskreis I
Innen und Recht, Sport und Ehrenamt, Kultur und Medien
Vors.: Wolfgang Zeitlmann, MdB
Tel.: 030-227-576 32
wolfgang.zeitlmann@bundestag.de, www.cducsu.de

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag
Kulturpolitische Sprecherinnen: Dr. Antje Vollmer, MdB (Oper, Theater, Denkmalschutz, Bundeskulturstiftung, Stiftung Preußischer Kulturbesitz – kulturpolitischer Haushalt)
Tel.: 030-227-71224, Fax: 030-227-76336
antje.vollmer@bundestag.de, www.gruene-fraktion.de
Claudia Roth, MdB (Musik, Film, Literatur, Jüdisches Museum und auswärtige Kulturpolitik)
Tel.: 030-227-72027, Fax: 030-76028
claudia.roth@bundestag.de, www.gruene-fraktion.de

FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag
Kulturpolitischer Sprecher: Hans-Joachim Otto, MdB
Tel.: 030-227-73689, Fax: 030-227-76690
hans-joachim.otto@bundestag.de, www.fdp-fraktion.de
Arbeitskreis IV: u.a. Kultur u. Medien
Vors.: ParlStaSekr a.D. Rainer Funke, MdB
Platz der Republik 1, 11011 BerlinTel.: 030-227-752 17

Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge
Präsident: Dr. Albert Maximilian Schmid
Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg
Tel.: 0911-943-4114, Fax: 0911-943-4198
Poststelle@bafl.bund.de, www.bafl.de

Bundeszentrale für politische Bildung
Präsident: Thomas Krüger
Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn
Tel.: 01888-515-0, Fax: 01888-515-113
info@bpb.bund.de, www.bpb.de

Goethe-Institut Inter Nationes e.V.
Präsident: Prof. Dr. Jutta Limbach
Dachauer Str. 122, 80637 München
Tel.: 089-15921-0, Fax: 089-15921-450
zv@goethe.de, www.goethe.de

Institut für Auslandsbeziehungen e. V. (ifa)
Präsident: Alois Graf von Waldburg-Zeil
GenSekr.: Dr. Kurt-Jürgen Maaß
Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart
Tel.: 0711-2225-0, Fax: 0711-2264346
info@ifa.de, www.ifa.de

Haus der Kulturen der Welt
GenSekr und Gf.: Dr. Hans Georg Knopp
John-Foster-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin
Tel.: 030-397 87-0, Fax: 030-394 86 79
info@hkw.de, www.hkw.de

Deutsch-Französischer Kulturrat
Präsident: Nele Hertling
GenSekr.: Eva Hoffmann-Müller
Deutsches Sekretariat, Am Ludwigsplatz 7,
66117 Saarbrücken
Tel.: 06 81-501-1226, Fax: 06 81-501-12 69
sb@dfkr.org, www.dfkr.org

Deutsche UNESCO-Kommission
Präsident: Walter Hirche
GenSekr.: Dr. Traugott Schöfthaler
Kulturreferentin: Christine M. Merkel
Colmantstr.15, 53115 Bonn
Tel.: 0228-60497-11, Fax: 0228-60497-30
info@unesco.de,

Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE)
Dir.: Prof. Dr. Michael Garleff
Johann-Justus-Weg 147a, 26127 Oldenburg
Tel.: 0441-961 95-0, Fax: 0441-961 95-53
bkge@uni-oldenburg.de, www.uni-oldenburg.de/bkge

Institutionen auf Länderebene

Bundesrat
Ausschuss für Kulturfragen
Vors.: Prof. Dr. Dagmar Schimpanski
Sekr.: MinR Raderschall
Leipziger Str. 3-4, 11055 Berlin
Tel.: 01888-91 00-150, Fax: 01888-91 00-168
mail-tk@bundesrat.de, www.bundesrat.de

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland
Lennéstr. 6, 53113 Bonn
GenSekr.: MinDir. Prof. Dr. Erich Thies
Ltr. Abteilung Kunst und Kultur: Reg.Dir Jürgen Kasten
Tel.: 0228-501-0, Fax: 0228-501-777
presse@kmk.org, www.kultusministerkonferenz.de

Baden-Württemberg

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Minister Prof. Dr. Peter Frankenberg
Königstraße 46, 70173 Stuttgart
Tel.: 0711-279-0, Fax: 0711-279-3081
presse@mwk-bw.de, www.mwk-bw.de

Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, 70173 Stuttgart
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport
Konrad-Adenauer-Straße 3
Tel.: 0711-20 63-0, Fax: 0711-20 63-299
post@landtag.bw.de, www2.landtag-bw.de

Bayern

Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Staatsminister Hans Zehetmair
Salvatorstraße 2, 80333 München
Tel.: 089-2186-0, Fax: 089-2186-2800
poststelle@stmukwk.bayern.de, www.stmwfk.bayern.de

Bayerischer Landtag
Maximilianeum, 81675 München
Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Tel.: 089-41 26-0, Fax: 089-41 26-13 92
poststelle@bayern.landtag.de, www.bayern.landtag.de

Berlin

Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin
Senator Dr. Thomas Flierl
Brunnenstr. 188-190, 10119 Berlin
Tel.: 030-90228-0, Fax: 030-90228-450
poststelle@senwfk.verwalt-berlin.de,
www.berlin.de/SenWissKult

Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin
Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten
Ausschuss für Jugend, Familie, Schule und Sport
Tel.: 030-23 25-2325, Fax: 030-23 25-10 08
poststelle@parlament-berlin.de,
www.parlament-berlin.de

Brandenburg

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
Ministerin Prof. Dr. Johanna Wanka, MdL
Dortustr. 36, 14467 Potsdam
Tel.: 0331-866-4999, Fax: 0331-866-4998
mwfk@mwfk.brandenburg.de,
www.mwfk.brandenburg.de

Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport A 5
Tel.: 0331-966-11 57, Fax: 0331-966-12 10
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur A 6
Tel.: 0331-966-11 48, Fax: 0331-966-12 10
www.landtag.brandenburg.de

Bremen

Der Senator für Inneres, Kultur und Sport
Senator Dr. Kuno Böse
Contrescarpe 22/24, 28203 Bremen
Tel.: 0421-361-9011, - 9005, Fax: 0421-361-9019
office@inneres.bremen.de,
www.bremen.de/innensenator

Bremische Bürgerschaft
Haus der Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen
Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten
Tel.: 0421-361-45 55, Fax: 0421-361-124 92
Staatliche Deputation für Kultur
geschäftsstelle@buergerschaft.bremen.de,
www.bremische-buergerschaft.de

Hamburg

Freie und Hansestadt Hamburg, Kulturbehörde
Senatorin Dr. Dana Horáková
Hohe-Bleichen 22, 20354 Hamburg
Tel.: 040-42824-0, Fax: 040-42824-209
pressestelle@kb.hamburg.de,
www.hamburg.de/fhh/Behoerden/Kulturbehoerde

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Kulturausschuss
Tel.: 040-428 31-2408, Fax: 040-428 31-2558
oeffentlichkeitsservice@bk.hamburg.de,
www.buergerschaft-hh.de

Hessen

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Staatsminister Udo Corts
Rheinstraße 23-25, 65185 Wiesbaden
Tel.: 0611-32-0, Fax: 0611-32-35 50
pressestelle@hmwk.hessen.de, www.hmwk.hessen.de

Hessischer Landtag
Schloßplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Kulturpolitischer Ausschuss (KPA)
Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA)
Tel.: 0611-350-0, Fax: 0611-350-434
oeffentlichkeit @ltg.hessen.de, www.landtag.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kunst Mecklenburg-Vorpommern
Minister Prof. Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann
Werderstraße 124, 19055 Schwerin
Tel.: 0385-588-0, Fax: 0385-588-7080
poststelle@kultus-mv.de, www.kultus-mv.de

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Lennéstr. 1, Schloß, 19053 Schwerin
Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Tel.: 0385-525-0, Fax: 0385-525-21 21
landtag@mvnet.de, www.landtag-mv.de

Niedersachsen

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Minister Lutz Stratmann
Leibnitzufer 9, 30169 Hannover
Tel.: 0511-120-2599, Fax: 0511-120-2601
pressestelle@mwk.niedersachsen.de,
www.mwk.niedersachsen.de

Niedersächsischer Landtag
Kultusausschuss
Ausschuss für Wissenschaft und Kultur
Ausschuss für Medienfragen
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover
Tel.: 0511-30 30-0, Fax: 0511-30 30-28 06
pressestelle@lt.niedersachsen.de
www.landtag-niedersachsen.de

Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
Minister Dr. Michael Vesper
Elisabethstraße 5 - 11, 40217 Düsseldorf
Tel.: 0211-38 43-0, Fax: 0211-38 43-603
presse@mswks.nrw.de, www.mswks.nrw.de

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Kulturausschuss
Tel.: 0211-884-25 80, Fax: 0211-884-30 02
Medienausschuss
Tel.: 0211-884-22 26, Fax: 0211-884-30 02
email@landtag.nrw.de, www.landtag.nrw.de

Rheinland-Pfalz

Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz
Minister Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner
Mittlere Bleiche 61, 55116 Mainz
Tel.: 06131-16-0, Fax: 06131-16-2994
poststelle@mwwfk.rlp.de
www.mwwfk.rlp.de

Landtag Rheinland-Pfalz
Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz
Ausschuss für Bildung und Jugend
Ausschuss für Wissenschaft und Weiterbildung, Forschung und Kultur
Tel.: 061 31-208-0, Fax: 061 31-208-24 47
pressestelle@landtag-rlp.de
www.landtag.rheinland-pfalz.de

Saarland

Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft des Saarlandes
Minister Jürgen Schreier, MdL
Hohenzollernstr. 60, 66117 Saarbrücken
Tel.: 0681-501-00, Fax: 0681-501-7550
presse@bildung.saarland.de
www.bildung.saarland.de

Landtag des Saarlandes
Postfach 10 18 33, 66018 Saarbrücken
Ausschuss für Bildung, Kultur und Wissenschaft
Tel.: 0681-50 02-0, Fax: 0681-50 02-392
postmaster@lds.uni.sb.de, www.landtag-saar.de

Sachsen

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
Staatsminister Dr. Matthias Rößler, MdL
Wigardstraße 17, 01097 Dresden
Tel.: 0351-564-0, Fax: 0351-564-602
5presse@smwk.sachsen.de, www.smwk.de

Sächsischer Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Ausschuß für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien
Tel.: 0351-4935-131, Fax: 0351-4935-478
info@landtag.sachsen.de, www.landtag.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt
Minister Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz
Turmschanzenstraße 32, 39114 Magdeburg
Tel.: 0391-567-3638, Fax: 0391-567-3695
poststelle@mk.sachsen-anhalt.de,
www.mk.sachsen-anhalt.de

Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Ausschluss für Bildung und Wissenschaft
Tel.: 0391-560-1216, Fax: 0391-560-11 23
Ausschluss für Kultur und Medien
Tel.: 0391-560-1209, Fax: 0391-560-11 23
landtag@lt.lsa-gw.lsa-net.de,
www.landtag.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Ministerin Ute Erdsiek-Rave
Brunswiker Straße 16-22, 24105 Kiel
Tel.: 0431-988-0, Fax: 0431-988-5815
pressestelle@kumi.landsh.de,
www.kumi.schleswig-holstein.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Landeshaus, Postfach 71 21, 24171 Kiel
Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport
Tel.: 0431-988-1145, Fax: 0431-988-11 19
Joachim.Koehler@lvn.parlanet.de (Landtagssprecher),
www.sh-landtag.de

Thüringen

Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Ministerin Prof. Dr. Dagmar Schipanski
Werner-Seelenbinder-Str. 8, 99096 Erfurt
Tel.: 0361-379 10 01, Fax: 0361-379-11 09
presse@tmwfk.thueringen.de,
www.thueringen.de/tmwfk

Thüringer Landtag
Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Ausschuss für Bildung und Medien
Tel.: 0361-377-00, Fax: 0361-377-20 16
poststelle@landtag.thueringen.de
www.landtag.thueringen.de

Kommunale Spitzenverbände

Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände
Lindenallee 13-17, 50968 Köln
Tel.: 02 21-37 71-0, Fax: 02 21-37 71-128

Deutscher Städtetag
Präsident: Obgm. Petra Roth (Frankfurt am Main)
Gf. PräsM: Dr. Stephan Articus
L. d. Dez. Bildung, Kultur, Sport: Beigeordneter
Prof. Dr. Bernd Meyer
Lindenallee 13-17, 50968 Köln
Tel.: 0221-3771-0, Fax: 0221-3771-128
post@staedtetag.de, www.staedtetag.de
Berliner Büro: Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin
Tel.: 030-377 11-0, Fax: 030-377 11-999

Berliner Büro:
Straße des 17. Juni, 10623 Berlin
Tel.: 030-377 11-0, Fax: 030-377 11-999

Deutscher Städte- und Gemeindebund
Präs.: Obgm Christian Schramm (Bautzen)
Gf. PräsM: Dr. Landsberg
Ausschuss für Schule, Sport und Kultur
Vors.: Bgm. Weinbach (Weißenthurm)
Ref.: Sonnenschein
Marienstr. 6, 12207 Berlin
Tel.: 030-773 07-0, Fax: 030-773 07-200
dstgb@dstgb.de, www.dstgb.de

Bonner Büro: August-Bebel-Allee 6, 53175 Bonn
Tel.: 0228-959 62-0, Fax: 0228-959 62-22

Deutscher Landkreistag
Präsident: LandR Hans-Jörg Duppré (Südwestpfalz)
HGf.: Prof. Dr. Hans-Günter Henneke
Dez. II (u.a. Kultur): Erster Beig. Rainer Beckedorf
Referent f. Kultur u. a.: Manfred Willhöft
Tel: 030-590097-313, Fax: 030-590097-400
Kulturausschuss
Vors.: LandR Matko (Aue-Schwarzenberg)
Lennéstr. 17, 10785 Berlin
Tel.: 030-59 00 97-0, Fax: 030-59 00 97-450
info@landkreistag.de, www.landkreistag.de

Verbände, Stiftungen und Organisationen

Kulturstiftung des Bundes
Vor. d. StiftgR: StaMin. Dr. Christina Weiss
Künstl. Dir.: Hortensia Völckers
Verw. Dir.: Alexander Farenholtz
Franckesche Stiftungen Halle
Franckeplatz 1, 06110 Halle an der Saale
Tel. 0345-299 7-0, Fax: 0345-299 7-333
info@kulturstiftung-bund.de,
www.kulturstiftung-bund.de

Kulturstiftung der Länder
GenS.: Prof. Dr. Karin von Welck
Lützowplatz 9, 10785 Berlin
Tel.: 030-89 36 35-12, Fax: 030-891 42 51
kontakt@kulturstiftung.de, www.kulturstiftung.de

Stiftung Preußischer Kulturbesitz
Vors. d. StiftgR: StaMin. Dr. Christina Weiss
Präs.: Prof. Dr. Klaus-Dieter Lehmann
Von-der-Heydt-Str. 16-18, 10785 Berlin
Tel.: 030-254 63-0, Fax: 030-254 63-268
hauer@hv.spk-berlin.de,
www.preussischer-kulturbesitz.de

Deutsche Nationalstiftung
Vs.: Helmut Schmidt
Gf.: Dr. Albrecht von Kalnein
Feldbrunnenstrasse 56, 20148 Hamburg
Tel.: 040-41 33 67 30, Fax: 040-41 33 67 55
hosic@nationalstiftung.de, www.nationalstiftung.de

Deutsche Stiftung Denkmalschutz
Vs.: Professor Dr. Gottfried Kiesow
Gf.: Dr. Robert Knüppel, Gerhard Eichhorn
Koblenzer Str. 75, 53177 Bonn
Tel.: 0228-957 38-0, Fax: 0228-957 38-23
presse@denkmalschutz.de, www.denkmalschutz.de
Außenstelle:
Breite Straße 9, 14467 Potsdam
Tel.: 0331-2301830, Fax: 0331-2301840

Stiftung Lesen
Vors.: Dr. Georg Ruppelt
Gf.: Prof. Dr. Klaus Ring (Sprecher)
Fischtorplatz 23, 55116 Mainz
Tel.: 06131-28890-0, Fax: 06131-23 03 33
mail@stiftunglesen.de, www.stiftunglesen.de

Stiftung Kulturfonds
Vors. d. Stiftungsrats: Dr. Christoph Helm
Gf.: Prof. Dr. Dietger Pforte
Chausseestr. 128a, 10115 Berlin
Tel.: 030-30 88 74-0, Fax: 030-280 70 42
geschaeftsstelle@StiftungKulturfonds.de,
www.stiftungkulturfonds.de

Deutscher Literaturfonds e. V.
Vs.: Dr. Dagmar Leupold
Gf.: Dr. Gerhard Dette
Alexandraweg 23, 64287 Darmstadt
Tel.: 06151-40 93-0, Fax: 06151-40 93-33
deutscher.literaturfonds@t-online.de,
www.deutscher-literaturfonds.de

Fonds Darstellende Künste e. V.
Vs.: Hans Herdlein
Gf.: Günther Jeschonnek
Weberstr. 59a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-280 48 57, Fax: 0228-280 48 59
info@fonds-daku.de, www.fonds-daku.de

Fonds Soziokultur e. V.
Vs.: Eva Krings
Gf.: Dr. Norbert Sievers
Weberstr. 59a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-201 67 35, Fax: 0228-201 67 36
info@fonds-soziokultur.de, www.fonds-soziokultur.de

Musikförderprogramm des Deutschen Musikrats
Weberstr. 59a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-2091-0, Fax: 228-2091-200
info@musikrat.de, www.musikrat.de

Stiftung Kunstfonds
Vs.: Prof. Heinz-Günter Prager
Gf.: Gerhard Pfennig
Weberstr. 61, 53113 Bonn
Tel.: 0228-915 34 11, Fax: 0228-915 34 41
info@kunstfonds.de, www.kunstfonds.de
Büro Berlin: Köthener Straße 44, 10963 Berlin
Tel.: 030-261 38 79, Fax: 030- 23 00 36 29

Verbände

Deutscher Kulturrat
Vs.: Prof. Dr. Max Fuchs
Gf.: Olaf Zimmermann
Chausseestr. 103, 10115 Berlin

Tel.: 030-24 72 80 14, Fax: 030-247 2124
5post@kulturrat.de

Sektionen des Deutschen Kulturrats

Deutscher Musikrat
Präs.: Martin Maria Krüger
Weberstr. 59, 53113 Bonn
Tel.: 0228-2091 -0, Fax: 0228-2091200
info@musikrat.de, www.musikrat.de

Rat für darstellende Künste
c/o Deutscher Bühnenverein –
Bundesverband deutscher Theater
Gf.: Rolf Bolwin
St.-Apern-Straße 17-2, 50667 Köln
Tel.: 0221-2081-20 , Fax: 0221-2081-228
debue@buehnenverein.de, www.buehnenverein.de

Deutsche Literaturkonferenz e. V.
Sprecher: Jens Sparschuh
Gf.: Iris Mai
Köthener Str. 44, 10963 Berlin
Tel.: 030-261 27 51, Fax: 030-23 00 36 29
Literaturkonferenz.BueroBerlin@t-online.de

Kunstrat
c/o Bundesverband Deutscher Galerien e.V.
Gf.: Bernd Fesel
Obermarspforten 7-11, 50667 Köln
Tel.: 0221-277 499-0, Fax: 0221-277 499-20
bvdg.koeln@t-online.de
www.galerienindeutschland.de

Rat für Baukultur
Gf.: Dipl.-Ing. Wolfgang Esser
Heisinger Str. 73, 45134 Essen
Tel.: 0201-48 60 61, Fax: 0201-48 13 57

Deutscher Designertag
Gf.: Kai Ehlert
Grindelberg 15a, 20103 Hamburg
Tel.: 040-45 48 34, Fax: 040-45 48 32
info@designertag.de
www.designertag.de

Sektion Film und Medien
c/o ver.di-Hauptvorstand
Gf.: Heinrich Bleicher-Nagelsmann
Potsdamer Platz 10, Haus 4, 10785 Berlin
Tel.: 030-69 56-0, -2327, Fax: 030-69 56-3656
heinrich.bleicher-nagelsmann@verdi.de

Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung
c/o Bundesvereinigung kulturelle Jugendbildung
Gf.: Hildegard Bockhorst
Küppelstein 34, 42857 Remscheid
Tel.: 02191-794-390, Fax: 02191-794-389
bockhorst@bkj.de

Weitere Verbände und Vereinigungen

Arbeitskreis selbständiger Kultur-Institute e. V. (ASKI)
Vs.: Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard
Gf.: Dr. Sabine Jung
Prinz-Albert-Str. 34, 53113 Bonn
Tel.: 02 28-22 48 59 /60, Fax: 02 28-21 92 32
info@aski.org, www.aski.org

Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK)
Vs.: Hans Wilhelm Sotrop
Gf.: Dr. Ursula Cramer
Weberstraße 61, 53113 Bonn
Tel.: 0228-21 61 07 /08, Fax: 0228-216105
bbkigbk@aol.com, www.bbk-bundesverband.de

Bundesverband Deutscher Stiftungen
Vors.: Dr.-Ing. E.h. Fritz Brickwedde
Gf.: Dr. Christoph Mecking
Alfried-Krupp-Haus, Binger Strasse 40, 14197 Berlin
Tel.: 030-89 79 47-0, Fax: 030-89 79 47-11
bundesverband@stiftungen.org,
www.stiftungen.org, www.stiftungsindex.de

Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände e. V. (BDB)
Sprecher: Dr. Georg Ruppelt
georg.ruppelt@mail.nlb-hannover.de
Geschäftsstelle:
Straße des 17. Juni 114, 10623 Berlin
Tel.: 030-39 00 14 80, -81, Fax: 030-39 00 14 84
bdb@bdb-verband.de, bdb-verband.de

Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V.
Vorstand: Stefanie Dunker, Andreas Kämpf, Rainer Bode
Gf.: Christiane Ziller
Dorfstraße 24, 16515 Zühlsdorf
Tel.: 0331-270 70 85, Fax: 03331-270 70 86
bundesvereinigung@soziokultur.de, www.soziokultur.de

Deutscher Bühnenverein – Bundesverband deutscher Theater
Präsident: Prof. Jürgen Flimm
Gf.: Rolf Bolwin
St.-Apern-Straße 17-2, 50667 Köln
Tel.: 0221-2081-20 , Fax: 0221-2081-228
debue@buehnenverein.de, www.buehnenverein.de

Deutscher Museumsbund e. V.
c/o Staatl. Kunstsammlungen Dresden
Präsident: Dr. Martin Roth
Gf.: Mechthild Kronenberg
Postfach 120 551, 01006 Dresden
Tel.: 0351-49 14-700, Fax: 0351-49 14-777
office@museumsbund.de, www.museumsbund.de
Büro Berlin:
In der Halde 1, 14195 Berlin
Tel.: 030-841 095-17, Fax: 030-841 095-19

Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
Vors.: Dr. Jürgen Zech
Gf.: Dr. Susanne Litzel
Breite Straße 29, 10178 Berlin
Tel.: 030-2028-24 06, Fax: 030-2028-2541
kulturkreis@bdi-online, www.kulturkreis.org

Kulturpolitische Gesellschaft e. V.
Präs.: Dr. Oliver Scheytt
Gf.: Dr. Norbert Sievers
Weberstr. 59a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-201 67-0, Fax: 0228-201 67 33
post@kupoge.de, www.kupoge.de

Kunst und Kultur im Internet[1]

Kulturserver, -informationssysteme, -datenbanken

www.culturalpolicies.net (Europarat/ERICarts) Kompendium zur Kulturpolitik in Europa mit 28 Länderportraits. Seit Anfang 2003 ist auch der deutsche Beitrag verfügbar.

www.kulturrat.de/ccp (Cultural Contact Point Germany) Die nationale Kontakt- und Informationsstelle für Kulturförderprogramme der Europäischen Gemeinschaft. Getragen vom Deutschen Kulturrat und der Kulturpolitischen Gesellschaft.

www.dabakus.de (Kulturinformationssystem »dabakus«) Kulturdatenbank für Südniedersachsen mit Informationen zu Veranstaltungen, Ausstellungen, KünstlerInnen, Bibliotheken, Museen usw.

www.deutsche-kultur-international.de (Vereinigung für internationale Zusammenarbeit) Das Gemeinschaftsprojekt des losen Zusammenschlusses der in der auswärtigen Kulturarbeit tätigen Organisationen, Mittlerorganisationen und Stiftungen, informiert über Projekte und Programme, die den internationalen Wissenschaftsaustausch fördern, über aktuelle Entwicklungen in der Auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands, aktuelle Daten, Fakten und Hintergrundberichte zu besonderen Ereignissen und zu Diskussionen im Rahmen des Kulturaustauschs.lturaustauschs.

www.europa.eu.int/idea/de/index.htm (Idea, das elektronische Verzeichnis der Europäischen Institutionen) Suchmöglichkeiten u. A. Nach Personen, Diensten und hierarchisch.

www.giggate.de, www.fassunge.de (Fassunge – Verlag und Medienagentur) Musik-Portal mit umfangreicher Adressdatenbank, Informationen über Musikschulen bis hin zu Musikpreisen und Musikmessen. Aber auch mit Hintergrundinformationen zu Themen wie Urheberrecht, Kulturämter oder Theater.

www.iamic.net (International Association of Music Information Centres) Portal der Musikinformationszentren der Welt

www.kultnet.de (Freie Szene Forum) Verzeichnis von Agenturen, Ausschreibungen, Börsen, Künstlern, Festivals und Veranstaltern mit mehr als 1000 Mitgliedern aus allen Bereichen der Kleinkunst.

www.kulturbuero-rlp.de (Kulturbüro Rheinland-Pfalz) Inklusive Infodienst freie Szene Rheinland-Pfalz (www.freie-szene-rlp.de) und Links zu den Mitgliedern der LAG Soziokultur.

www.kulturkalender.de (Kulturkalender der Wochenzeitschrift »Die Zeit«) Suchmöglichkeiten nach Sparten.

www.kulturmanagement.net (Kulturmanagement Network) Unabhängiger Branchen- und Informationsdienst für Kultur und Management (Musikgeschäft, Kunstmarkt, Museums- und Ausstellungswesen, Kulturpolitik) inklusive Stellenmarkt und Praktikumsbörse.

www.kulturplus.de (Initiative »Kulturplus« – das Remscheider Modell) Enthält eine Service-Börse, die Wirtschaftsunternehmen und Institutionen kultureller Bildung bei der Planung von Sponsoring-Projekten helfen will und ein Verzeichnis gelungener Projektbeispiele.

www.kulturpolitik.de (Arbeitskreis Kulturstatistik e. V.) Kulturinformationssystem gemeinsam mit Partnern in der Schweiz (www.kulturpolitik.ch), in Österreich (.at) und in Luxemburg (.lu) zu Kultur, Kulturpolitik, Kulturwirtschaft und kultureller Beschäftigung.

www.kulturportal-deutschland.de (Kulturportal Deutschland) Das Kulturportal der Beauftragten für Kultur und Medien beim Bundeskanzler mit Nachrichtendienst und Links zu kulturellen Einrichtungen.

www.kulturpur.de (KulturPur) Suchmaschine für Kulturinstitutionen und -Veranstaltungen mit Informationen zu Theater- und Opernhäusern, Kulturinstitutionen, Autoren, Komponisten, Veranstaltungen, Museen, Galerien und Künstlern.

www.kupoge.de (Kulturpolitische Gesellschaft e. V.) Neben aktuellen und Verbandsnachrichten wird ein Kulturpolitisches Informationssystem (Institut für Kulturpolitik) betrieben, das Suchmöglichkeiten u. a. in verschiedenen Datenbanken bietet (insbesondere ausführliche Bibliographie zur Kulturpolitik).

www.kulturrat.de (Deutscher Kulturrat e. V.) Spitzenverband der Bundeskulturverbände mit mehr als 180 Bundeskulturverbänden in acht Sektionen (s. o.). Enthält u. a. Stellungnahmen und Dossiers zu kulturpolitischen Themen. Das KulturinformationsZentrum (Kooperation mit ConBrio-Verlag) bietet täglich mehrere Nachrichten aus den verschiedenen Sparten.

1 siehe hierzu auch die Internet-Adressen der weiter oben aufgeführten Institutionen, Stiftungen, Verbände und Einrichtungen. Zusammenstellung: Jörg Hausmann

www.kultursekretariat-nrw.de (Kultursekretariat NRW, Gütersloh) Sekretariat für kulturelle Zusammenarbeit nichttheatertragender Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen mit Förderhinweisen und Projektbeispielen.

www.nrw-kultursekretariat.de (Kultursekretariat NRW, Wuppertal) Zweckverband der großen Städte in Nordrhein-Westfalen mit eigenem Förderprogramm.

www.kulturserver.de (Portal der Kulturserver der Länder) Die Kulturserver bieten Künstlern und Kultureinrichtungen Hilfe und Webspace für die Einrichtung von eigenen Homepages. Unterschiedliche Ausbaustufen in den einzelnen Ländern.

www.kunst-und-kultur.de (kunst-und-kultur.de) Datenbanken zu Künstlern, Museen, Denkmälern und Zeitschriften.

www.kunstfinder.de (KunstFinder) Links und Infos zu allen Bereichen der Kultur und Kunst.

www.nmz.de/kiz (Das KulturinformationsZentrum) Außer einem »Newsticker« ermöglicht das KIZ die gezielte Suche nach Themen wie zum Beispiel Künstlersozialversicherung, Musikwirtschaft, kulturelle Bildung, Steuerrecht, Urheberrecht und vielen anderen.

www.perlentaucher.de Tägliche Zusammenfassungen einiger deutscher Feuilletons mit meist weitergehenden Links, daneben tägliche Bücherschau (Rezensionen, mit Ausbau zur Autorendatenbank), internationale Magazinrundschau.

Verbände/Sparten

Musik

www.allmusic.de (Digitall music GmbH) Firmenzusammenschluß von Dachverbänden und Vereinen aus den Bereichen Rock, Jazz und Klassik. Datenbank für Pop, Jazz und Klassik in Deutschland, Österreich und Schweiz.

www.de-bug.de (DE:BUG Verlags GmbH) Lifestyle- und Special Interest Magazin, Musikfachzeitschrift, Forum für Neue Medien und »Opinionleader«.

www.european-music-council.org (Europäischer Musikrat) Selbstdarstellung und Links zu den europäischen Mitgliedern.

www.gema.de (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte [GEMA]) Selbstdarstellung der Verwalterin der Nutzungsrechte der Musikschaffenden. Lizenzhinweise, Online-Version der Gema-Nachrichten.

www.ifpi.de (Bundesverband der Phonographischen Wirtschaft e.V. – Deutsche Landesgruppe der IFPI e.V.) Selbstdarstellung, einige Zahlen und Liste (mit Links) der Mitglieder.

www.miz.org (Deutsches Musikinformationszentrum [MIZ] des Deutschen Musikrates) Datenbanken zum Musikleben in Deutschland: Basisinformationen und Kontaktadressen, Komponisten, Kursinformationen und Literatur; Fachzeitschrift Musikforum mit Textarchiv seit 2000.

www.musicline.de (Portal musicline.de) Umfangreiche Musikdatenbank mit Informationen über Künstler, Musiktitel, Veranstaltungsdaten und Nachrichten.

www.musikschulen.de (Verband deutscher Musikschulen) Selbstdarstellung mit Links zu den Landesverbänden und Musikschuldatenbank.

www.nachwuchsbands.de (Nachwuchsbands.de) Forum für Newcomer.

www.saengerbund.de (Lied und Chor – Deutscher Sängerbund e.V. [DSB]) Selbstdarstellung mit Links zu Landesverbänden und einschlägigen Angeboten.

www.udj.de (Union Deutscher Jazzmusiker) Interessensgemeinschaft von Musikern, Jazzinitiativen, Landesverbänden und anderen Institutionen des Jazz. Wegweiser Jazz in Kooperation mit Jazz-Institut Darmstadt: Jazzclubs, -Initiativen, -Festivals, -schulen, -Workshops, Konzertagenturen, Jazzmusiker.

www.rocksie.de (Musikerinnen-Initiative rocksie! - Kulturwerkstatt der Kultur Kooperative Ruhr in Dortmund) Selbstdarstellung mit Tipps.

www.vut-online.de (Verband unabhängiger Tonträgerunternehmen, Musikverlage und Musikproduzenten e.V. [VUT]) Will »den existenzbedrohenden Veränderungen des Tonträgermarktes und den verschärften Wettbewerbsbedingungen« entgegenwirken. Liste (teilw. mit Links) der zur Zeit über 550 kleinen und mittelständischen Unternehmen der gesamten Musikbranche.

Darstellende Kunst

www.buehnengenossenschaft.de (Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger [GDBA]) Gewerkschaftliche Organisation der Bühnenangehörigen mit den Berufsgruppen Solo, Tanz, Opernchor, Ausstattung, Technik und Verwaltung.

www.freie-theater.de (Bundesverband Freier Theater e.V. [BUFT]) Off-Informationen, Theaterverzeichnis, Links zu Theaternetzwerken und Portalen sowie zu allgemeinen kulturpolitischen Institutionen, die sich auch mit Theater beschäftigen und einige Dokumente.

www.ids-ev.de (Interessenverband Deutscher Schauspieler e. V. [IDS]) Berufsständische Organisation und Agentur, die professionelle Schauspieler vertritt. Hinweise zum Thema Schauspieler als Beruf.

www.igmedien.de/fg/theater (IG Medien – Fachgruppe Darstellende Kunst) Fachbereich 8 von ver.di. Pressemitteilungen, Hinweise auf Tarifverträge, Onlineausgabe von Kunst & Kultur.

www.jeunessesmusicales.de (Jeunesses Musicales Deutschland) Fachverband der (über 200) deutschen Jugendorchester, Programm, Kursangebote, Links zu Landes- und europäischen Schwesterverbänden.

www.kjtz.de (Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland) Eine 1989 auf Initiative der bundesdeutschen ASSITEJ vom Bundesjugendministerium geschaffene Einrichtung, die das Kinder- und Jugendtheater in allen Bereichen unterstützen und fördern soll. Übersicht über Festivals, Projekte und Seminare.

www.theaterportal.de, www.theaterkanal.de (Theaterkanal des ZDF) Sendeüberblick des Theaterkanals mit Infoplattform zum Theater mit Theateralmanach Online, Nachrichten und Premierenkalender.

www.theatertexte.de (Verband Deutscher Bühnen- und Medienverlage e.V.) Datenbank für Theaterstücke mit Nachweis der Aufführungsrechte und Bestellmöglichkeiten.

www.theaterverzeichnis.de (Theaterverzeichnis Deutschland) Deutsches Theaterverzeichnis mit Ticketshop, Lexikon und Stellenmarkt.

Literatur

www.bdb-dachverband.de (Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände e.V. [BDB]) Informationen zu eigenen Publikationen, Mitglieder, Organen sowie Termine.

www.ddb.de (Deutsche Bibliothek Frankfurt am Main/ Deutsche Bücherei Leipzig/Deutsches Musikarchiv) Zentrale Archivbibliothek und nationalbibliographisches Zentrum der Bundesrepublik Deutschland, erfüllt die Funktion einer Nationalbibliothek, OPAC.

www.literaturhaeuser.net Gemeinsame homepage des Netzwerks der Literaturhäuser Berlin, Hamburg, Frankfurt, Salzburg, München, Köln, Stuttgart.

www.ubka.uni-karlsruhe.de/kvk.html (Karlsruher Virtueller Katalog) Portal für Bibliotheks- und Buchhandelskataloge weltweit.

Bildende Kunst

www.art-in.de (art-in.de) Verzeichnis mit Meldungen und Links zur Kunst in Deutschland.

www.artscene.de (artscene.de) Informationen zu Museen, Kunstvereinen, Galerien, Ausstellungen, Künstlerhäuser, Hochschulen usw.

www.bildkunst.de (Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst) Informationen über die Urheberrechtsorganisation der deutschen Künstler, Fotografen und Filmurheber mit Mitgliederdatenbank.

www.bundeskunsthalle.de (Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland) Informationen zu Ausstellungen, Veranstaltungen sowie einem OPAC mit über 30 000 Medien.

www.bvdg.de, www.galerienindeutschland.net (Bundesverband Deutscher Galerien e.V. [BVDG]) Mitgliederunterstützung, Informationen über komplexe rechtliche und wirtschaftliche Entscheidungen, Galerienverzeichnis.

www.dhm.de/lemo (Lebendiges Virtuelles Museum Online) Virtuelles Museum zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

www.galerie.de (Galerien Online Forum) Informationen über Angebote von Kunstgalerien und Kunstvereinen aus dem deutschsprachigen Raum sowie Hintergrundinformationen zu Leben und Werk einzelner Künstler.

www.gedok.de (GEDOK – Verband der Gemeinschaften der Künstlerinnen und Kunstförderer e.V.) Selbstdarstellung, Preise, Ausschreibungen und Veröffentlichungen.

www.igbk.de (Internationale Gesellschaft für bildende Künste [IGBK]) Hinweise zu internationalen Ausschreibungen für bildende Künstler, Infos zu Künstlerverbänden, Kontaktadressen sowie Kurzinformationen zu Arbeits- und Fördermöglichkeiten im nationalen, internationalen, insbesondere im europäischen Ausland.

www.kuenstlerbund.de (Deutscher Künstlerbund) Selbstdarstellung, Informationen zu Projekten sowie über Mitglieder des Vereins.

www.kuenstlersozialkasse.de (Künstlersozialkasse) Selbstdarstellung mit kleiner Statistik, Service und Links.

www.kunstvereine.de (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine [AdKV]) Informationen über Kunstvereine in Deutschland.

www.museen.de (WebMuseen) Museen und Ausstellungen im deutschsprachigen Raum.

www.webmuseen.de (WebMuseen) Hinweise zu Museen und Ausstellungen.

Baukultur

www.architekt.de (Forum der Dachverbände Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine) Organisationen, Ausschreibungen, Sachinformationen und Stellenmarkt.

www.architektur-baukultur.de (Initiative Architektur und Baukultur der Bundesregierung) Statusbericht und Expertise Stiftung Baukultur der Initiative des Bundesministerums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

www.bundesarchitektenkammer.de (Bundesarchitektenkammer) Adressen und Links u.a. zu Verbänden, Fachzeitschriften und Architekturmuseen, Beiträge und Berichte zur Initiative Baukultur und von Veranstaltungen.

www.shrinkingcities.com (Philipp Oswalt, Berlin) Das von der Kulturstiftung des Bundes geförderte Projekt Shrinking Cities betrachtet das Schrumpfen als kulturelle Herausforderung. Architekten, Wissenschaftler und Künstler untersuchen die jüngere Entwicklung von Detroit, Ivanovo, Manchester/Liverpool und Halle/Leipzig

Design

www.design-report.de (design report) Fachzeitschrift mit Online-Version, Volltextarchiv sowie Datenbanken Studiengänge, Händler und Designer. Jobbörse und Kalender.

www.germandesign.de (Deutscher Designer Verband [DDV] und Fachverbände) Hinweise u. a. auf Messen, Veranstaltungen und Wettbewerbe.

Film/Medien

www.iid.de/overview.html (Initiative Informationsgesellschaft Deutschland) Übersicht zu den Aktionsprogrammen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Enquetekommission »Zukunft der Medien«, Media@komm u. a., Materialien und weiterführende Links.

www.urheberrecht.org (Institut für Urheber- und Medienrecht) Neuigkeiten zum Thema Urheberrecht, Zeitschriftendatenbank, Online-Bibliotheksrecherche.

www.zkm.de (Zentrum für Kunst und Medientechnologie [ZKM]) Umfangreiche Sammlung von Informationen zum Thema Medienkunst: Text- und Videoarchiv, Hinweise zu Veranstaltungen sowie Linkempfehlungen.

www.netzspannung.org (Fraunhofer-Institut für Medienkommunikation) Medienlabor im Internet, Plattform für medienkünstlerische Produktion.

Soziokultur/Kulturelle Bildung

www.ars-online.de, www.akademieremscheid.de (Akademie Remscheid) Angebote und Projekte im Bereich kulturelle Bildung.

www.bildungsserver.de (Deutscher Bildungsserver [DBS]) Zusammenstellung von Angeboten, Dokumenten, ausführliche weiterführende Links zu anderen Bil-

dungsportalen, Dokumentationen und Datenbanken inklusive Jobbörse.

www.bjfev.de (Bundesverband Jugend und Film e. V.) Katalog der Filmothek, Infonetzwerk »Junge Filmszene«, Tips und Links.

www.bjke.de (Bundesvereinigung der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen [BJKE]) Selbstdarstellung, Links zu Mitgliedern in den Ländern.

www.bkj.de (Bundesvereinigung Kulturelle Jugend-Bildung e. V. [BKJ]) Selbstdarstellung, Tipps, Dokumentationsstelle, Projektdatenbank. Links zu Landesvereinigungen (LKJ), Modellprojekt Freiwilliges soziales Jahr im kulturellen Bereich (FSJ Kultur).

www.bunddeutscherkunsterzieher.de (Bund Deutscher Kunsterzieher e.V. [BDK]) Setzt sich für die Stärkung ästhetischer und kulturelle Bildung ein. Selbstdarstellung mit Links zu Landesverbänden.

www.bundesakademie.de (Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel e. V.) Mit Veranstaltungsrubriken »kulturpolitischer Diskurs«, Kunstsparten, Kulturmanagement, Professionalisierung.

www.didacta-verband.de (Deutscher Didacta Verband [ddv]. Interessenvertretung der Bildungswirtschaft) Selbstdarstellung, Bildungsmessen: Programme und Nachlesen.

www.dvv-vhs.de (Deutscher Volkshochschulverband) Portal der Volkshochschulen Deutschlands.

www.ibk-kultur.de (Institut für Bildung und Kultur e. V. [IBK]) Selbstverständnis und Projekte.

www.medienflut.de (Verein für emanzipatorische Medienarbeit e.V.) Ausführliche Linkssammlung zu emanzipatorischen Projekten.

www.prokulturgut.net (Prokulturgut.Net e. V. /Schule der Künste für Kids) Internationales Netzwerk von Instituten, Firmen & Projekten aus Kunst & Kultur, Gesundheit & Ökologie, Jugend- & Erwachsenenbildung und Spiritualität & interkultureller Verständigung.

www.stadtteilarbeit.de (Stadtteilarbeit) Konzeptionelle Überlegungen und Praxisbeispiele als Anregungen für den Arbeitsalltag. Tagungsankündigungen und Links zu unterschiedlichen Arbeitsgebieten aus dem Umfeld der Stadtteilarbeit.

www.studentische-kultur.de (Bundesverband Studentische Kulturarbeit e.V. [BSK]) Selbstdarstellung und aktuelle Hinweise, Linksammlung zu Campusradios.

www.studis.de (studis.de) Links zu Studium und Hochschulpolitik.

Interkultur

www.aktioncourage.org (Aktion Courage e. V.) Dokumentationen von Tagungen und Projekten mittels derer sich mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auseinandergesetzt wird, mit dem Ziel, die gesellschaftliche Partizipation und die politische Mitbestimmung von Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern.

www.exilekulturkoordination.de (EXILE Kulturkoordination) Informationen über kulturelle Veranstaltungen mittels derer sich hier lebende Migrantinnen und Migranten kulturell präsentieren können. Ziel ist, für einen bewussten Umgang mit der eigenen und mit anderen Kulturen zu sensibilisieren.

www.interkulturelles-netzwer.de (Interkulturelles Netzwerk e. V.) Tätig im Bereich Jugendaustausch, Fortbildung für Multiplikatoren, Links zu Kooperationseinrichtungen.

www.laga-nrw.de (Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW) Enthält neben aktuellen Hinweisen und Seminarkalender eine Adressliste der Ausländerbeiräte, der beteiligten Kommunen und einige Broschüren sowie den Infodienst Migration zum Download. Die Arbeitsgemeinschaft ist das Vertretungsorgan der Ausländerbeiräte.

www.lzz-nrw.de (Landeszentrale für Zuwanderung NRW) Informationen zu Studien, Wissenschaftsforen, Weiterbildungsveranstaltungen etc. Ziel ist die Impulsgebung für eine gelingende Integrationspolitik.

www.amnesty.de (Amnesty International e. V.) Information über Menschenrechte und Menschenrechtsverletzungen weltweit. Berichte über Flüchtlingsarbeit sowie eine Stellungnahme zum neuen Zuwanderungsgesetz.

www.stadt-frankfurt.de/amka (Amt für multikulturelle Angelegenheiten) Mehrsprachige Informationen über die Ausländerpolitik und interkulturelle Veranstaltungen der Stadt, Publikationen und Projektdokumentationen.

www.aric.de/ (Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum ARiC Berlin e. V.) Adressdatenbank verfügt (Antidiskriminierungsbüros, Vereine und Organisationen gegen Fremdenfeindlichkeit etc.). Literatur- und Materialdatenbank zu den Themen Rassismus, Gewalt, Diskriminierung sowie Hinweise und Links zu Projekten (z. B. www.aric-nrw.de/Antirassismustraining in der Jugendarbeit).

www.awo.org (Arbeiterwohlfahrt-Bundesverband) Der Informationen über Flüchlingssozialarbeit in Deutschland und Dokumente zum Thema Migranten-Migration.

www.erzwiss.uni-hamburg.de/Arbeitsstellen/Interkultur/index.htm (Arbeitsstelle Interkulturelle Bildung – Intercultural Studies) Wer an der Uni Hamburg Erziehungswissenschaften studieren möchte, kann seinen Schwerpunkt entsprechend in internationaler und interkulturell vergleichender Erziehungswissenschaften setzen.

www.asienhaus.org (Asienhaus) Informationen über seine Arbeit, die der Verständigung zwischen europäischen und asiatischen Kulturen dient, über Projekte, Veranstaltungen und Publikationen.

www.bundesauslaenderbeirat.de (Bundesausländerbeirat) Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften der kommunalen Ausländerbeiräte und Ausländervertretungen. Positionen, Erklärungen und Links zu einigen Mitgliedsverbänden.

www.dbs.schule.de (Deutscher Bildungsserver, Humboldt Universität zu Berlin) Links zu den Themen Integrationspädagogik und Interkultur wie Hinweise zu Projekten, die sich mit Integration und Migrationsforschung beschäftigen.

www.caritas.de (Deutscher Caritasverband) Zum Downloaden sind Texte erhältlich, die die Integrationsgrundsätze für die Integration von Migrantinnen und Migranten der Kirchen und der christlichen Organisationen dokumentieren. Ferner Dokumentationen und Hinweise zu Integrationsprojekten der Caritas und der EU.

www.uni-duisburg.de/diss (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung DISS) Veröffentlichungen über Projekte und Diskursanalysen.

www.emz-berlin.de (Europäisches Migrationszentrum EMZ) Eines der größten Domumentationszentren in der EU zu den Themen Migration und Ethnizität. Dokumentation zahlreicher Projekte.

www.uni-koeln.de/ew-fak/FiSt (Universität Köln, Forschungsstelle für Interkulturelle Studien FiSt) Projekte, Tagungen und Workshops zu den Themen Migration und interkulturelles Zusammenleben.

www.migration.uni-konstanz.de (Forschungszentrum für internationales und europäisches Ausländer- und Asylrecht FZAA, Universität Konstanz) Foren u. a. zum Thema Zuwanderungsgesetz. Dokumente zum Ausländer- und Asylrecht zum Downloaden.

www.ida-nrw.de (Informations-, Dokumentations- und Aktionszentrum gegen Ausländerfeindlichkeit – für eine multikulturelle Zukunft IDA e. V.) Tips zur Bekämpfung von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der Medienpädagogik.

www.nadeshda.org (NADESHDA Informations- und Kommunikationsmedium für Politik, Umwelt und Kultur e. V.) Dokumentensammlungen zu den Themen Antifaschismus, Asyl und Migration.

www.paritaet.org/via (Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit e. V.) Adressen und Publikationen zum Thema Ausländerarbeit sowie Hinweise auf Projekte einzelner Arbeitsgruppen, die sich mit interkultureller Erziehung, Integration von Einwanderern etc. befassen.

www.uni-essen.de/zft (Zentrum für Türkeistudien) Wissenswertes über Veranstaltungen zum Thema »Euro-Islam«, Projekte u. a. zur Migrantenselbstorganisation in NRW und zur interkulturellen Lernwerkstatt.

www.via-bundesverband.de (Verband für interkulturelle Arbeit e. V.) Informationen zu den EU-Richtlinien gegen Rassismus und Diskriminierung und Berichte über Projekte.

www.interkultur-bayern.de (Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit, Institut für Jugendarbeit Gauting, Amt für Kultur und Freizeit, LAG Soziokultur) Dokumentation der Tagung »Interkultur in Bayern« vom 10./11. Nov. 2000 in Nürnberg, die einen thematischen Bogen spannte von Migration und Migrationspolitik über Interkulturalität/Transkulturalität, Jugendkultur bis hin zu Konzepten und Projekten interkultureller Kultur- und Jugendkulturarbeit.

www.urbanum.de (Initiativkreis Interkulturelle Stadt IKIS) IKIS ist ein Zusammenschluss von Institutionen in Stuttgart, die den internationalen Kulturaustausch unterstützen und den interkulturellen Dialog fördern. Medium hierfür ist die Programmzeitschrift Begegnung der Kulturen, die neben Ankündigungen auch interkulturelle beziehungsweise integrationspolitisch relevante Themen behandelt.

www.portalglobal.de (Kultur in der Brotfabrik e. V. in Kooperation mit dem Museum der Weltkulturen in Frankfurt u. a.) Entstanden nach dem Festival »Passagen« zur Verstetigung der Vorstellung der Angebote in Frankfurt und Hessen, die sich mit interkulturellen Fragestellungen auseinandersetzen. Gefördert vom Land Hessen und der Stadt Frankfurt mit vielen weiteren Partnern. Mit eZine, Künstlerdatenbank und Foren.

www.moving-cultures.de (»moving cultures – interkulturelles Festival« – Arbeitsgemeinschaft Kultur im Großraum Nürnberg) Das Festival beschäftigt sich im Juli 2003 u. a. mit den Auswirkungen der Begegnung der Kulturen auf den Kunstbereich.

www.publicata.de (Publicata – Verein zur Förderung der Öffentlichkeitsarbeit in der Ausländer- und Entwicklungshilfepolitik e. V.) Publicata begreift sich als unabhängige Organisation, die sich für die Wahrung der Menschenrechte einsetzt. Dazu gehören auch vielfältige Projekte interkultureller Beratung und Betreuung.

www.rat-fuer-migration.de (Rat für Migration e. V.) Bundesweiter Zusammenschluss von mit Fragen von Migration, Integration und interkultureller Begegnung im weitesten Sinne beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Die Site enthält eine kurze Selbstdarstellung, Biografien der Mitglieder und Hinweise auf Veröffentlichungen des Rates.

Sonstige

www.lostart.de (Lost Art Internet Database) Gemeinsames Projekt des Bundes und der Länder der Bundesrepublik Deutschland zur Erfassung von Kulturgütern, die infolge des Zweiten Weltkrieges beziehungsweise des Nationalsozialismus verbracht, verlagert oder – insbesondere jüdischen Mitbürgern – verfolgungsbedingt entzogen wurden.

www.nonprofit-management.de (Nonprofit-Management) Informationen für gemeinnützige Organisationen und Projekte.

www.hdg.de (Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland) Informationen über die deutsche Geschichte von 1900 bis zur Gegenwart.

www.ngbk.de (Neue Gesellschaft für Bildende Kunst e.V. – NGBK) Informationen zu Ausstellungen, KünstlerInnen und über den Verein.

Autorinnen und Autoren

TCHEKPO DAN AGBETOU Tänzer, Choreograf, künstlerischer Leiter von *DAN'S ART. Zentrum für Tanz + Kreativität*, Bielefeld, geb. in Cotonou/Benin, lebt seit 1995 in Deutschland

PROF. DR. KLAUS J. BADE Historiker und Migrationsforscher; Direktor des *Interdisziplinären Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien* (*IMIS*) der Universität Osnabrück

DR. PANTEA BAHRAMI Filmemacherin in Dortmund, Studium der Journalistik in Teheran und Dortmund, geb. in Tabriz/Iran, lebt seit 1988 in Deutschland

ECKHARDT BARTHEL MdB, kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

MARIELUISE BECK MdB, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin

ULRIKE BLUMENREICH wissenschaftliche Mitarbeiterin des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Bonn

KLAUS-PETER BÖTTGER Mülheim, Vorsitzender des *Berufsverbandes Bibliothek Information* (*BBI*) und stellvertretender Sprecher der *Bundesvereinigung Deutsche Bibliotheksverbände* (*BDB*)

RALF BRÜNGLINGHAUS EDV- und Internet-Administrator beim *Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Bonn

CARMINE CHIELLINO Dozent für Komparatistik an der Universität Augsburg, Lyriker und Buchautor, Studium in Rom und Gießen

ROBERTO CIULLI künstlerischer Leiter und Regisseur des *Theaters an der Ruhr*, Mülheim an der Ruhr, geb. in Italien

SIIR ELOGLU Theater - und Filmschauspielerin, lebt in Berlin, geb. in Istanbul, ist mit 4 Jahren nach Deutschland gekommen

NIKŠA ETEROVIC Regisseur und künstlerischer Leiter von *Theaterreise*, Berlin, Theaterarbeit in Kroatien im eheamligen Jugoslawien, seit 1989 in Berlin

DR. THOMA FLIERL Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Berlin, Kulturwissenschaftler

PROF. DR. MAX FUCHS Vorsitzender des *Deutschen Kulturrates*, Direktor der *Akademie Remscheid für musische Bildung und Medienerziehung*

PROF. DR. PETER FRANKENBERG Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg

TORSTEN GROSS wissenschaftlicher Mitarbeiter des *Instituts für soziale und kulturelle Arbeit* (*ISKA*), Nürnberg

DR. DIRK HALM wissenschaftlicher Mitarbeiter und Sprecher der *Stiftung Zentrum für Türkeistudien an der Universität Essen*

JÖRG HAUSMANN wissenschaftlicher Mitarbeiter des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Bonn

BETTINA HEINRICH Kulturreferentin beim *Deutschen Städtetag*, Berlin

ANNETTE HEILMANN Referentin der künstlerischen Leitung am *Theater an der Ruhr*, Mülheim an der Ruhr

ANNA IKRAMOVA Komponistin und Musikpädagogin in Bochum, Studium in Moskau und Essen, geb. in Moskau, lebt seit 1990 in Deutschland

ANDY DINO IUSSA Theaterregisseur, *Arbeitslosen Walzer e. V. – Kunst und Theaterprojekte mit Langzeitarbeitslosen und professionellen Schauspielern in Wuppertal*, wo er geboren ist und lebt, italienischer Staatsbürger

NURI KARADEMIRLI Komponist, Musiker und Dozent an der *Hochschule der Künste in Berlin* und am *Konservatorium für türkische Musik*, Berlin, geb. in der Türkei

NASHEM KHAAN Publizistin und Kulturberaterin, bis März 2003 Senior Policy and Planning Officer für Cultural Diversity im *Arts Council of England*, lebt in London

TOBIAS J. KNOBLICH Geschäftsführer der *Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Sachsen*, Dresden

DOROTHEA KOLLAND Leiterin des *Kulturamts Berlin Neukölln* und Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft*

FRANZ KRÖGER wissenschaftlicher Mitarbeiter des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Bonn

THOMAS KRÜGER Präsident der *Bundeszentrale für politische Bildung*, Kuratoriumsmitglied des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Bonn

IRIS MAGDOWSKI Kulturbürgermeisterin der Landeshauptstadt Stuttgart und Vizepräsidentin der *Kulturoplitischen Gesellschaft*

INKA MANTHEY Mitarbeiterin der *Kulturbehörde Hamburg*, verantwortlich für interkulturelle Projekte

JÜRGEN MARKWIRTH Leiter des »Inter-Kultur-Büros« im *Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg*

DR. MARIO DE MATTEIS Lehrbeauftragter für Italienisch und Landeskunde an der Ruhr-Universität Bochum, geb. in S. Pietro V. co (Brindisi)/Italien, lebt und arbeitet seit 1959 in Deutschland

KERSTIN MÜLLER MdB, Staatsministerin im *Auswärtigen Amt*

PETER MÜLLER MdL, Ministerpräsident des Saarlands

GÜNTER NOOKE MdB, Sprecher für Kultur und Medien der *CDU/CSU*-Fraktion im Deutschen Bundestag, Berlin

KATHARINA NOUSSI-SCHEBA Kulturwissenschaftlerin, *Institut für Kulturmanagement und Kulturwissenschaft* (*IKM*), lebt und arbeitet in Wien

PROF. DR. FRANZ NUSCHELER Professor für Internationale Politik an der *Universität Duisburg-Essen*, Direktor des *Instituts für Entwicklung und Frieden* (*INEF*)

SAFETA OBHODJAS Buch- und Bühnenautorin, lebt in Wuppertal, geb. in Pale, in der Nähe von Sarajevo/Bosnien und Herzegovina, lebt seit 1992 in Deutschland

MUHSIN OMURCA Kabarettist und Cartoonist, lebt in Ulm, geb. in Bursa/Türkei

HANS-JOACHIM OTTO MdB, kultur- und medienpolitischer Sprecher der *FDP*-Bundestagsfraktion, Berlin

DR. THOMAS RÖBKE wissenschaftlicher Mitarbeiter des *Instituts für soziale und kulturelle Arbeit*, Nürnberg, und freier Mitarbeiter des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Bonn

DR. GEORG RUPPELT leitender Bibliotheksdirektor der *Niedersächsischen Landesbibliothek*, Hannover, und Sprecher der *Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände* (*BDB*), Wolfenbüttel

DR. OLIVER SCHEYTT Präsident der *Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.* und Dezernent für Kultur und Bildung der Stadt Essen, Essen

DR. ALBERT MAXIMILIAN SCHMID Präsident des *Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge* in Nürnberg, Staatssekretär a. D.

PROF. DR. FARUK ŞEN Direktor und Mitbegründer des *Zentrums für Türkeistudien*, Essen, Professor an der Universität Essen

DR. NORBERT SIEVERS Geschäftsführer der *Kulturpolitischen Gesellschaft* und des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Bonn

MICHAEL SÖNDERMANN Leiter des *Arbeitskreises Kulturstatistik* (*ARKStat*), Bonn

PROF. DR. RITA SÜSSMUTH MdB, Bundestagspräsidentin a. D., Vorsitzende der *Unabhängigen Kommission »Zuwanderung«* des Bundesinnenministeriums

JÖRG STÜDEMANN Stadtrat, *Dezernat für Kultur, Sport und Freizeit der Stadt Dortmund*

MARK TERKESSIDIS Publizist, Buch- und Zeitschriftenautor, Köln

WOLFGANG THIERSE Präsident des Deutschen Bundestages, Vorsitzender des *Kulturforums der Sozialdemokratie*

DR. MICHAEL VESPER Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

BERND WAGNER wissenschaftlicher Leiter des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Bonn

CHRISTOPH WECKERLE Koordinator Forschung und Entwicklung, *Hochschule für Gestaltung und Kunst*, Zürich

CHRISTINA WEISS Staatsministerin, *Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien*, Berlin

EROL YILDIZ wissenschaftlicher Assistent an der Erziehungswissenschaftliche Fakultät, Seminar für Sozialwissenschaften der *Universität Köln*

Jahrbuch für Kulturpolitik 2000, Band 1

Thema: Bürgerschaftliches Engagement

INHALT

JULIAN NIDA-RÜMELIN:Vorwort

OLIVER SCHEYTT: Zur ersten Ausgabe des »Jahrbuchs für Kulturpolitik«

THOMAS RÖBKE, BERND WAGNER: Kulturpolitik in der Bürgergesellschaft.

WOLFGANG THIERSE: Bürgergesellschaft – eine Perspektive für die kulturelle Entwicklung Deutschlands

WARNFRIED DETTLING: Politische Konsequenzen aus der Debatte um die Bürgergesellschaft

ROLF G. HEINZE / CHRISTOPH STRÜNCK: Freiwillig ins Reich der Freiheit. Vom Umgang mit dem bürgerschaftlichen Engagement

ANNETTE ZIMMER: Bürgerschaftliches Engagement im Kulturbereich und im Dritten Sektor

JOACHIM BRAUN: Engagementpotenzial in Deutschland.

MICHAEL NAUMANN: Stiftungsrecht und anderes

WILHELM SCHMID: Politik der Lebenskunst als Element der Bürgergesellschaft

HERMANN GLASER: Bürgergesellschaft und Kultur: Ein neues Thema mit alten Wurzeln

NORBERT SIEVERS: »Fördern ohne zu fordern«. Begründungen aktivierender Kulturpolitik

OLAF ZIMMERMANN: Was hindert und wie fördert man bürgerschaftliches Engagement in Vereinen und Verbänden

THOMAS OPPERMANN: Verhandeln statt verordnen.

GERD HARMS: Kulturpolitik in der Bürgergesellschaft – welche Verantwortung hat das Land?

BERND MEYER: Die Stadt als Kommune. Die wieder entdeckte Ressource bürgerschaftliches Engagement

BERND WAGNER: Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt im Kulturbereich

MICHAEL BÜRSCH: Bürgerschaftliches Engagement als Aufgabe der Politik.

ADALBERT EVERS: Es geht um mehr als das Ehrenamt.

DORIS GAU: Kulturpolitik in der Bürgergesellschaft. Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Kulturbereich auf Länderebene

OLAF SCHWENCKE: Europa eine Seele geben. Kulturpolitik auf dem Weg zu einer europäischen Bürgergesellschaft?

CHRISTOPH WECKERLE: Debatten und Ansätze des privaten und ehrenamtlichen Engagements in der Kultur in der Schweiz

Mit einer Umfrage unter Kulturakteuren zum Thema »Bürgerschaftliches Engagement in der Kultur«

FRANZ-OTTO HOFECKER: Föderalismus als Herausforderung der Kulturpolitik und -statistik in Europa

MICHAEL SÖNDERMANN: Kulturausgaben in Deutschland 2000.

Bibliographie zur Kulturpolitik im Jahr 2000

Kulturpolitische Gremien und Verbände

Webadressen: Bürgerschaftlichen Engagement, Kunst und Kultur

Jahrbuch für Kulturpolitik 2001, Band 2

Thema: Kulturföderalismus

INHALT

JULIAN NIDA-RÜMELIN: Vorwort

OLIVER SCHEYTT: Zur zweiten Ausgabe des »Jahrbuchs für Kulturpolitik«

THOMAS RÖBKE, BERND WAGNER: Aufgaben eines undogmatischen Kulturföderalismus. Einleitung

WOLFGANG THIERSE: Kultureller Reichtum als Stärke Ostdeutschlands – ein Plädoyer

Wolfgang Clement: Plädoyer für eine Föderalismus-Reform

BERNHARD VOGEL: Kulturpolitik – Aufgabe und Verantwortung der Länder in Deutschland

JULIAN NIDA-RÜMELIN: Perspektiven des Kulturföderalismus in Deutschland

NORBERT LAMMERT: In bester Verfassung? Oder: Der Kulturstaat als Kompetenzproblem

HANS-JOACHIM OTTO: Für einen ehrlichen Kulturföderalismus

HANS ZEHETMAIR: Föderalismus als unverzichtbares Strukturprinzip moderner Kulturpolitik

MICHAEL VESPER: Kulturföderalismus vor neuen Aufgaben

JOHANNA WANKA: Kulturpolitik auf Landesebene – Tradition und Innovation

RUTH WAGNER: Kulturföderalismus vor neuen Aufgaben: Wettbewerb und Solidarität

HERMANN GLASER: Föderalismus und kultureller Partikularismus

PETER HÄBERLE: Kulturhoheit im Bundesstaat – Entwicklungen und Perspektiven

MAX-EMANUEL GEIS: Kulturföderalismus und kulturelle Eigengesetzlichkeit: eine juristische Symbiose

DIETER RÜBSAAMEN: Verfassungsrechtliche Aspekte des Kulturföderalismus

MAX FUCHS, OLAF ZIMMERMANN: Chance zur Diskussion über Föderalismus nutzen

VOLKER PLAGEMANN: Über mangelnde Kommunikationsrituale in der Kulturpolitik des deutschen Föderalismus

KLAUS-DIETER LEHMANN: Die *Stiftung Preußischer Kulturbesitz* als Beispiel kooperativen Föderalismus

KARIN VON WELCK: Die *Kulturstiftung der Länder*. Ein Beispiel für kooperativen Föderalismus

JÖRG HASPEL: Entflechten oder Vernetzen? Zum Denkmalengagement der öffentlichen Hände in Deutschland

SEBASTIAN POPP, ROLF KRÄMER: Film ist das Wirtschafts- und Kulturgut des dritten Jahrtausends

CORNELIA DÜMCKE: Wie in Kultur (-bauten) investieren?

TOBIAS KNOBLICH: Das Gesetz über die Kulturräume in Sachsen

OLIVER SCHEYTT Kulturkompetenz von Land und Kommune am Beispiel des Musikschulwesens

DORIS GAU, JÖRG-INGO WEBER: Die Kulturpolitik der Länder im Spannungsfeld zwischen Bundesebene und Europäischer Gemeinschaft

BERND MEYER: Europa braucht Kultur – Braucht Kultur Europa?

DANIEL COHN-BENDIT: Kulturspagat europäischer Politik

OLAF SCHWENCKE: Europa als Kulturgemeinschaft

Kulturföderalismus – Eine Umfrage unter kulturpolitischen Akteuren

FRANZ-OTTO HOFECKER: Österreich ist eine Kulturnation, Deutschland nur eine halbe?

MICHAEL SÖNDERMANN: Zur Lage der Kulturwirtschaft in Deutschland 1999/2000